



Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

- + *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.
- + *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.
- + *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.
- + *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter <http://books.google.com> durchsuchen.

The Library

of the



University of Wisconsin

DIE GLOCKE

I. Jahrgang (August 1915—März 1916)

INHALTSVERZEICHNIS:

	Seite
Blasenbrel Karl: Gewerkschaftlicher Burgfrieden nach dem Kriege	480
Bernheim Dr. Benedikt: Entlastung der Gerichte?	204
Braun Dr. Adolf: Abwehr	487
Brieger Lothar: Die Götzendiener des Krieges	295
Cohen-Reuß Max: Das englische Weltreich	522
— Mitteleuropa	575
— Imperialistische Randbemerkungen	381
Cohn Louis: Zur Besteuerung der Kriegsgewinne	414
— Rudolf Lavant	700
Das Kaiserreich Utopien	223
Dembitzer Salomon: Die letzten Tage in Antwerpen	361
— Der Lumpensammler	435
— Erinnerungen	762
— Im Hilfsverein	820
— Des Hausierers Klage	822
Der Bund der Verteuerer	98
Die internationale sozialistische Bewegung	140
Diederich Dr. Franz: Triumphdichtung der Großtechnik	282
— Vom seelischen Kriegsgewinn	525
— Weltkrieg-Romane	809
Döring C.: Schweden im Weltkriege	603
Ellinger A.: Der Krieg und die Lebenshaltung der Arbeiterschaft	687
Ebwein Dr. Hermann: Die Kunst nach dem Kriege	226
Gradnauer Dr. Georg: Die Irrungen der Minderheit	242
— Parteipresse und Krieg	452
Grunwald Max: Hindenburg	217
Haenisch Konrad: Arbeiterinteressen und Kriegsergebnis	477
— Literarische Rundschau	539, 756
— Eine eingetroffene Voraussage	615

	Seite
Häusgen Wilhelm: Konsumgenossenschaften, Höchstpreise und Rückgewähr	745
Heinemann Dr. Hugo: Mehr Verantwortlichkeitsgefühl!	669
Hirsch Paul: Ostpreußische Eindrücke	194
— Zur Abwehr	806
Jansson Wilhelm: Ein Veteran sozialdemokratischer Realpolitik	221
— Arbeitersolidarität oder Schachergeschäft	275
— Die Neutralität verpflichtet	327
— Zur Erwiderung	490
— Das Buch der Aktivisten	506
— Die Gewerkschaften und die Wirtschaftspolitik	584
K.: Eine verpaßte politische Mission	131
Julian: Cäsaropapismus und Papsttum im Weltkrieg	86
Kaliski Julius: Die amerikanische Gefahr	212
— England und seine Hilfsvölker	273
— Vorratswirtschaft	334
— Die Reichsbankdividende	501
Keil Wilhelm: Kriegspolitik und Teuerung	404
Keller Klara: Auch du sollst ein Kämpfer werden!	617
Kleis F.: Die Altersrente	641
— Bessere Mutterschaftsfürsorge	741
Kranold Hermann: Deutsche sozialistische Schriften zum Kriege	777
Krasnoff: Wie sieht es in Rußland aus?	437
Lensch Dr. Paul: Im englischen Krähwinkel	182
— Ein Veteran des Marxismus	393
— Die Selbstbestimmungsflause	465
— Sozialismus und Annexionen in der Vergangenheit	493
— Ein Triumph der Gegner	557
Leimpeters Johann: Die Stimmung der Arbeitermassen	569
— Was uns die Politik des 4. August brachte	683
Lindemann Dr. Hugo: Die Städte und die Ernährung der Bevölkerung	646
Marchionini C.: Die Russen in Ostpreußen	317
Mattutat Hermann: Wann kommt der Friede?	722
Merfeld J.: Zum Sozialismus hin	397
Minimus: Ikarier von heute	278
Mössinger H.: Das Arbeitersekretariat in der Kriegszeit	661
Omega: Russische Stichproben	53

	Seite
Parvus: Die deutsche Sozialdemokratie	4
— Für die Demokratie — gegen den Zarismus	77
— Der Freiheit eine Gasse!	117
— Ein Verleumdungswerk	123
— Meine Stellungnahme zum Krieg	148
— Das neue Rußland	173
— Die französische Offensive und die Arbeiter	237
— Franz Mehring zum 70. Geburtstag	721
Peus Heinrich: Der Krieg als Förderer von Sozialismus und Demokratie	254
— Bessere Zukunft!	409
— Wie sollen wir uns verständigen?	800
Poetsch Hugo: Organisation der Arbeitsvermittlung	428
— Die Lage der Partei	737
Quessel Dr. Ludwig: Das Problem des Friedens	729
Rosenmann L.: Die Ostjudenfrage	752
— Der Eintritt der polnischen Sozialdemokraten in den Polenklub	695
Rudi: Ein sozialistischer Ganghofer	108
Seidmann M. F.: Die polnisch-jüdischen Beziehungen	339
Severing Karl: Arbeitsgemeinschaften der Gewerkschaftsrichtungen	420
Steiger Edgar: Das Theater während des Krieges	163
— Ausländerei auf der Bühne	355
— Joseph Ruederer	304
— Vor dem Spiegel	518
— Das Rätsel Strindberg	704
Stoll Carl: Die Heimstättenbewegung	655
Toei A.: Glossen zur Lage in Finnland	345
Umbreit Paul: Die Arbeitslosenversicherung nach dem Kriege .	634
Wendel Hermann: Die Ideologie der Vaterlandslosigkeit . . .	259
Weißnitz Stephan: Noch einige imperialistische Randbemerkungen	510, 595
Wetzker Hermann: Tröstliches von der Opposition	621
Winnig August: Die Gewerkschaften und der Parteistreit . . .	309
— Weltpolitische Entwicklungen	266
— Die Wirkung auf die Gewerkschaften	562
Glossen — Vom Tage — Notizen — Aus unserer Sammelmappe	



DIE GLOCKE

Heft Nr. 1

1. September

Jahrg. 1915

Zur Einführung.

Der Sozialismus stützt sich auf die Arbeiterklasse. Das Interesse der Arbeiterklasse umfaßt aber die ganze Welt. Das Proletariat will und soll der Träger der Zivilisation werden. Es ist deshalb schon längst in seinem ideellen Streben aus den Schranken des Lohnverhältnisses herausgetreten und hat sein Interesse den verschiedensten Problemen der Wirtschaft, der Politik und der Kultur zugewendet. Unsere Zeitschrift kennt überhaupt keine Frage des öffentlichen Lebens, die außerhalb des Bereiches ihres sozialistischen Gesichtskreises bleiben könnte. Wir können nicht allen Problemen den gleichen Raum zuwenden, weil ihre soziale Bedeutung verschieden ist, aber wir werden uns mit dem meisten zu beschäftigen haben, was in den Vordergrund der Öffentlichkeit tritt: mit dem Achtsturentag und der Lebensmittelteuerung ebenso gut wie mit den türkischen Finanzen, den russischen Bauernverhältnissen, der Frage der wirtschaftlichen Einigung Europas, dem amerikanischen Finanzmarkt, der Verstaatlichung der deutschen Kohlengruben, der nationalen Entwicklung der Serben oder der Tschechen, der Lage der russischen Juden, mit dem Ozeanhandel, mit China und

Japan, mit Indien und Persien, mit der Politik der Großbanken und mit den Bestrebungen der Anti-Alkoholiker, mit literarischen Strömungen, Kunstrichtungen und mit Verhütung von Unglücksfällen, Gerverbehygiene etc. etc. Wir haben kein besonderes Fach, da wir in einer Zeit leben, die alles umgestaltet. In erster Linie werden wir, selbstverständlich, unsere Aufmerksamkeit der wirtschaftlichen und kulturellen Umwälzung widmen, die der Weltkrieg herbeiführt.

Vom sozialistischen Gesichtspunkte geleitet, will diese Zeitschrift unabhängig sein in ihrem Urteil. Die sozialistische Erkenntnis ging in die Breite und wurde flach, sie hat ihre Tiefe und ihren revolutionären Schwung eingebüßt. Man hat gelernt, sich dem Unverstand und der Unkenntnis anzupassen, um rascher populär zu werden. Es bildete sich eine eigene sozialistische Überlieferung, die, wie jede Tradition, konservativ wirkte. Von alledem wollen wir uns freihalten; wir wollen uns auch nicht von freundschaftlichen und kameradschaftlichen Rücksichten und nicht einmal vom Mitleid mit den Schwachen und Bedrängten in unserem Urteil beeinflussen lassen. Wir wollen nicht den Armen schmeicheln. Wir werden rund und frei die ganze, nackte Wahrheit aussprechen, unbekümmert darum, wem das frommt oder schadet. Denn die Erkenntnis ist das Höchste, was der einzelne leisten kann für den Fortschritt der Menschheit.

Wir wollen gelesen werden, aber wir suchen nicht die Gunst des Publikums. Ehrliche und tapfere Gegner sind uns lieber, als kleinmütige Freunde. Wir fürchten nicht den Gegensatz der Meinungen, suchen ihn vielmehr hervorzurufen: denn nur im Kampf der Geister klären sich die Ansichten. Wir sind aber unter allen Umständen für Einigkeit der Aktion des Proletariats. Wer diese nach den

vielen Erfahrungen des proletarischen Klassenkampfes noch zu stören sucht, kann es nicht mehr aus unbefleckter Unkenntnis tun, sondern begeht ein Verbrechen an der Arbeiterklasse.

Ein jeder, der wirklich was zu sagen hat, ist uns als Mitarbeiter willkommen. Wir sehen nicht auf Namen, kennen keine Autoritäten. Wer Tatsachen oder Gedanken vorzutragen hat, die zur Klärung der Lage im allgemeinen oder in einzelnen Ländern, auf einzelnen Gebieten dienen können, soll eine vorurteilslose Wertung finden.

Die deutsche Sozialdemokratie.

Die Hochburg des Sozialismus.

DIE deutsche Sozialdemokratie galt vor dem Krieg, während mindestens eines Menschenalters, als die Hochburg des Sozialismus; seitdem die sozial-demokratische Fraktion die Kriegskredite bewilligte, ist sie in den Augen der ausländischen Sozialisten bedeutungslos. Früher waren die Organisationen, die Presse, die wissenschaftliche Literatur der deutschen Sozialdemokratie der Stolz der Internationale — jetzt denkt man nicht mehr daran. Früher bewunderte man die Zielbewußtheit, mit der das deutsche Proletariat seinen Klassenwillen zum Ausdruck brachte — jetzt erklärt **Emile Vandervelde**, er wisse nicht, ob das deutsche Volk bereits reif sei für die Republik.*) Man wirft die deutsche Sozialdemokratie mit den bürgerlichen Parteien zusammen, setzt über das Ganze das **Junkertum**, über das Junkertum den **Kaiser**, und das Schlagwort ist fertig! Schlimmer als ein Schlagwort — ein Fetisch! Der Kaiser erscheint in der Vorstellung dieser Leute als die Verkörperung des bösen Prinzips — der Satan, der Antichrist. So wird von ihnen der Krieg aus allen seinen Zusammenhängen gerissen und auf eine persönliche Spitze gestellt; die Pyramide wird umgekehrt, aber selbstverständlich nur in der Einbildung! Sie vergessen das bißchen Geschichtsphilosophie, das mancher unter ihnen übrigens erst nach und nach von der deutschen Sozialdemokratie gelernt hat, und begeben sich auf den Standpunkt des Hundes, der den Stock beißt, mit dem er geschlagen wird.

Die deutsche Sozialdemokratie ist eine geschichtliche Bewegung und kann nur als solche begriffen werden.

*) In „L'Humanité“ vom 22. Juni 1915 sagt E. Vandervelde in seiner Antwort an Scheidemann: „Je ne suis même pas sûr, ne vous en déplaise, que l'Allemagne, votre Allemagne soit mûre pour la République“. Es wäre nach dieser Stülprobe nicht uninteressant zu erfahren, wie jetzt E. Vandervelde darüber denkt, ob Rußland für die Republik reif sei.

Im September 1914 richtete E. Vandervelde an die russischen Sozialisten einen Brief, in dem er sie dringend darauf verwies, daß „die demokratisch regierten Staaten“ der militärischen Hilfe Rußlands bedürfen. Diese Mahnung konnte unter den gegebenen Verhältnissen nur dann einen Sinn haben, die russischen Revolutionäre zu veranlassen,

Die Bewilligung der Kriegskredite war berechtigt. Aber selbst wenn sie es nicht gewesen wäre, so wäre es doch ebenso närrisch, zu glauben, durch dieses oder jenes parlamentarische Votum lasse sich die geschichtliche Rolle der deutschen Sozialdemokratie aus der Welt schaffen, wie etwa, daß durch den Eintritt von Guesde und Vaillant ins Ministerium in Frankreich eine sozialistische Aera angebrochen sei.

Die deutsche Sozialdemokratie war und bleibt die Hochburg des Sozialismus. Fällt diese Hochburg, so fällt mit ihr der Sozialismus überhaupt. Darüber sollte man sich keinen Illusionen hingeben.

Man kann verschiedener Meinung sein in der Frage, was das deutsche Proletariat durch die in seinen Organisationen, seiner politischen Schulung angesammelte Energie in der nächsten Zeit erreichen wird. Darüber kann aber kein Zweifel bestehen: wenn es die deutsche Sozialdemokratie nicht schafft, so schaffen es die anderen erst recht nicht.

Sollte es wahr sein, daß die deutsche Sozialdemokratie nahe daran sei, ihre Grundsätze aufzugeben, so werden auch die Sozialisten der anderen Länder sie nicht lange behalten können. Tatsächlich dient jetzt schon der vermeintliche Prinzipienverstoß der deutschen Sozialdemokratie den Sozialisten anderer Länder als Deckmantel für ihre eigene Prinzipienlosigkeit. Sie schreien desto lauter über den Nationalismus der deutschen Sozialdemokratie, je mehr sie selbst in den ärgsten Chauvinismus und Opportunismus verfallen.

Der ganze neue Aufschwung der sozialistischen Bewegung, den Europa seit den achtziger Jahren erlebte, samt der Internationale, hängt aufs innigste mit der Geschichte der deutschen

während des Krieges ihren Kampf gegen den Zarismus aufzugeben. Schon vor dem Krieg hatte die zarische Regierung E. Vandervelde eine Begünstigung erwiesen, die einzig dasteht in der politischen Geschichte Rußlands: er, der Ausländer und sozialistische Führer, durfte in Petersburg Besprechungen mit den russischen sozialdemokratischen Parteivertretungen abhalten, um die Einigung der Partei herbeizuführen. Man hat offenbar schon damals in den russischen Regierungskreisen nicht mit dem Sozialisten und dem Revolutionär Vandervelde, sondern mit dem zukünftigen Minister gerechnet, und man glaubte schon damals, Belgien als Bundesgenossen behandeln zu müssen. Uebrigens auch ein Beitrag zu der Neutralität Belgiens!

Sozialdemokratie zusammen, die ihrerseits unzertrennlich ist von der Geschichte des Deutschen Reiches und des Deutschen Volkes.

Werfen wir einen kurzen Rückblick darauf, wie sich die Dinge entwickelten.

Die Anfänge. Der Einfluß der großen französischen Revolution.

Es war die große französische Revolution und die ihr entsprungenen Weltkriege, die Deutschland zuerst politisch aufrüttelten. Bauernbefreiung, Volksschule, allgemeine Wehrpflicht und eine geistige Bewegung, die sich bis an die Grundsätze der Weltordnung heranwagte, waren die Folgen.

Man hat später die Geschichte gefälscht, indem man sie auf Napoleon zuspitzte. Napoleon wurde zum Fetisch gemacht, wie jetzt der Deutsche Kaiser. Aber wenn auch die Persönlichkeit Napoleons in den Kriegen und der Politik jener Zeit eine unvergleichlich größere Rolle gespielt hat, als gegenwärtig der Deutsche Kaiser, so lag doch das Schwergewicht nicht in ihm, sondern in den politischen Kräften, die die Bourgeoisie in Frankreich ausgelöst hatte. In Napoleon selbst sah man nur noch ein militärisches Genie, seine Tyrannei und seine dynastischen Interessen und übersah die große Staatsbildung, um die er gekämpft hatte. Es war die neue bürgerliche Staatsordnung Frankreichs, die ganz Europa sich adaptieren wollte. Darum wäre denn auch Europa um mindestens ein halbes Jahrhundert vorwärts gekommen, wenn es Napoleon gelungen wäre, auch nur noch zwanzig Jahre sein Reich aufrecht zu erhalten.

Der Rückschlag kam bekanntlich aus dem Moskowitenreich, das materiell und ideell für die bürgerliche Staatsordnung noch ungenügend entwickelt war. An der Wegelosigkeit Rußlands, dessen ungenügenden Subsistenzmitteln und der primitiven Bauart, die es ermöglichte, ganz Moskau abzubrennen, ging die Armee Napoleons zugrunde.

Jetzt wurde die Entwicklung Europas ebenso mit Gewalt reaktionär zurückgehalten, wie sie vorher mit Gewalt revolutionär vorwärts getrieben wurde.

Es ist gut, sich daran zu erinnern. Die russische Hegemonie in Europa dauerte bis nach 1848, und das war die Zeit der poli-

tischen Stagnation. Erst der Krimkrieg brach den verhängnisvollen russischen Einfluß.

Nur politische Kindsköpfe und geschichtliche Ignoranten können sich einbilden, daß man die innere Politik eines Staates von dessen auswärtiger Politik trennen kann, und daß das politische Regime eines so großen Reiches, wie Rußland, nur dieses selbst und nicht auch dessen Nachbarn angehe. Seitdem Rußland zu einem modernen Militärstaat geworden war, litt ganz Europa unter dessen politischer Rückständigkeit. Der russische Zarismus hielt nicht nur die Entwicklung Rußlands zurück, sondern er war und bleibt ein gewaltiges Hemmnis der europäischen Entwicklung.

Der Zusammenstoß mit den Napoleonischen Heeren brachte zum vollen Bewußtsein des gesamten deutschen Volkes den Fluch der deutschen Kleinstaaterei, der verknöcherten Bureaukratie, der schamlosen Adels- und Hoftyrannei. Die deutsche Bourgeoisie tritt in ihren Freiheitskampf ein. Aber der deutsche Freiheitsgedanke ist zugleich Reichsgedanke — das Streben nach nationaler Einigung, nach politischer Zentralisation.

Dagegen hat das allgemeine bürgerliche Ideal um diese Zeit bereits viel von dem Glanz verloren, mit dem es in den ersten Jahren der großen französischen Revolution umgeben war. Die französische Revolution selbst hat in rascher Aufeinanderfolge die Klassenkämpfe aufgerollt, die die bürgerliche Gesellschaft zersetzen. Durch den Sturz Napoleons war die Militärmacht der französischen Revolutionsheere gebrochen, und das Prestige der europäischen Monarchien wieder hergestellt.

Die Geister in Deutschland waren um so mehr disponiert, die französischen Zustände kritisch ins Auge zu fassen, als ja die soziale Struktur der deutschen Lande noch nicht in dem Maße kapitalistisch durchdrungen war, wie in Frankreich, und das revolutionäre Frankreich Deutschland gegenüber zuerst als feindliche Macht, die es seiner politischen Selbständigkeit beraubte, sich geltend machte.

Die Arbeiterkämpfe in England und die Entwicklung der sozialistischen Ideen in Frankreich gaben reichlichen Stoff, um diesen kritischen Geist zu nähren.

Es blieb nur noch übrig, die Kritik durch die Tiefen der deutschen Philosophie passieren zu lassen, und das System war fertig.

Das Kommunistische Manifest und die deutsche Revolution.

Das geschah 1847 durch das **Kommunistische Manifest** von K. Marx und Fr. Engels.

Die geschichtliche Erfahrung, die sozialen Kämpfe, auf die sich das Kommunistische Manifest stützt, beziehen sich durchweg auf Frankreich und England. Deutschland hat bloß die philosophische Methode abgegeben, mittels der das innere Getriebe der auf dem Industrialismus sich aufbauenden bürgerlichen Gesellschaft, des sogenannten Kapitalismus und dessen sozialen Folgen aufgedeckt wurden.

So hat die deutsche Philosophie den Kapitalismus ideell überwunden zu einer Zeit, wo er materiell in Deutschland noch gar nicht verwirklicht worden war.

Aus diesem Widerspruch mußte sich ein Gegenstand entwickeln zwischen den geistigen Führern der deutschen Revolution und der deutschen Bourgeoise, dem politischen Träger der Bewegung.

Während der deutsche revolutionäre Gedanke weit über die Ideen der großen französischen Revolution hinausging, blieb die deutsche Bourgeoisie in ihrem revolutionären Auftreten weit hinter der französischen Bourgeoisie zurück.

Es spielten da verschiedene Momente hinein.

Erstens fühlte sich die deutsche Bourgeoisie weniger stark und dazu war sie noch geschwächt durch die politische Zersplitterung. Denn während in Frankreich die bürgerliche Revolution sich innerhalb des zentralisierten Staates abspielte, mußte in Deutschland erst dieser Staat durch die Revolution geschaffen werden. Zweitens hatte die deutsche Bourgeoisie Regierungsgewalten vor sich, die bereits aus den Erfahrungen der französischen Revolution sich Nutzen zu ziehen wußten. Außerdem hatte sie ein Proletariat hinter sich, das sich offen anschickte, ihr in den Rücken zu fallen.

Die deutsche Revolution ging in die Brüche, und von da an löst sich das deutsche Proletariat politisch immer mehr von der

Bourgeoisie ab. Die radikalen Geister der Revolution denunzieren vor den Arbeitern den politischen Verrat der Bourgeoisie.*)

Dennoch gab es einen Gedanken, der sowohl die deutsche Philosophie wie die deutsche Bourgeoisie und die deutschen Arbeiter einigte. Es war der Gedanke der Einigung Deutschlands. Es kann nicht nachdrücklich genug betont werden, daß der Reichsgedanke ein Staatsgedanke war — die Idee der Bildung eines nationalen Großstaates. Frankreich ging bereits über die Idee des nationalen Staates hinaus, denn es besaß ihn ja schon längst, in Deutschland war er der Gegenstand der Sehnsucht.**)

Der Krimkrieg und die Bewegung der sechziger Jahre.

Die Reaktionsperiode, die der 48er Revolution folgte, brach im Krimkrieg zusammen. Nach den großen russischen Niederlagen atmete Europa auf. Die sozialistische Bewegung, der Liberalismus, die deutsche Einheitsbewegung kamen wieder auf.

K. Marx übernahm die Leitung der Internationale. Es war ein weltpolitischer Gedanke, der ihr zugrunde lag. Denn um ihr

*) Wie weit diese Mißstimmung ging, sieht man vielleicht am besten aus dem bekannten Brief des späteren preussischen Finanzministers Miquel an K. Marx

**) Man geht kaum fehl, wenn man die scharfe Betonung des Staatsgedankens im Kommunistischen Manifest ebenfalls auf den Einfluß der deutschen Verhältnisse zurückführt. Denn Frankreich hat ja um jene Zeit bereits den Proudhonismus durchgemacht. Die Ueberwindung Proudhons durch K. Marx beruhte auf dem zentralistischen Staatsgedanken, dem durch die Klassenabsonderung und Klassensolidarität des Proletariats ein revolutionärer Charakter gegeben wurde. Nach der Pariser Kommune hat Marx seine Ideen über den Staat etwas modifiziert. Er fand, daß das Proletariat nicht „die fertige Staatsmaschinerie“ übernehmen könne. Die Aenderungen, die er voraussah, bestanden aber nur in der Demokratisierung des Staates und der größeren Selbständigkeit der Gemeinden. Später hat der große Vulgarisator der Marx'schen Ideen, Friedrich Engels, im Anschluß an die Morganschen Forschungen, den Staat als einfache Unterdrückungsmaschinerie hingestellt. K. Kautsky, der sein Leben lang einen verdünnten Abguß der Engellschen Vulgarisation als Marxismus verbreitete, hat dann diesen Engellschen Gedanken noch weiter versimpelt und unter die Menge gebracht.

Die geringe Entwicklung des Anarchismus in Deutschland ist ebenfalls zum Teil auf die Popularität des Staatsgedankens im deutschen Volke zurückzuführen. Auch ist es gewiß kein Zufall, daß die deutsche Sozialdemokratie stets die Wortführerin im Kampf gegen die anarchistischen Tendenzen war und daß in erster Linie unter ihrem Einfluß die Anarchisten von den internationalen sozialistischen Kongressen verbannt wurden. Darum wird denn auch von den Anarchisten, neben dem Deutschen Kaiser, niemand so sehr gehaßt als die deutsche Sozialdemokratie.

Programm durchzuführen, war die politische Zusammenfassung Europas Voraussetzung. Es war ein Napoleonischer Gedanke, nur ins Revolutionäre umgeschrieben. Mit Hilfe des international organisierten Proletariats sollte Europa geeinigt und ein sozialistisches Weltreich geschaffen werden, wie Napoleon mit seinen bewaffneten Armeen ein bürgerliches Weltreich hat schaffen wollen. Die Internationale mußte scheitern, selbst wenn sie nicht von der Bakunistischen Verschwörung zersetzt worden wäre. Es war ein Generalstab ohne Armee. Das wichtigste, was sie hinterlassen hat, sind die politischen Kundgebungen des Generalrats, d. h. von K. Marx. Und das zeigt am besten, wie schwach um jene Zeit noch die politische Unterlage der Bewegung war.

In Deutschland setzte die Lassallesche Agitation ein. Die grundsätzliche Absonderung des Proletariats von der Bourgeoisie, die er durchführte, bedeutete zugleich die Einigung der Arbeitermassen in ganz Deutschland, d. h. die Sprengung der politischen Grenzen, die das deutsche Volk zersplitterten. Es war insofern Vorarbeit für das Deutsche Reich. Darum auch die Annäherungsversuche Bismarcks an Lassalle.

Das allgemeine Wahlrecht lieferte dann die parlamentarische Basis zur Entwicklung der Sozialdemokratie als Reichspartei.

Der deutsch-französische Krieg. Eine Warnung!

Es kam der deutsch-französische Krieg.

Die deutschen Arbeiter haben, wie das gesamte deutsche Volk, diesen Krieg mit Begeisterung mitgemacht. A. Bebel und W. Liebknecht nahmen eine isolierte Stellung ein. Die Haltung selbst von K. Marx war schwankend. In der Frage der Annexion von Elsaß-Lothringen hatte er allerdings keine Zweifel, doch das war eine spezielle Frage, die, unabhängig von der allgemeinen Stellungnahme zum Krieg und dessen Folgen, mit ja oder nein beantwortet werden konnte.

Die deutschen Arbeiter waren begeistert für den Krieg, weil sie ihn mit der nationalen Einigung, mit dem Reichsgedanken verbanden.

Trotzdem schlug sehr bald nach dem siegreichen Krieg, der tatsächlich die nationale Einigung herbeigeführt hatte, die na-

tionale Begeisterung der Arbeiter in eine oppositionelle Stimmung um, und es begann der rasche Aufschwung der deutschen Sozialdemokratie.

Das sollten sich diejenigen merken, die glauben, durch die nationale Begeisterung, die der gegenwärtige Krieg wiederum ausgelöst hat, sei die deutsche Sozialdemokratie überwunden worden.

Die nationale Bedeutung des 70er Krieges war für Deutschland sicher viel größer, stand den Volksmassen näher, als jene des gegenwärtigen Weltkrieges. Wenn dennoch schon damals der Nationalismus den Klassenkampf des deutschen Proletariats nicht hat zurückhalten können, um wie viel weniger ist das für die Gegenwart zu erwarten?!

Man täuscht sich übrigens überhaupt über den Charakter der nationalen Begeisterung, die jetzt Europa erfaßt hat. Es ist nicht der Anfang einer neuen nationalistischen Aera der modernen Zivilisation, es ist vielmehr der Abschluß des Nationalismus, dessen großartige und blutige Agonie. Der Krieg hat alle nationalen Empfindungen, alle Kräfte des Nationalismus ausgelöst, die noch in den Völkern wurzelten. Es ist die große Mobilmachung, die große Parade des Nationalismus. Weiter kann man nicht mehr gehen. Der Nationalismus ist erschöpft bis auf die Neige. Und doch hat gerade dieser Weltkrieg gezeigt, daß die Völker sich in ihrer Entwicklung nicht national absondern können. Im Rausch der nationalen Begeisterung sucht man die fremden Einflüsse in der Industrie, im Handel, in der Politik, in der Kultur, im Wortschatz auszumerzen — wenn das aber irgendwo gelingen könnte, so würde man dadurch die eigene nationale Kultur entwurzeln. Es ist eine Verrücktheit sondergleichen, die großen Weltzusammenhänge, die der moderne Verkehr geschaffen hat, sich hinwegdenken zu wollen. Der Krieg selbst bewegt sich nicht um nationale, sondern um Weltinteressen. Diese Zusammenhänge fallen jetzt, da Schlachten zwischen den Völkern ausgefochten werden, außerhalb des Bewußtseins, müssen aber nach dem Kriege mit aller Deutlichkeit an das Tageslicht treten.

Der Krieg schuf abnorme Zustände und abnorme Stimmungen. Die Massen sind aus dem komplizierten Getriebe des modernen Wirtschaftslebens herausgeschleudert worden und füh-

ren ein Soldatenleben, das keinen Konkurrenzkampf, keine Nahrungssorgen und fast keine Unterschiede des Besitzes kennt; den Tod vor den Augen denken sie nicht an die Zukunft; für alles sorgt der Staat, der aber selbst von Wechseln auf die Zukunft lebt, da seine gewöhnlichen Einnahmequellen fast erschöpft sind. Wenn aber der Krieg zu Ende sein wird, dann wird jeder wieder in seine alte soziale Stellung hinein und den Kampf ums Dasein inmitten der kapitalistischen Konkurrenz aufs neue aufnehmen müssen. Dann wird sich vor allem das Zerstörungswerk zeigen, das der Krieg geschaffen hat, und der Zusammenhang, der die Produktion, Handel und Verkehr in der ganzen Welt auf das innigste verbindet. Dann werden auch die Ideen und Empfindungen einer Revision unterworfen werden, mit denen man in den Krieg zog, und vor dieser Revision wird der Nationalismus nicht standhalten können. Der Nationalismus brennt jetzt in einer hohen Flamme — was bleiben wird, ist Asche.

Nach dem Siegesrausch von 1871 trat also bei den deutschen Arbeitermassen eine Ernüchterung ein, die bald einer politischen Verdrossenheit Platz machte. Die Arbeiter sahen sich um den Sieg und auch um das Reich betrogen. Denn in ihrer sozialen Stellung trat durch den siegreichen Krieg und die Reichsgründung keine Aenderung ein. Die Kapitalistenklasse freilich heimste Millionen ein. Die ersten Jahre nach dem Krieg profitierten auch die Arbeiter von dem Geschäftsaufschwung; dann aber kam die Handelskrisis, die sie aufs Pflaster warf, und besonders unter den kleinen Leuten, den Handwerkern, Kaufleuten etc., furchtbar aufräumte.

Das Sozialistengesetz.

Der Aufschwung der Sozialdemokratie erschreckte die deutsche Regierung. Bismarck, der gewöhnt war, mit Gewaltmitteln zu arbeiten, schuf das Sozialistengesetz. Aber die Arbeitermassen identifizierten sich mit den sozialistischen Agitatoren. Sie faßten das Gesetz als Herausforderung der Arbeiterklasse auf. Die Arbeiter wurden auch tatsächlich durch das Sozialistengesetz in eine politische Ausnahmestellung gebracht. Das Ergebnis war, daß dadurch zu der sozialdemokratischen Agi-

tation, die die Arbeiter zu einer Klassenpolitik zu erziehen suchte, auch noch ein äußeres Band geschaffen wurde, das sie zusammenfaßte, von der bürgerlichen Gesellschaft loslöste und in einen schroffen Gegensatz zu der Regierungsgewalt brachte.

Da ihr alle anderen Formen der öffentlichen Betätigung stark eingeschränkt wurden, verlegte sich die deutsche Sozialdemokratie vor allem auf die parlamentarische Aktion.

Innerhalb zehn Jahren seit dem Erlaß des Sozialistengesetzes wurde sie zu einer starken parlamentarischen Partei.

Um diese Entwicklung zu begreifen, müssen wir uns noch die politischen Schicksale der deutschen Bourgeoisie in Erinnerung bringen.

Die deutsche Bourgeoisie zeigte nach 1871 in ihrem politischen Verhalten noch weniger Selbständigkeit als vorher. Die französische Bourgeoisie hat seinerzeit ihr soziales Ideal als welterlösende Idee verkündigt. Das war der bürgerliche Liberalismus, dessen äußerste Konsequenz die Abschaffung des Staates ist. *Laissez faire, laissez passer!* Die Bourgeoisie sagt dem Staat: Laß uns nur machen und tritt beiseite! Der Staat hat nur noch die Eigentumsordnung zu schützen, alles andere wird auf kaufmännischem Wege erledigt: durch Kauf, Verkauf und freien Vertrag. Dem Staat blieb nur noch die Rolle des Polizisten. Die englische Bourgeoisie hat dieses liberale Ideal nahezu vollkommen verwirklicht. Dagegen hat die deutsche Bourgeoisie ein eigenes soziales Ideal überhaupt nicht aufgestellt. Der französische Bourgeois lag stets in der Offensive, bereit, jeden, der das Kapital antastete, als Feind der Zivilisation, der Gesellschaft, des Menschengeschlechts hinzustellen; der englische Bourgeois grinste und schloß sein Kapital in eisernem Schrank ein — er wußte, daß es Raub ist (siehe Ricardo), wollte aber nicht, daß es ihm von anderen geraubt werde; der deutsche Bourgeois, selbst angekränkt von den allgemeinen Zweifeln an der Rechtmäßigkeit des kapitalistischen Erwerbs, berief sich auf Gemeinwohl und Staatsinteressen. Aber das Geschäft der Kapitalanhäufung besorgten sie alle drei skrupellos, ohne auf die Interessen ihrer Mitmenschen zu achten.

Dazu kam, daß die deutsche Kapitalistenklasse bei ihrem ersten Auftreten den Weltmarkt bereits besetzt vorfand. Es ist

bekannt, daß die englische Kapitalistenklasse zuerst den modernen Maschinenbetrieb in den wichtigsten Industrien einfuhrte, und daß sie dank diesem Umstand, sowie dem englischen Kolonialbesitz und der Ausdehnung des englischen Welthandels in der Lage war, jede Konkurrenz auf dem Festlande zu schlagen. England schuf sich eine Monopolstellung auf dem Weltmarkt. Das europäische Festland war ihm gegenüber wirtschaftlich nicht viel mehr als eine Kolonie. Dem freien Briten schien dieser Zustand vollkommen in der Ordnung der Dinge — ebenso, wie es ihm gegenwärtig richtig und gerecht erscheint, daß England die Ozeane dem Weltverkehr absperrt. Die Schwierigkeit, scheinbare Unmöglichkeit, das englische Industriemonopol zu brechen, stimmte die Bourgeoisie auf dem Festlande wirtschaftlich und politisch herab, machte sie bescheiden in ihrem Auftreten und ihren Forderungen. Die deutsche Bourgeoisie hatte von Haus aus keine wirtschaftlichen Weltpläne, wie die englische oder die französische. Sie wollte bloß auf dem inneren Markt sich Platz schaffen, der Gedanke lag ihr fern, es mit England auf dem Weltmarkte aufnehmen zu wollen, und sie entwickelte sich tatsächlich auf der Grundlage des inneren Marktes, im Anschluß an den Eisenbahnbau, den Städtebau, die Militärlieferungen.

Die wirtschaftliche Stagnation, die auf dem Weltmarkt nach der 70er Handelskrisis eintrat, wirkte ebenfalls als ein politischer Dämpfer auf die Bourgeoisie.

Und so sehen wir, daß die deutsche Bourgeoisie sich der Regierungsgewalt anschmiegt, sich ihr unterwirft, statt die politische Gewalt an sich zu reißen. Sie will es gar nicht. Ihr Ideal ist nicht der Liberalismus, sondern ein starkes Reich. Und da das Reich unter preußischer Leitung steht, so eignet sie sich das preußische Staatsideal an.

Die Regierungsgewalt fühlt sich stark und setzt eine energische Staatspolitik durch, von der besonders zwei Momente hervorgehoben werden müssen: die Verstaatlichung der Eisenbahnen und die Arbeiterversicherung. Beides blieb Stückwerk. Die Verstaatlichung der Eisenbahnen mußte mindestens von einer Verstaatlichung der Kohlenwerke begleitet sein. Die spätere Entwicklung hat gezeigt, daß eine in den 80er Jahren durchgeführte

Verstaatlichung der Kohlenwerke die großartigsten finanziellen und wirtschaftlichen Ergebnisse zur Folge gehabt hätte. Die Arbeiterversicherung war ungenügend, weil ihre finanziellen Unterlagen zu gering waren, weil in ihrer Organisation die Arbeitervertretungen nicht zu ihrem vollen Rechte kamen und weil sie es unterlassen hatte, die Arbeitszeit zu normieren — denn die Festlegung eines kurzen Arbeitstages ist das wichtigste Mittel zur Verhütung von Betriebsunfällen und Gewerbekrankheiten.

Daß die Reichsregierung geglaubt hatte, durch die Arbeiterversicherung die Sozialdemokratie aus dem Sattel heben zu können, das war allerdings ein grober, wenn auch begreiflicher Irrtum der Staatsmänner, die das Wesen der Sozialdemokratie in der sozialistischen Agitation erblickten, statt sie aus der sozialen Stellung der Arbeiterklasse und der Entwicklung des Reiches begreifen zu lernen. Da die Arbeiterversicherung als Kampfmittel gegen die Sozialdemokratie in Szene gesetzt wurde, mußte sie schon deshalb von dieser mit dem größten Mißtrauen aufgenommen werden. Die Unzulänglichkeiten der projektierten Arbeiterversicherung boten der Sozialdemokratie Stoff genug zu der schärfsten Kritik. Außerdem empfanden die Arbeiter die brutale Kombination von Arbeiterversicherung und Sozialistengesetz, „Zuckerbrot“ und „Peitsche“, als Verletzung ihres Ehrgefühls, als tiefste Kränkung. Wenn man sich noch weiter orientiert über die Art, wie damals die Kämpfe um die Arbeiterversicherung ausgefochten wurden, so findet man, daß bis zu einem gewissen Grade denn doch in der deutschen Sozialdemokratie selbst die Befürchtung bestand, daß es Bismarck vielleicht doch gelingen könnte, das Proletariat durch seine Versicherungsgesetze vom revolutionären Wege abzulenken. Die Wahnidee, daß die Arbeiterversicherung die Entwicklungsmöglichkeiten der Gewerkschaften eingeschränkt habe, hielt sich noch lange aufrecht und trübte den Blick selbst so kühner Geister wie August Bebel.*)

Die Sozialdemokratie erlitt keinen Abbruch durch die Arbeiterversicherung; im Gegenteil, ihre Popularität vermehrte sich

*) Ich wandte mich dagegen zuerst in meiner 1896 erschienenen Schrift „Die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie“.

und ihre Kraft stieg durch die Machtstellung, die die Arbeitervertreter in den Versicherungsorganisationen erreichten. Das beweist, daß man bei der Beurteilung einer Staatsaktion nicht bloß die **Absichten** ins Auge zu fassen hat, die die **Regierung** oder die herrschenden Klassen dabei verfolgen, sondern auch die **Konsequenzen**, die die Maßregel innerhalb des modernen sozialen Getriebes nach sich ziehen muß. Die Arbeiterversicherung war eine Eroberung der Sozialdemokratie, obwohl sie als Kampfmittel gegen diese gedacht wurde.

Viel einfacher war die Stellung der Sozialdemokratie zu der Verstaatlichung der Eisenbahnen. Denn hier verfolgte die Regierung überhaupt keine sozialpolitischen und nicht einmal wirtschaftliche Pläne, sondern die Verstaatlichung geschah aus militärischen Gründen. Die Sozialdemokratie war dagegen, weil sie die Macht des Staates, der sie vergewaltigte, nicht hat vermehren wollen.

Gegenwärtig gibt es kaum einen Menschen, der die preußische Verstaatlichung der Eisenbahnen ungeschehen sein lassen möchte. Das deutsche Beispiel wurde seitdem von anderen Staaten nachgemacht, und allgemein wird die Zweckmäßigkeit der Verstaatlichung der Eisenbahnen sowohl aus militärischen wie aus finanziellen und wirtschaftlichen Rücksichten anerkannt. Die Sozialdemokratie setzt sich grundsätzlich nirgends mehr der Verstaatlichung der Eisenbahnen entgegen, wohl aber scheiterte in manchen Staaten bis jetzt das Werk an dem Widerstand der kapitalistischen Eisenbahngesellschaften, die übertriebene finanzielle Forderungen stellten, oder durch parlamentarische Intrigen die Aktien zu verteilen wußten. Gerade in Frankreich und England, den „liberalen“ Staaten, die man uns jetzt als Träger der Zivilisation hinstellt, der zuliebe Deutschland von der russischen „Walze“ zermalmt werden sollte, kommen diese kapitalistischen Cliqueninteressen am stärksten zur Geltung. Was die Regierungsgewalt in Deutschland, gestützt auf den Militarismus, schon in den 80er Jahren mit Erfolg durchgeführt hatte, das haben jene Staaten des bürgerlichen Liberalismus bis auf den heutigen Tag nicht fertig gebracht. Woraus sich ergibt, daß auch der Militarismus seine guten Folgen haben kann.

Die sozialdemokratische Agitation unter dem Sozialistengesetz.

Die wirtschaftliche Stagnation, die, wie schon erwähnt, die deutsche Bourgeoisie erst recht zaghaft und furchtsam in ihrem Verhalten der Regierung gegenüber gemacht hatte, hat dagegen die sozialdemokratische Opposition gesteigert.

In der Politik — Nationalliberalismus, Sozialistengesetz, verunglückter Bismarckscher Kulturkampf, in der Industrie Geschäftsstockung, in der Landwirtschaft schleichende Krisis; neue Militärvorlagen, neue Steuern, steigende Brotzölle; dabei Arbeitslosigkeit und knappe Löhne.

Der große Arbeitertribun, August Bebel, brachte die Stimmungen der deutschen Arbeiterklasse um jene Zeit in glühenden Worten zum Ausdruck. Er blieb in dieser Stimmung auch später, sein Leben lang, und nahm sie mit ins Grab. Für Bebel existierte die bürgerliche Gesellschaft überhaupt nicht mehr. Sie hat sich selbst zugrunde gerichtet. Was zum Vorschein kam, waren nur noch Zersetzungsprodukte. Er legte Sammelmappen an für die Symptome dieser Zersetzung, des Fäulnisprozesses auf allen Gebieten des sozialen Lebens und der Politik, und brachte sie in seinen Etatsreden vor, die er zu einem düsteren Bild gestaltete, das von dem glühenden Zorn der proletarischen Kämpfer wie von einem unterirdischen Feuer durchleuchtet wurde; diese finstere Schilderung bildet dann den Hintergrund zu einer Apotheose des Sozialismus, die in den blaßblauen Farben des christlichen Himmels gehalten wurde.*) Er geißelte die Bourgeoisie und die Regierung, so daß sie, die die Macht hatten, als klein und nichtswürdig erschienen, zeigte den Massen ihr Elend und verhiieß ihnen eine Zukunft, die ihrer Sehnsucht entsprach, und er stand stets als ein aufrechter, aufrichtiger Mann da, der selbst mit seiner ganzen Seele die Entrüstung, den Kummer und die Hoffnungen der Massen teilte — darum riß er sie mit sich hin. Dabei war er ein genauer Kenner der Entwicklung der bürgerlichen Parteien und ihrer agierenden Personen und verstand es wie keiner, ihre Unzulänglichkeit und ihre Unentschlossenheit aufzudecken.

*) K. Kautsky dichtete um diese Zeit seine Theorie der „chronischen Ueberproduktion“ und legte damit den Beweis ab, daß ihm zum Verständnis der Entwicklung der Industrie und des kapitalistischen Weltmarktes die primitivsten Voraussetzungen fehlten.

In der auswärtigen Politik war sein Haß gegen den russischen Zarismus nur noch von jenem W. Liebknechts überboten, der es nie müde war, auf die Befreiung Polens, d. h. die Zerstümmerung des Zarenreiches hinzuweisen.

A. Bebel und W. Liebknecht haben sich gewiß nicht träumen lassen, daß der Umstand, daß sie nach einem siegreichen Krieg der Annexion einer französischen Provinz nicht haben zustimmen wollen, den französischen Sozialisten als Rechtfertigung dienen könnte in ihrem Vorhaben, die zarischen Heere bis nach Berlin zu bringen. Wollten sie keine Annexion von Elsaß-Lothringen, so hieß das nicht, daß sie bereit waren, Ostpreußen und Galizien widerstandslos an Rußland auszuliefern. Und sie waren auch keine sentimentalischen Toren, sie wußten, daß man die zarischen Armeen nicht mit Redensarten von der Heiligkeit der Internationale, sondern nur mit den Waffen des deutschen Generalstabs besiegen kann.

Der Kampf gegen den Zarismus war eines der beliebtesten Agitationsmittel der deutschen Sozialdemokratie. Das war zugleich ein Angriff auf die preußische Regierung. Dieser wurde vorgeworfen, daß sie aus Gründen der inneren Politik ihre Rassenfreundschaft aufrecht erhalte und fördere, denn sie bereite sich vor, im Falle einer deutschen Revolution sich auf die russischen Armeen zu stützen. Oft genug wurde die Liebedienerei vor Rußland, die Kriecherei vor dem Zarenthron mit den schärfsten Worten getadelt und darauf verwiesen, daß man dadurch, daß man die Geschäfte des Zarentums besorge, die schlimmste Gefahr für Deutschland selbst heraufbeschwöre.

Es ist bekannt, daß K. Marx schon 1871 den Anschluß Frankreichs an Rußland voraussagte. Das bedeutet aber selbstverständlich nicht, daß er diesen Anschluß billigen würde. Im Gegenteil, er befürchtete ihn, sah darin eine Gefahr für Europa und Deutschland. Zweifellos waren auch für die Stellungnahme Bebels und Liebknechts in der Frage der Annexion von Elsaß-Lothringen nicht nur allgemeine Gerechtigkeitsgründe maßgebend, sondern eben die Rücksichtnahme auf diese politischen Folgen der Annexion. Man wollte Frankreich schonen, um es nicht in die Arme des zarischen Rußlands zu werfen. Also immer und immer wieder die russische Gefahr! Und da glauben politische Hohl-

köpfe einen Gegensatz konstruieren zu können zwischen der gegenwärtigen Haltung der deutschen Sozialdemokratie und der damaligen Stellungnahme von Bebel und Liebknecht! Was ihnen als politische Konsequenz erscheint, wäre in Wirklichkeit ein automatisches Nachplappern eines und desselben Wortes, wie es bei Gehirnparalyse vorkommt. Sie gleichen dem Narren aus dem Märchen, den man einen Glückwunsch gelehrt hat, und der ihn hersagt, als er einem Leichenzug begegnet.

So hat die deutsche Sozialdemokratie die bürgerliche Gesellschaft, die Parteien, die innere und äußere Politik der Regierung kritisiert; das Ganze war aber durch den Kampf gegen das Sozialistengesetz zusammengefaßt und auf ein nahes, klares Ziel gerichtet.

„Das deutsche Muster.“

Im Jahre 1889 tritt in Paris der Internationale Sozialistische Kongreß zusammen. Die deutsche Sozialdemokratie wird als die Vorkämpferin des Weltproletariats gefeiert. Sie zeigt sich von vornherein als das stärkste Bollwerk der Internationale und bleibt bis zum Kriegausbruch die führende sozialistische Partei.

Die sozialistischen Parteien der anderen Länder suchen mit vollem Bewußtsein „das deutsche Muster“ nachzuahmen.

Woher kam das internationale Ansehen der deutschen Sozialdemokratie?

Zunächst daher, daß der Sozialismus in anderen Ländern nach dem Sturze der Pariser Kommune keine hervorragenden Erfolge aufzuweisen hatte. Es war die Tat, die imponierte. Die Erfolge der deutschen Sozialdemokratie haben den Sozialisten anderer Länder neue Zuversicht und Hoffnungen eingeflößt und sie zu einem energischen Auftreten aufgemuntert.

Ueber die Zweckmäßigkeit des internationalen Zusammenschlusses des Proletariats brauchte die deutsche Sozialdemokratie die Sozialisten der anderen Länder nicht zu belehren. Die Geschichte der ersten Internationale spielte sich ja vorzüglich in jenen Ländern ab. Aber damit dieses kühne Unternehmen aufs neue gewagt und in die Praxis umgesetzt werde, mußten die sozialistischen Arbeiter in den führenden Ländern erst wieder Ver-

trauen fassen zu der Kraft der Bewegung, und das geschah nach den Erfolgen der deutschen Sozialdemokratie.

Es ist eine gangbare Vorstellung, daß der Marxismus die deutsche Sozialdemokratie stark gemacht und ihren Einfluß ins Ausland bedingt habe. Der Marxismus hat nun allerdings mit einer Menge falscher geschichtlicher und wirtschaftlicher Vorstellungen aufgeräumt, mit denen die sozialistische Agitation vermenget war, und dem Klassenkampf des Proletariats eine breite wissenschaftliche Grundlage gegeben; dennoch waren es nicht die Marx'schen Ideen, die die deutsche Sozialdemokratie populär machten, sondern es war vielmehr die deutsche Sozialdemokratie, die diese Ideen zur internationalen Geltung brachte. Die Achtung vor der konzentrierten Macht, die die deutsche Sozialdemokratie entwickelte, hob auch das Interesse für K. Marx, von dessen Ideen diese Bewegung getragen wurde.*)

*) Das von K. Marx aufgestellte Schema der kapitalistischen Entwicklung erwies sich als vorzüglicher Wegweiser für Länder, in denen die kapitalistische Industrie erst ihren Einzug hielt. Darum wurde der Marxismus zur Vorschule der bürgerlichen Staatsmänner erst in Rumänien, Bulgarien und Serbien, dann in Rußland. Die Franzosen und Engländer fanden bei Marx nur neue Formeln für bereits bekannte Tatsachen. Ihr Interesse war also ein geringeres.

Dazu kommt, daß das Marx'sche Hauptwerk in einer Weise abgefaßt ist, die es den Massen unzugänglich macht.

K. Kautsky glaubte in seinem Werk „K. Marx's Oekonomische Lehren“, Marx dadurch zu verbessern, daß er ihn umschrieb. Von Marx die Gedanken, von Kautsky der Stil, und das Ganze auf einen Umfang reduziert, wie er dem Volksaufklärungsbedarf des Verlegers J. H. W. Dietz am besten paßte. Dabei gingen Saft und Kraft verloren. Aus dem Marx'schen Sauerteig machte er Mazza.

Die Schwierigkeiten des Marx'schen Hauptwerkes liegen nicht darin, daß Marx kein klares Deutsch zu schreiben verstand. Er gehörte zu den besten deutschen Stilisten. Die Schwierigkeiten liegen erstens in der gewaltigen Kondensation der Gedanken, zweitens in dem Aufbau des Werkes.

Marx begann, bekanntlich, mit seiner „Kritik der Politischen Oekonomie“. Das war eine Kritik der Theorien, der Ansichten, aus der sich eine Kritik der kapitalistischen Zustände ergab. Im Laufe der Arbeit wird für Marx das letztere der Hauptzweck. Er beschließt nun, eine Darstellung der kapitalistischen Zustände zu geben, von der aus er die Theorien der politischen Oekonomie zurück- und zurechtweist. Das Verfahren wird also umgekehrt; zugleich begibt sich Marx auf ein neues Forschungsgebiet: die Tatsachen der industriellen Entwicklung und der Kapitalbildung, die Technik, die Zustände in den Fabriken; neben politisch-ökonomischen Systematisierungen, benutzt er jetzt Geschichtswerke über den Handel und die englischen Blaubücher. Das ist „Das Kapital“, Band I. Da er aber noch immer die Kritik der politischen Oekonomie im Auge behält, macht es

Die konzentrierte Macht — das war es, was imponierte. An kühnen Gedanken hat es den Sozialisten außerhalb Deutschlands nie gefehlt. Aber es war immer eine große Disproportion zwischen den politischen Plänen und der politischen Macht der Sozialisten. Darum erschienen sie als Phantasten. Diesmal aber sah man in Deutschland eine wohlorganisierte Macht des sozialistischen Proletariats heranwachsen, die nach allen Richtungen hin achtungserweckend war.

Das mußte taktische Veränderungen zur Folge haben. Früher spielte in der Taktik der Sozialisten eine große Rolle das Ueberrumpelungsmoment. Da die sozialistischen Organisationen schwach waren, so hat man sich zur Aufgabe gestellt, durch eine Verschwörung die Massen zu lenken, wenn sie infolge großer politischer Konflikte in Bewegung geraten, d. h. zur Zeit der Revolution. Die Taktik stammt direkt aus dem Lande der Revolu-

zum Ausgangspunkt seiner Darstellung, wie die klassische politische Oekonomie, den Austauschprozeß. Er gibt eine Analyse der Ware, von der aus er über das Wertgesetz zur Produktion und den hinter ihr stehenden gesellschaftlichen Verhältnissen gelangt. Das Wertgesetz selbst bleibt dabei unbewiesen. Denn dieses entspringt nicht dem Tausch, sondern der Produktion, es ist ein gesellschaftliches Verhältnis und muß sich im Warenverkehr erst durch Millionen Störungen Bahn brechen, wobei das Gesetz selbst als Störung erscheint. Es kommt desto schärfer zur Geltung, je mehr die Produktion kapitalistisch durchgebildet ist und der Ausgleich der Produktion-, Verkehrs- und Kreditbedingungen, die Normierung der Preise und der Löhne das Willkürliche in dem Austauschprozeß einschränken (Fr. Engels glaubte, umgekehrt, die reinste Wirkung des Wertgesetzes zur Zeit des Handwerks wahrgenommen zu haben. Das war eine Verkennung des Wesens selbst des Wertgesetzes, wie es Marx aufsaßt. Ich deckte diesen Irrtum 1896 in der „Neuen Zeit“ auf. Auf den gesellschaftlichen Charakter des Problems wies ich schon 1892 hin, also mehrere Jahre vor der Veröffentlichung des dritten Bandes des „Kapital“, in meinen Artikeln gegen Böhm-Bawerk, ebenfalls in der „Neuen Zeit“. K. Marx leitet das Wertgesetz begrifflich ab; diese Ableitung ist spekulativ und willkürlich. Wir wissen wohl, daß die Produktion auf gesellschaftlicher Arbeit beruht, wir können es aber den Waren nicht ansehen, daß in ihrem Austausch das Verhältnis der in ihnen enthaltenen gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit sich geltend macht. Statt nun vor allem die gesellschaftlichen Verhältnisse der Produktion klarzulegen, aus denen sich die Bedingungen des Warenverkehrs ergeben, übernimmt es Marx, den Knäuel zu entwirren, zu dem sich die gesellschaftlichen Beziehungen in der Ware verflochten haben, wo bereits alle Ecken und Enden geborgen sind und die Erinnerung selbst an den gesellschaftlichen Ursprung ausgelöscht ist. Die Darstellung ist deshalb abstrakt und kompliziert und vermag beim Laien das befreiende Gefühl einer klaren Erkenntnis nicht auszulösen.

So abstrakt und spekulativ die Marxsche Erörterung des Wertgesetzes, so lebensfroh und sogar dramatisch, trotz dem spröden Stoff, ist seine weitere Darstellung. Der

tionen, Frankreich. Jedesmal, wenn die französische Bourgeoisie in einen revolutionären Zusammenstoß mit der Regierung geriet, versuchten die Sozialisten, sich an die Spitze der Arbeitermassen zu setzen, um die Staatsgewalt an sich zu reißen. Das wurde dann zur leitenden Regel der sozialistischen Taktik. Die Revolution war also die eigentliche Voraussetzung der sozialistischen Tätigkeit. Der Sozialismus trat als spezifische Revolutionspartei auf, die nur leben und atmen kann in der Revolution. Revolution ist aber nicht immer. Was soll man tun in den großen Zwischenräumen, wo es keine revolutionären Zusammenstöße gibt? Darauf gab es keine Antwort. Alle Hoffnungen wurden auf die Revolution gesetzt — außerhalb der Revolution gab es nur Trostlosigkeit. Man fürchtete sogar, daß, wenn lange Zeit ohne Revolution vergeht, der revolutionäre Geist des Proletariats nachlassen würde. Man fürchtete eine Ablenkung des Proletariats von seinen großen sozialrevolutionären Aufgaben durch den Parlamentarismus. Man fürchtete sogar die Gewerkschaften, weil sie angeblich die Klassenenergie des Proletariats im Kampfe

Arbeiter und der Fabrikherr erscheinen als agierende Personen, um die gegenseitige Stellung der Lohnarbeiter- und der Kapitalistenklasse innerhalb der gesellschaftlichen Produktion klarzulegen. Von da an aber spaltet sich die Untersuchung. Der eine Weg verfolgt die Schicksale der Arbeiterklasse, der andere die Bewegung und die Transformationen des Kapitals. Mit diesem begibt sich Marx auf ein drittes Forschungsgebiet: er erörterte früher die Beziehungen zwischen dem Lohnarbeiter und dem Kapitalisten innerhalb der einzelnen Unternehmungen, jetzt behandelt er (Band II und III des „Kapital“) die Beziehungen zwischen den Kapitalisten. Seine literarischen Quellen sind nunmehr Börsen- und Handelsberichte, Bankausweise u. a. m. Die politische Oekonomie hört fast vollständig auf. Das Persönliche der Darstellung verliert sich. In den Vordergrund treten die großen kapitalistischen Zusammenhänge, die sich dem Willen des einzelnen unterwerfen und ihn lenken. Es ist nicht mehr ein Drama, sondern eine Tragödie, von einem unbarmherzigen Fatum beherrscht. Jetzt erst kommt es voll zum Durchbruch, daß der Kapitalismus nicht eine böswillige Erfindung, ein groß angelegter Betrug ist, sondern ein Produktions- und Verkehrssystem nebst entsprechender Eigentumsordnung, das sich aus der gesamten geschichtlichen Entwicklung der Gesellschaft ergibt und von ihr überwunden werden muß. Die agierenden Personen erscheinen nunmehr wieder, aber ihre Zahl hat sich vermehrt und sie haben zum Teil ihre Gestalt geändert. Erst wurde einfach der Lohnarbeiter dem Kapitalisten entgegengestellt, jetzt sind es der Lohnarbeiter, der Unternehmer, der Finanzmann, der Kaufmann, der Grundbesitzer. An diesem Punkt bricht das Werk ab, da Marxs Lebensfaden abgeschnitten wurde. Es fehlt die von Marx in Aussicht genommene Lehre von der Konkurrenz, d. i. die Darstellung, wie die Klassen, Gruppen und Personen innerhalb der vom Kapitalismus gegebenen sozialen Zusammen-

um kleine Aufgaben verzetteln. Ueberall sah man Gefahren für den Revolutionismus des Proletariats, von dem einzig und allein der Erfolg des revolutionären Streiches abhing, der dem Sozialismus die Ergreifung der politischen Macht sichern sollte, und sah keinen anderen Ausweg, als die schleunigste Herbeiführung der Revolution — eine Taktik, die den geschichtlichen Charakter der Revolutionen vollkommen verkannte. Da kam die deutsche Sozialdemokratie und zeigte, daß man aus dem Proletariat auch außerhalb der Revolution unter Ausnützung dessen parlamentarischen Rechte eine starke, organisierte, disziplinierte, politische Partei mit sozial-revolutionärem Kampfesziel bilden kann. Jetzt wußte man, was man zu tun hatte, bevor die Revolution eintrat, und man suchte allerorten das deutsche Muster nachzuahmen.

Die Aufgabe war eigentlich die, aus dem Proletariat als Klasse eine Macht zu bilden, die stets und überall, im parlamentarischen Getriebe, in der Revolution, im Krieg, sich selbst treu bleibt, also vor allem das Klasseninteresse des Proletariats wahrnimmt. Man war sich aber dessen selbst in den Reihen der

hänge untereinander um den Erwerb und die wirtschaftliche Machtstellung ringen. Weil dieser Abschluß fehlt, geht ein fatalistischer Zug durch das Werk, der viel Unheil in den Köpfen anrichtete.

Es ist so, als wenn man, statt durch die offene Türe in das Haus einzutreten, von Marx über das Dach durch den Kamin geführt werde. Hat man die enge und dunkle Passage der Marxschen Darstellung des Wertgesetzes überwunden, so gelangt man in lichte, breite Räume. Man hat aber, da man über den Kamin gestiegen ist, einen falschen Gesichtspunkt mitgebracht und das Haus erscheint verkehrt.

Hätte Marx die Produktion mit ihren gesellschaftlichen Verhältnissen zur Grundlage genommen, so würde sich das System leicht und frei aufbauen lassen und Einseitigkeiten wären vermieden worden, die jetzt seine wissenschaftliche Untersuchung trüben. So wird von ihm die kapitalistische Entwicklung vielzusehr auf den Industrialismus zugespißt, dieser auf den Maschinismus, der wieder sehr einseitig bloß als arbeitssparende Methode aufgefaßt wird. Die Einführung neuer Produktionsverfahren und neuer Industrien, die Differenzierung und Bereicherung des Verbrauchs und mit ihm des Marktes, überhaupt die Rückwirkung des Verbrauchs auf die Produktion, die mannigfaltigen Wirkungen des Welthandels, die Erweiterung des Warenkonsumentenkreises durch das wirtschaftliche Emporkommen größerer sozialer Schichten, die Erweiterung der Produktion durch Entwicklung der Kultur, die Rolle des Staates, der Kommunen in der Entwicklung der gesellschaftlichen Produktion und in der Mechanik des kapitalistischen Anhäufungs- und Verteilungsprozesses, das alles wird in dem Marxschen Hauptwerke wenig oder fast gar nicht berücksichtigt. „Das Kapital“ steht in dieser Beziehung bedeutend hinter dem „Kommunistischen Manifest“ zurück.

deutschen Sozialdemokratie nicht klar bewußt, noch weniger im Auslande. Man spitzte vielmehr das Problem so zu: unter Ausnützung der parlamentarischen Mittel aus dem Proletariat eine Macht zu bilden, die stark genug wäre, die Revolution herbeizuführen.

Das Sozialistengesetz fiel. Ihm folgte Bismarck. Das war ein Triumph der deutschen Sozialdemokratie, der die Welt in Staunen versetzte.

Seitdem sind bereits 25 Jahre vergangen. Ein Vierteljahrhundert!

Seitdem ist die deutsche Sozialdemokratie gewaltig in die Breite gegangen. Sie hat aber die Klarheit und Entschiedenheit ihrer Taktik eingebüßt.

Das Sozialistengesetz gab der sozialdemokratischen Agitation ein klares und unmittelbares Ziel. Die Hauptsache war ja die soziale Revolution, aber zunächst und vor allem mußte das Sozialistengesetz beseitigt werden. Das war einfach und einleuchtend. Als das Sozialistengesetz fiel, zeigte sich deshalb sofort eine empfindliche Lücke: was soll das unmittelbare Kampfziel sein? Denn daß man nicht sofort die große Auseinandersetzung mit der kapitalistischen Gesellschaft, die soziale Revolution, in Szene setzen konnte, darüber war man sich klar.

Es war offenbar notwendig, eine praktische Forderung in den Vordergrund zu rücken, die das Proletariat unmittelbar in seinem Klasseninteresse erfaßte.

Ein großer Anlauf nach dieser Richtung war bereits unter dem Sozialistengesetz geschehen.

Das war die 1889 auf dem Internationalen Sozialistischen Kongreß zu Paris aufgestellte Forderung des **Achtstundentages**.

Die Forderung wurde aufgestellt, um die staatliche Sozialpolitik zu überbieten, um die Agitation auf ein unmittelbares proletarisches Ziel zu lenken und um das Proletariat im praktischen Kampf um sein Klasseninteresse international zu einigen. Vom gleichen Gesichtspunkte wurde als Ergänzung zu der Agitation um den Achtstundentag die **Maifeier** beschlossen.

Die Maifeier war keineswegs als die harmlose Friedensdemonstration gedacht, zu der sie sich später entwickelte. Es

sollte die große Parade, die Mobilmachung des sozial-revolutionären Proletariats und dessen Einübung im internationalen revolutionären Handeln sein.

Die deutsche Sozialdemokratie wagte es aber nicht, aus der Sache Ernst zu machen. Sie wich langsam, aber konsequent auf der ganzen Linie zurück.

Es war leicht, gegen das Sozialistengesetz zu kämpfen. Denn erstens mußte man. Das Gesetz war nun einmal da, die Regierung hatte es geschaffen, und es blieb nichts anderes übrig, als es zu bekämpfen. Zweitens genügte es, in der Defensive zu bleiben. Zeigte die Sozialdemokratie, daß sie dem Gesetz Widerstand leisten kann, daß ihre Entwicklung durch das Sozialistengesetz nicht aufgehalten werden kann, so war das Spiel gewonnen.

Jetzt aber galt es, von der Defensive in die Offensive überzugehen. Jetzt genügte es nicht, sich nicht bezwingen zu lassen, sondern man mußte der Regierung und den Parteien seinen Willen aufzwingen. Ein großer Kampfesapparat mußte entfaltet und ein Risiko übernommen werden. Aber gerade die Erfolge der Sozialdemokratie unter dem Sozialistengesetz lehrten sie, das Risiko zu vermeiden.

Der Grundsatz wurde unter dem Sozialistengesetz aufgestellt: „sich nicht provozieren zu lassen!“ Wir nehmen den Kampf an, wenn es uns paßt. Das war ja auch ganz richtig. Aber allmählich hat sich darauf die Taktik entwickelt, jedem größeren Konflikt auszuweichen. Wer aber im Kampf konsequent einem ersten Zusammenstoß ausweicht, kann nicht vorwärts kommen.

Die Defensive sowohl wie die Offensive haben ihre bestimmten Voraussetzungen. Man kann mit der einen allein ebensowenig ans Ziel kommen, wie mit der anderen.

Die Meinungen innerhalb der deutschen Sozialdemokratie waren geteilt.

Da gab es eine Anzahl Lärmmacher, die den Kampf um des Kampfes selbst willen wollten. Sie verlangten von der sozialdemokratischen Fraktion eine schärfere Tonart im Parlament, sie wollten die Regierung und die bürgerlichen Parteien aufs äußerste

provozieren, um einen offenen Konflikt herbeizuführen. Sie wollten dem Staat eine Schlacht liefern, ohne zuerst die Kräfte abzuschätzen und ohne ein unmittelbares Ziel des Kampfes anzugeben. Gewiß, es war „das Endziel“ da. Das war aber gleichsam das große Ziel des Feldzuges; für die einzelne Schlacht muß man aber vor allem wissen, um was unmittelbar gekämpft wird, welche Positionen zu erobern sind. Das Ergebnis dieser Taktik wäre die Auslösung chaotischer Kämpfe gewesen. Darauf wollte sich die deutsche Sozialdemokratie mit Recht nicht einlassen.

Leider wurde durch diese politischen Ungereimtheiten die Idee der proletarischen Offensive in Mißkredit gebracht.

Auf der anderen Seite empfahl **G. Vollmar** im Gegenteil eine Milderung der Tonart. Er glaubte, daß wir Erfolge erzielen könnten, wenn wir uns der Regierung gegenüber versöhnlicher zeigen würden. Er wollte also, daß wir uns der Regierungspolitik anpassen, während es sich in Wirklichkeit darum handelte, die Regierung zu zwingen, sich den proletarischen Forderungen anzupassen. Die Regierung selbst dachte gar nicht daran, sich mit der Sozialdemokratie auszusöhnen, bereitete vielmehr ihre Umsturzvorlagen vor, und die Arbeitermassen, hochgetragen von dem Gefühl des über Bismarck errungenen Sieges, waren am allerwenigsten geneigt, mit der Regierung zu paktieren.

Maßgebend wurde die Taktik der Sammlung der Kräfte, um in geeigneten Augenblicken dem kapitalistischen Staat die Generalschlacht zu liefern. Darum vor allem Vermeidung jeder Kräfteverzettlung. Die gesamte Aufmerksamkeit muß auf den bevorstehenden großen Kampf gerichtet werden. Nur keine Seitensprünge, keine Nebenzwecke!

Kein moderner Feldzug läßt sich durch eine einzige Schlacht gewinnen. Dasselbe gilt auch in der Politik. Die Idee, die soziale Revolution unter der Hand so vorbereiten zu können, daß man dann mit einem einzigen großen Schlag das Ziel erreicht, war eine furchtbare Illusion. Bevor das Proletariat zur politischen Herrschaft gelangt, muß es erst lernen, sich politisch geltend zu machen. Durch politische Kämpfe muß sein Wille gestärkt, durch politischen Erfolg muß sein Mut gesteigert werden. Gerade das Proletariat, die unterdrückte Klasse, muß erst

lernen, Großes zu wagen. Die Charakteristik, die K. Marx dem Proletariat im Kommunistischen Manifest gab, als die Gesellschaftsklasse, die nichts zu verlieren hat und deshalb stets zur Revolution bereit ist, war irreführend und schuf großes Unheil. Mit dem Mut der Verzweiflung baut man keine neuen Welten auf. Das Proletariat, das Marx im Auge hatte, konnte die Masse abgeben für ein Häuflein Verschwörer, die an die Macht gelangen wollten, war aber nicht imstande, eine selbständige Staatspolitik zu treiben. Dazu waren politische Schulung, Ausbau der Organisationen, ein gewisses soziales und kulturelles Emporkommen notwendig, und es war notwendig, daß das Proletariat lerne, sich große politische Probleme zu stellen und sie durchzusetzen. Die verzweifelnde Masse ist pessimistisch, sie verwirft alles, weil sie nirgends eine Erlösung sieht, und gerade deshalb ist sie in ihren politischen Forderungen und Plänen äußerst zaghaft und schüchtern. Der Druck der Not setzt ihre Lebensansprüche und Hoffnungen herab. Das ist der Grund, weshalb sie leicht bereit ist, alles zum Teufel fahren zu lassen. Zum Kampf einer Klasse um die Macht gehört aber im Gegenteil Ausdauer und Siegeszuversicht. Das Proletariat mußte lernen, sich nicht bloß als die Kraft fühlen, die imstande ist, den Staat zu überrennen, sondern als die Grundlage, auf der sich die gesamte Gesellschaftsordnung und mit ihr die Macht des Staates aufbaut. Dann erst konnte es lernen, zu fordern und zu erlangen.

Das Irrationelle der Taktik, die die gesamte Tätigkeit der Partei auf die einzige große Generalschlacht zuspitzte, wurde dadurch verdeckt, daß man sich diese Generalschlacht als nahe bevorstehend dachte. Man brauchte also sich nur noch kurze Zeit zu gedulden, dann mußte die Lösung des Problems von selbst kommen.

Diese Taktik war stark in Verneinungen. Verstaatlichungen — nein, denn dadurch stärken wir die Macht des Staates, dem wir bald die große Generalschlacht liefern wollen. Gewerkschaften — zweifelhaft, denn es wird dadurch die Aufmerksamkeit des Proletariats von dem großen Kampfziel abgelenkt, außerdem ist der Erfolg unsicher, und es lohnt sich auch nicht,

daß wir uns damit abgeben, da wir bald durch die große Generalschlacht den Staat bezwingen, die kapitalistische Wirtschaft aus den Angeln heben und den gewerkschaftlichen Kampf überflüssig machen werden. Konsumvereine — Unsinn, dadurch werden bloß die Arbeiter genarrt, nicht um die Organisation der Konsumtion handelt es sich, sondern um die Besitzergreifung der Produktionsmittel, und das werden wir nächstens durch unsere große Generalschlacht erreichen. Der Kampf um den Achtstundentag und die Maifeier wurden zurückgesetzt, weil man befürchtete, daß wir, wenn wir uns in diesen Fragen zu stark engagieren, gezwungen werden könnten, die große Generalschlacht früher zu liefern, als wir es für zweckmäßig halten.

Inzwischen verging die Zeit, und je länger desto mehr schien sich die Generalschlacht von uns zu entfernen, statt näher zu rücken. Die Parteizustände, die sich daraus ergaben, sollen später geschildert werden. Jetzt wollen wir uns nur noch erst Rechenschaft geben darüber, wo das Wachstum der deutschen Sozialdemokratie während dieser Zeit herrührt.

Zuerst die Klassenstellung des Proletariats. Die deutsche Arbeiterklasse kehrt in die Reihen der bürgerlichen Parteien nie mehr zurück. Dagegen wird die Existenz der selbständigen Arbeiterpartei stets eine gewaltige Anziehungskraft ausüben auf die Arbeiter, die noch außerhalb ihr geblieben sind. Die deutsche Sozialdemokratie könnte nur durch Spaltungen geschwächt werden, von außen droht ihr keine Gefahr. Solange die Einheitlichkeit der Organisation aufrecht erhalten wird, wird die deutsche Sozialdemokratie trotz aller Kämpfe, aller taktischen Wandlungen ihre Organisationen fortgesetzt erweitern.

Außerdem sorgten die deutschen Regierungen reichlich dafür, daß der Sozialdemokratie der Stoff für die Agitation nicht ausgehe.

Die bürgerlichen Parteien beugten sich vor der Regierung und fürchteten die Sozialdemokratie. Sie zählten politisch fast gar nicht mit. Deutschland mit seiner Weltindustrie wurde agrarisch regiert. Den größten Widerstand dieser Politik leistete die Sozialdemokratie. Sie stand deshalb im Vordergrund der parlamentarischen Kämpfe, wodurch die Aufmerksamkeit der Volks-

massen stets auf sie konzentriert wurde. Außerdem fand während dieser Zeit das deutsche Proletariat einen Ausweg für seinen Klassenkampf in den Gewerkschaften. Hier wurde eine Riesenarbeit geleistet, die zahlreiche Kräfte in Anspruch nahm. Hier wurden auch proletarische Erfolge erzielt, die den Mut und die Zuversicht der Klasse steigern mußten. Und wiederum zeigte das deutsche Proletariat, daß es seine eigenen Wege geht. Es hat gewerkschaftliche Zentralisationen geschaffen, durch die das berühmte Muster der englischen Trade Unions weit überboten worden ist. Innerhalb zweier Jahrzehnte von bescheidenen Anfängen haben die deutschen Gewerkschaften die englischen an Mitgliederzahl und Einnahmen übertroffen. Und jetzt ist nicht mehr das englische, sondern das **deutsche Organisationsmuster** maßgebend — die Zentralverbände. Die englischen Arbeiter selbst geben sich alle Mühe, es den deutschen Gewerkschaften nachzumachen, denn so konsequent wie in Deutschland ist das Zentralisationsprinzip in den gewerkschaftlichen Organisationen nirgends durchgeführt.

Die Zentralverbände sind eine unerläßliche Bedingung für eine groß angelegte internationale Organisation der Gewerkschaften. Indem die deutschen Arbeiter gezeigt haben, daß dieses Organisationsprinzip sich zielbewußt und konsequent in einem ganzen Lande durchführen läßt, haben sie die Richtung angegeben für die anderen Länder und so die Grundlagen geschaffen für die internationalen Verbände. Wieder ein Beispiel dafür, daß das Beste zur internationalen Einigung des Proletariats nicht in dem Austausch von Höflichkeit besteht, sondern in der Durchführung starker Organisationen, in der Wahrnehmung des proletarischen Klasseninteresses im eigenen Lande.

Die Erfolge der deutschen Gewerkschaften bei der Regelung der Arbeiterlöhne wie der Arbeitszeit haben den Mut und das Selbstvertrauen der deutschen Arbeiterklasse gehoben.

Sehr stark und mit großem Erfolge betätigte sich während dieser Zeit die Initiative der deutschen Arbeiter auch auf dem Gebiete der Konsumvereine.

Schließlich ist noch der Ausbau der sozialdemokratischen Presse zu erwähnen, der während dieser Zeit stattgefunden

hat. Auch in dieser Beziehung steht die deutsche Sozialdemokratie unerreicht da in der Geschichte der sozialistischen Bewegung. Die großen sozialdemokratischen Tageszeitungen mit eigenen, aufs beste eingerichteten Druckereien bilden gegenwärtig geradezu den Rückhalt der Partei.*)

So hat denn das deutsche Proletariat in der Zeit seit dem Fall des Sozialistengesetzes auf außerparlamentarischen Gebieten eine große Arbeit der Organisation, der Kräftenammlung, der Aufklärung geleistet, und diese Arbeit trug nicht wenig zum Wachstum der Sozialdemokratie bei, obwohl die politische Taktik der Partei nicht geeignet war, die Begeisterung der Massen dauernd wachzuhalten.

Der Verfall.

Der Glaube an die nahe Revolution ging nach und nach verloren. Die Taktik blieb aber dieselbe, sie war noch immer auf die große Generalschlacht berechnet. Es war eine Form ohne Inhalt. Der reine Revolutionismus wurde nur Phrase.

Man bereitete sich immer auf die große Auseinandersetzung mit dem Staate vor, aber wenn es zu halbwegs ernststen Konflikten kam, wich man ihnen regelmäßig aus. Nein, noch nicht, wir

*) Wie sehr der reine Revolutionismus, der alles auf die nahe bevorstehende Generalschlacht zuspitzte, die sozialdemokratische Parteileitung konservativ und unschlüssig machte in allen Fragen, die über die Parteitraditionen hinausgingen, sah man vielleicht am besten in ihrem Verhältnis zur Entwicklung der Tagespresse. Erstens wollte sie die Entwicklung der Provinzpresse einschränken, um eine straffere Zentralisation durchzuführen. Zweitens sah sie eine Gefahr darin, daß die Arbeiterpresse den Typus der modernen Tageszeitungen zu erreichen suchte, statt ihren Charakter des reinen Agitationsblättchens zu bewahren. Drittens betrachtete sie die Anschaffung eigener Druckereien, wodurch erst die Grundlage zu einem richtigen Zeitungsbetrieb gegeben wurde, als riskantes Abenteuer. Den Bann hat Dr. Bruno Schönlanck gebrochen, der das Leipziger sozialdemokratische Parteiblatt auf eine moderne Basis stellte. Den Leipzigiern folgten die Dresdener auf meine Initiative. Als ich im Auftrage der Dresdener Parteiorganisationen den Parteiverband in Berlin um Unterstützung unseres Unternehmens anging, wurde uns nicht ein Pfennig bewilligt. Ich brachte aus Berlin nur das Versprechen meines Freundes Dr. B. mit, für 5000 Mark Anteilscheine zu übernehmen und ein Versprechen des Dr. Z. für 1000 Mark. Das letztere wurde einen Tag später zurückgezogen, nachdem in der von mir redigierten Zeitung ein scharfer Artikel gegen E. Bernstein erschienen war. Das für die Organisation des Zeitungsbetriebes nötige Geld haben die Gewerkschaften im Ueberfluß beibracht.

sind noch nicht bereit! Warum denn? Darauf gab es keine Antwort. Wenn die Zeit gekommen sein wird! Aber Jahrzehnte vergingen, die Partei wuchs, ihre Dimensionen überschritten alle Erwartungen, und man hat sich noch immer nicht entschließen können, mit der großen Generalschlacht Ernst zu machen. Man versuchte gelegentlich Anläufe zu einer schärferen Kampfesart — wie aber die Regierung sich ernstlich zur Wehr setzte, zog man sich regelmäßig zurück. Es war klar, daß die deutsche Sozialdemokratie sich niemals zu einem Sturmangriff gegen die Staatsgewalt würde entschließen können. Die Revolution konnte nur noch gegen den Willen der revolutionären Sozialdemokratie stattfinden, sie mußte ihr aufgezwungen werden — dann erst würde man einsehen, daß die Zeit gekommen sei.

Die Revolution wurde zu einem Schemen, zu einer Beschwörungsformel. Zwischen ihr und der Wirklichkeit bildete sich eine unüberbrückbare Kluft.

Um diesen Widerspruch nicht zu merken, mußten die Geister erst besonders präpariert werden. Es war jene „theoretische Schulung“ notwendig, wie sie vorzüglich von K. Kautsky durch die „Neue Zeit“ durchgeführt wurde.

Schon in dem von Kautsky verfaßten Erfurter Programm, das die deutsche Sozialdemokratie als die dreimal geläuterte Wissenschaft heilig hielt, zeigten sich die Voraussetzungen dieses politischen Marasmus.

Nach dem Kommunistischen Manifest wollten die Verstaatlichungen den wirtschaftlichen Ausgangspunkt der sozialen Revolution bilden. F. Lassalle verlangte Staatskredit für Produktivgenossenschaften. Das Erfurter Programm setzte sich über die wirtschaftlichen Probleme der sozialen Revolution, über die Frage, wie das kapitalistische Produktions- und Verteilungssystem in ein sozialistisches umgewandelt werden soll, mit dem allgemeinen Satz von der Vergesellschaftung der Produktion hinweg. Wodurch diese Vergesellschaftung von den schon innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft entwickelten Kollektivbetrieben, wie Verstaatlichungen, Kommunalbetriebe, Genossenschaften, Aktiengesellschaften sich unterscheidet, darüber weiß niemand Bescheid. Die Massen glaubten, es sei etwas ganz Besonderes, es

war aber nichts, es war ein in das äußerste Allgemeine ausgedehnter, verschwommener Begriff, dem jeder konkrete Inhalt entzogen wurde, wie einer ausgepreßten Leberwurst.

Sollen wir für Verstaatlichungen, Kommunalisierungen, Genossenschaften eintreten? Das Programm gab darüber keine Auskunft, die Frage konnte ebensogut mit ja wie mit nein beantwortet werden.

Das Proletariat sollte die politische Macht erobern, um die Produktionsmittel zu vergesellschaften. Da man darüber keine Auskunft geben konnte, wie man sich diese Vergesellschaftung denkt, so bedeutete das einfach: Laßt uns in den Besitz der Staatsgewalt gelangen, dann werden wir schon sehen, wie sich die Dinge gestalten werden. Der sozialen Revolution wurde der soziale Inhalt entzogen, so dass sie als eine rein politische Frage erschien.

Das Erfurter Programm kennt nur die Verelendung der Massen und die Konzentration des Kapitals; darüber die Planlosigkeit der Produktion mit dem Knalleffekt der Handelskrisen. Die gesamte großartige Entwicklung des Weltmarktes fällt aus seinem Rahmen. Da dies aber die Grundlage ist für die Gegenwärtskämpfe der Arbeiterklasse, so fallen auch diese aus dem Programm heraus. Es kennt nur das „Endziel“ — in der uns bekannten verschwommenen „Form“ — und hat keinen Platz für die Entwicklung. Die Perspektive wird kolossal verkürzt, die Gegensätze metaphysisch zugespitzt. Der Kapitalismus zersetzt das Handwerk, ruiniert das Bauerntum, auf dem Schauplatz erscheint der Proletarier — aber da hört auch schon das Programm auf! Für das Sichemporarbeiten des Proletariats innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft, durch das erst die organisatorischen Grundlagen geschaffen werden für die sozialistische Umgestaltung des Staates und der Produktionsweise, gibt es im Erfurter Programm keinen Raum.

Als Anhang, ohne Begründung, ohne Zusammenhang mit dem eigentlichen Programm werden neben den Forderungen der bürgerlichen Demokratie einige proletarische Gegenwärtsforderungen aufgestellt.

Dieses Programm ist nicht vom Geiste des aufstrebenden Proletariats getragen, sondern es ist der rabiat gewordene Klein-

bürger, der dem Kapitalisten mit dem Todbringer Proletariat droht.

Der Entwicklung der Gewerkschaften war das Erfurter Programm eher hinderlich als förderlich.

Einige Jahre nach der Aufstellung des Erfurter Programms machte der alternde F. Engels die großartige Entdeckung, daß seit 1848 die Straßen der Hauptstädte breitgelegt wurden und daß infolgedessen erfolgreiche Barrikadenkämpfe nicht mehr möglich seien, zumal da die Waffentechnik sich seitdem enorm verfeinert habe. Er selbst verwahrte sich zwar dagegen, daß man daraus auf die Unmöglichkeit siegreicher revolutionärer Aufstände schlußfolgern solle, aber die Schlußfolgerung wurde doch gezogen. Wo man auch nicht so weit ging, den revolutionären Aufstand als Utopie hinzustellen, blieb doch ein Gefühl der Unsicherheit, der Ungewißheit übrig, das die Aktionslust lähmte.

Es bedurfte erst der belgischen Massenstreiks, der österreichischen Demonstrationen und der russischen Revolution, um zum allgemeinen Bewußtsein zu bringen, daß man die Chancen einer Revolution nicht allein vom militärtechnischen Standpunkte beurteilen kann.*)

Sozialismus — der auf den nichtssagenden Begriff der Vergesellschaftung zurückgeführt wurde, Revolution — ohne daß man wußte, wie sie durchzuführen wäre. Es ist klar, daß man bei einer solchen geistigen Verfassung sich zu nichts entschließen konnte. Aber die Partei wuchs und gedieh. So fand man schließlich darin den Trost für alle Zweifel. Das Mittel wurde zum Zweck. Die alte Taktik wurde gepriesen, die uns von „Sieg“ zu „Sieg“ führte. Daß diese alte Taktik einen anderen Sinn hatte unter dem Sozialistengesetz, wieder einen anderen in der ersten Zeit nach dem Sozialistengesetz, als man jeden Augenblick einen scharfen Konflikt mit der Staatsgewalt erwartete, und daß sie in sich selbst zusammenfiel, als diese Gefahr ausgeschaltet wurde — das sah man nicht, dafür hatte man kein Verständnis.

*) Ich wandte mich schon 1895 in Artikeln der „Neuen Zeit“, die später als besondere Broschüre erschienen, gegen die revolutionäre Flaumcherei, die sich auf Engels stützte, hob die Bedeutung des Massenstreiks hervor und deckte die politischen Zusammenhänge der revolutionären Kämpfe auf.

Man feierte Jubiläen. Erst waren diese Feiern vereinzelt; als aber die Jahre sich sammelten, mehrten sich die runden Zahlen, und die Jubiläen wurden zu einem wichtigen Faktor der Parteibegeisterung — wie die Veteranenfeste. Man kramte die Erinnerungen aus der Zeit des Sozialistengesetzes aus. Man bewunderte sich selbst im Spiegel der Vergangenheit. Zwischen einer phantastischen Zukunft und einer glorreichen Vergangenheit verfaß man der Gegenwart.

Die Revisionisten, Opportunisten etc. legten wohl größeres Gewicht auf die Gegenwartsarbeit, aber zu einer großzügigen Politik fehlte ihnen, wie den anderen, das Vertrauen in die revolutionäre Kraft des Proletariats. Die einen verhiessen große Leistungen des Proletariats in einer unbekanntem Zukunft, scheuten aber in der Gegenwart vor ernstem Konflikten zurück; die anderen hatten keinen festen Glauben mehr an die Zukunftsverheißungen, erwarteten noch weniger große Leistungen von der Gegenwart und verfielen deshalb auf Kompromisse mit den bürgerlichen Parteien oder der Regierung, um auf diese Weise kleine Erfolge zu erzielen.

Die unentwegten Zukunftsrevolutionäre zogen sich ein Löwenfell über und brüllten fürchterlich — weniger um die Feinde zu erschrecken, als um sich selbst Mut einzuflößen. Die Opportunisten warfen flehentliche Blicke der Bourgeoisie zu: Kommt und kraut uns das Fell!

Die Stimmung war flau. Seit vielen Jahren schon beklagt man sich über nachlassende Begeisterung, über tötende Langeweile in den Organisationen. Als Gegenstück hinzu kam lediglich wieder der Revolutionismus zum Durchbruch, der unter allen Umständen sofort losschlagen möchte. Es lag eine gewisse Berechtigung darin. Denn tatsächlich waren Kämpfe notwendig, um die revolutionäre Energie des Proletariats zum Durchbruch zu bringen. Da aber die Revolution für das Proletariat nicht Selbstzweck ist, vielmehr nur Mittel zum Zweck sein kann, so lag die Lösung nicht darin, sondern es war notwendig, eine proletarische Forderung aufzustellen, bei deren Durchsetzung man allerdings vor keinem Mittel zurückschrecken durfte. Eine solche Forderung war der **Achtstundentag**. Auf welchem Wege auch, ob revolutionär oder parlamentarisch, das Proletariat dieses Ziel erreicht hätte, so würde

das doch auf jeden Fall seine soziale Stellung und seinen politischen Einfluss, folglich auch seine Unternehmungslust ungemein gehoben haben.

Aber an solche Probleme wagte man sich nicht heran. Der Achtstundentag geriet beinahe in Vergessenheit. Die Maifeier wurde zu einem Friedensfest. Zugleich nahmen auch die internationalen sozialistischen Kongresse immer mehr den Charakter von Friedensdemonstrationen an. Aus dem Kampfe gegen den Kapitalismus wurde der Kampf gegen den Militarismus. Dieser wiederum verwandelte sich in eine Propaganda des Weltfriedens.

Einst fand die Sozialdemokratie nicht genug Hohn und Spott für die bürgerlichen Ideologen, die durch humanitäre oder fromme Redensarten, Friedensgesellschaften und internationale Beschlüsse die Kriege aus der Welt schaffen wollten. Jetzt bekämpfte sie selbst die Kriegsgefahr, die immer drohender wurde mit Redensarten und Beschlüssen.*)

*) Ich war niemals Pazifist. Im besonderen hielt ich eine Auseinandersetzung zwischen der deutschen Sozialdemokratie und dem russischen Zarismus für unvermeidlich. Es war für mich todesicher, daß im Falle einer deutschen Revolution die zarischen Armeen die deutsche Grenze überschreiten würden. Ich weiß wohl, daß die deutschen Arbeiter in solchem Falle die Sympathien der gesamten sozialistischen Welt für sich haben würden. Mag sein, daß infolgedessen Rußland dann in seinem Kampf gegen Deutschland isoliert bleiben würde, sicher bin ich dessen keineswegs. Unbedingt würde die kriegerische Begeisterung der deutschen Armee noch größer sein als gegenwärtig. Aber wenn auch ohne Begeisterung keine Siege erfochten werden können, so ist doch die Begeisterung allein nicht ausreichend, um Schlachten zu gewinnen und einen modernen Feldzug durchzuführen. Dazu gehören eine Menge Fachkenntnisse, Organisation, Leitung, Feldzugsplan — kurz, das Offizierkorps und der Generalstab. Darum glaube ich, es ist besser, daß die militärische Auseinandersetzung mit Rußland jetzt stattfindet unter der Leitung des deutschen Generalstabes, als wenn sie von der Revolutionsarmee vorgenommen werden müßte — ohne Generalstab.

Aber auch abgesehen davon agitierte ich seit vielen Jahren für einen Krieg gegen Rußland, denn ich hielt eine militärische Niederlage Rußlands für die beste Vorbedingung der russischen Revolution. Als der Bau der transsibirischen und der zentralasiatischen Eisenbahnen die Beziehungen zwischen Rußland und England verschärfte, trat ich für ein Bündnis zwischen Deutschland und England ein, um Rußland niederzukämpfen. Im russisch-japanischen Krieg stand ich auf seiten Japans. Das geschah selbstverständlich nicht deshalb, weil mir das kapitalistisch modernisierte Japan imponierte, und auch nicht aus Gerechtigkeitsgründen, denn Japan hatte ebensowenig Rechte auf Korea und die Mandschurei, wie Rußland. Es geschah, weil ich die russische Niederlage voraussah und in ihr die Vorarbeit zur Revolution erkannte. Damals wurde diese Stellungnahme von der russischen Sozialdemokratie wie überhaupt von allen russischen Revolutionären geteilt. Das ist jetzt anders geworden, da die russische Intelligenz sich von dem Patriotismus der russischen Bourgeoisie hat beeinflussen lassen.

Man spielte allerdings mit dem Gedanken des internationalen Massenstreiks, um den Krieg zu verhindern. Aber das war nur ein Schreckgespenst. Niemand in der ganzen Internationale dachte ernstlich an einen Kriegsstreik. Die Stellungnahme litt auch an einem inneren Widerspruch, da man auf allen Seiten die Berechtigung eines Defensivkrieges anerkannte. Jemand mußte doch offenbar der Angegriffene sein — folglich war von diesem Gesichtspunkte ein internationales Zusammengehen des Proletariats im Kriegsfall undurchführbar. Außerdem ist ein Mobilisierungsstreik überhaupt unmöglich. Die lärmenden Beschlüsse des Internationalen Sozialistischen Kongresses waren die schlimmste Klopflechterei.*)

Um die Kriegsgefahr zu beseitigen, mußten sich die sozialistischen Parteien in den einzelnen Ländern einen maßgebenden Einfluß auf die Staatspolitik verschaffen. Aber gerade weil sie diesen Einfluß nicht hatten, glaubten sie, auf dem Wege des internationalen Zusammenschlusses das Erreichen zu können, was

*) Da die sozialistischen Parteien nicht imstande waren, den Weltkrieg zu verhindern, so konnte die taktische Aufgabe des Proletariats nur die sein, den Weltkrieg im Interesse des Sozialismus auszunützen. Das war meine Auffassung. Darum blieb ich den internationalen sozialistischen Friedensdemonstrationen fern, deren innere Hohlheit ich erkannte.

Ich ging nach Konstantinopel, weil dort sich der Knotenpunkt der diplomatischen Verwicklungen befand. Ich fand unschwer heraus, daß der Orient und der Balkan von den kapitalistischen Großstaaten korrumpiert, ausgewuchert und zugrunde gerichtet werden. Es war notwendig, daß die Balkan- und Orientvölker selbst sich diesem Treiben widersetzen. Zu diesem Zweck mußten sie sich einigen. Eine Einigung war nur möglich auf demokratischer Grundlage. Und zu diesem Zweck wiederum war es unerlässlich, daß unter den Türken und der übrigen muselmanischen Bevölkerung eine demokratische Bewegung sich geltend mache. Ich bekämpfte deshalb die herrschende Gruppe der Jungtürken auf das schärfste, soweit sie von der Demokratie abwichen und die Revolution verrieten, unterstützte sie aber ebenso entschieden in ihrem Kampf um die Selbständigkeit der Türkei. Ich kritisierte mit der größten Bitterkeit die Potsdamer Uebereinkunft, weil dadurch die Geschäfte Rußlands besorgt wurden. Als nach dem Balkankrieg in den türkischen Reihen starke Entmutigung eintrat und viele bereit waren, das Reich preiszugeben, geißelte ich in der türkischen Zeitschrift „Türk Jordu“ die Mutlosen und Selbstsüchtigen, die die Losung ausgaben, das Vaterland sei in Gefahr, man müsse es sich zunutze kommen lassen, und suchte besonders die Jugend zu einem kühneren Streben aufzumuntern. Als der europäische Krieg ausbrach, war ich der erste, der der türkischen Regierung öffentlich den Rat gab, sofort die Kapitulationen aufzuheben. Man traute sich nicht daran, da man in den diplomatischen Kreisen nur Widerstand und noch immer auf keiner Seite Ermunterung fand. Schließlich wagte man es doch.

sie selbst in den einzelnen Ländern nicht haben durchsetzen können. Den Unmut, den die Ergebnislosigkeit des Kampfes gegen Kriegsgefahr in den einzelnen Ländern erzeugte, brachte man auf die Internationalen Sozialistischen Kongresse mit. Hier tobte man sich aus und erzeugte dadurch den Eindruck eines großen Widerstandes gegen den Krieg, wollte auch mit Absicht diesen Eindruck hervorrufen, um die Regierungen zu erschrecken — in Wirklichkeit aber offenbarte man nur die Ohnmacht des Sozialismus im Kampfe gegen den Krieg.

Als der Krieg kam, dachte niemand daran, zu streiken. Dafür aber fielen alle über die deutsche Sozialdemokratie her. Diese hätte mit gutem Beispiel vorangehen sollen — nach dem Sprüchlein: „Hannemann, geh du voran, du hast die größten Stiebeln an.“

Es konnte aber überhaupt nicht die Aufgabe der deutschen Sozialdemokratie sein, beim Ausbruch dieses Krieges die deutsche Armee zu desorganisieren. Das konnte man von ihr ebenso wenig verlangen, wie etwa, daß sie die deutschen Munitionsvorräte in die Luft sprengte oder den feindlichen Armeen die Wege nach Berlin zeige.

Man verwechselt die Bestrebungen zur Verhinderung des Ausbruchs des Krieges mit dem Verhalten später, wenn der Krieg bereits ausgebrochen ist und es also nicht gelungen war, ihn zu verhindern.

Konnte der Krieg verhindert werden? Wie die Dinge sich entwickelt haben, nein!

Anders aber, wenn die deutsche Sozialdemokratie in ihrer ganzen Entwicklung seit dem Fall des Sozialistengesetzes mehr revolutionäre Entschlossenheit gezeigt und auf diese Weise sich mehr politische Geltung verschafft hätte. Sie wußte wohl, was nötig war, als sie die Politik der Regierung bekämpfte. Sie mußte bloß auf ihrem Willen bestehen, statt immer wieder einem entscheidenden Konflikt auszuweichen. Das würde zum Heil für das Deutsche Reich wie für die ganze Welt gedient haben.

Wenn die Sozialdemokratie im Reich mehr zur Geltung gekommen wäre, so würde Deutschland Sympathien in der Welt besitzen, die es jetzt nicht hat. Auch würden die Erfolge der

deutschen Sozialdemokratie auf sozialpolitischem Gebiete — besonders in der Frage des Achtstundentages — die Stellung des Proletariats in allen Industrieländern ungemein gestärkt und die internationalen Bande gefestigt haben.

Selbst das Verhältnis zu England wäre unbedingt ein besseres geworden. Wenn auch die englischen Imperialisten den gegenwärtigen Weltkrieg planmäßig und zielbewußt vorbereitet haben, so wäre es doch falsch, von diesem Gesichtspunkte das ganze Land zu beurteilen. Die englischen Arbeiter sind stets für ein friedliches Zusammenarbeiten der Völker eingetreten. Aber auch unter der englischen Bourgeoisie gibt es bereits Schichten, die geschäftlich an der Entwicklung der Handelsbeziehungen zu Deutschland interessiert sind. An dem Krieg gegen Deutschland sind auch nur jene Kolonialengländer, die längst das Geschäft durch den Sport ersetzt hatten und in der beschaulichen Ruhe ihrer exotischen Existenz durch das rührige Vordringen der deutschen Geschäftsleute aufgescheucht wurden, und einige englische Finanz- und Industriecliquen interessiert, die den Weltmarkt monopolisieren möchten. Dem Einfluß dieser Cliquen kann am besten entgegengewirkt werden durch die Entwicklung der Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und England. Da die deutsche Sozialdemokratie grundsätzlich für den Freihandel eintritt, so würde ihr Einfluß die deutsche Schutzzollpolitik jedenfalls mäßigen und so zur weiteren Förderung der auch jetzt schon für beide Länder sehr wichtigen Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und England beitragen. Die geschäftlichen und kulturellen Bande zwischen Deutschland und England wären also enger geknüpft und so dem Intrigenwerk der Imperialisten entgegengewirkt.

Die Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich haben sich schon Ende der 90er Jahre gebessert und sie waren in guter Entwicklung, als England sein Intrigenwerk der Einkreisung Deutschlands begann. Dies war es, das den Revanchegedanken in Frankreich aufs neue entfachte und ihm eine ungeahnte Kraft verlieh. Würde Frankreich einsehen, daß es im Kriegsfall sich nicht auf England stützen kann — und das müßte es, wenn die Beziehungen zwischen Deutschland und England sich bessern

würden —, so würden auch seine Beziehungen zu Deutschland sich weiter günstig entwickeln können.

Die Orientfrage wurde vor allem deshalb zur Gefahr für den europäischen Frieden, weil die europäischen Großmächte ihre gegenseitige Rivalität nach dem Orient verlegt hatten. Die wirtschaftliche Erschließung des Orients würde am besten vor sich gehen, wenn man sie nicht mit politischen Nebenzielen verbunden hätte. Ein Nachlassen der Spannung in Europa würde deshalb auch dem Orient eine ruhigere Entwicklung sichern.

Anders das Verhältnis zwischen Deutschland und Rußland. Die russischen Sozialisten, die jetzt vor Entrüstung gegen die deutsche Sozialdemokratie die tollsten Luftsprünge machen, um dann sehr unsanft auf ihren nationalistischen Hintern niederzufallen, mögen versichert sein, daß, wenn die deutsche Sozialdemokratie mehr Einfluß im Reich hätte, die deutsche Politik dem zarischen Rußland gegenüber längst eine ganz andere Tonart und ein ganz anderes Verhalten gezeigt hätte.

Wenn aber die deutsche Regierung mit ihrer traditionellen Russenfreundlichkeit gebrochen und Rußland gegenüber mehr Trotz und Entschlossenheit gezeigt hätte, so würde das wiederum ein Faktor sein, der eine Annäherung zwischen Deutschland und England begünstigen würde. Denn die englische Politik war bis zum Ausgang des russisch-japanischen Krieges vor allem gegen Rußland gerichtet.*)

Es ist klar, daß unter diesen Verhältnissen die Reichsregierung während der russischen Revolution nicht in der Weise Partei für den Zarenthron hätte nehmen können, wie es tatsächlich der Fall war, sondern desto mehr sich dem Revolutionären zukehren

*) Es war vielleicht der größte Fehler der deutschen Diplomatie seit der Entfernung Bismarcks, daß man, während das Reich militärisch zu einem Kampf um die Weltherrschaft rüstete und der deutsche Welthandel an allen Ecken der Welt Neider und Rivalen schuf, glaubte, mit aller Welt gut Freund bleiben zu können, mit England, Frankreich, Rußland. In der Weltpolitik maßgebend waren die große Ozeanmacht England und die große Kontinentalmacht Rußland. Deutschland mußte sich entweder der einen oder der anderen anschließen, wenn es nicht beide gegen sich haben wollte. Da aber Rußland infolge seines veralteten politischen Systems vor dem politischen und militärischen Bankerott stand, so war schon aus diesem Grunde eine Orientierung nur nach der Seite Englands ratsam. Es war denn auch das Fiasko Rußlands im japanischen Krieg, das es in die Arme Englands warf.

würde, je größer der Einfluß der Sozialdemokratie. Ein entschiedener Sieg der russischen Revolution würde Rußland in einen demokratischen Staat verwandeln, und ein demokratisches Rußland ist nur denkbar als Föderation der großen Nationen, aus denen sich das Reich zusammensetzt. Damit wäre die säkulare Gefahr für die demokratische Entwicklung und den Frieden Europas ihrer reaktionären Lebensquelle beraubt.

Man kann selbstverständlich nicht mit Sicherheit behaupten, daß auf diese Weise der Weltkrieg vermieden worden wäre, zweifellos aber ist, daß die Chancen für den Krieg vermindert und der Widerstand des Proletariats gesteigert worden wären.

Allein die deutsche Sozialdemokratie hatte es nicht verstanden, sich beizeiten Rechte und Macht zu erkämpfen. Dazu kam, daß sie die eigene Kleinmütigkeitsstimmung auf alle Welt übertrug. Wie sie selbst sich gewöhnt hatte, mit dem Revolutionsgedanken zu spielen, so glaubte sie, daß auch die Regierungen bloß mit den Waffen rasseln, sich aber nie zu einem europäischen Weltkrieg entschließen werden. Zum Teil hatte sie Recht. Denn es hat sich in den 80er und 90er Jahren eine Friedenspsychose herausgebildet, die sich in der öffentlichen Meinung breit machte. Eine ganze Literatur war entstanden, die aus wirtschaftlichen, politischen und psychologischen Gründen einen europäischen Krieg als unmöglich hinstellte. Die Beweise erinnerten an die Gutachten, die seinerzeit von wissenschaftlichen Kapazitäten gegen die Einführung der Eisenbahnen abgegeben wurden. Die Sozialdemokratie ließ sich von diesen Stimmungen gern einullen. In den letzten Jahren merkte sie wohl, daß die Stimmung der öffentlichen Meinung umschlägt. Da schrie sie auf, aber es war schon auf alle Fälle zu spät. Das Versäumte konnte nicht mehr eingeholt werden, und die Ereignisse wuchsen der Sozialdemokratie über den Kopf.*)

Als der Krieg kam und Deutschland von den russischen Armeen bedroht wurde, blieb nichts anderes übrig, als zum Gegenschlag auszuholen. Die deutsche Sozialdemokratie erkannte,

*) Wenn die deutsche Sozialdemokratie eine Revolution versäumt hatte, so hat die österreichische Sozialdemokratie sich selbst um eine Revolution betrogen.

daß von den zarischen Armeen die demokratische Entwicklung Europas und das Deutsche Reich bedroht war, mit dem ihre eigene Geschichte auf das engste verknüpft ist. Da mußte man sich wehren. Dies einmal entschieden, konnte kein Zweifel bestehen, daß die Führung dem Generalstab übertragen werden mußte, der sich seit Jahrzehnten auf diesen Kampf vorbereitete, über die Armee und die Staatsmittel verfügte.

Es mußte sein. Darüber ist kein Wort mehr zu verlieren.

Ich will die deutsche Sozialdemokratie keineswegs reinwaschen. Sie trägt eine große politische Schuld. Aber das war nicht die Schuld eines Augenblicks, einer Abstimmung, es war eine falsche Taktik, die durch fünfundzwanzig Jahre angewandt wurde und nicht mehr im kritischen Augenblick geändert werden konnte — eine Schuld, die sich durch Jahrzehnte ansammelte.

England und Frankreich.

Wie war es aber in den großen Industrieländern der Entente, in England und Frankreich?

Ein großer Teil der englischen Arbeiter war gegen den Krieg. Aber die englische Regierung, die orbi et urbi mit ihrem Demokratismus prahlt, ging über die Meinung dieser Arbeitermassen noch viel leichter hinweg als die preußische Regierung über die Friedensdemonstrationen der deutschen Sozialdemokratie. Wie war das möglich? Der Grund ist eben der, daß das englische Proletariat sich noch viel weniger politische Geltung zu verschaffen gewußt hat, als die deutsche Sozialdemokratie. Trotz der vielgerühmten demokratischen Verfassung! Denn die kapitalistische Regierung und die bürgerlichen Parteien in England haben es durch List, Betrug und Korruption viel besser verstanden, die Entwicklung einer selbständigen Politik der Arbeiterklasse zu hintertreiben, als die vielgeschmähte preußische Regierung unter Bismarck und später mit Mitteln der Gewalt. Die englischen Arbeiter ließen sich narren. Sie beschränkten sich auf die Wahrnehmung ihrer unmittelbaren Arbeiterinteressen und überließen die allgemeine Politik der Kapitalistenklasse, die auswärtige Politik der Regierung. Die Regierung hat ihrerseits nicht an Worten gespart, um dem souveränen Volk zu huldigen. Man scheute nicht, sich

in die Gefühle und Ausdrucksweise der Arbeiter hineinzudenken, um den Betrug in einer Form vorzubringen, die ihnen am besten behagt. Lloyd George entwickelte diese Kunst zur Meisterschaft. Er parfümierte seine Worte mit Schweiß, goß den Essig des Klassenhasses hinein, um sich dem proletarischen Empfinden anzupassen. Aus den stärksten Nährstoffen der Demagogie setzte er seine Schlagwörter zusammen und verbuk sie rund und hart, wie Hundekuchen. Die Arbeiter wurden eingeschläfert und das gesamte englische Volk wurde betrogen. Das englische Volk glaubte tatsächlich, daß es Herr sei in seinem Hause, selbst über seine Schicksale verfüge — da zeigte es sich, daß geheime Abmachungen und Intrigen, die etliche Personen geführt hatten, das ganze Volk zur Schlachtbank brachten. Die Einflußlosigkeit der englischen Arbeiter ist lehrreich genug: sie zeigt, wohin man gekommen wäre, wenn man in Deutschland die opportunistische Taktik angewandt hätte.

War die deutsche Sozialdemokratie nicht revolutionär genug, so war es das Unglück der englischen Arbeiter, daß sie überhaupt keine Sozialdemokratie im deutschen Sinne aufzuweisen hatten.

Eines Nebenmomentes muß noch gedacht werden, das aber nach verschiedener Richtung interessant ist. So sehr die englischen Arbeiter gegen den Krieg waren, so nahmen sie doch den Krieg nicht ernst genug. Das lag daran, daß in England — die allgemeine Wehrpflicht fehlte. Man wußte wohl, daß der Krieg Kosten und Opfer fordere, aber jeder war der Meinung, daß es ihm persönlich jedenfalls freistehe, sich auf das Abenteuer nicht einzulassen. Das war eine der Fiktionen des Liberalismus: freier Arbeitsvertrag und freier Militärdienst! Der Arbeiter läßt sich freiwillig ausbeuten und läßt sich freiwillig anwerben. Stirbt er, so ist er bezahlt worden. Er ist schlimmer als ein Sklave, denn er ist nur noch ein Stück Ware. Eine Rechnungsgröße, eine Ziffer, ein Geldwert! Menschen, Pferde, Futtersäcke Munitio — alles nur die „silbernen Kugeln“ des Herrn Lloyd George! Und der freie Brite war stolz, daß er nicht Soldat sei im preußischen Sinne! Er brauchte es ja nicht zu sein, wenn er nicht wollte. Aber als der große Krieg kam, brachte er die Arbeitslosigkeit mit sich: da mußte der Arbeiter wollen! Der freie

Brite, der aufs Pflaster geworfen wurde, mußte entweder sich selbst und seine Familie verkommen sehen oder der Armee beitreten. So mußte der Krieg selbst Soldatenmaterial schaffen. Darauf spekulierten die englischen Menschenfreunde, Demokraten, Volksbeglückter! Aber früher noch, als der Hunger dazu zwang, lockten der höhere Lohn und das militärische Bummel- leben. Der Krieg wurde als Sport aufgefaßt. Und um die Geister noch mehr aufzupeitschen, wurde die Reklametrommel gerührt. Man trieb dem Mann aus dem Volk das Blut zum Gehirn. Man verfolgte ihn auf der Straße und in den Kneipen, man ließ ihm keine Ruhe und keinen Frieden zu Hause, man reizte ihn und stachelte ihn an durch große und kleine Stiche, durch Geschrei und Gepolter, mit Feuer und Zangen, wie den Stier in der Arena. Sie konnten es, weil sie die Macht, das Geld, die Presse hatten. Der Arbeiter war materiell nicht frei, denn er war auf den Lohn angewiesen, den ihm der Kapitalist zahlte: man brauchte bloß die Fabriken zu sperren, so mußte er zur Armee; er war moralisch nicht frei, weil der gesamte Apparat der öffentlichen Meinung in den Händen der Regierung und der herrschenden Klassen sich befand. Und als man die Armee beisammen hatte, bildete sich eine Kriegsepoche aus, die die Außengebliebenen hinriß.

Das — die englische Demokratie! Das — die große gemeine Lüge des englischen Liberalismus!

Die französischen Sozialisten haben sich seit dem Ausbruch des Krieges gewöhnt, die deutsche Sozialdemokratie über die Achsel anzusehen. Diese Deutschen, die es noch nicht einmal bis zur Republik gebracht haben! Die Franzosen vergessen dabei, daß sie ihre dritte Republik zu einem guten Teil den Niederlagen zu verdanken haben, die ihnen 1870/71 die deutschen Armeen zugefügt haben. Aber abgesehen davon scheint man in Frankreich der Meinung zu sein, daß die republikanische Staatsform dem Auslande gegenüber zu allem berechtigt und zu nichts verpflichtet. Man sollte meinen, daß gerade die republikanische Staatsform, die den Volksmassen einen entscheidenden Einfluß auf die Regierungspolitik sicherte, die französischen Sozialisten veranlassen würde, sich am ehesten und mit aller Energie dem

Krieg entgegenzusetzen — statt dessen schöpften sie daraus die Berechtigung, sich mit dem Zarentum zu verbünden, um diesem die Herrschaft über Europa zu verschaffen.

Waren die englischen Arbeiter betrogen, so wurden die französischen Arbeiter verraten — verraten von ihren Führern, die auf ihre Kosten zu Macht und Ansehen gelangt waren und nun mit der verruchtesten Dynastie der Welt sich verbanden, um einem nimmersatten Ehrgeiz zu frönen. Daß es aber so weit kommen durfte, war die Schuld der französischen Arbeiter, die es nicht verstanden haben, die republikanischen Freiheiten und Rechte auszunützen, um ihre gewerkschaftlichen Organisationen auszubauen und eine starke, zielbewußte sozialdemokratische Partei zu bilden, die das Klasseninteresse des Proletariats wahrnimmt, die Führer im Zaume hält und sich nicht von republikanischen Phrasendreschern betören läßt.

Eine der Ursachen, die diese Entwicklung verhinderten, war die republikanische Staatsform selbst. Die Regierungsgewalt stand nicht über dem Volk und nicht abseits von ihm, sie war formell dem Volkswillen unterworfen. Sie wechselte regelmäßig und unregelmäßig. Während es angesichts der starken, unabhängigen Regierungsgewalt im monarchischen Deutschland den Massen klar war, daß sie eine Kraft bilden mußten, die imstande war, den Staat aus den Angeln zu heben, wenn sie die Regierungsgewalt stürzen wollten, schien es in Frankreich im Gegenteil unschwer, die Regierungsgewalt zu erobern, wodurch man dann eine Handhabe gewinnen würde, um den Staat umzustürzen. Das stimmte auch mit den revolutionären Traditionen überein. Das parlamentarische Wechselspiel von Ministersturz und Kabinettbildung verstärkte diese Illusionen. Dazu kommt die viel größere Erfahrung und Geriebenheit der bürgerlichen Parteien in parlamentarischen Kämpfen und demagogischen Kniffen als in Deutschland, die Tradition der Großen Französischen Revolution, mit der die bürgerlichen Republikaner sich kleideten, und das Selbstbewußtsein der französischen Bourgeoisie, das auch bei den Arbeitern einen gewissen Eindruck ausübte.

Es war schwer, die französischen Arbeiter von dem republikanischen Mischmasch, der in allen Farben schillerte, loszu-

lösen. Diese Arbeit war vor allem von Jules Guesde und seinen Freunden ausgeführt worden. In den 80er Jahren standen die Guesdisten als geschlossene, zielbewußte, sozialistische Arbeiterpartei nach deutschem Muster da. Aber je stärker die Partei wurde, desto schwieriger wurde es, ihre unabhängige parlamentarische Stellung aufrecht zu erhalten. Die liberalen Formen des politischen Lebens in der Republik boten der erstarkenden Partei tausenderlei Verlockungen, ihre Macht unter Preisgabe ihrer unabhängigen Klassenstellung auszunützen. Entscheidend war die Affäre Dreyfuß. Jules Guesde erkannte damals scharf die Gefahr der politischen Ablenkung, die der Partei durch die große politische Konfusion drohte, die diese Affäre zur Folge hatte. Er verfiel aber in das entgegengesetzte Extrem und wollte nicht merken, daß der Fall Dreyfuß zu einer großen Auseinandersetzung mit den reaktionären Kräften Frankreichs sich entwickelte. Da er die Arbeiter von einer Stellungnahme in diesen großen Kämpfen zurückhalten wollte, was unmöglich war, so förderte er dadurch die Taktik der anderen, die auf dem Wege über den Schutz der republikanischen Freiheiten auf den Ministerialismus lossteuerten.

Jean Jaurès begriff die agitatorische Bedeutung der Dreyfuß-Affäre, war dagegen in der Frage der Anteilnahme am Ministerium zunächst unschlüssig.*) Später, als der Ministerialismus zur Methode wurde, erkannte er die Gefahr und suchte durch Zusammenschluß und Disziplinierung der Partei ihr entgegenzuwir-

*) 1900 hatte ich mit Jaurès im Beisein einiger Parteifreunde eine längere Auseinandersetzung in der Frage der Beteiligung am Ministerium. Er betrachtete den Eintritt Millerands als eine provisorische Maßnahme, die durch die besonderen Verhältnisse des politischen Moments bedingt worden war und mit diesen fällt. Ich erwiderte, daß es allerdings dieser besonderen Verhältnisse bedurfte, um einem Sozialisten den Eintritt ins Ministerium zu ermöglichen, daß aber, wenn der Uebergang einmal vollzogen ist, es an Vorwänden nicht fehlen wird, um immer aufs neue die Notwendigkeit der sozialistischen Ministerbeteiligung zu begründen. Um dieselbe Zeit wurde von den französischen Sozialisten eine internationale Enquete in der Dreyfuß-Affäre und der Frage der Ministerbeteiligung vorgenommen. Ich vertrat in meiner Antwort die Ansicht, daß man entschieden gegen den Generalstab auftreten, die Angelegenheit agitatorisch ausnützen, sich aber davor hüten müsse, die Verantwortung für die Regierungspolitik zu übernehmen, unter keinen Umständen ins Ministerium eintreten dürfe.

ken. Das war auch gewiß der richtige Weg. Allein der Ministerialismus war nun einmal Tatsache und erwies sich als großes Hemmnis der Entwicklung einer selbständigen Politik der sozialistischen Partei. Nachdem die Verbindung mit dem Ministerium hergestellt worden war, fehlte es nicht an Ueberläufern aus der sozialistischen Partei. Es kam so weit, daß der Weg über die sozialistische Partei der kürzeste wurde, um ins Ministerium zu gelangen. Und als etliche das Ministerium passierten, entwickelte sich zwischen diesen selbst ein Konkurrenzkampf um die Portefeuilles. Um jeden Minister oder Ministerkandidaten sammelte sich eine Klientel. Die Bedingung für den sozialistischen Minister und dessen Klienten war aber, daß sie den Zusammenhang mit den Arbeitermassen nicht aufgaben. Denn ihre Anwesenheit im Ministerium war ja vor allem deshalb erwünscht, weil sie die Arbeiter beeinflussen konnten. So wurden Verwirrung, Korruption und Ratlosigkeit in die Arbeiterkreise getragen.

Als Gegensatz zu dem Ministerialismus stieg die Enttäuschung über den Parlamentarismus, die Verdrossenheit, die politische Skepsis. Auf diesem Boden erwuchs der französische Syndikalismus.

Indessen mehrte sich die Zahl der sozialistischen Agitatoren, die als Minister mit oder ohne Portefeuille, Minister von gestern, von heute, von morgen, kommende und gehende Minister in Paris ihr Unwesen trieben. Sie kamen immer mehr in den Geschmack des Machtbesitzes. Diese zu behalten oder wieder zu erlangen, wurde zum einzigen Ziel ihres Strebens. Darum suchten sie sich dem Regierungsmilieu anzupassen. Das ist das Milieu der herrschenden Klassen, Gruppen, Stände. Die sozialistischen Minister gaben sich alle Mühe, zu zeigen, daß sie Verständnis hatten für die Interessen dieser Kreise. Es war ein förmliches Einexerzieren der früheren proletarischen Revolutionäre und Generalstreikler in die kapitalistische Staatspolitik. Auf dem Gebiete der inneren Politik verlangte man allerdings nur, daß sie mit möglichst billigen Mitteln die Arbeitermassen in der Wahrnehmung ihrer Interessen zurückhalten. Dieses Geschäft verstanden sie vorzüglich. Sie fütterten die Arbeiter mit Redensarten, und wenn sie sie auch damit nicht befriedigten, so erzeugten sie doch Kon-

fusion und Uneinigkeit und lähmten dadurch die proletarische Aktion. Aber auf dem Gebiete der auswärtigen Politik sah man ihnen mit Mißtrauen entgegen. Umsomehr Mühe gaben sie sich, zu zeigen, daß sie sowohl für die französische Hochfinanz wie für den russischen Imperialismus ein volles Verständnis hatten. Sie schlossen Bruderschaft mit den Bankliquen und den berüchtigsten Börsenrittern und erwarben sich persönliche Gönner und Protektoren am Hofe des Zaren. In diese Zeit fiel die Entente-politik Englands. Das war ein gefundenes Fressen für politische Abenteurer und imperialistische Draufgänger. Der Dreiverband schwindelte sich in die Illusion hinein, Europa kommandieren zu können. In Frankreich lebte der Chauvinismus wieder auf. Auch die sozialistischen Minister sahen eine neue Aera aufkommen, die ihrem Größenwahn unbegrenzte Möglichkeiten eröffnete. Anderseits merkten sie, daß man in den Arbeiterkreisen ihrem Treiben mit immer größerem Mißtrauen entgegensah, daß sie ihren Vorrat an Autorität und Ansehen verbraucht hatten, daß die Zeit nahe sei, wo sie ihren Einfluß verlieren werden. Ein Zurück gab es für sie nicht mehr; darum blieb ihnen nichts anderes übrig, als mit verstärkter Energie sich dem imperialistischen und chauvinistischen Treiben anzuschließen, mit dem bald auch der Revanchegedanke zu neuem Leben erwachte. Wollten sie den Krieg? Wohl kaum ernstlich! Aber sie brauchten den Kriegsrummel. Was werden sollte, davon gab man sich in Frankreich überhaupt keine klare Rechenschaft. Aber man sah, daß die Zentralmächte vor der Kriegsgefahr zurückwichen, man sah, wie der Balkankrieg Deutschland um den gesamten Einfluß im Orient brachte, und man lärmte deshalb weiter. Und als der große Krieg kam, wurde eben alles mit fortgerissen.

So entwickelten sich die Dinge in dem liberalen England und dem republikanischen Frankreich und so wurde — zum sovielten Mal schon! — der Beweis erbracht, daß der Liberalismus und die Republik die Arbeiter nicht davor schützen, daß sie im Interesse der herrschenden Cliquen ausgebeutet und abgeschlachtet werden. Was man nicht durch Gewaltmaßregeln erreicht, das erreicht man durch den Zwang der Not, durch Betrug und Verrat.

Dagegen gibt es nur ein Mittel: die Stärkung der proletarischen Macht, die Entwicklung einer selbständigen proletarischen Politik.

Damit kommen wir auch zu den Problemen, die der Krieg dem Proletariat stellt.

Was weiter?

Wir sind alle darin einig, daß wir einen dauernden Frieden haben wollen. Aber das ist noch lange nicht alles.

Der Krieg und die durch ihn geschaffene politische Situation müssen ausgenützt werden, um die politische Stellung des Proletariats zu stärken. Die Sozialdemokratie muß aus dem Krieg geschlossener und entschlossener als zuvor herauskommen.

Sieht man sich die Vorgänge innerhalb der deutschen Sozialdemokratie an, so gewinnt man allerdings den entgegengesetzten Eindruck. Der alte Schlendrian ist geblieben, es zeigen sich Ideenerfahrenheit, Zerrissenheit, innere Gegensätze, so daß die Einheit selbst der Partei bedroht erscheint.

Die Unentschlossenheit, die sie im Frieden gezeigt hat, zersetzt sie auch jetzt noch. Als der Krieg kam, erkannte man für einen Augenblick den Ernst der Situation und stimmte für die Militärkredite. Man befand sich auch unter der Hypnose der Kriegsbegeisterung, die die Massen erfaßte. Seitdem aber die Massen nach den Schützengräben abgezogen waren, begann man zu schwanken. Ed. Bernstein und K. Kautsky, die in der Zeit nach dem Sozialistengesetz durch das Schaukelspiel ihrer taktischen Auseinandersetzungen am besten den Zickzack-Kurs der deutschen Sozialdemokratie zum Ausdruck brachten, machten sich daran, die gefaßte Resolution zu revidieren. Die Frage wurde aufgeworfen, ob nicht der Augenblick gekommen sei, die Kriegsoperationen einzustellen. Der Kern der Sache ist, daß man sich ebensowenig entschließen kann, den Krieg zu führen, wie man sich hat entschließen können, die Revolution zu wagen. Und wenn sie jetzt für den Frieden eintreten, so folgen sie nur der inneren Kleinmütigkeit ihrer Taktik, die sie eine Stellungnahme suchen läßt, bei der sie von der Notwendigkeit befreit werden, die politische Verantwortung zu tragen. Denn sie wissen sehr

gut, daß die deutsche Sozialdemokratie nicht imstande ist, die Weiterführung der Kriegsoperationen zu verhindern. Sie möchten bloß, daß die deutsche Sozialdemokratie für den Frieden demonstriere, ohne den Krieg zu verhindern. Würde es tatsächlich von ihnen abhängen, ob sofort Frieden geschlossen werde, so würden sie sich die Sache sehr überlegen und wahrscheinlich überhaupt zu keinem Entschluß gelangen. Sie suchen bloß ein Loch, durch das sie den Schwierigkeiten des Problems entschlüpfen könnten. Dabei sind sie besorgt, ihre internationale Autorität zu wahren und glauben, das durch Redensarten und politische Halbheiten erreichen zu können.

Ein Grund, weshalb die Leute dieses Schlages einen schnellen Frieden haben möchten, ist, daß sie die Opfer des Krieges einschränken möchten. Früher suchten sie die Revolution möglichst hinauszuschieben, weil mit je größerer Kraft das Proletariat in die revolutionären Kämpfe eintreten würde, desto geringer seine Opfer im Kampfe sein dürften. Aber das Ergebnis dieser Verzögerungstaktik war nur, daß man in einen kapitalistischen Weltkrieg hineingeriet, der Hunderttausende hinraffte und Millionen verstümmelte. Wenn man sich jetzt von ähnlichen sentimentalischen Gründen leiten lassen wollte, so würde das Ergebnis ein Zustand politischer Unruhe und kapitalistischer Kämpfe sein, der bald einen neuen Weltkrieg in einer vielleicht noch fürchterlicheren Form herbeiführen würde.

Wir wollen den Frieden. Je früher, desto besser. Aber dieser Wunsch allein kann unsere Stellungnahme zum Krieg nicht bestimmen, sondern maßgebend können nur die Bedingungen sein, unter denen sich die Möglichkeit darbietet, Frieden zu schließen. Sind diese Bedingungen annehmbar, dann gut; wenn nicht, muß der Krieg weitergeführt werden, und dann ist es unsere Aufgabe, die Massen zu begeistern und nicht zu entmutigen.

Es ist eine Narrheit, inmitten dieses ungeheueren Völkerkriegens den ganz allgemeinen abstrakten Friedensgedanken als Heilmittel hinzustellen. Wer weiß es nicht, daß wir den Frieden wollen? Ist denn überhaupt in Deutschland oder in den anderen Ländern ein Mensch da, der nicht den Frieden will — mit Ausnahme vielleicht der, die den Krieg angezettelt haben und die Ver-

antwortung für ihre furchtbare Schuld scheuen? Also, was will man mit den leeren Redensarten? Zeigt uns doch, wie wir zum Frieden gelangen könnten, zeigt uns einen gangbaren Weg, um die Schwierigkeiten zu lösen — das ist es, um was es sich handelt.

Das eine muß das Proletariat festhalten: daß es nach dem Kriege ebenso die freie Entwicklung jeder Nation in Wirtschaft, Handel und Verkehr, in Politik und Kultur, einerlei, ob die Nation groß oder klein ist, ob sie sich staatlich abgegrenzt hat oder mit anderen in dem gleichen Staate wohnt, fördern will, wie es das vor dem Krieg getan hat. Das gilt aber nicht für die Deutschen allein, das gilt für alle: neben den Deutschen müssen sich auch die Franzosen, die Engländer, die Belgier, die Russen etc. auf den gleichen Standpunkt stellen. Nur so ist ein einträchtiges Zusammenwirken und die Sicherung des Friedens möglich.

Die Hauptsache bleibt, daß das Proletariat in jedem einzelnen Lande zur Geltung komme und eine selbständige Politik treibe.

Der Krieg hat eine schauerhafte Zerstörungsarbeit geleistet und gewaltige Probleme gestellt. Ein Zurückgehen auf den Zustand, wie er vor dem Krieg war, genügt nicht und ist auch nicht mehr möglich. Denn der Krieg selbst hat die Zustände verändert — mehr, als es lange Jahre friedlicher Entwicklung hätten tun können. Das begreifen diejenigen nicht, die die Lösung aller Schwierigkeiten einfach darin erblicken, daß man auf allen Seiten die Waffen strecke. Sie möchten den Krieg ungeschehen sein lassen. Sie möchten eines Tages erwachen und sich überzeugen, daß überhaupt kein Krieg war, sondern das Ganze ein furchtbarer Alpdruck. Aber die Weltgeschichte nimmt keine Rücksicht auf die butterweichen Seelen. Die gräßlichste Katastrophe aller Zeiten hat — nun schon über ein Jahr lang — die zivilisierte Welt verwüstet; die Welt ist anders geworden: es gibt vieles aufzurichten, vieles neu aufzubauen, und wir müssen vorwärts kommen! Diese ungeheuren Opfer von Blut und Leiden sollen nicht umsonst gewesen sein — wir müssen vorwärts kommen! Die Menschen selbst sind anders geworden. Im harten Leben des Krieges, jeden Tag den Tod vor den Augen, gelöst von der Häuslichkeit, von den Banden der Familie, im treuen Zusammenschluß der Männer, von denen jeder wußte, daß ihm das Schicksal aller

anderen anvertraut ist, und jeder sich in Not und Gefahr bewährte, haben sie gelernt, die kleinlichen Rücksichten des Tageschlendrians, die sonst ihr Leben erfüllten, zurücktreten zu lassen und sich einem hohen, ernstesten Streben hinzugeben. Ein neues Geschlecht ist erstanden! Man kann den Krieg nicht ausschließlich vom Standpunkt der Krankenschwester betrachten. Er hat nicht nur Krüppel und Kranke geschaffen. Ein neues Geschlecht ist erstanden — stählernhart, stolz und frei, ernst in seinem Wollen, kühn in seinem Streben.

Die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung bürgt dafür, daß bei dieser moralischen Umschmelzung der Nation durch den Krieg das deutsche Proletariat seine Klassenstärke und sein Klassenbewußtsein gezeigt hat. Die sozialdemokratischen Arbeiter waren es, auf denen die Hauptstoßkraft der Armee beruhte. Darum ging auch in den Schützengräben der Prozeß der Sammlung der Arbeiterklasse weiter fort, und selbst weit darüber hinaus erwarben sich die Arbeiter Freunde und Bundesgenossen.

Vor allem aber lernten die deutschen sozialdemokratischen Arbeiter im Kriege, was ihnen die parlamentarische Praxis nicht hat geben können: den Wagemut, die Initiative, die Kühnheit des Entschlusses.

Das wird sich zeigen, wenn die Massen zurückkommen. Darum ist es falsch, aus dem jetzigen Parteikrakeel innerhalb der Sozialdemokratie Schlüsse über die Schicksale der Bewegung zu ziehen. Was jetzt sich abspielt, ist in der Hauptsache Litteratengezänk. Die Sache wird ein anderes Aussehen bekommen, wenn die Massen wieder die Organisationen füllen und auf dem politischen Schauplatz erscheinen werden.

Wer halbwegs Einsicht hat in die politischen Energien, die der Krieg ausgelöst und geweckt hat, muß lachen, wenn er sieht, daß man sich noch über solche Dinge lang und breit auseinandersetzen zu müssen glaubt, wie das preußische oder sächsische Klassenwahlrecht. Alle Einschränkungen der politischen Rechte der Arbeitermassen müssen aufgehoben werden, oder sie werden von einem Sturm hinweggefegt werden, der noch manches andere mitreißen wird. Das sind selbstverständliche Sachen. Aber darüber hinaus muß und wird das deutsche Proletariat Forderungen aufstellen,

die für die Schicksale der Arbeiterklasse wie für die Entwicklung der Kultur von grundlegender Bedeutung sind. Folgende sind es vor allem:

1. der Achtstundentag in der Industrie,
2. die Umgestaltung der Volksschule zu einer wirklichen Volkshochschule.

Die Erfüllung dieser Forderungen ist übrigens auch die Grundbedingung einer vernünftigen Staatspolitik; denn auf diese Weise läßt sich die kolossale Einbuße an Volkskraft, die der Krieg erzeugt, am schnellsten gutmachen.

Sollte es der deutschen Sozialdemokratie gelingen, nach dieser Richtung vorbildlich zu wirken, so würde sie dadurch das Interesse der Völker vom nationalen Gebiet auf das soziale hinüberlenken, den Proletariern aller Länder neuen Mut einflößen und das internationale Zusammenwirken des Proletariats wirksam fördern.

Wir wollen nicht mehr zur früheren Ohnmacht zurückkehren. Wir wollen eine Macht werden. Das, die Machtstellung des Proletariats in jedem Staate und dessen Weltzusammenschluß unter Wahrung der Interessen jeder einzelnen Nation, ist auch die einzige Gewähr eines dauernden Friedens.

Parvus.

Russische Stichproben.

Die nachstehenden Beobachtungen erstrecken sich bis auf die jüngste Zeit. Daß sie Tatsachen bringen erkennt der Leser auf den ersten Blick.

Als der Krieg kam.

DIE Regierung Nikolaus II. ruhte sich auf den Lorbeeren aus. Die Revolution war unterdrückt. Die Freiheiten, die man sich in einer Stunde der Schwäche hatte abtrotzen lassen, waren zurückgenommen, die Presse war erdrosselt. Die Gesellschaft schwieg. Die gehorsame Duma trottelte auf ihrem Platz, mit „positiver“ Arbeit beschäftigt. Die Gerichte vollendeten die Liquidation der Revolution. Die Dinge standen so günstig, daß die Regierung sich sogar den Luxus des mittelalterlichen Prozesses **Belis** erlauben durfte. Nur das ungehorsame Proletariat von Petersburg störte noch die Ruhe Nikolaus II. Es streikte und im Juli 1914 baute es Barrikaden. Aber die treue Armee wird leicht mit dem inneren Feind fertig.

Da bedeckt sich auf einmal der Himmel mit schweren Wolken, aus denen sich der Krieg mit Deutschland entlädt. Petersburg erlebt unruhige Stunden. Im baltischen Meer erscheint die deutsche Flotte. Libau wird bombardiert. Die Regierung wird verwirrt. In Erwartung einer Landung in Finnland wird der Hafen Hange gesprengt. Finnland wird von Militär überflutet. Der Stadtpräfekt läßt Bekanntmachungen anschlagen, in denen er die Arbeiter einlädt, gegen hohen Lohn an den Erdarbeiten in der Umgebung von Petersburg teilzunehmen. In aller Eile wird Petersburg mit Laufgräben versehen. Der große Schuwaloffsche Park an der finnischen Eisenbahn wird gefällt. Dieser hastigen Tätigkeit der Behörden entspricht die Konfusion der öffentlichen Meinung. Alle Welt erwartet das entscheidende Wort Englands. Unterdessen verkündet die Regierung, die ihrer Sache nicht mehr sicher ist, der Gesellschaft „Freiheiten“. In aller Eile wird

ein Manifest geschrieben, das die Amnestie und die Gleichberechtigung verkünden soll. Personen, die Verbindungen in der Bureaokratie besitzen, sahen den Text mit eigenen Augen. Von Tag zu Tag, von Augenblick zu Augenblick wird seine Verkündigung erwartet. Die Gesellschaft schweigt. Nur die Hulgams der Straße, die Straßenjungs und anderer Pöbel veranstalten mit der „Gesellschaft der slawischen Einigung“ Kundgebungen. Kaum aber hat England Deutschland den Krieg erklärt, so hat die Regierung sich wieder gefunden. Das Manifest über Gleichberechtigung wird unter das grüne Tuch gelegt. Es beruhigt sich auch die sogenannte öffentliche Meinung. Im Kriegsmanifest fordert der Zar auf, die inneren Zwistigkeiten zu vergessen. Und die öffentliche Meinung vergaß sie tatsächlich. Sr. Majestät allergetreueste Opposition (die konstitutionellen Demokraten) verkündeten durch den Mund ihres Führers und mit ihr in Uebereinstimmung die Radikalen: Es sei unwürdig, jetzt während der Kriegszeit um Freiheiten zu handeln. Im übrigen, erklärten sie, führe Rußland den Krieg in einer so anständigen Gesellschaft, wie die französische Republik und das freie England; diese Gesellschaft aber lege ja Verpflichtungen auf. . . . Sowohl Frankreich wie England würden die russische Regierung zwingen, im Innern allerlei Freiheiten einzuführen.

Sehr gelegen kam um diese Zeit das russische Publikum aus den deutschen Badeorten zurück, das den Deutschen die Unbequemlichkeiten einer Reise während der Kriegszeit nicht hat verzeihen können. Es verbreitete die unsinnigsten Gerüchte über deutsche Brutalitäten russischen Reisenden gegenüber. Die Zeitungen bauschten diese Gerüchte ungeheuer auf. Die Kriegszensur, die die Arbeiterzeitungen unterdrückte, begünstigte die gelbe Presse in ihrer Hetze gegen alles Deutsche. So begann der wilde Kriegstanz des Nationalismus in der Presse und in der „Gesellschaft“. Alle Begriffe wirbelten durcheinander. Alle politischen Kränkungen wurden vergessen. Man konnte Regierung, Staat, Armee und Volk nicht mehr auseinander halten. Als das alles in einen Topf geworfen war, stand schließlich das Slawentum dem Militarismus entgegen, unter welchem selbstverständlich nur der deutsche Militarismus zu verstehen war.

Die russische Freiheit in Galizien.

Um diese Zeit verfaßte Großfürst **Nikolaus Nikolajewitsch** unter Mitarbeiterschaft des bekannten (früheren Sozialdemokraten) Herrn **Struwe** den berühmten Aufruf an die Polen. Durch dieses Kunststück hat die Regierung die Sympathien sowohl der polnischen Bourgeois und Agrarier, wie der russischen Liberalen gewonnen. Die letzteren erklärten von da an den Krieg als einen Befreiungskrieg. Nachdem diese Liberalen ihre sämtlichen Positionen aufgegeben hatten, erklärten sie die Einigung mit der Regierung und machten ihr den Weg frei zur Fortsetzung ihrer inneren Politik. Nun konnte nichts mehr die russischen Liberalen von ihrer Einigungsposition wegbringen. Die Verhaftung des Herrn **Burzeff** machte sie zwar einigermaßen betroffen, galt ihnen aber nicht als erstes und ernstes Wetterzeichen. Die Haussuchung, die unter Verletzung der Immunitätsrechte bei den fünf Mitgliedern der sozialdemokratischen Fraktion vorgenommen wurde, machte auf sie keinen Eindruck. In Privatgesprächen erklärten die Konstitutionell-Demokraten und selbst die radikale Intelligenz mit voller Aufrichtigkeit, daß, wenn sie an der Macht wären, sie eigentlich ebenso gut wie die gegenwärtige Regierung die antipatriotischen Duma-Abgeordneten verhaften und vors Gericht bringen würden. Jeder, der nicht an dem Hurrapatriotismus teilnahm, erschien der „Gesellschaft“ verdächtig; es kam so weit, daß die Gruppe der Rechtsanwälte, die bis dahin die Verteidigung in politischen Prozessen führte, die Frage auf die Tagesordnung brachte, ob es ihnen gezieme, die Verteidigung des Herrn Burzeff zu übernehmen. Unterdessen setzte die Regierung ihre Politik fort. Sie führte den Befreiungskrieg in der Weise, daß sie die Bevölkerung Galiziens der Freiheiten beraubte, die ihr in Oesterreich-Ungarn zustanden. Sie rottete alles aus, was das Volk des eroberten Gebietes an seine früheren Rechte erinnern ließ. Sie schloß die polnischen Schulen und die polnischen Buchhandlungen. Sie unterdrückte die polnischen Zeitungen. Darauf unternahm sie es, der Bevölkerung die Wohltaten des russischen Staates und der russischen Kultur zu spenden. Zunächst schickte sie mit den Segnungen der alleinseligmachenden Religion den Bischof **Elogius**,

der als Anhänger der schwarzen Hundert bekannt ist. Nachdem er den Ruthenen erklärt hatte, daß die orthodoxe Kirche die uniatistische nicht anerkenne, sandte dieser heilige Mann mit Unterstützung des Generalgouverneurs **Bobrinsky** an die uniatistischen Geistlichen ein Ultimatum. Sie sollten sich entweder sofort zum Heil der Orthodoxie bekennen, oder nach dem Gouvernement Tomsk in Sibirien verbannt werden. So wurden denn Hunderte uniatistischer Geistlichen nach Sibirien verschickt, während ihre Gemeinden mit Gewalt zur Orthodoxie bekehrt wurden. Hinter der schwarzen Bruderschaft des Bischofs Elogius stürzte sich über Galizien die offene und die geheime Polizei. Zum Polizeipräfekt von Lemberg wurde **Skalom** ernannt, der sich in Kiew durch Bestechungen und Fälschungen im Amte einen Namen gemacht hatte. An der Spitze der politischen Polizei erschien der berüchtigte **Gräkus**, der berühmte Organisator des Foltermuseums in Riga. An der Spitze der Ochrana stand der nicht minder berühmte Gendarmerie-Rittmeister **Terestchenkoff**, der sich durch die Niedermetzlung der Arbeiter an der Lena einen Namen gemacht hatte. Dieses Gesindel brachte in Gefolgschaft der zarischen Armee nach Galizien die Grundsätze der Wahrheit, der Gerechtigkeit und des Rechts, wie die demoralisierte Presse täglich und stündlich ebenso hartnäckig wie lügenhaft wiederholte. So wurden den Polen die Versprechungen des Manifestes des Großfürsten Nikolaus Nikolajewitsch verwirklicht.

Gegenüber den Juden trat die Regierung noch energischer auf. Sie konfiszierte einfach deren Ländereien und verschickte die Besitzer nach Sibirien. Dieses Wüten der siegesberauschten reaktionären Gewalt wurde selbst von einer solchen Persönlichkeit wie Herrn **Purischkewitsch**, dem Bruder des berühmten Hanswurstes der Duma, verurteilt. Herr Purischkewitsch war neben anderem zur Untersuchung der Zustände nach Galizien kommandiert worden. In seinem Bericht an den Ministerrat mußte er feststellen, daß die Behörden in Galizien dank ihrer Politik die Unterstützung keiner einzigen Schicht der Bevölkerung finden konnten,

Es versteht sich von selbst, daß vom ersten Tage der Einführung der russischen Staatsordnung in Galizien die Bestechungen und Erpressungen der Beamten um sich griffen. So hat

Skalom den Tag seines Amtsantritts als Polizeipräsident von Lemberg dadurch gefeiert, daß er das Hotel schließen ließ, in dem er vorher gewohnt hatte, ohne einen Pfennig bezahlt zu haben. Der Hotelbesitzer, der die russische Staatsordnung noch nicht kannte, machte sich auch noch dadurch mißliebig, daß er die Forderung des Herrn Skalom ablehnte, diesem 5000 Rubel zu bezahlen für das Recht, den Betrieb weiterzuführen.

Korruption daheim.

Während die Regierung so in dem okkupierten Gebiet wirtschaftete, feierte die Bureaukratie im Inlande die schlimmsten Orgien. Die Mißwirtschaft der Tschinowniks stieg mit der Ausdehnung des Krieges. Die Intendantur, die Artillerieverwaltung, das Rote Kreuz und ähnliche Institutionen, auch solche, die unter dem Protektorat verschiedener öffentlicher Körperschaften standen, bereicherten sich zynisch. Jede Spur von Schamgefühl wurde abgestreift. Die Vermittler zwischen diesen Instituten und den Lieferanten entwickelten eine emsige Tätigkeit. Besonders regsam in diesem Geschäft zeigten sich verschiedene Damen der Gesellschaft; sie kamen ohne weiteres zu den Lieferanten, den Kaufleuten und Fabrikanten und trugen ihnen Geschäfte an. Allgemein bekannt sind Fälle, da Kommissionen, die aus Generälen der Artillerie sich zusammensetzten, Metallhändler zu sich einluden und diesen unter der Bedingung einer Beteiligung am Geschäft Preise anboten, die höher waren, als die zuvor von den Kaufleuten selbst verlangten. Als einige Herren an das Rote Kreuz mit dem Angebot kamen, Arzneimittel zu liefern, wurde ihnen bedeutet, sie sollten sich an einen bestimmten Vermittler wenden. Den Kaufleuten, die mit solchen Antworten abzogen, folgten auf dem Fuße die „Damen“ und die Vermittler, die ihnen erhöhte Preise anboten. Die Geschäfte mußten entweder unter Beteiligung dieser Vermittler abgeschlossen werden, oder sie kamen überhaupt nicht zustande.

Madame Kriegsminister als Soldatenbefreierin.

Es wird allgemein davon geredet, daß der Kriegsminister Suchamlinoff oder vielmehr dessen Frau im Mittelpunkt dieses

schmutzigen Geschäftstreibens standen. Madame Suchamlinoff begnügte sich nicht mit dem Nutzen, welchen sie aus den verschiedenen Geschäften mit Lieferanten der zahlreichen Krankenhäuser zog, die unter dem Protektorat der Kaiserin Maria Theodorowna standen (wo sie selbst den Vorsitz führte!), sie beutete auch das Recht ihres Gemahls aus, in bestimmtem Umfang die Militärflichtigen bei seinem Stab einzuschreiben. Wer sich von der Militärflichtigkeit drücken wollte, wandte sich unter Vermittlung einer bestimmten Persönlichkeit an Frau Suchamlinoff und zahlte einen fixen Preis nicht unter 2000 Rubel. Ein solcher Anwärter wurde dann dem Herrn Kriegsminister persönlich zugeteilt. Darauf trat eine bestimmte ärztliche Kommission in Tätigkeit, die regelmäßig die Untauglichkeit attestierte. Wer aber den bestimmten Preis nicht zur angesetzten Frist zahlte, wurde auf Grund eines neuen Attestes sofort tauglich geschrieben.

Die nämlichen Bräuche herrschten in allen Regierungsanstalten. Zur Illustration von Aktionen noch höherer krimineller Gattung diene folgendes: Ein Architekt erhielt den Auftrag, den Plan zu einer **Zwiebackfabrik** zu entwerfen. Als der Plan fertig war, erbat der Architekt von der Intendantur die Ausführung des Baues. Ein Bescheid wurde ihm innerhalb zwei Wochen versprochen. Als er sich dann Antwort holen wollte, wurde ihm mit aller Offenheit erklärt, daß man die Zwiebackfabrik überhaupt nicht mehr zu bauen brauche, da es gelungen sei, eine Million Pud Zwieback durch die Geschäftsbücher passieren zu lassen, als wären sie geliefert und bereits nach dem Kriegsschauplatz abgesandt. In Wirklichkeit war natürlich kein einziger Zwieback geliefert worden und die Beamten hatten das Geld für die nicht erfolgte Lieferung unter sich verteilt.

Wie die Regierung, so die Stadtverwaltungen.

Diese Vorbilder ließen natürlich auch die städtischen Verwaltungen nicht ruhen. So wurde z. B. bekannt, daß ein Mitglied eines engeren Stadtrates in Petersburg für die städtischen Militär-Krankenhäuser mehrere Zehntausende von Betten, Linnen usw. zu Preisen einkaufte, die die gewöhnlichen Preise weit über-

stiegen. Selbst in der Abteilung der städtischen Verwaltung in Petrograd, die über die Unterstützung der Familien der Kriegsteilnehmer zu verfügen hat, sind Mogeleyen festgestellt worden. Unter anderm führten die höheren Angestellten dieser Verwaltung folgenden Trick aus: Für die Zeit nach vier Uhr nachmittags würde Ueberstundenlohn bezahlt. Diese Herren erschienen nun im Bureau überhaupt erst knapp vor vier Uhr, um auf diese Weise außer ihrem gewöhnlichen Gehalt auch noch Ueberstundenentschädigung zu erhalten. Hand in Hand mit dieser korrupten Wirtschaft ging ein tolles Luderleben. Obwohl, wie bekannt, in Petrograd von Beginn des Krieges an sämtliche Branntweinschenken geschlossen wurden und der Verkauf von Alkohol in Geschäftsläden und Wirtshäusern verboten war, haben die feinen Restaurants von Köba, Medwed, Konstant nie so glänzende Geschäfte gemacht, nie so viel alkoholische Getränke verkauft wie in diesem Kriege. Was in Petersburg vor sich geht, wiederholt sich in dem ganzen immensen russischen Reich.

Schauerliche Zustände deckte der Kongreß der Bürgermeister in Moskau im Juni d. Js. auf. Unter anderm erzählte der **Bürgermeister von Archangelsk** folgende pikante Geschichte: Er hatte es im Anfang des Krieges übernommen, für die Regierung innerhalb eines Monats eine Million Pud Steinkohle nach Archangelsk frei Schiffbord zu liefern. Der Auftrag wurde von ihm rechtzeitig erledigt, aber die Staatsbeamten hatten es versäumt, die Ausladung der Steinkohlen zu organisieren. Sie schlugen deshalb dem Bürgermeister vor, auch die Ausladung zu besorgen. Da das dem Bürgermeister unmöglich war, empfahl er den Staatsbeamten einen Ingenieur für das Geschäft der Ausladung. Die Behörden konnten sich aber mit diesem Ingenieur nicht einigen, denn die Herren Staatsbeamten verlangten von ihm zu ihren eigenen Gunsten 20 Prozent der Kosten. Und so war denn die Steinkohle bis zum Juni noch immer nicht ausgeladen worden. Als der erwähnte Bürgermeister dem Minister der Kommunikationsmittel, Herrn Ruchlof, diese Geschichte erzählte, griff sich dieser mit beiden Händen an den Kopf und rief aus: „Was sollen wir tun? In Rußland sitzt überall ein Dieb auf dem andern.“

Auf dem gleichen Kongreß erzählte der Vertreter der süd-russischen **Bergbauindustrie** eine nicht minder interessante Geschichte: Wiederum, wie schon im Anfang des Krieges, hatten die Vertreter der Metallindustrie der Regierung ihre Dienste für die Fabrikation von Geschützen und Munition angetragen. Sie verlangten aber von der Regierung gewisse Garantien dafür, daß ihnen die Aufträge für eine bestimmte Frist gesichert sein sollten, denn sie hatten ja bedeutende Ausgaben, um ihre Betriebe dem Kriegsbedarf anzupassen. Die Regierung wies jedoch ihr Angebot zurück. Einige Zeit später kam nach Charkoff der Vertreter der Putiloffschen Werke in Petersburg mit einem Delegierten der Kriegsverwaltung und **beschlagnahmte** in den Betrieben der erwähnten Metallindustriellen 40 Prozent der Drehbänke. Er nahm die Drehbänke mit nach Petersburg und engagierte auch einige Tausend Arbeiter. In Petersburg wurde nun das Material fabriziert, das dann nach Galizien den Weg wiederum über Charkoff zu nehmen hatte, während die südrussischen Unternehmer ihre Betriebe schließen mußten. Die Putiloffschen Werke haben es eben verstanden, das übliche Geschäft mit der Artillerieverwaltung abzuschließen.

Eine Eiergeschichte.

Reizend ist auch die Geschichte mit den Eiern. Als der Krieg ausbrach, sammelten sich in Archangelsk viele Millionen Eier an, die zur Ausfuhr nach dem Ausland bestimmt waren. Man erinnerte sich daran, nach drei Monaten, als der Preis für Eier in Petersburg enorm gestiegen war. Die Eier in Archangelsk aber hatten der Zeit bereits ihren Tribut gezahlt. Da ernannte die Regierung eine Kommission unter Zuziehung von Aerzten, Chemikern usw. Die Kommission beriet während eines ganzen Monats die Frage, was mit den anröchigen Eiern zu geschehen habe. In diesem Stadium der Beratung teilte der Kriegsminister der Kommission mit, daß ein Unternehmer den Vorschlag gemacht habe, diese Eier in ein Pulver zu verwandeln, das man bequem nach dem Kriegsschauplatz schicken könnte. Um aber die dazu nötige Fabrik zu bauen, brauchte man 300 000 Rubel. Während das Kriegsministerium diese Frage beriet, um schließlich

doch die Bewilligung des Fabrikneubaues zu versagen, verfaulten die Eier vollständig.

Das System.

Zur Kennzeichnung der administrativen Mißwirtschaft noch folgendes Exempel: Den ganzen Winter litten die Einwohner von Petersburg Mangel an Brennholz trotz des enormen Waldreichtums schon in der Nähe von Petersburg. Großer Mangel war auch an Fleisch und zwar aus dem einfachen Grunde, weil nämlich nur die Eisenbahnverbindung mit Archangelsk für die Einfuhr nach Petersburg benutzt werden konnte. Diese Eisenbahn ist schmalspurig und die Regierung rührte die ganze Zeit keinen Finger um ein zweites Geleise anzulegen. Die Eisenbahn nach Archangelsk ist dermaßen überladen, daß viele es vorziehen, ihre Waren per Wagen von Archangelsk bis Wiadka auf einer Strecke von mehreren hundert Kilometern zu expedieren, um sie dort auf die Eisenbahn zu bringen.

Diese Verbrechen, diese Mißwirtschaft sind keine Ausnahme, sie bilden die Norm, sie liegen im System. Schon in den ersten Anfängen des Krieges zeigte sich ein Mangel an den allernotwendigsten Gegenständen. Die Aerzte waren entrüstet, weil sie kein Chloroform, kein Jod, keine Instrumente, keine Thermometer, so gut wie gar keine Verbandstoffe, überhaupt nichts vorfanden, was man bis dahin aus Deutschland erhalten hatte. Mit dieser Systemlosigkeit trat in Wettbewerb die Gewissenlosigkeit. Die Aerzte wurden z. B. auf die einzelnen Plätze geradezu sinnlos verteilt. Hervorragende Chirurgen wurden in die Feldlazarette geschickt, wo nicht operiert werden konnte, während in die großen Bezirks- und Militärkrankenhäuser Geburtshelfer oder unerfahrene, junge Aerzte beordert wurden. Dasselbe Bild bei der Equipierung und Bewaffnung. Die Soldaten blieben monatelang ohne Kleidung, sie konnten nicht zum Kriegsschauplatz abgehen, weil Uniformstücke und Waffen nicht rechtzeitig zur Stelle waren. Als sich später absoluter Munitionsmangel herausstellte, war es Regel, auf je drei Soldaten nur zwei Gewehre zu liefern. Man tröstete sich damit, daß die Unbewaffneten die Gewehre der Gefallenen ergreifen könnten. Sehr bald, im

Jahre 1914 noch, wurden die Soldaten schon mit Gewehren alter Systeme ausgerüstet. Kurz und gut, überall und in allem, von oben bis unten, von den zentralen bis zu den lokalen Institutionen zeigte sich der Staatsorganismus von Mißwirtschaft, Gewissenlosigkeit, Korruption und Dummheit der Tschinowniks durchseucht.

Die Deutschen sind die Schuldigen.

Solange die siegreiche Vorwärtsbewegung in Galizien andauerte, feierten die Bürger und die Liberalen, die Zeitungen und die Gesellschaft ihre Einigkeit mit dieser scheußlichen Regierung. Die Ereignisse in Ostpreußen, das schmäbliche Schicksal der russischen Heere an den masurischen Seen waren allerdings eine ernste Warnung, aber diese Mißerfolge wurden einfach durch die Tücke **Rennenkampf**s erklärt — der ja dem Namen nach ein Deutscher war! Die Regierung nützte sehr geschickt diese Stimmung der Gesellschaft aus und setzte nicht bloß die „deutschen“ Kommandierenden und Gouverneure ab, sondern sie inszenierte sogleich die Verfolgung der sogenannten Deutschen des Inlandes. Da begannen die Prozesse gegen die baltischen Barone — geradezu ungeheuerlich durch die Rechtsverletzungen, die dabei begangen wurden. So wurde z. B. Baron **Ferden** unter flagranter Verletzung aller Rechtsgrundsätze zu einem Jahr Strafbataillon verurteilt. Auf Grund einer offenkundig falschen Denunziation eines litauischen Bauern wurde ein anderer Baron vom Kriegsgericht in Riga des Vergehens schuldig erklärt, aus seiner Equipage — sozialdemokratische Aufrufe unter das Volk geworfen zu haben und zur ewigen Verbannung nach Sibirien verurteilt. Aus Anlaß des Prozesses Miassoirdorff überstieg die Hetze alle Maße und alle Schranken. Wie es um Miassoirdorff selbst bestellt war, bleibt noch immer ein sehr dunkles Geheimnis. Keinem Zweifel aber unterliegt es, daß bei dieser Gelegenheit eine Menge Leute haben leiden müssen, die vollkommen unschuldig waren. Als in **Libau** Herr **Friedberg**, das Mitglied des Verwaltungsrates der nordischen Dampfschiffahrtsgesellschaft (dessen Vorsitzender Miassoirdorff war), verhaftet wurde, wandten sich dessen Verwandte an den Rechtsanwalt Libschütz mit der Bitte, die Verteidigung zu übernehmen. Dieser reiste nach Warschau, wo

Friedberg in der Festung eingekerkert war; er erreichte auf die in Rußland übliche Art durch Bestechung eine Zusammenkunft mit dem Inhaftierten und überreichte ihm Nahrung, Wäsche usw. Erfreut von diesem Resultat telegraphierte er nach Odessa an den Bruder Friedbergs, die Lage sei nicht so schlimm, wie man anfangs geglaubt habe. Das genügte, um den Rechtsanwalt zu verhaften und ihn zugleich mit dem Bruder Friedbergs in Odessa vor das Kriegsfeldgericht zu stellen unter der Anklage des Landesverrats, ausgeübt — durch Beihilfe zu dem Verbrechen Miassoidorffs. Das Kriegsfeldgericht konnte sich aber nicht zur Verurteilung entschließen, so daß Libschütz mit anderen elf Angeklagten freigesprochen wurde. Der Oberstkommandierende der nordwestlichen Armee, General Alaxejeff, der das Urteil zu bestätigen hatte, bestätigte aber vollkommen ungesetzlich das Urteil bloß in jenem Teil, der eine Verurteilung enthielt, beanstandete dagegen den freisprechenden Teil und übertrug den Prozeß dem Kriegs-Kreisgericht zu Wilna, behufs einer neuen Verhandlung. Dieses letztere Gericht hat nun sämtliche elf Freigesprochene für **schuldig** erklärt und sie, darunter auch den Rechtsanwalt Libschütz, zu verschiedenen Strafen verurteilt.

Kommandierende und Offiziere.

Wie die Rechtsprechung und die russische Administration, so auch die Kommandogewalt der Armee. Es sind Fälle bekannt, daß übereifrige Generäle, die auf dem Kriegsschauplatz ihre Aufgaben nicht zu erfüllen vermochten, Dutzende von Juden aus den nächsten Ortschaften aufhängten, um ihr Mißgeschick durch angeblichen Verrat der Juden zu erklären. Welcher Art das Pflichtbewußtsein dieser Herren ist und wie groß ihre Verachtung des gemeinen Mannes der Armee, bezeugen die Fälle, in denen Kommandanten den Stab um Verstärkung ersuchten, die Stabs-offiziere aber dieses Gesuch mit der Begründung ablehnten, der betreffende Offizier besitze ja bereits die Medaille des heiligen Georg, also möge er sich dabei beruhigen.

Die Offiziere flüchteten massenweise von der Front nach Warschau und Wilna. In Warschau hatte der Kommandant

eine Verordnung erlassen, wonach Offizieren, die keine besondere Erlaubnis aufzuweisen haben, der Aufenthalt in Warschau nicht zu gestatten sei und bei der polizeilichen Anmeldung der Offiziere darauf acht zu geben sei. Aber die Gewitzigten verstanden es auch ohne polizeiliche Anmeldung bei Freunden und Bekannten eine Unterkunft zu finden und sie haben die Restaurants, Cafés, Hotels und Theater förmlich überschwemmt.

Als Großfürst Nikolai Nikolajewitsch im Herbst 1914 Warschau besuchte, ging er durch die Straßen und spähte durch die Fenster der Cafés und Restaurants, um dort Offiziere zu erwischen. Es kam vor, daß er vor den Augen des Publikums Offizieren ins Gesicht schlug, die ihre Abwesenheit von der Front nicht zu erklären vermochten. Einer dieser Offiziere hat, nachdem er einen Schlag ins Gesicht erhalten hatte, seinen Revolver auf den Großfürsten abgefeuert und diesem den Aermel seiner Uniform durchlöchert, worauf er vor den Augen des Publikums sich selbst erschöß. Es gibt in Petersburg viele Tausende von Offizieren, die dort die ganze Zeit des Krieges verlebt haben. Offiziere, die Protektion hatten, erreichten es, daß für sie spezielle Aemter in der Residenz geschaffen wurden, um sie den Gefahren der Front zu entziehen. Ein bekannter Rechtsanwalt, Herr B., der Reserveleutnant ist, wurde nach einer akuten Krankheit von einer ärztlichen Kommission untersucht und als untauglich für den Dienst an der Front befunden. Er meldete sich darauf beim Generalstab. Als der betreffende Oberst des Generalstabs aus den Dokumenten ersah, daß Herr B. zum Frontdienst untauglich sei und nun in Petersburg selbst verwendet werden mußte, erschien ihm die Sache nicht ganz angenehm. Denn er mußte für Herrn B. ein Zivilamt frei machen und dafür jemand an die Front schicken, der bereits in dem warmen Nestchen saß. Darum ordnete er an, den Rechtsanwalt B. nochmals ärztlich zu untersuchen, ob er nicht vielleicht vollkommen militäruntauglich sei. Die neue Aertzekommission löste selbstverständlich ihre Aufgabe vollkommen im Sinne des Obersten und erklärte den Rechtsanwalt für völlig untauglich. Darauf sprach der Oberst Herrn Rechtsanwalt B. seine Glückwünsche zur Befreiung vom Militärdienst aus. Der Rechtsanwalt konnte nicht umhin, sein Erstaunen

darüber zum Ausdruck zu bringen, daß ein Generalstabsoffizier ihn zur Befreiung vom Militärdienst beglückwünschte.

Die Ignoranz des aktiven Durchschnittsoffiziers wird von den Reserveoffizieren allgemein konstatiert. Aeußerst selten sind die Fälle, in denen der Offizier überhaupt eine Vorstellung von den Grundbegriffen der Strategie zeigt. Im allgemeinen verstehen es die Offiziere nicht einmal, den Gang der Kriegereignisse zu verfolgen. In den Offiziersklubs, in denen die Petersburger Offiziere ihre meiste Zeit verbringen, beachten sie mit wenigen Ausnahmen nicht einmal die Kriegskarte. Sie haben im Krieg nur ein Interesse: die Auszeichnungen und Ernennungen. Offen und ohne jede Scheu unterhält man sich darüber, wie man es anstelle, nicht an die Front geschickt zu werden. Die Offiziere des aktiven Bestandes gewisser Regimenter, wie z. B. des Troickischen Regiments, erlitten fast gar keine Verluste, denn sie haben es verstanden, die Reserveleutnants in den Krieg zu schicken, sich selbst aber Plätze im Innern des Landes zu sichern.

Der Sündenbock.

Die Regierung ist selbstverständlich sehr gut unterrichtet über die Lage des Reichs, über die Zustände, die sie geschaffen, und die Leute, die sie erzogen hat. Sie weiß, daß die Stunde der Abrechnung kommen muß und sie sucht sich Deckung gegen den Volkszorn. Sie sucht Schutz in Maßregeln einer asiatischen, orientalen Tücke, des Luges, des Betrugens und des Schreckens. Wie immer in Rußland erweist sich als das beste Mittel dieser Art die **antisemitische Hetze**. Mit den ersten Mißerfolgen in Ostpreußen ertönte auch gleich der Ruf vom Verrat der Juden. Die Brutalitäten, die die russische Regierung aus diesem Anlaß begangen hat, übersteigen alles, was auf diesem Gebiet die Geschichte der Menschheit aufzuweisen hat. Die Juden werden des Verrats zugunsten der Deutschen bezichtigt, sie werden gehängt, schonungslos, ohne jede Gerichtsverhandlung. In einer Entfernung von 50 Kilometern vom Kriegsschauplatz werden sämtliche Juden ausgewiesen. Es ist noch gut, wenn man ihnen 24 Stunden Zeit gewährt. So in den Großstädten. In den Dörfern und kleineren Ortschaften läßt man ihnen überhaupt keine Zeit,

um Atem zu holen. Der Polizeibeamte kommt und verjagt im Nu die gesamte jüdische Bevölkerung. Dabei wird, wie selbstverständlich oder „aus strategischen Rücksichten“, das gesamte Hab und Gut der Juden unter die Polizei verteilt. Selbst die Kranken werden ausgesetzt, aus den Irrenhäusern werden die Geisteskranken ausgewiesen. Bis zu den Eisenbahnstationen werden sie von Soldaten mit Gewehrkolben getrieben. Im allgemeinen Wirrwarr werden die Eltern von den Kindern getrennt. In Wilna sah sich die jüdische Gemeinde veranlaßt, eine spezielle Kommission zu bilden, um von Eltern gesuchte Kinder und von Kindern gesuchte Eltern ausfindig zu machen. Drei Kinder irrten mit wundgelaufenen Füßen umher. Es kommen oft Entbindungen von Frauen während des Marsches vor. Greise stürzen tot zusammen. Zu alledem verbieten übereifrige Gouverneure häufig, den Unglücklichen Nahrung zu reichen. So hat der Gouverneur von Poltawa verboten, den Flüchtlingen, die mit den ersten Zügen kamen, Nahrung oder Trank zu gewähren. Der erste mit Flüchtlingen überfüllte Eisenbahnzug wies mehrere Leichen auf, zwei Frauen, die vor der Zeit entbunden hatten, und einen Irrsinnigen. Dem Rechtsanwalt Sokoloff, der nach Poltawa an der Spitze der Pyrogroffschen Kommission zur Hilfeleistung für jüdische Flüchtlinge kam, erklärte der Gouverneur von Poltawa, er wundere sich, daß russische Männer den Juden Hilfe leisten. Man müßte die Juden aufhängen und nicht füttern! Gewöhnlich wurden die jüdischen Flüchtlinge in offene Frachtwagen verladen, in denen man sonst Sand oder Holz fährt. Und wie für gewöhnliche Fracht werden für die verschickten Juden Frachtbriefe ausgestellt. Solche Frachtbriefe gehen in Petersburg von Hand zu Hand.

Einige Fälle mögen hier noch angeführt werden zur Psychologie der russischen Offiziere und ihres Verhaltens den Juden gegenüber. Hier die Erzählung eines russischen Kapitäns, die von mehreren Personen bezeugt werden kann. „Als meine Kompanie — erzählte der Kapitän — nach Augustowo im Gouvernement Suwalki marschierte, äußerten die Soldaten den Wunsch, im Heu auszuruhen. Ich willfahrte ihnen und nachdem ich erfahren hatte, daß es in Augustowo einen Speicher mit Heu gibt, erlaubte ich ihnen, dort auszuruhen. Da kommt nun zu mir der

Jude, der Eigentümer des Speichers, und bittet, die Soldaten aus dem Speicher wegzuweisen, denn er fürchte, die Soldaten würden Tabak rauchen und da könnte es zu einem Brande kommen, die Versicherungsgesellschaften bezahlen aber jetzt keine Prämie. Er bietet zum Ersatz seine Wohnung aus elf Zimmern in der Nähe der Lederfabrik an. Ich stimmte zu. Als aber die Soldaten sich dort installierten und ich nachher kam, um nachzuschauen, wie sie sich eingerichtet haben, da höre ich denselben Juden auf die Soldaten schimpfen, weil sie ihm seine Möbel beschmutzten u. ähnl. mehr. Entrüstet gab ich ihm eine Maulschelle, daß er umfiel. Als er aufstand, drohte er mir, sich zu beschweren. Da schickte ich ihn nach dem Speicher und ließ ihn von den Soldaten mit Ruten züchtigen. Blutüberströmt beruhigte er sich doch noch nicht und drohte wieder, sich zu beschweren. Da begriff ich, daß dahinter etwas stecke. Nichts anderes als Verrat. Man bedenke: den Speicher gibt er uns nicht, aus der Wohnung jagt er uns. Da stimmt etwas nicht. Er hilft offenbar den Deutschen. Ich berichtete in diesem Sinne an den Feldstab mit dem Vorschlag, den Juden dem Feldgericht zu überweisen. Er wurde gerichtet, und ich selbst ließ ihn hängen.“

Ein anderer Fall, ebenfalls aus dem Gouvernement Suwalki: Einem Offizier fiel sein Pferd um. „Ich rief — erzählte der Offizier — die Tierärzte zusammen, aber sie konnten dem Gaul nicht helfen und nicht einmal feststellen, woran das Pferd kreperte. Darauf erkundigte ich mich, womit das Pferd gefüttert worden war, und erfuhr, daß es Hafer bekommen hatte, der bei einem Juden genommen war. Ich beauftragte dann den Tierarzt zu bestimmen, ob nicht der Hafer verdächtig und das Pferd vergiftet war. Der Tierarzt antwortete: „Vielleicht.“ Bericht an den Feldstab mit dem Vorschlag, den Juden aufzuhängen. Und der Jude wurde aufgehängt.“ Als einer der Zuhörer den Mut faßte, den Offizier zu fragen, wie viel Pferde es in der Kompanie gab, antwortete der Offizier: „Zehn.“ Auf die weitere Frage: „Wurden diese Pferde mit demselben Hafer gefüttert und starben doch nicht?“ — erfolgte die klassische Antwort: „Wie naiv! Wissen Sie denn nicht, wie heimtückisch und perfid

die Juden sind? Der Jude hat ja mein Pferd vergiftet, das Pferd des Kommandanten!“

Auch die Mohammedaner.

So bildet die Regierung aus den Juden Drahtverhaue zum Schutz gegen den inneren Feind. Nun bekommt sie aber auch Schläge, auf der Front im Kaukasus, und dort gibt es ja keine Juden. Dafür gibt es aber dort **Mohammedaner**, die wegen ihrer religiösen Gemeinschaft mit den Türken ebenfalls zu Verrätern gestempelt werden können. Da wiederholt sich dann die gleiche Geschichte auch mit den Mohammedanern. Die muselmanische Bevölkerung ganzer Dörfer wird von den Kosaken abgeschlachtet. Ihre Häuser werden niedergebrannt. Alles wegen angeblicher Sympathien mit dem Feinde. Der Abgeordnete **Tschenkeli**, der diese Grausamkeiten mit eigenen Augen sah, teilte es persönlich **Goremikim** mit. Dieser antwortete, er könne nichts machen, im Kriege hänge nichts mehr von ihm ab, dort wirken die Kriegsbehörden, die ihm nicht unterstehen.

Herr Miliokoff.

Im Januar hat die Regierung die Duma einberufen, um über das Budget abzustimmen. Aus Vorsicht, da er wußte, daß sich im Lande und auf dem Kriegsschauplatz viel Zündstoff angesammelt hatte, schlug Herr Goremikim durch Rodsianko vor, vor den Beratungen der Duma eine Besprechung mit den Abgeordneten zu veranstalten. Diese Besprechung fand in seiner Wohnung statt. Herr **Miliokoff** nahm das Wort. Wie es sich für den Wortführer der „Einigung mit der Regierung“ geziemt, erklärte er in höchst loyaler Weise, daß er auf dem Standpunkt der englischen Liberalen stehe und deshalb der Meinung sei, daß man während des Krieges die Politik der Regierung einer öffentlichen Kritik nicht unterziehen dürfe, weshalb er weder in der Presse noch in den Kommissionen der Duma mit einer Kritik der inneren Politik aufgetreten sei, da er nicht gewußt habe, ob seine Kritik geheim bleiben würde. Nunmehr aber, da er diese Gewißheit habe, lenkte er die Aufmerksamkeit der Regierung darauf, daß sie ihre Versprechungen nicht erfüllt habe. Er erreichte aber

bloß, daß er von Goremikim mit glatten Worten abgeführt und von Herrn **Maklakoff** barsch angefahren wurde. Die Liberalen waren sehr indigniert, aber drei Tage nachher taten sie alles, um die Sitzungen der Duma zu einer Parade der Einigung der Parteien und der Regierung zu gestalten — zum Schreck der Deutschen, die angeblich auf die inneren Zwistigkeiten in Rußland große Hoffnung setzten. Nur die Arbeitergruppe und die Sozialdemokraten brachten einen Mißton in diese Einigungsdemonstration der Duma, indem sie eine grausame, aber wohl verdiente Kritik an der Reichspolitik übten und den Friedensabschluß verlangten. Aber die Reden der Abgeordneten **Tschcheidsi** und **Kerenski** kamen selbstverständlich nicht in die Presse.

Das Proletariat.

Also führte die Regierung in Uebereinstimmung mit der Bourgeoisie und den Agrariern den Befreiungskrieg; das klassenbewußte Proletariat, dem die Befreiung nicht einleuchtete, wurde unter den Druck der Kriegsgesetze gestellt. Die Arbeiterpresse ward längst zum Schweigen gebracht. Die Gewerkschaften wurden geschlossen. Die energischen Elemente wurden verbannt. Unaufhörlich fanden Verhaftungen statt. In den Ministerien des Innern wurde eine spezielle Kommission zum Kampf mit der Revolution gebildet. Es wurden schwarze Listen der aufgeklärten Arbeiter, besonders der Metallindustrie und der Industrien, die für die Armee arbeiteten, aufgestellt. Es wurde verkündet, daß der geringste Versuch zu einem Streik die Verschiebung in die vordersten Linien der Front zur Folge haben werde. Trotzdem fand in den Putiloffschen Werken und anderen Fabriken am Jahrestag des 9. Januar ein demonstrativer Proteststreik statt. Die Verurteilung der Duma-Abgeordneten hatte ebenfalls einen solchen Streik zur Folge. Ungeachtet aller Verhinderungen und Verfolgungen wurden immer wieder revolutionäre Flugblätter verbreitet. So wurden vom Petersburger Komitee der russischen Sozialdemokratie Flugblätter über die Stellung der Sozialdemokratie zum Kriege, über die Militäraushebung, zum Jahrestag des 9. Januar, über die Verurteilung der Duma-Abgeordneten usw. verbreitet. Das relativ passive Verhalten der russischen Arbeiter während

des Krieges findet seine Erklärung außer in den brutalen Maßnahmen der Kriegspolizei auch noch in dem Umstande, daß in die Fabriken für Militärbedarf eine Menge fremder Arbeiter zuströmten, die die Aktivität der politisch-geschulten, revolutionär erprobten Petersburger Arbeiter hemmten und selbst erst eine politische Schulung durchmachen mußten, bevor sie aktiv auftreten konnten.

Finnland.

Auch Finnland hat die zarische Regierung während des Krieges mit ihren Segnungen nicht verschont. Während sie mit der einen Hand den Polen die Verwirklichung ihrer politischen Träume bot, schlug sie mit der anderen desto kräftiger die Autonomie Finnlands nieder. Der Ministerrat bestätigte das fertige Verzeichnis der Gesetzesvorlagen, die die „Wohltaten“ der russischen Rechtsprechung, der russischen Pressefreiheit, Vereinsfreiheit auf Finnland übertrugen, die Beamten Finnlands zur Kenntnis der russischen Sprache verpflichteten, die russische Sprache in den russischen Schulen einführt und sogar die Abschaffung der finnländischen Zollgrenze in Aussicht nahmen. Also auch hier Einigung, aber in einem anderen Sinne, im Sinne der Unterwerfung unter das Zarentum.

Deutschen-Pogrome als Schlafpulver.

Solange die Siege in Galizien anhielten, schwieg die Gesellschaft.

Aber nach und nach beginnen die Folgen der scheußlichen Mißwirtschaft des zarischen Regimes sich auch im Kriege zu offenbaren. Nach und nach wird es offenbar, daß es an Waffen und Munition mangelt, daß man den Soldaten befiehlt, die Munition zu sparen, daß die Soldaten viele Tage ohne Nahrung bleiben. Die von der Front Zurückkehrenden erzählen Furchtbares über die Mißstände des sanitären Dienstes. Ein Oberst der Reserve berichtete z. B., daß er auf dem Schlachtfelde lag und zu verbluten befürchtete, daß er vergebens die Sanitäter anflehte, ihm doch zu helfen, und daß ihm diese Hilfe erst dann zuteil wurde, als er den Rat seines Nachbarn, eines ebenfalls Verwun-

deten befolgte, Geld aus der Tasche nahm und mit diesem Gelde vor den Sanitätern klimperte. Es wurde auch festgestellt, daß selbst bei gewissenhafter Pflichterfüllung die Sanitäter außerstande waren, die Verwundeten zu versorgen, da das Personal viel zu gering war. Diese Berichte sammeln sich, konzentrieren sich, verfehlen aber noch immer ihre Wirkung auf die Gesellschaft bis zum Fall von Przemysl. Przemysl fällt, die Armee retiriert. Die Presse, auf Anordnung der Zensur, sucht die Oeffentlichkeit auf den Fall von Lemberg vorzubereiten. Dann fällt auch Lemberg. Przemysl und Lemberg bezeichnen den Wendepunkt in der Stimmung der öffentlichen Meinung Rußlands. Der Rat der Kongresse für Handel und Industrie, der um jene Zeit zusammentrat, hörte den traurigen Bericht des Moskauer Industriellen **Riabuschinski** an, der vom Kriegstheater in Galizien zurückkehrte und erzählte, wie dort die Dinge standen; daß die Armee desorganisiert sei, daß sie aus Mangel an Munition verblute. Unter dem Einfluß von Riabuschinski, der unter dem frischen Eindruck des Gesehenen den Rat zu einem energischen Protest gegen die, die das Unglück verschuldeten, gegen das zarische Regime aufrief, ging der Rat von seiner Tagesordnung zur Erledigung von politischen Fragen über. Riabuschinski verlangte in starken Ausdrücken die Demission des Ministeriums und die Ernennung eines verantwortlichen Ministeriums, sowie gerichtliche Verfolgung der Personen, die die Niederlage verschuldeten. Goremikim dämpft noch immer den Eifer der Versammelten und schlägt dem Vorsitzenden des Kongresses, dem Moskauer Großindustriellen **Awdakoff**, telephonisch vor, den Kongreß zu schließen oder die früher bestimmte Tagesordnung zu erledigen. Am gleichen Tage wurde der Kongreß geschlossen.

Einer nach dem anderen kam nach Petersburg: Persönlichkeiten, die bald als Bevollmächtigte des Roten Kreuzes, bald als Vertreter verschiedener Kommissionen den Kriegsschauplatz aufgesucht hatten, darunter Abgeordnete der Duma, und tauschten in privaten Beratungen ihre Eindrücke aus. Ein Dumamitglied aus der Partei der Oktobristen, der Großgrundbesitzer **Fedoroff**, der ein halbes Jahr auf dem Kriegsschauplatz verbracht hatte, charakterisierte die Lage wie folgt: „Im Anfang des Krieges war die

russische Armee munter und siegte. Später wies sie die Angriffe zurück. Jetzt ist sie nicht mehr fähig zu widerstehen, jetzt verblutet sie.“ Er erzählte den schrecklichen Fall, daß er Soldaten sah, die nur mit Stecken bewaffnet in den Sturm gingen. Außer sich vor Schrecken fragte er den General, was das bedeute. Dieser antwortete kaltblütig: „Sehen Sie, die Erfahrungen dieses Krieges haben uns gezeigt, daß während der Schlacht von zehn Mann drei fallen. Von diesen Wahrnehmungen ausgehend, bewaffnen wir unsere Soldaten. Der Waffenlose wird das Gewehr des Gefallenen greifen.“

Das hat nun allerdings ausgereicht, um die öffentliche Meinung in Unruhe zu versetzen. Nun beginnt die Periode der Kongresse in Moskau: Kongreß der Städte und Landschaften, Kongreß der Bürgermeister, Kongreß gegen die Teuerung. Alle verlangen sie ein verantwortliches Ministerium, Gleichberechtigung der Nationalitäten, politische Amnestie. Einberufung der Duma. Die Forderungen werden so dringend, daß die Regierung ihnen Gehör verleiht. Vor allem wird, als Zugeständnis an die öffentliche Meinung, Herrn Rodsianko der Vorsitz in der Kriegsindustriellen-Kommission angetragen. Die Gesellschaft und die Presse bringen die Frage der Mobilisierung der Industrie auf die Tagesordnung.

Die gelbe Presse vergißt ihrerseits ihre Aufgaben nicht und hetzt immer energischer gegen die Deutschen des Inlandes. Der Senat legt die Gesetze in einer Weise aus, die den Deutschen das Recht der gerichtlichen Verteidigung entzieht, die Polizei schließt die deutschen industriellen und kommerziellen Unternehmungen, man beschlagnahmt die Ländereien und das Vermögen der Deutschen. Als Ergebnis dieser Agitation entstehen die Moskauer Pogrome.

Wir kommen auf diese Schandtät ein anderesmal zurück. Wir wollen nur noch hervorheben, daß zur Untersuchung der Pogrome eine Senatskommission ernannt wurde, an deren Spitze der Vorsitzende der Petersburger Gerichtskammer **Kraschennikoff** steht, der sich durch seine brutalen Gerichtsverfolgungen während der Revolution einen Ruf und den Beinamen Maliuta Skuradoff (der Henker des Zaren Iwan des Schrecklichen) erworben hatte.

Was bei einer solchen Untersuchung herauskommen wird, läßt sich unschwer voraussagen: Die Schuld wird den Deutschen in die Schuhe geschoben werden, die die Opfer des Pogromes sind.

Keine Aussicht auf Aenderung.

Gerade der Kampf gegen die wirtschaftliche Ueberlegenheit der Deutschen in Rußland selbst scheint uns symptomatisch zu sein für die Ohnmacht der russischen Industrie und des russischen Handels, an der schließlich alle Bemühungen zur Mobilisierung der Industrie zu nichte werden müssen. Dabei befindet sich die Organisation dieser Mobilisierung der Industrie wiederum in den Händen der — Beamtenschaft. Der militärische Teil dieser Mobilisierung hat bereits gezeigt, wes Geistes Kind er ist. So erklärte in einem kriegsindustriellen Komitee des Uralgebietes der vorsitzende General mit Stolz, daß zur Erforschung der industriellen Mittel des Urals elf Generäle kommandiert worden seien. Diesen kommt es sicher weniger auf die Inventarisierung der Industrie an als darauf, die hohen Reisegelder und sonst noch einiges einzustecken. An der Spitze stehen Gruppen, die sich gegenseitig gut verstehen, lauter „eigene Leute“. Ueberall Nepotismus, Protektion und die anderen Herrlichkeiten des Beamtenregimes. Als in einer dieser Kommissionen die Frage nach dem Preis aufgeworfen wurde, den die Intendanz für Watta zahlen sollte, erklärte der Chef der Intendanz, General Schwaieff, die Fabrikanten mögen selbst den Preis bestimmen. Der Preis wurde dann auch entsprechend hinaufgeschraubt. Die Mobilisation der Industrie bringt eben bloß einen goldenen Regen in die Taschen der Kapitalisten und ihrer Gönner.

Die Hoffnung.

Anders sieht es bei den Arbeitern aus. Die Petersburger Arbeiter leiden unter der ungeheueren Teuerung. Mitte Juli erklärten deshalb die Arbeiter der Schiffbaugesellschaft an der Newa, der Putiloffschen Werke und der Lessnerschen Fabriken den Streik. Sie verlangten Erhöhung des Taglohnes um 75 Proz., des Stücklohnes um 50 Proz. General Rußki kam persönlich zu den Arbeitern, schickte die Polizei fort und versuchte mit ihnen

freundschaftlich zu verhandeln. Er erbat sich eine Frist von einer Woche, um die Forderungen der Arbeiter zu untersuchen, verlangte aber, daß sie indessen die Arbeit wieder aufnehmen. Die Arbeiter setzten jedoch den Streik fort. Nach einer Woche kam die Erklärung des Generals, daß er mit den Arbeitern mit aller Strenge des Gesetzes verfahren werde. Diese aber ließen sich nicht einschüchtern. Zur Zeit, da dieser Bericht niedergeschrieben wird, wird der Streik fortgesetzt. Es wurden Verhaftungen vorgenommen. Man wird aber genötigt sein, da man die Arbeiter braucht, die Verhaftungen aufzuheben, denn es herrscht großer Mangel an qualifizierten Arbeitern. Die Arbeiter wissen das und bestehen hartnäckig auf ihrem Recht. Die alte Passivität ist verschwunden, überall in den Arbeiterkreisen zeigt sich steigende Aktivität. Auch die sozialdemokratischen Organisationen regen sich. Beim letzten Streik wurden mehrere Flugblätter revolutionären Inhalts verbreitet.

Die Regierung begibt sich auf den Weg des Kompromisses. Sie hat in den Ministerien einen Personenwechsel vorgenommen. Ihre Politik ist jedoch die gleiche geblieben. Die Duma ist einberufen worden. Als die Mitglieder des Seniorenkonvents Herrn Goremikim aufsuchten und ihn auf die schwere Kriegslage aufmerksam machten, antwortete er: „Meine Herren, was hat das zu bedeuten! Und selbst wenn wir bis an die Wolga oder an den Ural zurückweichen müssen, schließlich werden wir doch siegen.“ In einem scheint Goremikim ja recht zu haben — die Linie des Rückzuges wird immer länger. Er gibt sich aber keine Rechenschaft darüber, daß damit auch die Rückzugslinie des Regimes in der inneren Politik sich verlängert, daß die Regierung schließlich einfach genötigt sein wird, das Feld zu verlassen.

Omega.

Vom Tage.

Die Kriegskosten Deutschlands. Nach den Mitteilungen des Reichsschatzsekretärs im Reichstage betragen die Kriegskosten Deutschlands monatlich 2 Milliarden Mark. Die Gesamtkosten würden daher für die ersten 13 Kriegsmonate 26 Milliarden ausmachen. Da diese Summe die bisherigen Schätzungen übersteigt, so macht die A.-C.-Korr. darauf aufmerksam, daß der Schatzsekretär den Begriff „Kriegskosten“ weiter ausdehnte, als dies von anderer Seite geschah. Der Betrag der Kriegsanzahlungen beläuft sich auf $13\frac{1}{2}$ Milliarden; inwieweit die Reichsbank vom Reiche in Anspruch genommen wurde, ist nicht genau bekannt, die genannte Korrespondenz schätzt den Betrag auf höchstens 4 Milliarden und führt dann daran anknüpfend weiter aus: Wir kämen damit auf einen Betrag von $17\frac{1}{2}$ Milliarden Mark, der dem Reiche bisher zur Kriegführung zur Verfügung stand. Wir würden also noch eine Differenz von $8\frac{1}{2}$ Milliarden Mark haben, deren Herkunft und Ursprung aufzuklären wäre. Der Schatzsekretär kann bei seiner Schätzung auch die Kosten der Bundesstaaten und Gemeinden einbezogen haben, die durch den Krieg notwendig geworden sind: dadurch würde zweifellos die Gesamtsumme sich schon um ein paar Milliarden Mark erhöhen, er kann auch die Kriegsschäden von Ostpreußen usw. in vollem Betrage in seine Schätzung eingesetzt haben, woraus ebenfalls ein ganz stattlicher Betrag der Kriegskosten resultieren kann. Mit diesen beiden Posten würden wir sicherlich schon weit über 20 Milliarden Mark hinauskommen. Es kommen aber auch noch andere Möglichkeiten der Mittelbeschaffung in Betracht, die in dem Gesetz betreffend die Ergänzung der Reichsschuldenordnung vom 4. August 1914 vorgesehen sind. Endlich muß auch darauf verwiesen werden, daß der Reichsschatzsekretär sich nicht darüber ausgelassen hat, ob die Kriegskosten sich im Durchschnitt des ersten Jahres auf 2 Milliarden Mark monatlich gestellt haben oder ob dieser Betrag in letzter Zeit erst erreicht wurde. Wahrscheinlich trifft das Letztere zu, so daß für die ersten dreizehn Monate mit einem niedrigeren Betrage als 26 Milliarden Mark gerechnet werden könnte. Es wäre sehr wünschenswert, wenn über die Frage der Begrenzung des Begriffes Kriegskosten im Sinne der Schätzung des Reichsschatzsekretäres eine Aufklärung erfolgen würde; denn Kriegskosten und Kosten der Kriegführung decken sich nicht. In weiten Kreisen verwechselt man aber beide Begriffe zu leicht und kommt dann zu ganz irigen und keineswegs gleichgültigen Kombinationen. Nach unserer Auffassung kann der Reichsschatzsekretär den Begriff Kriegskosten nur im weitesten Sinne seiner Aufstellung zugrunde gelegt haben, woraus hervorgehen würde, daß die Kosten der Kriegführung wesentlich niedriger sind als die Kriegskosten. Da der Reichsschatzsekretär diesen Punkt aber nur ziemlich nebensächlich gestreift hat, die Leser der Rede aber ihm mehr Aufmerksamkeit gewidmet haben, so würde es sich sicherlich empfehlen, wenn ausdrücklich festgestellt würde, daß der Schatzsekretär die gesamten Kriegskosten in seine Aufstellung einbezogen hat.

Notizen.

Die Kalidebatte im deutschen Reichstage hat den Beschluß gezeitigt, die Inlandpreise um ungefähr 10 Prozent zu erhöhen und die den Kaliwerkbesitzern aufgelegte Abgabe von 0,60 Mk. für jeden Doppelzentner reines Kali außer Hebung zu setzen. Die Zuwendung beläuft sich insgesamt auf $11\frac{1}{2}$ Millionen Mark. Die Vertreter der Reichs-

regierung versprochen dafür zu wirken, daß auch den Arbeitern von dieser Liebesgabe etwas in Gestalt einer Teuerungszulage zukommt.

Der englische Wechselkurs bewegt sich in Newyork seit Ausbruch des Krieges in absteigender Linie. Es notierte im September 1914 das £ in Newyork 4,97 Dollar, während es im August 1915 auf 4,66¹/₂ Dollar gesunken war. Mit diesem Rückgang steht unzweifelhaft die von der englischen Regierung veranlaßte Reise einiger Finanzgrößen der City nach Newyork in Verbindung, um dort nach Mitteln zu forschen, dem Sinken der englischen Devisen Einhalt zu tun.

Nach einer amerikanischen Statistik stellen sich die Einnahmen und Ausgaben der Zentralmächte und der Türkei:			
	Jahr	Einnahmen	Ausgaben
in Millionen Mark			
Deutsches Reich	1913/14	3694,55	3694,55
Bundesstaaten	1913/14	6516,27	6437,40
Deutsche Kolonien	1913/14	60,05	148,57
Oesterreich-Ungarn	1914/15	670,04	674,04
Oesterreich	1914/15	2950,84	2950,61
Ungarn	1914/15	1930,42	1930,37
Türkei	1912/13	546,31	706,45

Die Einnahmen und Ausgaben der Feinde Deutschlands:

	Jahr	Einnahmen	Ausgaben
in Millionen Mark			
Großbritannien	1913/14	4051,94	4036,62
Britische Kolonien	1911/14	5162,92	4964,93
Frankreich	1914	4206,35	4208,34
Französische Kolonien	1911/14	442,41	437,76
Belgien	1914	654,41	653,96
Belgisch Kongo	1914	24,68	51,13
Rußland	1914	7816,15	7816,15
Finnland	1912	138,87	134,77
Serbien	1914	179,92	179,92
Montenegro	1912	3,08	3,57
Italien	1913/14	2153,76	2124,53
Japan	1914/15	1368,50	1187,02
Formosa	1914/15	101,10	110,10
Korea	1914/15	124,27	124,27

Für die finanzielle Leistungsfähigkeit der Staaten bedeuten diese rohen Zahlen der Budgets natürlich nichts.

Zuschriften an die Redaktion der Glocke sind nach München, Altheimereck 19/I zu richten / Adresse des Herausgebers: Dr. A. Helphand, Klampenborg (Dänem.)

Während des Krieges werden nach Dänemark nur offene Briefe befördert.

Für die Redaktion verantwortlich: Karl Blasenbrei, München / für den Verlag: Verlag für Sozialwissenschaft G.m.b.H., München / Druck: G. Birk & Co.m.b.H., München, Altheimereck 19.

DIE GLOCKE

Heft Nr. 2

15. September

Jahrg. 1915

Für die Demokratie – gegen den Zarismus.

DER vom Kapitalismus großgezogene Imperialismus hat diesen Krieg geschaffen. Während Jahrzehnten war er herangereift, während mehrerer Jahre wurde er zielbewußt vorbereitet. Die sozialistischen Arbeiterparteien haben den großen Zusammenstoß kommen sehen und wiederholt zu ihm Stellung genommen. Wer sich über die großen kapitalistischen Zusammenhänge dieses Krieges hinwegsetzen zu können glaubt, und dessen Erklärung in diplomatischen oder sonstigen Spitzbübereien sucht, hat sozialistisch zu denken verlernt.

Die Entwicklung der kapitalistischen Industrie in den einzelnen Ländern hat Reibungen und Konflikte in der ganzen Welt erzeugt; denn die kapitalistische Industrie jedes einzelnen Landes hat die Tendenz, sich den gesamten Weltmarkt zu erobern. Da Hand in Hand mit dem Industrialismus die Entwicklung des Militarismus geht, nahmen diese Konkurrenzkämpfe an allen Ecken und Enden den Charakter politischer Konflikte an. Wir sahen, wie aus Geschäftsinteresse die demokratischen **Vereinigten Staaten** gegen Spanien kämpften und schon 1894 der emporstrebende mongolische Industriestaat **Japan** gegen China. Inmitten dieser kapitalistischen Gegensätze, die jedes Land ohne Ausnahme betrafen, traten die Kämpfe zwischen dem deutschen und dem englischen Imperialismus immer mehr in den Vordergrund. An allen Ecken und Enden der Welt entstanden Konflikte zwischen Eng-

land und Deutschland: in Ostasien sowohl wie in Mesopotamien, in Südafrika, an der nordafrikanischen Küste und in den zentral-amerikanischen Kleinstaaten. Die Weltherrschaft der englischen Kapitalistenklasse aber war nicht bloß von Deutschland, sondern von verschiedenen Seiten bedroht, obwohl sie in Deutschland, dessen Industrie sich in der Geschäftskonkurrenz überlegen zeigte und dessen Imperialismus sich auf einen gewaltigen Militärstaat mit starker Regierungsgewalt stützte, mit Recht ihren gefährlichsten Rivalen fand. Bevor aber der englische Imperialismus sich mit aller Macht gegen diesen Hauptgegner wenden konnte, war die Erfüllung gewisser Vorbedingungen notwendig. Der **Burenkrieg** und der **russisch-japanische Krieg** waren diese Vorbedingungen. Es ist jetzt ohne weiteres klar, daß, wenn die Buren nicht schon vorher besiegt worden wären, England in dem gegenwärtigen Krieg Südafrika verloren hätte. Darum war die Vernichtung der unabhängigen Burenrepubliken die erste Vorbedingung zum Krieg gegen Deutschland. Im russisch-japanischen Krieg, der von England zielbewußt vorbereitet worden war, wurde der russische Einfluß gebrochen, der England in **Asien** bedrohte. Die Rapidität, mit der die englische Regierung sofort nach dem Friedensschluß ein Abkommen mit Rußland traf, ist ein Beweis, daß sie schon damals weiter ausschauende Pläne hatte. Die **Tripel-Entente** wurde gebildet, deren Ursprung, Ziel und einzige Existenzberechtigung der Kampf gegen Deutschland war. Europa wurde in zwei feindliche Lager getrennt, die sich gegenseitig die Wagschale hielten. Diesen Zustand benutzte der **italienische Imperialismus**, um auf eigene Faust den tripolitanischen Raubzug auszuführen. Die **Balkanstaaten**, denen schon bei ihrer Bildung die europäische Diplomatie die Wege zu einer nationalen Entwicklung abgeschnitten hatte und in denen, je mehr sie in das industrielle Weltgetriebe hineingezogen wurden, der kapitalistische Drang nach Gebietserweiterung sich geltend machte, überfielen die Türkei, die schon früher durch alle Mittel der Agitation, der Korruption, des Meuchelmords und der Anarchie von der Diplomatie Europas, die Balkanstaaten eingeschlossen, unterwühlt worden war. Die Macht der Türkei wurde gebrochen, aber auch der von der zarischen Diplomatie begünstigte **Balkanbund**

ging in die Brüche. Es wurde ein unhaltbarer Zustand geschaffen, aus dem niemand mehr einen Ausweg wußte und der jeden Augenblick einen neuen Kriegausbruch zeitigen konnte.

Während des Balkankrieges haben die **Tripel-Entente** und der **Dreibund**, dem Italien nur noch formell anhing, ihre Kräfte gemessen. Dabei ist der Dreibund einem offenen Konflikt ausgewichen. Er hat erst die **Türkei** preisgegeben, dann **Bulgarien** im Stiche gelassen. Nach dieser Kraftprobe, die zugunsten der Tripel-Entente ausfiel, übernahm diese die Führung im Orient und zeigte sich auch in ihrem allgemeinen Auftreten immer mehr herausfordernd und kampflustig.

Diese Tatsache verdient besonders für diejenigen festgehalten zu werden, die ihre Stellung zu dieser, vom Kapitalismus heraufbeschworbenen Katastrophe davon abhängig machen, wer in dem gegenwärtigen Krieg der angreifende Teil war. Ich teile diesen Standpunkt nicht. Ich bin gegen ihn in der deutschen Parteipresse schon damals aufgetreten, als ihn **August Bebel** im Reichstag geltend machte. Ich führte damals aus, daß die Frage, ob Angriff oder Defensive rein formeller Natur sein kann und wir unsere Stellungnahme nicht an eine Aeüßerlichkeit binden dürfen. Aber wenn man sich schon auf diesen Standpunkt stellt, so wird man offenbar mit der Tatsache der Kriegserklärung die gesamte Politik in Betracht ziehen müssen, die ihr voranging. Und da zeigte die Haltung Deutschlands während der Balkankriege offen und klar, daß es den europäischen Konflikt zu vermeiden gesucht hatte. Es tat das nicht aus Idealismus, sondern weil es nicht im Interesse Deutschlands lag, alles auf eine Karte zu setzen; denn das deutsche Kapital profitierte am meisten von dem Frieden. War doch der Hauptvorwurf, den man aus englischen imperialistischen Kreisen Deutschland machte, die „pénétration pacifique“, d. h. das friedliche Eindringen des deutschen Kapitals in fremde Gebiete. Darum sehen wir, daß in dem Maße, in dem der englische Imperialismus herausfordernd wird, die deutsche Diplomatie im Gegenteil sich anzupassen und bald mit Rußland, bald mit England Freundschaft zu schließen sucht.

Deutschland hat den Krieg nicht mehr verhindern können. Ich sage aber noch mehr als das: Ich sage, daß er auch für die

Tripel-Entente nicht mehr zu vermeiden war. Das mögen diejenigen als Paradoxon betrachten, die in der Weltgeschichte die Emanation des Geistes jener paar Leuchten erblicken, die, mehr oder weniger zufällig, an der Spitze der Regierung stehen. Für mich ergibt sich vielmehr ein Beweis aus der Unhaltbarkeit der bestehenden Zustände.

Schon in den ungeheueren Kriegsrüstungen, die nach den Balkankriegen das Tollste überboten, was bis dahin erreicht wurde, lag der Beweis der Unvermeidlichkeit des Krieges. In Frankreich im besonderen war die Rückkehr zur **dreijährigen Dienstzeit** in keiner anderen Weise zu rechtfertigen, als durch einen unmittelbar bevorstehenden Krieg. Die Tripel-Entente traf in fiebrhafter Hast ihre letzten Vorbereitungen zum Kriege, und zu diesen gehörte auch, daß die zarische Diplomatie die Megalomanie **Griechenlands** und **Serbiens** bis zur höchsten Glut erhitze.

Indessen diese von uns in flüchtigen Strichen gezeichnete imperialistische Entwicklung stattfand, die in Konkurrenzinteressen wurzelte und zu diplomatischen Konflikten führte, vollzog sich in der öffentlichen Meinung der **Bourgeoisie** eine große Aenderung. Zur Zeit der wirtschaftlichen Depression, die am Ende der 70er bis in die Mitte der 90er Jahre des vorigen Jahrhunderts dauerte, war die Bourgeoisie friedlich und verzagt. Aber die industrielle Sturm- und Drangperiode,*) die dieser Depression folgte, hat die Bourgeoisie unternehmungslustig und kühn gemacht. Zugleich hat die gewaltige Konzentration des industriellen und finanziellen Kapitals die Bourgeoisie aus ihrer selbständigen Rolle in den Unternehmungen herausgedrängt und der **Börse** zugetrieben. Die Agiotage, verschärft durch den frevelhaften Wechsel von Krise und Aufschwung, beherrschte alle Geister. Die alte Soli-

*) Der Unterschied zwischen Perioden wirtschaftlicher Depression und Sturm- und Drangperioden der kapitalistischen Entwicklung wurde von mir als Ergänzung zu der Marx'schen Krisentheorie zuerst 1895 in meiner Schrift „Die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie“ aufgestellt und dann wiederholt in meinen anderen Schriften und Artikeln der „Neuen Zeit“ unterstützt. Auf diese Erkenntnis gestützt, habe ich schon 1895 in meiner oben erwähnten Schrift den Gedanken entwickelt, daß wir in eine Periode der Kriege und Revolutionen eintraten und auch die diplomatischen Verwicklungen, zu denen das geschäftliche Vordringen des deutschen Kapitals hintrieb, vorausgesagt. Das war vor den Tirpitzschen Flottenvorlagen und vor der Besetzung von Kiautschou.

dität des Bourgeois war verschwunden. Er wurde zum Spieler und Abenteurer. Die Börsenspekulation erfaßte breite Schichten der Bevölkerung und machte sie so auch dem politischen Hasardspiel zugänglich.

Der bürgerliche Parlamentarismus, der schon früher seine Ideale preisgab, artete unter dem Einfluß der Börse und des Imperialismus vollkommen in Demagogie und Cliqueswirtschaft aus. Die Korruption wurde gerade dort am schlimmsten, wo der Parlamentarismus am stärksten war. Preßbanditen, Börsenjobber, Cliques der Hochfinanz und parlamentarische Cliques verwüsteten den Staat, korrumpierten die öffentliche Meinung, befehdeten sich gegenseitig und fanden sich doch immer zusammen in dem Schrei nach Machterwirkung, Weltherrschaft, Imperialismus.

Die sozialistischen Parteien selbst wurden in verschiedenen Ländern und ganz besonders in Frankreich durch Ueberläufer aus ihren eigenen Reihen, die sich dem herrschenden Abenteurergesindel anschlossen, verraten und wiederholt irregeleitet. Die deutsche Sozialdemokratie hat dabei die größte Widerstandskraft den Einflüssen der sich zersetzenden Bourgeoisie und den größten lebendigen Zusammenhalt ihrer proletarischen Organisationen gezeigt.

Die ganze Denk- und Gefühlsweise der Bourgeoisie und ihr ideeller Ausdruck in Literatur, Kunst und Wissenschaft, alles, was man unter bürgerlicher Kultur zusammenfaßt, wurde von einem wilden Taumel ergriffen, zerfasert, korrumpiert, entnervt. Die Skepsis zerfraß alle sozialen Ideale, alle politischen Grundsätze, alle großen Gesichtspunkte; man lebte dem Augenblick, huldigte der Persönlichkeit, die sich in raffinierter Genußsucht auslebt. Die Jagd nach Gefühlssensationen der „Individualität“, die sich vom sozialen Verband mit dessen moralischen Hemmnissen löste, führte zu Perversitäten, die ihrerseits in einen Kultus von Blut und Brutalität ausmündeten. Nietzsches Ideen, welche ein glühender Protest gegen die spießbürgerliche Moral waren, wurden in eine Verherrlichung des nackten Egoismus, der rohen Gewalt, des Rückfalls in das Barbarentum umgelogen. Der Erfolg war der einzige Gott, dessen Allgewalt man anerkannte, und je blutiger der Weg war, durch den er führte, je größer

die moralischen Hindernisse, die zu überwinden waren, je zahlreicher die Opfer, je schamloser die brutale Gewaltäußerung, desto größer der Triumph.*)

So wurden die Geister für diesen Krieg vorbereitet.

Diesem bürgerlichen Tohuwabohu gegenüber wuchs und wurde immer entschiedener die Opposition der Arbeiterklasse. Aber dieser Gegensatz dämpfte nicht das Treiben der Imperialisten, reizte sie vielmehr erst recht zu einer waghalsigen Politik an: denn je verworrener die Situation, je größere Gefahren heraufbeschwohren wurden, desto mehr scheinbare Berechtigung fanden der Militarismus und der Imperialismus. Man spielte mit der Kriegsgefahr, man provozierte diplomatische Konflikte, um regierungsfreundliche Wahlen zu bekommen. Der Imperialismus wurde als Kampfmittel gegen den Sozialismus empfohlen und zielbewußt angewandt, der Krieg als Blitzableiter der Revolution.

So wurde auf allen Gebieten der kapitalistischen Konkurrenz, des bürgerlichen Parlamentarismus und der bürgerlichen Kultur dieser Weltkrieg vorbereitet, dessen geschichtlicher Sinn der ist:

Der Kapitalismus, dessen geschichtliche Entwicklung durch die Ausmerzung ganzer Volksklassen gekennzeichnet ist, hat nunmehr durch den Anprall der Konkurrenzkräfte auf wirtschaftlichem, politischem und militärischem Gebiet, die er in den einzelnen Ländern, begleitet von einer Zersetzung der sozialen Gesittung, von Korruption und Verkommenheit großgezogen hatte, Europa in Brand gesetzt. Er zerstörte mit den ungeheueren Mitteln der von ihm geschaffenen Waffentechnik und Armeeorganisationen die Industrie Europas, an der die Wissenschaft und die zivilisierten Nationen während Generationen gearbeitet haben, zerstörte den Reichtum und die formelle Zivilisation, auf die er sich stets als den letzten und entscheidenden Rechtfertigungsgrund der von ihm über alle Maßen emporgetriebenen Volksausbeutung berufen hatte und die Eigentumsordnung, deren Unantastbarkeit er gepredigt und mit allen Mitteln der Staatsgewalt zu verteidigen gesucht hatte.

*) Ueber die Zersetzung der Bourgeoisie und des bürgerlichen Parlamentarismus verweise ich auf meine Schriften: „Die Kolonialpolitik und der Zusammenbruch“ und „Der Klassenkampf des Proletariats“.

Die Stellung der sozialistischen Parteien dieser kapitalistischen Weltkatastrophe gegenüber konnte offenbar nicht in Erwägungen ihre Rechtfertigung finden, die aus der Kinderstube oder aus der weltabgeschiedenen Professorenklause geholt worden sind, sie mußte in der Wahrnehmung der Interessen des kämpfenden Proletariats begründet sein.

Aber in diesen Krieg wurde das zarische Rußland als gewichtiger, vielleicht entscheidender Faktor mit hineingezogen.

Ein Sieg des Zarismus würde einen furchtbaren Schlag gegen die Demokratie bedeuten und zugleich eine neue Aera der schrankenlosen kapitalistischen Ausbeutung eröffnen.

Die russische Bourgeoisie ist voll Begeisterung für diesen Krieg. Ihre Beweggründe sind aber andere, als jene der Imperialisten der europäischen Industriestaaten. Die russische kapitalistische Klasse kämpft nicht wie die europäische um den auswärtigen Markt, denn sie hat noch alle Hände voll zu tun, um den inneren Markt, den sie sich durch hohe Schutzzölle gesichert hat, auszubeuten. Die russischen Industrieritter haben wohl ihre Schadenfreude an der Zertrümmerung der europäischen Industrie, weil sie davon ein Aufblühen der Geschäfte in Rußland erwarten. Aber der Hauptbeweggrund der russischen Bourgeoisie ist politischer Natur. Wie jede emporstrebende Bourgeoisie will sie sich als nationale Macht geltend machen. Zu diesem Zwecke braucht sie einen Eroberungskrieg; sie braucht ihn umso mehr, als ihr auf dem Gebiet der parlamentarischen Agitation von den sozialistischen Parteien der Weg zu den Volksmassen abgeschnitten worden ist. Andererseits will sie die Sympathien des Zarentums dadurch gewinnen, daß sie zeigt, welchen gewaltigen Impuls zur Erweiterung der Staatsgewalt sie liefern kann. Sie produziert sich zugleich als Führer der Nation und als Stütze

des Thrones und würde damit im Falle eines russischen Sieges ungefähr den gleichen Erfolg davontragen, wie seinerzeit **der deutsche Nationalliberalismus**.

Da aber Europa bereits die Geschichte des deutschen Nationalliberalismus hinter sich hat, so kann der russische **Nationalliberalismus** nur noch in einer schäbigen, korrupten Form auftreten. In einem Parlament ohne allgemeines Wahlrecht, mit omnipotenter Regierungsgewalt, wird dieser russische Nationalliberalismus der dienstbeflissene Zuträger der Regierung sein und sich in der Sonne ihrer Gunst wärmen. Ein **Militarismus** würde in Rußland emporblühen ganz anderer Art wie in Deutschland, während andererseits die russische Bourgeoisie, gestützt auf die Regierungsgewalt, sich einer maßlosen und gewissenlosen Ausbeutung nach innen und nach außen ergeben würde.

Der Krieg hat das Zarentum gerettet: denn das Zarentum stürzte sich in diesen Krieg, um einem neuen Ausbruch der Revolution, der unmittelbar bevorstand, zu entgehen; der Sieg würde ihm zu einer neuen, ungeahnten und ungeheueren Machtentfaltung verhelfen. Gestützt auf eine emporstrebende Bourgeoisie, auf eine sich machtvoll entwickelnde Industrie, auf eine Armee, die aus einer Volksmasse von beinahe 200 Millionen Menschen schöpft, würde das Zarentum Europa und die Welt beherrschen.

Auf den Trümmern der von ihm zerstörten Industrie würde sich auch der Kapitalismus der westeuropäischen Staaten emporarbeiten, ohne aber weiter die führende Rolle zu erhalten, die er in der Welt inne hatte; er käme in ein politisches Vasallenverhältnis zu Rußland und in eine untergeordnete Stellung auf dem Weltmarkt.

Das ist die Gefahr, die die Demokratie und den Sozialismus bedroht.

Angesichts dieser Gefahr kann es für uns nur eine Losung geben:

Kampf gegen den Zarismus!

Das gilt nicht bloß für die sozialistischen Parteien Deutschlands und Oesterreich-Ungarns, die ihr Vaterland vor den Armeen des Zarentums zu schützen haben, es gilt für die sozialistischen Arbeiterparteien der ganzen Welt.

Die Sozialisten Frankreichs und Englands müssen sich sagen, daß, indem sie in diesem Kriege dem Zarentum zum Sieg verhelfen, sie die Grundlage selbst ihres Klassenkampfes untergraben: die Demokratie. Mit dem Blut des Proletariats würden sie die kapitalistische Klassenherrschaft wieder zusammenschweißen. Man betrügt sie mit der Idee des Vaterlandes, damit sie dann desto leichter von den kapitalistischen Cliques, die in ihrer Ausbeutung kein Vaterland kennen, mit Hilfe der russischen Armeen beherrscht werden. Auf den Leichen der englischen, französischen, belgischen Arbeitermassen, die zusammen mit ihren deutschen und anderen Schicksalsgenossen sich bergeshoch auftürmen, soll die Größe des Zarenthrons gegründet werden.

Und erst die russischen Sozialisten und russischen Revolutionäre! An diese richte ich die Frage, die sich ein jeder von ihnen, bevor er Stellung nimmt, klar und rückhaltlos beantworten müßte:

Würde nicht, wenn das Zarentum in diesem Kriege unterliegt, die Folge eine Revolution sein, die endlich vollkommen mit diesem politischen System aufräumen und der Demokratie die Bahn eröffnen würde? Ja oder nein?

Wie kann da unsere Stellung noch zweifelhaft sein?

Aber die russische Intelligenz macht im großen und ganzen die chauvinistische Bewegung der russischen Bourgeoisie mit. Gegen diese Intelligenz erhebe ich den Vorwurf, daß sie, um sich vom Zaren den schäbigsten, miserabelsten Nationalliberalismus der Welt zu erschleichen und zu erbetteln, die Interessen der europäischen Demokratie zu verraten bereit ist.

Und ich sehe nicht ein, wie irgendein Sozialist in irgendeinem Lande in diesem Kampfe neutral bleiben könnte. Wir stehen vor einer Weltenwende. Aber wir können nur siegen, wenn wir kämpfen. Und da gilt es vor allem die Stellung zu verteidigen, die wir uns nach mühevollen Kämpfen innerhalb des kapitalistischen Staates erobert haben: die Demokratie. Diese ist vom Zarismus bedroht. Darum Kampf gegen den Zarismus!

Konstantinopel, Oktober 1914.

Parvus.

Cäsaropapismus und Papsttum im Weltkrieg.

BENEDIKT XV. hat Anerkennung in weiten, auch nicht-katholischen Kreisen durch sein Eintreten für den Frieden und seine Fürsorge für die durch den Krieg leidenden Angehörigen aller Nationen gefunden. Daß das Haupt der orthodoxen russischen Kirche, der „heilige Synod“, ähnliche Ziele während des Völkerkampfes verfolgte, war von vorneherein ausgeschlossen. Man hörte nur davon, daß der „Gott Rußlands“ groß sei und die Feinde des Zarenreiches gänzlich vernichtet werden müßten.

Diese so verschiedene Auffassung über den Krieg ist im Wesen beider Kirchen begründet: die eine ist eine **internationale** (oder eine **universale**), die andere eine **nationale**, nicht einmal slawische, sondern **nur russische**. Gott sorgt nach der Lehre des Katholizismus für alle Menschen; nach der der orthodoxen russischen Kirche ist es seine **eigentliche Aufgabe**, sich um das heilige Mütterchen Rußland zu kümmern, dann erst für die anderen Slawen (in sehr beschränktem Maße und nur, wenn sie sich Rußland und seiner Kirche willfährig zeigen); die übrige Menschheit geht ihn überhaupt nichts an, oder nur insofern er sie zu Rußlands Knecht machen soll. Natürlich ist dies nicht offizielle Lehre der orthodoxen Kirche, aber sie ist **implicite** in ihr enthalten und ihre Bekenner wenden sie **praktisch** an. Der „große Gott“ der Russen ist der **verzerrte** und **mißgestaltete** „Javeh“ der ersten Schriften des alten Bundes, und das Christentum hat er nur als prunkvollen Mantel sich um die Schultern gehängt, um zu **blenden** und zu **täuschen**.

Aufgabe des „Gottes der Russen“ ist es, die orthodoxe Kirche zur **alleinherrschenden** zu machen. Das will schließlich jede Kirche, denn jede Kirche glaubt, die **reine volle Wahrheit** zu besitzen. Aber neben dieser theoretischen Intoleranz sind alle anderen auf den Standpunkt einer **praktischen Toleranz** teils freiwillig, teils **notgedrungen** mehr und mehr gelangt. Allein die russische orthodoxe Kirche macht hievon eine **grundsätzliche Ausnahme**, denn sie ist eben eine **russische Kirche**, und ihr Zweck

und ihr Endziel sind keine schlechthin religiösen, sondern auch politische: die Vorherrschaft Rußlands auf der ganzen Welt und damit die Alleinherrschaft der orthodoxen Kirche über alle unterjochten Völker. Umgekehrt, wenn der russische Staat stets expansiv ist und trotz seiner ungeheuren Größe nicht an Kultur und soziale Arbeit denkt, sondern nur an weiteren Ländergewinn, so dient er damit nicht etwa allein sich selbst als Staat, sondern zugleich auch der Ausdehnung der Kirche.

Diese erweist sich ihm dadurch alsbald in den eroberten Gebieten als Helfer nützlich und dankbar, daß sie ihre Aufgabe in allererster Linie darin erblickt, für die **Russifizierung der Bevölkerung** Sorge zu tragen. Sie wendet hiefür freilich etwas andere Mittel als Chrysam und Taufwasser an: auf ihren Rat werden Widerstrebende nach Sibirien geschickt, wird das Volk mit der Kosakenpeitsche in die orthodoxen Kirchen getrieben, werden ganz „Verstockte“ gehängt und erschossen. Sie verlangt, daß die nicht-russischen Schulen geschlossen werden, ebenso wie die nichtorthodoxen Kirchen, daß alle Kinder aus Mischehen orthodox werden, und zwar unter Strafandrohung, sie jagt katholische und protestantische Geistliche aus dem Lande hinaus und breitet ihre segnenden Hände über jedem Pogrom. Und sie hält, eine ihrer wichtigsten Aufgaben, das Volk in Aberglauben und in Unwissenheit befangen; Analphabeten sind ihre liebsten Kinder. Weder Väterchen noch sie können intelligente Bürger gebrauchen, der ausgezogene, in Unwissenheit gehaltene Muschik, der dem Popen demütig die schmutzige Hand küßt und auf Befehl des Zaren bereit ist, die christliche und jüdische Intelligenz totzuschlagen, ist ihr der teuerste Sohn.

Diese „Erziehungsmethode“ des Volkes ist dem orthodoxen Klerus um so sympathischer, als er selbst mit Bildung nicht überbürdet ist. Sowohl unter der Welt- als auch unter der Klostergeistlichkeit herrscht auch in theologischen Dingen eine erschreckende Ignoranz. An Stelle inneren Wissens und erlebten Glaubens (denn für fromme Menschen ist der Glaube ein Erlebnis) tritt nur äußerliche Zeremonie und Prunk und Aberglauben. Die Fasten sind viel länger und strenger als in der katholischen Kirche, der Dienst am Altar währt ebenfalls bedeutend länger und die Stumpfheit

des der Bildungsmöglichkeit entrückten Bauern dient dem verheirateten Popen, noch mehr der Klostergeistlichkeit dazu, den Aberglauben des Volkes zu Bewucherungszwecken auf jede Weise auszunützen. Daher auch der Reichtum der großen russischen orthodoxen Klöster geradezu ans Fabelhafte grenzt.

Selbstverständlich ist die orthodoxe russische Kirche bei der engen Wechselwirkung zwischen der Staatsgewalt und ihr die treueste Dienerin Väterchens, sein Wohlwollen zu erringen muß ihr naturgemäß am höchsten stehen. Sie hilft ihm bei jeder Knechtung und Entrechtung des Volkes, drückt ihr mit dem Kreuz des Friedens geziertes Siegel auf jede noch so tyrannische Maßregel, stimmt jeder wirtschaftlichen Auspowerung der Schwachen demütig zu und ist der geborene Todfeind auch der kleinsten freiheitlichen Regung im Volk. Am meisten auch der Umwandlung Rußlands aus einem Agrarstaat in einen, zum Teil wenigstens, Industriestaat. Der gelernte Arbeiter würde bald unwillig sich von ihrem Gängelband, das in Wahrheit eine eiserne Kette ist, lösen, und der Tag der Abrechnung würde für sie kommen; das weiß sie, und daher ist ihr das Wort „Freiheit“ ebenso verhaßt wie das Wort „Bildung“. Sie verfolgte genau so grimmig wie noch heute den Revolutionär Gorki, den frommen Tolstoi: er hatte gewagt, infolge seiner Bildung und seines Gemüts das Christentum unendlich tiefer und inniger als die orthodoxe Kirche aufzufassen. Daher war seine Lehre für Rußland und den Orthodoxismus ebenso „gefährlich“ wie die sozialdemokratische und mußte mit Stumpf und Stiel ausgerottet werden.

In diesem nationalen, dem Zarentum blind ergebenden, das Volk ihm zu Knechten machenden Bemühen besteht das wahre Wesen dieser christlichen Kirche, besteht auch der sogenannte „Cäsaropapismus“, über den man sich in Westeuropa ein völlig falsches Bild macht. Der Zar ist nicht der „geistliche Oberherr“, nicht der „Papst“ der russischen Kirche, sondern er ist nur offiziell ihr „Beschützer“. Aber der „heilige Synod“, heute das Oberhaupt an Stelle des vormaligen Patriarchats, ist nichts als sein willigster Diener in allen weltlichen Angelegenheiten; er unterstützt die zarische äußere und innere Politik durch dick und dünn, er deckt sie mit seinem Rauchmantel zu, er knechtet, ver-

dammt und entrechtet, wie es Väterchens Regierung will — immer vorausgesetzt, daß Väterchen für die Expansion des russischen Reiches und damit der orthodoxen Kirche und für die Reinhaltung des Glaubens von allen „ketzerischen“ Ideen Sorge trägt, wie für die Verfolgung der Andersgläubigen. Dieses unausgesetzt gemeinsame Wirken von Zar und Synod ist der „Cäsaropapismus“, die gewalttätigste, geistig beschränkteste, abergläubischste, unduldsamste und eroberungssüchtigste Form nicht nur des Christentums, nein, jeder bestehenden Glaubensgemeinschaft überhaupt.

Es ist auch ein weiterer westeuropäischer Irrtum, die orthodoxe russische Kirche sei eins mit allen anderen orthodoxen Kirchen. Daß sie dem orthodoxen Patriarchen von Konstantinopel ein Ehrenvorrecht offiziell gönnt, ist eine leere Formsache. In Wahrheit steht sie allen orthodoxen Kirchen, die ihre eigene Verfassung und Unabhängigkeit haben, als finsterster Gegner gegenüber. Sie kann niemand, auch nicht einen Orthodoxen, neben sich dulden, sie kann nur brutal über willenlose Sklaven herrschen. Vor allem sind ihr die rumänische und die griechisch-orthodoxe Kirche als nichtslawische verhaßt. Die Mordtaten russischer Mönche auf dem Athos gegen griechische legen hiefür ein sprechendes Zeugnis ab, und wie man gegen rumänische Orthodoxe verfährt, darüber wird noch zu sprechen sein.

Aus diesem Wesen der russischen Orthodoxie geht noch etwas anderes hervor: Diese im innersten Herzen nicht dem Christentum, wie der europäische Westen es begreift, sondern einer nationalen politischen Idee dienende Kirche steht der ganzen europäischen Bildung als geschworener Todfeind gegenüber; aus dem Westen ist alles „Verderbliche“ in das dumpf hinbrütende Rußland gekommen, alle revolutionären Ideen, alle „falsche Kultur“, der gesamte Westen ist eine in allen Teilen gleichmäßig verhaßte Region, die das fromme russische Volk sich und seinem Glauben unterwerfen muß. Hiezu ist jedes Mittel recht und jedes billig. Um die Westslawen, auch die Balkanslawen über das wahre Wesen der russischen Politik und Kirchenpolitik zu täuschen, hat daher die Kirche die panslawistische Idee nicht nur geduldet, sondern liebevoll gefördert. Wenn die slawischen Mäuse in den Speck, der in der russischen Mausefalle hängt, beißen, fällt die

Klappe zu, und im gleichen Augenblick wandelt sich der Panlawismus in den Panrussismus um. Vor allem müssen die katholischen Westslawen unter das Joch gebracht werden. Der Katholizismus verschwindet auch für immer aus Kongreß-Polen, wenn alle Slawen das „heilige Mütterchen“ als ihre strenge Herrin anerkannt haben, dann wird, man hat ja bewährte Mittel genug, bald eine nationale und Glaubenseinheit unter ihnen erzielt werden.

Daß dem Cäsaropapismus das revolutionäre Frankreich, das freimaurerische Italien und der alte Gegner England an und für sich als Verbündete und Freunde verhaßt sein müssen, ist klar; aber hier heiligte der Zweck die Mittel. Der Cäsaropapismus verfährt stets nach dem Grundsatz: *divide et impera* (teile und herrsche); nur durch die Vernichtung Deutschlands und Oesterreichs kann er das Westslawentum und die Balkanländer unter seine eiserne Faust bringen, kann er die Westslawen entkatholisieren und mit den Balkanslawen und -Romanen in den Schoß der großen nationalen russischen Kirche bringen; daher muß erst dieses große Werk vollendet werden. Mit dem anderen Westeuropa und mit dem überseeischen England rechnet man später ab. Der ganze Geist des Cäsaropapismus, seine Art und Weise, sich politisch zu betätigen, hat selbst mit den schlechtesten europäischen Mustern gar nichts zu tun, es ist der unverfälschte asiatische Charakter, den er trägt; ein Charakter, der nicht etwa dem russischen Volk oder gar den in Rußland lebenden Völkerschaften zu eigen ist, sondern nur ausschließlich dem Cäsaropapismus.

Es ist daher dieser Krieg von Rußland nicht allein als ein politischer, sondern auch als ein religiöser Expansionskrieg unternommen worden, als ein Glaubenskrieg, der durch den erhofften politischen Machtzuwachs des zarischen Reiches zugleich der orthodoxen Kirche viele Millionen „Abtrünniger“ wieder zuführen sollte, der auf die „einfachste“ Weise das polnische und ruthenische Problem sofort, das Balkanproblem nur wenige Jahre später lösen mußte. Der Schlachtruf des russischen Heeres lautete: „Für die Religion und den Zaren“, er war also ein durchaus cäsaropapistischer; denn den russischen Glauben hatte wahrlich niemand in Oesterreich und Deutschland bedroht, aber er wollte Deutschland und Oesterreich bedrohen. Und wenn dann der

„große Gott Rußlands“ vom Zaren um den Sieg angefleht wurde, so war dieses Flehen zu diesem besonderen Gott, der den heterodoxen Westen natürlich hassen muß, nur eine weitere Konsequenz der cäsaropapistischen Idee. Der Religionskrieg war in optima forma den Andersgläubigen verkündet, vornehmlich natürlich den katholischen Westslawen. Und zwar weil sie „Katholiken“ sind, denn der Katholizismus, als das internationalste von den christlichen Bekenntnissen, ist der nur auf Nationalismus und nicht auf dem universellen Christentum in Wahrheit beruhenden orthodoxen Kirche der verhaßteste Feind. Es ist daher auch typisch, daß Gefangenenerbriefe deutscher Soldaten zu erzählen wissen: die Gefangenen seien gefragt worden, ob sie Katholiken oder Protestanten wären, und mit den Katholiken ward dann noch doppelt schlimmer als mit den Protestanten verfahren, die an und für sich schon gerade genug zu leiden hatten.

Wie sehr dieser Krieg als Religionskrieg von seiten des Cäsaropapismus aufgefaßt ward, geht auch aus der Art und Weise hervor, wie man in den zeitweilig erobert gewesenen österreichischen Ländern verfuhr. Es begann sofort eine intensive Verfolgung der katholischen Geistlichen, speziell der Ordensgeistlichen, welche massenweise nach dem Innern Rußlands und nach Sibirien, entweder wegen unerfindlicher Vergehen oder in Präventivhaft oder auch ohne jeden noch so schäbigen Vorwand abgeführt wurden. Daß viele von ihnen ihre Glaubensangehörigkeit mit dem Leben büßen mußten, wird nach dem Kriege dokumentarisch festgestellt werden können.

Jedoch auch der ruthenischen, mit dem Katholizismus unierten Nationalkirche ging es um kein Haar besser, trotzdem man manchen ihrer Geistlichen gewisse Sympathien für Rußland und seinen Glauben nachsagte. Ihr Lemberger Metropolit wurde als Gefangener alsbald in strengste Haft genommen und dann nach Rußland abgeschoben. Ihre Kirchen verwandelte man dadurch in orthodoxe, daß man die unierten Priester aus den Pfarrhäusern fortjagte respektive über die Grenze brachte und orthodoxe Popen in sie einziehen ließ, welche dem ruthenischen Volke einredeten, es sei gar keine Aenderung in seinem Glauben beabsichtigt; man glaube ja dasselbe. Da der unierte Ritus dem orthodoxen

sehr ähnelt, merkten die Bauern zunächst nicht den Betrug, und um sie desto sicherer für den Religionswechsel und Rußland zu gewinnen, war die zaristische Regierung ungemein freigebig gegen sie mit Gütern, die ihnen nicht gehörten.

Ebenso sind die fürchterlichen Judenverfolgungen, die in Ost- und Mittelgalizien, wie auch in der Bukowina unmittelbar nach dem Einmarsch der russischen Scharen stattfanden, und während der ganzen Dauer der Okkupation anwährten, nicht nur als politische, sondern ebenso auch als religiöse Maßregeln anzusehen. Das im Osten Europas wohnende, an seinem Glauben treu festhaltende, sich durch nichts von ihm abbringen lassende Judentum, das nach vielen Millionen zählt, ist für den Cäsaropapismus ein willkommenes Objekt der Verfolgungen sowohl aus politisch-wirtschaftlichen Gründen — die scharfe Intelligenz der Juden ist zu fürchten, ihre Vermögen sehr geeignet zum Konfiszieren — wie auch aus Gründen des Glaubens. Wenn orthodoxe Juden mit Weib und Kind beim Sabbathgottesdienst von den Kosaken in den galizischen Synagogen abgeschlachtet wurden, wenn man sie gegen die deutschen und österreichischen Stellungen als Schutzwall für die „wahren Knechte Gottes“, die Heere des Zaren, vortrieb, so zeigt sich in der Anwendung solcher Mittel der Cäsaropapismus in seiner „reinsten“ Gestalt, sie entspricht seinem barbarischen, blutdürstigen, unduldsamen und im höchsten Grade unchristlichen Geist; sie entspricht seinen Herrschergelüsten aufs vollkommenste. Man muß eben dem „großen Gott“ der Russen Menschenopfer darbringen, nur in veränderter Form, wie man sie dem Baal oder dem mexikanischen Vitzliputzli zu anderen Zeiten in anderen Zonen darbrachte.

Doch auch den orthodoxen Rumänen in der Bukowina ging es kaum besser. Der greise orthodoxe Metropolit von Czernowitz, der Erzbischof VI. von Repta, weiß ein trauriges Liedlein von der Anwesenheit der Russen in seiner Diözese zu singen, und seine Geistlichkeit nicht minder. Die rumänischen Orthodoxen wurden auf jede Weise verfolgt und geplagt. Wie aber die Russen Czernowitz räumen mußten, da zeigten sie ihre wahren Gefühle für die orthodoxen Rumänen dadurch, daß sie sich die Kathedrale und den Palast des Metropoliten als Zielpunkt für

ihre schweren Geschosse ausersahen. So behandelt der Cäsaropapismus die nichtrussischen Orthodoxen!

Wer nicht Russe ist, wer nicht der russisch-orthodoxen Kirche angehört, der ist sein Feind, sein Todfeind und er muß ausgetilgt werden, früher oder später. Europa und Asien sollen russisch und orthodox werden, der Cäsaropapismus, dieser politische wie religiöse, brutalste, bis zur äußersten Tyranis getriebene Absolutismus, hat in beiden Kontinenten allein zu herrschen. Dann ist das große Ziel des Panrussismus erreicht, und darauf hin wird unablässig von Staat und Kirche gearbeitet. Ganz besonders aber in diesem Weltkrieg.

Man mag dem Papsttum, oder sagen wir dem Katholizismus, als Freund oder als Feind gegenüberstehen, daß er dem Cäsaropapismus, daß er der russischen orthodoxen Kirche nach jeder Richtung hin unendlich überlegen ist, darüber kann gar kein Zweifel sein; ebensowenig darüber, daß er in einer hundertfach tieferen Weise die Glaubenssehnsucht weiter Volkskreise befriedigt. Er ist ein Damm gegen das Anfluten des Cäsaropapismus, und er hat diese Aufgabe in einer vielhundertjährigen Praxis auch völlig begriffen. Freilich behandelt er die orthodoxe Kirche nicht als Todfeind, sie ist ihm eine „schismatische“ (eine abgetrennte, keine ketzerische), und manche Katholiken hoffen noch immer auf eine in der Zukunft liegende Vereinigung mit dieser Kirche. Allerdings setzen sie in Gedanken hinzu: vorher muß der russische Cäsaropapismus besiegt sein. Als Verteidigerin westeuropäischer Sitten hat sich im Kampfe gegen und in der Verfolgung durch den Orthodoxismus der Katholizismus stets bewährt. Er hat in diesem Falle ungemein gewandt und klug gehandelt, speziell auch durch das konziliante Verhalten den Wünschen der unierten slawischen, armenischen und griechischen Bekenntnissen gegenüber. Noch Leo XIII. hat auf diesem Wege viele und bedeutsame Schritte vorwärts getan.

Doch die katholische Kirche als eine internationale hatte in diesem Weltkrieg von vornherein noch weit mehr Sorgen, als um die Bedrohung durch den Cäsaropapismus. Für sie lag die große Gefahr vor, daß, wenn das Schifflein Petri nicht sehr geschickt gesteuert werde, es an den Klippen des Nationalismus scheitern

könnte. Eine internationale Kirche soll **über** den Parteien stehen, sie soll **allen** ihren Angehörigen gerecht werden und in einem Krieg sich völlig neutral verhalten. Der Nationalismus aber, und wann jemals wäre der Nationalismus mächtiger als in diesem Weltkampf wieder erstarkt, **verlangt** Parteinahme. Er ruft aus, und speziell in den heißblütigeren romanischen Ländern: „Wer nicht für euch ist, ist wider euch!“ Er wird zum Glauben oder Aberglauben, und zwar zum unduldsamsten aller Glauben. Für die katholische Kirche war daher der Ausbruch des großen Völkerzwistes eine schwere Gefahr, denn gerade ihr Universalismus macht ihre Größe aus, sie ist das einzige christliche Bekenntnis, das in Wahrheit sich universal nennen kann.

Im Vatikan, wo bald an des schlichten Pius X. Stelle der kluge, welterfahrene und dabei zweifellos fromme Benedikt XV. wohnte, war man sich von Anfang an jedenfalls klar, daß ein völliger Sieg des Dreiverbandes, d. h. des cäsaropapistischen Rußlands und des bis dahin sehr kirchenfeindlichen Frankreichs, eine schwere und folgenreiche Niederlage für den Katholizismus bedeuten mußte. Auf seiten der Zentralmächte standen zwischen 70 bis 75 Millionen Katholiken, und zwar größtenteils wirkliche Katholiken und keine nur in Statistiken als solche aufgeführte. Auf Seite des Dreiverbands kaum 40 Millionen (nach Hinzutritt Italiens etwa ebenso viel wie auf Seite der Zentralmächte), von denen aber die Hälfte kaum als wahre Katholiken mehr anzusprechen sind.

Wenn man anderseits in irgendeiner Weise von Rom aus sich für die Zentralmächte einsetzte, so verletzte das nicht nur den universalen Charakter der Kirche, und dies Verletzen konnte in Zukunft sehr schlimme Folgen nach sich ziehen, sondern auch jede Aussicht auf eine religiöse Wiedergeburt (in Frankreich, späterhin auch in Italien) mußte für sehr lange Zeit schwinden. Denn der Nationalismus der französischen Katholiken würde eine wohlwollendere Haltung gegen Deutschland und Oesterreich als gegenüber Frankreich der Kirche nicht verziehen haben.

Papst Benedikt handelte daher vom religiösen wie vom politischen Standpunkt aus äußerst verständlich, wenn er während des Verlaufes des Krieges nicht als Kirchenpolitiker sondern als

Priester zu handeln gedachte; durch eine solche Haltung, meinte er, werde er allen Wünschen der Gläubigen fast aller Bürger Europas gleichmäßig gerecht werden. Und wirklich haben seine priesterlichen und caritativen Maßnahmen und Schritte ihm viele Sympathien eingetragen.

Aber mit der Zeit ward ihm diese Haltung von Tag zu Tag erschwert. Die Ententepolitiker erkannten, welche große moralische Wirkung auf die Neutralen eine, wenn auch nur bedingte Stellungnahme des Papstes zu ihren Gunsten ausüben konnte, und es begann eine förmliche Belagerung des Vatikans durch ihre Gesandten, offizieller und offiziöser Art. Den Bitten folgten sogar ziemlich offene Drohungen, das Friedensgebet Benedikts ward in Frankreich fast als eine „Kriegserklärung“ des Papstes gegen die Entente hingestellt und mußte ungemein sonderbar interpretiert werden, um in französischen Kirchen gebetet werden zu dürfen. Vor allem wollte man die Kurie zu einem offiziellen Urteil über die „Verletzung der Neutralität Belgiens“ und in der Folgezeit auch über die Lusitania-Affäre zwingen. Der Papst wich diesem Begehren aus, aber privatim soll er Aeußerungen über diese beiden Fälle getan haben, die in die Presse drangen und sehr verschieden kommentiert wurden.

Ganz besonders schwierig mußte sich die Sache für den Vatikan gestalten, als es immer klarer ward, Italien werde zu den Dreiverbandsmächten übergehen. Der Papst wußte, daß dieses Uebergehen einen Sieg des kirchenfeindlichen Freimaurertums bedeuten müsse, welches ihn dann jedenfalls auch zum Angriff gegen die Kirche nützen werde. Daher war es anfänglich sein eifriges Bestreben, den Frieden zwischen Oesterreich und Italien aufrecht zu erhalten. Gerade er als Priester konnte, so meinte er, diese Mission wohl übernehmen. Man verdachte sie ihm aber ungemein im Lager der Entente, wo man eben auf diesen Anschluß sehr hoffte, und auch in Oesterreich hat das gute Zureden des Papstes, große Konzessionen an Italien zu machen, gerade keinen freudigen Widerhall gefunden. Der Universalismus, den Benedikt XV. sich so eifrig zu betätigen bestrebt, war durch den österreichisch-italienischen Konflikt in eine schwierige Lage gekommen.

Als der Krieg zwischen beiden Staaten endlich ausbrach, trat eine andere Gefahr an die Kurie heran. Die italienischen Katholiken hatten bis dahin dem italienischen Staat gleichgültig oder sogar feindlich gegenüber gestanden. Der Krieg machte sie, und zwar auch den überwiegenden Teil des italienischen Klerus, zu eifrigsten Nationalisten. Dieser Nationalismus faßte selbst im Vatikan Platz und ein großer Teil der Kurie neigte ihm zu.

Noch mehr aber ward der päpstliche Internationalismus, der Universalismus der katholischen Kirche dadurch bedroht, daß nicht nur unter den Katholiken der verschiedenen Länder heftige nationale Federkriege einsetzten, sondern daß auch die Zentralmächte de facto von dem Oberhaupt der katholischen Kirche ganz abgeschnitten wurden, daß die Entente den Schlüssel zum Vatikan tatsächlich in der Hand hält.

Papst Benedikt hat sich, ein Zug, der seiner Frömmigkeit Ehren macht, entschlossen, seinen ganzen Einfluß auf die Wiederherstellung des Friedens unter den Kämpfenden anzuwenden. Ist „Rom“ der große Friedensvermittler, so müssen sich die Sympathien für den Katholizismus unendlich stärken, und er hat seine Universalität glänzend dadurch bewiesen, daß er über den Parteien steht und nur auf das allgemeine Wohl aller bedacht ist.

Aber so klug und so human diese Politik Papst Benedikts ist, auf Erfolg hat sie sehr wenig Aussicht, falls nicht sehr reale Mächte sich seinen Bestrebungen anschließen. Der Nationalismus, der, wie gesagt, zum „Glauben“ ward, besiegt leider heute bei der Mehrheit der Bürger aller Völker universalistische Ideen, denn diese werden ihn erst wieder zurückdrängen, wenn der Friede gekommen ist, dann freilich gewiß!

Papsttum und Cäsaropapismus haben niemals so deutlich das Gegensätzliche ihres innersten Wesens: Universalismus und gewalttätigsten Nationalismus bekundet, wie in dieser großen menschlichen Tragödie, in der wir alle noch Mitwirkende sind. Gewiß, auch der katholische Universalismus strebt nach „Weltherrschaft“, aber doch nicht eines Volkes, sondern einer Weltanschauung; deswegen wird wieder und wieder von Hunderten von Millionen gegen ihn gekämpft werden, jedoch mit geistigen Waffen, den Sitten unserer Tage gemäß. Der Cäsaropapismus

hingegen kämpft mit Feuer und Schwert für die Vorherrschaft eines Volkes und eines Aberglaubens. Er ist als politisches System gleichmäßig wie als krasses Zerrbild eines Glaubens der Todfeind jeder höheren Gesittung; daher kann das letzte Endziel dieses Krieges nur darin bestehen, ihn zu Boden zu schlagen, wodurch der ganzen Welt und nicht zuletzt dem russischen Volk der größte Dienst geleistet würde.

Julian.

Die wichtigste Aufgabe der russischen Sozialdemokratie. Aus russischen Parteikreisen wird der JK. geschrieben: Die wichtigste Aufgabe der russischen Sozialdemokratie „ist und muß zurzeit sein die Verteidigung des Landes“, sagt der frühere sozialdemokratische Abgeordnete der II. Duma, Alexinski, in einem Eingesandt der „Retsch“. Alexinski entzog sich der Verurteilung wegen der gegen die Fraktion der II. Duma erhobenen Anklage durch die Flucht ins Ausland und jetzt erlebt er neben Plechanow einen verzweifelten Anfall von Patriotismus, der sich der wütendsten Ausfälle der französischen Sozialisten aus den ersten Monaten des Krieges würdig zeigt und der nicht im mindesten nachläßt.

Der Bund der Verteuerer.

DER Heißhunger der deutschen Hochschutzzöllner ist nicht zu stillen. Unter Durchbrechung des Burgfriedens, der nach der Ansicht dieser Leute sich nur auf Worte, aber nicht auf Taten bezieht, hat der Kriegsausschuß der deutschen Industrie am 30. August d. J. in Berlin eine Sitzung abgehalten, in der, wie es in einem Rundschreiben einer „Vereinigung der weiterverarbeitenden Industrie“ heißt, über eine Reihe von Anträgen Beschluß gefaßt wurde, über die Neuordnung unserer handelspolitischen Verhältnisse zu Frankreich und Rußland bei Friedensschluß, sowie unsere handelspolitischen Beziehungen zu Oesterreich-Ungarn. Die Beratung fand im Anschluß an eine kurz vorher beschlossene Verständigung von Vertretern des Zentralverbandes deutscher Industrieller, des Bundes der Industriellen, des Bundes der Landwirte, der christlichen Bauernvereine und des Deutschen Bauernbundes und des Reichsdeutschen Mittelstandsverbandes statt. Diese sich gern als „Bund der schaffenden Arbeit“ bezeichnenden Vereinigungen beschlossen u. a., auf eine Erhöhung verschiedener landwirtschaftlicher Zölle, Einschränkung der Meistbegünstigungsklausel bis zu deren völliger Preisgabe und auf Festlegung einer gegenseitigen deutsch-österreichischen Vorzugsbehandlung durch Erklärung einer größeren Anzahl der gegenwärtigen beiderseitigen Vertragszölle als Vorzugszölle und Erhöhung dieser Vertragszölle gegenüber allen anderen Staaten hinzuwirken.

Die Hochschutzzöllner geben damit die deutliche Absicht kund, sofort nach Friedensschluß den deutschen Verbrauchern den Krieg zu erklären. Dabei ist nur die Geschicklichkeit zu bewundern, mit der man das vorher mit Erfolg propagierte engere Wirtschaftsverhältnis zwischen Deutschland und Oesterreich als Schild zu benützen versteht, hinter dem sich der Versuch rücksichtslosester Ausbeutung der Masse des deutschen Volkes verbirgt.

Schon früher haben sich im Kriegsausschuß der deutschen Industrie Tendenzen gezeigt, die Zeit des Burgfriedens zu benützen, um unter dem Vorwand einer „Zusammenfassung“ der deutschen

Industrie schutzzöllnerischen, mittelständlerischen und agrarischen Wünschen den Weg zu ebnen. Harmlose Leute meinten ja, das Streben nach engeren handelspolitischen Beziehungen werde sich in der Richtung vollziehen, einen freieren, dem allgemeinen Volksinteresse dienenden Verkehr anzubahnen. Welche anderen Früchte sollte denn sonst die Waffenbrüderschaft zwischen dem Deutschen Reiche und Oesterreich-Ungarn auf wirtschaftlichem Gebiete zeitigen? Nach den Beschlüssen der Verteuerungskalition sollen jedoch, wie die Frankf. Ztg. mit Recht betont, die bestehenden Zölle zwischen Deutschland und Oesterreich den Charakter als Vorzugszölle erhalten, so daß sie allen anderen Ländern gegenüber als Kampfzölle wirken.

„Wenn aber wirklich so mächtige Interessentengruppen“, schreibt das genannte Blatt, „den Burgfrieden so auslegen, daß sie unter seinem Schutz, von der Öffentlichkeit nicht gesehen und nicht gestört, mit verdoppelter Energie hinter den Kulissen ihre Ziele erst recht durch stille Beeinflussung der Regierungsstellen verfolgen, dann werden sie sich nicht wundern dürfen, wenn andere Kreise dieses Idyll nicht ungestört lassen. Und dann werden sie die Verantwortung dafür tragen...“

Es wird sich nun in Bälde zeigen, inwieweit „andere Kreise“ in ihrem Rechte der Abwehr der hochschutzzöllnerischen und wirtschaftlich-reaktionären Absichten unbehindert bleiben. Erst wenn dies offenbar geworden ist, wird jenen Bestrebungen die der Wichtigkeit der Sache entsprechende Würdigung zuteil werden können. Für heute nur noch einige Worte über die Hauptsache: die völlige Beseitigung der Meistbegünstigungsklausel.

Die Forderung ihrer Beseitigung weist augenfällig darauf hin, daß jene Koalition nichts mehr und nichts weniger bezweckt als die völlige Abwendung von der gemäßigt-schutzzöllnerischen Tarifpolitik Deutschlands; denn die Meistbegünstigungsklausel ist ein notwendiges Korrelat dieser Tarifpolitik. Das „große vaterländische Werk“ des Bülowischen Zolltarifs soll weiter im „nationalen“, d. h. im Sinne einer Preisdiktatur auf dem Inlandmarkte ausgebaut werden.

Und solche Ziele werden mitten im Weltkriege aufgestellt, ganz im Gegensatz zu den Erklärungen des Reichskanzlers, die dem

Kampf Deutschlands die Richtung wirtschaftlicher und politischer Freiheit (Freiheit der Meere!) wiesen! Die Brandmarkung des Lebensmittelwuchers, wie sie in der Rede des Staatssekretärs Helfferich am 21. August im Deutschen Reichstag erfolgte, ist auch auf die Bestrebungen anwendbar, die bezwecken, die Neuregelung der handelspolitischen Beziehungen nach dem Kriege in die Bahnen einer ebenso einseitigen wie rücksichtslosen Interessenpolitik zu leiten.

Den deutschen Arbeitern aber, insbesondere den Gewerkschaften, erwächst aus den ans Licht gekommenen Bestrebungen unserer industriell-agrarischen Vertreterer die Pflicht, nach Wegfall eines so aggressive Kundgebungen duldenden „Burgfriedens“ mit aller Energie gegen diesen neuen Kurs anzukämpfen. Bis dahin freilich wird ihnen wohl nichts übrig bleiben, als sich auf diesen Kampf vorzubereiten, aber — bereit sein ist alles!

S.

Die Geldflüssigkeit in Deutschland. Im Monat August sind 18,46 Millionen Mark in neuen und alten Aktiengesellschaften und Gesellschaften m. b. H. neu investiert worden. Das ist, in Verbindung mit der bedeutenden Kapitalserhöhung der A. E. G. und angesichts der dritten Krieganleihe ein Beweis außergewöhnlicher Geldflüssigkeit inmitten des die Finanzverhältnisse unserer Gegner zerrüttenden Weltkrieges. Indessen dürfen daraus nicht falsche Schlüsse auf zunehmenden Wohlstand gezogen werden. Die Geldflüssigkeit Deutschlands beruht außer der vorbildlichen Finanzpolitik der Reichsbank noch auf anderen Ursachen. Dazu gehören die Vermehrung der Zahlungsmittel und die durch Schließung der Börsen von spekulativer Anlage abgedrängten Kapitalien, die nun, hauptsächlich in der Kriegsindustrie, nutzbringenden Anteil suchen.

Die Kunst während des Krieges.

DER traurige Gemeinplatz, daß während des Krieges die Musen schweigen, besagt ungefähr ebenso viel, wie der selbstverständlich wahre Satz, daß man nicht zweien einander ausschließenden physiologischen Tätigkeiten, wie etwa dem Essen und dem Sprechen, zu genau der nämlichen Zeit zu obliegen vermag. Die Geistesverödung, welche uns aus Zeitschriften und Zeitungen angrinst, die Ereignislosigkeit der Schaubühnen, die Leere der Kunstaustellungsgebäude und die unerquickliche Belanglosigkeit des allenfalls doch noch irgendwo Gebotenen, das alles sind selbstverständliche Begleiterscheinungen des großen politischen Umschwunges. Darüber regt sich niemand auf, außer dem müßiggehenden Schöngeist, den der Krieg um seine Abendunterhaltung, sein ständiges Wirtshausgespräch, also um seinen ganzen Lebensinhalt gebracht hat. Dem Snob hat man aus Sälen, die zu Lazaretten geeignet sein konnten, das bunte Spielzeug hinausgeworfen, seinen Kunstbetrieb hat man gesperrt und die Betreiber in die feldgraue Uniform gesteckt, deren Volkstümlichkeit und praktische Eignung in der Tat keine Entschuldigung ist ihrer ästhetischen Gottverlassenheit, des Klebens ihres Formgedankens an der längst verjährten Erscheinung des absolutistischen Rokoko'soldaten und Schloßgardisten.

Allerdings muß zugegeben werden, daß der Schöngeist nicht der einzige Leidtragende ist, denn es ist in den ersten Augusttagen 1914 nicht nur der Betrieb, der **Kunsthumbug** einer ziemlich breiten Verfallsschicht unserer bürgerlichen Zivilisation in die Binsen gegangen, sondern auch die berufene, die notwendige Kunst, die über das Treiben der „Kreise“ hinaus den Weg zu Sinn und Herz des Volkes gesucht und zum Teil auch schon gefunden hatte, mußte sich von den Mobilmachungstagen an in Ferien und in noch herbere Brotlosigkeit schicken als vordem. Mancher ihrer hoffnungsvollen sowohl wie ihrer unersetzlichen Vertreter hat seitdem schon die fremdartig rauhe Pflicht bis zur Hingabe seines Lebens erfüllt.

Nein, nicht nur den mit den Reizungen der Kunst müßig Spielenden, auch den Schaffenden, Tätigen, Gewissenhaften, denen ohne die Leitsterne des Geistes schon der quasi friedliche, doch wenigstens unblutige Daseinskampf eine chaotische Furchtbarkeit war, denen ohne höchste und allerhöchste Ziele der Volksbildung auch die grandiosesten Klassenkämpfe gegenstandslos wären, auch den auf ernste, kulturell fruchtbare Weise an den Schicksalen von Kunst und Künstlern Anteilnehmenden, denen, die in der Kunst den sichtbaren Ausdruck der Menschheitskultur und einen ethischen Entwicklungsantrieb von unerhörter Bedeutung zu verehren gelernt haben, auch denen mußte bis zur wiedergewonnenen Herzensbesänftigung und Ueberlegung der Atem vergehen ob des ungeheuerlichen Anblickes der völligen Verneinung und der tätigesten Vergeudung aller der idealen Güter, die man sich als unantastbare Menschheitsheiligtümer, als unnahbar jenseits aller irdischen Machtkämpfe geträumt hatte.

Als altehrwürdiges belgisches Kunstgut ein Raub der Kriegsnotwendigkeiten wurde, als die Tätigkeit französischer Artilleriebeobachter und deutscher Batterien die Herrlichkeit der Reimser Kathedrale zu einem trümmerhaften Gerippe wandelten, da flüchtete sich die stumme Trauer der Einsichtigen zu philosophischen Trostgründen, während die laute Entrüstung der Einsichtslosen in beiden Lagern der Katastrophe alle Würde und allen erziehlischen Wert benahm. Die Tragödie edelster Geistesschöpfungen ward zum gemeinen Schlagwort des widerlichsten Chauvinismus, und das kulturwidrige Geschehen kam um seine grausige Erhabenheit, als es die Parteien, nicht die Völker, versteht sich, sondern ihre unberufenen Sachwalter und Wortführer, ihre Winkeladvokaten, einander als öde Schuldfrage um die Ohren schlugen.

Der Einsichtslosigkeit eines sonst verdienten Schweizer Malers, **Ferdinand Hodlers**, dessen reife und von rascher Ausbeutung der Konjunktur noch unberührte Werke auch heute nicht schlechter sind, als sie vor dem Kriege und vor der törichten Stellungnahme ihres Urhebers gewesen, antwortete der ebenso einsichtslose Taktmangel eines in Kunstdingen notorisch sachunkundigen deutschen Gelehrten, **Haeckels**, der just an einem der besten **deutchesten** Werke aus Hodlers gesündesten Tagen, an dem Jenenser Stu-

dentenausmarsch, eine Ehrenstrafe zu vollziehen riet, die niemals einem Kunstwerk gegenüber am Platze gewesen wäre. Eine vornehm ruhige Aeüßerung des Folkwang-Begründers und Sammlers **Ernst Osthaus-Hagen** zu jener Sache hat uns damals vor dem neutralen Auslande gerettet. Im allgemeinen aber vermag man heute an jene ersten Kampfeswochen der öffentlich Meinenden in den beteiligten Ländern nicht ohne Schaudern zurückzudenken.

Nun ist freilich eine Bilanzierung des internationalen Geisteslebens während des Krieges nicht das Thema, sondern die Frage gilt der **Kunst**, in Sonderheit dem, was sich an einem Kunstplatze von der Bedeutung Münchens ereignete. Im Nu lag die große Ausstellung im Glaspalast leer und verödet, und beim ernsten Anblick dieser für niemanden mit sehr viel farbiger Leinwand behängten ungeheueren Wandflächen, dieser menschenleeren Säle, in denen der Schritt unheimlich widerhallte, konnte auch Fernerstehenden klar werden, daß dieser öde Kunstmarkt, öde auch dann, wenn er international beschickt war, der Erprobung durch eine tief aufgewühlte Zeit mit mehr als spielerischen Seelenbedürfnissen nicht gewachsen sein konnte. Anfeuerung der Ausziehenden, Erhebung der zu Hause Gebliebenen, Trost der in Trauer Versetzten, nicht eine einzige menschliche Funktion hätte die nach einer bestimmten Anzahl von Rezepten um Beachtung buhlende Kunst, die hier zu Hause war, den Massen zu spenden gehabt, und so klagte denn niemand außer den wirtschaftlich in Mitleidenschaft gezogenen Malern, als sich die Pforten im Kriegssommer 1915 nicht wieder öffneten. Der nicht nur durch das Ausfallen dieser einen Ausstellung benachteiligten Künstlerschaft versprach eine aus staatlichen, städtischen und privaten Mitteln begabte **Hilfsaktion** die Rettung.

Auf die Tagesfrage der Kritik dieses Hilfsausschusses, seiner vorerst im Dunkeln unbekannte Früchte zeitigenden Tätigkeit, sowie seiner Leitung kann hier im einzelnen nicht eingegangen werden, aber bemerkenswert bleibt an der Sache, daß erst ein Krieg und seine wirtschaftlichen Begleiterscheinungen kommen mußten, um die Gesellschaft an ihre Pflichten einem Berufszweig gegenüber zu erinnern, der innerhalb der heutigen Ordnung der Dinge in unerhörter Weise den buntesten Zufälligkeiten des launischen Marktes und den willkürlichsten Machenschaften seiner nicht immer sauberen Beherrscher preisgegeben ist.

Rege Auftragserteilung, **rege** Ankaufstätigkeit aus öffentlichen Mitteln und zu öffentlichen Zwecken nicht etwa als ständiges kulturelles Bedürfnis der Abnehmergemeinschaft, als Selbstverständlichkeit, sondern als **ausnahmsweise Notstandsaktion**, das ist denn doch wahrlich kein Anlaß zu Ausbrüchen stolzer Selbstzufriedenheit, sondern weit eher ein Anlaß zu bitteren Erwägungen über die traurige Rolle der kulturellen Werte in einem von seinen rein materiellen Notdürften völlig in Anspruch genommenen Staatswesen. Die Kunst im Kriege hat zu einem großen Teil aus den Bittschriften armer Teufel bestanden, denen aus Erbarmung und solange die Gelder reichten, irgend etwas abgekauft werden mußte, was so ungefähr wie Kunst aussah. Kein Wunder! Leben wir doch nicht mehr im Zeitalter der Medizäer, andererseits aber auch noch nicht in der Zeit, da das Volk selbst aus dem Uberschuß seiner Arbeit eine Kunst wird fördern und erhalten können, die tiefer wurzeln und höher arten wird als die Treibhausblüten des Mäcenatentums.

Von allgemeinerer Bedeutung war noch ein weiterer Tagesvorgang: **Der Kampf um die Ausstellung der Neuen Sezession im Frühjahr 1915.** Dieser junge und fortschrittsfrohe Ausstellerverband wurde um der ihm gerechter- und unbefangenerweise seitens der Leitung des Münchener Kunstvereins gewährten Gastfreundschaft willen in plump gehässiger und vom gesellschaftlichen Standpunkte rüpelhafter Art angefeindet. Die **Kunstreaktion**, die da mitten im Kriege und allem Burgfrieden zum Trotz wütenden Lärm schlug, wird uns bei der Betrachtung der nach dem Friedensschluß zu erwartenden Zustände und zu empfehlen-

den Wege ganz besonders beschäftigen. Ihr Schlagwort war natürlich neben der gewohnten, auch diesmal in nichts begründeten Anklage auf Verletzung des Normalschamgefühls und neben der gleichfalls gewohnten Insinuation pathologischer Geistesverfassung wieder die „**nationale**“ Kunst. Ging doch in der Tat der eine oder andere dieser jungen Künstler von neueren französischen Anregungen aus, nicht anders wie die Kunst der älteren Impressionistengeneration auch, die heute selbst der eigensinnigste Rückschrittler wohl oder übel gelten lassen muß.

Es ist recht kennzeichnend, daß sich dieser „**nationale**“ Widerstand der Malerzunft gegen selbstverständliche, notwendige und segensreiche Entwicklungstatsachen jedesmal dann erhebt, wenn jüngere, leistungsfähige Kräfte mit etwas Neuem auf den Markt treten. Es ist weiterhin kennzeichnend, daß die lautesten Wortführer jener rückschrittlichen Gruppen immer **erfolglose Maler** sind. Zum mindesten in der Kunst ist die chauvinistische Phrase reine Geschäftssache, Konkurrenzmanöver, und die beste, wenn schon eine tief tragische Antwort auf die üble Hetze war der Schlachtentod **Albert Weißgerbers**, des Führers jener aufstrebenden Gruppe, im Kampfe gegen dasselbe Frankreich, dessen Malerei uns nach der Meinung unserer Kunstpatrioten viel ärger bedroht als die Horden seiner Senegalneger.

Die überlebenden Dutzende unserer Kunstschützer sind ein schlimmer Ersatz für diesen einzigen Gefallenen, und ein recht übles Surrogat für eine nationale Kunstentwicklung war auch all das lüderliche Gemale und Gezeichne, das in unmittelbarem Anschluß an die Kriegereignisse gewagt wurde.

Ich meine da nicht so sehr die harmlosen Bemühungen der verschiedenen **offiziellen Kriegsmaler**, die man recht wahllos und ohne die gehörige Rücksicht auf die besondere Befähigung zu den Kriegsschauplätzen zugelassen, sondern das Treiben derer, denen die grausigsten Kämpfe, die die Geschichte je gesehen hat, der Ansporn zu einer hochrentablen Kriegsindustrie ward, einer weit verwerflicheren, als der, die Kaffeewürfel ohne Kaffee und Punschextrakte aus gefärbtem Zuckerwasser herstellte.

Diese Branntweinwirte etablierten ihre Giftschenken vor allem in den Familienblättern, überboten einander in den unwahrschein-

lichsten Reiterangriffen, in Bajonettstürmen mit fürchterlichen Leichenhaufen, schockweise platzenden Granaten und allen sonstigen Kriegsgreueln, die sich nur irgend im wohllichen Arbeitszimmer zur wohlthätigen Erschütterung des Bürgergemüts aussinnen lassen, Ihnen gesellten sich die traurigen Witzbolde, denen wohl auch während des Weltunterganges der Faden nicht ausginge, und denen diesmal der eigene und der gegnerische Soldat, beide unter schweren Plagen ihre Pflicht tuende Menschen, ein willkommener Anlaß seichtester Zerrbildnerie ward. Man verbot diese Gemeinheiten alsbald, wenn sie von **kleinen** Lumpen auf dreckigen Ansichtskarten verübt wurden. In besserer Aufmachung wird der nämliche Schund noch heute gehandelt.

Die Heerführer, Hindenburg voran, erschienen in Massen als belustigende Lebkuchenmänner auf Basartassen sowohl wie in „vornehmen“ Kunstausstellungen, wo denn auch das durch keinerlei Sachkenntnis beschwerte Schlachtenbild im Stile der siebziger Jahre seine verblüffende Auferstehung feierte.

Vorhanden, aber an Zahl und Wirkungsmöglichkeit schwach angesichts der Hochgebirge von Unrat waren die ernstesten Dokumente der Kriegsstimmungen und Kriegererlebnisse anständiger und begabter Künstler. Da waren die Bildersammlungen von **Hayek** und von **Ludwig Putz**, die von Schauerromantik freien, tragisch echten und schönen Kampfvisionen des alten **Ludwig Dill**, die ausnahmsweise untheatralischen Gestaltungen **Fritz Erlers** und die aus dem Felde heimgesandten tüchtigen Augenzeugeneindrücke **Franz Klemmers**.

Das alles und anderes dieser guten Art, das wir nach dem Kriege wohl noch erwarten dürfen, wäre recht schön, wenn es nicht immer wieder nur zu wenigen Kennern den Weg fände, indessen das Volk der Ausbeutung seiner durch die Verhältnisse bedingten Rückständigkeit in Kunstdingen überlassen bleibt. Hier eröffnet sich dem Sozialismus nach dem Kriege ein weites Betätigungsfeld, hier kann und muß die Arbeit genau dort wieder aufgenommen werden, wo sie am 2. August 1914 liegen blieb.

Die Kunst im Kriege, das dürfte unsere kritische Chronik einwandfrei ergeben haben, zeigte durchaus kein anderes Gesicht, als sie der Konstellation der letzten Friedensjahre nach zeigen

konnte, und es wird viel Zeit, Arbeit und Geldaufwand dazu nötig sein, sie allmählich wieder von diesen hippokratischen Zügen zu befreien. Es ist uns wahrlich wenig, bitter wenig übrig geblieben. Der zusammengebrochene Betrieb der überhitzten exklusiven Kunstmoden ward abgelöst von einer auch im vaterländischsten Aufputz ebenso wertlosen Kunstindustrie. Zu beidem, zur Verkultiviertheit wie zur Unkultur, darf den Heimkehrenden kein anderes Verhältnis angeraten werden, als das der Ablehnung, und auf keinen Fall dürfen die Massen hoffen, den schmalen Weg zum Bereich der echten und fruchtbaren Werte von der bürgerlichen Geschäftspresse gezeigt zu bekommen. Dort lebt des Glaubens an die Bildungsfähigkeit der Massen kein Funke, dort steht man den Luxusexzentritäten wie dem Hurrahkitsch mit der gleichen tiefen Gleichgültigkeit, der gleichen erschreckenden Kritiklosigkeit gegenüber, überall dabei, wo eine Sache, sei sie wie sie wolle, Zugkraft hat, oft ablehnend unterm Strich, aber fördernd im lokalen Teil.

Die sozialistische Presse und die anderen Bildungsinstitute der Partei werden nach dem Kriege bei ihren Lesern und Zuhörern die Vorbedingungen einer unbestechlichen, auch von Parteiglaubenssätzen unbestechlichen ästhetischen Gewissenhaftigkeit schaffen müssen.

Es ließe sich zu der durch den Krieg jäh erleuchteten Krise, vor allem zu der des Kunstgewerbes, des „Werkbund“ voran, noch mancherlei sagen. Das bleibe jedoch einer weiteren Betrachtung vorbehalten, welche die Kunst nach dem Kriege behandeln soll.

—E.—

Glossen.

Ein sozialistischer Ganghofer.

IRGENDWO in Oberbayern, am Eingange zu einem hervorragenden Gamsrevier, in der Nähe einer vom — zu Hause — besser gekleideten norddeutschen Publikum bevorzugten Sommerfrische, ist ein einfaches Gasthaus. Was Küche und Keller dort bieten, steht eher über als unter dem Durchschnitt der Gaststätten im Vorgebirge, und das ist, man frage den sachkundigen Reichsrat von Cramer-Klett nicht eben viel. Trotzdem erfreut sich diese Einkehr eines auffallend guten Besuches. Unsere nordischen Gäste, zu herber Kritik sonst gern geneigt und im Kulinarischen daheim sehr anspruchsvoll, schlucken den braunen Trank aus Malz und Zichorie mit so viel Behagen, wie bei Hillern nach üppigem Mahl den Maschinen-Mokka, verzehren das ihnen unter dem Namen „Gesundheitskuchen“ verabreichte Erzeugnis sehr ursprünglicher Backkunst mit größerem Genuß als in Berliner Friedenszeiten die leckeren Biskuits, die Herr Kempinski aus der Champagne kommen ließ. Und was oder wer ist's, der diese minderen Speisen würzt? Der Herr Gastwirt höchstselbst. Auf sein Erscheinen schielen die mokanten Herren und die halb- oder ganz fetten Damen aus Berlin W. schon, wenn ihnen die harbe Kathi — außerhalb der „Seisohn“ eine brave Mutter ihrer drei Kinder in München-Au — mit aufdringlichem Geschepper der falschen Marientaler an ihrem Geschnür, unter verständnisinnigem Gekicher der gebildeten Gäste die derbe Kaffeetasse auf den Tisch haut mit dem sinnigen Gruß: „So, da habt's den Küwi (Kübel), as Fress'n und Sauffa kriagt's glei.“ Das ist nämlich der Stil dieser alpinen Raststätte, den der Herr Wirt verkörpert. Ein Hüne mit dem Bauch eines Braumeisters der älteren Ordnung. Den stattlichen Leib in ein rupfenes Hemd und in eine Bocklederne, nicht länger als ein Badehöschen, gezwängt. An den unendlichen Waden giftgrüne Strümpfe. Mit den winzigen Aeuglein im vollen roten Gesicht zwinkernd begrüßt er die wonnig Erschauenden: „Seid's scho alle da, ös Bagasch?“

Und nachdem sie im Chor ihr: „Jawohl, Herr Pflenderer“ gewiebert haben, ertönt die huldvolle Einladung: „Nacha könnt's mi glei...“, worauf die aus Parlamentsberichten bekannte „nicht-endenwollende stürmische Heiterkeit“ beweist, wie sehr die Sitten dieses schmutziggroben Hanswursts das gebildete Auditorium gaudiert haben. Ich hörte, als ich jüngst, ohne noch die Reize dieser gebirglerischen Unterkunft zu kennen, einer solchen Naturszene beiwohnte, mit Interesse dem Gespräche einiger Damen am Nachbartische zu. „Eigentlich“, sagte die eine, „wäre bei uns im Rheinlande so etwas unmöglich, es ist doch fast gemein.“ „Ach“, meinte die andere, „bei uns in Hannover gibt es das ja auch nicht, es ist zwar höbsch grob, aber doch auch wieder so originell, und neulich waren wir abends hier, da hat er zur Zither ein forchtbar rührendes Lied gesungen, da sieht man doch, wie viel Gemüt er eigentlich hat. Er kommt mir wie Ganghofer vor; hat er nicht auch in seinen Romanen manchmal recht derbe Stellen, und wie forchtbar gemütvoll sind doch seine Kriegsbriefe und wie reizend weiß er zu empfinden.“ „Ja“, kam dann die Dritte und warf ein paar begehrlche Blicke auf die massigen Beine des Wirtes, der sich gerade an seinem Schenktisch zu schaffen machte, „es ist ein komisches Volk, diese Süddeutschen, sie sind noch sehr hinter uns zurück und man muß sie von diesem Standpunkte aus nehmen — auch wenn sie gerührt sind, wirken sie so possierlich...“

Sollte ich diesen perversen Früchten der Großstadt entrüftet sagen, daß dieses bocklederne Gemisch aus Grobheit und Rührsamkeit, zu Geschäftszwecken, in Süddeutschland verachtet und nicht einmal possierlich gefunden wird? Nein, ich zahlte der scheppernden Kathi ihren Plempel und ging meines Wegs im Gedanken, daß dieser Lackel Pflenderer und der tränentrensige Herr Ganghofer, die von der ungemischten Gesellschaft da drinnen an einen Faden gereiht wurden, doch glücklicherweise Raritäten in Süddeutschland seien.

Aus dieser Illusion weckte mich eine Nummer der Frankf. Ztg., in der mit Behagen der einen Besuch bei Kaiser und Kanzler behandelnde Abschnitt aus einem neuen Buche von Anton Fendrich — dem wievielten seit Kriegsbeginn? — abgedruckt war. Ich

las und rieb mir die Augen. Da war's zu lesen: „In einem nicht zu großen Zimmer, geschmückt mit der (natürlich!) unruhigen Fülle des französischen Geschmacks (der deutsche Geschmack ist selbstredend immer „ruhig“) stand der Kanzler des Reichs, groß und aufrecht, und gab mir seine weiche starke Hand... Ich... bin dem Schicksal für diesen Kanzler dankbar... Und darum ist der schlichte Kanzler der providentielle Kanzler... Seine Haltung ist ungewandte Zuverlässigkeit, sein Auge aufrichtiges Forschen, sein ganzes Wesen verhaltene Festigkeit. Es liegt ein demokratischer fast altrömischer (wie?) Zug in der Tatsache, daß es jetzt nicht das überragende Genie eines einzelnen ist, die es schafft, sondern die strenge Tüchtigkeit und die unerschütterliche Redlichkeit vieler. Und unter diesen vielen ist der Kanzler der erste...“

Dann wurde Fendrich Toni zum Kaiser geführt: „Als der Kaiser mich allein aus dem Gebüsch treten sah, stand er auf und ging mir entgegen. Frischer und herzlicher haben mir auch die nächsten Freunde die Hand nicht geschüttelt, als er bei dieser ersten Begegnung. Bei aller achtungsvollen Distanz war vom ersten Augenblick an ein ganz und gar freies Verhältnis von Mensch zu Mensch hergestellt, das kein langes Suchen und Tasten nach dem Innern nötig machte. Ich schaute in ein Paar hellblaue, blitzblanke Augen, aus denen viel geschmolzener Stahl herausleuchtete, sah in ein merkwürdig frisches, energisches Gesicht, mit keiner einzigen Falte, außer einem ganzen System von Krähenfüßen um die Augenwinkel, und entdeckte aus dem sorgenvollen Bilde, das man in den letzten Monaten überall in den Schaufenstern sah, nichts als die ganz weiß gewordene Schläfe. Aber in dem straffen, elastischen Körper mit den hohen gelben Reiterstiefeln und der einfachen Litewka, die kein einziger Orden zierte, steckte viel drängendes Leben, das sich auf irgendeine Art Luft machen mußte. Der Kaiser besitzt das Miteilungsbedürfnis einer Individualität, die starke, lebendige Eindrücke von allen Seiten erhält und sie sofort verarbeitet. Ich habe nie im Leben zwei Stunden lang einer solchen Fülle von Gedanken und Anregung auf allen Gebieten standhalten müssen. Aber dennoch wurde nichts gesprochen, was nicht in irgendeinem Zusammenhang mit dem Kriege stand...“

... Eine halbe Stunde lang hat mir der Kaiser, innerlich widerstrebend und doch von der Ungeheuerlichkeit der Dinge mitgerissen, eidlich beschworene Tatsachen aus dem Verhalten französischen Aerzte nicht nur gegen den Feind, sondern auch gegen die eigenen Leute mitgeteilt, die keine Hoffnung auf eine Gesundung mehr übrig lassen. Frankreich ist ein gerichtetes Land. Und die Tränen, die dem Kaiser beim Erzählen mehr als einmal in die Augen kamen, waren oft auch Tränen der Scham über solche Verkommenheit bei einem immer noch für ritterlich und edel gehaltenen Volk, das der Besessenheit einer fixen Idee zum Opfer gefallen ist. Die zweite, diesmal freudige Uebereinstimmung großen Stils zwischen dem Kaiser und mir, zeigte sich bei Gelegenheit des Gesprächs über den Sinn dieses Krieges. Der Sinn und Zweck, gewollt aus den Hintergründen, ist die Einigung und Läuterung Deutschlands, damit es geschickt werde für seine welthistorische Aufgabe, das Herz Europas zu sein und der Verinnerlichung der europäischen Menschheit vorzuarbeiten. Wir sind alle nicht gut, aber wir haben den Willen zur Güte. Und dem Aufrichtigen läßt es der Herr gelingen.

Das waren so die Hauptgedanken über den Sinn des Krieges. Ein inneres Feuer durchleuchtete das Gespräch, und es war, als ob draußen vor dem Garten helle Kinderstimmen sängen: „O Deutschland hoch in Ehren, du heil'ges Land der Treu“ ...“

Ja, also! Ich habe Toni Fendrich gekannt, als er noch ein frischer Bursche war und jeden niedergeschlagen hätte, der Anlagen zur literarischen Gartenlauberei bei ihm vermutet haben würde. Ein frischer und ein begabter Bursche, von den wenigen einer, die anständig schreiben konnten. Noch als Redakteur und Mitglied des badischen Landtags, so manches Bocksprüngelein er auf der grünen badischen Parteiwiese gemacht hatte, war er eine Nummer unter den Parteiliteraten, auf die einige von unseren Führern, nicht zuletzt August Bebel, setzen wollten. Dann hatte er hart mit dem Leben zu ringen, und mußte das eine oder das andere schreiben, das abseits von ernstem Wollen und hohem Streben lag. Aber er gartenlaubte und ganghoferte nicht und fand sich immer wieder...

Vorbei!

Nicht etwa, daß man ihm in der Partei die Annahme einer Einladung zu einem Gespräch mit dem Kaiser und dem Kanzler spießbürgerlich anrechnet. Oder, daß man eine männliche, sachliche Wiedergabe seiner Eindrücke ihm verwehren, gar zu einer absprechenden Kritik von Repräsentanten des Reichs ihn drängen möchte, die auch nach sozialistischem Urteil im ganzen sich während dieser Katastrophe taktvoll benommen haben. Nein, das nicht. Ein Sozialdemokrat kann zu Kaiser und Kanzler gehen und als Sozialdemokrat zurückkehren. Aber diese tränenvolle Zerflossenheit, diese rührseligen Harmoniephantasien, dieser weinerlich-höheretöchtermäßige Verzückungsreklamestil — das ist nicht mehr sozialistisch. Das ist nicht einmal aufrecht bürgerlich-literarisch. Das ist ganghoferisches Reklametantentum, allen Leuten von Geschmack im Lande gleich widerlich. Und den Angehimmelten gewiß am meisten.

Mit der Partei hat Anton Fendrich ja seit langem kein engeres Verhältnis mehr. Er ist weder politisch noch literarisch ein Wortführer von ihr. Aber es kann Unkundige geben, die ihn trotzdem noch dafür halten. Ihnen soll ruhig und entschieden gesagt werden, daß auch die süddeutschen Sozialdemokraten es ablehnen, in ihren Reihen possierliche Pflenderer- oder Ganghofer-Figuren zu züchten zur Nachtschunterhaltung für das entnervte „bessere“ Publikum von Berlin W oder seinesgleichen.

Rudi.

Vom Tage.

Die Aufhebung des Verbotes der Notenausfuhr aus Rußland trägt mit dazu bei, den Rubelkurs in Deutschland über der Wertparität zu halten. War das Verbot früher ein Mittel der russischen Regierung, den Rubelkurs künstlich auf einer gewissen Höhe zu halten, so bezweckt heute die Aufhebung des Verbotes das gleiche. Denn da die deutsche Reichsregierung in den besetzten russischen Gebieten nicht die Markwährung einführt, sondern den Rubel als Zahlungsmittel aufrecht erhielt, so hält der Bedarf Deutschlands an russischen Noten die Valuta hoch. Der Abfluß nach Deutschland scheint völlig organisiert zu sein; denn wie Plutus berichtet, sollen die in Deutschland umlaufenden Noten neuester Ausgabe mit fortlaufenden Nummern versehen sein. Die Frage wie lange Deutschland diesem Treiben noch zusehen und mit einem Einfuhrverbot noch zögern wird, erscheint angesichts dieser indirekten Schädigung der deutschen und Unterstützung der russischen Valuta durchaus berechtigt.

Das steuerpflichtige Reineinkommen in Preußen im Jahre 1914. Nach der im preußischen statistischen Landesamt bearbeiteten Einkommensteuerstatistik stieg das steuerpflichtige Einkommen in Preußen von rund 6 Milliarden im Jahre 1892 auf rund 19 Milliarden für 1914. Die Gesamtzahl der Zensiten erhöhte sich in der gleichen Zeit von 2 436 836 auf 7 692 594. Die Zahl der physischen Einkommensteuerzensiten mit Einkommen von 900 Mk. (steuertechnisches Existenzminimum) bis 3000 Mk. vermehrte sich von 2 118 969, gleich 7,1 Proz. der Gesamtbevölkerung im Jahre 1896, auf 6 795 861, gleich 16,5 Proz. im Jahre 1914; für das Einkommen über 3000 Mk. stellen sich die Zahlen: 1892: 316 889, 1914: 888 201. Die Einkommen von 900—3000 Mk. ergaben: 1892: 2912 Millionen Mark, 1914: 9712 Millionen Mark, die Einkommen über 3000 Mk. 1892: 2792,3 Millionen, 1914: 7798 Millionen. Die zwischen der Gesamtsumme dieser Einkommen und dem Gesamteinkommen aller Zensiten entstehende Differenz trifft das auf die juristischen Steuersubjekte entfallende Einkommen.

Diese Ziffern geben ein klares Bild der kapitalistischen Akkumulation. Denn während das durchschnittliche Einkommen der Zensiten der Steuerstufen 900 bis 3000 Mk. in dem Zeitraum 1892—1914 nur von 1374 Mk. auf 1436 Mk. stieg, sich also nur um 4,51 Proz. vermehrte, stieg das Einkommen der mit über 3000 Mk. Veranlagten von 3812 Mk. auf 8780 Mk., mehrte sich also um 130,32 Proz. Also: Im Jahre 1914 nahm das Einkommen des Teiles der „veranlagten Bevölkerung“ mit 900—3000 Mk. Einkommen, gleich 48,5 Proz. der Gesamtbevölkerung, um 6800 Millionen, das von 6,9 Proz. der Gesamtbevölkerung mit über 3000 Mk. Einkommen um 5006 Millionen zu. Diesen harten Tatsachen gegenüber nimmt sich der Lobgesang gewisser Statistiker über die „glänzende Entwicklung der Einkommensverhältnisse in Preußen“ mehr als sonderbar aus!

Das Ausfuhrverbot für Silbergeld in Frankreich, soll dem großen Mangel an Silbermünzen — auch an Nickel- und Kupfermünzen — begegnen. Dieser Mangel beruht jedoch weniger auf der Ausfuhr der Münzen, als auf dem Verschwinden aus dem öffentlichen Verkehr.

Notizen.

Der Besitz Deutschlands an russischen Wertpapieren soll sich auf ungefähr 3 Milliarden belaufen. In der Hauptsache dürfte er aus staatlich garantierten Eisenbahnobligationen und Bankaktien bestehen.

Die aktive Handelsbilanz der Vereinigten Staaten. In dem Finanzjahr vom 1. Juli 1914 bis 30. Juni 1915 stellte sich der Ausfuhrüberschuß nach England, Frankreich, Rußland und Kanada in Dollars:

	1915	1914
Ausfuhrüberschuß nach: England	655'440,779	300'610,559
„ „ Frankreich	292'238,430	18'372,672
„ „ Rußland	34'961,999	9'257,459
„ „ Kanada	141'120,693	184'027,272

Der Gesamtüberschuß der Ausfuhr stellt sich für die vier Länder insgesamt auf 1,123'761,901 gegen 512'267,962 Dollars in 1914.

Amerika als Bankier der Entente. Nach den Mitteilungen der New Yorker Deutsch-Amerikanischen Handelskammer haben die Ver. Staaten seit Ausbruch des Krieges Deutschlands Gegner in folgender Weise finanziert: „Rußland erhielt einen Kriegskredit zu Anfang dieses Jahres im Betrage von 25'000,000 \$; dieser Kredit mußte letzthin durch England gedeckt werden. Frankreich legte am 1. April 1915 eine Anleihe (Schatzamtnoten) im Betrage von 50'000,000 \$ auf, mit Fälligkeitstermin zum 1. April 1916. Diese Noten wurden zu 99½ offeriert, auf einer Zinsbasis von 5½ Prozent; begeben wurden hiervon nur 30'000'000 \$, der Rest wurde von dem öffentlichen Verkauf zurückgezogen. Außerdem hatte im Oktober v. J. die Bank von Frankreich einen Kredit von 10'000,000 \$ eröffnet erhalten, dem zufolge einer Verabredung zwischen französischen und amerikanischen Banken ein weiterer Kredit vor einiger Zeit folgte, auf den bis jetzt 43'000,000 \$ bezogen worden sind. Neuere Verhandlungen wegen Auflegung einer dritten französischen Anleihe im Betrage von 20'000,000 \$ und einer englischen Anleihe von 100'000,000 \$ sind seit Wochen in der Schwebe, ohne indes bis jetzt zu einem Abschluß gekommen zu sein. Die Bankleute sowie das kaufende Publikum sehen mit immer größerer Sorge auf die finanzielle Verschlechterung der Verbündeten und sind vorsichtig geworden.“ In London wird übrigens nach der schwachen Erhöhung des Sterlingkurses die Nachricht von dem Abschluß einer englischen Anleihe in den Ver. Staaten kolportiert. (Nach den bei Schluß des Blattes vorliegenden Nachrichten scheint das englische Anlehen in Amerika perfekt zu werden.)

Die Weizenernte der Verein. Staaten beziffert sich nach den Berechnungen des bekannten Statistikers Snow auf über 1000 Millionen Bushels. Da die größten Ernten der Verein. Staaten, die der Jahre 1913 und 1914, sich nur auf 891 und 763 Millionen Bushels beliefen, so steigert sich die Exportfähigkeit der Union ganz bedeutend. Frankreich muß infolge einer schlechten Weizenernte als Käufer von ungefähr 20 Millionen Zentner Getreide auftreten, wird also dem Auslande um weitere 600—700 Mill. Frs. tributpflichtig.

Der englische Außenhandel bewegt sich nach den Mitteilungen des Londoner Handelsamtes seit Kriegsausbruch auf absteigender Linie. Die Minderung betrug im August d. J. gegen den gleichen Monat des Jahres 1913 $11\frac{1}{2}$ Millionen £, da die Einfuhr gleichzeitig zunimmt — August 1915 $13\frac{1}{2}$ Millionen £ mehr als 1913 — so ergibt sich aus der sinkenden Aktivität der englischen Handelsbilanz die einfache Erklärung für die Entwertung der Londoner Devisen.

Japans Finanzlage hat sich trotz der Kriegslieferungen an Rußland nicht gebessert, sondern verschlechtert. Die Herabsetzung der Schuldentilgung von jährlich 50 Mill. auf 30 Mill. Yen hat der Krieg gegen Deutschland illusorisch gemacht und die sinkende Einfuhr hat die Zolleinnahmen verringert. In London hat man diese Verhältnisse bereits früher bei der Verlängerung der kurzfristigen Staatsanleihe entsprechend gewertet und hält auch bei diesem „Bundesgenossen“ in Finanzfragen streng auf fair play.

Briefkasten.

Dr. M. Ihre Mitarbeiterschaft ist erwünscht, wenn Sie uns mit offenem Visier gegenüber treten. Die „Einführung“ in Nr. 1 der „Glocke“ weist ja deutlich genug darauf hin, daß wir den Raum des Blattes gern allen auf Ueberzeugung und Erkenntnis beruhenden Anschauungen zur Verfügung stellen.

.....
Zur gefl. Beachtung! Wir bitten, Beiträge der Mitarbeiter, der schnelleren Erledigung wegen, nach München, Altheimereck 19/1, zu richten.

Zuschriften an die Redaktion der Glocke sind nach München, Altheimereck 19/1 zu richten / Adresse des Herausgebers: Dr. A. Helphand, Klampenborg (Dänem.)

Während des Krieges werden nach Dänemark nur offene Briefe befördert.

Für die Redaktion verantwortlich: Karl Blasenbrei, München / für den Verlag: Verlag für Sozialwissenschaft G.m.b.H., München/Druck: G. Birk & Co.m.b.H., München, Altheimereck 19.

**In den jetzigen Zeitverhältnissen
liegende Schwierigkeiten verursachten
einen geringeren Umfang dieser Nummer der**

GLOCKE

**als beabsichtigt war. Wir werden dafür die
nächsten Hefte desto reichhaltiger
ausgestalten**

Verlag und Redaktion der „Glocke“

DIE GLOCKE

Heft Nr. 3

1. Oktober

Jahrg. 1915

Der Freiheit eine Gasse.

DIE Schläge der deutschen Armee haben den Zarenthron erschüttert. Bald wird er in Trümmer geschlagen werden. Die Niederlagen der russischen Armeen haben die zarische Regierung ihrer Autorität und ihrer Macht beraubt. Die herrschenden Klassen Rußlands, von dem stockreaktionären russischen Junkertum und Pfaffentum bis auf die liberalisierenden Industriellen und die demokratisch schillernden Intellektuellen, die vor dem Krieg in einer gewissenlosen Weise den Nationalismus und Panslavismus geschürt und so diesen Krieg verschuldet hatten, sahen sich veranlaßt, gegen die Regierung Front zu machen, erschreckt von den Perspektiven der Zertrümmerung des Reichs, die sie heraufbeschworen hatten, und um den Haß des Volkes von sich abzulenken. Die russischen Arbeiter, die, ungeachtet der Flucht eines Teiles der sozialistischen Führer mit Plechanoff an der Spitze in das nationalistische Lager und der feigen Unentschlossenheit vieler anderer, von Anfang an ihren revolutionären, proletarischen Klassenstandpunkt gewahrt hatten, drängen wieder vor trotz der furchtbaren Opfer, die das revolutionäre Auftreten erfordert. Heute oder morgen, nach neuen Niederlagen oder bei der Demobilisierung der Armee und der Rückkehr der Gefangenen — die Tage des russischen Zarismus sind gezählt. Das Regime wird fallen, die ganze Sippschaft der Ro-

manoffs wird aus dem Lande gejagt, wenn nicht mit Stumpf und Stil ausgerottet werden, und die Dynastie, deren Machtfülle die ganze Welt überstrahlte, wird nur noch in der Erinnerung verbleiben als der größte Schandfleck der menschlichen Geschichte.

„Die deutschen Schrapnells haben die Freiheit des russischen Volkes geschmiedet,“ so sagte — ich zitiere nach einer russischen Zeitung — Lloyd George. Wie alles, was dieser Margarinefabrikant des Liberalismus, dieser Lieferant von demagogischer Kognakessenz zum besten gibt, ist auch diese Äußerung nur scheinbar wahr, aber innerlich hohl. Nicht um die deutschen **Schrapnells** handelt es sich, die nicht anders sind, wie die russischen Schrapnells, sondern um die deutsche **Sozialdemokratie**, die zur Seele der deutschen Armee geworden war.

Die deutschen Arbeiter haben unter unsäglichen Opfern die Wege gebahnt für die Freiheit des russischen Volkes. Das ist die geschichtliche Tatsache. Das deutsche Proletariat war sich von Anfang des Krieges an bewußt, daß es sich um den Kampf gegen den Zarismus handelte. Darin schöpfte es nicht zum geringsten seine Begeisterung für den Krieg. In diesem Sinne war auch die Erklärung der sozialdemokratischen Fraktion im Reichstag.

Die Vernichtung der zarischen Gewalt wird das wertvollste Ergebnis des Krieges sein. Das Verdienst daran wollen wir uns nicht rauben lassen. Die deutschen Arbeiter waren sich stets bewußt, daß neben der Reaktion im Innern der russische Zarismus ihr gefährlichster Feind sei. Sie wußten, daß die demokratische Entwicklung Europas nicht gesichert sei, solange der Zarismus im großen russischen Reiche die Gewalt behält. Sie betrachteten deshalb den Kampf der russischen Revolutionäre als ihren eigenen Kampf. Wie Brüder und Schwestern wurden die russischen Revolutionäre von den deutschen sozialdemokratischen Arbeitern aufgenommen. Ihr Heldentum erfüllte sie mit Begeisterung und Stolz, weckte Hoffnungen und Mut im eigenen Kampf der deutschen Arbeitermassen, ihr Martyrium traf auch die deutschen Arbeiter ins Herz, deren Unmut und Entrüstung sich oft genug bis zum Wunsche steigerten, Rache an den

zarischen Bluthunden zu nehmen und sich für die russischen Kampfgenossen zu opfern.

Als das russische Proletariat die gewaltigste aller Revolutionen auskämpfte, fieberten die deutschen Arbeitermassen vor revolutionärer Begeisterung und suchten nach Mitteln, ihm beizustehen. Damals bildete sich eine Koalition der herrschenden Klassen der ganzen Welt, um der russischen Revolution entgegenzuwirken. Es war ein proletarischer Gegenstoß notwendig, der aber nicht ausgeführt wurde.

Ich will von den englischen Arbeitern nicht reden, da diese durch den Verzicht auf eine selbständige proletarische Politik sich selbst zur politischen Ohnmacht verurteilt haben. Was aber taten während der russischen Revolution die französischen Sozialisten? Trotzdem sie weder von dem vielgeschmähten deutschen Militarismus noch von dem preußischen Junkertum behindert wurden, trotzdem die republikanische Staatsform ihnen scheinbar vollkommene Aktionsfreiheit überließ, trotz der revolutionären Traditionen Frankreichs, haben sie nichts herausgebracht als papierene Sympathieerklärungen und lärmende Versammlungsbeschlüsse, indessen die französische Bourgeoisie der bankerotten zarischen Regierung neue Anleihen zur Verfügung stellte!

Es gelang der Dynastie Romanoff, durch die Stürme der Revolution hindurch den Zarenthron zu retten. Aber um sich weiter zu behaupten, war sie genötigt, die geschichtliche Idee, die dem Zarentum zugrunde lag, wieder stärker zu betätigen. Das war die Großmächts- und Expansionspolitik. Die zarische Regierung mußte sich Geltung im Auslande verschaffen, um ihre Autorität im Innern zu stützen. Europa half der zarischen Regierung das russische Volk zu knechten; von da an wurde die Knechtung Europas zur Voraussetzung nicht nur der weiteren Machtentfaltung, sondern des Fortbestandes selbst der zarischen Regierung.

Und eines Tages standen die zarischen Armeen an den Grenzen Deutschlands und Oesterreich-Ungarns.

Die oft wiederholte Phrase, daß die Sache des russischen Proletariats die Sache ganz Europas sei, wurde nun zur blutigen Realität.

Die furchtbare Gefahr, von der die Demokratie und die Kultur Europas durch diesen Krieg bedroht wurde, wird in ihrer ganzen Tragweite niemals festgestellt werden; denn sie ist durch den mutigen Kampf vor allem des deutschen Proletariats bereits beseitigt worden.

Da dies der Fall ist, so höre ich bereits sagen: „Es konnte gar nicht anders sein, denn es war eine geschichtliche Notwendigkeit!“ Früher hätte man gesagt: die Vorsehung! Schade nur, daß die geschichtliche Notwendigkeit, wie nach einem bekannten Aussprüche die Vorsehung, immer „mit den stärkeren Bataillonen“ ist.

Ist es eine geschichtliche Notwendigkeit, daß Rußland geschlagen wird und der Zarenthron fällt, so ist das deutsche Proletariat der Vollstrecker dieses Gerichtsspruches der Geschichte. Und es war eine harte, eine verflucht böse Arbeit, die das deutsche Proletariat auszuführen hatte! Sie hat dem deutschen Volke viel Blut und Leiden gekostet. Und statt Anerkennung erntete es bis jetzt nur Fluch und Schmähungen. Was aber das Schmerzlichste war, der Kampf mußte ausgefochten werden gegen die eigenen Klassengenossen, gegen die französischen, englischen, belgischen, italienischen Arbeiter, die, irreführt, betört, geblendet von der nationalistischen Agitation, verraten von ihren eigenen sozialistischen Führern, gemeinsame Sache mit dem russischen Zaren gemacht hatten.

Wenn das deutsche Proletariat in diesem großen Kampf sich nicht hat ablenken oder wankelmütig machen lassen, so ist das wahrlich nicht das Verdienst derjenigen, die jammernd, keifend und händeringend nebenher liefen.

An der deutschen Sozialdemokratie geht der russische Absolutismus zugrunde. Selbstverständlich dachten die deutschen Arbeiter dabei in erster Linie an Deutschland selbst. Sie wollten nicht, um ein Wort von Wilhelm Liebknecht, dem alten „Soldaten der Revolution“ zu zitieren, daß Deutschland „kosakisch“ werde. Aber sie waren sich vollkommen bewußt, daß sie durch ihren Sieg auch den Völkern in Rußland die Freiheit erkämpfen würden, und das verdoppelte ihre Begeisterung und ihren Opfermut. Selbst in den deutschen Regierungskreisen mußte man da-

mit rechnen. Darum wurde auch von hier aus die Losung ausgegeben: Kampf gegen den Zarismus! Es war den konservativen Herren gewiß nicht leicht, in den Ruf nach der Revolution, wenn auch in Rußland, einzustimmen, aber sie mußten es tun — aus Rücksicht auf die deutsche Sozialdemokratie.

Daß nun der deutsche Generalstab für die Revolution in Rußland eintreten und die deutsche Sozialdemokratie sich unter die Führung des deutschen Generalstabs begeben mußte, daß also jeder von beiden das Gegenteil von dem tat, was er beabsichtigte, darin zeigte sich — die geschichtliche Notwendigkeit. Die Geschichte sieht sich nicht erst nach Programmen und Meinungen um, sondern sie nimmt die Kräfte, wo sie sie findet.

Woran scheiterte die russische Revolution 1905? Das gesamte Volk erhob sich, aber es mußte vor den Bajonetten weichen. Die Flotte revoltierte, aber die sich selbst überlassenen Marine-mannschaften irrten ratlos im Schwarzen Meere, bis sie sich aus Kohlenmangel haben ergeben müssen. Die Armeemassen sympathisierten mit dem revolutionären Volke, aber sie besaßen keine Führung. Und so kam es, daß die zarische Regierung mit Hilfe weniger Regimenter sich das aufrührerische Land eroberte, wie man Kolonien erobert.

Um die zentralisierte und bewaffnete Staatsmacht des Zarentums zu besiegen, war eine gut ausgerüstete und fachmännisch geleitete moderne Armee notwendig.

Da nun die deutschen Arbeiter dem Zarentum nicht, wie die revolutionären russischen Massen, mit nackten Händen, sondern als wohlorganisierte, bewaffnete und vorzüglich geleitete Armee entgegentraten, so erfüllte sich das Schicksal, das geschichtlich vorausbestimmt war.

Ob nun die Niederlage Rußlands größer oder kleiner wird, mit dem zarischen Regierungssystem wird aufgeräumt werden. Aber damit werden noch keineswegs alle Probleme der russischen Revolution gelöst. Das deutsche Proletariat, das der Freiheit in Rußland eine Gasse gebahnt hat, ist schon aus diesem Grunde an der weiteren Entwicklung der politischen Verhältnisse Rußlands interessiert. Diese Entwicklung geht die deutschen Arbeiter aber auch ganz unmittelbar an. Es ist nicht gleichgültig für die sozialen

Kämpfe der deutschen Arbeiterklasse, welche Machtstellung sich das Proletariat in Rußland erringen oder wie dort die große Bauernfrage gelöst werden wird. Darum müssen die Vorgänge in Rußland mit der größten Aufmerksamkeit verfolgt werden.

Wir wollen, daß in Rußland ganze Arbeit geleistet wird. Und das ist auch der Wille des russischen Proletariats.

Deutschlands zukünftige handelspolitische Beziehungen beschäftigten den Ständigen Ausschuß des Handelsvertragsvereins am 22. September d. J. An der Sitzung nahm auch ein Vertreter der Reichsregierung teil.

Zur Beratung stand zunächst die Frage der Meistbegünstigung. Die Aussprache ergab Uebereinstimmung über die Notwendigkeit voller Aufrechterhaltung der Meistbegünstigung bei der bevorstehenden Neuregelung unserer handelspolitischen Beziehungen zum Ausland; gewisse mit der Meistbegünstigung verbundene Mißlichkeiten würden sich ev. durch formale Modifikationen mildern lassen. Es wurde ein besonderer Unterausschuß eingesetzt, welcher diese Möglichkeiten näher nachprüfen und dann die bezüglich der Meistbegünstigung maßgebenden Punkte im Sinne der in der Aussprache zutage getretenen Auffassungen in einer zusammenfassenden Erklärung niederlegen soll. Diese wird dann, nach Genehmigung durch den Vorsitzenden, dem Ständigen Ausschuß zugehörigen Körperschaften zu ausdrücklicher Stellungnahme unterbreitet werden.

Der Gesamtausschuß des Handelsvertragsvereins wird sich Ende Oktober d. J. mit der Frage der Wiederaufnahme des internationalen Geschäftsverkehrs beim Friedensschluß beschäftigen.

Ein Verleumdungswerk.

SEIT vielen Monaten wird gegen mich ein Verleumdungsfeldzug geführt, der in Sofia seinen Anfang nahm, sich über Rumänien, Italien, Rußland, Frankreich verbreitete und selbst die schweizerische Presse zu erreichen gewußt hat. Vielleicht auch noch die anderer Länder. Ich kann es nicht kontrollieren, da mir die ausgedehnten Beziehungen und Mittel fehlen, über die offenbar die Inspiratoren dieser Verleumdungskampagne verfügen. Auch habe ich Besseres zu tun, als diesem Gesindel auf die Finger zu sehen und mich mit ihm herumzuschlagen. Ganz vermeiden läßt sich das aber nicht, und so soll denn das Pack heute die Prügel bekommen, die es längst wohl verdient hat.

Die Veranlassung zu dem Hundegebell gab eine Rede, die ich anfangs Januar in Sofia auf Einladung der dortigen Sozialdemokratischen Partei (radikale Richtung) gehalten habe.

Ich kam nicht zu dem Zweck nach Sofia, um dort politische Vorträge zu halten. Ich hatte aber selbstverständlich keine Veranlassung, das dringende Ersuchen meiner Parteifreunde abzuschlagen. Ich gab als Thema an: „Die deutsche Sozialdemokratie und der Zarismus“.

Meine Stellungnahme zum Krieg war in Sofia bekannt. Denn erst kurz vorher erschien in unserem Parteiblatt in Sofia eine bulgarische Uebersetzung meiner Schrift: „Für die Demokratie — gegen den Zarismus“. Mein Standpunkt ist in dieser Schrift mit aller wünschenswerten Deutlichkeit zum Ausdruck gebracht worden. Und wie ich schrieb, so sprach ich auch.

Ich wurde von dem bulgarischen Publikum, das den größten Versammlungssaal Sofias bis an den letzten Rand füllte, geradezu enthusiastisch aufgenommen. Umsomehr mißfiel mein Auftreten den bulgarischen Russophilen und noch mehr dem offiziellen Vertreter des Zaren in Sofia.

Es ist mir von durchaus gut unterrichteter Seite mitgeteilt worden, daß nach meinem Vortrag der russische Gesandte in Sofia, Herr **Sawinski**, die ihm zugetanen bulgarischen und russischen Berichterstatter und Journalisten zu sich kommen ließ und ihnen in aller Form den Auftrag gab, gegen Parvus zu schreiben!

Der russische Gesandte begnügte sich aber damit nicht, sondern unternahm eine persönliche Demarche bei der bulgarischen Regierung. Er ging zu dem bulgarischen Ministerpräsidenten **Radoslawow** und machte diesem Vorwürfe darüber, daß man mich in Sofia hat sprechen lassen.

Radoslawow antwortete: „Wir haben doch auch die Gebrüder Buxton sprechen lassen.“

Darauf Sawinski: „Ja, aber die Gebrüder Buxton sprachen für England, während Herr Parvus **gegen Rußland sprach!**“

Die Authentizität dieses Gesprächs unterliegt keinem Zweifel. Damit wird auch die mir früher zugegangene Mitteilung über den Auftrag, den Herr Sawinski den bei der russischen Gesandtschaft bediensteten oder mit dieser befreundeten Journalisten gab, bestätigt.

Herr Sawinski machte vor dem bulgarischen Ministerpräsidenten seinem Herzen Luft und zeigte damit, um was es sich handelt. Der russische Gesandte würde es wohl noch verschmerzen, wenn ich für Deutschland eingetreten wäre, aber daß ich den **Kampf gegen den Zarismus** predigte, darin lag eine Gefahr, die er mit allen Mitteln bekämpfen mußte.

So ging denn die Hetze los. „Sie schmierten, wie man Stiefel schmiert.“

Bei den seit dem Fall Aseff bekannten intimen Beziehungen der russischen politischen Polizei zu den russischen Sozial-Revolutionären nimmt es weiter nicht wunder, daß das Geschreibsel sich sofort in das Auslandsorgan dieser Partei übertrug.

Aber bei allem Geschimpfe: was sollte man denn eigentlich gegen mich vorbringen? Um was es sich handelte, das sagte Herr Sawinski. Aber den Kampf gegen den Zarismus konnte man mir ernstlich selbst in der russischen Presse nicht zum Vorwurf machen. So versuchte man es denn mit dem pazifistischen Gesichtspunkte. Wie kam ich dazu, einen militärischen Feld-

zug gegen den Zarismus zu billigen, und einen internationalen Zusammenschluß zu diesem Zweck zu verlangen? Da es auch innerhalb der internationalen Sozialdemokratie einige Ideologen gibt, die die militärischen Notwendigkeiten nicht begreifen wollen, vor die uns der Krieg gestellt hat, so konnte das eine gewisse Wirkung nicht verfehlen. Es war aber damit gerade bei mir am wenigsten auszurichten, da ich seit beinahe einem Menschenalter den Krieg gegen das zarische Rußland vertrete. So blieb denn nichts anderes übrig, als meine persönlichen Beweggründe zu verächtigen.

Zunächst wurde zu diesem Zwecke meine Anwesenheit im **Orient** benutzt. Es wurde insinuiert, daß ich meine Gesinnung gewechselt habe, um mit den Jungtürken gemeinsame Sache zu machen. Aber wie das beweisen? Meine zahlreichen Publikationen im Orient und über den Orient lagen offen zutage, sie waren, mit vereinzelt Ausnahmen, alle unterschrieben, man konnte aus ihnen einen Gesinnungswechsel nicht herauslesen. Also mußte man **fälschen**. Da fand man in den Kreisen der russischen Gesandtschaft in Sofia, daß bereits eine **alte Fälschung** vorlag, die man zu diesem Zwecke benutzen könnte.

Man rechnete dabei nur mit einem Umstand nicht: mit meiner Anwesenheit in Sofia. Denn die Zeitungen brachten die Nachricht, daß ich bereits abgereist sei. Ich war aber nicht abgereist und hatte deshalb die Möglichkeit, die wiederholte Fälschung sofort aufzudecken. Hiemit hat es nun folgende Bewandnis:

Im Jahre 1911 erschien in der serbischen Zeitung „**Nowo Wreme**“ ein Schreibebrief, der angeblich von mir an die Redaktion gesandt worden und mit Parvus unterschrieben war. Der Brief war von A bis Z erlogen. Ich hatte an die „**Nowo Wreme**“ keinen Brief geschrieben und hatte nicht einmal eine Ahnung von der Existenz dieser Zeitung. Der Brief war in einer Weise abgefaßt, daß man aus ihm einen Gesinnungswechsel zugunsten der Jungtürken entnehmen konnte. Einige Zeit später wurde die bulgarische Zeitung „**Prawo**“ auf den von der „**Nowo Wreme**“ gefälschten Brief aufmerksam. Da sie nicht wußte, daß er gefälscht war, und da er im Widerspruch zu meinen sonstigen Publikationen stand, machte sie auf die sich daraus

ergebenden Ungereimtheiten aufmerksam. Auf diese Weise erhielt ich Kenntnis von dem Machwerk der „Nowo Wreme“. Ich verschaffte mir sofort diese Zeitung, die inzwischen einen zweiten ebenfalls erlogenen Brief mit der gefälschten Unterschrift Parvus veröffentlichte. Ich schrieb dann an unser serbisches Parteiblatt in Belgrad, deckte die Fälschung auf und äußerte auf Grund des Inhalts die Vermutung, daß sie von russischen Agenten besorgt worden sei. Unser Belgrader Parteiblatt veröffentlichte mein Dementi und machte dazu die Anmerkung, daß meine Vermutung vollkommen richtig sei, daß die Herren der „Nowo Wreme“, die das Parteiblatt mit Namen nannte, allgemein in Serbien als russische Agenten bekannt seien.

Auf diese alte, längst aufgedeckte Fälschung griff man nun zurück, um durch „Zitate“ meine Verbindung mit den Jungtürken zu beweisen. Man spekulierte darauf, daß die Sache bereits in Vergessenheit geraten sei, und daß Belgrad durch den Krieg unzugänglich geworden ist, und man glaubte, wie schon erwähnt, ich sei bereits verreist. Ich war aber da und deckte die Fälschung zum zweitenmale auf, was die Lumpen sich schweigend gefallen ließen. Indessen wurde durch diesen Mißgriff nochmals die Zentralstelle aufgedeckt, von der aus der Verleumdungsfeldzug gegen mich geleitet wurde.

Die Gerüchte nahmen ihren Lauf. Die einen schrieben, die anderen tuschelten und munkelten, jeder berief sich auf den anderen, schließlich wußte man nicht mehr, woher und was, aber je ungewisser die Gerüchte waren, mit desto größerer Entschiedenheit traten sie auf. Jetzt griff man auf Gebiete hinüber, die mit meiner politischen Tätigkeit nichts zu tun haben. Ich habe mir im Orient, besonders während des Krieges, ein Vermögen geschaffen. Das war für die Verleumder ein gefundenes Fressen. Man schnüffelte auch mit den Methoden und Mitteln der russischen politischen Polizei in meinen persönlichen Beziehungen herum.

Da fand man heraus, daß ich in Konstantinopel mit den **Ukrainern** verkehrt habe. Schreckliches Verbrechen!

Ich trete für die Unabhängigkeit der Ukraina ein — wenn nicht anders, durch Separation. Daß Groß-Rußland von der Ukraina wirtschaftlich abhängig ist, scheint mir kein stichhaltiger Grund

zu sein, das ukrainische Volk zu knechten. Braucht man die Ukrainer, so möge man lernen, sich mit ihnen zu vertragen.

Als **Marian Melenewski**, den ich seit vielen Jahren als ukrainischen Sozialdemokraten kenne, nach Konstantinopel kam, gab ich ihm gerne Empfehlungen an die Konstantinopeler Presse, um die Oeffentlichkeit über die Ukraina und deren nationale Bestrebungen aufzuklären. Ich hatte auch nichts dagegen, daß die ukrainische Sozialdemokratie meine Schrift: „Für die Demokratie — gegen den Zarismus“ in ihre Landessprache übersetzte, und stellte ihr für die ukrainische Ausgabe eine besondere Vorrede zur Verfügung. Ich begreife wohl, daß das den Moskowitern aller Schattierungen, die das ukrainische Volk in seiner eigenen Heimat mundtot gemacht haben und es in der ganzen Welt totgeschwiegen haben möchten, wider den Strich geht.

Ich habe andere ukrainische, georgische, armenische Sozialisten bei mir aufgenommen und ihnen, soweit ich um Rat gefragt wurde, meine Meinung gesagt. Diese gipfelte stets in zwei Punkten: 1. daß man die sozialistische und revolutionäre Bewegung in Rußland nicht vom Auslande leiten könne, daß die Emigranten folglich in engster Fühlung mit den inländischen Organisationen verbleiben müssen und sich nach diesen zu richten haben; 2. daß ein Zusammenschluß sämtlicher sozialistischer Fraktionen und Gruppen notwendig sei.

Mit dem „Bund zur Befreiung der Ukraina“ stehe ich in keiner Verbindung. Aber wenn es den Polen erlaubt ist, Legionen zu bilden und mit den Regierungen über die Unabhängigkeit Polens zu verhandeln, so sehe ich nicht ein, warum es nicht auch die **Ukrainer** tun sollten. Man hat in Rußland eine doppelte Logik: Als die Mazedonier mit russischem Geld und Dynamit arbeiteten, waren sie Helden; jetzt, da ihnen nur bulgarisches oder österreichisches Geld zur Verfügung steht, gelten sie den Russen als Verräter. Diese Herren mit der doppelten Moral, die sich über die Ukraina entrüsten, gehen stillschweigend darüber hinweg, daß von der zarischen Regierung zum Tode verurteilte armenische Revolutionäre jetzt das Polizeikommando in den okkupierten Gebieten des Kaukasus führen und von derselben Regierung mit Orden geschmückt werden.

Ein Herr **Dr. Jakob Friedmann**, der in seinem beschaulichen Dasein in Basel durch meinen Vortrag in Sofia in einer Weise emporgescheucht wurde, als hätte er einen Auftrag erhalten, richtete an mich in der Presse eine Frage, die mich veranlaßte, in russischen Emigrantenkreisen nachzufragen, ob er nicht schon früher in Diensten der russischen Polizei stand. Meine Bekannten wußten nichts davon, aber auch nichts von der politischen Tätigkeit dieses Herrn in Rußland. Der Emigrantenstrom nach der Revolution hat ja eine Menge Schutt mitgerissen.

Obwohl es in russischen revolutionären Kreisen wohl bekannt ist, wie man es anstellt, um ungehindert zu reisen — ich selbst bereiste wiederholt Rußland allen polizeilichen Verfolgungen zum Trotz und hielt mich selbst nach meiner Flucht aus der sibirischen Verbannung noch in Petersburg auf — wollte dieser angebliche russische Revolutionär von mir wissen, wie es komme, daß ich ungehindert durch Deutschland und Oesterreich reise. Er glaubte offenbar, ich sei noch immer russischer Untertan, und denunzierte mich der deutsch-österreichischen Polizei. Ich bin es aber längst nicht mehr.

Und selbst, wenn ich russischer Untertan gewesen wäre, so liegen doch jetzt die Dinge etwas anders, als vor dem Kriege. Herr Friedmann hätte sich bei der russischen Botschaft informieren können, daß die preußische Polizei sich nicht mehr an die Abmachungen hält, die früher zwischen ihr und den russischen Behörden getroffen wurden, und gar nicht daran denkt, russische Revolutionäre der zarischen Regierung auszuliefern. Es hielten und halten sich sowohl in Deutschland wie in Oesterreich ungehindert russische politische Flüchtlinge auf, anderen wurde die Passage nach zentralen Ländern oder die Durchfahrt durch Deutschland erlaubt. Herr Friedmann dürfte neugierig sein, Namen zu erfahren; aber ich fühle mich nicht veranlaßt, diese Namen den zarischen Schergen, denen freiwillig oder unfreiwillig der saubere Patron dient, preiszugeben. Einen Namen nennt Herr Friedmann selbst: den bekannten russischen Sozialdemokraten **Lenin**, der in Oesterreich erst verhaftet, dann freigelassen wurde. Herr Friedmann hätte von Lenin, der sich in der Schweiz aufhält, leicht erfahren können, daß dessen Verhaf-

tung auf einem Versehen untergeordneter Organe beruhte, das, als andere russische Emigranten sich der Sache annahmen, sofort gut gemacht wurde. Lenin wurde übrigens wegen seiner Freilassung in der gleichen Weise in der Presse angegriffen, verdächtigt und verleumdet, wie der Schreiber dieser Zeilen. Herr **Alexinski**, gewesenes sozialdemokratisches Mitglied der Duma, besorgte diese schmutzige Arbeit.

Alexinski ist in den russischen sozialistischen Kreisen längst als Hanswurst bekannt. Der Krieg brachte ihn in das nationalistische Lager, und da er der „guten Sache“ nicht anders dienen kann, tut er es durch Verleumdungen und persönliche Verdächtigungen. Er tut das mit einer Selbstverständlichkeit, die etwas Naturwüchsiges an sich hat, wie die Drüsenabsonderungen eines Stinktieres. Es scheint ihm überhaupt das Gefühl dafür abzugehen, daß man sich an fremder Ehre nicht vergreifen dürfe. Weist man ihm nach, daß er verleumdet habe, zuckt er nicht einmal mit der Wimper: wenn nicht, denn nicht, was liegt denn weiter daran! Dieser Herr, der wenigstens den Mut der Schamlosigkeit hat, faßt nun die Verleumdungen gegen mich in die Beschuldigung zusammen, daß ich „während des Krieges Agent-Provokateur im Solde des türkischen und österreichischen Generalstabs mit dem Auftrag, die Revolution in Rußland zu machen“, geworden und daß ich „vor dem Krieg in Konstantinopel eine Art kommerziell-finanzieller Beirat der türkischen Regierung“ gewesen sei.

Ich weiß, daß ich meinen Lesern eine Antwort auf diese Infamien nicht schuldig bin. Es ist auch klar, wohin deren Spitze gerichtet ist: über mich hinweg soll die russische revolutionäre Bewegung verdächtigt werden. Es ist die alte Taktik der russischen politischen Polizei. Zur weiteren Charakteristik sei noch beigefügt, daß der Angriff in der russischen Pariser Zeitschrift „Rossiai Swoboda“ erschienen ist, die unter ihren hauptsächlichsten Mitarbeitern Herrn **Mussolini** aufführt — der in Rom eine spezielle Zeitung gründete, um den Krieg gegen die Zentralmächte vorzubereiten — und daß in derselben Nummer dieser Zeitschrift die sozialdemokratische Zeitung „Nasche Slowo“ des Landesverrats verdächtigt wird. Da aber das Lum-

penpack nur darauf wartet, daß ich mich über dessen Vorwürfe stillschweigend hinwegsetze, so muß ihm in einer Weise geantwortet werden, die alle Ausflüchte und Verdrehungen ausschließt. Also: Alle Behauptungen, daß ich in der Türkei ein Amt, eine offizielle oder offiziöse Stellung bekleidet hätte, daß ich im Dienste oder Solde des türkischen oder österreichischen oder des deutschen Generalstabs stehe oder überhaupt meine politische und publizistische Tätigkeit von irgendeiner Behörde, Institution, Persönlichkeit, direkt oder indirekt, auf welchem Wege auch, jemals abhängig gemacht habe, sind hundsgemeine, schuftige Verleumdungen.

Ich folge meiner Ueberzeugung und lasse mich darin durch nichts in der Welt beirren. Ich weiß, daß dieses Verleumdungswerk noch die harmloseste der Waffen ist, über die die Diener des Zaren verfügen. Sie haben mich nicht unterkriegen können, als sie mich im steinernen Sack der Peter-Pauls-Festung hatten, jetzt bleiben ihnen nur noch Gift und Revolver übrig. Sie verstehen sich ja ausgezeichnet auf den Meuchelmord. Sie haben davon wieder ein glänzendes Zeugnis abgelegt, als sie **Jean Jaurès** töteten. Denn, wie auch der Prozeß gegen den Mörder Jaurès verlaufen mag, so kann es doch keinem Zweifel unterliegen, daß die Hand des Mörders von den Schergen des Zaren gelenkt wurde. Mögen sie nur tun, was sie nicht lassen können. Ich gehe meinen Weg, denn ich habe eine Mission zu erfüllen. Diese Mission ist — eine ideelle Verbindung herzustellen zwischen dem bewaffneten deutschen und dem revolutionären russischen Proletariat. Das werde ich tun, und ich weiß, die russischen Arbeiter werden mich ebensogut verstehen, wie die deutschen.

Parvus.

Eine verpaßte politische Mission.

Zur Kriegs- und Friedensdebatte
auf dem Bristoler Gewerkschafts-Kongreß.

MITTEN in den furchtbaren Erschütterungen einer weltgeschichtlichen Katastrophe finden sich in Bristol die Vertreter von drei Millionen organisierter Arbeiter zusammen. Es sind Englands erprobteste, besonnenste Arbeiter, die seit Jahren den Kurs der britischen Arbeiterpartei im Parlament steuern. Sie können sich rühmen, Mitbürger eines Weltreiches zu sein; das seit zwei Jahrhunderten tatsächlich Weltpolitik treibt. Der *civis romanus* kann nicht höher von seiner Würde denken als der Durchschnittsbürger Großbritanniens. Unwillkürlich muß sich dem Beschauer des britischen Ringens um die Weltherrschaft der Gedanke aufdrängen, das Auge des englischen Politikers müßte, wenn nicht auf die Welt, so doch zum mindesten auf Europa eingestellt sein. Und wenn Englands Lords, die zum Teil schon der Vergangenheit angehören, doch im Oberhause sorgenvoll die Stirne über Europas Zukunft runzeln, so mußte man wohl von Männern des Arbeiterparlaments, deren Pläne sich ja erst in der Zukunft verwirklichen können, eine ernste Aussprache in Bristol über den Wiederaufbau der zerstörten Weltwirtschaft erwarten. Es läßt sich gar nicht absehen, wie erhebend und klärend eine derartige Aussprache auf das lauschende, sich nach Beendigung des Weltkrieges sehrende Europa gewirkt hätte. Die organisierte Arbeiterklasse Englands würde damit eine aufbauende Kulturtat von weltgeschichtlicher Bedeutung begangen haben: sie hätte damit bewiesen, daß sie tatsächlich an ihre Mission selbst glaubt, die Zukunft Europas neu gestalten zu können. Und die Macht der organisierten Arbeiterschaft Englands ist erfreulicherweise nicht nur eine ideelle, sondern eine fest

eingewurzelte, wirtschaftliche, soziale und politische, die ihren Zukunftsgedanken auch greifbare Wirklichkeit verleihen kann. In dem letzten Jahrzehnt errang die junge britische Arbeiterpartei eine ausschlaggebende politische Macht im Unterhause. Bei allen einschneidenden gesetzgeberischen Aktionen brachte sie die Entscheidung. Keine politische und soziale Reform von irgendwelchem Belang konnte der Liberalismus ohne sie durchführen. Und die veränderte politische Machtstellung der englischen Arbeiterpartei fand vor allem ihren Ausdruck in der weitsichtigen sozialen Gesetzgebung Lloyd Georges, in der ja der staatliche Zwangsversicherungsgedanke einen vollständigen Sieg über die liberale Idee der freiwilligen Versicherung erkämpfte. Aber die englische Regierung verbeugte sich in dieser Gesetzgebung nicht nur vor dem „sozialistischen“ Staatszwang, sondern sie rief auch die wirtschaftlichen Machtorganisationen der Arbeiterschaft, die Gewerkschaften, zur Durchführung dieser Gesetzgebung auf. Und in dieser Tatsache tritt vor allem greifbar das Stück politischer Macht hervor, das sich die Gewerkschaften Englands erkämpften.

Die organisierte Arbeiterschaft Englands konnte also auf ihrem Kongreß in Bristol nicht allein dem zerfleischten Europa einen Ausweg aus den blutigen Wirren weisen, nein, sie war auch stark genug, die englische Regierung auf diesen Weg zu drängen. Aber leider hatten die Führer dieser Arbeiterschaft schon längst die Freiheit der Entschließung und damit die Macht verloren, die Regierung Sir Ed. Greys im Sinne einer demokratischen europäischen Politik zu beeinflussen. Und doch waren sie deutlich genug vor der unheilvollen Politik dieses Mannes gewarnt worden. Wir sprechen hier nicht von den eindrucksvollen, weit-hin hallenden Worten, mit denen der klarsehende Arbeiterführer Ramsay Macdonald die doppelzüngige Diplomatie Greys vor dem ganzen Lande enthüllt hatte, wir reden hier nur von einer die Stellung des englischen Kabinetts erschütternden Tat: von dem Austritt Burns, Trevelyan und Morleys aus dem Ministerium. Dieser Schritt hätte notwendig die Selbstbesinnung der leitenden Köpfe der britischen Arbeiterpartei wecken und sie der Gefolgschaft der Regierung, in die sie sich leider nur zu oft begeben hatten, entreißen müssen. Aber die Ohren der Henderson,

Ben Tillett und Genossen vernahmen die deutliche Sprache dieses Austrittes nicht. Sie drängten keineswegs auf die volle Selbständigkeit der politischen Entschließungen der Arbeiterpartei hin, sondern stellten sich förmlich unter die Vormundschaft der Regierung. Selbstverständlich wäre es ungerecht, wollte man die nationale Haltung der deutschen organisierten Arbeiterschaft mit Lobsprüchen überhäufen und die des englischen Proletariats mit schärfstem Tadel bedenken; aber das feste und treue Stehen der Arbeiterschaft zur Verteidigung des Vaterlandes schließt durchaus nicht deren Verzicht auf jede eigene politische Aktion aus und verpflichtet vor allem nicht zur Uebernahme der ganzen Verantwortlichkeit für alle Regierungshandlungen. Diese Verantwortlichkeit war aber für die organisierte Arbeiterklasse in dem Augenblick gegeben, wo ihre Führer in die Ministerien eintraten und die wirtschaftlichen Machtmittel der Gewerkschaften durch ihre feierliche Zustimmung zu dem Munitionsgesetz in den Dienst der Regierung stellten. Dieses Munitionsgesetz schließt nämlich den Verzicht der Arbeiter der Munitionsindustrie auf die wirksame Waffe des Streiks in sich und verpflichtet sie zu einer schiedsgerichtlichen Regelung ihrer Arbeitsstreitigkeiten. Das Gesetz hatte nun wohl die Sanktion der Führer, aber massenhaft rebellierten die Arbeitermassen praktisch gegen das Gesetz und leiteten Streiks in großem Maßstabe zur Verbesserung ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen ein. Immerhin war aber die wirtschaftliche Macht der englischen Arbeiterschaft zum Teil durch den Anschluß der Gewerkschaftsführer an die Regierungspolitik gebrochen. Um die in ihrer Selbständigkeit bereits erschütterten organisierten Massen vollends an das Leitseil der Regierung zu knüpfen, setzten nun die ministeriellen Führer der Gewerkschaftsbewegung ziemlich demagogische und gewalttätige Mittel in Bristol ein. Sie suchten das Proletariat völlig zur Heeresfolge für die Regierung zu pressen. Ja einige Führer suchen jetzt schon den **einstimmig gefaßten Beschluß** des Bristolers Gewerkschaftskongresses **gegen den militärischen Dienstzwang** zu unterwühlen. In Bristol unterzog sich nun vor allem der Arbeiterführer und Unterstaatssekretär Roberts der Aufgabe, die Gewerkschaften auf die Regierungspolitik festzulegen. Er

suchte zu verhindern, daß die organisierte Arbeiterschaft Englands ein **eigenes Kriegsziel** aufstellte und einer **internationalen, völkerversöhnenden Politik**, wie sie immer und immer wieder von der **deutschen Sozialdemokratie** durch die Abwehr jedes Eroberungskrieges empfohlen war, das Wort redete. Und der Unterstaatssekretär und sein Anhang führten in Bristol ein tolles „patriotisches“ Spektakelstück auf, um die Sinne der vorher schon stark nationalistisch bearbeiteten englischen Arbeiter völlig zu umnebeln. Das blutige Märchenspiel von den deutschen Greueln, viel tausendmal von allen politischen Blättern und in allen Volksversammlungen vorgetragen, hörte man nochmals in Bristol — aber es war mit falscher Stimme und falschem Gefühl deklamiert. Die Gewerkschaftsführer gebärdeten sich auf diesem Kongresse so, als wollten sie den Kongreßdelegierten das Gruseln vor den deutschen Menschenfressern lehren. Das tat namentlich der Kongreßvorsitzende Seddon in ausreichendem Maße, und er meinte schließlich: Wenn nur ein Zehntel der Greuel wahr sei, von denen man gehört habe, so würde das schon genügen, um die Gefühle des Volkes gegenüber jenen Ländern zu rechtfertigen. Wie aber diese Gefühle zustande kommen, darüber legte die Rede des von Flandern und Frankreich zurückgekehrten Ben Tillett treffliches Zeugnis ab. Leidenschaftlich gestikulierend setzte er auseinander, daß er bei seinem Besuch an der Front Dinge gehört und gesehen (!) habe, die fürchterlicher Art seien. Männliche Babys seien auf Befehl deutscher Offiziere getötet worden, um zu verhindern, daß diese einst Waffen tragen könnten. Teuflich hätten die Deutschen im Feindesland mit ihren menschenmörderischen Bomben so lange gewartet, bis die Familien sich um den Mittagstisch versammelt hatten, damit ganze Generationen sofort ausgerottet werden könnten. Und seine blutrünstigen Blaubartgeschichten schloß er dann, wie die Frankf. Zeitung berichtet, mit den Worten: Ich will euch zeigen, daß das Land hier in großer Gefahr ist, daß aber die Arbeiterklasse sich in noch weit größerer Gefahr befindet. Wenn gemordet und verwüstet wird, so will ich euch sagen, daß 36 Prozent aller getöteten und verwundeten Personen eurer Klasse angehören. Uebrigens wurde dieser Greuelmärchenerzähler Ben Tillett jüngst

von einem englischen Offizier im Labour Leader mit wenigen Worten trefflich abgetan, als er von den „Haarbüscheln an den Gehirnen ermordeter Kinder“ erzählte. Dieser schrieb kurz, daß sich ja die Erfahrungen Ben Tilletts nur auf einen flüchtigen und ungefährlichen Besuch der Front in Flandern und bei Reims beschränkten. Es sei daher ganz ausgeschlossen, daß er Szenen „gesehen“ habe, wie er sie beschreibe. Er bat dann Ben Tillett um Angabe über die Zeit und namentlich über den Ort, wo dieser die „Haarbüschelgeschichte“ gesehen haben wollte.

Wir würden den Greuelmärchen kriegshetzender Arbeiterführer weiter keine Bedeutung beimessen, wenn sich nicht noch Auszüge von diesen Geschichten in der Kriegsresolution des Bristoler Gewerkschaftskongresses fänden. Da heißt es z. B. in dieser Resolution:

„Der Kongreß gibt seinem Abscheu Ausdruck über die Grausamkeiten, die von den deutschen und österreichischen Militärbehörden verübt worden sind, sowie über die gefühllose, brutale und unnötige Aufopferung des Lebens nichtkämpfender Personen, einschließlich Frauen und Kinder.“

Für die Resolution, die diesen Passus enthält, stimmten 600 Delegierte, und nur sieben entschieden sich dagegen. In der Resolution wird überdies die kriegerische Aktion Großbritanniens und seiner Verbündeten gerechtfertigt. In ihr verpflichtet sich der Kongreß weiter, die Regierung in der erfolgreichen Fortsetzung des Krieges zu unterstützen.

Man würde selbstverständlich eine grobe Ungerechtigkeit gegen den englischen Gewerkschaftskongreß begehen, wenn man verschweigen wollte, daß der geschickt dirigierte chauvinistische Lärm nicht völlig die vom Weltkrieg ergriffenen, nachdenklichen Stimmen übertönen konnte. Aber die Leiter des Kongresses hatten sich wirklich heiß bemüht, mit fast terroristischen Mitteln die Kundgebungen internationaler brüderlicher Gesinnung zu unterdrücken. Schon Wochen vor dem Kongreß mahnte man die Minderheit der Delegierten, die sich ihre international-sozialistische Ueberzeugung bewahrt hatten, „sich nicht in den Dienst Deutschlands zu stellen“. Der Independent, der würdige Nachfolger des

verkrachten chauvinistischen Daily Citizen, schrieb Ende August: Es wurde neulich von den Gefahren gesprochen, die entstehen können, wenn im gegenwärtigen Moment Friedensvorschläge gemacht werden; besonders aber wurde an dieser Stelle von der Gefahr gesprochen, wenn derartige Friedensvorschläge auf dem Gewerkschaftskongreß in Bristol gemacht werden; denn die Welt würde glauben, daß die hieraus entspringenden Debatten von der britischen Gewerkschaftsbewegung geteilt würden. Die wenigen Gewerkschafter, die über Frieden diskutieren möchten, werden dann „wichtig“, da sie im Auslande einen falschen Eindruck über die Kriegsentslossenheit der britischen Gewerkschaftswelt hervorrufen können.

Um dann die Minderheit von vornherein mundtot zu machen, erklärte der Independent, diese sei wohl von der aufrichtigen Ueberzeugung geleitet; aber sei denn jemand so albern, um anzunehmen, daß unter der deutschen Bevölkerung dieser Inseln es keine reichen Leute gibt, deren Sympathien ihrem Vaterlande gehören? Und was sollen diese Leute tun, um ihrem Lande zu helfen. „Ich glaube, der beste und nützlichste Weg für sie ist, die Organisationen finanziell zu unterstützen, die deutschfreundlich sind.“

Das war sehr deutlich: hier wurden die friedlich gestimmten Organisationen direkt als korrupte Söldlinge der reichen Leute Deutschlands charakterisiert.

Auf dem Kongreß führten die Anhänger des Staatssekretärs Roberts geschickt die Regie gegen die Friedensfreunde. Da beschwerte sich z. B. der Gewerkschafter Ben Tillett, daß im Hintergrunde des Sitzungssaales gelärmt wurde, da sich die „Freunde Deutschlands“ darüber aufhielten, daß der Vorsitzende nur Kriegsfreunde zu Wort kommen lasse; da verstieg sich der Arbeiterführer John Hodge zu folgender Rede: „Die Friedensfreunde beklagen sich, daß man ihnen Pässe verweigere und sie dadurch verhindert habe, nach Holland und der Schweiz zu gehen, um die Feinde ihres Landes zu begrüßen. Er lehne es ab, mit Leuten zusammenzutreffen, deren Hände vom Blut unschuldiger Menschen befleckt seien. Briten, die jetzt vom Frieden reden, seien Verräter ihres Landes.“

Natürlich ließ der Unterstaatssekretär Roberts in dieser Redeschlacht seine Getreuen nicht im Stich, ja er krönte diese hitzige Kriegsdebatte mit folgender Rede: Man sollte nur nicht darauf hinweisen, daß England an das rückständige Rußland gebunden sei. Rußland habe seine Seele gerettet, während Deutschland seine Seele unwiederbringlich zerstört habe. Wir müssen den Krieg bis zum Siege führen. Es gibt Leute, die da sagen, ein englisch-russischer Sieg sei nicht wünschenswert. Ist dies die Antwort des Kongresses? (Laute Rufe: Nein!) Es werden Versuche gemacht, einen **unentschiedenen Frieden** herbeizuführen. Ich mißbillige es ausdrücklich, daß während des Krieges englische Arbeiter den Versuch machen, im Namen der organisierten Arbeiterklasse mit deutschen Arbeitervertretern zu unterhandeln.

Trotz aller terroristischen Einschüchterungsversuche standen die zu „Verrätern“ erklärten „Pazifisten“ doch fest zu ihrer international-sozialistischen Versöhnungspolitik. So führte der Führer der Postbeamten, Duberry, u. a. aus: Ich bin kein Freund der deutschen Regierung. Ich bin Sozialist, und ich schäme mich nicht, meine sozialistischen Grundsätze auch jetzt zu bekräftigen. Was meint denn der Kongreß, wenn er erklärt, er wolle die Regierung bis zu Ende unterstützen? Sollen wir die britischen Arbeiter verpflichten, die deutschen Arbeiter zu vernichten und ihr Land zu zerstückeln? (Rufe: Nein!) Ich teile nicht die Ansicht von G. H. Roberts, daß Deutschland seine Seele verloren hätte. Wir müssen uns für einen **Frieden entschließen, der die Arbeiterklasse befriedigt, auch wenn er die Regierung nicht befriedigte**. Ein Krieg bis zur Vernichtung Deutschlands wird keinen dauernden Frieden bringen.

Der Delegierte Bramley (Möbeltischler) erklärte mutig:

Die Gewerkschaftsbewegung muß **international** sein oder sie wird nur äußerst geringe Fortschritte machen können. Wir empfinden die Schrecken des Krieges ebenso wie die Kriegsfreunde, aber eben deshalb streben wir nach Frieden und möchten eine **Brücke schlagen für unsere Arbeitsbrüder aller Länder**.

Ramsay Macdonald, der mit großer Wärme für die selbstverständliche Pflicht der nationalen Verteidigung eintrat, beschwor

den Kongreß, treu zu den Grundsätzen der Partei zu halten. Er gemahnte an die **Gründung der selbständigen Arbeiterpartei** mit folgenden Worten:

„Die Gewerkschaften riefen die Arbeiterpartei ins Leben, weil die bürgerlichen Parteien versagten, weil sie sich als unzuverlässig und matherzig erwiesen. Die Gewerkschaftswelt kam zur Ueberzeugung, daß sie eine eigene Partei bilden mußte, um im Parlament, im Rat der Nation, für die Rechte der Arbeiterklasse einzutreten. Viele der Bollwerke, die die Arbeiter in den langen Kämpfen früherer Jahrzehnte erobert hatten, gingen im gegenwärtigen Weltkriege verloren. Wir müssen darnach trachten, sie sofort nach dem Friedensschluß wiederzugewinnen. (Beifall.) Es ist wahr, daß im Munitionsgesetz ein Paragraph vorhanden ist, der die Wiederherstellung der Gewerkschaftsrechte bestimmt; dieser Paragraph wurde von der Arbeiterfraktion durchgesetzt, aber von der Regierung in der Kommissionsberatung abgeschwächt. Jeder Abgeordnete weiß, wie schwierig es ist, Ministerialbeamte zu beeinflussen und von den Ministern Gerechtigkeit für die Arbeiter zu erlangen... Die Gewerkschaften werden die alten Satzungen und Regeln wieder herzustellen suchen. Wer wird dann vor der Nation ihre Rechte verteidigen? Die Arbeiterpartei: die Männer, die noch in Friedenszeiten die Interessen der Arbeiter vor Augen hatten und die in **Kriegszeiten die Friedensfragen erwägen**. Nach dem Kriege werden neue Produktionsprobleme auftauchen und die Schutzzollbewegung wird aufleben; die Neuordnung unserer auswärtigen Beziehungen wird uns neue Rätsel aufgeben. Soll ich noch mehr sagen? Schon diese Hinweise genügen, um uns zu beweisen, wie notwendig die Arbeiterpartei sein wird. Was Sie auch über meine Ansichten denken mögen, so viel ist jedoch sicher, daß wir nach dem Krieg alle zusammenhalten müssen, um die Arbeit zur Lösung der alten sozialen und demokratischen Fragen fortzusetzen. Hiezu brauchen wir das Zusammenwirken des Sozialismus und der Gewerkschaften: des Gedankens und der Erfahrung...“

Aber die so notwendige Mahnung an eine selbständige gewerkschaftlich-sozialistische Arbeiterpolitik erfreute sich auf der Tagung der Gewerkschaften keines Widerhalls, ebensowenig die

selbständige Kriegszielpolitik, wie sie die Vereinigte Tagelöhner-Gewerkschaft in der folgenden Resolution befürwortete:

„In Uebereinstimmung mit seinen aus früheren Jahren stammenden Meinungsäußerungen über Militarismus und Krieg gibt der Kongreß seinem Entsetzen Ausdruck über die beispiellosen Verluste an Toten und Verwundeten zu Lande und zu Wasser. Alle Personen, die die Heiligkeit des menschlichen Lebens würdigen, ersuchen wir dringend, für einen Frieden zu wirken, der der nationalen Freiheit und Ehre entspricht. Wir fordern deshalb das parlamentarische Komitee des Kongresses auf, die **Friedensbedingungen** zu formulieren und zu befürworten, die die **Arbeiterklasse zufriedenstellen könnten**, und der Regierung nachdrücklichst zu erklären, daß es durchaus nötig sei, dem Volke **genau auseinanderzusetzen, wofür wir kämpfen.**“

Diese Resolution wurde mit überwältigender Mehrheit ohne jede Diskussion verworfen.

Mit diesem Verzicht auf die Bestimmung des Kriegsziels traten die britischen Gewerkschaften ihr politisches Erstgeburtsrecht, die Politik des Landes nach den Interessen der Arbeiterschaft bestimmen zu können, mit Füßen. Die englische Arbeiterschaft entthronte sich selbst: sie würdigte sich zum bloßen Anhängsel der bürgerlichen Parteien in einer bedeutungsschweren historischen Situation herab, in der sie zu der großen historischen Mission berufen war, welthistorische Beschlüsse zu treffen und die Regierung in die Bahn eines völkerversöhnenden demokratischen Internationalismus zu drängen. K.

Die internationale sozialistische Bewegung.

I. Eine Kundgebung der russischen Sozialdemokratie.

DAS Auslandssekretariat des Organisationsausschusses der russischen sozialdemokratischen Partei (Minoritätsrichtung) hat eine Kundgebung veröffentlicht zu der gegenwärtigen politischen Lage Rußlands. Wir wollen das Wesentliche aus dem etwas langatmigen Schriftstück, das seine Gedankengänge öfters wiederholt, mitteilen.

„Das Gericht der Geschichte vollzieht sich an dem Rußland des Zarismus, des Adels und der Tschinowniks, jenes Gericht, das früher oder später an allen Verbrecherbanden sich vollziehen wird, die in ganz Europa die größte Missetat, den Weltkrieg, vorbereiteten und verwirklichten.

Das Gericht der Geschichte vollzieht sich an dem alten Rußland, das die Revolution von 1905 unterdrückte und den Versuch machte, mit Hilfe der imperialistischen Eroberungspolitik seine Macht herzustellen, um für immer sich und seine Gewalt gegen die Forderungen der Arbeiterklassen zu sichern.

Vom Standpunkte der Volksinteressen bestand das Hauptverbrechen der Regierung darin, daß sie durch ihre imperialistische Eroberungspolitik Rußland in den Weltkrieg hineingehetzt und damit die Sprengung des Pulverfasses beschleunigt hatte, zu dem Europa geworden war. Nur ein Nebenmoment, das die Schuld verstärkt, ist es, daß sie in Verfolgung dieser Politik zugleich die Staatszustände aufrecht erhielt, die das Land zur Niederlage bringen mußten.

Die Nationalisten, Oktobristen usw. verlangen eine allgemeine Einigung, um die nationale Gefahr abzuwehren. Aber es gibt keine andere, keine schlimmere nationale Gefahr, als die Herrschaft einer Clique von Beamten und Adelligen mit dem Zaren an der Spitze über Rußland. Solange diese Herrschaft fortgesetzt wird, ist jeglicher Fortschritt in Rußland unmöglich. Diese Herrschaft zersplittert in viel höherem Maße Rußland in einzelne, sich gegenseitig bekämpfende Völkerschaften und Landstriche, als es der schlimmste Frieden tun könnte, der vom siegreichen Deutschland aufgenötigt worden wäre. Rußland vor dem Zusammensturz um den Preis der Vereinigung der lebenden Kräfte des Reiches mit dieser Räuberbande zu retten, hieße mit der linken Hand das zerstören, was die rechte schafft. Aber gerade von einer derartigen Vereinigung zum Schutze des Landes sprechen die bürgerlichen Politiker aller Schattierungen. Von der Herrschaft des Volkes ist bei ihnen nicht die Rede.

Wenn es gelingen sollte, die Deutschen bis an die Grenze zurückzuwerfen, und die Gefahr einer Niederlage Rußlands zu beseitigen, so würden wir wieder die Redensarten zu hören bekommen von der Notwendigkeit, den Krieg bis zur vollständigen Zerschmetterung des preußischen Militarismus, bis zur Vernichtung Oesterreichs, der Türkei usw. zu führen... Denn die besitzenden Klassen, die sich in diesem Augenblick in patriotischer Opposition zu der gegenwärtigen Regierung befinden, sind selbst nicht minder als diese von den imperialistischen Eroberungswünschen beseelt.

Es ist aber naiv zu glauben, daß man mit den Resten der geschlagenen Armee, die ihrer Offiziere, Geschütze, Festungen und Munition beraubt ist, mit einer geleerten Staatskasse und einem bis auf den Grund ruinierten Volkswohlstand einen Sieg über die österreichisch-deutschen Kräfte davontragen oder auch nur den Krieg so weit in die Länge ziehen könnte, daß es gelingen sollte, Deutschland und Oesterreich zu für Rußland weniger schweren Friedensbedingungen geneigt zu machen. Es ist eine

Lüge oder ein unverzeihlicher Irrtum, wenn man sich einbildet, daß man aus der ungelerten Masse rasch neue, für den modernen Krieg geeignete Armeen bilden könnte.

Man spricht von der Mobilisation der Industrie. Diese Mobilisation könnte den Krieg hinausschieben, in die Länge ziehen. Es wäre aber Wahnwitz anzunehmen, daß sie Rußland und dessen Verbündete in militärischer Beziehung in die gleiche Lage mit Deutschland bringen würde. Die großartige deutsche Industrie, die bereits längst für den Krieg mobilisiert ist, werden die Verbandsmächte, unter denen Rußland die entscheidende Rolle zufällt, nicht überbieten können.

Die Losung der Mobilisation der Industrie als Mittel, um den Sieg Rußlands zu organisieren, ist deshalb die größte Lüge... Eine Lüge, unter deren Deckmantel die hohe Bourgeoisie sich fabelhaft zu bereichern hofft. Den Krieg nur zu dem Zweck in die Länge ziehen, um die Milliardenausgaben des Landes nur zu erhöhen und am Endresultat, nachdem weitere hunderttausende Leichen aufgehäuft worden sein werden, dennoch vor der Notwendigkeit zu stehen, einen Frieden zu unterschreiben, dessen Bedingungen der deutsche Militarismus diktieren wird — ist das im Interesse des Volkes?

Die Bourgeoisie, die sich in diesem Krieg mit der regierenden Bande durch das gemeinsame Verbrechen an dem Volke verbunden hat, ist unfähig, die Katastrophe abzuwenden, von der das russische Volk bedroht wird. Selbst wenn sie es könnte, so würde sie es nicht tun, denn diese Rettung ist verbunden mit dem Triumph der Demokratie.

Der siegreiche deutsche Imperialismus kann auf seinem Wege nicht mit der Kraft der Waffen aufgehalten werden; er zeigte sich als der Stärkere unter den anderen imperialistischen Gewalten. Nur eine Kraft kann ihm den Weg absperren zu noch

gewaltigeren Siegen, zu einem gewaltigeren Niedertreten und Peinigen des besiegten Rußland. Das ist die Macht der Volksrevolution.

Der Ruf der siegreichen oder siegenden Revolution in Rußland wird das Bewußtsein, das Gewissen und den Kampfeswillen auch in dem Proletariat der anderen Länder erwecken, wird in ihnen das Bestreben wachrufen, den Bund mit den imperialistischen Regierungen zu brechen, wird anzeigen, daß für das Weltproletariat die Stunde gekommen sei, mit den Urhebern des universellen Massenmordes abzurechnen.

Möge das Volk in Rußland sich erheben, um die Schicksale des Landes in die eigene Hand zu nehmen, um bis auf den Grund das Bollwerk der allgemeinen Reaktion, den Zarismus, zu vernichten, um von sich das Joch des adeligen Grundbesitzes abzuschütteln; so werden die deutschen Militaristen es zu fühlen bekommen, daß jeder Schritt vorwärts in das Innere Rußlands sie mit einem Aufstand in ihrem Rücken bedroht.

Wie im Jahre 1905, während des japanischen Krieges, so muß das Proletariat zu seiner Losung machen: Nationalversammlung, um den Krieg und um das Selbstherrschertum zu liquidieren.“

Der Aufruf schließt mit einem Appell an das westeuropäische Proletariat, damit es für den sofortigen Friedensschluß „ohne Kontributionen, ohne Okkupationen, ohne Zersplitterung und Unterdrückung einzelner Nationalitäten“ eintrete.

Wir haben unsererseits zu dem Inhalt nur noch eine kurze Bemerkung zu machen.

Das Manifest stellt fest, daß, wenn die Niederlage der zarischen Armeen noch im letzten Augenblick verhindert werden sollte, dies der Reaktion in Rußland zum Triumph verhelfen und der Sache der Freiheit ungemein schädlich sein würde. Das jetzt. Wie aber, wenn die zarische Armee von Anfang

an siegreich gewesen wäre, wie groß wäre dann der Triumph der Reaktion und die Gefahr für die Freiheit?! Wer aber hat diese Gefahr abgewendet? Wer hat es zustande gebracht, daß die zarische Armee geschlagen ist und die Cliquenherrschaft, von der das Manifest behauptet, daß es für Rußland „keine schlimmere nationale Gefahr gibt“, erschüttert und die revolutionäre Bewegung neue Hoffnung schöpft? Wer anders, als das deutsche, das österreichische, das ungarische Proletariat mit seinem Blute!

Im übrigen sind auch wir der Meinung, daß die russische Revolution durch die Sympathien, die sie in den deutschen Arbeiterkreisen und selbst noch darüber hinaus auslösen würde, die Friedensbedingungen für Rußland günstiger gestalten würde; wir sind davon desto mehr überzeugt, als nach unserer Meinung Deutschland nicht durch seinen „stärkeren Imperialismus“, sondern durch die Volkskraft seiner Armee, durch die Sozialdemokratie siegte.

II. Die sozialistische Konferenz in Zimmerwald.

Die Zusammenkunft einiger Sozialisten der kriegführenden und neutralen Länder, die zu Zimmerwald in der Schweiz stattfand, um die durch den Krieg geschaffene Lage zu besprechen, verdient die größte Beachtung als der erste, mit Erfolg durchgeführte Versuch, die zerrissenen Fäden der proletarischen Internationale wieder zusammenzuknüpfen.

Es nahmen an der Konferenz teil bekannte Sozialdemokraten aus Deutschland, Frankreich, Italien, Rußland, Polen, Rumänien, Bulgarien, Schweden, Norwegen, Holland, Schweiz.

Die Konferenz veröffentlichte ein Manifest, das nach einer scharfen Kritik des Krieges und des Imperialismus zum Kampf „für die Freiheit, für die Völkerverbrüderung, für den Sozialismus“ aufruft. Weiter heißt es: „Es gilt dieses Ringen um den Frieden aufzunehmen, für einen Frieden ohne Annexionen und Kriegsentschädigungen. Ein solcher Friede aber ist nur möglich unter Verurteilung jedes Gedankens an eine Vergewaltigung der Rechte und Freiheiten der Völker. Weder die Besetzung von ganzen Ländern noch von einzelnen Landesteilen

darf zu ihrer gewaltsamen Einverleibung führen. **Keine Annexion**, weder eine offene, noch eine markierte, auch **keine zwangsweise wirtschaftliche Angliederung**, die durch politische Entrechtung nur noch unerträglicher gemacht wird. **Das Selbstbestimmungsrecht der Völker** muß unerschütterlicher Grundsatz in der Ordnung der nationalen Verhältnisse sein."

Keine Annexionen! Heißt das auch, daß Bulgarien seine Ansprüche auf Mazedonien aufgeben und daß Rumänien für immer die Dobrudscha behalten soll, die es gestohlen hat?

Wenn „das Selbstbestimmungsrecht der Völker“ als oberster Grundsatz dienen soll, so müßte man die Polen und die Juden, die Litauer, die Finnländer, die Ukrainer, die Georgier, die muselmanische Bevölkerung des Kaukasus und die anderen unterdrückten Nationen Rußlands erst fragen, ob sie unter der Herrschaft des Väterchens Zar verbleiben wollen. Und wenn sie es nicht wollen, was dann? Soll die deutsche Armee sich aus Polen zurückziehen, um dort die Kosaken einmarschieren zu lassen, die mit Nagaikas und Maschinengewehren der Bevölkerung russischen Patriotismus einbläuen werden?

Gibt es denn in Rußland ein Selbstbestimmungsrecht der Völker?

Wo ist denn überhaupt ein solches Recht verwirklicht worden? Wurde nicht seinerzeit Bonaparte durch **Volksabstimmung** zum Kaiser ernannt und wurden nicht dadurch die „Rechte und Freiheiten“ des französischen Volkes „vergewaltigt“?

Haben wir deshalb mehr als ein Jahrhundert des proletarischen Klassenkampfes hinter uns, um zuletzt auf die schäbigste Rendensart der bürgerlichen Demokratie zu verfallen?

Was aber heißt es: „Keine zwangsweise wirtschaftliche Angliederung?“ Wer hat diesen Satz eingeschmuggelt und was wird damit bezweckt? Eine „wirtschaftliche Angliederung“ ohne politischen Anschluß kann nur eins bedeuten: Aufhebung der Zollgrenze bzw. Zollerleichterungen, Handelsverträge auf Grund gegenseitiger Erleichterung des Verkehrs usw.

Waren das nicht stets sozialistische Forderungen, seitdem **K. Marx** seine Rede über den Freihandel gehalten hat? Sollen wir nun für die **wirtschaftliche Absonderung** der Staaten eintreten?

Wir fragen nochmals: Wer hat diesen Satz eingeschmuggelt und zu welchem Zweck?

Ihr Unentwegten, die ihr überall nur Verrat und Abtrünnigkeit wittert, seit wann ist es denn die Aufgabe des sozialrevolutionären Sozialismus, das **russische Protektionssystem** in Schutz zu nehmen?

Die Schweizer Konferenz hat sich ihre erhabene, aber auch äußerst komplizierte Aufgabe viel zu leicht gemacht. Es gehört nicht viel Witz dazu, zu allem nein zu sagen. Das kann ein jeder. Aber unbesehen erhält man durch ein wiederholtes Verneinen eine Bejahung. Worauf es ankommt ist, in das kapitalistische Getriebe hineinzugreifen, um das proletarische Interesse wahrzunehmen. Dazu muß man aber dieses komplizierte Getriebe nicht bloß in seinen Wirkungen verurteilen, sondern in seiner inneren Zusammensetzung erforscht haben!

Auf jeden Fall muß man sich hüten, andere Gesichtspunkte hineinzutragen außer dem proletarischen Klasseninteresse. Für uns gibt es nur eine Gerechtigkeit: was der Klasse frommt, die in den Industriestaaten durch ihre Zahl und durch ihre soziale Stellung zur Vertreterin der Nation und des Fortschrittes geworden ist.

„Keine Kriegsentschädigungen!“ Sollen nun die deutschen Arbeiter nach dem Meer von Blut, das ihnen der Krieg gekostet hat, auch noch die russischen Mordbrennereien in **Ostpreußen** aus ihrer Tasche bezahlen?

Die Frage der Verteilung der Kriegslasten ist ein wichtiges finanzpolitisches Problem; denn eine viel zu starke Belastung des einen Landes könnte die ganze Handelsentwicklung Europas in Mitleidenschaft ziehen. Wir haben aber an dem soeben angeführten Beispiel gesehen, daß man auch da mit einer einfachen Verneinung nicht auskommt.

Für das Proletariat hat die Frage der Kriegsentschädigung übrigens noch eine andere Seite, nämlich: Welche soziale Schicht wird sie zu tragen haben und welcher sozialen Schicht wird sie zugute kommen? Sie ist bei den Besiegten eine Frage der Steuerabwälzung, bei den Siegern eine Frage des staatlichen Aufwandes. Wenn sich z. B. die Sache so gestalten sollte, daß die englischen Lords aus ihrem Einkommen die Versorgung der deut-

schen Kriegsinvaliden zu bezahlen hätten, so wäre das unseres Erachtens schon jedenfalls keine ungerechte Sache.

Das Manifest hat der **proletarischen Internationale** einen Internationalismus unterschoben, der mit dem allgemeinen Volksbegriff operiert, ohne die Klassengliederung zu berücksichtigen. Das ist sein Hauptfehler. Außerdem kann man sich des Eindruckes nicht erwehren, daß es bei all seinem formellen Internationalismus eine Tendenz gegen die Sieger hat. Der Sozialismus hat aber nicht die Aufgabe, die Chancen, die der Krieg geschaffen hat, anders zu verteilen. Für ihn kann es sich nur darum handeln, die durch den Krieg geschaffenen **proletarischen Chancen** auszunützen.

Bei alledem wiederholen wir: Die Zusammenkunft war ein wichtiges Ereignis. Der proletarische Standpunkt wird sich schon Bahn brechen, wenn erst die Proletarier wieder international zusammenwirken.

Meine Stellungnahme zum Krieg.*)

I. Vorrede zu der ukrainischen Ausgabe der Schrift: Für die Demokratie — gegen den Zarismus.

DER Kampf der unterdrückten Ukraina um ihre politische Selbständigkeit ist zugleich ein Kampf um die Befreiung sämtlicher Nationen, die vom Zarismus unterdrückt worden sind, darunter auch des großrussischen Volkes. Die Regierungsgewalt in Rußland ist ungemein stark und sie schöpft ihre Stärke aus der ungeheueren Zentralisation, die das russische Reich darstellt. Das ist die Hauptursache, weshalb die große russische Revolution, trotzdem sie durch ihre politische Anstrengung, ihre Dauer, die Größe der Volksmassen, die sie in Bewegung gesetzt hatte, durch die Zähigkeit ihres Widerstandes, die Selbstaufopferung ihrer Kämpfer alle geschichtlichen Beispiele überbot, dennoch von der Staatsmacht besiegt wurde, so daß die Volksmassen sich wieder unter das alte Joch beugen mußten.

*) Im 2. Heft dieser Zeitschrift habe ich in dem Artikel „Für die Demokratie — gegen den Zarismus“ zum erstenmal meine Stellungnahme zu dem gegenwärtigen Weltkrieg präzisiert. Er war ursprünglich für die deutsche sozialdemokratische Presse bestimmt, drang aber wegen der Kriegsverhältnisse nicht durch und erschien zuerst in einer rumänischen Uebersetzung in dem sozialdemokratischen Parteiorgan „Zapta“, dann in einer bulgarischen Uebersetzung in dem „Rabotnitscheski Wjestnik“, dem Zentralorgan der radikalen Fraktion der bulgarischen Sozialdemokratie und in der ukrainischen Sprache als Broschüre. Da gegen mich, auf Betreiben der russischen Gesandtschaft in Sofia, eine internationale Preßkampagne geführt wird, die mit allen Mitteln mein politisches Auftreten während des Krieges zu verdächtigen sucht, so halte ich es für zweckmäßig, meine sämtlichen Kundgebungen während des Krieges zusammenzustellen, damit das gesamte Material der öffentlichen Kritik vorliege.

Ich mache im besonderen die „Volksstimme“ in St. Gallen auf den Artikel „Für die Demokratie — gegen den Zarismus“ in Nr. 2 dieser Zeitschrift aufmerksam. Das ist derselbe, von dem der Biedermann Dr. Jakob Friedmann behauptet, daß ich darin die ganze Schuld für den Krieg dem Zarismus zuschiebe. Sie kann daran erkennen, was sie von der Wahrheitsliebe dieses Herrn zu halten hat.

Wird diese gewaltige Zentralisation aufgehoben, so wird damit die Gewalt der zentralisierten Regierung geschwächt, und in den einzelnen Teilen des gigantischen Imperiums kommen die Volksmassen zur größeren politischen Geltung.

Eine selbständige Ukraina würde schon jedenfalls nicht weniger demokratisch sein, als Bulgarien oder Serbien. Dasselbe gilt von Polen, vom Kaukasus usw. Wird der Zarismus in diesem Krieg besiegt, so wird Rußland zur Republik. Das ist alles so offenbar, daß es kaum von jemand bestritten werden dürfte.

Die russische Bourgeoisie tritt selbstverständlich nicht nur für die Erhaltung des Reiches ein, sondern für dessen Erweiterung bis zur Weltherrschaft. Die Kaufleute, Fabrikanten, Finanzmänner — russische, polnische, jüdische, armenische und andere — sind darin einig. Sie wollen sich selbstverständlich politische Geltung verschaffen. Das können sie aber am besten erreichen vermittels eines Parlaments, dessen Wahlrecht es den Arbeitern unmöglich macht, einen ausschlaggebenden Einfluß in der Volksvertretung zu erhalten. Deshalb wird die Kapitalistenklasse sich vollkommen zufrieden geben, wenn nur die Regierung die gesetzgeberische Kraft der gegenwärtigen Duma anerkennt. In der Spekulation darauf unterstützen schon jetzt die russischen Kapitalisten und mit ihnen die russische Bourgeoisie die Staatspolitik des Zarismus; wenn aber Rußland siegreich sein sollte, so werden sie sicher der zarischen Regierung alles bewilligen, was diese zur Erweiterung der Staatsmacht braucht — Milliarden Rubel und Millionen Soldaten. Denn diese Milliarden, die vom Volke genommen werden, werden ja in die Taschen derselben Kapitalisten fließen, und die Millionen-Armeen werden neue Märkte erobern und zugleich den besten Schutzwall bieten für die Ausbeuterklasse gegen die Arbeitermassen, gegen die Sozialdemokratie.

Das kann nur in der Weise gehindert oder gehemmt werden, daß die Militärmacht Rußlands schon in diesem Kriege vernichtet und der Verband aufgelöst wird, der sämtliche Kräfte des gewaltigen Reiches nach dem einen Zentrum lenkt.

Das deutsche Proletariat hat wieder sein großes politisches Verständnis gezeigt, als es die Gefahr, mit der die Demokratie der

ganzen Welt von der Entwicklung der Macht des zarischen und kapitalistischen Rußland betroffen wurde, richtig erkannte und unter Zurückdrängung aller Bedenken mit aller Entschiedenheit in den Kampf gegen den Zarismus trat. Die deutsche Sozialdemokratie, an deren Ideen die Arbeiterklasse in Rußland groß wurde, hat stets den Kampf der russischen Revolutionäre gegen den Zarismus als einen Teil ihres eigenen Klassenkampfes aufgefaßt. Die deutsche Regierung war umgekehrt im Bunde mit dem Zarismus. Die deutsche Sozialdemokratie durfte annehmen, daß zu der Stunde, da der europäische Konflikt die deutsche Regierung zwang, Rußland den Krieg zu erklären, und da die deutschen Arbeitermassen mit den Waffen in der Hand gegen die zarische Armee ins Feld zogen, die die russische Revolution unterdrückt hatte, die russischen Genossen sie unterstützen würden. Statt dessen hat sich ein Teil der Intelligenz, die an der Spitze der Sozialdemokratie in Rußland stand, auf die Seite des russischen Nationalismus und des zarischen Militarismus gestellt.

Russische Marxisten, wie Plechanoff u. a., machen der deutschen Sozialdemokratie den Vorwurf, daß sie den Militarismus, das Junkerregime unterstütze etc. Sie haben ihre Argumente gegen den Militarismus und das Junkertum sich aus den Agitationsheften der deutschen Sozialdemokratie geholt. Indem sie das jetzt der deutschen Sozialdemokratie vorhalten, zeigen die russischen Marxisten nicht ihr politisches Verständnis, sondern bloß ihre politische Belesenheit.

Die deutsche Sozialdemokratie weiß sehr gut, was der deutsche Militarismus zu bedeuten hat und woher er kommt. Seine Hauptquellen sind: 1. eine starke zentralisierte Regierungsgewalt, 2. das Junkertum in der Beamtschaft und in der Armee in Verbindung mit seiner wirtschaftlichen Kraft aus der Grundbesitzerklasse, 3. eine verhältnismäßig große Masse des Bauerntums — desselben, auf dem der Nationalismus emporwuchs, 4. eine Schicht Großindustrieller, die die Staatsmacht zur Ausbeutung der Völker brauchen.

Aber das alles gibt es ja in einem noch höheren Maße in Rußland. In Rußland drückt auch jetzt schon der Militarismus

viel mehr auf die Entwicklung des Landes als in Deutschland. Ganz zu schweigen von der großartigen Kulturarbeit Deutschlands, wenn man bloß die Staatsbudgets des Deutschen Reichs und Rußlands vergleicht, so findet man, daß in Deutschland trotz der Aufwendungen für Heer und Flotte auch noch große Summen für Schulen, Arbeiterversicherung und andere Kulturzwecke verausgabt werden; außerdem verwenden in Deutschland die Städte und die ländlichen Gemeinden große Beträge für Kommunalwirtschaft, während in Rußland die Regierung die Städte nicht aufkommen läßt, die Dorfgemeinden ausraubt und alles, was sie an Steuern von der Bevölkerung auspressen kann, nach dem Staatszentrum leitet, um es fast ausschließlich für die Armee und die Polizei zu verbrauchen. Die politische Bedeutung des preußischen Junkertums steht weit zurück hinter der Rolle, die der Adel in Rußland spielt. Die wirtschaftliche Macht der deutschen Agrarier ist gar nichts im Vergleich zur wirtschaftlichen Macht der Großgrundbesitzer und der Gutsherren in Rußland, während die Masse der Muschiks viel größer und noch ganz anders reaktionär ist als das deutsche Bauerntum. Die russische Unternehmerklasse, die durch Staatsbestellungen und unter dem Schutzzollsystem großgezogen wurde, zeigt jedenfalls keine geringere Habgier als die deutschen Kapitalisten.

Die russischen Literaten, die sich so hochmütig Marxisten nennen, wollen diese sozialen Zusammenhänge und die Folgen, die sich aus ihnen ergeben, nicht merken. Sie sehen es nicht, denn ihre sozialdemokratische Gesinnung kam ihnen von außen, sie haben sie aus den Büchern herausgelesen, sie hängt ihnen nur äußerlich an, da ja die Arbeiterklasse selbst in Rußland noch jung ist und wenig Leute aufzuweisen hat, die die Schule des proletarischen Klassenkampfes im wirklichen Leben durchgemacht haben. Sie verstehen es nicht, den Marxismus im Leben anzuwenden, sie haben bloß gelernt, auf sozialdemokratische Art zu schreiben; oder sie haben sich überhaupt nur den Kopf mit Marxistischen Zitaten vollgestopft. Sie wissen, wie Marx die Geschichte betrachtete und wie er die Ereignisse seiner Zeit beurteilte, wobei noch die Marxschen Ideen in ihrem Kopfe sich aufblähten und formlos wurden wie eine Blase im luftleeren Raum. In-

mitten des heißen Treibens der Gegenwart wandeln sie unter den Schatten der Vergangenheit und werden selbst in ihren politischen Betrachtungen bleich und unfruchtbar wie Gespenster. Sie haben eine klare und entschiedene Meinung — nach Marx — nur über Dinge, die von uns mindestens ein halbes Jahrhundert entfernt sind, und sie verlieren den Kopf, wenn es sich darum handelt, sich in den Ereignissen zurecht zu finden, die sich vor ihren Augen abspielen.

Als die Massenbewegung des russischen Proletariats sich zu einer mächtigen Woge zusammenballte, die den Thron der Romanoffs überflutete und ihn beinahe herunterriß, da wurden diese russischen Marxisten ganz konfus vor der Aussicht, daß das Proletariat vielleicht zeitweilig die politische Macht in seine Hände bekommen würde. Sie empfahlen dem Proletariat im Falle der Bildung einer revolutionären Regierung die Führung sofort der Bourgeoisie zu übertragen, um das System zu kopieren, das ihnen aus der Geschichte Europas bekannt war. Und das zu einer Zeit, da die Bourgeoisie in Rußland sich erst in den Anfängen ihrer politischen Gestaltung befand und nur erst durch den bekannten Verband der Verbände und die paar blutleeren Liberalen vertreten war, die sich um die Zeitung „Ruß“ gruppierten. Die russische Kapitalistenklasse, die bis zu einem gewissen Grade die Oktoberbewegung gefördert hatte, wandte sich nach den Oktobertagen gegen das Proletariat und unterstützte mit aller Kraft die Unterdrückung der Revolution. Selbstverständlich hat die Bourgeoisie ihren Verrat mit dem Hinweis auf das rote Gespenst zu bemänteln gesucht. Und da fanden sich dann russische Marxisten, die, ungeachtet ihrer geschichtlichen Belesenheit, kühn behaupteten, daß nicht die Bourgeoisie die Revolution verriet, sondern der Sozialismus sie verdarb.

Ich habe die Schreibereien der russischen Marxisten nach der Revolution wenig verfolgt. Aus dem Wenigen, was zu meiner Kenntnis gelangte, ersah ich, daß sie ihre Zeit mit Erörterungen darüber verbrachten, daß, wenn manches anders gewesen wäre, so würde manches anders geworden sein; daß im besonderen, wenn Parvus und Trotzki nicht so scharf das Klasseninteresse, die revolutionäre Energie und die sozialdemokratischen Forderungen

des Proletariats betont hätten und wenn die Sozialdemokratie sich bescheidener und mehr zu Konzessionen geneigt gezeigt hätte, mehr positive Ergebnisse erreicht worden wären. Die Taktik, die diese russischen Marxisten nachträglich für die geeignetste zur Zeit des revolutionären Aufschwungs betrachteten, wurde zielbewußt und systematisch von den Jungtürken angewandt und führte zu einer vollständigen Desorganisation und Demoralisation der revolutionären Volksmassen.

Als die russischen Sozialdemokraten der neuen Formation, die aus der Praxis der Arbeiterbewegung in Rußland selbst hervorgetreten waren, nach der Unterdrückung der Revolution mit heißem Bemühen Mittel und Wege suchten für die Klassenaktion des Proletariats in Rußland, da erachtete Plechanoff als die Hauptaufgabe die Wahrung der Verschwörerorganisationen. Die hauptsächlichste Gefahr erblickte er in den ideellen Abweichungen von den Marxschen Ansichten, wie sie Plechanoff verstand, in den Fragen der abstraktesten Philosophie der allgemeinen Weltanschauung der Geistesentwicklung, der philosophischen Methode. Hier sah er die schlimmsten Gespenster, die den Materialismus bedrohten und das Proletariat von der Kampfesrichtung, die sich aus dessen geschichtlicher Entwicklung ergab, ablenken wollten. Und Plechanoff führte gegen sie einen Kampf mit dem Mut und der Hartnäckigkeit des Ritters von La Mancha. Gegen Leute, die in jener schweren Zeit immerhin die Klassenorganisation des Proletariats in Rußland förderten, die Mittel fanden, unter jenen furchtbaren Verhältnissen die Grundlagen der Klassenorganisation des russischen Proletariats aufzubauen, trat er mit Wut auf, indem er sie als Liquidatoren der Partei hinstellte.

Jetzt aber, da der Krieg wieder den Staatsmechanismus des zarischen Rußland erschüttert und eine neue Sturmflut der revolutionären Kräfte im Anzuge ist, jetzt ist es Plechanoff, der die Partei liquidiert. Statt die revolutionären Kräfte zum Kampf gegen den Zarismus zu führen, sucht er uns mit Betrachtungen über den ungenügenden Sozialismus der deutschen Demokratie abzuspeisen. Statt den russischen Militarismus zu bekämpfen, schimpft er über den deutschen Militarismus und hält zugleich

Abschiedsreden für die russischen Freiwilligen bei der französischen Armee. Stellt man sich auf den Standpunkt Plechanoffs, so bleibt der russischen Sozialdemokratie nichts anderes zu tun übrig, als die Siege der russischen Armee abzuwarten. Ist das nicht die Liquidation der Partei?

Die Angriffe der russischen Marxisten auf die deutsche Sozialdemokratie dienen ihnen nur als Deckmantel für ihren eigenen Nationalismus und Chauvinismus, wobei sie — im besten Fall — nicht nur die anderen, sondern auch sich selbst betrügen.

Die russischen Marxisten schließen sich hiermit nur den allgemeinen Tendenzen der russischen Intelligenz an. Die russische Intelligenz hat nach der Revolution haufenweise die Arbeiterreihen verlassen. Ein unvermeidlicher Prozeß, den alle vorausgesehen haben. Aber der unmittelbare Uebergang vom Sozialismus zur Geschäftsmacherei war doch viel zu groß. Deshalb zeigte sich die russische Intelligenz zunächst enttäuscht, ungläubig, apathisch. Das war aber nur eine Uebergangsperiode, die sie empfänglich machen sollte für das neue bürgerliche Ideal. Jetzt ist dieses Ideal gefunden: der Nationalismus, verbunden mit der Idee der Staatsmacht Rußlands, und die russische Intelligenz — Herr Struwe möge mir verzeihen, daß ich sein Schlagwort gebrauche — zeigte ihr Gesicht! Das Gesicht der Intelligenz — das ist die ideologische Verkleidung der Darmfunktionen der Ausbeuterklasse.

Da sie von der Staatsmacht Rußlands träumen, die mit dem nationalen russischen Gedanken verbunden ist, so sind die russischen Marxisten nicht mehr imstande, die sozial revolutionäre Bedeutung der Autonomie der einzelnen Nationen, die das russische Reich bilden, zu begreifen. Sie glauben, daß das zu einer politischen Zersplitterung führen wird. In Wirklichkeit können nur auf diesem Wege die Grundlagen jenes politischen Weltverbandes geschaffen werden, der mit der Idee der sozialen Umgestaltung verbunden ist. Nach der Pariser Kommune schrieb K. Marx die berühmten Worte: „Die Arbeiterklasse kann nicht einfach die Staatsmaschinerie ergreifen und sie für ihre Zwecke in Bewegung setzen.“ Es seien Veränderungen in der staatlichen Organisation selbst erforderlich. Später, mit der Entwicklung des

Klassenkampfes des Proletariats und der Arbeiterorganisationen, haben wir uns noch mehr davon überzeugt. In meinem Buch „Der Staat, die Industrie und der Sozialismus“ habe ich zuerst das Fazit unserer Erfahrungen gezogen und die Entwicklung unserer Ansichten in dieser Frage geschildert. Jetzt verweise ich nur noch darauf, daß wir uns bei unserem Werk der internationalen Verbindung der Arbeiterorganisationen von Anfang an und später noch mehr von der Unzulänglichkeit der bestehenden staatlichen Abgrenzungen überzeugt hatten und gezwungen waren, ein gemischtes national-territorial-politisches System anzuwenden. Es zeigt sich, daß es eine der Aufgaben des Sozialismus sein würde, die staatlichen Abgrenzungen auf eine vernünftige Grundlage zu bringen. Die Selbständigkeit der einzelnen Nationen und ihr internationaler Verband — das ist der staatliche Zukunftsgedanke des Sozialismus.



II. Offener Brief an die Zeitung „Nasche Slowo“ in Paris.

(Der Brief wurde von mir am 11. April 1915 der Redaktion dieser sozialdemokratischen Zeitung durch einen Vertrauensmann übermittelt. Er war die Antwort auf Angriffe, die in der Zeitung gegen mich erfolgt waren. Wie mir Parteifreunde mitgeteilt haben, hatte die Redaktion wiederholt die Absicht, meine Zuschrift zu veröffentlichen, konnte sich aber bis zum heutigen Tag nicht dazu entschließen. Sie unterdrückte meinen Artikel vor ihren Lesern. Diese Revolutionäre, die über die Kompromißsucht der deutschen Sozialdemokratie nicht genug schimpfen können, schließen selbst einen Kompromiß mit der Lüge und leisten der französischen und der russischen Zensur freiwillige Helferdienste. Sie fürchten nur die Wahrheit, sonst nichts in der Welt.)

WIR können uns nicht damit zufrieden geben, daß die sozialistischen Parteien für diesen Weltkrieg keine Verantwortung haben. Denn die politischen Veränderungen, die der Krieg zur Folge haben wird, die neue Verteilung der Staatsgewalten, die Erstarkung des europäischen und des Welteinflusses dieser oder jener Mächte sind nicht gleichgültig für das Prole-

ariat, sondern sie werden unbedingt die Bedingungen und den Gang des proletarischen Klassenkampfes stark beeinflussen. Soweit die Sozialdemokratie imstande ist, einen Einfluß auszuüben, damit die Folgen des Krieges sich zugunsten des Proletariats gestalten, muß sie es tun. Insoweit trägt sie folglich auch die Verantwortung für die Folgen des Krieges. Wenn wir in Friedenszeiten, um mit K. Marx zu sprechen, leicht dem „parlamentarischen Kretinismus“ verfallen könnten, d. h. der Ignorierung der großen geschichtlichen Ereignisse, wie Kriege, Revolutionen, Handelskrisen, die außerhalb der Mauern des Parlaments verlaufen, so droht uns jetzt der **revolutionäre Kretinismus**, d. h. die Ignorierung des Verlaufes, der Entwicklung und der Folgen der ausgebrochenen Weltkatastrophe unter dem Deckmantel einer allgemeinen und reinen Propaganda der Revolution.

Hierher gehören auch andere ideologische Formeln, wie die Propaganda des Friedens während des Krieges, die Propaganda der allgemeinen Idee der Internationale usw. Das sind alles sehr schöne Sachen, und es ist immer gut, ihre Notwendigkeit nachzuweisen. Aber das entscheidet nicht die Kernfrage, die der Krieg uns gestellt hat, befreit uns nicht von der Notwendigkeit, an den Ereignissen teilzunehmen und den Versuch zu machen, ihren Verlauf zu beeinflussen.

Was würde uns unsere ganze Propaganda des allgemeinen Friedens und der Internationale nützen, wenn der Krieg mit dem Sieg des russischen Zarismus enden würde? Dieser Zarismus würde, nachdem er im Glanze der Siege seine Autorität in der auswärtigen und inneren Politik hergestellt haben würde, unterstützt von der nationalistischen Bourgeoisie, gestützt auf 200 Millionen Einwohner und eine sich entwickelnde Industrie, den Militarismus und Imperialismus bis zu ihren höchsten Potenzen entwickeln und Europa seine Gesetze diktieren. Deshalb war, nach meiner Meinung, die erste Aufgabe der Sozialdemokratie in diesem Kriege, dem Triumph des zarischen Rußland entgegenzutreten.

Es ist notwendig, daß die zarische Armee zerschmettert wird! Das ist der Grund, weshalb die Sozialdemokratie in Deutschland und in Oesterreich-Ungarn die Kriegsoperationen unterstützen und den Sieg der verbündeten Armeen erstreben mußte.

Man könnte mir entgegen, daß auch ein anderer Ausgang möglich wäre, nämlich die Erschöpfung der kriegführenden Parteien, ohne entscheidenden Sieg auf der einen oder der anderen Seite, und daß ein solcher Ausgang vom Gesichtspunkte der Internationale am meisten erwünscht wäre. Jedoch, selbst wenn man sich auf diesen Standpunkt stellen wollte, so würde man doch zugeben müssen, daß man der Kriegsarmee des Zarismus einen militärischen Widerstand entgegensetzen mußte, daß folglich für die Sozialdemokratie in Deutschland und Oesterreich-Ungarn die Taktik des Beiseitretens unmöglich war.

Ich glaube, diese Schlußfolgerung ist einfach und klar. Da aber der Krieg auch in die sozialistische Presse eine große Verwirrung der Ansichten hineingetragen hat, so will ich die gemachte Schlußfolgerung durch eine Untersuchung der Folgen nachprüfen, die eingetreten wären, wenn die Sozialdemokratie in Deutschland und Oesterreich-Ungarn einen anderen Weg eingeschlagen hätte.

Nehmen wir an, daß die Sozialdemokratie in Deutschland und Oesterreich-Ungarn mit aller Entschiedenheit gegen die Kriegsoperationen der verbündeten Regierungen aufgetreten wäre — was würde dann heute sein?

Zunächst, welche Wirkung würde das in Rußland gehabt haben? Selbstverständlich würde das die revolutionäre Energie unserer russischen Genossen gehoben haben. Jedoch die russische Sozialdemokratie hat sich ja auch jetzt schon gegen den Krieg erklärt. Allein ihr Einfluß war gleich Null. Die Industriearbeiter sind in Rußland noch nicht zahlreich genug, die Sozialdemokratie ist dort noch zu schwach, um einem Krieg die Popularität zu entziehen, den der Zarismus unter voller Zustimmung der herrschenden Klassen führt. Also würde sich in Rußland nichts verändert haben und die zarische Armee würde in materieller und moralischer Beziehung dieselbe Kraft zeigen wie gegenwärtig. Dafür aber würde sich in Deutschland und in Oesterreich-Ungarn im Falle eines Widerstandes seitens der Sozialdemokratie gewiß vieles verändert haben. Statt Begeisterung würde die Sozialdemokratie Zwietracht und Demoralisation in die Armee hineingetragen haben. Was aber würden unsere

französischen Genossen getan haben? Könnte man annehmen, daß sie Barrikaden in Paris errichten würden, um den Frieden mit Deutschland durchzusetzen? Ich glaube, im Gegenteil, daß die französische Armee unter dem Vorwand, die revolutionäre deutsche Sozialdemokratie zu unterstützen, mit noch größerer Begeisterung ihren Marsch nach Berlin unternehmen würde. Sie würde auf ihrem Wege der deutschen Armee begegnen; auf der anderen Seite würden aber die Zwistigkeiten und die Demoralisation, der Verlust an Zeit, die im Anfang des Krieges besonders wichtig ist, die Energie der deutschen Heere offenbar schwächen und den zarischen Armeen das Eindringen nach Deutschland und den Weg nach Berlin erleichtern.

Also würde die sogenannte revolutionäre Taktik der Sozialdemokratie in Deutschland und Oesterreich-Ungarn entweder an dem Widerstand der Massen scheitern oder dem russischen Zarismus in die Hand spielen.

Im Interesse des Proletariats ist es aber umgekehrt wichtig, nicht nur dem Zarismus einen genügend starken Widerstand zu leisten, sondern dessen militärische Macht so entschieden wie möglich zu schlagen und die von ihm geschaffene staatliche Zentralisation zu beseitigen. Je entschiedener die militärische Niederlage Rußlands sich gestalten wird, desto erfolgreicher wird die Arbeit der russischen Revolution sein. Zugleich erfordert die Demokratisierung Rußlands, daß an Stelle dieser ungeheueren staatlichen Zentralisation, die sich auf die herrschende russische Nation stützt, ein freier Verband aller Nationalitäten des großen Reiches tritt, der jeder von ihnen eine selbständige Entwicklung sichern würde. Dies ist auch eine unabwendbare Bedingung, ohne die eine Föderation der europäischen Staaten nicht verwirklicht werden könnte.

Im Sinne des Einflusses auf die innere Entwicklung Rußlands sehe ich keinen qualitativen Unterschied zwischen dem gegenwärtigen Krieg und dem russisch-japanischen, der ihm voranging. Der Unterschied entstand nur im Bewußtsein der russischen Intelligenz, denn seit jener Zeit vollzog sich ihre Zersetzung, die Flucht eines bedeutenden Teiles von ihr aus den Reihen des kämpfenden Proletariats, spielte sich ihre „Gottessehnsucht“,

„Gottesschöpfung“ ab und schließlich die Rückkehr der verlorenen Söhne in den Schoß der Bourgeoisie, die ihr „nationales Gesicht“ zum Vorschein brachte. Die russische Intelligenz, bis auf bekannte Vertreter des Sozialismus, wurde nationalistisch.

Die europäische Sozialdemokratie wurde vom russisch-japanischen Krieg wenig berührt. Selbstverständlich würde es auch damals die Autorität der zarischen Regierung sowohl in Rußland selbst wie in der auswärtigen Politik gestärkt haben, wenn die russische Armee siegreich gewesen wäre; aber Europa war doch nicht, wie diesmal, von der unmittelbaren und ungeheueren Gefahr des Zarismus bedroht. Immerhin haben wir damals gehofft, daß die Niederlage der zarischen Armee der russischen Revolution die Wege bahnen würde; jetzt, da die Lebensinteressen der europäischen Demokratie unmittelbar berührt werden, müssen wir alle Opfer bringen, daß diese Niederlage erreicht werde.

Als ich unter euch war, im Brand der revolutionären Ereignisse, sagte ich zu euch: „Wenn es sich nur darum handeln würde, Rußland ein parlamentarisches Regime zu verschaffen, so würde ich ruhig in Deutschland verbleiben, wo dieses Regime bereits seine Geschichte hat. Aber der Sieg der russischen Revolution würde dem Klassenkampf des Proletariats in Europa einen Stoß nach vorwärts geben. Das ist es, was ich will.“ Darum lösten sich für mich alle taktischen Fragen der russischen Revolution leicht und einfach. Darum sehen Sie mich auch jetzt, wo es sich nicht um den Sieg der russischen Revolution, sondern um den Sieg der zarischen Armeen handelt, im Verein mit der deutschen Sozialdemokratie auf der Seite des deutschen Generalstabs.

Bei dieser Gelegenheit, da Sie in Ihrem Artikel die Frage aufwerfen, ob ich als russischer oder als deutscher Sozialdemokrat aufträte, antworte ich Ihnen, daß ich mich als deutschen Sozialdemokraten betrachte. Ich bin in Rußland geboren und weiß sehr gut, was ich der russischen Literatur, besonders Uspenski, Stschedrin und Michailowski zu verdanken habe, aber ich nehme seit 1887 an dem geistigen Leben der deutschen Sozialdemokratie teil, ich habe während dieser Zeit mit ihr zusammen alle Veränderungen, Schwankungen und Bestrebungen des proletarischen Klassenkampfes durchgemacht — ich bin mit ihr unzertrennbar

verbunden. Mehr noch! Den literarischen Phrasendreschern gegenüber, die in Deutschland nur das Junkertum und den Militarismus sehen, bin ich bereit, mich als Anhänger der germanischen Kultur zu erklären. Das soziale und geistige Leben Deutschlands ist komplizierter und tiefer als in irgendeinem anderen Lande, wenn es auch nicht so farbenprächtig ist. Die Neigung zur Verallgemeinerung und zur Systematisierung, die seit jeher den deutschen Kulturtypus charakterisiert, offenbart sich auf dem Boden der praktischen Tätigkeit in der **Organisation**; das zeigte sich in der deutschen Sozialdemokratie und den Gewerkschaften, wie auch in der deutschen Industrie, in der Kommunalwirtschaft, im Militarismus wie auch in der Staatsordnung. Aber die Organisationsfähigkeit ist doch gerade jene Kulturkraft, auf der sich der Sozialismus aufbaut.

Vor dem Krieg haben sich die französischen Sozialisten auch nicht im geringsten gescheut, anzuerkennen, daß es für sie in Deutschland vieles zu lernen gibt; von den russischen gar nicht erst zu reden. Der Krieg brach aus und plötzlich verwandelten sich in ihren Augen die Deutschen in Barbaren. Das beweist nur, daß sie selbst vom Blendwerk des bürgerlichen Liberalismus, der sich für die Blüte der Zivilisation ausgibt, betört wurden.

In der Frage der Demokratie ist für mich ein wichtiges Merkmal die Entwicklung und die Macht der Arbeiterorganisationen, denn diese bilden selbst einen Bestandteil der Demokratie. Deshalb ist für mich Deutschland, trotz seiner monarchischen Regierungsform, ein demokratischeres Land als Frankreich.

Die Verwirklichung unserer sozialen Ideale erfordert, daß das Proletariat an die Macht gelange — hier wie dort. Aber das kann nicht dadurch erreicht werden, daß die Sozialdemokratie sich außerhalb der Ereignisse stellt, sondern nur durch ihr Eingreifen in die Ereignisse. Ich wies und weise zurück die Taktik der grundsätzlichen Untätigkeit, der allgemeinen Verneinung, hinter der sich stets und überall politische Schwäche und Gedankenfeigkeit verbargen.

Ich erinnere die russischen Genossen daran, wie wir zusammen anfangs des russisch-japanischen Krieges Pläne des Aufstandes der Kriegsflotte im Schwarzen Meer erörterten und in den militäri-

schen Niederlagen der zarischen Armee das Unterpfand für den Sieg der Revolution erblickten. Jetzt muß ich nur bedauern, daß den Türken nicht genügend Kriegsschiffe zur Verfügung stehen, damit sie die Herren im Schwarzen Meere werden.

Heißt das, wie von Trotzki insinuiert wird, daß ich Jungtürke geworden bin? Gewiß, ich bin kein Anhänger des alttürkischen Gedankens; aber wenn Trotzki damit zu verstehen geben will, daß ich in Sofia oder sonst irgendwo das jungtürkische Regime verteidigt habe, so sind das unverschämte und alberne Lügen. In Sofia habe ich die türkische Frage überhaupt nicht berührt. In der Türkei habe ich von den ersten Tagen meiner Anwesenheit dort bis zu den letzten das jungtürkische Regime wegen seiner ungenügenden Demokratie kritisiert. Ich war einer der ersten, der dieses Regime auch vom Standpunkte der Interessen der muselmanischen Volksmassen kritisierte und die Frage des anatolischen Bauern auf die Tagesordnung brachte. Aber ich kritisierte auch die finanzielle Raubwirtschaft und die politischen Banditenpraktiken der europäischen Mächte in der Türkei und deckte auf Grund der Geschichte der türkischen Staatsschuld das System der Schuldknechtschaft auf, das sie dort errichtet hatten. Ich glaube an die Modernisierung der Türkei, und als das Ministerium Kiamil-Pascha den Versuch gemacht hatte, das alte Regime wieder herzustellen, kritisierte ich es mit aller Schärfe und sagte seinen Sturz voraus, etwa zwei Wochen, bevor es wirklich geschah. Seitdem existieren die Alttürken nicht mehr, während inmitten der Jungtürken sich eine demokratische Strömung vorbereitet, der es bestimmt ist, in der Gesundung des politischen Lebens und der Einigung der nationalen Elemente, die das ottomanische Reich bilden, eine große Rolle zu spielen.

Den griechischen Gedanken der Wiederherstellung von Byzanz betrachte ich als Utopie. Dagegen, daß das zarische Rußland sich an den Meeresengen festsetze, trete ich aus den gleichen Gründen auf, aus denen ich die Zergliederung der ungeheuren staatlichen Zentralisation verlange, die das Selbstherrschertum geschaffen hat. Im besonderen, wenn Rußland Konstantinopel besetzt, werden die Balkanstaaten in russische Gouvernements verwandelt werden. Das widerspricht den sozialistischen Plänen.

die auf einer vollständigen Entwicklung der einzelnen Nationalitäten und ihrer freien Vereinigung beruhen.

Was noch? Der gegenwärtige Krieg war für mich keine Ueerraschung. Ich habe ihn wiederholt vorausgesagt und auch gewußt, daß die sozialistischen Parteien nicht imstande sein werden, ihn zu verhindern. Darum machte ich den Krieg selbst zum Ausgangspunkt unserer Taktik.

Vor allem muß die militärische Macht des Zarismus, dieses stärksten Stützpunktes der Reaktion, gestürzt werden. Zu diesem Zweck muß man sich der vorzüglichen Armeearganisation bedienen, die der deutsche Generalstab geschaffen hat. Die weiteren Aufgaben werden sich von selbst in dem Maße ergeben, wie der Zusammenhang zwischen den Volksmassen und der Volksarmee erstarken wird.

Parvus.

Das Theater während des Krieges.

Von Edgar Steiger, München.

AUF den Brettern, die die Welt bedeuten, spazieren wieder Dr. Klaus, Leutnant Reif-Reiflingen und der Herr Bibliothekar herum. Es sind alte, liebe Bekannte, die man längst gestorben und begraben glaubte. Aber sie leben noch und schmunzeln, obwohl das Alter tiefe Runzeln in ihre vergilbten Gesichter gegraben hat, so selbstzufrieden, wie vor 30 Jahren, da sie sich den entzückten Berlinern als die lachenden Erben der Sieger von Wörth, Gravelotte und Mars-la-Tour vorstellten. Und die Wirtin vom Weißen Rößl fehlt auch nicht bei dieser Ausmusterung der Untauglichen. Andächtig steht sie daneben, faltet die Hände über dem dicken, mit einer keuschen, schneeweißen Schürze bedeckten Bauche und schmachtet die alten Herren, die in unverwüstlicher Gesundheit ihren Rotspon trinken, ebenso verliebt an, wie die Backfische unten auf den Sperrsitzen den Schwerenöter von Veilchenfresser und Lilienknicker, der sich mit dem Monokel in ihre zitternden Herzen hineinblitzt. Ein rührender Anblick. Und lehrreich zu gleicher Zeit. Man glaubt sich in die friedlichen Tage der seligen Marlitt zurückversetzt, da Georg Ebers und Julius Wolff als Klassiker galten und Paul Lindau, der unbarmherzige Gesellschaftskritiker, und Oskar Blumenthal, der moderne Aristophanes, sich gegenseitig zu Berühmtheiten hinaufschimpften. Als ob unterdessen gar nichts geschehen wäre! Als ob der frisch-frei-fröhliche Kampf um die neue Dichtung, den wir in unserer Jugend miterlebten, gar nicht stattgefunden hätte! Als ob unsere Studenten immer noch das stumpfsinnige Anstichlied sängen:

„Europa hat Ruhe, Europa hat Ruh’.
Und wenn Europa Ruhe hat,
So hat Europa Ruh’.“

Was tut es, daß Europa sich augenblicklich verblutet und daß Deutschland mit der halben Welt einen heldenmütigen Kampf auf Leben und Tod besteht? Das Theater — und zumal ein Hoftheater — ist ja die Welt des schönen Scheins und lebt, hoch über der brutalen Wirklichkeit, im Reich der Ideale. Der Herr Direktor oder Intendant merkt zwar deutlich genug, daß Krieg ist. Seine besten Schauspieler sind schon vor Jahresfrist freiwillig unter die Soldaten gegangen, um ihr Vaterland zu verteidigen, und was damals noch blieb, ist unterdessen zum Landsturm eingezogen worden. Aber neben dem Kriegstheater draußen ist nun einmal das Kriegstheater drinnen da, wie die Idylle neben der Tragödie. Und das Theaterspielen ist so gut wie das Totschlagen in dieser wahnsinnigen Zeit, da die ganze Welt auf dem Kopf steht, zu einer tragischen Notwendigkeit geworden oder, wenn man lieber will, zu einem Stück sozialer Kriegsarbeit, wie sie die zu Hause Bleibenden zu verrichten haben, während die anderen draußen in den Schützengräben für sie das Blut verspritzen. Wär' es auch nur, um die Künstler, die sonst brotlos wären, während der Kriegsdauer über Wasser zu halten.

Damit nun aber der grelle Widerspruch zwischen der grausamen Wirklichkeit und der sanften Nachäfferei des Lebens den Beteiligten weniger zum Bewußtsein käme, versuchte man anfangs, so gut es eben ging, den Spielplan, wie Schmock so schön zu sagen pflegt, „dem Ernste der Zeit entsprechend“ umzugestalten. Was lag dabei näher, als daß das Theater patriotisch wurde? Wohlverstanden: patriotisch im guten wie im schlimmen Sinne. Kleists knorrige Hermannsschlacht war gewiß die beste Begleitmusik zum Beginn des deutschen Volkskrieges, während Heinrich Lees phrasenreiche „Grüne Ostern“, mit denen die Münchener Kammerspiele der Zeit den Tribut zahlten — nebenbei gesagt, ein Festspiel vom Jahre 1813, in dem die Kosaken als unsere Brüder und Erlöser erscheinen —, gar nicht recht zum heutigen Weltkrieg stimmen wollten, in dem wir Deutsche doch als die Testamentsvollstrecker des großen Napoleon die europäische Kultur von den Segnungen des Zarismus und der englischen Kontinentalsperre befreien wollen. Von faulen Tingel-

tangelscherzen, wie Klabunds „Kleines Kaliber“, das hintereinander die über dem Krieg brütenden Russen in Anlehnung an Gorkis „Nachtasyt“, den französischen Präsidenten und die Generale, natürlich in einem chambre séparée, und endlich die spleenigen Engländer im Londoner Werbebureau unter rücksichtsloser Plünderung unserer Witzblätter vorführt, gar nicht zu reden.

Es wäre töricht, sich über solchen dramatischen Kitsch aufzuregen. Er pflegt sich in Zeiten patriotischer Begeisterung mit verblüffender Pünktlichkeit einzustellen. Es ist zwar Fabrikware schlimmster Sorte, wie etwa die mit dem Bilde des Kaisers oder des bayerischen Kronprinzen geschmückten Taschentücher, die profitwütige Leinwand- und Baumwollfirmen als Köder auf den Markt werfen, um damit die Schmalzlerkunden in ganz Deutschland einzufangen, aber, wie gesagt, eine unausbleibliche Begleiterscheinung der patriotischen Massensuggestion. Was den Völkerpsychologen nachdenklich macht, ist nur die verblüffende Wiederkehr derselben Geschmacklosigkeiten nach einem ganzen Menschenalter. Die Geburt des Leutnants Reif-Reiflingen fiel mitten in die Aufregungen der Gründerjahre nach dem Siebziger Kriege, da der deutsche Experte auf der Weltausstellung von Philadelphia für die Erzeugnisse der deutschen Industrie das harte Wort „billig und schlecht“ prägte. Damals, vor dem großen Krach, herrschte also herzliche Uebereinstimmung zwischen materieller und geistiger Produktion, soweit sie für den Massenvertrieb in Kaufhäusern und Theatern bestimmt war. Wie haben sich aber inzwischen die Zeiten geändert! Heute marschirt die deutsche Industrie an der Spitze von ganz Europa, und die Güte der von ihr hergestellten Waren wird von keiner anderen Nation übertroffen. Von der erstaunlichen Leistungsfähigkeit, die sich gerade im heutigen Weltkriege so glänzend bewährte, gar nicht zu reden. Aber Reif-Reiflingen spaziert immer noch auf der Bühne herum, als wenn es 1874 keinen Krach gegeben hätte und als wenn ein Ibsen und ein Gerhart Hauptmann, um nur zwei Namen zu nennen, ganz unbekannte Leute wären. Da fragt man sich denn doch verzweifelt: Wie ist es möglich? Nicht als ob man nicht wüßte, daß unser Theaterpublikum im Theater zunächst Unterhaltung sucht und auch der

kunstbegeisterte Direktor ab und zu dem Geschmack des Publikums ein Opfer bringen muß. Aber warum gerade diese abgestandenen Schwänke von anno dazumal, diese augenverdrehenden Gliederpuppen, die mit unfehlbarer Sicherheit ihr geistloses Sprüchlein piepsen, wenn sie der Autor mit dem Finger auf die Magengrube drückt? Der viel verleumdete Naturalismus, aus dem alle moderne Kunst erwachsen ist, so gerne sie auch ihren Vater verleugnet, hat nämlich überall, wo er anstriefte, abgefärbt. Auch die Unkunst hat von ihm gelernt, und sogar der Köchinnen-Roman von heute führt, so seltsam es klingt, seit den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts eine andere Sprache. Nur Reif-Reiflingen schnarrt ruhig in der alten Weise weiter. Sonderbar, höchst sonderbar! Auf den ersten Blick stehen wir hier vor einem Wunder. Sieht man aber näher zu, so findet auch dieser Rückfall ins Kindliche oder, besser gesagt, Kindische seine ganz natürliche Erklärung. Erstens ist der Spießbürger — und schließlich gibt er im Theater doch den Ton an — in Sachen der Kunst wie in allen anderen Dingen konservativ und schwärmt über alles gern von der guten alten Zeit. Dann aber verwechselt er auch sonst mit Vorliebe Gesinnung und Gestaltung oder, deutlicher gesprochen, Moral und Kunst. Die Altväterregel, daß die Kunst dazu da sei, den Menschen zu bessern und zu bekehren, steckt ihm zu tief im Blute, als daß er Kunst und Moral oder was er eben Moral heißt, zu trennen vermöchte. Moral aber ist ihm jede liebe Gewohnheit, jedes bekannte Wort, hinter dem sich je nachdem alles oder nichts denken läßt, jeder Ton, bei dem sich die Brust höher heben kann. Ist nun infolge großer und gewaltiger Ereignisse, die ein ganzes Volk aufrütteln und zum Selbstbewußtsein bringen, wieder einmal der Patriotismus Trumpf, so freut er sich schon, wenn er, sein Taschentuch ziehend, seine rote Schmalzlernase in Hindenburgs Gesicht vergraben kann, ohne zu fragen, ob diese patriotische Huldigung gerade angebracht ist. Ich hoffe, der Leser wird diese Gleichnisrede verstehen. Den armen Feldgrauen, die unsere Dramenschreiber im letzten Jahre aus dem Schützengraben aufs Theater geschleppt haben, geht es nämlich auf der Bühne um kein Haar besser, als Hindenburg im Taschentuch des Schnupfers.

Was sie da zu tun und zu sagen bekommen, ist oft so albern, daß die patriotischen Autoren von Glück sagen können, wenn sie keiner der Braven gerichtlich belangt. Aber was soll man erst zu der Begeisterung sagen, mit der unsere jungen Damen heute, wo ihre Brüder und Verlobten im Schützengraben draußen Tag für Tag dem Tod ins Auge schauen, noch immer, wie vor dreißig Jahren, dem Fliegenden-Blätter-Leutnant der Moserschen Schwänke zujubeln, dessen tödliche Waffen Monokel und Schnurrbartbinde sind? Da gefällt mir der begeisterte Stammtischpolitiker, der vor lauter Patriotismus seinen Hindenburg anschneuzt, noch tausendmal besser.

Doch genug des grausamen Spiels. Das alles liegt, wenn mich nicht alles täuscht, jetzt, wo ich diesen Jahresrückblick niederschreibe, glücklicherweise hinter uns. Vereinzelte Rückfälle, wie die Aufführung des Bibliothekars im Residenztheater, sind hoffentlich Ausnahmen, die nur die Regel bestätigen. Schon längst haben die Kammerspiele mit ihrem Strindberg-Zyklus, der ein Dutzend ausverkaufte Häuser brachte, und mit einer überaus stimmungsvollen Aufführung der genialen Kindertragödie „Frühlings Erwachen“ von Wedekind, die an der neuen Stätte ihres Erscheinens die alte Anziehungskraft bewahrte, in die Bahnen ernster Kunst eingelenkt, und Schauspielhaus und Hoftheater sind ihnen gefolgt. Darüber das nächste Mal.

Glossen.

Der reine Tor — —
 mich dünkt ihn zu erkennen.
 Amfortas.

Von „Reinen Toren“.

PARSIFAL macht Schule. Seine Nachgänger — die, von denen wir reden, wohnen zufällig in Bayreuth — sind freilich nicht durch „Mitleid wissend“, vielmehr ruft ihr Wissen Mitleid hervor. Aber zum Glück erfreuen sie sich und andere durch den humoristischen Beigeschmack ihrer Taten. Mr. — oder wie er sich lieber nennen hört — Herr Houston Stuart Chamberlain beschenkte Deutschland bereits früher mit seinen „Grundlagen“, worin die alldeutschen Ueberspanntheiten mit dem Ernste eines gargantuaischen Kämpfers in ein rassentheoretisches Gewand gehüllt werden. Der französisch-englisch-deutsche Chamberlain hat seit Kriegsausbruch das einträglliche Geschäft des begeisterten Renegaten in Kriegsaufsätzen fortgeführt, worin er alles Englische in Grund und Boden verdammt und alles Deutsche überaus herrlich und schön findet. Engländer sind nach ihm „nur eine Nation von Schafen“, sie setzen sich aus „Sklavenhaltern, Viehhaltern und Bergwerksaufsehern zusammen“. Damit wird sogar der „Englandkenner“ Werner Sombart übertrumpft.

Kann es bei so wunderbarer Selbsterkenntnis erstaunen, wenn ein anderer Mann der „Wissenschaft“ und Mitbürger Chamberlains, nämlich Dr. Heinrich Molenaar, sein Schwert gegen Chamberlain zieht, um Englands Ehre zu retten und Deutschlands angebliche Kultur in die Molenaarsche Beleuchtung zu setzen, welche natürlich die wahren Züge des deutschen Geistes offenbart. Nach Dr. M., Theomonist, Soziokrat und deutscher Imperialist, hat sich Deutschland des Anspruches, ein Kulturvolk zu umfassen, allein schon deshalb begeben, weil man daselbst „der Indianersitte des Tabakqualmens“ ganz allgemein huldigt. Der

andere Teil der Welt erscheint dem Herrn Doktor ein geräumiges Abteil für Nichtraucher zu sein. Außerdem gibt es in Deutschland noch den Impfwang, und was wohl das Schlimmste ist, das deutsche Volk hat die zufällig von Dr. Molenaar erfundene, auf „griechisch-lateinisch-romanischer Grundlage“ aufgebaute Kunstsprache Universal noch immer nicht angenommen. Man sieht: der Gegner Chamberlains hat allen Grund, dem deutschen Volke und seiner angeblichen Kultur gram zu sein. Aber es wird ihm der Weg zur Besserung gewiesen! Von Chamberlainschen Irrwegen kann es den Pfad zur wahren Kultur zurückfinden, wenn es erstens: die Molenaarsche Broschüre „Anti-Chamberlain“ und die darin enthaltene Anweisung „Die Entwicklung Deutschlands zum Kulturstaat“ kauft. Zweitens die vielen dort angepriesenen anderen Schriften desselben Verfassers kauft und endlich das Tabakrauchen und den Impfwang abschafft! Dafür aber die Kunstsprache Universal anschafft!

Man muß Herrn Chamberlain noch dankbar sein, daß er in brücker Weise den Vorschlag seines Mitbürgers, sich in persönlicher Aussprache über die beiderseitigen krausen Begriffe, mit denen beide den deutschen Büchermarkt befruchten, zu ergehen, ablehnte. Sonst hätten wir des Bayreuther Satyrspieles inmitten der Welttragödie entbehren müssen. Die Welt hätte dabei freilich nichts verloren, aber als Zeichen der Zeit, wie sicher fundamentierte ein reines Torerium inmitten einer Weltkatastrophe da steht, mag es immerhin registriert werden.

—c.—

Vom Tage.

Die **deutsch-österreichisch-ungarische Wirtschaftsannäherung** findet in den Kreisen der Großindustrie der Donaumonarchie nur wenig Entgegenkommen. Man fürchtet dort, daß das vermehrte Absatzbedürfnis Deutschlands nach dem Krieg zu Preisen befriedigt werden würde, die einen Wettbewerb Oesterreichs bedeutend erschweren könnten. Unter Bezugnahme auf eine Aeußerung Paasches, „den Absatz, den unsere (die deutschen) für den Weltmarkt arbeitenden Industrien sicherlich für Jahre hinaus in dem uns jetzt feindlichen Ausland und seinen Kolonien verlieren, wollen wir beim Bundesgenossen gewinnen, nicht auf dessen, sondern unserer Feinde Kosten“, sagt die Zeitschrift des österreichischen Industriellen-Klubs: „Einen Ersatz können die Märkte Oesterreich-Ungarns dem Deutschen Reiche nicht bieten. Es sei denn, daß wir in Oesterreich-Ungarn die Mehrzahl der Industriebetriebe schließen. Die Befürchtung von einem schärferen deutschen Wettbewerb kann nicht von der Hand gewiesen werden und deshalb müssen die Einzelheiten der wirtschaftlichen Annäherung sorgfältig auf ihre Folgen studiert und geprüft werden.“

Der von Paasche auf Deutschlands Feinde gezogene, vorläufig noch nicht angenommene Wechsel bietet den Oesterreichern allerdings einen schlechten Ersatz für die Aussicht der Bedrohung der eigenen industriellen Entwicklung durch die wirtschaftliche Annäherung der beiden Reiche. Man wird auch nicht fehl gehen, wenn man die Anregungen Paasches „auf unsrer Feinde Kosten“ in Verbindung bringt mit den vom Bunde der Vertreter (siehe Heft 2 der Glocke) angestrebten Vorzugszöllen für Oesterreich und Kampfzöllen gegen die anderen Länder, sowie der vollständigen Aufhebung der Meistbegünstigung.

Kriegsgesetze des In- und Auslandes. Soeben erscheint im Buchhandel (Verlag Wilhelm Braumüller, Wien) unter dem Titel „Der Wirtschaftskrieg“ die zweite Auflage der von der Wiener Handels- und Gewerbekammer herausgegebenen Sammlung der in den kriegführenden Staaten verfügten Maßnahmen gegen das feindliche Privatvermögen. Der Umfang der Broschüre ist von 57 auf 172 Seiten angewachsen. Während bei der ersten Auflage die Originaltexte der feindlichen Verordnungen nur in geringem Maße verwendet werden konnten, zeichnet sich die vorliegende Ausgabe dadurch aus, daß fast durchwegs verlässliche Texte, sei es in der betreffenden Sprache selbst, sei es in verlässlicher Uebersetzung zur Verfügung standen. Die Broschüre wird den am internationalen Rechts- und Wirtschaftsleben interessierten kaufmännischen und juristischen Kreisen ein sehr nützlicher Behelf sein. Das sorgfältig gearbeitete Inhaltsverzeichnis erleichtert wesentlich die Benützung der nach Staaten, innerhalb der Staaten systematisch angeordneten Sammlung.

Die **Abnahme der Gesamtausfuhr Englands** für die Zeit vom 1. Januar bis Ende August 1915 beziffert sich nach dem Londoner „Economist“ auf 76 Millionen £, die Zunahme der Einfuhr für den gleichen Zeitraum auf 96 Millionen £. Die Ausfuhr verringerte sich in den ersten 8 Monaten 1915 um 22,6 Prozent, die

Einfuhr nahm dagegen um 20,2 Prozent zu. Aus diesen Ziffern ergibt sich ein klares Bild der zunehmenden Passivität der englischen Handelsbilanz wie der Ursachen des sinkenden Sterlingkurses. Der „Economist“ bemerkt zu den bekannt gegebenen Zahlen, daß man bedauerlicherweise aus ihnen nicht ersehen könne, was England tatsächlich von Amerika gekauft habe, sei es für sich selbst oder für seine Verbündeten. Nicht zu übersehen ist hier ferner die Unzuverlässigkeit der englischen Einfuhrstatistik. In ihr sind nicht enthalten „gewisse Güter, die im Augenblick der Einfuhr Eigentum der Regierung S. Majestät werden“. Demnach ist der während des Krieges sehr umfangreiche Regierungsbedarf nicht in den offiziell angegebenen Zahlen enthalten.

Notizen.

Chinesische Bankgründungen. Der chinesische Finanzminister plant, wie der „Ostasiatische Lloyd“ berichtet, die Gründung von zwei halbstaatlichen Fachbanken, eine für Bergbau, die zweite für andere Industrien. Sie sollen besser, als es die Verkehrsbank vermag, zur schnellen Erschließung des Landes beitragen. Die Kapitalien werden halb private, halb staatliche sein. Für die Gründung der chinesisch-amerikanischen Bank, die bevorsteht, wird in der Presse Wert darauf gelegt, daß die chinesischen Kapitalisten den Amerikanern gleichgestellt sein sollen und nicht wie in der russisch-asiatischen Bank bloß als Puppen erscheinen.

Der Welthandel hat sich in den letzten 25 Jahren in Wellenlinien von 64 auf 159 Milliarden erhöht. Während sich jedoch der Welthandel Europas in der Zeit von 1886—1911 von 46 auf 106 Milliarden hob, steigerte sich der der übrigen Erdteile von 18 auf 53 Milliarden. Die relativ stärkere Beteiligung der außer-europäischen Erdteile an der Mehrung ist auf die rasche kulturelle Entwicklung rückständiger Länder, die Bevölkerungszunahme und die Produktion von für Europa notwendigen Rohstoffen zurückzuführen.

Nach Barm's Welthandel nahmen an der Vermehrung des Gesamt-Welthandels von 1886—1911 die einzelnen Länder Europas in diesem Verhältnis teil:

Deutschland	von 6,3	Prozent	auf 19,2	Prozent
England	„ 12,6	„	„ 25,2	„
Frankreich	„ 7,6	„	„ 14,3	„
Belgien	„ 4,1	„	„ 10,1	„
Rußland	„ 2,0	„	„ 6,5	„
Oesterreich-Ungarn	„ 2,2	„	„ 5,0	„
Italien	„ 2,1	„	„ 4,7	„

Der deutsche Außenhandel (Einfuhr und Ausfuhr) mit den kriegführenden Staaten betrug 1912 8682 Millionen. Die Unterbindung des deutschen Handelsverkehrs mit den kriegführenden Ländern wird auf etwa 45—50 Prozent geschätzt.

An den deutschen Kriegsanleihen — rund 25¹/₂ Milliarden in einem Jahre — sind die Sparkassen in dieser Weise beteiligt:

An der ersten Kriegsanleihe (4¹/₂ Milliarden) mit 884 Millionen,
an der zweiten Kriegsanleihe (über 9 Milliarden) mit 1977 Millionen.

Der Anteil der Sparkassen an der dritten Anleihe steht noch nicht fest, er wird aber jedenfalls den der früheren Quoten übertreffen. Der Anteil der Banken- und Bankiers-Zeichnungen, der vorwiegend aus den Kreisen des Handels und der Industrie stammt, betrug bei der zweiten Kriegsanleihe mehr als drei Fünftel der Gesamtzeichnungen. Nach Rießers Schätzung soll sich die Beteiligung aus diesen Kreisen für die dritte Anleihe noch höher stellen.

Zuschriften an die Redaktion der Glocke sind von jetzt an zu richten an Herrn Konrad Haenisch, Berlin-Steglitz, Friedrichruherplatz 4 part. / Adresse des Herausgebers: Dr. A. Helphand, Vodrofsvej 50B, Kopenhagen.

Während des Krieges werden nach Dänemark nur offene Briefe befördert.

Für die Redaktion verantwortlich: Karl Blasenbri, München / für den Verlag: Verlag für Sozialwissenschaft G.m.b.H., München / Druck: G. Birk & Co.m.b.H., München, Altheimereck 19.

DIE GLOCKE

Heft Nr. 4

15. Oktober

Jahrg. 1915

Nachdruck sämtl. Artikel mit ausführlicher Quellenangabe gestattet.

Das neue Rußland.

DIESER Krieg ist die Blut- und Feuertaufe eines neuen kapitalistischen Industriestaates, des größten, den die Geschichte bis jetzt gekannt hatte, des russischen Industriestaates. Schon in seinen Geburtswehen hat er die Welt erschüttert — danach ist zu bemessen, welche Stoßkraft er entwickeln wird, wenn er sich voll entfalten wird.

Daß Rußland nach jeder Niederlage noch größer und stärker als je emporwuchs, ist allgemein bekannt. Allein nicht bloß um diese geschichtliche Wahrnehmung handelt es sich. Es sind in Rußland gewaltige soziale Aenderungen vor sich gegangen, die in der Revolution zum Ausdruck kamen, im Krieg sich geltend machen und aus diesem ein neues Rußland emporsteigen lassen.

Inmitten der Niederlagen der zarischen Armeen, die ich seit zwei Jahrzehnten herbeisehnte, erkläre ich: Rußland gehört die Zukunft.

Die kurzatmigen Politiker, deren ganze Sehnsucht dahin geht, in den Zustand des alten Schlendrians zurückzukehren, und die deshalb sich selbst und die ganze Welt überzeugen möchten, daß die russische Gefahr bereits beseitigt sei, mögen sich doch wenigstens daran erinnern, welcher ungeheueren Anstrengungen es

bedurft hatte, auch nur so weit zu kommen, als man jetzt ist. Es war bereits ein anderes Rußland, das diesmal Europa entgegentrat, nicht mehr das Rußland des Krimkrieges oder des russisch-türkischen Krieges und nicht einmal mehr das Rußland des japanischen Krieges. Dieses neue Rußland wird sich nach dem Kriege riesenhaft entfalten, so daß die Politik Europas sowohl in wirtschaftlicher wie in allgemein politischer Beziehung sich nach dieser Richtung wird orientieren müssen.

Die Entwicklung dieses neuen, industriellen Rußland und die sozialen Kräfte, die dabei ausgelöst werden, hängen aber ihrerseits nicht unwesentlich vom Ausgang des Krieges ab und den politischen Veränderungen, die er in Rußland zur Folge haben wird. Die verschiedenen Möglichkeiten, die dabei zutage treten werden, lassen sich wissenschaftlich vorausbestimmen. Das soll der Zweck dieser Untersuchung sein.

Wir müssen uns zunächst eine Vorstellung bilden von der Größe des russischen Reiches, mit anderen Worten: von den Quantitäten, mit denen dort die Industrie arbeitet, und den Energien, die sie zur Entwicklung zu bringen vermag.

Das europäische Rußland — ohne Polen, Kaukasus und Finnland — umfaßt allein 4 889 000 Quadrat-Kilometer. Das ist fast zehnmal so viel als das Deutsche Reich.

Wenn man davon die nördlichen Gebietsteile, die Gouvernements Archangel, Olonez, Wologda und Perm abrechnet, so bleiben noch immer 3 146 572 Quadrat-Kilometer mit einem fruchtbaren Land und mitteleuropäischem Klima. Es ist nicht abzusehen, warum dieses Land bei industrieller Entwicklung nicht ebenso dicht bevölkert werden könnte, wie Deutschland. Dann würde es aber etwa 380 Millionen Einwohner umfassen.

Der Kaukasus umfaßt 469 220 Quadrat-Kilometer. Setzen wir die gleiche Volksdichtigkeit an, wie in der Schweiz, so erhalten wir mindestens 35 Millionen.

Für die **nördlichen Gouvernements** des europäischen Rußland wollen wir die Volksdichtigkeit **Finnlands** zum Maßstab nehmen. Das sind bloß zehn Seelen auf den Quadrat-Kilometer. Wir erhalten eine Volkszahl von rund 10 Millionen, was sicher eine sehr geringe Schätzung ist.

Sibirien umfaßt 12,4 Millionen Quadrat-Kilometer. Es ist ungefähr 25 mal so groß wie Deutschland. Die spärliche Bevölkerung hat sich den Wasserstraßen und der Eisenbahn entlang angesiedelt. Der Ausbau des Eisenbahnnetzes wird die Bevölkerung rasch vervielfachen. Nehmen wir selbst an, daß nur die jetzige Volksdichtigkeit des sibirischen Gouvernements Tomsk, das sind ca. vier Seelen auf den Quadrat-Kilometer, in ganz Sibirien erreicht werden sollte, so wird die Bevölkerung Sibiriens rund 50 Millionen betragen.

Die zentralasiatischen Besitzungen Rußlands, die sich ja unmittelbar an das Reich anschließen, umfassen — ohne Buchara und Chiwa — rund 3,5 Millionen Quadrat-Kilometer. Die Volksdichtigkeit der einzelnen Provinzen schwankt gegenwärtig zwischen 0,8 (Trans-Kaspien) und 14 (Fergana) Seelen auf den Quadrat-Kilometer. Nehmen wir auch die höchste Zahl als den erreichbaren Durchschnitt an, so könnte die Bevölkerung dieser Gebiete ebenfalls ca. 50 Millionen betragen.

Nun können wir eine Uebersicht der erreichbaren Bevölkerung Rußlands zusammenstellen:

Die gegenwärtige und erreichbare Bevölkerung des russischen Reiches.

	Bevölkerung	Erreichbare Volkszahl
Mitteuropäisches Rußland	116 Millionen	380 Millionen
Nordeuropäisches Rußland	6,5 „	10 „
Kaukasus	12,3 „	35 „
Sibirien	9,6 „	50 „
Zentralasiatisches Gebiet	10,7 „	50 „
Zusammen	155,1 Millionen	525 Millionen

Dabei sind Polen und Finnland nicht mitgerechnet.

Rußland hat für mehr als eine halbe Milliarde Menschen Platz. Das ist eine Mindestschätzung.

Nun braucht es allerdings viel Zeit, bis dieses ungeheuere Becken mit Menschen ausgefüllt wird. Denn die natürliche

Vermehrung des menschlichen Geschlechts ist gering und wird in allen Industrieländern durch die kapitalistische Ausbeutung noch besonders eingeschränkt.

Wir werden aber durch die von uns festgestellten Zahlen zunächst vor ein weltgeschichtliches Problem gestellt.

Rußland hat Platz für noch mindestens 370 Millionen Menschen. Das heißt, es könnte in seinen Grenzen, neben der einheimischen Bevölkerung, das gesamte übrige Europa unterbringen und es würde noch Platz bleiben für etwa 70 Millionen Menschen. Indessen gibt Europa Millionen von Menschen ab, die ihr Glück über dem Ozean suchen. Diese europäischen Auswanderer haben Nord- und Südamerika, Australien und Südafrika bevölkert, große Staaten aus Kolonien sich entwickeln lassen, indessen Osteuropa dünn bevölkert blieb. Das bedeutet: Das russische Reich hat den zivilisierten Völkern Europas den Weg nach dem Osten abgesperrt. Der Russe nahm den größten Platz im europäischen Bett ein und drückte die anderen an die Wand.

Europa ist zwischen den Völkern ungerecht verteilt. Die einen haben viel Land, die anderen wenig. Ich empfehle dieses Problem besonders der Aufmerksamkeit jener Israeliten, die den Internationalismus zum Ausgangspunkt ihrer politischen Betrachtungen machen. Denn der erste Grundsatz des Internationalismus müßte doch sein, daß keine Nation den anderen gegenüber bevorzugt werde. Ist es aber gerecht, daß die Russen ein gewaltiges fruchtbares Land besitzen, das sie nicht auszunützen verstehen, während das übrige Europa trotz der intensiven Bodenkultur sich Getreide aus aller Welt kommen lassen muß?

Nachdem der moderne Verkehr die Entfernungen überwunden hat, wird die Unzugänglichkeit Rußlands für die Völker Westeuropas hauptsächlich durch politische Hindernisse bedingt. Diese sind zweierlei Art. Erstens die Staatsordnung, die bis jetzt die soziale Entwicklung des Landes überhaupt zurückhielt und es deshalb für eine europäische Masseneinwanderung ungeeignet machte. Zweitens eine spezielle Regierungspolitik, die auf das Fernhalten aller fremden Elemente berechnet ist. Diese speziellen Hemmnisse sind besonders in den letzten Jahren vor dem Krieg

und während des Krieges zu einem System ausgearbeitet worden.

Das berüchtigte jüdische Ansiedlungsgebiet ist nicht das einzige, das die zarische Regierung kennt. Sie will die Freizügigkeit und Gewerbefreiheit jeden Europäers an den Grenzen des russischen Reiches aufhören lassen.

Die beste Lösung des Problems wäre die Umbildung Rußlands in eine Föderation selbständiger Staaten, etwa nach amerikanischem Muster. Wenn Sibirien selbständig werden sollte, so würde es ebenso um die Vermehrung seiner Bevölkerung durch Heranziehung von Emigranten besorgt sein, wie jetzt Kanada oder Argentinien. Dasselbe gilt vom Kaukasus.

Rußland braucht Menschen. Die volle Entwicklung der Produktivkräfte dieses Kolossalgebietes durch die Industrie erfordert mindestens eine Verdoppelung der Bevölkerung.

Andererseits ist es klar, daß der Landreichtum Rußlands auch jetzt schon, bei der relativ geringen Bevölkerung, die aber immerhin, wie wir wissen, ohne Polen und Finnland, 155 Millionen beträgt, einen Produktionsfaktor darstellt, der der Industrie eine größere Tragweite geben muß. Den Typus eines kapitalistischen Industrielandes, das sich auf der Grundlage eines reichen Bodenbesitzes entwickelt, haben die Vereinigten Staaten von Nordamerika geliefert. Wir haben sie eine industrielle Macht entwickeln sehen, die sich bereits anschickt, die Konkurrenz mit ganz Europa aufzunehmen. Dabei beträgt die Bevölkerung der Vereinigten Staaten auch jetzt noch nicht einmal ein Drittel der Bevölkerung Westeuropas. Amerika hat sich erst die Leute aus Europa kommen lassen müssen; was würde erst werden, wenn es, bei seinem Landreichtum, über solche Volksmassen verfügt hätte, wie gegenwärtig Rußland? Ein neues Amerika, das aber bereits einen Bevölkerungsvorrat von 150 Millionen arbeitssamer Menschen besitzt, denen nur die Schule und die Freiheit fehlen, um zivilisiert zu sein, das ist Rußland! Die herrschenden Klassen und die Regierung Rußlands haben freilich für diese Volksmassen keine andere Verwendung gehabt, als sie verhungern und abschlachten zu lassen. Der Kapitalismus ging in Rußland den blutigsten Weg des Massenmordes, und auch dieser

Krieg gehört dazu: er schafft Proletarier. Doch das gehört in ein anderes Kapitel. Für unseren nächsten Zweck genügt es, zu konstatieren, daß die revolutionäre Arbeit des Kapitalismus in Rußland ihre destruktive Periode bereits überschritten hat, daß die Fabriken sich nunmehr mit Arbeitern füllen und die weiten Gefilde, an denen der Muschik jahrhundertlang herumstocherte, mit den Mitteln der modernen landwirtschaftlichen Technik in Arbeit genommen werden. Jetzt wird mit dem Naturreichtum die Volkskraft Rußlands zur Geltung kommen. Darum muß es das Mehrfache leisten von dem, was Amerika geleistet hat.

Ob diese Entwicklung Rußlands zum Nutzen und zur Kräftigung Europas führen oder in einen Gegensatz zu Europa treten wird, das hängt in hohem Maße von dem Ausgang des Krieges und von der politischen Entwicklung Rußlands ab. Wir werden das im weiteren Verlauf unserer Untersuchung klarzulegen versuchen. Für diesmal nur noch einige Zahlen über die industrielle Entwicklung Rußlands.

Zwei Ereignisse ergaben zwei große Wendepunkte in der wirtschaftlichen Geschichte Rußlands. Das erste war die **große Hungersnot** der Jahre 1891 und 1892, das zweite — die **russische Revolution**. Die Hungersnot bedeutete den Zusammenbruch der naturalwirtschaftlichen Bauerngemeinde unter dem Druck des kapitalistischen Staates und der kapitalistischen Warenkonkurrenz. Europa sah damals nur die Schwäche Rußlands. In Wirklichkeit waren dieser Zusammenbruch und die mit ihm verbundene Proletarisierung die kapitalistische Voraussetzung für die Entwicklung der russischen Industrie.*)

Die russische Revolution zeigte, 13 Jahre später, daß in Rußland bereits die sozialen Klassen, auf denen die Entwicklung der kapitalistischen Industrie beruht, zur politischen Stärke herangereift sind: das Proletariat und die Bourgeoisie. Sie weckte das Selbstbewußtsein der Kapitalistenklasse und zwang die Regierung, den Wünschen der Industrie mehr als zuvor Rechnung zu tragen.

*) In einer Artikelserie, die ich 1892 im „Vorwärts“, veröffentlicht hatte, deckte ich diesen Zusammenhang auf und sagte eine aufsteigende Entwicklung der russischen Industrie voraus. Wie recht ich damit hatte, ist aus den im Text folgenden Zahlen zu ersehen.

Wie die russische Industrie während dieser Zeit sich entwickelt hat, sieht man am besten an dem Wachstum der Produktion von **Kohle und Eisen**, diesen Nährstoffen des modernen industriellen Betriebs.

Die Gewinnung von Kohle und Eisen in Rußland.

Im Jahre	Kohle	Gubeisen
1890	367 Millionen Pud	55 Millionen Pud
1903	1093 „ „	150 „ „
1913	2213 „ „	283 „ „

Die Zahlen bedürfen keines Kommentars. 1890 ist das Jahr vor der großen Hungersnot, 1903 vor dem russisch-japanischen Krieg und der Revolution.

Sehen wir uns noch im besonderen die Entwicklung der letzten Jahre an.

Zunächst die Zahlen für den auswärtigen Handel Rußlands.

Der auswärtige Handel Rußlands.

Im Jahres-Durchschnitt	Ausfuhr	Einfuhr
1899—1903	759,0 Millionen Rubel	566,2 Millionen Rubel
1904—1908	981,2 „ „	645,5 „ „
1909	1367,2 „ „	785,9 „ „
1910	1383,9 „ „	952,5 „ „
1911	1514,0 „ „	1022,7 „ „
1912	1428,0 „ „	1036,7 „ „
1913	1420,9 „ „	1220,5 „ „
1909—1913	1422,8 „ „	1003,7 „ „

Auch hier ist die Steigerung so groß, daß es sich erübrigt, Verhältniszahlen herauszurechnen.

Einen anderen Anhaltspunkt zur Beurteilung der industriellen Entwicklung gibt der Eisenbahnverkehr. Wir stellen auch darüber die wichtigsten Ergebnisse in einer Tabelle zusammen.

Der Frachtverkehr der russischen Eisenbahn.

Jahr	Größe des Netzes	Frachten in Pudo-Werst
1905	52480 Werst	2,2 Millionen
1906	55602 ..	2,5 ..
1907	58568 ..	2,6 ..
1908	52643 ..	2,7 ..
1909	59999 ..	2,9 ..
1910	60480 ..	3,0 ..
1911	68851 ..	3,3 ..
1912	62206 ..	3,5 ..
1913	62776 ..	3,9 ..

Die Vermehrung beträgt innerhalb acht Jahren seit der Revolution fast 80 Prozent.

Sehr rasch entwickelte sich auch die **Gründertätigkeit**.

Gründung von Aktiengesellschaften in Rußland.

Jahr	Zahl der Gründungen	Gründungskapital
1908	120	112,4 Millionen Rubel
1909	131	188,9
1910	198	224,2
1911	262	320,9
1912	342	401,5
1913	372	545,2

Der industrielle Aufschwung hat selbstverständlich auch auf die **Finanzen** Rußlands sehr günstig eingewirkt. Die ordentlichen Staatseinnahmen stiegen von 2,5 Milliarden Rubel im Jahre 1909 auf 3,4 Milliarden im Jahre 1913.

Wie die industrielle Entwicklung Rußlands auf die Volksmassen gewirkt hat, ist freilich eine andere Frage. Daß eine soziale Schicht emporsteigt, die einer höheren Lebenshaltung zustrebt, dafür liegen verschiedene Anzeichen vor. Unter anderm zeigt dies auch die Zunahme des Zuckerkonsums.

Der Zuckerverbrauch Rußlands.

Jahr	per Kopf der Bevölkerung
1895/96	8,7 russische Pfund
1900/01	12,8 " "
1903/04	14,2 " "
1906/07	15,4 " "
1907/08	15,0 " "
1908/09	15,6 " "
1909/10	17,8 " "
1910/11	17,0 " "
1911/12	17,7 " "
1912/13	19,0 " "

Desgleichen ist der Bierkonsum gestiegen, der Butterverbrauch und anderes mehr.

Rußland wird zu einem Industriestaat im westeuropäischen Sinne. Die wirtschaftlichen Ergebnisse der russischen Revolution — die ja von der zu einer Sippschaft von Tollhäuslern und Idioten degenerierten Dynastie Romanoff im Blute ertränkt wurde — sind nur ein leises Vorzeichen dessen, was geschehen wird, wenn die sozialen und politischen Kräfte Rußlands sich werden ungehindert entfalten können. Dann wird Rußland sein Eisenbahnnetz verdoppeln und verdreifachen, seine Städte werden erblühen, seine Getreideproduktion wird sich vervielfachen, aber damit zugleich werden auch die Macht und die Angriffskraft dieses Staates wachsen und zu einer Weltgefahr werden, wenn die gesamte Macht des zentralisierten Staates in den Händen jener angeborenen und auf den Massenmord abgerichteten Bestien verbleiben sollte, die man in Rußland Regierung von Gottes Gnaden nennt, wenn nicht durch die innere Entwicklung des Reiches selbst dem schlimmsten Militarismus, den die Welt je gesehen hat, dem russischen, ein Riegel vorgeschoben wird.

Parvus.

(Fortsetzung folgt.)

Im englischen Krähwinkel.

Von Dr. Paul Lensch.

EINGLISCHE Gewerkschaftsführer und englische Sozialdemokraten haben der englischen Regierung zwar ihre volle Unterstützung zugesagt bei der Niederwerfung Deutschlands und der Vernichtung des deutschen Handels, aber ebenso entschieden haben sie sich gegen die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht gesträubt. Im Unterhause erklärte der Arbeiterabgeordnete Thomas mit dürren Worten, daß die englischen Eisenbahnen an dem Tage stillstehen würden, an dem die allgemeine Wehrpflicht eingeführt wäre. Die Rede machte gewaltigen Eindruck, nicht bloß im Unterhause in England, sondern in der ganzen Welt, und nicht am wenigsten in einigen Kreisen der deutschen Sozialdemokratie. Hier, wo die Bewunderung der englischen „Demokratie“ sich wie eine ewige Krankheit forterbt, war man geneigt, auch in der Rede des biedereren Thomas einen Ausfluß englischen Unabhängigkeitsgefühls zu erblicken, während sie in Wirklichkeit nichts anderes ist als der Beweis einer erschreckenden, wenn auch keineswegs verwunderlichen politischen Beschränktheit. Während anderswo der Krieg die Köpfe erleuchtete, hat er sie in England erst recht umdüstert, und nun stehen die Arbeiterführer und Sozialdemokraten Englands wie in einem dunklen Zimmer, suchen tappend an den Wänden nach dem Ausgang und können ihn nimmer finden.

Wer von den sozialistischen Theoretikern Englands hat sich bisher um die Militärfrage gekümmert? Wo ist die englische sozialistische Literatur über die sozialdemokratischen Forderungen zur Frage der allgemeinen Volksbewaffnung und des Söldnerwesens? Wie fruchtbar ist auf diesem Gebiete nicht der französische Sozialismus gewesen, vom deutschen ganz zu schweigen. Es galt als die selbstverständlichste Sache von der Welt, daß

ein freiegeborener Brite nur Haß und Verachtung dem Gedanken der allgemeinen Wehrpflicht gegenüber empfinden könne. Bestand die Ueberlegenheit englischer Kultur über alle anderen Länder und das Kennzeichen englischer Freiheit nicht gerade darin, daß England als einziges Land unter den modernen Staaten frei ist von der Militärsklaverei? Das war so selbstverständlich, gehörte so sehr zur eisernen Ration britischen Empfindens, nicht zum wenigsten deshalb, weil es der nationalen Ueberhebung schmeichelte, daß an eine ernsthafte Untersuchung des Militärproblems auch von sozialistischer Seite überhaupt nicht gedacht wurde. Sozialismus war die Theorie der Freiheit, Militarismus war die Praxis der Knechtschaft. Was sollte es da groß zu untersuchen geben? Die Frage war erledigt. Der englische Soldat war der erste Soldat der Welt, darüber herrschte absolute Einmütigkeit. Und woher kam das? Doch nur daher, weil in England lediglich die Leute Soldat werden, die sich dazu am besten eignen. Sie werden es ja freiwillig. Niemand zwingt sie. Und diese Freiheit sollte ein englischer Sozialist und Arbeiterpolitiker antasten?

In der Tat ging man mit dieser erbarmungswürdigen Logik um das gewaltige Problem der Heeresverfassung herum.

Nun wäre es töricht, leugnen zu wollen, daß für England dieses Problem sehr viel komplizierter ist, als für die anderen Staaten. Die britische Armee hat andere, im Grunde genommen entgegengesetzte Aufgaben zu erfüllen, als die Heere der allgemeinen Wehrpflicht. Diese sind zur Verteidigung des heimatlichen Bodens da, **Englands Armee aber ist eine ausgesprochene Angriffs- und Eroberungswaffe**, sie hat ihren Kampfplatz nicht auf heimatlicher Erde, sondern draußen in unterworfenen oder noch zu unterwerfenden Ländern. England selbst wird durch die Flotte verteidigt, der britische Soldat muß jeden Augenblick bereit sein, das Vaterland zu verlassen, um in entfernten Kolonien in Garnison zu liegen oder Kolonialkriege zu führen. Das ist mit der allgemeinen Wehrpflicht nicht oder nur schwer zu machen. Ehe der Mann sich draußen an Klima und Verhältnisse gewöhnt hat, ist seine Dienstzeit um. Was die weltbeherrschende Bourgeoisie Großbritanniens braucht, ist also

keine große Nationaltruppe, etwa das Volk in Waffen, sondern das ausgesprochenste Gegenteil davon, eine kleine, lang gediente und gut gedrillte Söldnergruppe, eine Art Unteroffiziersarmee, die mit der Nation in möglichst loser Berührung steht, um ein desto gefügigeres Organ in den Händen der englischen Eroberungspolitiker zu sein. Es hat also schon seine guten Gründe, wenn England bisher das veraltete System der Söldnerarmee beibehalten hat. Wenn es aber wahr ist, daß die Wehrverfassung eines Landes im engsten Zusammenhange steht mit seiner sozialen und volkswirtschaftlichen Gesellschaftsstruktur, so ergibt sich daraus der zwingende Schluß, daß **der rückständigen Heeresverfassung Großbritanniens eine rückständige Gesellschaftsverfassung entsprechen muß.** In der Tat bildet England den ältesten und damit unmodernsten Typus europäischer Sozialverfassung; es ist, wie Kjellen in seiner geistvollen Schrift über die Großmächte der Gegenwart schreibt, einer Situation und einer Szene angepaßt, die die Weltgeschichte wohl streichen wird. Die englische Welt Herrschaft ist die unumgängliche Voraussetzung der englischen Wehrverfassung, und gerade die Tatsache, daß nun diese Voraussetzung durch den Weltkrieg in ihren Grundfesten erschüttert wird und damit alles das zusammenzustürzen droht, was bisher dem englischen Hirn als die Grundlage jedes politischen Denkens galt, läßt die englischen Sozialisten und Arbeiterpolitiker in der furchtbarsten Krisis, die ihr Vaterland bisher durchgemacht hat, als ratlose und unwissende Spießbürger aus Krähwinkel erscheinen, die keine Ahnung haben von dem, was in der Welt vorgeht, und die, während der Erdkreis von den Geburtswehen einer neuen Zeitepoche erschüttert wird, nur die eine Sorge kennen:

Sie mögen sich die Köpfe spalten,
 Mag alles durcheinander gehn;
 Doch nur zu Hause bleibt's beim alten.

Während die Wehrverfassungen der Kontinentalstaaten alle erst jungen resp. jüngsten Datums sind, reicht die englische ins 17. Jahrhundert zurück. Jene Zeit war die Morgenröte des Kapitalismus; Geldwirtschaft, Seehandel, Weltpolitik, Ko-

lonialsystem, Sklavenhandel begannen sich auszudehnen und die alte, gebundene Gesellschaftsverfassung des Mittelalters zermorschte. In keinem Lande aber setzte sich dieser geistige und wirtschaftliche Umwälzungsprozeß schneller und gründlicher durch als in England, das durch die Entdeckung Amerikas zum Nabel der Welt geworden war. Damals war England das modernste Land Europas, die Bourgeoisie hatte zunächst in der Person Cromwells und später durch die Konsequenzen der „glorreichen Revolution“ die Leitung des Reichs selber in die Hand genommen. Das erste, was sie tat, war, daß sie die Verfügung über das stehende Heer an sich brachte. Die „Erklärung der Rechte“ vom Jahre 1689, gewissermaßen die Wahlkapitulation Wilhelms III., ohne deren Anerkennung ihn die englische Aristokratie nie zu ihrem Könige gemacht haben würde, bestimmte, daß die Errichtung eines stehenden Heeres im Königreiche zu Friedenszeiten, sofern sie nicht mit Zustimmung des Parlaments geschehe, wider das Gesetz sei. Dadurch wurde die Existenz des englischen Heeres von der jährlichen Bewilligung der Bill durch das Parlament abhängig. Wer war aber „das Parlament“? — Nun, eine Handvoll aristokratischer Familien, die die Parlamentssitze nach Belieben unter ihre Anhänger verteilten und die Staatsmaschine nach ihren Interessen lenkten. Sie machten die auswärtige Politik zu ihrer ausschließlichen Domäne. Und wie sah diese auswärtige Politik aus? Sie war nichts weiter als eine fortlaufende Kette von Angriffskriegen. **Der Krieg wurde zur Industrie** und die Industrie wurde wieder zum Kriege. „Ich habe erklärt“, sagt der englische Professor **Seeley**, „daß die englischen Seekapitäne Seeräubern sehr ähnlich sehen, und wahrlich ist für England der Krieg durchweg eine Industrie, ein Weg zum Reichtum, das blühendste Geschäft, die vorteilhafteste Kapitalanlage jener Zeit. Der spanische Krieg ist tatsächlich die Wiege des englischen auswärtigen Handels. Die erste Generation von Engländern, die Kapitalanlage suchte, legte es in jenem Kriege an.“

Damals war die Ausnahmestellung Englands in der Welt noch nicht so scharf herausgemeißelt wie heute. Weder besaß es im 18. Jahrhundert bereits die absolute Seeherrschaft, noch

stand seine Heeresverfassung im Gegensatz zu der der kontinentalen Staaten. Der Soldatenberuf galt allenthalben als das niedrigste aller Gewerbe; reisende Schlächter werden einmal bei Lessing die von Land zu Land ziehenden und sich dem Meistbietenden verkaufenden Söldner genannt. Damals herrschte auch in Deutschland der Abscheu vor der allgemeinen Wehrpflicht, mit dem sich jetzt englische Arbeiterpolitiker spreizen und den sie als die erlesenste Blüte vom Baume der englischen „Freiheit“ anpreisen. Die Weltanschauung des Liberalismus, die in England das Lebelement der gesamten Gesellschaft war, hatte auch in Deutschland die Spitzen des gebildeten Bürgertums zu erfassen begonnen. Was hieß aber „Liberalismus“? — Nun, in erster Linie Schwächung der Staatsgewalt, Freiheit des Einzelwesens. Der Staat galt als der beste, der von seiner Existenz am wenigsten merken ließ. Damals faßte **Wilhelm von Humboldt**, der staatsrechtliche Theoretiker des aufkommenden deutschen Bürgertums, in seinen beiden 1791 und 1792 erschienenen Schriften diese Anschauungen mit der Naivität des unbefangenen Denkers dahin zusammen: Die Wirksamkeit des Staates soll soweit wie irgend möglich ersetzt werden durch das verstärkte und vervielfachte Privatinteresse der Bürger. Nicht möglichst stark, sondern möglichst schwach soll der Staat sein. Was aber Humboldt als luftige Theorie auseinandersetzte, war in England Wirklichkeit. Noch damals also bezogen die Wortführer der aufstrebenden Klassen Deutschlands ihre politischen Ideale aus England.

Der Unterschied von heute und damals ist nun der, daß inzwischen reichlich hundert Jahre verflossen sind, und zwar Jahre, in denen von dem alten europäischen Kontinent politisch kein Stein auf dem andern geblieben ist. Die französische Revolution brach aus und ging vorüber, Nationalstaaten entstanden und konsolidierten sich, der Kapitalismus sprang auf und begann seinen Reigen auch auf dem Festlande aufzuführen, alte Klassen verschwanden, neue Klassen und mit ihnen neue Gesellschaftsideale und Weltanschauungen entfalteten sich. Die Zeit zog herauf, wo **Lassalle** das Staatsideal des frei- und feinsinnigen **Wilhelm v. Humboldt** als das Ideal vom Nachtwächterstaat verhöhnen und

den Nachweis liefern konnte, daß dieses Ideal lediglich den Ausbeutungsinteressen der Kapitalisten entspreche, aber unvereinbar sei mit den kulturellen und sozialen Interessen der ungeheuren Volksmehrheit. Nicht möglichst schwach solle der Staat sein, sondern umgekehrt möglichst stark, seine überlegene Stärke aber müsse in den Dienst der arbeitenden Massen gestellt werden. Das sozialistische Ideal brach durch. Nichts mehr von der Auflösungstendenz des alten Liberalismus, dessen Konsequenz zur politischen Knochenerweichung des Staats und zur gesellschaftlichen Anarchie führte, sondern soziale Organisation war jetzt die Forderung der aufsteigenden Klassen. Und als gute Praktiker gingen sie mit der Tat voran, sie organisierten zunächst sich selber: die sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Klassenorganisationen des deutschen Proletariats entstanden.

Und England? — Niemals erwies sich der sonst so beneidete Inselcharakter dieses Landes als so verhängnisvoll für die geistige Entwicklung des englischen Volkes, wie in dem verfloßenen Jahrhundert. Außerlich freilich war alles glänzend. England erklimmte den Gipfel seiner Macht. Nach der Niederwerfung Napoleons kam die Zeit, wo Englands Seeherrschaft als eine von „Natur“ gebotene selbstverständliche Tatsache anerkannt wurde; neben dem Handelsmonopol errang es das Industriemonopol. Die Welt stand seinen Schiffen und seinen Soldknechten so widerstandslos gegenüber, daß es sich nicht mehr lohnte, die Welt noch formell erst zu erobern; es war ja auch ohnedem alles englisch. Man trug sich mit dem Gedanken, Kolonien preiszugeben und die Eroberungspolitik als überflüssig und unrentabel aufzugeben. Es fehlte der Nation an Widerstand, und so erging es ihrer nationalen Energie wie dem Wasserdampf, der nur dann Gewaltiges leistet, wenn er Gegendruck zu überwinden hat, in offener Schale aber wirkungslos verpufft. Alle die ungeheuren Erschütterungen, die das 19. Jahrhundert über den Kontinent gebracht, hatten Englands Kreideküsten nicht erreicht. Selbst die französische Revolution, die für das Festland eine Epoche bedeutete, war für England nur Episode. Und von der sozialen und sozialistischen Bewegung nun gar spülten nur einige Schaumspritzer an sein fernes Gestade, gerade genug, um christ-

lichen Reisepredigern und sozialistischen Sektenhäuptiongen als neuartiger Zusatz zu ihren alten Sabbeleien von der fatherhood of God and brotherhood of men zu dienen. So verfiel England der Erstarrung, es wurde das geistige China Europas. Dasselbe Land, das einst nach der Theorie: England, die Werkstatt der Welt! alle anderen Länder von der wirtschaftlichen Wiedergeburt fernzuhalten und sie in ewiger agrarischer Verkümmernng zu fesseln versucht hatte, es hatte sich selber von der geistigen Wiedergeburt Europas ausgeschlossen und drohte in intellektuelle Verkümmernng zu versinken. Es wurde nicht bloß wirtschaftlich, es wurde auch geistig zum Rentnerstaat. Kein neuer politischer Gedanke tauchte auf. Die Weltanschauung aus Großvaters Zeiten wurde mit chinesischer Treue konserviert, der gute, alte, brave Liberalismus mit seiner Nachtwächteridee von der schwachen Staatsgewalt und der unbeschränkten Freiheit des Individuums galt unentwegt als die Blüte britischer und damit menschlicher Kultur.

Freilich, den wirklichen Zustand der Dinge erfuhr die Welt erst in diesem Kriege. Bis dahin hatte die glänzende Außenseite alles überdeckt. Die um die Mitte des Jahrhunderts einsetzende Kolonialmüdigkeit war im Nu verschwunden, als man merkte, daß auf dem Festlande eine Konkurrenz, wenn auch zunächst nur in Liliputanerformat, entstand, vor allem aber, als der Bau des Suez-Kanals die Wege nach Indien verlegte. In gewaltigen Sprüngen setzte der britische Löwe über ganze Kontinente, und innerhalb des letzten halben Jahrhunderts hatte das hurtige Raubtier so viel zusammen geräubert, daß das englische Weltreich sich verdoppelte. Zweieinhalb Jahrhunderte hatte England gebraucht, um 15 Millionen Quadratkilometer zu annektieren; jetzt eroberte es in fünfzig Jahren die gleiche ungeheure Landmenge dazu. Dann aber brach der Krieg aus. Anfangs führte man ihn mit der jovial-nachlässigen Schnoddrigkeit, für die der prächtige Naturbursche Churchill, Englands Marineminister, ein so unübertrefflicher Vertreter ist. Man war ja gut eingedeckt, man hatte die beiden größten Landmächte dem deutschen Volke in die Flanken gehetzt, ein billiger und höchstens für die Verbündeten blutiger Sieg war sicher. Dann aber änderte

sich das Bild. Der Sieg blieb aus, Ratlosigkeit setzte ein, durch die Straßen Londons heulte der Pogrom, wie nur je in Moskau oder Kischineff, und mit Entsetzen ahnte man hier und da, daß dieser Krieg der Schicksalskrieg Großbritanniens sei. Das Alter war mit der Jugend in Kampf auf Leben und Tod geraten, das unmodernste Staatssystem mit dem modernsten, das Prinzip des „laissez aller“ mit dem Prinzip der Organisation.

Und nun trat in diesem schweißtreibenden Krieg das Veraltete der englischen Wehrverfassung mit furchtbarer Deutlichkeit zutage. Die reguläre Armee in Heimat und Kolonien, ohne Indien, betrug 170 000 Mann, dazu kam eine Armeereserve von 139 000 und eine Spezialreserve von 89 900 Mann. Das sind Zahlen, die an die Zeiten des alten Fritz erinnern. Die Territorialarmee in Stärke von 316 000 Mann, die programmäßig nur zur Verteidigung des heimatlichen Bodens bestimmt ist, und außerhalb des Landes nur mit ihrer Zustimmung verwendet werden darf, beginnt ihre Ausbildung erst mit der Mobilmachung. In den gewaltigsten Krieg der Geschichte, wo Millionenheere in Frontenausdehnung von Hunderten von Kilometern einander gegenübertraten, konnte also England zunächst nur mit einer Armee von hoch gerechnet 400 000 Mann eintreten. Ein neuer Kriegstypus war mit diesem Kriege geschaffen. Zum erstenmale standen sich Armeen mit allgemeiner Wehrpflicht gegenüber, was bekanntlich im Kriege 1870/71 noch nicht der Fall gewesen. Das änderte die Bedingungen der Kriegführung und Strategie von Grund auf. An Stelle der auf schnelle Entscheidungen drängenden Niederwerfungsstrategie trat ganz von selber die alte Ermattungsstrategie wieder in ihre Rechte: scheinbar ein Rückfall von Moltke und Napoleon auf Friedrich II., in Wahrheit die dialektische Entwicklung vergangener Kriegsformen auf gewaltig erweiterter Stufenleiter. Der alte Fritz und mit ihm alle Feldherren der alten Linientaktik führten die Ermattungsstrategie, weil die sorgfältig gedrillten Söldnertruppen seiner Infanterie ein viel zu kostbares und nach Verlust viel zu schwer ersetzbares Material waren, als daß man sie ohne dringendste Not oder ohne sicherste Aussicht auf Sieg der Schlacht aussetzen durfte. Märsche, Manöver, das Beziehen fester Lager traten an die Stelle der

Feldschlacht. Wenn jetzt besonders im Westen eine ähnliche Strategie wieder zu Ehren gekommen ist, so liegen hier natürlich völlig andere Gründe vor. In Ländern mit allgemeiner Wehrpflicht wird jeder Krieg zum Volkskrieg, nicht mehr kleine Armeen gut gedrillter Söldner stehen einander gegenüber, sondern die Nationen selber in ihren ungezählten Millionenheeren und ihrer schier unzerbrechlichen Volkskraft. Wir sehen: aus entgegengesetzten Quellen strömt scheinbar die gleiche Kriegskunst. Herrschte früher die Ermattungsstrategie, weil die Heere schwach waren, so herrscht sie jetzt, weil sie stark sind. Aber in diesem dialektischen Widerspiel der historischen Entwicklung kommt nur zum Ausdruck, daß alles, was an Söldnertum und fürstlichen Absolutismus erinnert, definitiv der Geschichte angehört und seinen Platz im Museum hat neben dem Spinnrad und der bronzenen Axt.

Und in diesen Krieg wagte England mit seiner Söldnerarmee einzutreten! Die Sache wäre unbegreiflich, wenn sie nicht allzu begreiflich wäre. Die auswärtige Politik ist im „freien“ England heute noch ebenso das ausschließliche Geschäft der paar regierenden Familien, wie sie es vor 100 und vor 200 Jahren schon war. Daran haben die Wahlreformen zum Parlament und ähnliche Dinge nicht das geringste geändert. Daß aber das mächtigste Parlament der Welt, eben das englische, in der auswärtigen Politik nichts anderes ist, als das Feigenblatt des Absolutismus der kleinen regierenden Clique von anno 1689, das ist nur möglich geworden auf Grund des Söldnersystems. Kriege waren seit jeher das schnellste Förderungsmittel englischer Bereicherung und Machterweiterung gewesen, sie waren fast alle populär, da sie fast alle Eroberungskriege und zwar glückliche Eroberungskriege waren. „Ich liebe einen ehrenhaften Krieg“, bekannte der ältere Pitt einmal ganz offen. Den Krieg selbst lernte man nur aus der Zeitung kennen, er war ja da draußen, irgendwo. Zu Hause ging alles wie gewöhnlich weiter, die Männer blieben daheim, nur die Berufssoldaten verschwanden. Nun gut, das war eben ihr Geschäft. Auch spielten sie im Volksbewußtsein keine Rolle. Sie waren gering geachtet, reisende Schlächter! — Im Bewußtsein der englischen Masse bedeutet eben ein Krieg nicht

viel, nur daß das nichts spezifisch Englisches ist und noch weniger etwa ein Beweis englischer „Freiheit“, sondern diese Gleichgültigkeit den eigenen Kriegern gegenüber herrscht überall, wo das Söldnerwesen herrscht. Zur Zeit des alten Fritz herrschte es auch in Deutschland. Kriege waren die Privatsachen der Regierenden, um die sich die große Masse nicht zu kümmern hatte, und man konnte glauben, der alte Fritz sei in Potsdam aus seiner Gruft gestiegen und nach London geeilt, um den Engländern seine Ansichten von Krieg und Nation auseinander zu setzen, als man zu Beginn des Krieges den fröhlichen Churchill deklamieren hörte: *business as usual*, d. h. das Volk betreibt sein Geschäft wie gewöhnlich. So sprach Friedrich auch, nur mit ein bißchen anderen Worten: Der friedliche Bürger soll es gar nicht merken, wenn die Nation sich schlägt. Diese Auffassung aus der Zeit des Absolutismus ging auf dem Kontinent verloren, als die Revolutionskriege zunächst das französische, dann auch das deutsche Volk vor die Frage der Existenz stellten. Da begriff man, daß die „Privatsachen“ der Regierenden auf dem Rücken der Regierten ausgetragen werden. Das englische Volk hatte aber nie einen Kampf um seine Existenz zu führen brauchen. Und so blieb alles beim alten: die Wehrverfassung aus der Zeit des Absolutismus und die Auslandspolitik aus der Zeit des Absolutismus. Beide sind gleich rückständig, beide atmen den gleichen Geist. Wie das absolute Fürstentum in der auswärtigen Politik seine Hauptaufgabe erblickte in der Eroberung von Quadratmeilen, genau noch so heute die auswärtige Politik Englands. Ein Viertel der festen Erdoberfläche gehört den Engländern. Und die dieser veralteten Raubpolitik entsprechende veraltete Heeresorganisation ist das Söldnertum.

Man würdige jetzt die Deklamationen englischer Sozialisten und Arbeiterpolitiker, die das englische Söldnerheer als den Edelausbruch englischer Freiheit preisen, und die gar nicht merken, wie sehr sie dabei daneben tappen. Indem sie mit Herz und Hand gegen die allgemeine Wehrpflicht und damit für das Söldnerwesen eintreten, besorgen die Ahnungslosen nur die Geschäfte jener regierenden Familiencliquen, die seit Jahrhunderten die Auslandspolitik Englands als Monopol betreiben und

denen die Verfügung über die Streitmacht des Landes zusteht. Ihr könnte gar nichts Schlimmeres passieren, als wenn die bisherige Wehrverfassung aus der Zeit des Absolutismus einer demokratischen Heeresorganisation Platz machen würde; denn in dem gleichen Augenblick, wo jeder Engländer mit seinem Blut und seinen Knochen die auswärtige Politik jener Clique verantworten müßte, würde er zunächst von jener Clique die Verantwortung für ihre auswärtige Politik verlangen. Und damit erst wäre die primitivste Voraussetzung einer demokratischen Kontrolle der Auslandspolitik gegeben. Das Söldnerwesen verführt ganz von selber zu Kriegen und Eroberungen, dessen ist gerade die englische Geschichte auf jeder ihrer Seiten Zeuge. Mit der Beseitigung dieser Wehrverfassung in England wird eine der wesentlichsten Kriegsquellen verstopft. Man sollte annehmen, daß schon aus diesem Grunde jede friedliebende, jede demokratische und erst recht jede sozialistische Partei für eine demokratische Wehrverfassung in England eintreten würde. Auf den Ausgang des gegenwärtigen Krieges könnte Englands Uebergang zur allgemeinen Wehrpflicht natürlich keinen Einfluß mehr ausüben; denn eine so gewaltige Reform ist nicht zu improvisieren. Zu ihrer Durchführung gehören Jahrzehnte. Wohl aber wäre sie eine wesentliche Garantie für Englands friedliches Verhalten nach dem Kriege. Und das wäre ein Ziel, aufs innigste zu wünschen. Gerade aus diesem Grunde wäre eine tätige und bewußte Mitarbeit der englischen Arbeiterpolitiker an der Demokratisierung der englischen Wehrverfassung dringend nötig. Versagen sie hier, so verhindern sie nicht etwa die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht, sie überlassen die Durchführung dieser großen Reform nur den Feinden der Demokratie. Denn bekanntlich kann man auch das System der allgemeinen Wehrpflicht mit einem derartigen Stacheldraht von „Kautelen“ umgeben, daß der ihr zugrunde liegende demokratische Charakter fast erstickt wird. Das wäre dann keine Besserung, sondern eine gewaltige Verschlechterung für die Perspektiven in die Zeit nach dem Kriege.

Doch der englische Sozialismus und die englischen Gewerkschaftsführer werden von ihrem Eintreten für das Söldnerwesen

nicht ablassen; es wäre mehr verlangt, als die Herren nun einmal leisten können. Es würde bei ihnen die Erkenntnis voraussetzen, daß die Stunde der englischen Weltherrschaft geschlagen hat; und daß gleichzeitig mit dieser Weltherrschaft kein fortschrittliches, sondern im höchsten Maße veraltetes und für den Frieden der Welt höchst gefährliches Gebilde seiner Zermürbung entgegengeht. Von dieser Erkenntnis aber sind sie noch weltenfern. Und daß sie es sind, das ist einer der Gründe mit, weshalb es in England wissenschaftlichen Sozialismus noch nicht gibt.

Der Sozialismus ist eine Theorie der unterdrückten Klassen, er zeigt ihnen den Weg zur Freiheit und die Freiheit selber. Daraus erklärt es sich, daß er den herrschenden Klassen, die von der Ausbeutung der anderen leben, ein Scheuel und ein Greuel ist, nicht so sehr, weil die sozialistische Gedankenwelt ihrem Intellekt zu hoch wäre, sondern weil sie im Gegensatz steht zu ihren materiellen Interessen. Bis zu einem gewissen Grade trifft dies auch, wie ich es bereits in meiner Schrift „Die deutsche Sozialdemokratie und der Weltkrieg“ entwickelt habe, für die englische Arbeiterklasse zu, oder besser gesagt, für die englische Gewerkschaftswelt. Ihre im Vergleich zu den kontinentalen Arbeiterklassen gehobenen Lebensbedingungen sind nur Begleiterscheinungen der Herrschaft, die die englische Bourgeoisie seit Jahrhunderten in der Welt ausübt. So hat sie an der Aufrechterhaltung der englischen Weltherrschaft ein höchst materielles Interesse. Englische Weltherrschaft ist die Voraussetzung englischer Arbeiterpolitik; wie kann man da von englischen Arbeiterpolitikern erwarten, daß sie plötzlich eine Politik treiben sollen, die die Erschütterung der englischen Weltherrschaft zur Voraussetzung hat!

So wird denn die Geschichte ihren Gang gehen, und wie sie in so vielen anderen Ländern die Menschen gezwungen hat, umzulernen und sich neu zu orientieren, so wird sie, und das vielleicht am gründlichsten, auch die englischen Arbeiterpolitiker in ihre Schule nehmen.

Ostpreußische Eindrücke.

Von Paul Hirsch.

DIE Diskussion über den Charakter des Weltkrieges, über seine Ursachen und über die Frage der Kreditbewilligung wird noch lange nach seiner Beendigung in den Reihen der Sozialdemokratie aller Länder andauern. Je länger der Krieg währt, je gewaltiger seine Opfer, je verheerender seine Wirkungen sind, desto heftiger werden die Gemüter aufeinander platzen. Nicht zum Vorteil der Arbeiterbewegung, denn groß sind die Aufgaben, vor die sie sich in den nächsten Jahren gestellt sieht, und zu deren Lösung es mehr als früher eines einmütigen Handelns und der Zusammenfassung all ihrer Kräfte bedarf. Gewiß, die Aussprache ist nötig, sie soll nicht künstlich hintangehalten werden, aber sie darf den Boden des Sachlichen nicht verlassen, sie darf keinen persönlichen Charakter annehmen, wie es nach den bisher vorliegenden Proben zu urteilen bei einem Teil der Parteigenossen leider der Fall zu sein scheint. Ich beabsichtige an dieser Stelle nicht, mich in die Diskussion einzumischen, der Zweck meiner Ausführungen ist einzig und allein der, an der Hand von Tatsachenmaterial, das ich in persönlicher Anschauung gewonnen habe, zu zeigen, welche schwere Schäden der gesamten Bevölkerung, auch der Arbeiterklasse, **durch eine feindliche Invasion erwachsen.** Das Beispiel **Ostpreußens** beweist, wie recht Kautsky hatte, als er im Jahre 1911 in einem Maifeierartikel darauf hinwies, daß ein Volk nichts mehr fürchtet als eine feindliche Invasion und daß, wenn der Krieg vor der Türe steht, in der ganzen Bevölkerung einmütig das heiße Bedürfnis nach Sicherung der Grenze vor dem böswilligen Feinde entbrenne. Kautsky wendet sich gegen den Gedanken des Massenstreiks zur Abwehr eines Krieges und erklärt, wenn einzelne den übermenschlichen Mut haben sollten,

sich dagegen aufzulehnen und hindern zu wollen, daß das Militär zur Grenze eilt, und aufs reichlichste mit Kriegsmaterial ausgerüstet wird, die Regierung keinen Finger zu rühren brauche; die wütende Menge würde die Gegner der Grenzsicherung selbst erschlagen. In der Tat dürften die Bewohner Ostpreußens in dem Augenblick, wo sie die Schrecken des Krieges am eigenen Leibe spürten, nicht danach gefragt haben, ob wir die Angreifer oder die Angegriffenen sind, ob der Krieg ein Verteidigungs- oder ein Eroberungskrieg ist, ob er einen imperialistischen Charakter hat oder was sonst seine tiefsten Ursachen sind; sie sahen die feindlichen Heere die Grenze überschreiten, sie sahen Leben und Eigentum bedroht, sie riefen nach Schutz vor den fremden Heerscharen und atmeten auf, als die Provinz wieder vom Feinde befreit war.

Ich habe über das, was ich in Ostpreußen gesehen habe, bereits ausführlich in der Parteipresse berichtet. Einige Stellen meiner Artikel haben nach Ansicht des „Vorwärts“ „recht seltsam“ berührt. So nahe die Versuchung läge, mich mit dem „Vorwärts“ darüber auseinander zu setzen, so muß ich ihr doch widerstehen, wenigstens so lange, bis die Redaktion des Zentralorgans sich näher darüber ausläßt, welche Stelle sie bei ihrer Polemik im Auge hatte. Umsomehr bin ich gezwungen, mir diese Zurückhaltung aufzuerlegen, als der „Vorwärts“ seinen Lesern einen kurzen, seines Sinnes völlig entkleideten Auszug meiner Artikel geboten hat, so daß sie sich ein eigenes Urteil zu bilden nicht in der Lage sind. Sollte sich die Kritik des „Vorwärts“ dagegen richten, daß ich auch dem Gegner Gerechtigkeit habe widerfahren lassen, so muß ich von vornherein betonen, daß ich diesen Grundsatz von jeher befolgt habe und auch in Zukunft befolgen werde. Eine Kritik, die sich darin erschöpft, alles, was der Gegner tut, herunterzureißen, wird ihren Zweck verfehlen, jede Kritik wird um so wirksamer sein, je objektiver sie ist. Von diesem Gedanken werde ich mich auch bei der Schilderung leiten lassen, die ich nachstehend auf Wunsch der Redaktion gebe.

Will man zu einem richtigen Urteil gelangen, so muß man den ersten und den zweiten Russeneinfall in Ostpreußen streng aus-

einanderhalten. Die Greuelthaten, mit denen die Spalten der Zeitungen bald nach Ausbruch des Krieges gefüllt waren, existieren zum großen Teil nur in den Köpfen der Berichterstatter, vieles erweist sich als aufgebauscht, manches als völlig aus der Luft gegriffen; noch immer gilt das Wort, daß niemals so viel gelogen wird, wie vor der Wahl, nach der Jagd und während des Krieges. In ihrer überhitzten Phantasie, in ihrer durch die ausgestandene Angst und den Schrecken hervorgerufenen und leicht erklärlichen Erregung sehen die Leute die Dinge anders, wie sie sich in Wirklichkeit zugetragen haben; einer erzählt es dem anderen, jeder fügt eine Kleinigkeit hinzu, und so entsteht schließlich ein Bild, das einem Märchenerzähler alle Ehre macht, das sich aber von der Wahrheit weiter und weiter entfernt. Gewiß, Schreckensszenen sind den unglücklichen Einwohnern Ostpreußens auch bei dem ersten Russeneinfall nicht erspart geblieben, sie bleiben keinem Lande erspart, in das der Feind eindringt. Militärische Operationen bedingen es, daß die Frucht auf dem Acker zerstampft wird. Häuserviertel, ja ganze Städte fallen den modernen Geschützen zum Opfer, weder Freund noch Feind fragt danach, ob Denkmäler einer althehrwürdigen Kultur vernichtet, ob die Stätten einer aufblühenden Industrie oder Landwirtschaft dem Erdboden gleichgemacht werden, alles wird den militärischen Zwecken untergeordnet.

Es ist der Krieg ein roh gewaltsam Handwerk.
 Man kommt nicht aus mit sanften Mitteln, alles
 Läßt sich nicht schonen.

Wer der Wahrheit die Ehre geben will, muß offen eingestehen, daß die Russen, von vereinzelt Ausschreitungen abgesehen, bei ihrem ersten Einfall die friedliche Zivilbevölkerung im großen ganzen geschont haben. An die Einwohner der von ihnen besetzten Orte ergingen Proklamationen, die, wenn man aus ihrer mangelhaften Orthographie einen Schluß ziehen will, bereits in Rußland gedruckt waren und in denen der General von Rennenkampf kund und zu wissen tut, daß es der Wille des Kaisers aller Reußen ist, die friedlichen Einwohner zu schonen. Laut der ihm „Allerhöchst anvertrauten Vollmächte“ macht er bekannt:

1. Jeder von seiten der Einwohner dem kaiserlich russischen Heere geleistete Widerstand wird schonungslos und ohne Unterschied des Geschlechts und des Alters bestraft werden.
2. Orte, in denen auch der kleinste Anschlag auf das russische Heer verübt wird, oder in denen den Verfügungen desselben Widerstand geleistet wird, werden sofort niedergebrannt.
3. Falls die Einwohner Ostpreußens sich keine feindlichen Handlungen zuschulden kommen lassen, so wird auch der kleinste dem russischen Heere erwiesene Dienst reichlich bezahlt und belohnt werden; die Ortschaften werden verschont und das Eigentumsrecht wird gewahrt bleiben.

Ob die russische Soldateska überall dieser Anordnung entsprechend verfahren ist, entzieht sich meiner Kenntnis. Keinesfalls darf man Verfehlungen einzelner der Gesamtheit zur Last legen. Auch wir würden es ja streng von der Hand weisen, wenn etwa die Belgier oder Franzosen für Ausschreitungen einzelner, wie sie im Kriege unvermeidlich sind, und wie sie sogar im Manöver vorkommen, das deutsche Heer als solches verantwortlich machen wollten. Viel hängt von der Umsicht und dem Takt der zu Gouverneuren der besetzten Städte ernannten Personen ab. So ist es z. B. nicht zuletzt der Unerschrockenheit und der Vernunft des zum Gouverneur von Insterburg ernannten Dr. Bierfreund zu danken, daß diese Stadt so gut wie keine Spur einer feindlichen Besetzung aufweist. Eine seiner ersten Handlungen bestand darin, daß er die Bürgerschaft aufforderte, sofort jede Art von Schußwaffen auf der Polizeiwache abzuliefern, und daß er die Bürger darüber belehrte, daß jeder, der fortan im Besitze einer Schußwaffe getroffen wird, unbedingt kurzerhand von den Russen erschossen wird. Zugleich hat er die Hausbesitzer ermächtigt, sofort die von den Mietern verlassenen Wohnungen zu öffnen, unter eigener Verantwortung auf das Vorhandensein von Schußwaffen zu durchsuchen und die gefundenen Waffen zur Polizeiwache zu bringen, und als am 26. August 1914 aus einem Hause ein Schuß gefallen sein sollte, da brachte er umgehend den Befehl der Militärkommandantur zur Kenntnis,

daß, wenn noch einmal ein Schuß aus einem Hause fällt, das Haus, wenn ein weiterer Schuß fällt, die Häuser der betreffenden Straße, und beim dritten Schuß die ganze Stadt in Brand gesteckt werden würde. Aehnlich sind Bürgermeister anderer ostpreussischer Gemeinden zu Werke gegangen, sie haben dadurch manches Unheil abgewendet.

Auch der Versorgung der Bevölkerung der besetzten Ortschaften mit Nahrungsmitteln hat der Feind seine Aufmerksamkeit gewidmet, wobei es freilich hier und da nicht ohne drakonische Maßnahmen abgegangen ist. So hat der Oberstkommandierende der russischen Armee in Insterburg, wo zahlreiche Kaufleute ihre Läden geschlossen hielten, am 31. August kurzerhand angeordnet, daß vom nächsten Tage ab alle Kaufleute verpflichtet seien, den Handel von morgens acht Uhr bis nachmittags sechs Uhr zu betreiben, und daß in den Handlungen, deren Besitzer abwesend sind, der Verkauf auf Anordnung der Stadtverwaltung zu organisieren ist. Für die Waren der Handlungen, die nicht zu der angesetzten Zeit geöffnet sein sollten, wurde neben der Androhung der Bestrafung der Inhaber der Läden die Konfiskation in Aussicht gestellt, und um der Preistreiberei entgegenzuwirken wurde verfügt, daß die Preise nicht erhöht werden dürfen, sondern so bleiben müssen, wie vor dem Einmarsch der Russen. In Wehlau sind sogar Höchstpreise festgesetzt worden. Preise, auf die wir heute mit einem stillen Neid blicken. Bewegten sich doch die Höchstpreise für Fleisch am 5. September 1914 zwischen 20 Pfg. (für Schweinefüße) und 50 Pfg. (für Rindfleisch und Speck), bessere ausgewählte Teile waren das Pfund um 10 Pfg. teurer. Brotmehl erhielten Bedürftige seitens der russischen Militärverwaltung gegen eine Bescheinigung des Bürgermeisteramts in einer besonderen städtischen Mehlausgabestelle.

Daß auch Plünderungen zu verzeichnen sind, nimmt kein Wunder, aber man darf zweierlei nicht vergessen, einmal daß die russischen Militärbehörden im allgemeinen aufs strengste dagegen einschritten, und zweitens, daß leider auch gewisse Elemente der deutschen Zivilbevölkerung die Gelegenheit wahrnahmen und sich an fremdem Eigentum vergriffen. Die Bürgermeister trafen hier-

gegen drakonische Maßnahmen. In Friedland liest man noch heute die Bekanntmachungen des stellvertretenden Bürgermeisters: „Wer fremde Gehöfte unbefugt betritt, macht sich der Plünderung verdächtig. Auf Plünderung steht im Kriege die Todesstrafe.“ Ähnlich der Bürgermeister von Wehlau, dessen Befehl an die Einwohner mit den Worten anfängt: „Wer in der Stadt Wehlau stiehlt oder plündert, wird sofort mit dem Tode durch Erhängen bestraft.“ Ob solche Strafen vollzogen sind, entzieht sich meiner Kenntnis. Aber schon die Notwendigkeit ihrer Androhung läßt mancherlei Schlußfolgerungen zu.

Die Feststellung dieser Tatsachen soll nicht zur Entschuldigung oder Beschönigung der wirklich verübten Greuel dienen, sie ist lediglich erfolgt, um dem durch die Tagespresse falsch unterrichteten Leser ein gerechtes Urteil zu ermöglichen und um Licht und Schatten gleichmäßig zu verteilen. Man darf eben nicht alles, was hier und da kolportiert wird, als bare Münze hinnehmen. Typisch dafür, wie Gerüchte auftauchen, weitergetragen und schließlich von jedermann als feststehende Tatsachen geglaubt werden, ist die Zeitungsnotiz, wonach auf Befehl des Generals von Rennenkampf sämtliche Förster der Romintener Heide erschossen werden sollten. Möglich, daß von irgend-einer untergeordneten Stelle ein solcher oder ein ähnlicher Befehl ergangen ist, wie ja jeder russische Vorgesetzte sich für befugt hält, täglich alle möglichen und unmöglichen Befehle zu erteilen, die allerdings oft auf dem Papier stehen. Ausgeführt ist dieser Befehl jedenfalls nicht, es scheint mir vielmehr eine Verwechslung mit einem anderen Befehl Rennenkampfs vorzuliegen, der wörtlich lautet:

Die deutschen Förster haben nach dem Einmarsch des kaiserlich russischen Heeres in Deutschland an feindlichen Aktionen gegen dasselbe aktiv teilgenommen. Da dieselben äußerlich keine militärischen Abzeichen tragen und nicht Abteilungen bilden, die einem verantwortlichen Führer unterstellt, können sie laut der Haager Konvention vom 5. bis 18. Oktober 1907 nicht als kriegführende Parteien anerkannt werden, weshalb jede von ihnen verübte feindliche Handlung gegen unser Heer aufs strengste bestraft wird.

Wie Tag und Nacht unterscheidet sich das Benehmen der Russen bei ihrem ersten und bei ihrem zweiten Einfall, der mit der großen Masurischen Winterschlacht sein Ende erreichte. Man erzählt sich, die Russen hätten sich das erstemal nur deshalb verhältnismäßig anständig benommen, weil sie sicher mit der Annexion von Ostpreußen rechneten und die großen Güter bereits als Dotationsgüter für ihre Generäle betrachteten. Mir will das wenig glaubhaft erscheinen; denn was sollte sie davon abgehalten haben, sich auch das zweitemal in diesem Wahn zu wiegen? Der Wahrscheinlichkeit näher kommt eine andere Erklärung: Das erstemal hatten wir es mit Elitetruppen, das zweitemal mit Kosaken zu tun, deren Führer nicht nur alkoholische Exzesse ihrer Untergebenen duldeten, sondern auch sich selbst in Ausschweifungen der schlimmsten Art ergingen. Dazu kommt, daß je länger ein Krieg dauert, desto mehr die Bestie im Menschen erwacht, und schließlich darf man auch nicht vergessen, daß durch die von der feindlichen Presse geflissentlich genährten Gerüchte von dem Verhalten der „deutschen Barbaren“ in Belgien und Frankreich die Rachbegierde der Russen aufgestachelt war. Was über das Verhalten der Russen bei der zweiten Invasion erzählt und glaubwürdig bewiesen wird, das übersteigt alles, was man sich im Geiste auszumalen vermag. Männer und Frauen, Kinder und Greise sind systematisch in das Innere Rußlands verschleppt worden, ihre Angehörigen haben noch heute von ihrem Verbleiben keine Kenntnis. Nicht aus einer militärischen Notwendigkeit heraus, sondern aus reinem Uebermut, aus Lust am Verbrechen, sind Häuser in Brand gesteckt, in mancher Stadt nach einem ganz bestimmten Plan täglich ein bis zwei Gebäude, wobei übrigens charakteristischerweise überall die Kirchen geschont wurden. Mord und Totschlag waren an der Tagesordnung. Die Feder sträubt sich, die Greuelthaten im einzelnen zu schildern und all den Jammer und das Elend zu beschreiben, das unsere ostpreußischen Landsleute erduldet haben. Ihr materieller Schaden wird ihnen bis zu einem gewissen Grade ersetzt werden, für den seelischen Schmerz vermag nichts in der Welt sie zu entschädigen. Und doch haben sie den Glauben an eine bessere Zukunft nicht verloren, die Hilfe, die ihnen aus

allen Teilen des Vaterlandes und von allen Schichten der Bevölkerung geworden ist, ist ihnen ein Trost im Unglück; sie gibt ihnen die Gewähr, daß sie nicht verlassen sind, sie richtet sie auf und ermutigt sie in dem Streben, sich eine neue Existenz zu gründen. Kaum war die Provinz befreit, da kehrten die Flüchtlinge zum größten Teil zurück, mit ärmlichen Behausungen in Ställen oder schnell erbauten Holzbaracken nahmen sie fürlieb, und wenn heute Handel und Wandel in der Provinz sich zu heben beginnen, wenn die verwüsteten Aecker aufs neue bestellt werden, so ist das neben den Maßnahmen der Behörden vor allem der eigenen Arbeit, der Tatkraft und dem Unternehmungsgeist des Volkes zu danken.

Ob die ländliche Arbeiterfrage nach dem Kriege gelöst wird, ob ausreichende Arbeitskräfte vorhanden sein werden, oder ob der schon in Friedenszeiten vorhandene Arbeitermangel noch zunehmen wird, das wird im wesentlichen von der Gesetzgebung abhängen. Vorderhand stehen den Großgrundbesitzern in den zahlreichen Kriegsgefangenen billige und willige Arbeitskräfte genug zur Verfügung, aber wenn der Friede wieder hergestellt ist, dann wird es aller Voraussicht nach an Arbeitern fehlen, denn ganz abgesehen davon, daß der Arbeitsmarkt durch die zahllosen Opfer des Krieges entblößt ist, ist mit Bestimmtheit anzunehmen, daß gar mancher von denen, die mit gesunden Gliedern aus dem Kriege heimkehren und deren Blick durch die gewonnenen Erfahrungen erweitert ist, kein Verlangen verspüren wird, wieder zum Lohnsklaven auf dem Lande zu werden. Auf den Zuzug ausländischer Arbeiter in dem bisherigen Umfange wird auch kaum zu rechnen sein, und so wird wohl nichts anderes übrig bleiben, als auf dem Wege der Gesetzgebung Wandel zu schaffen. Ob die gesetzgebenden Körperschaften sich dann endlich entschließen, der überlebten Gesindeordnung ein Ende zu bereiten, und den Landarbeitern die volle politische Gleichberechtigung zu geben, ob sie die innere Kolonisation fördern oder wie sie sonst die ländliche Arbeiterfrage lösen werden, das vermag heute niemand zu sagen. Auch die Sozialdemokratie wird sich der Aufgabe nicht entziehen können, diesem Problem ihre volle Aufmerksamkeit zu widmen; wenn irgend möglich, sollte die zum

Studium der Agrarfrage eingesetzte Kommission ihre Arbeiten so beschleunigen, daß wir bei Friedensschluß mit einem bestimmten Programm hervortreten können. Bei der Bedeutung, die Ostpreußen für die Ernährung der Bevölkerung des Deutschen Reiches hat, wird diese Frage eine derjenigen sein, die im Vordergrund des öffentlichen Interesses stehen wird.

Der Umfang des in Ostpreußen angerichteten Schadens läßt sich heute zahlenmäßig noch nicht genau erfassen. Das eine jedoch steht fest, daß die 400 Millionen Mark, die der preußische Landtag in seiner ersten Kriegstagung im Oktober vorigen Jahres der Regierung zur Verfügung gestellt hat, auch nicht entfernt ausreichen. Weitere Hunderte von Millionen werden erforderlich sein, teils um die Bewohner schadlos zu halten, teils um die dem finanziellen Bankerott entgegengeführten Gemeinden in die Lage zu versetzen, daß sie ihre Verpflichtungen erfüllen können, teils um die Provinz wieder aufzubauen. Vielleicht bietet einen Anhalt für die Beurteilung des Umfanges des Schadens die Tatsache, daß amtlichen Erhebungen über die Finanzlage Ostpreußens zufolge die Gesamtausfälle an Einkommen- und Ergänzungssteuern infolge der Russeneinfälle sich auf rund vier Millionen Mark belaufen. Wer die Mittel aufzubringen hat, ob das Reich oder der preußische Staat, das ist eine Frage von untergeordneter Bedeutung. Jedenfalls kann es bei einem Kriege, der täglich 60 Millionen Mark erfordert, auf ein paar hundert oder auf ein paar tausend Millionen Mark mehr nicht ankommen, wenn es sich um die Lösung einer dringenden Kultur- aufgabe handelt. Und eine Kultur- aufgabe ist es, die der Regierung und aller anderen verantwortlichen Stellen hier harret. Schon hat man hier und da mit dem Wiederaufbau begonnen, auf landwirtschaftlichem Gebiete sowohl als in städtebaulicher Hinsicht. Ueberall sind Bezirksarchitekten am Werk, um neue Stadt- pläne zu entwerfen, vernichtete Städte werden in neuer Herrlich- keit entstehen, und wenn auch auf die alten Stadtbilder nach Möglichkeit Rücksicht genommen werden soll, so wird doch anderseits den Forderungen des modernen Städtebaues und vor allem den hygienischen Forderungen endlich Rechnung getragen werden.

Wir wollen hoffen, daß die Zeit nicht mehr allzu fern ist,
wo wir mit dem Dichter sagen können:

O schöner Tag! Wenn endlich der Soldat
Ins Leben heimkehrt, in die Menschlichkeit,
Zum frohen Zug die Fahnen sich entfalten,
Und heimwärts schlägt der sanfte Friedensmarsch.

Kommt dieser Tag, dann darf der Krieger, der „ein Fremdling in sein Eigentum, das längst verlassene“ eintritt, Haus und Hof nicht verwüstet vorfinden, sondern der Staat muß ihm den Zoll seines Dankes dadurch abtragen, daß er ihm eine gastliche Stätte bereitet, in der er sich nach so langer Abwesenheit wieder seiner friedlichen Beschäftigung hingeben kann. Das ist das mindeste, was das Vaterland sich selbst und was es seinen Söhnen schuldig ist, deren Heldenmut es die Befreiung der heimatlichen Scholle vom Feinde verdankt. Dafür darf ihm kein Opfer zu groß sein!

Gleichstellung der Juden in Rußland. Der Handelsvertragsverein, der Hansabund und der Verein deutscher Exporteure für den Handel mit Rußland haben in einer gemeinsamen Eingabe an den Reichskanzler das Ersuchen gestellt, in den Friedensvertrag mit Rußland Klauseln aufzunehmen, die die Befreiung der Juden von den seither bestandenen Beschränkungen ein für allemal sicherstellen.

Nachdem schon im deutsch-russischen Handelsvertrage von 1904 derartige Zugeständnisse Rußlands erlangt aber nicht eingehalten wurden, dürfte auch jetzt und fernerhin Rußland auf alles eingehen und nichts halten.

Entlastung der Gerichte?

Von Dr. Benedikt Bernheim.

DER Bundesrat hat unterm 9. September 1915 mit Wirkung vom 1. Oktober eine Bekanntmachung: „Zur Entlastung der Gerichte“ erlassen, die für die Dauer des Krieges das Verfahren in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten einer teilweisen Neuregelung unterwirft und dabei — gestützt auf die Ermächtigung des Bundesrates zu wirtschaftlichen Maßnahmen etc. vom 4. August 1914, wonach der Bundesrat zur Anordnung von Maßnahmen ermächtigt ist, die sich zur Abhilfe wirtschaftlicher Schädigungen als notwendig erweisen — erhebliche Eingriffe in die bestehenden Prozeßgesetze macht. Das Motiv, welches zum Erlaß der Bekanntmachung geführt hat, ist die Besorgnis, durch die zahlreichen Einberufungen zum Kriegsdienst möchten die Gerichte auf die Dauer nicht mehr in der Lage sein, die Geschäftslast ohne erhebliche Stockungen zu bewältigen. Die Mittel, durch die dieser Zweck erreicht werden soll, sind insbesondere die zwangsweise Einführung des Mahnverfahrens im land- und im amtsgerichtlichen Zivilprozeß, die Aufhebung der Berufungsmöglichkeit in Rechtsstreitigkeiten über vermögensrechtliche Ansprüche, deren Streitgegenstand den Betrag von fünfzig Mark nicht übersteigt, die Aufhebung der absoluten Anwaltskosten-erstattungspflicht im Verfahren vor den Amtsgerichten, wenn der Wert des Streitgegenstandes fünfzig Mark nicht übersteigt, sowie im Verfahren auf erhobene Privatklage. Hiezu kommen noch einige weniger einschneidende Bestimmungen, die daher bei den nachfolgenden Ausführungen außer Betracht bleiben können.

Zweck dieser Ausführungen ist, zu untersuchen, ob Maßregeln zur Entlastung der Gerichte im gegenwärtigen Zeitpunkte überhaupt notwendig waren und, wenn ja, ob die getroffenen dem erstrebten Zweck entsprechen.

Mit den Hunderten von Rechtsprechenden stehen ungezählte Tausende von Rechtsuchenden unter den Waffen. Mit den vielen Strafrichtern, Staatsanwälten und Verteidigern steht auch ein großer Prozentsatz derer im Felde, die jenen sonst als Angeklagte zu schaffen machen. Große Schwurgerichtssessionen fallen wegen Mangels an Stoff aus, kurz, die Gerichtssäle sind entvölkert. Die enormen Anforderungen des Krieges an Menschenmaterial haben also ganz von selbst regulierend auf die Geschäftslast der Gerichte gewirkt, und wenn man hört, daß die Prozeßregisternummern an einem der größten deutschen Amtsgerichte im Jahre 1913 rund 54 000 betragen haben, im Jahre 1914 mit seinen nur fünf Kriegsmonaten aber schon auf 44 000 zurückgegangen sind, während das Jahr 1915 mit ungefähr 25 000 Nummern abschließen dürfte, wenn man weiter hört, daß die Zivilkammern eines großstädtischen Landgerichts in normalen Jahren ca. 5000 Prozeßregisternummern aufweisen, während das Kriegsjahr 1915 mit ca. 3000 Nummern abschließen wird, wozu noch kommt, daß zahlreiche dieser Prozesse ruhen, weil Parteien oder Zeugen im Felde stehen, so darf man wohl Zweifel darüber aussprechen, ob Maßregeln, insbesondere so einschneidende, wie die Bekanntmachung vom 9. September 1915, überhaupt notwendig waren.

Erwägt man noch, daß ein wesentlicher Teil der eingeführten Neuerungen nicht nur nichts zur Entlastung der Gerichte beiträgt, sondern im Gegenteil den bisher verhältnismäßig einfachen Apparat nur komplizierter macht, eine Tatsache, welche den Gelehrten im Reichsjustizamt nur bei völliger Weltfremdheit hätte entgehen können, so wird die Vermutung gerechtfertigt sein, daß es sich hier nicht zum kleinsten Teile um einen Versuchsballon für die in Aussicht stehende Reform der Prozeßgesetze handelt, für welche man auf diese Weise praktische Unterlagen gewinnen will. Man wird Statistiken häufen und die Gerichte befragen, welche Erfahrungen mit den Neuerungen gemacht wurden. Ob dabei etwas Gutes herauskommt, ist mindestens fraglich und es wird eine wichtige Aufgabe der an einer guten Justiz Interessierten — und das ist das ganze Volk — sein, ängstlich darüber zu wachen, daß die Erfahrungen, welche mit dem Provi-

sorium gemacht werden, dem Gesetzgeber in Zukunft nicht in **einseitiger** Beleuchtung gezeigt werden. Die Zeit des Burgfriedens und der Pressezensur verbietet deutlichere Hinweise.

Daß ein wesentlicher Teil der Neuerung von **Entlastung** der Gerichte weit entfernt ist, gilt für die zwangsweise Einführung des Mahnverfahrens in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten. War es bisher Sache des Vorsitzenden, nach Eingang einer Klageschrift ohne deren weitere Prüfung einen Termin zur mündlichen Verhandlung anzuberaumen, so muß er jetzt die Klageschrift daraufhin prüfen, ob sie den gesetzlichen Erfordernissen des § 253 Abs. 2 der Zivilprozeßordnung — die Klage muß die bestimmte Angabe des Gegenstandes und des Grundes des erhobenen Anspruches, sowie einen bestimmten Antrag enthalten — entspricht, oder ob sich aus ihrem Inhalt ergibt, daß die Klage oder der Kostenanspruch ganz oder teilweise nicht begründet ist. Hat diese immerhin zeitraubende Prüfung zu keinerlei Beanstandungen geführt und wird mit der Klage lediglich ein auch im Mahnverfahren verfolgbarer Anspruch — Zahlung einer bestimmten Geldsumme oder die Leistung einer bestimmten Quantität anderer vertretbarer Sachen oder Wertpapiere, also nicht etwa ein Feststellungsanspruch — geltend gemacht, dann erst erläßt der Vorsitzende einen bedingten Zahlungsbefehl. Gegen diesen Zahlungsbefehl kann der Beklagte binnen einer gewissen Frist Widerspruch erheben. Tut er dies, so verliert der Zahlungsbefehl seine Kraft und der Vorsitzende bestimmt Termin zur mündlichen Verhandlung. Erhebt der Beklagte keinen Widerspruch, so erläßt das Gericht auf schriftlichen Antrag des Klägers Vollstreckungsbefehl, der die Wirkung eines Urteils hat. Im alten Verfahren erfolgte auf die ohne jede weitere Prüfung vollzogene Terminansetzung mündliche Verhandlung, in welcher, falls der Beklagte weder erschienen noch vertreten war, nach Antragstellung und kurzer Bezugnahme auf den Tatbestand Versäumnisurteil erging, und zwar wurde die knappe Urteilsformel, deren Hauptbestandteil die Worte bildeten: „Es wird nach dem Antrag des Klägers erkannt“, auf die Klageschrift gesetzt. Also, um es kurz zu wiederholen: Terminansetzung, überaus kurze mündliche Verhandlung, einfache Urteilsformel, so bisher. Jetzt: eingehende

Prüfung der Klageschrift durch den Vorsitzenden, Erteilung des Zahlungsbefehls und nach Ablauf der darin bestimmten Frist auf neuerlichen schriftlichen Antrag des Klägers Erteilung des Vollstreckungsbefehls. Inwiefern durch diese Neuerung die Gerichte entlastet sein sollen, ist schlechterdings unerfindlich. Aber auch nach einer anderen Seite hin bedeutet die zwangsweise Einführung des Mahnverfahrens eine Verschlechterung des bisherigen Rechtszustandes, insofern nämlich, als böswillige Schuldner in der Lage sind, durch Erhebung des Widerspruches die Entscheidung hinauszuzögern. Das neue Verfahren bedeutet also weder Vereinfachung noch Beschleunigung der Rechtspflege, und es ist um so zweckloser, als wir ja das amtsgerichtliche fakultative, an keinerlei Wertgrenze gebundene Mahnverfahren längst ohnehin haben.

Anders verhält es sich mit der weiteren Hauptneuerung, der Aufhebung der Berufungsmöglichkeit in sogenannten Bagatellsachen (§ 20 der Bundesratsverordnung). Daß hiedurch die Landgerichte eine wesentliche Entlastung erfahren, ist fraglos. Eine andere Frage aber ist die, ob den Interessen der Rechtssuchenden damit gedient ist.

Eine der sichersten Garantien geordneter Rechtspflege ist und bleibt nun einmal die Möglichkeit der Anrufung einer höheren Instanz. Jede Schmälerung dieses Rechtes bedeutet daher eine Verringerung der Rechtsgarantien. Sparsamkeit am unrechten Ort — man hätte andernfalls die Richterstellen am Reichsgericht vermehren müssen — hat wiederholt die Revisionssumme erhöht. Bei den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten hat man gleichfalls die Berufungsmöglichkeit an Wertgrenzen gebunden, und es gibt Leute, die behaupten, man habe gute Erfahrungen damit gemacht, eine billige Behauptung, deren Richtigkeit sich schlechterdings nicht erweisen läßt. Wohl aber wird kein einigermaßen Kundiger bestreiten, daß zahllose Urteile von Gewerbe- und Kaufmannsgerichten keiner auch nur einigermaßen ernsthaften Kritik standhalten. Urteile, die dann, wenn die für sie Verantwortlichen die Nachprüfung durch eine höhere Instanz zu gewärtigen gehabt hätten, unmöglich gewesen wären. Dieser nämlich Gefahr gehen nun auch die Bagatellsachen in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten entgegen. Bagatellsachen! Als ob es

solche überhaupt gäbe! Gewiß kommt es vor, daß sich Parteien aus reiner Schikane kleinlich um Nichtigkeiten streiten. Aber das sind verschwindende Ausnahmen.

Forderungen bis zum Betrag von fünfzig Mark füllen die Bücher des Mittelstandes, der kleinen Krämer, der Metzger, Spengler, Schlosser, Buchbinder etc., kurz der Kleingewerbetreibenden. Für sie bildet die Einbringung solcher Forderungen genau die nämliche Existenzfrage, wie für den Großindustriellen die Liquidität der Tausende, und ihnen nimmt man nun mit einem Schlage eine der Hauptrechtsgarantien. Richter sind bekanntlich auch nur Menschen, oft leider nur allzu schwache Menschen. Und gerade die schwachen unter ihnen glauben nicht allzu selten an ihre Gottähnlichkeit.

Erwägt man noch, daß amtsgerichtliche Sachen von Einzelrichtern entschieden werden und daß diese Einzelrichter sich vorwiegend aus Leuten rekrutieren, die sich am Anfang ihrer richterlichen Laufbahn befinden, erwägt man ferner die Gefahren, die den Parteien von sogenannten „**temperamentvollen**“ Richtern drohen, so kann ruhig ausgesprochen werden, daß jene Wegnahme der Berufungsmöglichkeit eine **beklagenswerte Verschlechterung der Rechtspflege** bedeutet. Hiezu kommt noch, daß § 19 der Bundesratsverordnung für die Bagatellsachen den sonst geltenden obligatorischen Anwaltskostenersatz aufhebt und es ins Ermessen des Richters stellt, ob die Zuziehung eines Anwalts zur zweckentsprechenden Rechtsverfolgung oder Rechtsverteidigung notwendig war, was verneinendenfalls zur Folge hat, daß eine Partei, auch wenn sie obsiegt, ihren Anwalt aus eigener Tasche zu bezahlen hat.

Da bei geringfügigen Forderungen die Anwaltskosten nicht selten die Höhe des Streitgegenstandes überschreiten, wird selbstverständlich nunmehr das Gros der Rechtsuchenden seine Prozesse selbst führen.

Es besteht kein Anlaß, an dieser Stelle für die deutsche Anwaltschaft eine Lanze zu brechen, zumal diese selbst ihre Interessen so wenig zu wahren weiß, daß die **Schriftleitung der vom deutschen Anwaltverein herausgegebenen Juristischen Wochenschrift** den Amtsrichter Dr. Ernst Trendelenburg, Hilfs-

arbeiter im Reichsjustizamt, gebeten hat, ihr einen Aufsatz über die neue Bundesratsverordnung zu schreiben.*) Man wird wohl nicht fehlgehen in der Annahme, daß Dr. Trendelenburg hervorragendsten Anteil an der Fassung der Verordnung hat, und kein Einsichtiger wird ihm einen Vorwurf daraus machen, daß seine in Nr. 16 der Juristischen Wochenschrift vom 15. September 1915 abgedruckte, 18 Spalten umfassende Abhandlung nichts weniger als eine Kritik dieser Verordnung ist. Sollte die große deutsche Anwaltschaft in der Tat keinen Kopf in ihren Reihen haben, der fähig wäre, das neue Gesetz einer kritischen Besprechung zu unterziehen? Hätten die Herren Anwälte in dieser Hinsicht nur ein klein wenig von der organisierten Arbeiterschaft gelernt, sie würden sicherlich nicht ausgerechnet einem Beamten im Reichsjustizamt, sondern einem der ihrigen das Wort gegeben haben, und diesem, um kräftig gegen den neuen, gegen ihre Existenz gerichteten Schlag zu protestieren.

Für die Prozesse an den Kollegialgerichten herrscht der Anwaltszwang. Das Gesetz steht also auf dem Standpunkt, daß in Prozessen mit höherem Streitwert die Interessen der Parteien nur durch Juristen, die kraft ihrer Vorbildung Richterqualitäten haben, sachgemäß vertreten werden können. In der Tat wird nur derjenige, der die Klippen der Prozeßordnung, überhaupt die Prozeßgesetze kennt, Prozesse richtig führen können. Ein einziges unbedachtes Wort bringt oft die beste Sache zum Scheitern. Geistesgegenwart, Gewandtheit und Kenntnis der Gesetze müssen in zahlreichen Fällen fest zusammenwirken, um dem Rechte zum Siege zu verhelfen und Unheil zu verhüten.

Bedenkt man noch, daß der Blick sonst gewandter und intelligenter Menschen in eigener Sache getrübt ist, so ist klar, daß die neue Bundesratsverordnung, die dem kleinen Mann nicht nur die Berufung, sondern auch den Anwalt nimmt, die Lage der Prozeßführenden ganz erheblich verschlechtert, insbesondere zu-

*) Inzwischen hat die Juristische Wochenschrift, nach Drucklegung dieser Ausführungen, aus der Feder des Leipziger Professors Dr. Adolf Wach und des Justirates Dr. Heilberg-Breslau zwei weitere, teilweise tiefeschürfende Aufsätze über die neue Bundesratsverordnung gebracht, die aber beide gleichfalls mit der sozialpolitischen Seite der Verordnung sich nicht befassen.

ungunsten der wirtschaftlich Schwachen. Der gut Situierte, der sich auch in Zukunft einen Anwalt leisten wird, erhält leicht das Uebergewicht über den hilflos dastehenden Laien, namentlich dann, wenn von vergleichswütigen Richtern auf diesen eingewirkt wird.*)

Daß die neue Verordnung die obligatorische Anwaltskostenerstattungspflicht auch auf dem großen Gebiete des **Privatklagewesens** aufhebt, kann weiter nicht wundernehmen.

Wer für seine verletzte Ehre kämpft oder Genugtuung für tätliche Angriffe fordert, wird also in Zukunft entweder sich persönlich mit seinem Gegner vor den Gerichten herumstreiten oder damit rechnen müssen, daß ihm auch im Falle Obsiegens die Kosten seines Anwaltes nicht erstattet werden. War schon bisher die Klage über mangelhaften gerichtlichen Schutz der bürgerlichen Ehre ziemlich allgemein, so bedeutet der nunmehrige Eingriff in das Privatklagewesen vollends eine durch nichts gerechtfertigte Härte. Man braucht wahrlich kein Prophet zu sein, um vorauszusehen, wie diese neue Bestimmung zur Peitsche in dem bisher schon genügend widerlichen Vergleichschacher werden wird.

Groß ist die Gefahr, daß man versuchen wird, gerade die §§ 19 und 20 der Bundesratsverordnung, die letzten Endes eine von gewissen Treibern und Drahtziehern erstrebte **wesentliche Stärkung der ohnehin schon überwiegenden richterlichen Macht** bedeuten, in die künftige Neuordnung der Prozeßgesetze einzuführen. **Es heißt deshalb wachsam und insbesondere allen statistischen Künsten gegenüber skeptisch sein.**

Auch wer der Ueberfüllung der Gefängnisse statt mit ihrer Erweiterung etwa damit steuern wollte, daß von nun an jeder Dieb und Betrüger aufgehängt wird, würde von den Gefängnisdirektoren zu hören bekommen, daß sich die neue Maßregel glänzend bewährt habe.

Mit Vermehrung der Richterstellen bekämpfe man — in Zukunft natürlich, d.h. wenn wir wieder in normalen Frie-

*) Am besten schützen sich die Rechtsuchenden gegen die ihnen hier drohenden Nachteile durch Bildung von Rechtsschutzvereinen.

denzeiten leben — die Belastung der Gerichte, nicht aber mit Beschneidung der Rechtsgarantien und der Beseitigung selbstverständlicher Rechtswohlthaten.

Dann heißt es ängstlich auf der Hut sein und die Augen offen halten, damit dereinst ein freies Volk eine Rechtspflege genießt, wie allein sie einem freien Volke ziemt.

Umwertung aller Werte. Das Zustandekommen der englischen Anleihe in Amerika wird Folgen haben, die einer Umwälzung finanzpolitischer Verhältnisse gleichkommen. Lombardstreet, einst der Weltmarkt des Geldes — dies der Titel einer vor 40 Jahren viel beachteten Schrift von W. Bagehot — hat vor Wallstreet kapitulieren müssen. Englands Zahlungsbilanz gegen die Vereinigten Staaten wird passiv werden, der englische stolze Gläubiger verwandelt sich zum bittenden Schuldner. Noch im März prahlte Lloyd George damit, die in englischen Händen befindlichen 20 Milliarden Mark amerikanischer Wertpapiere könnten die Verpflichtungen Englands an das Ausland spielend begleichen. Nun muß sich das stolze Albion gefallen lassen, statt einer Milliarde eine halbe bewilligt zu bekommen und zu Bedingungen, wie sie vor dem Kriege finanzschwache Balkanstaaten einzugehen pflegten. Um 2 Milliarden Mark für 5 Jahre zu 96 Prozent aufzunehmen, muß England gegen 7 Prozent Zinsen zahlen, wobei durchaus nicht klar erscheint, ob der größte Teil dieser Summe nicht durch Verrechnung mit dem Bankhaus Morgan für fällige Guthaben aufgebraucht wird. Bei längerer Dauer des Krieges bleibt demnach diese Anleihe nur eine transitorische Maßnahme, nicht nur hinsichtlich der Befriedigung des Kapitalbedarfes, sondern auch in Berücksichtigung ihres angeblichen Zweckes: der Hebung der englischen Devisen. Bis jetzt ist davon noch nichts zu merken. Und wenn die englische und französische Devisen, wie es den Anschein hat, auch weiter bedeutend unter der Parität bleiben — für die französische beträgt sie zur Stunde 13 Prozent — so wird die Bezahlung der Zinsen dieser Anleihe eine weitere Last für die beiden Ententeländer bilden. Die finanzielle Abdankung Englands und Frankreichs in diesem Weltkriege ist von so weittragender Bedeutung für die zukünftige Gestaltung der internationalen Finanzpolitik, des Welthandels und der Weltpolitik überhaupt, daß jetzt nur Vermutungen am Platze sind. Zweifellos aber bleibt die Verlegung des finanziellen Schwerpunktes von London nach Newyork.

Die amerikanische Gefahr.

Von Julius Kaliski.

LANGE angekündigte Gefahren haben mit angesagten Revolutionen die Eigentümlichkeit gemein, daß sie nicht eintreten. Auch für die „amerikanische Gefahr“ dürfte diese Erfahrung zutreffen. Um das Jahr 1900 wurde über eine heraufziehende amerikanische Gefahr viel gesprochen und geschrieben; man glaubte damals an eine Ueberflutung des Weltmarktes mit amerikanischen Waren und wußte schon Einzelheiten zu erzählen, wo Massenangebote aus den Vereinigten Staaten zu außerordentlich billigen Preisen aufgetaucht wären, um die europäische Konkurrenz aus Vorzugsstellungen zu verdrängen, gegen die anzukämpfen Amerika bisher nicht gedacht hatte. Damals stand das Wirtschaftsleben, besonders der europäischen Länder, im Zeichen einer schweren Krise, die Fundamente der herrschenden Wirtschaftsverfassung schienen zu beben. Wirkte unter diesen Umständen die Vorstellung einer amerikanischen Wareninvasion außerordentlich bedrückend, so wurde die Einschätzung der Gefahr aber weiterhin noch gesteigert durch die Annahme, daß die einmal durch Schleuderpolitik sieghaft vorgedrungene amerikanische Industrie die neu errungene Stellung auch späterhin zu behaupten wissen würde.

Nichts von alledem traf ein. Schnell geriet dann auch die amerikanische Gefahr von 1900 in Vergessenheit, bis sie sieben Jahre später ihre Auferstehung feierte. Wieder fegte ein Krisensturm durch die Welt. Diesmal hatte er von Amerika seinen Ausgang genommen; mit mächtigen und lärmenden Zusammenbrüchen war im Herbst 1907 der Beginn eines abermaligen heftigen Niederganges der Konjunktur gewissermaßen offiziell angezeigt worden. Unter dem Druck der wirtschaftlichen Ereignisse in den Vereinigten Staaten wuchs die Verschlechterung der industriellen

Lage auch bei uns, und sofort erschien auch wieder an dem düsteren Wirtschaftshimmel die amerikanische Gefahr. Alte Pro-
phезеи wurden aufgefrischt und wie neu präsentiert, gingen jedoch ebensowenig in Erfüllung. Dem amerikanischen Kapital wäre es gewiß sehr willkommen gewesen, einen Ausgleich für die Folgen der Krise durch einen verstärkten Export zu schaffen, indessen ließen sich die Dinge offenbar nicht nach Belieben meistern. Rücksichtnahme auf europäische Aengste hat sicherlich „drüben“ nicht dazu beigetragen, auf eine Ueberschwemmung Europas mit amerikanischen Produkten zu verzichten. Statt einer Forcierung der Ausfuhr schritten die großen amerikanischen Unternehmungen zu radikalen Betriebseinschränkungen und großen Arbeiterentlassungen, um ein Nachlassen des erdrückenden Angebotes zu bewirken. Zum erstenmal in der Geschichte erfolgte eine massenhafte Zurückwanderung aus den Vereinigten Staaten, die auch erkennen ließ, wie unrichtig das viel mißbrauchte Wort von den unbegrenzten Möglichkeiten Amerikas war.

Einen anderen Charakter trägt die amerikanische Gefahr, wie man sie jetzt verschiedentlich gekommen glaubt. Diesmal läßt man Amerika in der Rolle des Erben Europas auftreten; Europas Großmächte, durch den furchtbaren Krieg geschwächt, sollen sich schließlich genötigt sehen, ihre wirtschaftliche Vormacht an Amerika abzugeben. Schon während des Krieges haben die Anschauungen über den Verlauf dieses vermeintlichen Schicksals Europas wiederholt gewechselt. Für Leute, die immer schwarz sehen und die den Nachweis kritischen Vermögens dadurch zu erbringen glauben, daß sie ständig und laut beteuern, es würde alles noch viel schlimmer kommen, war die Situation bei Ausbruch des Krieges natürlich ganz klar, sie wußten mit unbedingter Sicherheit, daß Amerika im Fluge die Märkte erobern würde, nach denen sich bisher der überseeische Export Deutschlands gerichtet hatte. Nun ist gerade dieser Zustand nicht eingetreten. Amerika bemächtigte sich dieser ehemals deutschen Exportgebiete keineswegs, schon weil dazu mehr gehört als ein guter Wille. Für die leistungsfähigste Industrie der Welt Ersatz zu schaffen, ist ein äußerst schwieriges Unterfangen, es setzt neben hohem technischem Können eine nicht minder bedeutende

Anpassungsfähigkeit an die besonderen Bedürfnisse der Käufer und ferner das Vorhandensein einer gar nicht einfachen Organisation voraus. Selbst wenn alle diese Voraussetzungen sich plötzlich erfüllt hätten, war zu einem erfolgreichen Vorstoß Amerikas gegen die deutsche Industrie bei Ausnutzung ihrer durch den Krieg geschaffenen Verhinderung des Wettbewerbs noch die Kauffähigkeit der in Frage kommenden Länder notwendig. Aber an der wirtschaftlichen Aufnahmefähigkeit jener Staaten mangelte es lebhaft, ein Zustand, der sich im großen und ganzen bisher behauptet hat.

Sollte nun Amerika wirklich die so oft betonten Riesenvorteile aus dem Weltkriege nicht gezogen haben? Eine derartige Behauptung wäre natürlich töricht. Gewaltig ist der Außenhandel der Vereinigten Staaten gestiegen, Industrie- und Agrarprodukte strömen mit nie geahnten Gewinnen nach Europa, um von England und Frankreich, teilweise auch von Rußland und Italien aufgenommen zu werden. Zu seinem Glück konnte Deutschland sich an diesen Käufen nicht beteiligen, neidlos blicken wir heute auf die amerikanischen Kaufmöglichkeiten, die unseren Gegnern kraft der britischen Seebeherrschung überlassen blieben. Verhüllt und immer unverhüllt hat Amerika sein Geschäft in den Dienst der Feinde Deutschlands gestellt, wie ohne weiteres zugegeben werden muß, mit erheblichem Verdienst. Während Deutschland — nicht zuletzt durch die Sperrung des Bezuges amerikanischer Produkte — industriell und finanziell in einem Umfang erstarrte, der alle Berechnungen und Hoffnungen weit überstieg, hat die Ausnutzung der günstigen amerikanischen Kaufmöglichkeiten durch England und Frankreich die Kriegsrüstungen dieser beiden Länder wohl enorm gefördert oder auf die Dauer sogar erst ermöglicht, aber der Preis, den vor allem England dafür bezahlen muß, ist überaus teuer. Neben der Umwälzung der Grundlagen seines Staatskredits bei den inneren Anleihen, die durch den Uebergang eines Zinssatzes von $2\frac{1}{2}$ auf $4\frac{1}{2}$ Prozent gekennzeichnet ist, mußte Großbritannien schließlich zu blutigen Bedingungen in Amerika borgen, um der Notwendigkeit enthoben zu sein, zur Schuldzahlung weitere große Goldmengen auszuführen und der Entwertung des Sterlingkurses entgegenzuwirken.

500 Millionen Dollar werden von der amerikanischen Finanz an England und Frankreich als Anleihe mit einem Zinsfuß von 5 Prozent zu 96 Prozent gegeben, das amerikanische Publikum kann die Anleihe zu 98 Prozent bei einer Ablösbarkeit in fünf Jahren beziehen. Alles in allem wird die Verzinsung der Anleihe etwa 6 Prozent erfordern. In die Brüche ging dabei die Herrlichkeit der Beherrschung des Kapitalmarktes durch England (die Stellung Frankreichs als Weltbankier ging vorher entzwei); England ist der Schuldner Amerikas geworden und voraussichtlich wird seine Schuldabhängigkeit noch wachsen.

Zweifellos blickt Amerika als Ergebnis des Krieges auf eine beträchtliche finanzielle Erstarkung zurück, eine Wandlung, die noch dadurch an Bedeutung gewinnt, daß das gesamte wirtschaftliche Leben der Union nicht wie die Volkswirtschaft der europäischen Länder unter den schweren Opfern und Wunden des Krieges leidet. Doch in erster Reihe ist es England, das sich von Amerika geschlagen sieht und seine Konkurrenz auch künftighin zu fürchten hat. Deutschlands wirtschaftliche Rüstung, die sich so glänzend bewährte, wird auch nach dem für die deutschen Waffen siegreichen Krieg an Kraft ungebrochen bleiben, Deutschlands Betätigungsfeld dabei nicht enger, sondern eher weiter sein. Der Vorsprung Amerikas durch die verstärkte und beschleunigte Kapitalbildung kann nicht schrecken, für die Inangriffnahme und den Aufbau alter Unternehmungen wird auch nach den unerhörten Leistungen, die der Krieg erforderte, bei uns das erforderliche Kapital aufzubringen sein. Nicht Kriegsentschädigung soll zunächst in Rechnung gesetzt werden, umsomehr aber die Organisation unserer Wirtschaft. Deutschland ist nicht darauf angewiesen, nach Beendigung des Krieges seine Grenzen für einen unbeschränkten Import zu öffnen und seinen Kapitalmarkt durch entsprechende Goldzahlungen zu schwächen; es hat z. B. gezeigt, wie es mit einem Schläge auf die früher große Getreide-einfuhr verzichten konnte und wird im Friedenszustande zur Fortsetzung dieses Werkes noch leichter imstande sein. Auf einer Reihe von anderen Wirtschaftsgebieten läßt sich ähnliches durchführen. An Absatzmöglichkeiten dagegen wird es nicht fehlen; zwar wird auf Jahre hinaus wahrscheinlich eine Verschiebung

in der Zusammensetzung der Kundschaft erfolgen, jedoch eine Ausschaltung des deutschen Exports ist eine Utopie. Neue günstige Aussichten eröffnen sich der deutschen Entwicklung durch das Bündnis mit der Türkei, ganz abgesehen davon, daß die Behauptung Deutschlands gegen Rußland und seine Hilfsvölker zu einer Festigung seiner Stellung und Erhöhung seines Ansehens führen wird, was den wirtschaftlichen Zwecken gleichfalls förderlich zu sein pflegt.

Nicht unwandelbar sind unsere Handelsbeziehungen mit den Vereinigten Staaten von Amerika. Nirgends ergibt sich die Notwendigkeit für uns, an Verhältnissen festzuhalten, die Deutschlands Interessen nicht zuträglich sind. Selbst die Meistbegünstigungsklausel, die uns im Wirtschaftsverkehr mit Amerika schon so viel Unzuträglichkeiten brachte, ist nur ein Requisit der Zoll- und Handelspolitik, das den jeweiligen Erfordernissen angepaßt werden muß und wirklich nichts gemein hat mit einem unantastbaren sozialistischen Prinzip, wie Schwimmer im Teich kleinbürgerlicher Händlerpolitik wohl gelegentlich wahr haben wollten. Auch nicht die Beherrschung des Baumwoll- und Kupfermarktes ruht für ewige Zeiten in den Händen des amerikanischen Kapitals. Gebiete außerhalb der Interessensphären Amerikas, die die Kupfergewinnung und den Anbau von Baumwolle ermöglichen, sind vorhanden, das Ziel einer zügellosen Spekulation, die alleinige Bestimmung über so wichtige Produkte wie Baumwolle und Kupfer Amerika aus den Händen zu nehmen, ist erreichbar. Amerika, so vernahm man, wird die auf Kosten Englands und Frankreichs erlangte Kapitalmacht auch verwenden, um sich politisch und wirtschaftlich zum Schaden der europäischen Konkurrenz nachhaltigen Einfluß in Asien zu verschaffen. Selbst das hat Deutschland nicht zu befürchten; daß in Ostasien die amerikanischen Bäume nicht in den Himmel wachsen, dafür dürfte Japan sorgen.

Hindenburg.

Nachträgliches zu seinem 68. Geburtstage (2. Oktober 1915).

Von Max Grunwald.

VOM 26. August bis zum 29. August 1914 ging das gewaltige Ringen, dessen Ergebnis die vollständige Zertrümmerung der russischen Narew-Armee war. Nahezu 100 000 Mann wurden gefangen, fast die ganze Artillerie und der Troß fielen in deutsche Hände und von der Viertelmillion Soldaten, die diese Armee enthalten hatte, retteten sich kaum mehr als 70 000 aus der eisernen Umklammerung. **Ostpreußen**, das zwei Wochen dem Ansturm und der kosakischen Verwüstung der Russen ausgesetzt gewesen war, erlebte seine **Befreiung**, das deutsche Bollwerk im Osten wurde neu und dauerhaft aufgerichtet. Seit diesem Tage von **Tannenberg** beherrscht ein Name die Deutschen in Kopf und Herz, und in den Hütten der Armen wie in den Palästen der Reichen prangt sein Bild gleichermaßen als Dank für die Vergangenheit und als Mahnung für die Zukunft: **Hindenburg**.

Die Persönlichkeit dieses Mannes ist zu einem Wahrzeichen deutscher Kraft geworden und über alle Parteien hinausgewachsen. Der Klang seines Namens schwingt mit, wo daheim und draußen der unvergleichlichen Taten unserer Heere gedacht wird; die **Volksseele hat ihn in sich aufgenommen**. Er ist ein Teil ihrer Kraft geworden, ein Teil ihrer Sicherheit und Ruhe. In den ernstesten und schwersten Briefen aus den Schützengräben tönt er wieder, und in den Spielen und Liedern der Kinder ist er nicht weniger Held und Hoffnung. Keine Macht der Welt wird seinen Ruhm mindern, seinen Namen verdunkeln können.

Wie kam diese ungeheure Wirkung, dies in seiner Art fast unvergleichliche Bild deutscher Geschichte zustande? Wo sind Ursache und Kraft dieser Entwicklung eines einzigen Jahres? Es scheint vermessen, diese Frage heute schon beantworten zu wollen; aber sie wenigstens zu streifen scheint uns Pflicht und Dankesschuld.

Zuerst springt in die Augen, daß Hindenburgs Wirken diese umfassende Bedeutung dadurch erhielt, daß er die **Sehnsucht der Zeit** erfüllte. Es war ein voller Gleichklang zwischen den Wünschen des deutschen Volkes und Hindenburgs **Erfüllung: die Abwehr Rußlands**. Der Beginn des Krieges konzentrierte allen gesunden Haß auf den russischen Angreifer. Wir lernten erst später und je länger je mehr mit guten Gründen erkennen, wie England, geschichtlich gesehen, Ursache und Anstoß dieses ungeheuerlichsten Krieges war. Damals aber galt es den ersten Angreifer zu packen und zu besiegen. Hinzu kam, daß dieser Angreifer weit auf deutschen Boden vorgedrungen war und mit Verwüstung, Mord und Plünderung seine Spur gezeichnet hatte. Die ostpreussischen Flüchtlinge durchströmten Deutschland, und ihres Elends Jammer ergriff alle Herzen. Der Plan der obersten Heeresleitung schien zunächst ausschließlich im Westen die Entscheidung erzwingen zu wollen und im Osten nicht über die allernotwendigste Abwehr hinauszugehen. Keiner von uns zweifelte daran, daß der endgültige Sieg auch im Osten schließlich auf deutscher Seite sein würde; aber Sorge und Angst um die östlichen Provinzen und ihre Bewohner durchzitterte in jenen Tagen die gesamte deutsche Bevölkerung. In diese Tage der höchsten Spannung und Sorge fielen Hindenburgs Tat und Name wie ein Symbol der Kraft und Ruhe. Der Sieg von Tannenberg war in diesen Zeiten eine erlösende Tat für ganz Deutschland, und seine Wirkungen waren tatsächlich ohne Grenzen. Alles atmete auf und war befreit von der Furcht einer weiteren russischen Invasion mit ihren Verbrechen gegen die friedliche Bevölkerung des Landes. Diese Umstände erklären gewiß zeitlich den tiefen und innigen Zusammenhang des Wirkens Hindenburgs mit dem Fühlen und Denken des deutschen Volkes. Aber diese Wirkungen wären nicht von solcher Dauer und von solcher inneren Kraft geworden, wenn dieser Mann nicht selbst durch die Art seines Handelns in dauernder innerer Beziehung zu dem deutschen Volke geblieben wäre.

Diese Dauerhaftigkeit und Stärke der Beziehungen zwischen Hindenburg und dem deutschen Volke ohne Unterschied von Klassen und Parteien liegt in der besonderen Art seines Genies.

Er hat die höchste Aufgabe des Soldaten, durch die **Tat** zu wirken, auf das glänzendste verkörpert. In allem, was wir von ihm hören, liegt dazu eine ungeheure **Ruhe und Sicherheit**, eine unvergleichliche Konzentration der Kräfte auf die Tat. Das Wort Goethes, daß die Tat alles sei und nichts der Ruhm, hat sich an ihm in einer ganz besonderen Art offenbart. Er hat sich von dem Ruhm, der seinen Taten folgte, wie der Schatten dem Lichte, nicht irgendwie beeinflussen oder gar ablenken lassen. Im Verein mit seinem genialen Stabschef Ludendorf ist sein kriegerisches Leben nichts als Arbeit und Mühe für sein Vaterland gewesen.

Dieses Tatleben ausschließlich für den kriegerischen Zweck der Gegenwart enthält zweifellos eine gewollte **Einseitigkeit**. Aber diese Einseitigkeit umfaßt ein so großes Ziel, den Menschen den Frieden wiederzubringen, daß alle Teile des geschichtlichen und natürlichen menschlichen Lebens darin enthalten sind. Diese Einseitigkeit ist aber anderseits für die Aufgaben, die Hindenburg gestellt waren und noch gestellt sind, ein großer Vorzug. Zugleich empfinden wir in dieser Einseitigkeit den ungeheueren **Ernst der Aufgabe** und die **Schwere der Zeit**, die wir durchmachen. Insofern ist Hindenburg nicht nur ein Lehrer für die Kämpfe draußen auf dem Schlachtfelde, sondern auch ein Mahner für alles, was im Innern des Landes vor sich geht. Sein Bild treibt nicht zu äußerlichem Jubel, zu Frohlocken und lautem Ruhm, sondern zu ernster Pflichterfüllung und zu tiefem Nachdenken über das Ungeheuerliche, das die Welt in seinem Bann hält. Das persönliche Bild, das wir von diesem Manne haben, ist deshalb auch nicht von lächelnder Beweglichkeit, sondern von einem tiefen Ernst und von einer schweren Würde, ein Bild, das sein Stabschef, mit dem er Arm in Arm dieses Jahrhundert in die Schranken fordert, in gleicher Weise offenbart.

Der tiefe Ernst im Charakterbild Hindenburgs wird verstärkt durch ein **starkes religiöses Empfinden**. Form und Inhalt dieses religiösen Empfindens werden gewiß vielfältig sachlichen Widerspruch finden, aber in jedem Falle verpflichten sie zu großem Respekt, wie ihn jede ehrliche Ueberzeugung, auch wenn man sie nicht billigt, sondern bekämpfen möchte, hervorrufen muß.

Wer so dieser Art seiner religiösen Empfindungen nicht folgen kann, wird darin doch auch das **Aufgehen in eine Idee** sehen, die über der eigenen Person und der eigenen Sache steht. Dadurch hat er auch, wie kaum ein anderer Heerführer, das intuitive Empfinden für den Wert seiner **Mitarbeiter**, vom Stabschef bis zum einfachsten Soldaten, behalten, die er wiederholt sich gleichgestellt und für seine Erfolge mit Recht aufs höchste bewertet hat. So gesehen, verkörpert das Religiöse in Hindenburg nichts anderes als eine besondere Art von höchstem **Idealismus**, von einem Glauben an Ziele, die über die Gegenwart hinausgehen. Es kommt nicht auf den zufälligen Inhalt dieses Ideals hier an, sondern auf die **Art des Denkens und Handelns**, die in jedem Idealismus enthalten ist. Es ist das große **Streben nach aufwärts und vorwärts**, der Glaube, daß wir nicht bloß um unser selbst willen leben und arbeiten, sondern für andere Menschen und andere Zeiten, was wieder nichts anderes heißt, als kämpfen für bessere Zeiten mit besseren Menschen.

Dieses **Vorwärts-Wollen** ist der letzte Grund, warum Hindenburgs Name, warum sein Wesen so unendlich tief in die deutsche Volksseele eingedrungen ist. Sie will selber vorwärts und aufwärts und nimmt voll Begierde und voller Freude jede Bewegung, jede Sache und jede Persönlichkeit in sich auf, die vorwärts und aufwärts will. Wir wollen vorwärts in diesem Kriege, den keiner von uns gewünscht hat. Wir wollen vorwärts in ihm, um ihn zu beenden, damit die deutsche Kraft in friedlichen Aufgaben ihre eigentliche Sendung erfüllen kann; wir wollen vorwärts im Innern, um alle Kraft des Volkes frei zu machen und zu wahrhaft lebendigem Leben zu erwecken.

So ist der Name Hindenburg auch für unser Leben im Innern zu einem Symbol des Fortschrittes, der Zukunft, des Friedens und der Kultur geworden, und gerade diejenige Partei, die in diesen Friedenszielen ihre höchsten Aufgaben sieht, wird ihm zu besonderem Dank verpflichtet sein und seines Wesens Kern am besten verstehen und würdigen.

Ein Veteran sozialdemokratischer Realpolitik.

AM 30. Sept. 1890 wurden die ersten zwei Sozialdemokraten in das dänische Oberhaus (Landsting) gewählt: **P. Knudsen** und **C. C. Andersen**, die mit 96 bzw. 95 Stimmen aus der Wahl zum Hause der Privilegierten hervorgingen. Die Kopenhagener Arbeiter hatten den Sprung gewagt und er war gelungen. Acht Jahre lang saßen die beiden Parteiführer zusammen im Landsting. **P. Knudsen** zog dann in die Volkskammer hinüber und **Andersen** war einige Jahre lang der Hecht im Karpfenteiche. 1906 kamen noch drei Genossen hinzu, die ihm in der schweren Arbeit kräftig beisprangen.

P. Knudsen ist inzwischen gestorben, aber sein guter Kamerad von einst konnte in voller Rüstigkeit und geistiger Frische die vielen Glückwünsche entgegennehmen, die aus Anlaß des Tages aus allen Kreisen der Arbeiterbewegung bei ihm einliefen. Die kurze intime Feier in seinem Heim wurde nicht allein zu einer Huldigung des Veteranen, der seit Anfang der 70 er Jahre als Pionier der Gewerkschaften und des Sozialismus im dänischen Proletariat wirkt, sondern sie gab auch Anlaß zu einem Rückblick auf die zurückgelegte Strecke Weges, auf dem schönsten Erfolge erreicht wurden. 1890 erschien es noch dem meisten Parteigenossen als „Prinzipienverrat“, in die Privilegiertenkammer einzudringen. Die Teilnahme an diesen Wahlen sei die „mindesten Wahlrecht“, hieß es. **P. Knudsen** verstand sich schlecht auf diese Art „Prinzipiere“ und erklärte: Gerade in die Kammer wollen die vier Sozialdemokraten im Landsting wäre die neue Verfassung mit der Demokratisierung beider Kammern, Abschaffung aller Privilegien und Anerkennung gleicher Rechte für Frauen und Männer kaum zur Tatsache geworden. Ohne **C. C. Andersen** im Landsting wäre 1903 schon der Riegel für eine so

weitgehende Verfassungsrevision, wie sie jetzt zustande kam, vorgeschoben worden. Der damalige Vorschlag auf Einführung von Verhältniswahlen in Wahlmännerkreisen hätte den Weg zur Verfassungsrevision verbarrikiert, und es ist C. C. Andersen zu danken, daß das verhindert wurde. Wie hinfällig haben sich doch die einstigen Bedenken gegen die Teilnahme an den Wahlen erwiesen!

Und so ist es in allen Fragen ergangen, die ursprünglich „Bedenken“ erregten. Die Sozialdemokratie ist in alle Institutionen der Gemeinden und des Staates eingedrungen, sogar die Kabinettsbildung wurde ihr während der letzten Verfassungskrise angetragen, aus **taktischen** Gründen aber abgelehnt, und trotz alledem ist sie die Partei des Klassenkampfes geblieben. Politisch, gewerkschaftlich, genossenschaftlich, auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens betätigt sie sich **positiv** im Interesse der Arbeiterklasse. Sie versäumt keine einzige Position, die Erfolge verspricht, selbst wenn die praktische Bedeutung zunächst gering erscheint. Erst praktisch erproben, ist die Parole geworden, zurückziehen können wir uns immer, wenn es sich herausstellt, daß Ergebnisse nicht zu erwarten sind.

C. C. Andersen ist ein Veteran dieser Taktik. Er begann als Begründer des Fachvereins der Tischler, dessen Vorsitz er von 1873 bis 1884 führte. Seit 1874 gehört er dem Vorstand der Sozialdemokratischen Partei an. Seit 1886 ist er Geschäftsführer der Kopenhagener Genossenschaftsbäckerei, eine Gründung der organisierten Arbeiter. Auch an der Leitung der eigenen Brauerei und der Fleischerei der Arbeiterschaft ist er beteiligt. Seit 38 Jahren ist er Vorsitzender der sozialdemokratischen Presseorganisation Dänemarks, 15 Parteitage fanden unter seiner Leitung statt. Ueberall ein Mann der Arbeit, der Tat, ein Negierer der Phrase. Und weil er, weil seine Kameraden so waren, sieht er an seinem Lebensabend sein Vaterland ein gutes Stück dem Sozialismus näher, als es in seiner Jugend war, wo Junkerherrschaft und bürokratische Willkür der jungen Arbeiterbewegung entgegentraten.

W. J.

Das Kaiserreich „Utopien“.

AUS bürgerlichen Kreisen erhalten wir dieses „Märchen aus dem Lande Utopia“: Das Kaiserreich Utopien war in einen schweren Krieg mit mächtigen Nachbarstaaten verwickelt. Die Not im Lande war in dem Maße gestiegen, daß die Staatsleitung sich zu bisher noch nie dagewesenen Eingriffen in das Wirtschaftsleben genötigt sah.

Zunächst wurde das Brot knapp. Da dekretierte die Staatsleitung, daß ein jeder Mann nicht mehr Brot einkaufen dürfe, als er zu seinem persönlichen Bedarf gebrauche. Diese Absicht des Staates war unschwer durchzuführen. Die Bäckereien wurden angewiesen, nur so viel Brot und Gebäck zu verabfolgen, wie der Käufer durch Brotmarken belegen konnte. Die Brotmarken holte sich jedermann allwöchentlich beim Magistrat ab. Einem jeden Bürger wurde die gleiche Anzahl Marken verabfolgt; es waren so viele, daß niemand Hunger zu leiden brauchte. Das Vaterunsergebet „Unser täglich Brot gib uns heute“ wurde noch nie so ernst und auch so wörtlich genommen, wie in diesem Jahre. Man segnete die Maßnahmen des Staates, durch welche die Brotversorgung der Nation bis zur nächsten Ernte sichergestellt zu sein schien.

Trotz der kriegsrischen Erfolge wurde die Not im Lande größer. Die Fleischvorräte gingen zur Neige. Da ließ die Staatsleitung alles Fleisch und Schlachtvieh beschlagnahmen und regelte den Fleischkonsum nach Art der Brotversorgung.

Die neuen Zustände wurden in der Bevölkerung lebhaft besprochen. In einer Stammtischgesellschaft äußerte der Rentier Zechmeyer: Jetzt fehlen nur noch die Biermarken, und wir sind im sozialistischen Zukunftsstaat mitten drin. Der Oberkellner hörte dies und entgegnete: Biermarken haben wir ja schon immer, Sie können welche haben, zehn Stück zu zwei Mark.

Die Bemerkung des Herrn Zechmeyer war launisch gemeint, aber sie hatte einen tiefensten Hintergrund. Man war in der Tat ganz unversehens in den sozialistischen Staat hineingewachsen. Die Ausschaltung des Geldes, die Gleichstellung der Menschen in ihren Lebensbedürfnissen war — wenigstens was die Ernährung betrifft — ja zu einem guten Teile erreicht.

* * *

Der Friede war gekommen. Er brachte ansehnlichen Länderzuwachs und eine große Kriegsentschädigung füllte die Staatskasse. Zunächst lag kein sichtbarer Grund vor, die bisherige Wirtschaftspolitik fortzusetzen. Denn nun konnte man wieder so viel Fleisch und Getreide ins Land bekommen, wie man wollte. Aber im Parlament hatte sich eine große Partei gebildet, die aufs dringendste die Fortsetzung der bisherigen Politik forderte. Sie nannten sich Staatssozialisten. Im Vorstand der Partei befanden sich hohe Militärs, Berühmtheiten aus Handel und Industrie und die namhaftesten Vertreter der früheren sozialistischen Fraktion. Man mochte wohl in der neuen Partei eine Verschmelzung der konservativen mit der sozialistischen Partei erblicken; doch blieb die konservative Partei unter der Bezeichnung „altkonservativ“ weiter bestehen — allerdings nur wenige Mitglieder zählend.

* * *

Als der neue Reichstag zusammengetreten war, verkündete der Reichskanzler in seiner ersten Rede den Willen der Regierung, die bisherige innere Politik fortzuführen. Er führte aus:

Es ist richtig, daß die Lebensmittelnot, welche bisher das treibende Motiv für alle staatssozialistischen Regierungsmaßnahmen war, nicht mehr besteht, allein das Staatsinteresse gebietet, diesen Weg auch weiterhin zu beschreiten. Es ist nicht zu bestreiten, daß wir auf diese Weise dem früher so verfeimten sozialistischen Staat Schritt auf Schritt näher kommen. Vor diesem Popanz fürchten wir uns jedoch nicht. Was durch den natürlichen Gang der Dinge geworden ist, hat Daseinsrecht.

Ein Staat der wirtschaftlichen Konzentration mit monarchischer Spitze ist ein Staatsziel, mit dem wir uns wohl alle einverstanden erklären können.

* * *

Fünf Jahre nach Friedensschluß war der „Staat der wirtschaftlichen Konzentration“ — wie ihn der Reichskanzler nannte — Tatsache geworden. Gewerbe, Handel und Industrie waren verstaatlicht. Das Geld spielte keine Rolle mehr. Die Währung war fürs Inland außer Kurs gesetzt worden. Nur im Verkehr mit dem Auslande wurde das Geld noch verwandt. Dieser Geldverkehr wurde jedoch von der Regierung besorgt, welche genügend Gold aufgestapelt hatte, um die ausländischen Gläubiger zu befriedigen. Der Waren-Import und -Export wurde durch die Regierung vollzogen; dem einzelnen war keine Gelegenheit mehr gegeben, mit dem Ausland Geschäfte abzuschließen. Man lebte im „geschlossenen Handelsstaat“ — wie die Nationalökonomien es nennen.

Das Zeitalter des Kapitalismus war um.

Das Kaiserreich Utopien war der erste sozialistische Staat.

L'Albanie. Unter diesem Titel ist die erste Nummer einer Halbmonatsschrift erschienen, die sich die Aufgabe stellt, die Interessen Albaniens, das als ein gleichartiger Staat mit zentripetalen Neigungen seiner Bewohner (?) dargestellt wird, zu vertreten. Das Blatt erscheint in Lausanne in französischer Sprache. Aus einem Rückblick auf das seit der Abreise des „Mbret Wilhelm de Wied“, am 3. September 1914, verflossene Jahr scheint hervorzugehen, daß die Herausgeber diesem provisorischen Königtum von Gottes Gnaden nicht fern stehen.

Die Kunst nach dem Kriege.

NACH dem Kriege wird die Kunst der sichtbarste Exponent aller der Kulturelemente sein, die sich auf Grund der äußersten Beschränktheit der materiellen Mittel auf lange Jahre hinaus notdürftig werden behelfen müssen. Ihre wirtschaftlichen Interessen genossen vor dem Kriege immerhin noch einige Förderung durch das Luxusbedürfnis bestimmter Kreise der bürgerlichen Intelligenz, die freilich nur auf ein bestimmtes Programm, ja nur auf ein paar Schlagwörter eingeschworen waren. Wie diese Kreise sich nach Friedensschluß verringert haben werden zugunsten eines bedeutend engeren, der Kapitalsanhäufung nach jedoch weit stärkeren Kreises, so mögen dann auch auf dem Kunstmarkte für irgendwelche Liebhaberwerke noch höhere Liebhaberpreise gezahlt werden als vorher, so mag ein gewisser Anteil an den Kriegsgewinnen auch einigen Künstlern, nicht aber der Kunst zufließen.

Ob die **staatliche** Kunstpflege, ganz abgesehen von den materiellen Schwierigkeiten, die sich ihrer Betätigung entgegenstellen werden, dem Geiste und dem Sinne nach die der neuzeitlichen Entwicklung entsprechenden Bahnen einschlagen oder wieder nur bestimmte, bestimmten persönlichen Geschmacksrichtungen, überkommenen Irrtümern, politisch reaktionären Bestrebungen günstige Scheinwerte in den Vordergrund schieben wird, darüber läßt sich heute ebensowenig etwas voraussagen, wie über die Gestaltung unseres gesamten innerpolitischen Lebens überhaupt. Auf jeden Fall aber wird an dessen Wandlung im Sinne des Fortschritts wie an seinem Beharren in überkommenen Zuständen oder an seinem Rückwärtsgehen der Geist der staatlichen Kunstinstitute, die Qualität der öffentlichen Bauten und Denkmäler, der aus Mitteln der Allgemeinheit gepflegten und geförderten Künste getreulich Anteil nehmen und je nach dem Werte dieser Exponenten wird die Geschichte, die uns keineswegs einseitig nach

unseren im Augenblick nützlichen technischen, organisatorischen und militärischen Fähigkeiten einschätzen wird, unseren Gehalt an kulturbildenden Kräften beurteilen.

Einer im Sinne der freiheitlichen Entwicklung, also auch im Sinne aufgeklärter ästhetischer Anschauungen erneuerten Kunstpflege durch den Staat und durch die Gemeinden ist leider schon während des Krieges beträchtlich zuwider gehandelt worden. Ich meine die als Ehrung der Kämpfer und ihrer Anführer sowie als Anregung zu verschiedenen Wohlfahrtsaktionen allenthalben durchgeführte **Nagelung von Kriegswahrzeichen**, die ihren Absichten nach gewiß zu billigen, im Hinblick auf ihre künstlerischen Erfolge jedoch laut zu beklagen ist.

Die Mißachtung ästhetischer Gesichtspunkte, die wir gewohnt sind, zeigt sich nicht nur in der naturalistischen Plumpheit und dem trivialen Symbolismus dieser Gebilde (Hindenburg als mittelalterlicher Ritter!), sie wird schon durch die Tatsache erhärtet, daß man die ungeheure Menge dieser Wahrzeichen höchst phantasielos über einen einzigen Leisten geschlagen und so den in dem einen Falle des Altwiener Stock im Eisen sinnigen Grundgedanken in banalen Unsinn verkehrt hat. Denn es ist doch wohl ästhetische Klippschülerweisheit, daß zwar die primitive Form eines Baumstammes oder eines ähnlichen rein stereometrischen Gebildes gegen die Benagelung keinen Einspruch erhebt, daß aber die Nägelbespickung **organischer**, womöglich gar noch realistisch lebenswahrer Formen, handle es sich nun um Generäle oder einfache Wehrmänner, um Adler, Löwen oder andere Wappentiere, schlechthin geschmacklos ist.

Was nützt es, da noch im einzelnen retten zu wollen, was allenfalls noch rettbar, wozu, nicht etwa mit einem grundsätzlichen Veto, der „Werkbund“ reichlich zu spät auf den Plan getreten — das einzig Richtige wäre es gewesen, eine Sache, die doch wohl das ganze Volk und die ganze Künstlerschaft angehen soll, erst dann in Angriff zu nehmen, wenn Volks- und Künstlergesamtheit wieder zu Hause und zu Friedenswerken bereit waren. Eine unschädliche, künstlerische Mißgriffe hintanhaltende Form der Vorbereitung und der Bereitstellung von Mitteln zu guten Zwecken hätte sich bei einigem Besinnen doch wohl entdecken

lassen, während nun nach den rasch hingehauenen Entwürfen zufällig noch verfügbarer Kräfte und Unkräfte Ungestalt um Ungestalt pilzartig aus dem Boden schießt.

Ein Bund kunstverständiger Männer aus allen geistigen Berufszweigen soll in München im Entstehen begriffen sein und die Bekämpfung des unter vaterländischer Flagge zu erwartenden Kunstschundes vorbereiten. Er sollte endlich an die Öffentlichkeit treten und sich nicht allzulange mit Vorbereitungen aufhalten, denn trügen nicht alle Zeichen, so haben wir, was die kunstgeschäftliche Ausbeutung der Kriegskonjunktur — unter Anschluß der berufenen Künstler — anlangt, noch weit Schlimmeres zu gewärtigen, als zu Anfang der siebziger Jahre, weshalb denn auch Vorsorge getroffen werden muß, daß die zum Schlagwort mißbrauchte nationale Kunst nicht wiederum der Hemmschuh jeglicher gesunden Entwicklung werde.

* * *

Die in all ihrer Sinnlosigkeit nie zur Ruhe gekommenen Debatten über die vaterländischen Pflichten der Kunst werden sich nach dem Friedensschlusse voraussichtlich ins Unermeßliche vermehren, und so mag denn auch zu diesem so beliebten Thema schon heute Stellung genommen werden.

Mich hat es stets befremdet, daß auch die engsten Verfechter einer spezifisch deutschen Kunstentwicklung, die an sehr, sehr weit zurückliegende Werte anknüpfen müßte, um vom Verdachte jeglicher fremden Geisteszumischung befreit zu sein, der Wissenschaft ohne weiteres das Recht auf Internationalität zubilligen, das sie den Künsten mit Empörung versagen. Der Grund mag darin liegen, daß der Materialismus, gekennzeichnet durch seine Unfähigkeit, die Welt anders als aus Nützlichkeitsgesichtspunkten zu betrachten, bei dem Worte Wissenschaft wohl zunächst an geldbringende technische Erfindungen, von den Maschinen und den ärztlichen Entdeckungen bis herunter zur neuesten Kunstbutter denkt. Auf diesen Gebieten hat man gegen den internationalen kaufmännischen Austausch natürlich ebensowenig wie man gegen ausländische Devisen und Valuten aus patriotischen

Gründen voreingenommen ist, nur eben in Kunst und Schrifttum, die als willkürlich zu befaselnde Vergnügungsgebiete für jeden gelten, soll das natürliche Austauschgesetz, das die Kultur der Völker bewirkt und regelt, auf einmal außer Kraft treten. Da soll jede Volkseinheit gleichsam durch Urzeugung die Werte entfalten, die nun und nimmer auf so mysteriösem Wege in Erscheinung treten können.

Der Internationalismus in Kunstdingen war durch gewisse modische Uebertreibungen vor dem Kriege kompromittiert, der Nationalismus aber durch sein blindwütiges Angehen gegen selbstverständliche Entwicklungstatsachen und durch sein Eintreten für Verjährtes, Bedeutungsloses erst recht. Soll dieser gänzlich unfruchtbare Zank endlich zur Ruhe kommen, so müßte sich die Einsicht Bahn brechen, daß wir in Hinsicht auf die neuere Malerei den Franzosen nach wie vor ebenso verpflichtet sind, wie diese uns im Hinblick auf die Musik, daß deutschsein in der Kunst nicht ängstliche Ausflucht heißt vor der europäischen Entwicklung, sondern Anteilnahme an ihr, selbstverständlich unter Beibehaltung der besonderen in unserer Geistesart, unserem Klima, unserem Blute bedingten Eigentümlichkeiten. Ihrem nationalen Gepräge kann so wie so keine ernstzunehmende Kunst entrinnen, doch darf auch keine in ihm unter Ablehnung wertvoller, von außen kommender Anregungen befangen bleiben.

Diesen Einsichten nach ist wohl auch klar, daß wir in nicht allzuferner Zeit nach dem Friedensschluß die regelmäßige Wiederkehr **internationaler Ausstellungen** erhoffen dürfen, wenn schon gewiß nicht mehr in den verjährten, ergebnislosen Formen, welche diese Veranstaltungen in den letzten Jahrzehnten vor dem Kriege angenommen hatten. Der internationale Austausch künstlerischer Anregungen ist Sache der Emporstrebenden, Suchenden, Lebendigen, Sache der Jugend, die allein noch imstande ist, aus dem freien Umblick in die Welt zu lernen. Den bisher üblichen Vorfürungen der gesättigten Mittelmäßigkeiten, der Strebungslosigkeit, Bewegungslosigkeit ganz Europas wird niemand eine Träne nachweinen, ja es ist entschieden besser, daß uns der Anblick dieser uniformen internationalen Kunstfertigkeit erspart bleibt, daß hüben wie drüben die abgewirtschafteten Generatio-

nen der goldenen und silbernen, großen und kleinen Medaillenmalerei in alle Ewigkeit entzweit bleiben. Nicht die in ihren Vorurteilen und bequemen Gewohnheiten versteiften Alten, wohl aber die Jugend Europas, auch wenn sie sich jetzt in den verschiedenen Lagern feindlich gegenüber steht, wird einander noch viel zu sagen haben.

Nicht das zufällig Aktuelle, nicht die Denkmäler und Wahrzeichen, nicht die gemalten Kriegserinnerungen und was sonst immer rein thematisch von der Zeitwende angeregt sein mag, sondern innerlichste Wandlungen im Seelenleben derer, die den Krieg erlebt haben, werden der Kunst der nächsten Friedensperiode das Gepräge geben.



Die Angelegenheiten der Kunst können heutzutage nur noch im Zusammenhang mit denen ihrer gewerblichen Anwendung betrachtet werden, und unser **Kunstgewerbe und der Krieg** ist darum ein ganz besonders lehrreiches und erschütterndes Kapitel.

Hier waren Werte von bedeutender Selbständigkeit der klug angeleiteten Arbeitstüchtigkeit unseres Volkes verdankt worden, hier stand eine Fülle bester deutscher Anregungen, zumal von seiten aufgeklärter Franzosen bereitwillig anerkannt, zu friedlichem Austausch bereit, als die Mobilmachung die Werkstätten entleerte und die Ereignisse auf den Kriegsschauplätzen unser im Vergleich besonders zu dem östlichen Gegner ganz besonders wertvolles Menschenmaterial zu dezimieren begann. Der Verlust Deutschlands an qualifizierten Arbeitern, der Verlust so vieler der fleißigen und geschickten Hände, denen wir den selten hohen Stand unserer Werkkünste zu danken hatten, wiegt tragisch schwer, ist in ganz anderem Maße als eine Schädigung der europäischen Gesamtkultur zu beklagen, als etwa die Lücken, die der Krieg in den Reihen des unglückseligen russischen Bauernproletariats zurücklassen wird.

Um so tragischer ist diese Zerrüttung, die nach dem Kriege ernsthafte Bemühungen um Heilung, Pflege, Wiederherstellung, koste es, was es wolle, verlangen wird, als dem unausweichlichen

physischen Kämpfe, in dem unsere Handwerker und Arbeiter so schwere Opfer bringen, ein geistiger und wirtschaftlicher Kampf im eigenen Lande vorausgegangen war, der sehr zum Nachteil der Werte Schaffenden, zum Nachteil der freien, natürlichen Entwicklung stand, als jegliche Entwicklung friedlicher Kulturarbeit jählings abbrach.

In langen Jahrzehnten vor dem Kriege war von selbstlos Arbeitenden und gleich selbstlos Erziehenden jene starke Summe positiver Leistungen zusammengebracht worden, auf die dann in den letzten Jahren vor dem Kriege der „Werkbund“ als großkapitalistischer Ausbeuterverband, als **Kunstgewerbetrust** die Hand gelegt hatte. Das Schlagwort von der Qualitätsarbeit, die schon längst ohne die Aufsicht des Werkbundes geleistet worden, das Schlagwort von der ästhetischen Erziehung der Hersteller wie der Abnehmer, die längst in sicherem Gange war, ohne die terroristischen Absperrungsmethoden des Werkbundes, das Schlagwort endlich von der Eroberung des Weltmarktes durch die deutsche Arbeit, die lediglich gestört wurde durch die Konkurrenz auf die Beine bringende Reklamegetobe jener verderblichen Vereinigung, dieses ganze, auf Lärm, anmaßliche Schulmeisterei und Unterdrückung der selbständigen Kräfte gerichtete Unwesen hatte uns auf seiner Kölner Ausstellung im Sommer 1914 durchaus nicht mehr und nichts Besseres vor Augen zu führen vermocht, als frühere von Werkbundgepflogenheiten noch freie Ausstellungen auch.

Ein übergroßer Aufwand hat uns nicht mehr eingebracht, als Hemmungen, Schädigungen, Spannungen mannigfacher Art. Der kleine, in manchem Betrachte noch rückständige Hersteller und Händler war nicht etwa belehrt und angeregt, sondern gemaßregelt und dadurch verbittert worden. Die Interessenten und Abnehmer hatte man nicht für die Sache erwärmt, sondern für ein fragwürdiges Sonderprogramm bearbeitet und in unfruchtbare Parteiungen versprengt. Die aufstrebenden ehrgeizigen Arbeitermassen der kunstnahen Gewerbe waren der selbstschöpferischen Anteilnahme an ihrem Berufe nicht nähergebracht, sondern nur noch tiefer in die Aussichtslosigkeit des geistlosen Handlangertums zurückgestoßen worden. Die Kluft zwischen wenigen, technisch

unbewanderten, ja oft völlig fachfremden Entwerfern und den zu mechanischer, am liebsten maschineller Erfüllung schablonenhafter Vorlagen gezwungenen Ausführenden war tiefer und unheilvoller erweitert als je.

Kapitalistisch-eigensüchtige Gesinnung hatte da der neuzeitlichen Organisationsidee eine grundverkehrte, kultur- und wirtschaftsschädliche Anwendung auf das ihr völlig wesensfremde Gebiet der Künste gegeben, und so war der Zusammenbruch der Werkbundbestrebungen nach Kriegsausbruch eine durchaus segensreiche Kriegsfolge, die uns hoffentlich dauernd erhalten bleiben wird.

Jedoch schon vor dem jähen politischen Umschwung war die Kölner Ausstellung als ästhetisch und wirtschaftlich verfehlt, als eine Enttäuschung erkannt worden. Schon vor Kriegsausbruch bereute die Großindustrie ihre vergeblich aufgewendeten Ausstellungskosten, spalteten sich die Werkbundanhänger selbst in eine extreme und in eine gemäßigte Partei, dämmerte weiten Kreisen unserer Gebildeten die Ahnung, daß man die Sonderbestrebungen und die wirtschaftlichen Interessen einer Gruppe, nicht aber die Sache des Kunstgewerbes gefördert hatte, daß man der großzügigen Reklame eines unter kulturästhetischer Flagge segelnden Trusts aufgesessen war. Dem von sozialistischer Seite eingeleiteten Kampfe gegen den Werkbund, vor allem gegen das besonders rigorese Auftreten seiner Münchener Filiale, schlossen sich endlich auch erhebliche Kreise bürgerlicher Parteirichtung an.

Gleichwohl hat es auch während der Kriegsmonate an geschickter Zeitungsreklame für den Werkbund nicht gefehlt. Zunächst half er die „Wahrheit ins Ausland“ tragen, dann erbot er sich zum Wiederaufbau Ostpreußens und der kriegsverheerten Teile des Elsaß, bald galt der „deutschen Mode“, bald der wirtschaftlichen Eroberung der Türkei sein Bemühen, und schließlich erließ er ein Preisausschreiben zur Erlangung von Entwürfen zu benagelbaren Kriegswahrzeichen, allenthalben und unentwegt auf die Wahrung seiner Sonderinteressen bedacht, trotz der Zeitlage, die den allgemeinen und gerechten Wettbewerb ebenso ausschließt wie die gerechte, bis zur Rücksichtslosigkeit drastische Kritik.

Freilich dürfte auch ohne bittere Invektiven selbst den Leichtfertigsten nachgerade klar geworden sein, daß mit allerhand äußerlichen Inszenierungen wie in Sonderheit der deutschen Modebewegung nichts getan ist, daß der Wiederaufbau, dessen unser kunstgewerbliches Leben nach dem Kriege bedarf, in ganz anderer, in weit ernsterer Weise angefaßt werden muß. Schon jetzt gleicht der Werkbund einem Reiter, dem der Gaul abhanden gekommen und der sich in den ungewohnten Niederungen des gemeinen Fußgängerdaseins nur stolpernd zurecht findet. Mit dem Reste der Kräfte und der Mittel, die er in guten Zeiten seinen Interessen vorgespannt hatte, wird er selber dahinschwinden und die Bahn wird wieder frei sein für selbstlose Kunsterziehung und für unbevormundete Arbeit.

Der Versuche Englands, uns durch Patent- und Musterunterschlagung, durch Nachahmung unserer Erzeugnisse und unserer Methoden den Rang abzulaufen, dürfen wir getrost lachen. Weit gefährlicher wäre es, wenn sich das undeutsche Werkbundsystem nach dem Kriege unter den Fittichen einer allgemeinen Reaktion erholen dürfte. Freilich wären auch dann seine Aussichten nicht die besten, denn die Aufgaben unseres Kunstgewerbes werden zunächst nur bescheidener Natur sein und eher kleine und mittlere, als luxusmäßige, repräsentative Ansprüche zu befriedigen haben. Die **Ausstellung der Münchener Ostpreußenhilfe** (Sommer 1915) war ein recht lobenswerter Auftakt zu kunsthandwerklichen Bestrebungen gesunder und volkstümlicher Art, wie wir sie erwarten dürfen und zu fördern hätten für den Fall, daß den Massen endlich der Lohn ihres Ausharrens in blutigen Kämpfen reift.

-E.-

Vom Tage.

Die Staatsschulden des ersten Kriegsjahres stellt Dr. Jacobi im „Bankarchiv“ für die kriegführenden und neutral gebliebenen Staaten nach den bekannt gewordenen finanziellen Maßnahmen zusammen. Den größten Geldbedarf hatte Großbritannien mit 25,3 Milliarden Mark, wozu noch 2,2 Milliarden der Kolonien kommen. An zweiter Stelle steht Rußland mit 16,8 Milliarden, dann folgen Frankreich mit über 13,9 Milliarden und Deutschland mit 13,5 Milliarden. Insgesamt ergibt sich für die kriegführenden Länder eine Kreditaufnahme von 81,7 Milliarden, für die neutralen 3,8 Milliarden, zusammen also 85,5 Milliarden Mark. Von den kriegführenden Staaten entfallen hievon auf die Zentralmächte 24 Prozent = 20,5 Milliarden, auf deren Gegner 76 Prozent = 61,2 Milliarden. Es sind also von den, vom Reichsschatzsekretär mit 100 Milliarden angenommenen Beträge der Kriegskosten aller Beteiligten für das erste Kriegsjahr rund fünf Sechstel durch Schuld aufnehmen gedeckt worden. Deutschland hat vom Auslande nichts erhalten, dagegen 800 Millionen Mark an Oesterreich geliehen. Frankreich, sonst der Geldgeber der ganzen Welt, hat gegen 1400 Millionen vom Ausland geliehen und gegen 800 gegeben. England gab seinen Freunden und einigen Neutralen über 4 Milliarden Mark. Die Ver. Staaten haben, soweit dies erkennbar, Deutschlands Feinden gegen eine Milliarde Mark zur Verfügung gestellt. Die Zinsverpflichtungen für die aufgenommenen Schulden betragen für die Zentralmächte 1050 Millionen, für deren Feinde jedoch 2180 Millionen jährlich. Die durch den Krieg verursachte Verschiebung der Schuldverhältnisse stellt sich zusammen mit den vor dem Kriege bestehenden Verpflichtungen folgendermaßen dar:

Großbritannien	63,8 Milliarden Mark		
Frankreich	40,6	"	"
Rußland	35,9	"	"
Deutschland	34,8	"	"
(einschließl. der Schulden aller Bundesstaaten)			
Oesterreich-Ungarn	23,2	"	"

Die kriegführenden Länder (einschließlich der kleinen Staaten) hatten am Schluß des ersten Kriegsjahres insgesamt etwa 224 Milliarden Mark Schulden; die durch den Krieg herbeigeführte Erhöhung beträgt ungefähr 57 Prozent. So schwierig sich nach Beendigung des Krieges die Rückkehr in geordnete Finanzverhältnisse für alle beteiligten Staaten gestalten mag, so geht doch aus diesen Zahlen hervor, daß Deutschland sich in wesentlich günstigeren Verhältnissen befindet, als seine Feinde.

Baumwolle. Die Menge der exportfähigen Baumwolle der Ver. Staaten wird auf 12 Millionen Ballen (zu je 500 engl. Pfund) geschätzt. Da England im Widerspruch zu den Bestimmungen der Londoner Deklaration Baumwolle als Kriegsbannware erklärte, lastet der exportreife Vorrat schwer auf dem Süden der Ver. Staaten. Trotzdem hat seit Beginn dieses Jahres eine bedeutende Preissteigerung auf den amerikanischen Baumwollmärkten eingesetzt. Sie ist zunächst zurückzuführen auf den von der Bremer Baumwollimportgesellschaft, G. m. b. H., erteilten Auftrag auf 100 Mil-

tionen Ballen; die Lieferung dieses Auftrages bleibt allerdings noch in der Schwebe, da zurzeit nicht bekannt ist, wie weit die englisch-amerikanischen Verhandlungen über die Freigabe des Baumwollexportes nach Deutschland gediehen sind. Vermutet wird ja, daß bei den langwierigen Verhandlungen über die englisch-französische Anleihe auch diese Frage erledigt wurde. Sollte dies aber nicht der Fall sein, so dürften die „Sympathiegefühle der amerikanischen Geschäftsleute“ auf den Gefrierpunkt erstarren, weil dann die Baumwollpreise auf ihr natürliches Niveau zurücksinken würden. Denn das von England früher unterbreitete Anerbieten des Ankaufes des gesamten Baumwollvorrates ist nur ein durchsichtiger Bluff. Die Ausführung eines solchen „Business as unusual“ würde die Aufnahme einer neuen englischen Anleihe bedingen.

An der Newyorker Börse herrscht Hausstimmung! Eine wilde Spekulation hat eingesetzt, die sich nicht nur auf die Werte der an Kriegslieferungen beteiligten Industrien, sondern auch auf Eisenbahnen erstreckt, trotzdem deren Einnahmen 1915 bedeutend niedriger sind als in den vorhergehenden Jahren. Die Börse kapitalisiert die Gewinne der Kriegskonjunktur: Bethlehem Steel shares wurden seit Kriegsbeginn um 1200 Prozent in die Höhe getrieben, andere Steel shares ohne Dividendenzahlung bis zu 100 Prozent. Daß diesem Boom nach dem Krieg ein furchtbarer Krach folgen muß, darüber sind in den Vereinigten Staaten alle einsichtigen Volkswirte einer Meinung.

Die Reise des russischen Finanzministers Bark nach London hat nach dem „Standard“ ein für Rußland wie England gleich beschämendes Ergebnis gezeitigt. Statt des von Rußland erwarteten ausgiebigen Darlehens hat sich England nur dazu verstanden, monatlich 2 Millionen £ russische Handelswechsel zu diskontieren, wofür zur Sicherheit der gleiche Betrag in Schatzanweisungen deponiert werden muß. Als Vorwand für diese sonst nur bei bankerotten Staaten übliche Manipulation dient der der russischen Handelswelt damit verschaffte etwas billigere Diskont als bei der russischen Staatsbank. Man wird freilich nicht zugestehen, daß die Gelder der Staatsbank von den Bedürfnissen des russischen Staates aufgezehrt werden.

Notizen.

Bulgariens wirtschaftliche Beziehungen zu den Zentralmächten ergeben sich aus den Ein- und Ausfuhrziffern des Jahres 1912 (in Millionen Lei):

	Einfuhr	Ausfuhr
Oesterreich-Ungarn	51,4	15,5
Deutschland	43,5	24,6
Großbritannien	31,8	16,4
Frankreich	15,0	7,6
Türkei	13,6	17,0
Rumänien	13,4	1,4

Rußlands Wirtschaftsverkehr mit Bulgarien berechnet sich auf ungefähr 10 Millionen Lei, steht also an letzter Stelle, ein auffallender Gegensatz zu der Anmaßung, diesem Lande gegenüber den Protektor zu spielen.

Die Ausfuhr der Vereinigten Staaten. Das Handelsamt in Washington gibt jetzt die Ausfuhrziffern für das Finanzjahr — 1. Juli 1914 bis 30 Juni 1915 — bekannt. Es wurden ausgeführt:

	1915	1914
	im Werte von Millionen Dollar	
Weizen und Weizenmehl	482,4	142,4
Mais und Maismehl	41,3	8,3
Fleisch roh und verarbeitet	220,1	146,2
Zucker	25,6	1,9
Pflanzenöle	25,8	16,3
Pferde	64,0	3,4
Maultiere	12,7	0,7
Chemikalien, Arzneien usw.	46,4	27,1
Leder	120,7	57,6
Wollwaren	27,3	4,8
Automobile	68,1	33,2
Sprengstoffe	41,5	6,3
Baumwolle	376,2	610,5
Mineralöle	133,7	152,2
Kupferbarren	96,2	144,9
Tabak	44,5	54,0
Bauholz	25,1	57,6
Andere Holzzeugnisse	24,8	45,6
Landwirtschaftliche Geräte und Maschinen	10,3	32,0
Eisen- und Stahlerzeugnisse	225,9	251,5

Hiebei ist zu beachten, daß der Wert der Mehrausfuhr infolge der gesteigerten Preise nicht einer gleichen Zunahme der Ausfuhrmengen gleichkommt; umgekehrt ist die Abnahme der Ausfuhrmenge größer als es der Wertsumme entspricht, wenn die Preise, wie z. B. bei der Baumwolle, gesunken sind. Die Abnahme der Ausfuhr von Eisen- und Stahlerzeugnissen zeigt, daß die Kriegslieferungen den Ausfall an dem regulären Export nicht decken konnten. Auf der anderen Seite hat die Zunahme der Ausfuhr von Produkten, die sonst in geringerer Menge ausgeführt wurden, naturgemäß die Inlandspreise in die Höhe geschraubt. Im volkswirtschaftlichen Sinn haben daher die Vereinigten Staaten von den Kriegslieferungen wenig Vorteil, desto mehr jedoch in finanzwirtschaftlicher und finanzpolitischer Hinsicht.

Zuschriften an die Redaktion der Glocke sind von jetzt an zu richten an Herrn Konrad Haenisch, Berlin-Steglitz, Friedrichsruherplatz 4 part. / Adresse des Herausgebers: Dr. A. Helpand, Vodrofsvej 50B, Kopenhagen.

Während des Krieges werden nach Dänemark nur offene Briefe befördert.

Für die Redaktion verantwortlich: Karl Blasenbrei, München / für den Verlag: Verlag für Sozialwissenschaft G.m.b.H., München / Druck: G. Birk & Co.m.b.H., München, Altheimereck 19.

DIE GLOCKE

Heft Nr. 5

1. November

Jahrg. 1915

Nachdruck sämtl. Artikel mit ausführlicher Quellenangabe gestattet.

PARVUS:

Die französische Offensive und die Arbeiter.

GENERAL JOFFRE entwickelt eine wahrhaft ciceronische Bedrehsamkeit, wenn er von der Notwendigkeit französischer Siege spricht. Er begründet seine Schlachten entschieden besser, als er sie durchführt. Sein vor der Schlacht erlassenes Manifest war auch diesmal sein größter Sieg: denn seine Armeen glaubten ihm wieder, trotz der wiederholten Enttäuschungen, aufs Wort und gingen mit Begeisterung in den Tod. Daß der verheißene Sieg ausblieb, daran ist nicht General Joffre, daran sind, wie immer, **die Deutschen** schuld.

Es scheint aber noch ein anderes Moment mitgewirkt zu haben, das die französischen Soldaten zu Verzweiflungstaten begeisterte: die Hoffnung, daß das die letzte, die entscheidende Schlacht sein werde.

„C'est la lutte finale“... „Das ist der letzte Kampf“...

Wie anders klang das in unserem Ohr — vor dem Krieg!

Wir dachten an andere Schlachten, an ein anderes Ende...

Wann kommen wir wieder dazu?

Das neue Rußland. Die Fortsetzung der in Nr. 4 der „GLOCKE“ unter dieser Überschrift begonnenen Artikelserie des Genossen Parvus kann in der vorliegenden Nummer zu unserem Bedauern nicht erscheinen, da infolge der erschwerten Postverbindung mit Dänemark das Manuskript die Druckerei nicht rechtzeitig erreicht hat.

Ist denn in dem Meer von Blut, das der Krieg vergossen hat, das Proletarierehend ertränkt worden? Glaubt jemand daran? Wagt es jemand zu behaupten?

Aus dem Proletarierblut wird der Kapitalismus Gold ausscheiden, wie aus dem Proletarierschweiß. Wißt ihr das nicht, ihr französischen Arbeiter, denen wir die ersten flammenden Strahlen des aufgehenden Sozialismus und die größten revolutionären Taten des Proletariats zu verdanken haben?

Man weiß es wohl, aber man denkt nicht mehr daran.

Und wenn man schon an etwas denkt, so ist es **der Frieden**.

Auch in dem Mut, mit dem die französischen Soldaten diesmal in den Kampf zogen, lebt die Sehnsucht nach dem Frieden.

Das war den französischen Führern wohl bekannt, deshalb machte der kluge Regimentskommandeur zu dem Armeebefehl Joffres den Zusatz, man solle den Leuten begreiflich machen, daß „die von ihnen geforderte Anstrengung derartige Folgen haben kann, daß der Krieg binnen kurzem mit einem Schlage zu Ende ist“.

Das aber war Irreführung.

Denn General Joffre sagt ja selbst in seinem Armeebefehl, daß es der Zweck der neuen Offensive sei, die neutralen Staaten in den Krieg gegen die Zentralmächte hineinzureißen. Also würde sich dadurch der Krieg erst recht erweitern. Kein ernster Mensch wird daran glauben, daß, nachdem der Eingriff Italiens fast wirkungslos verlaufen ist, nunmehr etwa die Einmischung Rumäniens die Zentralmächte zum schleunigen Friedensschluß zwingen könnte! Ein größerer Erfolg der französisch-englischen Offensive würde also nur den Krieg erweitern, er würde zugleich die Unternehmungslust der französisch-englischen Armeeführer und Staatsmänner anstacheln und auch dem Väterchen Zar neue Hoffnung einflößen. Es würde dann wieder der Gedanke des Marsches nach Berlin aufkommen, der Zerschmetterung Deutschlands etc. Und dann würde man sich über kurz oder lang überzeugen müssen, daß Deutschland noch fähig sei, nicht nur zu einer Vermehrung seiner materiellen Kriegsgewalt, sondern sogar zu einer Steigerung seiner Kriegsbegeisterung.

Und so würde sich der Krieg in die Länge ziehen.

Darum ist es gut für den Frieden, daß die französische Offensive scheiterte. Das muß jeder aufrichtige Friedensfreund anerkennen.

Während die französischen Soldaten glaubten, daß sie für den Frieden kämpften, kämpften sie in Wirklichkeit für den Krieg.

Sie wurden getäuscht und genarrt — wie schon so oft.

Sie wurden getäuscht, als man ihnen gesagt hatte, sie kämpften für die Freiheit. In Wirklichkeit kämpften sie für den Ruhm und die Stärke des russischen Absolutismus. Wir sehen es jetzt, da die Wahrheit bereits im Anmarsche ist. Denn die Freiheit in Rußland hat sich erst die Bahn brechen können nach der Zurückhaltung der französischen und der Niederwerfung der russischen Armeen. Das größte Hindernis der russischen Revolution ist jetzt die französische Armee. Das revolutionäre russische Proletariat und die französischen Arbeiter stehen jetzt in verschiedenen Lagern: die einen kämpfen gegen den Zaren, die anderen für den Zaren.

Man hat sie getäuscht, als man ihnen gesagt hatte, es gelte, den preußischen Militarismus niederzuwerfen, um den Militarismus überhaupt zu beseitigen. In Wirklichkeit handelte es sich darum, den preußischen Militarismus zu überbieten. In Wirklichkeit wollen die Verbandsmächte zeigen, daß sie schon jetzt stärker seien als die Zentralmächte. Und hätten sie sich wirklich militärisch überlegen gezeigt, so würden sie diese Ueberlegenheit selbstverständlich auch ausnützen wollen. Dann hätten sie den Militarismus, den sie jetzt angeblich verabscheuen, zum höchsten Ruhm erhoben. Sie würden ihn auf das höchste Piedestal gesetzt und mit der größten republikanischen Glorie umgeben haben. Und die Opfer an Gut und Blut, die er verlangt, würden dementsprechend steigen.

Man hat die französischen Arbeiter getäuscht, als man ihnen sagte, man wolle aus Gerechtigkeit und Edelmut für das neutrale Belgien eintreten. In Wirklichkeit haben die französisch-englischen Heerführer nur deshalb nicht selbst die Neutralität Belgiens verletzt, weil die belgische Regierung das belgische Volk zur Schlachtbank führte, um der französischen Armee die Zeit zur Sammlung zu verschaffen. Jetzt, da es ihnen paßt, brechen

sie die Neutralität Griechenlands und bedrohen das neutrale Rumänien.

Man hat die französischen Arbeiter getäuscht, als man ihnen den Sieg versprach. Denn der entscheidende Faktor in dieser Siegesrechnung war die zarische Armee, und das war eine fiktive Größe. Das Bündnis mit dem Zaren war das Bündnis mit einem bankerotten politischen System. Eine Regierung, die nur mit Hilfe von Galgen, Sibirien und Strafexpeditionen das Volk vor der Revolution zurückhält, ist nicht imstande, einen großen Krieg siegreich zu führen. Man band das schöne Frankreich an den halbverwesten Körper des von allen politischen Uebeln zerrissenen Zarentums, und so glaubte man, im Triumph durch das Brandenburger Tor in Berlin einziehen zu können!

Man hat die französischen Arbeiter getäuscht, als man ihnen sagte, die Republik sei von Deutschland bedroht. Die einzige Gefahr für die Republik wäre vielmehr der Sieg der Alliierten gewesen, der Frankreich einen Imperator gebracht und den Bonapartismus neu hätte aufleben lassen. Schon wurde der Kandidat für den französischen Thron genannt. Es fehlte nur noch der große Sieg, um aus einem kleinen Belgier einen großen Franzosen zu machen, und das rettete die Republik.

Man hat die französischen Arbeiter getäuscht, als man ihnen vormachte, der Zweck des Krieges sei die Befreiung Elsaß-Lothringens. Der Revanchegedanke diente bloß als Vorwand, in Wirklichkeit handelte es sich um die **Aufteilung der Türkei** und die Annexion der **deutschen Kolonien**. Das kommt jetzt, da die große Katastrophe sich ihrem Abschluß nähert, klar zum Vorschein. Jetzt sieht man klar, daß der Knoten dort gelöst werden wird, wo er zusammengeknüpft wurde: im Orient.

Daneben bestand auf seiten der Alliierten der Wunsch, die Machtstellung der deutschen Industrie auf dem Weltmarkte niederzudrücken und einen großen Raubzug — in der Gestalt einer hohen Kriegsentschädigung — in Deutschland vorzunehmen, um das deutsche Kapital in die Taschen der russischen, französischen und englischen Kapitalisten abfließen zu lassen.

Schließlich spekulierte die französische und belgische Bankokratie im besonderen darauf, an dem Aufblühen des russischen

Kapitalismus, dem durch den Krieg die Wege zu einer Welt-herrschaft freigelegt werden sollten, teilnehmen zu können.

Das waren die kapitalistischen Beweggründe dieses Krieges auf seiten der Verbandsmächte.

Indem sich die französischen Arbeiter durch den bürgerlichen Phrasenschwall haben betören, durch Lügen haben betrügen lassen, haben sie nicht nur zahllose Opfer umsonst gebracht, sondern sie haben dem Emanzipationskampf der Arbeiterklasse großen Schaden hinzugefügt.

Wir haben dabei nicht nur die Notwendigkeit eines Zusammenwirkens des Proletariats aller Länder in Augen, sondern noch speziell die Wichtigkeit des Zusammenschlusses der deutschen und der französischen Arbeiter. Denn die proletarische Internationale bietet noch immer ein buntes Bild entsprechend der Verschiedenheit der wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Verhältnisse der einzelnen Länder. Innerhalb dieses Gemisches bilden aber das deutsche und das französische Proletariat die Grundpfeiler der sozialistischen Bewegung.

Die Feindschaft zwischen Deutschland und Frankreich schlug die Internationale in Splitter.

Ein einträchtiges Zusammenwirken der deutschen und der französischen Sozialisten würde das Proletariat der ganzen Welt einigen.

Das ist so klar, daß es bloß ausgesprochen zu werden braucht, um begriffen zu werden.

Wenn sich das arbeitende Frankreich mit dem arbeitenden Deutschland verbünden wollte, so würde das Proletariat seine Gesetze der Welt diktieren können.

Und darauf sollen wir verzichten, das sollen wir uns entgehen lassen wegen nationalistischer Redensarten und kapitalistischer Raubinteressen?

Das wäre das größte Verbrechen an dem Proletariat und an der Zivilisation.

Die Kapitalisten und die Machthaber Frankreichs, Englands und Rußlands haben sich vereinigt, um die Welt zu beherrschen — die Arbeiter Deutschlands und Frankreichs, diese in erster Linie, müssen sich vereinigen, um die Welt zu befreien!

Dr. GEORG GRADNAUER:

Die Irrungen der Minderheit.

ES ist äußerst beklagenswert, daß die deutsche Arbeiterbewegung inmitten der furchtbaren Kriegskatastrophe von inneren Zwistigkeiten nicht verschont geblieben ist. Da aber die Tatsache einer Opposition gegen die Politik der leitenden Körperschaften der Arbeiterbewegung gegeben ist und da diese Opposition fort-dauernd eine sehr rührige und oft sehr erbitterte Agitation gegen die Mehrheit betreibt, so ist es unvermeidlich, die von ihr vorgebrachten Scheinargumente und Trugschlüsse einer Prüfung zu unterwerfen. Wir beziehen uns hierbei auf die in der Oeffentlichkeit bekannt gewordenen Auslassungen der Opposition, u. a. auf die in der „Frankfurter Volksstimme“ und in der „Leipziger Volkszeitung“ erschienenen Berichte über die Reden des Parteivorsitzenden und Oppositionsführers Genossen Haase, ferner auf das von Bernstein, Haase, Kautsky herausgegebene Manifest: „Das Gebot der Stunde“.

Wir wissen, daß die Opposition die Ueberzeugung hat, mit ihrem Vorgehen der Arbeiterklasse und der Menschheit gut zu dienen. Aber sie ist gekennzeichnet durch schwankende Unklarheit in den Grundanschauungen, durch Inkonsequenzen und innere Widersprüche, die sich bis zur Zweideutigkeit steigern. Es zeigt sich dies vor allem in der Hauptfrage der sozialistischen Kriegstaktik, der Frage **unserer Stellung zur Landesverteidigung**, sowie zu den Beziehungen, die zwischen der Landesverteidigung und der **Bewilligung der Kriegskredite** bestehen.

Zuweilen ist in den Oppositionskreisen die Ansicht laut geworden, der Arbeiter habe kein Vaterland und die Pflicht zur Landesverteidigung sei bloß eine Phrase. Es sei, so wurde weiter deklamiert, völlig gleichgültig für den deutschen Proletarier, wer über ihn die Herrschaft führe, ob deutsche Kapitalisten oder Franzosen oder Engländer — bei den Russen allerdings pflegte der Verkünder solcher Lehren zu verstummen. Es soll hier nicht auf diese aller Theorie und Praxis der Sozialdemokratie

widersprechenden vulgären Redensarten eingegangen werden. Wir erwähnen sie nur, um festzustellen, daß selbst extreme Wortführer der Opposition nicht gewagt haben, in so plumper Art aufzutreten. Aber — und das ist bezeichnend für die Opposition — dem Aufkommen jener unbegrenzt naiven und in der Kriegszeit so bedenklichen Anschauungen hat die Opposition durch ihre Behandlung der Kriegsfragen den größten Vorschub geleistet. Die mit Kraftworten aufgeputzten Trugschlüsse der Opposition haben sich im Kopfe einzelner schlichter Parteigenossen in die unsozialistische Auffassung von der kulturellen Bedeutungslosigkeit, wenn nicht gar der Kulturfeindlichkeit der Begriffe Nation und Vaterland umgesetzt.

Auch Karl Liebknecht hat in seinem Briefe an die „Bremer Bürgerzeitung“ vom 26. September 1914 gesagt: „Man hat versucht und versucht weiter, die Haltung der Minorität unserer Reichstagsfraktion mißzuverstehen und zu verunglimpfen. Ihnen brauche ich nicht zu sagen, daß sie **das Recht zur nationalen Selbstverteidigung keineswegs negiert hat.**“ Derselbe Liebknecht hat aber diesen Grundsatz gänzlich preisgegeben, als es sich darum handelte, ihn in der Praxis des Weltkrieges lebendig werden zu lassen. Als in der Märztagung des Reichstages die von Haase zu haltende Etatsrede vorbesprochen wurde, ist auf Vorschlag eines Fraktionsmitgliedes an die Spitze der Rede als Leitmotiv für unsere gesamte Stellungnahme der Satz gestellt worden: „Der Gedanke, von dem die sozialdemokratische Fraktion seit dem Kriegsausbruch geleitet ist, geht dahin, daß es die Pflicht ist, alles zu tun, um das eigene Land zu verteidigen.“ Liebknecht und zwei Gesinnungsgenossen stimmten dagegen, weil der Satz in der gegenwärtigen Situation einen Sinn habe, den sie ablehnen. Der Antragsteller aber, der auf diesen Satz ein so bedeutendes Gewicht legte, war ein Parteigenosse, der zur Opposition übergegangen ist, und alle anderen Mitglieder der Minderheit stimmten diesem Kardinalsatz zu. So viel Uneinigkeit und Unklarheit ist im Lager der Opposition vorhanden, selbst über die Grundfrage, die in diesem Parteistreit zur Entscheidung steht!

Es lassen sich außer den erwähnten Eingangsworten der Haaseschen Reichstagsrede noch verschiedene Bekundungen der Oppo-

sition anführen, in denen feierlich Verwahrung dagegen eingelegt wird, daß man die Landesverteidigung im Stiche lassen wollte. So hielt es die „Leipziger Volkszeitung“ für nötig, „auf das unzweideutigste festzustellen, daß unsere Opposition ebenso wenig wie die Haltung des Genossen Bernstein mit einer Verneinung der Bürgerpflicht im Kriege irgendetwas zu tun hat.“ (Nr. vom 6. April 1915.) Ebenso hat Genosse Haase es als einen programmatischen Satz erklärt, daß wir Sozialdemokraten das Vaterland nicht ohne Schutz lassen wollen. Er erklärte es weiter als selbstverständlich, daß im Kriege jedermann seine Staatsbürgerpflicht zu erfüllen hat. Er sagte auch nach dem Frankfurter Versammlungsbericht: „Das Vaterland wollen wir nicht im Stich lassen — keinen Massenstreik machen, nichts, nichts sollte unternommen werden.“ Das alles sind gute und richtige Aussprüche. Aber leider ist die Opposition diesen Erklärungen nicht treu geblieben. Sie ist dem unglücklichen Versuch verfallen, **zwischen Landesverteidigungspflicht und Antikriegspropaganda ein widerspruchsvolles, faules Kompromiß** herzustellen. Diese üble Kompromißpolitik beherrscht die Stellung der Opposition zu den **Kreditvorlagen**.

Genosse Haase sagte in der Frankfurter Versammlung: „Unser Programm, daß wir das Vaterland nicht ohne Schutz lassen wollen, hat mit der Frage der Kreditbewilligung gar nichts zu tun.“ Er glaubte einen grundsätzlichen Unterschied zwischen der Staatsbürgerpflicht des Soldaten, die erfüllt werden müsse, und der Aufgabe des Abgeordneten bei seinen Abstimmungen aufstellen zu können. Er sagte nach dem Leipziger Bericht: „Man sei sich darüber einig gewesen, daß auch die Sozialdemokraten ihre Staatsbürgerpflicht erfüllen müßten. Das habe aber nichts zu tun mit der Kernfrage, ob man deshalb auch im Parlament die Mittel zur Führung des Krieges bewilligen solle.“ Es ist schwer zu begreifen, daß ein verantwortungsvoller Parteiführer der Meinung sein kann, die Staatsbürgerpflicht des Soldaten und die Abgeordnetenpflicht hätten nichts miteinander zu tun, stünden in keinem logischen und moralischen Zusammenhang, man könne das eine bejahen, das andere verneinen. Gerade wenn man, wie es auch Haase mit Recht tut, dem Verhalten der Fraktion im Par-

lament, der Abstimmung über die Kredite, sehr große Bedeutung beimißt, so muß man im voraus mit äußerster Gewissenhaftigkeit **die Wirkungen** erwägen, die dieses Verhalten herbeizuführen geeignet sein kann. Es hieße den Einfluß der Sozialdemokratie sehr unterschätzen, wenn man annehmen wollte, daß die Ablehnung der Kredite durch die sozialdemokratische Fraktion ohne Einfluß auf die Landesverteidigung, ohne unheilvolle Folgen hätte bleiben können. Ohne Zweifel wären durch unsere Ablehnung in Millionen deutscher Männer, die zu den Fahnen eilten, Zweifel, Mißtrauen und Mißmut erregt worden. Auch irgendeine erläuternde Erklärung würde nicht verhütet haben, daß die Ablehnung der Kredite die bedenklichste Verwirrung in das deutsche Volk und in die Reihen des Heeres zu einer Zeit getragen hätte, in der die vollste Einmütigkeit unbedingte Notwendigkeit war im elementarsten Interesse der Landesverteidigung. In einigen unklaren Köpfen wäre durch die Ablehnung der Kredite wahrscheinlich sogar die Vorstellung entstanden, daß sie nun ihrerseits auch offene oder passive Resistenz gegen die Soldatenpflicht üben sollen, wodurch sie nicht nur sich selbst ins Unglück gebracht, sondern auch, bei weiterer Ausbreitung ihrer Ideen, den Geist der Truppen und die Landesverteidigung noch viel mehr gefährdet haben würden.

Die Konstruktion Haases, es sei ein anderes mit der Staatsbürgerpflicht des Soldaten, ein anderes mit der Pflicht des Abgeordneten, ist durchaus unhaltbar. Der Sozialdemokrat im feldgrauen Rock sollte die Pflicht haben, mit eiserner Entschlossenheit und größter Hingabe ins Feld zu ziehen, aber der sozialdemokratische Abgeordnete sollte der Landesverteidigung nicht einmal Geldmittel gewähren dürfen! In den Tod gehen sollst du für Land und Volk, aber Geld darfst du für Land und Volk nicht bewilligen! Welch eine widerspruchsvolle unmögliche Politik! Ablehnung der Kredite — mitten im Kriege, mitten im ungeheuer schweren Kampf Deutschlands um seine Existenz und um seine Zukunft — hätte unweigerlich bedeutet, daß wir mindestens das Risiko der feindlichen Invasionen mit allen ihren Schrecken und der Niederlage unseres Landes mit in Kauf genommen hätten!

Einen weiteren Einwand gegen die Kreditbewilligung hat die Opposition erhoben, indem sie sich auf die **früheren Ablehnungen von Militärvorlagen und Militäretats** berief. Die Fraktion, so wurde gesagt, habe die Grundsätze der Partei preisgegeben. Bei manchen Krafthelden der Opposition ging es nicht ab ohne wilde Scheltworte wider den „schmählichen Verrat“, den die Fraktion am Parteiprogramm und an der Arbeiterschaft verübt haben sollte. Genosse Haase aber hat ausgeführt: auch früher hätten unsere Angehörigen beim Militär ihre Pflicht erfüllt, doch im Parlament hätten wir Nein gesagt, weil das Ja die Billigung und Deckung der herrschenden Politik bedeutet haben würde. Das Verfehlte dieser Auffassung ist leicht zu erweisen. Die Beweisführung der Opposition ist rein äußerlich und schablonenhaft: Damals sagtet Ihr Nein, jetzt sagt Ihr Ja — also seid Ihr vom rechten Glauben abgefallen. Wir haben aber auch in der Friedenszeit stets dargelegt, daß die Ablehnung von Militärvorlagen nicht etwa geschieht, um das Land in seiner Verteidigungsfähigkeit zu schwächen. Wir haben abgelehnt einesteils, weil das bestehende Militärsystem uns als unzureichend und ungerecht gilt. Wir forderten Wehrhaftmachung des ganzen Volkes bei kurzer Dienstzeit sowie gerechte Einrichtungen im Heereswesen. Wir haben andernteils abgelehnt, weil wir statt der die Spannung zwischen den Völkern stets steigern den Wettrüstungen eine Ausgleichs-, Annäherungs- und Verständigungspolitik unter den Kulturenationen forderten. Es ist offenbar, daß alle diese Gründe, die für das Nein in der Friedenszeit sprechen, durch den Kriegsausbruch unwirksam gemacht wurden. Ist der Krieg einmal eine gegebene Tatsache, so treten die Forderungen, die zu seiner Verhütung dienen sollten, von selbst zurück, solange der Krieg dauert. Es wäre sinnlos, mitten im Kriege zu streiten, welches Wehrsystem das beste ist und wie eine Verständigungspolitik an Stelle der Wettrüstungspolitik herbeigeführt werden kann. Nach Kriegsausbruch kann es zunächst nur noch die Losung geben: sich zur Wehr setzen und alles tun, um die Niederlage des Landes fernzuhalten.

Es ist ohne weiteres klar, daß Nein- und Ja-Abstimmungen eine sehr verschiedene Bedeutung und Tragweite haben, je nach-

dem der Frieden besteht oder die Kriegsfurie rast. Das Nein in Friedenszeiten bedeutete die Absage gegen eine falsche Regierungspolitik. Das Nein in Friedenszeiten schädigte nicht nur die Landesverteidigung nicht, es bezweckte vielmehr eine verbesserte Landesverteidigung und eine größere Friedenssicherung. Mitten im Kriege aber würde das Nein die Ablehnung oder mindestens eine gefährliche Schwächung der Landesverteidigung bedeuten. Nur wer kurzsichtig und eigensinnig am Schlagwort und an der Schablone hängt, kann diesen fundamentalen Unterschied zwischen Friedenszeit und Kriegszeit außer acht lassen.

Oft kehrt in den Auslassungen der Opposition die Wendung wieder, die Fraktion habe sich auf die Seite der Regierung gestellt, sie habe durch ihre Abstimmung einer Regierung Vertrauen ausgesprochen, „deren Politik zu diesem traurigen, grauenhaften Schicksal geführt habe und deshalb zu mißbilligen sei“. Auch in dieser Behauptung kehrt die Nichtberücksichtigung der grundstürzenden neuen Verhältnisse des Krieges wieder. Kautsky hat die Kriegskredite mit Notstandskrediten verglichen, und Notstandskredite werden nicht einer Regierung zuliebe bewilligt, sondern um der Not des Landes willen. Ueber unseren Gegensatz zu der Regierungspolitik haben wir niemals einen Zweifel aufkommen lassen. Wir haben in der Erklärung vom 4. August ausdrücklich und nachdrücklich jede Verantwortung von uns gewiesen für die Politik, deren von uns oft genug vorausgesagte Folgen nun in die Erscheinung traten. Aber in der Kriegszeit selbst, in den Schicksalsstunden der Nation, kann es sich nicht darum handeln, ob wir mehr oder weniger oder gar kein Vertrauen in die am Ruder befindliche Regierung haben. Auch beim größten Mißtrauen gegen eine Regierung können wir das Volk nicht im Stiche lassen. Die Kriegsmittel werden nicht einem Fürsten oder einem Kanzler bewilligt, sondern der gesamten Nation zum Zwecke der Verteidigung ihres wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Daseins.

Wir wollen davon Abstand nehmen, uns mit jenen brutalen und böswilligen Bezeichnungen zu befassen, in denen die Partei wegen der Kreditabstimmung als **mitschuldig an den Schrecken des Krieges**, an den zahllosen Opfern, an den Methoden der

Kriegführung hingestellt wird. Es kann genügen, diese Beziehungen in ihrer milderen Aufmachung und gewählteren Form zu erledigen. Die Parteimehrheit, so lautet eine häufig wiederkehrende Formel der Opposition, sei „für den Krieg“ eingetreten, sie habe durch ihre Haltung „den Krieg erst recht populär gemacht“, was nicht die Aufgabe der Sozialdemokratie als einer kriegsgegnerischen Partei sein könne. In diesen Vorwürfen mischt sich wiederum allerlei Unklarheit und Unwahrheit. Wenn man sagte, die Partei sei „für den Krieg“ eingetreten, so sollte sie damit als untreu ihrem bisherigen Friedensprinzip, als **kriegsbegeistert** und sogar **chauvinistisch** verdächtigt werden. In Wahrheit steht aber die Haltung der Partei in keiner Weise im Widerspruch zu ihrem Friedensprinzip, sie darf es weit von sich weisen, daß sie kriegsbegeistert oder chauvinistisch geworden wäre. Die Partei ist „für den Krieg“ **lediglich so weit und in dem Sinne** eingetreten, daß sie, nachdem gegen ihren Willen und gegen ihre Bemühungen der Krieg ausgebrochen war, alles aufzubieten entschlossen war, daß unser Land und Volk nicht zur Beute der feindlichen Heere würden, daß zu dem Unheil des Krieges nicht noch das entsetzlichere Unheil der Verwüstung der deutschen Provinzen und die **schließliche Niederlage Deutschlands** hinzukäme. Die Partei hat sich nicht der Kriegsbegeisterung überantwortet, sie hat es immer nur als eine unendlich schwere, harte Pflichterfüllung betrachtet, daß sie dem unmenschlichen Blutvergießen des Weltkrieges nicht ausweichen konnte. Hiemit ist zugleich die zweideutige Redensart abgewiesen, die Partei habe „den Krieg erst recht populär gemacht“, eine Redensart, in der sich die gegenteilige Forderung vorsichtig versteckt, daß es die Aufgabe der Partei hätte sein sollen, den Krieg unpopulär zu machen. In einigen Kundgebungen der Opposition ist diese Forderung, wie bekannt, offen erhoben worden; sie kommt auf das gleiche hinaus wie die Losung: „Krieg dem Kriege“ — mitten im Schlachtendonner. Es ist nun aber offensichtlich, daß der Vorwurf, die Partei habe den Krieg populär gemacht, anstatt ihn unpopulär zu machen, wiederum in vollstem Widerspruche steht zur Anerkennung der Pflicht der Landesverteidigung. Rückhaltlose Anerkennung der Pflicht der Landesver-

teidigung und eine fortdauernde Agitation derart, daß der Krieg nur für den Vorteil des Kapitals dienen soll, und daß der Feind im eigenen Land, nicht draußen stehe — das ist miteinander logisch und moralisch unvereinbar. Wenn die Partei gemäß der Forderung der Opposition eine Agitation des Abscheus gegen den Krieg hätte betreiben wollen — woher sollten dann unsere Brüder im Felde den Entschluß und die Kraft nehmen, die übermäßigen Strapazen zu ertragen und der Todesgefahr zu trotzen? Ist es doch eine alte, von der Sozialdemokratie besonders betonte und im jetzigen Kriege im höchsten Maße bestätigte Wahrheit, daß nicht die Zahl, auch nicht die Technik im Kriege alles ausmacht, sondern daß die **moralische Kraft der Männer**, die wissen, wofür sie ihr Leben in die Schanzen schlagen, den Ausschlag gibt. Als Joffre zur großen Champagneschlacht rüstete, gab er den Heeresbefehl heraus, der mit den Worten beginnt: „**Der Geist der Truppen und ihr Opfermut bilden die wichtigste Bedingung des Angriffs.**“ Den Krieg unpopulär machen, das hätte nichts anderes bedeutet als die Soldaten ungeeignet zu dem machen, was doch, wie gesagt, auch unsere Opposition als ihren Grundsatz anerkennt: das Land erfolgreich zu verteidigen gegen die feindliche Offensive und es vor der Niederlage zu bewahren.

Allerdings ist bei dieser Feststellung der oppositionellen Widersprüche zu berücksichtigen, daß die offen oder versteckt bekundete Losung „Krieg dem Kriege“ in Verbindung steht mit dem Bestreben, die Bewegung gegen den Krieg international durchzuführen. Es ist bekannt, daß die deutsche Partei nichts Möglichen versäumt hat, um die internationalen sozialistischen Beziehungen wieder anzuknüpfen und ein gleichzeitiges und gleichartiges Vorgehen der Arbeiterparteien in den kriegführenden Ländern herbeizuführen. Diese Bemühungen sind leider gescheitert und damit entschwand die unerläßliche Voraussetzung für eine weitergehende Anti-Kriegsbewegung, die nicht eine Schädigung des eigenen Landes in sich getragen hätte. (Ausführlicher soll in diesem Artikel auf die Frage der Beziehungen zwischen Oppositionspolitik und Wiederaufbau der Internationale nicht eingegangen werden.)

Noch eine Behauptung der Opposition ist zu prüfen, die im Verlaufe des Krieges mit stets wachsender Leidenschaftlichkeit vorgebracht wurde. Jedesmal, wenn die Reichstagsfraktion von neuem vor die Entscheidung über die Kredite gestellt war, Anfang Dezember 1914, März und August dieses Jahres, trat die Opposition mit der Meinung auf: Wenn die Mehrheit vorher den Krieg als einen deutschen Verteidigungskrieg ansah, so habe sich doch nun die Situation geändert, der Charakter des Krieges als eines Eroberungskrieges sei immer deutlicher geworden. Von dieser Annahme aus haben auch Bernstein, Haase, Kautsky ihr Pronunziamento „Das Gebot der Stunde“ ergehen lassen. Es wurde auf Reden und Schriften der Annexionspolitiker hingewiesen, auf die Eingabe der Wirtschaftsverbände an den Reichskanzler und auf das Entgegenkommen, das die Regierung den Annexionisten erweise. Es wurde der Vergleich mit 1870, mit der Lage nach der Schlacht von Sedan gezogen, wo „bei einer ähnlichen Situation“ alle Sozialdemokraten sich einmütig in der Ablehnung der Kredite zusammenfanden. Also müsse auch jetzt die Abkehr von der bisherigen Kriegspolitik der Partei vollzogen werden. Die Stunde der Entscheidung, so wurde pathetisch verkündigt, sei gekommen, das „erlösende Wort“ müsse gesprochen werden.

Alle diese Behauptungen konnten vor sachlicher Prüfung nicht bestehen. Annexionspolitiker und alldeutsche Welteroberer hat es seit langer Zeit bei uns gegeben, und sie haben freilich auch während dieses Krieges in ihrem schädlichen Treiben nicht geruht. Wir haben diese Richtungen stets bekämpft und bekämpfen sie auch jetzt aufs schärfste. Aber die Sozialdemokratie durfte sich bei ihren so schicksalsschweren Entscheidungen unmöglich vom Verdruß über die phantastischen Uebermutspläne gewisser Richtungen bestimmen lassen. Sie mußte ihre Entschlüsse nach selbständiger Ueberzeugung und eigener Prüfung der Kriegslage fassen. Das Vorhandensein der annexionistischen Bestrebungen bedeutet noch keineswegs, daß Deutschland einen Eroberungskrieg führt und die Sozialdemokratie zu einer Politik verschreiten dürfte, die des eigenen Landes Lage verschlechtern, die der Vierverbandsmächte verbessern könnte. In den gengerischen Staa-

ten gibt es mindestens ebenso eroberungssüchtige Politiker und Parteien wie bei uns, und dort sind nicht nur von Parteimännern, sondern von den leitenden Staatsmännern — und unter dem Beifall sogar der Sozialisten! — noch kurz vor der letzten Reichstagstagung Kriegsziele aufgestellt worden, die keinen Zweifel über ihren Eroberungskrieg ließen. Bei uns ist derartiges nicht geschehen, vielmehr haben die deutschen Annexionisten andauernd Anlaß zu haben geglaubt, gegen die von ihnen vermuteten Absichten des Reichskanzlers Sturm zu laufen.

Es erweist sich die übliche Einteilung der Kriege in Verteidigungskriege und Eroberungskriege vor den Erscheinungen der Gegenwart und vor den weltpolitischen Neubildungen, die dieser größte aller Kriege mit sich bringen dürfte, überhaupt als unzureichend. Gewiß ist die Kriegslage seit Mai d. J. für Deutschland und seine Verbündeten viel günstiger geworden und die Gefahr einer unmittelbaren Bedrohung unserer Grenzen scheint beseitigt zu sein. Gleichwohl wäre es völlig verfehlt, wenn man jetzt sagen wollte: Wir sind mit der Verteidigung fertig, was jetzt geschieht, ist Eroberungskrieg. So stehen die Dinge keineswegs und die Opposition, die sich auf die Situation nach dem 2. September 1870 beruft, bekundet nur ihre Blindheit gegenüber den jetzigen Weltereignissen. Nach Sedan stand ein absolut siegreiches Deutschland gegen das eine besiegte Frankreich, dessen Armeen in Straßburg und Metz rettungslos eingeschlossen waren, dessen Kaiser gefangen war und das bei dem Sieger um Frieden bat. Der jetzige Krieg ist nicht am Maßstab des 1870er Krieges zu messen, er könnte eher mit dem siebenjährigen Kriege Preußens oder mit den Napoleonischen Kriegen verglichen werden. Jetzt steht Deutschland gegen eine Welt von Gegnern, gegen eine ungeheure Koalition auf allen Fronten. Es kämpft gegen die größten Mächte der Erde, gegen Rußland und England, es kämpft nicht nur gegen die militärischen Kräfte dieser Staaten, sondern auch gegen die gewaltige Finanzmacht und gegen den wirtschaftlichen Absperrungs- und Aushungerungsplan Englands. Es handelt sich darum in diesem Kriege keineswegs allein um Schutz der Landesgrenzen gegen feindlichen Einbruch, sondern ebenso um Schutz der weltwirtschaftlichen Interessen Deutsch-

lands, ferner um den Schutz von Oesterreich-Ungarn und der Türkei, deren Schwächung und Niedergang, wie die Verhältnisse sich nun einmal gestaltet haben, nur das Vorspiel zur zukünftigen Verelendung Deutschlands bilden würden. Aber auch abgesehen von diesen weltpolitischen Zusammenhängen — war es nicht ein ganz unverständliches Gebaren der Opposition, von deutschem Eroberungskrieg zu zetern just zu der Zeit, als Oesterreich-Ungarn auf deutsches Zureden sich entschließen mußte, ganze Provinzen abzutreten, um nicht noch den neuen, von der Entente mit allen Mitteln der Beeinflussung herangeschleppten Gegner Italien auf den Hals zu bekommen? Und bis in die neueste Zeit hinein herrschte in England und Frankreich die Ueberzeugung, daß Deutschland, wenn es schon große Erfolge im Osten errungen habe, dies doch nur durch die Ausschöpfung seiner letzten Kräfte an Menschen und Kriegsmitteln habe ermöglichen können, daß die Deutschen mit ihren Erfolgen nunmehr auf dem Kulminationspunkte angelangt seien und daß es nur noch eines weiteren beharrlichen Ausharrens bedürfe, um Deutschland von der jetzt erklommenen Höhe um so jäher in die Tiefe hinabzuschleudern. Aus dieser Ueberzeugung wollten die Alliierten auch nichts von Friedensverhandlungen wissen, und selbst die Arbeiterparteien Englands und Frankreichs in ihrer überwiegenden Mehrheit versagten sich jeder Aussprache mit den deutschen Sozialdemokraten.

Unter solchen Umständen hat es die Opposition fertig gebracht, vom Eroberungskrieg seitens Deutschland zu reden und der Partei zuzumuten, die bisherige Politik aufzugeben, die Kriegskredite zu verweigern, den Burgfrieden aufzusagen und den „revolutionären Klassenkampf für den Frieden“ aufzunehmen! Nimmermehr hätten wir auf diese Art dem Frieden, den wir alle heiß ersehnen, dienen können. Wir hätten lediglich im gegnerischen Ausland die Hoffnung neu gestärkt, daß Deutschland durch inneren Zwist geschwächt werde und dann nicht mehr lange imstande sein werde, dem Ansturm seiner Gegner zu widerstehen. Es wäre wahrlich eine ewig denkwürdige Politik der deutschen Sozialdemokratie gewesen, wenn sie gerade in der Stunde die deutschen Waffen im Stich gelassen hätte, da sich die welt-

geschichtliche Zurückwerfung des Zarismus vollzog. Die deutsche Sozialdemokratie als Retter der moskowitzischen Reaktion — dahin würden die Irrwege der Opposition uns geführt haben!

Es braucht, wie wir nochmals betonen, nicht bestritten zu werden, daß die Opposition bei ihrem Vorgehen von lobenswerten Empfindungen der Menschlichkeit geleitet wurde. Es war aber eine törichte und anmaßende Einbildung, wenn sie meinte, solche Empfindungen seien nur ihr zu eigen, während die Parteilichkeit dem Blutrausch des Krieges verfallen sei. Die gesamte Sozialdemokratie hat niemals aufgehört, die tiefste Trauer zu empfinden, daß diese entsetzliche Katastrophe über die Menschheit hereingebrochen ist. Sie hat niemals aufgehört, für die Beendigung des furchtbaren Völkerringens zu wirken, soweit dies ohne Gefährdung der elementaren Lebensinteressen des deutschen Volkes irgend möglich war. Aber die Ratschläge der Opposition durften nicht befolgt werden, weil sie das schlimme Übel nur noch mehr verschlimmert haben würden. Es sind von der Opposition keinerlei irgendwie greifbare und praktisch aussichtsvolle Vorschläge gemacht worden und durch die gehässig verwerfliche Kampfweise eines Teiles der Opposition ist diese schwere Kriegszeit für unsere Partei nicht erleichtert worden.

Manche Anzeichen sind vorhanden, die darauf deuten, daß die Einsicht in die Irrtümer der Opposition in der Arbeiterschaft immer mehr wächst. Sobald erst die freie öffentliche Diskussion über alle diese Probleme möglich sein wird, wird es nicht schwer fallen, die Haltung der Parteilichkeit als unvermeidlich unter den gegebenen Verhältnissen nachzuweisen und zu rechtfertigen. Dann wird die Sozialdemokratie mit gesammelter Kraft an die mannigfaltigen großen und schweren Aufgaben herangehen können, die ihr eine nahe Zukunft stellen wird.

H. PEUS/DESSAU:

Der Krieg als Förderer von Sozialismus und Demokratie.

VOR dem Kriege hielt ich es für ganz sicher, daß, wenn es zum Kriege komme — ich erachtete das eigentlich kaum noch für möglich — es mit der Arbeiterbewegung in ihrem positiven Aufbau für lange Zeit werde vorbei sein. Ich nahm nicht an, daß wir Sozialdemokraten gegen den **ausgebrochenen** Krieg sonderlich viel tun könnten. Ich hielt es aber für wahrscheinlich, daß wir nur in einen Krieg kämen, dem wir keinerlei Sympathie entgegenbringen könnten. Die Folgen stellte ich mir so vor, daß die Gewerkschaften alsbald vor leeren Kassen stünden, daß die sozialdemokratische Organisation aufgelöst würde und auch die Zeitungen zugrunde gingen, weil der eine Teil der Parteigenossen im Heere stünde, und der andere Teil teils zu arm, teils auch zu ängstlich sei, um ein sozialdemokratisches Organ noch zu unterstützen. Selbst von den Konsumgenossenschaften fürchtete ich, daß ihre außerordentlich geförderten, auf den sehr gestiegenen Umsatz berechneten Anlagen neben dem Ansturm auf ihre Sparkassen der gewaltigen Erschütterung nicht würden standhalten können.

Es ist anders gekommen. Der Krieg war ein anderer, als wir ihn befürchteten. Er war ein **Verteidigungskrieg** des deutschen Volkes gegen eine Welt von Feinden. Da ließen wir das Vaterland nicht im Stich. Und auch das Vaterland begriff, daß es nicht ohne uns Sozialdemokraten kämpfen könne.

So sind denn die Gewerkschaften nicht untergegangen, auch die Parteiorganisation besteht in ihrem Rahmen unversehrt, wenn sie auch nur mit erheblich geschwächten Kadern rechnen kann; auch die Zeitungen haben sich bis heute gehalten, wenn auch hier und da erheblichere Schwierigkeiten entstanden sind, und die Genossenschaften endlich haben, wie das auch zu erwarten war, am besten abgeschnitten, sie sind an Einfluß wie an Mitgliederzahl erheblich gestiegen und ihre finanzielle Situation ist geblieben, wie sie war. So ist also **äußerlich wenigstens** alles viel besser geworden, als es erwartet wurde.

Aber hat nicht dennoch die Sozialdemokratie durch den Krieg verloren? Ist ihr Ansehen nicht geschwächt worden? Hat sie nicht enttäuscht? Hat man nicht gemeint, sie könne einen Krieg verhindern oder doch, wenn er wirklich ausgebrochen, ihn zu einem schnellen Ende führen? Hat nicht ihre Macht der Regierung gegenüber versagt? Und ist nicht insbesondere die Hoffnung auf ihren internationalen Einfluß völlig enttäuscht worden?

Daß es gleich hier gesagt werde: Selbst wenn alle diese oben gestellten Fragen bejaht werden müßten, so hätte diese Bejahung gar keine Bedeutung für die Zukunft des Sozialismus und der Demokratie und damit auch der Sozialdemokratie. Nicht was die Menschen, die da Sozialdemokraten sind und sein wollen, **meinen oder gemeint haben**, ist maßgebend für die Entwicklung des Sozialismus und der Demokratie, sondern **die wirkliche Gestaltung der Dinge** in Wirtschaft, Gesellschaft und Staat bietet das Fundament, auf dem sich der Sozialismus und die Demokratie aufbauen werden. Und da glaube ich, daß gerade die Hinwegräumung mancher Illusionen, die dem Kriege zu verdanken ist, die Bahn frei machen wird für schnellere Verwirklichung des Sozialismus und für wirksamere Herbeiführung wirklich echter Demokratie. Mir gibt der Krieg Anlaß zu betrübter Stimmung **nur solange er währt**, nach dem Kriege sehe ich die Bahn frei für so unendlich umfangreiche und fruchtbare Arbeit auf dem Gebiete des Sozialismus und der Demokratie und insbesondere auch für unsere internationalen Bestrebungen, daß ich den heißen Wunsch habe, noch recht viel von dieser herrlichen Arbeit mittun zu können.

Gewiß hat es viele gegeben, die von der Illusion über die Macht der Sozialdemokratie und der Internationale erfüllt waren. Aber ist es denn ein großes Unglück, daß diese Illusion zusammengebrochen ist? Ist die Hoffnung für die Zukunft von Sozialismus und Demokratie dadurch geringer geworden? Diese Frage muß ich glatt verneinen. Jene Illusion war umgekehrt ein schweres Hindernis für die Entwicklung, die wir wünschen. Der falsche Gedanke, durch Eroberung der politischen Macht, von **Stimmzettelmacht**, eines Tages den Kapitalismus überrumpeln

zu können, hatte sich viel zu sehr festgesetzt. Der echt Marxistische Gedanke, daß wirtschaftliche Macht das Fundament sich darauf aufbauender politischer Macht sein müsse, war viel zu wenig im Bewußtsein der offiziellen Sozialdemokratie. Man überschätzte den Parlamentarismus, nicht nur den im Staate, sondern auch den in der Partei. Man hielt viel zu viel von Parteitag und ihren Resolutionen. Die **Masse** wurde gar zu sehr nur **Stimmzettelträger** und **Beitragszahler**.

Was hat der Krieg gelehrt? Nichts eindringlicher als dies, daß **Organisation** das Fundament alles Erfolges ist. Das bestorganisierte Volk wird auch der Sieger im Kriege sein. Alle Organisation führt aber, in voller Konsequenz durchgebildet, zuletzt zum Sozialismus. Allumfassende Organisation und Sozialismus sind ein und dasselbe. Da der Krieg aller Organisation den mächtigsten Anstoß gegeben haben wird, und zwar überall, bei allen Völkern, so wird der Sozialismus durch den Krieg eine Förderung erfahren, wie sie sonst vielleicht in schleichender Entwicklung erst in Jahrzehnten gekommen wäre.

Die **Konsumgenossenschaften** haben durch den Krieg gar nicht gelitten, sondern nur gewonnen, an Einfluß wie an Mitgliederzahl. Das vielbeklagte Uebel des Kriegswuchers konnte nur deshalb von den Konsumgenossenschaften nicht besser bekämpft werden, weil die Konsumgenossenschaften **noch zu schwach** waren. Großzügigkeit der Verwaltungen hat gefehlt, weil man sie aus zu wenigen und zu unzulänglichen Kräften zusammensetzt. Hätten unsere kapitalistischen Führer mit solchem prachtvollen Apparat zu arbeiten, würden sie gewaltig viel mehr leisten. Die Gemeinden mußten in hohem Maße durch ihre Organe das schaffen, was die Konsumgenossenschaften zu schaffen berufen waren. Nach dem Kriege muß da eine große Entwicklung Platz greifen. Sie ist möglich dann wie nie zuvor. Dasselbe gilt von dem **Baugenossenschaftswesen** bis hin zur genossenschaftlichen **Gartenstadt** auf der Grundlage der Zwangssparkasse.

Auch die **Demokratie** wird aus diesem Kriege stärker hervorgehen. Nicht zwar die fälschliche Demokratie, die da meint, es sei der Welt viel geholfen, wenn an die Stelle eines Königs deren sechshundert treten. Wir wußten es schon vor dem Kriege,

daß Kapitalistenrepublik und Demokratie nicht identisch seien. Aber der Krieg hat es uns doch noch ganz besonders gelehrt, daß der **Schein** der Demokratie in England und Frankreich eine besonders gefährliche Sache ist. Dieser Parlamentarismus, **ohne wahre Demokratie als Unterlage**, täuscht einen Volkswillen vor, hinter dem sich das Interesse und der Machthunger weniger wirtschaftlich und sozial Mächtiger verbergen. Der Krieg hat es uns besonders klar enthüllt, daß Demokratie nur in demselben Maße Wirklichkeit wird, als der einzelne sich als wahrhafte Potenz am öffentlichen Leben beteiligt und es beeinflusst, so daß noch viel wichtiger als das gewiß wichtige Wahlrecht die **Schule** ist, die **Presse**, die **Vereinstätigkeit** und die Betätigung in der Gemeinde und überhaupt allen unteren Verwaltungsorganen. Unsere Parteigenossen, die in Frankreich und in Belgien kämpfen, haben feststellen müssen, daß die Demokratie, die dort besteht und um die sie die beiden Völker bisher beneidet haben, beneidenswerte Früchte nicht hervorgebracht habe. Sie ziehen daraus den Schluß, daß die **wahre Demokratie, die ein in mannigfaltigster und umfassendster Weise organisiertes Volk in seinen Organisationen** entwickelt und durch sie zur Geltung bringt, wertvoller sei als der **Schein** der Demokratie, den über einem **unorganisierten** Volke eine kapitalistische parlamentarische Regierung darstellt.

Der Krieg hat uns bescheiden gemacht bezüglich der Einschätzung der Werte unseres Aktionsradius. Wir haben erkennen gelernt, daß der **Wahlzettel** und die **Versammlungsresolution** weniger mächtig sind, als die meisten von uns wähten. Der Krieg soll aber helfen, daß wir die Bescheidenheit da abstreifen, wo wir schon bisher weit mehr Einfluß haben konnten. Unten, da wo wir leben, wo wir direkt wirken, in der Gemeinde, in unseren Organisationen aller Art, müssen wir die Welt umgestalten, da müssen wir die Dinge umgestaltende Revolution machen, den Sozialismus und die Demokratie verwirklichen. Und zwar heute, nicht erst morgen! Das ist nicht so leicht, wie die Hand für eine Resolution zu erheben, aber es ist wertvoller und bringt mehr Lebensfreude, die stolzeste Lebensfreude. **die Freude am erfolgreichen Schaffen.**

Und wie wird es nach dem Kriege mit unserem **Internationalismus**? Ich denke, auch der soll größer, wirksamer, wahrhafter werden. Er war ja auch bisher gar zu dürftig. Auf den alle paar Jahre stattfindenden Kongressen ein paar an den Fingern abzuzählende Menschen, die einander kennen lernten. Die anderen waren ja nur Staffage. Auch die Existenz eines internationalen Bureaus kann mir so lange nicht imponieren, als jede wirklich nützliche Arbeit fehlt. Immer begegnen sich dieselben paar Menschen. Zu wirklich wertvollem Internationalismus können wir nur kommen, wenn die Völker sich gegenseitig in Massen kennen lernen. Neben den wenigen Austauschprofessoren von allen Städten aus durch die Gewerkschaftskartelle viele Tausende **Austauscharbeiter**! Die Elite der Sozialdemokratie muß das Ausland aus eigenem Erleben kennen. Nicht um die nationale Eigenart zu verlieren. Nicht um wurzellos zu werden, sondern um zwischen Volk und Volk Verständnis und Sympathie zu wecken. Jeder Arbeiterbeamte bekomme für seine Ferien ein Zwangsbillett ins Ausland! Wenn dadurch auch der Wert einer künstlichen Hilfssprache erkannt und verstanden wird, daß sie als Kunstsprache besser ist als alle natürlich gewachsenen, dann wird solcher Internationalismus sicher bessere Früchte tragen als der bisherige. Wir wundern uns über die Franzosen und die Engländer, daß sie uns nicht verstehen. Ich wundere mich nicht darüber. Wo sind denn die Franzosen und Engländer der Arbeiterklasse, die in Deutschland gereist wären?!

Der Krieg hat uns unermessliche Aufgaben enthüllt, die die Menschheit noch zu lösen hat. Uns kann grauen vor der Schwierigkeit. Man denke an den Balkan, an Rußland, an Kleinasien, an Indien, an Aegypten! Es muß Menschen geben, die diesen Problemen ihre Kräfte widmen. Aber wir Vielen, wir Kleinen tun klüger, die Welt zu bauen, die wir beherrschen. Im Staate, dessen Glieder wir sind, im Vaterlande unser Glück zu schaffen, dazu sind wir in **erster Linie** berufen. Tun das alle überall und halten sie miteinander möglichst enge Fühlung, dann schaffen wir das Menschenglück am besten — nach dem Kriege.

HERMANN WENDEL:

Die Ideologie der Vaterlandslosigkeit.

DASS die Sozialdemokraten keineswegs vaterlandslose Gesellen sind, daß unsere Vaterlandsliebe mindestens so gut, tief und echt ist wie der Patriotismus der sogenannten nationalen Parteien, daß wir auch alles andere wollen als fremder Herren Willkür das Vaterland preisgeben, all das haben wir vor der großen Weltkatastrophe in Dutzenden von Broschüren, in Hunderten von Zeitungsartikeln, in Tausenden von Wahlreden wieder und wieder betont. Als dann am 4. August 1914 die deutsche Sozialdemokratie das Selbstverständliche tat, gab es gleichwohl in der Parteiopposition einige wenige — wirklich nur ganz wenige! — ausgeruhete Köpfe, die der Bewilligung der Kriegskredite widerstrebten, weil der Proletarier kein Vaterland habe. Der Proletarier hat, erklärten sie, kein Vaterland, sondern nur ein Kinderland: den Sozialismus, und stolz beriefen sie sich auf das Kommunistische Manifest: „Die Arbeiter haben kein Vaterland. Man kann ihnen nicht nehmen, was sie nicht haben.“ Ganz gleich also, ob im Osten Deutschlands hinter den Kosakenhorden der rote Hahn von Dach zu Dach, von Dorf zu Dorf flattert, ob die Hufe der algerischen Spahis den Boden im Westen Deutschlands schlagen, ob den norddeutschen Seestädten die britischen Dreadnoughts Tod und Verderben drohen — die Arbeiter haben kein Vaterland!

In Wahrheit geht, wer auf diesem erhabenen Standpunkt der verschränkten Arme beharrt, nicht nur auf das Jahr 1848, sondern eine Zeitspanne weiter bis dorthin zurück, wo die Ideologie der Vaterlandslosigkeit in der Geschichte der Arbeiterbewegung zuerst auftritt. Der absolutistische Staatsbegriff weiß nichts vom Vaterland; im achtzehnten Jahrhundert noch steht der Fürst zu dem Staat in demselben Verhältnis wie der Junker zu seinem

Rittergut; der Landesherr ist unumschränkter Gebieter über Hab und Gut wie über Leib und Leben seiner Untertanen; der Landesvater kann in diesem patriarchalischen Zeitalter seine Landeskinder sogar an fremde Mächte versteigern; Landesvater und Vaterland in ihrer schärfsten Formulierung schließen einander aus. Der Staat bin ich! brüstet sich der vierzehnte Ludwig, und Schillers Peiniger, Herzog Karl Eugen von Württemberg, äfft ihn nach: Das Vaterland bin ich! In diesem absolutistisch mißhandelten, kleinstaatlich zersplitterten Deutschland wollen denn selbst die Gebildeten vom Vaterland nichts hören. Lessing sieht in der Liebe zum Vaterland nur „eine heroische Schwachheit“, Schiller nennt sich „Zeitgenosse aller Zeiten“, und das Ubi bene, ibi patria! in ein unwirsches Deutsch übertragend, singt Johann Heinrich Voß: Das Vaterland? Was Vaterland! Der Topf, der Topf ist Vaterland, das andere sind Fratzen.

Aber der Absolutismus, der die der Manufakturwirtschaft angepaßte Regierungsform ist, setzt trotz aller Zentralisationsbestrebungen zusammenhanglose Gebiete voraus; wo eine Stadt von der anderen auch innerlich getrennt ist und eine Provinz der anderen fremd gegenübersteht, faßt er mit starker Hand das Ganze zusammen. Die Warenerzeugung indes, von ihm begünstigt, schafft Rohstoffe innerhalb des Landes von Nord nach Süd und von Ost nach West und umgekehrt, und mit den Warenmassen läßt sie die Menschen aus allen Himmelsrichtungen durcheinanderfluten. Derart vermittelt sie den Bürgern das Gefühl des Zusammenhangs; sie erkennen ihre gemeinsamen Klasseninteressen, und während sie sich bisher nur unter ein und demselben Szepter duckten, erwacht jetzt in ihrer Brust die Neigung zu dem gemeinsamen Warenerzeugungsgebiet, das etwas Ewigeres und Unvergänglicheres darstellt als das Herrscherhaus: die Vaterlandsliebe ersteht, anfangs nur als dumpfes Ahnen, um in den großen Stunden der Geschichte mit unwiderstehlicher Kraft als revolutionäre Macht hervorzubrechen. So geht es mit der gründlichen Umwälzung des europäischen Festlandes, die sich von Frankreich nach Osten fortpflanzt. In den Beschwerdeheften, mit denen 1789 die Generalstände überschwemmt werden, ist noch nirgends von der französischen Nation, sondern überall nur von den

peuples de France, den Völkern Frankreichs, die Rede. „Avant 1789“, ruft Merlin in der Konstituante aus, „point de nation, point de patrie!“ Vor 1789 gab es weder Nation noch Vaterland! Aber im Feuer der großen Revolution wird Nation und Vaterland zusammengeschweißt. Der Marseiller Marsch stürmt die „enfants de la patrie“ zum Befreiungskampfe gegen die Tyrannen auf, und das Wort Patriot klingt den Aristokraten als gemeinstes und verächtlichstes Schimpfwort zu Ohr. Ihnen ist Frankreich, wo das Lilienbanner weht und die Bourbonenfamilie weilt, in der Emigration in Koblenz oder sonstwo, aber mit Danton wissen die Republikaner, daß man das Vaterland nicht an den Stiefelsohlen mitschleppen kann. Zwei Welten!

Die Erhebung des deutschen tiers état im Jahre 1813 hilft auch hier der Vaterlandsliebe zum Durchbruch; in den Kriegsliedern steht das Vaterland überall an erster Stelle und der Freiherr vom Stein sagt: „Ich habe nur ein Vaterland, und das ist Deutschland. Mir sind die Dynastien in diesem Augenblick großer Entwicklung vollkommen gleichgültig.“ Aber die Warenproduktion ist in Deutschland noch nicht hinreichend entwickelt, um der bürgerlichen Klasse den Sieg des Vaterlandsbegriffes über die Landesvateranschauung zu gestatten; mit Metternich ist die Vaterlandslosigkeit wieder oben auf; an dem Wort Patriot haftet für die Machthaber noch der revolutionäre Beigeschmack von 1792. Doch das Bürgertum fühlt sich bereits als notwendige Klasse und läßt deshalb von seinen Vaterlandszielen nicht ab; 1848 werden sie wieder revolutionär unterstrichen; als man die Opfer der Wiener Barrikadenkämpfe bestattet, weht in dem Leichenzug eine Fahne mit der Inschrift: Für das Vaterland gefallen! und später denkt man daran, am Portal des Friedhofes der Berliner Märzgefallenen die Worte anzubringen: Dulce et decorum est, pro patria mori! Süß und ehrenvoll ist's, für das Vaterland zu sterben!

Die tote und trübe Zeit des deutschen Vormärz kannte eine Arbeiterklasse nicht; langsam begann sich erst das kleinbürgerliche Handwerk zu proletarisieren, ohne damit eine klare Anschauung seiner Lage zu gewinnen, und die ersten theoretischen Äußerungen proletarischen Klassenbewußtseins steigen aus einer

Schicht auf, die mit noch zwingenderer Notwendigkeit vaterlandsfeindlich ist als die Gebildeten des achtzehnten Jahrhunderts: den wandernden Handwerksburschen. Das waren Elemente, die mit nichts im deutschen Boden wurzelten, Ausscheidungen des anhebenden Proletarisierungsprozesses, nicht mehr Kleinbürger und noch nicht Proletarier; sie hatten ihr Vaterland verloren und ihre Klasse noch nicht gefunden. Unstet und gehetzt irrten sie als Flüchtlinge in der Schweiz und in Frankreich umher, ohne Betätigungsfeld ihrer revolutionären Sehnsucht, darum voll Ingrim, verbittert und verzweifelt:

Ihm blieb nichts auf Erden
 Als Verzweiflungstreich'
 Und Soldat zu werden
 Für ein freies Reich

sang das bekannte Lied von dem deutschen Flüchtling. Der beredte Dolmetsch dieser vaterlandsflüchtigen Schicht wurde Wilhelm Weitling. In den französischen Quellen, aus denen er ausgiebig schöpfte, fand er nichts von Vaterlandslosigkeit. Das nationale Gefühl, hell aufgelodert in den Tagen der Revolution, flammte auch in den französischen Sozialisten der utopischen Schule. Saint-Simon und Fourier träumten zwar von einer Verbrüderung aller Völker, aber jenem blieb immer Frankreich das Herz der neuen Weltordnung, und diesem erschien Französisch gar die Eignung zur zukünftigen Weltsprache zu besitzen. Auch Lamennais, dem Weitling viel verdankte, schrieb, so sehr er Feind des ausschließlichen Patriotismus und Freund der Völkerverbrüderung war, in seinem Volksbuch: „Dem Vaterland müßt ihr alles, was ihr seid und was ihr habt, zur Verfügung stellen. Und gilt es für das Vaterland zu sterben — ein Schuft für alle Zeiten, wer einen Moment zaudert.“ Aber er sagte auch: „Der Stall, in dem Haustiere fressen und schlafen, ist kein Vaterland.“

Hier knüpfte Weitling an. Ihm und seinesgleichen war Deutschland nicht mehr als ein Stall; die revolutionären Handwerksburschen erwartete in der Heimat nichts als Kerker und Ketten. Mit seiner zündenden Beredtsamkeit verkündete er darum in seinen Garantien der Harmonie und Freiheit das Evangelium der

Vaterlandslosigkeit: „Wer ein Vaterland hatte, hatte auch ein Eigentum oder doch die Freiheit und die Mittel, Eigentümer zu werden; wer diese nicht hat, hat kein Vaterland... Solange die Gesellschaft in Ungleichheit lebt, solange ein Volk aus Herren und Knechten besteht, so lange ist es auch völlig gleich, wer die Herrschaft ausübt, ob Hinz oder Kunz, ob Napoleon, Friedrich Wilhelm oder Nikolaus, wir Arbeiter müssen unter dem einen Herrscher ebenso den Esel machen, wie unter dem anderen... Jetzt haben wir kein Vaterland; wir werden nur dann eines haben, wenn die Gesellschaft für den Unterhalt aller ihrer Glieder auf gleiche Weise sorgt.“ Aus derselben Stimmung heraus erklärten fünf Jahre später Marx und Engels: „Die Arbeiter haben kein Vaterland.“

Aber seltsam! Während sie schon 1848 für die Lösung nationaler Fragen ein brennendes Interesse gezeigt hatten, fiel es ihnen, als die Weltgeschichte abermals die Vaterlandsfrage aufs Tapet brachte, 1870, nicht im Traume ein, das Problem mit der Formel abzutun, die Arbeiter hätten kein Vaterland. Auch wenn Bebel und Liebknecht bei Kriegsausbruch nicht für die Kredite stimmten, taten sie es keineswegs auf der Grundlage dieser Formel, sondern, wie Gustav Mayer in seinem Buch über Schweitzer zu Recht bemerkt, ebenso sehr als deutsche Demokraten, denen die Entwicklung zum Großpreußentum wider den Strich ging, wie als internationale Sozialdemokraten. Hatte Marx anfangs die Stimmhaltung der beiden als eine tapfere Tat wohlwollend beurteilt, so neigte sich sein Urteil bald auf die Seite Schweitzers, der mit seiner Bewilligung der Kriegskredite die Zustimmung von Engels von vornherein für sich hatte. Wenn darum vom Ausland her der deutschen Reichstagsfraktion von 1914 der Vorwurf nachgeschleudert wird, sie habe am 4. August im Sinne Schweitzers und nicht im Geiste Bebels gehandelt, so kann sie gelassen mit Mehrings Worten antworten: „Wer heute von einer „opportunistischen“ Politik Schweitzers spricht, erhebt die frevelnde Hand in erster Reihe gegen Engels und Marx.“*)

*) Franz Mehring, Engels und Marx. Archiv für die Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung. 1914. Heft 1 und 2.

Auf dem Prinzip der Vaterlandslosigkeit ritt 1870 eben schon deshalb niemand mehr herum, weil es bereits damals eine blanke Ideologie war, deren wirtschaftliche Grundlage sich längst verflüchtigt hatte. Schon die Arbeiter, die Lassalle in Sturmkolonnen zur Eroberung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts ordnete, hatten kaum noch etwas gemein mit den im Ausland schweifenden Handwerksburschen vom Schläge Weitlings, denen nichts übrig blieb als „Verzweiflungsstreich“. Sie waren sich bewußt, eine notwendige Klasse in Deutschland zu sein; ihr Kampfplatz war Deutschland, und daß sie sich die Eroberung der politischen Macht in Deutschland zum Ziele gesteckt hatten, ließ sie an den Geschicken des Landes immer leidenschaftlicher Anteil nehmen. Deshalb hieß es 1870 auch in dem Aufruf des Ausschusses der Eisenacher, die sonst in allem den Lassalleanern schroff gegenüberstanden: „Wir werden die Unantastbarkeit des deutschen Bodens gegen napoleonische und jede andere Willkür verteidigen helfen... Wir haben als Deutsche für Deutschland einzustehen.“

Die Unantastbarkeit des deutschen Bodens ist aber heute mehr denn je die Voraussetzung für den ungehinderten Vormarsch der Arbeiterklasse. Zwar hat das Sozialistengesetz, indem es viele Vorkämpfer der Arbeiterpartei friedlos und heimatlos machte, der Ideologie der Vaterlandslosigkeit vorübergehend frisches Leben eingeflößt, aber seit die Sozialdemokratie wieder unter dem gemeinen Recht kämpft, ist das Wort von ihrer Vaterlandslosigkeit, im Glimpf wie im Schimpf gebraucht, vollends ein Luftgebilde. Die Arbeiter haben kein Vaterland? Sie sind geradezu der beste Teil des Vaterlandes! Ihre gewaltigen politischen und gewerkschaftlichen Organisationen, auf deutschem Boden gewachsen, aus deutschen Quellen gespeist, sind ein gut Stück des Vaterlandes, das es gegen fremde Willkür zu verteidigen gilt. Nach dem Parteitagebericht von 1913 zählte die deutsche Sozialdemokratie 111 Reichstagsabgeordnete, 231 Landtagsabgeordnete, 2753 Stadtverordnete in 509 Städten und 8928 Gemeindevertreter in 2973 Landgemeinden, außerdem 133 Magistratsmitglieder in 65 Städten und 187 Gemeindevorstandsmitglieder in 120 Landgemeinden. Auch diese Zahlen versinnbildlichen, mit Lassalle

zu reden, „ein Stück Verfassung“, ein Stück Vaterland, indem sie zeigen, wie tätig die Sozialdemokratie an den Geschicken des Vaterlandes, angefangen von der Gemeinde bis zum Reich, mitwirkt. Zugleich aber erhellen sie den gewaltigen Abstand, der die deutschen Arbeiter des zwanzigsten Jahrhunderts von den wandernden Handwerksburschen der vierziger Jahre des vorigen Jahrhunderts trennt; jene sind an hundert wichtigen Punkten in die Sitze der Macht eingedrungen und graben dem Antlitz Deutschlands unverwischbare Züge ein, diese besaßen nicht so viel politische Macht, wie einer von ihnen im Felleisen forttragen konnte, und bedeuteten für Deutschland nicht mehr als die flüchtige Wolke dem Feld, über das sie hinzieht.

Nichts ist darum unmarxistischer, als dem Satz: Die Arbeiter haben kein Vaterland! Beweiskraft für unsere Tage zuzuschreiben. Damals hatten die Arbeiter kein Vaterland, aber heute sind sie willens und drauf und dran, es sich ganz zu erobern, indem sie es nach außen verteidigen!

Krieg, Presse, Buchhandel. Rund 1100 deutsche Zeitungen und Zeitschriften haben bisher unter dem Einfluß der Kriegswirkungen ihr Erscheinen einstellen müssen, in Oesterreich etwa 900. Vor dem Kriege gab es in Deutschland ca. 6000 Zeitungen und Zeitschriften, in Oesterreich ca. 3500.

Fast 500 deutsche Zeitungen, darunter etwa auch ein Dutzend sozialdemokratische, waren im Laufe der verfloßenen vierzehn Kriegsmonate gezwungen, ihre Bezugspreise zu erhöhen. Grund: außerordentlich starke Steigerung aller Ausgaben (Papierpreise, Preise für Farbstoffe, Oel usw.), demgegenüber ein sehr beträchtliches Fallen der Einnahmen (Inserate, Abonnementsgelder). In den übrigen Ländern, besonders auch in England, ist's nicht besser.

Die Zahl der seit dem Ausbruch des Krieges im Deutschen Reiche erschienenen Veröffentlichungen, die unter den Begriff der Kriegsliteratur fallen, beträgt jetzt nahezu siebentausend. — Arg darnieder liegt der englische Buchhandel. Seine Fachblätter erscheinen sehr viel seltener als vor dem Kriege und beklagen lebhaft das höchst bedenkliche Stocken des Geschäftsganges.

AUGUST WINNIG:

Weltpolitische Entwicklungen.

SOLLTE nicht doch ein Kern Wahrheit in jener düsteren Geschichtsphilosophie stecken, die jede Entwicklungsmöglichkeit bis zur Ueberwindung des Gewaltprinzips im Völkerleben leugnet? Jeder Kulturkreis hat noch, so weit die Ueberlieferungen des Menschengeschlechtes zurückreichen, das Ende seiner Entwicklung gefunden, ehe ein Zustand der Harmonie der Klassen und der Völker erreicht war. Der Aufstieg erlahmte und es begann der Verfall, ein Verfall von innen heraus, wie im Reiche der Mitte, oder ein Verfall unter den Stößen feindlicher Völker, wie im alten Rom. Wo früher Wirtschafts- und Geistesleben blühte, verfiel Land und Volk der kulturellen Erstarrung, die erst wieder wich, wenn Herrenvölker von außen her ein neues Leben hineintrugen und nicht selten auf den Trümmern eines ehemals mächtigen Reiches eine Fremdherrschaft errichteten, die das alte Volk wirtschaftlich und politisch in drückende Fesseln schlug. Fast der ganze Erdball zeigt uns solche Gräber untergegangener Reiche und Kulturen. Von China über Indien, Persien, Kleinasien nach Arabien und Nordafrika zieht sich eine ununterbrochene Kette solcher Völkergräber; im Innern Afrikas enthüllt die Forschung immer mehr Zeugnisse jahrtausendealten Kulturlebens, das lange verfiel, ehe der Kiel eines europäischen Handelsschiffes die afrikanische Küste berührte; in Mexiko schreitet der Fuß eines Banditengenerals über den Boden, der schon vor einem halben Jahrtausend die eigenartige Kultur eines mächtigen Gemeinwesens sah. Enthalten diese Trümmer nicht ein memento mori für uns Europäer?

Wir sind gewöhnt, mit der Vormachtstellung Europas in Politik, Wirtschaft und Kultur als mit einer unerschütterlichen Tatsache zu rechnen. Wie weit der vorausschauende Blick

auch in die Zukunft dringt, die Vorstellung, daß es mit dieser Macht jemals ein Ende haben könnte, kam uns nie; alle Politik und alle sozialen Theorien lassen diese Möglichkeit außer Betracht. Dieser Krieg aber, der alle europäischen Mächte aufs tiefste erschüttert, zwingt uns doch wohl die Frage nach der Zukunft Europas auf. Wir sehen, welche Riesensummen tagtäglich auf den Schlachtfeldern geopfert werden. Zwanzig Millionen der kräftigsten Männer sind der werteschaaffenden Arbeit entzogen und stehen im Kriegsdienst, andere Millionen arbeiten an der Herstellung und dem Transport der Munition und des sonstigen Heeresbedarfs. Von den Kriegern werden einige Millionen durch den Tod weggerafft, andere Millionen werden zu Krüppeln werden. Das ist ein Kräfteverlust, wie ihn die Geschichte bisher noch nicht gekannt hat. Dazu aber müssen die europäischen Staaten ihre Zukunft mit Schuldverpflichtungen belasten, die ebenfalls ohne Beispiel dastehen. Es fehlt uns heute jede Erfahrung, jedes Augenmaß, um die Wirkungen dieser Vorgänge zu beurteilen. Aber das eine wird allgemach jedem klar werden: was wir unter amerikanischer und asiatischer Gefahr zu verstehen gewohnt sind, erhält durch die furchtbare Schwächung, die Europa in diesem Kriege erfährt, eine viel ernstere Bedeutung. Deutete man früher mit diesen Worten die Möglichkeiten ferner künftiger Jahrhunderte an, so können sie nach dem Kriege leicht der Ausdruck greifbarster Gegenwartssorgen werden.

Diese Erwägungen liegen im Grunde genommen so nahe, daß es uns zunächst unverständlich erscheint, wie Europa überhaupt zu dieser Selbstzerfleischung kommen konnte. Es hat im letzten Jahrzehnt nicht an Männern gefehlt, denen damals schon die Bedrohung Europas durch die aufsteigenden Mächte Amerikas und Asiens ernst genug schien, um ihre warnende Stimme zu erheben. (Am bekanntesten sind Calwer und Hildebrand; es ist für unsere Partei gerade kein Ruhmesblatt, daß diese beiden Männer ihrer weltpolitischen Ansichten wegen aus dem Parteiverbände ausscheiden mußten.) Keinem europäischen Staatsmanne von Rang konnten diese Gedanken fremd sein. Aber trotzdem ist der Gedanke einer europäischen Solidarität ohnmächtig geblieben. Warum?

Man kann die Antwort auf diese immerhin nicht überflüssige Frage nicht in der Inferiorität der europäischen Staatsmänner suchen. Konnte sich eine gemeineuropäische Politik nicht durchsetzen, so liegen die Ursachen in der politischen Gliederung unseres Erdteiles.

In der europäischen Politik und Wirtschaft sind zwei Elemente wirksam, die ihrem innersten Wesen nach der Eingliederung in eine europäische Interessengemeinschaft widerstreben müssen, die im Gegenteil von sich aus fort und fort an der Auflösung und Zersetzung Europas arbeiten. Diese zwei Elemente sind: im Westen das britische Imperium, das politisch und wirtschaftlich längst den Verhältnissen Europas entwachsen ist und mit seinen Kolonien und Dominions ein in allen Kontinenten verankertes Weltreich bildet; im Osten das aus Asien vorgedrungene Moskowitertum, das kulturell durch weite Abstände von Europa getrennt ist und darum nie europäisch denken und handeln kann. Beide Herrschaftsgebiete müssen ihrem innersten Wesen nach die politische und wirtschaftliche Solidarität der Völker Europas ablehnen und nach der Beherrschung und Ausbeutung des europäischen Kontinents streben.

Die Grundlagen des britischen Imperiums waren geschaffen, als am 8. August 1588 die spanische Armada im Kanal vernichtet wurde. Schon vorher hatte sich in Großbritannien weit früher als in den großen Festlandsstaaten eine starke Zentralgewalt herausgebildet und gefestigt, die die Entwicklung eines blühenden Gewerbewesens gestattete und förderte, das durch seine überlegene Technik und seine sichere ökonomische Fundierung alle festländische Konkurrenz überwand. So kam England in einer geschichtlichen Situation in den Besitz der Seeherrschaft, die es ihm ermöglichte, sie gegen alle Angriffe zu behaupten und in einer unvergleichlichen Weise auszunutzen — es war das Zeitalter der Entdeckungen. Ein reiches Land, dessen Ausdehnungsdrange alle Seewege offen standen: da konnte es nicht fehlen, daß es bald ökonomisch und politisch über das übrige Europa hinauswuchs und jene überragende Stellung im Wirtschaftsleben erlangte, die es zum Herrn der Welt machte. Alle Völker mußten von ihm kaufen und alle mußten ihm tributpflichtig sein. Da

diese Stellung, wenn überhaupt, so nur von europäischen Ländern gefährdet werden konnte, so zielte die britische Politik bewußt dauernd auf die Schwächung Europas ab. Die Maxime des „europäischen Gleichgewichts“ ist lediglich der harmlose Ausdruck für die weniger harmlose britische Absicht, Europa stets durch die Bildung mehrerer Mächtegruppen zu spalten und damit für die britische Vormachtstellung ungefährlich, den britischen Ansprüchen gefügig zu machen; das „Gleichgewicht“ ist nur die Kulisse für die britische Beherrschung Europas. England ist im Sinne seiner Interessen und seiner Politik nicht nur keine europäische — es ist eine **anti-europäische Macht**. Seine gesamte Tätigkeit in der europäischen Politik ist auf die Schwächung der Festlandsstaaten gerichtet. Was im Bereich seiner Seegewalt liegt, muß ihm untertan werden. So sehen wir alle Weststaaten und die Randländer des Mittelmeeres als Vasallen des Britentums. Belgien — darüber herrscht heute kein Zweifel mehr — ist ganz von britischem Einfluß umstrickt gewesen. Frankreich steht im britischen Banne; Portugal ist einer britischen Kolonie gleichzuachten; Spanien muß sich ein Gibraltar gefallen lassen; Italien ist, der britischen Bedrängung nachgebend, in den Krieg gezogen; Griechenland windet sich in der britischen Umstrickung. Der europäische Westen und Süden ist zur britischen Einflußsphäre herabgesunken. Jetzt, unter der Wirkung der Kriegserfahrung, drängt der britische Einfluß auch nach dem Osten, den England bisher, weil er den gewohnten Wegen seiner Macht etwas entrückt war, vernachlässigt hatte. Im niederländischen Handel spielt der britische Kontrollbeamte eine wichtige Rolle; Norwegen hat den britischen Zumutungen bedenkliche Zugeständnisse machen zu müssen geglaubt. Dort aber, wo die zersetzende Tätigkeit des Britentums aufhört, beginnt die Zone, die sich das Moskowitertum ausersieht hat. Die auflösenden Tendenzen beider Herrschaftsgebiete begegnen sich im skandinavischen Norden und im Aegäischen Meere.

Das Moskowitertum ist nicht einfach darum ein Feind Europas, weil der größte Teil seines Herrschaftsgebietes in Asien liegt. So wichtig dieser Umstand an sich für die Stellung Rußlands ist, entscheidend ist er nicht. Was das Moskowitertum für die

Kultur und die Selbständigkeit Europas gefährlich macht, ist seine wirtschaftliche Rückständigkeit, sein Mangel an Kapital, an geschulten Kaufleuten, Technikern, Chemikern, an gewerblicher und händlerischer Erfahrung. Dieser Mangel bedingt die wirtschaftliche Abhängigkeit Rußlands von den fortgeschrittenen Ländern Europas. Es braucht deren Geld, deren Maschinen, Chemikalien usw., es gibt dafür seine Rohstoffe und Agrarprodukte, aber es macht dabei, wie immer, wo ein Volk mit niedrigerer Wirtschaft seine Güter mit einem wirtschaftlich höherstehenden Volke austauscht, das schlechtere Geschäft. Es empfindet seine durch die Verhältnisse bedingte Abhängigkeit von den europäischen Völkern als eine Schmach, es strebt krampfhaft darnach, sie zu beseitigen und sich wirtschaftlich auf eigene Füße zu stellen. Aber dazu wäre es nötig, die reichen Kräfte seines Volkstums aus den Banden der autokratischen Bevormundung und der grenzenlosen Unwissenheit zu lösen. Will Rußland den ökonomischen und kulturellen Vorsprung Europas einholen, so kann es das nur auf dem Wege, den die europäischen Staaten zurücklegen mußten: Volksbildung, Freizügigkeit, Gewerbefreiheit, Teilnahme des Volkes an der Regierung und Verwaltung — kurz, alle Bedingungen des bürgerlichen Verfassungsstaates sind zugleich die Bedingungen der kapitalistischen Wirtschaft. Noch aber ist die Macht des Großgrundbesitzes ausreichend gewesen, um die Umwandlung der moskowitischen Autokratie im Sinne des bürgerlichen Verfassungsstaates zu verhindern. Da somit eine erfolgreiche Arbeit für den ökonomischen Fortschritt nicht möglich ist, bleibt, um aus der Abhängigkeit von den führenden Industriestaaten Europas herauszukommen, nur die Methode der „ursprünglichen Akkumulation“ großen Stils übrig — die Politik der Eroberung industrieller Gebiete Europas. Das ist der Sinn der russischen Politik: politisch-militärische Beherrschung der industriell hochentwickelten Gebiete Europas zum Zwecke der wirtschaftlichen Ausbeutung.

Der Drang nach den Dardanellen ist im Zuge dieser Politik nur eine Episode, ein erster, allerdings wichtiger Schritt. Der echtste Ausdruck der russischen Politik ist der glühende und sonst unerklärliche Haß gegen Deutschland; Deutschland ist in

den Augen der russischen Politiker Rußlands Bedrucker, weil es als stärkste Festlandsmacht das natürliche Bollwerk Europas gegen den russischen Eroberungsdrang ist, es ist zugleich der große Ausbeuter, weil es infolge seiner Lage und der Stellung seiner Industrie der Lieferant der Produkte ist, die Rußland kaufen muß. Spitzt sich so die russische Politik auf Deutschland zu, so ist sie nichtdestominder gegen das ganze festländische Europa gerichtet. Polen und Finnland sind ihr zum Opfer gefallen, Schweden ist bedroht, der Balkan soll das Ausfalltor nach dem Mittelmeer werden und zugleich den Kern des europäischen Widerstandes, die Zentralmächte, vom Süden her umklammern.

So arbeiten die zersetzenden und auflösenden Kräfte im Westen wie im Osten Europas. Sie haben ihre Aufgabe so weit gefördert, daß in diesem Kriege die Unabhängigkeit Europas nur noch von den beiden Zentralmächten verteidigt wird, denen sich der eigenen besonderen Not wegen die Türkei angeschlossen hat. Die beiden Reiche der europäischen Mitte sind heute die Paladine des Europäertums. Mögen sich die Staatsmänner Frankreichs und Italiens noch so sehr in der Phrase üben, daß sie, daß der Vierverband die Freiheit und Kultur Europas verteidige, es wird auch durch die häufigste Wiederholung nicht wahr. Beide Länder sind Werkzeuge in Englands und Rußlands Hand und bluten für die eigene künftige Knechtung. Der Sieg des Vierverbandes bedeutete die Auflösung Europas in eine englische und eine russische Interessensphäre. Wir können heute zuverlässlicher als je sein, daß diese Gefahr abgewehrt werden wird; aber ob der Krieg, wenn er noch monatelang weitergeführt werden muß, nicht doch eine so furchtbare Schwächung Europas hinterläßt, daß sie den Verfall der europäischen Wirtschaft und Kultur nach sich zieht — wer möchte das heute schon verneinen?

Die unmittelbaren weltpolitischen Folgen der europäischen Selbsterfleischung melden sich heute schon an: kühl und selbstbewußt zieht Japan die Konsequenzen, der Vertrag, den es der chinesischen Republik aufgenötigt hat, wird für die Geschichte Asiens epochale Bedeutung erlangen; klug berechnend schiebt das Finanzkapital der Vereinigten Staaten sein Machtgebiet vor

— nie ward ihm das so leicht wie in dieser Zeit. In beiden Erscheinungen kündigt sich eine grundsätzliche Verschiebung in den Verhältnissen und Richtlinien der weltpolitischen Entwicklung an. Heute liegt alle Zukunft Europas bei den Zentralmächten; Frankreich, einst der Geburtshelfer der europäischen Kultur, will auch ihr Totengräber werden.

Die Deutsche Bücherei. Eine vollständige Sammlung aller Erscheinungen der Kriegsliteratur wird in der Deutschen Bücherei in Leipzig vereinigt, deren Neubau im Frühjahr 1916 fertiggestellt sein soll. Ein sehr reiches Büchermaterial wird auch sonst der Anstalt zugeführt. Bis Ende des Jahres 1914 hatten schon 2073 Buchverleger sich verpflichtet, ihre sämtlichen Neuerscheinungen zu stiften; ferner gaben 1041 Zeitschriftenverleger und Herausgeber die Erklärung zur unentgeltlichen Uebersendung ihrer Zeitschriften ab. Die Zahl der bei der Deutschen Bücherei eingehenden Zeitschriften, mit Einschluß der Amtsblätter, Jahresberichte, Jahrbücher, Kalender und sonstigen Veröffentlichungen belief sich auf 11 000. An Eingängen wurden bis Ende 1914 insgesamt 45 485 (bibliographische Einheiten) verzeichnet. In diese Zahl sind nicht die laufenden Zeitschriftenhefte eingerechnet, deren Gesamtsumme auf jährlich 200 000 geschätzt werden kann.

JULIUS KALISKI:

England und seine Hilfsvölker.

Eine Richtigstellung.

IN meinem Artikel über die „amerikanische Gefahr“ für die vorige Nummer der „Glocke“ hatte ich geschrieben, „daß die Behauptung Deutschlands gegen England und seine Hilfsvölker zu einer Festigung seiner Stellung und Erhöhung seines Ansehens führen wird, was den wirtschaftlichen Zwecken gleichfalls förderlich zu sein pflegt“. Bei der Wiedergabe dieses Satzes im Druck ist nun (auf Seite 216, Zeile 5) durch ein mir unbegreifliches Vorkommnis aus „England“ „Rußland“ gesetzt worden, so daß jetzt dort von „Rußland und seinen Hilfsvölkern“ die Rede ist. Aufmerksame Leser des Artikels werden aus dessen Zusammenhang heraus diesen den Sinn nicht nur entstellenden, sondern direkt auf den Kopf stellenden Fehler wohl schon von selber bemerkt haben: er ist um so leichter als solcher zu erkennen, als er ja nicht etwa einen Nebenpunkt, vielmehr den **Zentralpunkt** meiner politischen Auffassung von der Entstehung und Bedeutung des Völkerkampfes unserer Tage trifft. In der Tat ist es meine (wie ich glaube: durch die Geschichte selbst mit zwingenden Gründen belegte) Ueberzeugung, daß England nicht nur das **Haupt** der gegen das deutsche Volk gerichteten Koalition, sondern daß es im letzten Grunde auch der überhaupt **einzig** Interessierte an diesem Kriege ist. England glaubt sein altes Weltindustriemonopol, das es sich durch eigene Kraft errungen hatte, das aber durch das Sinken eben dieser Produktivkraft ihm wieder entglitt, dadurch neu festigen zu können, daß es Deutschlands Produktivität, die es durch die Qualität eigener Leistung nicht mehr übertreffen kann, durch Anwendung von Gewalt zurückzuwerfen und niederzuhalten versucht. Dieser Krieg Englands gegen Deutschland (zu dem England sich natürlich erst entschloß, nachdem es sich als aussichtslos herausgestellt hatte, das nämliche Ziel mit anderen Mitteln zu

erreichen) soll durch Niederzwingung des stärksten europäischen Kontinentalstaates, aber auch durch gleichzeitige Schwächung der übrigen, auch der ihm selbst alliierten Staaten, jenes „Gleichgewicht der Kräfte“ herstellen, das für England die Sicherung seiner Sonder- und Herrschaftsstellung bedeutet. England, das so für sein eigenes, inneres Interesse kämpft, bediente sich seiner Alliierten im wahren Sinn nur als „Hilfsvölker“, indem es den lediglich in der historischen Tradition begründeten Gegensatz Frankreichs wie den Rußlands gegen Deutschland, die beide durch Verständigung **ausgleichbar** wären, zu aktuellem Konflikt brachte. Frankreich und Rußland handeln in diesem Krieg **nicht** in ihrem wohlverstandenen Interesse; dieses müßte sie vielmehr zur Bildung eines **kontinentaleuropäischen Blocks** gegen England führen, durch den erst die völlige Entwicklung und Auswirkung der gesamteuropäischen Produktivkräfte gesichert wäre. **Deutschland** das Volk der Weltwirtschaft und des unermüdlichen Schaffens, als Kern des Blocks; **Frankreich** mit seiner technisch-kulturellen Begabung, der die organisatorisch-wirtschaftliche Energie fehlt, zu Neuem anregend und im Alten verankernd; **Rußland** mit seinen gewaltigen Kraftquellen, deren Erschließung die Zukunft gewidmet ist, unermesslich aufnehmend und im Innern neubildend: gegen diese Mächte, in wirtschaftlichem Sinne vereinigt, kann keine Seediktatur bestehen bleiben. Die Zukunft gehört eben der eigenen Leistung, nicht der Hemmung des anderen. Vom volkswirtschaftlichen wie vom ethischen Standpunkt aus haben wir dieses Ziel anzustreben, indem wir die jetzigen „Hilfsvölker“ zu ihrem **eigenen** Leben zurückführen helfen, durch das sie dem Ganzen der Produktion am besten dienen. Und namentlich uns Sozialisten, die wir die schaffenden Kräfte eines jeden Volkes vertreten, darf es nicht zweifelhaft sein, welche Stellungnahme uns (unabhängig von noch so wohlbegründeten Sympathien und Antipathien) die Pflicht der Hingabe an die nächsten Menschheitsziele gebietet.

WILHELM JANSSON:

Arbeitersolidarität oder Schachergeschäft?

IN einem Artikel im „Vorwärts“, der inzwischen von mehreren Blättern übernommen wurde, glaubt **Adolf Braun** einer Erkaltung der internationalen Empfindungen in deutschen Gewerkschaftskreisen entgetreten zu müssen. Er befürchtet, daß das Verhalten der Arbeiter des Auslandes gegenüber den deutschen Arbeitern während des Weltkrieges eine solche Erkaltung herbeizuführen droht, weil man angeblich in unseren Gewerkschaften Vergleiche zwischen der Deutschenhetze ausländischer Arbeitervertreter und der von den deutschen Arbeitern immer bekundeten Solidarität in gewerkschaftlichen Kämpfen des Auslandes zu ziehen beginnt.

Diesen Vergleich bekämpft Braun in einer köstlichen Weise. Er behauptet, die deutschen Gewerkschaften hätten Gelder für ausländische Kämpfe hergegeben, weil das in ihrem eigenen Interesse lag. Mit Hilfe dieser Gelder seien Kämpfe zur Erhöhung der Löhne im Auslande geführt worden, wodurch dann indirekt die Lohnbewegungen der deutschen Arbeiter gefördert worden seien. Nicht die von allem Egoismus freie Arbeitersolidarität, sondern einen gewissen Geschäftssinn hätten demnach die deutschen Gewerkschaften bekundet, der einem Pfandleiher vorbildlich erscheinen müßte. Dieses Geschäftsinteresse muß natürlich den deutschen Arbeitern verbleiben, gleichgültig, welche Stellung die ausländischen Genossen ihnen gegenüber einzunehmen belieben.

Liegen die Dinge wirklich so? Glücklicherweise nicht! Nur ein einziger Fall konnte festgestellt werden, in dem die deutschen Gewerkschaften im eigenen Interesse die Arbeiterbewegung des Auslandes unterstützt hätten. Der Fall betrifft die italienischen Streikbrecher im Baugewerbe, die eine lange Zeit hindurch zahl-

reiche Streiks der deutschen Bauarbeiter lahmlegten, weshalb von Deutschland aus die Organisationsbestrebungen in Italien unterstützt werden mußten. In allen anderen Fällen ist die Braunschweiger Darstellung durchaus falsch.

Wir können von Oesterreich absehen, das in unseren Arbeiterkreisen nie so ganz als „Ausland“ angesehen wurde. Die gewerkschaftlichen Beziehungen innerhalb des deutschen Sprachgebietes waren immer intimer als mit den anderen Ländern. Hier hat die Unterstützung auch viel mehr den Charakter der gegenseitigen Solidarität gehabt, als im Verkehr mit dem sonstigen Ausland. Aber wir haben Streiks in England, Dänemark und Schweden u. a. unterstützt, sehr reichlich sogar, ohne auch nur einen Augenblick daran zu denken, daß damit unsere eigenen Lohnbewegungen gefördert werden sollten oder auch nur werden konnten. In allen drei Ländern waren die Arbeiter viel besser organisiert als bei uns, auch waren ihre Lohnverhältnisse günstiger und die Kaufkraft des Geldes bei ihnen größer als in Deutschland. Rein geschäftlich gesehen war also aller Anlaß vorhanden, das Geld lieber für eigene Kämpfe zu verwenden, anstatt es ins Ausland zu senden.

Wir haben solche Schacherkalkulationen nie aufgestellt. Wir waren vielmehr die Träger des Gedankens der internationalen Arbeiterorganisation und der Mahnruf des kommunistischen Manifests: Proletarier aller Länder, vereinigt euch! galt in unseren Gewerkschaften nicht als eine billige Redefloskel für den 1. Mai. Wir haben niemals den engen nationalen Gesichtskreis zum Maßstab genommen, wenn es galt, in Bedrängnis geratenen Arbeitsbrüdern des Auslandes zu helfen. Die Tatsache ihrer Bedrängnis genügte in der Regel. Und so ist es gekommen, daß wir Kämpfe im Auslande unterstützt haben, für deren Kampfziele wir im Inlande auch nie einen Pfennig aufgewendet haben würden. Wir haben darnach nicht gefragt, weil für uns lediglich entscheidend war, welche Stellung die bedrängten Arbeiter selbst zu dem Streitobjekt einnahmen. Wir haben es mit den internationalen Bündnispflichten ungefähr ebenso ernst genommen, wie die deutsche Regierung es Oesterreich gegenüber getan hat. Die allgemeinen Arbeiterinteressen waren für uns entscheidend, nicht

unsere eigenen Interessen. Die deutschen Gewerkschaften haben gelernt, auf eigenen Füßen zu stehen.

Bis jetzt ist keine Aenderung in dieser Auffassung hervorgetreten. Gewiß ist z. B. die Tatsache in unseren Gewerkschaftskreisen nicht unbemerkt geblieben, daß der Vorsitzende der schwedischen Sozialdemokratie, der selbst 1909 unsere Hilfe erbat, im Weltkriege sein Parteiblatt zum Sprachrohr einer befremdenden Deutschenhetze gemacht hat und zum Wortführer der Interessen des Zarismus und seiner Alliierten geworden ist. Daß die Beziehungen der schwedischen Arbeiter zu unseren Gewerkschaften dadurch nicht gefördert werden, versteht sich am Rande. Das Stockholmer Parteiblatt ist in der Hauptsache Eigentum der Stockholmer Gewerkschaften, die nichts gegen diese Hetze unternehmen. Aber das reicht nicht aus, unsere Haltung zu ändern. Arbeitersolidarität wird für uns auch künftig kein Schachergeschäft sein.

Falsche Schlüsse. Die bei Errichtung der Kriegskreditbanken in den deutschen Großstädten angenommenen Voraussetzungen eines starken Geschäftsverkehrs haben sich nirgends erfüllt. Der Jahresumsatz dieser Banken hat öfters kaum das eigene Kapital erreicht, noch ist der zur Verfügung gestellte Kredit der Reichsbank benützt worden. Daraus wird dann gewöhnlich der Schluß gezogen — so auch im Bericht des bayerischen Staatskommissars für die Münchener Kriegskreditbank — daß das Kreditbedürfnis der mittleren und kleinen Kreise in Handel und Gewerbe und Handwerk nicht den allgemein erwarteten Notstand aufzuweisen habe. In Wirklichkeit aber steht die Sache so: Dem notleidenden Mittelstand bleibt der Kredit der Kriegskreditbanken versagt, weil er so notleidend ist, daß er die zur Kreditgewährung verlangte Sicherheit nicht bieten kann. Er besitzt weder hypothekarische Sicherheit noch diskontfähige Wechsel und Außenstände. Wer darüber verfügt, aber noch keine Bankverbindung besaß, der konnte mit der Kriegskreditbank Geschäfte abschließen. Jener optimistische Trugschluß ähnelt der kindlichen Genugtuung über den günstigen Stand des Arbeitsmarktes. Wenn die Nachfrage nach männlichen Arbeitern das Angebot übersteigt, so kommt das doch wohl von der Entblößung des Arbeitsmarktes durch Einziehung zum Heeresdienst? Daß so einfache Tatsachen so schwer zu verstehen sind.

MINIMUS:

Ikarier von heute.

„Il faut avoir le courage d'être bête.“ „Man muß den Mut der Niedertracht haben.“ (Villemessant, Gründer des Pariser Figaro, auf die Frage nach dem Geheimnis des Erfolges seines Blattes.)

„... Die Pressfreiheit ist mit abscheulichen Mißbräuchen ausgestattet. Es ist eine lügnerische Freiheit, wo das Monopol, die Geldspekulation das rein persönliche schlechte Interesse, die Parteilichkeit und die Bestechlichkeit, die falschen Nachrichten und Irrtümer.... die Unsicherheit und Verwirrung in dem politischen Lebenssysteme.... sich mit dem Mantel weitschauender, schimmernder Worte decken....“

„.... Hört die Presse auf, die Kündlerin der Wahrheit zu sein, so ist sie nur noch die feile Reklame für irgend etwas, und Reklame ist immer würdelos und verderblich, und wäre es selbst patriotische Reklame....“

Diese zwei Sätze besagen ungefähr das gleiche: Die Presse ist der Pressfreiheit nicht würdig, weil sie persönlichen schlechten Interessen (Verlegerinteressen) dient und nicht „Kündlerin der Wahrheit“ bleibt. Aber die Verfasser dieser Sätze stehen zeitlich weit voneinander entfernt. Den ersten Satz schrieb **E. Cabel** in seiner „Reise nach Ikarien“, den zweiten **Kurt Eisner** in einem Artikel der „Essener Arbeiterzeitung“. Beide Verfasser stellen der Presse hohe Aufgaben (Wahrheitskündlerin), die sie nicht gelöst hat. Aber zu Cabets Zeit gab es weder eine eigentlich kapitalistische, noch eine sozialdemokratische Presse. Trotzdem decken sich die Anschauungen beider Autoren im wesentlichen, wenn auch Cabets Urteil die Zeitungen schlechthin verdammt, während Eisner im unklaren läßt, ob er nicht Unterschiede zwischen rein kapitalistischen und höheren Interessen dienenden Preßorganen zugestehen will. Beiden gemeinsam ist

weiter der nationale Gesichtswinkel, in dem sie das Elend der Presse sehen. Cabet kannte nur die französischen Pressezustände und nahm nur auf sie Bezug, Eisner kennt das Zeitungswesen der ganzen Welt. Sein Urteil gilt jedoch nicht etwa dem internationalen Zeitungsgetriebe, sondern ausschließlich dem deutschen Zeitungswesen. Man höre: „Die eigentliche Ursache des spezifisch deutschen Presse-Elends ist aber die Abhängigkeit der Journalisten von den kapitalistischen Verlegern. Der deutsche Journalist ist nur der Angestellte eines Zeitungsgeschäftes, das Werkzeug für Verlegerinteressen.... deswegen hat die kapitalistische Presse, dessen Hersteller längst keine Freiheit mehr zu verlieren hatten, jetzt auch die formelle Beseitigung der Meinungsfreiheit schmerzlos ertragen. Ihre Beschwerden gegen die Zensur richteten sich nicht gegen die Unterdrückung der Kritik, sondern nur gegen einen gewissen schneidigen Verkehrston, gegen technische Betriebserschwerungen und gegen die ungleiche Behandlung der Konkurrenz, soweit sie mit Nachrichten bevorzugt schien. In dieser Hinsicht aber steht die ausländische Presse — trotz aller Korruption. — turmhoch über der deutschen. Dort ist der Publizist Herr über die Presse. Und immer gibt es unabhängige, sittlich und geistig bedeutende Persönlichkeiten, die auch in den verworfensten Zeiten den Mut der Kritik, der Wahrheit, der Menschlichkeit bekennen und bewahren.“

Jedes Wort ein Irrtum! Eisner müßte den Beweis dafür selbst führen, wenn er gezwungen wäre, die von ihm so hochgestellten ausländischen Zeitungen und Journalisten mit Namen zu benennen. Man komme doch nicht mit den sehr achtenswerten englischen Pressestimmen, wie dem „Labour Leader“, der „Nation“ und anderen, denen die alteingewohnte englische Preßfreiheit noch gestattet, so lange ihre Meinung zu äußern, als sie der englischen Geheimdiplomatie und ihren Helfershelfern nicht unbequem wird. Was aber bedeutet die freie Meinungsäußerung einiger Outsider gegen die korruptive Beeinflussung der öffentlichen Meinung durch die Northcliff-Presse und das internationale, unter der Oberhoheit der englischen Regierung stehende Reuterbureau? Oder kann Eisner etwa aus Frankreich, Italien, Rußland und den Vereinigten Staaten turmhoch über den deutschen Journalisten stehenden

Namen nennen? Wozu also einen Unterschied zwischen deutschen und ausländischen kapitalistischen Zeitungen konstruieren, wo deren eigenstes Wesen überall gleich ist, was in einer zahlreichen Literatur — Wuttke, Bücher, Mehring, J. J. David usw. — auch für Laien aufs klarste dargestellt ist! Und sollte Eisner als Fachmann nicht selbst wissen, wie sehr gerade dieser Krieg die Gleichartigkeit der ausländischen Presse bis in die sozialdemokratischen Organe hinein bloßgelegt hat? Sicher weiß er das alles, und deshalb eben hat seine Stellungnahme einen tieferen Grund. Er stammt aus der historischen Bürde, die dem Deutschen schwer auf dem Nacken liegt. Die Verehrung alles Fremden entstand aus dem Gegensatz der kleinlichen, erbärmlichen Zustände Deutschlands zu den fortgeschritteneren anderer Länder; daraus entwickelte sich jener deutsche Kosmopolitismus, der unser Stolz ist, wenn er sich in den Grenzen der Tatsachen hält, wenn er nicht auf Kosten Deutschlands das Ausland mit der *laterna magica* einer ungesunden Phantasie in rosiger Beleuchtung vorführt.

Nein, mit der Tugend der ausländischen kapitalistischen Presse ist es nicht besser gestellt als mit der deutschen. Aber warum erwartet denn Eisner von dem Dornenstocke des deutschen Zeitungswesens Blüten und Früchte? Ist das Zeitungsgeschäft nicht ein Geschäft wie jedes andere, dazu bestimmt, möglichst großen Nutzen abzuwerfen? Warum nicht begreifen, daß unter der kapitalistischen Produktion das Zeitungsgeschäft ist, wie es ist oder nicht ist? Gibt es denn einen guten und einen schlechten Kapitalismus, oder ist er sich nicht überall gleich? Entspringt die Betrachtungsweise Eisners, ausländische kapitalistische Unternehmungen auf Kosten der Deutschen zu loben, nicht einer unsozialistischen Methode, die dialektisch und logisch die Ursachen aller Erscheinungen zu erkennen sucht? Und wenn man diese Methode auf den vorliegenden Gegenstand anwenden will, so ergibt sich aus der Verkennung der Wirklichkeit und dem sehnsüchtigen Schielen nach eingebildeten fremden Verhältnissen — dort wo du nicht bist, da ist das Glück — der Ikarismus von heute. Er gründet zwar nicht mehr transatlantische Ikarier, wo es keine Zeitungen, sondern nur ein amt-

liches Nachrichtenblatt gibt, aber er weist über die eigenen Landesgrenzen hin, wo alles schön und gut ist, während bei uns alles schlecht und häßlich ist. Er gestattet auch hinwegzusehen über die eiserne Klammer des Belagerungszustandes, er verlangt Selbstverleugnung und Durchsetzung des eigenen Willens gegen alle drohenden Gefahren, wo höchste Pflicht in der **Selbstbehauptung** liegt. Am wenigsten darf die Arbeiterpresse sich in dieser Zeit den Luxus romantischer und utopistischer Vorstellungen gönnen; ihre Aufgabe liegt auf ganz anderen Gebieten. Denn es ist billig, sich im Widerstande gegen mächtige Gewalten zum Märtyrer stempeln zu lassen, aber schwer, sich für Gegenwart und Zukunft als Kämpfer zu behaupten. Wer nicht begreift, wie hart sich jetzt im Raume die Sachen stoßen, der möge seine Phantasie poetisch oder philosophisch austoben lassen, aber nicht der Arbeiterklasse mit Irrlichtern den Weg weisen.

Es ist kein Zufall, daß Reaktionäre, Antisemiten, unabhängige und freidenkende Schriftsteller wie ikarische Träumer in einem Unisono gleichmäßig das Presseelend beklagen. Sie sehen die aus dem Wesen des Kapitalismus entspringenden üblen Erscheinungen, aber sie erkennen deren Ursachen nicht. Das gleiche ist mit dem Theater der Fall, das mit dem höchsten ästhetischen Maßstab gemessen wird, aber immer noch keine „moralische Anstalt“ werden will, weil die kapitalistische Gesellschaft so wenig davon wissen mag, wie der auf Profit angewiesene Unternehmer. Das Rätsel der Presse-Sphinx wird nicht dadurch gelöst, daß man jenseits der deutschen Grenzen „gute Journalisten“ entdeckt; die Lösung kann nur der Sozialismus bringen mit der Aufhebung der kapitalistischen Profitwirtschaft!

Daß man so offene Türen einrennen muß, um einen erfahrenen Parteischriftsteller zur Ordnung zu rufen!

FRANZ DIEDERICH:

Triumphdichtung der Großtechnik.

IN den ersten Kriegszeiten hat sich die seelische Bewegung aufstürmenden Illusionen mit großer Willigkeit überlassen. Darüber braucht man weder zu staunen noch zu klagen. Unerfüllte Wünsche, niedergedrückte Triebe fühlten einmal eine Stunde, wo sie ungehemmt hervorbrechen konnten. Ethische Kräfte des Volkes, verschieden geartet wie ihre Klassen, flammten frei auf und ihre Hilfe wurde gewürdigt. Das alles war natürlich, und so war auch das Jubeln über allerlei Volksneugeburt. Seit Ikarus gibt's beim ersten Flügelspüren auch den wilden Versuch zum Sonnenfliegen. Was hat's für einen Sinn, da mit schwerem Geschöß zu spötteln! Solcher Aufsturm des Gefühls ist so menschlich. Und vor allem: seine jähe Art offenbart starke Willensgelüste, die vielfach schon seit langem versteckt vorhanden waren und sich nun auftaumelnd mit ersten Schwingenschlägen ergingen. Es wird also nötig sein, allen seelischen Erscheinungen der Kriegszeit in die Kriegsvorzeit zurück nachzuspüren. Für jeden Schmetterling gibt's einen Puppenzustand. Bewußtes lebte zuvor einmal im Dasein des Unbewußten. Wie Karl Bröger es in dem Proletariertgruß an Deutschland mit schlichter schöner Kraft aussprach: „Immer haben wir eine Liebe zu dir gekannt, bloß wir haben sie nie mit einem Namen genannt.“

Also bei den Hymnen auf die plötzliche Neugeburt soll man sich mit Vorsicht panzern. Seelisches, das Volksbedeutung haben soll, wächst nicht in einer schnellen, kurzen Stunde. Seine Wurzeln haften tief und sehr verzweigt und verfasert im Boden der Volkskultur, und deren Wandlungen sind ihm gebieterisch Befehl. Zur Sprache des Seelischen gehört aber auch die Lyrik, und die hat

nun eben nichts von einer gründigen Neugeburt der Volksseele gerade durch den Krieg offenbart. Schon einmal hat eine hochgestimmte deutsche Kriegszeit die Hoffnungen auf eine alsbald einsetzende neue Dichtung schwer enttäuscht. Was etwa zwei Jahrzehnte nach diesem Ereignis in deutscher Literatur hervorbrach, wurde zwar vielfach auf jenes bezogen, aber es wuchs doch aus breitem, bewegtem, mehr als bloß granatenschußtief aufgewühltem Grunde. Vorerst wob damals die deutsche Dichtung das blasse, wenig haltbare Gewand der sechziger Jahre weiter. Und die Dichtung der Kriegszeit von heute hat auch keine neuen Fäden in den Rahmen gespannt. Man hat vor übereilten ungeduldigen Hoffnungen und Wünschen gewarnt, mit dem heimlichen Vertrösten auf ein sicheres Später. Also warte wieder einmal ab, wen's gelüftet! Vorerst ist nichts anderes festzustellen, als daß nur schon Vorhandenes an dichterischen Kräften und Ausdrucksmitteln das Bild tönte.

Das kann also keinerlei geringschätziges Vorurteil bedeuten. Es will nur die breitere Basis des Besonderen bezeichnen. In der Art aber, vom Lyrischen gesprochen, zeigen sich Merkmale, die der ernsteren Kriegsdichtung von heute ein eigenes Gepräge gegenüber der des siebziger Krieges geben. Das hängt an dem anderen Lebenszustand, dem anderen Weltgefühl unserer Generationen. Daß deren Inneres von neuen Kulturgewalten ergriffen, erschüttert, geformt wird, bezeugen gerade lyrische Erscheinungen des letzten Jahrzehnts, die so merkwürdig sind wie gewisse vielverlästerte Aeüßerungen der bildenden Künste. Man mag ihren künstlerischen Wert bestreiten, oft genug auch das künstlerische Vermögen anzweifeln: nicht aber darf verkannt werden, daß sie als Aeüßerungen der Psyche unserer Zeit einiges auszusagen haben. Wenigstens das eine, wie junger Geist in neuen Spannungen des Gefühls, mit neuem Schauen, das wieder einmal — zu Vergewaltigungen bereit — alles Gestrige hinter sich wegsperren möchte, im Wirbel der Welteindrücke seine feste, eigene Mitte herauszuarbeiten sucht.

In den großen Zentren unserer Kultur ringen Sturm und Aktion dieses Mühens um Selbstbewußtheit. Der wirtschaftliche Kampf der letzten Generationen hat die nervagile Unrast zur mensch-

lichen Norm unseres Zeitalters werden lassen. Er gibt dem Intellekt den Vorsprung; auch die Lyrik, die als die neue gelten will, zeugt davon. Aber das Hirn allein tut's nicht, zum Ganzen gehört der Weg durch die fühlende Natur. Es mag in dieser Richtung auch eine Erklärung zu gewinnen sein für erstaunliche psychische Erscheinungen, die dem Kriegsausbruch Farbe gegeben haben: die intellektualistische Einseitigkeit unserer Kultur spürte eine Ausgleichsmöglichkeit in der Stoßkraft der kriegerischen Leidenschaft. Daß sie einen Ausgleich instinktiv erstrebte, zeigte sich schon in den Vorjahren des Krieges im Lebensstil der neuen Jugend. Ein Element des Gewaltigen machte sich in ihm geltend, die Tendenz zum kürzesten Wege. Im Sprechstil, Schreibstil prägte sich das deutlich aus. Das war nicht bloß vorteilhafte, zweckmäßige Sachlichkeit, es war die Lust an leidenschaftlicher Aktivität. Und soweit dieser Naturdrang sich lyrisch ausdrückte, war es nun merkwürdig genug, daß seine stärksten Lebenszeichen aus einem Milieu stammten, in dem das Neue des sozialen Lebens seine ungeheuersten Gewalten auf engem Raume zusammendrängt.

Für die Dichtung der achtziger und neunziger Jahre war die durchdringende Eroberung der Großstadt ein stark bewegendes Ziel; in der Dichtung, die im letzten Jahrzehnt aufsteigt, zunächst lyrisch, aber auch schon in Romanform, gewinnt das Weltreich der industriellen Arbeit gesteigert große Bedeutung. Wo die Wirkungen von Kohle und Eisen, die Nähe von Weltmarkt und Welthandel in größter Entfaltung das Kulturbild des Lebens beherrschen und formen, dort wurzelt nun ein lyrisches Werk, von dem gesagt werden darf, in ihm lebe Wesentliches vom Kraftinhalt unserer Zeit im äußeren Bild und im innersten Rhythmus: die **Eisernen Sonette**. Vor zwei Jahren wurden sie erstmals in der Zeitschrift „Quadriga“ gedruckt, in der Unbekannte, die ihren Namen verschweigen, mit dichterischen Arbeiten hervortreten. Sie wollen ihren Namen das Recht, Dichterruf zu tragen, zuvor durch Leistungen erkämpfen. Erst kürzlich wurde bekannt, daß der Dichter der Eisernen Sonette Joseph Winkler heißt. Namenlos erschienen diese Gedichte aber noch als Halbmark-Bändchen der Insel-Bücherei. Ein paar Wochen vor Ausbruch des Welt-

krieges, mit dem sie also inhaltlich nichts zu tun haben. In einem Sinne haben sie aber doch damit zu tun. Insofern sie nämlich Bemerkenswertes zur Psychologie des Imperialismus aussagen können.

*

Glutatem vom heißesten Herde unserer Wirtschaftskultur sind die Eisernen Sonette. Ihr Herz erfüllt ein lodender Glaube an die ungeheuren Kraftgewalten dieses Herdes. Dieser Glaube kommt aus anderer Stimmung, als sie die naturalistischen Dichter vor dreißig Jahren beim Hinschauen auf die Industrie beseelte. Damals setzte die kapitalistische Entwicklung, in unregelter freier Konkurrenz ins Planlose rennend, ihre Gegenwart unter den Druck schwarzen Gewölkes. Die einen hofften, die anderen fürchteten, der Zusammenbruch des Kapitalismus sei nahe herbeigekommen. Unsere letzte Epoche hinwiederum hat der Ansicht Boden verschafft, dem Kapitalismus seien noch unbegrenzte Möglichkeiten der Entfaltung beschieden. Den sozialistischen Widersachern des Imperialismus hat diese Erkenntnis nicht geschadet. Sie hat der Organisation ihrer Gegenwart die Aufgaben geweitet, hat ihre Energien gereizt. Großzügige Entfaltung also auch hier, Aufwärtsbewegung; die pessimistischen Wirkungen blieben bedeutungslos.

Das Bewußtsein der arbeitenden Massen, im Produktionsprozeß gewaltiger Muskel zu sein, mußte mit der Produktion wachsen. Die Kampfstellung gegen die Kapitalmacht behütete hier vor der gefährlichen psychischen Wirkung, sich als willenlos mitgezwungener Sklave dieser Macht zu fühlen. Die ethische Gegenwartsleistung des sozialistischen Gedankens hat hohes Maß. Denn außerhalb des sozialistischen Denkreiers ist die Gefahr unverkennbar groß, durch die anwachsende Wucht der geschichtlichen Bewegung der Kapitalkraft im Glauben an den eigenen Willen geschädigt zu werden. Der Dichter der Eisernen Sonette ist kein Sozialist, er hat das Blut der Kapitalmagnaten in den Adern: das gibt aber gerade angesichts jener Gefahr dem in Persönlichkeitsglut sich aufbäumenden Pathos seiner Dichtung den Wert eines psychischen Zeitdokuments.

Er erlebt die Arbeitswelt der rheinischen Schwerindustrie, in allen Sinnen ergreift ihn ihr überwältigendes Schaffen, er fühlt das unerhört Neue, das da geworden ist, hört aus seinem Dröhnen das ewige *panta rhei* der Schöpfung, den jauchzenden Donnerlaut: Alles entwickelt sich, und all sein Empfinden und Denken strömt in die erschaute Bewegung ein. Mehr noch: sein größtes Wollen. Er will ihr Teil sein, bewußt, ein Glied ihrer Tat, und wenn Notwendigkeit in diesem Triebe herrscht, so wehrt er sich gegen ihren harten, schmerzenden Griff durch die begeisterte Hingebung in freigewählter Pflicht. Pflicht! Das Wort steht da gleich auf dem ersten Gedichtblatt und wiederholt sich im Buche mehr als einmal. Der Dichter möchte es in seinem Sinne heilig sprechen. Aber mir scheint, es verliert den Beiklang nicht, der stutzen läßt. In der Erinnerung blitzt jene Solneß-Szene auf, in der Hilde Wangels junge, naturvolle Selbstsicherheit sich gegen „das häßliche, garstige Wort“ kehrt: „Es hört sich so kalt und spitzig und stechend an.“ Daß des Baumeisters Frau das Wort bei jedem Dank für ihr Tun spricht, peinigt Hilde: „Wenn sie so gut ist — wie sie von ihr behaupten — warum brauchte sie dann so etwas zu sagen?“ Und unwillkürlich fragt man den Dichter, der die Eisernen Sonette schmiedete: Gipfelt das Leben in Tat — zweifellos, das tut es! —, warum dann für das Selbstverständliche noch jenes Wort? Man muß von dem sozialen Milieu ausgehen, dem der Dichter entstammt, in dem er sich seelisch bewegt: das bringt die Antwort.

Sein Buch hat nicht nur ein künstlerisches, es hat auch ein soziales Ziel. Es kämpft an gegen die entsozialisierenden Wirkungen, die mit der anschwellenden Kapitalsgewalt den Individuen drohen, die Kapitalsträger sind. Der Dichter sieht die Gefahr, sieht die Not psychischer Dekadenz. Man achte einmal auf, was jener Mahnung zur Tatpflicht der Arbeit vorangeht. Der Ruf: Verzweifle nicht! So spricht man nicht zu gefesteten Tatmenschen.

Hol aus, reck auf mit heldischer Gebärde,
 Du Mann am Amboß! Spann dich! Straff den Mund!
 Schleudre gestemmt den Hammer rund

Und hau, daß Kraft zu Kunst und Feuer werde!
Mein alter Lehrer sagte, uns zu sputen:
„Jungs, Klaun in de Aed!“ — — Jungs, Klaun in de Aed!
Die Hände sind ein wundervoll Gerät,
Die Schultern sind wie Balken und wie Ruten.
Im Schwung des Hammers kreist die Ewigkeit,
Und jedem steht ein Amboß wohl bereit,
Daß sein Gewaltames gewaltig sei.
Sei Tor und Baldur, Freund, verzweifel nicht;
Das Höchste, Letzte bleibt die Tat, die Pflicht.
Es kreist der Hammer: panta rhei!

*

Im Rhythmus zeigt das altursprüngliche Arbeitslied sein wichtigstes Merkmal. Der Taktgang der Arbeit hat ihn geboren. Das bezieht sich auf die Handarbeit, hängt also zusammen mit einer primitiven Folge von Takten. Dies idyllische Zeitalter der Arbeitslyrik schwindet schnell hin mit dem Aufkommen der Maschinenarbeit. Sie kennt nicht mehr das einfache rhythmische Heben und Senken der Handleistungen, setzt an dessen Stelle ein wildes Jagen und Durcheinander tosender Takte und schaltet obendrein zunächst die beglückenden Befriedigungen der Arbeit aus. Das Arbeitslied wird also aus vielerlei Gründen unmöglich. Es verschwindet, und das Lied von der Arbeit beginnt. Aber es sind meist nicht mehr die Arbeitenden, die es aus einem Bedürfnis von Leib und Seele heraus dichten, sondern Draußenstehende, die das Arbeitsbild sehen und empfinden.

So hat sich im 19. Jahrhundert eine Poesie der Technik entwickelt. Sie begann mit Lobliedern auf das Idyll des Handwerkschaffens und verstieg sich zu Grimm und Haß gegen die Maschinenarbeit. Romantik und Realismus kämpften ihren Gegensatz auch auf diesem Felde aus. Die politisch-soziale Lyrik vormärzlicher Zeit brachte viel starke Freude über die Eisenbahnen zum Ausdruck, aber der „König Dampf“, der wilde Moloch, hatte den Fluch der sterbenden Romantik zu tragen über Geibel, selbst über Hamerling hinaus. Allzuviel liebgewordene alte kleine Schönheit zerstörte die Maschinenkultur, und sie war alles andere als ein Segen der arbeitenden Massen. Erst die jüngstdeutsche

Lyrik der achtziger Jahre fängt merklicher an, noch auf anderes als die zerstörenden Wirkungen der neuen Arbeitsmittel einzugehen. Sie öffnet der Gewalt ihrer Krafttakte Wege in die Dichtung. Sozialistische Einsichten wirken unverkennbar mit. Aber es ist doch immer noch sehr ein Schauen auf die Arbeit von draußen her, ein Anstaunen ihrer grausen Wucht oder ihrer mächtigen äußeren Herrlichkeit. Aendern konnte sich das Unzulängliche erst, wenn Dichter zu sprechen begannen, die selbst mitten in der Arbeit standen. Nicht vergebens blättert man in der Dichtung zeitgenössischer Proletarier nach Spuren innersten Arbeit-Erlebens aus der Schaffungswelt der großen Industrie. Aber erst die Eisernen Sonette wirken wie ein Markstein in dieser Entwicklung. Sie schließen den Weltnerf der großen Arbeit auf. Ihr Rhythmus ist Zeiteindruck, gewiß, doch nicht bloß das: er wirkt wie kein lyrisches Unterfangen bisher wie der schwingende Strom, in dem zahllose Einzelarbeit sich zu ungeheurer tönender Bewegung sammelt.

Sonette — eine ausgeglättete klassische Kunstform von festesten Maßen bringt das Wort vor die Sinne. Davon ist hier nur äußeres vorhanden; nicht einmal die Zahl der Verse war vor änderndem Faustgriff sicher. Der Rhythmus der Eisernen pulst massig, Erregung brodelt, ein Quaderwerk von Bildern und Tönen verwächst und türmt sich. Mit schwersten Frachten sind die Verse beladen, so daß man sie abschreiten muß wie Whitmansche Dichtung. Was an formalen Mängeln darin ist, wird klein, winzig, nebensächlich, so stark ist die Gesamtstimmung, die emporträgt, kolossale Dimensionen meisternd, Kräfte, Weltweiten, Zeiten, immer sie dehnend und in aller letzten Spannung doch beherrschend, immer irdisch wirklich, gigantisch gewordenes Menschenwerk. So kann diese Lyrik im besten Sinne auch heimatdichterisch heißen. Denn ihr Boden ist das rheinisch-westfälische Industriereich. Von Stromufern führt sie zu Hütten und Gruben und Stahlwerken, die kein Kornfeld und keinen Bauern mehr dulden. Was dieses Land den Sinnen zeigt, sind Herrlichkeitswunder technischer Macht. In die Stollen der Tiefe dringt der Dichter, auf den Schienen rast er talhin, hoch bergentlang, durch Viadukte, Tunnel, Lüfte, im Zeppelin sinkt die Erde unter ihm

ab. Und überall wirbelt die Fülle des Großen und reißt ihn
mitten in ihr neues Leben.

Verstaubt, wie Burgen ragen Speicher, Lagerhallen,
Pachhäuser, Werften. Silos, Hebewerke
Hantiern, klirrn, spielen leicht mit ihrer Stärke.
Bahnzüge rollen, prasselnde Anker fallen.
Enttauchen grüne Männer jach der Flut,
Mit Scharen wilder Weiber und Harpunen?
Nein, Schaum nur bäumt um Kiel und Kai und Bühnen.
Juchspritzer wirft die buntbewimpelte Flut.

Nicht Hai, noch Nix beißt in die Sielen dir,
Nicht Abgründe, nicht Klippen drohen hier;
Rings Rudern, Rufen, Steuern, Drängen.
Schärf Aug und Ohr, hallo! und acht der Spur;
Hol über! acht der Flöße und Dampfer nur,
Die tausendfach im Strom sich winden und zwingen.



In Bundschuh und das Kleid wie eine Haut
Geklebt am Leib, im Nacken einen Sack,
Und hoch im Korb gehäuft den Kohlenpack,
Gehn auf und ab die Träger, ohne Laut.
Nur manchmal wischt ein Arm steif, schwer
Die rissige Stirn. Und wieder beugt der Druck
Der Last sie tief; in immer gleichem Ruck
Dampf, langsam, stumpfend gehn sie hin und her.
Im fernen Hafen hängt die Sonne, und
Ganz hinten rollt ein Dampf mit kühnem Schwung;
Dunsthafen, stehn die Häuser feucht im Grund.
Ein Wagen eilt am Kai in schnellem Trab,
Die Domuhr schlägt. . . . In tiefer Dämmerung
Gehn immer noch die Träger auf und ab.



Domdunkle Halle — — Rotglut, Weißglut füllt
Den Schmelzbau mit dem Spiel gewaltiger Lichter;
Gestalten, düster strahlend die Gesichter,
Zu Hunderten, in Holzschuh, schurzverhüllt,
Tragen an Stangen rund wie Lampions
Sonnrote Tiegel schwappend voll flüssigem Stahl.
Plötzlich hallt Signal,
Als tönte durchs Gewirr ein Riesengong:
Dann stößt der Gießmeister die eiserne Stange
Gebietend wie ein Szepter auf die Platten

Des ehernen Grunds: „Mehr Tiegel —!“ Und die ganze
Lohheiße Hölle sprüht von Höllenglanz,
Die Menschen wachsen auf zu Vorweltschatten:
In rachende Krater scheußlich packt die Zange.



Auf einmal schrill aufheulen die Sirenen
Wie wahnsinnig, das Volk tobt, rennt:
Das Bergwerk brennt! Das Bergwerk brennt!
Gendarmen sprengen, Autos fahren, Hydranten dröhnen,
Die Läden schließen. Brand! Brand! Glocken tönen.
Züge halten. Schatten nahn am Firmament.
Das Bergwerk brennt! Das Bergwerk brennt!
Und immer, immer kreischen die Sirenen.
Gedrängt die Menschen erstarrn zu dunklen Balln,
Und Militär rückt an, Kommandos schalln,
Da . . . eine Riesenfratze reckt sich über alle
Und streckt langsam bis ans letzte End
Der ganzen Stadt die eisig kalte Kralle . . .
Das Bergwerk brennt und brennt und brennt.

So wächst das gewaltige Getriebe vor die Sinne. Bild neben Bild.
In Glut der Bewegung ergriffen. Aus rasendem Schaffen, das
kein Halten kennt, das schaffen muß, immer weiter, immer ge-
waltiger, in maßloser Arbeit.

Und lockten uns mit Pfau und Papageien
Granatbäume auf goldsmaragdner Wiese,
Wir könnten uns der Muße nicht mehr freuen,
Wir bauten einen Schacht im Paradiese.

Tatwollust, bis zum Aeußersten entfesselt, kapitalistisch ge-
peitschte Produktionsjagd! Das Tempo überwältigend, grandios,
ohne Frage. Aber doch ein tragisches Schicksal. Der Dichter
wird ganz ein Element dieser orkanisch stürzenden Wucht. Trium-
phierend kostet er sie aus. Hingerissen zu Hymnen.

. liegt dort Babylon?
Brennt Ninive? Gleichnis und Sinnbild fehlen:
Wie trunknes Klirrn, wie Brülln aus Löwenkehlen
Schweift in die Nacht ein ungeheurer Ton.
O Herz, berauscht dich an der Bilderpracht,
Gesichtergrieffne Seele, schwelge, schwelge — —

Rund tönen Schlöte, Räder, Blasebälge,
Das Schreien der Zyklopen durch die Nacht!
Die bauen eine neue Welt, sie richten
Das Maß, glühn Elemente aus und schichten
Quader auf Quader, rammen, rasen, schmieden.
Hei! ihr Titanen, hei! ihr Herakliden,
Ich juble glutbeschienen durch die Tür —
Tandaradei! Die Giganten sind wir!

Das ist der Auftakt zu einem in kühnen Bildern abrollenden Thema, in dem die größten Gewalten von einst sich messen an dem Ungestüm der Gewalten von heute. Alle sind nichtig geworden. Blitz und Donner gehen vorüber wie ein Komödien-spiel; Simson stemmt sich, zu Jehova schreiend, gegen des Konverters Wucht — vergebens, ein Erzstrom senkt ihn nieder; die Seraphim irren entsetzt mit Schreien und Toben um die Bogenlampen der Bahnrampe, aber jäh flüchtend werfen sie sich in den Strom, als ein Schnellzug über das Hochgeleise donnert; der arme alte Sensenmann Tod ist überholt: beim Anblick der Leichenmassen, die eine Explosion hinstreckt, läuft er wirt davon; Christus hält Bergpredigt, aber den Massen, die einzig der Ruf nach Brot und Recht erfüllt, kann seine Milde nichts mehr bieten; Parsifal reitet in Gralshoffnung heran, angelockt und getäuscht von dem großen Leuchten des Schweißwerks, aber sein Ruf verhallt im Aufbrausen des Werkes, morsch bricht der Knauf seines Wunderschwerts und „verklungen weht ein Schemen in die Nacht“. Nur Prometheus, der Angeschmiedete, begreift das Neue: er ringt in Qualen, aber da dringt das große Glänzen aus dunklen Erdenweiten heran, und über den Schnabelhieb der Geierbestie hinweg, der seine Eingeweide zerfleischt, funkeln seine liebenden Augen wie Sterne.

In immer neuen Steigerungen jubelt so des Dichters Triumphlied empor. Aus allem Gewaltigen und allem Feinsten der Technik, den dröhnenden Großmaschinen und ihren geisterhaft leise schaltenden Geschwistern, den summenden Arbeitsbienen, den „Gnomen und Hünen“ unserer Zeit, die die Welt umgestalten, und aus den Stätten geheimnisvoller Wunder, die der „Genius werktätiger Wissenschaft“ vollbringt, der „arbeitgeborene Geister-scharen“ von Welt zu Welt wirken läßt, ungesehen und un-

unterbrochen, aus allen Tatgefilden der Arbeit von heute ringt dieses Lied sich los.

*

Welteroberungsstimmung gibt den Eisernen Sonetten den Ausklang. Ihre Schwingen klaffern kosmopolitisch. Der „Welt-Mensch“ wird das höchste Ideal:

Nun hol die Früchte heim aus allen Zonen
Und allen Zeiten, zeig uns deine Kronen,
Welt-Mensch, aller Augen warten dein —
Hol die Welt-Ernte ein!

Man muß diese Verse neben den Satz bringen, der als Motto vor das Buch gestellt ist. Ein Satz aus einer Rektoratsrede über die Teerfarben-Industrie: „Nichts Schöneres kann uns in unseren Arbeitsjahren beschert werden, als am Anfang einer neuen Entwicklung zu stehen und uns dafür einsetzen zu dürfen, daß sie in der Geschichte der Menschheit mit Ehren genannt werde.“ Nach diesem Wahlspruch setzt der Dichter sich mit letzter höchster Kraft auf der Bahn ein, der die Technik der großen Industrie, die alle Potenzen von „Hirn und Faust“ zusammenschweißt, die Richtung weist. Hier wird, ruhmsingt der Dichter, das Werden bestimmt, hier wächst die Notwendigkeit, der keiner sich entziehen kann. Die Pflicht, sein Teil zu tun! Aber ist diese Hingabe wirklich noch Persönlichkeitskraft? Spielt der Gefühlsrausch dem großen Willen nicht den furchtbarsten Streich? Narrt er ihn nicht zur Selbstaufgabe? Der Dichter weiß, daß Kapitalsmacht zur Verkümmern der Persönlichkeit führen kann, die sich in Dandytum und Krämerseelenschaft äußert. Sein Warnruf schallt laut. Aber das andere, das retten soll, um „das Glück, durch Arbeit Herrscher sein“ zu bewahren und im Genuß weiterzuspüren, es muß Scheinrettung bleiben, wenn es nichts ist als ein jauchzend helfendes Mitstürmen im Geschirr der entfesselten Produktionskräfte. Das mag individuelles Glück sein, aber es ist nicht Macht. Es ist nicht Lenken, es ist Gelenktsein. Und wenn es auch zu

Welt-Mensch-Gefühlen aufsteigt und Welt-Ernten einholt! Und wenn es auch die Geschicke der Menschheit unter seinen Fäusten zu haben meint!

Wenn dann in mächtigen Stühlen mit zu Rat
 In Generalversammlung am grünen Tisch wir sitzen,
 Rundum durch hohe Fenster Donnern und Blitzen,
 Der Werkpuls pocht, geschäftig klirrt der Draht,
 Und Millionen rollen und fliehen durch unsre Hand,
 Konzerne ründen sich zu neuen Saaten,
 Pläne wachsen auf und werden Taten,
 Die Börse steigt und fällt im ganzen Land — —
 Dann schwillt uns Jungen, die in fernste Länder
 Wie Abenteurer, wie Pfadfinder zogen
 Bis an der Erde fabelhafte Ränder,
 Schwillt uns das Herz wie sieggekrönten Helden.
 Denn hinter uns staun sich der Völker Wogen:
 Krieg oder Frieden, w i r sinds, die sie melden!

Den Dichter fasziniert die Technik und das Tempo der großen Industrie. Er ist Individualist, und alles Kraftvolle der Menschennatur reißt ihn zur Bewunderung hin, in welcher Klasse immer es sich zeigen mag. So verherrlicht er den freien Unternehmer alten Schlages und so den Arbeiter, der Leib und Seele in sein Werk hineinarbeitet. Max Eyth, der Ingenieur, der die Arbeitsleistung des Proletariats kannte, hat sie schon vor ein paar Jahrzehnten dichterisch geschildert. Hochaufgesockelt zeigte er ihre Rolle als Kulturtat. Mit seinem Gedicht „In der Gießerei“ steht er eigenartig da. Nun bauen die Eisernen Sonette diesen Ruhm weiter. In zahlreichen Szenen schwerer Arbeit. Und auch in ideeller Wertung. Im Werkbild der Gesamtheit verschwindet der Einzelne, der Mächtige —

Es sind nur viele. Niemand steht allein
 Wie ein Gesicht dahinter; wie das Meer
 Aus Flut strömt Flut, der Berg aus Stein baut Stein.
 Wie eng der Kreis, wie grenzhafte das Revier —
 Gewerke, Werkmann, schlag das Herz euch höh'r:
 Werkleute alle, auch ihr lenkt mit, auch ihr!

Aber auch in diesem Anteil der Massen an der produktiven Arbeit sieht der Dichter nichts als ein Einfügen in das Rollen

der Notwendigkeit, die sein Gott ist. Er zeichnet einmal einen Weltrichter, der die Wage hält, und die eine Schale, die nur wenige trägt, zieht die andere große Schale hoch, die voll Volk ist. Die wenigen treibt die „Pflicht“, geboten von Notwendigkeit. Und dies Sonett schließt mit dem fragenden Wort: Gerechtigkeit? Aber als Gegensatz zu jener Notwendigkeit hätte dies Ziel der vielen den Sinn, sozial schaffender, sozial bestimmender Wille zu sein. Dieser Sinn jedoch hat in den Eisernen Sonetten keinen Raum. Sie gehen auf in der tatbrünstigen Kraftentfaltung der Produktion. Sie sehen nicht das Ziel, das diesem Entfalten zur höheren Kulturwesenheit verhilft: die soziale Bindung der Produktionskräfte.

Es ist kein Zufall, daß der Dichter zwar die Herrscherwucht des freien Unternehmers überwältigt preist, aber die werdende Wucht der organisierten Arbeitermasse, die jenes soziale Ziel will, aus seiner Dichtung ausschließt. Das tat auch Bernhard Kellermann, als er in seinem Tunnel-Roman den Erdüberwinderdrang der Technik hymnisierte. Daß solche Hymnen heute sehr große Schallweite haben, bewies die Erfahrung. Aber wenn sie das Bedeutsamste der proletarischen Kulturbewegung übergehen, lassen die Grenzen ihrer Wirksamkeit sich schon heute abschätzen. „Heil! wer der Menschheit tiefste Tatkraft kündigt, ausgräbt den Tag, der Arbeit Losung ründet!“ jauchzt der Dichter der Eisernen Sonette. Diese Ründung kann dem individualistischen Feuer nicht gelingen, wenn das Eisen nicht unter den sozialistischen Hammer gezwungen wird.

LOTHAR BRIEGER:

Die Götzendiener des Krieges.

ZARATHUSTRA war in den Bergen gewesen, ganz oben, wo der Schnee ewig ist. Da hatte er einsam Zwiesprache gehalten mit seiner Seele, dem Adler und der Schlange. Einen Tag lang oder tausend Jahre. Er wußte es nicht. Nur die Fliegen des Marktes zählen ihr Leben nach äußeren Erlebnissen.

Eines Tages jedoch fühlte er einen Schatten über seinem Haupte, und als er aufblickte, siehe, da war es die tiefe Neugier. Und er gürtete seine Lenden und nahm seinen Stab, auf daß er hinunterschritte in die Stadt der Menschen, welche genannt ist „die bunte Kuh“. Und sein Herz schlug laut, denn seit es ihm Ernst war mit Denken, hatte er nie mehr auf die Menschen hingesehen.

Die Sonne stand links von ihm, als er so dahinschritt, und die Schlange glitt im Grase an der Wegeseite blitzgeschwind fort, aber ohne Laut, so will es die Weisheit der Schlange. Und als sie auf halbem Wege waren, da begegneten ihnen eine blonde Frau und ein blonder Mann, die sprachen französisch miteinander. Und Zarathustra lächelte und sprach zur Schlange: „Jetzt sind wir in Deutschland!“

Aber sie waren erst in der Schweiz.

Und wieder eine Weile Weges weiter, da begegneten ihnen junge Krieger mit Eichenlaub an den Helmen und mit Gesang auf den Lippen, an der Seite aber standen Frauen und weinten,

Da sprach die kluge Schlange zu Zarathustra: „Meister, hier ist Deutschland!“

Und Zarathustras Herz sagt: „Ja.“

Er aber wandte sich zu einer von denen, die an der Seite standen und fragte: „Warum weinst du?“

Und sie antwortete: „Soll ich nicht weinen, wenn jetzt auch mein Mann in den Krieg zieht, der schon so viele verschlungen hat, und ich weiß nicht, ob ich ihn wieder sehe?“

Zarathustra schüttelte das Haupt: „Ist es nicht für dich und dein Kind, daß er kämpft?“

Die junge Frau nickte schweigend ja.

Da legte Zarathustra die Hand auf ihr Haupt, segnete sie und sprach: „Ich liebe meine Brüder vom Kriege. Sie sind gerade und stolz. Und es ist besser, zwei Tapfere heben die Schwerter gegeneinander, als daß sich zwei Skorpione von hinten stechen. Gut ist der Krieg — so furchtbar er immer auch sein mag — wenn er nicht zu vermeiden war. Und es ist besser in Ehren zu sterben, denn in Schanden zu leben. Möchtest du, daß dein Kind ein Knecht wäre, selbst um des Lebenspreises deines Mannes?“

„Nein!“ sagte das Weib. Ihre Augen leuchteten jetzt und sie sah Zarathustra lange nach, als er weiterging. Ihre Hände aber streichelten ihr lachendes blondes Kind.

Zarathustra aber schritt rüstig vorwärts, denn er fühlte den Abend nahen und in der Ferne die Tore der Stadt, welche genannt ist „die bunte Kuh“. Und als er die Tore durchschritt, war gerade ein Jubel in der Stadt und die Fahnen flatterten freudig von den Simsens der Fenster. Alle Menschen umarmten sich in der Freude des Sieges. Da weitete sich auch Zarathustras Herz, denn er war ein Deutscher, und lachend sprach er zur Schlange: „Freue dich mit mir!“

Aber die Schlange blickte nur zur Seite und Zarathustras Augen folgten ihren Blicken. Da sah er, wie ein Mann, der durch den Krieg verarmt war, einen durch den Krieg Reichen ansprach; aber der Reiche wandte sich ab. Und Zarathustra erzürnte sich darob und sprach: „Was behandelst du also deinen deutschen Bruder?“

Da lachte der Reiche und antwortete: „Ein Kind ist Zarathustra! Ich habe tausend Arbeiter, ich fertige Munition und ich verdiene, und indem ich fertige und verdiene, lobe ich den Krieg. Jener aber ist Dichter und verdient nicht und liebt den Frieden; wie kann ich dem die Hand geben, der nicht mein Bestes will?“

Und er drückte sich in eine dunkle Gasse, denn ihm bangte vor dem Auge Zarathustras in seiner Seele.

Zarathustra aber ging nachdenklich weiter, einem großen Freudengeschrei nach, bis er den Marktplatz der Stadt erreicht hatte, von wo es ausging. Und was er sah, ließ ihn stehen bleiben. Da war mitten auf dem Markt ein sonderbares Bildnis aus Holz errichtet, ein großer Kriegsgott mit Lanze und Schild aus rotem Holz, der Städte und Länder fraß und Wohlstand und Glück. Rings um ihn aber tanzte eine aufgeregte Menge, die sich an den Händen hielt. Und als sie Zarathustra näher ansah, siehe, da waren es lauter Greise, mit dünnem, weißem Haar auf den kahlen Schädeln, die hier mit klapperndem Gebein den Kriegsgott umtanzten. Ihrer einer aber trat aus der Menge, verbeugte sich tief und sprach: „Gegrüßt sei du uns, o Zarathustra!“

Und Zarathustra sah ihn lange an und fragte: „Woher kennst du mich?“

„Ich habe im vorigen Semester ein Kolleg über dich gelesen!“ sagte der Greis und hielt mit dünnen Händen ein dickes Buch empor. Darauf stand geschrieben: „Kommentar zu ‚Also sprach Zarathustra‘, Band 6“. Da schüttelte sich Zarathustra und sagte zur Schlange: „Das ist das Ende, daß nun Greise über meine jungen Bücher alten Unsinn schreiben!“

Den Greis aber fragte er barsch: „Wer sind diese Männer?“

„Das sind die 100 000 deutschen Universitätsprofessoren,“ antwortete der Greis, „welche alle schon in diesem Jahre eine ‚Rede an die deutsche Nation‘ geschrieben haben, genau so gut wie der selige Professor Fichte.“

„So sind also Greise die Führer meines Volkes?“ fragte Zarathustra.

Da schlug der Greis die Augen nieder und antwortete nichts. Zarathustra fragte streng weiter: „Was macht ihr hier?“

Und der Greis antwortete: „Wir singen und lobpreisen dem Kriege!“

Zarathustra aber ward zornig und rief: „Ich kenne euch, ihr Prediger des Marktes! Ihr habt einen Mantel umgehängt, der euch nicht gehört, und wenn ihn der Wind nach einer Seite weht, sagt ihr, ihr leitetet das Volk. Und wenn draußen das Schwert singt, schreibt ihr zu Hause Bücher, und was sich auch immer ereignen mag, ihr habt es im 150. Band eurer sämtlichen Werke immer vorausgewußt.“

„Ich bin der Tambour der Zeit!“ sagte der Alte stolz.

Zarathustra aber nickte: „Ja, die Zeit hat dich am Wegrand aufgegriffen und treibt dich vor sich her, und jedesmal, wenn sie auf dich schlägt, schreiest du laut, sie wäre die Trommel. Ich kenne euch, ihr Götzendiener des Krieges! Völker stehen um euch in Brand, eine alte Welt stürzt und gebiert eine neue; ihr aber nehmt Fackeln von ihrem schwälenden Herd, damit eure kalten Bücher daran warm werden. Und wenn draußen Helden fallen, dann öffnet ihr ihre Adern und laßt das Blut in eure Zeilen rinnen, die sonst kein Blut in sich haben!“

Und ein Blitz fuhr aus den Augen Zarathustras und traf das Standbild des Krieges, das prasselnd zusammenstürzte. Zarathustra aber sprang mitten unter die erschrockenen Tänzer und rief: „Ich hasse euch, ihr Götzenanbeter des Krieges! Willkommen sei mir jeder Krieger, begrüßt sei mir als Bruder jeder, der still und ohne viele Worte den Krieg will, der notwendig ist! Männer sind sie, die wortlos hinausziehen, den Feinden entgegen, und mein deutsches Herz lacht, begegne ich ihren leuchtenden Augen. Und auch jene seien mir als Brüder begrüßt in ihrer verborgenen Arbeit, die da wissen, daß nach dem Kriege Frieden ist, und die ihm vorarbeiten, auf daß er gesund und stark sei, wenn seine Zeit gekommen ist. Krieger sind sie alle, die einen wie die anderen, und nie noch führten sie einen Krieg so schwer wie den jetzigen. Ehre drum ihnen, und vor allem Stille um sie, damit ihnen die Sammlung des großen Werkes werde!“

Was ist Krieg? Ein Sterben und eine Geburt, ein Vergehen und ein Werden, das Werk weniger und vieler, ein eisernes Muß. Wohl dem Volke, dessen Stolz zu wollen weiß, was es muß. Es opfert, aber es opfert leuchtenden Auges, der Frieden der Zukunft ist ein Leuchten seines Auges. Es weiß, jeder Krieg ist böse, aber ein Krieg um des Guten willen wird zu einem guten Krieg, denn wie wäre Friede ohne ihn?

Die Krieger und die Ihren sind die Heiligen des weltlichen Lebens. Wo aber die Heiligen sind, da sammeln sich die Fliegen. Sie summen um die Heiligen, ihre Flügel machen ein Geräusch, als wollten sie noch den Krieg übertönen. „Wir sind der Geist des Krieges!“ summen sie und noch schlimmer: „Wir sind die

Seele des Volkes!“ Große Zeit ist schlimme Zeit für alle Fliegen des Marktes, o wie so klein wurde plötzlich ihre friedfertige Wichtigkeit! Angst ist in ihnen und bebende Furcht, die Zeit könne an ihnen vorübergehen. Und darum machen sie einen Götzen aus der Zeit, damit sie ihrer nicht vergessen möge.

Hörst du, meine Schlange, was die Fliege summt? „Groß und heilig ist jeder Krieg an sich!“ summt die Fliege. „Keinen Frieden, ehe der Gegner nicht völlig vernichtet ist!“ summt sie und ihre Flügel erzittern. Der Krieger will den Krieg um des Friedens willen, die Fliege hat keine Ziele. Sieh sie an, meine Schlange, jene Götzendiener des Krieges, ob sie schon je ein Schwert in den Händen getragen haben! Federn sind es, die sie tragen, und nicht die schlechtesten unter ihren Federn sind noch jene, die von den Gänsen stammen. Ein Meer von Tinte ergießen sie über Europa von allen Nationen aus, kaum kann ein gesunder Geist noch atmen in ihrem Tintenmeere. Nicht einmal sich selbst besitzen sie, und dennoch teilen sie in ihren Kammern die Welt alle Tage neu. Und ständig sind sie an ihrem Werke, auf daß die Feder verderbe, worum das Schwert sich rot gerungen. O, ihr Schwätzer vom Kriege, ihr Götzendiener des Krieges, ihr Ehrfurchtslosen, ihr Broschüren- und Bücherverderber! Wo werdet ihr sein, wenn das Volk spricht? Ich sehe die Hand schon gehoben, die euch verscheuchen soll!“

Also sprach Zarathustra.

Die Götzendiener des Krieges aber standen stumm und sahen nach ihm hin. Und einer ihrer sprach:

„Wir brauchen einen neuen Philosophen.“

Glossen.

Ein Bekerter.

EIN heute im Felde stehender, im Groß-Berliner Organisationsleben sehr bekannter Parteigenosse, welcher früher die Haltung der Reichstagsfraktion scharf tadelte, richtet aus Russisch-Polen an das Parteisekretariat seines Wahlkreises einen Brief, dem wir — ohne Randbemerkungen — folgendes entnehmen:

„Schlimm ist der Krieg mit seinen Folgeerscheinungen für das deutsche Volk. Unendlich schlimmer aber für die, in dessen Heimatsgebiet sich der Krieg selbst abspielt. Ein Glück, daß wir neben dem großen Unglück des Krieges nicht noch das Unglück der feindlichen Invasion haben. Wehe uns deutschen Proletariern, wenn Deutschland der Tummelplatz des Krieges geworden wäre! Wehe uns Sozialdemokraten, wenn dann unsere Gegner ein Argument hierfür in der **Ablehnung der Kriegskredite** in die Hand bekommen hätten, zu sagen, die Sozialdemokratie hat durch ihre Haltung den Elan unserer Truppen herabgemindert und dadurch die feindliche Invasion verschuldet!

Angesichts der erschreckenden Wirkung einer Invasion würde ein solches Argument alle Hinweise auf internationale Kongreßbeschlüsse **wie eine Seifenblase zerplatzen** lassen und der Aktionsfähigkeit der Sozialdemokratie selbst in Arbeiterkreisen einen gewaltigen Stoß versetzt haben. A conto unserer Beschlüsse und Reden sind wir ja gegen Annexion. Aber wenn Russisch-Polen unter deutsche Verwaltung käme, wäre es bei allen Unschönheiten des preußischen Bureaukratismus gegenüber dem russischen ein bedeutender Gewinn für die russisch-polnische Bevölkerung.“

Mehr Vorsicht! Mehr Mathematik!

DAS Zentralorgan der Partei strebt — das muß ihm der Neid lassen — unbeirrt um Lockrufe von rechts und links dem Ziele nach, die Arbeiterbewegung auf dem seit sechzig Jahren eingeschlagenen Wege weiterzuführen. Und wenn es Menschen gibt, die in diesem Verhalten ein konservatives, nur revolutionär umkleidetes Beginnen erkennen, so sind das eben Leute, denen versagt ist, über die sinnfälligen Tatsachen hinwegzusehen und die Seligkeiten des reinen Gral-Prinzips zu genießen. Unzweifelhaft ist es doch ein Zeichen ehrenhafter Gesinnung und mannhaften Wesens, das von Voreltern und Vorkämpfern als wahr Ueberlieferte in Ehren zu halten und keinen Finger breit von des Prinzipes Wegen abzuweichen. Wie hat das der Dichter Hölty doch so schön in einem volkstümlichen Gedichte: „Der alte Landmann“ einst geschildert: Ueb' immer Treu und Redlichkeit usw.

In den Anfängen der Parteibewegung gehörte es zum kategorischen Imperativ jedes bewährten Genossen, nicht nur sein Bier in Parteiwirtschaften zu trinken, sondern auch den persönlichen Verkehr mit Nichtgenossen und Genossen mit inkongruenter Anschauung auf das unumgänglich notwendige Maß zu beschränken. Und das war gut so. Denn sage mir, mit wem du umgehst usw. Die Gefahr der intellektuellen Erstarrung wurde tausendfach aufgewogen durch die Beseitigung der viel schlimmeren Gefahr einer geistigen Ansteckung durch nicht ganz prinzipienfeste Gesinnung. Wird doch bei ansteckenden Krankheiten die Absonderung immer als wichtigste Maßnahme betrachtet. Man hat ja überdies zur Genüge gesehen, welche Früchte der Verkehr mit Andersdenkenden zeitigte. Welch ein Bild lückenloser Geschlossenheit bietet dagegen die katholische Kirche, die es verstand, ihre Anhänger zur bedingungslosen Anerkennung gewisser Lehren zu verpflichten und ihnen den Verkehr mit Ketzern möglichst zu verleiden!

Wenn der „Vorwärts“ daher unter dem Stichwort „Kolb und Parvus“ einen leisen Wink zur Vorsicht im Verkehr unter

den Genossen gibt, so tut er ein gutes Werk. Die Sache ist nämlich folgende:

Der Genosse Kolb hatte im „Karlsruher Volksfreund“ einem Artikel der „Glocke“ zugestimmt, der gegen den groben Unfug, der mit dem Prinzip der „Selbstbestimmung der Völker“ in der Sozialdemokratie getrieben wird, energisch Einspruch erhebt... Das sei ein verschlechterter Abklatsch der Prinzipienreiterei der „Sturmgesellen“ in der bürgerlichen Revolutionszeit. „Diese Politik würde zu demselben jammervollen Fiasko führen wie die prinzipielle Politik der „Sturmgesellen“, die mit dem Sieg der Reaktion auf der ganzen Linie ihr klägliches Ende fand.“

Und an dieses Zitat nagelt der „Vorwärts“ dann die Warnung an: „Daß diese Verhöhnung der demokratischen Revolutionäre gerade aus Baden kommen mußte und aus Karlsruhe, wo **Wilhelm Bloss**, der Geschichtsschreiber der bürgerlichen Revolution, kürzlich K.'s Gast war.“

Das gute Recht jedermanns, über das angebliche Prinzip der „Selbstbestimmung der Völker“ seine eigenen Gedanken zu haben, kann nicht bestritten werden. Und der „Vorwärts“ streitet auch nicht darüber. Dagegen benutzt er die Gelegenheit, einen sehr beachtenswerten Wink zu geben. Man bedenke nur: Die Verhöhnung demokratischer Revolutionäre findet ausgerechnet in Karlsruhe statt und W. Bloss, ihr Geschichtsschreiber, ist gleichzeitig (Zufall oder Absicht?) in Karlsruhe, wo er Kolbs Gast ist. Es entsteht somit die Frage, ob Bloss gewußt hat, als er nach Karlsruhe fuhr, daß Kolb dem Standpunkte der „Glocke“ zustimmt. Dann hätte Bloss nicht nur Karlsruhe, sondern auch Kolbs Gastfreundschaft meiden müssen. Hat Bloss dies nicht gewußt, so wäre es die selbstverständliche parteigenössische Pflicht Kolbs gewesen, entweder seinen Artikel nicht zu schreiben, oder wenn er das doch nicht unterlassen konnte, mit Bloss in keinen Verkehr zu treten. Der Vorgang weitet den Blick und man sieht entsetzliche Abgründe vor sich. Soll es doch bereits vorgekommen sein, daß ganz radikale Berliner Genossen bei ihrer Anwesenheit in München mit hervorragenden Capuanern im Hofbräuhaus mit Maßkrügen das Armbein krumm machten, und das zu einer Zeit, als die prinzipiellen und taktischen Anschau-

ungen im höchsten Maße auseinander gingen. Auch wußten wir Genaueres über das Zusammensein eines Münchener Revisionisten mit einem ganz radikalen Berliner Führer bei Kempinski zu berichten. Eine Tatsache, gegen die die Kollision des Kolbschen Artikels mit Bloß' Anwesenheit in Karlsruhe ein reines Kinderspiel ist. Also mehr Vorsicht und mehr Rücksichtnahme auf das Wohl der Partei bei dem persönlichen Verkehr der Genossen! Statt der historisch-materialistischen Methode wende man dabei lieber den fundamentalen Satz der Mathematik an: Sind zwei Größen einer dritten gleich, so sind sie unter sich gleich.

Zum Beispiel: Kolb und Parvus sind gleicher Ansicht über das Selbstbestimmungsrecht der Völker und der Sturmgesehen von 1849. Bloß hat zwar deren Geschichte geschrieben, ist aber trotzdem bei Kolb zu Mittag. Dadurch entsteht folgende Gleichung: Parvus = Kolb, Kolb = Bloß, folglich Parvus = Bloß. Was zu beweisen war!

M.

Büchereinlauf.

Anzengruber-Verlag, Brüder Suschitzky, Wien-Leipzig: Rud. Goldscheid: „Das Verhältnis der äußeren Politik zur inneren.“ 2. Auflage. — Rich. Charnatz: „Zarismus, Panславismus, Krieg.“ 3. Auflage. — Wilh. Ostwald: „Festschrift aus Anlaß seines 60jährigen Geburtstages.“ — Emil Sandeck: „Dichter Machar und Professor Masaryk im Kampfe gegen den Klerikalismus.“

EDGAR STEIGER:

Joseph Ruederer †

AUF der Mittagshöhe des Lebens mußte er Abschied nehmen. Noch bevor er sein entscheidendes Wort gesprochen hatte. Wie viele Hoffnungen mit ihm begraben wurden, wissen wir nicht. Denn so wie wir ihn kannten, war sein Wille immer größer als sein Werk. Man denke nur an sein „Wolkenkuckucksheim“, wo er, seinem geliebten Aristophanes nach-eifernd, ein satirisches Zeitbild von großartiger Weltsymbolik geben und zugleich eine donnernde oratio pro domo halten wollte und dabei Typisches und Persönliches, Ewiges und Zeitliches, Großes und Kleinliches so durcheinandermirbelte, daß der Zuschauer vor lauter Bäumen den Wald nicht sah, oder an den „Schmied von Kodol“, wo dem Dichter der oberbayerische Volksheld, wie diesem sein geliebter Kurfürst, über dem jahrzehntelangen Anstarren (so lange nämlich quälte sich der gewissenhafte Ruederer mit dem spröden Stoff herum) allmählich so ins Riesengroße wuchs, bis der handfeste Oberlander zu einem mystischen Heiligen verdampfte. Wie anders, wenn Ruederer als Münchener die Münchener abkonterfeite wie in der köstlichen „Fahnenmeiße“, die, literarische und soziale Satire zugleich, zwei Fliegen mit einem Schlage traf: einmal die „G'mäppelten“ (Honoratioren) der Münchener Gesellschaft und die „G'scherten“ (Bauern) auf dem Lande und dann die gefühlsduselige oberbayerische Leder-

hosenkomödie derer vor und um Ganghofer. Hier sitzt jeder Hieb, und dabei läuft, wie in seiner boshaften, geistsprühenden Plauderei „München“, ein bitterer Tropfen Selbstironie mit unter. War er doch selbst, so frei er sich gebärdete und so tapfer er dreinschlug, zeitlebens der leibhaftige Münchener Vollbürger, der nicht aus seiner Haut herauskonnte. Um so bewundernswerter ist das soziale Gerechtigkeitsgefühl dieses scharfäugigen Menschenmalers und der frisch-frei-fröhliche Kampf gegen alles Dunkelmännertum. Nie nahm er ein Blatt vor den Mund, stets nannte er die Dinge beim rechten Namen. Wie ergreifend schildert er schon in seinem Erstlingswerk „Der Verrückte“ das Lehrerehend auf dem Lande, und welch prächtige Charakterköpfe lachen uns aus den „Tragikomödien“ und vor allem aus den „Wallfahrer-, Maler- und Mördergeschichten“ entgegen. Seine Lola Montez („Morgenröte“) in allen Ehren, aber hier ist ein Büchlein, das sie und den Dichter lange überdauern wird.



Vom Tage.

Ueber die Lage der deutschen Schiffahrt vor und nach dem Kriege entnehmen wir einem Vortrage des Direktors der Hamburg-Amerika-Linie, Huldermann, folgendes: Auf der Grundlage des deutschen Welthandels und internationalen Verkehrs nahm die deutsche Schiffahrt einen außerordentlichen Aufschwung. Jetzt im Kriege muß sie freilich schwer leiden. Die feindliche und die neutrale Schiffahrt ist im Gange geblieben und macht außerdem Riesengewinne durch die unerhört gestiegenen Frachtsätze. Selbst wenn den englischen Reedern 50 Prozent ihrer Kriegsgewinne von der Regierung als Kriegssteuer genommen werden sollten, bleiben ihnen doch gewaltige Summen. Von deutschen Schiffen haben sie über 500 000 Tonnen gekapert; aber bemerkenswert ist doch die Tatsache, daß der Verlust der englischen Schiffahrt kaum durch eigenen Zuwachs gedeckt werden konnte, da der deutsche Kreuzer- und U-Bootskrieg ihr doch sehr starke Wunden geschlagen hat. Auch die neutrale Schiffahrt macht kolossale Gewinne. Einer großen dänischen Reederei mit einem Kapital von 25 Millionen wird ein Gewinn von 40 Millionen im 1. Halbjahr 1915 nachgerechnet. Hand in Hand mit solchen Gewinnen geht eine starke Zunahme des Schiffbaues. Für die deutsche Schiffahrt ist unter den vielen harten Schlägen für die Zukunft besonders empfindlich der Zusammenbruch des großen Vertragsnetzes. Die Zukunft wird abhängen von der Entwicklung des deutschen Außenhandels. Wenn die Salpeter-Einfuhr aufhören sollte, infolge der künstlichen Herstellung von Stickstoff, so wäre die Vernichtung der deutschen Segelschiffahrt, die in erster Linie davon lebt, ziemlich sicher. Wenn man damit rechnen muß, daß die feindlichen Staaten in ihrer Kauflkraft wesentlich geschwächt und zudem den deutschen Waren nicht freundlich sein werden, so muß hierfür ein Ausgleich geschaffen werden. Solche Möglichkeiten wären vorhanden. Direktor Huldermann sieht sie zum Teile in erweiterten kolonialen Aufgaben. Der Frieden muß uns aber die Möglichkeit schaffen, auch mit den jetzt feindlichen Gebieten wieder Handel treiben zu können. Eine wirtschaftliche Einkreisung dürfen wir uns unter keinen Umständen gefallen lassen. Direktor Huldermann hat auch die feste Zuversicht, daß die Regierung sich auch des jetzigen Sorgenkinds, der Schiffahrt, kräftig annehmen werde.

Die deutsch-amerikanische Handelskammer in Newyork sagt über die Amerika-Anleihe Englands und Frankreichs: „England habe Frankreich, Rußland und Italien für seine selbstsüchtigen Zwecke ruiniert, jetzt will es auch noch den „letzten amerikanischen Dollar opfern“. Seinen amerikanischen Verpflichtungen kann es ohne Schwächung seiner Goldreserve nicht mehr nachkommen. Eine solche Schwächung wird aber England unter keinen Umständen zugeben. Es will lieber als geschlagenes aber kapitalkräftiges England aus dem Kriege hervorgehen, wie als siegreiches aber bankrottes England. Aus dem Grunde sucht es eine Finanzallianz mit den Vereinigten Staaten. Zu diesem Zwecke wurde eine Kommission herübergesandt, die denn auch von den alliierten Bankiers in Newyork, die skrupellos das ganze Land ausverkaufen, solange sie nur einen privaten Vorteil erreichen, mit offenen Armen empfangen wurden. Darum muß gleich energisch dagegen Front gemacht werden. Die Vereinigten Staaten gehen schweren Zeiten entgegen. Der deutsche Markt ist

ihnen durch Englands brutales Vorgehen verschlossen, Frankreich und Rußland sind als Abnehmer ausgeschaltet, und selbst England kommt nur noch bedingt in Betracht. Außerdem gebrauchen die Vereinigten Staaten all ihr Geld höchst notwendig für die eigene Entwicklung, da auf europäische Kapitalien in Jahrzehnten nicht zu rechnen ist. Die Festlegung amerikanischen Geldes würde, wenn der unausbleibliche Zusammenbruch der Alliierten kommt, eine Riesenpanik hierzulande verursachen."

La Revue Ukrainienne. Seit 1. Juli d. J. erscheint unter diesem Titel in Lausanne eine von Arthur Seelieb herausgegebene Monatsschrift. Damit hat die „Liga für die Befreiung der Ukraine“ ihren in ukrainischer und deutscher Sprache erscheinenden Organen noch eine Revue in französischer Sprache angereicht. In der dritten Nummer der Revue verteidigt sich der Herausgeber gegen den Verdacht, in deutschem Solde zu stehen!!

Die englische Devisen. Wie wenig die in den Ver. Staaten aufgenommene englisch-französische Anleihe ihren Hauptzweck, die Hebung des Sterlingkurses, erfüllt, zeigt die Notierung der Cable transfers vom 1.—21. Oktober d. J. Bei einer Parität von 4,86²/₃ Dollar für ein £ Auszahlung in Newyork stellte sich die Berechnung für die genannte Zeit folgendermaßen:

1. Oktober . . .	4,7285	13. Oktober . . .	4,6815
5. " . . .	4,7050	15. " . . .	4,4885
6. " . . .	4,7065	18. " . . .	4,7015
9. " . . .	4,6965	19. " . . .	4,6925
11. " . . .	4,6825	21. " . . .	4,6735

Inzwischen bemüht sich ein in Newyork zurückgebliebenes Mitglied des englischen Komitees eine neue Anleihe von 250 Millionen Dollar zustande zu bringen.

Notizen.

Die deutsche Roheisengewinnung belief sich vom 1. Januar bis 30. September 1915 auf 8'665,528 Tonnen gegen 12'019,548 Tonnen in der gleichen Zeit des Vorjahres. Doch setzte seit dem 1. April d. J. eine anhaltende Besserung ein. Im Verhältnis zu 1914 ergab die Produktion im ersten Vierteljahr 1915 ein Minus von 2 Millionen Tonnen, im zweiten Vierteljahr ein Minus von 1,75 Millionen Tonnen, im dritten dagegen ein Plus von 0,40 Millionen Tonnen.

Japans Außenhandel hat in der Zeit vom 1. Januar bis 31. Mai 1915 durch den Krieg eine bedeutende Einbuße erlitten. Die Ausfuhr nahm nur nach Südamerika zu (+ 277 Tausend Yen), verminderte sich dagegen nach: Europa (in 1000 Yen) — 938, Asien — 4,703, Nordamerika — 13,932, Afrika — 565. Auch die Einfuhr nahm aus allen Erdteilen ab, besonders stark aus Europa — 49,202 Tausend Yen und Asien — 24,283 Tausend Yen.

Die Deckung der englischen Currency Notes durch Gold nimmt beständig ab. Sie betrug im Dezember 1914 65,6 Prozent der umlaufenden Notstandsnoten, im Februar 1915 sogar 74,1 Prozent, sank dann aber im Juni d. J. auf 61,3, am 1. September auf 49,3 Prozent und am 29. September auf 39,5 Prozent. Die „Frankfurter Zeitung“ bemerkt hierzu, daß die Hoffnung der Engländer, für dieses Papiergeld eine vollwertige Golddeckung zu schaffen, sich als unausführbar erwiesen habe. Die Ausweise der Bank von England, die bekanntlich auf der vollen Deckung ihrer Noten durch Gold beruhen, geben daher ein falsches Bild der englischen Währungsverhältnisse.

Durch das Schnapsverbot hat Rußland im ersten Halbjahr 1915 einen Ausfall der Staatseinnahmen von 423 039 000 Rubel erlitten.

Die Eintragungen in das deutsche Reichsschuldbuch haben Ende September mit 4 182 548 000 Mk. ihren Höchststand erreicht. Der Zugang im letzten Vierteljahr infolge der dritten Kriegsanleihe betrug fast eine Milliarde.

Zuschriften an die Redaktion der Glocke sind von jetzt an zu richten an Konrad Haenisch, Berlin-Steglitz, Friedrichsruherplatz 4 part. / Adresse des Herausgebers: Dr. A. Helphand, Vodrofsvej 50B, Kopenhagen.

Während des Krieges werden nach Dänemark nur offene Briefe befördert.

Für die Redaktion verantwortlich:

Karl Blasenbrei / für den Verlag: Verlag für Sozialwissenschaft G.m.b.H. /
 Druck: G.Birk & Co. m.b.H. / sämtl. in München, Altheimereck 19.

DIE GLOCKE

Heft Nr. 6

15. November

Jahrg. 1915

Nachdruck sämtl. Artikel mit ausführlicher Quellenangabe gestattet.

AUGUST WINNIG:

Die Gewerkschaften und der Parteistreit.

ALS die Parteipresse kürzlich die Stellung der Gewerkschaften zu den taktischen Differenzen in der sozialdemokratischen Partei besprach, wurde in den zur Minderheit haltenden Organen angedeutet, daß es doch wohl nicht Sache der Gewerkschaften sein könne, in diesem Falle Stellung zu nehmen. Eine solche Meinung hat nur dann einen Schein des Rechts für sich, wenn man die Sache unter dem hier ganz unmöglichen rein formalen Gesichtswinkel betrachtet. Da kann man allerdings fordern, daß jeder Teil seine Angelegenheiten selbständig und allein zu ordnen habe und jede Beeinflussung durch den anderen unstatthaft sei. Auf gewerkschaftlicher wie politischer Seite stehen Organisationen, die unter sich keinerlei Abhängigkeitsverhältnisse kennen und auch nicht zu dulden gesonnen sind. Jeder Teil ist Herr seiner Entschlüsse. Das ist vollständig richtig. Aber die Schlußfolgerung, daß sich die Gewerkschaften darum um die Taktik der Partei nicht zu kümmern hätten, darf man aus diesem Nebeneinander selbständiger Organisationen doch nicht ziehen.

Es ist noch nicht lange her, daß man in den gleichen Kreisen, die heute die Stellungnahme der Gewerkschaften mit scheelen Augen ansehen, ein selbstverständliches Recht darin sah, sich zu gewerkschaftlichen Streitfragen zu äußern. Man

übte dieses Recht auch ungehindert aus und keinem fiel es ein, das als unzulässig zu tadeln. Das Verhältnis zwischen beiden Teilen der Arbeiterbewegung ist denn doch nicht mit dem Maßstab der formalen Zuständigkeit zu messen, sondern ergibt sich aus der geschichtlichen Aufgabe, die der Arbeiterklasse gestellt ist.

Hiernach sind Partei und Gewerkschaften zwar nicht in dem trivialen Sinne eins, in dem die ordnungspolitische Legende das bekannte Wort Bömelburgs auf dem Stuttgarter Gewerkschaftskongreß auslegt, aber sie sind eins als Instrumente des Aufstrebens der Arbeiterklasse. Der Kampf der Arbeiterklasse richtet sich gegen die Armut, Rechtlosigkeit und Unfreiheit, mit der das Proletariat als Klasse geboren wird. Als unterste Schicht im klassenmäßigen Aufbau der Gesellschaft muß das Proletariat, um dem Drucke der ökonomisch und politisch wirkenden Besitzübermacht zu entgehen, die Ueberwindung der Klassenscheidung überhaupt anstreben, und um dies Ziel gegen den Widerstand der durch den Besitz privilegierten Klassen zu erreichen, muß die Arbeiterklasse einen langen und zähen Kampf um die Macht führen. In diesem Kampfe ergeben sich politische und ökonomische Aufgaben. Die Gewerkschaften sind die Organisationen der Arbeiterklasse, die den **Kampf des Arbeiters als des Trägers der Arbeitskraft** zu ordnen und zu leiten haben. Hier handelt es sich darum, die wirtschaftlichen Potenzen der Arbeiterklasse zu stärken und zu mehren, um so die feste Grundlage für den Ueberbau des politischen Machtstrebens zu schaffen.

Man braucht nur diesen ziemlich einfachen Zusammenhang ins Auge zu fassen, um einzusehen, daß sich das Verhalten beider Organisationskörper zueinander nicht nach paragraphierten Zuständigkeitsbestimmungen regeln kann, daß sich aus diesem Mit- und Nebeneinanderwirken an der gleichen Gesamtaufgabe **gemeinsame Verantwortlichkeiten** ergeben. Aber es ergibt sich daraus noch ein Weiteres. Sowenig wie zwei verbündete Heere ohne Verständigung und ohne Uebereinstimmung in der Anlage und Durchführung des Kampfes operieren können, so wenig können das die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiterklasse. Nicht auf die Aeüßerlichkeiten ihres Wir-

kens kommt es dabei an, wohl aber auf die großen Linien ihrer Taktik. Ihre Kampfmethoden müssen innerlich übereinstimmen. Ohne diese Uebereinstimmung müßten sich für den einen oder für den anderen oder für beide Schwierigkeiten und Nachteile ergeben, die auf die Dauer unerträglich werden müßten.

Aus diesem Grunde kann die Taktik der Partei die Gewerkschaften nicht unberührt und gleichgültig lassen. Handelt es sich gar um so schwerwiegende taktische Fragen, wie sie der Krieg für die Arbeiterbewegung aufgeworfen hat, so ist es geradezu unmöglich, daß sich der eine Teil des Ganzen vollständig passiv verhält, da muß er Stellung nehmen und die Entscheidung in dem als richtig erkannten Sinne zu beeinflussen versuchen. In dem vorliegenden Falle können sich die Gewerkschaften dieser Pflicht unter keinen Umständen entziehen. Selbst wenn ihnen daraus Schwierigkeiten zu erwachsen drohen, dürfen sie sich nicht abhalten lassen zu tun, was sich als ihre Pflicht ergibt. Es ist darum völlig falsch, den Gewerkschaften wegen ihrer Stellungnahme Vorwürfe zu machen; die wären im Gegenteil dann am Platze, wenn sie der Stellungnahme aus dem Wege gingen und sich um den Lauf der Dinge nicht kümmerten.

* * *

Die Gewerkschaften haben ihre Ansicht zu den uns heute bewegenden taktischen Streitfragen ausgesprochen, sie haben noch mehr getan: sie haben ihre Stellung durch **Handlungen** festgelegt. In welchem Sinne das geschah ist bekannt. Die Gewerkschaftspresse hat sich mit wenigen und unerheblichen Ausnahmen auf den Boden der Mehrheitspolitik gestellt. Einige Verbände haben auf Konferenzen der Bezirksleiter Erklärungen beschlossen. Alle Verbände aber haben durch tätige Teilnahme an den Arbeiten der Kriegsfürsorge die moralische und ökonomische Widerstandskraft des deutschen Volkes gestärkt. So ist die Stellung der Gewerkschaften zu den taktischen Streitfragen ganz und gar unzweideutig auf der Seite der Mehrheit.

Diese Tatsache beruht auf keinem Zufall, sie ist einfach die folgerichtige Fortsetzung der gewerkschaftlichen Arbeitsmethode im Frieden, jener Methode, die sich in dem letzten

Vierteljahrhundert herausgebildet hat. Man bezeichnet sie meist als die der „positiven Arbeit“, was so viel besagen soll, daß sie ganz und gar auf die Erreichung tatsächlicher Erfolge gerichtet ist. Die Gewerkschaften haben im Ganzen der Arbeiterbewegung die wirtschaftliche Stellung der Klasse zu stärken. Politischer Einfluß ist untrennbar an wirtschaftliche Macht gebunden. So müssen also die Gewerkschaften, wenn sie der Aufgabe gerecht werden wollen, vor die sie der Geschichtsverlauf gestellt hat, alles daran setzen, um die wirtschaftliche Machtstellung der Arbeiterklasse zu heben. Sie tun es durch den Kampf um Lohnerhöhungen, um Schaffung eines festen und von den Organisationen getragenen Arbeitsrechtes und durch die solidarisch begründete soziale Lebensfürsorge. Alle diese Bestrebungen haben den Hauptzweck, den Arbeiter als Person und die Arbeiterschaft als Klasse ökonomisch zu heben, ihr größere Widerstandskraft gegen die Uebermacht des Besitzes zu verleihen und durch die ökonomische Hebung und organisatorische Schulung zu einem größeren Anteil an dem geistigen Kulturbesitz zu verhelfen. Das ist ihre Aufgabe, die sie erfüllen muß; dem Kurzsichtigen mag das als „reine Brotinteressenvertretung“ erscheinen, uns ist es eine bei aller Nüchternheit im einzelnen großartige Pionierarbeit im Interesse des Sozialismus und der Demokratie; wir sehen diese Arbeit nicht an vom Standpunkt der berühmten 5 Pfennige Lohnerhöhung, sondern im Lichte der gewaltigen Umwälzung, die sich durch die Summierung der tausend und abertausend Einzelerfolge im sozialen Wesen der Arbeiterklasse vollzieht. Manches in diesem großen Prozeß der gewerkschaftlichen Arbeit mag kleinlich erscheinen, als Ganzes bleibt es ein Vorgang von weltgeschichtlicher Größe.

Die deutschen Gewerkschaften sind von der Notwendigkeit dieser Arbeit, von der Richtigkeit dieser Methode bis ins Innerste durchdrungen. Sie lassen sich durch kein Gerede über ihren angeblichen „Tradeunionismus“ davon abbringen. Sie sind Kampforganisationen und fühlen sich als solche, aber der Kampf ist ihnen nicht Zweck an sich, sondern nur Mittel zum Zweck; ihr Zweck ist die **Mehrung der ökonomischen Macht der Arbeiterklasse**. Diese ihre Auffassung konnten sie nicht verleugnen, als

der Wettersturm des Weltkrieges losbrach. Hörte etwa in diesem Augenblicke das Ringen der Arbeiterklasse auf? Galt es nicht, auch jetzt die ökonomischen Interessen der Klasse zu wahren? Und waren diese Interessen jetzt, wo das ganze Gefüge der Weltwirtschaft bebte, wo die deutsche Volkswirtschaft plötzlich vor einem Dunkel stand, in dem der Abgrund gähnen konnte, nicht aufs höchste bedroht? Nie war die gewerkschaftliche Arbeit nötiger gewesen als jetzt! Und selbstverständlich kamen ihr jetzt im Wesen die gleichen Aufgaben zu wie im Frieden. Auch jetzt galt es vor allem, die ökonomischen Interessen der Arbeiterklasse zu hüten.

Hierbei aber drängten sich zwei Gesichtspunkte auf. Einmal galt es die unmittelbaren Gefahren abzuwehren, die der Arbeiterklasse aus der völligen Umwälzung der deutschen Volkswirtschaft erwachsen. Das Problem der Arbeitslosigkeit stand vor uns. Auf einen Schlag waren Hunderttausende von Arbeitern und Arbeiterinnen erwerbslos geworden. Sie vor dem Versinken in den Sumpf des Elends zu bewahren, war eine selbstverständliche Pflicht der Gewerkschaften. Daraus aber ergaben sich wiederum besondere Aufgaben der Arbeitsvermittlung, der Lohnregelung, der Beschaffung von Arbeitsgelegenheit und der Unterstützung der Erwerbslosen. Aber die Lösung all dieser Aufgaben ging über die Kraft der Gewerkschaften hinaus. Sie war nur möglich durch Mitwirkung des Reichs, der Einzelstaaten und Gemeinden. So mußten die Gewerkschaften, wenn sie nicht den Dingen ihren Lauf lassen wollten, mit den öffentlichen Körperschaften zusammenarbeiten. Daraus ergab sich die Haltung der Gewerkschaften zur Aufgabe der Landesverteidigung von selbst.

Nicht weniger ausschlaggebend für die Haltung der Gewerkschaften aber war der andere Gesichtspunkt: in welcher Art sind die Arbeiter als Klasse an dem Ausgang des Krieges beteiligt? Was steht für die deutsche Arbeiterklasse dabei auf dem Spiel? Wer möchte bestreiten, daß von dem Ausgang des Krieges das künftige Schicksal der deutschen Volkswirtschaft abhängt? Unterliegt Deutschland — was heute allerdings ausgeschlossen erscheint, damals aber noch ganz im ungewissen lag —, so ist

seine Stellung in Produktion und Handel dahin. Das ist heute so wenig zweifelhaft, wie am 4. August 1914. Der Zusammenbruch des deutschen Wirtschaftssystems aber wäre auch für die deutsche Arbeiterklasse und für ihre Organisationen eine Katastrophe. Mit unserer Ausfuhrindustrie und unserem Ueberseehandel würden auch unsere Gewerkschaften, unsere Tarifverträge, unsere Gewerkschaftshäuser und Parteibetriebe zusammenbrechen, alles das, was sich die deutsche Arbeiterklasse in einem Menschenalter an organisatorischen Werten geschaffen hatte, würde absterben. Im gleichen Augenblick, wo diese Zukunft in den Bereich der Möglichkeit rückte, war es den Gewerkschaften auch klar, daß sie ihre Kraft zur Abwehr dieser Gefahren einsetzen müßten. Wohl sahen auch sie, daß dieser Krieg imperialistische Wurzeln habe, daß er aus den Reibungen bei dem Wettbewerb um die Absatzmärkte und Rohstoffländer hervorgegangen sei — das zu erkennen, dazu bedurfte es keiner tiefsinnigen Grübeleien —, aber seine Folgen werden darum nicht weniger auch für uns Realitäten sein. Mag man immer die Verantwortung für den Krieg ablehnen, seine Folgen müssen wir tragen, wie sie das ganze deutsche Volk tragen muß.

Unter diesen Umständen konnten die deutschen Gewerkschaften auch nicht einen Augenblick darüber im Zweifel sein, welche Haltung sie einzunehmen hätten. Auch nicht die Rücksicht auf den Internationalismus konnte sie verwirren, denn auch der Internationalismus verlangt nicht die Selbstaufopferung der Völker; er verlangt andere Formen beim Austrag der Gegensätze, aber er fordert nicht den Verzicht eines Volkes auf seine Unabhängigkeit, seine Zukunft. Wenn er in diesem Kriege versagt hat, so beweist das nichts weiter, als daß seine Stunde noch nicht gekommen ist; daß sie einst kommen wird, daran kann auch der Krieg nichts ändern.

Einige Theoretiker wenden gegen die Haltung der Gewerkschaften ein, daß sie ausschließlich auf der „reinen Brotinteressenvertretung“ aufgebaut sei und der höheren sozialistischen Betrachtung ganz entbehre. Sie führen an, daß es Aufgabe der Sozialisten sei, statt der augenblicklichen stets die dauernden Interessen des Proletariats zu vertreten. Ein Gegensatz der mo-

mentanen zu den dauernden Interessen des Proletariats liegt allerdings immer im Bereich der Möglichkeit, aber er ist nicht immer gegeben. In diesem Falle ist er sicherlich nicht vorhanden. Schließlich kommt es darauf an, was man unter dauernd versteht. Wenn wir sicher sind, daß die Bedingungen der deutschen Arbeiterbewegung durch einen Sieg der feindlichen Staaten auf Menschenalter hinaus verschlechtert würden, so darf man das doch wohl nicht mehr als eine Frage von nur augenblicklicher Bedeutung hinstellen. Hier handelt es sich dann um eine Zeitspanne, die für das sozialistische Werden voraussichtlich von entscheidender Bedeutung sein wird. Daß die deutsche Arbeiterklasse in dieser Zeit die Möglichkeit aktiven Eingreifens in den Geschichtsverlauf hat und behält, ist für den Sozialismus sicher von Bedeutung. Von allen Großmächten, die an diesem Kriege beteiligt sind, ist Deutschland das Land, dessen Arbeiterklasse bisher die größten positiven Leistungen für den Sozialismus vollbracht hat.

Und überdies: vergessen wir nicht die Hauptsache! Der Sozialismus wird nicht siegen als Idee, er kann sich nur durchsetzen als Bewegung — als **Massenbewegung**. Eine Massenbewegung aber kann er nur sein, wenn seine Politik den Bedürfnissen und dem Wesen der Massen entspricht, auf die er sich stützen muß. Hier liegt der Denkfehler jener Genossen, die unsere Haltung als unsozialistisch beanstanden. Sie halten liebgewordene Ideologien für den Inbegriff des Sozialismus, und da diese Ideologien mit dem Kriege zerbrachen, so ist für sie der Sozialismus zusammengebrochen. Nun stehen sie am Ufer und weinen und klagen und glauben mit ihren Klagen den Sozialismus retten zu können. Aber der Sozialismus verkörpert sich nicht in jenen Vorstellungen, sondern in den nach Millionen zählenden Massen des Proletariats, deren Drang nach vorwärts und aufwärts heute nicht weniger stark ist als vor dem Kriege. Der sozialistische Wille hat nie aufgehört, in diesen Massen zu leben, er ist nicht schwächer geworden. Er wäre zeitweilig in Unordnung geraten, wenn der Sozialismus von den Massen eine Haltung gefordert hätte, die der Selbstaufgabe gleichgekommen wäre, das hätten die Massen nie fassen und verstehen können, das hätte sie

zeitweilig dem Sozialismus entfremdet. So aber, wie sich die Organisationen entschieden haben, ist der sozialistische Wille, der Wille zur sozialistischen Tat, in den Massen stärker und die Verbindung zwischen Sozialismus und Masse inniger und fester als je zuvor.

Diese Zusammenhänge konnten den reinen Theoretikern verborgen bleiben, sie mußten sich aber den Gewerkschaften aufs eindringlichste offenbaren. Das ergab und ergibt sich aus dem ganzen Wesen der gewerkschaftlichen Arbeit. Die ökonomische Stellung der Proletariatsmassen, der Gegenstand der gewerkschaftlichen Tätigkeit, ist zugleich der Urgrund des ganzen Klassenstrebens der Arbeiter; er muß darum auch richtungweisend für die sozialistische Politik sein.

Die Arbeitslosenziffer hat nach dem Reichsarbeitsblatt durch die Einbeziehung zum Heeresdienst im August und September d. J. einen weiteren Rückgang erfahren, nur im Textilgewerbe ist die Zahl der Arbeitslosen im September gestiegen. Die Arbeitslosenziffern stellen sich prozentual wie folgt:

	Aug.	Sept.	Aug.	Sept.
	1914		1915	
Metallarbeiter	21,5	14,1	1,4	1,3
Bauarbeiter	16,4	11,4	1,0	0,9
Fabrikarbeiter	16,3	11,2	1,0	0,8
Transportarbeiter	10,8	8,6	0,9	0,8
Holzarbeiter	33,0	26,8	3,5	2,7
Textilarbeiter	28,0	17,1	8,1	10,4

KARL MARCHIONINI:

Die Russen in Ostpreußen.

NACH den amtlichen Feststellungen, deren Resultat der Oberpräsident von Ostpreußen im Juni 1915 bekannt gab, sind während des Krieges 1914/15 von den Russen in Ostpreußen **1620** Zivilpersonen **getötet** und **433** **verwundet** worden. Der amtliche Bericht fügte hinzu, es sei leider anzunehmen, daß unter den als fortgeschleppt Angegebenen sich eine weitere erhebliche Zahl getöteter oder auf dem Transport umgekommener Greise, Frauen und Kinder befinde.

Es ist die Ansicht verbreitet worden, daß beim ersten Russeneinfall — von vereinzelt Ausschreitungen abgesehen — die friedliche Zivilbevölkerung im großen und ganzen geschont worden sei. Man glaubt, daß die Russen das erstemal die Provinz nicht verheert hätten, weil sie mit der Annexion von Ostpreußen rechneten. Ferner meint man, das erstemal hätte man es mit Elitetruppen, das zweitemal mit Kosaken zu tun gehabt. All das trifft durchaus nicht zu. Gerade beim ersten Russeneinfall ist eine sehr große Zahl von Zivilpersonen niedergemacht worden. Die Provinz wurde auch durchaus nicht geschont. Es waren Brandstiftungskolonnen gebildet worden, die mit Zelluloidstangen ausgerüstet waren und hauptsächlich ländliche Wirtschaftsgebäude niederbrennen mußten, um die Vorräte zu vernichten. Bei diesen Brandstiftungen sind auch Menschen ums Leben gekommen. Die Russen führten schon damals den englischen Aushungerungsplan durch. Was sie nicht verbrauchen oder wegschleppen konnten, verbrannten sie, damit sie die Provinz, wenn sie doch wieder aus ihr hinaus mußten, dem Feinde in völlig kahlem Zustande überlassen konnten. Auch riesige Scharen Kosaken haben das erstemal die Provinz überschwemmt.

Wer an diesen Angaben zweifeln sollte, der lese die Zeitungsberichte des Genossen **Düwell** von jener Zeit. Düwell ist als Kriegsberichterstatter in Ostpreußen gewesen, und wenn er nicht über eigene Wahrnehmungen schreibt, teilt er recht vorsichtig die Angaben glaubwürdiger Zeugen mit.

Die Hauptfrage, aus welchen Gründen so viel Menschen getötet wurden, ist bisher ausführlich noch nirgends behandelt worden. Wer da annimmt, daß die Zivilpersonen hauptsächlich der Mordlust der russischen Soldaten zum Opfer gefallen sind, der irrt. Im allgemeinen ist dem Russen — auch vom Gegner — ein günstiges Zeugnis ausgestellt worden. Pfarrer **Brehm** aus Lyck, der viele Monate in russischer Gefangenschaft gewesen ist, sagte in einem Vortrag in Elbing nach dem Bericht der „Elbinger Zeitung“:

„Wir lernten den russischen Soldaten — was wir später überall bestätigt fanden — **als sehr gutmütig kennen**, solange nicht der Fusel auf ihn eingewirkt hat oder er nicht aufgestachelt worden ist.“

Ein Branntweinverbot hatte bekanntlich die russische Regierung erlassen, und das erstreckte sich auch auf die besetzten Teile von Ostpreußen. Wie streng das durchgeführt wurde, ergeben die russischen Verordnungen in Ostpreußen. Um den Russen in eine recht krieglerische und deutschfeindliche Stimmung zu versetzen, ist er vielfach aufgehetzt worden. Ein geheimer Befehl sagte den Soldaten, daß die Deutschen versuchten, die Cholera nach Rußland zu bringen. Dann hatten die russischen Zeitungen berichtet, daß die deutschen Soldaten Barbaren wären und Frauen und Mädchen, ja sogar die Nonnen in Czenstochau geschändet hätten. Dadurch war der **religiöse Fanatismus** entfacht worden, und so mancher russische, unwissende, rechtgläubige Soldat mag aus diesem Grunde geglaubt haben, er tue ein gutes Werk, wenn er Rache nehme an den deutschen Zivilpersonen.

Vielfach wußte die ostpreußische Bevölkerung auch nicht recht, wie sie sich den Russen gegenüber verhalten sollte. Belehrt war sie vielfach darüber nicht worden. **Meist fehlten auch die Behörden**, so daß die Bevölkerung sich selbst überlassen war.

Kamen die Russen, so versuchten manche Leute noch schnell auf ihren Rädern oder Pferden zu fliehen. Die Folge davon war, daß nach ihnen geschossen wurde. Mancher verstand den Zuruf **Stoil** nicht; schritt er weiter, so wurde er getötet. Auch aus **Furcht vor den Deutschen** sind Menschen erschossen worden. Generalmajor z. D. Freiherr v. Gail, der während der Russenzeit als stellvertretender Landrat auf seinem Gute bei Ragnit war, schrieb in der Presse:

„Es wäre manche Brandstiftung, Plünderung und grausame Mordtat vermieden, wenn die Abwanderung nicht erfolgt und die verlassenen Gehöfte bewohnt gewesen wären und man dem Feinde mit ruhiger Sicherheit entgegengetreten wäre. Nach meinen selbstgemachten Erfahrungen, denen sich eingehende Prüfung an den verschiedenen Fällen als Beweismaterial anreicht, ist das **Motiv der meisten russischen Greuelthaten in einer Furcht der russischen Truppen vor der deutschen Einwohnerschaft** zu suchen... Wo man mit Takt und doch der nötigen Energie den Russen entgegentrat, ihr Mißtrauen zu beruhigen suchte, den Wünschen möglichst schnell entgegenkam und alles vermied, was ihrem Argwohn Nahrung geben konnte, so verließen sie sehr bald das Gehöft, ohne Schaden angerichtet zu haben... Wenn man in dieser Weise die **eigenen Leute** belehrt und für Fortschaffung aller, das Mißtrauen des Gegners erregenden Gegenstände gesorgt hätte, so würde manches Unglück vermieden worden sein...“

Freiherr v. Gail meint, die Furcht wäre von den feindlichen Behörden und Popen absichtlich hervorgerufen worden. Es wäre den Truppen gesagt worden, als Gefangene würden sie erschossen oder durch Hängen umgebracht werden. Die Angst vor der Bevölkerung wäre so weit gegangen, daß die Soldaten im allgemeinen niemals eine Nacht in den Gehöften zugebracht hätten.

In der „Ermländischen Zeitung“ führte ein **katholischer Geistlicher** aus, die russischen Taten seien zum Teil auch veranlaßt worden durch das **unvernünftige und unbedachte Verhalten der Einwohner**.

General **v. Rennenkampf**, der Führer der Wilna-Armee, hatte angekündigt: „Jeder dem russischen Heere geleistete Widerstand wird schonungslos und ohne Unterschied des Alters und Geschlechtes bestraft werden. Orte, in denen auch der kleinste Anschlag auf das russische Heer verübt wird, werden sofort niedergebrannt.“ Dieser Befehl hat auch zur Tötung zahlreicher Zivilpersonen beigetragen; denn selbst die **Patrouillengefechte** dienten dazu, um gegen die Bevölkerung vorzugehen. Schossen deutsche Patrouillen auf russische Soldaten, so machten diese nachher die Einwohner der Städte und Dörfer dafür verantwortlich. Das Buch: „Was wir in der Russennot 1914 erlebten“, das Dompfarrer **Nietzki-Königsberg** herausgegeben hat, und in dem siebzehn ostpreussische Geistliche ihre Erlebnisse während des Russeneinfalles schildern, liefert dafür einige Beweise. Pfarrer **Grabowski** berichtet über die Greuel in **Abschwangen**:

„Eine deutsche Patrouille, bestehend aus zwei Kürassieren, beschloß vorbeifahrende russische Automobile und tötete einen hohen Offizier, den Sohn des Fürsten Trubetzkoi. Die Russen nahmen an, daß Einwohner auf die Automobile geschossen hätten, und daher sollten alle Häuser angesteckt und die männlichen Einwohner erschossen werden. 40 Personen wurde das Leben geschenkt, weil der Gemeindevorsteher in der höchsten Not und Gefahr das Dankschreiben des (russischen) Oberst zeigte. (Dieser war früher in dem Ort gewesen und hatte sich für die ausgezeichnete Verpflegung schriftlich bedankt.) Doch die 40 Männer, die auf dem anderen Ende des Dorfes waren, wurden im Beisein der Frauen und Kinder getötet...“

In dem Nachbardorfe Almenhausen wurden aus demselben Grunde neun Personen erschossen und auch die Stadt Domnau wurde angezündet.

Der Geistliche erzählt weiter, daß plündernde russische Soldaten geknüttet worden wären. Ein Soldat wäre wegen Brandstiftung gehängt worden. Später kommende Truppen haben geplündert und beim Rückzug wären auch Zivilpersonen erschossen worden. In **Borzymmen** an der Grenze wurden 19 Personen

getötet, weil nach dem Bericht des Pfarrers **Hassenstein** ein deutsches Flugzeug Bomben auf die russischen Soldaten geworfen hatte. Langwethen wurde nach den Angaben des Pfarrers **Heydeck** angezündet, weil ein von Gerdauen mit geraubten Sachen nach Tilsit fahrender Russe von der Ortspolizei verhaftet worden war. In Barten erschossen, wie Pfarrer **Schallenberg** berichtet, Kosaken drei junge Leute, die preußische Militärkoppel aus ihrer Dienstzeit anhatten. In der Umgegend von Groß-Brittanien erfolgten Brandstiftungen, auch wurden acht Personen getötet, weil, wie Pfarrer **Mertens** mitteilt, deutsche Soldaten auf eine russische Patrouille geschossen und einen Rittmeister verwundet hatten, der in Tilsit starb. In Heinrichswalde sollte auch auf russische Soldaten geschossen worden sein. Der russische Kommandant in Tilsit hat deshalb über die Bevölkerung das Todesurteil ausgesprochen. Nach vielen Bitten wurde es nicht vollstreckt, dafür 31 Männer geknüttet. Pfarrer **Färber-Schirwindt** schreibt, daß die russischen Offiziere den besten Willen hatten, Zucht und Ordnung aufrecht zu erhalten. Auf der großen Chaussee nach der Kreisstadt lagen tote Flüchtlinge, die von Patrouillen niedergeschossen worden waren, und zwar auf „höheren Befehl“, wie ein Offizier später eingestanden hat. Pfarrer **Büchler-Soldau** führt aus: „Zuerst hielten die Russen leidlich Manneszucht. Wer beim Stehlen ertappt wurde, wurde öffentlich auf dem Markt ausgepeitscht. Flüchtende russische Soldaten haben später eine Anzahl Menschen erschossen.“

In Bischofstein wurden 29 Personen erschossen; vorher hatte eine deutsche Patrouille von 6 Mann auf die Russen gefeuert. In Santoppen wurden der katholische Pfarrer **Werner** nebst 17 Dorfbewohnern getötet. Die Russen hatten das Läuten mit den Glocken verboten. Als sie gerade im Begriff waren, den Ort zu verlassen, ertönten die Glocken, die ein Bewohner aus Anlaß eines Sterbefalles in Bewegung gesetzt hatte, ohne daß der Geistliche das wußte. Die Russen witterten Gefahr, kehrten um und erschossen die Männer des Dorfes. In Bischofsburg wurden zwei alte Männer getötet, weil sie sich trotz wiederholten Zurücktreibens den russischen Schützengräben genähert hatten.

In vielen anderen Fällen wird der Grund zu der Ermordung von Zivilpersonen auch ein ganz bestimmter gewesen sein. In einer Reihe von Orten haben die Russen zahlreiche junge und ältere Männer getötet, von denen sie annahmen, daß sie wehrpflichtig waren. Sie sind zu bequem und mitunter auch nicht in der Lage gewesen, die Leute zu sammeln und nach Rußland zu transportieren und sie haben die Männer dann kurzerhand erschossen. All diese Greuelthaten sind beim **ersten** Russeneinfall verübt worden. Den auf dem Felde arbeitenden Leuten haben die russischen Soldaten meist nichts getan. Und auch die sehr gefürchteten Kosaken haben sich stellenweise, besonders wenn sie unter Aufsicht gewissenhafter Offiziere waren, anständig benommen. An den Plünderungen haben ein Teil der einheimischen Bevölkerung und auch der russische Pöbel regen Anteil genommen. Bald nach Abzug der Russen wurden hohe Strafen gegen ostpreußische Bewohner wegen Plünderns verhängt. Geh. Regierungsrat Prof. Dr. **Hansen** schrieb in der „Georgine“, dem Organ der Landwirtschaftskammer: „Ganz allgemein ist geplündert worden, wobei allerdings betont werden muß, daß nicht immer die Russen allein diese Arbeit besorgt haben, sondern daß leider auch **einheimischer Pöbel** hieran beteiligt war.“

Wie eine Anzahl der russischen Heerführer den Krieg in Ostpreußen führen wollte, ergeben ihre Befehle und Verordnungen. Vor dem Durchmarsch innerrussischer und asiatischer Truppen durch Ostpreußen erließen russische Truppenführer folgende Warnung:

„Die Bewohner werden ersucht, bei dem Truppendurchmarsch in den nächsten Tagen sich zwei Kilometer von der Marschstraße entfernt zu halten.“

Zur Begründung wurde angeführt, daß Soldaten asiatischer Völkerstämme auf dem Marsch seien, die sehr leicht in Feindesland auf friedliche Menschen schossen.

Der russische General **Scheidemann** erließ folgende Bekanntmachung:

„Ich wende mich an die Bevölkerung Ostpreußens, das von meinen Truppen besetzt ist, ermahne sie, in ihre Behausungen

zurückzukehren und die Wälder und Schlupfwinkel zu verlassen. Ich werde alles Mögliche tun, um durch meine Soldaten Euer Eigentum zu beschützen, aber es ist sehr schwer, das durchzusetzen, wenn die Bewohner nicht zu Hause sind.“

In der Stadt Lyck erließ der russische Oberst v. Rankiewicz nachstehende Verordnung:

„1. Da hier kein Polizeimeister ist, beauftrage ich den Redakteur Bramer mit seiner Vertretung. 2. In den Kirchen darf beim Ausmarsch der Truppen nicht geläutet werden. An Feiertagen darf nur bei vorheriger Erlaubnis des Kommandanten geläutet werden. 3. In allen Fabriken außer der Druckerei der Lycker Zeitung und der Gasanstalt müssen die Arbeiten eingestellt werden. 4. Aus allen Dörfern der Umgegend dürfen die Produkte nur von Frauen und Kindern unter zehn Jahren zur Stadt gebracht werden. Männer werden nicht hineingelassen. Wer sich doch in die Stadt einschleicht, wird nicht mehr herausgelassen. 5. Die Hausbesitzer haben ihre Häuser so zu beaufsichtigen, daß von ihnen keine Signale durch Licht, Flaggen und dergleichen gegeben werden können. Wenn es bewiesen wird, daß aus irgendeinem Hause oder einem anderen bewohnten Gebäude auf irgendeine Art signalisiert oder geschossen wird, so werden der Eigentümer des Hauses oder sein Stellvertreter und auch alle Einwohner, die sich darin aufhalten, sofort mit Todesstrafe bestraft, ohne irgendein Gericht. Das Haus und was darin ist wird zerstört, geplündert und vernichtet. 6. Nach acht Uhr abends bis sieben Uhr morgens darf sich niemand auf der Straße zeigen. 7. Alle Destillationen mit Schnaps und Bier müssen geschlossen gehalten werden. In den Restaurationen darf **Bier und Schnaps für Untermilitärs nicht abgegeben werden**. 8. Russisches Geld wird der Rubel mit 2.50 M. berechnet (dabei stand der Rubelkurs auf 1.40 M.), die deutsche Mark mit 40 Kopeken. 9. Die vor einigen Tagen festgesetzte Taxe für Lebensmittel bleibt in Gültigkeit.“

In der Stadt Guttstadt wurde folgender Tagesbefehl angeschlagen:

„Der russische General hat befohlen, daß die Bürgerschaft die Stadt nicht verlassen, sondern ruhig dableiben soll. Die

Bürger sollen dem russischen Militär alles, besonders Nahrungsmittel, auf Wunsch verabfolgen. Nach Mitteilung der Offiziere sollen die noch hier befindlichen Landsturleute auf die russischen Truppen geschossen haben. Landsturleute sollen die Stadt verlassen, widrigenfalls die Stadt durch russische Artillerie in Trümmer geschossen wird.“

An die Bürger der Stadt Rössel wurde nachstehender Befehl erlassen:

„Preußische Bürger! Bei Ueberschreitung der Grenze kämpfen wir nur mit der Armee, aber nicht mit friedlichen Einwohnern. Privates Eigentum und Leute werden nicht angerührt, mit Ausnahme von Bürgern, die mit Waffen ohne irgendein Abzeichen, daß sie der Armee angehören, angetroffen werden. Sie unterliegen strenger Strafen laut Kriegsgesetz. Für alle entnommenen Produkte wird mit Geld bezahlt. Bei gewaltsamer Enteignung durch mir Unterstellte ist mir zu melden, damit die Schuldigen bestraft werden.“

In einer weiteren Verordnung hieß es, der Rubelkurs gelte drei Mark. Die Kaufläden sollten offen gehalten werden. Geschlossene Läden sollten geöffnet und mit Verwaltern versehen werden. Die Bürger sollten bei der Arbeit bleiben, niemand sollte flüchten und die Flüchtlinge sollten zurückkehren. Sollte auf russische Soldaten geschossen werden, so würde die Stadt dem Erdboden gleichgemacht werden.

Als die Russen in Tilsit einzogen, erließ Oberstleutnant **Bogdanow** folgende Verordnung:

„Mitteilung an die friedliche Bevölkerung! Bei friedlichen Verhältnissen zu uns wird Leben und Eigentum der Bevölkerung vollständig in Schutz genommen, im Falle aber, daß auf unser Militär, von wo auch immer, geschossen wird oder irgendein Schaden dem Militär zugefügt oder der Telegraph beschädigt wird, so wird die Person unverzüglich erschossen und das Haus oder das ganze Dorf niedergebrannt.“

Der Ein- und Ausgang aus der Stadt wurde geregelt; auch ein strenges Alkoholverbot erschien. Während der Russenherrschaft

erließ das Gewerkschaftskartell eine öffentliche Bekanntmachung und der Konsumverein hielt ungestört seine Generalversammlung ab. Wie ernst es dem Truppenführer mit dem Alkoholverbot war, geht daraus hervor, daß die Behörden angewiesen wurden, den Alkohol in den Schankstätten und Hotels derart zu beseitigen, daß weder ein Ausschank an Inländer oder Ausländer möglich sei, noch etwa mit Gewalt eindringende Personen sich dieser Getränke bemächtigen könnten. Russische Zivilpersonen, die in Gehöfte widerrechtlich eindringen, sollten dem Kommandanten vorgeführt und plündernde Inländer sollten festgenommen werden.

All diese Verordnungen dienten natürlich dazu, dem russischen Heere die Kriegführung zu erleichtern. Sie legen aber auch davon Zeugnis ab, daß diese Heerführer die friedliche Bevölkerung schonen wollten. Wo sie die Uebersicht über die Truppen hatten, sind größere Ausschreitungen nicht vorgekommen. So haben sie in den größeren Städten auf Manneszucht gehalten. Hier waren aber auch energische Männer an der Spitze der städtischen Verwaltungen, deren Umsicht und Unerschrockenheit sehr viel dazu beigetragen hat, daß die Bevölkerung geschützt wurde. Auch in kleinen Städten und einzelnen Dörfern hat es an solchen Leuten nicht gefehlt. Vielfach aber waren die Behörden geflüchtet, und selbst der Oberpräsident von Ostpreußen mußte in einem Erlaß an die Beamten erklären: „In vereinzelt Fällen ist leider von Beamten bei drohenden feindlichen Einbrüchen nicht das genügende Maß von Energie und Ueberlegung bewiesen worden.“ Als sich der Bürgermeister von Insterburg gegen eine abermalige Flucht der Beamten wandte, sagte er in einer Verfügung: „Wer seinen Posten verläßt, verdiente wegen Feigheit standrechtlich erschossen zu werden. Jedenfalls hat er sein Amt verwirkt.“

Als die Russen das zweitemal nach Ostpreußen kamen, wurden Bevölkerung und Vieh planmäßig von den preußischen Behörden nach dem Innern des Reiches befördert. Wo die Bewohner nicht mehr rechtzeitig flüchten konnten, wurden sie von den Russen verschleppt. Viele haben sich während des Winters in Wäldern, Höhlen, verlassenen Schützengräben aufgehalten und

Furchtbares erduldet. General Sivers hatte angeordnet: „Infolge des außergewöhnlich feindlichen Verhaltens der deutschen und jüdischen Bevölkerung ist diese beim Rückzug der deutschen Truppen aus dem Operationsgebiet zu entfernen.“ Ferner war die Vernichtung staatlichen Eigentums und aller Maschinen befohlen worden, um die deutsche Industrie zu schädigen.

So sind das erstmal wie das zweitemal Greuel verübt und Verwüstungen angerichtet worden. Die ostpreußische Bevölkerung hat schwer gelitten, denn zeitweilig war der größte Teil der Provinz in den Händen der Russen.

Rußlands Ernte im Jahre 1915 wird im allgemeinen als befriedigend bezeichnet. Nach den Angaben der Torg. Prom. Gaz. stellt sich der Ertrag von

Winterweizen . . .	auf 386,9 Millionen Pud	oder 110,8	Proz. d. Durchschnittsernte.
Sommerweizen . . .	840,5	98,6	„ „ „
Winterroggen . . .	1310,0	108,7	„ „ „
Hafer	832,1	98,1	„ „ „
Gerste	567,5	99,3	„ „ „

WILHELM JANSSON:

Die Neutralität verpflichtet.

DIE Ueberschrift ist nicht meine Erfindung. Sie stammt aus der Feder Hj. Brantings und war am 13. August 1914 im Stockholmer „Sozialdemokraten“ zu lesen als eine Mahnung an die schwedische Presse, im Weltkrieg ihre „Worte genau zu wägen und jede einseitige Parteinahme zu vermeiden“.

Das waren kluge Worte, obgleich die Androhung von diskretionären Maßnahmen der Regierung im leitenden Blatte der Sozialdemokratie sich etwas eigenartig ausnahm. Und zwar um so eigenartiger, als die Mahnung sich direkt an die deutschfreundliche Presse richtete, die der Regierung gleichzeitig wegen einseitiger Parteinahme angezeigt wurde. Man wurde das Gefühl nicht los, als ob die Mahnung zur Neutralität im Munde Brantings nicht ganz ehrlich gemeint war.

Das ist inzwischen zur Gewißheit geworden. Schon bei der Diskussion der Schuldfrage am Kriegsausbruch, die ich im vorigen Jahre auf Grund des englischen Weißbuches mit ihm in seinem Blatte führte, stellte er sich einseitig auf den Standpunkt der zaristischen Koalition. Selbst der Bericht Buchanans an Grey vom 24. Juli wurde von ihm im Sinne der Friedensbestrebungen der Ententemächte und der Kriegswut der deutschen Regierung ausgelegt, obgleich unzweifelhaft aus diesem Bericht zum mindesten das hervorgeht, daß Rußland und Frankreich schon am 24. Juli unerschütterlich entschlossen waren, alle Konsequenzen zu ziehen. Und den Inhalt der Note 123 des englischen Weißbuches mit dem Angebot Deutschlands, die belgische Neutralität sowohl wie die französische Integrität einschließlich der Kolonien zu achten und zu garantieren, wenn England neutral bleiben würde, hat er am 24. Februar 1915 in der Art des Winkel-

advokaten wegzudiskutieren versucht. Auch die höhnische Antwort der französischen Regierung auf die letzte deutsche Note fand bei ihm kein Wort der Kritik. Umsomehr sind seine Leser mit dem „brutalen Ueberfall“ der Deutschen auf Frankreich gefüttert worden.

Wo beim leitenden Redakteur so wenig Neigung zur Neutralität vorhanden war, kann es nicht wundernehmen, daß sein Blatt fortdauernd eine unentwegte Deutschenhetze betrieben hat. Wenn irgendwo in der Welt Unrat gegen Deutschland abgeladen wurde, konnte zehn gegen eins gewettet werden, daß die stinkenden Miasmen mit dem „Sozialdemokraten“ weiter verbreitet würden. Wenn die „Nowoje Wremja“ die Kriegsursache in der Eitelkeit und dem Hochmut der Deutschen erblickte, so war das wichtig genug, um als Telegramm auf der ersten Seite des „Sozialdemokraten“ mit zentimeterhoher Ueberschrift gedruckt zu werden.

Als die konservative Presse die Eisenbahnstrecke Narvik-Karungi für die Durchfuhr von Kriegsmaterial nach Rußland sperren wollte, da war das ein Eingriff in den legitimen Verkehr mit den Nachbarn. Als Prof. Steffen sich über „Krieg und Kultur“ verbreitete, erwiderte „Sozialdemokraten“ mit Verhöhnungen und Herabsetzungen der ganzen deutschen Wissenschaft, weil bekannt geworden war, daß Steffen für einen Lehrstuhl in Leipzig kandidiert hatte. Das sei durchaus der richtige Mann, denn solche Ignoranten und Unwissende sind selbstverständlich alle deutschen Professoren! Wer für Deutschland im Kriege Partei nahm, dem wurde seine schwedische Staatsangehörigkeit aberkannt und er wurde für stockdeutsch erklärt. Sven Hedins „Ein Volk in Waffen“ wurde auf den Index gesetzt und der Verfasser moralisch — denn weiter reichte die Macht nicht — nach Deutschland abgeschoben. Nach Art der russischen Pogromhetzer wurde behauptet, die russischen Reaktionäre seien Deutsche und der finnische Generalgouverneur Seyn ein „Halbdeutscher“. Daß Deutschland die belgische Neutralität gebrochen hat, ist mindestens dreimal wöchentlich immer noch im Stockholmer Blatt zu lesen, aber der Bruch der griechischen Neutralität durch England, der schon zu Beginn des Krieges mit der Türkei erfolgte,

und vor wenigen Wochen in Saloniki fortgesetzt wurde, hat im „Sozialdemokraten“ kein Mißfallen erregt, sondern im Falle Saloniki sogar entschuldigendes Verständnis gefunden. Als Venizelos in Griechenland ausgeschifft wurde, um dem Lande den Frieden zu bewahren, da war dies für Branting Dynastiepolitik, verursacht durch die Auspflanzung deutscher Prinzessinnen. Die von dem verantwortlichen Ministerium in Bulgarien, gestützt auf die Parlamentsmehrheit, eingeschlagene Politik war nicht minder Dynastiepolitik aus ähnlichen Ursachen. Das Manifest der griechischen Sozialdemokratie (inzwischen in der JK im Wortlaut veröffentlicht) wurde als „Kriegshetze“ verdächtigt, obgleich es unzweifelhaft das Gegenteil ist und nur das Verbrechen begeht, gegen die Politik Venizelos Front zu machen. Wenn etwas zugunsten Deutschlands ausfällt, dann hat der Teufel immer seine Hand im Spiele. Aber wenn irgendein Häuptling Munji Kadi oder Fatumata der hochkultivierten Singalesenstämme sein Zorngeheul gegen die deutschen Barbaren ertönen läßt, dann ist es Gottes Stimme! Und wie dieser wünscht denn auch der neutrale Stockholmer „Sozialdemokraten“ die Niederlage Deutschlands im Weltkriege. (3. IV. 1915.)

Wenn deutsche Luftschiffe England heimsuchen, so ist das barbarisches Morden. Der englische Aushungerungskrieg gegen 70 Millionen deutsche Nichtkombattanten ist jedoch ehrlicher Krieg, kavalliermäßig sozusagen, und ein südschwedisches Parteiblatt (Helsingborg), das den Mut hatte, den Aushungerungskrieg gegen Frauen und Kinder als unmoralisch zu bezeichnen und den Protest der Welt dagegen zu fordern, wurde sachkundig darüber belehrt, daß der „Aushungerungskrieg den gleichen Zweck hat wie jede Kriegführung: durch allgemeine Ermattung den Gegner zu zwingen, sich zu ergeben.“ (20. V. 1915.) Ganz im Einklang damit steht die Bezeichnung einer Boykottaufforderung gegen deutsche Waren als „gesundes Raisonement“; eine solche Aufforderung erschien zuerst am 23. Februar 1915 an leitender Stelle als Antwort auf die deutsche Bannerklärung gegen Holzwaren vom 23. November 1914 und wurde später in einer Polemik gegen mich wiederholt. Als schwedische Schiffe in russischem Fahrwasser auf Minen liefen, deren Herkunft unaufgeklärt war

und bis heute unaufgeklärt geblieben ist, war es für unsere „Deutschenfreunde“ im Stockholmer Parteiblatte sofort ausgemacht, daß es deutsche Minen seien. Die Begründung ist rührend: „Während man in unseren offiziellen Regionen seine Pflicht, diese Beweise (der Herkunft der Minen) beizubringen zu erfüllen versucht, ist es selbstverständlich, daß die schwedische öffentliche Meinung in dieser Sache die alte gesunde Rechtsregel anwendet: Der hat es getan, der einen Vorteil davon hat.“ — Und diesen Vorteil hatte nach den weiteren Ausführungen Rußland nicht; dagegen seien deutsche Fahrzeuge an der finnischen Küste gesehen worden und daher sei es klar, daß Deutschland der Täter sei, der den Vorteil davon hatte! Notabene davon, daß schwedische Schiffe und Seeleute zugrunde gingen! Daß schließlich russische Interessen ein Eindringen deutscher Kriegsschiffe in finnische Häfen nicht wünschbar erscheinen ließen, der Gedanke war natürlich ausgeschlossen. Eine gewissenlosere Verhetzung der schwedischen Arbeiter gegen Deutschland ist kaum möglich in einem Blatte, das die schöne Devise aufstellt: Die Neutralität verpflichtet!

Diese kleine Blütenlese kann nach Belieben zum größten Kranze erweitert werden. Aber vielleicht ist es nur der klassenbewußte Haß gegen den „preußischen Militarismus“ und die regierenden kapitalistischen Kreise Deutschlands, der hier blind macht? Weit gefehlt. Der Marinismus in England und der republikanische und zaristische Militarismus in Frankreich und Rußland ist dem Blatte nirgends zuwider. Brantings Verkehr mit den Bourgeoispolitikern Frankreichs und Englands ist auch allgemein bekannt. Das zeigt doch, daß diese Art von klassenbewußten „Prinzipien“ auf der Stockholmer Parteiplantage keine besondere Pflege findet.

Vielmehr bringt das Blatt die gleiche Antipathie gegen die deutschen Arbeiter auf, die wir oben als gegen Deutschland gerichtet aufgedeckt haben. Nicht nur, daß die Politik der Reichstagsfraktion damit verdächtigt wird, sie sei nur eingeleitet worden, weil wir in Deutschland nach Verhängung des Kriegszustandes nichts von den Friedensbestrebungen der englischen und französischen Minister in den letzten Tagen vor dem

Kriegsausbruch gewußt hätten. Aus Unkenntnis der Vorgänge, lediglich blind auf die offiziellen Behauptungen: wir sind überfallen und müssen uns unserer Haut wehren, vertrauend, habe die deutsche Sozialdemokratie die Kriegskredite bewilligt. Diese tolle Beleidigung stammt direkt von Branting selbst, wenn sie auch im Widerspruch zu seiner Behauptung vom 18. November 1914 steht, wir deutschen Sozialisten hätten „nichts dagegen, daß Krupp in Ewigkeit dauert“! Daß Liebknecht Monate hindurch der Held des Stockholmer Parteiblattes war, soll nur nebenbei erwähnt werden. Wenn Liebknecht dabei für sich eine gewisse Konsequenz in Anspruch nehmen kann, so beileibe nicht Branting und sein Blatt. Denn Liebknecht verweigert die Mittel für den Militarismus rundweg, Branting aber forderte ein recht teures Militärbudget — in Schweden — und wollte eine Flotte für 50 Millionen Kronen bauen, obgleich sein Parteiprogramm Verminderung der Militärlasten und Abrüstung fordert. Ebenso hat er alle geforderten Mittel für die bewaffnete Neutralität bewilligt.

Nicht Grundsätze also stehen bei dieser Haltung des „Sozialdemokraten“ in Frage, sondern ausschließlich die Tatsache, daß die Haltung der deutschen Sozialdemokratie die Niederlage Deutschlands im Weltkriege verhindert. Um diese zu erreichen, fordert er von der deutschen Sozialdemokratie die Ablehnung der Kriegskredite und motiviert diese Forderung damit, daß Deutschland einen Eroberungskrieg führe. Er schweigt aber von den offen proklamierten Eroberungszielen der zaristischen Koalition, als ob sie Luft wären. Und dabei hat er selbst nie die Hoffnung auf einen Sieg der Gegner Deutschlands aufgegeben. Offen wurde das in einer Polemik gegen David am 3. Februar 1915 in dieser Form ausgesprochen: „Daß Sozialisten in Westeuropa in der Lebensgefahr des Landes in die Regierungen eingetreten sind, während in Deutschland derartiges nicht in Frage kam, zeigt übrigens nur, daß die Arbeiterklasse dort tatsächlich eine stärkere Position hat als in Deutschland, trotz der vier Millionen Stimmen. Noch so lange, während die Kriegslage einigermaßen ist, kann die Regierung des Kaisers und der herrschenden Klassen die Arbeiter in Deutschland mit kleinen ungewohnten Artigkeiten abspesen.“

So offenherzig war Branting allerdings nicht bei seiner Rückkehr von der französischen Front und aus London. Aber er ließ doch durchblicken, daß die militärische Lage zugunsten der Alliierten umgewandelt werden könne. Aber „ein Jahr mindestens dauert der Krieg noch“.

Brantings Fraktionskollege, Genosse Christiernsson, zog im Helsingborger Parteiorgan aus der Brantingschen Haltung und seinen Aeußerungen folgende Konsequenzen: „Hinter den Worten, mit denen unser Genosse seiner Meinung über die Dauer des Krieges Ausdruck gab, muß doch etwas anderes liegen als ein Echo dessen, was man in den Ländern gesagt hat, die aktiv an dem blutigen Drama teilnehmen. Und wir wagen die Worte Hjalmar Brantings so zu deuten, daß er keinen Frieden wünscht, solange Deutschland noch unbesiegt steht. Lieber als der Friede ist ihm die Niederringung des Deutschen Reiches. Und zur Erreichung des Zieles ist mindestens ein Jahr nötig.“

Branting antwortete gereizt, seine Worte seien falsch ausgelegt worden, und überschüttete seinen polemischen Gegner mit einem Schlamm von Grobheiten, die deutlich genug seine Verlegenheit zeigten. „Ny Tid“ aber, das Gotenburger Parteiblatt, pflichtete Christiernsson in dieser Polemik bei: „Herrn Brantings aggressive Parteinahme im Weltkriege ist eine Tatsache, die alle außer ihm sehen. Aber sie ist von keinem Gesichtspunkt aus klug oder nützlich, am wenigsten vom Standpunkt der Partei.“

Als Lindblad das schrieb, wußte er noch nicht, daß Branting zur Erreichung seines Zieles der deutschen Sozialdemokratie den Landesverrat nahegelegt hatte. Denn etwas anderes ist im Munde eines „neutralen“ Sozialdemokraten die Forderung der Ablehnung der Kriegskredite in Deutschland nicht, wenn man ihre Bewilligung in England und Frankreich und die Teilnahme an der Regierung dort, um den Sieg erringen zu helfen, für selbstverständlich hält, ja sogar als den Beweis für eine stärkere Position der Arbeiterklasse bewertet.

Die Neutralität verpflichtet nicht bloß die schwedische konservative Presse, jede einseitige Parteinahme zu vermeiden, sondern sie verpflichtet auch den schwedischen Parteiführer Hj. Branting, sowohl seine Worte als auch seine Handlungen genau

zu wägen. Niemand fordert von ihm die Preisgabe seiner Sympathien für Rußland und Frankreich, den Zarismus und die Bourgeoisrepublik, die beide in der Niederkartätschung streikender Arbeiter ebenso einig sind wie in dem Wunsche nach Bezwungung Deutschlands. Aber man hat das Recht, von ihm selbst die Rücksichten zu fordern, die er am 13. August 1914 der deutschfreundlichen Presse Schwedens auferlegte: die Worte der Sympathien genau zu wägen und jede einseitige Parteinahme zu vermeiden. Das kann nicht nur die schwedische Regierung von ihm verlangen, sondern auch die Sozialdemokratie, deren Führer er ist.

Der Kolonialbesitz der kriegführenden Länder. Folgende Uebersicht über den Kolonialbesitz und die Bevölkerungsziffer der wichtigsten kriegführenden Länder ist heute von großem Interesse:

England:			
Größe des Mutterlandes	313 000	qkm	mit 45 Millionen Menschen
Besitz an Kolonien	31 200 000	350
Rußland:			
Größe des Mutterlandes	4 800 000	120
Besitz an Kolonien	16 600 000	33
Frankreich:			
Größe des Mutterlandes	536 000	39,5
Besitz an Kolonien	11 000 000	40
Deutschland:			
Größe des Mutterlandes	540 000	66,5
Besitz an Kolonien	2 500 000	13

(70 Prozent der deutschen Kolonien liegen in den Tropen.)

JULIUS KALISKI:

Vorratswirtschaft.

FRAGEN der wirtschaftlichen Kriegsrüstung haben in Friedenszeiten die Kreise der Industrie und des Handels sehr wenig beschäftigt. Nur gelegentlich wurde dieses Thema auf der einen oder anderen Tagung von Verbänden gestreift, ernstliche Beratungen aber fanden kaum irgendwo statt. Einmal allerdings befaßte sich eine Kohlenhändlervereinigung mit der Frage der Brennstoffversorgung Deutschlands im Kriege und kam zu dem Vorschlag, die Regierungen müßten für die Aufstapelung möglichst großer Kohlenvorräte in zahlreichen Städten aller Gegenden des Reiches sorgen, weil das der einzige Weg sei, dem sonst nach zwei oder drei Kriegswochen unvermeidlichen Eintritt einer peinlichen Brennmaterialiennot vorzubeugen. Anerkennung und Berücksichtigung hatten sich jene Ratschläge der Kohlenhändler nicht zu erfreuen, mit gutem Recht, wie wir heute sagen können: denn die Urheber der gewiß gutgemeinten Pläne waren von dem richtigen Gefühl für das Falsche geleitet. Zu keiner Stunde des Krieges bestand ein wirklicher Brennstoffmangel in Deutschland, er wird auch weiterhin nicht eintreten, was besonders jenen Angstrufen gegenüber betont sei, die auf Kohlennotmöglichkeiten glaubten hinweisen zu müssen.

Indes der Kohlenhändlervorschlag enthielt das Prinzip der Vorratspolitik, die als wirtschaftliche Lehre des Krieges und als künftige volkswirtschaftliche Regel schon seit mehreren Monaten mit Eifer und als Selbstverständlichkeit vorgetragen wird. Auch Professor Levy-Heidelberg trat bereits vor geraumer Zeit mit der Forderung eines planmäßigen Betriebes der Vorratswirtschaft in einer Schrift: „Vorratswirtschaft und Volkswirtschaft“ (Verlag Julius Springer) hervor. Erfasst das Vorrats-

problem im weitesten Sinne auch diejenigen Maßnahmen, die dazu geeignet sind, die heimische Versorgung an irgendwelchen Gütern durch die heimische Produktion sicherzustellen, so beginnt aber erst, wie er betont, das eigentliche Vorratsproblem, nämlich die Anhäufung eines festen Bestandes von Waren, bei denen in Jahren des Friedens das Defizit der heimischen Erzeugung durch die Einfuhr gedeckt werden kann, wo eine derartige Sicherstellung auf Grund der weltwirtschaftlichen Verhältnisse nicht oder nicht in vollem Umfange ermöglicht werden kann.

Die Aufgabe der Kriegsvorratspolitik soll es sein, an Hand genauer Ermittlung des normalen monatlichen Zu- und Abgangs der Vorratsmengen in der „freien“ Wirtschaft eine Stabilität der Vorräte innerhalb des ganzen Jahres durchzuführen. Die Bedenken gegen das System der Vorratswirtschaft großen Stils drängen sich zu sehr auf, um von Professor Levy übersehen zu werden, aber er setzt sich über diese Bedenken hinweg, offenbar weil er andere Wege der Lösung des Problems sich nicht vorzustellen vermag. „Seine Bedeutung“ (nämlich des Kriegsvorrats), schreibt er, „läßt sich nicht von Jahr zu Jahr erhärten, noch eine gesteigerte Bedeutung ziffernmäßig darlegen, wie sie etwa bei der inneren Produktion, bei überseeischen Transportleistungen oder bei der Einfuhr und Ausfuhr ohne weiteres erhellt. Es handelt sich vielmehr bei der Vorratsanhäufung um eine in jedem einzelnen Jahre wiederkehrende Belastung des nationalen Reichtums zugunsten einer zunächst zeitlich unbestimmten Periode, in welcher der Vorrat dann freilich die Sicherung des wirtschaftlichen Fortbestandes bedeuten kann.“

Was so dürftig an dieser ganzen Auffassung der Vorratspolitik ist, kennzeichnet eine Besprechung der Levyschen Schrift, die in der „Deutschen Zuckerindustrie“ erschien. „Ich bekenne offen“, sagt der Verfasser Direktor Dr. Bruckner, „daß ich kein Freund allzuweit getriebener Vorratspolitik und vielmehr überzeugt bin, daß uns eine solche, wenn wir sie auch nur von 1870 bis heute betrieben hätten, viel mehr Milliarden an Volkvermögen gekostet haben würde, als jetzt die allertuerste Einfuhr aus dem Auslande, und daß sie trotzdem bei weitem unzureichend geblieben wäre, da es fast doch unmöglich war, die

wirklich nahezu vollständige Einkreisung unseres deutschen Vaterlandes vor auszusehen und vorzubereiten. Andererseits hat dieser Krieg in höherem Maße als alles früher Erlebte die Gedanken, die Friedrich List vor mehr als einem halben Jahrhundert in die Welt gesetzt und verteidigt hat, in hellstem Lichte erstrahlen lassen. Mehr als früher ist es klar geworden, daß es nicht auf Reichtum und Vorräte ankommt, sondern auf die schaffenden Kräfte des Wirtschaftslebens; schützen wir die Landwirtschaft und alles, was Nahrungsmittel schafft und vor dem Verderben bewahrt, dann können wir eine kostspielige und wahrscheinlich doch unzureichende Vorratswirtschaft entbehren.“

Uebereinstimmung herrscht in dem Verlangen nach einer exakten und ständigen Kontrolle des Produktionsumfanges, also einer brauchbaren **Produktionsstatistik**, um erst einmal zu wissen, was bei uns produziert wird und welche Anforderungen der Konsum auf den verschiedensten Gebieten der Menge nach stellt. Der Mangel allgemeiner produktionsstatistischer Erhebungen ist nicht erst seit den Kriegstagen beklagt worden, viele Schwierigkeiten in der Durchführung der Kriegswirtschaft wären vermieden worden, wenn wir über eine brauchbare Produktionsstatistik verfügt hätten. Künftig werden wenigstens die fadenscheinigen Einwände der Notwendigkeit einer Geheimhaltung des Betriebsumfanges vieler Unternehmungen teils der inländischen Konkurrenz, teils dem Auslande gegenüber, mit denen man den Wunsch zweckmäßiger Produktionsstatistiken glaubte bekämpfen zu können, nicht mehr zu äußern gewagt werden, Klarheit über die Entwicklung unserer Produktionsverhältnisse werden wir in jedem Falle mehr als früher erhalten. Niemand wird ferner verkennen wollen, daß es aus wirtschaftlichen und politischen Gründen angebracht sein dürfte, Vorsorge zu treffen, daß wichtige Produkte sich zu jeder Zeit in Beständen im Lande befinden, die ausreichen müssen, um gegen mancherlei Kriegswirkungen unter allen Umständen gesichert zu sein. Aber ebenso wird sich das Verständnis dafür ergeben, daß **Vorratspolitik nur ein Notbehelf** sein kann, mit dem auf den wirtschaftlich bedeutendsten Gebieten nicht für die Dauer gerechnet werden darf, sondern dessen Ablösung in Rechnung gestellt und betrieben werden muß. Der Weg zu

diesem Ziel liegt in der Steigerung der Produktivität, in der Entfesselung aller Produktivkräfte. Zur Ueberraschung manchen Zweiflers hat die deutsche Landwirtschaft nach Sperre der Zufuhr das deutsche Volk zu ernähren vermocht, Friedensarbeit der nächsten Jahre wird die Produktionsleistungen weiter erhöhen, ein großes Stück von Vorratspolitik, die im Augenblick für notwendig erachtet werden mag, wird dabei schnell überflüssig und durch Besseres ersetzt werden.

Für die industrielle Produktion trifft das gleichfalls zu. Professor Levy weist darauf hin, daß die Monopolisierungsversuche auf verschiedenen Produktionsgebieten, die zu Versorgern des nationalen oder internationalen Marktes werden, auch Schutzmaßnahmen derjenigen privaten Interessenten hervorgerufen haben, welche sich durch die mehr oder minder ausschließliche Versorgungsnotwendigkeit aus diesen Produktionsgebieten bedroht fühlen. So gliederten gemischte Unternehmungen in der Eisenindustrie sich Kohlenbergwerke und Erzgruben an, der Zeitungstrust des Lord Northcliffe sicherte sich überseeischen Waldbesitz zum Zwecke der Papierfabrikation, chemische Betriebe schritten zu dem Erwerb von Plantagen, um über eigene Rohstoffe zu verfügen. Aber was nutzt die Beteiligung an den ergiebigsten überseeischen Rohstoffunternehmungen, wenn man durch Gewalt verhindert ist, die Rohstoffe zu holen? Deutschland ist bei der Stärke seiner Industrie und der weiteren Ausdehnungsfähigkeit seiner Volkswirtschaft gezwungen, sich Gebiete für die Gewinnung erforderlicher Rohstoffe über See in wirtschaftlichem Sinne zu sichern und zugleich für die Aufrechterhaltung einer Verbindung mit diesen Gebieten, sowie des Verkehrs mit anderen Ländern zu sorgen.

Wo diese Voraussetzungen nicht erfüllt sind, bleibt die Bezugsmöglichkeit von wichtigen Produkten auch aus neutralen Ländern, es mag nur an Baumwolle und Kupfer erinnert werden, ein leerer Begriff. Sicherung der Rohstoffversorgung und der Zufuhr ist die Pflicht eines Landes mit mächtiger und andauernd zunehmender Produktivität, deren Ergebnisse zweifellos wertvoller für die Volkswirtschaft sind als die schönsten Erfolge einer ausgeklügelten Vorratswirtschaft. Bei der höchsten Einschätzung der

bisherigen Leistungen der deutschen Industrie bleibt doch auf lange hinaus eine weite Fülle noch zu lösender Aufgaben. Mitten im Kriege wird die Salpeterzufuhr durch die Erzeugung von Luftstickstoff für die Zukunft ausgeschaltet oder doch außerordentlich erheblich reduziert; was sich hier vollzieht, kann und wird auch auf zahlreichen anderen Gebieten mit der sicheren Aussicht auf Erfolg bewältigt werden. Bei systematischer Arbeit dürfte, um nur eine dieser Fragen anzudeuten, amerikanisches Petroleum durch deutsches Wasser, d. h. den Ausbau deutscher Wasserkräfte zu Elektrizitätszwecken, schnell ersetzt sein. **Steigerung der Produktivität, nicht Vorratswirtschaft** muß die Losung lauten.

**Der Handelsverkehr der wichtigsten Häfen Europas. Es betrug der Schiffs-
eingang in je 1000 Tonnen:**

im Hafen von:	1870	1900	1912
Antwerpen	984	5692	11 693
Hamburg	1604	8038	13 568
London	4089	9581	12 986
Rotterdam	1026	5970	11 548
Bremen	655	2494	4 238
Havre	1206	2136	3 582

M. F. SEIDMANN:

Die polnisch-jüdischen Beziehungen.

IN Polen wütet jetzt der heftigste Antisemitismus. Die antisemitische Bewegung hat in diesem Lande Formen angenommen, die an wilden Ausbrüchen nicht mehr zu übertreffen sind. Es wird und muß eine Reaktion eintreten, und bei dem Charakter des polnischen Volkes, bei seiner Heftigkeit und dem Temperament, mit dem es gesegnet ist, kann man fast mit mathematischer Sicherheit voraussagen, daß innerhalb einer kurzen Periode (im historischen Sinne gemeint) auf diese antisemitische Bewegung eine philosemitische folgen wird. Das ist um so wahrscheinlicher, da das polnische Volk sich schon früher vielfach durch seinen Philosemitismus auszeichnete. Unter den westeuropäischen Völkern war dieses das philosemitischste. In keiner europäischen Literatur haben die größten Dichter und Künstler so viele Werke der Liebe und Achtung den Juden gewidmet, wie in der polnischen.

Wie entstand die antisemitische Bewegung in Polen?

Wie schon bemerkt, herrschte bis vor kurzem in Polen eine außerordentlich philosemitische Stimmung. Die polnischen Nationalliberalen, welche die stärkste politische Partei Polens darstellen, schlossen sich zuerst der antisemitischen Richtung an. Diese Partei hatte sich das Ziel gesteckt, eine Verständigung mit den Russen herbeizuführen, und es scheint, daß von ihr die antisemitischen Tendenzen weniger aus innerer Ueberzeugung heraus aufgenommen wurden, als um den Russen damit eine Gefälligkeit zu erweisen. Den Russen waren diese Tendenzen außerordentlich genehm. War doch immer die russische Politik darauf gerichtet, Zwietracht und Haß unter den verschiedenen Nationalitäten des Reiches zu säen, um auf diese Weise die eigene Vergewalti-

gungspolitik durchführen zu können. Um diese Tendenzen bei den polnischen Nationalliberalen zu stärken, brachte man es fertig, in der Hauptstadt Polens den Juden die Majorität bei den Wahlen in der Duma zu sichern. Man hoffte dadurch die Polen zu überzeugen, daß die Juden eine Gefahr für das polnische Land darstellen, und man wollte so die Polen gegen die mächtige Stellung, die die Juden im Herzen Polens inne hatten, aufreizen. Bei einer etwas klügeren Politik von seiten der Polen hätten sie diese Provokation durchschauen und ihren Haß nun erst recht gegen die Russen richten müssen. Das paßte aber nicht zu der Taktik der Nationalliberalen und sie gingen auf die Provokation der Russen ein. Man verlangte von den Juden, daß sie mit ihrer Majorität einen polnischen Nationalliberalen wählen sollten, und als die Juden den Nationalliberalen die politische Gretchenfrage stellten: Wie halten es die Nationalliberalen mit der Gleichberechtigung? da hielten es die stolzen Polen für notwendig, gerade diese Frage nicht zu beantworten. Die Juden wählten nun zum Abgeordneten von Warschau nicht einen Nationalliberalen und auch nicht etwa einen eigenen Abgeordneten, sondern einen polnischen Sozialdemokraten. Sie gaben ehrlich zu, daß von der polnischen Hauptstadt ein echter Pole als Abgeordneter in die Duma kommen müsse. Dann kam die Antwort der Nationalliberalen auf diese „Kränkung“. Sie proklamierten den Boykott der Juden seitens der polnischen Bevölkerung, und mit diesem Moment begann der Teufelstanz. Die polnischen Freidenker und Progressisten, die früher die Nationalliberalen am heftigsten bekämpft hatten, schlossen sich der Hetze an. Die Lösung des Boykotts wurde auch von diesen Parteien aufgenommen. Die Einzelheiten dieser Boykottbewegung hier zu schildern, würde zu weit führen. Ich möchte nur die polnische antisemitische Bewegung seit Ausbruch des Krieges in kurzen Worten schildern und Belege, nicht etwa von der nationalliberalen und antisemitischen, sondern nur von der progressiven und fortschrittlichen Presse liefern. So z. B. hielt es der polnische Progressist Aleksander Swientochowski für notwendig, in der „Gazeta Warszawska“ vom 25. Januar 1915 die Juden als Deutschenfreunde bei den Russen zu denunzieren: „Vom Anfang des Krie-

ges an hat sich in der öffentlichen Meinung unserer Gemeinschaft eine Ueberzeugung befestigt, daß die hiesigen Juden den Wirrwarr in den ökonomischen Verhältnissen mittels verschiedener Spekulationen ausnutzen und — was am schlimmsten ist — daß sie mit den Deutschen sympathisieren, daß sie sich über ihre Siege freuen und daß sie sie sogar mit Taten unterstützen. Man hat sich Hunderte von Ereignissen erzählt, wo man sie sogar auf frischer Tat erhaschte.“

Eine ständige judenfresserische Tätigkeit, bei der eine Denunziation die andere jagte, hat der berühmte polnische Freiender Andrzej Niemojewski entwickelt. Seine Zeitschrift „Mysl Niepodlegla“ (Unabhängiger Gedanke) hat er seit dem Kriegsausbruch beinahe ausschließlich der antisemitischen Agitation gewidmet. Als Beispiel zitiere ich auszugsweise folgende Sätze aus einem Artikel, welcher die vielsagende Ueberschrift: „Das deutsch-jüdische Bündnis“ trägt:

„Auf die erste Nachricht vom Kriege mit den Deutschen hat das polnische Volk vermittle seiner gesunden Intuition es verstanden, daß ein Kampf mit seinem uralten Feinde begann. Die im glänzenden Verlauf der Mobilisation offenbarte Haltung der polnischen Bevölkerung hat den Boden zu der Losung der Vereinigung der polnischen Gebiete vorbereitet. Alle Bruchteile der Gesellschaft haben sich in ein einnütiges Ganzes verschmolzen. Uebrigens abgesehen von der Verwirklichung der großen oder kleinen Hoffnungen, haben die Polen verstanden, daß die Niederlage des Dreiverbandes (Rußland, Frankreich und England) sie zur Beute des Germanismus machen würde.

Ganz anders stellt sich die Situation der Juden dar, welche innerhalb der zweiten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts in Deutschland, Oesterreich und Ungarn nicht nur Gleichberechtigung erworben haben, sondern sich dieser Länder vermittle ihrer Finanzen, ihres Handels, ihrer Presse und politischer Einflüsse bemächtigt haben. Während in Deutsch-Polen die Polen sich im Kampfe mit den Deutschen eine wunderbare Zähigkeit erworben haben, ist das polnische Volk in Galizien, diesem Stiefsohn der Habsburger, mit Freiheitsdekorationen getäuscht und der Grundlagen des Daseins beraubt worden, es muß in

Armut und Rückständigkeit vegetieren. Allein über dieses Galizien, über die ganze schwarz-gelbe Monarchie, über die auf ihre Freiheiten stolzen Ungarn und über den Verbündeten und Vormund aller beiden, den prächtigen Wilhelm, hat immer höher und höher sein gläubigerisches Szepter der ungekrönte Herrscher Israel gehoben. Dieses Israel, welches keinen König brauchte, weil sein Lord Rothschild der Jude aller Könige ist."

Nachher kommen Ausführungen, daß die jüdisch-deutsche Koalition in Rußland die Revolution hervorgerufen habe, daß sie Stolypin ermordete, die Ruthenenbewegung in Galizien gestützt, die polnisch-sozialistische Partei gegründet habe, welche einen Aufstand in Polen plante, daß sie gegen das russisch-französische Bündnis intrigiert, verschiedene Streiks heraufbeschworen und überhaupt alles Böse in Rußland und Polen verübt habe.

Selbst die Redaktion der „Gazeta Warszawska“ begann nun mit Denunziationen auf folgende Weise:

„Alle Sympathien ziehen die Juden zu den Deutschen: es lockt sie nicht nur die Sprachenverwandtschaft, sondern vor allem die Aussicht, gemeinsamen Einfluß auszuüben, finanzielle Macht zu erwerben.“

Das war die Stellungnahme derjenigen Zeitungen, welche sich zu der sogenannten russischen Orientierung bekennen. Die anderen, welche, wie sich später herausgestellt hat, der österreichischen Orientierung huldigten, hatten damals eine ganz geringe Bedeutung. Ihr Leserkreis war klein. Am liebsten haben sie die Judenfrage gänzlich totgeschwiegen. Es gab aber Augenblicke, in denen sie aus ihrer Reserve heraustraten. Nicht, Gott bewahre, um die Juden gegen die antisemitische Orgie in Schutz zu nehmen, o nein! „Goniec“, „Prawda“, „Widnokrong“ ergriffen das Wort, um auch ihrerseits gegen die Juden zu hetzen. Der „Goniec“ hat sich vor Ostern erinnert, daß ungeachtet des Krieges der Boykott weitergeführt werden müsse, und alle drei zusammen überfielen mit den unanständigsten Schmähungen George Brandes, weil er es gewagt hatte, die polnischen Schwarzhundertler zu brandmarken. Ebenso haben sie sich mit einer rührenden Einstimmigkeit auf die jüdische Sprache gestürzt. Aus der Reihe derartiger Artikel möchte ich nur folgendes Zitat aus der Feder des

Chefredakteurs des „Widnokrong“, Herrn W. Bzymowski, dessen Artikel später als Broschüre erschienen ist, anführen:

„In der verkrüppelten deutschen Sprache, welche das Jargon darstellt, kann nur eine verkrüppelte Seele hausen. Jargon ist nur eine Sprache der jüdischen Knechtschaft und ein Stempel ihrer Abhängigkeit von der preußisch-deutschen Kultur, aber niemals eine Sprache der Freiheit und der nationalen Selbständigkeit... Während in der Hitze des Kampfes gegen das Germanentum Rußland plant, aus den Schulen des ganzen Reichs die Sprache von Schiller und Goethe zu verdrängen, will die russische Demokratie für immer und ewig die in dem Munde von den Feinkind und Davidson verkrüppelte deutsche Sprache befestigen...“

Die heftige polnische Agitation gegen die jüdische Sprache ist bald von Erfolg gekrönt worden. Der letzte Angriff gegen sie erschien in der „Gazeta Warszawska“ und „Dwa Grosze“. Diese Organe der leitenden Partei haben daran erinnert, daß laut dem Statut des Grafen Wielopolski, welches nach wie vor in Polen gelte, der öffentliche Gebrauch der jüdischen und hebräischen Sprache verboten sei.

Drei Tage später wurden alle jüdischen Zeitungen unterdrückt. Ein Volk, welches die leisesten Maßnahmen gegen seine Sprache als Barbarismus stempelte, hat es fertig gebracht, dem jüdischen Volke den Mund zu stopfen! Erst als die „Barbaren“ Warschau besetzt hatten, sind die jüdischen Zeitungen wieder erschienen.

Als die Russen Polen verließen, übernahmen die Polen die Zivilverwaltung des Landes. Man gründete Bürgerkomitees, eine Stadtmiliz, und auch die Rechtspflege ist in ihre Hände gekommen. Wie die Polen diese ihre Macht speziell gegen die Juden ausgeübt haben, kann hier nicht im einzelnen geschildert werden. Unaufhörlich wurden die Juden schikaniert, bedrängt und entrechtet, und es kam so weit, daß die deutsche Behörde sich trotz der Stimmung der deutschen Politik, die den Polen gerne entgegenkommen wollte, gezwungen sah, die polnischen Gerichte überall zu schließen, in manchen Ortschaften die polnische Miliz abzuschaffen und sogar das polnische Zentralkomitee

aufzuheben. Noch jetzt, nachdem die Russen aus dem Lande verjagt sind, merken die Polen nicht die große Verwüstung und Vernichtung, welche die Russen in diesem Lande zurückgelassen haben — auch in den Seelen des polnischen Volkes. Auch die Tatsache, daß die polnischen antisemitischen Hetzblätter von den Russen unterstützt werden, hat die Polen über die Schädlichkeit ihrer antisemitischen Agitation nicht aufzuklären vermocht...

Das ist das moralische Resultat der Knechtung und Unterdrückung eines früher so stolzen, ritterlichen und edelgesinnten Volkes. Es gab die Unterdrückung und Knechtung nach unten hin weiter. Das gibt viel zu denken und jedenfalls ist diese Tatsache sehr bedeutungsvoll bei der Lösung des schwersten sozialen Problems: des Problems der Nationalitätenfrage.

Die Bevölkerungsdichtigkeit in den wichtigsten kriegführenden Ländern sieht so aus: Es kommen (von den Kolonien abgesehen) auf einen Quadratkilometer Bodenfläche

in Rußland	24	Menschen
in Frankreich	74	"
in England	144	"
in Deutschland	120	"

A. TOSI:

Glossen zur Lage in Finnland.

DIE kürzlich von der Regierung gewaltsam unterbrochene Tagung der Duma hat auch die politische Stimmung in Finnland wohltuend belebt. Sie half lange zurückgehaltene Forderungen und kritische Meinungsäußerungen auszulösen. Die freimütige Kritik, die sich die reaktionär-versumpfte Regierung an der Newa gefallen lassen mußte, die demokratischen Forderungen, die von einigen Abgeordneten der Duma vorgebracht wurden, fanden in Finnland einen freudigen Widerhall. Der reaktionäre Damm kam auf einen Augenblick ins Wanken, die Wellen der revolutionären Vorflut begannen sich Bahn zu brechen. Dieser kurze „Durchbruch“ war für die politische Atmosphäre sehr heilsam. Lastet doch die Kriegszensur und der militärische Polizeiknüppel der russischen Festungskönige in Finnland bleischwer auf dem Volke — noch ungleich schwerer als selbst in Rußland. Während man in der russischen Presse ab und zu immer noch Gedankenäußerungen von Wert findet — vielleicht als „Entgelt“ für den Hurratriotismus zugelassen —, ist der finnländischen Presse der Mund vollends zugebunden. Vielleicht als Strafe dafür, daß der Hurratriotismus hier so ganz und gar fehlt, weil von einer Kriegsbegeisterung, vom Deutschenhaß hier keine Spur zu finden ist. — Daß nun der Deutschenhaß und der Hurratriotismus russischer Herkunft hier keine Pflegestätte gefunden hat, das hat — scheint es — die Gewalthaber so fürchterlich aufgebracht, daß sie ihre reaktionären Knebelungsmittel verdoppelt und ihren reaktionären Kurs noch reaktionärer gemacht haben. Der Generalgouverneur von Seyn, dieser Schüler und unermüdliche „Rächer“ des berüchtigten Diktators Bobrikov,*) jetziger Bezwingler der finnischen Autonomie, dieser wüterische

*) Bobrikov war ebenfalls Generalgouverneur von Finnland; erhielt von dem Zaren diktatorische Gewalt — zur „Besiegung“ Finnlands. Er wurde im Sommer 1904 durch Eugen Schaumann tödlich verwundet. Seyn war Bobrikovs eifriger Handlanger.

Machthaber, lauerte längst auf diesen Augenblick, der ihm alle Hindernisse hinwegräumen, den Weg zur Russifizierung Finnlands freimachen sollte. Für diesen Alba Finnlands brachte der Ausbruch des Krieges die Gewalt der Diktatur. Nun waren alle Schranken gefallen, die Erdrosselung konnte nach dem lange gehegten Plan beginnen. Von da ab war die finnische Verfassung nur noch ein Fetzen Papier. Sie wurde bei der Verhängung des Kriegszustandes völlig ignoriert, alle finnischen Gesetze, die auf den Kriegszustand Bezug nehmen, blieben unberücksichtigt.

Das Wetterleuchten an der Newa war für die Finnen das Signal, sich gleichfalls vernehmbar zu machen. Das Nächstliegende war die Forderung: **Einberufung der Volksvertretung.** Verfassungsgemäß soll der Landtag alljährlich am 1. Februar sich zur ordentlichen Tagung von 90 Tagen versammeln. Die Einberufung hat der Zar zu veranlassen. Er hat auch das Recht, die Tagung auf eine andere Zeit zu verlegen. Das Recht der Nichteinberufung hat er aber nicht. Nun waren acht Monate vergangen, ohne daß von der Einberufung des Parlaments etwas zu hören gewesen wäre. Wenn die verfassungsmäßige Tagung noch statthaben sollte, mußte die Einberufung sogleich erfolgen. Um dies zu veranlassen, trat der Präsidialausschuß des letzten Landtags zusammen und wurde mit der Forderung zur Einberufung des ordentlichen Landtags bei der Regierung vorstellig. Diese Forderung wurde bereits Ende August gestellt. Aber der Zar hat diese Mahnung einfach nicht beachtet. Der Oktober kam, aber der Landtag ist nicht einberufen, das Jahr geht zu Ende, ohne daß die gesetzliche Parlamentstagung stattfinden kann. — Die Landespresse aller Parteirichtungen behandelte die Frage der Einberufung der Volksvertretung mit großer Wärme und tiefem Ernst. Sie sowohl wie auch alle übrigen Organe der öffentlichen Meinung stehen einmütig hinter dieser Forderung.

Um die Notwendigkeit der Einberufung des Landesparlaments zu demonstrieren, werden eine Reihe wichtiger Fragen betont, deren parlamentarische Behandlung unerlässlich ist. Da ist z. B. die außerordentlich wichtige Frage des **neuen Pachtgesetzes**, auf deren Einzelheiten aber hier aus Rücksicht auf den Raum dieser Zeitschrift leider nicht eingegangen werden kann.

Die Einberufung des Landtages ist aber auch aus rein verfassungsrechtlichen und steuertechnischen Gründen unbedingt notwendig. Für 1916 liegt keine Budgetbewilligung vor, der Etat müßte erst geprüft und bewilligt werden, oder — die Gewalt wird gesetzlos wirtschaften, die Steuern von der Bevölkerung gewaltsam, gesetzwidrig eintreiben...

Diese Seite der Frage ist um so schlimmer, da seit dem Kriegsausbruch mehrere Einnahmequellen des Staates so gut wie verstopft sind. Der Außenhandel liegt lahm, die Zölle ergaben bereits 1914 zirka zehn Millionen finnische Mark weniger, 1915 rechnet man diese Fehlsumme auf mindestens zwanzig Millionen. Demgemäß sind auch andere Einnahmen beträchtlich zurückgegangen, der Staatshaushalt steht vor großen Schwierigkeiten. Um ein Gleichgewicht herzustellen, hat die Regierung im Auslande eine Anleihe von 30 Millionen finnische Mark vorgesehen. Laut Verfassung muß aber eine Staatsanleihe durch den Landtag bewilligt werden! Sonst ist sie dem Volke gegenüber unverbindlich. — Ebenso verfassungswidrig sind auch die neuen Steuern, die die Regierung auf dem Verordnungswege eingeführt hat — ohne den Landtag zu befragen. Sie hat z. B. eine neue Alkoholsteuer eingeführt, während sie gleichzeitig den Alkoholhandel — wie in Rußland — verbot. Dagegen hat der Zar das finnische Alkoholverbotsgesetz, das ihm zuerst 1907 und dann 1909 nochmals in verbesserter Form zur Annahme vorgelegt wurde, noch nicht sanktioniert. — Weiter sind an neuen Steuern dem Volke verfassungswidrig aufgezwungen worden: eine Verkehrsteuer auf Fahrkarten, eine Stempelsteuer auf Unterhaltungen, eine Kuponsteuer, eine städtische Kapitalsteuer usw. In Vorbereitung steht eine neue Steuerverordnung für das ganze Land auf Darlehen gegen hypothekarische Sicherheiten.

In diesem Zusammenhange werden denn auch die übrigen Maßnahmen erörtert und bitterböse kritisiert, die der Generalgouverneur während des Belagerungszustandes ergriffen hat, wie gesagt, selbstherrlich, die Gesetze Finnlands ignorierend. Das freie Wort ist vollständig ertötet. Einmal, weil der Generalgouverneur die Presse ganz richtig als die Schlagader des Volkes und seines Sinnes für Freiheit erkennt und das Lebens-

element des Volkes hier tödlich zu treffen glaubt; dann aber auch, weil die einigermaßen gebildeten russischen Zensoren die Landessprachen — Finnisch und Schwedisch — nicht verstehen und daher die Streicherei von ungebildeten Handlangern ausgeübt wird. Geldstrafen bis 8000 finnische Mark, Gefängnis, Verbannung nach Sibirien und Zeitungsverbote, das ist's, womit der Diktator die „Ordnung“ aufrecht erhält, d. h. mit diesen Strafen beugt er das freie Wort unter das Joch. Mehrere Redakteure haben, nachdem sie ihre Gefängnisstrafen, die ihnen administrativ auferlegt wurden, verbüßt hatten, nach Sibirien in Verbannung wandern müssen. Soeben mußten wieder zwei sozialdemokratische Redakteure ins Gefängnis wandern, Ivar Hörhammer auf 6, Irjö Mäkelin auf 8 Monate. Ob ihnen dann auch der Weg nach Sibirien bevorsteht, kann noch nicht gesagt werden. Beide Genossen waren angeklagt, die Majestät beleidigt zu haben. Von den ordentlichen finnischen Gerichten wurden beide **freigesprochen**. Der Prokurator — verfassungsgemäß hat er die Aufgabe, die Uebertretung der Landesgesetze und die Verletzung der Verfassung mit allen Rechtsmitteln zu verhindern und zu bestrafen, dem finnischen Recht in jeder Hinsicht Schutz zu gewähren — jetzt einer der Hauptfeinde Finnlands und seiner Selbständigkeit, mit der Amtsmacht stets auf der Lauer, um das Gegenteil von dem zu tun, was seines Amtes ist —, dieser Prokurator also brachte die Angelegenheit vor die höchste Justizinstanz und dort erfolgt in solchen Fällen stets das Urteil: „Schuldig!“ Diese Instanz ist nämlich die Justizabteilung des Senats. Der finnische Senat ist aber zusammengesetzt aus russischen Offizieren und anderen Kreaturen der Reaktion. Verfassungsgemäß ist der Zar wohl gehalten, das Land durch Beamte regieren zu lassen, die selbst Bürger des Landes sind. Aber seit einigen Jahren hat der Zar auch darin Verfassungsbruch geübt. Die Reaktion brauchte an der höchsten Verwaltungsstelle des Landes willfähige Handlanger, die gerne bereit wären, bei der Erdrosselung der Autonomie des Landes mitzuwirken, und — man fand sie in Rußland. Daher auch stets die erwünschte Verurteilung seitens des Justizdepartements, wenn es sich um Pressesünder oder um Verteidiger der finnischen Rechte und Gesetze handelt.

Der Belagerungszustand gab dem Generalgouverneur nunmehr auch die Möglichkeit in die Hand, sich über die Unabsetzbarkeit der finnischen Richter und Beamten hinwegzusetzen. Bis zum Ausbruch des Krieges konnte er das ohne Gerichtsurteil nicht tun. Kurzerhand benutzte er jetzt sein neues „Recht“, indem er den langjährigen Landtagspräsidenten Landrichter Svinhufvud seines Richteramtes entkleidete und nach Sibirien verbannte.*) Damit im Zusammenhange wurden noch mehrere andere Personen ebenso mit Amtsenthebung und Gefängnis bestraft, weil sie sich zu den finnischen Gesetzen bekannten und auf die Verfassung stützten.

Im Verlaufe des Krieges sah sich der Zar veranlaßt, Polen die Autonomie zu versprechen (allerdings erst dann, als er Polen nicht mehr besaß), er gedachte sogar seiner „lieben Juden“, die Duma setzte sich ein — freiheitliches Gesicht auf, Semstwo und Städte begannen zu kongresseln, die russischen Arbeiter schickten sich an, wieder mit ihren revolutionären Forderungen zu kommen. Und auch die Finnen begannen lauter zu werden. Sie forderten nicht nur die Einberufung des Landesparlaments, sie erörterten auch die Fragen, welche dort behandelt werden sollten und über welche die Regierung Rede und Antwort stehen sollte. Nicht nur über die neuen Steuern wollte man Aufklärung haben, sondern auch die Zensur sollte parlamentarisch gezüchtigt werden. Laut und vernehmlich verlangte man in der Presse die Anwendung finnischer Gesetze und Abschaffung der russischen Gesetze des Belagerungszustandes. Der „Fall“ Svinhufvud war für eine Interpellation zurechtgelegt, und darin wollte man mit dem Diktator möglichst hart ins Gericht gehen. Man wollte nicht nur Svinhufvud, sondern auch alle übrigen Finnen die gewaltsam verbannt und bestraft worden, nicht nur zurück und in ihre Rechte eingesetzt, sondern das an ihnen verübte Unrecht auch sonst gesühnt sehen.

*) Es hieß, daß der Zar gleichzeitig mit Burzew auch Svinhufvud „begnadigt“ haben sollte. Diese Begnadigung, d. h. die Rückkehr Svinhufvuds nach Finnland wäre dem Diktator Seyn mindestens sehr unangenehm gewesen. Sie wurde denn auch im Sinne des Herrn Seyn „gemildert“. Anstatt in Sibirien in der Verbannung zu weilen, wurde Herr Svinhufvud nach der „Begnadigung“ in Simbirsk in einem Dorfe unter Polizeiaufsicht gestellt. Herr S. hat auf diese Begnadigung verzichtet, er zieht die Verbannung in Sibirien vor . . .

Obleich die finnische Bourgeoisie für die russische Sozialdemokratie sonst nichts übrig hat, die Forderungen, welche seitens der Sozialdemokraten in der Duma hinsichtlich Finnlands gestellt waren, wurden hier allgemein als richtig und gerecht anerkannt. Unter dem „neuen Kurs“, den man erwartete, verstand man neben einer anderen Zusammensetzung des Senats und der Abberufung des gegenwärtigen Generalgouverneurs auch die Zurücknahme der verhaßten, verfassungswidrigen Gesetze, die seit 1910 durch die russischen Gesetzgebungsinstitutionen zur Erdrosselung Finnlands geschaffen und durch die rohe Polizeigewalt aufgezungen wurden. Diese gewaltsame Gesetzgebungsaktion wurde ja bekanntlich vorgenommen, um die finnische Verfassung zu durchbrechen. Als 1910 die scheinbar gesetzliche Basis für die verfassungswidrige Gesetzgebung gegeben worden war, erfolgte 1912 das sogenannte „**Gleichstellungsgesetz**“, das allen russischen Staatsangehörigen in Finnland die gleichen Staatsbürgerrechte geben sollte, welche nach finnischem Recht nur finnischen Staatsangehörigen zukommen. Dadurch sollte der Zar freie Hand bekommen in der Wahl der Personen, durch welche er Finnland verwalten lassen wollte. Laut finnischer Verfassung konnte er dazu nur finnische Staatsbürger berufen. Diese weigerten sich aber, zur Erdrosselung der finnischen Autonomie ihre Hand darzubieten. Dazu brauchte der Zar erprobte Kreaturen aus dem Heer der russischen Tschinovniks.

Durch das „Gleichstellungsgesetz“ ist in den paar Jahren viel Unheil angerichtet worden. Auf Grund dieses ungesetzlichen Gesetzes wurden viele finnische Magistratsherren, Richter und Beamte gewaltsam nach Petersburg geschleppt und von den russischen Richtern zu harten Gefängnisstrafen verurteilt, die sie in russischen Kerkern verbüßen mußten und müssen, während ihnen zugleich auch die Amtsfähigkeit aberkannt wurde. Warum? Weil diese Amtspersonen — ihrem Amtseide treu bleibend — dies verfassungswidrige Gesetz nicht anerkennen konnten!

Die finnische Verfassung kennt nur eine Art der Gesetzgebung: alle in Finnland rechtsgültigen Gesetze müssen von der finnischen Volksvertretung in genau festgelegter Ordnung beraten und durch Beschlußfassung angenommen und durch den Zar-

Großfürsten gutgeheißen werden. Das ist der einzig gesetzliche Weg. — In rechtlicher Hinsicht hat Finnland weder mit den russischen Gesetzgebungsinstitutionen noch mit der russischen Justizpflege etwas zu tun. So wie Finnland seine eigene Gesetzgebung, hat es auch seine eigene Rechtspflege. Alle Rechtsdelikte, gleichviel welcher Art sie seien, gehören von Anfang bis Ende vor die eigenen, die Landesbehörden. Hier sprechen nur finnische Richter Recht, wie auch die verhängten Strafen im Lande selbst verbüßt werden. Die eigene Gesetzgebung und Rechtsprechung ist ein durch die Verfassung verbürgtes Recht, auf das jeder Finne Anspruch hat. Dies verbürgte Recht hat der Prokurator zu schützen und jeder Richter und Beamte verpflichtet sich durch Eid, dieses Landesrecht, die Landesgesetze als einzige Richtschnur im Auge zu behalten.

Man beachte wohl, daß der Zar die Verfassung und die finnischen Landesgesetze zu **achten und zu hüten gelobt hat**. Noch 1905 und 1906 hat er dies durch feierliche Manifeste gelobt. Trotzdem hat er aber 1910 und später auch diese Gesetze sanktioniert, welche, wie bereits gesagt, nur den Zweck hatten und haben, die finnische Verfassung zu vernichten. Im Namen des Zar-Großfürsten nimmt man den finnischen Richtern den Eid auf die Landesverfassung und Landesgesetze ab, nachher zwingt man sie aber gerade diese Landesgesetze zu übertreten und zu mißachten — ebenfalls im Namen des Zaren! Die Richter bleiben ihrem Eide treu, sie verletzen die Landesgesetze nicht. Dafür werden sie aber bestraft. Das Landesgesetz sichert ihnen Richter und Verteidigung, wie auch Strafverbüßung im Lande selbst zu. Sie werden aber nach Rußland geschleppt, fremden Richtern vorgeführt, Gerichtssprache, Gesetze und Verteidigung — alles ist dem Finnen dort fremd —, sie werden dort verurteilt, eingekerkert, aller ihrer Rechte beraubt. Und der Prokurator, der das finnische Recht schützen soll, ist derjenige, der diese unerhörte Gewalt in Finnland leitet und anbefiehlt!

Man verlangt jetzt, diese jeder Gesetzlichkeit hohnsprechenden Gesetze sollen kassiert werden, die finnische Verfassung soll wieder aufgerichtet werden wie 1905 und 1906. In den Senat sollen wieder verfassungstreue Männer, finnische Bürger, be-

rufen werden, etwa wie während des großen allgemeinen Streiks im Oktober 1905, als **Leo Mechelin** den „konstitutionellen“ Senat bilden durfte. Jetzt ging man — angesichts der momentanen Luftveränderung in Rußland — freilich noch etwas weiter, d. h. in — Erwartungen. Es wurde sogar der kühne Gedanke ausgesprochen, der Zar werde einen Finnländer auf den Posten des Generalgouverneurs berufen — an Stelle des Herrn **von Seyn**. Herr von Langhof, der letzte Minister-Staatssekretär finnländischer Herkunft, sollte der Mann sein, dem der Zar die fernere Leitung der finnischen Regierung anzuvertrauen sich entschlossen hätte. Darin glaubte man den sichersten Beweis für den Anfang eines wirklich neuen Kurses erblicken zu können.

Aber das alles waren nur schöne Illusionen leicht zu befriedigender Leute, und sie sollten alsbald in Trümmer zerfallen. Noch bevor der Zar die liberalisierende Duma „beurlaubte“, erhielten die hoffnungsschwangeren Finnen einen kalten Wasserstrahl. Es waren gerade die drei Jahre der Amtsperiode des finnischen Senats um, der Zar hatte die beste Gelegenheit, sich zu entscheiden. Er entschied sich für den alten Kurs, denn er bestätigte dieselben Senatoren, die die bisherige Erdrosselungsarbeit in Finnland besorgt hatten, für weitere drei Jahre im Amte. Gleichzeitig wurde dann auch noch halbamtlich erklärt, Herr von Seyn würde nach wie vor als Generalgouverneur auf seinem Posten verbleiben. Es kann also darüber kein Zweifel bestehen, daß die reaktionäre Gewalt sich noch stark genug fühlt, und von der Vernichtungspolitik der finnischen Autonomie gegenüber noch nicht lassen will.

Was die englisch-französischen demokratischen Patrioten zu dieser „Entwicklung“ des zarischen Regiments in Rußland sagen, wäre außerordentlich interessant zu hören. Aber sie schweigen jetzt über Sachen, die die Illusionen über die „Freiheiten“ unter der Knute des Zaren zerstören könnten.

Freilich erreichte der Zar weder in Rußland noch in Finnland sein Ziel. Wohl wurde die Duma mundtot gemacht, aber nicht das Volk. Weder in Rußland noch in Finnland erachtete man die Periode als abgeschlossen. Der Faden der Freiheit wird beiderseits energisch weiterspinnen. Ist auch die „friedfertige“ Bour-

geoisie in Finnland um eine Hoffnung ärmer, so bedeutet die reaktionäre Kundgebung, die der Zar sich durch die Amtsbestätigung des bisherigen Senats geleistet hat, noch mehr Wasser auf die Mühlen der revolutionären Elemente. Mit Recht sagen diese, daß der neue Kurs, wenn er auch wirklich zustande gekommen wäre, doch keinerlei Garantien für die Zukunft geboten hätte. Wie der Zar seine feierlichsten Zusagen von 1905 und 1906 allzubald schmäählich brach und verleugnete, genau so hätte es mit den heurigen Zusagen werden können, wenn nicht ganz andere Sicherungen getroffen werden — in Rußland wie in Finnland.

Was wird die Zukunft bringen? Sie ist ereignisschwanger, das steht fest. Aber welche Veränderungen sie in ihrem Schoß birgt, wer vermag das zu sagen!

Die Mehrzahl der Finnen erhofft alles von dem **Sieg der Demokratie in Rußland**. Nur eine demokratische Regierung in Rußland wird eine Garantie sein für eine ruhige, selbständige Entwicklung in Finnland. Geographisch ist das Land an Rußland angelehnt, wirtschaftlich ist es an dies Land angewachsen. Das wird von den meisten Finnen anerkannt und in diesem Sinne haben sich auch finnische Sozialdemokraten zu wiederholten Malen ausgesprochen. Eine **Lostrennung** von Rußland ist für Finnland durchaus nicht erwünscht. Aber — soll deshalb die russische Reaktion dabei ewig mit in den Kauf genommen werden?

Im übrigen gibt es aber daneben in Finnland eine lebhaft **separatistisch-aktivistische Strömung**; schon während der Revolutionsjahre war sie vorhanden gewesen und nach langer Pause hat nun der **Weltkrieg** sie wieder sehr belebt und mit neuen Hoffnungen erfüllt. Jetzt stehen die finnischen Aktivisten nicht alleine; sie werden von Gleichgesinnten in Schweden unterstützt. Man trägt sich mit dem kühnen Gedanken, Schweden sollte sich jetzt erheben und Finnland die Freiheit bringen. Man glaubt, Schweden könnte das jetzt, da ja Rußland anderwärts stark in Anspruch genommen ist, ruhig wagen. Besonders hat man seine Hoffnungen aber an die Möglichkeit des deutschen Einzugs in Petersburg geklammert. Dann — meint man — wäre der Augenblick gekommen, wo der Streich zur Ausführung kommen müßte. Finn-

land würde sich erheben, dann **müßte** Schweden ausholen, um das Land — zurückzuerobern...

Die finnische Bevölkerung zählt zurzeit etwa $3\frac{1}{4}$ Millionen Köpfe. Davon sind sieben Achtel Finnen, nur ein Achtel sind Schweden.

Kriegserklärungen. Nachstehende 26 Kriegserklärungen sind in diesem Weltkriege bisher erfolgt: 28. Juni 1914 Oesterreich an Serbien; 1. August 1914 Deutschland an Rußland; 3. August Deutschland an Frankreich; 3. August Deutschland an Belgien; 4. August England an Deutschland; 5. August Oesterreich an Rußland; 6. August Serbien an Deutschland; 11. August Montenegro an Oesterreich; 11. August Montenegro an Deutschland; 11. August Frankreich an Oesterreich; 13. August England an Oesterreich; 23. August Japan an Deutschland; 25. August Oesterreich an Japan; 28. August Oesterreich an Belgien; 2. November Rußland an die Türkei; 5. November Frankreich an die Türkei; 7. November Belgien an die Türkei; 7. November Serbien an die Türkei; 24. Mai 1915 Italien an Oesterreich; 21. August Italien an die Türkei; 14. Oktober Bulgarien an Serbien; 15. Oktober England an Bulgarien; 16. Oktober Frankreich an Bulgarien; 19. Oktober Italien an Bulgarien; 19. Oktober Rußland an Bulgarien.

Am Kriege sind beteiligt 13 Staaten, nämlich auf unserer Seite vier: Deutschland, Oesterreich-Ungarn, Bulgarien und die Türkei; auf der feindlichen Seite neun: Rußland, England, Belgien, Frankreich, Monaco, Italien, Montenegro, Serbien und Japan. Nicht alle diese Staaten haben aber den Krieg erklärt. Es befinden sich im Kriegszustande: Deutschland mit acht Staaten (Italien fehlt). Oesterreich-Ungarn mit allen neun feindlichen Mächten. Bulgarien mit den sechs Mächten Rußland, England, Frankreich, Italien, Montenegro und Serbien. (Rußland ist mit aufgeführt, obwohl die förmliche Kriegserklärung anscheinend noch aussteht.) Die Türkei mit denselben sechs feindlichen Mächten.

Ferner von der Gegenseite: Rußland mit den vier Zentralmächten Deutschland, Oesterreich-Ungarn, Bulgarien und der Türkei. England mit denselben vier Mächten. Belgien mit den zwei Staaten Deutschland und Oesterreich-Ungarn. Frankreich wie Rußland und England mit vier Staaten. Monaco mit zwei, nämlich Deutschland und Oesterreich-Ungarn. Italien mit drei, nämlich Oesterreich-Ungarn, der Türkei und Bulgarien. Montenegro mit vier, Deutschland, Oesterreich-Ungarn, der Türkei und Bulgarien. Serbien mit denselben vier Mächten. Japan mit Deutschland und Oesterreich-Ungarn.

EDGAR STEIGER:

Ausländerei auf der Bühne.

BEIM Ausbruch des Krieges begann sich der Deutsche auf sich selbst zu besinnen. Das war gut. Denn von dem schönen Weltbürgertum des 18. Jahrhunderts, das sich alles Gute, woher es immer stammte, freudig und dankbar angeeignet und mit dem deutschen Wesen verschmolzen hatte, war längst so gut wie nichts mehr übrig geblieben. Statt dessen war gerade in den sogenannten gebildeten Kreisen, die stets das Wort „deutsch“ im Munde führten und bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit mit ihrem Deutschtum protzten, eine blöde Verehrung alles Ausländischen und eine Nachäfferei fremder Tracht und Sitte an der Tagesordnung. Das 18. Jahrhundert hatte uns Herders „Stimme der Völker in Liedern“, Vossens „Homerübersetzung“ und Goethes „Iphigenie“ beschert; am Ende des 19. Jahrhunderts war dafür die Herrenmode englisch und die Damenmode französisch. Wer ein Gentleman sein wollte (und wer wollte es nicht?), durfte nur englische Stoffe tragen, d. h. er zahlte für das Kottbuser Tuch, das über London wieder nach Berlin zurückgekommen war, außer dem üblichen Fabrikpreis und dem Zwischenhändlergewinn auch noch die Reisekosten für die Hin- und Rückfahrt und den doppelten Zoll. Die Weltdame in Deutschland aber ließ sich von der Pariser Halbwelt nacheinander die Halbrinoline, den engen Humpelrock, das Debardeurkostüm mit dem Seitenschlitz, die Rockhose und, was das Lustigste an der ganzen Geschichte ist, sogar das sogenannte „deutsche Kleid“ vorschreiben. Suchte man aber nach einem Schneider, so konnte man alle Straßenschilder absuchen, ohne einen einzigen zu finden; denn die Fremdenindustrie, auf deren Befehl alle unsere Gasthöfe zu Hotels geworden waren, hatte auch ihn in einen maître tailleur oder, da seit

dem Jahre 1870 Englisch Trumpf war, in einen tailor verwandelt. Ebensovienig mehr gab es eine gewöhnliche Schneiderin; sie hatte sich längst zur „modes“ (wohlverstanden: die „modes“ als weibliche Einzahl!) emparentwickelt. Ja, sie schämten sich alle ihrer Muttersprache — nicht etwa die Schneider und die Schneiderinnen, wohl aber deren vornehme Kunden. Wie hätte man auch auf dem Sportplatz — und wer war nicht sportsman? — deutsch reden dürfen, ohne für ungebildet zu gelten? Start, match, finish usw. klang doch viel feiner als Auslauf, Wette, Endkampf und dergleichen.

Wo alles so rührend ausländerte, durfte natürlich das Theater nicht zurückbleiben. Sperrsitze ist ja ein gutes deutsches Wort. Aber die besten Plätze, die unmittelbar vor der Bühne waren, durften keinen gewöhnlichen deutschen Namen haben, sondern mußten „Parkett-fauteuil“ heißen! Wobei weder der Theaterdirektor noch der Logenschließer sich erinnerte, daß dieses angeblich französische Wort „fauteuil“ nichts weiter als eine romanische Verballhornung des ehrlichen deutschen „Fallstuhles“ sei. Doch das sind schließlich Aeußerlichkeiten, für die man höchstens ein Lächeln oder Achselzucken hat. Die Hauptsache ist doch, was in dem Hause gespielt wird. Und da muß ich sagen, daß die Leiter der größeren deutschen Bühnen vor dem Kriege den guten alten Brauch übten, nach dem Worte des Apostels Paulus alles zu prüfen und das Beste oder wenigstens das, was sie für das Beste hielten, zu behalten, d. h. aufzuführen. Mehr kann man eigentlich von einem Bühnenleiter nicht erwarten; denn nicht jeder ist ein Shakespeare, daß er sich seine Stücke selber schreiben könnte. Und wenn man an gewisse dichtende Schauspieler denkt, dankt man den Theaterdirektoren, daß sie sich nicht für Shakespeares halten. Es wäre fürchterlich. Doch das nur nebenbei. Unsere deutschen Dichter konnten sich unter solanen Verhältnissen nicht über Vernachlässigung beklagen. Man spielte, um nur einige zu nennen, Hauptmann, Halbe und Schnitzler, Eulenberg, Wedekind und Sternheim, Schmidt-Bonn und Paul Ernst, Freksa und Stucken. Naturalisten und Kinodramatiker, Symbolisten und Purzelbaumtragöden, Neuromantiker und Neuklassiker und wie sie alle heißen, kamen nacheinander zum

Wort. Dabei wurde das Ausland, wo es immer die Blicke der Einsichtigen und Weitsichtigen auf sich lenkte, nicht vergessen. Zwar fehlte es Rostands geistsprühender Hühnerhoftragödie „Chanteclair“ an einem ebenbürtigen Uebersetzer, der die literarische Satire mit kühner Eigenmächtigkeit verdeutscht, d. h. den deutschen Hühnern die Federn ausgerupft und so das Stück für die deutsche Bühne gerettet hätte; dafür aber lernten wir, neben literarischen Tagesgrößen wie Capus, den Revolutionsdichter Rolland und den geistvollen Anatole France kennen, neben Maeterlinck, dessen schemenhafte Traumdichtungen längst, bald mit, bald ohne Bühnenschleier, über die Bretter gehuscht waren, erschien ein anderer französisch dichtender Vlâme, Verhaeren, mit seiner dramatischen Ballade Philipp II. Vor allem aber beherrschten der Irländer Shaw und der Schwede Strindberg den Spielplan der größeren Bühnen, jener mit seinen kecken sozialen Satiren, dieser mit seinen grausamen Lebensbeichten, in denen Alltagsgeschichten zu Symbolen ewiger Wahrheiten werden.

Da kam der Krieg und mit ihm der plötzliche Stimmungswechsel. Das war ganz natürlich und menschlich zugleich. Wie man drüben in den Wald schrie, so schrie es hüben wieder heraus. Da sich Maeterlinck und Verhaeren in wüsten Schmähungen der Barbaren, die ihr Land verwüstet hatten, nicht genug tun konnten, obwohl gerade sie Deutschland ihren ganzen literarischen Ruf verdankten, wollte man selbstverständlich bei uns auch von ihnen nichts mehr wissen. Und da auch die freiesten Geister Frankreichs, wie Anatole France, von dieser nationalen Tobsucht befallen wurden, schnitt man das literarische Tischtuch zwischen Frankreich und Deutschland ebenfalls entzwei. Mit einem Schlage war alle Ausländerei verpönt, und selbst vorurteilsfreie Leute hätten es in dieser Stunde für eine unverzeihliche Schwäche und Geschmacklosigkeit gehalten, Werke von Leuten, die uns als Barbaren beschimpften, einem deutschen Publikum auf einer deutschen Bühne vorzuführen. Ganz abgesehen davon, daß die Tantiëmenfrage (warum sagen wir statt tantième nicht lieber „Anteil“?) auch eine Rolle spielte und man nicht gerade in der Laune war, den Feinden, die uns auszuhungern suchten — und

wär es auch erst nach dem Kriege —, unser Geld ins Haus zu tragen.

Aber neben dieser durchaus gerechtfertigten Zurückhaltung dem feindlichen Auslande gegenüber war noch etwas anderes im Spiel. Die Dunkelmänner und die Anhänger des Ewig-Gestrigen in Kunst und Literatur, denen die ganze „Moderne“ ein Greuel war, glaubten mit Recht oder Unrecht, ihre Zeit sei gekommen. Sie benutzten die patriotische Begeisterung der anderen, um die jämmerlichste Epigonenpoesie und den erbärmlichsten literarischen Kitsch, den man längst zum alten Plunder geworfen hatte, unter der Etikette „deutsch“ wieder einzuschmuggeln. Sie schlugen den Sack und meinten den Esel. Der Sack waren die dreimal vermaledeiten Ausländer, von Zola, Dostojewski und Tolstoi bis zu Rolland, Arzibaschew und Leonid Andrejew, der Esel aber war die ganze moderne Literatur mit all ihren unbequemen neuen Gedanken und Formen, die man auf diese bequeme Weise glaubte erdrosseln zu können. Natürlich mußten da wieder die viel mißbrauchten Worte Idealismus und Materialismus erhalten, und das Schlachtfest konnte beginnen. Oder war nicht die ganze moderne Kunst oder, wie man vorsichtiger- und verschlagenerweise sagte, alles ausländische Wesen vom Materialismus der Zeit angefressen? Wobei man wohlweislich verschwieg, was man sich unter der Vogelscheuche Materialismus, mit der man die Spatzen des Publikums schrecken wollte, eigentlich dachte! Genug, daß man jetzt wieder einmal eine günstige Gelegenheit hatte, mit dem Knüppel des deutschen Idealismus und der deutschen Moral auf alles, was einem seit zwanzig Jahren Alldrücken verursacht hatte, nach Kräften loszuschlagen. Man sprach vom Ernst der großen Zeit, von deutscher Art und Kunst, von der großen Wandlung im ganzen Fühlen und Denken des Volkes — alles Wahrheiten, die man nur ein paar-mal in den Mund zu nehmen brauchte, um ebensoviele Lügen daraus zu machen, und betonte dann — und der Ton machte auch hier wieder die Musik —, wie wir alle, die wir uns auf gewisse Lehren und Programme eingeschworen hätten, beim Anbruch einer neuen Zeit umlernen müßten — umlernen vor allem auch in unseren Anschauungen über Kunst, Literatur und Theater.

So kam es denn, daß die meisten Theaterleiter beim Anhören dieser Sonntagnachmittagspredigten kopfscheu wurden und nicht mehr wußten, wo aus und ein. Das grellste Licht auf diese Verwirrung der Geister wirft wohl die Rundfrage, die Max Reinhardt in Berlin, unbestritten ein Meister der Bühnenkunst, in den Tagesblättern ergehen ließ — die Frage, ob den Ausländern, deren Werke in Deutschland nicht aufgeführt werden dürften, etwa auch Shakespeare zuzuzählen sei. Als ich von diesem Rundschreiben hörte, griff ich mir an den Kopf, um mich zu vergewissern, ob ich wachte oder träumte. Wie sich doch die Zeiten ändern und die Menschen mit ihnen! Vor 144 Jahren sagte der 22jährige Goethe, der doch auch ein guter Deutscher war, von Shakespeare: „Die erste Seite, die ich in ihm las, machte mich auf zeitlebens ihm eigen, und wie ich mit dem ersten Stück fertig war, stund ich wie ein Blindgeborener, dem eine Wunderhand das Gesicht in einem Augenblicke schenkt. Ich erkannte, ich fühlte aufs lebhafteste meine Existenz um eine Unendlichkeit erweitert.“ Und zwei Jahre darauf schrieb der dreißigjährige Herder, damals Superintendent und Konsistorialrat in Bückeburg: „Wenn bei einem Manne mir jenes ungeheure Bild einfällt: Hoch auf einem Felsengipfel sitzend, zu seinen Füßen Sturm, Ungewitter und Brausen des Meeres, aber sein Haupt in den Strahlen des Himmels, so ist's bei Shakespeare... Glücklicherweise, daß ich noch im Ablauf der Zeit lebte, wo ich ihn begreifen konnte, und wo Du, mein Freund (der Angeredete ist Goethe), der Du Dich bei diesem Lesen erkennst und fühlst, und den ich vor seinem heiligen Bilde mehr als einmal umarmt, wo Du noch den süßen und Deiner würdigen Traum haben kannst, sein Denkmal aus unseren Ritterzeiten in unserer Sprache unserm so weit abgearteten Vaterlande herzustellen (Anspielung auf „Götz von Berlichingen“, an dem Goethe damals arbeitete).“ So Goethe und Herder, die geistigen Führer des deutschen Bürgertums vor 150 Jahren, über Shakespeare. Und heute, anderthalb Jahrhunderte später, muß ein deutscher Theaterdirektor eben dieses deutsche Bürgertum angstzitternd fragen, ob er die Werke dieses Engländers aufführen dürfe! Die Antwort des Publikums lautete allerdings „ja“; aber daß die Frage überhaupt mög-

lich war, dessen sollten wir uns heute noch schämen. Oder was hat Shakespeare mit Herrn Grey zu schaffen? So wenig wie mit Ernst Lissauer, dessen offenbar aus dem Hebräischen übersetzter „Haßgesang gegen England“ diese ganze Verwirrung der Geister gestiftet hatte. Um so herzerfrischender war die öffentliche Erklärung, die Erich Ziegel, der verdienstvolle Leiter der Münchener Kammerspiele, bei derselben Gelegenheit von Stapel ließ. Er erklärte dem patriotischen Chinesentum offen den Krieg und sagte ruhig, die einzige Frage, die er sich bei Annahme oder Ablehnung eines Theaterstückes vorlege, sei die nach dem künstlerischen Wert oder Unwert. Wo sich unter dem Deckmantel patriotischer Gesinnung die künstlerische Unfähigkeit breit machen wolle, da sei es Pflicht und Schuldigkeit der verantwortlichen Stellen, dem Eindringling ein Halt zuzurufen. Und dem Worte folgte sogleich die Tat. Ein Strindberg-Zyklus war die Antwort auf jene bange Frage Reinhardts, und das ausverkaufte Haus bewies Abend für Abend, daß das Publikum die künstlerischen Absichten des Theaterleiters billigte.

Die Freimachung der Donau für den Verkehr der Mittelmächte mit Bulgarien und der Türkei läßt einen Preisrückgang vieler Nahrungs- und Bedarfsartikel erwarten, wenn die Regierungen rechtzeitig eine wilde Preistreiberei verhindern. Bulgarien führte 1911 an lebenden Tieren für 8,3 Millionen Lei, an Futtermitteln 18,1 Millionen, an Getreide und Mehl für 129,4 Millionen, an Häuten für 3,6 Millionen, an Eiern für 13,6 Millionen aus. Und die Türkei hatte im gleichen Jahre eine Ausfuhr von 542 Millionen Piaster von Rohstoffen und 685 Millionen von Nahrungsmitteln. Es ist daher anzunehmen, daß die Vorräte beider Länder zur Ausfuhr nach Deutschland und Oesterreich Verwendung finden.

SALAMON DEMBITZER:

Die letzten Tage in Antwerpen.

Deutsch von Stephanía Goldenring.

I.

ZUSEHENDS breitet sich ein tiefes Geheimnis über die Stadt, die Häuser und die Menschen. Man fühlt, daß etwas Furchtbares naht, aber wie das Furchtbare aussehen würde und was es wohl wäre, das weiß keiner. Ein seltsames Gefühl der Beklommenheit erfaßt alle. Es scheint, als ob die stets stolzen, reihenweise stehenden Häuser verwundert auf die Menschen herabblicken, als wollten sie fragen:

„Brüder, was geht denn heute mit euch vor?“

Noch sieht man Menschen geschäftig dahineilen, noch ertönt aus einem Fenster Klavierspiel, das aber sehr bald verstummt, noch fahren die Fremden wie in jedem Jahr, die Herren in weißen Sommeranzügen, die Damen in leichten, hellen Kleidern, in Droschken und lassen sich von dem Kutscher die Sehenswürdigkeiten der Stadt zeigen. Auf den breiten Straßen stehen vor den Kaffeehäusern kleine Tische und Stühle, von einer unzähligen Menge Menschen besetzt, die teils die Zeitungen lesen, teils die vorüberflutenden Menschen betrachten. Die Straßen füllen sich immer mehr mit Menschen, der Nachmittag eines gewöhnlichen Mittwochs bekommt ein Sonntagsaussehen. Die Menge wälzt sich von Straße zu Straße, aus breiten, schönen Straßen in enge, schmutzige Gassen und wieder zurück zum Hauptbahnhof, wortlos, tief in Gedanken versunken, die Stirnen gerunzelt. Es scheint, als kehren sie von einem Leichenbegängnis zurück. Lacht ein Vorübergehender auf, so sehen sie sich erschrocken um...

Wenn zuweilen ein zudringlicher Windeshauch sich verirrt, und küssend und streichelnd die Gesichter umspielt, dann schützen sie ihre Gesichter, ihre Hände erhebend, als wollten sie sagen:

„Wir haben ohne dich genug...“

Noch spendet der Sommer seine schönen Tage, die Fenster glitzern in den Sonnenstrahlen, die Erde ist sommerlich, trocken und fest, und die Straßen sind wie umgewandelt, die Bäume vor den Häusern stehen ernster und stiller als sonst; sie blicken wie alte Leute auf die Menschen und wundern sich.

Immer mehr anwachsend, bewegt sich die Menge weiter, zur Schelde hin, an der Kathedrale vorüber, die mit ihren unzähligen, in der untergehenden Sonne glitzernden Fenstern einer großen, stolzen Mutter gleicht, die über ihre Kinder wacht, damit ihnen nichts Böses geschehe. Ihr Turm ist so hoch, daß er fast den Himmel berührt. O, vielleicht weiß sie, die Gott so nahe ist, was das heutige tiefe Geheimnis, das die Luft schwer durchzieht, zu bedeuten hat. O, vielleicht weiß sie es zu deuten, sie, die seit Jahrhunderten an dieser Stelle steht und gute und schlechte Zeiten im Lande gesehen hat...

Dort an der Schelde, wo Hunderte von Menschen stehen, kann man genau sehen, wie die Sonne sich über die stillen Fluten und den freiliegenden weiten Platz neigt. Der glühend-rote Himmelausschnitt blendet mit seinem Glanze die Augen und wird von Minute zu Minute röter. Immer näher rückt die Sonne dem Flusse, es scheint, als könne man sie dort unten am Wasser mit der Hand greifen. Blickt man in die Fluten, so sieht man, wie die Sonne sich in ihnen spiegelt, sieht den goldenen Glanz des Wassers... Von der Scheldebrücke nimmt sich die Welt so glücklich aus, wie sonst an einem Sommertag.

Es wird immer stiller und dunkler. Schweigend stehen die Menschen. Als sie den ersten Stern am blauen Himmel bemerken und das Nahen der milden Sommernacht fühlen, umflutet ihre Herzen eine wohltuende Wärme, und die meisten vergessen die Schwere des heutigen Tages. Nun steigt der Mond am Himmel auf und schaut ernst und traurig wie immer von oben herab. Doch dort... dort auf dem Wasser... so glaubt man... schwimmt er nicht da?... Man hätte es glauben können, als man auf das Wasser blickte.

Die Menge verharret schweigend.

Plötzlich, wie unter der Erde hervor, ruft jemand:

„Orlog! Orlog!“ — (Krieg! Krieg!)

Dann tritt wieder die frühere bange Unruhe und Schwermut ein. Die Menge zieht sich langsam in die Stadt zurück, wo nunmehr unzählige elektrische Lampen brennen, deren Glanz die Augen blendet, und wo kleine Zeitungsjungen mit hohen kreischenden Stimmen durcheinander rufen:

„Deutschland hat Rußland den Krieg erklärt!“

II.

Ich ziehe mit den Manifestanten mit, folge einer großen Menschenmenge, die sich wild und lustig gebärdet und höre von entsetzlichen Gewalttaten, bei welchen sich das Haar auf dem Kopfe sträubt.

„Weg mit Deutschland!“

Es ist der Abend eines heißen Sommertages. Die Fenster der schönsten Häuser Antwerpens leuchten weithin. Die Menge, mit belgischen Nationalfarben geschmückt, drängt alle halbe Stunde zum Hauptbahnhof, rennt von dort nach irgendeinem deutschen Café, um die Scheiben einzuschlagen und eilt wieder zurück zum Bahnhof in der fieberhaften Erwartung, ob nicht ein deutscher Spion festgenommen wird...

Zuerst macht dieses seltsame Gebaren den Eindruck eines Scherzes. Wenn man die übermütigen Menschen sieht, wie sie schreiend hin und her rennen, Scheiben zerschlagen, da möchte man glauben, es wäre ein neuer Karneval, den die Belgier so gern feiern.

Ein schöner Scherz, fürwahr! Was ist geschehen? Ist die Welt aus den Fugen? Darf jeder tun, was er will? Doch nein! Es muß etwas vorgehen! Es wird immer gefährlicher und ernster. Vor den Geschäften stehen Männer auf Leitern und reißen die Schilder mit den deutschen Aufschriften ab. Von weitem hört man das Rasseln der herabgelassenen Jalousien.

„Vive la guerre!“ — (Es lebe der Krieg!)

Ein neuer Menschenstrom zeigt sich auf den Straßen und flutet zum Hauptbahnhof. Ein Gedränge entsteht, überall sieht man Automobile und Wagen, mit Offizieren und Soldaten besetzt,

vorüberjagen, immer neue Automobile und Wagen folgen und entschwinden. Die Menge brüllt. Jemand ruft laut:

„Vive la France!“ — (Es lebe Frankreich!)

* * *

Von weitem naht eine Anzahl junger Deutscher und drängt sich, die Wacht am Rhein singend, zum Bahnhof. Die Belgier betrachten sie stillschweigend, fast verlegen, sie wissen nicht, was sie tun sollen... Aus der Ferne vernimmt man die fröhlichen Stimmen der jungen Männer, die bereits im Zuge sitzen, der sie ihrer deutschen Heimat zuführt.

III.

Am Mittwoch vormittag geht es im jüdisch-galizischen Viertel lebhaft zu. Vor dem Klub und der Börse in der Pelikanstraat haben sich Hunderte von Diamantenhändlern versammelt und schreien und reden alle durcheinander. Ich gehe auf sie zu und höre, daß alle Oesterreicher noch heute Antwerpen verlassen müssen.

„Wohin werden wir fahren?“ fragt einer den anderen.

Abseits führen zwei Juden einen lebhaften Streit. Der eine meint, es sei alles nur Verstellung und Komödie, die Flamen seien übergeschnappt. — Was heißt denn: „Es wird Krieg sein?! Menschen sollten einander töten? Wofür? Weswegen? Wird die Welt das zulassen?“ Aber der andere, ein rothaariger, junger Mann, ein „Gebildeter“, der sogar französische Blätter lesen kann und vor dem die Juden großen Respekt haben — der Rotkopf behauptet mit Bestimmtheit, daß Deutschland, vereint mit England, sich mit Rußland schlagen würde.

„Nun, und was will man von uns haben?“ fragt der erstere noch aufgeregter.

„Von uns?... Ja, richtig!“ erwidert der Rote, „aber Belgien hält doch mit Rußland!“

Inzwischen bildet sich um die beiden ein größerer Kreis, man schaut einander ins Gesicht. „Bruder, was tun? Wohin soll man gehen? Wohin soll man fahren?“

Plötzlich sagt einer:

„Möchten wir nicht vielleicht zum Advokaten gehen?“

Der Kreis wird immer größer, der Rothaarige führt die Schar in das „Diamantenschänkel“. Erstens soll man nicht in den Straßen herumstehen, um den Flamen kein Aergernis zu bereiten, zweitens muß beraten werden, was geschehen soll.

Der Rothaarige kommt mit Einverständnis der Versammelten zu folgendem Beschluß:

„Da er als gebildeter Mensch, der mit jedem „Doktor“, mit jedem großen Mann reden kann, in Antwerpen eine Menge Bekannte hat, und da seine Bekannten wieder Bekannte haben, die Abgeordnete im Parlament sind, und die wiederum mit hohen Regierungsmännern bekannt sind, so will er sofort seine Bekannten aufsuchen, damit diese mit ihren Bekannten reden und so weiter und bewirken, daß der Beschluß zurückgezogen werde. Mittags um zwei Uhr sollten die Leute sich in der Stromstraat Nr. 7 versammeln, dorthin würde er die Antwort überbringen.“

„Und jetzt, Kinder, geht nach Hause, Mittag essen!“

Aber die Menge kann sich nicht so leicht beruhigen, denn ihr ganzes Arbeitswerk steht auf dem Spiel.

„Und falls die Regierung doch darauf besteht, daß wir abreisen?“

Die Leute schauen dem rothaarigen, jungen Manne nach, der mit schnellen Schritten zu seinen einflußreichen Bekannten davonrennt. Sie sind ratlos und die Zeit ist so knapp.

Automobile, Fahrräder und Droschken mit Soldaten jagen mit Pfeilesschnelle durch die Pelikanstraat, gefolgt von den traurigen Blicken der erstarrten Menge. Vor den beiden ärmlichen Diamantenschänkeln, „Weidengarten“ und „Mandel“, stehen sie seufzend umher und murmeln:

„Warum soll Krieg sein? Weswegen? Wofür?“

IV.

Ich gehe in die Kiewit- und Lewrigstraat, die beiden schmutzigsten Gassen im Ghetto, und sehe die Leute bereits ihre Päckchen zusammenpacken. Mädchen und Frauen rennen und schreien, seufzen und weinen...

„Wohin sollen wir, Herr der Welten? Wem lassen wir unser Hab und Gut zurück?“

„Wir leben hier schon dreißig Jahre“, sagt eine alte Frau, „wir wissen nirgendwo hinzufahren, wir haben kein Heim!“

Eine andere Frau erhebt ein Klagegeschrei:

„Einen Krieg haben sie sich ausgedacht! Sie hatten nichts Besseres zu tun! Das kommt, weil sie keine Nahrungssorgen haben! Aber wenn sie sich herumschlagen wollen, warum sollen wir unser Fell hergeben?“

Händeringend rennen die Leute hin und her und kaufen unterwegs Eßwaren ein. Die wenigen jüdischen Geschäfte werden geschlossen. Alles klagt und weint. Aus vielen Toren schleppen sich bereits Väter und Mütter heraus, mit geschwollenen, roten Augen, die Kinder mit Päckchen beladen. So ziehen sie zum Hauptbahnhof.

Viele Flamen stehen vor ihren Geschäften und sehen schweigend, nur mitleidsvolle Blicke miteinander tauschend, zu, wie die Menschen weinend und klagend ihre Stadt verlassen. Nur ein alter Flame schüttelt mit dem Kopf und murmelt vor sich hin: „Orlog! Orlog!“ — (Krieg! Krieg!)

V.

Am Bahnhof herrscht ein solches Drängen und Hasten, daß man sich kaum rühren kann. Tausende von Menschen stürmen aufgeregt zum Schalter, Kinder weinen, Mütter sitzen mit herabgelassenen Köpfen auf ihren Bündeln und starren traurig auf die Erde. Eine junge deutsche Dame, ein Hündchen auf dem Arm, drängt sich an mich heran und fragt mich:

„Darf ich mich Ihnen anschließen, ich habe so furchtbare Angst!“

Ein junges Weib mit einem Kind an der Hand seufzt und weint. Sie mußte aus ihrem Krankenbett heraussteigen und soll hinausfahren, sich eine neue Heimat suchen. Neben mir steht ein anderes junges, blasses Weib und erzählt, das Gesicht mir zugewendet:

„Hier in Belgien bin ich geboren, habe nicht Vater, nicht Mutter, keine Verwandten und weiß nicht, wohin ich fahren soll!“

Ein großer, hagerer, zerlumpter Mann steht zitternd da, er hat keine Fahrkarte und weiß nicht, was er anfangen soll.

„Wir haben vergessen, für das Kind eine Flasche Milch mitzunehmen! O weh mir! Und das Jäckchen habe ich zu Hause auf dem Tisch liegen lassen!“

„Wohin geht's? Wohin geht's?“

So tönen die Fragen durcheinander.

Doch keiner antwortet, jeder ist mit sich selbst beschäftigt. Das Hasten und Drängen wird immer größer. Die Beamten am Schalter sind grob... die Menschen haben Angst, an sie Fragen zu richten, sie haben Angst vor jedem Belgier, Angst vor sich selbst... Die Kehle ist trocken, das Herz ist schwer und die Seele vergeht vor Angst.

„Wohin geht's! Wohin geht's!“

Man wartet in diesem schrecklichen Gedränge. Dann zieht die Menge zum Zug auf den Bahnsteig. In die Abteile, in denen kaum zehn Personen Platz haben, steigen dreißig oder vierzig, stürmen auf sie ein und drängen sich alle auf einmal hinein. Einer steht oder liegt auf dem anderen. Zwanzig Stimmen schreien durcheinander.

Eine Mutter hat ihr Kind verloren; sie rennt aus dem Abteil hinaus und schreit: „Mein Kind! Mein Kind!“

Der Zug setzt sich in Bewegung.

Ich stehe am Wagenfenster und sehe, wie belgische Frauen und Mädchen uns mit den Fäusten drohen, Schimpfworte ausstoßen und darüber lachen, daß wir, gehetzte Menschen, wie ein Knäuel zusammengeballt liegen, weder sitzen noch stehen können, und daß unsere Gesichter rot und blaß sind und unsere Seelen vor Erregung zittern.

O Töchter Flanderns, was haben wir euch getan?!...

25 Jahre deutscher Gewerkschaftsbewegung / 1890–1915.

Am 16. und 17. November sind 25 Jahre seit der Berliner Gewerkschaftskonferenz verflossen, auf der die Generalkommission der Gewerkschaften eingesetzt und somit ein zentrales Zusammenwirken der deutschen Gewerkschaften geschaffen wurde. Eine eingehende Würdigung dieses Zeitabschnittes deutscher Gewerkschaftsarbeit können wir aus technischen Gründen erst in der nächsten Nummer der „Glocke“ bringen. Für heute wollen wir nur auf die soeben erschienene Erinnerungsschrift: „25 Jahre deutscher Gewerkschaftsbewegung“, die Paul Umbreit dem Jubiläum der Begründung der Generalkommission widmet, hinweisen.

Der Verfasser hat selbst im Vordertreffen des gewerkschaftlichen Ringens während dieser 25 Jahre gestanden, darunter mehr als 15 Jahre als leitender Redakteur des „Correspondenz-Blatt“, und was er in der Erinnerungsschrift zu bieten hat, trägt die warme persönliche Note, die im Verwachsensein mit den geschilderten Vorgängen und Einrichtungen beruht.

Umbreit gibt uns ein Stück Gewerkschaftsgeschichte in dieser Erinnerungsschrift. Nach einem einleitenden Kapitel über die Gewerkschaften bis 1890 schildert er die Einheitsbestrebungen, den Tierbau der Gewerkschaften, die inneren und äußeren Kämpfe, die Kämpfe mit dem Unternehmer-

tum, die Auseinandersetzungen mit der Partei, die Konzentration der gewerkschaftlichen Organisationen, das Verhältnis zu den Genossenschaften, Gewerkschaften und Sozialpolitik, die neuen Kämpfe um das Organisationsrecht, die internationalen Verbindungen, die Gewerkschaften im Weltkriege. Die Darstellung schließt mit einem Ausblick auf die Zeit nach dem Kriege. Eine Anzahl statistischer Uebersichten und graphischer Darstellungen ergänzen das Werk, das eine wertvolle Bereicherung der gewerkschaftlichen Literatur bildet.



Vom Tage.

Ein Abschiedswort an Frankreich. Ein norddeutscher Genosse, der seit Beginn des Feldzuges an der Westfront stand und dessen Truppenteil jetzt nach einem anderen Kriegsschauplatz verschoben wurde, widmet der alten Stellung in einem — übersmittelten — Feldpostbriefe folgende Zeilen:

„In der letzten Nacht vor unserer Ablösung hatten die Franzosen eine Tafel vor unsere Drahtverhaue gestellt, auf der in Riesenbuchstaben zu lesen war:

„Adieu . . . te Division!“

Viele unserer Kameraden lachten über die Aufmerksamkeit des Feindes, die ihm doch jedenfalls das Zeugnis großer Schneidigkeit ausstellt. Andere wieder wunderten sich, daß der Gegner über die Truppenverschiebung unterrichtet war. In mir erweckte der Abschiedsgruß von jenseits der Front andere Gefühle.

Ein rundes Jahr haben wir uns jetzt gegenübergelegt und uns gegenseitig nicht vergeben. Trotzdem wage ich zu behaupten: Gehaßt haben wir uns nie! Von uns kann ich das bestimmt sagen. So sind wir also fast die ganze Zeit hindurch — wenn auch nicht Freunde — aber doch Kameraden geblieben.

Ueber ein frisches, noch wenig aufgeräumtes Schlachtfeld hinweg kamen wir zu Beginn des vorigen Herbstes hier an. Da lagen noch Pferdekadaver, Tornister, zerbrochene Gewehre, Konservendosen und die hundert anderen Dinge, die auf einem verlassenen Kampfplatze zu finden sind. Und gleich am ersten Abend ging ein mörderischer Bleihagel auf uns nieder. Der nächste Tag war ruhig. Wir konnten feste Stellung fassen. Unterstände nach den heutigen Begriffen kannten wir nicht. Ganz gewöhnliche Erdlöcher dienten uns als Unterschlupf. Der Graben selbst war notdürftig für stehende Schützen eingerichtet. Gleich traten Axt und Beilpicke, Schaufel und Spaten, Hammer und Stemmeisen in Tätigkeit. Und diese Arbeit ist unsere Lösung geblieben das ganze Jahr hindurch, bei Tage und bei Nacht. Da galt es zunächst unseren Graben nach besten Kräften für die Verteidigung einzurichten. Bei Nacht und Nebel, in Wind und Wetter huschten wir lautlos, gespensterhaft vor unserer Stellung umher und bauten unsere Hindernisse. Wir legten Horchstollen an und begannen, uns einigermaßen wohnlich auszustatten. Allmählich trugen die Erfahrungen des Stellungskrieges ihre Früchte. Unterstände wurden gebaut. Eine Art immer noch besser und sicherer als die andere. Alles zur nächtlichen Zeit.

Nur der Mond war bisweilen unser stiller Begleiter in der Einsamkeit. Die Arbeit häufte sich. Es wurden hinter unserem Rücken Stellungen angelegt. Eine immer noch stärker als die andere. Eine Hindernisreihe hinter die andere. Eisen und Beton traten auf den Plan. Und ganz allmählich ward aus der Stellung im ganzen eine Mauer

aus Eisen und Stahl. Schier uneinnehmbar. Heute stehen wir selbst mit Bewunderung vor dieser grandiosen Arbeitsleistung, trotzdem wir inzwischen mit allen Schlichen und Ränken des modernen Stellungskrieges vertraut sind.

Die Erinnerungen an zwölf Monate Stellungskrieg, zwölf Monate harter, schwerer, blutiger Arbeit wehen durch das Hirn. Bald hätte ich euch vergessen, ihr Vorposten. Wer von euch kennt nicht das Minenwäldchen, den Postenbusch und den Wald von l'Eché . . . ?

Erinnert euch besonders der kleinen gefiederten Säger, die im Sommer euch den Dienst etwas verschönten. Manchmal schien es wirklich als sei der Friede eingeekehrt.

Aber es gab auch andere Zeiten. Die Granaten heulten herüber und hinüber. Keiner schenkte dem anderen etwas! Manchen Freund haben wir in die Erde betten müssen.

Die Franzosen hielten sich immer in gleicher Entfernung. Sie taten im übrigen wohl das gleiche wie wir. Erst gegen Schluß des Jahres schoben sie ihre Stellungen näher an die unseren heran.

Von da ab schleuderten sie uns ihre gräßlichen Minen in den Graben. Aber „Auge um Auge, Zahn um Zahn“ galt es auch hier. Wir zahlten ihnen mit gleicher Münze heim. Die Welt um uns glich oft der Hölle, wenn die scheußlichen Bomben krachten und platzten. Wir gewöhnten uns auch daran.

Wir fühlten uns heimisch in unserem Reiche der Gräben. Wir gewannen es lieb. Und nun kam plötzlich der Befehl: Wir müssen fort von hier. Niemand weiß wohin. Vielleicht nach dem Balkan, vielleicht nach dem Osten.

Noch einmal zieht St. A. . . . an der Oise an mir vorüber. Noch immer sehe ich die Tafel mit den großen von Franzosenhand gemalten Buchstaben vor Augen:

„Adieu . . . te Division!“

Allerlei Gedanken schweifen in die Ferne, in die Zukunft. Werden wir im neuen Kampfgebiet auch wieder so lange durchhalten müssen? Werden wir vielleicht . . .

Mir wird so seltsam zumute, als ob ich die Welt in ihrer Schönheit nicht mehr schauen sollte. Aber ein Ruck geht durch den Körper. Adieu, ihr Höhen an der Oise! Nur eine Bitte noch an dich St. A. . . . : Behüte unsere armen Toten! . . .“

Notizen.

Für die Gleichmäßigkeit der Gewinne der Hochfinanz unter den Kriegsverhältnissen spricht die Nachricht, daß die Berliner Großbanken ihre nächste Dividende auf der Höhe der vorjährigen halten werden.

Ueber die Volksvermehrung in einigen der kriegführenden Staaten unterrichten folgende Ziffern, die den jeweilig letzten amtlichen Veröffentlichungen entnommen sind: Deutschland 1,36 Proz., Rußland 0,9 Proz., Oesterreich-Ungarn 0,82 Proz., Italien 0,52 Proz., Großbritannien 0,57 Proz., Frankreich 0,15 Proz.

Die russische Staatsschuld wird nach offiziellen Berechnungen am 1. Jan. 1916 gegen 17 Milliarden Rubel betragen. 1914 betrug sie 8,8 Milliarden.

Die deutschen Gewerkschaften am Schlusse des ersten Kriegsjahres. Nach einer von der Zentralkommission der Gewerkschaften Deutschlands am 31. Juli 1915 vorgenommenen Erhebung hatten die ihr angeschlossenen Verbände noch 1 180 049 Mitglieder zu verzeichnen, während der Mitgliederstand der gleichen Gewerkschaften am Schlusse des zweiten Quartals 1914, also kurz vor Ausbruch des Krieges, 2 510 585 betrug. Durch die Werbekraft der gewerkschaftlichen Organisation war es möglich, auch in der Zeit des Krieges 243 837 neue Mitglieder zu gewinnen. Bis zum 31. Juli 1915 waren 1 061 404 Mitglieder zum Heeresdienst eingezogen, das sind 42,7 Prozent. Für Unterstützungen aller Art verausgabten die Zentralverbände vom Beginn des Krieges bis zum 31. Juli d. J. 36 724 161 Mk., davon 21 578 506 Mk. allein für Unterstützung Arbeitsloser und 10 421 584 Mk. für Unterstützung der Familien der eingezogenen Mitglieder. Ergibt sich aus den ersten Ziffern, daß der Gewerkschaftsgedanke in der Arbeiterschaft sich immer mehr ausbreitet, so beweisen die für Unterstützung aufgewendeten Summen, daß die Gewerkschaften in einer Zeit, die in wirtschaftlicher Beziehung an den größten Teil des deutschen Volkes große Anforderungen stellt, durch ihr Solidaritätsgefühl viel Not und Elend gemildert und damit Aufgaben erfüllt haben, die eigentlich Reich, Staat und Gemeinden zu erfüllen hätten. Es ist also umso mehr Pflicht dieser Körperschaften, ausreichende Mittel zur Verfügung zu stellen für die Hilfeleistung der aus dem Felde zurückkehrenden arbeitslosen und erholungsbedürftigen Arbeiter, eine Hilfeleistung, auf die sie mit Recht Anspruch machen können.

Zuschriften an die Redaktion der Glocke sind von jetzt an zu richten an Konrad Haenisch, Berlin-Steglitz, Friedrichsruherplatz 4 part. / Adresse des Herausgebers: Dr. A. Helphand, Vodrofsvej 50B, Kopenhagen.

Während des Krieges werden nach Dänemark nur offene Briefe befördert.

Für die Redaktion verantwortlich:
Karl Blasenbrenn / für den Verlag: Verlag für Sozialwissenschaft G. m. b. H. /
Druck: G. Birk & Co. m. b. H. / sämtl. in München, Altheimereck 19.

DIE GLOCKE

Heft Nr. 7

1. Dezember

Jahrg. 1915

Nachdruck sämtl. Artikel mit ausführlicher Quellenangabe gestattet.

WILHELM JANSSON:

25 Jahre deutscher Gewerkschaftsarbeit.

AM 16. und 17. November konnte die **Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands** auf eine 25 jährige Tätigkeit zurückblicken. An diesen Tagen fand im Jahre 1890 jene gewerkschaftliche Konferenz in Berlin statt, die die neue Epoche im deutschen Gewerkschaftswesen einleiten sollte.

Wenn der Satz: „*Aller Anfang ist schwer*“ jemals Geltung hatte, dann in diesem Falle. Das Sozialistengesetz war zwar soeben gefallen, aber sein Geist lebte noch lange fort. Die verschiedenartigen Vereinsgesetze der Bundesstaaten machten die Arbeit nicht leichter. Zum Teil enthielten sie schlimme reaktionäre Bestimmungen, die beispielsweise in Sachsen die Errichtung von Zweigvereinen der Gewerkschaften verboten und nur durch das Vertrauensmännersystem umgangen werden konnten. Daß die Polizei im ganzen nord- und mitteldeutschen Reichsgebiet auch die kleinsten Versammlungen noch mehr als 15 Jahre lang überwachte, hinderte zwar die Bewegung nicht, aber es war für den vereinsgesetzlichen Geist bezeichnend und zum mindesten sehr überflüssig.

Nicht minder trüb sah es in der Arbeiterschaft selbst aus. Die vor dem Sozialistengesetz vorhandenen Gewerkschaften waren bis auf eine oder zwei Ausnahmen durch jenes Gesetz vernichtet worden. Für die gewerkschaftliche Betätigung war unter dem Gesetz zunächst nur geringe Möglichkeit vorhanden. Die politische Bewegung hatte es leichter, weil sie sich besser anpassen

und auch geheim existieren konnte. Revolutionsromantische Illusionen machten sich auch breit und stifteten Verwirrung an. Die Dauer der kapitalistischen Gesellschaft wurde sehr kurz bemessen — in der Theorie, wozu da noch die Kräfte auf die gewerkschaftliche „Sisyphusarbeit“ vergeuden! Höchstenfalls als Vorschule für den politischen Kampf wollten selbst hervorragende Geister der deutschen Sozialdemokratie die Gewerkschaften gelten lassen. Dazu genügte die lokale Organisation, die durch die Führung der örtlichen Streiks den Geist der Aktion in der Masse fördern und sie für politisches Wirken schulen sollte. Die politische Aktion, das war die Wahlurne, denn zu einer konsequenten Anerkennung des Parlamentarismus haben wir es ja bis heute noch nicht gebracht. Die lokalistischen Epigonen haben schließlich die für sie richtige Konsequenz gezogen, als sie sich unter Führung Friedeberts und Katers in das anarcho-syndikalistische Fahrwasser begaben, wo ihr müßiges Schifflein nur noch als Angelkahn Verwendung findet.

Auf **Unternehmerseite** verstand man es, mit den Realitäten besser zu rechnen. Hier hatten sich schon kräftige Organisationen gebildet, die den Kampf mit der Arbeiterschaft aufzunehmen bereit waren. Es ist eine fast unglaubliche Verkennung der Tatsachen, wenn in der Marxistischen Literatur des letzten Jahrzehnts die starke Unternehmerorganisation als ein Produkt der allerneuesten Zeit hingestellt wird, das den Gewerkschaften ihr Feld streitig macht. Gar nichts davon ist wahr. Schon an der Wiege der neueren Epoche deutscher Gewerkschaftsarbeit hatte sich der Arbeitgeberverein für Hamburg-Altona gebildet, der vom modernsten Geiste der Arbeiteraussperrung getragen war. Im Handwerk hätten die Unternehmer schon immer ihre staatlich geförderte Organisation, die relativ mindestens so stark war wie heute. Ueberhaupt darf als feststehend erachtet werden, daß, wenn im Stärkeverhältnis zwischen Unternehmer- und Gewerkschaftsorganisation in den letzten 25 Jahren sich eine Verschiebung vollzogen hat, dann **zugunsten der Arbeiter**, die inzwischen ihr Mitbestimmungsrecht über die Arbeitsverhältnisse errungen haben. Was daran noch fehlt, wird voraussichtlich nach dem Kriege bald nachgeholt sein.

Daß es dahin gekommen ist, verdanken wir insbesondere den Männern, die vor 25 Jahren unbekümmert um rechts und links die Fahne wieder erhoben, die York vor dem Sozialistengesetz mit klar erkanntem Ziel entfaltet hatte: **Die Schaffung einer zentralisierten Gewerkschaftsorganisation mit selbständigen Aufgaben und eigener unabhängiger Führung.** Die Generalkommission der Gewerkschaften wurde von der Berliner Konferenz als Zentralinstanz inmitten heftiger, wirtschaftlicher Kämpfe geschaffen. Ihr erster Aufruf vom 18. November 1890 galt der Unterstützung der kämpfenden Glasarbeiter in Bergedorf und Ottensen, der Erfurter Schuhmacher, der Weißgerber in Kirchheim und der Tabakarbeiter in Eschwege. Schon im ersten Jahre ihres Bestehens hatte die Generalkommission 31 Ausstände zu unterstützen. Das zeigt, wie intensiv schon die wirtschaftlichen Kämpfe entbrannten, die mit der Revolutionsromantik wirklich nichts zu tun hatten, sondern in den realen Zeitverhältnissen begründet waren.

Aber diese Kämpfe gingen zugleich über die Kraft der jungen Institution, die sich nur auf unvollkommene Organisationen stützen konnte, deren Mitgliederzahl überdies mit 600 000 viel zu hoch eingeschätzt war. Die erste Statistik (von 1891) ergab nur 227 733 Mitglieder in den Zentralverbänden, 73 467 Mitglieder in Vertrauensmännerzentralisationen. Außerdem hatten die Lokalorganisationen etwa 50 000 Mitglieder. Die Mißerfolge der Kämpfe entluden sich gegen die Generalkommission, die noch bis 1896 um ihre Existenz ringen mußte und deren Aufgabe als Zentralinstanz für Unterstützungsaktionen erst wieder auf dem Kölner Gewerkschaftskongreß von 1905 anerkannt wurde. Der Münchener Kongreß 1914 hat endlich den großen Schritt gewagt, die gegenseitige Hilfe auf die feste Basis obligatorischer Beiträge zu stellen, die im jeweiligen Falle von der Vorständekonferenz beschlossen und durch die Generalkommission erhoben werden, der auch ein Kontrollrecht in solchen unterstützten Kämpfen eingeräumt ist.

Der Weg dahin war weit, aber es sind doch inzwischen gewaltige Aufgaben gelöst worden. Als die größte betrachte ich die Entwicklung der Gewerkschaften von der Illusion zur **Tat.**

Gewiß, daß Streiks geführt und Aussperrungen abgewehrt werden mußten, darüber hat man sich nie in der Sozialdemokratie gestritten. Der Ausgangspunkt für die Bewertung war bei den verschiedenen Auffassungsgruppen allerdings verschieden, je nachdem, ob wirtschaftliche Kämpfe nur als revolutionäre Akrobatik oder als Mittel zur Hebung der Lage der Arbeiterklasse angesehen wurden. Aber die wirkliche Tat liegt darin, daß die Gewerkschaften in diesen 25 Jahren immer mehr auf den Boden einer **selbständigen gewerkschaftlichen Grundanschauung** gestellt wurden. In seinen viel angefeindeten Artikeln der „Neuen Zeit“ über den „Opportunismus in der Praxis“ hat der Herausgeber dieser Zeitschrift schon 1901 in ganz ausgezeichnete Weise diesen Punkt umschrieben. Seine Kritik richtete sich formell gegen Auer, aber sie traf rechts und links in der Partei, was aus dem großen Geschrei deutlich zu vernehmen war. Das war es ja eben, in führenden Parteikreisen wollte man die Gewerkschaften nur als eine Spezialwaffe der Arbeiterarmee anerkennen, die dem Oberkommando der Partei unterstellt sein und seinen Intentionen folgen sollte. Parvus verhöhnte diese Theorie mit der ihm eigenen Schärfe. Indem man sich auf diese engherzige Auffassung festgebissen, hatte man übersehen, daß die Gewerkschaften schon eine **selbständige** Armee sind, mit der man sich wohl verbünden kann, wenn man ihre Wünsche und Bedürfnisse in der praktischen Politik berücksichtigt, die sich aber nicht von einem anderen Oberkommando befehligen läßt! Das Jahrzehnt von 1890 bis 1900 war dieser Entwicklung gewidmet. Auf dem Mannheimer Parteitag machte Kautsky noch einen letzten Versuch, die Gewerkschaften unter die Parteidiktatur zu bringen, aber jetzt war es schon der Partei selbst zu viel, und der Parteitag zog kurz entschlossen die von Parvus 1901, im Prinzip übrigens schon in seiner Broschüre von 1896 empfohlene Konsequenz, die Gleichberechtigung der Gewerkschaften anzuerkennen und die Verständigung mit ihnen dem Parteivorstand aufzuerlegen.

Sehr geebnet war der Weg dahin gerade nicht. Eines der wichtigsten Hilfsmittel war die von Legien geschaffene und mit zäher Energie durchgeführte **statistische Arbeit** der Generalkommission. Wie hat man nicht darüber gespottet! Selbstver-

ständiglich war das eine Staatsaufgabe, Statistik zu machen. Das konnte gar nicht mit dem revolutionären Klassenkampf des Proletariats verbunden werden. Bureaus unterhalten und Beamte, nur um trockene Zahlen aneinander zu reihen, war das nicht so etwas wie Verrat an revolutionären Grundsätzen, nach denen die kapitalistische Gesellschaft am soundsovielten des Jahres 189... abends 9 Uhr 30 Sekunden dem Tode geweiht sei? Und doch, wie ist diese Statistik nicht nützlich gewesen! Sie war die **ordentliche Buchführung**, aus der wir immer ersehen konnten, wie die Bilanz sich gestaltete. Sie zeigte uns gewiß stets unsere großen Schwächen und stachelte dadurch an, die Dinge besser zu gestalten. Aber sie gab auch Aufschluß über die **Erfolge**. Und diese waren nicht klein. Mit der Redensart, wir leisten eigentlich nur Sisyphusarbeit, konnte man uns angesichts der unanfechtbaren statistischen Bilanzen nicht mehr imponieren.

Oder gar das große Gebiet der **Sozialpolitik**. Ob die Gewerkschaftskongresse sozialpolitische Fragen behandeln durften, das war in den 1890er Jahren noch Gegenstand ernster Debatten in der Arbeiterbewegung. Inzwischen sind die Gewerkschaften überhaupt die Träger der Sozialpolitik auf Arbeiterseite geworden, wenn auch ihre Verdienste auf diesem für die Arbeiterklasse **wichtigsten Gebiete** der Gegenwartspolitik noch nirgends gebührend gewürdigt sind. Unsere **Partei**theorie zeichnet sich ja geradezu durch Unkenntnis der heute schon bestehenden deutschen Sozialreform aus. Das wissenschaftliche Organ der Partei, die „**Neue Zeit**“, bringt sogar zum Jubiläum der Generalkommission ihren **Lesern** einen Artikel, der selbst über die **vereinsgesetzliche** Gesetzgebung Deutschlands Unwissenheit verrät. Von anderen Schiefheiten ganz zu schweigen. Aber so sieht der „**Marxismus**“ aus, der neuerdings gar der Disziplinlosigkeit der Arbeiterbewegung das Wort redet.

In Wirklichkeit hat Deutschland bereits ein gewaltiges Stück Sozialreform aufzuweisen. Daß sie nicht nur leere Gesetzesbestimmung blieb, sondern Fleisch und Blut wurde, das verdanken wir der gewerkschaftlichen Arbeit. Die Gewerkschaften haben, gewiß von vielen, nicht von allen Parteiblättern lebhaft unterstützt, die Arbeiter erst zur Beachtung des gesetzlichen Ar-

beiterschutzes erzogen, ihnen die Notwendigkeit und den Wert dieser Maßnahmen vor Augen geführt. Sie sind in die Rechtsprechung des gewerblichen Arbeitsverhältnisses und der Arbeiterversicherung eingedrungen und haben hier eine große Arbeit geleistet. Durch ihre Arbeitersekretariate haben sie die Rechtshilfe organisiert und deren Unentgeltlichkeit — eine wichtige Forderung des Parteiprogramms — praktisch durchgeführt. Und was ihre Vertreter in der Verwaltung der deutschen Krankenversicherung geleistet haben, das muß erst noch einen sachkundigen Geschichtsschreiber finden.

Das gewerkschaftliche **Unterstützungswesen** hat auch große Anfechtungen erfahren. Das sei alles Aufgabe des Staates und schwäche die revolutionäre Energie. Selbst der Kampfcharakter der Gewerkschaften wurde in Frage gestellt, weil sie Unterstützungseinrichtungen einführten. Inzwischen hat sich bestätigt, was die Pioniere des Unterstützungswesens voraussagten, daß nämlich dieses die Widerstandsfähigkeit der Arbeiter hebt und die Gewerkschaften stabiler macht. Noch mehr: Die Arbeitslosenunterstützung wurde gar ein Mittel, um die tariflichen Lohn- und Arbeitsverhältnisse aufrecht zu erhalten, und sie wird außerdem die öffentliche Arbeitslosenversicherung als Krönung des großen Gebäudes deutscher Sozialversicherung erzwingen.

Die **Tarifverträge** waren lange Zeit überhaupt das Ende des Klassenkampfes der Gewerkschaften, und die Buchdrucker haben es oft genug erfahren, daß sie eigentlich gar nicht mehr zum klassenbewußten Proletariat gehören, weil sie sich jedesmal gar auf fünf Jahre durch Verträge banden. Daß die Unternehmer ebenfalls gebunden sind, machte bei dieser Bewertung der Verträge nichts aus. Die Erfahrung aber lehrte, daß die Tarifverträge, weit davon entfernt, den Klassenkampf auszuschalten, selbst Gegenstand der heftigsten Kämpfe wurden, die auf immer mehr erweiterter Basis ausgefochten werden müssen. Sie hat auch gelehrt, daß unter der Herrschaft der Tarifverträge nicht nur der Lohndruck der Unternehmer, sondern auch der Arbeiter selbst ausgeschaltet wird, und daß der Arbeiter in seinem Arbeitsverhältnis eine weit aufrechtere Haltung einnimmt als früher.

Und das Ende vom Liede war, daß nur noch radikale „Marxisten“, die Anarchosozialisten, die Gelben und die reaktionärsten Scharfmacher im Unternehmerlager als Gegner der Tarifverträge auftraten.

Vorzüglich haben sich die Gewerkschaftsorganisationen Deutschlands im Kriege bewährt. Sie hatten durch die seit 25 Jahren durchgeführte Gewerkschaftspraxis die notwendigen Mittel, um den Mitgliedern und ihren Familien unter die Arme zu greifen, als die bitterste Not drohte. Das hatten die einst so heftig befehdeten „hohen Beiträge“ bewirkt. Die Tarifvertragspolitik zwang die Unternehmer, die Verträge auch in dieser Krise aufrecht zu erhalten. Die Gewerkschaften haben auf kein einziges Recht der Arbeiter prinzipiell verzichtet, wie die englischen Gewerkschafter, die ihr Streikrecht preisgaben. Das ist in Deutschland auch nicht gefordert worden. Aber als Organe eines wichtigen Teiles des deutschen Volkes haben sich die Gewerkschaften in den Dienst des Volksganzen gestellt und gleich der übergroßen Mehrheit der Sozialdemokratie ihr Teil dazu beigetragen, daß die Existenz Deutschlands durch die zaristische Koalition nicht vernichtet wurde. Wir konnten das tun, ohne auch nur in Gedanken ein Recht der Arbeiter zu opfern. Als der Krieg begann, wurden die Streiks aufgehoben, weil bei 50 und mehr Prozent Arbeitsloser keine Kämpfe geführt werden können. Aber die Angriffe auf die bestehenden Lohn- und Arbeitsbedingungen sind fast alle erfolgreich zurückgewiesen worden, und auf dem Verhandlungswege konnten in der Kriegsindustrie zum Teil sehr einschneidende Verbesserungen erzielt werden. Daß dabei die Organe des „preußischen Militarismus“ ein größeres Verständnis für den gewerkschaftlichen Standpunkt bewiesen haben als die Bürokraten des inneren Dienstes und der Pseudomarxisten, hat unsere Stellung gewiß sehr viel leichter gemacht. Aber von einer Preisgabe gesetzlicher Rechte ist keine Rede.

In diesen Blättern, die nicht einer Doktrin, sondern der Aktion dienen sollen, scheinen uns diese kritischen Glossen zum Gedenktag der gewerkschaftlichen Zentralisation mehr am Platze als eine der üblichen Festreden. Wir haben deshalb auch die großen Verdienste **Karl Legiens** nur in einem Punkte und sozusagen im Vorbei-

gehen gestreift, der jetzt ein Vierteljahrhundert an der Spitze der deutschen Gewerkschaften steht und mit der Geschichte dieser 25 Jahre Gewerkschaftsarbeit unlösbar verbunden ist. In allen den Kämpfen, die oben nur kurz angedeutet werden konnten, war er der erfolgreiche Verfechter der gewerkschaftlichen Grundsätze. Und es ist geradezu als eine Bestätigung seiner großen Verdienste um die auf dem **Boden der Tatsachen** stehende Gewerkschaftsbewegung Deutschlands anzusehen, daß am Tage unseres Gewerkschaftsjubiläums der Ausschlußantrag des Kreises Nieder-Barnim gegen ihn wegen Beleidigung Seiner Majestät Sepp Oerters den regelrechten Instanzenzug durchmacht. Der Geist von Nieder-Barnim und die Lebensarbeit Karl Legiens im Dienste des Proletariats — das sind allerdings zwei unvereinbare Gegensätze.

Ein unbefangener Rückblick auf die letzten 25 Jahre deutscher Arbeiterbewegung lehrt, daß eine Arbeiterpolitik des Erfolges nicht in doktrinären Resolutionen gemacht werden kann, sondern nur im innigsten Konnex mit den Tatsachen des praktischen Lebens. Der Klassenkampf der Theoretiker **am grünen Tisch** ist nur eine imaginäre Größe und er bringt die Arbeiterschaft um keinen Schritt vorwärts. Den Gewerkschaften ist nur mit einer praktischen Politik gedient, die positive Ziele verfolgt. Mehr Tagespolitik und weniger „Theorie“, größerer positiver Einfluß in der Gegenwart und weniger Zukunftsmusik, das nur kann die Gewerkschaftsarbeit fördern.

Auf dieser Grundlage wäre auch die große Zersplitterung in der deutschen Gewerkschaftsbewegung zu beseitigen, die bisher den gewerkschaftlichen Kampf lähmte. Es stehen große Arbeitermassen in guten Organisationen heute abseits, die in den eigentlichen gewerkschaftlichen und sozialpolitischen Fragen sich nicht allzusehr von uns mehr entfernen. Sie zum einheitlichen Vorgehen an unserer Seite heranzuziehen, wird eine der wichtigsten Aufgaben der Zukunft sein.

MAX COHEN/REUSS, M. d. R.:

Imperialistische Randbemerkungen.

IN einer Besprechung des Thimme—Legienschen Buches „Die Arbeiter im neuen Deutschland“ (siehe „Vorwärts“ vom 12., 13., 14. Oktober 1915) sagt der Genosse Hilferding, daß der entscheidende Gegensatz zwischen der Sozialdemokratie und der bürgerlichen Welt die „Stellung zur Staatsgewalt“ sei. Und er formuliert den Kern dieses Gegensatzes, des Zukunftskampfes, der unausweichlich sei, mit den Worten: „**Machtpolitik und Imperialismus oder Demokratie und Sozialismus**“. Damit will Hilferding ohne Zweifel aussprechen: wer das Zweite will, muß das Erste ablehnen und darf ihm auch nicht das leiseste Entgegenkommen zeigen. Jedes Zugeständnis an den Imperialismus ist Verrat am Sozialismus. Und das Eintreten der deutschen Sozialdemokratie in diesem Weltkriege für ihr Land, was natürlich in dieser tragischen Kriegszeit zugleich ein Eintreten für die Aufrechterhaltung deutscher Macht und Wirtschaftskraft ist, ja vielleicht sogar einer Unterstützung ihrer Ausdehnung gleichkommt (kann es ein größeres Verbrechen geben!), soll natürlich ebenfalls als ein Zugeständnis an den Imperialismus und als Verrat am Sozialismus hingestellt werden.

Nur so ausgelegt kann die Hilferdingsche Formulierung einen Sinn haben. Denn wenn Hilferding nichts anderes sagen wollte, als daß Sozialismus und Kapitalismus (denn auch der Imperialismus ist ja nichts anderes, als eine bestimmte Erscheinungsform des Kapitalismus) in ihren Zielen Gegensätze sind, so hätte er gewiß vorgezogen, gar nichts zu sagen. Denn das wissen wir alle miteinander. Wir wissen aber auch, daß es auf dem Wege zu unserem sozialistischen Ziele schlechterdings nichts anderes geben kann, als Kapitalismus in den verschiedenen Entwicklungsformen. Und ich fürchte sehr, daß die Sozialdemokratie (vielleicht sogar unter Hilferdings Mitwirkung) mehr als einmal Verrat am Sozialismus begangen hat, wenn die Hilferdingsche For-

mel zurecht bestände. Das tut sie aber glücklicherweise nicht, denn es sind zwei ganz verschiedene Dinge, die kapitalistische Wirtschaftsweise als solche bedingungslos zu unterstützen oder mit den Tatsachen ihrer verschiedenen Erscheinungsformen um deswillen vorlieb zu nehmen, weil man erkennt, daß einem gar nichts anderes übrig bleibt, und es nicht möglich ist, eine gerade vorhandene kapitalistische Epoche zu überspringen. Für den oberflächlichen Betrachter mag alles das leicht als Unterstützung des Kapitalismus schlechtweg erscheinen, was in Wirklichkeit eben nichts anderes ist als die Einsicht, daß diese oder jene Entwicklungsstufe des Kapitalismus unvermeidbar ist. Berechtigt wäre jene Auffassung nur dann, wenn es eine Macht gäbe, die die kapitalistische Methode unmittelbar durch die sozialistische zu ersetzen vermöchte. Aber nur wer mit der Wirklichkeit auf ständigem Kriegsfuße lebt, vermag dergleichen zu glauben; in Wahrheit werden wir uns wohl oder übel damit abfinden müssen, daß die kapitalistische Wirtschaftsweise noch lange die Welt beherrscht.

Und wir werden, wie bisher, kaum etwas anderes tun können, als ihre schlimmen Wirkungen zu mildern und immer weitere Kreise mit dem festen Bewußtsein zu erfüllen, daß die gegenwärtige Produktions- und Gesellschaftsordnung nicht der Entwicklung letzter Schluß sein kann, sondern durch die bessere sozialistische ersetzt werden muß und ersetzt werden wird.

Nun scheint mir, kaum bestreitbar, festzustehen, daß die imperialistischen Tendenzen der Gegenwart nichts anderes sind, als eine den Kapitalismus in großer Macht und Blüte zeigende Form der kapitalistischen Entwicklung überhaupt, die fernzuhalten oder in andere Wege zu zwingen nur in der Theorie möglich ist, praktisch aber die Kraft der proletarischen Internationale nicht nur erheblich übersteigt, sondern einfach undurchführbar ist. Wenn man das sagt, so fördert man damit nichts Kapitalistisches oder Imperialistisches, man stellt nur Vorhandenes fest: das ist alles.

Ebensowenig kann die Rede davon sein, daß wir uns in einen Gegensatz zu Demokratie und Sozialismus setzen, wenn wir eine bestimmte, unserem Lande günstige Stellung in einem Konflikte einnehmen, der unter den kapitalistischen Staaten aus-

gebrochen ist, und der die ganze Welt in seine Kreise hineinzuziehen droht. Die Sozialdemokratie hat stets scharf und bestimmt Stellung genommen, und nichts anderes ist diesmal geschehen. Freuen aber kann man sich darüber, daß es gelungen ist, die sozialdemokratischen Politiker zurückzudrängen, die diesen Riesenweltkonflikt am liebsten mit demselben abgegriffenen Maßstab gemessen hätten, mit dem man, seit Jahr und Tag, jedwede Angelegenheit der inneren und äußeren Politik gemessen hatte. Daß sich bei der Stellungnahme zum Krieg keine Zusammenfassung der proletarischen Elemente aller Länder gegen die kapitalistischen aller Länder ergab, kann man bedauern. Aber kein Einsichtiger wird behaupten wollen, daß die Arbeiter die Macht gehabt hätten, aus diesem Zusammenstoß der kapitalistischen Staaten untereinander einen Kampf zwischen Kapital und Arbeit zu machen. Aus dieser Unmöglichkeit ergab sich die Stellung der Arbeiter nahezu von selbst; es blieb ihnen im Grunde keine andere Wahl als die, sich auf die Seite ihres Landes zu stellen. Um ihrer Selbsterhaltung willen, die in dem unterliegenden Lande auf das schwerste bedroht war, und die der Bourgeoisie eines anderen kapitalistischen Staates zu opfern wirklich kein Grund vorlag, konnte kein Mensch etwas anderes von der Arbeiterschaft erwarten. Für die deutschen Arbeiter aber kamen noch andere Umstände hinzu, die die getroffene Entscheidung zur zwingenden Notwendigkeit machten.

Es soll hier ganz davon abgesehen werden, näher darzulegen, daß in einem Kriege zwischen Deutschland und Rußland kein deutscher Demokrat daran zweifeln konnte, daß er die Front gegen Rußland zu nehmen hatte. Auch dann, wenn dabei gegen die „demokratischen“ Länder England und Frankreich gefochten werden mußte. Hier soll vielmehr der Versuch gemacht werden, zu zeigen, wie sehr Deutschland in diesem schweren Streit das höhere wirtschaftliche und damit auch das größere historische Recht auf seiner Seite hat.

Unter Sozialdemokraten sollte es eigentlich keine Meinungsverschiedenheit darüber geben, daß es im allgemeinen gesellschaftlichen Interesse liegt, wenn alle Völker die Möglichkeit freier und unbehinderter wirtschaftlicher Entwicklung besitzen. So sehr

das für alle gilt: diese Freiheit ist besonders für die Völker erforderlich, die durch ihre kulturellen und wirtschaftlichen Leistungen der Menschheit Außerordentliches gegeben haben. Es wäre für die menschliche Gesellschaft von großem Nachteil, wenn durch die Entwicklung der Dinge (durch politische Gruppierungen, günstige geographische Lage oder sonstige Gunst der Verhältnisse) irgendein Land über die anderen eine derart fühlbare Ueberlegenheit gewänne, daß es deren normale Entwicklungsbedingungen zu hemmen vermöchte. Diese überragende Stellung hatte sich durch seine überaus glänzende geographische Lage, seine großen Kolonien, seine Stützpunkte in allen Weltwinkeln und seine die Meere beherrschende Flotte **Großbritanniens** im Laufe der Jahrzehnte errungen. Die Ueberlegenheit Großbritanniens auf dem Meere, die eine unbedingte Vorherrschaft war, mußte von den anderen Nationen um so schärfer empfunden werden, als übers Meer in stets wachsenden Mengen die zum Leben der einzelnen Nationen notwendigen Dinge kamen und der gegenseitige Austausch der Güter immer unentbehrlicher wurde. Fast alle europäischen Staaten haben in ihrem politischen Leben diese englische Vorherrschaft derb und deutlich zu spüren bekommen, gleichgültig, ob ihre Auseinandersetzungen mit dem mächtigen Inselreiche schließlich friedlich beigelegt oder durch Waffengewalt entschieden wurden.

Es gibt in der deutschen Sozialdemokratie Leute — zu ihnen gehört merkwürdigerweise auch der Genosse **Kautsky** —, die zwar eine solche Ueberlegenheit Englands nicht leugnen, indes meinen, daß sie im Frieden ja nichts schaden und nur in Kriegszeiten gefährlich werden könnte. Diese Auffassung scheint mir eine außerordentliche und unbegreifliche Kurzsichtigkeit zu sein. Denn gerade die überlegene Macht Großbritanniens mußte auch im Frieden dahin wirken (sie hat auch dahin gewirkt), daß selbst starke und selbstbewußte Staaten — von schwächeren gar nicht zu reden — sich bei Streitigkeiten letzten Endes dem Willen Englands fügten. Es kommt hierbei gar nicht darauf an, ob die englische Diktatur in den einzelnen Fällen maßvoll oder maßlos gehandhabt worden ist (für beide Methoden lassen sich Beispiele anführen), die Tatsache ihres Vorhandenseins allein

mußte jedem nichtenglischen oder nichtanglophilen Politiker schädlich erscheinen. Besonders aber den Sozialisten, die am meisten an einer, nicht durch das Uebergewicht einer einzelnen Macht eingedämmten, normalen Entwicklung aller Völker interessiert sind. Und wenn auch kein Sozialdemokrat im entferntesten daran dachte, die englische Vorherrschaft durch einen Krieg zu brechen; als er, gegen unseren Wunsch und Willen, dennoch kam, mußte jeder deutsche Sozialdemokrat auf der Seite stehen und ausharren, deren Sieg einen der natürlichen europäischen Völkerentwicklung ungünstigen Zustand zu beseitigen versprach. Denn eine deutsche Vorherrschaft, die einer niedergeworfenen Großbritannien etwa folgen könnte, ist aus vielerlei Gründen (schon allein aus geographischen) nicht möglich, sie wird im Grunde auch von niemand Ernstzunehmendem im Reiche erstrebt.

Im letzten Jahrzehnt, und auch bereits früher, ist es vor allem das mächtig emporblühende Deutsche Reich gewesen, gegen das die britische Politik all ihre zahlreichen Machtmittel kehrte. Und im Rahmen der berühmten Einkreisungspolitik zeigt nichts den englischen Wunsch, Deutschland auf die Knie zu zwingen, so deutlich, wie der im Jahre 1907 unternommene Versuch, Oesterreich-Ungarn dadurch von dem deutschen Bundesgenossen fortzuködern, daß England versprach, sich für den österreichischen Drang nach dem Aegäischen Meer einzusetzen.

Von manchen deutschen Sozialdemokraten wird bestritten, daß es der Gegensatz zu dem immer gefährlicher werdenden deutschen Handelskonkurrenten gewesen sei, der die Feindschaft Großbritannien hervorgerufen habe. In aller Form ist dies, unter Anführung viel statistischen Materials, von Anton Hofrichter geschehen, der in der „Neuen Zeit“, Jahrgang 33, Band 1, Heft 21 und 22, den Nachweis zu führen suchte, daß von einem Handelskrieg Englands gegen Deutschland schon deshalb nicht die Rede sein könne, weil das englische Ausfuhrgeschäft auf das beste gedeihe und den deutschen Nebenbuhler keineswegs zu fürchten habe. Hofrichter schließt das vor allem aus der Tatsache, daß die englische Ausfuhr an Fertigwaren, die viel gut bezahlte Arbeit enthalten, in unaufhörlichem und zufriedenstellendem Maße zunehme. Das trifft aber für Deutschland auch zu. Und

wenn es freilich auch nicht ganz richtig sein mag, in dem wirtschaftlichen Gegensatz, wie er sich in der Konkurrenz auf dem Weltmarkte zeigt, den einzigen Grund für den englisch-deutschen Gegensatz überhaupt zu sehen: eine ungleich stärkere Bedeutung, als ihm Hofrichter und Kautsky zumessen, hat er zweifellos.

Das sieht man am besten, wenn man die Ausfuhrziffern der beiden Länder im Spezialhandel einmal unter einem anderen entscheidenden Gesichtspunkt betrachtet. Wenn man die Kraft und das Können zweier Konkurrenten wirklich klar erkennen will, so muß man ihren Leistungen dort nachgehen, wo sie unter **gleichen Voraussetzungen** miteinander kämpfen, **wo die Bedingungen des Wettbewerbs für den einen nicht günstiger sind als für den anderen.** Das kann man aber nicht, wenn man lediglich die Summen der Gesamtausfuhr miteinander vergleicht, das gibt ein ganz falsches Bild. Man muß die Ausfuhr zu trennen suchen nach Ländern, die den ausführenden Staat bevorzugen, und nach solchen, in denen die Bedingungen des Wettbewerbes gleich und frei sind. Einen bis ins kleinste einwandfreien Maßstab kann es dabei natürlich nicht geben, aber als Länder, die die Waren des Mutterlandes, so weit es eben geht, bevorzugen, können ohne weiteres die Kolonien gelten. Und es spielt dabei keine Rolle, ob sie offiziell keine Bevorzugung des Mutterlandes kennen, sondern für jeglichen Wettbewerb die offene Tür proklamieren. Nur diese Unterscheidung soll hier angewendet werden, denn sie ist die klarste, obgleich eine politisch-finanzielle Abhängigkeit (wie z. B. die Portugals von England) eine ganz ähnliche Wirkung ausübt. Wenn man so verfährt, entsteht, wie die folgenden Tabellen zeigen, ein erheblich anderes Bild, als bei der üblichen Betrachtung nur der Gesamtziffern.

Die erste Tabelle gibt die Gesamtausfuhr beider Länder (im Spezialhandel) wieder, die beiden folgenden zeigen die Ausfuhr Deutschlands sowohl wie Englands in die eigenen Kolonien und in die des anderen Landes. Um die Ausfuhrsummen beider Länder im Gebiete freien Wettbewerbes festzustellen, ist in den Tabellen 4 und 5 die Ausfuhr Deutschlands in die eigenen und englischen Kolonien von der Gesamtausfuhr abgezogen, und dergleichen die Ausfuhr Englands in seine eigenen und in die

deutschen Kolonien von seiner Gesamtausfuhr in Abzug gebracht worden.

Tabelle 1. Gesamtausfuhr Englands und Deutschlands in Millionen Mark:*)

1909	1910	1911	1912	1913	
6594	7475	8106	8975	10096	deutsche Ausfuhr
7564	8608	9082	9744	10505	englische Ausfuhr.

Tabelle 2. Ausfuhr Deutschlands in die eigenen und in die englischen Kolonien (ohne Kiautschau) in Millionen Mark:

1909	1910	1911	1912	1913	
38	45	48	48	54	in deutsche Kolonien
277	325	362	387	454	in englische Kolonien
<hr/>					
315	370	410	435	508	zusammen.

Tabelle 3. Ausfuhr Englands in die eigenen und in die deutschen Kolonien (ohne Kiautschau) in Millionen Mark:

1909	1910	1911	1912	1913	
2705	3120	3382	3730	4102	in englische Kolonien
5	10	13	14	12	in deutsche Kolonien
<hr/>					
2710	3130	3395	3744	4114	zusammen.

Tabelle 4. Ausfuhr Deutschlands in Gebiete freien Wettbewerbs, d. h. nach Abzug der in Tabelle 2 ermittelten Summe von der in Tabelle 1 angegebenen Gesamtausfuhr, in Millionen Mark:

1909	1910	1911	1912	1913
6594	7475	8106	8975	10096
315	370	410	435	508
<hr/>				
6279	7105	7696	8540	9588

(*) Alle deutschen Ziffern sind dem „Statistischen Jahrbuch“, die englischen von 1909 bis 1912 den „Statistical Abstracts for the United Kingdom“, die von 1913 dem „Statesmans Jahrbuch 1915“ entnommen.

Tabelle 5. Ausfuhr Englands in Gebiete freien Wettbewerbs, d. h. nach Abzug der in Tabelle 3 ermittelten Summe von der in Tabelle 1 angegebenen Gesamtausfuhr, in Millionen Mark:

1909	1910	1911	1912	1913
7564	8608	9082	9744	10505
2710	3130	3395	3744	4114
4854	5478	5687	6000	6391

Das Ergebnis dieser Zahlen ist überraschend. Wir sehen, daß die Gesamtausfuhr Großbritanniens die Deutschlands nur deshalb übersteigt (1909 bis 1912 um durchschnittlich eine Milliarde jährlich, 1913 nur noch um 400 Millionen Mark), weil der große Bedarf der eigenen Kolonien dem Mutterlande in ungleich höherem Maße zugute kommt als dem deutschen Handel. Sonst aber ist der deutsche Handel dem Englands bei weitem überlegen, und wenn man die Ausfuhrziffern in die einzelnen Länder vergleicht, so ist in den meisten Fällen die deutsche Ueberlegenheit geradezu auffallend. Ich verzichte darauf, das im einzelnen zu belegen, die Endziffern aus den Gebieten freien Wettbewerbes zeigen, daß die deutsche Mehrausfuhr von Jahr zu Jahr regelmäßig und beträchtlich gestiegen ist: von **1425 Millionen Mark** im Jahre 1909 auf **3197 Millionen** im Jahre 1913; in dem letzten Jahrfünft ist sie also weit mehr als doppelt so groß geworden. Das sind Zahlen, die zu denken geben und die es nicht so ganz unwahrscheinlich erscheinen lassen, daß die Niederbringung Deutschlands eine Forderung viel weiterer maßgebender englischer Kreise geworden war, als wohlmeinende deutsche Parteigenossen es uns glauben machen wollen.

Das Ergebnis der Ziffern illustriert auch treffend jene Sätze aus dem Brief eines Engländers an seinen chilenischen Geschäftsfreund, die am 30. Dezember 1914 in der in Santiago de Chile erscheinenden „Gazeta Militar“ zu lesen waren: „Ich nehme an, daß Sie nicht zu denjenigen gehören, die glauben, daß die Ursachen des gegenwärtigen Krieges solche Sachen sind wie der Mord in Serajewo, der deutsche Militarismus oder politische Beweggründe... Deutschland war ein tödliches

Gift für den englischen Handel geworden, das „Made in Germany“ war schon ein unerträglicher Alldruck. Wo auch immer ein Engländer ein Geschäft abschließen wollte, da ging ein deutscher Konkurrent siegreich hervor. Nicht allein England litt unter den Folgen der deutschen Billigkeit, sie war zur Universalplage geworden.“ Die angeführten Zahlen widerlegen auch schlagend die Auffassung des **Professors Diezel**, auf den sich Angehörige der Parteiminderheit gern berufen. Professor Diezel hatte in der „Kölnischen Zeitung“ Nr. 759 d. J. geschrieben: „In Indien konkurriert fremde Ware auf gleicher Linie mit der britischen... Das Mutterland besitzt allerdings als Lieferant ein natürliches Uebergewicht, aber keinen rechtlichen Vorsprung. Deutschland hat für seinen Export (nach Indien) ein immer weiteres Feld gefunden... Die Möglichkeit kommerzieller Expansion, welche die Herrschaftskolonien (Englands) einschließen, kommt Deutschland usw. nicht minder zugute als dem Mutterlande. Dadurch, daß England seine Habe an Herrschaftsgebieten mehr und mehr erweiterte, hat sich für Deutschland der Wirtschaftsspielraum mit nichten verringert.“ Einer unserer Parteitheoretiker, der sonst von den deutschen Professoren nicht immer begeistert ist, hat, als er diese Sätze las, frohen Herzens ausgerufen: „Dieser Passus bezeugt u. a., wie lächerlich das immer wieder gedankenlos nachgebetete Geschwätz ist, England führe den Krieg, um die Konkurrenz der deutschen Industrie loszuwerden.“ Ganz so gedankenlos ist dies Geschwätz vielleicht doch nicht, denn von den hier wiedergegebenen Worten des Professors Diezel sind nur die ersten paar Zeilen richtig, in denen von dem „natürlichen Uebergewicht“ des Mutterlandes, das keinerlei rechtliche Unterlage habe, gesprochen wird. Darauf kommt es wahrhaftig nicht an. Abgesehen davon, daß das Uebergewicht Englands in einigen Kolonien (Kanada, Neu-Seeland) auch eine rechtliche Grundlage hat, ist diese formale Seite nicht die Hauptsache, sondern eben „das natürliche Uebergewicht des Mutterlandes“, dem durch innere Verwaltungsmaßnahmen aller Art noch ein wenig nachgeholfen werden kann. Doch sehen wir uns einmal an der Hand der Zahlen an, wie „das natürliche Uebergewicht des Mutterlandes“ im Handel nach

Indien wirkt, die **Gesamtausfuhr** sowohl Englands wie Deutschlands in die englischen Besitzungen sind uns ja schon aus den Tabellen 2 und 3 bekannt.

Die deutsche und die britische Ausfuhr nach Indien ist aus der nachstehenden Tabelle ersichtlich:

1909	1910	1911	1912	1913		
871	920	1044	1152	1404	englische Ausfuhr	} in Millionen Mark
79	90	99	107	151	deutsche Ausfuhr	

Diese Tabelle ist ein Schulbeispiel dafür, daß die formale Gleichberechtigung anderer Nationen selbst in den englischen Kolonien wenig bedeutet. Es gibt eben in den Kolonialbesitzungen eines Landes keinen wirklichen freien Wettbewerb für die anderen Nationen, und auch diese Tatsache ist einer der Gründe, der die im Anfange dieser Abhandlung gemachten Darlegungen bestätigt.

Das die See beherrschende Großbritannien war, im Bunde mit Frankreich und Rußland, zum Haupte eines Syndikats geworden, das es sich zur Aufgabe gesetzt hatte, alle noch freien Länder der Erde unter die Syndikatsmitglieder und einige gute Freunde zu verteilen. Selbstverständlich unter Ausschluß des Deutschen Reiches. Was das im Laufe der Zeit für Deutschland, das ohne eine stetig steigende Ausfuhr seiner Erzeugnisse nicht auskommen kann und deshalb den freien Markt in der ganzen Welt gebraucht, zu bedeuten gehabt hätte, ist aus den bereits gegebenen Zahlen ersichtlich. Die Wirkung dieses Syndikats-Imperialismus wird aber noch klarer, wenn wir den zweiten Syndikatsgenossen, Frankreich, mit in den Kreis unserer Betrachtungen ziehen. Der größte Teil des für eine zukunftsreiche Entwicklung in Frage kommenden Nordafrikas ist mit seinen ungeheuren Gebieten bereits heute französischer Kolonialbesitz geworden, und Marokko können wir ohne Bedenken mit hinzurechnen. Sehen wir nun einmal zu, wie es hier mit der Gleichberechtigung des deutschen Handels steht. Die folgende Tabelle gibt eine Uebersicht über die Ausfuhr Frankreichs und Deutschlands in die französischen Kolonien in den Jahren 1909 bis 1912

(die Zahlen für 1913 waren noch nicht zu ermitteln) und Marokko habe ich (in eigentlich überflüssiger Gewissenhaftigkeit) bei der Berechnung fortgelassen.

1909	1910	1911	1912		
568	593	638	728	französische Ausfuhr*)	} in Millionen Mark
10,5	11,4	14,1	15	deutsche Ausfuhr	

Während der Ausfuhrwert Deutschlands in die englischen Kolonien im Durchschnitt des Jahres 1909 bis 1913 immerhin noch den neunten Teil dessen beträgt, was England selbst in seine Kolonien ausführt, fällt er in den französischen Kolonien (im Durchschnitt für die vier Jahre 1909 bis 1912 berechnet) auf den fünfzigsten Teil der Ausfuhr des französischen Mutterlandes. Das kommt nahezu einer Sperrung gleich, und es wäre widersinnig, hier von einem freien Wettbewerb reden zu wollen. Es scheint, daß kein einziges Kolonien besitzendes Land es so gut wie Frankreich versteht, die auf dem Papier versprochene „offene Tür“ zu einem — nun eben wertlosen Papierfetzen zu machen. Die ungeheure Benachteiligung Deutschlands wird noch augenfälliger, wenn man die Gesamtausfuhr Deutschlands und Frankreichs im Spezialhandel miteinander vergleicht. Aus der nachfolgenden Tabelle ist sie ersichtlich.

1909	1910	1911	1912	1913		
6594	7415	8106	8975	10096	deutsche Ausfuhr	} in Millionen Mark
4098	4987	4863	4370	5504	französ. Ausfuhr	

Und wenn man nach dem oben für den Vergleich mit England angewendeten Verfahren die Ausfuhr in die Gebiete gleichen und freien Wettbewerbs ermittelt, so findet man, daß Frankreichs Ausfuhrleistungen gar nur die Hälfte der deutschen er-

*) Die französischen Ausfuhrziffern sind in dieser Tabelle den „Statistical Abstracts for foreign countries“ entnommen, da die vom französischen Finanzministerium herausgegebenen und von der Zollverwaltung zusammengestellten „Documents Statistiques sur le commerce de la France“, die Einzelangaben nicht enthalten; die französische Gesamtausfuhr in der nächsten Tabelle ist hingegen dem letztgenannten Buche entnommen.

reichen; in die französischen Kolonien aber sind sie fünfzigmal größer.

Die Sprache dieser Zahlen ist gewiß so beredt, wie man es nur wünschen mag, und jeder deutsche Politiker kann selbst die Benachteiligung Deutschlands ermessen, wenn die Aufteilung der Welt so weiter erfolgt wäre, wie sie zuletzt unter unser aller Augen vor sich ging. Man braucht wahrhaftig der deutschen Auslandspolitik der letzten Vergangenheit nicht besonders freundlich gegenüberzustehen und erst recht den Methoden nicht, wie sie sich öffentlich äußerte: daß sie aber so etwas wie ein (freilich oft ungeschicktes) Rütteln an Ketten war, die wichtige deutsche Interessen einzuschnüren drohten, dafür sind die in diesem Artikel beigebrachten Zahlen auch ein Beweis.

Unser verstorbener Führer August Bebel ist während der Marokkoaffäre dafür eingetreten, daß Deutschland alle Veranlassung habe, sich für die Offenhaltung der sogenannten „offenen Tür“ ins Zeug zu legen. Ich weiß nicht, was er heute sagen würde, wenn er an der Hand der Zahlenreihen sehen könnte, wie weit die französischen Kolonien für die deutsche Ausfuhr offen stehen. Aber daß Bebel sich darüber im klaren wäre, daß es sich hier um wichtige deutsche, die Arbeiter aufs innigste berührende Interessen handelt, das ist mir auf Grund seiner erwähnten Äußerung zur Marokkoangelegenheit keinen Augenblick zweifelhaft. Und so glaube ich denn, daß die Ausführungen dieses Artikels auch als ein Beitrag für die Richtigkeit unserer Stellungnahme im Weltkriege angesehen werden können, der, nachdem er einmal ausgebrochen war, die deutschen Arbeiter auf die deutsche Seite werfen mußte: um ihrer selbst und um ihres Landes willen.

Dr. PAUL LENSCH:

Ein Veteran des Marxismus.

DIE Clique, die zurzeit noch das Zentralorgan der deutschen Sozialdemokratie, den „Vorwärts“, in Händen hat, übernahm am 9. November einen anonymen Artikel des Genossen Breitscheid, in dem mir ob meiner Ausführungen in Nr. 4 der „Glocke“: „Im englischen Krähwinkel“ von oben herab der Text gelesen wird. „Anwendung marxistischer Terminologie“, so lautet das schließliche Verdammungsurteil über mich, „genügt schließlich doch noch nicht, um eine Behauptung zu erhärten. Auch mit ihrer Hilfe lassen sich keine Tatsachen wegdisputieren.“ Die edle Dreistigkeit, mit der sich hier Gen. Breitscheid als Hüter des Marxismus aufspielt, ist wirklich erstaunlich. Vor drei Jahren noch stand er als bürgerlicher Kandidat gegen uns im Felde und bekämpfte die Sozialdemokratie wegen ihres Marxismus und ihres sozialrevolutionären Wesens. Seitdem ist Breitscheid „Marxist“. Nun kenne ich durch mehr denn zwanzigjährige Studien den Marxismus gut genug, um zu wissen, daß man in drei Jahren sich wohl die marxistische „Terminologie“, nimmer aber den Marxismus selber aneignen kann. Genosse Breitscheid möge also sein marxistisches Kokettierläppchen mir gegenüber ruhig wieder einstecken.

Und in der Tat: besser wär's für ihn gewesen, er hätte es nie hervorgezogen; denn was er sachlich gegen meinen „Glocke“-Artikel anzubringen hat, das ist nichts anderes als das Nachplappern der Bourgeois-Phrasen, die Lloyd George, der gerissene Wortführer der englischen Geldsackinteressen, schon vor Monaten ausgeführt hat, als es sich darum handelte, die Schwierigkeiten auseinanderzusetzen, die der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in England entgegenstehen. Damals sagte Lloyd George,

England könne unmöglich die allgemeine Wehrpflicht einführen, und gleichzeitig für den Vierverband die Munition herstellen, die Kohlen liefern, die nötigen Industrieartikel beschaffen und den Krieg finanzieren. Das übersteige seine Kräfte. Die Wehrpflicht würde der englischen Industrie die Arbeitskräfte entziehen. Es sei daher wünschenswert, daß das Söldnersystem beibehalten werde, dafür müßten aber die englischen Gewerkschafter ihre Gewerkschaftsregeln für die Zeit des Krieges aufheben und alle Kraft an die Herstellung von Munition und anderem Kriegsbedarf setzen. Hier proklamierte der geriebene Demagoge also eine Arbeitsteilung, wonach die übrigen Mächte des Vierverbandes in erster Linie Menschen, England dagegen Gold und Waren liefern sollte, für die jene natürlich kräftig zu bezahlen hätten. Lloyd George schrieb somit den Text zu der Melodie, mit der der fröhliche Nichtswisser und Naturbursche Churchill die englische Bourgeoisie in den Krieg hineingelockt hatte: Geschäft wie gewöhnlich!

Dieses Landgeschrei englischer Minister war also schon seit Monaten weltkundig; und da macht es sich in der Tat höchst possierlich, wenn der würdige Veteran des Marxismus, eben der Genosse Breitscheid, mit erhobenem Zeigefinger mir diese Dinge als ganz etwas Neues auseinandersetzt. Dafür geht er an dem Kernpunkt meines Artikels überhaupt vorbei. Ich hatte klarzumachen versucht, daß es Aufgabe der englischen Sozialdemokraten sein müsse, die allgemeine Wehrpflicht, deren Kommen für England unausbleiblich sei von dem Augenblick an, wo die englische Weltherrschaft erschüttert werde, nicht als ein böses Prinzip zu bekämpfen. Entzögen sie sich dieser Pflicht, so bestünde die Gefahr, daß die allgemeine Wehrpflicht von den **reaktionären** Kreisen Englands durchgeführt und dann derartig mit aristokratischen „Sicherungen“ umgittert würde, daß das ihr zugrunde liegende demokratische Prinzip bis zur Unkenntlichkeit verstümmelt werden könnte. Auf diesen Kerngedanken des Artikels geht Breitscheid mit keinem Worte ein. Wie wenig er ihn erfaßt hat, geht deutlich aus der Bemerkung hervor, es sei ein Widerspruch, wenn ich auf der einen Seite zugebe, die englische Gewerkschaftswelt habe an der englischen Weltherrschaft ein starkes materielles

Interesse, und auf der anderen Seite eben dieser Gewerkschaftswelt daraus einen Vorwurf mache, daß sie durch das Eintreten für das Söldnerwesen die englische Weltherrschaft stütze. Nun habe ich von den englischen Gewerkschaftsführern gar nichts verlangt und noch weniger ihnen irgendwelche Vorwürfe gemacht. Der Durchschnitt dieser Leute steht politisch noch viel zu tief, als daß er imstande wäre, etwas anderes als die dürftigste Opportunitätspolitik zu treiben. Ich wandte mich an die sozialistisch geschulten Politiker Englands, von denen man allerdings verlangen muß, daß sie über ihre Nasen gucken können und nicht — um im Sauherdenton von Karl Marx zu reden — jeden ihnen vor der Nase liegenden Misthaufen für eine Realität ansehen. Sie sollten allerdings einen Blick für den **sehr engen** Zusammenhang haben, in dem das rückständige Wehrsystem Englands mit dem rückständigen Sozialsystem Englands steht. Aber freilich, sie könnten sich damit entschuldigen, daß auch ein marxistisch so fein geschulter Kopf, wie der Genosse Breitscheid ist, ihn nicht sieht. Die Opposition gegen die Wehrpflicht, sagt Breitscheid, hängt nicht mit der Aufrechthaltung der politischen Weltherrschaft, sondern mit der Verteidigung der kommerziellen und finanziellen Stellung Englands zusammen. Sieht Breitscheid nicht, daß diese Unterscheidung völlig in der Luft hängt? Worin besteht denn die englische Weltherrschaft anders, als in der kommerziellen und finanziellen Stellung Englands? Politisch hängt die Welt nicht von England ab, desto mehr aber von seinen Finanzen und vom englischen Welthandel. Breitscheids ganze Argumentation löst sich damit in den blauen Dunst der Gedankenlosigkeit auf.

In einer Hinsicht allerdings bedeutet sein Artikel einen erfreulichen Fortschritt. Zum erstenmal wird in unserem „Zentralorgan“ leise angedeutet, daß auch England keineswegs das Musterland der Demokratie ist, als das es den armen Vorwärtslesern seit Jahrzehnten hingestellt wurde, und als das es Bernstein, Kautsky und andere politische Dichter heute noch verehren. Breitscheid sagt direkt: „Die Bedeutung des Parlaments ist verhältnismäßig gering. Es herrscht zwar nicht der König, aber der Premierminister mit dem inneren Kabinett.“ Das ist mit ein bißchen anderen Worten just das gleiche, was ich über das englische

Parlament als das Feigenblatt des Absolutismus gesagt habe. Nur über das englische Wahlrecht ist Genosse Breitscheid noch mangelhaft unterrichtet. Wie ich in meiner Schrift über das englische Weltreich auseinandergesetzt habe, beträgt der Prozentsatz der wahlberechtigten Bürger in England 63 gegen 84 Prozent in Deutschland und 87 in Frankreich. Wenn man also den Anteil der besitzenden Schichten abzieht, kommt man zu dem Schluß, daß nur wenig mehr als die Hälfte des erwachsenen männlichen Proletariats in England wahlberechtigt ist. Daß ich auf der anderen Seite für die Vorzüge englischer Zustände nicht blind bin, geht aus der Schrift ebenfalls deutlich genug hervor.

Nur ein Wort über die „allgemeine Völkerverbrüderung“ und Ziehung der „Grenzen“, welche der souveräne Wille der Völker selbst auf Grund ihrer nationalen Eigenheiten vorzeichnet. Die Vereinigten Staaten und Mexiko sind zwei Republiken; in beiden ist das Volk souverän. Wie kommt es, daß zwischen diesen beiden Republiken die der moralischen Theorie gemäß „verbrüdert“ und „föderiert“ sein müßten, wegen Texas ein Krieg ausbrach, daß der souveräne „Wille“ des amerikanischen Volks, gestützt auf die Tapferkeit der amerikanischen Freiwilligen, die von der Natur gezogenen Grenzen aus geographischen, kommerziellen und strategischen „Notwendigkeiten“ um einige hundert Meilen weiter südlich verlegte?

Ist es etwa ein Unglück, daß das herrliche Kalifornien den faulen Mexikanern entrissen ist, die nichts damit zu machen wußten? Daß die energischen Yankees durch die rasche Ausbeutung der dortigen Goldminen die Zirkulationsmittel vermehren, an der entlegensten Küste des Stillen Meeres in wenig Jahren eine dichte Bevölkerung und einen ausgedehnten Handel konzentrieren, große Städte schaffen, Dampfschiffverbindungen eröffnen, eine Eisenbahn von Newyork bis San Franzisko anlegen, den Stillen Ozean erst eigentlich der Zivilisation eröffnen und zum dritten Male in der Geschichte dem Welt-handel eine neue Richtung geben werden? Die „Unabhängigkeit“ einiger spanischen Kalifornier und Texaner mag darunter leiden, die „Gerechtigkeit“ und andere moralische Grundsätze mögen hie und da verletzt sein; aber was gilt das gegen solche weltgeschichtlichen Tatsachen?

Marx. (Neue Rheinische Zeitung.)

J. MERFELD:

Zum Sozialismus hin!

DIE deutsche Sozialdemokratie krankte bisher an dem argen, übrigens historisch begründeten Mißverhältnis, das zwischen ihrer parteiorganisatorischen Stärke und ihrem unmittelbaren politischen Einfluß bestand und das auch die tiefere Ursache fast aller inneren Streitfragen war, die sich mit fataler Regelmäßigkeit uns immer wieder aufdrängten. Freilich scheint es zur Dynamik jeder großen sozialen Bewegung zu gehören, daß sie auch konservative Kräfte in sich aufammelt. Daran hat auch die deutsche Sozialdemokratie keinen Mangel — sicher nicht. War das kommunistische Manifest, als es 1847 erschien, eine revolutionäre Tat und niedergeschrieben mit der Sehergabe des Genies, so geht es doch keineswegs an, noch heute, nachdem inzwischen fast sieben Jahrzehnte einer fast märchenhaften Entwicklung an uns vorübergerauscht sind, Dogmengläubigkeit dafür zu beanspruchen. Eigensinn in Fragen der Theorie ist immer vom Uebel — das beweist uns auch die Parteiliteratur aus der jüngeren Zeit, die genug Beispiele dafür bietet, wie spurlos das farbige Leben an den Vertretern gewisser Doktrinen vorübergeht. Man mag in der einseitigen praktischen Betätigung auf diesen oder jenen Gebieten gewisse Gefahren erblicken — auch wir übersehen sie nicht —, viel bedenklicher für unsere Bewegung ist aber eine doktrinäre Verstiegtheit, die das Leben einfach beiseite schiebt und alle Entwicklung immer wieder in das alleingültige starre Schema ihrer Gedankenkonstruktion hineinzupressen versucht. Aber dieser Konservatismus ist nicht zum mindesten eine Folge des bei uns vorhandenen klaffenden Abstandes zwischen organisatorischer Stärke und politischem Einfluß, womit freilich nicht gesagt sein soll, daß er dadurch seine Daseinsberechtigung erwiesen

habe. Denn er kann unter Umständen zu einem starken Hemmschuh werden, und zwar gerade in einer Zeit, wo sich der Arbeiterklasse aus besonderen Ursachen die Gelegenheit zu größerer Machtentfaltung bietet.

Eine solche Zeit ist heute gekommen. Wir alle verabscheuen den Krieg aus tiefster Seele; daß er aber ein revolutionärer Faktor sein kann, das ist gerade in der klassischen Literatur des Sozialismus nachzulesen, gar nicht zu reden von dem Hymnus an die schöpferische Kraft des Schwertes, den Lassalle im „Franz von Sickingen“ gedichtet hat. Dieser Weltkrieg vollends wird nicht allein grundstürzende Verschiebungen in den Beziehungen der Staaten zueinander zur Folge haben, er wird nicht bloß die europäische Landkarte verändern und die weltpolitischen Machtverhältnisse gründlich umwandeln, auch den einzelnen Menschen wird er tief beeinflussen, ihn, namentlich wenn er draußen mitgekämpft hat, selbstbewußter, innerlich freier machen, mit Persönlichkeitsstolz erfüllen. Die Menschen insgesamt aber werden unerbittlich die großen Lehren dieses größten aller Kriege ziehen und ziehen müssen. Eine alte Welt ist hinter ihnen versunken, und aus dem Chaos muß eine neue geformt werden. Dem Neuen aber werden die furchtbaren Erfahrungen der Kriegszeit Form und Inhalt geben.

Ueber das, was nach dem Kriege kommen werde, ist man sich freilich zunächst durchaus nicht einig — selbstverständlich. Neben den wenigen Ideologen, die von einem goldenen Zeitalter träumen, darinnen sich alle Klassen- und Parteikämpfe in die höhere Einheit des Harmoniedusels auflösen würden, finden wir zahlreiche andere Plänemacher, rosafarbene Optimisten in Hülle und Fülle, aber auch kohlschwarze Pessimisten, die durchaus düster in die Zukunft schauen. Die politischen Parteien tun sich in ihren Aussichten offensichtlich Zwang an. Die Konservativen, denen für die Folge nichts Gutes schwant, reden davon, daß der Krieg die Notwendigkeit einer starken Staatsgewalt und die ungehemmte Fortführung unserer „bewährten Wirtschaftspolitik“ dargetan habe; ganz ähnlich so, mit einer starken Betonung der Notwendigkeit christlichen Geistes, spricht das Zentrum; die Liberalen schließlich haben ebenfalls weder um- noch hinzu-

lernen. Dabei ist sonnenklar, daß dem einen wie dem anderen durchaus unbehaglich zumute ist, denn die Linien der neuen Entwicklung liegen schon klar erkennbar vor uns, und diese Entwicklung führt hin zu **Demokratie** und **Sozialismus**.

In bezug auf die Zukunft, das bekennen wir gerne, sind wir durchaus hoffnungsfroh gestimmt. Ohne einen starken Glauben an die Zukunft kann man überhaupt nicht Sozialdemokrat sein. Optimismus und sozialistische Betätigung — die Unglücksraben von Profession mögen es sich merken — gehören zusammen. Unsere Zukunftshoffnungen sind aber obendrein auch hinreichend begründet. Der Krieg ist ein gewaltiger Lehrmeister der Menschheit, sein Anschauungsunterricht ist die denkbar beste Erziehungsmethode. Nicht allein die Menschen, die draußen gekämpft, dem Tode ins Auge geschaut und Unerhörtes erlebt haben, hat der Krieg umgewandelt: auch im Lande selbst hat er seine tiefen Spuren hinterlassen und geradezu revolutionierend gewirkt. Zu seinen Hauptverdiensten gehört hier, daß er die **Verkehrtheit unserer kapitalistischen Produktionsweise** selbst dem blödesten Auge enthüllt hat. Vordem lebte die Mehrzahl der Menschen gedankenlos in den Tag hinein. Das Privateigentum an den Produktionsmitteln, der Zustand, daß nicht produziert wurde, um den menschlichen Bedarf zu befriedigen und die Kultur zu fördern, sondern nur um Geld damit zu verdienen; der Zustand, daß nicht etwa Gebrauchsgegenstände, sondern nur Waren hergestellt wurden: das war immer so gewesen und war darum vernünftig. Die Menschen waren inmitten der privaten Güter- Erzeugung und -Verteilung aufgewachsen und nahmen sie hin als eine unabänderliche Einrichtung. Die Sozialisten, die behaupteten, daß doch der **Mensch** und nicht der **Profit** im Mittelpunkt der Welt stehen müsse, wurden nicht gehört; man hielt sie für komische Käuze oder schalt sie gar vaterlandslose Gesellen.

Nun aber kam der Krieg und enthüllte schonungslos die furchtbaren Schäden der privatkapitalistischen Produktionsweise. Der Abschluß vom Ausland brachte uns Mangel an gewissen Nahrungsmitteln; der Mangel führte zum Wucher, der Wucher, einmal geweckt, fraß um sich und ergriff mit seinen gierigen Krallen

bald alles, was er nur ergattern konnte. Das Schauspiel, das wir erlebten, war schamlos, es war abstoßend und empörend, aber es war auch **lehrreich**. Zum erstenmale in ihrem Leben begannen Millionen Menschen volkswirtschaftlich zu denken. Schon als das Reich die Brotkarte einführte, sahen sie sich vor einer grundstürzenden Neuerung; in der Rationierung wie auch in manchen anderen, wenn auch durchaus unzulänglichen Maßnahmen steckt unzweifelhaft ein Stück Kommunismus. Erst recht begann aber der volkswirtschaftliche Anschauungsunterricht, als nun die Wucherpraktiken den Volksmassen fühlbar wurden und sich überdies die öffentlichen Gewalten zunächst ganz unfähig zeigten, dem Uebel zu steuern. Mit der wachsenden Empörung wuchs auch die Einsicht, daß eine Wirtschaftsordnung, die solche Zustände möglich mache, durch und durch krank sein müsse; in immer zahlreichere Köpfe wurde die Ueberzeugung von der grundsätzlichen Verkehrtheit der auf Profit angelegten privaten Produktionsweise hineingehämmert.

Wenn die Sozialdemokratie Bosheitspolitik betriebe oder bloße Agitationsbedürfnisse hätte — wie könnte sie jetzt triumphieren! Sie verzichtet darauf; die Not der Massen ist zu groß. Verwehren kann ihr aber niemand, nun auf diesen glatten Bankerott der Warenproduktion mit allem Nachdruck hinzuweisen, mit anderen Worten: **die Zeit zu nutzen, um die den Volksmassen sich aufdrängende Erkenntnis, daß die jetzige Produktionsweise völlig versagt habe, zu vertiefen und in politische Energie umzusetzen**. Grundsätzliche Aufklärung wird heute mehr denn je auf fruchtbaren Boden fallen, erst recht aber müssen wir **nach dem Kriege**, wenn die jetzt aufgerichteten Schranken gefallen sein werden, die bitteren Erfahrungen des Jahres 1915 in großzügiger Weise praktisch wirksam zu machen suchen. Die Zukunft muß und wird dem Sozialismus gehören, und von dem jetzigen Kriege wird man einst sagen können, daß er zu seinen besten Wegbereitern gehört habe. Wenn es anders käme und jene recht behielten, deren Unkenrufe wir jetzt fortgesetzt vernehmen, wir müßten nicht allein an der Werbekraft unserer Ideen, sondern auch an der Menschheit verzweifeln. Beides aber wollen wir nicht. **Nach dem Kriege wird Menschheitsökonomie in großem Stile getrieben**

werden müssen. Jetzt, wo der Wert jedes einzelnen Menschenlebens ungemein gewachsen ist, wäre jede Politik selbstmörderisch, deren Ziel nicht auf die Ertüchtigung unseres Volkes bis zum letzten seiner Glieder gerichtet sein würde. Die Forderungen der Sozialdemokratie nach einer weit ausgreifenden Sozialpolitik decken sich heute erst recht mit den Erfordernissen des Gesamtwohls, sie sind vaterländisch im edelsten Sinne. Nicht allein Schutz vor übermäßiger Ausbeutung, Fürsorge gegen Krankheit, Arbeitslosigkeit und dergleichen ist unter dieser Sozialpolitik zu verstehen, sondern auch die Sorge für die **Ernährung** und die **Behausung** der Menschen.

Mit berechtigtem Stolz kann die Sozialdemokratie, deren **Taktik** von den jeweiligen Geboten der Stunde bestimmt wird und die darum am 4. August 1914 konsequent den Weg ging, der ihr vorgezeichnet war durch ihren Charakter als Volkspartei, von sich sagen, daß gerade ihre eigentlich grundlegenden Anschauungen in diesem Kriege die Feuerprobe bestanden hätten. Die Richtigkeit der sozialistischen Forderungen hat der Krieg schlagend bewiesen, die Ueberzeugung von der Notwendigkeit sozialistischer Maßnahmen, und zwar in weitestem Sinne, hat er erneut in Millionen Köpfe gesenkt. Die Lehren des Krieges müssen für die ganze Menschheit nutzbar gemacht werden. Daß dieses geschehe, dafür werden wir uns alle einzusetzen wissen; dabei werden wir die gewaltige Wucht handgreiflicher Tatsachen in die Wagschale zu werfen haben und Massen hinter uns sehen, die uns früher zu einem Teil noch fremd, wenn nicht direkt feindlich gegenüber standen.

Auf diese zum Wohle der Menschheit auszuübende Tätigkeit bereiten wir uns jetzt schon vor. Unnötig zu sagen, daß sie auf den heftigen Widerstand der Nutznießer der kapitalistischen Ordnung und der Privilegierten der heutigen Staatsverfassung stoßen wird. So kindlich ist niemand unter uns, nun etwa zu glauben, daß die ostelbischen Großgrundbesitzer oder die westelbischen Großindustriellen mit fliegenden Fahnen ins sozialistische Lager übergehen würden. Der Klassenegoismus wird hier weitaus stärker sein als die Ueberzeugung von der Notwendigkeit sozialistischer oder demokratischer Maßnahmen, die jede für sich ein Stück

von dem alten Herrentum abreißen werden. Der Kampf der Klassen wird selbstverständlich weiter toben, vielleicht — infolge des rascheren Verschwindens des alten Mittelstandes — noch schärfer als früher; was sich aber geändert hat, ist das Stärkeverhältnis der miteinander Kämpfenden, denn die Arbeiterklasse wird nunmehr mit viel schneidigeren Waffen und mit einer ungleich wuchtigeren Rüstung als früher auf den Plan treten können — vorausgesetzt freilich, daß sie nicht zur Freude ihrer Gegner ihre eigene Macht in nutzlosen inneren Kämpfen zersplittert!

So also sehen wir die Zukunft. Und wir meinen, daß sie jeder so sehen muß, der sich über die Tagesfragen hinaus genügend Unbefangenheit bewahrt hat, um nicht die großen Zusammenhänge gesellschaftlicher Entwicklung aus den Augen zu verlieren und zu erkennen, daß der **große Kampf um die Gesellschaftsform**, der Kampf zwischen Kapitalismus und Sozialismus, in ein neues und wahrscheinlich sein letztes Stadium getreten ist. Den Sachwaltern der kapitalistischen Ordnung wird schon heute beklommen zumute, und wenn beispielsweise der Reichsausschuß der Zentrumspartei jüngst in einer Erklärung feststellte, daß sich die Grundsätze des Zentrums in diesem Kriege glänzend bewährt hätten, so verbarg sich hinter dieser Behauptung doch nur das Unbehagen vor einer Zukunft, die eine klare und feste Politik **Für** oder **Gegen** verlangt und gerade darum einer die verschiedensten Interessengruppen umschließenden Partei wie dem Zentrum gefährlich zu werden droht. Vom Zentrum ist denn auch sicher anzunehmen, daß auch in Zukunft seine Liebe zur Sozialdemokratie und deren Forderungen nur recht mäßig sein wird — und umgekehrt!

Angesichts der welthistorischen Aufgaben jedoch, die von der Arbeiterklasse in den nächsten Jahrzehnten bewältigt werden müssen, erscheint uns so manches recht unbedeutend, das jetzt in unseren Reihen zu einer sogenannten großen Frage aufgepusht wird, und mancher Streit mehr als überflüssig. Den mit so viel Druckerschwärze geführten Kampf gegen das Buch der Zwanzig — um nur ein Beispiel aufzuführen — wird nach Verlauf einiger Jahre wahrscheinlich kein Mensch mehr begreifen können, wie so vieles schon früher, das unsere Köpfe heiß gemacht hat, bis

die Entwicklung über uns und über das Objekt unseres Streites unbekümmert hinweggeschritten war. Theorie ist Lehre, Praxis ist Anwendung. Wenn wir stolz darauf hinweisen können, daß aus dieser gewaltigsten Erschütterung der menschlichen Gesellschaft die sozialistischen Grundsätze nicht allein unverseht hervorgegangen sind, sondern auch ihre innere Kraft überzeugend dargetan haben, so sind wir es zugleich der Menschheit schuldig, daß wir uns an einem historischen Zeitpunkt nicht um tote Formeln zanken, sondern die Lebensquellen der menschlichen Gesellschaft bewachen und das kapitalistische Chaos zum sozialistischen Organismus zu gestalten suchen. Die Stunde ruft uns — es heißt arbeiten und nicht verzweifeln: arbeiten mit dem Ziel eines gewaltigen politischen und wirtschaftlichen Machtzuwachses der breiten Volksmassen!

Was ist es, das einen Mann zum großen Manne macht? Nur dies eine: daß er den Geist der Nation, welcher er angehört, in sich wie in einem Brennpunkt zusammenfaßt und ihn eben durch diese Zusammenfassung irgendwo zum reinstem Ausdruck und zur Fortentwicklung bringt; daß also der nationale Geist selbst in diesem Manne irgendwo seine deutlichste, in eine bestimmte Individualität gegossene Sichtbarmachung und Betätigung seiner selbst vollbringt. Eine Nation würde hiernach einen großen Mann gar nicht anders feiern können, als indem sie ihren eigenen nationalen Geist feiert, den sichtbaren Ausdruck und Entwicklungsdruck feiert, den sich der nationale Geist in und durch diesen seinen Träger gegeben hat. Jede Feier eines großen Mannes würde so, bewußt oder unbewußt, immer nur in einer Selbstfeier des nationalen Geistes seitens dieser Nation bestehen.

Lassalle.

WILHELM KEIL:

Kriegspolitik und Teuerung.

WOHL das unsauberste Mittel, das ein Teil der Parteioption im Kampfe gegen die Kriegspolitik der Parteimehrheit anwendet, besteht darin, die Parteimehrheit für die Teuerung verantwortlich zu machen. Ohne Bedenken wird dieser Gedanke den unklaren Anhängern der Opposition in geschlossenen Zirkeln eingeflüstert. In diesem Verfahren offenbart sich zwar die Schwäche der Stellung der Minderheit, denn es muß um das geistige Rüstzeug einer Gruppe verzweifelt schlecht bestellt sein, wenn sie so sehr auf die Gedankenschwäche ihres Publikums spekuliert, wie es bei der künstlichen Vermengung dieser beiden Dinge geschieht. Für den Augenblick aber mag sich mancher Arbeiter in der Erbitterung über die schamlose wucherische Ausbeutung, der er ausgesetzt ist, von einer gewissenlosen Demagogie mitreißen lassen. Kehrt später das ruhige ernste Denken wieder zurück, dann wird sich freilich bald klar herausstellen, wie verwerflich die Irreführung war, die sich manche Wortführer der Opposition erlaubt haben.

Welcher Zusammenhang besteht zwischen der Kriegspolitik der sozialdemokratischen Parteimehrheit und dem Lebensmittelwucher? Der Lebensmittelwucher ist im Grunde ein Ausfluß der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, womit natürlich nicht gesagt sein soll, daß ihm innerhalb dieser „Ordnung“ nicht enge Grenzen gezogen werden könnten. Wie will man nun die Parteimehrheit für die kapitalistische Wirtschaftsordnung verantwortlich machen? Hat sie auch nur eine Minute lang ihre grundsätzliche Gegnerschaft gegen das privatkapitalistische Wirtschaftssystem vergessen oder verleugnet? Hat sie nicht zu Beginn des Krieges und während der ganzen Dauer desselben bei jeder Gelegenheit klar und eindeutig ihr Bekenntnis zu den Zielen des Sozialismus abgelegt? Und hat sie auch nur ein Quentchen Verantwortung zu tragen für die schweren Versäumnisse, die sich die Reichsregierung auf dem Gebiete der Ernährungspolitik zuschulden kom-

men ließ? Wie die zentralen Stellen der Partei und der Gewerkschaften schon in den ersten Tagen des Krieges alle Kräfte angestrengt haben, um die Wege zu weisen, die beschritten werden mußten, wenn der Hunger von den breiten Massen des Volkes ferngehalten werden sollte, so haben sie in den inzwischen verflossenen 1 $\frac{1}{4}$ Jahren kaum eine Woche ins Land gehen lassen, ohne die verbrecherische Volksausplünderung zu brandmarken, die Mängel der behördlichen Vorkehrungen aufzuzeigen, ihre alten Forderungen zu erneuern und zu ergänzen, zu mahnen, zu warnen, auf die verhängnisvollen Folgen hinzuweisen, die unausbleiblich sind, wenn nicht die ganze staatliche Macht gegen den Wucher mobil gemacht wird. Und ebenso wie der Parteivorstand und die Generalkommission haben die Reichstagsfraktion und die Fraktionen der Einzellandtage unablässig in Besprechungen mit den Regierungsvertretern und in parlamentarischen Debatten die Notwendigkeit kräftigeren Eingreifens mit dem Hinweis auf den Ernst der Lage unterstrichen. Wird einmal nach Beendigung des Krieges im einzelnen Bericht erstattet über die gesamte Tätigkeit, die von den Vertretungskörpern der Partei während des Krieges zur Bekämpfung der Not der breiten Massen entfaltet worden ist, so wird vielen von denen die bessere Erkenntnis bald aufdämmern, die sich durch die Leidenschaft zu unbegründeten Angriffen hinreißen ließen. Die unentwegtesten Ankläger freilich werden sich durch diese Tatsachen umsoweniger belehren lassen, je unsicherer sie sich in ihren allgemeinen politischen Gedankengängen fühlen. Für sie gilt als feststehend, daß die Parteimehrheit während des Krieges „durch dick und dünn gegangen“ ist mit der Regierung, und darum für deren Taten und Unterlassungen die Verantwortung mitzutragen hat.

Ist die Parteimehrheit wirklich mit der Regierung durch dick und dünn gegangen? Mit ihrer erstmaligen Zustimmung zu den Kriegskrediten hat sie eine bestimmte und feierliche Absage an die Politik, die den Krieg zur Folge hatte, verknüpft. Allen inzwischen erlassenen Kundgebungen der Regierung hat sie eigene Kundgebungen, die von der grundsätzlichen sozialistischen Auffassung erfüllt waren, gegenübergestellt. So und so oft hat sie ihren Friedenswillen und ihre Auffassung von den Grundlinien

eines guten Friedens von der Tribüne des Reichstags herab und durch Manifeste der Welt zur Kenntnis gebracht. Nur wer Augen und Ohren gewaltsam verschließt gegenüber den Vorgängen, die sich um ihn herum ereignen, kann diesen Tatsachen zum Trotz davon reden, daß die Sozialdemokratie mit der Regierung durch dick und dünn gehe. Wäre aber selbst diese Behauptung so richtig wie sie falsch ist, so würde sich aus ihr allein auch noch nicht das geringste Verschulden der Parteimehrheit an der Verspätung und Unzulänglichkeit der Organisation der Volksernährung ergeben. Es läßt sich doch sehr wohl eine politische Gruppe denken, die mit der Kriegspolitik der Regierung vertrauensvollst in allen Punkten übereinstimmt, die von der Regierung auf dem Gebiete der Volksernährung betriebene Politik aber aufs schärfste verurteilt.

Die Kriegspolitik der Parteimehrheit, die ihren prägnanten Ausdruck findet in der Genehmigung der Kriegskredite, hat mit der Kriegspolitik der Reichsregierung nur das gemein, daß sie die Niederlage vom eigenen Lande fernhalten will. Politische Wirkköpfe wollen zwischen dieser „Unterstützung“ des Krieges und dem Lebensmittelwucher einen ursächlichen Zusammenhang entdecken. Sie merken nicht einmal, daß die feste Entschlossenheit, das eigene Volk vor der Zerschmetterung zu behüten, die ehrliche Absicht zur Voraussetzung haben muß, die Wirtschaft im Innern so zu ordnen, daß das Volk bei Kräften erhalten wird. Wenn künftig einmal von dem Anteil der Schichten und Klassen des deutschen Volkes an der zur Selbstbehauptung entwickelten Kraft die Rede sein wird, so kann die Sozialdemokratie auch mit dem Hinweis auf die Kämpfe im Innern geltend machen, daß sie Größeres geleistet hat als irgendeine andere Partei oder Organisation. Und was geleistet wurde, muß der Parteimehrheit gutgeschrieben werden.

Oder was hätte noch geschehen sollen nach den Wünschen der Opposition? Wo und wann immer Aussprachen über diese Fragen stattfanden, blieben die praktischen Vorschläge aus. Der einzige Vorschlag bestand in der in ewigem Gleichklang wiederholten Redensart, der „Burgfriede“ müsse aufgekündigt werden. Wo ist der Vertreter der Parteimehrheit, der sich in Rücksicht auf

den Burgfrieden von der rücksichtslosesten Brandmarkung des Wuchers, von der schärfsten Kritik der behördlichen Maßnahmen hätte abhalten lassen? Der Burgfriede ist von keinem Sozialdemokraten je in einem anderen Sinne anerkannt worden als in dem, daß unsererseits nichts unternommen werden darf, was unsere militärische Lage zu verschlechtern und den Krieg zu verlängern geeignet wäre. Da die Bewucherung des eigenen Volkes unsere militärische Lage verschlechtert, insofern sie die Hoffnungen der Feinde weckt und stärkt, gebietet es gerade der Burgfriedensgedanke, ihr entschieden zu Leibe zu rücken.

Aber die Opposition hat noch ein Universalmittel, das alle Leiden heilen und den Wucher mit einem Schlag ausrotten würde: Ablehnung der Kriegskredite! Glaubt ein vernünftiger Mensch, daß wir mit der Ablehnung der Kriegskredite um einen Deut günstigere Verhältnisse im Innern haben würden? Setzen wir den denkbar günstigsten, wenn auch sehr unwahrscheinlichen Fall, daß der bisherige Kriegsverlauf auch bei Ablehnung der Kredite durch die größte deutsche Partei für Deutschland nicht nachteiliger gewesen wäre, als er in Wirklichkeit war: wie würden dann die Dinge im Innern stehen? Die parlamentarischen Vertreter der Partei würden sicherlich nicht häufiger, höchst wahrscheinlich aber seltener Gelegenheit gehabt haben, ihre Forderungen zu erheben. Mit welchem Erfolg würden sie es getan haben? Mit dem Moment der ersten Kreditabstimmung wäre die sozialdemokratische Fraktion kaltgestellt und ausgeschaltet gewesen. In den Kommissionen des Reichstags hätten ihre Vertreter Monologe halten können, ohne daß ihre Vorschläge und Anträge ernstlich geprüft worden wären. Im Plenum wären sie kaum zur Begründung ihrer Forderungen gekommen. Klagen oder Proteste gegen Mundtotmachung würden in der Bevölkerung, die erfüllt gewesen wäre von der Anschauung, daß die Sozialdemokratie ihr Land den Feinden preisgebe, ein starkes Echo nicht gefunden haben. Die Möglichkeit, im unmittelbaren Verkehr mit den Regierungsvertretern die Schäden zu besprechen und Verbesserungsvorschläge zu machen, wäre ebenso abgeschnitten gewesen wie das bißchen Bewegungsfreiheit, das der größere Teil unserer Presse in der Beleuchtung der Regierungsbeschlüsse sich

gewahrt hat, restlos eingeschnürt worden wäre. Unsere Organisationen würden zur Einstellung jeder Tätigkeit verurteilt worden sein und geheime Konventikel hätten auf die Politik der Volksernährung naturgemäß keinerlei Einfluß gewonnen. Würden wir also, so darf man nun wohl fragen, in diesem Falle in der Ernährungsfrage günstiger gestellt sein als es jetzt der Fall ist? Die Frage stellen heißt sie beantworten.

Es ist aber auch ein weniger günstiger Fall denkbar und nicht einmal unwahrscheinlich. Die Ablehnung der Kriegskredite hätte auch eine so erhebliche moralische Schwächung der deutschen Heereskraft zur Folge haben können, daß unsere Grenzen von den Gegnern überrannt und die Kampffront im Osten und Westen auf deutschen Boden verlegt worden wäre. Diejenigen, die keinen Blick in die von der Kriegsfurie zerstörten Gebiete geworfen haben, können nur mit Hilfe der lebhaftesten Phantasie sich eine Vorstellung von den Zuständen machen, die wir in diesem Falle in Deutschland vorfinden würden. Welcher Vertreter der Parteiopposition würde in einer solchen Situation in der Lage sein, in den von den feindlichen Heeren unbesetzt gebliebenen Gebieten — von den besetzten ganz zu schweigen — Maßnahmen zur Sicherung der Volksernährung zu fordern? Welche Antwort würde ihm die Bevölkerung geben, wenn auch nur mit einem Schein von Recht gesagt werden könnte, daß die Sozialdemokratie die Schuld trage an diesem Schicksal Deutschlands? Die Antwort ist nicht zweifelhaft.

Wir dürfen also die Frage betrachten, von welcher Seite wir wollen: immer erweist sich die Verknüpfung der Kriegspolitik der Parteimehrheit mit der Teuerung im Sinne einer Mitschuld der Mehrheit an der letzteren als ein vollendeter Unsinn. Wir schützen unser Volk vor Hunger und Untergang am sichersten, wenn wir verhindern, daß deutscher Boden der Schauplatz des entsetzlich blutigen Weltringens werde. Und wir sichern uns, indem wir das verhindern, das unantastbare Recht zum Kampf und die Unterstützung der breiten Massen im Kampf gegen den Landesverrat der Lebensmittelwucherer.

H. PEUS-DESSAU:

Bessere Zukunft!

DER Krieg ist entsetzlich. Er übertrifft in seiner Furchtbarkeit jede Erwartung. Mit Grauen denken wir an die Millionen, ja Millionen, die auf dem Schlachtfelde einen frühen Tod finden, mit Entsetzen gedenken wir der zahllosen Krüppel, die in ganz Europa jahrzehntelang herumlaufen werden. Wir beklagen die zahllosen Witwen und Bräute oder auch alten Eltern, die ihren Verlust nie verwinden werden. Wir denken mit Bangen an die Schuldenlasten, die die Völker nach dem Kriege werden zu verzinsen haben.

Ist das nicht alles zum Verzweifeln? Besonders wenn man sich vorstellen kann, ja muß, daß dieser Krieg trotz seiner Schrecken noch keineswegs sicher der letzte Krieg sein wird?

Ich finde trotzdem noch etwas am Kriege und seinen Folgen, das mich über die Zukunft beruhigt, ja mit einer gewissen Hoffnung erfüllt.

Es kann kein Zweifel sein: der Sinn des ganzen Krieges ist der, ob Europa zwischen den beiden Weltreichen Rußland und England aufgeteilt werden soll, oder ob sich mitten zwischen beiden ein **Mitteleuropa** soll bilden können, das seine Selbständigkeit den beiden anderen Weltreichen gegenüber wahren kann. Natürlich mag es **Ideologen** geben, auch **sozialistische**, die einen Bund Vereinigter Staaten Europas bis hin zu Belgien und Luxemburg und Serbien und vielleicht auch einem tschechischen Böhmen aus diesem Kriege lieber hervorgehen sähen. Ich glaube aber kaum, daß diese selben Ideologen in dem Deutschen Reich mit seinen Bundesstaaten bis hin zu Lippe-Bückeburg einen in jeder Beziehung idealen Zustand erblicken.

Die Staaten entspringen nicht aus logischen Ueberlegungen, auch nicht aus moralischen Erwägungen, sondern aus **Machtverhältnissen**. Das sollten wir Sozialisten am ehesten wissen. Und so wird auch die weitere Entwicklung der staatlichen Organisation Europas aus Machtverhältnissen entspringen.

Da scheint mir nun eines als ganz bestimmtes Ergebnis dieses Krieges zu erachten sein: **Deutschland und Oesterreich-Ungarn sind für alle Zukunft auf Leben und Tod miteinander verbunden**. Oesterreich-Ungarn kann ohne Deutschland nicht in Ruhe leben, Deutschland aber auch nicht ohne Oesterreich-Ungarn. Beide zusammen mögen Rußland jetzt noch so sehr schlagen, das Riesenreich Rußland zerbirst doch nicht, und es wird aus den Erfahrungen dieses Krieges auf die Dauer nur noch viel stärker hervorwachsen. Einem so auch für die Zukunft drohenden Rußland gegenüber können Deutschland und Oesterreich-Ungarn nur in geschlossener Phalanx einigermaßen sicher sein.

Auch **England** bleibt für Deutschland eine dauernd drohende Macht, besonders da es England vermutlich gelingt, **Frankreich** dauernd an sich zu ketten, zu seinem Vasallen zu machen. Es mag sein, daß dafür die **skandinavischen** Staaten, denen der englische Druck so wenig gefällt wie die russische Bedrohung, während sie von Deutschland gar nichts zu befürchten haben, sich näher an Deutschland anschließen werden. Es ist aber nicht damit zu rechnen, daß in Frankreich je eine Regierung die Macht bekommen könnte, die den Franzosen einzureden vermöchte, lieber den Anschluß an Deutschland als an England zu suchen. Und so bleibt Deutschland auch in Zukunft von England und Frankreich bedroht.

Es ist möglich, daß **Holland** und **Belgien**, in welcher Form letzteres auch in Zukunft bestehen mag, aus eigenem Interesse näheren Anschluß an ihr Hinterland suchen werden. Das ist aber nur eine gewiß wichtige, so doch sekundäre Angelegenheit.

Im Südosten Europas und in Kleinasien weiß die **Türkei** nun auch genau, woran sie ist, daß Rußland nach Konstantinopel will und daß England ihr Beschützer nicht mehr sein wird. Es

bleibt der Türkei, wenn sie nicht sterben will, nichts anderes übrig, als Anschluß an die Staaten zu suchen, an die sie ihn im Kriege gefunden hat. Und das dazwischen liegende **Bulgarien** kann gar nichts anderes wollen, als eine günstige wirtschaftliche Position als Verkehrsbrücke zwischen Nordwest- und Mitteleuropa und Vorderasien zu haben. Russische Provinz zu werden konnte Bulgarien nicht reizen. Will aber Bulgarien auf dem Balkan der führende Staat werden, so kann es dies Ziel nur erreichen, indem es Anschluß an die beiden Mittelmächte und die Türkei sucht. Diesen Anschluß hat es jetzt im Kriege gefunden, es wird ihn auch im Frieden beibehalten müssen.

So bietet sich die Möglichkeit zu einem Länderbunde, der von der Nordsee quer durch Europa nach dem Südosten geht und am Persischen Meerbusen sein Ende findet. Wen möchte solche Aussicht nicht freuen?!

Geht der Krieg so zu Ende, daß dieser Länderkomplex ungeboren zusammenbleibt, dann ist für ihn ein großer wirtschaftlicher und politischer Aufschwung zu erwarten. Der Nordwesten dieses Bezirkes der Erde ist industriell, der Südosten agrarisch. Die Donau verbindet beide Teile als schiffbarer Fluß. Aber die Eisenbahn wird eine noch viel gewaltigere Bedeutung erlangen. Die Türkei wird durch den Krieg gelernt haben, was sie braucht. Vor allem **Eisenbahnen**. Das wird der Industrie Mitteleuropas Arbeit über Arbeit geben können: Eisenbahnschienen, Lokomotiven, Waggons. Aber auch Verkehrsschiffe, Maschinen aller Art, besonders landwirtschaftliche. Waffen aller Art werden dabei leider auch noch nicht fehlen können. Dafür wird die Türkei aus Kleinasien gewaltige Mengen Getreide, sowie tierische Produkte, Häute usw. nach Mitteleuropa liefern können. Was für Vorderasien gilt, das gilt auch für den Balkan. Auch dort ist noch die umfangreichste kulturelle Erschließung möglich. Wie die Deutschen in der Vergangenheit nach Venedig, Rom und Neapel gereist sind, so werden sie in Zukunft Budapest, Sofia, Konstantinopel und Athen aufsuchen. Die Kultur, die bisher aus England und Frankreich nach Amerika zu wandern schien, wird von Deutschland aus über Oesterreich-Ungarn nach dem Balkan, nach Griechenland und Vorderasien getragen

und damit die Gefahr beseitigt, daß das amerikanische Dollerland der Mittelpunkt der Erde werde.

Wenn der gliederreiche Südosten Europas so mit seinem Nordwesten wirtschaftlich und politisch zu einem in seinen Hauptinteressen verbundenen Ganzen zusammenschmilzt, so wäre damit der Grundstock zu einem Bau Vereinigter Staaten Europas gegeben, wie ihn sich vor dem Kriege niemand hat träumen lassen. Die Steigerung aber der Produktionskraft dieses Ländergebietes kann leicht in wenigen Jahrzehnten so groß sein, daß demgegenüber selbst die furchtbare finanzielle Anstrengung dieses Krieges nicht mehr als unerträgliche Last empfunden werden mag. Wenn es wirklich Englands Absicht gewesen sein sollte, Deutschlands Industrie und Handel zu vernichten, so wurde diese Absicht dadurch freilich zuschanden, daß Deutschland sich das Tor nach Vorderasien aufschlug. Solcher Situation gegenüber verliert alle Einkreisungspolitik ihren Zweck, weil ihr die Möglichkeit des Erfolges mangelt.

Die unter solchen Umständen sich bietende Perspektive ist so groß, daß jeder heute Lebende gewiß noch recht viel von dieser Zukunft mit ansehen möchte. Wie viel wirtschaftliche Organisation und politische Bildung kann in den wirtschaftlich wie politisch eben erst erwachten Südosten Europas und das hinter ihm liegende Vorderasien getragen werden! Bisher schauten wir fast nur nach dem Westen und sahen dort unsere Zukunft. Mit dem Blick auf den Südosten dürfen wir das Herz Europas auch als das Herz der zukünftigen Kultur dieses Erdteils ansehen. Und der Westen Europas wird seine Bedeutung auch in Zukunft haben. Aber das scheint mir doch noch eine besonders günstige Situation für die beiden Mittelmächte Deutschland und Oesterreich-Ungarn zu sein, daß sie immer mehr zwischen hochentwickelte Erdgebiete zu liegen kommen, daß sie im weiteren Sinne die große Verkehrsbrücke zwischen Asien und Amerika werden.

Jetzt im Kriege müssen die beiden Zentralmächte sich gegen eine ganze Welt ringsum wehren. Ich hoffe — und das ist in der Tat nicht der geringste Trost in dieser schrecklichen Kriegszeit —, daß dafür aber auch nachher im Frieden eine um so

stärkere Befruchtung des Wirtschaftslebens rings um sie herum eintreten wird.

Bisher hatten wir im Deutschen Reiche noch Not, über den Partikulargeist, insbesondere den preußischen, zum wirklich großzügig denkenden deutschen Geiste uns durchzuringen. Ich hoffe, dieser Krieg bringt uns weiter. **Europäisch** zu denken werden wir alle lernen müssen, von Antwerpen bis nach Konstantinopel.

So kann doch der Krieg Umwälzungen bringen, über die wir uns hernach freuen werden, und die kein Kongreß mit noch so vielen Resolutionen zustande gebracht hätte.

Ehrwürdiger Herr! Denkt besser von dem Schwert!
Ein Schwert, geschwungen für die Freiheit, ist
Das fleischgewordene Wort, von dem Ihr predigt,
Der Gott, der in der Wirklichkeit geboren.
Das Christentum, es ward durchs Schwert verbreitet,
Durchs Schwert hat Deutschland jener Karl getauft,
Den wir noch heut den Großen staunend nennen.
Es ward durchs Schwert das Heidentum gestürzt,
Durchs Schwert befreit des Welterlösers Grab!
Durchs Schwert aus Rom Tarquinius vertrieben,
Durchs Schwert von Hellas Xerxes heimgepeitscht,
Und Wissenschaft und Künste uns geboren.
Durchs Schwert schlug David Simson, Gideon!
Das Herrliche, das die Geschichte sah,
Und alles Große, was sich jemals wird vollbringen,
Dem Schwert zuletzt verdankt es sein Gelingen.

Lassalle.

L. COHN-MÜNCHEN:

Zur Besteuerung der Kriegsgewinne.

Die Gegnerschaft.

IHR Widerspruch gegen eine Besteuerung der aus der Zeit der Not entstandenen Gewinne läßt sich in dreierlei Arten von Einwänden zusammenfassen; er gründet sich auf sittliche Bedenken, auf den Rechtsstandpunkt und auf steuertechnische Erwägungen.

Die sittlichen Bedenken werden in einer höchst drolligen Art begründet. Man drückt nämlich dieser Steuer im vorhinein den Charakter einer Strafsteuer auf für diejenigen, die sich bei Ausbruch des Krieges und während der Kriegszeit unter höchster Anstrengung und Willigkeit bemüht haben, den Militärbehörden die rasche Kriegsbereitschaft zu ermöglichen. Diese patriotischen Lieferanten zu schützen, wie u. a. Herr Professor Oldenberg (Göttingen) ausführt, läge im nationalen Interesse; denn wenn man ihnen nachträglich im Wege der Ausnahmesteuerung wieder einen Teil ihres Gewinnes abzieht, so läuft man nicht nur Gefahr, in künftigen (!) gleich dringenden Bedarfsfällen nicht mehr die genügende Zahl prompter Lieferanten zu finden, sondern das Verfahren sei auch anstößig; wobei man durchblicken läßt, daß die Berechtigung der Kriegsgewinne ja auch darauf zurückzuführen ist, daß die bestellenden Behörden sich „verhauen“ haben. Und daran tragen ja die guten und willigen Lieferanten keine Schuld! Für die künftige schlagfertige Deckung des Kriegsbedarfes sei es daher von übelster Vorbedeutung, wenn man nachträglich ein Stück vom Preise wieder abschneidet. Was aber die durch Zurückhaltung der Waren erzielten Gewinne anbetrifft, so weiß der genannte Professor darüber zu sagen, daß die Spekulanten früh aufstehen und manches Risiko übernehmen mußten, um die Vorräte im In- und Auslande herauszulocken, dem Auslandswettbewerb zuvorzukommen, die Wachsamkeit des Landesfeindes zu täuschen und die Produktion auf zum Teil neuen Wegen zu entwickeln. Die Konsequenz dieses Standpunktes wäre eigentlich, den spekulativen Frühaufstehern statt der Auflage einer Kriegsgewinnsteuer einen Prämienzu-

schuß für ihre im höchsten nationalen Interesse aufgewendete Mühe zuzubilligen.

Es erübrigt sich, gegen diese Sorte von Steuermoral irgend etwas zu sagen. Nicht viel anders steht es mit den juristischen Einwänden gegen die Berechtigung dieser Steuer. Da werden die höchsten rechtsphilosophischen Prinzipien herbeigeht, um zu beweisen, daß Kriegsgewinne nicht verwerflicher sind als jeder zu anderer Zeit bei Handel und Gewerbe erzielte Nutzen. Weiter wird dann eine sehr zartfühlende Unterscheidung vorgenommen zwischen berechtigten und unberechtigten Kriegsgewinnen. Man hätte ja nichts dagegen, die übermäßigen Händler- und Lieferantengewinne, die bei direkten Kriegslieferungen erzielt wurden, zu treffen. Aber da es unmöglich sei, nachträglich auf Steuerwegen die Böcke von den Schafen zu sondern, so gebiete der Grundsatz einer gleichmäßigen Behandlung, kein Steuerunrecht zu begehen und daher überhaupt den ganzen Gedanken einer besonderen Kriegssteuer fallen zu lassen.

Auf noch schwächeren Füßen stehen die Einwendungen der berufenen und ungerufenen eigentlichen Steuertechniker. Es wird da hauptsächlich die Frage erörtert, ob man die Kriegsgewinnbesteuerung mit der Vermögenszuwachssteuer verkoppeln oder der Einkommensteuer angliedern soll; woraus sich dann die weitere Frage ergibt, wer die Kriegsgewinnsteuer erheben soll. Bei dem Mangel einer Reichseinkommensteuer bliebe die Erhebung der Einkommensteuer den Einzelstaaten vorbehalten. Für die Anhänger einer Angliederung an die Einkommensteuer entsteht darnach die Schwierigkeit der verschiedenen Ausgestaltung der Einkommensteuer in den deutschen Bundesstaaten. In Elsaß-Lothringen und den beiden Mecklenburg existiert sie überhaupt nicht. Schließlich taucht dann auch die Erinnerung auf, daß das Kriegsjahr 1914 mit dem Rechnungsjahr 1914 nicht zusammenfällt und außerdem die Etatsjahre der Bundesstaaten nicht gleichmäßig angesetzt sind. Der Vollständigkeit wegen sei auch noch erwähnt, wie außerordentlich schwierig es sein soll, die Gesetzgebungsmaschinerie während des Krieges in Tätigkeit zu setzen, ein Motiv, das auch bei der letzten Tagung des Reichstages vom Regierungstische aus erklang und jüngst bei der Forderung

unserer Fraktion, den Reichstag sofort einzuberufen, wiederholt wurde.

Der aufmerksame Leser wird die Hohlheit der hier summarisch aufgeführten Bedenken leicht erkennen. Sie eingehend zu widerlegen erübrigt sich umso mehr, als das Reichsamt des Innern sich nach unwidersprochenen Pressenachrichten mit der Ausarbeitung einer Vorlage beschäftigt. Irgendetwas Zuverlässiges über die Richtung des Gesetzentwurfes liegt aber bis zur Stunde nicht vor, trotzdem das Empfinden des Volkes hier wie in der Lebensmittelfrage in dem Zagen und Zögern der Reichsregierung Rücksichtnahme auf kleine, aber sehr einflußreiche Bevölkerungsgruppen erblickt. So lange also keine offizielle Mitteilung über die Gestaltung der Kriegsgewinnsteuervorlage erfolgt, können nur Vermutungen angestellt werden; daher darf auch die Vermutung gelten, als bezwecke das offizielle Stillschweigen nur die Wahrung des Burgfriedens. Wodurch freilich sehr wenig friedliche Stimmungen in den weitesten Volkskreisen ausgelöst werden.

Indessen haben alle Gegner mit sauer süßer Miene das „psychologische Moment“ der Kriegsgewinnbesteuerung anerkannt; ganz einfach deshalb, weil es eine „populärere“ Steuer niemals gegeben hat. Im Prinzip erkennen sie die Notwendigkeit der Besteuerung an, aber wie bei den Diplomaten bedeutet auch bei ihnen eine Sache praktisch verleugnen, wenn man sie im „Prinzip“ anerkennt. Von diesem Standpunkte aus läßt sich die Anerkennung des Prinzips der Besteuerung bis in die Reihen der preußischen Junker allein richtig schätzen.

Die Gestaltung.

Die ethischen, juristischen und steuertechnischen Einwände — wahre Probleme der Ausflucht — werden mit eins beseitigt, wenn das Steuerprojekt auf die einfachste Formel zurückgeführt und in den weitesten Rahmen eingefügt wird, nämlich auf den während der **Kriegszeit** errungenen Gewinn, „also die Mehrung von Einkommen und Vermögen“. Ja, wer imstande war, beide von einem gewissen Betrage an während der Kriegszeit auf gleicher Höhe zu erhalten, sollte mit den unteren Stufen zur Besteuerung herangezogen werden. In einer Zeit, wo Millionen ihr Leben, ihre Existenz und ihr Vermögen einbüßen, erscheint

diese Forderung nicht mehr als „recht und billig“. Auf jeden Fall muß jeder Gewinn während der Kriegszeit, gleichviel aus welcher Quelle er stammt, ob aus direkter Lieferung, Preissteigerung der Rohprodukte und Fabrikate, aus Spekulation in Börsenwerten oder Kurssteigerungen, zur Steuer herangezogen werden. Aus Parteikreisen ist bereits gegen die hier vertretene Anschauung, ganz allgemein Einkommens- und Vermögensmehrung während der Kriegszeit steuerlich zu erfassen, Stellung genommen worden. Veranlassung dazu gab eine Erklärung des Reichsschatzsekretärs Helfferich in der Sitzung des Reichstags vom 20. August d. J. Darin war gesagt, „daß eine einwandfreie Feststellung des Begriffes Kriegsgewinn eine steuertechnische Unmöglichkeit sei“. Das wird von unserer Seite aus beweislos bestritten, ohne Angabe, wo denn die Grenzen eines Kriegsgewinnes zu stecken wären. Da nun die Gegner dieser Besteuerung sich mit Vorliebe auf die Schwächen des Begriffes „Kriegsgewinn“ stützen, sollte ihnen von sozialdemokratischer Seite nicht indirekt Vorschub geleistet werden. Es kommt in dieser Sache wirklich weniger auf das „Prinzip“ als die Wirkung an. Und da wird es jedenfalls einbringlicher sein, alle Gewinne aus der Kriegszeit der Steuer zu unterwerfen, als nur die „übermäßigen“ oder „unverdienten“ mit teilweiser Rückforderung zu treffen.

Nach den bei der Veranlagung zur Einkommensteuer geltenden Grundsätzen müssen selbstverständlich auch alle offenen und versteckten Gewinne und sogenannten Kriegsreserven der Besteuerung unterliegen. Haben es doch die Gesellschaften, besonders der Mühlen-, Munitions-, Waffen- und Lederindustrie gut verstanden, ihre Gewinne zu verschleiern. An der Besteuerung von Vermögen und Einkommen muß umsomehr festgehalten werden, als beim Wegfall eines dieser Steuerobjekte sehr empfindliche Ungleichheiten entstehen. Denn es gibt Unternehmungen und Privatpersonen, die ihr Einkommen vermehrt, aber keinen Vermögenszuwachs erlangt haben und umgekehrt.

Der Vorschlag, die Kriegsgewinnsteuer allein an die am 1. April 1917 in Kraft tretende Besteuerung des Vermögenszuwachses anzugliedern, erscheint undurchführbar, weil es sich ja um eine Sonderbesteuerung der Kriegsgewinne handelt und nicht

darum, eine bereits gesetzlich bestehende Steuer zu erweitern oder ad hoc umzugestalten. Außerdem aber unterliegt dieser Steuer nur der Vermögenszuwachs, der innerhalb drei Jahren, 1914 bis 1917, den Betrag von 10 000 M. übersteigt. Sollte nun die Vermögenszusatzsteuer schon jetzt in Kraft treten, so würden ihr zahlreiche aus Effekten mit niedrigen Kurswerten, Grundbesitz, Hypotheken u. a. bestehende Vermögen entgehen, deren Mehrwert sich erst später oder nach dem Kriege als wirklicher Kriegsgewinn entpuppen würde. Aus diesem Grunde dürfte sich eine **jährliche Neuveranlagung** für die Geltungsperiode der Kriegssteuer als empfehlenswert erweisen. Gegen den wahrscheinlich geplanten Ausbau der Vermögenszuwachssteuer oder ihre vorzeitige Einführung muß entschieden Einspruch erhoben werden. Das gäbe nur ein unzureichendes Flickwerk!

* * *

Bei der Verschiedenartigkeit der Steuerjahre und der Veranlagungstermine zur Einkommensteuer in den Bundesstaaten sind einige Schwierigkeiten zu überwinden. So findet in Bayern und Preußen die Veranlagung zum Teil aus dem Ertrag früherer Jahre statt, woraus das zukünftige Einkommen bemessen wird. Man wird wohl oder übel die Einzelstaaten mit der Erhebung der Kriegsgewinnsteuer betrauen und dabei die Veranlagung auf Einkommen vom 1. Januar resp. 1. April 1914 als Grundlage nehmen müssen. Als Ermittlung des erhöhten Einkommens könnten dann die Veranlagungstermine am 1. Januar 1915 (Preußen) und am 1. April 1915 (Bayern) genommen werden. Da das Einkommen aus Kriegsgewinnen jedenfalls einer wiederholten Besteuerung unterliegen sollte, so könnte dann bei längerer Dauer des Krieges die Veranlagung zu den gleichen Terminen erneuert werden. Einfacher gestaltet sich die Frage bei der Besteuerung der Vermögensmehrung. Hierfür könnte im Anschluß an das Gesetz über den Wehrbeitrag der 31. Dezember 1913 als Stichtag genommen werden. Wer von dieser Zeit an sein Vermögen erhöhen konnte — die nicht in die Kriegszeit fallenden ersten sechs Monate des Jahres 1914 dürften als für das Ergebnis unwesentlich einbezogen werden — hat einen Kriegsgewinn

erzielt. Selbstverständlich ist der allgemeine Deklarationszwang mit entsprechenden Strafzuschlägen für Unterlassungen hier nicht zu umgehen. Ebenso wie das Recht der Steuerbehörden, im weitesten Maße Kontrolle zu üben, besonders über die Lieferungsverträge und die Geschäftsbilanzen zur Geltung kommen müßte. Ob nur eine einmalige oder öftere Erhebung des Vermögenszuwachses aus Kriegsgewinnen stattfinden sollte, kann als eine offene Frage betrachtet werden, weil sie abhängig von der Höhe der Steuersätze ist.

Ueber diese Höhe dürfte wohl der Streit am heftigsten entbrennen. Die bis jetzt in den Debatten zutage getretenen Vorschläge bewegen sich in den äußersten Grenzen. So will Professor Karl Diehl den Vermögenszuwachs höchstens mit 5 Prozent treffen, während aus Parteikreisen als Höchstsatz 50 Prozent verlangt werden. Bestimmte Vorschläge hier zu unterbreiten hat wohl erst dann Sinn, wenn der Schleier des Geheimnisses über die Absichten der Reichsregierung gelüftet wird. Eine starke Progression müßte auf jeden Fall zur Anwendung kommen.

Viel wichtiger als die Erledigung der Frage des Einführungs-termines einer Besteuerung der Kriegsgewinne ist die Forderung der **schnellsten Bekanntgabe der Regierungsvorlage**. Mit jedem Tage der Verzögerung wächst die Gefahr einer Verschleppung der Kriegsgewinne ins Ausland. Ganz abgesehen davon, daß auch die von der Steuer Betroffenen das Recht haben, davon bald unterrichtet zu sein, in welcher Weise sie in Anspruch genommen werden. Auch ein monatlicher Zinsverlust von zwei bis drei Millionen, der aus der Verzögerung für die Reichsfinanzen erwächst, erfordert Beachtung. Das Ausland, sogar neutrale Staaten wie Dänemark, hat sich in dieser Richtung schon längst zu steuerlichen Maßnahmen entschlossen. Von den deutschen Einzelstaaten hat ja Bremen bereits eine 10 prozentige Besteuerung aller Einkommenmehrung über 10 000 M. hinaus eingeführt. In der Presse sollte von seiten der gesetzgebenden Körperschaften daher mit aller Energie die Forderung der Bekanntgabe der Vorlage über die Besteuerung der Kriegsgewinne erhoben werden. Hier heißt es: „Wer schnell nimmt, nimmt doppelt.“

KARL SEVERING:

Arbeitsgemeinschaft der Gewerkschaftsrichtungen?

MAN kann Zweifel darüber hegen, ob es besonders aktuell ist, heute schon über die Entwicklung und die Aufgaben der Gewerkschaften nach dem Kriege zu reden. Denn solange auf den Schlachtfeldern noch um den militärischen Sieg gekämpft werden muß, drängen die Ereignisse an den Hauptfronten des Krieges alle anderen Betrachtungen in den Hintergrund. Und dann kommt der Gesichtspunkt noch hinzu, daß die Entwicklung der Gewerkschaften abhängig sein wird von der politischen und wirtschaftlichen Gestaltung Deutschlands beim Friedensschluß. Aber so wenig es ein Fehler ist, **vernünftig** zu denken, kann es einer sein, **künftig** zu denken. Wenn die Kunst der Politik und des Regierens im Vorausschauen besteht, dann haben die deutschen Gewerkschaften, die sich selbst regieren, diese Aufgabe zu erfüllen. Besser zu früh als zu spät aufstehen. Wer aus der Entwicklung des Wirtschaftslebens die richtigen Lehren ziehen will, soll sie beobachten, sich aber von ihr nicht überraschen oder überumpeln lassen.

Die künftige Bedeutung und Tätigkeit der Gewerkschaften wird wesentlich bestimmt werden von der Beantwortung der Frage, ob es gelingen wird, ein engeres Zusammenarbeiten der einzelnen Gewerkschaftsrichtungen zu erzielen. Es gibt eine große Anzahl von Gewerkschaftlern, die diese Frage schon heute in bejahendem Sinne beantworten möchten. Der Krieg hat in manchen Wirtschaftsgebieten Arbeitgeber und Arbeiter zu Arbeitsgemeinschaften zusammengeführt, warum sollte aus der großen Zeit als dauerndes Vermächtnis nicht auch ein **planmäßiges und fort-dauerndes Zusammenarbeiten von Klassengenossen hervorgehen?** Das ungefähr ist der Gedankengang der Gewerkschaftler, die eine enge Verbindung aller Gewerkschaftsrichtungen nach dem Kriege schon garantiert sehen.

Nun hat die Not des Krieges allerdings schon manches Wunder vollbracht. Besonders in den ersten Kriegsmonaten haben fast alle Klassen und Erwerbsstände den größten Opfermut gezeigt und eine nationale Solidarität bekundet, wie nie zuvor. Neben den Waffentaten der deutschen Truppen werden diese erhebenden Erscheinungen das hervorstechendste Merkmal der sogenannten „großen Zeit“ bilden. Der Burgfrieden, nicht der von den Behörden erzwungene, sondern der aus der nationalen Not geborene Waffenstillstand im Wirtschaftsleben, hat nicht allein Streiks und Lohnbewegungen vermeiden lassen, sondern auch, wie es in Friedenszeiten die Tariffragen getan, die einzelnen gewerkschaftlichen Richtungen zu gemeinsamen Aktionen, die im Interesse der Arbeiter bei den Unternehmern und Behörden genommen werden mußten, zusammengeführt. Aber ist wirklich damit zu rechnen, daß alle diese Erfolge der ersten Kriegsmonate längeren Bestand behalten werden, daß sie auch nach dem Kriege noch Geltung haben? Ich möchte diese Frage nicht ohne weiteres mit ja beantworten. Welche Aenderungen zeigen sich nicht schon heute auf dem glänzenden Bilde, das die ersten Kriegsmonate in den Rahmen der nationalen Solidarität gemalt hatten! Die allgemeine Begeisterung des ersten Augenblicks ist in weiten Kreisen einer kühlen Berechnung gewichen. Die Opferwilligkeit der ersten Kriegsmonate wird überwuchert von der schönsten Gewinnsucht, und die Interessen eines Standes erweisen sich als der mächtigste Hemmschuh bei der Wahrnehmung der Interessen und Rechte der breiten Volksschichten. Das Kaiserwort: „Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche“, für kurze Zeit die jauchzend aufgenommene Parole aller bürgerlichen Parteien, fängt an, großen und einflußreichen Parteien unbequem zu werden. Das ist in kurzen Strichen gezeichnet das veränderte Bild.

Es wäre falsch, darum den Mißvergnügten und Enttäuschten zu spielen. Was die Arbeiterschaft bisher geleistet hat, im Waffenrock und daheim, tat sie nicht im Glauben an ein goldenes Zeitalter ohne Klassengegensätze und Klassenkämpfe. Sie half nur den Boden verteidigen, der die Grundlage ihrer Tätigkeit und ihrer Kultur geworden ist, ohne auch nur einen Augenblick daran zu denken, das als ein besonderes Wohlverhalten anzü-

preisen, das Belohnung und Belobigung verdiene. Wenn darum schon heute, das heißt vor dem Friedensschluß, die Arbeiterschaft deutlicher daran erinnert wird, daß es auch auf wirtschaftlichem Gebiete ohne Kampf keinen Sieg gibt, dann wird uns das weder zu einer Katerstimmung führen, noch zu einer Bewunderung der Siebenmalweisen, die ja das „alles voraus gewußt“ haben.

Aber was haben alle diese Betrachtungen mit der künftigen Entwicklung der Gewerkschaften zu tun, wird mancher Leser fragen. Der Zusammenhang ist bald gegeben. Große politische Parteien, die nach ihrer geschichtlichen Entwicklung und ihrem Charakter einen großen Einfluß auf gewisse Arbeiterschichten in Deutschland ausüben, vollziehen augenblicklich eine befremdliche Rechtsschwenkung. Während die Regierungen der einzelnen Bundesstaaten, wie es scheint, in Zukunft auf jede Ausnahmebehandlung politischer Parteien verzichten wollen, hat die Zentrumspartei Bayerns durch ihr Verhalten im Finanzausschuß des bayerischen Landtags bei der Beratung des Gemeindebeamtengesetzes deutlich gezeigt, daß sie nach wie vor der politischen Vertretung der deutschen Gewerkschaften die Gleichberechtigung in der Verwaltung des Staates und der Gemeinden nicht einräumen will. Waren es früher die Märchen von der Vaterlands- und Religionsfeindlichkeit der Sozialdemokratie, die als Begründung für die Ausnahmebehandlung sozialdemokratischer Vertreter angeführt wurden, so ist es jetzt die Auffassung der Sozialdemokratie über die zweckmäßigste Staatsform, die zur Motivierung der Ausschließung herangezogen wird. Mit dieser Haltung befolgt die bayerische Zentrumspartei getreulich die Intentionen der Deutsch-Konservativen, die schon im Spätherbst des ersten Kriegsjahres ähnliche Grundsätze aufgestellt haben. Und vergegenwärtigt man sich das Verhältnis der Zentrumspartei zu den Konservativen im Reiche, dann ist man zu der Ansicht berechtigt, daß die bayerische Zentrumspartei bei ihrem Vorgehen im Einverständnis und mit der Zustimmung der Zentrumspartei des Reiches handelt.*)

*) Diese Betrachtungen sind auch durch die inzwischen abgegebenen neuesten Erklärungen der bayerischen Regierung nicht gegenstandslos geworden.

Nun ist der Einfluß, den das Zentrum auf die christlichen Gewerkschaften ausübt, bekannt genug, um zu verstehen, wie jede Rechtsschwenkung des Zentrums auch nachwirkt in den christlich-nationalen Arbeiterorganisationen. Man braucht nur daran zu erinnern, daß die Gründung der christlichen Gewerkschaften ja ausdrücklich damit motiviert wurde, daß man es den christlichen Arbeitern nicht zumuten könne, in den vaterlands- und religionsfeindlichen Organisationen der freien Gewerkschaften Mitglieder zu werden. Das war derselbe Text, dieselbe Melodie, das waren dieselben Verfasser, die jetzt die antimonarchischen Grundsätze der Sozialdemokratie als Popanz hervorholen. Mit der „Vaterlandsfeindlichkeit“ und der „Religionsfeindlichkeit“ wird man nach dem Kriege ja kaum noch politische Geschäfte machen können. Aber das Zentrum hat das allergrößte Interesse daran, die christlichen Gewerkschaften unter seinem Einfluß zu halten, und bei der engen personellen Verbindung, die zwischen vielen Verwaltungsstellen der politischen Zentrumsparlei und den christlichen Gewerkschaften besteht, wird ihm das auch nicht allzu schwer fallen.

Viele unserer Gewerkschaftler wollen die große Bedeutung der Weltanschauung und der politischen Interessen der Zentrumsparlei auf die Haltung der christlichen Gewerkschaften nicht anerkennen oder doch nicht allzu hoch bewerten. Sie glauben, daß schließlich das Klasseninteresse der christlichen Arbeiter stärker sein werde, als alle politischen Beeinflussungsversuche der für das Zentrum wirkenden geistlichen und weltlichen Autoritäten. Schließlich — das soll auch hier nicht angezweifelt werden. Vorläufig aber haben wir mit diesen Dingen mindestens als mit großen Hemmungen und Hindernissen zu rechnen, mit Hemmungen, die auch der Krieg und seine Folgen nicht beseitigen werden. Gerade die Hunderttausende katholische und evangelische Arbeiter, die in den Industriezweigen beschäftigt sind, die das Rückgrat des deutschen Wirtschaftslebens bilden, die Berg- und Hüttenarbeiter Rheinlands und Westphalens, stehen noch viel zu sehr im Banne der Zentrumsparlei und ihrer geistlichen Agitatoren, als daß recht bald eine gründliche Aenderung der Verhältnisse erwartet

werden darf. Daß augenblicklich die Erregung bei den katholischen Industriearbeitern recht groß ist, soll nicht bestritten werden. Sie ist entstanden aus der Verteuerung der Lebensmittel und richtet sich besonders gegen die Kreise der Landwirtschaft, die die Notlage der Arbeiter als Kriegskonjunktur betrachten und ausnützen. Aber man mißt auch dem Zentrum einen Teil der Schuld bei und besonders allen denen, die bei den letzten Reichstagswahlen die Zentrumsarbeiter zur Wahl agrarischer Kandidaten aufgefordert haben. Arbeitervertreter des Zentrums, die diese Erregung mit dem Hinweis auf die Lebensbedürfnisse der Landwirtschaft zu beschwichtigen versuchen, stehen bei den Massen der katholischen Arbeiter augenblicklich nicht sehr hoch in Gunst. Alles das ist echt und ungekünstelt und keine Mache. Und doch soll man sich davor hüten, diesen Zuständen eine größere Bedeutung beizulegen. Daß die Teuerung, die nicht in dem Augenblicke verschwinden wird, in dem der letzte Schuß aus der Flinte knallt, viele katholische Arbeiter zum Nachdenken und damit zur Erkenntnis ihrer Klassenlage bringen wird, ist eine so große Selbstverständlichkeit, daß sie kaum ausgesprochen werden braucht. Die größere Masse wird sich jedoch bald wieder zufrieden geben, wenn man ihr erzählt, daß die Staats- und Selbsthilfe der Landwirtschaft, Schutzzölle und hohe Verkaufspreise für landwirtschaftliche Produkte in anderer Form ja auch den Arbeitern wieder zugute kommen!

Diese Betrachtungen mögen skeptisch und bitter klingen, sie sind jedoch leider nur allzu sehr berechtigt. Etwas ähnliches ist übrigens ja auch schon dagewesen. Im Jahre 1902, gelegentlich der Beratung des Zolltarifgesetzes im Reichstage, machte sich in den Kreisen der christlichen Gewerkschaften, besonders unter den Metallarbeitern Rheinlands, eine lebhaftige Agitation gegen die Lebensmittelzölle bemerkbar, die besonders genährt wurde von dem Vorsitzenden des christlichen Metallarbeiterverbandes Franz Wieber. Als dann aber der Abgeordnete Trimborn für das Zentrum versprach, die Mehrerträge aus den Agrarzöllen sicherzustellen zur Errichtung einer Witwen- und Waisenversicherung, da war die Erregung unter den katholischen Arbeitern bald besänftigt. Sie ist auch nicht wieder erwacht, als im Jahre 1909

Bethmann-Hollweg, damals Staatssekretär im Reichsamt des Innern, im Reichstag erklärte, daß der schöne Traum, aus den Erträgnissen der lex Trimborn die Witwen- und Waisenversicherung zu fundieren, vorüber sei...

Es bleibt schon dabei: das Zentrum oder wenn man will der Klerikalismus wird auch nach dem Kriege Charakter und Tätigkeit der christlichen Gewerkschaften in hohem Grade beeinflussen. Nun läßt sich zwar einwenden, daß damit noch keineswegs ein engeres Zusammenarbeiten zwischen den christlichen und den freien Gewerkschaften ausgeschlossen sei. Demgegenüber sei aber immer wieder darauf hingewiesen, daß jetzt schon während des Krieges wie unmittelbar vor dem Kriege die Entwicklung des Zentrums immer mehr nach rechts zeigt. Es ist nicht anzunehmen, daß das nach dem Kriege sofort anders wird. Bei der grundsätzlichen Stellung des Zentrums zu Steuer- und Schulfragen z. B. sind heftige Meinungskämpfe zwischen dieser Partei und den sozialdemokratischen Vertretern zu erwarten, die sich, wenn auch nicht formell, so doch tatsächlich auf die Gewerkschaften übertragen werden. Schon das allein ist einem engeren Zusammenarbeiten nicht gerade förderlich. Aber die Hauptsache bleibt doch immer, daß das Zentrum von seinem Einfluß auf die christlichen Gewerkschaften nichts einbüßen will, und schon eine Minderung dieses Einflusses befürchtet, wenn sich sämtliche Gewerkschaftsrichtungen zu einer dauernden Arbeitsgemeinschaft vereinigen. Die Hemmungen und Widerstände, die von dieser Seite drohen, sind deswegen nicht gar zu gering zu veranschlagen.

Aussichtsvoller erscheint mir der Gedanke einer Arbeitsgemeinschaft zwischen den freien Gewerkschaften und den Hirsch-Dunckerschen. (Ich brauche kaum zu sagen, daß das Ideal eine Vereinigung sämtlicher Richtungen wäre, und daß ich es für nützlich und notwendig halte, an der Verwirklichung dieses Ideals zu arbeiten. Der Zweck dieser Zeilen ist lediglich, die Schwierigkeiten bei diesen Versuchen aufzuzeigen.) Hier spielen Weltanschauungsfragen keine Rolle mehr, und es darf als sicher angenommen werden, daß die Erfahrungen des Krieges die Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften auch von den letzten Schlägen der unrühmlichen Reverspolitik der achtziger und neunziger

Jahre befreit haben. Andererseits haben die freien Gewerkschaften in den letzten Jahren ihre vollständige Unabhängigkeit an so vielen Beispielen dargetan, daß auch der verbohrteste Fanatiker von ihnen nicht mehr als von „Anhängseln“ der sozialdemokratischen Partei sprechen kann. Des wird sich kein Mitglied der freien Gewerkschaften scheuen zu bekennen, daß er seiner wirtschaftlichen Organisation politische Vertretung in der sozialdemokratischen Partei erblickt, ebensowenig wie ein Hirsch-Dunckerschen Arbeiter leugnen wird, daß sich seine Gewerkschaft bisher trotz aller parteipolitischen Neutralität an die fortschrittliche Volkspartei angelehnt hat. Dieser Gesichtspunkt aber bildet keinen Hinderungsgrund. Es ist zwar weder im Reichstag noch selbst in den süddeutschen Einzellandtagen zwischen der Sozialdemokratie und den liberalen Parteien zu einer festen Blockgemeinschaft gekommen. Diese politisch-parlamentarischen Sammlungen sind überhaupt sehr fragwürdige Gebilde, über deren Wert die Meinungen auch nach dem Kriege auseinandergehen werden. Ihn hier zu untersuchen, ist nicht der Zweck dieser Zeilen. Es steht jedenfalls fest, daß durch die Verständigung zu mehreren politischen Aktionen, die schon vor dem Kriege zwischen der Sozialdemokratie und den liberalen Parteien von Fall zu Fall erfolgte, auch eine Brücke geschlagen ist, die zu einer dauernden Arbeitsgemeinschaft zwischen den beiden genannten Gewerkschaftsrichtungen führen kann. Der Liberalismus, der übrigens im Laufe der letzten beiden Jahrzehnte seine Manchesterdoktrin immer mehr aufgeben mußte, hat aus mehreren Gründen kein so hohes Interesse daran, die Hirsch-Dunckerschen Arbeiter als seine Hilfstruppen isoliert zu halten, wie das Zentrum und alle klerikalen Parteien die christlichen Gewerkschaften.

Die Haltung der polnischen Berufsvereinigungen dürfte nicht ganz unbeeinflusst bleiben von der Art, wie beim Friedensschluß das Nationalitätenproblem des Ostens seine Lösung finden wird.

Die freien Gewerkschaften haben von jeher der Zersplitterung im deutschen Gewerkschaftsleben entgegengearbeitet. Die Zusammenfassung aller Arbeiter in großen leistungsfähigen Organisationen, die frei von jeder parteipolitischen und religiösen

Tendenz bewußt und beharrlich das eine Ziel verfolgten, die Interessen der Arbeiter auf wirtschaftlichem Gebiete zu vertreten, wäre die **vollkommenste** Organisationsform, weil sie die **mächtigste** wäre. Sie ist leider nicht vorhanden und muß darum erstrebt werden. Die Arbeitsgemeinschaften könnten **ein Schritt** zu diesem Ziele sein. Aber der Weg zu ihm ist weit und steinig und hart. Als reife Kriegsfrucht wird es nicht zu pflücken sein, doch wenn es etwas gibt, das seine Reife beschleunigen könnte, dann werden das die wirtschaftlichen Kämpfe sein, die in die erste Prosperitätsperiode nach dem Kriege fallen werden.

Welches ist das größte Unglück für ein Volk? Wenn es keine Bedürfnisse hat. Denn diese sind der Stachel seiner Entwicklung und Kultur. Darum ist der neapolitanische Lazarone so weit zurück in der Kultur, weil er keine Bedürfnisse hat, weil er zufrieden sich ausstreckt und in der Sonne sich wärmt, wenn er eine Handvoll Makkaroni erworben. Warum ist der russische Kosak so weit zurück in der Kultur? Weil er Talglichte frißt und froh ist, wenn er sich an schlechtem Fusel berauscht. Möglichst viel Bedürfnisse haben, aber sie auf ehrliche und anständige Weise befriedigen — das ist die Tugend der heutigen, der nationalökonomischen Zeit!

Lassalle.

HUGO POETZSCH:

Organisation der Arbeitsvermittlung.

S EIT es einen Kampf zwischen Unternehmern und Arbeitern gibt, hat die Arbeitsvermittlung darin eine nicht unbedeutende Rolle gespielt. Zwischen Handwerksmeistern und Gesellen wie zwischen den modernen Unternehmerverbänden und Arbeiterorganisationen. Für beide Teile war der Arbeitsnachweis **Mittel zum Zweck**. Die modernen Gewerkschaften errichteten Arbeitsnachweise, um mit deren Hilfe den Arbeitsmarkt und damit den Arbeitsvertrag günstig zu beeinflussen. Sie stellten bestimmte Lohnsätze auf, Mindestsätze, unter denen ihre Arbeitsnachweise nicht vermittelten. Arbeitszeit, Löhne, sonstige Arbeitsbedingungen sollten mit Hilfe des Arbeitsnachweises geregelt, d. h. verbessert werden. Damit wurde der Kampf um die Beherrschung des Arbeitsmarktes eine Hauptaufgabe der Arbeitsvermittlung. Aber die Dinge wandelten sich. Den Unternehmern war es ein leichtes, die Arbeitsnachweise der Gewerkschaften zu umgehen. Es gab Arbeitsnachweise anderer Art genug, die bereit waren, Arbeiter zu jeder Bedingung zu vermitteln. Zudem sorgte ein regelloses Angebot durch „Umfrage“ für ausreichenden Ersatz. Auf dem Wege des Zeitungsinsertes werden noch heute Hunderttausende von Arbeitskräften ohne jede Kontrolle, ohne jeden Einfluß einer dahinterstehenden organisierten Macht vermittelt. Die Arbeitsnachweise der Gewerkschaften reichten und reichen auch heute mit ihrer Macht nicht weiter, als die Macht der betreffenden Gewerkschaft selbst geht.

Diese Ueberzeugung hat sich den Gewerkschaften im Laufe der Entwicklung aufgedrängt. Die Formel, der Arbeitsnachweis gehöre allein in die Hände der Arbeiter, als der Besitzer und Verkäufer der Arbeitskraft, wurde aufgegeben zugunsten des Sy-

stems der **Parität**. Und es waren und sind gerade die großen, mächtigsten Gewerkschaften, die am ehesten und in rückhaltloser Weise auf den Arbeitsnachweis als Kampfmittel verzichten können, denn sie haben bei der Ausübung ihres Einflusses auf den Arbeitsvertrag den Umweg über den Arbeitsnachweis nicht nötig. Durch die Tarifverträge, die meist nach harten Kämpfen mit dem Unternehmertum erzwungen wurden, beeinflussen die Gewerkschaften heute **unmittelbar** den Arbeitsvertrag. Der gemeinsame paritätische Arbeitsnachweis wird vielfach eine der Bedingungen des Friedensschlusses. Als Kampfmittel und als Kampfobjekt schied der Arbeitsnachweis mehr und mehr aus; insoweit verlor die Frage der Arbeitsvermittlung für die Gewerkschaften an Bedeutung. Für sie ist der Arbeitsnachweis zum Selbstzweck geworden, er soll eine neutrale, von allen wirtschaftlichen Kämpfen losgelöste Stelle sein mit dem einzigen Ziel, eine schnelle Vermittlung zwischen Angebot und Nachfrage herbeizuführen. Es lag im Interesse der Arbeitslosen, den einseitigen Nachweis aufzugeben. Die wirtschaftliche Entwicklung mit ihren wechselnden Bedürfnissen bald in der einen, bald in der anderen Industrie und in den verschiedensten Gegenden des Reiches erfordern eine schnelle Uebersicht über den Stand des Arbeitsmarktes, die nur herbeigeführt werden kann durch größere **Zentralisation**, die wiederum nur ermöglicht wird bei einer vollkommenen **Neutralität** der Arbeitsnachweise in den wirtschaftlichen Kämpfen. Zu diesen Auffassungen bekennt sich heute die überwältigende Mehrheit der deutschen Gewerkschaften.

Anders die **Unternehmer**. Sie gründeten und bauen ihre Arbeitsnachweise aus zu dem ausgesprochenen Zweck, durch sie ein Kampfmittel gegen die Arbeiter in der Hand zu haben. Die **Vermittlung** von Arbeitskräften ist Nebensache, die Hauptsache bleibt die Kontrolle über die einzustellenden Kräfte. Eine ausgedehnte, in peinlichster Gewissenhaftigkeit geführte Kartothek gibt die Möglichkeit, alle „unliebsamen Elemente“ den koalitierten Betrieben fernzuhalten. Es sind namentlich die Großindustriellen; die Unternehmer der Schwereisenindustrie, die Reeder usw., die nach wie vor an ihren eigenen Arbeitsnachweisen festhalten. In ihrer Mehrheit haben sie noch immer den Anschluß an die

paritätischen Facharbeitsnachweise abgelehnt. Es ist nicht zu erwarten, daß nach dem Krieg darin bald eine Aenderung eintritt. Es braucht da nur auf die Ausführungen des Kommerzienrats Ziese, Inhaber der Schichau-Werke in Elbing, in Nr. 11 der „Deutschen Wirtschaftszeitung“ hingewiesen zu werden. Herr Ziese wendet sich dort in scharfer Weise gegen die durch das „geplante gewerkschaftliche Vorgehen zur Herbeiführung einer staatlichen Arbeitslosenfürsorge und Arbeitsvermittlung“. Der angestrebte gesetzliche Arbeitsnachweis laufe in der „Form seiner Zusammensetzung aus Vertretern der Unternehmer und der Arbeiter unter Leitung eines unparteiischen Vorsitzenden auf eine Mischung von paritätischen und öffentlich bureaukratischen Arbeitsnachweisen zur **Stärkung der Sozialdemokratie** und zum Schaden der Arbeitgeber hinaus“. Auch gelegentliche Aeußerungen der „Arbeitgeber-Zeitung“ lassen erkennen, daß die Großunternehmer nicht gewillt sind, von ihrem ablehnenden Standpunkte abzugehen.

Wie wird nun die Reichsregierung sich zu diesem Problem stellen? Bei der Beratung des Stellenvermittlergesetzes von 1910 hat der Vertreter des Reichsamtes des Innern geäußert, er fasse die Meinung der verbündeten Regierungen dahin zusammen, es sei dringend zu wünschen, daß der Entwurf dieses Gesetzes in einigen Jahren überholt sein werde. Es sollte also nur ein Anfang sein, der die Handhabe bietet, auch die Geschäftsführung der nichtgewerbsmäßigen Stellenvermittlung unter öffentliche Kontrolle zu bringen. Die sozialdemokratische Fraktion hatte den Entwurf eines Gesetzes eingereicht, der eine umfassende Gliederung, einen organischen Aufbau von Arbeitsvermittlungsstellen mit der Spitze eines Reichsarbeitsamtes vorsah. Die darin aufgestellten Forderungen decken sich mit den auf den letzten Gewerkschaftskongressen angenommenen Grundsätzen. Sie wurden von Vertretern anderer Parteien, auch von der Regierung teilweise als richtig anerkannt, schließlich aber als „zu weitgehend“ oder als „verfrüht“ abgelehnt. Seitdem ist von der Regierung auf diesem Gebiete nichts mehr geschehen.

Da kam der Weltkrieg. Die plötzliche Unterbrechung des Wirtschaftslebens zeigte deutlich den Mangel an geregelter Arbeitsvermittlung. Die weitgehende Arbeitslosigkeit bei Beginn

des Krieges nötigte die öffentlichen Gewalten, Reich, Staat und Gemeinde, die Pflicht der **Arbeitslosen-Fürsorge** aus öffentlichen Mitteln anzuerkennen. Ohne geregelte Arbeitsvermittlung aber ist eine planmäßige Arbeitslosenunterstützung kaum durchführbar. Doch auch für die Zwecke der Arbeitsvermittlung selbst machte sich die Organisationslosigkeit auf dem Gebiete des Arbeitsnachweises jetzt doppelt empfindlich bemerkbar. Es bestehen heute noch Dutzende von Systemen der Arbeitsvermittlung nebeneinander. Die öffentlich bürokratischen und paritätischen, einseitige Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Nachweise, die Nachweise der Wohlfahrtsvereine, Stellenvermittlungsvereine der Innungen, die gewerbsmäßige Stellenvermittlung, die Vermittlung „unter der Hand“ und durch Zeitungsinserte usw. Keine dieser verschiedenen Arten ist auf dem Arbeitsmarkt die beherrschende. Eine wirtschaftliche Krisis muß bei solchem Durcheinander in erster Linie für die Arbeiter große Schädigungen im Gefolge haben. Aber auch für die Unternehmer erwachsen daraus erhebliche Schwierigkeiten.

Die gleichen Schwierigkeiten werden sich bei Beendigung des Krieges ergeben, wenn die Millionen von Arbeitskräften auf den Arbeitsmarkt zurückfluten. Die Vorbedingung für eine ersprießliche Tätigkeit der Arbeitsvermittlung ist eine einheitliche Organisation. Oertliche und berufliche Gliederung, Zusammenfassung in Bezirksverbänden mit einer Reichszentrale (Reichsarbeitsamt) als Spitze, ein über das ganze Reich gespanntes Netz von Vermittlungsstellen, die miteinander in ständigem Verkehr stehen, wird das Mittel sein, die wechselnden Ansprüche des Arbeitsmarktes rechtzeitig zu erkennen, und den Ausgleich der Arbeitskräfte durchzuführen. Die städtischen, die Bezirks- und Landes-Arbeitsämter haben für Errichtung und den Ausbau der Arbeitsnachweise Sorge zu tragen; ihnen sind auch die Nachweisstellen ihrer respektiven Bezirke zu unterstellen. Die Verwaltung der Arbeitsnachweise wie der Arbeitsämter muß zu gleichen Teilen aus Vertretern der Arbeiter und der Unternehmer zusammengesetzt sein mit einem Unparteiischen als Vorsitzenden. Die Vertretungen sind durch Verhältniswahlen zu bestellen. An dieser paritätischen Verwaltung und Zusammensetzung der Vertretungen

bei den Arbeitsämtern ist unter allen Umständen festzuhalten. Nur so werden diese Institutionen sich das Vertrauen der Arbeiter erwerben bzw. erhalten können.

Mit dem Inkrafttreten eines solchen Gesetzes sollten alle einseitig geführten Arbeitsnachweise aufgelöst werden. Selbstverständlich und vor allem auch die der **gewerbsmäßigen Stellenvermittler**, sowie die zahlreichen obenbezeichneten Vermittlungsarten. Ein Anspruch auf Weiterbestand muß den Facharbeitsnachweisen, die auf Grund von Vereinbarung zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisation errichtet sind, zugebilligt werden. Dem Arbeitsamt aber sind auch diese Nachweise zu unterstellen. Eine weitere Forderung der Arbeiter in bezug auf die Arbeitsvermittlung geht dahin, daß diese gänzlich **unentgeltlich** zu geschehen hat und daß sie unabhängig von der Zugehörigkeit zu einer Organisation ausgeübt wird. Dagegen ist aber bei der Arbeitsvermittlung Rücksicht auf die fachgewerblichen Ansprüche zu nehmen. Alle offenen Stellen sind dem Arbeitsnachweis rechtzeitig zu melden, desgleichen müssen alle Arbeitslosen sich in die Liste des Arbeitsnachweises eintragen lassen. Unbedingt zu verbieten ist die Einstellung von Arbeitskräften bzw. die Umfrage nach Arbeit unter Umgehung des Arbeitsnachweises. Wenn die Arbeitsnachweise auch einen Einfluß auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse nicht ausüben sollen, so muß es doch den Verwaltungen gestattet sein, zu bestimmen, daß die Arbeitsvermittlung nur zu den **tariflichen Arbeitsbedingungen** des betreffenden Gewerbes erfolgt. Für Arbeitsnachweise, die von Tarifgemeinschaften ins Leben gerufen und verwaltet werden, gelten lediglich die von der Tarifgemeinschaft getroffenen Bestimmungen. Das sind im wesentlichen die Forderungen, deren Erfüllung eine befriedigende Lösung der Arbeitsnachweisfrage herbeiführen würde. Den Arbeitsämtern wären natürlich noch weitere Aufgaben, wie z. B. die Arbeitslosen-, Krankenfürsorge usw. zuzuweisen. Darauf kann hier des Näheren nicht eingegangen werden.

Die sozialdemokratische Fraktion des Deutschen Reichstags hat schon mehrfach Entwürfe eingereicht, die nach den obigen Grundsätzen aufgebaut waren. Und die Beschlüsse der Gewerk-

schaftskongresse decken sich im wesentlichen mit ihnen. Nach dem Ausbruch des Krieges haben die freien Gewerkschaften unter Zuziehung der übrigen Gewerkschaftsrichtungen einen nochmaligen Versuch gemacht, die gesetzliche Regelung der Arbeitsvermittlung herbeizuführen. Sie stellten in einer gemeinsamen Konferenz am 10. Februar 1915, an der auch Vertreter der Reichs- und Landesregierung, des Städtetages und anderer Behörden teilnahmen, bestimmte Leitsätze auf. Eine Abordnung der Konferenz wurde später vom Staatssekretär im Reichsamt des Innern empfangen, ihm sind die Wünsche unterbreitet worden, auf eine restlose Erfüllung ist leider fürs erste noch nicht zu rechnen.

Nun ist aber eben durch den Krieg ein besonderes Interesse an einer größeren Zusammenfassung der Arbeitsvermittlung entstanden. Die Hunderttausende von Kriegsbeschädigten müssen wieder einer gewerblichen Tätigkeit zugeführt werden. Es liegt in ihrem eigenen Interesse und in dem der Volkswirtschaft, daß ihre Arbeitskraft nutzbringende Verwendung finde. Viele werden infolge ihrer Verletzungen nicht mehr in ihrem früheren Berufe beschäftigt werden können. Es sind Einrichtungen geschaffen, um diesen braven Unglücklichen den Wechsel ihres Berufes zu erleichtern. Durch den Arzt, durch die aus den Reihen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer genommenen „Berufsberater“ soll die Ueberführung in andere Berufe erleichtert werden. Der Regierung hat sich aber auch die Ueberzeugung aufgedrängt, daß mit Ratschlägen allein nicht gedient ist, daß es vielmehr nötig ist, den Betroffenen auch die geeignete Stellung zu verschaffen. Der preußische Ministerialerlaß vom 10. bzw. 21. Mai 1915 sieht deswegen auch außer den Berufsberatern vor allem das Zusammenwirken aller Arbeitsnachweise in „**Zentralauskunftsstellen**“ vor. Diesen fällt natürlich auch die Aufgabe zu, die gesunden, unverletzten Krieger wieder der gewerblichen Tätigkeit zuzuführen. Die Zentralauskunftsstelle soll eine Verständigung über die Lage des Arbeitsmarktes und einen Ausgleich von Angebot und Nachfrage zwischen den angeschlossenen Arbeitsnachweisen herbeiführen, sowie die gegenseitige Unterstützung bei der Arbeitsvermittlung fördern. Eine selbständige Arbeits-

vermittlung sollen diese Zentralstellen nicht betreiben, ihre Lebensdauer ist nur für die Zeit des Krieges und die nächste Zeit nach Abschluß des Friedens berechnet. Die weiteren Anweisungen zielen auf ein schnelleres Ineinandergreifen der verschiedenen Nachweisstellen ab, um den Ausgleich der Arbeitskräfte schneller, umfassender und praktischer herbeizuführen. Die Gewerkschaften haben ihre Hand dazu geboten, diese Einrichtungen zu unterstützen, es sind überall „Arbeitsgemeinschaften“ ins Leben gerufen worden, an denen Vertreter der Unternehmer und Arbeiter beteiligt sind und die mit den entsprechenden beruflichen Arbeitsnachweisen in Verbindung treten werden. Diese dankenswerten Einrichtungen, die ein augenblickliches Bedürfnis geschaffen hat, sind aber nichts anderes als ein Notbehelf. Sie sollen ja auch wieder verschwinden, wenn der besondere Zweck erfüllt ist. Hoffentlich werden die „Zentral-Auskunftsstellen“ ein erster Schritt sein zu einer **einheitlichen Organisation der Arbeitsvermittlung**, die wie oben ausgeführt, das ganze Reich umspannen müßte. Dieses Ziel werden die berufenen Vertreter der Arbeiterschaft nicht mehr aus dem Auge lassen. Je drängender die gesetzliche Regelung der Arbeitslosenfürsorge wird, desto dringlicher wird auch die Lösung der Frage der Arbeitsvermittlung.

Das gute Einverständnis zwischen den beiden großen Kulturvölkern, Deutschen und Franzosen, das ist der Punkt, von welchem alle politische Freiheit, aller zivilisatorische Fortschritt in Europa, alle Vermehrung und Verwirklichung der geistigen Ideenmasse, kurz alle demokratische Entwicklung und somit alle Kulturentwicklung überhaupt unwiderruflich abhängt!

An diesem Punkt hängt nicht nur das Schicksal einer bestimmten Nation — er ist die Lebensfrage der gesamten Demokratie!

Lassalle.

SALAMON DEMBITZER:

Der Lumpensammler.

Aus dem Jiddischen für die „Glocke“ übersetzt von Berta Lask.

Den Sack auf den Schultern, den Rücken gebogen,
Den Hals braun und mager nach vorne gezogen.
Umränderte Augen im bleichen Gesicht.
Und müde die heisere Stimme spricht:
„Lumpen, Knochen, Eisen!“

Man kennt ihn schon gut in den Häusern der Großen.
Die Reichen, sie schenken ihm Hemden und Hosen,
Und schenken ihm manchen verächtlichen Blick.
Nun was? — Man gewöhnt sich. Er schreckt nicht zurück.
„Lumpen, Knochen, Eisen!“

Bei stürmischen Winden, bei Donnern und Blitzen,
Wenn jedem so wohl ist, im Hause zu sitzen,
Im heißesten Sommer, in sengender Glut
Er steht in den Höfen und schreit ohne Mut:
„Lumpen, Knochen, Eisen!“

Er lechzt nicht nach Sonne, nach Feldern und Seen.
Nach Haus in sein Stübchen, nach Haus will er gehn.
Er schleppt durch die Gassen die schmerzenden Glieder.
Dann legt er zur kärglichen Ruhe sich nieder.
Es schläft schon sein Weib, und es ruht auch der Kleine,
Es wacht nur ein Lämpchen und er ganz alleine;
Die Wände, die nassen, sie stehn so schaurig
Und sehn auf das klagende Antlitz so traurig.
So gehen die Zeiten, die Tage und Wochen.
Es schreit seine Kehle nach Lumpen und Knochen.
Wie lang wird er stehen auf steinernen Stufen,
Nach Eisen, nach Knochen, nach Lumpen noch rufen?
Schon malte der Tod ihn mit Stempel und Zeichen.
Dann haben wohl Ruhe die Reichen, Reichen!...

Notizen.

Ein internationaler Handelskongreß in Newyork. Die amerikanische „National Association of Manufacturers“ hat für den 6.—8. Dezember d. J. die Handelskammern und wirtschaftlichen Vereine aller Länder zu einer gemeinsamen Beratung über die dem internationalen Handelsverkehr durch den Krieg erwachsenden Schwierigkeiten — hauptsächlich auf den Gebieten des Transport-, Geld- und Kreditwesens — eingeladen. Der Kongreß soll versuchen, Mittel und Wege zu finden, um trotz des anhaltenden Kriegszustandes die zurzeit größtenteils völlig unterbrochenen internationalen Verbindungen wieder in Gang zu bringen.

Die Erzeugung deutschen Roheisens, war in den ersten Kriegsmonaten fast auf den dritten Teil zurückgegangen, seitdem hat sie sich beständig gehoben, so daß das III. Vierteljahr 1914 die Hälfte der Produktion des Vorjahres erreicht hat. Die Zahlen lauten für die 3. Vierteljahre 1912, 1913, 1914 und 1914 in Tonnen: 4 620 069, 4 879 683, 2 731 093 und 3 131 191.

Mit der Vorlage eines Zolltarifes an die Volksvertretung bahnt die Türkei ein modernes handelspolitisches System an. Bisher beruhte das türkische Zollsystem auf dem Wertzoll, der bis zur Aufhebung der Kapitulationen von der Zustimmung der Mächte abhängig war, die oft unter Gewährung von Konzessionen aller Art erlangt werden konnte. Der türkische Finanzminister erwartet eine Steigerung der Zolleinnahmen. Man nimmt daher an, daß die Zölle auf Industrieerzeugnisse bedeutend höher sein werden als bisher unter dem Wertzoll. Wie sich die Zollverhältnisse Deutschland und Oesterreich gegenüber gestalten werden, läßt sich noch nicht erkennen.

Die Passivität der französischen Handelsbilanz stellt sich für die ersten zehn Monate des Jahres 1915 in folgenden Zahlen des Einfuhrüberschusses dar:

In 1000 Francs:	1914	1915
Januar—September	1 239 346	3 657 479
Januar—Oktober	1 295 466	4 137 236

Zuschriften an die Redaktion der Glocke sind zu richten an Konrad Haenisch,
Berlin-Steglitz, Friedrichsruherplatz 4 part.

Adresse des Herausgebers: Dr. A. Helphand, Vodrofsvej 50B, Kopenhagen.

Während des Krieges werden nach Dänemark nur offene Briefe befördert.

Für die Redaktion verantwortlich:

Karl Blasenbrey / für den Verlag: Verlag für Sozialwissenschaft G. m. b. H. /
Druck: G. Birk & Co. m. b. H. / sämtl. in München, Altheimereck 19.

DIE GLOCKE

Heft Nr. 8

15. Dezember

Jahrg. 1915

Nachdruck sämtl. Artikel mit ausführlicher Quellenangabe gestattet.

KRASNOFF:

Wie sieht es in Rußland aus?

Petrograd, Anfang November 1915.

Die zersetzende Arbeit der Duma.

DAS erste Jahr des Krieges verging für Rußland unter dem Zeichen des „Willens zum Siege“ und der Losung der Einigung des Volkes mit der Regierung, die von der letzteren im Einverständnis mit der Bourgeoisie inszeniert worden war. Die Bureaukratie mobilisierte alle verfügbaren Kräfte und Mittel, um eine Illusion der Willenseinheit und des Zusammenschlusses der sozialen Kräfte hervorzuzaubern. Alles, was im Mißklang zu dieser Illusion stand, wurde sorgfältig vertuscht durch die vereinten Kräfte der interessierten Klassen und sozialen Gruppen, so daß dem oberflächlichen Blick der Schein eines lebendigen staatlichen Organismus sich darbot. Der Rückzug aus Galizien wurde zunächst mit strategischen Gründen gerechtfertigt, später auf zeitweiligen Mangel der Munition zurückgeführt. Die offiziöse und liberale Presse unterstützte die offiziellen Berichte über den Verlauf des Krieges und propagierte die Ansicht, daß die Mißerfolge in Galizien nur einzelne Begebnisse von provisorischem Charakter seien, die man nicht pessimistisch verallgemeinern dürfe. Aber auf Galizien folgte die Uebergabe Warschau, die Preisgabe einer ganzen Reihe von Festungen, die von

dem unerhörten Rückzug der russischen Armeen auf einer Distanz von 500 Kilometern begleitet war. Dieser siegreiche Zug der deutschen Armeen zerstreute alle Illusionen der Einigung der Regierung mit dem Volke, vernichtete den Schein des Vorhandenseins einer staatlichen Organisation, die wenigstens die Kraft und Fähigkeit des Selbstschutzes hätte.

Unter den Schlägen der deutschen Armee erzitterte und ist nahe daran zusammenzustürzen das morsche Gebäude des Absolutismus, das mit scheinbar konstitutionellen Aeußerlichkeiten verputzt war. Selbst dem unbewaffneten Auge wurden dessen Löcher und Risse offenbar. So mußte man das inszenierte Gaukelspiel der Einigung der Kräfte aufgeben. Die Regierung selbst verließ das Spiel und auch die Liberalen verwarfen es als unbrauchbares Mittel. Die dritte Session der Reichsduma, die mit der Taktik gebrochen hatte, den organisierten Kräften des Feindes die Macht eines starken, siegesmunteren Geistes entgegenzusetzen, unternahm nun eine Untersuchung der Kräfte des Landes und mußte unbedingt zu der Schlußfolgerung kommen, kam auch dazu, daß die gegenwärtige Regierung unfähig sei, selbst die Verteidigung des Landes zu organisieren. Die grausame militärische Wirklichkeit rief den nationalen Block ins Leben, der alle Elemente der Duma, von den schwarzen Hunderten bis zu den Kadetten, umfaßte. Das sehr gemäßigte Programm dieses Blockes, das den Ersatz der gegenwärtigen Regierung durch eine Regierung des Volksvertrauens forderte, die nur recht unbedeutende innere Reformen durchzuführen hätte, diente bekanntlich zum Vorwand, die Duma zu schließen. Die Bildung dieses Blocks, der sich in die frühere rührende Einigung der Regierung mit der Bourgeoisie zum Sieg über den Feind eingekleidet und die Vertagung der Duma herbeigeführt hatte, hatte die gleiche Wirkung, wie der siegreiche Zug der Deutschen von Warschau bis Dünaburg im Sinne der Offenbarung des Zusammenbruches der staatlichen Macht in Rußland. Der Abgrund, der sich zwischen dem Selbstherrschtum und dem Volke aufgetan hatte, konnte nicht mehr überbrückt werden. Es naht der Augenblick des Zusammensturzes, und wie es gewöhnlich vor dem Sturz eines Regimes ist, zeigen sich die böartigsten Symptome der Zersetzung.

Minister gehen — Minister kommen!

Die nächsten Mitarbeiter des Zaren, seine Minister, besitzen in seinen Augen keine Autorität mehr und werden von ihm ohne jedes System, ohne jeden Sinn gewechselt. An dem gleichen Tage werden vom Ministerposten enthoben sowohl bekannte Reaktionen wie auch liberal gestimmte Persönlichkeiten, z. B. Ruchloff und Kriwoschein. Die Launenhaftigkeit und die Willkür des Zaren werden selbst in Ministerkreisen stark gemißbilligt. Mit der einzigen Ausnahme von **Goremykin** haben sich sämtliche Minister für die Bildung eines Ministeriums des Volksvertrauens, für die Fortsetzung der Session der Duma und für den Empfang der Deputation des Verbandes der Städte und der Semstvos erklärt. Aber der Zar ist nur einem Einfluß zugänglich — dem unbeschränkten Einfluß des bekannten Abenteurers, des gänzlich ungebildeten Muschik **Rasputin**, der sich als ein „heiliger Greis“ aufspielt.

Rasputin und kein Ende.

Rasputin ernennt von jetzt ab die Minister. Seine neueste Schöpfung ist der Minister des Innern **Chwostoff**, von dem Rasputin offen erklärt: „Ich habe ihn zum Minister gemacht — der Bursche ist gut.“ Demselben Rasputin verdankt seine Demission der Gehilfe des Ministers des Innern **Dschunkofski**, der früher der Liebling des Zaren und dessen Regimentskamerad war. Als Gendarmeriechef hat nämlich Dschunkofski Rasputin beobachten lassen und diesen bei seinem Versuch, aus Sibirien nach Zarskoje Selo zu kommen, angehalten. Kaum hat er davon dem Zaren Mitteilung gemacht, so hat ihn dieser ohne Gesuch des Amtes enthoben. Derselbe Rasputin ist schuld an der Demission des Oberprokurators des Heiligen Synod **Samarin**, des in seinen Kreisen sehr geachteten Vorstandes der Moskauer Adelschaft. Die Veranlassung dazu ist geradezu ungeheuerlich. Der Synod hatte nämlich ein Gerichtsverfahren eröffnet gegen einen anderen ebenso allmächtigen Muschik, den früheren Gärtner, jetzigen Bischof **Warnawa**, einen Freund und Günstling Rasputins. Dieser **Warnawa**, dem die hohe kirchliche Würde ohne jede kirchliche Bildung zuteil worden war, hat bereits eine stattliche Liste von

Kriminalverbrechen aufzuweisen. Sie fand ihren vorläufigen Abschluß durch die pikante Geschichte einer von Warnawa vorgenommenen Kanonisierung von Reliquien, die bis dahin niemand bekannt waren. Der Synod, der entrüstet war über diese Verletzung der Gesetze der orthodoxen Kirche, nach denen nur diese selbst mit der Zustimmung des Zaren eine Heiligsprechung vornehmen kann, eröffnete ein gerichtliches Verfahren gegen Warnawa. Dieser erklärte bei der Untersuchung, daß er keine Möglichkeit gehabt habe, sich an den Synod wegen der Heiligsprechung zu wenden, da er eine Vision gehabt hatte: es war ihm in der Nacht ein Engel erschienen und hatte ihn im Namen Gottes ersucht, unverzüglich die betreffende Kanonisierung vorzunehmen — folglich habe er keine Zeit gehabt, die Entscheidung des Synod abzuwarten. Die Untersuchung ergab ein reichhaltiges Anklagematerial gegen Warnawa. Summa summarum beschloß der Synod, Warnawa die Bischofswürde zu nehmen. Der Oberprokurator des Synod **Samarin** hatte statutengemäß diesen Beschluß zu unterzeichnen und dem Zaren zur Bestätigung vorzulegen. Als er es tat, wurde er vom Zaren seines Amtes enthoben, so daß der Beschluß des Synod außer Kraft blieb und Warnawa seine sonderbare Tätigkeit weiter fortsetzt. Dieser eigenartige Vorgang hat selbst den Adelstand in Aufruhr versetzt, der dem nach Moskau zurückgekehrten geächteten Oberprokurator des Synod demonstrative Ovationen entgegenbrachte.

Der Zar als Feldherr!

Uebrigens ist auch die Beseitigung des Nikolai Nikolajewitsch vom Armeeeoberkommando zum Teil ebenfalls die Arbeit Rasputins. Dieser schlaue Muschik versteht es geschickt, die abergläubische und unwissende Hofumgebung auszunützen. Er war es, der dem Zaren den „genialen“ Gedanken einflüsterte, an die Spitze der Armee zu treten. Beiläufig erzählt uns Rasputin, daß der Zar eine Vision gehabt habe: die Mutter Gottes sei ihm erschienen mit dem Kreuz und dem Schwert in den Händen, und indem sie ihm beides übergab, segnete sie ihn zum Armeeeoberkommando.

Das Manifest von der Uebernahme des Oberkommandos durch den Zaren wirkte bestürzend auf die ganze Armee. Die Offiziere gaben sich nicht einmal Mühe, ihre Unzufriedenheit zu verbergen, besprachen vielmehr in ironischen und sarkastischen Aeußerungen diesen Akt Allerhöchster Weisheit. Der Zar stellte sich an die Spitze der Armee und fühlte sich sofort als großer Held. Selbst sein Auftreten veränderte sich. Er bekam eine strammere Haltung, geht einen festeren Schritt und zweifelt nicht am Siege. Entgegen den Plänen des Generalstabes stellte er sich zur Aufgabe, unter allen Umständen Lemberg zurückzuerobern. Das wurde eine seiner Wahnideen. Da traf es sich noch, daß um diese Zeit die deutsche Offensive eingestellt wurde. Begeistert von den „Erfolgen“ der von ihm geführten Armee faßte der Zar wieder Mut, wies in der entschiedensten Weise alle Zugeständnisse an die öffentliche Meinung zurück und vertagte auf den Rat von Rasputin und Goremykin die Duma.

Die Vertagung der Duma.

Immerhin hielt es die Regierung für notwendig, für die Vertagung der Duma ihre Vorkehrungen zu treffen, und in der Nacht vorher wurden nach Petrograd alle verfügbaren Militärkräfte aus der Umgebung zusammengezogen. Die Bourgeoisie in der Gestalt der Oktobristen und Kadetten zeigte sich jedoch unter der Höhe, auf der sie die Regierung vermutete. Die letztere befürchtete, daß die Duma nicht auseinander gehen, sondern ihre Sitzungen dauernd erklären werde. Die feigen Liberalen waren jedoch weit entfernt von einem solchen Akt des Bürgermutes und nahmen die Verkündigung der Vertagung gehorsam entgegen. Nur die Sozialdemokraten und die Arbeitsgruppe entfernten sich demonstrativ aus dem Saal. Ihnen folgten einige der linken Kadetten. Die Liberalen gaben die Losung der Beruhigung aus und erklärten gebrochenen Herzens, daß der Kelch bis auf die Neige geleert werden müsse. Sie verblieben sogar in den Beratungskörperschaften bei den Ministerien zur Organisation des „Sieges“, obwohl sie selbst ihre Stellung bei diesen Beratungen ohne entscheidende Stimme für unwürdig hielten. Der Städtetag in Moskau nahm im September die Resolution an über die Not-

wendigkeit der Ernennung eines Ministeriums des Volksvertrauens, der Einberufung der Duma, der Gleichberechtigung der Nationen und der politischen Amnestie. Der Kongreß der Semstvos forderte den Wechsel des Ministeriums und die Einberufung der Duma. Beide Kongresse faßten den Beschluß, eine Delegation an den Zaren zu schicken. Der Zar, voll Vertrauen in die göttliche Vormundschaft, die ihm zuteil wird, weigerte sich, die Delegation zu empfangen. So endete die frondierende Opposition der Bourgeoisie. Und alles geht seinen früheren Gang.

Mobilisation der Profitjägeri.

Die sogenannte Mobilisation der Industrie ist nunmehr nach allgemeinem Urteil zu einer Mobilisation der Profitjägeri auf der einen Seite, der Bestechungswirtschaft auf der anderen Seite geworden.

Die Bestechung auf allen Gebieten des wirtschaftlichen Lebens hat unglaubliche Dimensionen angenommen. Keine einzige Armeelieferung, kein einziges Geschäft mit einer staatlichen Institution oder mit einer militärischen Organisation können ohne Bestechungen durchgeführt werden. Diese auch sonst landesüblichen Sitten haben sich jetzt zu einer wahren Orgie gesteigert. Der Zynismus geht so weit, daß ein Regierungsamt das andere besticht! In einer der geheimen Sitzungen der Reichsduma wurde ein Dokument vorgelegt, aus dem sich unzweideutig ergab, daß die Verwaltung des Ackerbaues und der Staatsländereien den Eisenbahnen Bestechungen bezahlte, um Wagen zu bekommen. Die Bestechungswirtschaft auf den Eisenbahnen ist nicht nur allgemein bekannt, sondern sogar geregelt. Die Taxe beträgt 300 Rubel per Waggon. Die Eisenbahnwirtschaft des Landes ist vollkommen zerrüttet. Während vielfach großer Wagenmangel herrscht, sammeln sich an einzelnen Stellen so viel Wagen auf, daß man zu Gewaltmaßregeln greifen muß, um das Geleise frei zu bekommen. So wurden in **Moskau Eisenbahnwagen in die Luft gesprengt**, die diesen Knotenpunkt verstaute.

Kälte und Hunger!

Die vollkommene Zerrüttung der Eisenbahnwirtschaft zeigte sich auch in der Frage der Verproviantierung des Landes. Es ist kenn-

zeichnend, daß Petersburg, trotzdem die Stadt von Wäldern umgeben ist, im höchsten Grade Mangel an Heizungsmitteln leidet. Nach den Erklärungen von Petersburger Gemeinderäten werden die Heizungsmittel der Residenz bald vollständig ausgehen. Dasselbe gilt für Moskau. Vor den Läden mit Mehl und Zucker in Moskau und Petersburg sammeln sich Volksmassen an, die ganze Straßen füllen. Die Leute warten mehrere Stunden, um ein einziges Pfund Zucker oder etliche Pfund Mehl einzukaufen. Die Fachleute behaupten, daß, da man nicht rechtzeitig vorgesorgt hatte, jetzt der Sache nicht mehr abzuhelfen sei und die Brennholznot in ganz Rußland sich immer schärfer geltend machen werde.

Die Bauern, die die Hungersnot voraussehen, halten mit dem Verkauf des Getreides zurück.

Die Teuerung erreicht ihren äußersten Grad. Es gibt keinen Gegenstand, dessen Preis nicht um mindestens 100 Prozent gestiegen wäre, und es fehlt an den allernotwendigsten Gegenständen sowohl für die Bevölkerung als auch für die Armee.

Viel Unheil schafft auch die Willkür der einzelnen Behörden. Der Stadtpräfekt von Petrograd hat z. B. bestimmt, daß das Brennholz mit zehn Rubel pro Kubikfaschen verkauft werden soll. Da aber der Großhandel selbst zwölf Rubel pro Faschen gezahlt hatte, so wurde der Holzhandel lahmgelegt und die Einwohner blieben ohne Brennholz. Jeder Provinzgewaltige, der eine als Gouverneur, der andere als Bezirkschef, erläßt seine besonderen Verordnungen im Kampf mit der Teuerung. Der eine verbietet die Ausfuhr, der andere die Einfuhr. Der Gouverneur von Petersburg ist vor allem um den russischen Ursprung der Brennstoffe besorgt. Er hat die Ausfuhr von Brennholz aus einem Gute an der Newa verboten, weil dessen Besitzerin, die einen deutschen Namen trägt, im Verdacht steht, daß sie eine doppelte Staatsbürgerschaft besitze. Dieser eigenartige Patriotismus des Gouverneurs läßt die Einwohner frieren, denen das Brennholz mangelt.

Es ist der Beachtung wert, daß bei alledem in Petersburg, Moskau und anderen Städten an Gegenständen des Luxus, an Näschereien, teuren Früchten usw. ein Ueberfluß herrscht, wäh-

rend die notwendigsten Nahrungsmittel fehlen. Diese sonderbare Erscheinung findet eine höchst einfache Erklärung. Die Händler mit teuren Produkten sind eben eher imstande, große Bestechungen für die Beschaffung von Wagen zu zahlen, als etwa die Holzhändler oder Bäcker.

Militär ohne Mäntel und Schuhe!

Schon jetzt sieht man in Moskau und Petersburg Militär, das in Drillichmäntel und Stiefel mit Schäften aus Segeltuch gekleidet ist. Ganze Kompanien werden zum Exerzierplatz geführt — **barfuß**; denn die Bastschuhe, in denen die Leute aus dem Dorf kamen, haben sich schnell abgenutzt. Der Mangel an Schuhwerk ist u. a. dadurch bedingt worden, daß ein großer Teil der russischen Lederfabriken sich in Polen, also dem von den Deutschen okkupierten Gebiete befindet. Eine charakteristische Einzelheit möge hier noch eingeschaltet werden. Vor der Okkupation der Stadt Schawli im Gouvernement Grodno wandte sich ein dortiger großer Lederfabrikant wiederholt an die Behörden mit dem Ersuchen, ihm Wagen zur Verfügung zu stellen, um seine Lederwaren nach dem inneren Rußland fortzuschaffen. Er bekam aber die Wagen nicht, bis die Stadt von der deutschen Armee okkupiert wurde, der dann sämtliche Leder-vorräte zufielen.

Die Flüchtlinge.

Außer der allgemeinen Mißwirtschaft verschlimmert sich die Situation noch durch die Anhäufung von Flüchtlingen und Exilierten aus dem Okkupationsgebiet. Es ist bekannt, daß die Bevölkerung aus dem okkupierten Gebiet mit Gewalt entfernt wurde. Sie wurde dabei von den Kosaken und dem übrigen Militär bis aufs Hemd geplündert. Um der Plünderung durch die eigene Armee zu entgehen, verließen die Einwohner oft ihre Ortschaften noch vor dem Erscheinen des Militärs. Den hungrigen Volkshaufen blieb auf dem Wege nichts anderes übrig, als selbst zu plündern, und so wurden die Dörfer weiter auf der Straße schon von den Flüchtlingen ausgeraubt, zu denen sich immer weitere Massen

aus den geplünderten Ortschaften gesellten. So wuchs die Flut der Flüchtenden und Plündernden immer mehr. Die Administration hat keine Maßnahmen getroffen, um diese flüchtenden, hungernden, verzweifelnden Massen unterzubringen und zu versorgen. Man zählt in Petersburg 800 000 Flüchtlinge, in Moskau 550 000. Mehrere Millionen sind über das Land zerstreut. Man spricht von 15 Millionen Flüchtlingen und Exilierten. Die dadurch ungemein verschärfte Frage der Versorgung mit Nahrungsmitteln bleibt ungelöst und droht mit Katastrophen, deren Umfang und Tragweite jeder Einbildung spotten. So ruft die Regierung durch ihre sinnlose Politik finstere Mächte ins Leben, deren sie nicht mehr Herr werden kann, und die ihr selbst das Grab graben werden.

Hungerrevolten.

Schon melden sich die Vorboten dieser katastrophalen Erscheinungen. Schon gab es an verschiedenen Orten Rußlands **Hungerrevolten**. So in **Astrachan**, wo die Einwohner vom Militär zusammengeschossen wurden, in **Bogorodsk** und **Podolsk** im Gouvernement Moskau, wo ebenfalls die Behörden dem aufständischen Volke Blei statt Brot gegeben haben. Das Resultat waren mehrere Dutzende Tote und Verwundete; dann wurde über das Gouvernement Moskau der Kriegszustand verhängt. In **Petersburg** gab es aus den gleichen Gründen Zusammenstöße zwischen der Menge und der Polizei in dem Vorort Kolpin und in den Fabrikvierteln.

Die Regierung hetzt das hungernde Volk gegen die Banken.

Die Regierung in der Person des neuen Ministers des Innern **Chwostoff** sieht gut das Herannahen des schrecklichen Moments. Da sie sich von vornherein außerstande fühlt, dem nahenden Sturm zu trotzen, sucht sie sich in einer eigenartigen Weise vor der Katastrophe zu schützen. Chwostoff bemüht sich und bedient sich dazu der Presse, die Aufmerksamkeit nach einer anderen Richtung abzulenken und die Verantwortung für die unvermeidliche Hungersnot auf die sozialen Vertretungen und Privatkreise abzuwälzen: auf die Stadtverwaltungen, die nicht genügend für die

Nahrungsmittelzufuhr gesorgt haben, und auf die Banken, die auf die Preissteigerung in Zucker, Brot, Kohle usw. spekulieren. Der Minister des Innern hetzt die Volksmassen gegen die Banken auf, indem er die Banken beschuldigt, daß sie die Frachten durch Einschränkung des Kredits absichtlich auf den Eisenbahnen lagern lassen, um die Preise in die Höhe zu treiben. Man erzählt sich in Petersburg, daß Chwostoff beabsichtige, die Stadtvertretungen und die Bankdirektionen vor Gericht zu stellen, um vor der Oeffentlichkeit die Schuld ihnen zuzuschieben und den Volkszorn von der Regierung abzuwenden.

Die Streiks.

Im engsten Zusammenhang mit der Teuerung brechen in ganz Rußland, bald hier, bald dort, Streiks aus. Die drakonischen Mittel, die die Regierung dagegen ergreift, die Drohungen, Streikende an die Front zu schicken und in die Katorga zu verbannen, mit sechs Jahren Disziplinarbataillon zu bestrafen, wenn der Arbeiter ohne stichhaltigen Grund zur Arbeit nicht erscheint — das alles bleiben leere Worte, die niemand erschrecken. Denn tatsächlich werden diese Drohungen nicht ausgeführt. Das ist begreiflich. Es herrscht im Lande ein großer Mangel nicht nur an qualifizierten Arbeitern, sondern sogar an Tagelöhnern in den Betrieben, die für die Armee arbeiten. Es ist ganz undenkbar, die Fabriken ihrer Arbeiter zu berauben, da man dadurch die Armee ohne Munition lassen würde. Ungeachtet aller Drohungen sind die Streiks in Petersburg und Moskau eine Tageserscheinung, die niemals aufhört. So streikten in Moskau wiederholt die Trambahngestellten. In Petersburg fast sämtliche Fabriken und Werke mit Einschluß der Putiloffschen Werke, Lessner, Kupferwalz- und Röhrenwerke, Erichson, Retschkin u. a., die Munition bereiten. Im Oktober streikten während zwei Wochen die Arbeiter des Skorochod, der Schuhwerk für die Armee liefert. Es waren mehrere tausend Arbeiter im Streik. Der Streik in der Fabrik Phönix hatte die Verhaftung von 400 Arbeitern zur Folge, die man zum Militärkommando überführte, um sie an die Front zu schicken. Es ist seitdem schon ein Monat vergangen, und die Drohung ist noch nicht ausgeführt worden.

Das revolutionäre Proletariat.

Andererseits hat die Regierung, wenn auch auf die Initiative der Bourgeoisie, den Arbeitern die Abhaltung von Versammlungen erlaubt, um Delegierte in die militärisch-industriellen Komitees zu wählen. Die Bourgeoisie wollte den Patriotismus der Arbeiter wachrufen, indem sie die Losung der Verteidigung des Vaterlandes ausgab — nicht mehr des „Willens zum Siege“, wie früher. Die Arbeiter verfehlten nicht, die Gelegenheit zu benutzen; sie hielten eine Reihe von Versammlungen ab, um sie, da die Versammlungen ohne Polizeiaufsicht stattfanden, für ihre Zwecke auszunützen, das ist: zur Aufklärung ihrer Stellungnahme zum Kriege und für die Organisation ihrer Kräfte für den nahenden entscheidenden Augenblick in dem inneren Leben des Landes. Es zeigten sich zwei Strömungen unter den Arbeitern: die Anhänger des Boykotts, die für einen absoluten Boykott der von der Bourgeoisie vorgeschlagenen Komitees eintraten, und andere, die zwar ebenfalls die Komitees boykottieren wollten, aber immerhin Vertreter in diese senden wollten, um im Interesse der Weiterführung des revolutionären Kampfes über deren Tätigkeit informiert zu sein. Die erste Richtung hat die Oberhand gewonnen. Es wurden zwar Wahlmänner gewählt, aber keine Delegierten in die Komitees. In einer Beziehung waren beide Strömungen vollkommen solidarisch: keine von ihnen stellte sich auf den Standpunkt der Notwendigkeit der Landesverteidigung, den ihr die Bourgeoisie unterschieben wollte. Es muß überhaupt gesagt werden, daß die bürgerlichen patriotischen Losungen auch nicht den geringsten Anklang in den Arbeitermassen finden, die sehr revolutionär gestimmt sind. Die Vertagung der Duma, die die Bourgeoisie aller Schattierungen bis zu der radikalen Intelligenz so sehr betrübt hatte, hat in den Arbeiterkreisen auch nicht den geringsten Eindruck gemacht. Die Tätigkeit der Duma, die die inneren Gegensätze vertuschte, um dem Feinde die „Volks-einheit“ vorzudemonstrieren, die damit das Geschäft der Regierung besorgte, hat ihres Wesens Kern aufgedeckt. Die Bourgeoisie war sehr enttäuscht, als sie sah, daß die Vertagung der Duma nicht einmal einen Proteststreik unter den Petersburger Ar-

beitern zur Folge hatte. Einer der linken Kadetten machte der Sozialdemokratie den Vorwurf, daß sie die Duma im Stiche ließ. Wir — sagte er — sind sicher, daß im Falle eines Aufstandes die Armee auf die Seite des Volkes treten würde.

Auf der anderen Seite freilich schreckte **Maklakoff** die Regierung mit der Gefahr von unten, seitens des „unverantwortlichen Pöbels“. Der Vorsitzende des Städtetages in Moskau verweigerte den sozialdemokratischen Dumaabgeordneten die Teilnahme am Kongreß. Die Bourgeoisie zog eine scharfe Grenze zwischen sich und den linken demokratischen Elementen. Das ist wohl auch die einzige soziale Schicht in Rußland, die die Fortsetzung des Krieges will und befürchtet, daß die Regierung geneigt sein könnte, Frieden zu schließen.

Die kriegswütige Bourgeoisie.

In diesen Kreisen wird stark das Gerücht verbreitet, daß der Zar an die Spitze der Armee getreten sei, um einen Separatfrieden zu schließen. Selbst der Umstand, daß die deutsche Offensive eingestellt ist und daß die russische Armee seit dem Oberkommando des Zaren Widerstand leistet, wird in diesen Kreisen so erklärt, daß zwischen beiden Parteien eine geheime Uebereinkunft besteht, wonach Deutschland der russischen Armee einige unbedeutende Erfolge ermöglichen werde, um einen „anständigen“ Frieden vorzubereiten. In denselben Kreisen wird die Regierung verdächtigt, daß sie die Arbeitermassen zu einem Aufstand reize, um ihren Verbündeten erklären zu können, daß sie infolge innerer Unruhen den Krieg nicht mehr fortführen könne. Denn, so erklären sie, es gibt in der Uebereinkunft zwischen Rußland und dessen Verbündeten eine Bestimmung, die Rußland das Recht zugestehe, einen Separatfrieden zu schließen, wenn im Lande eine Revolution ausbrechen sollte.

Diese bürgerlichen Befürchtungen finden reichliche Nahrung in der echt russischen Presse, z. B. in der Sämtschina, die die Liberalen ironisch fragt, wo denn das Ende sei, bis zu welchem nach ihrer Meinung der Krieg geführt werden sollte und bemerkt, daß doch jeder Krieg sein Ende haben müsse, daß der Krieg bereits genügend Opfer gekostet habe. Aehnliche Friedensströ-

mungen zeigen auch die anderen Organe der echt russischen Leute.

Worauf gründet nun die russische Bourgeoisie ihre Rechnung auf den Sieg, obwohl sie sich sehr wohl Rechenschaft gibt von der Unfähigkeit des verrotteten Staatssystems zur Landesverteidigung? Auf diese Frage geben die Vertreter der bürgerlichen Kreise immer die gleiche Antwort: Deutschland erschöpft sich mit jedem Tage mehr, man muß den Krieg fortsetzen, wenn auch unter Rückzug, bis Deutschland mürbe gemacht ist.

Die Volksstimmung.

Aber der gewöhnliche Einwohner, der nicht die Tatsachen an seine Wünsche anpaßt, ist von dieser Idee des „siegreichen Endes“ sehr weit entfernt und träumt nur noch von einem schleunigen Frieden. „Wie auch der Krieg enden möge, wenn er nur zu Ende ist.“ Das ist die gewöhnliche Redensart des Einwohners.

Das Volk, das von vornherein diesen Krieg nicht als seine Sache betrachtete, verflucht ihn und beklagt sich über die Regierung, die jeder Familie Opfer entriß. Die Mißstimmung ist so offenbar, daß selbst die Regierung und die Bourgeoisie es nunmehr aufgaben, patriotische Begeisterung im Volke erwecken zu wollen, denn hier sind alle Bemühungen vergebens. Die beste Illustration hierzu ist die häufige Flucht der Reservisten aus der Kaserne in ganzen Partien. So entflohen aus den Kasernen der Ortschaft Medwed, 30 Kilometer von Petersburg, im Oktober 400 Reservisten. Sie warfen ihre Gewehre weg und flüchteten.

Die Stimmung in der Armee.

Wenn nun jedermann in Rußland, der vor der Aushebung steht, nur davon träumt, wie er sich dem Frontdienst entziehen könnte oder wenn das nicht gelingt, schleunigst in Gefangenschaft zu geraten, wenn niemand mehr in Rußland der Kraft der eigenen Armee vertraut, wenn jeder Offizier von einer administrativen Stellung im Rücken der Armee träumt, so kann man schon daraus entnehmen, wie die Stimmung in der Armee ist. Nach den Berichten der Verwundeten und Kranken, die von der

Front zurückkehren, ist der allgemeine Wunsch, der die Soldaten und die Offiziere einigt, das Verlangen nach Frieden.

Neben den allgemeinen Ursachen spielt bei den Soldaten noch eine große Rolle die brutale Behandlung durch die Vorgesetzten. Die Soldaten werden schonungslos aus dem geringsten Anlaß körperlichen Strafen unterworfen. Die körperlichen Strafen werden in allen Armeeteilen angewandt, und es ist kein Wunder, daß die Soldaten, die das Rachegefühl haben verbeißen müssen, bei der ersten Gelegenheit ihre Gewehre gegen die Offiziere richten. So hat an der nordwestlichen Front ein Bataillon seine sämtlichen Offiziere erschossen. Das ganze Bataillon wurde deshalb gruppenweise niedergeschossen. Woher soll auch eine andere Stimmung kommen, wenn der Soldat schlecht gekleidet ist, schlechtes Schuhwerk trägt und schlecht genährt wird! Es ist natürlich, daß die Soldaten, vom Hunger getrieben, die Bevölkerung plündern, die vor der eigenen Armee flieht und die Frauen und Mädchen vor ihr versteckt.

Andererseits gibt es auch deshalb keine Disziplin in der Armee, weil sie in hohem Maße aus unvorbereitetem Landsturm besteht. In dieser Beziehung ist das Urteil sehr kennzeichnend, das der Chef des Stabes des Oberkommandierenden General Alexjeff abgegeben hat. Auf dem Kongreß des Semstwow hat ein Dumamitglied folgende Mitteilung gemacht: „General Alexjeff bevollmächtigte mich, damit die Gesellschaft von der Lage der Dinge an der Front, die kein Geheimnis mehr für die Deutschen ist und nur der russischen Oeffentlichkeit unbekannt bleibt, erfahre, in seinem Namen überall in Versammlungen, in Vereinen, in der Presse zu erklären, daß dank der unter Suchomlinoff praktizierten Methode der Ausbildung der Reservisten, die nur wenige Wochen dauerte, die russische Armee ungeheure Verluste erlitt. Diese schlecht oder gar nicht ausgebildeten Mannschaften sollten die Verluste der Armee ersetzen. Aber sie erwiesen sich als vollkommen unbrauchbares Material, trugen nur Panik in die Reihen der Armee hinein und gingen zwecklos und fruchtlos zugrunde. Nunmehr unter Poliwanoff beschlossen wir, das alte System zu beseitigen und eine neue Armee vorzubereiten. Die Leute der letzten Aushebung, die sich auf zwei Millionen beläuft,

sollen während acht Monaten ausgebildet werden, so daß wir bis zum Frühling 1916 eine neue Armee von zwei Millionen haben werden. Bis dahin aber werden wir uns zurückziehen müssen, indem wir verbluten, und ich kenne keine Grenze in diesem Rückzug.“

Unter diesen Umständen glaubt kein Mensch in Rußland an die Möglichkeit, die deutsche Offensive zurückzuweisen, und selbst die Erfolge der letzten Zeit werden nicht auf den Widerstand der russischen Armee zurückgeführt, sondern dadurch erklärt, daß die Deutschen ihre Kräfte an die West- und an die Südfront haben abgehen lassen. Man glaubt auch, daß die Einstellung der deutschen Offensive auf irgendwelche besondere Pläne zurückzuführen sei. So sehr ist der Glaube an den Erfolg der russischen Waffen geschwunden. Uebrigens weiß man aus Militärquellen, daß die Vorräte an Munition, die im September aus Kanada kamen, bereits erschöpft seien. Es zeigt sich ein Mangel an Gewehren und die Geschütze sind durch Abnutzung unbrauchbar geworden.

Bei dieser Sachlage wird von den noch vorhandenen wenigen Optimisten, die an den Sieg der Verbandsmächte glauben, ein ganz besonderer Grund angeführt: der Glaube an den Geist des Russentums, an die unerschöpfliche Kraft dieses Geistes im Volke, an eine mystische Gewalt, die ihm eigen ist, die ein Wunder verrichten und zum Siege führen muß. Also an beiden Extremen „oben“ und „unten“, bei der radikalen Intelligenz wie beim Zaren, beruhen die Hoffnungen auf den Sieg auf der gleichen Grundlage: beim Zaren — auf der „Vision“, bei den Optimisten aus der Intelligenz — auf dem „Wunder“. Aber Wunder gibt es längst nicht mehr und die russische Wirklichkeit liefert keine realen Grundlagen für die optimistischen Schlußfolgerungen.

(m)

Dr. GEORG GRADNAUER:

Parteipresse und Krieg.

SCHWERE Bürde legte der Krieg auf die sozialdemokratische Parteipresse. Groß waren von Anbeginn an die materiellen Schwierigkeiten, die sich mit der Dauer des Krieges weiter steigerten. Kein leichtes Stück konnte es für die Redaktionen sein, zu den plötzlich hereingebrochenen riesengroßen Fragen der Zeit Stellung zu nehmen, dazu sich in die Ausnahmegebote des Krieges zu finden und die Arbeiterklasse von der Unvermeidlichkeit all dieser gänzlich neugearteten Verhältnisse zu überzeugen. Es kann jetzt festgestellt werden, daß die Parteipresse die schwere Prüfung, die ihr auferlegt wurde, einsichtsvoll und tatkräftig überstanden hat. Sie ist nicht, wie etwa befürchtet werden konnte, in den ungeheuren Wettern dieser Zeit zusammengebrochen. Sie ist aufrecht geblieben und vermochte das harte Werk, die deutsche Arbeiterschaft auch durch die Wirrsale dieser Zeit zu führen, erfolgreich zu lösen. Was die Parteipresse erlebt hat und welche weiteren Schicksale sie erwarten mag — das soll in folgendem keineswegs erschöpfend, nur in einigen Andeutungen knapp besprochen werden.

Die materiellen Schwierigkeiten, von denen die gesamte Presse aller Richtungen heimgesucht wurde, trafen die Parteipresse mit vervielfältigter Wucht. Fast alle Blätter erlitten einen bedeutenden Sturz ihrer Einnahmen, sowohl aus den Bezugsbeträgen als aus dem Anzeigenteil. Mit den fortdauernden Einberufungen zur Fahne verringerte sich der Kreis der Zeitungsbezieher in den meisten Orten bei unserer Presse erheblich mehr als bei den Tagesblättern der anderen politischen Parteien. Während die wohlhabende Familie das bei ihr eingebürgerte Blatt selbstverständlich beibehielt und in vielen Fällen noch ein zweites Exemplar ins

Feld sandte, sahen sich die Kriegerfrauen der Arbeiterschaft nicht selten veranlaßt, bei den ihnen zur Verfügung stehenden knappen Mitteln zu zweien ein Exemplar der Zeitung zu beziehen. Manche Frauen von Einberufenen, die keine oder wenig Kinder haben, zogen zu Eltern oder Verwandten und gaben das Abonnement überhaupt auf. Dazu kommen die Frauen, die ohne Verständnis für die besondere Bedeutung des sozialdemokratischen Blattes sofort, als der Mann ausgezogen war, zu der ihrem geringen Auffassungsvermögen mehr entsprechenden Klatsch- und Tratschpresse übergingen. Auch von männlichen „Drückebergern“ haben unsere Parteigenossen berichtet, von Arbeitern, die bei Nachlassen der Kontrolle durch ihre Arbeitskollegen einsichtslos genug waren, ihr Parteiblatt in schwerer Zeit im Stiche zu lassen. Wenn aber außerdem von Angehörigen der Parteiminderheit auch die Redensart aufgebracht wurde, viele Parteigenossen seien abgesprungen, weil sie die Haltung der Zeitung nicht ertragen konnten, so ist dies eine ebenso abgeschmackte wie unbeweisbare Behauptung. Es wäre recht erbaulich, wenn diejenigen Sozialdemokraten einmal hervortreten sollten, die aus Radikalismus ihr Parteiblatt verlassen, um dafür ein bürgerlich-kapitalistisches und chauvinistisches Blatt einzutauschen. Jene anderen sachlichen Gründe genügen vollauf, um den Rückgang in den Abonnentenzahlen unserer Presse zu erklären. Da unser Leserkreis ein weit überwiegend proletarischer ist und andererseits einen sehr starken Prozentsatz zur Armee stellt, so konnte der Ausfall nicht vermieden werden. In zahlreichen Städten wurde ein kleiner Teil des Ausfalles durch Straßenverkauf, besonders in den ersten Kriegsmonaten, hereingebracht. Mit der langen Dauer des Krieges ging aber auch der Straßenverkauf zurück; er hält sich gegenwärtig fast überall in sehr bescheidenen Grenzen, während der Straßenverkauf der bürgerlichen Presse vielfach recht bedeutend ist.

Noch übler als der Abonnentenrückgang wirkte die **Verminderung der Anzeigen** auf die geschäftliche Lage unserer Zeitungsunternehmungen. Die bekannte Tatsache wurde neu bestätigt, daß die Tagespresse in ihrer gegenwärtigen Gestaltung vom Inseratenwesen sehr stark beeinflußt wird. Die Einschrumpfung des

gesamten volkswirtschaftlichen Lebens veranlaßte die Geschäftsinhaber zu großen Einschränkungen in den Aufträgen an die Presse, und wiederum wurden hiervon unsere Blätter besonders stark betroffen. Die Warenhäuser und die großen Geschäfte der Bekleidungsbranche gingen über ein Viertel unter ihre bisherigen Ausgaben für Anzeigen zurück. Andere Geschäftszweige, wie z. B. die Abzahlungsgeschäfte, die früher unserer Presse im Laufe des Jahres ansehnliche Beträge für Anzeigen zuführten, stellten seit Kriegsausbruch die Aufträge überhaupt ein. Zu diesen Ausfällen, die in vielen Parteiorten 40 bis 50 Prozent betragen, sind die hochgestiegenen Preise für die im Zeitungsbetriebe erforderlichen Rohstoffe, Farbe, Oele, Papier usw. in Rechnung zu stellen, und anderseits ist noch in Betracht zu ziehen, welche Summen die Parteipresse an Unterstützungen für die Familien ihrer eingezogenen Angestellten und Arbeiter aufbringt. Besonders schwer wurde aber die geschäftliche Lage in solchen Parteiunternehmungen, die erst kurze Zeit vor Ausbruch des Krieges neue Druckereigebäude aufgeführt und mit großen Kosten den technischen Apparat verbessert und erweitert hatten, die aber nun bei verringerten Eingängen und teilweise vollständiger Lahmlegung des Maschinenparkes hohe Beträge an Hypotheken- und Darlehenszinsen aufzubringen haben. Bei alledem muß es wundernehmen, daß unsere Blätter, obwohl sie an Umfang stark gekürzt werden mußten, doch immerhin noch zum großen Teil mit recht stattlichem Text aufwarten konnten. Es war eine wichtige Aufgabe der Geschäftsleiter und Redaktionen, nach aller Möglichkeit den redaktionellen Teil einigermaßen auf der Höhe zu halten, um konkurrenzfähig zu bleiben und nicht noch weiteren Anlaß zur Abwanderung von Lesern zu geben. Mit dem Aufgebot aller Kräfte ist es gelungen, die Zeitungen durchzubringen. In manchen Parteiorten mußte man gleich der bürgerlichen Presse zu dem Aushilfsmittel der Bezugspreiserhöhung greifen. In den meisten Städten jedoch sah man, trotz der sachlichen Berechtigung der Preiserhöhung, davon ab, weil es nicht angängig erschien, der Arbeiterschaft zu der Verteuerung aller ihrer Lebensbedürfnisse auch einen höheren Zeitungspreis zuzumuten. Ob durch die Beibehaltung des bisherigen Preises bei gleichzeitiger Preis-

erhöhung der örtlichen Konkurrenzpresse ein Vorteil in unserem Abonnentenstand oder wenigstens eine Sicherung gegen weitere Abonnentenverluste geschaffen worden ist, läßt sich bisher nicht erkennen.

*

Anders geartet, aber nicht geringer als die wirtschaftlichen, waren und sind die **politischen Schwierigkeiten** der Parteipresse. Die Redaktionen sahen sich bei Kriegsausbruch vor einer unerhört neuen Situation. Sie mußten unverzüglich entscheiden, ob sie sich der von der Reichstagsfraktion in den Schicksalsstunden zu Anfang August 1914 gewählten Losung anschließen wollten. Sie hatten dann die schwere Aufgabe, die von der Partei als richtig erkannten Anschauungen in die Zeitungsarbeit von Tag zu Tag hineinzutragen, der Presse das neue Gesicht zu formen, das die Kriegszeit erforderte, und damit zugleich die Arbeiterschaft unter den neuen Losungen zu sammeln und zu führen. Sie hatten ferner auch die Aufgabe, durch die mannigfaltigen Hindernisse zu steuern, die der Belagerungszustand, die Zensur, der Burgfrieden mit sich brachten.

Es wird, des sind wir überzeugt, ein **Ruhmesblatt in der Geschichte der Parteiblätter** bleiben, daß sie in ihrer großen Ueberzahl mit schnellem Blick den schicksalsschweren Wandel der Ereignisse erfaßten und sich entschlossen an die Seite der Reichstagsfraktion stellten. Unsere politischen Redaktionen hatten damals einen besonders schweren Gewissenskampf zu bestehen. Sie hatten noch bis zum Tage zuvor mit aller Leidenschaftlichkeit den Kampf gegen die Kriegsgefahr geführt, die Federn waren noch feucht von den Darlegungen, in denen die Völker beschworen wurden, das Entsetzlichste zu verhüten. Als der Krieg nun aber nicht mehr zu verhüten war, als der Weltbrand mit aller Gewalt und von allen Seiten aufloderte, da zeigte es sich, daß unsere Redaktionen dem großen Neuen, das an das sozialdemokratische Gewissen mit ungeheurer Gewalt herantrat, mit Kopf und Herz gewachsen waren. Gewiß, es waren keine neuen Ueberzeugungen, zu denen die Parteipresse sich plötzlich bekehren sollte, es war keinerlei Absage an die Grundsätze der Partei — wie manche

Kritiker irrig behaupten —, aber es mußte bei der Ueberstürzung der Ereignisse ohne jedes Zögern und mit größter Anspannung der Entschlußkraft die Besinnung auf diejenigen Grundsätze der Partei gerichtet werden, die der neuen, unvorhergesehenen, soeben noch für unmöglich gehaltenen, in keiner Weise von uns vorbereiteten und doch nun urplötzlich über uns gekommenen Situation entsprachen. Die Parteipresse jammerte nicht um verloren gehende Hoffnungen, sie trennte sich, sie mußte sich trennen von ihrem Kampfe von gestern, sie erkannte das Wirkliche und beschritt entschlossen die neue Bahn. Und so hat sie es weiter gehalten durch diese ganze schwere Kriegezeit.

Es ist begreiflich, daß das neue Gesicht, das die Parteipresse bekam, hier und da in der Arbeiterschaft auf Befremden stieß. Mancher, der der Zeiten Lauf nicht erkennt, konnte den neuen Inhalt und die neue Aufmachung der Presse, die der Krieg mit sich brachte, nicht verstehen. Richtete sich doch auch die Kritik der Parteioopposition nicht zum wenigsten gegen die Gesamthaltung der Parteipresse, wobei vielfach der Kunstgriff Anwendung fand, daß vereinzelte Ueberschwenglichkeiten und Entgleisungen, die in der Hitze des Gefechtes vorkamen, verallgemeinert und zum Gegenstand der heftigsten Anschuldigungen gemacht wurden. Wer aber unsere Parteipresse während der ganzen Kriegezeit mit Aufmerksamkeit und Objektivität verfolgt hat, der wird zugestehen, daß sie sich unter den so schweren Verhältnissen im allgemeinen gut bewährt hat. Sie hat keineswegs, wie einige Kritiker meinten, ihre sozialistische Selbständigkeit aufgegeben und keineswegs den Mut zur Wahrheit eingebüßt. Wenn sie auch bei jedem Worte, das geschrieben wurde, sich der ungeheuer schweren Verantwortlichkeit bewußt sein und stets die möglichen Wirkungen im Auslande bedenken mußte, so ist sie sich gleichwohl treu geblieben. Sie hat sich insbesondere von einer leichtfertigen Aburteilung über die jetzt im Kriege mit uns stehenden Völker ferngehalten. Sie hat jede Art Haßgesang abgelehnt und immer die Notwendigkeit betont, daß die Völker nach dem Kriege wieder miteinander leben müssen. Sie hat immerfort für die Wiederanknüpfung der internationalen sozialistischen Beziehungen und für die Anbahnung des Friedens gewirkt. Sie hat über den tobenden Welt-

krieg hinaus den Blick gerichtet auf die Lehren und die Maßnahmen, die dazu dienen sollen, in Zukunft dennoch den Ausgleich der nationalen Interessengegensätze herbeizuführen.

Wenn aus den Reihen unserer eigenen Parteigenossen Vorwürfe gegen die Parteipresse gerichtet werden, daß sie chauvinistischen Anwendungen unterlegen sei, oder die selbständige Meinung gegenüber der Regierung aufgegeben habe, so sei nur auf das Zeugnis hingewiesen, das **Professor Karl Bücher** in seinem Leipziger Universitätsvortrag „Krieg und Presse“ gab. Dieser Kenner des Zeitungswesens, der sich durch seine Kritik gewisser häßlicher Erscheinungen in der deutschen Presse den Groll nationalistischer Kreise zuzog, erklärte es als eine der „erfreulichsten Erscheinungen dieser großen Zeit“, daß gerade die sozialdemokratische Presse „in ihrer Mehrzahl durch die kritische Ruhe und Objektivität, mit denen sie die Kriegsergebnisse behandelt, sich auszeichnet.“ „Das soll“, sagt Bücher weiter, „der sozialdemokratischen Presse, wenn uns der Friede wieder geschenkt ist, ebensowenig vergessen werden wie die Reichstagssitzung vom 4. August 1914.“

Einige Blätter allerdings haben sich abseits gestellt und traten für die Politik der Fraktionsminderheit ein. Bei aller Toleranz gegen ihre Ueberzeugung wird nicht gesagt werden können, daß dieser Teil der Parteipresse sich mit Ruhm bedeckt habe. Es gilt dies vor allem vom **Vorwärts**. Es war und ist ein überaus schwerer Uebelstand, daß das in der Reichshauptstadt erscheinende **Zentralorgan der Partei** eine Haltung einnahm, die im Gegensatz steht ebenso zu den Erfordernissen dieser schweren Zeit, wie zu den Anschauungen aller leitenden Körperschaften der Arbeiterbewegung. Der **Vorwärts** glaubte, inmitten dieses Weltkrieges einem scheinradikal-utopistischen Sozialismus huldigen zu können, der sich vor der Wirklichkeit der Dinge das Auge verschließt, der die gegnerischen Länder eifrig nach irgendwelchen Spuren der Auflehnung gegen den Krieg absucht und der kein Wort findet zur Erklärung geschweige denn Verteidigung der von der deutschen Sozialdemokratie eingenommenen Haltung im Kriege. Andererseits war es dem **Vorwärts** und den ihm nahestehenden Blättern auch unmöglich, ihrer „kriegsgegnerischen“ Haltung irgendeine Kon-

sequenz zu geben. Man schnitt mißmutige Gesichter, vermochte aber keinerlei Vorschläge zu machen, wie das furchtbare Geschick dieser Zeit anders gestaltet werden könne. Und die leisen Versuche des Vorwärts, den innerpolitischen Waffenstillstand, dessen Unvermeidlichkeit er nicht verstehen wollte, zu durchbrechen, haben mit peinlichen Zurückzügen geendigt.

Erfreulicherweise hat die große Mehrzahl der Parteiblätter die ehernen Notwendigkeiten des Weltkrieges besser verstanden. Sie hat sich bemüht, den Lebensinteressen des Landes gerecht zu werden, ohne doch die besonderen Interessen der Arbeiterklasse irgendwie zu vernachlässigen. Unwahr ist die im oppositionellen Register wiederkehrende Behauptung, unsere Presse habe den Klassenkampf aufgegeben und die Interessen der Arbeiterschaft verabsäumt. Lediglich in anderen Formen mußte die Interessenvertretung der Arbeiterschaft sich vollziehen, als es in der Friedenszeit der Fall war. Ebenso wie die Gewerkschaften, wenn sie auch im allgemeinen Landesinteresse auf Streikbewegungen verzichteten, Uebelstände des Wirtschaftslebens auf Verhandlungswegen zu beseitigen sich bemühten, so hat auch die Parteipresse keinen Tag aufgehört, gegen Mißstände, wo sie sich zeigten, in geeigneter Weise aufzutreten. Insbesondere kann niemand bestreiten, daß die Parteipresse in den Fragen der Fürsorge für die Kriegerfrauen, für die Arbeitslosen, für die Kriegsbeschädigten, in der Ernährungsfrage alles, was menschenmöglich war, getan hat, um Verbesserungen herbeizuführen. Richtig ist allerdings, daß manche andere Fragen, besonders die rein politischen, im Zeichen des Burgfriedens zurückgetreten sind. Der Burgfrieden bedeutete nicht die Preisgabe der Vertretung der Arbeiterinteressen, wohl aber die zeitweilige Zurückstellung des parteipolitischen Streites.

Die Parteipresse hat den Burgfrieden nicht unter dem Zwange des Belagerungszustandes gewahrt, sondern aus der eigenen Ueberzeugung heraus, daß der parteipolitische Streit über mannigfache Fragen sich schlecht vertragen würde mit der Hauptaufgabe, die jetzt allen Parteien gestellt ist, den Krieg zu einem für das Land heilsamen Ende zu bringen. Das schloß nicht aus, daß wir die andauernde Verweigerung elementarer politischer Rechte durch

die Regierungen und durch andere Parteien, über die nach unserer Auffassung ein Streit überhaupt nicht mehr möglich sein sollte — wie über die Beseitigung des Klassenwahlrechtes —, beklagt und scharfer Kritik unterzogen haben. Es schloß auch nicht aus, daß wir die Mißgriffe der Zensurbehörden und die Ausdehnung des Belagerungszustandes über das ganze Reich verurteilten. Doch alle unsere Kritik blieb nach Umfang und Art im Rahmen des höheren Grundsatzes, daß wir den Existenzkampf Deutschlands nicht erschweren und bei den gegnerischen Staaten nicht die falsche Hoffnung auf innere Zwietracht in Deutschland erwecken dürfen, eine Hoffnung, die die Gefahr immer weiterer Verlängerung des Krieges herbeigeführt hätte.

*

Versuchen wir auch von den Aufgaben zu sprechen, die unserer Parteipresse in der nächsten Zukunft erwachsen werden. So sehr auch das Zukünftige noch verschleiert ist und so sehr die Entwicklung der Parteipresse von der noch ungewissen Gesamtentwicklung der deutschen Arbeiterbewegung abhängen wird, so können immerhin schon jetzt einige Ueberlegungen in dieser Hinsicht von Nutzen sein und als Anregungen Geltung finden. Friedrich Stampfer — der jetzt als Landwehrmann in den österreichischen Bergen steht — hat vor einigen Monaten in den Mitteilungen des Vereins Arbeiterpresse über „Unsere Presse nach dem Kriege“ geschrieben und sehr beachtliche Bemerkungen gemacht. Stampfers Betrachtung geht von der Frage aus, warum seinerzeit dem Streben der internationalen Sozialdemokratie nach Erhaltung des Friedens der Erfolg versagt blieb. Unter den Ursachen dieses Mißerfolges sei in erster Linie auch **die geringe Entwicklung und der schwache Einfluß der sozialdemokratischen Presse** zu finden. Nicht nur im Auslande, auch bei uns, wo die sozialdemokratische Presse noch am besten entwickelt war, habe sie sich in den Tagen der verhängnisvollen Entscheidung als viel zu schwach erwiesen. Dieser Hinweis Stampfers steht in nahem Zusammenhang mit der weiteren Frage, wie sehr die Presse im allgemeinen auf die Gestaltung der Völker-

beziehungen von Einfluß gewesen ist. Das ist ein ungemein bedeutsames Kapitel. Jüngst veröffentlichte Paul R. Krause im Berliner „Tag“ Äußerungen des letzten französischen Botschafters in Berlin Jules Cambon, jetzigen Generalsekretärs der auswärtigen Angelegenheiten im Ministerium Briand. Cambon sagte in einem Gespräch über die Haager Konferenz und ihre Möglichkeiten: „Sprechen Sie mir nicht von Konferenzen, die können alle zu nichts führen, wenn es nicht gelingt, in allen Ländern einer gewissen Presse den Maulkorb anzulegen, deren schädlicher Einfluß für alle Konflikte zwischen den Völkern verantwortlich ist. Ich kenne nur eine Art Konferenz, die etwas vorzüglich Nützliches hervorbringen könnte, das wäre ein internationaler Kongreß, der den Uebertreibungen und Aufregungen bei Besprechung internationaler Angelegenheiten ein Ende machen würde.“ Cambon hatte nur allzu sehr recht. Wenn einst die Ursachen des Weltkrieges vollständig dargestellt werden, so werden die Ausschreitungen jener journalistischen Brandstifter eine nicht geringe Rolle spielen, die um der Sensation und des Geschäftes willen sich niemals gescheut haben, die Völker gegeneinander aufzupeitschen und die Welt in Flammen zu setzen. Und jedenfalls kann es keinen Zweifel darüber geben, daß die zukünftige große Ausbreitung der sozialdemokratischen Blätter für die Bekämpfung nationalistischer Hetzereien und für die Pflege internationaler Annäherungen von überaus großer Bedeutung sein mußte. Stampfer erhebt deshalb geradezu den Ruf „Eroberung der Presse“, ohne die auch die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat nicht möglich sei. „Mag das,“ sagt er, „was die deutsche Arbeiterklasse vor dem Kriege durch Schaffung einer eigenen Presse geleistet hat, an sich bewundernswert sein, nach dem Kriege werden wir das Geschaffene nur als die Keimzelle einer zukünftigen Entwicklung betrachten dürfen, die uns die Macht über die öffentliche Meinung in die Hände geben soll.“

In diesen Worten wird ein überaus großer Ausblick eröffnet. Es fragt sich, wie der weit ausgreifende Gedanke zur praktischen Verwirklichung gebracht werden kann. Stampfer stellt eine Reihe von Anregungen auf. Er verlangt die Schaffung einer sozialdemokratischen Lokalpresse auch in mittleren und

kleineren Orten. Es brauche, sagt er, in Großstädten, besonders in Berlin, nicht immer nur ein sozialdemokratisches Blatt zu geben. Jedenfalls müsse das Zentralorgan durch Schnelligkeit der Berichterstattung, Reichtum des Inhaltes und Glanz der Form sich einen führenden Platz in der deutschen Journalistik erobern. Für die nötige Beschaffung von Geldmitteln könnten mehr als bisher Gewerkschaften und Genossenschaften herangezogen werden. Es möge, so führt er weiter aus, eine Zentralstelle der Parteipresse geschaffen werden, deren Aufgabe es wäre, die Parteipresse in jeder geschäftlichen Beziehung zu beraten. Diese Zentralstelle solle auch die Heranziehung tüchtiger journalistischer und kommerzieller Kräfte organisieren.

Alle diese Anregungen sind sehr beachtlich. Es läßt sich jedoch nicht verkennen, daß die Durchführung jeder einzelnen von ihnen wiederum bedeutende Schwierigkeiten bietet. Die Gründung zahlreicher Lokalblätter in mittleren und kleinen Orten ist gewiß wünschenswert und sogar notwendig. Wir wissen aber aus der Erfahrung, wie leicht solche Gründungen zu finanziellen Mißerfolgen führen. Bisher konnte mit Gründung von selbständigen Blättern in mittleren und kleinen Städten und selbst von Filialblättern, die von einer Großstadt aus gegründet und dauernd unterstützt werden, nur mit großer Vorsicht vorgegangen werden. Ob nach dem Kriege hierin ein ganz anderes Tempo eingeschlagen werden können? Zunächst wird unsere Presse reichlich zu tun haben, um sich von den schweren Wunden der Kriegszeit zu erholen. Auch die Gewerkschaften und Genossenschaften werden die verfügbaren Mittel in erster Linie für eigene Angelegenheiten aufwenden wollen. Wenn sie, wie auch wir hoffen, mehr als es bisher anging, für die Arbeiterpresse aufwenden können, so wird man doch gut tun, nicht sogleich allzu große Erwartungen in Rechnung zu stellen. Die weitere Forderung Stampfers: Zentralstelle für die Parteipresse — die als eine Abteilung des Parteivorstandes organisiert werden könnte — dürfte gleichfalls beachtenswert sein. Aber eine solche Zentralstelle würde weder in der Heranziehung tüchtiger journalistischer und geschäftlicher Kräfte, noch sonst in der Förderung der geschäftlichen Verhältnisse der Parteipresse Wunder verrichten

können. Sie wird auch dem Vorwärts nicht so leicht das schaffen können, was ihm alles fehlt.

Wenn wir diese Fragen erwägen, so dürfen wir nicht vergessen, daß das Tempo der Entwicklung unserer Presse naturgemäß bedingt wird von der gesamten Eigenart der Parteiverhältnisse, aus denen sie hervorgeht, und von ihrem besonderen Charakter im Gegensatz zu allem übrigen Zeitungswesen. Einer **Parteipresse** sind im Gegensatz zur **Geschäftspresse** Bedingungen gestellt und Schranken gesetzt, die die Schnelligkeit ihres Wachstums verringern. Wenn wir diese Bedingungen und Schranken berücksichtigen, so müssen wir die bisherige Entwicklung — die große Mehrzahl unserer Blätter wurde erst nach dem Falle des Sozialistengesetzes gegründet, und doch konnten auf dem Parteitag in Jena 1913 fast 1½ Millionen Leser festgestellt werden — auch jetzt noch, unbeschadet der weiteren Zukunftswünsche, als eine außerordentliche anerkennen. Wir wissen auch, daß keine andere Partei in Deutschland und kein anderes Land etwas nur annähernd ähnliches aufzuweisen hat. Wenn wir nun gleichwohl nach viel höher gesteckten Zielen ausschauen, so zeigt es sich, daß in dem Programm der Anregungen, das Stampfer aufstellt, ein sehr wichtiges, vielleicht das wichtigste Moment fehlt. Es muß die Frage gestellt werden, ob die **Parteipresse**, die bisher schon, aber allzu zaghaft beschrittene Bahn, **zugleich Volkspresse** zu werden, in Zukunft mit klarer Entschlossenheit beschreiten wird.

Es ist die schwierige Doppelaufgabe unserer Presse, „Partei-**presse**“ zu sein und doch auch mit der „**Geschäftspresse**“ in der Gewinnung möglichst großer Leserkreise wenigstens Schritt zu halten. Je mehr eine Presse ausgesprochenen Parteicharakter hat, umso mehr läuft sie Gefahr, auf die weiten Kreise der nicht bewußten Parteileute nicht genug Anziehungskraft zu üben. Auch bei den uns gegnerischen politischen Parteien haben die eigentlichen Parteiblätter nicht selten einen nur geringen Leserkreis. Aber diese Parteien haben den großen Vorteil, daß ihre politischen Interessen auch von der großen Zahl der nicht parteimäßig festgelegten Geschäftsblätter mit verfochten werden. Unsere **Partei-**presse**** jedoch hat aus der Frühzeit der Sozialdemokratie den **Charakter des Vereinsblattes** bis in die neueste Zeit erhalten.

Sie ist mit Stoffen belastet, die nur die Parteigemeinde angehen. Sie ist politisch in allen Rubriken, auch im Lokalen und bis ins Vermischte hinein. Sie ist zuzeiten mit umfassenden Parteiauseinandersetzungen erfüllt, die nur einen Teil der politisch am meisten geweckten Parteigenossen interessieren. Sie ist durch diese Aufgaben so sehr in Anspruch genommen, daß ihr weniger Raum und weniger Aufmerksamkeit für vielerlei andere Lesebedürfnisse bleibt, die das große Publikum hat. Auch in ihrer Stilistik ist unsere Parteipresse noch vielfach auf einen engeren Kreis eingestellt. Man übernimmt sich oft genug an schwierigen Fremdworten und unvolkstümlicher Darstellungsweise. Hier und dort sind unsere parteigenössischen Redakteure allzusehr geneigt, die Arbeiterschaft unter dem Gesichtswinkel des frisch von der Parteschule gekommenen, in der Fülle der Theorien schwelgenden jungen Gelehrten anzusehen. Die naheliegenden Lesebedürfnisse weitester Arbeiterkreise kommen dabei zu kurz. Insbesondere wird auf die **Wünsche der Frauen** nicht genug Rücksicht genommen. Es ist ein oft gehörter Vorwurf, daß die Frauen so schwer für die Presse zu haben sind. Wir müssen uns aber gestehen, daß unsere Presse in der Tat oft genug auf den Entwicklungsstand der einfachen Arbeiterfrau zu wenig Rücksicht nimmt. Es fehlt an Artikeln und kleinen Mitteilungen aus Küche und Hof, aus Hauswirtschaft und Kleidungskunde. Es fehlt an einfachen belehrenden Darstellungen über Kinderpflege und Jugendzucht, über Turnen, Wandern usw. Eine oft übersehene, aber sehr wichtige Angelegenheit wäre ferner der Ausbau des Briefkastens. Unsere Presse braucht mehr Lesestoff für den kleinen Gebrauch des Alltags, mehr Einfaches und Schlichtes aus dem Leben und für das Leben. Auf alle diese Fragen des Zeitungswesens haben wir Parteiredakteure, die wir mit unseren Interessen ganz überwiegend auf die Politik gerichtet sind, bisher allzu wenig Aufmerksamkeit verwendet. Es muß dringend gewarnt werden, die Nichtachtung dieser Dinge auch in Zukunft fortzusetzen. Wenn die Parteipresse mehr und mehr an die Massen gelangen soll, wenn sie gegen die ungeheure Uebermacht der gegnerischen Preßunternehmungen Macht gewinnen will, dann muß sie auch den Tagesbedürfnissen der großen Volksmassen gerecht werden.

Diese Betrachtungen zeigen, daß die Parteipresse nach dem Kriege vor viele schwierige Probleme und Aufgaben gestellt sein wird. Groß wird die Arbeit sein, um das wieder herzustellen, was der Krieg niedergerissen hat. Noch weit größer wird die Arbeit sein, um die neue Aera der Parteipresse einzuleiten, in der sie zur weitverbreiteten wirklichen Volkspresse werden soll. Wenn dereinst die Parteipresse Volkspresse sein wird, wenn sie nicht 1 $\frac{1}{2}$ Millionen Leser, sondern unserer Wählerzahl entsprechend mehr als vier Millionen Leser haben wird, dann wird sie großzügig und erfolgreich am Werden des Sozialismus zu wirken imstande sein. (m)

Der Zweck des Staates ist der, das menschliche Wesen zur positiven Entfaltung und fortschreitenden Entwicklung zu bringen, mit anderen Worten, die menschliche Bestimmung — d. h. die Kultur, deren das Menschengeschlecht fähig ist — zum wirklichen Dasein zu gestalten; er ist die Erziehung und Entwicklung des Menschengeschlechts zur Freiheit.

Dies ist die eigentliche sittliche Natur des Staats, seine wahre und höhere Aufgabe. Sie ist es so sehr, daß sie deshalb seit allen Zeiten durch den Zwang der Dinge selbst von dem Staat, auch ohne seinen Willen seiner Leiter, mehr oder weniger ausgeführt wurde.

Lassalle.

Dr. PAUL LENSCH:

Die Selbstbestimmungsflause.

ES ist eigenartig und für die deutsche Sozialdemokratie nicht gerade rühmlich, wie schnell sich in ihren Reihen irgendwelche kleinbürgerliche Flausen das Bürgerrecht erwerben. So war es mit der gedankenlosen Phrase von der „allgemeinen Abrüstung“, die über Nacht in der Partei sich festsetzte, und genau so auch mit der Flause von dem „Selbstbestimmungsrecht der Völker“. Früher gab es noch viele andere kleinbürgerliche Schrullen des gleichen Kalibers. Das „Recht auf Arbeit“ ist erst vor noch nicht allzu vielen Jahren an seiner eigenen Sinnlosigkeit zugrunde gegangen, das „Recht auf den vollen Arbeitsertrag“ spukt in einigen Köpfen vielleicht heute noch, die „direkte Gesetzgebung durch das Volk“ wurde von Kautsky zu einer Zeit, als er noch nicht an der hoffnungslosen geistigen Arterienverkalkung wie heute litt, in ihrer inneren Unmöglichkeit offengelegt. Heute dagegen ist Kautsky der Sakramentshüter vor allem jener beiden Ideologien von der allgemeinen Abrüstung und vom Selbstbestimmungsrecht der Völker geworden, die er uns so gerne als echten Marxismus aufschwätzen will, und die doch nichts anderes sind als geistige Rückstände der kleinbürgerlichen Demokratie von Anno Tobak. Ueber den Abrüstungsunsinn habe ich mich mit Kautsky schon vor drei Jahren in der „Neuen Zeit“ auseinander gesetzt, wo ich ihm aus seinen eigenen Schriften nachwies, daß er mit seinem Eintreten für die Abrüstung alles verleugne, was er jahrzehntelang in diesem Punkte vertreten habe, ein Nachweis, den Kautsky bis zum heutigen Tage mit keinem Worte hat erschüttern können trotz der vielen Schimpfereien, die er damals gegen mich erhob. Inzwischen hat ja der Krieg viele Köpfe geklärt und die Autorität Kautskys, die zum großen Teil darauf beruht, daß man ihn nicht liest, in weiten Parteilagen aufs tiefste erschüttert. Umsomehr hat der Krieg die andere kleinbürgerliche Phrase, nämlich das Selbstbestimmungsrecht der Völker, in den Vordergrund geschoben.

Bei den Gedanken, die man sich in Parteikreisen über die Kriegsziele macht, spielt die Vorstellung eine große Rolle, daß der Friede auf Grundlage dieses märchenhaften „Selbstbestimmungsrechtes“ geschaffen werden müsse. In den Leitsätzen, die die sozialdemokratische Reichstagsfraktion im August annahm, war es ursprünglich nicht enthalten, und zwar mit Vorbedacht nicht. Wenn es schließlich doch hinein kam, so nur aus einer gewissen Rücksicht auf traditionelle Vorstellungen. Bei jenen Debatten wurde dem Genossen David ein besonderes Verbrechen daraus gemacht, daß er diese „alte demokratische, von der Sozialdemokratie stets unverbrüchlich hochgehaltene“ Forderung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker schnöde preisgegeben habe, worauf ich meinerseits, ohne Widerspruch zu finden, in der Fraktion erklärte, die Selbstbestimmungsflause habe mit der Sozialdemokratie nicht das geringste zu tun; sie finde sich in der klassischen Literatur unserer Partei und unserer großen Meister überhaupt nicht vor, sie sei ein Ueberbleibsel der kleinbürgerlichen Demokratie von 1848 und später und stehe mit den internationalen Interessen der Arbeiterklasse vielfach im schroffsten Widerspruch.

Wenn ich damals in der Fraktion auf keinen Widerspruch stieß, so lag dies zum großen Teil auch daran, daß ich in der Lage war, die Stellungnahme von Marx und Engels in der Frage des Selbstbestimmungsrechtes der Völker gleich an Ort und Stelle mit entsprechenden Zitaten zu belegen. So schrieb beispielsweise Engels in der „Neuen Rheinischen Zeitung“ am 14. Februar 1849 über den demokratischen Panslawismus:

„Das Wort „Freiheit“ ersetzt alles. Von der Wirklichkeit ist überhaupt keine Rede, oder soweit sie in Betracht kommt, wird sie als etwas absolut Verwerfliches, von „Despotenkongressen“ oder „Diplomaten“ willkürlich Hergestelltes geschildert! Dieser schlechten Wirklichkeit gegenüber tritt der angebliche Volkswille mit seinem kategorischen Imperativ, mit der absoluten Forderung der Freiheit schlechtweg.

Wir haben es gesehen, wer der Stärkere war. Der angebliche Volkswille ist gerade dadurch, daß er sich auf eine so phantastische Abstraktion von den wirklich vorliegenden Verhältnissen einließ, so schmähsch düpiert worden.“

Dieser letzte Satz steht wie eine große Warnungstafel vor der deutschen Sozialdemokratie, gerade in ihrer jetzigen Situation. Es wird sich zeigen, ob auch sie sich wieder durch so phantastische Abstraktionen von der Wirklichkeit, wie es die Selbstbestimmungsflause ist, schmäählich wird düpieren lassen.

Engels macht dann eine allgemeine Bemerkung:

„Wir bemerken übrigens, daß die Theorie der allgemeinen Völkerverbrüderung, die ohne Rücksicht auf die historische Stellung, auf die gesellschaftliche Entwicklungsstufe der einzelnen Völker weiter nichts will, als **verbrüdern ins Blaue hinein**, von den Redakteuren der „Neuen Rheinischen Zeitung“ schon lange vor der Revolution bekämpft worden ist, und zwar damals gegen ihre besten Freunde, die englischen und französischen Demokraten.“

Die Redensarten Bakunins über die greuliche Vergewaltigung der Südslawen durch Ungarn und Deutsche fertigt Engels in längeren Ausführungen ab, von denen wir nur folgendes hierher setzen wollen:

„Und endlich, welches „Verbrechen“, welche fluchwürdige Politik, daß die Deutschen und Magyaren zu der Zeit, als überhaupt in Europa die großen Monarchien eine „historische Notwendigkeit“ wurden, alle diese kleinen, verküppelnden, ohnmächtigen Natiöchen zu einem großen Reich zusammenschlugen, und sie dadurch befähigten, an einer geschichtlichen Entwicklung teilzunehmen, der sie sich überlassen, gänzlich fremd geblieben wären! Freilich, dergleichen läßt sich nicht durchsetzen, ohne manch sanftes Nationenblümlein gewaltsam zu zerknicken. Aber ohne Gewalt und ohne eherne Rücksichtslosigkeit wird nichts durchgesetzt in der Geschichte, und hätten Alexander, Cäsar und Napoleon dieselbe Rührungsfähigkeit besessen, an die jetzt der Panslawismus zugunsten seiner verkommenen Klienten appelliert, was wäre da aus der Geschichte geworden! Und sind die Perser, Kelten und christlichen Germanen nicht die Tschechen, Oguliner und Sereschaner wert?“

So sieht das „Selbstbestimmungsrecht der Völker“ bei Marx und Engels aus! Ich empfehle beide den sozialistischen Analphabeten der Vorwärtsredaktion zu geneigter Entrüstung. Und dabei kann man nicht einmal sagen, daß Marx oder Engels in diesem Punkte ihre Ansichten jemals geändert hätten. Dazu waren sie viel zu sehr das logische Ergebnis ihrer gesamten Weltanschauung.

In der Tat ist die Selbstbestimmungsflause dem Sozialismus wesensfremd, sie entstammt einer ganz anderen, der sozialistischen Auffassung diametral gegenüberstehenden Staatsauffassung. Der Sozialist erblickt in der Nation und der Gesellschaft einen lebendigen sozialen Organismus, der seinen eigenen gesellschaftlichen Gesetzen folgt und bei dem das Wohl des Ganzen unbedingt und jederzeit dem Wohle des einzelnen vorangeht, und das nicht etwa als sittliches Gesetz, sondern als geschichtliche Tatsache. Die Einsicht von der totalen Abhängigkeit des einzelnen von der Gesamtheit, die Erkenntnis, daß im Leben der Nationen und Staaten nicht individuelle Wünsche und Bedürfnisse, sondern soziale Entwicklungsgesetze maßgebend sind, die es zu erkennen gilt und die, solange sie unerkannt und unbefolgt sind, sich mit der zerstörenden Zwangsgewalt von Naturkräften durchsetzen, diese Erkenntnis ist eine spezifische Errungenschaft des Sozialismus, und gerade in ihr kommt die historische Ueberlegenheit der sozialistischen vor der individualistischen Auffassung zum Ausdruck, die ihrerseits die Gesellschaftsauffassung des Bürgertums, d. h. des Liberalismus ist. Scheinbar kehrt der Sozialismus damit zum Mittelalter zurück; denn auch ihm war der Staat im Grunde immer eine lebendige Körperschaft, ein Organismus gewesen: der einzelne Bürger, das Individuum erschien im Staate nicht als eine für sich stehende Potenz von immer derselben Art und Konstruktion, sondern als ein je nach der Aufgabe, die er zu erfüllen hatte, in sehr verschiedener Weise in Anspruch genommenes und ausgestaltetes dienendes Glied der Gesellschaft. Jedermann, so führt Lamprecht einmal aus, hatte bis zu einem gewissen Grade zum Staate Beamtenstellung. Diese Auffassung wurde mit dem Aufkommen des modernen Bürgertums in ihren vollen dialektischen Gegensatz umgestülpt. Mit

der geistigen Befreiung der Individuen im 16. und 17. Jahrhundert machte die organische Auffassung von der Gesellschaft einen mechanischen Platz. Der neuen Klasse erschien jede Einzelperson als etwas für sich Stehendes, mit dem Recht auf ein eigenes, für sich bleibendes Dasein. Der Staat galt als eine ungegliederte Anhäufung von Individuen, die vor Urzeiten einmal zusammengetreten seien und durch Urvertrag ganz mechanisch den Staat geschaffen hätten — gewissermaßen einen staatlichen Verein kontraktlich gebundener Einzelmenschen — unter der Bedingung einer möglichst geringen Beschränkung ihrer individuellen Freiheit. Diese Auffassung kam naturgemäß dort am klarsten zum Ausdruck, wo die bürgerliche Klasse am frühesten und unbeschränktesten zur Herrschaft kam, vor allem also in England, wo sie im Grunde heute noch gilt, sowie in Frankreich. Sie bildete ein wesentliches Hilfsmittel für die Ideologie der Einzelpersönlichkeit, und ihre Philosophie begann mit **Leibniz**, dessen tür- und fensterlosen Monaden nur die philosophischen Abbilder der für sich alleinstehenden Individuen seiner Zeit sind, und endete mit **Nietzsche**, dessen Uebermensch den Individualismus auf den Gipfel hob und damit zur Auflösung brachte. Sie war die Philosophie des Kapitalismus. Sie wurde gleichzeitig aber auch die Philosophie des Liberalismus und der Demokratie. Und es lag in der Tat nahe genug, aus ihr demokratische Konsequenzen zu ziehen. Wenn es richtig war, daß der Staat durch einen Vertrag entstanden, so mußte es auch die Möglichkeit geben, diesen Vertrag wieder zu lösen und aus dem Staate, dem man angehörte, auszutreten. Das mechanische Hilfsmittel dazu bot das allgemeine Stimmrecht. In der Zeit nun, wo auf dem Kontinent die nationalen Probleme ins Rollen kamen, also mit und nach der großen französischen Revolution, übertrug man diese mechanische Auffassung vom Staats- und Völkerleben auch auf die Fragen der nationalen Bildungen und glaubte in ihnen für diese oft äußerst schwierigen Verhältnisse eine ebenso einfache wie gerechte und demokratische Lösung gefunden zu haben: die Menschen sind frei, sind mündig, sind gebildet; sie sollen selber mit dem Stimmzettel in der Hand entscheiden, ob sie zu diesem oder jenem Staat gehören oder sich als selbständige Nation

auftun wollen. Die Theorie vom „Selbstbestimmungsrecht der Völker“ war fertig.

Ihre praktischen Triumphe feierte diese Theorie im 19. Jahrhundert, aber bezeichnenderweise waren es die ärgsten Gegner der Demokratie, die sich zu ihrer Anwendung bereit finden ließen. Napoleon III. ließ nach dem italienischen Kriege 1859 in Savoyen und Nizza eine Abstimmung vornehmen, ob diese Provinzen zukünftig zu Frankreich gehören wollten oder nicht. Es war natürlich eine lächerliche Farce, und die Demokraten, die dieser Farce damals begeistert zustimmten als einem Siege des „Volkswillens“, erwiesen sich nur als ausgemachte Dummköpfe, auf die wörtlich das oben wiedergegebene Zitat von Engels paßt: Der angebliche Volkswille ist gerade dadurch, daß er sich auf eine so phantastische Abstraktion von den wirklich vorliegenden Verhältnissen einließ, so schmähsch düpiert worden. Der Genosse **Bernstein** hatte vor Jahren in seinem Nachwort zu der Geschichte der französischen Revolution von Héritier noch Geschmack genug besessen, diese napoleonische Harlekinade kurz und ironisch abzutun. Heute hat er es fertig bekommen, sie als eine „ernste Sache“ zu preisen. Die Sache von 1859 klappte für den Absolutismus so gut, daß selbst Bismarck anfangs bereit war, sie in den eroberten Provinzen nach dem dänischen Kriege zu wiederholen. **So sah das Selbstbestimmungsrecht der Völker in der Praxis aus.**

In einen radikalen Gegensatz zu der individualistischen Gesellschaftsauffassung der Bourgeoisie trat nun die sozialistische Auffassung des Proletariats. Sie war genau so das dialektische Widerspiel jener, wie im 16. und 17. Jahrhundert die Staatsauffassung der neuen bürgerlichen Welt das Widerspiel der mittelalterlichen Auffassung gewesen war. An die Stelle der alten organischen Auffassung von Staat und Gesellschaft trat damals die neue mechanische, und jetzt drängt sich an Stelle der alten mechanischen Auffassung die neue organische. Der dialektische Entwicklungsprozeß der Geschichte tritt hier handgreiflich zutage. Nicht um einen Rückfall oder eine Wiederholung, sondern um eine Erneuerung auf gewaltig erweiterter Stufenleiter handelt es sich. Die Entwicklung der Einzelpersönlichkeit, die in den ver-

flossenen vier Jahrhunderten vor sich ging, bedeutet einen unschätzbaren und unverlierbaren Gewinn geistigen Reichtums und menschlicher Fähigkeiten.

Höchstes Glück der Menschenkinder
Bleibt doch die Persönlichkeit.

Mit diesen Worten Goethes ist die unendliche Bedeutung dieser individualistischen Entwicklungsepoche der Kulturmenschheit klar zum Ausdruck gebracht; und eine kommende sozialistische wird sie nicht etwa verkümmern lassen, sondern im Gegenteil in der Herausarbeitung voll entwickelter Einzelmenschen ein wesentliches Moment ihrer Ueberlegenheit über die primitiv sozialistischen Verhältnisse des Mittelalters erblicken. Es kann sich nur um eine Vereinigung des Individualismus der Fähigkeiten und des Sozialismus des Bewußtseins handeln: allseitig entwickelte Menschen tätig im Interesse und im Geiste der Gesamtheit.

Für die individualistische Weltanschauung konnte es eine Gesellschaftswissenschaft nicht geben, schon deshalb nicht, weil es keine Gesellschaft, sondern nur eine Masse von Individuen gab. Selbstredend hinderte das nicht, daß die geheimnisvollen Massenerscheinungen und Bedürfnisse der Volkswirtschaft schon früh die ökonomischen Theoretiker der Bourgeoisie, besonders in England, beschäftigten. Aber gerade sie und ihre Schriften sind der beste Beweis dafür, daß es für sie keinen gesellschaftlichen Organismus, sondern nur Einzelpersonen gab, und den Staat möglichst von jedem Eingriff in das freie Spiel der Kräfte fernzuhalten bildete den Kernpunkt ihres Strebens. Daher spielte auch in ihrer Geschichtsauffassung der Einzelmensch, der „große Mann“ — Männer machen die Geschichte, sagt Treitschke — und damit der Zufall eine große Rolle. Von einer Gesetzmäßigkeit geschichtlichen Werdens war noch keine Spur, höchstens daß man einen geheimnisvollen „göttlichen Ratschluß“ in ihm zu entdecken versuchte. Dieser ganzen Auffassung trat der Sozialismus schon mit der Theorie vom Klassenkampf schroff entgegen. Gesellschaftliche Kräfte waren es, die in der Geschichte sich durchsetzten, und es kam darauf an, diese Kräfte und die Gesetze ihrer Bewegung zu studieren. Eine ganz andere Auffassung von

Staat und Volk brach sich Bahn; nichts mehr von der Entstehung des Staates durch Vertrag der Einzelmenschen, der Zufall wurde aus der Geschichte verbannt, die „großen Männer“ verschwanden und mit ihnen die Anbetung des Individuums. Hatte man bisher die Abhängigkeit der Masse von der Einzelpersonlichkeit gepredigt — der Großunternehmer, der als „Arbeitgeber“ den Tausenden „seiner“ Arbeiter Beschäftigung „gibt“ — so vertrat jetzt umgekehrt der Sozialismus die Abhängigkeit des einzelnen von der Gesamtheit. In der materialistischen Geschichtsauffassung brach sich die Erkenntnis Bahn, daß in der historischen Entwicklung wie in den gesellschaftlichen Zusammenhängen Gesetze herrschen, die sich nicht ungestraft vernachlässigen lassen; man erkannte in dem Elend von heute die Vorbedingung für die Freiheit von morgen, und weit davon entfernt, gegen die moralische Unvernunft der Kriege zu wettern, suchte der Sozialismus im Gegenteil ihre historische Vernunft zu erkennen. Die Auffassung von der Gesellschaft als einem lebendigen Organismus und damit auch die Wissenschaft von der Gesellschaft, die Sozialwissenschaft, war geboren.

Es war klar, daß es in dieser sozialistischen Gesellschaftsauffassung keinen Raum mehr gab für das naive „Selbstbestimmungsrecht der Völker“, aber ebenso klar war es auch, daß man es nicht leicht preisgab; denn mit der zerschlissenen Garderobe versunkener, vorsozialistischer Zeiten die eigene geistige Blöße zu decken, war seit langem Brauch in einigen Partei-kreisen. Die sentimental, demokratisch aufgeputzten Sabbeleyen einer kleinstädtischen Welt ließen sich gar zu bequem für eine mehr auf demagogische Erfolge als politische Erkenntnis gerichtete Agitation verwenden, und wenig ließ man es sich verschlagen, daß man damit in die sozialistische Gedankenwelt Bestandteile aus einer ihr historisch vorangegangenen und im dialektisch schärfsten Gegensatz zu ihr stehenden Geistesepoche hineintrug. So konnte es denn geschehen, daß selbst der Vorsitzende der deutschen Sozialdemokratie, Genosse Haase, die Spießbürgeridylle vom Selbstbestimmungsrecht der Völker als einen der ältesten und heiligsten Grundsätze des — Sozialismus hinstellte!

So viel zu diesem Thema in historischer und theoretischer Hinsicht. Wie aber denkt man sich seine Durchführung praktisch? Das Völkerwirrsal auf dem Balkan und die Notwendigkeit, dort Entscheidungen von großer Tragweite zu fällen, gäbe den Wortführern der Selbstbestimmungsflause die schönste Gelegenheit zu zeigen, wie sie sich die Sache praktisch denken. Dort sind Nationalitäten und Völkertrümmer hoffnungslos durcheinander gewirbelt. Auf dem klassischen Boden von Attika, also in nächster Nähe der historischen Stätten von Dekeleia und Marathon, am Kap Sunium und an der Stätte der alten Kohlenbrenner von Acharnä, auf dem platten Lande also, wohnen nicht Griechen, sondern Albanesen. Die Volksgrenzen zwischen Rumänen, Bulgaren, Serben, Griechen, Albanesen sind zum größten Teil überhaupt nicht zu ziehen, alles quirlt wirr durcheinander. Dazu kommen die sehr tief wirkenden religiösen, weil kulturellen Gegensätze zwischen den römischen Katholiken, den griechischen Orthodoxen und den Mohammedanern, von Juden gar nicht zu reden. Wie will man da mit dem Stimmrecht — die Leute sind natürlich zu drei Vierteln Analphabeten — irgendeine Entscheidung fällen? Nein, auch hier kann es sich nur darum handeln, der wirtschaftlichen Entwicklung eine Gasse zu brechen, und die Existenzbedingungen der großen Kulturnationen, die bisher die Träger des geschichtlichen Fortschrittes waren, nicht verkrüppeln zu lassen zugunsten irgendwelcher „sanften Nationenblümlein“, wie Engels sie nennt, die sich als willenslose Handlanger des Zarismus und der Reaktion gebrauchen ließen. In dieser Hinsicht sind die Serben geradezu ein Musterbeispiel. Auf dem Balkan handelt es sich, wie ich an anderer Stelle ausführlich auseinandergesetzt habe, um die Frage, ob Zentraleuropa endlich von der jahrhundertelangen Verstopfung seiner natürlichen Verkehrswege nach dem Südosten befreit werden soll, oder ob es durch russisches Vordrängen für alle Zeiten davon abgedrängt und seiner geographisch vorgeschriebenen Lebensbedingungen beraubt werden soll. Die wirtschaftliche Versumpfung und damit auch die politische Stagnation Oesterreich-Ungarns, dieser nach Südosten gerichteten Hälfte Zentraleuropas, deren ökonomisches Zurückbleiben in einem so krassen Gegen-

satz zu dem Aufsteigen des Deutschen Reiches steht, jener anderen nach Nordwesten gerichteten Hälfte Zentraleuropas, sie hat ihre wichtigsten Ursachen eben in jener Abschnürung ihrer natürlichen Verkehrswege. Es stehen also erheblich größere Fragen auf dem Spiele, als diese, daß vielleicht manch sanftes Nationenblümlein auf dem Balkan gewaltsam zerknickt werden könnte.

Und gerade die Sozialdemokratie als Vertreterin der Arbeiterklasse ist eine ausgemachte Gegnerin der Kantönlivirtschaft, auf wirtschaftlichem wie auf weltpolitischem Gebiete. Sie kann bei Errichtung oder künstlicher Erhaltung nationalpolitischer Parzellenstaaten, durch die nicht der Zugwind der Geschichte weht, niemals hoffen, die Entwicklung der Volkswirtschaft und damit der Arbeiterklasse so kräftig gefördert zu sehen, daß aus ihr eine lebensfähige Arbeiterklassenbewegung und damit das nationale und kulturelle Aufsteigen der unteren Klassen sich ergibt. Diese Zusammenhänge, mit deren kurzer Andeutung ich mich an dieser Stelle begnügen muß, habe ich in meiner Kriegsbroschüre des näheren auseinandergesetzt. Die Gegensätzlichkeit zwischen den speziellen Klasseninteressen, die die Sozialdemokratie vertritt, und der kleinbürgerlichen Ideologie, die der Selbstbestimmungsflause zugrunde liegt, tritt gerade hier deutlich zutage.

In diesem Kriege hat das „Selbstbestimmungsrecht der Völker“ bisher nur den einen praktischen Zweck gehabt, nämlich: die Eroberungsgelüste der französischen Regierungssozialisten zu maskieren. Sie wollen Elsaß-Lothringen erobern, das sie als französisches Land ansehen und von dem sie seltsamerweise die feste Ueberzeugung haben, daß die Mehrheit der Bevölkerung für Frankreich optieren würde. In dieser Ueberzeugung wollen sie den Anheimfall des Landes an die zarentreue französische Bourgeoisrepublik von einer Abstimmung der Bevölkerung abhängig machen. Das Ganze ist natürlich nur ein Versuch der französischen Sozialisten, aus einer verlegenen Situation herauszukommen. Denn würden sie so offen, wie es die deutsche Sozialdemokratie getan hat, gegen jede Eroberungen auftreten, so wäre es mit ihrem Einfluß mit einem Schlage aus; der nationalistische Mob würde sie erschlagen. Offen aber für Eroberungs-

politik eintreten geht wirklich nicht an für eine Partei, die der deutschen Sozialdemokratie schon daraus einen Strick zu drehen sucht, daß sie in der Stunde der Gefahr nicht den deutschen Boden den Kosaken, Kongonegern, Marokkanern und Indern kampfflos preisgegeben hat. Aus dieser Verlegenheit sich zu befreien, bildet die Selbstbestimmungsflause ein prächtiges Mittel. Man wahrt den Schein und glaubt doch des Erfolges gewiß zu sein. Im Grunde handeln also die französischen Regierungssozialisten genau so, wie im Jahre 1859 Napoleon III., der ebenfalls das „Selbstbestimmungsrecht der Völker“ nur benutzte, um sich aus einer höchst peinlichen Situation zu befreien, was in dem schon erwähnten Nachwort Bernsteins in Héritiers Buch sehr anmutig und amüsan nachzulesen ist.

Mit Hilfe des Stimmzettels das Selbstbestimmungsrecht der Völker durchführen zu wollen, heißt überhaupt das allgemeine Stimmrecht schematisch auf ein Gebiet übertragen, für das es nicht geeignet ist. Dieses Wahlrecht hat für die Sozialdemokratie von jeher hauptsächlich die Bedeutung eines agitatorischen Hilfsmittels und zugleich eines Prüfsteins dafür gehabt, wie weit in einer bestimmten Gesellschaft die sozialen Gegensätze gediehen und die Klassen sich über ihre Interessen klar geworden sind. Jeder Wahlausfall gab uns nur Anlaß zu neuer Arbeit, um bei den nächsten Wahlen das alte Wahlergebnis umzustößen und es durch ein anderes, uns günstigeres zu ersetzen. Kurzum, das allgemeine Wahlrecht war nur dann brauchbar, wenn die Wahlergebnisse nur eine provisorische, auf drei oder fünf Jahre beschränkte, niemals aber eine endgültige Geltung hatten. Wenn die Abstimmungsergebnisse der ersten allgemeinen Reichstagswahlen von 1871 für alle Ewigkeit hätten in Geltung bleiben sollen, dann hätte sich die Sozialdemokratie für ein derartiges Wahlrecht ganz entschieden bedankt. Gilt dies schon für Parlamentswahlen, so erst recht bei Wahlen, die über die Zugehörigkeit eines ganzen Volkes oder Volksteiles definitiv entscheiden sollen. Solchen doktrinären Forderungen liegt die falsche Anschauung zugrunde, als seien die Volksmassen allenthalben und in jedem Augenblick über ihre wahren Interessen, über die nationalen, militärischen, wirtschaftlichen, kulturellen Verhältnisse

der Länder, zwischen denen sie wählen sollen, vollkommen un-
 terichtet und daher imstande, ihre Interessen sachgemäß wahr-
 zunehmen. Die Sozialdemokratie hat diese Illusion nie gehabt,
 sonst hätte sie sich ihre bisherigen Wahlagitationen sparen kön-
 nen. Für sie kann unter kapitalistischen Verhältnissen, wo es
 herrschende und unterdrückte Klassen gibt, und wo die unter-
 drückten Klassen sich oft genug als Stimmvieh im Interesse der
 herrschenden mißbrauchen lassen, von Volksabstimmungen nur
 dann die Rede sein, wenn die Gültigkeit ihres Ergebnisses von
 begrenzter Dauer ist und eine stets erneute Wiederholung von
 vornherein feststeht.

Heute würde eine Losreißung Elsaß-Lothringens vom Deut-
 schen Reich nicht etwa bloß heißen, daß die Elsässer und Loth-
 ringer wieder französisch würden, sondern daß französische
 Festungen und Geschütze das ganze obere Rheintal von Basel
 bis Karlsruhe bedrohen und damit eine wesentliche militärische
 Verschlechterung unserer Grenzen herbeiführen würden, die wir
 dann mit dem Blute unserer Brüder erst wieder wett zu machen
 hätten. Solange die Kanonen noch die Herolde des Völker-
 rechts sind, so lange ist die Frage, wem Elsaß-Lothringen zu-
 gehören soll, keineswegs bloß eine Sache der Elsässer und
 Lothringer, sondern des gesamten deutschen Volkes, dessen Le-
 bensinteressen dadurch aufs tiefste in Mitleidenschaft gezogen
 werden. Die sozialdemokratische Fraktion des deutschen Reichs-
 tages hat daher vollkommen recht gehandelt, als sie in ihren
 Leitsätzen vom August in der elsäß-lothringischen Frage die
 Selbstbestimmungsflause vollkommen ausschalt.

„Zwischen einem sozialistischen Frankreich und einem sozia-
 listischen Deutschland kann keine elsäß-lothringische Frage auf-
 kommen. Der Fall ist im Handumdrehen erledigt.“ So schrieb
 Friedrich Engels 1891 und erklärte dabei den elsäß-lothringischen
 Patrioten, daß sie sich wohl so lange gedulden könnten, bis
 auch dem Proletariat die Stunde der Befreiung schlage. Das
 scheint in der Tat auch uns der richtige Augenblick zu sein, um
 über das „Selbstbestimmungsrecht der Völker“ ernsthaft reden
 zu können.

(m)

KONRAD HAENISCH:

Arbeiterinteressen und Kriegsergebnis.

DIE politische Tat des 4. August und die folgerichtig aus ihr erwachsene Kriegspolitik der deutschen Sozialdemokratie ist nichts anderes als der getreue Ausdruck der politischen und wirtschaftlichen Interessen der deutschen Arbeiterklasse. Wie sehr das insbesondere von ihren politischen Interessen gilt, das haben David, Lensch und andere in ihren Kriegsbüchern eingehend begründet. Es versteht sich, daß bei der innigen Verflechtung der wirtschaftlichen mit den politischen Arbeiterinteressen in diesen Büchern auch immer wieder hervorgehoben wird, wie wichtig für das deutsche Proletariat auch wirtschaftlich der Sieg der Zentralmächte ist. Doch waren das naturgemäß immer nur mehr oder minder gelegentliche Bemerkungen. Es fehlte bisher ein Werk, das in systematischer Weise den Zusammenhang zwischen wirtschaftlichen Arbeiterinteressen und Kriegsergebnis untersucht hätte. Jetzt liegt ein solches Werk vor. Wie das bekannte Thimme-Legiensche „Zwanzig-Männer-Buch“ ist auch die vorliegende Arbeit ein **Sammelwerk**: sechzehn hervorragende Führer der deutschen Gewerkschaftsbewegung haben sich hier zusammengefunden, um an der Hand eines überaus reichen Tatsachenmaterials den Nachweis zu führen, daß die Politik des 4. August und nur sie allein den gegenwärtigen und zukünftigen Wirtschaftsinteressen der deutschen Arbeiterklasse entspricht.

Es ist im Rahmen dieser kurzen Buchanzeige selbstverständlich unmöglich, die Fülle des Wissenswerten und Anregenden, die das Buch der Sechzehn bietet, auch nur annähernd auszuschöpfen. Ein paar ganz knappe Andeutungen müssen genügen.

Schon die Namen der Mitarbeiter bieten Gewähr dafür, daß sie die ihnen gestellte Aufgabe mit Sachkunde und Gründlichkeit gelöst haben. Wenn Otto Hue über die Interessen spricht,

die für die Arbeiterschaft im deutschen Bergbau und Hüttenwesen mit dem Ausgang des Krieges verknüpft sind, wenn August Winnig vom Standpunkt der Bauarbeiter aus das gleiche Thema behandelt, Schneider vom Standpunkte der Arbeiter in der chemischen Industrie aus, so bürden diese Autoren ebenso sehr für die Beherrschung ihrer Gebiete wie Emil Kloth der gegebene Mann für die Beleuchtung des Gegenstandes vom Standpunkt der Arbeiter des graphischen Gewerbes aus ist und Krätzig der berufene Wortführer der Sache der Textilarbeiter. Für Staudinger (Steinarbeiter), Müller (Transportarbeiter), Kayser (Holzarbeiter), Blum (Lederarbeiter), Scherm (Metallarbeiter), Stühmer (Bekleidungsindustrie), Weidler (Nahrungsmittelindustrie) und Girbig (Keramindustrie) gilt das gleiche. Zwei Aufsätze allgemeinerer Natur haben Robert Schmidt und Rudolf Wissell beigeleitet, während der Herausgeber, Genosse Wilhelm Jansson, ein sehr lesenswertes Nachwort: „Gewerkschaftliche Randbemerkungen zum kommenden Frieden“ geschrieben hat.

Die großen Leitgedanken, die sich durch alle sechzehn Arbeiten hindurchziehen, lassen sich wie folgt zusammenfassen: So gewaltig die Klassengegensätze auch sind, die, wie in allen anderen Ländern so auch in Deutschland, Arbeiterschaft und Unternehmertum vor dem Kriege voneinander getrennt haben und nach dem Kriege wieder voneinander trennen werden, so haben doch beide heute gemeinsam das höchste Interesse am **Sieg der Zentralmächte**. Gemeinsam, ja der Arbeiter vielleicht in noch höherem Maße als der Besizende, mußten und müssen beide den lebhaftesten Wunsch haben, die Schrecken einer feindlichen Invasion von Deutschland fernzuhalten. Gemeinsam muß ihnen ferner das Bestreben sein, die Zufuhr von Rohstoffen nach Deutschland sowie den Absatz der deutschen Industrieprodukte im Auslande für die Zukunft unter allen Umständen zu sichern. Weiter hat die Arbeiterklasse mindestens ebenso sehr wie alle übrigen Bevölkerungsschichten ein Lebensinteresse daran, daß die Nahrungsmittelzufuhr nach Deutschland für alle Zukunft unabhängig gemacht wird von der Willkür Englands. Gerade der Krieg sollte diese Notwendigkeit auch dem Blödesten bewiesen haben! Diese drei Momente: Nahrungsmittelzufuhr, Rohstoffver-

sorgung und Exportmöglichkeit für die Industrie aber weisen Deutschlands Politik gebieterisch den Weg. **Es ist der Weg der Erschließung des nahen Orients.** Den an Agrarprodukten so reichen und für Industrieprodukte so aufnahmefähigen Balkan und Kleinasien aufs innigste mit dem Wirtschaftsleben der Zentralmächte zu vereinigen, die wirtschaftlichen Interessen Deutschlands, Oesterreich-Ungarns, der Balkanländer und der Türkei zu einem unlöslichen Ganzen zu verknüpfen: **darauf muß in der gegebenen historischen Situation die Weltpolitik der deutschen Arbeiterklasse gerichtet sein.** So hat recht eigentlich erst in seiner jüngsten Phase dieser Weltkrieg seinen großen geschichtlichen Sinn bekommen. Nur eine in diesem Sinne orientierte proletarische Weltpolitik ist marxistisch, alles andere ist sentimentale Ideologie. Mögen auch die Wortführer dieser sentimental Ideologie noch so fest daran glauben, daß sie allein die Gralshüter des echten und wahren Marxismus sind!

Uebersaus wertvolle Bausteine zur Grundlegung dieser kommenden Weltpolitik des deutschen Proletariats bietet das vorliegende Buch. Es ist für jeden Politiker und keineswegs etwa nur für sozialdemokratische Politiker als Werk der Belehrung ebenso unentbehrlich wie als Nachschlagewerk. Kein künftiger Geschichtsschreiber des Weltkrieges und kein Geschichtsschreiber der deutschen Arbeiterbewegung wird an ihm vorübergehen können. Wie auf das Buch der „Zwanzig“, so wird auch auf dieses Buch der „Sechzehn“ in allen kommenden Auseinandersetzungen der Partei und der Gewerkschaften immer aufs neue wieder zurückgegriffen werden müssen. So wird es für alle Zeiten einen hochbedeutsamen Platz in der Kriegsliteratur unserer Tage behaupten.

Erschienen ist das 167 Seiten starke Buch in dem rührigen Verlag der Internationalen Korrespondenz (A. Baumeister) in Berlin-Karlshorst. Es kostet kartoniert 2 Mark, gebunden 3 Mark. Die Organisationen erhalten es zu einem bedeutend ermäßigten Preis.

(m)

KARL BLASENBREI:

Gewerkschaftlicher Burgfrieden nach dem Kriege.

Vorbemerkung der Redaktion: Ueber das Thema des gewerkschaftlichen Burgfriedens nach dem Kriege veröffentlichten wir schon in Nr. 7 der „GLOCKE“ eine Arbeit aus der Feder des Genossen Karl Severing. Der Gegenstand erscheint uns aber wichtig genug, um auch noch weitere Erörterungen zu rechtfertigen. Wir veröffentlichen deshalb auch noch den nachstehenden Artikel, der etwa gleichzeitig mit dem des Genossen Severing geschrieben wurde, ohne daß der eine Autor von der Arbeit des anderen etwas wußte.

MIT der Zukunft der Gewerkschaften und mit den Ausichten für die organisierte Arbeiterschaft nach dem Kriege befassen sich allerlei Broschüren und auch Aufsätze, die seit einiger Zeit in den für derartige Veröffentlichungen hauptsächlich in Frage kommenden Zeitschriften zum Abdruck kommen. Die Stellungnahme zu den Fragen, ob sich nach dem Kriege die Entwicklung der Gewerkschaften besser gestalten, ob die politische Entrechtung der Arbeiterschaft aufhören und deren Gleichberechtigung und die vorurteilslose Anerkennung ihrer sozialen Einrichtungen eintreten oder ob auch in Zukunft in allen die Arbeiterschaft interessierenden Fragen der gleiche reaktionäre Kurs gesteuert werden wird wie noch kurz vor Ausbruch des Krieges — die Stellungnahme zu allen diesen Fragen hängt natürlich mehr oder weniger von den persönlichen Anschauungen der Verfasser ab. Dabei kommen die theoretischen Löser der sozialen Zukunftsfragen von einem Extrem ins andere. Während der eine pessimistisch vor allzu großen Hoffnungen auf Erleichterung der gewerkschaftlichen Arbeit warnt, glaubt ein anderer in seinem Optimismus, daß für die Arbeiterschaft nach Friedensschluß rosige Zeiten anbrechen werden. Ein dritter wieder erwartet alles Heil von dem Umschwung der öffentlichen Meinung, der in diesem oder jenem Ministerwort oder in Aeußerungen noch höherer Kreise bereits jetzt zum Ausdruck gebracht worden sein soll.

So anerkennenswert es nun ist, sich mit diesen Fragen zu befassen, so unzweckmäßig ist in der gegenwärtigen Zeit eine

solche Hin- und Herraterie, ein solches Prophezeien oder Erwecken falscher Hoffnungen, denen ja gewöhnlich um so schmerzlichere Enttäuschungen folgen.

Betrachten wir, um eine Grundlage für die Arbeit der Zukunft zu gewinnen, die gegenwärtige Lage lieber mit nüchternem Blick-

Auf dem 9. deutschen Gewerkschaftskongreß im vergangenen Jahre in München gab der Leiter der Sozialpolitischen Abteilung der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, Robert Schmidt, in einem eingehenden Vortrag eine Schilderung der politischen und sozialen Zustände und der industriellen Verhältnisse des deutschen Wirtschaftslebens, die zeigte, wie sehr sich weite Kreise bemühten, einer weiteren günstigen Entwicklung der Gewerkschaften Hindernisse zu bereiten. Schmidt führte dabei u. a. aus: „Der Unternehmertheoretiker Professor Hans Delbrück erklärte die Gewerkschaften als eine schwere Gefahr für den Industrialismus, weil sie die Löhne steigern. Aber es ist für die Unternehmer gut, daß die Stärke der Gewerkschaften durch ihre konfessionelle und politische Zersplitterung geschwächt ist. Das ist richtig und das muß eine Mahnung sein, hinstreben auf eine Verständigung mit den anderen Gewerkschaften, um bei wichtigen Kämpfen gemeinsam vorzugehen. Damit würden die Hoffnungen unserer Gegner zuschanden werden, wenn es gelänge, eine solche Verständigung für gewisse große Aktionen herbeizuführen.“

Die diesen Ausführungen folgende allseitige Zustimmung der Kongreßteilnehmer war wohl nicht nur ein Beweis dafür, daß sie mit den vorgetragenen Gedanken einverstanden waren, sondern auch dafür, daß sich die einzelnen Gewerkschaften oder deren Leiter auch mit der Zweckmäßigkeit einer solchen Verständigung mehr oder weniger schon befaßt hatten. Und wenn nun solche Ideen einmal in der Arbeiterbewegung Wurzel geschlagen, was liegt da näher, als deren Weiterentwicklung zu fördern und sie zur Tatsache werden zu lassen, umso mehr als die Verhältnisse, die zu solcher Erkenntnis geführt haben, für die Arbeiterschaft sich nicht zum Bessern, sondern eher zum Schlimmeren gewendet haben und auch noch wenden werden. Für diese Behauptung haben die Gegner aller Arbeiterkoalition,

die in den Unternehmerverbänden und verschiedenen Parteiklüngeln vereinigten wirtschaftspolitischen Scharfmacher, den untrüglichen Beweis geliefert in einer Zeit, die von einem großen Teil des deutschen Volkes an den Grenzen des Deutschen Reiches und weit vorgeschoben in Feindesland zum Schutze deutschen Besitzes, deutscher Kultur und Sitte blutige Opfer an Gesundheit und Leben fordert und dem anderen Teil unter Ausnützung der Verhältnisse durch menschenfreundliche Nahrungsmittel-Erzeuger und Händler das Gebot des Durchhaltens auferlegt.

Wenn nun diese Verständigung geschaffen werden soll, so muß die Frage gestellt werden: Ist es möglich, daß sich die für eine solche Aktion in Betracht kommenden Arbeitervereinigungen auf dem Boden einer einheitlichen Arbeiter- und Sozialpolitik zusammenfinden können, ohne wesentliche Ziele aufgeben zu müssen? Ohne weiteres kann diese Frage bejaht werden, denn auch die in den anderen Arbeiterverbänden, die sich nicht der Zentralkommission der Gewerkschaften angeschlossen haben, organisierten körperlich und geistig Arbeitenden haben im Laufe der Zeit mit dem Erstarken der Arbeitgeberverbände und dem Anwachsen des großkapitalistischen Industrialismus die Erkenntnis erlangt, daß sie trotz nationaler oder christlicher Tendenzen auch als nichts anderes mehr betrachtet werden, wie als Teile der Quelle, aus der das silberne Bächlein fließt, das dann in dem Kassenschrank der Aktiengesellschaft endet, um den Dividendenstrom zu erzeugen oder in dem Bankdepot eines Großindustriellen den Grundstock zu sorgenloser Zukunft für Generationen zu bilden. Diese Entwicklung der Dinge trieb die Anhänger der christlichen Gewerkschaften, der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine, der Unabhängigen Arbeitervereine, der liberalen und evangelischen Arbeitervereine von selbst immer mehr in die Nähe der freien Gewerkschaften, und bereits auf dem ersten deutschen Arbeiterkongreß 1903 in Frankfurt a. M. sprach der christliche Arbeiterführer Giesberts die Worte aus: „Wir sind Arbeiter und alle Arbeiter sind unsere Klassengenossen, mit denen wir gemeinsam unter den sozialen Uebelständen leiden.“ Und auf dem Verbandstag der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine im Jahre 1910 wurde in einer zum Beschluß erhobenen Resolution des Sozial-

politikers Dr. Flesch das „gegenwärtige kapitalistische Herrschaftsverhältnis verworfen, das die Unterordnung des Arbeiters unter den Kapitalbesitzer grundsätzlich fordert“ und gleichzeitig eine Umgestaltung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung verlangt. Wenn auch manchmal Versuche gemacht wurden, diese Arbeitervereinigungen von solchen „revolutionären“ Abwegen wieder auf die Bahnen gewohnter Zufriedenheit zu leiten, im großen ganzen hat sich die Idee doch durchgerungen, daß auch sie nur in der Vereinigung mit der übrigen Lohnarbeiterschaft ihre Ziele erreichen können. Ein Beweis dafür soll noch angeführt werden durch Wiedergabe einer Äußerung in Nr. 39 des Blattes der katholischen Arbeitervereine Süddeutschlands „Der Arbeiter“. Nach kritischer Erwähnung der günstigen und unerfreulichen Einwirkungen des Krieges auf Politik und Wirtschaftsleben wird da ausgeführt: „Es ist nicht zuviel gesagt mit der Behauptung, daß die großindustriellen Unternehmer die alten geblieben sind. Infolgedessen werden die Gegensätze im Wirtschaftsleben nicht verschwinden, sondern nach dem Kriege mit der alten, vielleicht gar mit verschärfter Heftigkeit aufeinanderprallen... Das Verhältnis zwischen Staat und Arbeiterbewegung wird ohne Zweifel durch den Krieg ein anderes, freundlicheres Gesicht bekommen. Aber gegenüber dem großkapitalistischen Unternehmertum wird durch die Ereignisse der Gegenwart nichts geändert werden. Auch nach dem Kriege wird jeder, auch der kleinste Fortschritt durch die Organisation erkämpft werden müssen. Daher heißt es für die Arbeiter auch während des Tobens des Weltkrieges die wirtschaftliche Rüstung nicht zu vernachlässigen, sondern sie blank und kampffähig zu erhalten.“

Alle diese Ausführungen sind getragen von dem Bewußtsein, daß es im Grunde nur einen Feind der Arbeiterschaft gibt: das großkapitalistische Unternehmertum, von dem dann alle politischen Unterdrückungsversuche der gewerkschaftlichen Bewegung ausgehen. Diesem gemeinsamen Feind muß auch ein gemeinsamer Abwehrverband, eine engere Koalition entgegengesetzt werden, die in einem wirklichen Bund der schaffenden Arbeit — im Gegensatz zu dem in Nr. 2 der „Glocke“ geschilderten Bund der Verteuerer —, in einem Schutz- und Trutzbündnis

gipfelt, das in den örtlichen Gewerkschaftskartellen und Ortsverbänden, Gau- und Kreisorganisationen beginnt und in den Generalkommissionen, Generalräten oder wie die Körperschaften alle heißen mögen, endigt, um durch gegenseitige Verständigung, gemeinsame Beratung großer Aktionen usw. auch ein einmütiges, Erfolg versprechendes Wirken zu erzielen. Im kleinen sind erfolgreiche Versuche in dieser Richtung schon gemacht worden, und so dürfte es schließlich auch im großen gelingen, eine „Neuorientierung“ — um ein jetzt viel angewandtes Wort zu gebrauchen — im gewerkschaftlichen und wirtschaftlichen Leben zu erreichen.

Wie notwendig eine solche Verständigung wäre, mögen ein paar Ziffern erläutern: Während Anfang 1910 erst 2613 Unternehmerverbände mit 115 000 Mitgliedern und 3 854 680 beschäftigten Arbeitern bestanden, ergab eine Zusammenstellung Anfang 1914 schon 3670 Verbände mit 167 673 Mitgliedern, die 4 841 217 Arbeiter beschäftigten. Auf die einzelnen Berufsgruppen übertragen, ergibt sich folgendes Verhältnis:

	Verbände	Mitglieder	Arbeiter
Landwirtschaft	54	4 497	61 342
Bergbau und Hüttenwesen	10	240	520 433
Industrie der Steine und Erden	129	4 620	234 876
Metall- und Maschinenindustrie	383	16 374	953 693
Chemische Industrie usw.	4	103	34 467
Textilindustrie	99	2 778	502 699
Papierindustrie	49	1 188	57 504
Lederindustrie usw.	80	3 820	22 571
Industrie der Holz- und Schnitzstoffe	310	9 734	86 402
Nahrungs- und Genußmittelindustrie	172	14 951	192 337
Bekleidungsgewerbe	256	12 634	222 888
Reinigungsgewerbe	53	1 523	38 523
Baugewerbe	1495	48 065	516 409
Polygraphisches Gewerbe	130	5 030	72 282
Handels- und Transportgewerbe	167	7 704	108 731
Gast- und Schankwirtschaft	19	14 655	19 250
Freie Berufe	103	531	25 000
Gemischte Verbände	157	19 226	1 181 810

Welch gewaltige wirtschaftliche, organisatorische und finanzielle Macht sich hier vereinigt, ist unschwer zu erkennen. Eine Macht, die im Ernstfalle noch durch den Terrorismus der Konventionalstrafe, Materialsperre, gesellschaftlichen, politischen

und behördlichen Einfluß verstärkt wird, die in der Mehrzahl der angeführten Berufsgruppen während des Krieges durch die „Erübrigungen“ bei der industriellen Ausnutzung der Situation noch gewachsen ist, was aus den steuertechnisch so vorsichtig wie möglich abgefaßten Bilanzen der verschiedenen Aktiengesellschaften ja außerordentlich klar hervorgeht. Organisatorisch hat sich hier ein Block gebildet, der vom Großagrarier und Großindustriellen bis zum Kleingütler und verzopftesten Innungsapostel ohne politische und religiöse Sonderbündelei sich erstreckt, manchmal zwar uneinig in der persönlichen Anschauung, aber stets fest entschlossen, wenn es gilt, die immer „unberechtigten“ Forderungen der Arbeiterschaft abzuwehren.

Daß in diesem Streben nach Friedensschluß keine Aenderung eintritt, könnte jetzt schon mit zahlreichen Belegen erwiesen werden. Doch sollen nur zwei symptomatische Beispiele aus den alltäglich wiederkehrenden Erläuterungen der wirtschaftlichen Kriegsziele der Unternehmer während des politischen Burgfriedens hier Erwähnung finden. Am 5. September lehnt es die „Deutsche Arbeitgeberzeitung“ mit Entschiedenheit ab, daß die Arbeitgeber in der Frage der Arbeitsvermittlung mit den Vertretern der Arbeiterschaft gemeinsam tagen, selbst wenn die Regierungsbehörden solche Verhandlungen einleiten sollten. Und die konservative „Kreuzzeitung“ jubelt in ihrer Nummer vom 6. Oktober über den in dem vom Kaiserlich Statistischen Amt veröffentlichten Werk „Die Verbände der Arbeitgeber, Angestellten und Arbeiter im Jahre 1913“ konstatierten angeblichen Stillstand oder Rückgang der Mitgliederzahl bei den drei großen Gewerkschaftsrichtungen, den freien Gewerkschaften, den christlichen Gewerkschaften und den Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereinen, während die natürlich mehr ihren Zwecken dienenden wirtschaftsfriedlichen gelben Arbeitervereinigungen erhebliche Fortschritte aufzuweisen hätten.

Daß nach den Veröffentlichungen der Generalkommission der Gewerkschaften selbst in den wirtschaftlich ungünstigen Jahren 1913 und teils noch 1914 die freien Gewerkschaften noch eine Zunahme von fast 12000 Mitgliedern buchen konnten, sei nur konstatiert, um den auf falscher Annahme gegründeten Jubel

des konservativen Blattes richtig einschätzen zu können und zu beweisen, daß selbst in Zeiten der Krise Fortschritte erzielt wurden.

Die Freude aber über das angebliche Zurückgehen oder den Stillstand der gewerkschaftlichen Organisationsbewegung ist nichts anderes als das Signal zu neuen Kämpfen in dem Gefühl der Sicherheit, daß die Unternehmer während des blutigen Völkerkriegens ihre Kriegskassen gefüllt, ihre Organisation mehr ausgebaut haben, um sofort nach Friedensschluß oder schon vorher den wirtschaftlichen Kampf zu beginnen, den vermeintlich geschwächten Gegner zu überraschen und ihn im Verein mit den willigen Söldnertruppen der gelben oder sonstfarbigen Gewerkschaften, den „vaterländischen“ Arbeitervereinen und den Werkvereinen niederzuringen.

Würde ihnen das gelingen, dann wären die seit Jahrzehnten in zähem gewerkschaftlichem Ringen erworbenen wenigen Rechte und geringen Existenzmöglichkeiten der Arbeiterschaft gefährdet und das „freie Spiel der Kräfte“ würde wieder ungestört einsetzen können zum Nutzen der Unternehmer, zum Schaden der Arbeiterschaft.

Mit diesen kurzen Ausführungen ist wohl zur Genüge dargetan, daß sowohl die Möglichkeit als auch die Notwendigkeit besteht, der Macht des organisierten Unternehmertums eine andere Macht entgegenzustellen, die durch solidarisches Handeln, Einigkeit im Wollen und Stärke im Vollbringen ein Bollwerk werden wird gegen den Ansturm der gewerbs- und volksschädlichen Absichten der um die „Deutsche Arbeitgeberzeitung“ und die „Kreuzzeitung“ gruppierten Feinde der gesamten Arbeiterbewegung.

Ein solches Bollwerk durch kartellartigen Zusammenschluß der freien und christlichen Gewerkschaften, der Hirsch-Duncker'schen Gewerkvereine und der sonst noch ernst zu nehmenden Arbeitnehmerverbände zu errichten, ist in Anbetracht der geschilderten Tatsachen eine Lebensnotwendigkeit für die gesamte Arbeiterschaft, es ist geradezu das Gebot der Stunde für die gewerkschaftlichen Organisationen und kann und muß erreicht werden durch Verständigung für große Aktionen und Vereinbarung und Einhaltung eines gewerkschaftlichen Burgfriedens nach dem Kriege.

(m)

ADOLF BRAUN:

Abwehr.

ICH war immer der Meinung, es wird zuviel und es wird gar falsch, vor allem aber an der falschen Stelle, innerhalb der deutschen Sozialdemokratie polemisiert. Die Polemiken gehen nur zu häufig gerade denen verloren, für die sie bestimmt sind. Man polemisiert ohne Rücksicht auf das Publikum, das von seinem Gegner beeinflusst wird. Es herrscht in unserer Polemik so viel Rechthaberei, weil man weniger getrieben ist von dem Streben, die falsche Meinung, die der Widersacher wirklich oder vermeintlich verbreitet hat, richtigzustellen und die Ursachen der eigenen Auffassung zu begründen, sondern weil man nur nach dem Ausdruck des Widerspruches gegen die gegensätzliche Meinung ringt. So spielen sich die weitaus meisten und zum größten Teil, meinem bescheidenen Erachten nach, überflüssigen und wirkungslosen Parteipolemiken auf verschiedenen Ebenen ab, die sich, um beim geometrischen Bilde zu bleiben, nicht schneiden können. Ein Beispiel ist die Polemik, deren bisheriger letzter Ausläufer der Artikel von Wilhelm Jansson: „Arbeiter-solidarität oder Schachergeschäft“ in Heft 5 dieser Zeitschrift ist. Ende Juni dieses Jahres erschien in zahlreichen Parteiblättern ein Artikel, der sich mit der Stellung der Mehrheit der Sozialdemokratie in Schweden zu den im Weltkriege wirkenden Mächten beschäftigte. Es wurde da die Haltung der schwedischen Arbeiter beklagt, und einiges Erstaunen ausgedrückt, daß die schwedischen Arbeiter, die doch so viel Beweise tatkräftiger Solidarität der deutschen Gewerkschaften genossen haben, so ablehnend deren Standpunkte während des Krieges gegenüberstehen. Zustimmend oder ablehnend hatten sich fast alle deutschen Parteizeitungen zu dieser Notiz, die vielfach abgedruckt wurde, geäußert. Ich wurde aufgefordert, über den Zusammenhang gewerkschaftlicher Solidarität und politischer Meinungsfreiheit einen Artikel zu schreiben. Ich lehnte zuerst unbedingt ab, auf gar zu

starkes Drängen erklärte ich mich dann doch bereit, diesen Artikel zu schreiben, wenn er frei von jeder polemischen Färbung, rein sachlich die Ursachen und die Bedeutung der gewerkschaftlichen Solidarität erkläre, wenn er also nur durch die Gründe und nicht durch polemische Form und Worte zu wirken suche. Im Vorwärts vom 18. Juli 1915 und in einer Reihe anderer Parteizeitungen ist dieser Artikel abgedruckt worden. Ihm ging eine redaktionelle, also nicht von mir herrührende Bemerkung voraus, die zu der Pflicht der Dankbarkeit der schwedischen Arbeiter Stellung nimmt. Soweit ich es zu beobachten Gelegenheit hatte, hat gegen diesen Artikel über die „gewerkschaftliche Solidarität“ kein einziges Organ der Gewerkschafts- und Parteipresse in irgendeiner Form Einspruch erhoben. Längst hatte ich des Artikels vergessen, als mir — von einem guten Freunde jedenfalls — vor wenigen Tagen das vom 1. November datierte Heft 5 der „Glocke“ zuing, in dem auf dem Titelblatt und auf den Seiten 275 bis 277 in farbiger Umrahmung auf den Artikel von Wilhelm Jansson: „Arbeitersolidarität oder Schachergeschäft“ aufmerksam gemacht wurde. Diesem freundlichen Interesse verdankt ein vielbeschäftigter Redakteur in der Kriegszeit die Kenntnis eines sehr wertvollen Beitrags zur Gewerkschaftstheorie und zur Parteipolemik, der ihm sonst entgangen wäre. Hätte ein Partei- oder Gewerkschaftsblatt von diesem Artikel, der fünfzehn Wochen nach dem meinen erschienen war, Notiz genommen, so hätte ich wohl dort geantwortet. Daß ich in der von mir redigierten „Fränkischen Tagespost“ nicht antwortete, ergibt sich aus meinen eingangs dargelegten Grundsätzen der literarischen Polemik. Die „Glocke“ hat dem Artikel von Jansson Raum gegeben, sie wird wohl auch den Platz finden, für meine Entgegnung. Die beste wäre wohl, ich druckte den Artikel: „Gewerkschaftliche Solidarität“ ab, eine Gegenüberstellung der beiden Artikel würde ja am erfolgreichsten die polemischen Methoden des Genossen Jansson enthüllen. Doch so viel Raum kann ich nicht beanspruchen, es kommt mir auch nicht auf die polemischen Methoden des Genossen Jansson an.

Ich habe in meinem Artikel geschrieben, daß die deutschen Gewerkschaften die internationale Verbindung der Gewerkschaften

sehr ernst genommen haben, daß sie dies glanzvoll durch die Tat bewiesen haben, daß sie die gewerkschaftliche Internationalität nicht unter dem Gesichtspunkte des kaufmännischen Kontokorrents behandelt haben, daß fast alle Organisationen der deutschen Gewerkschaftswelt gebende und fast niemals nehmende waren, aber ich habe auseinandergesetzt, daß neben der Solidarität und der Selbstlosigkeit eine Triebfeder war, die Hinunterdrückung der Lage der Arbeiter durch das kapitalistische Unternehmertum anderer Länder zu verhindern. Aus dieser ökonomischen Begründung der praktischen Solidarität der deutschen Gewerkschaften durch einen bescheidenen Schüler von Karl Marx macht Jansson ein Zerrbild. Er wirft mir vor, daß ich den deutschen Gewerkschaften einen gewissen Geschäftssinn andichte, der einem Pfandleiher vorbildlich erscheinen müßte. Er meint, daß ich den Gewerkschaften Schacherkalkulationen vorgeworfen habe.

Es genügt wohl hier, die aus meinem Artikel herausgehobenen Worte und die Vorwürfe Janssons gegenüberzustellen.

Wenn Jansson so hart über mich urteilt, was hat er dann gegen Genossen Johann Sassenbach geschrieben? Auch Johann Sassenbach hat die internationalen Beziehungen der Gewerkschaften und zwar auf Seite 572 und 573 des Jahrganges 1915 der „Zeitschrift für Politik“ behandelt. Er schließt seine Ausführungen hierüber mit dem nachstehenden Absatze:

„Die deutsche Arbeiterschaft wird wohl in Zukunft vorziehen, auch mehr mit dem Depeschenformular als mit dem Postanweisungsformular zu arbeiten, vielleicht wird sie dadurch bei ihren Klassengenossen im Auslande beliebter und angesehener. Jedenfalls werden sich die deutschen Gewerkschaften dem jetzt auftauchenden Bestreben, sie sozusagen strafweise in den Hintergrund zu stellen, aufs entscheidendste widersetzen und lieber zeitweise ihren internationalen Verkehr auf die Länder beschränken, die sich gerechtes Denken und unparteiisches Urteil bewahrt haben.“

Wenn ich eine Vermutung aussprechen darf, so die, daß Genosse Jansson auch in diesen Darlegungen mit Genossen Sassenbach übereinstimmt und eine Polemik unterlassen wird.

WILHELM JANSSON:

Zur Erwiderung.

DIE Beschwerde Adolf Brauns gegen meine „polemischen Methoden“ wiegt leicht. Die noble Art, in der er in seinem Blatte die „Glocke“ anmeldete, und die Selbstgefälligkeit, mit der dieser „bescheidene Schüler von Karl Marx“ über die Herkunft des Exemplares der „Glocke“ berichtet, aus der er von meinem Vorgehen wider den heiligen Geist Kenntnis erhielt, machen ihn zum Sittenrichter besonders geeignet.

Seine Anklage gegen mich erschöpft sich darin, daß ich erst fünfzehn Wochen später gegen seinen Vorwärtsartikel polemisiere. Davon entfallen zehn Wochen auf den Herausgeber der „Glocke“, der dieses Blatt erst am 1. September in die Welt setzte. Am 15. Oktober begann ich die Mitarbeit und am 1. November beschäftigte ich mich schon mit Adolf Braun. Der dänische Veteran sozialdemokratischer Realpolitik C. C. Andersen ging mir eben vor.

Den Vorwurf Brauns, ich hätte aus seinen Auffassungen ein Zerrbild gemacht, weise ich zurück. Selbstverständlich erkennt Braun die Leistungen unserer Gewerkschaften auf internationalem Gebiete an, die überhaupt von niemand bestritten werden. Aber Braun leistet den deutschen Gewerkschaften einen Bärendienst mit seiner Darstellung der Motive dieser Leistungen, die er nicht nur in jenem Vorwärtsartikel, sondern noch eingehender im dritten Heft des „Archivs für Sozialwissenschaft“ (Tübingen, 12. August 1915) gegeben hat. Hier erklärt er (Seite 719): „Es sind durchaus nicht nur ausländische Arbeiterinteressen, die die deutschen Gewerkschaften vertreten und wahren, wenn sie durch ihre finanzielle Unterstützung die Niederringung ausländischer Arbeiter durch das Unternehmertum zu verhindern suchen.“ Und diese Hypothese begründet er u. a. so:

„Setzen die deutschen Arbeiter durch ihre Solidarität der Hinunterdrückung ihrer ausländischen Berufsgenossen oder der Verhinderung ihrer Lohnbewegung deutsche wirtschaftliche Arbeitermacht entgegen, so nützen sie nicht bloß diesen ausländischen Arbeitern, sie nützen auch sich damit, sie schaffen ein Hemmnis

einer ihnen vielleicht einmal ungünstig werdenden internationalen Wanderbewegung und sie verhindern die Abgabe von Aufträgen in ein als billiges Lohngebiet verschrienes Ausland zum Schaden der deutschen Arbeiterschaft.“

Diese Darstellung findet keine Bestätigung in den bisherigen internationalen Unterstützungsaktionen der deutschen Gewerkschaften. Die reichlichsten Unterstützungen sind gerade nach solchen Ländern geflossen, wo die Arbeiterorganisation stärker, der Reallohn höher war (England, Dänemark, Schweden) als in Deutschland. Es ist dabei nie darnach gefragt worden, ob wir einen Kampf um das gleiche Objekt in Deutschland unterstützen würden oder nicht. Es genügte uns vielmehr, daß die dortigen Gewerkschaften den Kampf für notwendig hielten. Das beweist aber doch, daß lediglich der Grundsatz der allgemeinen Arbeitersolidarität maßgebend war und daß die Darstellung Brauns irrig ist.

Die Klarlegung dieser Tatsachen schien mir umso mehr geboten, als gegen die deutschen Gewerkschaftskreise der Vorwurf eines engherzigen Nationalismus neuerdings erhoben wird, in dem engeren Freundeskreis Brauns sowohl wie im Auslande. Die Hypothese, wonach die internationalen Unterstützungsleistungen der deutschen Gewerkschaften nicht so sehr ideellen als Motiven des Eigeninteresses entsprungen sind, leistet diesen Anwürfen Vorschub. Sie zurückzuweisen erschien daher nur eine gewerkschaftliche Pflicht.

Dagegen ist die Vermutung Brauns, daß ich nicht gegen Sassenbach polemisieren werde, richtig. Sassenbach hat um die Gewerkschaftsinternationale so große Verdienste, daß kein Kenner seiner hier in Frage kommenden Arbeit ihn im Verdacht haben kann, die internationale Solidarität der deutschen Arbeiter vernachlässigen zu wollen. Daß er bei der Zurückweisung der Auslandshetze gegen uns das französische Depeschenformular mit feiner Ironie erwähnte, finde ich ganz nett. Auch der bescheidene Schüler von Karl Marx braucht nicht unbedingt jeden Sinn für solchen Humor vermessen zu lassen. Der Meister hatte, wie aus seinen Werken ersichtlich, jedenfalls viel Verständnis dafür.

Schließlich möchte ich auch die bei Braun wiederkehrende Behauptung, die schwedischen Arbeiter lehnen in ihrer Mehrheit die Haltung der deutschen Gewerkschaften im Kriege ab, richtigstellen. Diese Behauptung ist durchaus unwahr. Von der schwedischen Gewerkschaftspresse hat ein einziges Blatt, das der Eisenbahner, eine antideutsche Haltung eingenommen. Alle anderen mir zugehenden Gewerkschaftsblätter Schwedens wie der beiden anderen skandinavischen Länder sind konsequent neutral. Das gilt auch für die schwedische Parteipresse, mit zwei Ausnahmen: „Der Sozialdemokraten“ und das Organ des Jugendverbandes, die beide antideutsch sind und somit die Neutralität preisgeben. Aber sie vertreten in diesem Punkte doch nicht die „Mehrheit“ der schwedischen Sozialdemokratie und erst recht nicht die Mehrheit der schwedischen Arbeiter. Das Organ der leistungsfähigsten schwedischen Gewerkschaft, des Metallarbeiterverbandes beispielsweise, hat wiederholt antideutsche Kundgebungen der Engländer und anderer entschieden zurückgewiesen. Gegen den einen Branting stehen hinsichtlich seiner antideutschen Haltung eine ganze Anzahl sehr einflußreicher Genossen in der schwedischen Partei. An Gegengewicht fehlt es also nicht. Einig sind sie nur alle in der einen Frage: Fernhaltung des Krieges von Schweden. Und darin stimme ich mit ihnen durchaus überein. (m)

Zuschriften an die Redaktion der Glocke sind zu richten an Konrad Haenisch,
Berlin-Steglitz, Friedrichsruherplatz 4 part.

Adresse des Herausgebers: Dr. A. Helphand, Vodrofsvej 50B, Kopenhagen.

Während des Krieges werden nach Dänemark nur offene Briefe befördert.

Für die Redaktion verantwortlich:

Karl Blasenbrei / für den Verlag: Verlag für Sozialwissenschaft G.m.b.H. /
Druck: G. Birk & Co. m. b. H. / sämml. in München, Altheimereck 19.

DIE GLOCKE

Heft Nr. 9

1. Januar

Jahrg. 1915/16

Nachdruck sämtl. Artikel mit ausführlicher Quellenangabe gestattet.

Dr. PAUL LENSCH:

Sozialismus und Annexionen in der Vergangenheit.

WENN man heute nach dem Genuß einiger Seiten der guten alten „Neuen Zeit“ oder gar einiger Reden unserer Parteiopposition zu irgendeinem Werke von Marx und Engels greift, so fühlt man sich fast in eine andere Welt versetzt. So stark ist der geistige Abstand geworden, in den wir durch die kleinbürgerlichen Manschereien Kautskys und seiner jungen Leute inzwischen vom wirklichen Marxismus gekommen sind. Unsere großen Vorkämpfer verstanden beispielsweise unter internationaler Solidarität noch nicht jenes Bauchrutschen und würdelose Liebedienern vor den ausländischen Sozialisten, das jetzt Trumpf ist im „Vorwärts“ und der „Neuen Zeit“, und das in so wundervollem Gegensatz steht zu dem gesinnungsvollen Anpöbeln jedes deutschen Sozialdemokraten, der diese Lakaien-seligkeit nicht mitmacht. Auf alle die zahllosen **Unverschämtheiten**, mit denen die französischen, englischen und tutti quanti-Sozialisten uns deutsche Sozialdemokraten bedacht haben, die uns für „unwürdig“ erklärten, jemals wieder in der Internationalen einen Platz einnehmen zu dürfen, hätte zum wenigsten eine Antwort in der Art gehört, wie sich **Friedrich Engels** einst

im Jahre 1893 über die französischen Sozialdemokraten, besonders über die Herren **Vaillant** und **Guesde** geäußert hatte. „Trotz alledem krähen die Herren Franzosen wieder siegestrunken in die Welt hinaus und möchten wieder an die Spitze der Bewegung treten... Wenn man (wie die deutsche Sozialdemokratie) seine Machtstellung durch fünfundzwanzigjährigen harten Kampf erobert und zwei Millionen Wähler hinter sich hat, so hat man das Recht, sich das scratch lot (zusammengekratzte Häufchen) etwas näher anzusehen, das so plötzlich kommandieren will. Umsomehr als die Herren Franzosen selbst äußerst kitzlich sind, sobald ihnen gegenüber die geringste Etikettenverletzung geschieht.“

So Friedrich Engels 1893. Zu einer derartigen Sprache hätte die deutsche Sozialdemokratie heute sogar noch mehr Recht als vor 22 Jahren. Heute stehen hinter ihr über vier Millionen Wähler und rund eine Million Organisierte, während die französische Partei 1913, also vor dem Kriege, genau 75 312 organisierte Mitglieder zählte. Jetzt zählt sie nur 24 000 Mitglieder, also so viel wie etwa Dresden. Die kühle Frage also an die aufgeregten Herren Renaudel, Vaillant, Thomas, Guesde etc.: „Wer seid ihr denn? Was steckt denn hinter euch?“ hätte, zur rechten Zeit gestellt, sie vielleicht zur Besinnung zurückgerufen. Heute freilich sind sie schon viel zu sehr im Dienste des Herrn Poincaré und des russischen Zaren verstrickt, als daß eine solche Frage noch Erfolg haben könnte. Haben sie doch sogar durch Still-schweigen mitgeholfen, die Mordtat, die russische Agenten an unserem Freunde **Jaurès** begangen haben, zu vertuschen.

Aber nicht bloß in der Frage des internationalen Selbstgefühls, sondern auch in vielen anderen Dingen ist es an der Zeit, den Ruf zu erheben: **Zurück zu Marx und Engels!** Schon in der vorigen Nummer der „Glocke“ hatte ich Gelegenheit genommen, mich mit dem „Selbstbestimmungsrecht der Völker“ zu befassen, was in praxi nicht viel anderes bedeuten würde als die Diktatur der Analphabeten. Aber auch der jetzt so aktuelle Ruf: **Keine Annexionen!** bedarf gar sehr der marxistischen Kritik.

Zunächst ist zu konstatieren, daß dieses Schlagwort mit Sozialismus oder Marxismus nicht das geringste zu tun hat. Es ist eine Doktrin, die von der Ueberzeugung ausgeht, daß Annexion-

nen ein sicheres Mittel sind, um künftige Kriege vorzubereiten, daß das Unterlassen von Eroberungen aber in dem besiegten Lande den Eindruck der Großmut und damit der Dankbarkeit und Freundschaft hervorrufen würde. Eroberung sei immer ein Stück Vergewaltigung; die Sozialdemokratie sei aber grundsätzlich gegen alle Vergewaltigungen, folglich auch gegen jede Eroberung. Diese Logik klingt besonders mit dem kleinbürgerlichen Einschlag von der „Dankbarkeit“ und „Freundschaft“ als Bewegungsfaktoren der geschichtlichen Entwicklung zunächst sehr rührend und deshalb sehr überzeugend. In der Geschichte selber aber, die schließlich am besten wissen muß, wie es bei ihr zugeht, hat diese pausbackige Logik fast immer Schiffbruch gelitten. Im Jahre 1859 hatte Frankreich von Italien Savoyen und Nizza erobert, und Garibaldi hat die Abtretung seiner italienischen Vaterstadt Nizza der italienischen Regierung nie vergessen. Das hat aber nicht gehindert, daß jetzt beide Völker, die Italiener wie die Franzosen, einmütig gegen uns im Felde liegen. Im Jahre 1871 trat Frankreich an das Deutsche Reich Elsaß-Lothringen ab. Ist daraus etwa der heutige Krieg entstanden? Ganz und gar nicht. Der Weltkrieg entstammt dem deutsch-englischen Gegensatz. Frankreich spielt nur die Rolle des adminikulierenden Beiwerks, wie der Kiebitz, der den Spielern zuguckt und der mal einspringt, wenn es sich gerade so macht. Damals protestierte die deutsche Sozialdemokratie gegen die Annexion. Die Frage muß jetzt gestattet sein: Hat uns diese Stellungnahme, die wir im Interesse der deutsch-französischen Annäherung einnehmen, irgendetwas genützt? Hat sie in Frankreich das Vertrauen zur deutschen Sozialdemokratie irgendwie befestigt? Die Antwort kann nur die große Enttäuschung konstatieren, die wir alle erlebt haben: Nichtswürdiger, wie uns nach dem 4. August 1914 die französischen Sozialisten mit Schmähungen überschüttet haben, hätten sie uns auch nicht beschimpfen können, wenn wir 1870 zusammen mit den Wald- und Wiesenpatrioten die Annexion verlangt hätten. **Nichts von alledem ist eingetreten, was man uns als die segensreichen Folgen für das Eintreten des Grundsatzes: Keine Annexionen! bezeichnet hat.** Heute drängt sich vielmehr jedem die Erkenntnis auf: Wäre 1871 auch noch Belfort annektiert

worden, so wäre Tausenden unserer Feldgrauen in diesem Kriege das Leben gerettet worden.

So stehen die Dinge in der Wirklichkeit der Geschichte. Wie stehen sie nun in der sozialistischen Theorie?

Der Genosse **Cunow** hat bereits in seiner äußerst anregenden und daher wenig gelesenen Kriegsbrochüre: „Parteizusammenbruch?“ auseinandergesetzt, wie Marx und Engels in Wahrheit über Annexionen und Eroberungen dachten. Das war um so notwendiger, je mehr sich durch die süßen Schleimsuppen Kautskys und Bernsteins in der „Neuen Zeit“ und in anderen „marxistischen“ Organen die Ansicht verbreiten mußte, als seien Marx und Engels zwei weinerliche alte Papas gewesen, etwa im Stil des sanften Missionars des Urchristentums Johannes, der seine frühchristlichen Gemeinden in Kleinasien zu segnen pflegte mit den Worten: Kindlein, liebet euch untereinander! Das waren sie nun beide wirklich nicht, und es ist das Verdienst von Heinrich Cunow, daß er die wahren Ansichten unserer beiden großen Vorkämpfer über weltpolitische Probleme ohne Schminken und Salben uns wieder näher gerückt hat. Ich verweise hiermit auf diese Schrift und begnüge mich an dieser Stelle damit, noch einige Zitate von Engels, die in der Cunowschen Schrift nicht enthalten sind, anzuführen. Marx wie Engels waren beide weit davon entfernt, jedem kleinen Volksstamm etwa das „Recht“ der „Selbstbestimmung“ einzuräumen. Ihr Standpunkt war vielmehr von ihrer historischen Einsicht diktiert. Sie vertraten die große geschichtliche Entwicklung aus dem Gesichtspunkte der europäischen Demokratie. Das bewahrte sie auf der einen Seite vor dem Anheimfall an eine lediglich nationale oder nationalistische Stellungnahme, auf der anderen Seite vor jeder formalen Verknöcherung, die da glaubt, die unendlich komplizierten Probleme der geschichtlichen Entwicklung mit ein paar armseligen blechernen Phrasen, wie Abrüstung, Selbstbestimmungsrecht der Völker, keine Annexionen! erledigen zu können. Sie standen nicht auf der Seite ihres „Vaterlandes“, sondern sie standen da, wo sie den Fortschritt und die geschichtliche Entwicklung sahen, und ihre ganze Gegnerschaft gehörte dem jeweils stärksten Bedroher der Entwicklung Europas im Sinne der Demokratie des Proleta-

riats. In ihrem Urteil aber darüber, wer dieser jeweils stärkste Bedroher sei, ließen sie sich nicht durch demokratische Redensarten irre machen. Gewiß erblickten sie in Rußland stets den grimmigsten Feind europäischer Entwicklung, aber lediglich, weil ein europäischer Krieg, an dem auch England beteiligt wäre, ihnen immer nur als äußerste Hypothese möglich erschien. Sonst waren sie sich klar darüber, daß England, das mit seinem Gelde, wie Marx einmal sagt, schon einmal die Kosten der europäischen Restauration bestritten hat, die führende Macht der Reaktion sei. Die Befreiung Europas scheitert notwendig an der englischen Bourgeoisie, an der industriellen und kommerziellen Welt Herrschaft Großbritanniens. „Das alte England wird nur gestürzt durch einen Weltkrieg“, heißt es an der gleichen Stelle, „dann aber wird England wie zu Napoleons Zeiten an der Spitze der konterrevolutionären Armeen stehen.“ Ein Wort, das auf die Gegenwart wie angegossen paßt. Man sieht: Von der albernen Englandschwärmerei jener „Austromarxisten“, die jetzt die „Neue Zeit“ als ihr Spezialorgan handhaben, waren Marx wie Engels weltenfern.

Das Problem des nächsten Weltkrieges beschäftigte sie beide ganz besonders in jenen Jahren, als sie selber Weltkrieg und Weltrevolution durchmachten, in den Jahren 1848 und 1849. Damals schrieb Engels in der „Neuen Rheinischen Zeitung“ unter der Chefredaktion von Marx (wiederabgedruckt im 3. Band des Nachlasses von Marx, Engels und Lassalle):

Der allgemeine Krieg, der dann ausbricht, wird diesen slawischen Sonderbund zersprengen und alle diese kleinen, stierköpfigen Nationen bis auf ihren Namen vernichten. Der nächste Weltkrieg wird nicht nur reaktionäre Klassen und Dynastien, er wird auch ganze reaktionäre Völker vom Erdboden verschwinden machen. Und das ist auch ein Fortschritt.

In einem anderen Artikel von Engels, der heute wie auf Serbien gemünzt erscheint, heißt es:

Man verlangt von uns und den übrigen revolutionären Nationen Europas, wir sollen den Herden der Konterrevolution

dicht an unserer Tür eine ungehinderte Existenz, freies Verschwörungs- und Waffenrecht gegen die Revolution garantieren, wir sollen mitten im Herzen von Deutschland ein konterrevolutionäres, tschechisches Reich konstituieren, die Macht der deutschen, polnischen und magyrischen Revolutionen durch dazwischen geschobene **russische Vorposten** an der Elbe, der Donau und den Karpathen brechen! **Wir denken nicht daran. Auf die sentimentalischen Brüderschaftsphrasen**, die uns hier im Namen der konterrevolutionärsten Nationen Europas dargeboten werden, antworten wir, daß der Russenhaß die erste revolutionäre Leidenschaft bei den Deutschen war und noch ist... wir wissen jetzt, wo die Feinde der Revolution konzentriert sind... und keine Phrasen, keine Anweisungen auf eine unbestimmte demokratische Zukunft dieser Länder werden uns abhalten, unsere Feinde als Feinde zu behandeln.

Als ich in den Fraktionsdebatten im Dezember diese und ähnliche Zitate zum Vortrag brachte, rief man mir zu: Das schrieben Marx und Engels als dreißigjährige junge Leute! In der Tat, sie schrieben es, nachdem sie Leistungen wie: Die Lage der arbeitenden Klassen, Das Elend der Philosophie und Das kommunistische Manifest schon lange hinter sich hatten. Wenn damit aber gesagt sein sollte, daß sie in diesen Punkten ihre Ansicht geändert hätten, so ist das falsch. In der 1859 erschienenen Kriegsbroschüre: **Po und Rhein** schrieb Friedrich Engels u. a.:

Daß die Karte von Europa definitiv festgestellt sei, wird kein Mensch behaupten. Alle Veränderungen, sofern sie Dauer haben, müssen aber im großen und ganzen darauf hinausgehen, den großen und lebensfähigen europäischen Nationen mehr und mehr ihre **wirklichen, natürlichen Grenzen** zu geben, die durch Sprache und Sympathien bestimmt werden; **während gleichzeitig die Völkertrümmer, die sich hier und da noch finden und die einer nationalen Existenz nicht mehr fähig sind, den größeren Nationen entweder einverleibt bleiben** und entweder in ihnen aufgehen, oder sich nur als ethnographische Denkmäler ohne politische Bedeutung erhalten. Militärische Erwägungen können nur in zweiter Linie gelten.

Soll aber die Karte von Europa revidiert werden, so haben wir Deutsche das Recht zu fordern, daß es gründlich und unparteiisch geschehe, und daß man nicht, wie es beliebte Mode ist, verlange, Deutschland allein solle Opfer bringen, während alle anderen Nationen von ihnen Vorteil haben, ohne das geringste aufzugeben.

Aehnliche Aeußerungen wären noch mit leichter Mühe aus den Schriften unserer Altmeister, nicht zuletzt auch aus ihrem Briefwechsel mit **Sorge** zu entnehmen. Wir verzichten darauf. Wir haben die Zitate auch nicht wiedergegeben, weil etwa in den **Einzelheiten** alles das noch heute zutreffend wäre, was diese Männer vor 60 und mehr Jahren schrieben. Wohl aber ist es zutreffend in den allgemeinen Gesichtspunkten. Und da stellt sich heraus, daß ihnen das billige Schlagwort: Keine Annexionen! völlig fremd geblieben war. Sie verlangten für die großen und lebensfähigen europäischen Nationen die Grenzen, die ihnen nach Sprache und Sympathie der Bevölkerung zukamen. Für die kleinen aber sahen sie Einverleibung und eventuelles Aufgehen in der größeren Nation vor. Militärischen Erwägungen — auch das ist höchst bemerkenswert — zeigten sie sich keineswegs unzugänglich, schoben sie aber in die zweite Linie. **Dieser Standpunkt von Marx und Engels ist in der heutigen Parteiliteratur und in den Parteianschauungen fast völlig erstickt zugunsten einer völlig utopischen und unhistorischen Auffassung**, die literarisch von **Kautsky** und parlamentarisch von **Ledebour** und **Haase** wohl am schärfsten vertreten wird. Es ist wirklich Zeit, sich von dieser unsozialistischen und kleinbürgerlichen Phraseologie frei zu machen, die die Partei der furchtbaren Gefahr aussetzt, in dem Sturmwind der heutigen Weltrevolution hilflos dahertzutreiben und mit dem braven Kleinmeister in Hebbels **Maria Magdalena** schließlich auszurufen: Ich verstehe die Welt nicht mehr!

Merkwürdig übrigens, daß gerade die Genossen, die so gern heute noch das Wort wiederholen: der Proletarier hat kein Vaterland, in diesem Weltkriege keine größeren Sorgen zu kennen scheinen, als die, jedem Proletarier ein selbständiges Vater-

land zu geben, jedenfalls aber mit allen Kräften zu verhindern, daß irgendein „Vaterland“ von der Weltkarte etwa verschwinde. Die Interessen der Arbeiterklasse, deren Vertreterin ja doch wohl die Sozialdemokratie ist, verlangen aber nicht, daß alle drei Meilen eine neue „Nation“ anfängt — und darauf ließe doch die Selbstbestimmungstheorie in praxi hinaus —, sondern daß im Gegenteil möglichst große geschlossene Wirtschaftskörper entstehen, in denen der Kapitalismus und damit das Proletariat sich voll entwickeln und ihrer historischen Aufgabe entgegenreifen können. Gerade die österreichisch-ungarische Arbeiterklasse hat lange genug darunter zu leiden gehabt, daß das Völkerwirrsal auf dem Balkan sowie die politische Ungewißheit und damit die wirtschaftliche Stagnation der Balkanstaaten jeden wirtschaftlichen Aufschwung auch in Oesterreich-Ungarn immer wieder hemmte. Jetzt hat der Weltkrieg die Entscheidung gebracht, gegen Rußland, für den historischen Aufstieg, als deren Repräsentanten heute die Mittelmächte dastehen. Und da sollen wir diesen großen historischen Fortschritt wieder ungeschehen machen, weil ein „Nationenblümlein“ auf dem Balkan dabei sein Recht auf Verschwörung im Dienste Väterchens verlieren könnte? — Wir denken nicht daran!

Wer die Verhältnisse im Westen und im Osten unserer Grenzen mit dem gleichen Maßstab messen zu können glaubt, der ist ein völlig unhistorischer Kopf. Das Absehen von den besonderen geschichtlichen Bedingungen einer gegebenen Situation, der Mangel an Unterscheidungsvermögen und die fröhliche Unbefangenheit, alles über den Leisten ein paar seligmachender Schlagworte zu schlagen, mag ausreichen für einen **Sektenführer**. Für verantwortliche Politiker, die die Interessen von Millionen zu vertreten haben, reichen sie nicht aus.

JULIUS KALISKI:

Die Reichsbankdividende.

WÄHREND die Heranziehung der privaten Erwerbsgesellschaften zur **Kriegsgewinnsteuer** zunächst durch ein die Steuerbeträge sicherstellendes Gesetz vorbereitet wird, erfolgt die **Besteuerung der Reichsbank** sofort. Die durch den Krieg erweiterten Aufgaben der Reichsbank führten zu einer außerordentlich bedeutenden Steigerung der Umsätze und damit auch der Gewinne. Für das Jahr 1914 war ein Gesamtbruttogewinn von 133,29 Millionen Mark gegen 83,45 Millionen Mark im Vorjahre ausgewiesen worden, der Reingewinn stieg von 50,69 auf 67,01 Millionen Mark, wobei zu berücksichtigen ist, daß Rückstellungen für zweifelhafte Forderungen in Höhe von 35,27 Millionen Mark erfolgten, während im Jahre vorher für diesen Zweck nur 1,05 Millionen Mark reserviert worden waren. Hinzu kam die „**Ersparnis**“ an **Notensteuer**; es entrichtete die Reichsbank an Notensteuer für 1914 nur 1,04 gegen 3,67 Millionen Mark im Vorjahre, während rechnerisch 26,4 Millionen Mark zur Zahlung hätten gelangen müssen. Durch § 4 des Gesetzes über die Aenderung des Bankgesetzes vom 4. August 1914 ist die Reichsbank von der Entrichtung der Notensteuer für die Kriegszeit befreit worden. Vor Aufhebung der Steuer hatte die Reichsbank, wenn sie mehr als 550 Millionen (am Schlusse eines jeden Quartals 750 Millionen) Mark Noten über den Barbestand ausgab (dabei darf der Notenumlauf jedoch nie mehr betragen als das Dreifache des gesetzmäßigen Barbestandes), an das Reich eine Abgabe von 5 Proz. des Mehrumlaufes, eben die Notensteuer, abzuführen. Begründet wurde die Befreiung von der Notensteuer damit, daß die in Friedenszeiten einem Uebermaß der Notenausgabe entgegenwirkende Einschränkung sich in Kriegszeiten nicht aufrecht erhalten lasse, in denen eine außerordentliche Steigerung des ungedeckten Materials zur wirtschaftlichen Notwendigkeit werde, da sie das einzige Mittel biete, mit dessen Hilfe den Anforderungen des Reiches und des Verkehrs entsprochen werden könne.

Einmütige Anerkennung ist der glänzenden Leitung der Reichsbank gezollt worden, auch die Bedenken gegen die Folgen der Notensteueraufhebung, an denen es nicht fehlte, traten in der Erwartung zurück, daß ein Ausgleich nicht ausbleiben würde. Diese Annahme erwies sich als gerechtfertigt, der Gesetzentwurf über die Besteuerung der Reichsbank brachte den Ausgleich — bis auf einen peinlichen Rest.

Untersteht die Reichsbank der Aufsicht und Leitung des Reichs, so ist sie doch ein privatkapitalistisches Institut, da die Anteile des Grundkapitals von 180 Millionen Mark sich im Besitz von Privatkapitalisten befinden. War der Wegfall der Notensteuer natürlich nicht als eine Förderung der Interessen der Reichsbankanteilbesitzer gedacht, so würde sie ihnen aber ebenso zugute kommen, wie die sonstige Gewinnsteigerung der Reichsbank, auf die sie, um mit der Begründung des Entwurfes über die Reichsbankbesteuerung zu sprechen, **billigerweise keinen Anspruch haben**. In diesem Jahre erfuhren die Gewinnziffern weiter eine ungeheure Zunahme, die überwiegend auf die starke Kreditentnahme durch das Reich unter den schon erwähnten Umständen zurückzuführen ist. Das Reich erhält nach dem Entwurf von dem Gewinn der Reichsbank für das Jahr 1915 vorweg einen Betrag von 100 Millionen Mark, das ist die Summe, die die Notensteuer bis zum Schlusse des Jahres 1915 erfordert hätte. Ferner hat die Reichsbank nach den Bestimmungen der Vorlage aus den Gewinnen für die Jahre 1915 und 1916 je einen Betrag von 14,3 Millionen Mark an das Reich abzuführen, schließlich sollte der Reingewinn für das Jahr 1915 und der für das Jahr 1916, soweit er den durchschnittlichen Reingewinn der Jahre 1911, 1912 und 1913 übersteigt, je zur Hälfte an das Reich fallen.

Um den großen Gewinnzuwachs, den die Anteilbesitzer der Reichsbank schon für 1914 erzielten, von der Gewinnsteuer nicht unberührt zu lassen, wird, wie schon erwähnt, eine nachträgliche Abgabe erhoben, das ist der für die Jahre 1915 und 1916 abzuführende Betrag von je 14,3 Millionen. In den Jahren 1911, 1912 und 1913 stellte sich der Reingewinn im Durchschnitt auf 35,53 Millionen Mark, das Jahr 1914 erbrachte einen Reingewinn von 67,01 Millionen Mark, so daß sich nach Abzug des

Durchschnittsgewinnes der letzten drei Friedensjahre ein Kriegsgewinn von 28,49 Millionen Mark ergibt. Die Hälfte dieses Kriegsgewinnes wird für 1914 in den beiden darauffolgenden Jahren durch Vorwegentnahme als Kriegsabgabe eingezogen. Um zu verhüten, daß diese Vorwegentnahme die dem Reiche zu überweisenden Hälften der Kriegsgewinne für 1915 und 1916 entsprechend schmälert, muß der volle Betrag von 14,3 Millionen sowohl von dem Gewinn des Jahres 1915 wie von dem des Jahres 1916 gekürzt werden. Festzuhalten ist jedoch, daß die mit 28,6 Millionen berechnete Beteiligung des Reiches an dem Kriegsgewinn der Reichsbank für 1914 nur annähernd dem Betrag des Notensteuerverzichtes entspricht, also eine nennenswerte Beteiligung an dem Mehrertrag nicht enthält.

Aus den Gewinnen der Reichsbank bekommen nach Abzug der Kriegsabgaben die Anteilseigner nach den Bestimmungen des Bankgesetzes vom 1. Juli 1909 zunächst eine Verzinsung von $3\frac{1}{2}$ Prozent des Grundkapitals. Das, was nach Ausschüttung von $3\frac{1}{2}$ Prozent noch vom Gewinn verbleibt, wird in der folgenden Weise verteilt: Drei Viertel erhält das Reich und ein Viertel erhalten die Anteilseigner. Vor den Anteilen des Reiches und der Anteilseigner gehen aber noch 10 Prozent des verbleibenden Gesamtbetrages ab, die dem Reservefonds zugeführt werden müssen und die je zur Hälfte auf Anteilseigner und Reich entfallen. Nach einer in der Begründung des Entwurfes enthaltenen Schätzung ist der für 1915 zu erwartende Reingewinn mit etwa 220 Millionen Mark anzunehmen. Danach würde unter Berücksichtigung der Kriegssteuern des ersten, von der Budgetkommission indes abgeänderten Entwurfes die Dividende noch immer die für 1914 gezahlte übersteigen, was um so mehr bedeutet hätte, da die vorjährige Dividende 10,24 Prozent betrug. Es stellten sich die Dividenden in Prozent:

1901	6,25	1906	8,22	1911	5,86
1902	5,47	1907	9,89	1912	6,25
1903	6,18	1908	7,77	1913	8,43
1904	7,04	1909	5,83	1914	10,24
1905	6,15	1910	6,48		

Seit 1901 ist also keine Dividende in der Höhe der Kriegsdividende von der Reichsbank verteilt worden. Allerdings ist der Satz von 10,24 Prozent früher schon erreicht worden; das war in den Jahren 1899 und 1900, in denen Dividenden von 10,48 und 10,96 Prozent zur Ausschüttung gelangten. Zeiten der Geldteuerung bringen der Reichsbank hohe Gewinne; das war auch 1899 und 1900 vor Ausbruch der schweren allgemeinen Wirtschaftskrise der Fall. Schon in Friedenszeiten fehlte es deshalb nicht an Bestrebungen, die Dividendenverteilung der Reichsbank zu beschränken; leider konnte sich aber der Reichstag zu der Festsetzung einer Höchstdividende nicht entschließen.

Wie läßt es sich verteidigen, daß die Reichsbank ihren Anteilseignern für 1914 eine Dividende von 10,24 Prozent zahlte und für 1915 eine noch höhere geben wollte, während im Durchschnitt der letzten 10 Jahre vor 1914 die Dividende 7,20 Prozent betrug? Gegen das Verlangen einer Dividendenbegrenzung der Reichsbank wurde in Friedenszeiten der Einwand erhoben, daß die Besitzer der Anteile auch einmal mit einem Risiko zu rechnen haben könnten. Wo steckt dieses Risiko eigentlich? Man glaubte, es würde sich vielleicht in Kriegszeiten einstellen, aber der Krieg brachte den Anteilseignern eine Dividende von 10,24 Prozent für 1914 und nach dem Plan der ursprünglichen Vorlage eine abermalige Steigerung des Gewinnsatzes für 1915. Nicht nur, weil der Bezug von Sondergewinnen während des Krieges verpönt ist oder verpönt sein sollte, ist die hohe Reichsbankdividende eine unerfreuliche Erscheinung; sie ist es noch viel mehr, weil das Reichsbankprivileg in seiner gegenwärtigen Form den Aktionären auch in Friedenszeiten stets dann besonders große Vorteile erbringt, wenn die Gesamtheit unter der Ungunst wirtschaftlicher Verhältnisse leiden muß. Die Anteile des ursprünglichen Kapitals der Reichsbank von 120 Millionen Mark wurden, soweit sie nicht im Umtausch von den Anteilseignern der Preussischen Bank übernommen worden waren, zu 130 Prozent aufgelegt, 30 Millionen der Kapitalerhöhung kamen zu 135 Prozent plus 2 Prozent Reichsstempel, die zweiten 30 Millionen zu 144 Prozent plus 2 Prozent Reichsstempel zur Begebung. Bei diesen

Erwerbspreisen wäre die Durchschnittsdividende der letzten zehn Jahre von 7,20 Prozent eine ausreichende Verzinsung, besonders wenn man bedenkt, daß ein Risiko für die Besitzer der Reichsbankanteile noch nie bestanden hat.

Die Budgetkommission hat nun den sozialdemokratischen Antrag abgelehnt, daß die Dividende nicht über den Satz von 7,08 steigen dürfe, dagegen nahm sie den Antrag des Zentrums an, von dem Reingewinn für 1915 und 1914, soweit er den Durchschnittsgewinn der Jahre 1911, 1912 und 1913 übersteigt, dem Reich statt der vorgesehenen 50 Prozent 75 Prozent zu überweisen. Finanziell ist die Wirkung beider Anträge ungefähr gleich, das Reich erhält gegenüber dem Entwurf etwa 5 Millionen Mark mehr. Sollte das Reich nach dem ersten Anschlag an Abgaben für 1915 insgesamt 193,96 Millionen beziehen, so erhält es nach dem Beschluß der Budgetkommission 198,99 Millionen Mark. In Wirklichkeit ist der Hauptanteil dieser Beträge nur Rückforderung des Reiches für erlassene Abgaben, der Anteil des Reiches am Mehrertrag ist deshalb nicht so überwältigend, wie man nach dem äußeren Zahlenbild annehmen könnte. Unter keinen Umständen darf von einem Geschenk der Reichsbank gesprochen werden, die Reichsbankaktionäre schenken dem Reich wirklich nichts.

Selbst wenn die Kriegsabgabe noch höher wäre, bleibt die Frage einer Regelung der Reichsbankgewinne ungelöst. Das ist um schwerwiegender, da wir nach dem Kriege mit teuren Geldverhältnissen und steigenden Reichsbankgewinnen zu rechnen haben werden. Die Reichsbankanteileseigner sollten sich für die Zeit nach dem Kriege zu einem freiwilligen Verzicht auf den Dividendenbezug über das Maß des Durchschnittssatzes der letzten zehn Jahre hinaus entschließen, es würde sich so der Uebergang zur gesetzlichen Festsetzung einer Höchstdividende in einer den gegenwärtigen Verhältnissen angemessenen Weise vollziehen. (m)

WILHELM JANSSON:

Das Buch der „Aktivisten“.

UNTER dem Titel: „**Schwedische Stimmen zum Weltkrieg**“ hat Dr. Friedrich Stieve im Verlag von B. G. Teubner, Leipzig, das schwedische Aktivistenbuch in deutscher Sprache herausgegeben. Es ist das jenes Buch, das die Genossen Otto Järte, Yngve Larsson und Prof. Steffen um die Mitgliedschaft in der schwedischen Sozialdemokratie brachte. Das Buch ist anonym erschienen, weil die Verfasser den Wunsch hatten, ihre im Buche vertretene Auffassung für sich selbst sprechen zu lassen, „ohne jene persönliche Kursnotierung, die in unserem parteigespaltene Lande jedes objektive Urteil erschwert“. Die Verfasser sind Historiker, Nationalökonomien, Militärs usw., die den verschiedenen Parteien des Landes angehören, aber in der einen Frage einig sind, daß die schwedische Zukunft nur durch die Orientierung an der Seite Deutschlands gesichert werden kann.

Offen gestanden, es wäre mir lieber gewesen, wenn dieses wirklich **schwedische** Buch nicht übersetzt worden wäre. Es hat in Schweden einen Riesenerfolg zu verzeichnen, sowohl buchhändlerisch wie als politische Kundgebung, die monatelang Gegenstand der öffentlichen Diskussion war und schließlich den Rechtsbruch der sozialdemokratischen Parteileitung Schwedens gegen verdienstvolle und überzeugte Sozialdemokraten veranlaßte. Ich scheidet dabei die Aktion gegen Professor Steffen aus, dessen Unschuld in der entscheidenden Sitzung der Parteileitung bekannt war und dem Branting früher erlaubt hatte, an hervorragender Stelle der offiziellen Monatsschrift der Partei mehr als das zu propagieren, das jetzt zum Hinauswurf der drei Angeklagten, aber nicht überführten Genossen den Anlaß gab. Unter Brantings Redaktion durfte Steffen in Nr. 2 der „Tiden“, Jahrgang 1911, schreiben:

„Ich sehe gar kein Unglück für unser Volk in einer uns staatsrechtlich günstigen Einkorporierung unseres Landes — am besten zusammen mit Norwegen, Dänemark sowie Holland — in einen unauflösbaren Staatsverband, einen germanisch-skandinavischen Staatsverband, dessen Kern das heutige Deutsche Reich oder eine politisch höhere Entwicklung dieses Reiches bilden würde.“

Ein Staatsverband mit England erschien ihm dagegen weit unwahrscheinlicher und unnatürlicher, wenn auch nicht gefährlich für die Entwicklung Schwedens, eine Vereinigung mit Rußland war für Steffen gleichbedeutend mit dem kulturellen und völkischen Untergang Schwedens. In der Monatsschrift der Partei nimmt sich das wie eine programmatische These aus, gegen die niemals polemisiert wurde.

So viel verlangt das vorliegende Buch gar nicht. Hier wird es aber ohne jede Verantwortung der Partei gefordert und ohne Nennung der Verfasser, so daß keiner Partei die Verantwortung für die verfochtene Auffassung aufgebürdet werden kann. Die Verfasser haben auf ihre resp. Parteien die weitgehendste Rücksicht genommen, indem sie ihre Namen verborgen hielten und jede literarische Eitelkeit über Bord warfen. In der Schicksalstunde ihres Landes haben sie geglaubt, noch einmal das Problem zur Diskussion stellen zu müssen, das seit Jahren in der schwedischen Öffentlichkeit besprochen wurde. Und die offizielle Parteivertretung antwortete darauf mit dem Ausschluß des einzigen Sachkundigen der Partei auf dem Gebiete der Sozialpolitik, Otto Järte, sowie des Schöpfers des sozialdemokratischen Kommunalprogramms, Dr. Yngve Larsson. Ausgeschlossen, nicht etwa in einem ordentlichen Gerichtsverfahren auf Grund von rechtsgültigen Beweisen, sondern auf der morschen Grundlage des **Stadtklatsches**, der die Delinquenten als Uebeltäter bezeichnete. Wie man im schwedischen Rechtsstaate einem zahlungsunwilligen Schwängerer den Eid zuschiebt, daß er die Magd nicht geschwängert hat, so wurden verdiente Parteigenossen angewiesen, sich frei zu schwören oder zu fliegen. Die Unmöglichkeit, jenes unmoralische Verfahren mit der modernen Rechtsauffassung zu ver-

einbaren, erschien den Anhängern der zaristischen Koalition in der schwedischen Parteileitung weniger wichtig als die Möglichkeit, zu Deutschland haltende Parteigenossen auf diesem Wege — andere Beweismittel fehlten — zu strangulieren.

Und deshalb habe ich so etwas wie Scham empfunden, als ich die deutsche Ausgabe sah. Im Original war das Buch auf das Land beschränkt, für das es geschrieben wurde. In deutscher Sprache trägt es aber die Kunde von der schwedischen Ketzerriechei in die ganze Welt. Ein jeder kann jetzt den Inhalt dieses Buches selbst prüfen und die Größe der Schmach ermessen.

Der Inhalt ist kurz folgender: Die Verfasser erblicken in den russischen Expansionsbestrebungen eine Bedrohung der Selbständigkeit ihres Landes. Bis zur Lösung der Wehrfrage im September 1914 war diese Auffassung Gemeingut aller Parteien Schwedens, auch der Sozialdemokratie, die wegen dieser Gefahr erhebliche Mittel für die Wehrfähigkeit des Landes bereit stellen wollte. In diesem Buche wird nun an der Hand des Weltkrieges untersucht, wie sich das Verhältnis nach dem Kriege gestalten könnte. Die Verfasser kommen zu dem Ergebnis, daß das Schicksal Schwedens unentrinnbar mit dem Deutschlands, des stärksten Bollwerkes gegen die russische Expansion nach dem Westen, verknüpft ist. Das Interesse Deutschlands an einem Schweden, das sich jetzt etwa zwischen zwei Stühle setzt, ist aber selbstverständlich gering und schon ein Separatfriede zwischen Deutschland und Rußland könnte ein Desinteressement Deutschlands in Nordskandinavien zur Folge haben. Eine Niederlage Deutschlands wiederum würde sofort die völlige Russifizierung Finnlands einleiten und damit wäre die Aufmarschbahn Rußlands gegen Nordskandinavien frei, während das autonome Finnland immer noch als Pufferstaat empfunden wurde. Die einzige Rettung sei die Orientierung Schwedens an deutscher Seite. Der Uebersetzer hat diesem Satz eine falsche Deutung gegeben. Er spricht von „einer mutigen Waffenbrüderschaft mit Deutschland“, so weit geht aber das Buch keineswegs. Es fordert vielmehr „modig uppslutning vid Tykslands sida“, das heißt mutigen Aufmarsch oder Orientierung an der Seite Deutschlands. Das kann zwar zur Waffenbrüderschaft führen, wenn das Ziel, die Auto-

nomie Finnlands, anders nicht zu erreichen ist, aber es braucht nicht den Waffengang im Gefolge zu haben. Dem müßten natürlich Verhandlungen vorangehen, die in der heutigen Situation nicht unbedingt erfolglos zu sein brauchen.

Ein Verdienst des Buches ist die Aufräumung mit dem ungeheuerlichen Schwindel von der Demokratie der Westmächte, die in den Kapiteln über den Weltkrieg als Kulturkampf ordentlich besorgt wird. Auf diese auch für Deutschland sehr wichtige Materie behalte ich mir vor, später zurückzukommen. Die geschichtlichen Reminiszenzen betreffend die schwedische Außenpolitik haben für den deutschen Leser weniger Wert, da sie weitgehende Vorkenntnisse der schwedischen Politik überhaupt voraussetzen. Dagegen halte ich die Ausscheidung der drei Kapitel über die schwedische Landesverteidigung und Finanzfragen für bedauerlich, weil diese mir geeignet scheinen, gewisse irrige Vorstellungen zu korrigieren. Da sie in Schweden unbehindert veröffentlicht werden konnten, lag kein Grund zu ihrer Ausscheidung vor.

Die Uebersetzung ist im ganzen annehmbar, aber an vielen Stellen reichlich frei, wie aus obiger Probe hervorgeht. Wenn der Verdeutschter aus Verhältnis „Ueberzeugung“, aus unheilverkündend „unheilvoll“, aus Stimmungen „Gesichtspunkte“, aus Jahrhunderte „Jahrzehnte“ macht, so ist das eine für ein derartiges Kampfbuch etwas flüchtige Arbeit. Stilistisch ist sie weit besser gelungen. (m)

STEPHAN WEISSLITZ:

Noch einige imperialistische Randbemerkungen.

Etwa gleichzeitig mit der in Nr. 7 der „GLOCKE“ veröffentlichten Arbeit des Genossen Max Cohen ging uns eine längere Arbeit von Stephan Weißlitz zu, die das gleiche Thema behandelt. Da es zurzeit kaum einen Gegenstand gibt, der für die Politik der Sozialdemokratie bedeutungsvoller ist als der in diesen beiden Arbeiten behandelte, so geben wir gern auch noch Stephan Weißlitz das Wort, indem wir aus seiner Arbeit den nachstehenden Abschnitt veröffentlichen.

Redaktion der „GLOCKE“.

DER Ausbruch des Krieges hat in keiner Weise die Marxistische Theorie erschüttert. Sie hat den Krieg längst vorausgesagt und jene Faktoren, die zu ihm trieben, aufgedeckt. Es bewahrheiten sich die Warnungen, die sie an die Adresse der bürgerlichen Gesellschaft gerichtet hat, und alle Völker Europas spüren an ihrer eigenen Haut, zu welchen Konsequenzen der Mechanismus der kapitalistischen Ordnung führt. In dieser Hinsicht kann man dem Rufe nach „Umlernen“ keine Bedeutung zumessen.

Aber auch auf dem Gebiete der praktischen Aufgaben und Ziele der Partei kann der Krieg nichts verändern. Sein Ausbruch beweist die Richtigkeit der sozialdemokratischen Kritik, beweist den Bankerott des bisherigen politischen Systems in Europa und ist der beste Beweis dafür, daß die weitere Zunahme der Rüstungen eine Hemmung für den Fortschritt der Menschheit bedeutet. Eine gänzliche Verkennung der Tatsachen ist jene auch in sozialistischen Reihen propagierte Anschauung, die in dem Ausbruch des Krieges einen Bankerott des Internatio-

nalismus und nicht des Nationalismus sieht. Denn nicht jener, sondern dieser ist für das Blut und Elend der Völker verantwortlich. Nichts vielleicht kann in der nahen Zukunft so viel zur politischen und kulturellen Zusammenfassung der Völker beitragen, nichts kann ein stärkeres Fundament für den europäischen Staatenbund bilden, als das im Interesse des Imperialismus in Strömen fließende Blut auf den Schlachtfeldern Europas.

Desto stärker aber muß die Partei ihre alten internationalen Losungen festhalten, desto energischer muß sie am Ziele festhalten, das sie sich in Friedenszeiten gestellt: die Verständigung der Staaten und weiterhin ein europäischer Staatenbund an Stelle des heutigen völkerrechtlichen Chaos.

Aus der Konstatierung aber der Einheitlichkeit der **Aufgaben** und **Ziele** der Sozialdemokratie sowohl in den Friedens- als auch in den Kriegszeiten ergeben sich uns noch nicht direkt die Richtlinien der sozialdemokratischen **Taktik** im Kriege. Erst jetzt kommen wir zu der Frage: Zu welchen Mitteln muß das Proletariat im Kriege greifen, um jenem Ziele näher zu kommen, welche sozialen und politischen Kräfte müssen in Bewegung gesetzt werden, um Europa auf ein höheres Niveau der Entwicklung zu bringen, um die erste Phase des Imperialismus zu überwinden?

Schon in Friedenszeiten brachte dieses Problem große Schwierigkeiten. Im allgemeinen beschränkte sich die politische Aktion des Proletariats auf die Tätigkeit der sozialdemokratischen Abgeordneten in den Parlamenten und die Aufrüttelung der Volksmassen in Versammlungen und durch die Presse. Der auf seine Höhe getriebene Klassenkampf sollte das gewaltige Mittel sein, den europäischen Kapitalismus zu zwingen, die Waffen zu strecken und die internationalen Probleme in friedlicher Weise zu lösen. Die Organisation des Proletariats sollte die Garantie für eine bessere Zukunft sein.

Der Krieg ist nun aber da, das Proletariat war zu schwach, um ihn zu hindern, und schnell überstürzten sich die Ereignisse. Die Arbeiterklasse kann sich also nur den veränderten politischen Verhältnissen anpassen und unter anderen Bedingungen demselben Ziele zustreben, das ihr vor dem Kriege vorschwebte.

Welcher Mittel muß sich das Proletariat bedienen? Die Ant-

wort auf diese Frage kann nur die Erfassung jener Bedingungen geben, unter denen man jetzt arbeiten muß, d. h. die Analyse des Wesens des Krieges.

Der Krieg ist, wie sich Clausewitz ausdrückt, eine „Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln“. Das heißt, daß der Krieg sich nicht aus dem Ganzen der sozial-politischen Verhältnisse isolieren läßt. Daß er einerseits durch Probleme, die vor dem Kriege schon da waren, und die nicht auf friedlichem Wege gelöst werden konnten, verursacht ist; andererseits wieder, daß das Ziel des Krieges nichts anderes ist und sein kann, als eben die Lösung jener Probleme, und zwar mit gewaltsamen Mitteln. Sein charakteristisches Merkmal besteht darin, daß für einige Zeit in den interstaatlichen Verhältnissen freundschaftliche Aussprache jede Bedeutung verliert und daß nur die Logik eiserner Tatsachen entscheidend wirkt. Die diplomatischen Verbindungen werden durchschnitten, jedwede Verständigung hört auf, die Aufgabe des gegebenen Zeitpunktes besteht darin, eine solche Vereinigung physischer und moralischer Macht zustande zu bringen, daß der kriegführende Staat mit Gewalt zu seinem Ziele gelangen kann. Der Krieg kennzeichnet sich weiter dadurch, daß er jene Probleme, aus denen er hervorgegangen ist, wirklich zur Lösung bringt und daß er für eine längere Zeit die zwischenstaatlichen Verhältnisse ordnet. Vom Ausgange des Krieges hängt es in hohem Maße ab, wie sich die Politik der nächsten Jahrzehnte gestalten wird. Der Ausgang des Krieges von 1870 beeinflusst bis heute die europäische Politik.

Soll nun die Taktik der Sozialdemokratie in Kriegszeiten nicht in der Luft schweben, soll sie sich nicht in Phrasen auflösen, so kann sich die Partei nicht mit der Abgabe ihres Glaubensbekenntnisses, mit der Präzisierung ihrer prinzipiellen Stellung, mit dem Aufzählen ihrer Wünsche begnügen, sie muß in die gewaltige Bewegung dieser Tage hineingehen und bei gleichzeitiger Wahrung ihrer prinzipiellen Stellung überlegen, auf welche Weise sie mit ihren Kräften wirtschaften soll. Entspricht es besser den sozialdemokratischen Zielen, daß man dem Ausgang des Krieges gegenüber partei- und interesselos bleibt oder aber, daß man die organisierte Kraft der Arbeiterklasse einer kriegführenden

Seite zuführt, von der Voraussetzung ausgehend, daß zwar der Krieg an sich ohne Zweifel viel Unheil verursacht, ein Sieg der anderen Seite aber noch schädlicher wirken kann?*)

Je größer die Verantwortung der politischen Führer der Arbeiterbewegung, desto wichtiger jenes Problem.

Es ist interessant, daß schon in Zeiten, in denen sich die Nationalstaaten bildeten, in denen die Fragen der äußeren Politik noch keine so gewaltige Bedeutung hatten, wie es heute der Fall ist, der Ausgang eines Krieges niemals gleichgültig für die Führer der Arbeiterbewegung war. In den Jahren 1854/6 (Krimkrieg), im Jahre 1859 (italienischer Krieg), 1866 (preußisch-österreichischer Krieg) und 1870 (deutsch-französischer Krieg) sieht man die geistigen Führer der Arbeiterklasse, trotzdem sie entschiedene Gegner des Krieges waren, auf der einen oder anderen Seite der Kämpfenden. Immer hatten sie es klar vor Augen, welche große Bedeutung dem Ausgang eines Krieges für die weitere politische Entwicklung Europas und der Arbeiterbewegung beizumessen war. Besonders interessant sind für uns die Unterschiede innerhalb der Partei im Jahre 1870. Während Bebel und Liebknecht fragten, wer den Krieg führe, in wessen Interesse er geführt werde und weiter, welche Seite offensiv und welche defensiv vorgehe (vergl. die ganze Geschichte mit der Emser Depesche), war die Methode, deren sich Engels und Marx befleißigten, eine grundsätzlich verschiedene.

Engels schreibt an Marx scharf und ausdrücklich in dem bekannten Briefe vom 15. August 1870: „Daß dieser Krieg — und jetzt kommen die Nebenrücksichten — von Lehmann, Bismarck & Co. kommandiert wird und ihnen zur augenblicklichen Glorie dienen muß, falls sie ihn glücklich durchführen, das verdanken wir der Misere der deutschen Bourgeoisie. Es ist allerdings sehr eklig, aber nicht zu ändern. Darum aber den Antibismarckismus zum alleinleitenden Prinzip erheben, wäre absurd. Erstens tut Bismarck jetzt, wie 1866, immer ein Stück von un-

*) Es handelt sich hier nicht, wie ausdrücklich hervorgehoben werden muß, um die schon aufgeklärte Frage der Verteidigung des Vaterlandes, sondern um weitere Ziele der sozialdemokratischen Politik in auswärtigen Angelegenheiten.

serer Arbeit, in seiner Weise und ohne es zu wollen, aber er tut's doch. Er schafft uns reineren Boden, als vorher...“*)
 Engels befaßt sich auch nicht viel mit der Frage, wer, ob Bismarck oder Bonaparte, den Krieg verursachte; die Hauptsache bleibt bei ihm, welche Wirkungen ein Sieg Bonapartes oder Bismarcks in den damaligen konkreten Verhältnissen auf die politische Entwicklung Europas und auf die Arbeiterbewegung ausüben werde. Welcher Ausgang des Krieges wird das staatliche Problem Deutschlands lösen? Es ist bekannt, daß die Antwort auf diese Fragen Engels und Marx auf die Seite Deutschlands gebracht hat im Gegensatz zu Bebel und Liebknecht.

Wenn also schon im Jahre 1870 der Ausgang des Krieges keine gleichgültige Sache für die Ziele der Arbeiterbewegung war, im Gegenteil, in den Ausführungen von Marx und Engels eine entscheidende Rolle spielte, welche Bedeutung muß man erst dem Ausgange des imperialistischen Krieges von heute beilegen! In einer Zeit, in der die äußere Politik der inneren gegenüber an Bedeutung zugenommen hat, in der sie mehr bedeutet als jemals früher, in einem Moment, in dem die gewaltigen Probleme der Weltpolitik zur Entscheidung kommen und auf diese Weise von dem Ausgang des Krieges das Leben und Leiden eines ganzen Menschengeschlechtes abhängt! In einem solchen Zeitpunkte ist es, gelinde gesagt, ein **Anachronismus**, wenn viele Genossen in ihren Ausführungen immerfort unterstreichen, daß wir es **nur** mit einem imperialistischen Kriege zu tun haben, daß er nur im Interesse des Kapitals geführt wird, oder wenn andere sich wieder eingehend mit der sogenannten Schuldfrage befassen.

Der Krieg war objektiv unabwendbar, und jetzt stehen wir vor einer zwingenden Tatsache. Das, was die Arbeiterklasse interessieren muß, ist die Frage, welcher Ausgang des Krieges auf der Entwicklungslinie ihrer Ziele und Aufgaben liegt, ob der Sieg oder die Niederlage der einen oder anderen kriegführenden Partei die bisherigen politischen Verhältnisse Europas vom schrecklichen Alpdruck des Militarismus befreien kann. Die Entscheidung dieser Frage ist nur von den konkreten historisch-

*) Der Briefwechsel zwischen Engels und Marx, IV. Bd. S. 319—20.

politischen Bedingungen und nicht von der prinzipiellen Stellung gegenüber dem Imperialismus abhängig.

Es ist sicher, daß im jetzigen Kriege der deutsch-englische Gegensatz alle anderen überwiegt, deshalb muß dieser Gegensatz die Grundlage bilden für den Ausbau der sozialdemokratischen Taktik, trotzdem in diesem Weltkriege auch andere mächtige Interessen im Spiele sind und auch andere Konflikte zur Entscheidung kommen. Aus der Summe der politischen und wirtschaftlichen Konflikte, die jetzt zur Entscheidung kommen, muß man jenen herausheben, der am mächtigsten die letzte politische Vergangenheit Europas beeinflußt hat, von dessen Lösung auch in erster Reihe abhängt, wie in der Zukunft das politische Antlitz der Welt ausschauen wird.

Muß man nun die Ursachen dieses Gegensatzes suchen in der wirtschaftlichen Konkurrenz beider Staaten oder in der imperialistischen Entwicklung ihrer Politik?

Viel wurde in den Spalten der „Neuen Zeit“ darüber geschrieben und es wurden dort Stimmen laut, die den Handelsneid als Ursache des Antagonismus bestritten.*) Das Hauptgewicht legt man gewöhnlich in diesem Falle auf Deutschlands imperialistische Expansion, auf dessen Land- und Seerüstungen, und man faßt es als eine nationalistische Phrase auf, wenn gesprochen wird von Deutschlands mächtigem Handel und Industrie als den Faktoren der gegenseitigen Entfremdung und des bisher unüberwindlichen Antagonismus. Nicht vor den deutschen Waren hat das englische Kapital Furcht bekommen, sagen die Anhänger dieser Theorie, sondern vor den deutschen Dreadnoughten und Pickelhauben.

Wie jede einseitige Theorie, die starrsinnig nur ein Moment festhält, kann auch diese ein vollständiges Bild der Wirklichkeit nicht geben. Diese Theorie verläßt auf einmal das Gebiet der Wirtschaft, trotzdem man zwischen ihren Anhängern auch gut bekannte Vertreter der materialistischen Geschichtsauffassung finden kann, und sie will von nichts hören, als nur von politischen

*) A. Hofrichter: Der englische Handelskrieg („Neue Zeit“, Nr. 21 und 22 den 33. Jahrg., 1. Bd.). Auch Asker: „Der britische Imperialismus“, (19. Ergänzungsheft zur „Neuen Zeit“).

Faktoren im gegenseitigen Verhältnisse solcher kapitalistischer Staaten, wie es Deutschland und England einmal sind. Nun hat schon Bismarck im Jahre 1857 in seinem Briefwechsel mit L. von Gerlach die wirtschaftlichen Momente im Verhältnisse Deutschlands zu England hervorgehoben und sich gegen einen Bund mit England ausgesprochen; denn „England kann (Preußen) keine Chancen maritimer Entwicklung in Handel oder Flotte gönnen und ist neidisch auf unsere Industrie“. Dieser „Neid“ verstärkte sich immer mehr mit der ökonomischen Entwicklung Deutschlands, und es ist viel wahrscheinlicher und der Wirklichkeit mehr entsprechend, daß einerseits die wirtschaftliche, andererseits aber auch die politische Expansion sich in ihren Wirkungen ergänzen und dadurch zu einer weiteren Verschärfung der schon zugespitzten zwischenstaatlichen Verhältnisse führen.*) Jedenfalls aber, ob wir auf die wirtschaftliche oder politische Seite das Hauptgewicht legen, ist es sicher, daß die letzten Ursachen des Antagonismus in der industriellen und kommerziellen Entwicklung Deutschlands zu suchen sind, und zwar insbesondere in seinem späteren Eintritt auf die Weltbühne.

Ohne die gewaltige Entwicklung Deutschlands in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, ohne das Auftreten eines neuen vorwärtsstürmenden Kapitalismus in Mitteleuropa ist der ganze heutige Imperialismus, der scharfe Gegensatz zwischen den zwei germanischen Staaten undenkbar. Denn eben wie im allgemeinen, so auch im besonderen Falle Deutschlands bildet nicht die Bosheit einzelner Bevölkerungsschichten oder auch der Regierung, sogar nicht einmal die geheime Diplomatie die Grundlage der heutigen komplizierten Expansion Deutschlands über seine geographischen, politischen und wirtschaftlichen Grenzen, sondern die wirklichen Bedürfnisse des deutschen Kapitals, das auch seinen Platz „an der Sonne“ beansprucht.

*) Aus den obigen Artikeln Hofrichters kann man gut Deutschlands wirtschaftliche Expansion und Englands Verdrängung aus dem Weltmarkte herausfühlen, trotzdem die Artikel etwas anderes beweisen sollen. Es ist klar, daß von einer Vernichtung des englischen Handels niemand spricht, es handelt sich nur darum, ob die englische Industrie und der englische Handel durch die neue Kon-

kurrenz in ihrer weiteren Entwicklung gehemmt sind. Auf diese Frage gibt uns Hofrichter folgende Antwort:

S. 652. „Am raschesten wächst der deutsche Handel (82%)... Allerdings ist die deutsche Ausfuhrsteigerung auch absolut größer als die englische. Von Jahr zu Jahr verringert sich der Vorsprung, den England durch seine Industrialisierung vor Deutschland gewonnen hatte.“ Hofrichter tröstet sich aber: „Aber die Interessen des Kaufmanns sind nicht identisch mit denen der Nation, ja nicht einmal mit denen der Industrie. Daß die deutsche Konkurrenz dem englischen Kaufmann in steigendem Maße unbequem wurde, ist sicherlich richtig; aber damit ist nicht gesagt, daß sie für die englische Industrie verhängnisvoll, bedrohlich, oder überhaupt schädlich geworden ist.“

S. 653. „Der Anteil Englands an dem Gesamtaußenhandel der wichtigeren Länder ist allerdings gesunken.“

S. 657. „Die Industrie von Lancashire hat ihre Weltmarktstellung auf dem Garn- und Baumwollwarenmarkt schlechthin wohl verloren.“

S. 685. „Freilich hat die englische Eisenindustrie auf dem Weltmarkt ihre einst übermächtige Stellung eingebüßt.“

Aehnlich bei Askew: „Der britische Imperialismus.“ (S. 30, 32 und 33.)

Es ist bekannt, daß, je mehr ein Staat kapitalistisch wird, desto mehr übersteigt die Einfuhr seine Ausfuhr, desto mehr wird also seine Handelsbilanz passiv (mit Ausnahme der Vereinigten Staaten von Amerika). Die Handelsstatistik beweist nun, daß sich Deutschlands Einfuhrüberschuß vom Jahre 1904—1912 um 607 Millionen Mark steigerte, während Englands Einfuhrüberschuß sich von 1904 auf 1912 um 701 Millionen Mark verminderte (s. „Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich“ 1913).

(Schluß folgt.)

EDGAR STEIGER:

Vor dem Spiegel.

Zu Ernst v. Possarts Lebenserinnerungen.*)

Motto: „Ja, wenn der Pfarrer ein Komödiant ist!“
Goethe.

ALS der alte Goethe die Rückschau auf sein Leben herausgab, setzte er vorsichtshalber hinter den Obertitel die beiden vielsagenden Wörtchen „Wahrheit und Dichtung“. Der fromme A. C. F. Vilmar bemerkt dazu, das Wort „Dichtung“ beziehe sich lediglich auf das, was der Dichter verschwiegen habe. Bei Possarts Erinnerungen möchte ich den Ton auf „und“ legen, als Motto aber statt der Possartschen wieder die Goetheschen Begleitverse wählen:

„Ein alter Freund erscheint maskiert
Und das, was er im Schilde führt,
Gesteht er wohl nicht allen;
Doch du entdeckst sogleich den Reim
Und sprichst ihn aus ganz insgeheim:
Er wünscht dir zu“

wobei ich den Ton wieder auf „maskiert“ legen würde. Denn das Buch ist vor dem Spiegel geschrieben und genau wie eine Rolle einstudiert worden. So spöttisch das klingen mag, ich will damit ein Lob aussprechen. Wer so in seinem Berufe lebt wie Ernst v. Possart, wird mich verstehen. Es wäre ein törichtes Verfangen und vergebliches Bemühen, bei ihm Mensch und Schauspieler auseinander halten zu wollen. Wer schon als

*) „Erstrebtes und Erlebtes“ von Ernst v. Possart. Berlin 1916. Ernst Siegfried Mittler & Sohn.

junger Buchhandlungsgehilfe im Berliner Tiergarten unter Tränen und am ganzen Körper zitternd den Don Carlos in den Wald hineinschrie, wer dann bei seinem ersten Deklamationsversuch nach geglückter Probe auf der Treppe eines Berliner Hauses niederkniete und betete, der wird auch als 70 jähriger den jungen Possart im Schillerschen Stile mimen. Unwillkürlich erscheint ihm da die ganze Vergangenheit in bengalischem Lichte (ein Maler würde sagen: etwas kitschig), aber nicht etwa nur er selber, sondern alle Menschen, die mit ihm in Berührung kommen. Wer wüßte nicht, wie sich die Kinder freuen, wenn sie die Welt durch ein rosa Glas betrachten! Jetzt erst finden sie die in einer roten Syrupbrühe schwimmende Frühlingslandschaft schön. Etwas Aehnliches geht in unserem Schillerverehrer und Schillerdarsteller vor sich, wenn er allen Personen, die in sein Leben eingegriffen haben, denselben edlen Zug andichtet. Die Gesichter bekommen dadurch zwar eine etwas unnatürliche Familienähnlichkeit, aber sie sind alle schön im Sinne des Possartschen Mottos:

„Doch wo ich huldigte dem Echten, Schönen,
Da war's ein Amen und kein leeres Tönen.“

Wobei ich mir hinter „Tönen“, um den richtigen Possartschen Tonfall herauszubekommen, statt eines Punktes ein kleines Fragezeichen denke. Edel ist Possarts erster Prinzipal, der Buchhändler Hermann Kaiser; edel Possarts Lehrer in der Schauspielkunst Wilhelm Kaiser; edel der Hauptmann des Garderegiments, unter dem er als Einjähriger dient; edel die Eidgenossen, die ihm in Bern Beifall klatschen; edel vor allem die sämtlichen Theaterdirektoren, an deren Bühnen er zu mimen die Ehre hatte, vom „finsternen Christian“ in Breslau (Fritz Schwemer), der blutenden Herzens dem fremden Ankömmling die Bombenrollen seines eigenen Sohnes zu spielen gibt, bis zu Karl Freiherr von Perfall in München, dem „stattlichen, überaus charmanten Kavalier“, unter dem Possart Byrons „Manfred“ für die Bühne erobern durfte. Man fragt sich unwillkürlich, wie Possart nach so glücklichen Bühnenerfahrungen überhaupt

auf den Gedanken kommen konnte, zur Förderung der bedrückten Schauspieler die Bühnengenossenschaft zu gründen.

Mit dieser Idealisierung der Menschen, die durch die geschickt eingestreuten harmlosen Kulissengeschichten uns sogar etwas wie Wirklichkeit oder wenigstens Wahrscheinlichkeit vortäuscht, hängt die Vorliebe für gewisse, absichtlich allgemein gehaltene ausschmückende Beiwörter (Epitheta ornantia) zusammen, die in ihrer regelmäßigen Wiederkehr geradezu an Homer erinnern. Ich erwähne hier nur „die holdselige Herzogin Theodora“, „die erhabene Künstlerin“ (Julie Rettich), „die weihevollte Reliquie“ (deren Bild), „die majestätische Gestalt des Fürsten“ (von Meiningen), „die hervorragende ideale Jünglingsgestalt“ (Ludwig II.), „Jung-Siegfried“ (Kronprinz Friedrich Wilhelm von Preußen), „der Geist des erlauchten Schöpfers“ (des Herzogs von Meiningen), „das künstlerische Dreigestirn“ (die Theatermaler Quaglio, Döll und Jank) und endlich gehäuft „Poet von Gottes Gnaden im Dienste der heiligen Kunst“ (Karl von Heigel).

Neben dieser Homerischen Stereotypie des Ausdrucks darf natürlich auch das den Vortrag belebende Zitat nicht fehlen. Es stellt — und das ist wieder eine feine, auf die Schriftstellerei übertragene Bühnenbetrachtung des Schauspielers — insofern ohne weiteres den Zusammenhang zwischen Schriftsteller und Leser her, als sich beide gewissermaßen bei einem dritten guten Freunde treffen. Man sehe sich nur einmal den Geleit-spruch an, den Possart seinem Buche vorausschickt:

„Ich habe stets den Teufel schwarz genannt“;
 Unmöglich war es mir, in trübsten Tagen,
 Wo man mich gern gekreuzigt und verbrannt,
 Für rauhes Nein — gesittet Ja zu sagen;
 Doch wo ich huldigte dem Echten, Schönen,
 Da war's ein Amen und kein leeres Tönen.

Hier haben wir alle Arten des Zitates in wenigen Versen vereint: Zeile 1, wie die Anführungszeichen besagen, ein wirkliches Zitat; Zeile 3, ein etwas verbogenes Zitat aus Goethes Faust; Zeile 5 und 6 endlich eine bloße Stilmachung mit An-

ähnlichung im Tonfall und Reim (ein Laie würde sagen: Frei nach Schiller). Und dieser anheimelnde Zitatstil ist über das ganze Werk verstreut, ohne daß man ihn immer so lebhaft greifen könnte, wie bei der Schilderung der Meininger Bühnenkunst, wo den Herzog, wie Hamlet, „allein der Wunsch be-seelt, dem Leben und der Natur gleichsam den Spiegel vor-zuhalten“.

Doch genug dieser zarten Winke für den Leser. Wer sie be-achtet, wird das Buch, in dem eine Fülle Personen und Ereignisse aus dem Bühnenleben an uns vorüberziehen, mit doppeltem Genuß lesen. Erstens, weil er 25 Jahre deutscher Theatergeschichte (1861—86) nochmal miterlebt (das Buch schließt nämlich mit Possarts erstem Abgang von München), und zweitens, weil es für den Eingeweihten einen ganz besonderen Reiz hat, einen großen Schauspieler in der Doppelrolle des Helden und des Erzählers bewundern zu dürfen. (m)

. . . Ich sage noch mehr: wir haben das allergrößte Interesse, wenn wir in einen Krieg gezerrt werden sollten — ich nehme an, daß die deutsche Politik so sorgfältig geleitet wird, daß sie selbst keinen Grund gibt, einen Krieg hervorzurufen —, aber wenn der Krieg ein Angriffskrieg werden sollte, ein Krieg, in dem es sich dann um die Existenz Deutschlands handelte, dann — ich gebe Ihnen mein Wort — sind wir bis zum letzten Mann und selbst die ältesten unter uns bereit, die Flinte auf die Schulter zu nehmen und unsern deutschen Boden zu verteidigen, nicht Ihnen, sondern uns zuliebe, selbst meinetwegen Ihnen zum Trotz! Wir leben und kämpfen auf diesem Boden, um unser Heimatland, das so gut unser Vaterland, vielleicht noch mehr als Ihr Vaterland ist, so zu gestalten, daß es eine Freude ist, in demselben zu leben, auch für den letzten unter uns. Das ist unser Bestreben, das suchen wir zu erreichen, und deshalb werden wir jeden Versuch, von diesem Vaterland ein Stück Boden wegzu-reißen, mit allen uns zu Gebote stehenden Kräften bis zum letzten Atemzug zurückweisen.

B e b e l.

MAX COHEN/REUSS:

Das englische Weltreich.*)

AN und für sich ist es begrüßenswert, daß der Vorwärtsverlag in Berlin den Versuch unternommen hat, durch die Herausgabe der Broschürenfolge „Mächte des Weltkrieges“ den Volksmassen die kriegführenden Länder etwas näher zu bringen. Nachteilig wirkt indes bei diesem Versuch der allzu geringe Umfang der Heftchen, denn es dürfte nicht sehr leicht sein, auf so wenigen Blättern auch nur „die elementarsten Kenntnisse von den wirtschaftlichen, sozialen und politischen Verhältnissen“ zu vermitteln, was der Zweck des Unternehmens sein soll. Diese außerordentliche Beschränkung macht sich natürlich doppelt fühlbar, wenn man auf 52 Seiten ein einigermaßen klares Bild des englischen Weltreiches geben soll. Das ist schlechterdings kaum möglich.

Wenn man diese Umstände berücksichtigt, so hat der Verfasser des Englandheftchens die ihm gestellte Aufgabe ganz gut gelöst, und die Leser erhalten wenigstens eine kleine Vorstellung von der Entstehung dieser ungeheueren Weltmacht und ihrer inneren Verhältnisse.

Am besten gelungen ist wohl die Darstellung der Entstehung des britischen Weltreiches. Denn wenn man bedenkt, daß dies ein Problem für eine Lebensarbeit ist, so kann man sich darüber freuen, daß jedem, der die 21 Seiten über diese Entwicklung liest, wenigstens eine kleine Ahnung von dem aufdämmert, was Großbritannien überhaupt ist. Man kann auch wohl annehmen, daß Lensch, dem jede moralisierende Auffassung des

*) Die Mächte des Weltkriegs: „Das englische Weltreich“ von Dr. Paul Lensch, Berlin, Buchhandlung Vorwärts.

historischen Geschehens fernliegt, dieser Betrachtungsweise kein Zugeständnis zu machen beabsichtigte, als er den bekannten Vers Schillers von den „gierigen Polypenarmen des Briten“, das etwas ethisch gefärbte Urteil Kants über England und Gladstones Charakterisierung des englischen Opiumkrieges gegen China anführte. Reinlich und moralisch ist es halt in der Weltgeschichte noch nie und in keinem Lande zugegangen, am wenigsten im 18. Jahrhundert, in dem England die Fundamente zu seiner Weltmacht legte.

Besonders zustimmen muß ich Lensch zu seiner Auffassung über die englische Wehrverfassung. Es handelt sich hier um eine Stellungnahme zu Dingen, die die deutsche Sozialdemokratie auch in ihrem eigenen Lande einer gründlichen Nachprüfung wird unterziehen müssen. Hingegen glaube ich, daß Lensch bei der Beurteilung der englischen Arbeiterschaft zu schwarz sieht, und ebenso möchte ich es dahingestellt sein lassen, ob es ganz richtig ist, von England rundweg zu sagen, daß es vom Industriestaat zu einem Rentnerstaat geworden sei.

Ausdrücklich aber muß man darauf aufmerksam machen, wie sehr Lensch recht hat, wenn er auf die Schwierigkeiten hinweist, auf die der nicht englische Handel in den englischen Kolonien stößt. Nun ist es freilich keineswegs eine Eigentümlichkeit Großbritanniens, in seinen Kolonien besonders an sich selbst zu denken; in den englischen Besitzungen stehen die Dinge eher noch günstiger, als in denen der meisten anderen Länder. Aber in jedem Falle macht England keine Ausnahme von den Bestrebungen aller Kolonien besitzenden Länder, in ihnen vor allen Dingen den eigenen Handel zu fördern, und diese Angelegenheit gehört mit zu den Hauptfragen des gegenwärtigen Weltkrieges. Im „Vorwärts“ vom 17. und 18. November hat ebn. besonders gegen diese soeben erwähnten Tatsachen Sturm zu laufen versucht. Freilich mit herzlich wenig Glück. Es ist ebn. dabei leider ein sehr arges Mißgeschick zugestoßen: er hat nämlich bei den Ziffern für Aegypten und Britisch-Afrika für das Jahr 1913 die Einfuhr mit der Ausfuhr verwechselt!! Nur auf diese Weise kommt er zu den großen, seiner Auffassung günstigen Ausfuhrziffern. Die Ausfuhr Deutschlands nach Aegypten beziffert

ebn. mit 118,4 und die nach Britisch-Afrika mit 229 Millionen Mark. Das ist aber die Einfuhr aus diesen Ländern nach Deutschland, die deutsche Ausfuhr ist nur etwa ein Drittel so groß; nach Aegypten beträgt sie 43,4 und nach Britisch-Afrika 68,7 Millionen Mark.

So sieht die Sache etwas anders aus, ganz abgesehen davon, daß man sich aus den deutschen Zahlen allein gar kein Urteil bilden kann. Denn wenn man feststellen will, ob der deutsche Handel in den englischen Kolonien dem des Mutterlandes gleichberechtigt ist, so muß man die deutschen und die englischen Ziffern nebeneinander stellen. Tut man dies, so wird man sehen (ein genauer zahlenmäßiger Beweis dafür befindet sich in dem Artikel „Imperialistische Randbemerkungen“ in Nr. 7 dieser Zeitschrift), daß Lensch vollkommen recht hat.

Man darf dem Schriftchen viele Arbeiterleser wünschen, für die es geschrieben ist; eine billige Vereinsausgabe für 30 Pfg. macht die Anschaffung jedermann möglich. (m)

Ich habe für den Fall eines Angriffskrieges gegen Deutschland und dessen Folgen in einem Artikel über die russische Anleihe gesagt: Wir sind Deutsche so gut wie die Herren von der Regierung. . . . Der deutsche Boden, das deutsche Vaterland gehört uns, den Massen, ebensogut und mehr wie jenen. Greift Rußland, der Hort der Grausamkeit und Barbarei, der Feind aller menschlichen Kultur, Deutschland an, um es zu zerstückeln und zu vernichten, und das kann nur der Zweck eines solchen Krieges sein, so sind wir so gut und mehr interessiert wie diejenigen, die an der Spitze Deutschlands stehen, und werden dem entgegentreten. Ich habe dann hinzugefügt, daß, wenn wir alsdann Seite an Seite mit jenen, die heute unsere Gegner sind, kämpften, wir es tun, nicht um sie und ihre Staats- und Gesellschaftsordnung zu retten, sondern um Deutschland, d. h. uns selbst zu retten und unseren Boden von einem Barbaren zu befreien, welcher der größte Feind unserer Bestrebungen ist, und dessen Sieg unsere Niederlage als Sozialdemokraten bedeute.

B e b e l, Erfurt 1891.

FRANZ DIEDERICH:

Vom seelischen Kriegsgewinn.

MAN erinnere sich: vor dem Kriege ging schlimm wachsende Klage und Unruhe über vielerlei Nachtseiten deutscher Volkskultur um. Wie höhnische Schatten spielten sie neben den bürgerlichen Rufen nach Ertüchtigung. Dann schlug der Kriegsausbruch sein Jauchzied auf der Totentanztrommel, und als das blutige Marschieren und Stilliegen schon vier Monate angedauert, fiel das Bethmannsche Reichstagswort von dem Wust und Unrat, die der Krieg plötzlich weggefegt habe. Es sollte ein Aufruf sein und wurde zum Nachruf. Vornehmlich politisch gemeint ließ es sich allenfalls ins Soziale verallgemeinern, und es kam aus einer Stimmung, die in den ersten Kriegswochen weit verbreitet war. Doch das ist heute lange her, und inzwischen hat sich gezeigt, Wust und Unrat liegen immer noch so hoch, daß es der mächtigsten Volksarmierungsmassen bedürfen wird, sie Zoll um Zoll wegzuschaffen. Gut so. Wir haben nicht erwartet, daß es anders sein könnte. Augiasställe bläst kein eifriger Wunsch mit schnellem Anhauch leer, sie fordern schwierige Arbeit, die nur von Herkulesfäusten zu leisten ist, also nicht von alltäglichen Kräften. So haben nun aber auch die schnellfertigen Hoffnungen, die im Kriegsbeginn die volkreinigende Macht des Krieges priesen, sehr im kühnen Daherschreiten nachgelassen. Man glaubt nicht mehr wie vor Jahresfrist an die Zaubermacht, die draußen im Felde den Mann umwandeln könne. Leute mit psychologischem Scharfblick und Urteil, die an der Front kämpften, wägen die Erwartungen an Tatsachen, und da schwebte die Schale jener bedenklich aufwärts. Wenn man Erich Everths gehaltvolle Schrift: „Von der Seele des Soldaten im Felde“ (aus den Tatflugschriften von Eugen Diederichs Verlag, Jena)

befragt, was denn nun der Krieg mutmaßlich an seelischem Neugewinn bringen werde, so kommt keine Antwort, die irgendwie von großen und sicheren Hoffnungen schwer ist.

Everth hat den Schatz seiner Eindrücke in Ruhe geordnet und geprüft. Er ist einer von den ernstgerichteten Menschen, denen man willig zuhört, wenn man auch zu den besprochenen Dingen in manchem anders steht als er. Manches möchte man grundsätzlich anders anschauen, manches durch den Einwurf von Mitteilungen, die man brieflich oder mündlich aus dem Felde erfuhr, zu erweitertem, vertieftem Erwägen zwingen. Es wird nicht ausbleiben, daß das geschieht. Die kriegspsychologischen Betrachtungen stehen erst im Anfang, schlagen freilich schon jetzt sogar in großstädtischen Vortragssälen Wellen, düstere Wellen sogar, die vor Befürchtungen über die psychischen Kriegswirkungen zittern. Everth ist weder Schwarzseher noch Rosafärber. Er spricht mit der Vorsicht des Menschenkenners, der da weiß, wie schwierig es ist, sich in seelischen Dingen über Vermutungen hinaus zu Gewißheiten vorzuwagen. Dazu würde nun unerlässlich ein soziologisches Schauen gehören, das differenzierender arbeitet als Everth in seiner Schrift. So weit indes glaubt Everth doch gehen zu dürfen, daß er als ein Hauptergebnis seiner Eindrücke die Sätze ausspricht: „Man kann, da einmal die Notwendigkeit vorliegt, das Leben für jene Güter zu wagen, ohne weitere Hilfe entschlossen sein. Manche brauchen die Religion dazu nicht, hier nicht mehr als sonst. Ich persönlich habe keinerlei religiöse Regungen draußen erlebt, wohl aber stärkste moralische Erschütterung und Kräftigung. Man braucht nur einen Halt, und den kann auch u. a. die Moral gewähren. Der Krieg hat auch auf moralischem Gebiete manche „Bekehrung“ hervorgerufen, aber es erscheint mir noch nötiger, auf die Fälle hinzuweisen, die eine einfache **Bewährung** lang erprobter ethischer Ueberzeugungen bringen. Was sich so, auch dort draußen bewährt hat, wird eine sichere Festigkeit verleihen für alle Lebenslagen. Was man dagegen erst dort draußen gefunden hat, ob das dauern wird, bleibt vorderhand fraglich.“

Everths Schrift kam im Juni an die Öffentlichkeit. Seit sie geschrieben wurde, ist ein neues Halbjahr Krieg vorüberge-

stampft, an Ereignissen draußen im Felde und drinnen im Lande schwer, und wenn jetzt der bisherige Siegesertrag in Serbien liquidiert wurde, so kann doch das Ringen noch weitere Monate füllen. Das macht aber jeden Schluß auf die endgültigen psychischen Wirkungen des Krieges unsicher. Wenn die Wirkungen der ersten Kriegszeit sich wandelten, ehe noch das erste Kriegsjahr verdröhnt war, so wird wohl auch das zweite den empfangenen Bestand nicht unverändert weitertragen. Die großen Völker unserer Zeit gehören nun einmal nicht mehr einer Stufe der Kultur an, wo der Krieg die wirtschaftlichen Aufgaben des Erwerbens und Ernährens lösen helfen muß. In solchen Zeiten waren die Völker kriegerisch durchgemodelt, und darin lag ihre Kraft; sie waren kriegsbeständig.

Ihre Kultur enthielt die Vorbedingungen, die dem Kriege das Menschenmaterial schufen, wie er es eben brauchte, körperlich wie seelisch. Kriegerische Naturen gibt es natürlich heute auch innerhalb der großen Kulturvölker. Es hat sich darüber hinaus sogar gezeigt, daß ihre Menschenmassen ein nicht geringes Maß von Kriegsfähigkeit besitzen. Aber es geht nicht an, daraus nun den Schluß zu ziehen, daß Kriege auch heute noch natürlich seien. Sie müßten unbedingt notwendig sein, um natürlich heißen zu können. Das notwendige Ziel unserer Kultur fordert die internationale wirtschaftliche Verständigung in der Richtung planmäßig geordneter Erzeugung und Tauschverteilung der Weltgüter. Auch der Kapitalismus kommt ohne das nicht aus. In seinem Expansionsdrang zeigt sich an, wie dringend er diese Bahn beschreiten muß. Aber nun schleudert dieser Drang Teile derselben Tendenz in Kriegswut gegeneinander. Zu ungeheurem Konflikt, der der gesunden kulturellen Notwendigkeit zuwiderläuft. Der Kapitalismus schafft einen Expansionstyp von Menschen, der nicht auf den Krieg als höchstes Ziel ausgeht, ihn aber ohne Zaudern in Kauf nimmt und auch von ihm zu gebrauchen ist. Das ist etwas anderes als was in den altursprünglichen Zeiten der Kriegskultur vorhanden war. Und auch der Kriegshaß der Massen von heute zeigt, wie anders sie im Grunde sind. Sie hassen nicht den Feind — das gehört zur Signatur des Weltkrieges — sie hassen den Krieg. Sie er-

tragen eine längere Kriegsdauer nicht mehr ohne erhebliche psychische Verstörungen. Es ist ihnen nicht mehr gegeben, sich völlig von der Vergangenheit loszulösen und nichts als Krieger zu sein. Der Krieg ist nicht mehr das höchste Ziel ihres Daseins. Sie nehmen ihn im Vaterlandsdienst als eine Notwendigkeit auf sich und füllen ihren Platz entschlossen aus. „Mit klagloser Geduld“, meint Everth. Aber was unter dieser Hülle stecken mag — sicherlich individuell sehr Verschiedenes — sagt etwa **Hermann Wendels** jüngst geprägtes Grimmwort: man gerate schließlich in eine fiebrige Wurstigkeit hinein, die bitter und ekel im Munde schmecke. Und nun die „geistige Verarmung“, von der Everth vielerlei mitzuteilen hat, die „überraschend schnelle Gefühlsabstumpfung“, die **August Messer**, der Gießener Psychologe, in den „Preußischen Jahrbüchern“ betont und von der Everth feststellt, daß sie auch die stärksten Gemütsinteressen der Krieger-Familienvorstellungen und Todesgedanken — zufolge Ueberspannung ihres Spiels ergreife! Das alles aber ist Kulturverlust.

*

Wenn die Möglichkeit seelischen Zugewinns erhebliche Zweifel gegen sich hat, so bleibt doch immer die Tatsache bestehen, daß die Lebenslage, die der Krieg den Kriegern zuwies, psychische Erscheinungen erzeugte, von denen die Friedenszeit nichts wußte, nichts wissen konnte. Das Vorwiegen der körperlichen Betätigung spielt dabei ursächlich eine große Rolle. Der Krieger wird nicht nur aus geistigen Schaffenskreisen, denen er bisher angehörte, herausgehoben und in ganz andere versetzt, die ihn einseitig binden, er verfällt auch einer Beschränkung des Maßes der geistigen Arbeit. Um den neuen Zustand vergleichsweise deutlich zu machen, empfiehlt es sich, von dem Kreisbilde abzugehen: es ist eher eine schmale Linie mit engem Horizont, auf der er als denkender Mensch zu schreiten hat. Everth preist den geforderten unbedingten Gehorsam als einen Segen; der nehme ihm viel Verantwortung ab für Handlungen, die der Krieg in harter Notwendigkeit verlangt. Daneben aber sei dem Krieger ein großes Maß von Selbstverantwortung zugewiesen, das der Frie-

denssoldat allerdings nicht kennen lernt. Ein Nährboden für auf-rauschende Begeisterung kann diese Lebenswelt nicht sein — alle Phrase entfällt, auch die patriotische —, aber es gedeiht in ihr das Kernholz der Gesetztheit, Ruhe, Reife: zumal das Wesen der an Alter vorgeschrittenen Massen des Heeres wird durch diese Eigenschaften gekennzeichnet; sie machen den „guten Geist“ des Heeres aus. Everths Art selber ist so. Sie hebt sich deutlich aus dem Ganzen der Schrift ab, aus ihrem Stil, und es wird wohl auch für sie Geltendes in dem Satze zu lesen sein, den Everth als Summe seiner Erfahrungen betont: „Das stark aktive, tatkräftige und handelnde Wesen und die große Gemeinsamkeit sind die beiden Grundpfeiler aller Kriegpsychologie.“

Wie sich in Everths Darstellung die Meinung des Kriegers über Leben und Tod ordnet, das ruht in der Tat auf diesen Grundpfeilern. Der Einfluß passiver Gefühle weicht zurück. Und das andere, die große Gemeinsamkeit? Da ist nun dieses Bekenntnis von Wert: „Das Geschick, das einem bereitet sein kann, ist so **allgemein**, daß auch diese Vorstellung schlechthin überwältigt und ein weiteres Nachdenken darüber benimmt. Es handelt sich um eine Massenerscheinung ungeheuerster Art, und ihr gegenüber spielt weniger der sonst beliebte, aber nicht immer verfangende **bewußte** „Trost“ mit, daß es anderen auch nicht anders ergehe. Man sagt sich auch nicht nur: „Warum willst gerade du Anspruch erheben auf etwas Besonderes?“, sondern viel wirksamer noch ist das sozial-psychologische **unbewußte** Moment, daß man innerlich ganz in der Masse aufgeht, von ihr verschlungen, aber auch erhoben wird, so daß man Anteil gewinnt auch an dem Gesamtwert des Ganzen. Man geht aber schon vorher so in der Masse unter, daß man keine Regung verspürt, sich auszunehmen.“ Also die Masse als ethisch-erzieherische Macht! Und eine Anerkennung der ethischen Bedeutung, die in der Massensuggestion wohnen kann.

Dies Erlebnis, gefühlt von einem, den das Bedürfnis sozialer Idealität nach Berührungspunkten der Klassen ausschauen läßt, geht vor allem auch die bürgerlichen Individualisten an, die von der Massenbewegung des Krieges aus ihren persönlichen Absonderungsgelüsten herausgerissen wurden. Das bedeutet immerhin die

Erschütterung einer antisozial wirkenden Neigung. Man wird aber gut tun, auch bei diesem Befunde, von der Masse dieser Elemente gesprochen, das Fragezeichen anzubringen, das Everth für ein dauerndes Nachwirken der Anpassungen an die besondere und vorübergehende Kriegslage bereithält. Es wird eine Zeit kommen, wo die Art und der Grad dieser Gemeinsamkeit aus den Erfahrungen vieler näher gekennzeichnet werden kann. Aus dem französischen Heer kennen wir Briefe eines Lehrers, der als Unteroffizier mitkämpfte. **Romain Rolland** gab sie bekannt. Es hieß darin: „Der Krieg verdient gehaßt zu werden, denn abgesehen von all seinen Schrecken, die man sich nicht vorstellen kann, hat er nicht einmal das so oft gerühmte Verdienst, in den Seelen die heroischen Tugenden zu wecken und festzuhalten. Die Anfangskrise ist längst dahin. Nach der Begeisterung eines Augenblicks, die alles Niedrige und Mittelmäßige zum Schweigen gebracht hatte, sind die Seelen sehr schnell wieder das geworden, was sie waren: die einen vornehm, die anderen gering, die Mehrzahl ohne Größe wie ohne Niedrigkeit, einfach und anspruchslos... Der Krieg hat nichts in ihnen geschaffen, er hat ihnen keine Eigenschaft beschert, die sie nicht schon besaßen... Daß der Krieg bei einigen eine reinigende Krisis hervorgebracht hat, glaube ich gern: daß er aber die Gesamtheit verändert, der Masse eine Richtung aufgedrückt habe, die einige gerne bei ihr sehen möchten, das leugne ich.“ Was wird bei uns von dem guten Geist der großen Gemeinsamkeit bleiben, den Everth spürte? Treten die Klassenscheidungen wieder, unbeeinflusst von abnormen Zuständen, in die Rechte ihrer das Individuum gesellschaftlich formenden Kraft ein, so wird sich schnell genug zeigen, was bleibt und was ist.

Eines aber sei dem idealen Erlebnis und Ergebnis Everths entnommen: daß nämlich als Wichtigstes gerade das hervorgehoben wird, was auf einer Linie mit den Kampftugenden der organisierten Arbeitermasse liegt. Denn für die Kriegspsychologie des Arbeiters ist das natürlich von nicht geringem Belang. Die Aktivität haben alle wirtschaftlich starken, aufstrebenden Klassen, aber die Massensolidarität, die der Bürgerliche erst im Kriege lernt, die Anteilnahme an dem Gesamtwert des Ganzen, bringt

der Arbeiter schon aus der Schule wirtschaftlich und politisch durchkämpfter Jahrzehnte als eingewurzelt Element seiner sozialen Organität mit. Ein Kriegsgewinn für den Arbeiter könnte also auch das nicht heißen.

*

Aber wenn etwa von einem seelischen Neugewinn durch den Krieg überhaupt nicht die Rede sein kann, so bliebe noch die Möglichkeit, daß die Ernte in Zerstörungen seelischen Besitzes besteht. Everth geht auf solche negative Wirkungen nicht ein. Er begnügt sich damit, die verstiegenen Hoffnungen zu prüfen und dem Urteil ein normales Maß zu zeigen. Deshalb entgeht ihm auch vieles von den Erfahrungen, die von Arbeiterkriegern gemacht worden sind und später einmal kritisch auf das Ganze — zu dessen Förderung — verrechnet werden müssen. Er sieht, wie schon gesagt wurde, nicht in zureichender soziologischer Differenzierung. Landvolk und junge bürgerliche Intelligenz treten einmal gesondert heraus, aber Reserve und Landwehr erscheinen im übrigen nur als eine einzige große Masse. Das ist ein Mangel, der manches Tor verschlossen läßt und manchen rüttelnden Einwand herausfordert. Wer Everths Schrift liest, dem sei geraten, eine andere literarische Kundgebung zur Sache nicht zu übergehen. Die österreichische Zensur hat dafür gesorgt, daß sie, obwohl in einer Zeitschrift gedruckt, doch fast als eine Schrift für sich dasteht. Im Wiener „Kampf“ nämlich, deren Septemberheft durch den mutigen Rotstift um mehr als achtzehn Seiten verringert wurde, so daß (neben einigen Schlußnotizen) nur **Adolf Brauns** Abhandlung über „**Kriegspsychologie und Gewerkschaften**“ übrig blieb.

Braun gehört zu denen, die für möglich halten, daß der Weltkrieg psychisches Gut zerstöre, das die deutschen Arbeiter, die gewerkschaftlich geschulten und beeinflußten, in langer Friedenszeit erwarben. Er befürchtet eine Erschütterung der „ganzen inneren Gesetzmäßigkeit der Anschauungen des gewerkschaftlichen Denkens“. Was er an einzelner solcher Erschütterung zum bewegten Zeitbilde zusammenfügt, verdient aufmerksame Beachtung. Der Krieg hat zweifellos die Arbeitsverhältnisse, die

ganze Lebensordnung des Proletariats unter die opferschwer erkämpfte Höhe zurückgeschleudert, und die Millionen Arbeiter draußen im Felde — allein 42 Prozent der freigewerkschaftlich Organisierten — leben in einer Tätigkeit, in einer Umwelt, die ihnen ganz andere Aufgaben stellt und Gewohnheiten aufzwingt, als zuvor in ihrem Dasein herrschend geworden waren. Wesentlich ist aber nun gerade, daß sie einen festen inneren Besitz von ausgeprägter Eigenart aufwiesen, als der Kriegsruf sie von Heimat und Arbeit losriß. Dieser Besitz muß unbedingt psychisch in Rechnung gestellt werden, wenn man das Seelenbild des Proletariats im Felde mutmaßen will. Wie stark er mitwiegt, wird individuell sehr verschieden sein; aber irgendwie macht er sich geltend. Er wirkt wie eine Tradition aus jüngster Vergangenheit, und jeder weiß, daß Traditionen große Dauerhaftigkeit und Handlungskraft erweisen können. Sie bleiben oft genug lebendig ohne ausreichende Existenzberechtigung vor einer neuen Gegenwart. Braun hebt das psychische Merkmal, das der moderne Proletarier im Arbeitskampf erworben, nachdrücklich hervor: „In dieser ganzen Atmosphäre der Gegensätzlichkeit, der ständigen Besorgnis, daß die eigenen Interessen nicht genügend gewahrt werden, in dieser Furcht vor Schädigung und Uebervorteilung wurde der gewerkschaftlich organisierte Arbeiter überkritisch, mißtrauisch, absprechend gegen Vorgesetzte, nicht nur in den Fragen des sozialen Gegensatzes, sondern überhaupt auch hie und da in technischer Hinsicht.“ Der Arbeiter fühlt seine Bedeutung im Arbeitsbetriebe, erkennt deren ökonomische Notwendigkeit, macht seine geistige Selbständigkeit, sein soziales Anrecht geltend, und weil er durch den Rückhalt der Organisation und ihre Kampfschulskraft zäh geworden ist, macht der Widerstand der Arbeitgeber ihn mißtrauisch und trotzig. Was das im Felde bedeuten mag, wo schroffster Gehorsam und geforderte Selbstbewegung mit der Pflicht der Selbstverantwortlichkeit sich verketteten, läßt sich einigermaßen ausdenken und erfüllen. Auf diesem Grunde aber wächst das, was am deutschen Arbeiterkrieger immer wieder gerühmt wird: seine Intelligenz.

Die Berührungspunkte zwischen Arbeitskämpfer und Arbeiterkrieger liegen so klar zutage, daß sie keinem, sollte man meinen,

entgehen können. Braun zeichnet sie so: „Die Tapferkeit, die Fähigkeit, gegebenenfalls in ruhiger Entschließung des Willens auch sein Leben aufs Spiel zu setzen, ist für den Mann in der Arbeiterbewegung ebenso ein bestimmendes Moment, wie es im Kriege wirken muß. Es wird niemand ein guter Gewerkschafter sein, der nicht im kleinen oder im großen die Fähigkeit der Selbstopferung besitzt, und ohne diese Fähigkeiten ist auch der tapfere Krieger nicht zu denken. Was man den guten Willen nennt, ist für den Gewerkschafter ebenso notwendig wie für den Krieger, und das Kantische Wort, daß sittlich gut nicht das bloß pflichtmäßige Handeln, sondern allein das Handeln aus Pflicht ist, das gilt für den Gewerkschafter ebenso wie für den Krieger.“ Der Vergleich ließe sich weiterführen. Fähigkeiten von solcher Kraft — jene Intelligenz und das proletarische Solidaritätsbedürfnis eingerechnet — müssen Fleisch, Blut und Gehirn geworden sein: festes, seelisches Grundeigentum, das sich in allem Denken, Fühlen und Handeln geltend machen wird. Der Krieg hat nur die Anlässe, die Richtung, dieses seelische Können zu erproben, anders werden lassen, als sie im Frieden waren. Trotz alles verändernd Wirkenden, das aus dem Kriegsmilieu auf den Arbeiterkrieger eindringt, gibt es also Wesentliches in seiner Natur, das nicht mit verändert wird. Es kann in seiner Lage und Bewegung verharren, und je mehr Wille und Notwendigkeit sich verbinden, umso mehr kann diese Bewegung sich steigern, was jene Fähigkeiten und Eigenschaften sicherlich nicht schwächen würde. Sie können das, worauf Everth mit seinem Wort vom Sichbewähren hinzielt. Der Krieg war für sie nicht eine Entspannung wie für andere breite Gesellschaftsschichten, die, unter den Einfluß imperialistischen Expansionsdranges gebannt, gewaltsames Losschlagen als politische Notwendigkeit, und begeistert auch als persönliche Lust empfanden, oder die, von dem Rennen in der kapitalistischen Weltarena erbarmungslos psychisch zerhetzt, nun die körperlichen Anforderungen des Krieges wie eine Befreiung bejubelten. In einer Schrift des Jenensers **Binswanger**, die auf die psychischen Erscheinungen zu Beginn des Krieges auch aus den Erfahrungen des Psychiaters eingeht, liest man bezeichnende Beispiele davon: es gab Nerven-

schwächlinge, die der Krieg heilte. Anders stand das Leben der Arbeiter zum Kriege. Für sie, die immer körperlich hart Hergenommenen, bedeutete er, was die Tätigkeit anbelangt, eigentlich nur einen Wechsel des Arbeitsplatzes. Und in dem neuen Betriebe bewährte sich, was sie schon vorher besaßen.

Es steckt Richtiges darin, wenn Braun sagt, aus dem Gewerkschafter sei der „vollkommene Krieger“ hervorgegangen, „wie ihn die kriegerische Notwendigkeit erfordert“. Doch möchte ich das nicht so verstehen, daß eine Umschaltung in ein ganz neues Wesen geschehen sei, dem aller frühere Inhalt, sofern er wirklich einer war, restlos ausgelöscht wurde. Kein Ereignis — und sei es noch so neu und gewaltig — kann allen bisherigen seelischen Inhalt an Vorstellungen und Empfindungen radikal durch einen durchaus anderen ersetzen. Es handelt sich hier doch nicht um einen Vorgang der Panik. Und es handelt sich um ein Heer, in dessen Masse das ausgereifte Element überwiegt. Daran hat das von der Arbeiterschaft gestellte Millionenkontingent stärksten Anteil. Selbstverständlich schafft der Krieg ganz neue Vorstellungen, neue Empfindungen; sie treten neben das Alte, und Wechselwirkungen können zu einem Aufgehen ineinander führen. Zumal bei Arbeiterkriegern, für die es neben dem Gefühl der Landesverteidigungspflicht noch den Kriegshaß gibt, wird dieser Prozeß sich in merkwürdigen Erscheinungen abwickeln. Denn hier stoßen Kontraste hart und grell aufeinander. Und wer will sagen, daß in solchem Ringen auch nur ein Kompromiß die Regel sei? Man wird auch hier damit rechnen müssen, daß die neuen Eindrücke sich neben das schon Vorhandene lagern, ohne dieses zu verändern oder aufzuheben und ohne selbst verändert zu werden.

Man darf dabei nicht bloß an die während des Gefechtskampfes erworbenen Eindrücke denken. Sie können zwar die wildesten sein, empfangen in einem Zustande zum Aeußersten getriebener Spannung, ein in jähen Sprüngen bewegtes Gewirr höchst widersprechend gestimmter Bilder, aber daß nun sie für die seelische Bildung des Kriegers die entscheidenden sind, etwa im Sinne der Verrohung, läßt sich keineswegs behaupten. Vielleicht ist für die Heimgebliebenen, die von ihrer Wirklichkeit kein Mittel

empfangen, die ausschweifenden Kriegsvorstellungen ihrer Phantasie zu zügeln und zu berichtigen, vielleicht ist für diese — besonders für die Jugend — die Gefahr, durch den Krieg seelisch geschädigt zu werden, viel größer als für die draußen Kämpfenden. Denen ist das Grausige zu wirklich nah, als daß nicht Aussicht wäre, daß gegenartige Vorstellungen und Empfindungen instinktiv wie ein Schutzverhau in ihrem Innern aufschnellen. Bis eben die Gewöhnung ihr Werk beginnt und die starken Wirkungen des Schrecklichen abstumpft. Aber kein Krieger kann in einem so langdauernden und mit ausgeklügelter Maschinentücke geführten Krieg wie dem heutigen immerfort in Gefechten stehen und hätte er deren hundert und mehr durchlebt. Alle Zeit dieses und jenseits der Gefechte und auch der Raum tief hinter die blutige Frontlinie zurück baut an dem Milieu der nachhaltigen Wirkungen des Krieges auf die Psyche. In diesem bewegten Gebiet summiert sich die Spannung der Kriegsorganisation, die aufs Ganze geht und deren Ziel darin gipfelt, aus jedem Mann alles herauszuholen, was er an Kraft, Ausdauer, Geschicklichkeit besitzt. Aus den unzähligen Berichten, die der Heimgebliebene im Verlaufe so vieler Monate las und hörte, wächst dieses Bild zusammen. Jene Spannung und Tendenz bedingt dann in logischer, auch psychisch logischer Folge den Verzicht auf angedrilltes äußerliches soldatisches Können und läßt dem einzelnen Mann, wenn auch nur in engstem Bezirk, ein mehr eigenbestimmtes Bewegen.

Von der Möglichkeit, selbständig zu schalten, hängt überall im Leben das individuelle Erstarken ab. Everth vermerkt, draußen im Felde werde allen mehr zugemutet und zugetraut. Das wird man neben der Gefahr der „Versimpelung“ und „geistigen Reduzierung“ immerhin als eine Gewinnquelle ansetzen dürfen. Oder wenn man vorsichtiger einschätzen will: als eine Gelegenheit, eine sozial wichtige Eigenschaft, die man schon hat, unverkümmert zu erhalten. Denn das Recht auf individuelle Leistungen, auf wachsende Selbständigkeit spielte im Kampf- und Entwicklungsprogramm des Arbeiters eine große Rolle, und zugleich braucht auch der industrielle Betrieb diese Eigenschaften als ein Lebenselement. Mit Brauns Worten wurde schon betont,

wie sehr die modernen Arbeiter darauf aus sind, sie zu wahren und zu mehren. So läßt sich aber auch hier sagen, daß für den Kampf der Arbeiterklasse bedeutsame Eigenschaften durch die heutige Kriegführung im Grunde mindestens nicht gelähmt werden. Wobei für den einzelnen natürlich Binswangers Satz gilt: „Den Schwachen wirft die seelische Erschütterung zu Boden, den Starken reißt sie empor.“

*

Es darf gewiß vermutet werden, daß für viele Krieger das Wiedereinleben in die Friedensarbeit sich nicht in glatter Umschaltung vollziehen werde. Everth weist darauf hin, daß der Urlaub mit seiner regeren geistigen Anspannung, von der der Krieger entwöhnt ist, eine rapide Nervosität erzeuge. Gegen solche Krankhaftigkeit muß der Arbeiter fest sein, dem die jagende Industrie mit dem höchsten Maß von Produktionskraft die höchste Arbeitskraft abverlangt. Schwierigkeiten kann auch die Zeit der Rückverwandlung der Kriegsindustrie in die früher betriebene Produktion bereiten. Sie sind wahrscheinlich, wenn die Heere sich in schnellster Folge auflösen, so daß plötzlich der Arbeitsmarkt überflutet wird. Ohne eine durchgreifende Organisation des Arbeitsnachweises vor allem, aber auch der Arbeitslosenfürsorge, sind die Aufgaben nicht zu lösen, die hier nahen. Aber das Kapital hat das höchste Interesse daran, die Rückverwandlung der Industriebetriebe mit dem äußersten Aufwand an technischer Geschwindigkeit zu bewältigen, und es wird den Betrieben, da es sich auch darum handelt, die verlorenen Posten auf dem Weltmarkt neu zu erobern, sehr daran liegen müssen, sich von dem alten Stamm ihrer Arbeiter möglichst viel zu sichern; sie kommen ohne geübte Kräfte nicht aus. Aber nun wirkt auf unsere Stimmung heute die an tausend und immer neuen Punkten zu beobachtende wirtschaftliche Kriegsarbeit des Unternehmertums, die Errungenschaften der Arbeiter an Lohn und Arbeitszeit zu zertrümmern, billige Arbeitskräfte einzustellen, Frauenarbeit in wachsender Masse anzuwerben, in langen Kämpfen gewonnene Arbeitsabkommen zu beseitigen! Hier drohen schwere Wolken.

Was den Arbeiterkrieger anbelangt, trifft schwerlich so allgemein Everths Wort zu, daß draußen im Felde eine gewisse Unbekümmertheit um künftige Erwerbsfragen herrsche. Anfangs mag davon weniger zu spüren gewesen sein, inzwischen aber ist zu viel im Lande geschehen, was solcher Unbekümmertheit nicht zuträglich gewesen sein kann. Massen, die heute draußen stehen, haben selbst noch daheim erlebt, was auf dem Arbeitsfelde voring. Wenn schon das Kriegsleben nach Everths Beobachtung eine Erschütterung des ganzen Wirklichkeitsgefühls bewirkt — „die Existenz steht auf unsicherem Boden“ —, so kann diese Wirkung schließlich nicht ohne Einfluß bleiben auf die Beschäftigung mit der Frage der zukünftigen wirtschaftlichen Sicherung. Denn nur ein Teil der Arbeiter ist aus langer Gewohnheit auf häufigen Berufswechsel wie auf etwas Normales eingestellt. Die Unmöglichkeit, draußen sichere Auskunft, einen sicheren Ueberblick über die sozialen Aussichten zu erlangen, muß auf Menschen, die als gewerkschaftlich Organisierte in dieser Beziehung früher gut versorgt waren, drücken. Aber läßt sich nicht gerade daraus eine günstige Einwirkung auf die Einschätzung des Wertes der Organisation für die kommende Friedenszeit ableiten? Die unermüdlich betriebene Kriegsarbeit der Gewerkschaften hat ihren Acker in so weitem Ausschauen erkannt und bepflanzt, daß ihre heimkehrenden Mitglieder für die Fragen, die sie mitbringen, sehr auf sie angewiesen sein werden. Hier darf das Hoffen auch die Bedeutung für sich in Anspruch nehmen, zu der die Gewerkschaft im Leben der arbeitenden Massen im Verlauf eines Menschenalters gelangte. Braun hebt hervor, wie sehr vor dem Kriege Wille und Ziel der Gewerkschaft auch für Auffassung und Haltung der Nichtorganisierten maßgebend geworden war. Bei solcher Macht hat man wohl ein Recht, anzunehmen — und weiß es auch aus zahlreichen gedruckten und ungedruckten Kriegsbriefen —, daß der wirtschaftlich aufgeklärte Arbeiter, wenn er draußen im Felde mit Denken und Fühlen heimwärts eilte, auch seiner Organisation gedachte. Denn sie ist ein wesentliches Stück seiner Heimat geworden, ist der Boden, der ihn feststehen läßt in der kämpfenden Welt.

Fast scheint die Ansicht allgemeine Ueberzeugung geworden, daß die Arbeiterkrieger erhöhte Energie heimbringen werden. Die es etwa vergessen haben sollten, daß Energie auf dem Arbeitsfelde, wenn sie für ein einzelnes Ich streben will, gering wird, dürften diesmal bald an der harten Wucht der sozialen Tatsachen zur Erkenntnis der Notwendigkeit genesen, der sie sich auch auf diesem Kampfgefilde zu fügen haben, wenn sie nicht wie Selbstmörder verderben wollen. Was Kriegsgewinn sein wird für die Arbeiter, wird sich nach dem Kriege in der Entwicklung der Gesetzgebung zeigen. Und da kommt es darauf an, was die Arbeiterschaft an Größe und Geschlossenheit ihrer Organisationen einzusetzen haben wird. (m)

Einen besonders auffallenden Unterschied zeigten die sozialdemokratischen Arbeiter vor den nichtorganisierten dadurch, daß sie ein wesentlich empfindlicheres Ehrgefühl hatten als diese. So wurde mir einmal von einem Werkmeister berichtet, einer seiner tüchtigsten Maschinenschlosser sei infolge langandauernder Krankheit seines Vaters unterstützungsbedürftig. Ich ließ den Mann bitten, mich in meinem Bureau aufzusuchen. Da bestätigte mir der jugendliche, etwa 26jährige Mann allerdings mit zögernder Zurückhaltung, daß sein Vater schon drei Monate krank sei und seine Ersparnisse von etwa 450 M. bis auf 35 M. allmählich durch Arztrechnungen, Arzneien usw. aufgezehrt seien. Als ich ihn darauf hinwies, daß er ein Anrecht auf eine angemessene Beihilfe aus der Hilfskasse habe, erwiderte er lebhaft: „Nein, Herr Direktor, ich danke. Solange ich noch einen Groschen auf der Sparkasse habe oder von meinem Lohn übrig behalte, will ich allein für meinen alten Vater sorgen.“ Es half nichts, daß ich ihn darauf aufmerksam machte, er werde wohl in absehbarer Zeit ein eigenes Heim gründen und dann seine Spargroschen dringend nötig haben. Er blieb dabei: Ich Sorge selbst für meinen Vater! — und das war ein Roter.

Fabrikdirektor Wilhelm Spiecker, „Lebenserinnerungen“.

KONRAD HAENISCH:

Literarische Rundschau.

IN dieser Rubrik sollen aus der ungeheuren Zahl von Kriegsschriften, die jede Woche des Weltkrieges auf den Büchermarkt wirft, soweit ihnen die „Glocke“ nicht besondere Artikel widmet, in zwangloser Reihenfolge diejenigen kurz besprochen werden, die — sei es durch das behandelte Thema, sei es durch die Person ihres Verfassers, sei es durch sonstige Umstände — allgemeineres Interesse beanspruchen dürfen.

Da ist — um ohne lange Vorreden sofort mitten in den Gegenstand hineinzugehen — zunächst der im Verlag von Georg Müller in München erschienene **Landsbergersche Kriegsroman „Haß“** (Preis 4 Mk.). Von diesem Buch hat eine bekannte Zeitschrift gesagt, daß es „in Deutschland wie in England einen Sturm erregen“, daß es „stärker und nachhaltiger wirken wird als alle politischen Broschüren und Haßgesänge“. Damit scheint uns der Mund reichlich vollgenommen zu sein. Gewiß erweist sich, wie stets so auch hier, Artur Landsberger als ein begabter Erzähler, der seine Leser zu fesseln und in Spannung zu halten weiß. Nur scheint uns der Autor in den letzten Jahren gar zu produktiv gewesen zu sein, und unter der Quantität seiner Erzeugnisse hat ihre Qualität nicht unbedenklich gelitten. Jedenfalls ist sein uns heute vorliegender „Zukunftsroman eines Deutsch-Engländers aus dem Jahre 1950“ keineswegs das beste Buch des Autors. Es ist — um die Sache auf eine knappe Formel zu bringen — nichts anderes als eine romanhafte Umschreibung von Ernst Lissauers bekanntem Haßgesang gegen England. Wie in diesem der Lyriker uns einen langen Haß zwischen Deutschland und England ankündigt, „einen Haß zu

Wasser und Haß zu Land, Haß des Herzens und Haß der Hand, Haß der Hämmer und Haß der Kronen“, einen „droselnden Haß von 70 Millionen“, so prophezeit uns auch hier der Romancier einen Dauerhaß, der durch die Jahrzehnte währen und die kommenden Generationen womöglich noch machtvoller beherrschen wird als die heute lebende. Die Voraussage dieses Hasses gewinnt Landsberger nicht sowohl aus ökonomischen und politischen, als vielmehr aus rein psychologischen Gegensätzen. Er behauptet und sucht künstlerisch zu beweisen, daß die deutsche Seele und die englische Seele einander völlig wesensfremd sind und sich deshalb auch für alle Zeiten gegenüberstehen werden wie Feuer und Wasser. Die einigermaßen komplizierte und stark in die Art des Kriminal- und Detektivromans hinüberspielende Handlung, mit der Landsberger diesen Grundgedanken umkleidet hat, wollen wir hier nicht erzählen. So geschickt sie im ganzen aufgebaut sein mag, so viel treffende Beobachtungen im einzelnen das Buch auch enthält: seine These innerlich zu beweisen vermochte Herr Landsberger nicht. Denn so gewiß es ist, daß es nicht nur ökonomische und politische, sondern auch völkerpsychologische Gegensätze gibt, und so richtig es auch ist, daß wir Sozialdemokraten diese Gegensätze vielfach in ihrer Bedeutung unterschätzt haben, so sind sie doch nichts Ewiges und Unwandelbares. Auch sie sind unter dem Einflusse wirtschaftlicher und politischer Umwandlungen in ständigem neuen Werden, in unaufhörlicher Entwicklung begriffen. Wie die deutsche „Seele“ selbst zur Kleinbürgerzeit vor hundert Jahren etwas ganz anderes war als sie heute ist, in den Tagen des Großkapitalismus, so waren auch ihre Beziehungen zur englischen „Seele“ damals grundverschieden von den heutigen. Und dann: Hat man nicht bis vor ganz kurzer Zeit auch die inneren Gegensätze zwischen dem Britentum und dem Russentum auf der einen Seite und andererseits den Antagonismus der französischen und der englischen „Seele“, einen Antagonismus, den Jahrhunderte erzeugt hatten, für ganz unüberbrückbar gehalten? Ebenso sehr wie vor dem „Niemals“ soll man sich vor dem „Ewig“ hüten...

Obendrein hat Landsberger in arg tendenziöser Weise gewisse nicht hinwegzuleugnende Charaktereigenschaften der heutigen eng-

lischen Bourgeoisie vergrößert und verallgemeinert. Man muß an sein Buch also sehr kritisch herantreten, um sich, zumal in der gegenwärtigen national überreizten Zeit, von seiner stark aufgetragenen Tendenz und von dem lebhaften Temperament, mit dem der Autor seine These verfißt, nicht fortreißen zu lassen.

Aehnliche Vorbehalte wie gegenüber Landsbergers Roman müssen wir bei einer Sammlung von Aufsätzen machen, die **Leopold Ziegler** unter dem Titel „**Der deutsche Mensch**“ als achttes Heft der Sammlung von Schriften zur Zeitgeschichte im Verlag von S. Fischer, Berlin, hat erscheinen lassen. Ist der innere Gehalt dieser Aufsätze auch weit größer als der von Landsbergers Tendenzroman, so wimmelt es doch auch in ihnen von ganz unzulässigen Verallgemeinerungen. Auch Ziegler sieht auf der Seite von Deutschlands Feinden nichts anderes als eine wilde „Verschwörung wider Wahrheit und Ehrlichkeit“, eine völlige „Preisgabe von Stolz, Aufrichtigkeit und Wohlanstand“, einen absoluten „Bankrott aller ritterlichen, aller europäischen Tugenden“. Ihm stellt sich durchaus naiv der Gegensatz zwischen Deutschland und seinen Feinden in der Form eines alten Mythos dar: „Im Anfang waren die beiden Geister, welche als Zwillinge und jeder für sich da waren. Unter diesen beiden Geistern wählte sich der ungläubige Geist das Schlechtun, aber der heilige Geist wählte sich die Gerechtigkeit“. Dieser alte Mythos, meint Ziegler, umschließe alle Wahrheit über den gegenwärtigen Krieg. In der Sonnwend der Geschichte, die wir jetzt erleben, sei der deutsche Mensch der einzige gewesen, der sich „in Kummer, Scham und Zorn von der Lüge losgesagt habe“, von jener Lüge, welcher sich „die ganze übrige Welt offenkundig verschrieben“ hat. Von dieser rein ideologischen Auffassung her ist es verständlich, daß Herr Ziegler in diesem Kriege „weder vorwiegend noch überhaupt ein politisches Ereignis sieht“. Auch die wirtschaftlichen Quellen des Krieges erkennt Ziegler natürlich nicht. Dieser Krieg ist für ihn schlechthin „der metaphysische Krieg“, und so betitelt er denn auch den ersten seiner Aufsätze. Ueber diese Auffassung ist selbstredend ernsthaft nicht zu debattieren. Daß alles Metaphysi-

sche so oder so nur eine Widerspiegelung des Geschehens in der Welt der materiellen Dinge ist, das ist eine für jeden Sozialdemokraten selbstverständliche Auffassung, mit der natürlich keineswegs geleugnet werden soll, daß in der Verflechtung der Wechselbeziehungen, die all unser persönliches und gesellschaftliches Dasein beherrschen, auch das Metaphysische seinerseits wieder zur machtvoll wirkenden Ursache werden kann.

Und dann noch eins: Ganz gewiß zweifelt kaum einer in Deutschland daran, daß in diesem Kriege die Sache Deutschlands zugleich die Sache des wirtschaftlichen Fortschrittes ist und daß deshalb Deutschland im großen historischen Sinne des Wortes auch das höhere sittliche Recht verfißt. Darum dürfen wir auch mit Fug und Recht Deutschlands Sache in diesem Kriege die gute Sache nennen. Das darf uns aber nicht blind machen für die Tatsache, daß **rein subjektiv** auch die Engländer, Franzosen und Belgier in ihrer großen Masse von der Gerechtigkeit **ihrer** Sache vollauf überzeugt sind. Nur aus diesem felsenfesten Vertrauen in das höhere sittliche Recht des eigenen Staates ist ja die ungeheure Widerstandskraft zu erklären, die so ziemlich jedes der in diesen Krieg verwickelten Länder zeigt. Und eben darin, daß in seinem subjektiven Bewußtsein **kein Volk** sich sittlich schuldig fühlt, daß vielmehr alle miteinander darauf schwören, in diesem gewaltigen Ringen die gute Sache des Rechtes zu vertreten, gerade in dieser Tatsache liegt nicht zum wenigsten die furchtbare Tragik dessen, was wir erleben! Der Deutsche, dessen Stärke (und Schwäche!) von jeher in seiner Fähigkeit beruht hat, sich in das Denken und Fühlen der anderen Völker förmlich hineinzuleben, sollte sich auch jetzt noch, selbst im Toben des Weltkrieges, die Objektivität bewahren, das fremde Empfinden wenn nicht zu billigen, so doch wenigstens zu verstehen. Gewiß — darin hat Ziegler völlig recht — haben in diesem Kriege die Gegner uns nicht nur mit Bomben, Granaten und Schrapnells, sondern auch mit Lüge, Verleumdung und Niedertracht bekämpft. Und doch ist es grundfalsch, deshalb nun das **ganze** französische und englische Volk als von Gemeinheit zerfressen darzustellen und ihm gegenüber in lichter Siegfriedreinheit allein den „deutschen Menschen“ er-

strahlen zu lassen. Gerade wer sein Volk aufrichtig liebt, sollte sich hüten, ihm à la Chamberlain den Charakter des „auserwählten“ Volkes aufzuschwatzen. Alles in allem: Die „metaphysische“ Politik, die uns Leopold Ziegler in seinem ersten wohl noch in der Stimmung der ersten Kriegswochen entstandenen Aufsatz verkündet, ist eine Politik des Kindermärchens, die wir rundweg ablehnen müssen.

Um so sympathischer berühren einige der weiteren in dem Buche vereinigten Aufsätze des Verfassers, in denen sich Ziegler, ganz im Gegensatz zu den Erwartungen, die das Einleitungskapitel erweckt, als feinsinniger und nachdenklicher Beobachter erweist. Wir nennen da besonders die drei letzten der sieben Aufsätze: „Das unerkannte Volk“, „Das kleine Leben“ und „Vom Tod“. Ohne jedes Wort des Autors zu unterschreiben liest man diese Aufsätze mit vielem Genuß und reichem Gewinn. Um ihretwillen darf die Anschaffung des Buches, das trotz seines Umfanges von nahezu 200 Seiten gebunden nur eine Mark kostet, mit gutem Gewissen empfohlen werden.

In der gleichen Sammlung wie das eben besprochene Buch von Ziegler ist, als neunter Band, eine Schrift unseres bekannten österreichischen Parteigenossen Karl Leuthner erschienen, des Auslandspolitikers der „Wiener Arbeiter-Zeitung“, dessen besonders in den „Sozialistischen Monatsheften“ veröffentlichte Aufsätze seit Jahren in unseren Reihen so große Aufmerksamkeit und so viel Widerspruch gefunden haben. Die Schrift heißt: „Russischer Volksimperialismus“. Leuthner, der zu den fähigsten und beweglichsten unserer Parteischriftsteller gehört, aber gerade seiner allzugroßen geistigen Beweglichkeit wegen stets nur mit einer gewissen Vorsicht zu genießen ist, will erklären, wie es kommt, daß dieser Krieg ganz im Gegensatz zum mandschurischen Feldzug in so weiten Kreisen Rußlands volkstümlich ist. Im Gegensatz zu den Erwartungen, die man zu Beginn des Krieges vielfach im Lager der Zentralmächte hegte, sagt Leuthner: „Was alte Kenner Rußlands vorausgesagt haben, daß der Krieg gegen Deutschland, Oesterreich-Ungarn und die Türkei für die Russen ein Volkskrieg sein werde, greift nun auch der Blindeste mit Händen. Für das Geschwätz vom Großfürsten-

krieg sind die Zeiten doch wirklich zu ernst; wer in Rußland politisch denkt, will und wünscht ebenso heiß Deutschlands Niederwerfung, Oesterreichs Zerstückelung, der Türkei Vernichtung wie irgendein Nikolai Nikolajewitsch.“ Was an diesen und vielen anderen Leuthnerschen Ausführungen richtig und was an ihnen falsch ist, soll hier nicht im einzelnen erörtert werden. Wir verweisen da auf die Aufsätze von Parvus und anderen Kennern russischer Verhältnisse, die fortlaufend in der „Glocke“ erscheinen. Neu wird für manchen Leser an Leuthners Darlegungen das sein, was er über die außerordentlich große aktive und vorwärtstreibende Rolle sagt, die in den Fragen der russischen auswärtigen Politik, der Vermehrung des Heeres und der Flotte usw. seit Jahren schon die russische Duma gespielt hat.

Im ganzen scheint uns Leuthners Darstellung vielfach der Tiefe und des wirklichen Eindringens in die behandelten Probleme zu entbehren. Oft spricht mehr der Feuilletonist als der Politiker zu uns — womit aber beileibe nicht etwa gesagt sein soll, daß zum Wesen des politischen Schriftstellers eine trocken-langweilige Darstellungsart gehöre. Mit dem gebotenen Körnchen Salz möge man immerhin Leuthners Schrift genießen. Sagt sie auch sicher nicht das letzte Wort zu den in ihr behandelten Problemen, so liest sie sich doch leicht und gefällig und bietet viel des Interessanten und Anregenden. Auch sie kostet wie die vorher genannte Schrift und alle übrigen Bücher der Sammlung eine Mark.

Im Verlag der Buchhandlung Vorwärts ist auch diesmal wieder rechtzeitig zum Jahreswechsel der „Jungvolk-Kalender“ herausgekommen. Unter den Erscheinungen unserer Parteiliteratur im allgemeinen und der parteigenössischen Kalenderliteratur im besonderen nimmt dieser von Karl Korn, dem verdienstvollen Leiter der „Arbeiter-Jugend“ herausgegebene Kalender eine besondere Stellung ein. Textlich wie illustrativ erhebt er sich weit über das Niveau der landesüblichen Kalender. Er ist nicht wie so viele andere seiner Gattung mehr oder minder wahllos zusammengestoppelt, man merkt ihm vielmehr auf jeder Seite an, daß hier eine klug ordnende Hand gewaltet und nach gründlich überlegtem Plan etwas in Form und Inhalt durchaus Einheitliches geschaffen hat. Es ist unmöglich, hier die zahlreichen Beiträge des 160 Seiten

starken Kalenders auch nur aufzuzählen. Hervorgehoben seien nur ein sehr wertvoller und instruktiver Aufsatz des Herausgebers über die Schicksale der freien Jugendbewegung während der Kriegszeit, ein Artikel von August Winnig über die Gewerkschaften in der Kriegszeit, eine lebendige und übersichtliche Darstellung der Kriegseignisse selbst aus der Feder von Heinrich Schulz und eine Schilderung der Märchenstadt am goldenen Horn von Ludwig Lessen. Von den zahlreichen belletristischen Beiträgen ist besonders bemerkenswert ein in sich abgeschlossenes Kapitel aus dem in letzter Zeit so viel genannten Jugendroman „Die Räuberbande“ von Leonhard Frank. Gedichte haben u. a. beigesteuert: Jürgen Brand, Karl Bröger, Franz Diederich, Max Barthel, H. Thurow und E. Hörnle. Ein Aufsatz von Fritz Elsner führt in das Wesen und die Bedeutung der Arbeiterdichtung ein.

Alles in allem: Wie seine Vorgänger so hat auch dieser Jungvolk-Kalender dauernden Wert. In der denkbar glücklichsten Weise vereinigt er literarische und künstlerische Feinheit mit echter Volkstümlichkeit. Er ist nirgends platt, aber auch nirgends verstiegen. Nicht nur die Jugend, sondern auch ältere Jahrgänge werden gerne nach ihm greifen und werden ihm nicht nur für das Jahr 1916, sondern dauernd den verdienten Ehrenplatz in ihrer Bibliothek einräumen. Der Preis beträgt im Buchhandel 50 Pfg., für Jugendausschüsse 25 Pfg.

(m)

An der Erhaltung der Unabhängigkeit Deutschlands sind die arbeitenden Klassen mindestens ebenso interessiert wie diejenigen, die sich als die berufenen Leiter und Herrscher der Völker betrachten, und das arbeitende Volk ist nicht gewillt, seinen Nacken unter irgendeine Fremdherrschaft zu beugen. Gelte es einmal, sich seiner Haut zu wehren, die arbeitenden Klassen Deutschlands würden ihren Mann stellen.

B e b e l.

Glossen.

Wir und das Fremdwort.

GESTERN begegnete mir eine kleine Episode, die so echt deutsch ist, daß ich sie unmöglich den Lesern vorenthalten kann.

Ich trete in einen Zigarrenladen, lasse einen Fünfinger in Rauch aufgehen und verabschiede mich von der freundlich lächelnden Muse des Geschäfts mit einem „Adieu!“ Sofort wird aus der Muse eine zürnende Brünhilde.

Man sagt nicht „Adieu“, mein Herr, man sagt „Lebe wohl!“ — pardon, ich wollte „Auf Wiedersehen!“ sagen!“

In diesem „Pardon“ steckt ein wenig von der deutschen Seele. Ich hatte einmal einen Jugendfreund, der aus einem Ueberfluß von Geldmangel in der Heimat nach Amerika ging. Er blieb zwei Monate drüben. Dann kam er reuig auf einem steamer (pardon Dampfer!) als Heizer zurück. Ich traf ihn, überwältigend glatt rasiert, auf der Leipziger Straße.

„Na, Heinz, bist du wieder zurück?“

„Yes!“

„In Amerika liegt wohl auch das Gold nicht auf der Straße?“

„No!“ — —

Der arme Kerl — ein ehemaliger Fähnrich — hatte in den zwei Monaten Abwesenheit völlig seine Muttersprache verlernt!

Ich kann mir nicht helfen, aber zwischen meinem Freund und der fremdwortmordenden Brünhilde des Zigarrengeschäfts besteht mehr innerliche Wahlverwandschaft als wir gerne zugeben möchten.

Ich kann mir auch nicht gut denken, daß Hindenburg oder Mackensen oder Kluck ihre Armeebefehle erst auf Fremdwortreinheit ansehen, ehe sie sie von sich geben; sie wissen, die Hauptsache ist das Siegen, ob mit oder ohne Fremdwort. Und ob sie nun Sieg oder Viktoria blasen lassen, uns kann beides recht sein.

Die Fremdwortjagd ist der neueste Sport der Heimkrieger, aller derjenigen geschmackvollen Leute, die ihr Mittagschläf-

chen auf einem eisernen Kreuz mit einem „Ruhe sanft!“ darunter abhalten. Für weniger tun sie es nicht. Allen Ernstes sind bei uns die eifrigsten Fremdwortjäger diejenigen Menschen, von denen man es am wenigsten erwarten sollte.

Ist das wirklich notwendig? Sind wir Deutsche so schwach und unbedeutend, daß uns selbst der Mißbrauch von fremden Worten über den Haufen wirft? Oder sind wir so stark, daß wir trotz und mit unserer Wertschätzung fremden Gutes eine Welt in Waffen besiegen? Und wenn auch gerade unsere „gebildeten“ Kreise mit — oft obendrein durchaus mißverstandenen — englischen und französischen Wortbrocken vor dem Kriege viel groben Unfug verübt haben (man denke nur an das Kauderwelsch des Renn- und Radsportes!), so liegt doch zu der hysterischen Fremdwörterjagd von heute kein Anlaß vor. Es steckt in ihr so viel böses Gewissen, daß mir jeder Fremdwortjäger von vornherein verdächtig ist. Es werden nicht immer die jetzigen Fremdwortjäger sein, die in der Schweiz dem englisch sprechenden Kellner aus Bern gut deutsch antworten.

Lassen wir die Gelehrten das gewiß berechtigte Problem der deutschen Sprachreinigung allein lösen und mischen wir Laien uns nicht mit aufgeregter Vielgeschäftigkeit hinein, als stünden unsere heiligsten Güter in Gefahr! Kaufen wir uns lieber (oder entnehmen wir der Leihbibliothek!) Jakob Grimms keinem von uns genügend bekanntes deutsches Wörterbuch und lernen aus seinem Vorworte die Bescheidenheit, daß wir nicht überall unseren Senf unbedingt dazugeben müssen! (m)

Lothar Brieger.

Konserven-Politiker.

JEDERMANN kennt die Bedeutung der in Büchsen eingemachten Nahrungsmittel für die Ernährung der Millionenheere. Aber nicht jedermann weiß, wie wichtig es ist, auch Gedanken und Grundsätze, besonders aber politische Anschauungen, vor dem Verfall durch Einmachen in theoretische Büchsen

aufzubewahren und dauernd frisch zu erhalten. Das einfachste und beste Verfahren zu diesem Zwecke besteht immer noch in der luftdichten Abschließung gegen äußere Einwirkungen. So können die Nahrungsmittel des Geistes jahrhundertlang vor der Verbindung mit neuen, zersetzenden Gedanken geschützt werden. Staunenswerte Ergebnisse sind auf diese Weise erreicht worden, wovon die Lebensdauer der Scholastik vom 11. bis 17. Jahrhundert ein lehrreiches Beispiel bietet.

Man muß daher dem Genossen Kautsky dankbar sein, daß er in einer Polemik mit Cunow sich die erdenklichste Mühe gab, dessen Gedanken über den Aufbau der dritten Internationale nicht um sich fressen zu lassen, auf daß die in einem Vierteljahrhundert aufgebaute zweite Internationale zu neuem Leben erweckt werden könne. Denn darin muß man Kautsky recht geben: Die zweite Internationale scheint zwar ein Leichnam und funktioniert nicht mehr, aber sie ist deshalb nicht tot. Sie lebt nur in einer anderen Form weiter. Statt mit friedlichen Resolutionen behandeln sich jetzt ihre Mitglieder mit Kanonen und Flintenkugeln, und an der Stelle schöner Anträge haben sie zu den weniger schönen Taten des Bajonettstechens und des Schädelschlagens gegriffen. Kautsky hat ferner recht mit der Anschauung, diese höchst beklagenswerte Umgruppierung nicht an einem Fehler der Organisation zu liegen.

Wie vorzüglich funktionieren doch die Trümmer der Organisation der Internationale, wenn man nur von dem Zweck und Ziele absieht. Hervorragende Führer der Internationale dirigieren diese von ihren Ministersesseln in Paris, Havre, London aus und werden dabei wirkungsvoll unterstützt von einer Reihe von Zeitungen und Politikern in Frankreich, Rußland, England, Italien, Schweden und der Schweiz. Wie kann da Cunow noch behaupten, die „Zweite“ sei tot? Da scheint es bei Cunow noch bedeutend am Glauben an die Unsterblichkeit der Theorie zu fehlen! Was heißt überhaupt tot sein? Jeder der beiden versteht etwas anderes darunter. Cunow sieht in dem Aufhören der Funktionen der Internationale das Erlöschen ihrer Existenz und verlangt deshalb ein neues Gebilde. Kautsky erblickt darin nur einen Uebergang zu einem neuen und schöneren Leben.

weshalb er formsinnig die Einbalsamierung des Leichnams der „Zweiten“ empfiehlt. Offenbar erscheint Kautsky als Konservator altbewährter Ideen und Grundsätze Cunow bedeutend überlegen. Wozu überhaupt in die Ferne schweifen, wenn das Alte und Bewährte so nahe liegt? Denn was die „Zweite“ an Kongressen, Versammlungen, Beschlüssen und durch ihr Brüsseler Bureau geleistet hat, das kann noch Jahrhunderte überdauern, wenn es richtig konserviert wird.

Da es augenblicklich wohl nichts Wichtigeres zu tun gibt, als ein Gespräch darüber zu eröffnen, wie durch einen internationalen Beschluß einiger sich selbst delegierenden Delegierten die Regierungen gezwungen werden können, dem mörderischen Kriege ein Ende zu machen — die Schweizer sind uns auch dabei wieder einmal eine Pferdelänge voraus — so zeigt Kautsky sich auch hier als der tiefe und exakte Konserven-Politiker, der den sogenannten praktischen Politikern insofern weit überlegen ist, als er immer erst den **Begriff** jedes Dinges klargestellt wissen will, ehe er sich in eine Erörterung einläßt. Denn eben wo Begriffe fehlen, da stellt ein Wort zur rechten Zeit sich ein!

Heine erzählt einmal: Ein Mann stellte einem Franzosen, einem Engländer und einem Deutschen die Aufgabe, eine Arbeit über das Kamel zu liefern. Der Franzose schrieb schon tags darauf einen glänzenden Artikel; alle Leser waren entzückt, obgleich darin über das Kamel so gut wie nichts gesagt war.

Der Engländer begab sich sofort ins Britische Museum, um nach den Quellen zu forschen, worauf er nach Aegypten reiste. Dort wollte er die Natur und die Funktionen des Tieres durch Anschauung kennen lernen. Was aber tat der Deutsche? Er schloß sich in seine Studierstube ein, um dort aus der Tiefe seines Gemütes den Begriff des Kamels zu entwickeln.

Heine sagt nicht, wer den Preis der Arbeit erhielt, aber unzweifelhaft wurde er dem Deutschen zuteil. Und wenn jetzt ein großzügiger Beschützer einen Preis auszahlte für die beste Arbeit über die Mittel zur Verhinderung des Inslebentretens einer neuen Internationale, so würde ihn sicher einer der Kautskys erhalten. Das würde aber auch der Fall sein, wenn die Frage lautete: Wie erhält man die tote zweite Internationale der Nach-

welt am sichersten und längsten? Denn das Einmachen und Einkochen alles einst Lebendigen verstehen die Konserven-Politiker von Grund aus...

Die Schädlichkeit der Presse.

ES ist jetzt in der Mode darüber zu reden. Nicht nur die Politiker von der Bierbank haben, gestützt auf lehrreiche Schaufensterauslagen, das Bewußtsein erhöhter Urteilkraft und damit den Besitz der letzten Gründe aller Dinge erlangt, auch sonst glaubt sich allerlei Volk fähig, Urteile über die Schädlichkeit der Presse abzugeben. Weil es überhaupt zu den unveräußerlichen Menschenrechten gehört, über diese Sache ohne nähere Kenntnis zu urteilen. Auf diesem Gebiete finden sich daher die Extreme brüderlich zusammen. Nicht nur der ostelbische Junker beklagt den schlechten Einfluß der Presse — worunter er natürlich nur die nicht konservativ-agrarischen Blätter versteht — auch wohlmeinende Sittlichkeitsprediger, wie der Herausgeber der „Ethische Umschau“, Herr Gustav Maier in Zürich, entdecken jetzt Gassenwahrheiten ältester Art. Wie die Kaufleute und Fabrikanten ihren für unverkäuflich gehaltenen alten Ramsch zu dieser Zeit zu guten Preisen an den Mann bringen, so gehen jetzt gewisse Politiker und Sittenprediger mit abgelegten Ideen hausieren. Unter die Propheten sind allerlei Saule gekommen und die Zeit scheint nahe, da sich die Worte Jesaias erfüllen sollen: „Kühe und Bären werden an der Weide gehen, daß ihre Jungen beieinander liegen, und Löwen werden Strohessen wie die Ochsen.“ Die politischen Wölfe liegen jetzt bei den unpolitischen Lämmern und reaktionäre Pardel bei pazifistischen Böcken.

Besagter Herr Maier offenbart nämlich in der schweizerischen „Internationalen Rundschau“, die sich mit Eifer der undankbaren Aufgabe widmet, pazifistische Bestrebungen durchzusetzen, daß bei ihm infolge des Krieges „Gedankengänge hervorgerufen wurden, die noch vor verhältnismäßig kurzer Zeit unmöglich ge-

wesen wären“. Im Laufe des letzten Menschenalters haben sich (nach ihm) in erschreckendem Wachstum auch die Schäden dieser (Preß-) Freiheit offenbart, durch die in allen großen Staaten hervorgetretene Entstehung von Zeitungen, die ohne Rücksicht auf hohe Kulturziele nur ganz speziellen Interessen... dienen. „Das Zeitungswesen,“ so entdeckt Herr Maier, „hat sich zu großindustriellen Unternehmungen entwickelt, denen unbeschränkte Mittel zur Verfügung stehen, die leider auch oft von den Regierungen zur Förderung ihrer Absichten benutzt werden.“ Aber während Herr Maier sich damit begnügt, allbekannten Schäden dadurch abzuwehren, daß er als „Kriegsziel“ den Befähigungsnachweis für Journalisten und Regelung des Invaliditäts- und Unterstützungswesens sowie andere nebensächliche Dinge verlangt, geht er sich ihm anschließender Anonymus gleich aufs Ganze. Er pfeift auf das Wahlrecht, wenn die Presse nicht vom Grunde aus reformiert, d. h. die Preßfreiheit beseitigt wird. Das denkt er sich am leichtesten zu erreichen durch Abschaffung des Privateigentums bei politischen Zeitungen, die nur von politischen Parteien herausgegeben und in genossenschaftlicher Form organisiert werden sollen. Als wenn es diese Dinge nicht schon längst gäbe.

Man verstopfe sich vor diesem Geschrei aus der politischen Kinderstube nicht die Ohren und glaube nicht, der Lärm werde wie alle Kinderei wieder von selbst verstummen. Die neue Zeit, von der wir nicht wissen, wie sie aussehen wird, kann die ältesten reaktionären Preßladenhüter wieder auf den Markt bringen.

Es ist vielmehr notwendig, die innere Hohlheit solcher Vorschläge zu enthüllen, und den mehr oder weniger wohlmeinenden aber unwissenden Reformern klarzulegen, daß im kapitalistischen Staate, wo alles sich durch Kauf und Verkauf vollzieht, auch Tugend, Bildung, Talente und Charakter der Journalisten ge- und verkauft werden. Das besorgen auch die Besitzer der Zeitungen, und dagegen schützt eine Zwangsinnung der Zeitungsschreiber so wenig wie eine nach dem Muster einer Zwangsinnung der Friseure und Perückenmacher angelegte Organisation der Zeitungverleger; auch kein Konsumverein der öffent-

lichen Meinung. Im Gegenteil, die Regierungen werden in Zukunft mehr als je die großen Blätter dazu benutzen, Einfluß auf die Gestaltung der öffentlichen Meinung zu erlangen; denn gerade dieser Krieg hat ja zur Genüge gelehrt, wie fördernd solcher Einfluß auf die Bestrebungen der Staatsmänner ist. Mehr als bisher werden deshalb auch in Deutschland die „respektablen kleinen Blätter“ an Einfluß verlieren und die großen an Einfluß gewinnen. Dieser Gefahr wegen die Preßfreiheit einzuschränken heißt den Teufel durch Belzebug vertreiben. Die Einschränkung der Preßfreiheit wäre das Todesurteil für die „kleinen Respektablen“ und ein Freibrief für die den Regierungen dienenden großen Meinungsfabriken.

O heiliger v. **Thadden-Trieglaff**, der du im preußischen Landtage von 1847 das Evangelium ostelbischer Junker, die „Preßfreiheit und den Galgen daneben“, verkündet hast, ich erkenne dich als Bahnbrecher für die Quacksalber dieser großen Zeit! Was scheren sie sich um Ergebnisse und Erkenntnisse der Wissenschaften, um Volkswirtschaftslehre und Sozialismus, um unser Bemühen, die allgemeine Bildung und Wohlfahrt so zu fördern, daß die feilen, schlechten Zeitungen ihren Einfluß verlieren und die unabhängigen in Sonne und Licht der Freiheit gedeihen. Denn schließlich hat doch jedes Volk die Zeitungen, die es verdient, und konsumiert nur die Produkte aus der politischen Dreckapotheke, die es verdauen kann.

Wenn jemals irgendwo im Ausland die Hoffnung bestehen sollte, daß im Falle eines Angriffes auf Deutschland der Angreifer auf die deutsche Sozialdemokratie zählen könnte, — diese Hoffnung würde gründlich enttäuscht werden. Sobald unser Land von außen angegriffen wird, gibt es nur noch eine Partei, und wir Sozialdemokraten werden nicht am letzten unsere Pflicht tun.

V o l l m a r.

Büchereinlauf.

Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin: Dr. Paul Lensch: „Das englische Weltreich.“ 52 Seiten. Preis 75 Pfg., Vereinsausgabe 50 Pfg. / Franz Diederich: „Herzen im Kriege.“ Eine Auswahl von Schilderungen und Geschichten. 156 Seiten. Preis 1 Mk.

Verlag S. Fischer, Berlin: Leopold Ziegler: „Der deutsche Mensch.“ 186 Seiten. Preis 1 Mk. / Karl Leuthner: „Russischer Volksimperialismus.“ 81 Seiten. Preis 1 Mk.

Verlag Georg Reimer, Berlin: Friedrich Naumann: „Mitteleuropa.“ 300 Seiten.

Verlag Duncker und Humblot, Leipzig: Dr. Emil Pfersche: „Die Parteien der Deutschen in Oesterreich vor und nach dem Kriege.“ 26 Seiten. Preis 80 Pfg.

Verlag der Nationalen Kanzlei, Leipzig-Reudnitz: „Die Preussen und die preussische Politik“, von einem Altdeutschen. 104 Seiten. Preis 1.50 Mk.

Verlag Felix Dietrich, Gautsch bei Leipzig: Ernst Drahn: Friedrich Engels als Kriegswissenschaftler. 30 Seiten. Preis 50 Pfg.

Verlag Georg Müller, München: Oskar H. Schmitz: „Das wirkliche Deutschland.“ 380 Seiten. Preis 4 Mk. / Oskar H. Schmitz: „Das Land ohne Musik.“ 288 Seiten. Preis 4 Mk. / Oskar H. Schmitz: „Das Land der Wirklichkeit.“ 323 Seiten. Preis 4 Mk. / Arthur Landsberger: „Haß!“ Roman eines Deutsch-Engländers aus dem Jahre 1950. Preis 4 Mk. / Oskar H. Schmitz: „Die Kunst der Politik.“ 470 Seiten. Preis 6 Mk. / A. von Guttry: „Die Polen und der Weltkrieg.“ 304 Seiten. / „Der Deutsche Krieg in Feldpostbriefen“: Band I Lüttich-Namur-Antwerpen. Band II: Hindenburg und Tannenberg. Band III: Zwischen Metz und den Vogesen. Band IV: Um Longwy und Verdun. Jeder Band 3 Mk.

Verlag Eugen Diederichs, Jena: Karl Zimmermann: „Das Problem Belgien.“ 69 Seiten. Preis 1.80 Mk. / Eduard Wechsler: „Die Franzosen und Wir.“ 79 Seiten. Preis 1.80 Mk. / Hermann Ullmann: „Die Bestimmung der Deutschen in Mitteleuropa.“ 38 Seiten. Preis 80 Pfg. / Hugo Preuß: „Das deutsche Volk und die Politik.“ 199 Seiten. Preis 3 Mk.

(Besprechung vorbehalten.)

Notizen.

Frankreichs Kriegsentschädigung an Deutschland 1870. Die erstmalige Forderung des Reichstages zur Kriegsführung betrug bekanntlich 5 Milliarden Mark, ungefähr die gleiche Summe, die Frankreich vor 45 Jahren an Deutschland als Kriegsentschädigung zu zahlen hatte. 5 Milliarden Frs. = 4 Milliarden Mark hatte Deutschland beansprucht, eigentlich sollten 6 Milliarden gefordert werden, doch ließ man mit sich handeln und begnügte sich mit 4 Milliarden Mark; dazu kamen aber noch die Zinsen und Kriegssteuern mit 453 990 448 Mark, eine Summe, mit der sich damals allerhand anfangen ließ, während sie heute nur ein winziger Tropfen auf glühendem Stein wäre. Existiert dieser Betrag noch oder wie wurde er verausgabt?

Zunächst wanderten 120 Millionen Mark in den Julisturm als Reichskriegsschatz.

Ein bedeutender Teil unserer zurzeit umlaufenden Goldmünzen erhielt seine Prägung aus den uns von Frankreich übermittelten Goldbarren.

258 Millionen Mark zahlte Deutschland an Frankreich als Abtretungs-Summe für die Eisenbahnen in Elsaß-Lothringen, weitere 35 Millionen wurden zum Ausbau dieser Bahnen verwendet.

560 Millionen Mark legte Deutschland an in einem Reichsinvalidenfonds, die Zinsen sollten den Kriegsteilnehmern zufallen, die Arbeitskraft und Gesundheit im Feldzug gelassen hatten. Die Zinsen reichten natürlich bei weitem nicht aus, das Kapital wurde angegriffen und war bald verausgabt.

350 Millionen Mark wurden zum Ausbau der Festungen an den Landesgrenzen und zur Errichtung neuer Kasernenbauten in Elsaß-Lothringen verwendet.

66 Millionen Mark dienten der Neuschaffung der Reichskriegsflotte.

116 Millionen wurden als Pflaster auf die Wirtschaftswunden der Einwohner von Elsaß-Lothringen gelegt.

Mit 17 Millionen versuchte man einen Ausgleich für den Schaden zu schaffen, den die deutsche Schifffahrt erlitten hatte durch Darniederliegen von Handel und Seeverkehr.

12 Millionen erhielten die aus Feindesland eingewanderten Deutschen, die Hab und Gut und Existenz verloren hatten.

12 Millionen wurden den Reservisten und Landwehrlenten zugesprochen, die sich infolge ihrer Einberufung zum Heeresdienst wirtschaftlich ruiniert sahen. Weitere 12 Millionen gelangten an 28 Generäle zur Verteilung.

Die Verteilung des Millionensiegens erfolgte grundsätzlich nur an Kriegsteilnehmer, soweit sie als Entschädigung und Belohnung gedacht war.

Nur ein einziger Zivilist erhielt eine Dotation, und zwar der damalige Präsident des Reichskanzleramtes, Delbrück.

Ganz leer ging Bismarck aus. Aber er bekam als Geschenk den Sachsenwald, bewertet mit 3 Millionen Mark.

24 Millionen bildeten den Grundstock zum Bau eines neuen Reichstagsgebäudes, es wurde 14 Jahre später in Angriff genommen und nach 10 Jahren mehr oder weniger glücklich vollendet.

90 Millionen wurden an Preußen zurückgezahlt für seinen im Krieg verausgabten Kriegsschatz.

Das Jahr 1873 brachte die Währungsreform: die Prägung einheitlicher Reichsmünzen, die Schaffung der Goldwährung; dafür wurde eine Ausgabe von zirka zwei Milliarden nötig.

Es blieb ein Rest von $1\frac{1}{2}$ Milliarden; er wurde unter die einzelnen Bundesstaaten verteilt, die bei dem Milliardenseggen begrifflicher Weise nicht leer ausgehen mochten.

Kriegsliteratur. Bis Ende September stellten die von der Hinrichschen Verlagsbuchhandlung in Leipzig herausgegebenen bibliographischen Nachweise 6395 Erscheinungen der deutschen Kriegsliteratur fest. Im einzelnen ergibt sich folgendes Bild: Es erschienen 1174 Schriften über die Kriegsergebnisse selbst, 447 Landkarten, 1590 Schriften, die politische, wirtschaftliche und kulturelle Kriegsprobleme behandeln, 295 juristische Kriegsschriften, 1128 Bücher religiöser Natur, während unter die Rubriken Kunst und Unterhaltung 1696 und unter Verschiedenes 65 Kriegsschriften fallen.

Sechsendsechzig Kriegszeitungen wurden nach einer im November vorgenommenen Zählung von der deutschen Heeresleitung herausgegeben. Davon entfallen 46 auf Belgien und 11 auf Nordfrankreich.

.....

Aus unserer Sammelmappe.

Ein alter, harter Aberglaube zerstiebt plötzlich im Kriege: der Wahn, daß Begabung und sittliches Empfinden stärker an die oberen als an die unteren Gesellschaftsschichten gebunden sei. Hoch und niedrig, arm und reich wetteifert an Opferfreudigkeit, und gerade die Enterbten, denen das Vaterland nur der Nährboden für das nackte Leben war, haben fromm das Scherflein der Witwe gespendet, haben alles gern dem Ganzen gegeben. Alle vermeintlichen Unterschiede im Grad der Vaterlandsliebe sind aufgelöst im großen gemeinsamen Wollen, Kämpfen und Sterben. Das höchste sittliche Empfinden, das teuerste der Bande war gleich stark um die Leute aus Palast und Hütte geschlungen. Wer wollte beim gemeinschaftlichen Bluten und Sterben noch zweifeln, daß das ganze Geschlecht sittlicher Gefühle unser Volk in allen Schichten gleich dicht und fest umwoben hält?

Ganz neu war aber so vielen und vollständig überraschend die Entdeckung, daß des Schöpfers Gerechtigkeit auch die Begabungs-

unterschiede nicht von der Gesellschaftsschichtung abhängig gemacht hat. Höcker stellt fest, daß die gebildeten Stände im Schützengraben erst und ganz erstaunt „das Volk“ kennen lernten, das Volk, das keine ungebildete Masse ist, sondern in vielseitigen Denkeigungen und vielfach abgestuften Begabungsäußerungen genau so viel ursprüngliche Verstandes- und Willensanlage offenbare wie die Oberschicht. Professor Weinel singt als einfacher Landsturmmann laut das Lob seiner Kameraden, der Bauern und Arbeiter. Und einige der schönsten und bleibenden Kriegslieder erklangen von den Lippen eines Kesselschmiedes. Die ergreifendste Totenklage aus dem Weltkrieg:

„Mein Junge fiel in der Schlacht
In seiner Jugend Reinheit und Pracht . . .“

stimmte eine Postschaffnersfrau an. . . .

Ist es da berechtigt, die ängstliche Kastenabsonderung von unserem „Volke“ im Sinne der Unterschicht weiter wie bisher in die früheste Kindheit und in die ersten Schuljahre zu tragen, wo alle noch genau denselben Lehrstoff zu bearbeiten haben oder doch haben sollten? Es ist weiter nichts als ein unbarmherziges unvölkisches Vorurteil, daß Arbeiterkinder mangelhafter beanlagt seien als Geheimratssöhne. Die wissenschaftlichen Begabungsforschungen und die Vergleiche der Begabungsäußerungen zwischen 6jährigen Volksschülern und Vorschülern beweisen, daß irgendwelche Begabungsunterschiede zwischen den Kindern aus verschiedenen Gesellschaftsschichten nicht bestehen.

„Korrespondenz des Deutschen Lehrervereins“.

Zuschriften an die Redaktion der Glocke sind zu richten an Konrad Haenisch,
Berlin-Steglitz, Friedrichsruherplatz 4 part.

Adresse des Herausgebers: Dr. A. Helphand, Vodrofsvej 50B, Kopenhagen.

Während des Krieges werden nach Dänemark nur offene Briefe befördert.

Für die Redaktion verantwortlich:

Karl Blasenbrei / für den Verlag: Verlag für Sozialwissenschaft G. m. b. H. /
Druck: G. Birk & Co. m. b. H. / sämtl. in München, Altheimereck 19.

DIE GLOCKE

Heft Nr. 10

15. Januar

Jahrg. 1915/16

Nachdruck sämtl. Artikel mit ausführlicher Quellenangabe gestattet.

Dr. PAUL LENSCH:

Ein Triumph der Gegner.

DASS die Sozialdemokratie etwa regierungsfähig wird, das werden wir schon zu verhindern wissen, also äußerte sich vor einigen Wochen in einem unbeherrschten Augenblick ein Mitglied einer großen und einflußreichen Partei, das zurzeit in den okkupierten Gebieten tätig ist. Er hob damit den Deckel von den geheimsten Gefühlen einer Anzahl Politiker in Deutschland, die die Haltung der deutschen Sozialdemokratie nicht ohne alle Herzensbeklemmung beobachten. Im „allgemeinen Interesse“, das versteht sich, begrüßt man sie und ist erfreut; im geheimen aber, so ganz im geheimen, regt sich leise der Gedanke: eigentlich machten wir bessere politische Geschäfte, als noch der ganze Wall von Vorurteilen gegen die Sozialdemokratie vorhanden war, ihre Vaterlandsfeindlichkeit, ihr hochverräterischer Internationalismus, ihr friedenerstörendes Klassenkampfgepauke. Wie herrlich konnte man damit die Wähler schrecken und die Regierung wie die Heeresleitung ins Bockshorn jagen! Kurz vor Ausbruch des Krieges hatten wir die Herrschaften in den maßgebenden Kreisen endlich so weit, daß sie im Begriff waren, dem Reichstage eine Vorlage gegen das Koalitionsrecht der Gewerkschaften vorzulegen; heute stellt sich der Oberbefehlshaber in den Marken hin, der Generaloberst Kessel, und erhebt auf Grund seiner außerordentlichen Vollmachten einen gewerkschaftlichen Tarifvertrag zu zwingendem Recht. Das sind schöne Aussichten für die Zukunft!

Die öffentliche Stellung, die die Partei sich durch ihre Haltung am 4. August erobert hatte, wurde in der Tat den Scharfmachern immer unbequemer, und sie waren sicher den bürgerlichen Parteien des Reichstages von Herzen dankbar, als sie das kleine unscheinbare Sätzchen von den „Gebietserwerbungen“ mit in ihre Erklärung hineinnahmen, mit der sie sich zur Friedensinterpellation äußerten. Sie wußten: **das ist Sprengpulver für die Partei der 110** und wird unbedingt die latenten Gegensätze, die den Parteikörper zersetzen, mit einem Schlage zu akuten machen und den roten Koloß zu Fall bringen. Die Hoffnung wurde über die Maßen erfüllt. Nicht nur, daß innerhalb der Fraktion die ablehnenden Stimmen, alles in allem gerechnet, auf 43 empor sprangen, auch die eiserne Klammer der Fraktionsdisziplin wurde gesprengt und zum ersten Male betrat die Opposition die Reichstagstribüne und zerriß damit die Einheit der Aktion. Der Triumph der Arbeiterfeinde konnte nicht großartiger sein und mit Recht hat ein deutsches Parteiblatt über diese Szene geschrieben: **im Weltkrieg gibt es bisher drei Geschlagene, Belgien, Serbien und die deutsche Sozialdemokratie.**

Dabei können sich die Zwanzig, die diesmal gegen die Kredite öffentlich gestimmt haben, nicht einmal darauf berufen, daß sie nur konsequent die Politik verfolgen, die sie schon seit dem 3. August verfolgt haben. Wir sehen ganz davon ab, daß die Hälfte von ihnen damals für die Kredite gestimmt hat. Aber ein anderes kommt hier in Betracht. Als in der Fraktionssitzung vom 3. August 1914 die Reichstagsfraktion gegen 14 Stimmen beschloß, den Krediten zuzustimmen, da war das eine prinzipielle Entscheidung. Ich gehörte damals zu den 14, und ich gestehe auch heute noch, daß ich in dem Beschluß, dem sich damals die gesamte Arbeiterklasse Deutschlands durch die Tat anschloß, und den ich jetzt als objektiv und historisch richtig anerkenne, nicht etwa einen Beweis höherer geschichtlicher Erkenntnis oder tieferer wirtschaftlicher Einsicht erblicke, sondern lediglich einen Beleg für die Richtigkeit des Wortes unseres Faustdichters: ein guter Mensch in seinem dunklen Drange ist sich des rechten Weges wohl bewußt. Ein Weltkrieg, so war bis dahin die fast allgemeine Anschauung in der Partei, würde dem inter-

nationalen Sozialismus um so gründlicher zum Siege verhelfen, je unerschütterlicher er sich in der Gegnerschaft zum Kriege bewährt hätte. Binnen drei oder vier Monaten wäre die kapitalistische Gesellschaft an den Abgrund gedrängt, eine soziale Revolution unter Führung des internationalen Sozialismus sei dann der rettende Ausweg aus dem Chaos. So dachte auch Friedrich Engels. Noch auf dem Jenaer Parteitag 1911 hatte **Bebel** ähnliche Anschauungen geäußert, und in seiner Reichstagsrede zur Friedensinterpellation hat **Bethmann-Hollweg** eingestanden, daß auch in der bürgerlichen Welt diese Anschauungen in manchen Punkten geteilt worden wären. — So die Theorie, und die Praxis? Nun genau das Gegenteil trat ein: **nicht der Kapitalismus brach zusammen, sondern die Internationale und nicht die Internationale triumphierte, sondern der Kapitalismus.** Wir haben eine Lebenskraft und Anpassungsfähigkeit besonders des deutschen Kapitalismus erlebt, den seine besten bürgerlichen Bewunderer nicht für möglich gehalten hätten, und wir haben umgekehrt eine Ohnmacht und Zerbrechlichkeit der internationalen Organisation des Sozialismus erlebt, die ebenfalls niemand vor dem Kriege für möglich gehalten hätte. Also in den beiden entscheidenden Tatsachen trat das Gegenteil dessen ein, was man vor dem Kriege angenommen hatte. Unter so total veränderten Verhältnissen die gleiche Taktik fortführen wollen, die man vorher getrieben, konnte einem freilich den billigen Ruhm der „Unentwegtheit“ einbringen, für ernsthafte Leute kam es nicht in Frage. Es galt vielmehr, sich entschlossen auf den Boden der Tatsachen stellen und für die Arbeiterklasse aus der Situation herausholen, was nur irgendwie herausgeholt werden konnte. Mochten immerhin einige unentwegte Parteispitzen über „Umfall“ schimpfen.

Aber der Augustbeschuß öffnete nicht nur den Blick über historische Tatsachen, er war selber eine historische Tatsache, die ihre unentrinnbaren Konsequenzen in sich selber trug. Um ein Bild zu gebrauchen, so glich die erste Vorlage über die Kriegskredite der Vorlage über eine neue Bahnstrecke, bei der zu entscheiden war, ob ein im Wege liegender Bergrücken durch Tunnelung oder Sprengung zu bewältigen war. War die Ent-

scheidung für die Sprengung gefallen und ausgeführt, so konnte man bei den folgenden Nachbewilligungen nicht plötzlich wieder sagen: ach nein, wir sind doch wieder für den Tunnel! — Der Berg war weg. Die erste Entscheidung war die prinzipielle gewesen. Genau so auch bei den Vorlagen über neue Kriegskredite. War einmal bei der ersten Vorlage die Entscheidung für die Kredite gefallen, so hatte dieser Entschluß sofort praktische Konsequenzen und man konnte, solange sich der Charakter des Krieges nicht total änderte, nicht bei der zweiten und dritten Nachforderung sagen: jetzt sind wir wieder gegen die Kredite. Auch hier gab es keinen Tunnel mehr zu bauen, nachdem der Berg weggesprengt war.

Drei Monate nach dem Kriege gab es keinen Zweifel mehr, daß die Voraussetzungen, von denen aus eine Kreditbewilligung von sozialdemokratischer Seite eventuell als falsche Taktik eingeschätzt werden konnte, vollkommen verschwunden waren. Es gab keine Internationale mehr! Ja nicht nur das! Es gab in den feindlichen Ländern nur noch Nationalisten. Von diesem Augenblicke an war eine Aktion gegen den Krieg durch einseitige Verweigerung der Kredite unmöglich geworden. **Schrieb doch im März 1915 selbst der „Vorwärts“** noch: in dem Moment, in dem die französischen Sozialisten die Fortsetzung des Krieges als notwendig proklamieren, zwingen sie dieselbe Stellungnahme allen andern Gliedern der kämpfenden Internationale gleichfalls auf. Noch heute proklamieren die französischen Sozialisten als ihr Programm: Krieg bis zum Ende, Eroberungen, Rache! Soeben erst haben sie einstimmig neue Kredite bewilligt. Der „Vorwärts“ aber feiert die Heldentat der Zwanzig.

Geschichtlich betrachtet war es vorauszusehen, daß der Entschluß des 4. August einen Rückschlag zeitigen würde. Gar zu sehr stand er äußerlich wenigstens im Gegensatz zu vielem, was die Partei bis dahin geschrieben und gelehrt hatte. Die völlig veränderte Situation, die der Krieg geschaffen hatte und **in der Deutschland der Träger des historischen Fortschritts** wurde, konnte in der Presse und besonders unter dem Belagerungszustand, den die Parteiredaktion der „Neuen Zeit“ sofort über alle verhängte, die sich, statt über die Kreditbewilliger zu schimpfen,

über die historischen Zusammenhänge klar zu werden versuchten, nicht genügend auseinandergesetzt werden. Dazu kam eine Zeitlang eine gewisse nationalistische Phraseologie in der Parteipresse, von der sich auch Spuren bis in die Fraktionserklärung vom 4. August hineinverirrt haben. Einige fürchteten, die Partei würde nationalliberal. Anderen schien es in der Tat so, als seien durch den 4. August alle Klassengegensätze aufgelöst. Je mehr sich das nun als Illusion herausstellte, desto unzweifelhafter wurde es, daß die Aktion vom 4. August wie jede große geschichtliche Entscheidung auch ihre Reaktion finden würde. Am 21. Dezember trat sie zum ersten Male offen zutage. Die Lässigkeit der Parteileitung, die in dieser Zeit größter revolutionärer Umwälzungen nur den einen Ehrgeiz kennt, das Parteistatut ungefährdet durch alle Wirrnisse hindurchzuretten, und die jetzt am eigenen Leibe die verdammt tiefe Wahrheit des Wortes von Odilon Barrot erfahren muß: **die Gesetzmäßigkeit tötet uns**, die auch nichts für die theoretische Aufklärung der Genossen im Kriege zu tun gewagt, aus Besorgnis, irgendwo anzuecken — alles das rächt sich nun schwer. Wie weit die Reaktion der Zwanzig ihre zersetzende Wirkung am Parteikörper ausüben wird, läßt sich zur Stunde noch nicht übersehen. Das hängt von dem Maße an Energie und Entschlußfreudigkeit ab, den die Parteinstanzen in den kommenden Monaten aufbringen werden. Solange freilich der Führer der 20 Reaktionäre, der Genosse Haase, noch das Amt eines Parteivorsitzenden ausüben wird, so lange wird dieses Maß nur bescheiden bleiben.

Die 20 Reaktionäre! Sie haben vielleicht geglaubt, eine revolutionäre Aktion zu unternehmen. Nicht der Revolution, nur der Reaktion haben sie einen Dienst geleistet, nur die Arbeiterfeinde werden sich über ihre Tat freuen. (m)

AUGUST WINNIG:

Die Wirkung auf die Gewerkschaften.

1. Die Disziplin und ihr Bruch.

NACHDEM die Spaltung der Fraktion zur Tatsache geworden ist, scheint auch die Spaltung der Partei in greifbare Nähe gerückt zu sein.

Man wird in den Gewerkschaften diese Entwicklung noch mehr bedauern als in der Partei, und auch das Urteil über die Verletzung der Disziplin muß hier aus inneren wohlberechtigten Gründen schärfer ausfallen als dort, wo man die Vorgänge mehr vom Standpunkt der Theorie behandelt. Die gewerkschaftliche Aktion ist weit mehr auf die Mitwirkung aller Berufsgenossen, auf die Einfügung des einzelnen in das Ganze der Bewegung angewiesen als der politische Kampf, der doch allermeist ein Kampf der Meinungen und Argumente ist, während die gewerkschaftliche Aktion eben in der Aufstellung neuer Tatsachen besteht. Hieraus ergibt sich sehr natürlich eine schärfere Auffassung des Disziplinbegriffs, die in gewerkschaftlichen Dingen unerläßlich ist; man zerstöre die Disziplin und man bricht der gewerkschaftlichen Organisation das Rückgrat.

Insofern sind die Aeüßerungen lebhaftester Besorgnis, die aus gewerkschaftlichen Kreisen kommen, erklärlich und berechtigt. Ich habe hier schon einmal das Wesen des Verhältnisses erläutert, wie es sich bei uns zwischen der politischen und der gewerkschaftlichen Organisation herausgebildet hat. Beide Ausdrucksformen der Arbeiterbewegung haben eine gewisse Summe von Anschauungen und Urteilen gemeinsam und infolge dieser Gemeinsamkeit können starke Erschütterungen des einen Teils gar nicht vorübergehen, ohne auch den anderen Teil in Mitleidenschaft zu ziehen. Wenn darum der Begriff der Organisationsdisziplin, der bisher allseits stets so in Ehren gehalten wurde, in der politischen Bewegung eine empfindliche Verminderung erfährt, wenn die Unterordnung der Minderheit unter den Mehrheitswillen nun aufhört, als demokratische Pflicht zu gelten, so muß man da-

von — ohne alle Uebertreibung gesprochen — zumindest sehr üble Wirkungen auf die Gewerkschaften befürchten. Man erinnere sich doch nur, in welch kritischen Lagen die Gewerkschaften oftmals sind. Man denke an die bekanntesten gewerkschaftlichen Konflikte zurück, an den Konflikt nach dem großen Streik der Ruhrkohlengräber, an den Streik anlässlich der Bewegung auf den Strebelwerken in Mannheim, an die Differenzen, die im Gefolge einer Lohnbewegung auf der Stettiner Vulkan-Werft auftraten, an die Opposition unter den Bauarbeitern nach der siegreichen Bewegung von 1910: wie soll in solchen Fällen das höhere Interesse des Ganzen gegen die Willkür der einzelnen Teile geschützt werden, wenn wir es dem subjektiven Ermessen des einzelnen überlassen, ob er sich dem Mehrheitswillen unterordnen will oder nicht? Bisher galt dies als unverbrüchliche Pflicht. Wir waren von der Ueberzeugung durchdrungen, daß ohne rücksichtslose Durchführung des Grundsatzes der Disziplin eine Massenbewegung wie die unsere dem heillossten Wirrwarr und damit der tatsächlichen Ohnmacht ausgeliefert wäre. Hinter dieser Auffassung stand die ganze Autorität der Organisationen. Wer ihr entgegenhandelte, hatte einem unantastbaren Grundsatz der Gesamtbewegung Fehde angesagt und mußte die Folgen tragen. Diese Auffassung bereitete den süddeutschen Budgetbewilligern auf dem Magdeburger Parteitage ihre Niederlage; viele Genossen, die sich der Richtigkeit der politischen Argumente der Budgetbewilliger nicht verschlossen, stimmten doch verurteilend, weil sie an der Parteidisziplin nicht rütteln lassen wollten. Keiner war wohl schon damals weniger berufen, als der Wortführer der Gesamtpartei aufzutreten, als Karl Liebknecht; aber als er in Magdeburg in den Saal rief:

„Es ist erstaunlich, daß man hier ein so geringes Gefühl für die Parteidisziplin hat. Ich bin ja sozusagen im Parteileben aufgewachsen, ich habe sie mit der Muttermilch eingesogen, und aus frühester Kindheit klingt es mir in den Ohren aus dem Munde meines Vaters: Eins ist not: Disziplin! Die Disziplin ist der Stolz der deutschen Sozialdemokratie! Ohne Disziplin kein erfolgreicher politischer Kampf!“

da gab er dem Ausdruck, was für die übergroße Mehrheit der Partei ausschlaggebend war. Diese Auffassung ist nun durchlöchert. Sie ist umgestoßen nicht gerade von Halbgöttern, aber doch von Leuten, die in dem oft wunderlichen Lauf der Dinge zu dem höchsten Ehrenamt berufen wurden, das die Partei zu vergeben hat. Von Genossen, deren Parteiwandel vor allem untadelig sein sollte, die nach etwas altmodischer Auffassung den einfachen, in Reih und Glied kämpfenden Genossen als Vorbild zu dienen haben. Diese Auffassung ist umgestoßen nicht in einer beiläufigen Kleinigkeit, sondern in einer politischen Frage erster Größe; nicht in einer Zeit, wo die nächste Woche Gelegenheit geboten hätte, die Einheit durch den Appell an die letzte Instanz der Partei wieder herzustellen, sondern wo der Kriegszustand die Partei zwingt, jedem Verwüster wehrlos stille zu halten.

Dieser Vorgang ist wahrhaftig dazu angetan, lebhaftes Besorgnis zu wecken, daß sein übles Beispiel auch den Gewerkschaften schaden könnte.

Es haben sich auch Parteiorgane gefunden, die den Disziplinbruch offen verteidigen, und die Parole dazu kam sogar von der „Wochenschrift der deutschen Sozialdemokratie“. (Man weiß längst, daß dieser Titel nur besagt, daß diese Wochenschrift für die deutschen Sozialdemokraten, nicht von deutschen Sozialdemokraten geschrieben wird.) Von allen diesen Organen haben sich die Gewerkschaften noch nie etwas Gutem zu versehen gehabt, sie haben stets in mißtrauischer und verständnisloser Opposition zu den Gewerkschaften gestanden, die ganze gewerkschaftliche Entwicklung hat sich ohne sie und in allen entscheidenden Phasen sogar gegen sie vollzogen. Es ist darum nicht gerade überraschend, daß sie auch jetzt wieder über ein Kardinalinteresse der Gewerkschaften hinwegschreiten, ohne sich um die Folgen zu kümmern.

2. Die Folgen.

Es ist noch nicht bis zur Parteispaltung gekommen. Aber es ist klar, daß sie bisher nur aus äußeren Gründen unterblieben ist. Würde jetzt ein Parteitag abgehalten werden, so wäre die Spaltung unvermeidlich. Nicht bloß, weil es die Wortführer der Disziplinbrecher wollen, sondern aus inneren Gründen. Die

Auffassungen über das politische System der Partei gehen zwischen Mehrheit und Minderheit so weit auseinander, daß ein Zusammenarbeiten schlechterdings unmöglich ist. Die Mehrheit ist erfüllt von der Sorge um das Wohlergehen der Arbeiterklasse und will am Werke des sozialen und demokratischen Fortschrittes bauen; die Triebfeder der Minderheit ist der Haß gegen die nicht-proletarische Welt, sie will nur kritisieren und zersetzen. Es ist der Gegensatz zwischen Konstruktoren und Destruktoren, der die Partei auseinandertreibt. Nach der bisherigen Entwicklung des Gegensatzes muß man zu der Ueberzeugung kommen, daß es hier keine Aussöhnung, keinen politisch haltbaren Zusammenhang geben kann.

Kommt aber die Spaltung, was wird dann in den Gewerkschaften geschehen?

Die Gewerkschaften sind in dieser Frage längst kein unbeschriebenes Blatt mehr. Sie haben sich durch Kundgebungen in der Oeffentlichkeit, noch mehr aber durch ihre Kriegsarbeit (die nur die sinngemäße Fortsetzung ihrer Friedensarbeit war) auf den Standpunkt der Mehrheit gestellt. In dem vom Redakteur dieser Zeitschrift hier besprochenen gewerkschaftlichen Kriegsbuch hat die Auffassung, zu der sich die überwiegende Mehrheit der Organisationen bekennt, ihren Ausdruck gefunden. Die Gewerkschaften sind also in der Wahl ihrer Stellungnahme nicht mehr frei, sie könnten sich selbst dann, wenn die Auffassung der heutigen Minderheit zur Auffassung der Mehrheit der Partei werden sollte, diesen Standpunkt nicht zu eigen machen, wenn sie nicht ihre Arbeit während der ganzen Kriegszeit verleugnen wollten. Doch wenn man auch diesen zwar äußeren, so doch aber nicht belanglosen Grund beiseite schieben wollte, so müßten doch die Gewerkschaften um ihrer Zukunft willen eine Politik, wie sie die heutige Minderheit fordert, strikte ablehnen. In dem Augenblick, wo die Politik der Minderheit die Politik der Partei würde, müßte sich ein klaffender Gegensatz zwischen Partei und Gewerkschaften öffnen.

Käme also die Spaltung, so wäre es ausgeschlossen, daß die Gewerkschaften den intransigenten Flügel unterstützen könnten. Die paar schwankenden Gestalten, die sich heute durch das

Wachstum der Minderheit zu ihr gezogen fühlen, kommen für die Stellungnahme der Gewerkschaften gar nicht in Betracht. In solcher Situation gäbe es für die Gewerkschaften nur die eine Wahl: entweder auf der Seite der Mehrheit eine Politik aufbauender Vernunft fördern und unterstützen, oder Rückkehr zu weitgehender parteipolitischer Enthaltsamkeit. Aber die eine wie die andere Entscheidung hätte Konsequenzen, die sich heute erst in allgemeinen Umrissen erkennen lassen.

Eine **aktive Unterstützung der Mehrheit** würde voraussichtlich nicht ohne Widerspruch aus den Kreisen der Mitglieder durchzuführen sein. Die Agitation der Minderheit hat natürlich auch unter den Gewerkschaftsmitgliedern Boden gefunden. Es ist noch immer so gewesen, daß gedankenloser Wortradikalismus, der für alle Fragen des wirtschaftlichen und politischen Lebens über eine glatte, absolute, wenn auch utopistische Formel verfügt, in Kreisen, deren politische Schulung noch nicht über ein allgemeines, gefühlsmäßiges Oppositionsbedürfnis hinaus gediehen ist, am ehesten Anhänger findet, viel leichter als die realpolitische Auffassung, die sich mit den Realitäten und Relativitäten jeder Erscheinung abmüht und die wechselnden Bedingungen sozialistischer und demokratischer Politik zu ergründen sucht. Der Wortradikalismus verlangt so wenig, nur blinden Glauben an die glatte Formel: darum gibt man sich ihm hin; die Politik der Tatsachengestaltung dagegen verlangt sachliche Vertiefung und Bändigung immer neuer Fragen: das ist viel und darum findet sie nicht leicht Anhänger. Aus dieser Rückständigkeit des politischen Denkens innerhalb gewisser Schichten der Arbeiterschaft zieht die Minderheit ihre Kraft. Sie vertritt die Politik des gefühlsmäßigen Oppositionsbedürfnisses, des oberflächlichen Rasonnements.

Es ist bedauerlich, daß eine solche Politik noch irgendwelchen Boden innerhalb der deutschen Arbeiterschaft findet, aber es ist bei manchen Eigenschaften unseres politischen Betriebes nur allzu erklärlich.

Indessen würde man sehr irren, wollte man den Anhängerkreis der Minderheit in den Gewerkschaften für bedenklich groß halten. Von den deutschen Gewerkschaftsblättern hat vielleicht keines den Mehrheitsstandpunkt so nachdrücklich vertreten, wie das

Organ des Bauarbeiterverbandes; es hat darum auch wohl keines so sehr zu Erwiderungen angeregt, wie eben dieses. Nun sind gewiß Proteste gegen die Haltung des Blattes nicht ausgeblieben. Sie kamen aus Bremen, aus Berlin, aus dem Rheinlande und aus Sachsen. Selbstverständlich waren sie sachlich sehr dürftig und glichen darin den politischen Organen ihres Herkunftsortes. Aber zehnmal zahlreicher als diese Proteste waren die zustimmenden Kundgebungen, die sich nicht selten mit Leidenschaft gegen die Haltung der Minderheit wandten. Gewiß hat der Hochstand der Teuerung vor dem letzten Eingreifen des Bundesrates darin viel verdorben, aber ich zweifle nicht, daß der politische Sinn bei der Mehrheit der Gewerkschaftsmitglieder entwickelt genug ist, um die Fortsetzung der heutigen Stellungnahme und damit die aktive Unterstützung der Mehrheitspolitik auch in der Zukunft zu ermöglichen.

Damit wäre allerdings noch nicht der Gefahr der Uebertragung des Spaltpilzes auf die Gewerkschaften vorgebeugt. Sollte es dazu kommen, so wäre das ein sehr großes Unheil. Man kann natürlich von Liebknecht und Rühle nicht verlangen, daß sie dieser Gefahr, die ja doch nur die so überaus beiläufigen wirtschaftlichen Interessen der Arbeiterschaft bedroht, auch nur das Gewicht einer Federflocke beimessen. Von den verantwortlichen Sachwaltern der deutschen Gewerkschaften freilich muß man erwarten, daß sie ihr um jeden Preis zu wehren suchen. Bei der Abschätzung der Möglichkeit einer Spaltung unserer gewerkschaftlichen Organisationen muß man in Betracht ziehen, daß diese alten großen Verbände zu Mächten geworden sind, die tief in das soziale Leben der Gesamtheit wie in das des einzelnen Berufsgenossen eingreifen. Der festgefügte Organismus mit seinen wertvollen Unterstützungseinrichtungen besitzt schon in dieser Eigenschaft ein Adhäsionsmoment, das schwer zu überwinden ist. Der ausscheidende Teil müßte dessen entbehren und könnte es auch nicht so leicht schaffen; damit aber fehlte ihm eine für die Gewinnung und Erhaltung größerer Massen unentbehrliche Eigenschaft. In einer Reihe von Berufen, insbesondere überall da, wo die Regelung des Arbeitsverhältnisses zentralen Charakter angenommen hat, sähe sich der ausscheidende Teil des Einflusses

auf die Arbeitsbedingungen beraubt. Das Schicksal der anarcho-sozialistischen Organisationen, die aus keiner Spaltung hervorgingen, sondern die Fortsetzung ehemaliger Einheitsorganisationen waren, zeigt, wie sehr die Ohnmacht in den Dingen des Arbeitsverhältnisses auflösend wirkt. Diese Umstände sollen uns nicht verleiten, die Gefahr der Spaltung auf die leichte Schulter zu nehmen, sie sollen den Fanatikern der Minderheit aber andeuten, daß ihnen auf diesem Gebiete manche überraschende Schwierigkeit harret; das ist möglicherweise das einzige, das sie abzuschrecken vermag.

Würde die Spaltung und die Umstände, unter denen sie erfolgt, die Gewerkschaften bestimmen, sich **striker Enthaltbarkeit** in **parteilpolitischen Fragen** zu befeißigen, so könnten sich leicht Konsequenzen daraus ergeben, die der Entwicklung des deutschen Parteiwesens völlig neue Züge verleihen würden. Denn es ist klar, daß die Gewerkschaften auch dann nicht aufhören könnten, die Interessen der Arbeiter in Gesetzgebung und Verwaltung zu verfechten. Sie müßten das auch dann ebenso als ihre zwangsmäßig gegebene Pflicht tun, wie sie es heute tun. Nur könnten sie sich dann nicht auf eine unbestrittene politische Vertretung der Arbeiterklasse stützen, weil eine solche ja nicht vorhanden wäre. Die politische Zusammenarbeit mit einem Flügel der Sozialdemokratie wäre eben bereits ein Abweichen von dem Grundsatz parteipolitischer Enthaltbarkeit. So würde sich also aus der Logik der Dinge eine vermehrte Selbständigkeit des Handelns der Gewerkschaften auf dem Gebiete der Gesetzgebung ergeben, deren Wirkungen auf das Parteiwesen zunächst gar nicht abzusehen sind.

Diese Konsequenzen erscheinen heute, wo das Parteischiß mit Volldampf der Spaltung entgegengleitet, am Horizont. Es ist nützlich, auf sie aufmerksam zu machen. (m)

JOHANN LEIMPETERS:

Die Stimmung der Arbeitermassen.

Vorbemerkung der Redaktion: Die Minderheit der Reichstagsfraktion und die Blätter der Parteiopposition berufen sich immer wieder darauf, daß die Politik der Mehrheit wohl von den „Instanzen“ gebilligt worden sei, daß aber die Masse der Parteigenossen ganz anders dächte. Die Mehrheit der Fraktion habe nur die Minderheit der Genossen hinter sich.

Wenn sich diese Behauptung heute auch nicht ziffernmäßig nachprüfen läßt, so spricht doch alle Wahrscheinlichkeit dagegen, daß sie richtig ist. Nur in einigen wenigen Großstädten scheint die Opposition Oberwasser zu haben. Wie die große Masse der Arbeiter in dem ganz besonders wichtigen rheinisch-westfälischen Industriezentrum denkt und empfindet, das zeigt sehr klar der nachstehende Artikel des Genossen Johann Leimpeters, der seit Jahrzehnten in der gewerkschaftlichen und politischen Bewegung des Ruhrreviers hervorragend tätig ist und auch heute noch in engster Fühlung mit den Arbeitermassen des Westens lebt. Die Arbeit war, wie ausdrücklich bemerkt sei, schon vor dem 21. Dezember, dem Tage der parlamentarischen Schilderhebung der Zwanzig, in unseren Händen.

MIT Ausnahme einer verschwindend geringen Minorität innerhalb unserer Partei steht die gesamte deutsche Nation heute nach 16 Monaten Krieg noch genau so einig und geschlossen, wie am 4. August 1914. So sehr die organisierte Arbeiterschaft den Krieg verabscheut und den Frieden herbeisehnt, so namen- und grenzenloses Unglück er über ganz Europa, nicht über Deutschland allein, bringt, wir können diese weltgeschichtlichen Vorgänge nicht durch Deklamationen aus der Wirklichkeit fortreden. Wir können — wie die Dinge heute liegen — uns weder als Partei noch als Klasse von den übrigen Bevölkerungsklassen losreißen, sondern sind auf Gedeih und Verderb mit ihnen verkettet, ihr Untergang ist unser Untergang, ihr Sieg unser Sieg. Deutschland kämpft in der Tat heute einen **Volkskrieg**, nicht einen Krieg der Regierung noch einer der herrschenden Klassen, dagegen ist mit doktrinären Theorien und dialektischen Sophismen nicht anzukommen. Und weil dem so ist, entsprach die Politik unserer Reichstagsfraktion vom 4. August nur dem Willen des gesamten Volkes und weil die Bewilligung der Kriegskredite dem Volkswillen entsprach, löste diese Abstimmung ein noch nie dagewesenes Echo im ganzen Lande aus.

das einen gewaltigen Eindruck hinterließ, der noch bis über den Krieg hinaus nachwirken wird. Welcher Jubel brauste damals durch das Land und alle Parteigenossen, ob unter den Fahnen oder hinter der Front, fühlten sich wie von einem schweren Alpdruck befreit. Schwer drückte am 1. August die Kriegserklärung auf alle Gemüter, noch schwerer aber lastete auf uns die **Ungewißheit: wie wird die Reichstagsfraktion am 4. August stimmen?** Von dieser Last hat sie uns durch eine Tat befreit, für welche die deutschen Arbeiter ihr immer Dank wissen werden. Nie hat eine Abstimmung in einem Parlament eine größere Wirkung gehabt als das Veto unserer Reichstagsfraktion am 4. August und mit vollem Recht hat man diese Abstimmung als die erste gewonnene Schlacht bezeichnet. Eine gewonnene Schlacht gegen die Feinde Deutschlands, einen ungeheuren Sieg der deutschen Arbeiter auf dem innerpolitischen Kampffeld, den diejenigen am besten zu schätzen und zu würdigen wissen, die im **praktischen Partei- und besonders Gewerkschaftsleben stehen.** Die Arbeiter wissen, welche Erfolge ihnen schon bis jetzt die **Politik des 4. August** gebracht hat und sie verlangen, daß an dieser Politik unbedingt festgehalten wird.

Wenn z. B. Genosse Kautsky in der Entwicklung seiner Theorie zur Parteisplaltung („Neue Zeit“ Nr. 9) schreibt:

„Auf welcher Seite die Mehrheit der Partei zurzeit steht, weiß niemand. Sicher ist, daß die Minderheit in der Fraktion stetig wächst — —“

so beweist er damit nur, daß er jede wirkliche **Fühlung mit der Arbeiterschaft völlig verloren hat**, und sollte es sich bewahrenheiten, daß die Minderheit in der Fraktion stetig wächst, so würden die Abgeordneten dieser Minderheit sich im direkten Gegensatz zu ihren Wählern stellen. So hat Genosse Dr. Erdmann, der Abgeordnete für Dortmund, sich am 20. August bei der Bewilligung des 10-Milliarden-Kriegskredits der Abstimmung enthalten und dadurch eine tiefgehende Erbitterung im ganzen Wahlkreis gegen sich hervorgerufen. Ich habe am 22. August in Lütgendortmund in einer Bergarbeiterversammlung gesprochen — über ein unpolitisches Thema, bei dem die Abstimmung nicht berührt wurde; ganz von selbst sprachen sich in dieser Ver-

sammlung alte Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre, alles Leute, die täglich auf der Zeche anfahren, **in so rücksichtsloser Schärfe gegen das Verhalten Erdmanns aus**, daß er sich gewundert haben würde, hätte er die Ausdrücke gegen sich und die Meinung dieser Knappen und Träger des Parteilebens gehört. Und so ist die Stimmung im Ruhrrevier **überall** — von ganz verschwindenden Ausnahmen abgesehen.

Anstatt nun aus dem gewaltigen und nachhaltigen Eindruck, den die Politik des 4. August auf die Regierung, auf unsere politischen Gegner und nicht zuletzt auf die deutschen Arbeiter selbst ausgeübt hat, die volle Nutzenanwendung für unsere Organisationen und die Arbeiterschaft zu ziehen, haben sich Kritiker und Prinzipienreiter gefunden, die hartnäckig versuchen, die Massen gegen die Fraktionsmehrheit aufzuwiegeln, Partei und Gewerkschaften um alle Erfolge zu bringen. Zwar ist das eine vergebliche Mühe! Leider stehen aber diesen Parteierstörern der „Vorwärts“ und die „Neue Zeit“ zur Verfügung und mancher von uns hat schon oft lebhaft bedauert, **daß der Parteivorstand die Dinge so lange hat laufen lassen**. Welchen Vorteil hätte unsere Parteipresse aus der Aufhebung des Verbots des Bahnhofsverkaufs ziehen können, gegen das wir seit Jahren gekämpft haben! Der „Vorwärts“ ist längst wieder aus den meisten Bahnhofsbuchhandlungen verschwunden, in denen er im Anfang des Krieges in Haufen auslag und das nicht etwa infolge von behördlichem Druck. Das „Zentralorgan“ der größten Partei Deutschlands konnte sich im freien Wettbewerb nicht einmal gegen politisch ganz unbedeutende Zeitungen halten! Und warum nicht? Man wird einwenden: Die Arbeiter kaufen keine Reiseliktüre! O ja, auch die Arbeiter kaufen während der Kriegszeit Zeitungen, aber ein führendes Parteiblatt müßte sich den Zuspriech auch anderer Kreise längst erworben haben. Man kauft eine Zeitung ihres **Inhaltes** wegen und da wünscht das Volk **Nachrichten, Aufklärung** über den Stand des Krieges und **verlangt von den deutschen Zeitungen die Unterstützung in diesem fürchterlichsten Existenzkampf**. Der „Vorwärts“ tut das gerade Gegenteil! Ich habe beim Lesen des „Vorwärts“ stets das Empfinden gehabt, als habe unser Zentralorgan die Aufgabe,

die Interessen des englisch-russischen Imperialismus zu vertreten. Den „Vorwärts“ zu lesen, ist sogar für einen deutschen Sozialdemokraten eine Tortur, für einen deutschen Nichtsozialdemokraten einfach eine Unmöglichkeit!

Seit sechzehn Monaten hören wir nun schon Sturm blasen gegen die Fraktionsmehrheit und ihre Haltung, aber bis heute haben wir noch nicht erfahren, wie sie „richtig“ hätte handeln und stimmen sollen. Will man wissen, was geschehen soll, flüchten die tapferen Parteiretter und Besserwisser sofort hinter die Hecke des Burgfriedens. Der Burgfrieden verbietet ihnen dasjenige zu sagen, was sie von der Mehrheit zu tun verlangen. Tapfere Helden, wahrhaftig!

Erst sollte es nicht mehr derselbe Krieg sein, sondern aus dem Verteidigungskrieg sollte ein Angriffskrieg geworden sein. Diese Aufmachung war dann doch so absurd, daß sie als Echo nur ein mitleidiges Lächeln erweckte. Dann erfolgte das „Gebot der Stunde“, weil angeblich einflußreiche Persönlichkeiten und Körperschaften ein Kriegsziel forderten, das im Widerspruch zur Fraktionserklärung vom 4. August stand. Man wollte ändern Staatsbürgern und Organisationen nicht die gleichen Rechte zugestehen, die man für sich selbst längst beansprucht hatte. Jene einflußreichen Persönlichkeiten hatten doch nichts anderes getan, als auch unsere Reichstagsfraktion am 4. August — allerdings im umgekehrten Sinne. Wer aber für die sozialdemokratische Fraktion das Recht beanspruchte, schon am 4. August und auch später bei wesentlich veränderten politischen Verhältnissen und gänzlich veränderter Kriegslage, Bedingungen über das Kriegsziel festzulegen, muß dasselbe Recht auch anderen einräumen, auch wenn diese anderer Ansicht sind. Es ist der Kampf der ganzen Nation und sofern einzelne Parteien für sich das Recht beanspruchen, bestimmte Bedingungen als Kriegsziel festzulegen, muß dieses Recht auch anderen Parteien eingeräumt werden. Mag man einzelne Forderungen dieser anderen Seite auch für noch so verfehlt und schädlich halten!

Nachdem auch „das Gebot der Stunde“ seine Wirkung verfehlt hatte, die Arbeiter vielmehr unentwegt hinter der Fraktionsmehrheit stehen, verlangt der „Vorwärts“ die Freigabe der öffent-

lichen Besprechung der Kriegsziele. Obwohl diesem Wunsch nicht stattgegeben werden wird, lohnen doch die Fragen: **Durch wen soll diese Besprechung stattfinden und wozu? Und auf welcher Grundlage?**

Die Mehrheit der männlichen Bevölkerung und gerade diejenigen, welche die Kriegsziele erkämpfen müssen, befinden sich im Felde, wären also von einer Besprechung ausgeschlossen. Von den andern würden wiederum nur diejenigen zu Wort kommen, die zufällig über eine Zeitung verfügen und bei aller Hochachtung vor den Zeitungsinnsenchen kann ich doch nicht einsehen, warum gerade sie allein dazu berufen sein sollten, über die Kriegsziele zu diskutieren, die andere erkämpfen müssen. Von den Millionen deutscher Staatsbürger vertritt schließlich ein jeder ein anderes Kriegsziel und jeder hält seines für das richtigste. Wollte ich meine Meinung und wie ich weiß damit die Meinung einer großen Anzahl unserer Parteigenossen niederschreiben, ich bin überzeugt, die Parteizensur würde meine Meinungen streichen.

Und auf welcher Grundlage will der „Vorwärts“ die Kriegsziele denn aufbauen? Der jetzige Stand des Krieges bietet eine solche Grundlage noch nicht und es ist noch längst nicht an der Zeit, etwa den großmütigen Sieger, den Stärkeren zu spielen, der dem Unterlegenen gutmütig die Friedenshand reichen will, nachdem er ihm die züchtigenden Schläge erteilt hat. Diejenigen Parteigenossen, die jetzt den Großmütigen spielen und davon reden, Deutschland habe seine Grenzen gesichert, es könne als der Stärkere Friedensangebote machen, sehen die Situation denn doch wohl allzu rosig an. Die gegen Deutschland im Felde stehende Koalition rechnet noch nicht mit der Möglichkeit einer Niederlage, sondern ist von ihrem Endsieg mindestens so fest überzeugt, wie wir vom Endsieg Deutschlands. Wie wenig Friedensneigungen bei den Feinden Deutschlands vorhanden sind, hat das Echo der sozialdemokratischen Friedensinterpellation und der Kanzlerrede aufs neue bewiesen. Noch sind die Feinde Deutschlands weder niedergedrungen noch erschöpft und hinter ihnen steht Amerika mit all seinen „unbegrenzten Möglichkeiten“, während wir auf uns und unsere Verbündeten angewiesen sind. Deutschland hat in diesem Kriege Ungeheueres,

Ungeahntes geleistet, aber noch Gewaltigeres muß es leisten, bevor ihm der Endsieg blüht. Noch ist nicht die Zeit gekommen, wo wir sagen können: Ich habe so viel getan, daß mir zu tun nichts mehr übrig bleibt.

Die Grundlagen für die Friedensbedingungen werden nicht durch Zeitungsartikel, Versammlungs- oder Kongreßbeschlüsse geschaffen, sondern **durch die Kanonen allein**. Riesiger Opfer und gewaltiger Anstrengungen des ganzen Volkes sowohl an der Front wie hinter derselben bedarf es noch und je größer die Opfer, desto höher der Siegespreis. Es ist ja klar, daß heute die Bedingungen anders sind und sein müssen, als sie vor Jahresfrist hätten sein können. Kein vernünftiger Mensch kann glauben oder wollen, daß dieser Krieg ohne gründliche Umgestaltung der europäischen Landkarte endet, mag das ihm lieb sein oder nicht, mag er es für richtig oder unrichtig halten.

Solange die Blutarbeit nicht getan, solange noch keine Entscheidung gefallen ist, nützt alles Gerede nichts und alles Spintisieren über Parteiprinzipien und -Taktik, über traditionelle Grundsätze usw. ist zwecklos. Erst muß die Sicherheit des Landes, des Bodens erkämpft sein. Ist das Land gesichert, sind auch die Organisationen gesichert, geht das Land in Scherben, gehen mit ihm die Organisationen in Scherben. Wer also der Organisation, der Partei dienen will, helfe erst tatkräftig das Land verteidigen, helfe den Sieg erfechten. (m)

MAX COHEN/REUSS, M. d. R.:

Mitteleuropa.

SCHON seit längerer Zeit wird allenthalben die Ansicht vertreten, daß **Deutschland** und **Oesterreich-Ungarn** sich nach diesem gemeinsam geführten Kriege zu einer festeren Gemeinschaft zusammenschließen müßten, als sie vorher bestand. Männer aller Berufe und der verschiedensten Parteirichtung verfechten mit Eifer diesen Gedanken und Praktiker wie Theoretiker leihen ihm ihr Wort und ihre Feder. Und in den letzten Tagen des November hat in Dresden eine Versammlung des **Deutsch-Oesterreichisch-Ungarischen Wirtschaftsverbandes** sich für eine gemeinsame Zoll- und Wirtschaftspolitik der beiden verbündeten Reiche ausgesprochen. In vielen Aufsätzen von Tageszeitungen und Zeitschriften ist dieser Plan ebenfalls behandelt worden und es gibt bereits eine ganze Anzahl kleinerer Schriften, die ausführlich das Für und Wider dieser wichtigen Angelegenheit erörtern.

Vor einigen Wochen ist auch, aus der Feder **Friedrich Naumanns**, ein umfangreiches Buch erschienen,*) das mit viel Verstand und warmem Herzen diese bedeutungsvolle Frage von allen Seiten beleuchtet, und es ist schon der Mühe wert, sich sowohl einmal in das Naumannsche Buch wie auch in die Sache selbst zu vertiefen.

„Alle Mitkämpfer des Weltkrieges“, sagt Naumann, „fühlen unmittelbar, daß in der gegenwärtigen und in der zukünftigen Zeit keine kleinen und mittleren Mächte mehr große Politik machen können. Unsere Quantitätsbegriffe haben sich gewaltig verändert. Nur ganz große Staaten haben noch etwas Eigenes

*) „Mitteleuropa“ von Friedrich Naumann, M. d. R. (bei Georg Reimer, Berlin).

zu bedeuten, alle Kleineren leben von der Ausnutzung des Streites der Großen oder müssen sich Erlaubnis holen, wenn sie eine ungewohnte Bewegung machen wollen. Die Souveränität, das heißt die Freiheit der weltgeschichtlichen Entschließung hat sich an ganz wenigen Stellen der Erdkugel gesammelt“... „Der Geist des Großbetriebes und der überstaatlichen Organisation hat die Politik erfaßt. Man denkt, wie einst Cecil Rhodes sich ausdrückte, in Erdteilen“... „Wer unverbündet ist, ist isoliert, wer isoliert ist, ist gefährdet. In dieser heraufziehenden Geschichtsperiode der Staatenverbände und Massenstaaten ist Preußen zu klein und Deutschland zu klein und Oesterreich zu klein und Ungarn zu klein. Kein solcher Einzelstaat hält einen Weltkrieg aus. Denkt, daß wir Reichsdeutschen allein kämpfen oder daß Oesterreich-Ungarn allein sich wehren sollte! Das geht nicht mehr. Das ist vorbei. Darum ist heute der mitteleuropäische Bund kein Zufall mehr, sondern eine Notwendigkeit. Auch wenn man ihm nicht mit Begeisterung entgegengeht, so muß man ihn wollen, weil sonst alles noch viel schlimmer aussieht. Verstand aber ist das freiwillige Tun des erkannten Notwendigen“ . . . „Es bleiben nur eine gewisse Anzahl von Mittelpunkten der Menschheit übrig, an denen wirklich regiert wird: **London, Newyork, Moskau** stehen fest. Ob ein ostasiatischer Weltmittelpunkt in Japan oder in China sich bilden wird, liegt noch im unklaren. Ob Indien oder Afrika überhaupt jemals Mittelpunkte erster Größe hervorbringen, ist mindestens sehr fraglich. Dasselbe gilt von Südamerika“... „Auch wenn Deutschland und Oesterreich-Ungarn sich zu einer Wirtschaftseinheit verschmelzen, sind sie zusammen noch immer kein großes wirtschaftliches Gebilde“... „**Großbritannien, Amerika, Rußland.** Jeder dieser Körper ist an Umfang und Masse gewaltiger, als es Mitteleuropa je werden kann. Im besten Falle kann, soweit heute Menschaugen sehen, Mitteleuropa der vierte Weltstaat werden“... „Je geregelter die Weltwirtschaft wird, desto weniger kann ein Volk von nur 70 Millionen Menschen seinen eigenen wirtschaftlichen Gang allein gehen, denn es wird in seiner Isoliertheit umtost von den Rufen: England den Engländern, Amerika den Amerikanern, Rußland den Russen! Alle Großkörper bemühen sich, innerhalb der Welt-

wirtschaft für sich zu sorgen. Auch Großengland wird, wenn wir isoliert bleiben, sich mit Zöllen umgeben und uns die Mitbenutzung seiner Handels- und Kohlenstationen methodisch erschweren. Es denkt den Einkreisungs- und Aushungerungsgedanken weiter und rechnet, wie es ein nächstes Mal uns schärfer treffen kann“... „Wie Preußen einst den Zollverein schaffen mußte, um nicht klein und allein zu bleiben, so müssen wir das mitteleuropäische Wirtschaftsvolk ins Auge fassen. Das ist der Sinn unserer Geschichte, mag es uns passen oder nicht“. Wenn wir uns darüber klar sind, so sagt Naumann weiter, dürfen wir aber nicht mehr von einem „Entscheidungskampf zwischen Germanen und Slawen“ reden. „Entweder es ist ein deutscher Krieg, dann dürfen wir uns nicht beschweren, wenn er in Prag und Agram als solcher aufgefaßt wird, oder es ist ein mitteleuropäischer Krieg, dann sollen und müssen wir von ihm mitteleuropäisch reden und dementsprechend handeln.“ — —

Das etwa sind, in aller kürzesten Worten, die Grundgedanken, aus denen heraus Naumann die praktischen Möglichkeiten dieses Zusammenkommens unter den verschiedensten Gesichtspunkten untersucht. Und man muß zugestehen, daß er, trotz seines starken Optimismus, keineswegs die Schwierigkeiten unterschätzt, die der engeren Verbindung Deutschlands und Oesterreich-Ungarns entgegenstehen.

Unrecht kann man ihm kaum geben, wenn er meint, daß nicht bloße Wirtschaftserwägungen ausschlaggebend sein dürfen, wenn Mitteleuropa entstehen soll. Die drohende Ungewißheit einer späteren Zukunft müsse als starkes politisches Moment helfen, das neue Gemeinschaftsgebilde im Innern der Völker entstehen zu lassen. Naumann fühlt recht gut, daß die verschiedenen Nationalitäten, die hier in Betracht kommen, keine Erleichterung für die Aufgabe sind, und eine Abkehr von der bisherigen Behandlung nationaler Minderheiten ist ihm eine der Hauptvoraussetzungen für das Zustandekommen Mitteleuropas. Er glaubt, daß man dies im Krieg gelernt habe und fordert Nachgiebigkeit in all den Dingen, die ohne Staatsgefahr gewährt werden können. Die Oesterreicher und Ungarn haben diese Schwierigkeiten bisher stärker gespürt, als die Reichsdeutschen, und sie könnten daher

diesen manchen guten Wink geben, wie denn auch Deutschland dem Nationalitätenproblem der verbündeten Monarchie, als dem „Zentralproblem“ Oesterreich-Ungarns, viel mehr Anteilnahme für die Zukunft schenken müßte. Diese Anteilnahme müsse besonders wachsen für die Ungarn, Böhmen, Polen und Südslawen, wozu, neben der jetzt bestehenden Waffenbrüderschaft, die Kenntnis von Sprache, Land und Leuten das beste Mittel sei. Naumann glaubt, daß man mit gutem Willen, und unter dem Zwang der Verhältnisse, die hier liegenden Schwierigkeiten überwinden könne.

Und der stärkste Zwang, sich zusammenzutun, liege in dem Vorhandensein der drei gewaltigen staatlichen Großkörper: Rußland, Großbritannien und Amerika. Zwar könne sich Deutschland, nach diesem Kriege, dem englischen oder russischen Wirtschafts- und Souveränitätssystem anschließen, was, rein wirtschaftlich betrachtet (besonders beim Anschluß nach Osten), sehr ertragreich sein könne. Das käme indes einer Opferung unserer selbständigen politischen Zukunft gleich, während Mitteleuropa, mit seinem deutsch-österreichisch-ungarischen Kerne, stark genug sei, ein weiterer staatlicher Großkörper zu werden, an den anzuschließen andere kleinere Staaten nicht säumen könnten, da Isoliertheit für sie im Zeitalter der Weltwirtschaft unmöglich sei. Vernünftigerweise sieht Naumann davon ab, darzutun, welche andere Staaten in das mitteleuropäische Gebilde hineingehören. Zuerst muß der Versuch zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn gelingen, bevor man andere Staaten auch nur damit belästigt.

Naumann gesteht zu, daß Mitteleuropa selbst im günstigsten Falle den anderen bereits bestehenden staatlichen Großkörpern in vielem nachstehe, besonders soweit es sich um die Produktion zahlreicher Rohstoffe handelt, und daß seine Lebens- und Wirtschaftsquantität in jedem Falle begrenzt bleibt, aber als Käufer und Verkäufer werde es von mächtigem Einfluß sein. Und wenn Naumann bei der Prüfung der Bestände, die man beim Zusammenschluß kennen muß, mit berechtigtem Stolz auf unseren Weizen und Hafer, unsere Kartoffeln und Zuckerrüben, auf unsere Bergwerke, Eisenwerke, Häfen und Fabriken hinweist, die immer-

hin eine Lebensgrundlage seien und sich sogar trotz der Abschließung bewährt haben, so kann man ihm gewiß beipflichten. Und man braucht nur die beigebrachten Zahlen flüchtig zu durchblättern, um zu sehen, was z. B. aus dem ungarischen Boden allein noch herausgeholt werden kann, bevor er auch nur annähernd die Produktivität des deutschen Bauernlandes erreicht.

Ein ganzes Kapitel widmet Naumann den Zollfragen. Er ist ein Gegner der bloßen Vorzugsbehandlung „auf Kosten anderer Weltwirtschaftsbeziehungen“. „Entweder ist Oesterreich-Ungarn ein fremder Wirtschaftsstaat wie andere auch... oder wir werden eine Einheit, die aller Welt gegenüber, in Kauf und Verkauf und in allen Verträgen gemeinsam auftritt.“ Das kann zwar nicht auf einmal geschehen, meint Naumann, aber bereits die ersten Schritte müssen diesem Ziele angepaßt sein. Die Schwierigkeiten einer vollkommenen Zollgemeinschaft nach außen verhehlt Naumann sich nicht, und er schlägt eine ganze Anzahl von inneren Ausgleichsmöglichkeiten vor, die besonders den schwächeren Teil zu schützen haben. Z. B. Verkehrs- und Tarifgemeinschaft, sowie „ungehindertes Wirtschaftsbürgerrecht im großen Gesamtverbande“. Viel verspricht sich Naumann von einer Regelung durch Syndikatsverträge und erhofft eine allmähliche Anpassung an die Zollgemeinschaft von der Einführung von Zwischenzöllen, die er etwa als drei Arten: Zusatzzölle, Aufrechterhaltungszölle und Bewahrungszölle zu erheben vorschlägt. Diese Zollarten schließen sich eng den drei Hauptgruppen an, in die der Geh. Finanzrat Losch in Stuttgart die Gemeinschaftswirtschaft eingeteilt hat, und die auch Naumann im allgemeinen für gut hält, wenn sie auch, was ja nicht möglich sei, natürlich nicht alles umfassen, was überhaupt dabei in Betracht kommt. Es sind dies die Bedarfsgemeinschaft, die Ergänzungsgemeinschaft und die Gruppe der einfachen Konkurrenz. Die weiteren Einzelheiten aus dem Kapitel der Zollfragen, denen Naumann nicht die grundlegende und ausschlaggebende Bedeutung zumißt, wie andere Anhänger des mitteleuropäischen Gedankens, muß der Leser an Ort und Stelle nachlesen, er kommt dabei auf seine Kosten.

Wie soll nun die engere Gemeinschaft zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn zur Wirklichkeit werden? Vor allen

Dingen, sagt Naumann, keine uferlosen Verschmelzungspläne. Die Staatshoheit der einzelnen Staaten muß gewahrt bleiben, denn es kann sich nur um einen Bund souveräner Staaten handeln. Es ist also wichtig, daß gleich der Anfang richtig gemacht wird, dann werden die nächsten Schritte von selbst folgen. Es dürfen also die ersten Gemeinschaftsaufgaben nicht zu zahlreiche, sondern, im Gegenteil, möglichst wenige und vor allem: sie müßten erreichbar sein. Zu diesem Zwecke muß man den beteiligten Ländern „ihren eigenen, altgewohnten Boden unter den Füßen belassen“, und ihnen sagen, was der mitteleuropäische Oberstaat nicht zu regeln hat. So gehen ihn z. B. gar nichts an die religiösen Angelegenheiten und das Schulwesen, ebensowenig die Sprachenfragen, auf deren Milderung man bedacht sein muß. Auch darf der Oberstaat sich nicht in die innere Verwaltung, in die Gemeindeverfassung, in die Staatsverfassung im engeren Sinn hineinmischen, und die Kronrechte gehen ihn ebensowenig an wie die Rechte der verschiedenen Volksvertretungen. Das muß „auch weiterhin nach eigenen Entwicklungsgesetzen wachsen, und überall wird wohl in den großen Finanzverhandlungen nach dem Kriege der parlamentarische Einfluß steigen, aber das kann nicht mitteleuropäische Bundessache sein“.

All die Dinge anzuführen, deren mitteleuropäische Regelung Naumann für möglich hält, ist in einer kurzen Besprechung nicht möglich, ohne die zusammenhängende Darstellung der einzelnen Kapitel zu zerreißen. Erwähnt sei nur noch, daß Naumann, neben der Zollgemeinschaft, auch die Gemeinsamkeit auf dem Gebiete der Landesverteidigung und (wenn auch nicht rein formell) in der auswärtigen Politik für nötig erachtet. Die Hauptaufgaben und ihre Gemeinsamkeit aber würden ganz von selbst entstehen und auch gelöst werden, wenn man nur erst ernstlich anfinfe, gemeinsam zu arbeiten. Dazu muß man Mitteleuropa wollen, von allen Seiten wollen, und Völker und Fürsten müssen es als ihre eigenste und wichtigste Zukunftssache ansehen. „Was soll der Ertrag des Krieges sein? Für was sollen unsere Toten gestorben sein? Dafür, daß wir am Tage nach dem Kriege wieder auseinandergehen und tun, als hätten wir uns nie gekannt? Das würde eine Verschleuderung des edelsten seelischen Gutes

sein. Mitteleuropa ist Kriegsfrucht. Zusammen haben wir im Kriegswirtschaftsgefängnis gesessen, zusammen haben wir gekämpft, zusammen wollen wir leben!"

* * *

Dieser kurzen Besprechung des Naumannschen Buches, das zu lesen man nur dringend empfehlen kann, seien ein paar allgemeine und kritische Bemerkungen nachgeschickt. — Es ist ganz selbstverständlich, daß die Sozialdemokratie der Schaffung großer Wirtschaftsgebiete nicht nur freundlich gegenübersteht, sondern daß sie allen Grund hat, jeden darauf hinielenden Plan auf das eifrigste zu fördern. Die Arbeitsmethode des Sozialismus ist die Arbeitsteilung nach weltwirtschaftlichen Gesichtspunkten, und nirgendwo kann sie besser vorbereitet werden, als in möglichst großen Wirtschaftsgebieten. Je weniger also die Sozialdemokratie gegen die mitteleuropäische Gemeinschaft einzuwenden haben wird, desto mehr wird sie darauf bedacht sein müssen, Einfluß auf die Art ihrer Durchführung zu gewinnen.

Für die Gesamtwirtschaft sind Zölle gewiß ein Uebel, nicht aber ohne weiteres für alle wirtschaftlichen Zustände der heutigen kapitalistischen Gegenwart, wie sie sich im Laufe der Jahrzehnte entwickelt haben. Käme z. B. ein vorbehaltloser Zollverband zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn zustande, so müßte das, infolge der allgemeinen Ueberlegenheit der reichsdeutschen Industrie, für die österreichischen und ungarischen Arbeiter die schädlichsten Wirkungen haben, so sehr er auch den proletarischen Gesamtinteressen von Nutzen wäre. Wir haben daher alle Veranlassung, darauf zu achten, daß, innerhalb der Zollgemeinschaft nach außen, Uebergangsformen gefunden werden, die der österreichisch-ungarischen Industrie und ihrer Arbeiterschaft eine allmähliche Anpassung an den neuen Zustand ermöglicht, und es wäre durchaus denkbar, daß durch ein nach und nach abzubauenendes Binnenzollsystem dieser Zweck erreicht würde.

Ueberhaupt liegen hier, auf dem Gebiet der Zollfragen, die größten Schwierigkeiten. Und es scheint mir einer der wesentlichsten Irrtümer Naumanns zu sein, wenn er in seinem Buche

(bei einem kurzen Rückblick auf den einstigen preußisch-deutschen Zollverein), meint, daß schon damals Zollfragen nicht so entscheidend waren und es heute noch weniger seien. Ich sehe die Dinge hier umgekehrt. Wirtschaftsfragen (die zwar nicht Zollfragen schlechthin sind, aber mit ihnen im engsten Zusammenhange stehen) wiegen heute schwerer denn je. Und es unterliegt für mich keinem Zweifel, daß man in den maßgebenden Schichten der beteiligten Länder die Angelegenheit unter dem Gesichtspunkte prüfen wird, ob die verschiedenen Zweige der Industrie, des Handels und der Landwirtschaft ihre genügend großen Vorteile bei einer Gründung Mitteleuropas finden werden. Sicherlich ist deshalb die Aufgabe nicht unlösbar, aber schwerer, als Naumann sie sich im großen und ganzen vorzustellen scheint, ist sie gewiß. Es wird nicht nur sehr viel guter Wille, sondern es werden die denkbar größten Anstrengungen aller nicht unmittelbar Interessierten nötig sein, damit das neue mitteleuropäische Wohnhaus nicht lediglich vom Standpunkt der Berufsinteressenten, sondern von dem allgemeiner volkswirtschaftlicher Zukunftsentwicklung aus, errichtet wird.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit nur an das eine, viel-sagende Dokument erinnern, das von der „Welt am Montag“ am 6. September 1915 veröffentlicht wurde, und in dem die bekannten sechs Verbände u. a. folgende Forderungen aufstellen:

1. Erhöhung verschiedener landwirtschaftlicher Zölle.
2. Einschränkung der Meistbegünstigungsklausel fast bis zur völligen Preisgabe derselben.
3. Festlegung einer gegenseitigen deutsch-österreichischen Vorzugsbehandlung durch Erklärung einer größeren Anzahl der gegenwärtigen beiderseitigen Vertragszölle als Vorzugszölle und Erhöhung dieser Vertragszölle gegenüber allen anderen Staaten.

Und in der „Zukunft“ vom 11. Dezember 1915 fordert ein Fürst zu Ysenburg und Büdingen gar, daß von der unglücklichen Meistbegünstigungsklausel überhaupt nicht mehr die Rede sein darf.

Unter diesem Zeichen darf Mitteleuropa nicht geboren werden. Es darf nicht dem Zwecke dienen, die Brücken zu unseren jetzigen Feinden auch nach dem Kriege dauernd abgebrochen zu erhalten. Die wirtschaftspolitischen Beziehungen zu jenen kann auch die neue und engere Gemeinschaft nicht ersetzen, sie kann höchstens ein Notbehelf sein. Es wäre vielmehr zu wünschen, daß die Größe und Wirtschaftskraft von 120 Millionen Mitteleuropäern auch jedem unserer jetzigen Gegner den wirtschaftlichen Wiederanschluß begehrenswert machte, und diese gute Wirkung kann ein unter großen Gesichtspunkten zusammengesetztes Mitteleuropa leicht haben. Umsomehr, als den beiden anderen Bundesgenossen der Mittelmächte, den **Türken und Bulgaren**, auch bei wiederhergestelltem Frieden kaum ein anderer Anschluß offensteht, als der, den sie im Weltkrieg fanden. Mit einem so großen und leistungsfähigen Gebiet muß nicht nur Großbritannien, nein auch das Größere Britannien rechnen, das, aller Wahrscheinlichkeit nach, ebenfalls als Kriegsfrucht entstehen wird.

Nur andeutungsweise habe ich auf einige Punkte hingewiesen, der die Sozialdemokratie ihre ganze Aufmerksamkeit schenken muß. Die Fülle der Aufgaben auf diesem Gebiete ist aber so groß, und von der richtigen Gestaltung der Dinge kann derart viel abhängen, daß die sozialdemokratischen Parteien, insonderheit die deutsche, gut daran tun würden, die Bestellung auch dieses Feldes rechtzeitig in Angriff zu nehmen. (m)

WILHELM JANSSON:

Die Gewerkschaften und die Wirtschaftspolitik.

DIE deutschen Gewerkschaften haben in den letzten 25 Jahren den gewerkschaftlichen Aufgabenkreis erheblich erweitert. Im Vordergrund ihrer Tätigkeit steht selbstverständlich der Kampf um die Lohn- und Arbeitsbedingungen, das A und O jeder gewerkschaftlichen Arbeit. Aber die Methoden sind in Deutschland weit reichhaltiger, die zur Erreichung des Zieles angewandten Mittel zahlreicher, als in den außerdeutschen Ländern. Neben der Lohnbewegung, dem Ausstände und dem kollektiven Arbeitsvertrag, die in allen Ländern mit starken Gewerkschaftsorganisationen Anwendung finden, sehen wir in Deutschland die Gewerkschaften eine weitverzweigte Bildungsarbeit verrichten, ein systematisches Unterstützungswesen ausbauen und eine intensive Tätigkeit auf sozialpolitischem Gebiete entfalten.

Diese sozialpolitische Tätigkeit der Gewerkschaften ist in Deutschland eine wesentliche gewerkschaftliche Aufgabe geworden. In den Institutionen der Sozialversicherung, der gewerblichen Rechtsprechung, auf dem Gebiete der Rechtshilfe, in der Kontrolle der Durchführung des Arbeiterschutzes, überall leisten die Gewerkschaften eine bedeutsame Arbeit im Dienste der Arbeiterklasse. Sie sind dadurch wesentliche Organe der sozialen Reform in Deutschland geworden. Diese weitverzweigte Tätigkeit steht durchaus in inniger Beziehung zu dem gewerkschaftlichen Hauptzweck: Wahrnehmung der wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter.

Auf einem sehr wichtigen Gebiete haben die Gewerkschaften bisher jedoch nicht den ihnen gebührenden Einfluß ausgeübt. Das

ist das Gebiet der **Wirtschaftspolitik**. Wohl haben sie durch ihre Presse und in den Versammlungen, wie in der Ausbildung der gewerkschaftlichen Funktionäre wichtige Vorarbeiten geleistet, aber Zeit und Kräfte reichten nicht aus, um darüber hinaus einen direkten Einfluß auf diese Fragen zu gewinnen. Zu einem Teile mag das auch daran liegen, daß gesetzliche Organe, an denen die **Arbeiter** mitzuwirken berufen sind, hier nicht vorhanden sind. Die vorhandenen Organe sind lediglich den Unternehmern vorbehalten. Eine direkte Anregung, den notwendigen Einfluß zu suchen, lag demnach nicht vor, während in der Sozialpolitik die vorhandenen Institutionen die Betätigung der Gewerkschaften notwendig machten. In wirtschaftspolitischer Beziehung beschränkten sich die Gewerkschaften daher auf eine mehr erzieherische Arbeit, um durch Presse und Versammlungen die Arbeitermassen über die wirtschaftlichen Vorgänge und Probleme nach Möglichkeit aufzuklären. Das war im Interesse der Führung der Lohnbewegungen notwendig. Ueber die Notwendigkeit einer Lohnbewegung werden gewerkschaftlich organisierte Arbeiter und ihre Führer kaum in Differenzen geraten, aber die **Möglichkeit** einer Lohnbewegung zu beurteilen, ist abhängig von der Erkenntnis der wirtschaftlichen Zusammenhänge.

Diese mehr passive wirtschaftspolitische Tätigkeit kann den Gewerkschaften nicht länger genügen. Der Krieg hat eine solche Fülle wirtschaftlicher Probleme aufgerollt, die die ureigensten Interessengebiete der Gewerkschaften betühren, daß es eine schwere Unterlassungssünde wäre, wenn sie sich auch fernerhin mit der bisherigen mehr passiven Rolle in der Wirtschaftspolitik begnügen wollten.

Als Arbeiterorgane des Wirtschaftslebens haben die Gewerkschaften die unmittelbarsten Beziehungen zu den Fragen, die hier zur Entscheidung kommen. Die Wirtschaftspolitik schafft außerdem erst die Grundlage für die Sozialpolitik. Auch die Voraussetzungen der gewerkschaftlichen Lohnpolitik werden auf wirtschaftspolitischem Gebiete geschaffen.

Das gilt zum Beispiel schon für das Gebiet der **Lebensmittelversorgung**. Die Gewerkschaften haben ein Interesse an billigen Lebensmitteln, über diese Binsenwahrheit braucht man nicht zu

streiten. Aber sie sind nicht minder an einer leistungsfähigen Agrarproduktion innerhalb der deutschen Reichsgrenzen interessiert. Diese ist abhängig von der Möglichkeit, eine intensive Landwirtschaft zu finanzieren. Je intensiver die landwirtschaftliche Produktion betrieben werden soll, je größer sind die Kapitalanforderungen. Das gilt insbesondere von dem Großbetrieb, der in hervorragendem Maße die menschliche Arbeitskraft durch Maschinenbetrieb ergänzen kann. Im Kleinbetriebe ist die Arbeitskraft des Kleinbauern und seiner Familie das wesentliche Betriebskapital, je intensiver und je länger diese Arbeitskraft täglich ausgenutzt wird, je ergiebiger die Produktion. Aber abgesehen davon, daß diese Ausbeutung der bäuerlichen Arbeitskraft kein gewerkschaftliches Ideal sein kann, der Kleinbetrieb wird niemals die Lebensmittelproduktion eines großen Industrievolkes bewältigen können. Für die Erzeugung des Brotkornes kommt er nur wenig in Frage. Hier verbürgt der Mittel- und Großbetrieb allein die notwendige Leistungsfähigkeit. Aber dieser kann nur auf kapitalistischer Grundlage finanziert werden, solange nicht eine Sozialisierung der Gesellschaft stattgefunden hat. Das Kapital geht jedoch dem Profit nach, ist die landwirtschaftliche Profitrate niedrig, wandert es in ertragreichere Gebiete ab.

Das bedeutet für die Industrie eine Erschlaffung des inneren Marktes. Interessante Belege boten in dieser Beziehung die Berichte unserer Bauarbeiterverbände in den baugewerblichen Krisenjahren 1907/08. Während die Großstädte fast gar keine, die großen Industriebezirke nur ausnahmsweise eine Bautätigkeit aufwiesen, war die Beschäftigung auf dem platten Lande und in den Kleinstädten zum Teil sehr lebhaft. Die höheren Preise, die für die Agrarproduktion erzielt wurden, ermöglichten der Landwirtschaft die Herstellung besserer Baulichkeiten und die Erweiterung ihrer baulichen Anlagen. Das wirkte zurück erstens auf das Baugewerbe, zweitens auf die Baumaterialienindustrie und kam also auch den hier beschäftigten Arbeitern zugute. In einem so komplizierten Wirtschaftskörper, wie das Deutsche Reich einer ist, sind die Wechselwirkungen eben sehr stark und alle Probleme dürfen daher nur in ihrem größeren Zusammenhang beurteilt werden.

Damit ist lediglich zum Ausdruck gebracht, daß die gewerkschaftlichen Interessen sich nicht ausschließlich in billigen Lebensmittelpreisen erschöpfen, sondern vor allem von der **Gestaltung des Arbeitsmarktes** abhängig sind. Daß solche Zölle und zollpolitische Maßnahmen, die wie eine Grenzsperrre wirken, abzulehnen sind, ist selbstverständlich. Denn diese schließt jeden Ausgleich der deutschen Preise mit den Welthandelspreisen aus und gibt der Landwirtschaft eine Monopolstellung, die die Kontrolle der Preisbildung unmöglich macht. Aber eine andere Frage ist, ob nicht ein gewisser Zollschatz für die Hebung der deutschen Agrarproduktion notwendig sein kann und ob nicht eine solche Hebung im Einklange mit den gewerkschaftlichen Interessen steht. Wer die Frage aus Prinzip verneint, begibt sich in der Praxis des Rechts, eine eingehende und durch unumstößliche Zahlen erhärtete Begründung der landwirtschaftlichen Forderungen zu verlangen. Wer seine Entscheidung von dieser Begründung abhängig macht, behält die Trümpfe gegen den zollpolitischen Lebensmittelwucher in der Hand.

Die Frage des landwirtschaftlichen Zollschatzes ist für die gewerkschaftliche Beurteilung, die doch lediglich auf Tatsachen, nicht auf Doktrinen beruhen kann, so schwierig, weil die Ursachen der Lebensmittelteuerung noch keineswegs geklärt sind. Das letzte Vierteljahrhundert hat eine erhebliche Steigerung der Lebensmittelpreise in der ganzen Welt gebracht, in den Freihandelsländern sowohl als in Ländern mit protektionistischer Handelspolitik. Es fehlte gewiß nicht an Versuchen, die Ursachen zu ergründen, aber zu einem Ergebnis führten sie noch nicht. Man hat die Goldproduktion für die Bewegung der Preiskurve verantwortlich machen wollen, das Ergebnis scheint mir nicht überzeugend zu sein. Dagegen ist die Frage meines Wissens noch nicht untersucht worden, wie sich das Angebot zur Nachfrage verhält. Und das ist doch für die Preisbildung von wesentlicher Bedeutung. In einer Zeit rastlosen industriellen Aufschwunges mit einer erheblichen Steigerung der Lebenshaltung der breiten Massen liegt die Frage nahe, ob die Agrarproduktion damit Schritt gehalten hat. Ist das nicht der Fall, wäre die Erklärung der Preissteigerung gegeben.

Der schwedische Statistiker, der vor zwei Jahren verstorbene Professor Gustav Sundbärg, ein Fachmann von Weltruf, hat sehr wertvolle Untersuchungen auf diesem Gebiete gemacht. Leider reichen seine mir zur Verfügung stehenden Ziffern nur bis 1900. Er soll, wie mir die Direktion des schwedischen statistischen Zentralamtes mitteilte, eine französische Fortsetzung seiner Untersuchungen 1908 veröffentlicht haben, die mir aber nicht zugänglich ist. Nach den mir vorliegenden, der schwedischen „Statistisk Tidskrift“ entnommenen Zahlen betrug die jährliche Durchschnittsernte in Kilogramm pro Einwohner:

	Europa			Vereinigte Staaten		
	1871-80	1881-90	1891-1900	1871-80	1881-90	1891-1900
Weizen	103	103	103	207	212	210
Roggen	98	95	94	11	11	10
Gerste	47	45	45	18	23	23
Hafer	78	78	79	110	155	154
Mais	29	29	30	709	751	691
Insgesamt	355	350	351	1055	1152	1088

In diesen beiden großen Produktionsgebieten ist demnach keine relative Steigerung der Produktion der beiden hauptsächlichsten Brotgetreidearten im Laufe von 30 Jahren zu verzeichnen. Die europäische Roggenernte ist sogar um 4 Kilogramm pro Einwohner zurückgegangen, die amerikanische um ein Kilogramm. Die amerikanische Weizenernte hatte in den 80er Jahren eine steigende Tendenz (von 207 auf 212 kg), ist aber dann wieder auf 210 kg gefallen. Die Gerstenernte ist in Europa zurückgegangen, in Amerika gestiegen, die Haferernte stieg in Europa nur um 1 kg, in Amerika rapid, während die Maisernte in Europa um 1 kg stieg und in Amerika von 709 auf 691 kg zurückging. Ueberhaupt ist der amerikanische Ernteertrag nach dem schnellen Aufstieg von 1881 bis 1890 im folgenden Jahrzehnt wieder zurückgegangen, während die europäischen Ziffern eine größere Stabilität erkennen lassen.

Die argentinische Produktion ist in diesen Zahlen zwar nicht enthalten. Ob sie heute eine wesentliche Verschiebung zu bringen

vermag, darf aber schon aus dem Grunde bezweifelt werden, weil der Bevölkerungszuwachs Argentiniens in den letzten Jahrzehnten geradezu enorm war. Allein im Jahrzehnt von 1901/11 stieg die argentinische Bevölkerung um 55,1 Prozent, die australische um 16,1 Prozent und die kanadische um 34,1 Prozent. In allen diesen neuen landwirtschaftlichen Produktionsgebieten ist also die Bevölkerungszunahme so groß, daß die Agrarproduktion in immer größerem Maßstabe dem einheimischen Konsum verfallen muß, sobald eine nur konsumierende industrielle und städtische Bevölkerung sich ansiedelt. Und das ist doch überall der Fall. Der landwirtschaftlichen Erschließung folgt auf dem Fuße eine Bevölkerung, die im Verkehr und Handel ihren Erwerb sucht und schließlich zu industrieller Tätigkeit zunächst für den einheimischen Markt greift.

Ich halte schon die obigen Zahlen für so bedeutend, daß mir die bisherige bei uns übliche Bewertung der Lebensmittelpreisbildung für die Gewerkschaften nicht mehr genügt. Für die von den Gewerkschaften erstrebte Erhöhung der Lebenshaltung der Arbeiter ist neben einem höheren Lohneinkommen auch eine Steigerung der pro Kopf der Bevölkerung verfügbaren Lebensmittelmenge notwendig. Die Zahlen Sundbärgs zeigen aber, daß die Agrarproduktion Europas und Amerikas in den drei Jahrzehnten 1870—1900 eine solche Steigerung der Getreideernte nicht ergeben hat.

Nun hat mit der Industrialisierung eine Veränderung der Ernährungsweise Platz gegriffen. Der Fleischkonsum gewinnt immer mehr an Bedeutung. Die Fleischproduktion ist aber stark von der Getreideproduktion abhängig, zweitens zeigt ein Vergleich der Entwicklung der Viehbestände auffallende Aehnlichkeiten mit der der Körnerproduktion. Von 1878 bis 1908 stiegen die Rindviehbestände Europas, Kanadas, der Vereinigten Staaten, Argentiniens und Australiens um ein Drittel, d. h. von 179,9 Millionen Stück auf 239,3 Millionen Stück. Die Schafbestände stagnierten mit 363,2 Millionen Stück i. J. 1878 und 367,4 Millionen Stück 1908. In Europa befand sich die Schafzucht überhaupt im Rückgange. Die Schweinezucht hat ungefähr mit der Rinderproduktion Schritt gehalten, der Bestand stieg in den

30 Jahren von 98,2 auf 130,4 Millionen Stück. Die Bevölkerung Europas vermehrte sich aber ebenfalls um ein Drittel, die Amerikas verdoppelte sich. Bei konstanter Lebenshaltung der Bevölkerung würde zwischen Angebot und Nachfrage keine wesentliche Aenderung eingetreten sein. Aber die Lebensweise hat sich erstens verändert und andererseits ist der Volkswohlstand ein größerer geworden, so daß die breiten Massen als Käufer auf dem Lebensmittelmarkte in ganz anderer Weise auftreten konnten als einst. Zum mindesten trifft das für Deutschland zu, wie aus den gewerkschaftlichen Lohnstatistiken der letzten 25 Jahre sich unschwer nachweisen läßt. Die industrielle Arbeit und die großstädtische Konzentration der Bevölkerung bedingen den Konsum konzentrierter Lebensmittel. Die Nachfrage nach solchen ist gestiegen, aber die Agrarproduktion hatte Mühe, den alten Stand, relativ gesehen, aufrecht zu erhalten.

Und daher ergibt sich die Forderung, daß alles aufgeboten werden muß, die Agrarproduktion nicht nur absolut, sondern auch relativ zu erhöhen. Die durch die Gewerkschaften erkämpfte Erhöhung der Lohnrate wird erst dann vollauf den Lebensstandard der Arbeiterklasse auf ein höheres Niveau bringen, wenn die pro Kopf verfügbare Lebensmittelmengde ebenfalls eine Steigerung erfährt.

Zeigte schon eine kurze Untersuchung das große Interesse der Gewerkschaften an der Lebensmittelversorgung, um wie viel mehr sind sie dann an den wirtschaftspolitischen Fragen interessiert, die mit der industriellen Produktion direkt zusammenhängen. Der Inlandsmarkt Deutschlands ist gewiß sehr bedeutend, auch die Landwirtschaft ist ein sehr konsumfähiger Abnehmer deutscher Industrieprodukte geworden. Aber wir haben eine große Einfuhr an Lebensmitteln, Rohstoffen und Halbfabrikaten nötig, die nur durch eine entsprechende Ausfuhr auf die Dauer zu finanzieren ist. Der Anteil Deutschlands am Welt-handel ist für die Arbeiterklasse durchaus nicht gleichgültig, vielmehr hängt die Gestaltung des gewerblichen Arbeitsmarktes von der Entwicklung dieses Anteiles in besonderem Maße ab. Der ungehinderte Rohstoffbezug ist so ungemein wichtig, daß der Reichstagsabgeordnete Krätzig in dem gewerkschaftlichen

Kriegsbuche „Arbeiterinteressen und Kriegsergebnis“*) der Förderung des Baumwollanbaues in den deutschen Kolonien im Interesse der deutschen Textilindustrie entschieden das Wort redet. Wenn ein so radikaler Sozialdemokrat, wie Krätzig, sogar die Frage nach einer Veränderung der Besitzverhältnisse von Landgebieten, die heute unter der politischen Herrschaft Englands stehen und die für die Rohstoffversorgung der Textilindustrie in Betracht kommen, aufwirft, dann ist daran die Bedeutung des Rohstoffbezuges für die Textilarbeiter zu ermessen. Denn für Krätzig ist diese eventuelle Umänderung der kolonialen Besitzverhältnisse nur eines der Mittel, die den Rohstoffbezug der deutschen Textilindustrie von England unabhängig machen sollen. Die Tatsache, daß Krätzig sich in so entschiedener Weise auf den Boden der Kolonialpolitik und eventueller kolonialer Gebietserwerbungen stellt, ist ein Zeichen für die Bedeutung des Problems vom Standpunkte der Gewerkschaften, ohne daß diese für alle Auffassungen Krätzigs reklamiert werden dürfen.

Tatsache ist, daß der industrielle Arbeitsmarkt ganz wesentlich von der Beschaffung der Rohstoffe abhängig ist. Darin ist auch das gewerkschaftliche Interesse an diesem Teile der Wirtschaftspolitik begründet. Es ist nicht meine Aufgabe, Richtlinien für die diesbezügliche Beeinflussung der Wirtschaftspolitik durch die Gewerkschaften zu ziehen, hier handelt es sich lediglich um die Feststellung der Notwendigkeit, sich mehr als bisher mit diesen Fragen zu befassen. In der Tat ist die Beschaffung der industriellen Rohstoffe für den deutschen Arbeiter wichtiger als für den Kapitalbesitzer. Denn dieser kann sein Kapital wandern lassen und industrielle Betriebe an den ausländischen Rohstoffquellen errichten, ohne seinen Wohnort zu verlassen. Der Arbeiter aber muß, findet er im eigenen Lande keine Verwertung für seine Arbeitskraft, die Heimat verlassen, auswandern. Er tauscht dann das größere oder geringere Maß von Rechten, die er in der Heimat errungen, gegen die völlige Rechtlosigkeit des ausländischen Lohnsklaven aus. Für den deutschen Arbeiter ist der Tausch nicht verlockend.

*) Verlag von Albert Baumeister, Berlin-Karlshorst. Preis brosch. 2 Mk., gebd. 3 Mk.

Daß für das Gebiet des Rohstoffbezuges der Freihandel zu fordern ist, liegt auf der Hand. Ob aber das gewerkschaftliche Interesse am Freihandel ebenso groß ist, wenn das Gebiet der Fertigfabrikate betreten wird, ist nicht ganz so zweifelsfrei. Wo eine Industrie zur Weltmarktstellung gelangt, hat sie kein wesentliches Interesse am Schutzzoll, weil sie leistungsfähig genug ist, die Konkurrenz mit dem Auslande aufzunehmen, in der Heimat natürlich noch leichter als auf dem Auslandsmarkte. Für die deutsche chemische Industrie z. B. wird kein Gewerkschafter Zölle für gerechtfertigt halten, die lediglich als Finanzzölle wirken müssen. Aber es ist nicht ebenso sicher, daß die Gewerkschaften, wenn sie einmal zu einer eingehenden Untersuchung dieser Fragen schreiten sollten, den zollfreien Zustand für alle Industriezweige bevorzugen würden. Wir haben beispielsweise seit Jahren beobachten können, wie die Steinarbeiter entschieden alle Bestrebungen zu unterstützen suchten, die auf eine Verdrängung der schwedischen Pflastersteine vom deutschen Markte hinielten. Sie haben dazu gute Gründe, denn, abgesehen von der Lohnfrage, der Arbeiterschutz in der schwedischen Steinindustrie ist nicht viel mehr als ein weißes Blatt Papier; eine die Unternehmer belastende obligatorische Kranken- und Unfallversicherung besteht nicht und die freiwillige Haftpflichtversicherung ist, an der deutschen Unfallversicherung gemessen, nichts, von dem es zu reden lohnte. Im Streit über die Güte des Materials vermag ich nicht zu entscheiden, aber der Standpunkt der Arbeiter und Unternehmer der deutschen Steinindustrie ist mir durchaus verständlich. Wenn ein Ausgleich der Produktionskosten zugunsten der deutschen Steinindustrie nur durch einen Zoll möglich sein sollte, so erscheint eine solche Maßnahme zweckmäßiger, als der jetzige moralische Druck auf die Stadtverwaltungen, aus nationalen Gründen deutsches Material zu verwenden. Damit sind wir zugleich zu dem Kernpunkt einer gewerkschaftlichen Bewertung der Industriezölle gelangt. Sobald die Zölle den Charakter von Finanzzöllen oder monopolbildender Ausbeutung des Volkes annehmen, wird eine Gewerkschaftsbewegung, die sich ihrer Stellung als Organisation der Arbeiterklasse bewußt ist, sie ablehnen. Aber ganz anders liegen die

Dinge, wenn die Zollgesetzgebung vom Standpunkte der **Produktionskosten** geleitet wird. Heute ist die deutsche Zollgesetzgebung nicht auf diesem Grundsatz aufgebaut, die Interessen gewisser Unternehmergruppen waren in Verbindung mit den Finanzinteressen des Reiches in der Zollpolitik ausschlaggebend. Eine Zollpolitik, an der die Gewerkschaften Interesse haben sollen, muß von dem Grundsatz des Fair play getragen sein. Wir sind an einem Zollschatze gegen Waren interessiert, die aus Ländern kommen, in denen die Arbeiterklasse rechtlos ist, das Koalitionsrecht entbehrt und ihren Lebensstandard nicht erhöhen kann; oder die unter Außerachtlassung der minimalsten Anforderungen eines gesetzlichen Arbeiterschutzes produziert wurden; oder wo die Produktion nicht durch den deutschen Kosten entsprechende Aufwendungen für die Sozialversicherung belastet wird. Alle diese Faktoren hemmen unsere gewerkschaftlichen Bestrebungen zur Erhöhung der Löhne, Verkürzung der Arbeitszeit und Weiterführung der Sozialreform. In unserem Interesse liegt es, uns gegen sie zu schützen. Das ist nur fair play, ein Ausgleich der Produktionskosten. Wie wir wiederholt Waren inländischer Produktion boykottiert haben, die von Streikbrechern oder Lohndrückern hergestellt wurden, so können wir uns auch gegen Waren ausländischer Herkunft wenden, deren Produktionskosten geeignet sind, die Lebenshaltung der deutschen Arbeiter herabzudrücken.

Auch die mehr innerpolitische Frage der Syndizierung und Kartellierung der Industrie berührt die gewerkschaftlichen Interessen in ganz hervorragendem Maße. Die Syndikate erschweren den gewerkschaftlichen Kampf, weil sie eine gewaltige Konzentration der kapitalistischen Kräfte darstellen. Aber sie bringen auch durch ihre Organisierung der Produktion eine gewisse Stabilität in die Arbeitsverhältnisse. Eine prinzipielle Ablehnung der Syndikate wäre daher gänzlich verfehlt, aber wir brauchen vielleicht noch den staatlichen Schutz gegen ihre Uebermacht. Grund genug, sich rechtzeitig mit diesen Fragen in positivem Sinne zu beschäftigen.

Der Komplex der die Gewerkschaften direkt berührenden wirtschaftspolitischen Fragen ist so groß und so bedeutsam, daß

dieses Gebiet nach dem Kriege unter keinen Umständen vernachlässigt werden darf. Eine Beeinträchtigung der Tätigkeit der Partei kommt dabei gar nicht in Frage. Ihr bleibt nach wie vor die parlamentarische Vertretung der Arbeiterinteressen und es kann ihr nur zum Vorteil werden, wenn sie sich auch in der Wirtschaftspolitik auf die sachkundige Mitarbeit der Gewerkschaften stützen kann. So ist es in der Sozialpolitik gewesen und so wird es auch in der Wirtschaftspolitik sein. (m)

Die Sozialdemokratie hat nach meinen vorurteilsfreien Beobachtungen das große Verdienst, sowohl den Alkoholismus so erfolgreich wie kaum eine andere mit ihr konkurrierende Vereinigung zu bekämpfen; sie hat auch das Verdienst, durch ihre Jugendpflege die Fabriklehrlinge von der Straße und aus dem Wirtshause fortgebracht zu haben. So war es mir durchaus nicht überraschend, als mir unlängst ein Fabrikbesitzer aus Berlin, der 500 Arbeiter beschäftigt, erklärte, er verdanke es allein der Anti-Alkoholbewegung und der Jugendpflege der Sozialdemokratie, daß sowohl seine zahlreichen Lehrlinge, als auch seine Arbeiter überhaupt, in den letzten Jahren auf ein bedeutend höheres sittliches Niveau gehoben worden seien.

Man habe nun einmal Vertrauen auch zu den sozialdemokratischen Arbeitern, und man wird sich wundern, welch wertvolles Menschenmaterial in ihnen steckt!

Ein angesehener Großindustrieller des Rheinlandes erklärte mir einmal im Jahre 1893 nach längerer Besprechung der sozialen Probleme: „Ich muß Ihnen zugeben, daß die Sozialdemokratie das große Verdienst hat, in unserer idealarmen Zeit Hunderttausenden und Millionen unserer Arbeiter ein Ideal gegeben zu haben, an dem sie sich aufrichten können. Und oft durchzuckt mich eine Ahnung, daß sie auch darin recht haben könnten, daß der nebelhafte „Zukunftsstaat“, den die Sozialdemokraten in dunklem Drange ersehnen, sich schließlich noch enthüllen wird als das gleiche Ziel, welches die christliche Religion als das Gottesreich bezeichnet.“

Fabrikdirektor Wilhelm Spiecker, „Lebenserinnerungen“.

STEPHAN WEISSLITZ:

Noch einige imperialistische Randbemerkungen.

(Schluß.)

Daß der deutsch-englische Gegensatz wie überhaupt der Gegensatz zwischen Deutschland und fast allen alten Kolonialländern mit objektiver Notwendigkeit aus den historisch geschaffenen Verhältnissen hervorspringen mußte, beweist ein Blick auf die Statistik, die jeden überzeugen muß, daß Deutschland ein Aschenbrödel zwischen den kapitalistischen Staaten ist, und daß ein Gleichgewicht in Europa ohne ein entsprechendes Gleichgewicht in der ganzen Welt eben kein Gleichgewicht ist, und daß es so zu der jetzigen Erschütterung kommen mußte.

Die Bevölkerung beträgt:

in Deutschland (1910)	64 925 993
in Frankreich (1911)	39 601 509
in Großbritannien (1911)	45 221 615
in den Niederlanden (1909)	5 858 175

Der auswärtige Spezialhandel beträgt in Millionen Mark für:

das deutsche Wirtschaftsgebiet (1912)	19 651
Frankreich (1912)	11 669
Großbritannien (1912)	22 857
Niederlande (1911)	10 311

Das Kolonialgebiet aber beträgt abgerundet in Millionen qkm: für Deutschland 2,6; Frankreich 11,0; Großbritannien 28,6; die Niederlande 2,0.

Die entsprechende Zahl für die Bevölkerung der Kolonien: 12 bis 13, 50, 350, 38 Millionen.

Und dies Mißverhältnis fällt besonders auf in einer Epoche, in welcher die Kolonien zu immer größerer Bedeutung kommen. In dieser Hinsicht ist interessant die Statistik des **Außenhandels**.

Die Ausfuhr Großbritanniens betrug in Millionen Pfd. Sterl.:

	1866	1872	1882	1902
nach den britischen Besitzungen	53,7	60,6	84,8	109,0
nach Europa	63,8	108,0	85,3	96,5
nach dem nichtbritischen Asien, Afrika und Südamerika	42,9	47,0	40,3	54,1
nach den Vereinigten Staaten	28,5	40,7	31,0	23,8

(Hilferding: „Das Finanzkapital“, S. 414.)

Während der deutsche Gesamthandel vom Jahre 1902 bis 1911 von 10 Milliarden 913 Millionen auf 19 Milliarden 153 Millionen, also ungefähr zweimal so viel, gestiegen ist, ist der Gesamthandel der deutschen Schutzgebiete in derselben Zeit mehr als 4,5 mal gestiegen, und zwar von 99 576 000 auf 435 440 000 („Statistisches Jahrbuch“ 1913). Ein gewaltiges Prozentteil dieses Handels entfällt auf den Verkehr mit Deutschland.

Während also im Jahre 1872 Großbritannien nach seinen Besitzungen nur für 60,6 Millionen Pfund Sterling exportierte gegenüber der hohen Summe von 108 Millionen Pfund Sterling der Ausfuhr nach Europa hat sich das Verhältnis am Anfange des 20. Jahrhunderts gänzlich umgekehrt. Die Ausfuhr nach den Kolonien wuchs absolut und relativ auf 109 Millionen, die Ausfuhr nach Europa fiel sogar absolut auf 96,5 Millionen. Großbritannien wird immer mehr wirtschaftlich mit seinen Kolonien verbunden, in immer geringerem Maße wird es von anderen Staaten abhängig. Eine solche relative Selbständigkeit kann sich unmöglich der deutsche Kapitalismus schaffen, ohne Sieg über die kapitalistischen Regierungen der Entente.

Deutschland exportierte im Jahre 1912

nach Europa für	6743,6 Millionen Mark
nach Amerika für	1496,4 " "
nach Afrika (wo es fast alle seine Kolonien besitzt) für nur	185,3 " "
bloß nach Großbritannien mit seinen Kolonien für	1453 " "

Die Ausfuhr Großbritanniens nach seinen Kolonien übersteigt seine ganze Ausfuhr nach Europa; Deutschlands Ausfuhr nach den Kolonien ist nur ein winziger Teil dessen, was Deutschland nach Europa exportiert und im ganzen nur ein Achtel des Exportes nach Großbritannien mit seinen Kolonien. Deutschlands Handel ist in solcher Weise viel mehr von der Wirtschaftspolitik Großbritanniens abhängig, als umgekehrt, und ein Zollverband Großbritanniens mit seinen Kolonien, mit Schutzzöllen gegenüber dem industriellen Import, also die Verwirklichung der Ideen Chamberlains, wäre ein todbringender Schlag gegenüber Deutschlands Industrie und Handel.

Die Kolonien haben also für die einzelnen nationalen Kapitalistenklassen keineswegs nur imaginäre Bedeutung. Sie erfüllen ihre Aufgabe dort, wo sie entsprechend groß und entwickelt sind, nicht nur dann, wenn es sich um die Ausfuhr industrieller Produkte des Mutterlandes handelt, sondern auch dann, wenn das Mutterland Rohstoffe und Lebensmittel benötigt. Das beweisen wieder die Ziffern, die uns Hilferding für Großbritannien liefert (S. 413). In den letzten 20 Jahren vermehrte sich die Zufuhr von Weizen und sonstigem Getreide aus dem Ausland um 4 Millionen Pfund Sterling oder 9 Prozent, aus den britischen Besitzungen dagegen um $9\frac{1}{4}$ Millionen Pfund Sterling oder 84 Prozent. $16\frac{1}{2}$ Millionen Pfund Sterling oder 79 Prozent Zunahme zeigt die Fleischzufuhr aus dem Ausland, 8 Millionen Pfund Sterling oder 230 Prozent die aus den britischen Besitzungen. $9\frac{1}{2}$ Millionen Pfund Sterling oder 60 Prozent Zunahme zeigt die Einfuhr von Butter und Käse aus fremden Ländern, 630 Prozent die aus den britischen Besitzungen.

Gegenüber solchen Zahlen muß sich für das Kapital die objektive Notwendigkeit der Kolonialpolitik ergeben, gegenüber solchem Sachverhalt muß man sich belehren lassen, wenn man Politik treiben will, daß in der kapitalistischen Ordnung, bei einem Zusammenprall der gegenseitigen Interessen, von einem dauerhaften Frieden zwischen den europäischen Staaten keine Rede sein kann, bevor jenes deutsche Kolonialproblem, das auf der jetzigen Höhe der Entwicklung das Problem des deutschen Kapitalismus wurde, nicht gelöst ist, und zwar gelöst entsprechend

den Interessen der jungen und revolutionär emporstürmenden Industrie Deutschlands. Man muß, wenn man jene Ziffern vor Augen hat, verstehen, daß, solange mit den alten kapitalistischen Staaten des Dreiverbandes die Staaten des Zweibundes nicht in jeder politischen Hinsicht gleichberechtigt sein werden, keine Hoffnung durchschimmert, die Schultern der Völker Europas von der Last der Rüstungen befreien zu können. Eine Selbsttäuschung in dieser Hinsicht und eine Ignorierung dieser Fragen der Weltpolitik bei den taktischen Problemen hieße nichts anderes, als vor entscheidenden Faktoren in der modernen äußeren Politik die Augen zu schließen.

Die Staatsmänner des Dreiverbandes konnten mit dem Gedanken nicht vertraut werden, in friedlicher Weise die Welt Herrschaft mit den neuen Konkurrenten teilen zu müssen. England führte eine Politik der Einkreisung Deutschlands. Zu diesem Zwecke schloß es sich Rußland an, und um seine Arbeit zu Ende zu führen, „versuchte es einerseits Rußland wegen der Balkanfrage in einen Konflikt mit Oesterreich zu verwickeln, und andererseits den Gegensatz Frankreichs zu Deutschland zu vertiefen.“ In den beiden Fällen handelte es sich um Schwächung der deutschen Kräfte auf Jahre hinaus durch einen Krieg Deutschlands mit Rußland und Frankreich. Europa stand fast vor dem Kriege schon in den Jahren 1906, 1909 und 1911.*)

Zu dem nun sicheren und für die kapitalistischen Klassen notwendigen Kriege rüsteten alle Staaten. Republik oder Monarchie, Industrie- oder Agrarland, mit demokratischer oder absolutistischer Tradition, alle schmiedeten die Rüstung. Der europäische Kapitalismus kannte sehr gut seine eigene Seele, er wußte, daß es ohne Gewalt, ohne Weltkrieg und Weltruin nicht vorwärts gehen könne.

Denn es sind nur zwei Wege vorhanden, auf denen sich die politische Struktur der europäischen Gesellschaft ändern kann:

*) Wir zitieren hier Radek „Der deutsche Imperialismus und die Arbeiterklasse“ (S. 41—42), um dem uns möglicherweise treffenden Vorwurfe einer germanophilen Charakteristik der politischen Zustände vor dem Kriege entgegenzutreten.

das sind die allbekanntesten aus der Geschichte des 19. Jahrhunderts: der Krieg und die Revolution. War dieser zweite Weg unmöglich, weil das Proletariat zu schwach, das Kapital zu stark war, weil noch keine objektiven politischen Bedingungen für die Bezwingung des Nationalismus durch den Gedanken der Internationalität da waren, so mußte der erste kommen, auf dem Wege des Krieges muß die Weltwirtschaft die enge politische Form, in die sie hineingezwängt ist, sprengen. Es lag im eminenten Interesse des Proletariats, daß die gemeinsame Massenaktion der international organisierten Arbeiterklasse der Bewegung der politischen Verhältnisse bleibe; die Geschichte wollte es aber anders und suchte sich einen anderen Weg aus, einen blutigen, durch Leichen gefallener Volksmassen, durch Trümmer zerstörter Städte und Dörfer, durch Zerrüttung des wirtschaftlichen und finanziellen Lebens Europas.

Der Krieg ist nun da, und niemand vielleicht mehr als eben das Proletariat hat ein lebendiges Interesse daran, daß der Krieg, wenn er schon ausgebrochen ist und jetzt schon mehr als ein Jahr dauert, nun auch wirklich jene Probleme der Weltpolitik zur Lösung bringt, die ihn verursacht haben, daß durch den Ausgang des Krieges die Bedingungen für eine höhere politische Organisation Europas geschaffen werden. Deshalb ist für die Politik der Arbeiterklasse die sogenannte Schuldfrage gleichgültig und selbst wenn es auf Grund der diplomatischen Dokumente beweisbar wäre, daß die deutsche Regierung den Krieg provoziert hat, um ihn nicht in einer ungünstigeren Situation ausfechten zu müssen, kann die Taktik der Sozialdemokratie von diesen nur zufälligen Geschehnissen nicht abhängig gemacht werden. Die Sozialdemokratie bekämpfte bisher und wird auch künftig die imperialistische Politik der Bourgeoisie bekämpfen, wie im allgemeinen das Interesse des Proletariats einen steten Kampf gegen die ganze Wirtschaftspolitik des Finanzkapitals erfordert. Die negative Stellung gegenüber dem Imperialismus darf uns aber nicht die historische Entwicklung des Imperialismus in den einzelnen Ländern verdunkeln, sie darf uns nicht blind machen für die wirklichen Kräfte und Faktoren in dem politischen Leben Europas; im Gegenteil, wir müssen einsehen, daß wir es im

Kriege des Imperialismus mit einem notwendigen Kampf entgegengesetzter kapitalistischer Interessen zu tun haben, mit Gegensätzen, die ausgetragen werden müssen, und daß der Ausgang dieses Kampfes nicht nur für das Kapital, sondern auch für die ganze europäische Gesellschaft, wenn nicht für die ganze Welt von einschneidender Wichtigkeit ist.

Die Taktik der Partei während des Weltkrieges muß also die eherne Tatsache zu ihrem Ausgangspunkte machen, daß eine Niederlage des deutschen Imperialismus die Wiederholung desselben Geschichtsprozesses zur Folge haben würde, dessen Zeugen wir in den letzten Jahren waren; daß das deutsche Kapital mit derselben Notwendigkeit wie bisher sich in den imperialistischen Bahnen bewegen würde, daß sich konsequenterweise die Rüstungen wie bisher auch weiterhin vergrößern würden und daß schon vielleicht nach Ablauf einiger Jahre dieselben alten Probleme die europäische Politik beschäftigen würden. In diesem Falle würden wir die erste Phase des Imperialismus mit ihrer bisherigen Handels- und Kolonialpolitik, mit dem Militarismus, mit der Hemmung der Sozialpolitik und der Demokratie wieder erleben und das Blut der europäischen Völker wäre umsonst in Strömen geflossen.

Die Ursachen dieses Weltkrieges liegen in der Gegensätzlichkeit zwischen den Interessen des jungen Kapitalismus in Mitteleuropa und der faktischen Befriedigung, besser Nichtbefriedigung dieser Interessen. Wird der Krieg durch eine **Niederlage der Zentralmächte** diese Disproportionalität aufrechterhalten, wird er im gegenseitigen Kräfteverhältnis der Staaten zueinander den status quo ante bestehen lassen, so müssen auch in Zukunft dieselben Ursachen zu denselben Wirkungen führen. Dies muß angenommen werden, wenn wir nicht ideologisch die Geschichte erklären und unsere ganze Hoffnung wie auch unsere Politik auf dem Sandgrunde ideologischer, subjektiver Faktoren bauen wollen.

Ganz andere Folgen kann ein **militärischer Sieg der Zentralmächte** zeitigen. Man darf sich zwar auch in diesem Falle die Situation nicht so ideal vorstellen, wie dies manchmal geschieht. Die kapitalistische Ordnung bereitet schon jetzt neue

Probleme vor, die in den späteren Friedenszeiten eine neue Quelle internationaler Verwicklungen werden können. Es sind die Probleme, wie das russische, das des weiten Ostens, des Stillen Ozeans, die der zweiten Phase des Imperialismus vielleicht ihren Stempel aufdrücken werden und zu Kriegen führen können, die ein noch größeres Gebiet als der jetzige umfassen werden. Es ist weiter noch sehr zweifelhaft, ob die Regierungen ihre Versprechungen hinsichtlich der Neuorganisierung in der inneren Politik nach dem Kriege einhalten werden, ob wir auch wirklich nach einem Siege der Zentralmächte in einer Epoche der Demokratie und Freiheit schwelgen werden. Nichtsdestoweniger kann man aber mit großer Wahrscheinlichkeit schon jetzt voraussagen, daß erst eine militärische Niederlage des Vierverbandes eine Grundlage für die Vereinigten Staaten Europas schaffen kann, und dies deshalb, weil erst eine Niederlage dieser Mächtegruppe einen Beweis dafür liefern wird, daß sich das mitteleuropäische Kapital vom Weltmarkt und der Weltpolitik nicht ausschalten läßt. Erst eine solche Dokumentierung der Kraft der Zentralmächte kann die kapitalistischen Schichten Englands und Frankreichs überzeugen, daß die Zeiten der Industrie-, Handels- und Kolonialmonopole unwiderrufflich vorbei sind, und daß man im Wege internationaler Vereinbarung, ohne Politik der Einkreisung und Erniedrigung, ein Kompromiß, das für alle beteiligten Staaten annehmbar wäre, schaffen muß. Auch nur in diesem Falle können Voraussetzungen für eine breitere europäische Arbeiterbewegung entstehen, denn nur auf Grundlage freierer internationaler staatlicher Beziehungen kann auch die Arbeiter-Internationale eine engere politische Gemeinschaft bilden. Abgesehen davon, daß eine definitive Niederlage der englischen Weltherrschaft eine größere Empfänglichkeit der englischen Proletarier für den Sozialismus schaffen kann, und daß eine Niederlage Rußlands auf die Umwälzung seiner inneren Verhältnisse sicherlich guten Einfluß ausüben wird.

Kann man in Anbetracht dessen zweifeln, daß die Bewilligung der Militärkredite durch die deutsche und österreichische Partei im Interesse der Ziele und Aufgaben der sozialdemokratischen Politik liegt? Kann man diesen Parteien einen Verrat an den

sozialistischen Idealen vorwerfen, wenn ihre Abstimmung im Einklang steht mit den politischen Interessen der europäischen Völker?

In obiger Beleuchtung bedeutet diese Taktik keinesfalls einen Bankerott der Partei und ihrer Ideologie. Im Gegenteil, durch diese Taktik befolgt sie nur ihre bisherigen Losungen; in einem Momente, in dem sich die Zukunft Europas für die nächsten Jahrzehnte gestaltet, darf die Sozialdemokratie nicht im Schmollwinkel sitzen. Sie muß ihre ganze Kraft in jener Richtung einsetzen, in der die Verwirklichung ihrer Ziele in der äußeren und inneren Politik am wahrscheinlichsten ist. Die Verantwortung für den **Krieg selbst** wälzt sie aber von sich auf die Häupter der europäischen Regierungen. (m)

Ein Blick auf die Karte zeigt, daß Rußland notgedrungen, will es dem ungeheuren Reich die nötige Lebenskraft und seinen riesigen Naturschätzen den entsprechenden Absatz sichern, danach trachten muß, Herr des schwarzen Meeres und des Bosphorus zu werden, was die Eroberung Konstantinopels und Vorderasiens bedingt. Ferner muß es bestrebt sein, die Ostsee in seine Gewalt zu bekommen, und da zeigt wiederum ein Blick auf die Karte, daß es vor allen Dingen versuchen muß, sich der Njemen- und der Weichselmündungen zu bemächtigen, weil diese beiden Hauptflüsse zum weitaus größten Teil in ihrem Laufe russisches Gebiet durchströmen. Der Versuch zur Eroberung unserer Ostseeprovinzen wird nur eine Frage der Zeit sein, wenn auch bis jetzt, und darin handelt Rußland äußerst schlaue, darüber nie ein Wort gefallen ist. Rußland hebt sich den Schlag gegen Deutschland bis zuletzt auf und bei diesem Schlag kann es auf die Hilfe Frankreichs sicher rechnen.

Bebel 1886.

C. DÖRING:

Schweden im Weltkriege.*)

Vorbemerkung der Redaktion: Wir geben den uns zugesandten Aufsatz des Genossen Döring in der „GLOCKE“ gerne wieder, müssen aber darauf hinweisen, daß ihm mehrere große Irrtümer unterlaufen sind, die der sofortigen Richtigstellung bedürfen. So seine Behauptung, daß die Unternehmer die Hauptstützen der liberalen Partei seien, deren Konjunktur- und Exportinteressen die Neutralität erheischen. Die Unternehmer sind in Schweden die Hauptstützen der konservativen Partei, nicht der liberalen, die vielmehr eine Partei des ländlichen Kleinbauernums unter der Führung der städtischen Intelligenz ist. Das politisch unsichere Element des Kleinbürger- und Beamtentums der Städte zählt sich je nach der politischen Konjunktur auch gelegentlich zum Liberalismus, das maßgebende schwedische Unternehmertum aber steht im anderen Lager. Das leitende konservative Blatt, „Stockholms Dagblad“, ist vor einigen Jahren sogar durch den schwedischen Arbeitgeberverein materiell unterstützt worden. Ebenso ist es falsch, daß die Gegnerschaft zu Rußland seit langem aus dem Volksbewußtsein geschwunden. Die Geschichte der letzten schwedischen Wehrvorlage (1914) beweist das genaue Gegenteil. Damit entfällt auch die gewagte Behauptung Dörings, daß die Sympathien des Volkes sich der Entente zuwenden. Was zuletzt die Haltung der sozialdemokratischen Provinzpresse betrifft, so ist diese nicht deutschfeindlich sondern neutral und eine Anzahl Provinzblätter hat gegen die antideutsche Stellung des Zentralorgans wiederholt Stellung genommen (Gotenburg, Helsingborg, Jönköping, Örebro, Sundsvall). Wir dürfen das Kind nicht mit dem Bade ausschütten und jede Kritik deutscher Maßnahmen oder Zustände als „deutschfeindlich“ ansehen. Da wir regelmäßig etwa ein Dutzend schwedischer Parteiblätter verfolgen, glauben wir zu dieser Feststellung verpflichtet zu sein.

KRIEG ist politischer Anschauungsunterricht. Zu keiner Zeit treten die Triebkräfte der geschichtlichen Entwicklung deutlicher hervor: die materiellen Interessen der Staaten und der in diesen wirkenden größeren oder kleineren wirtschaftlichen Gruppen, Klassen und Parteien. Scharf heben sich da besonders zwei Staatengruppen voneinander ab: **Großmächte und Kleinstaaten**. So starke Gegensätze auch zwischen den sich bekämpfenden und zweifellos auch zwischen den verbündeten Großstaaten bestehen, ein Gemeinsames weist ihre Politik doch auf. Ihr Krieg

*) Nachdruck in der Tagespresse, auch auszugsweise, nicht gestattet.
Die Redaktion.

ist ein imperialistischer. Sie schlagen sich um weltpolitische Ziele ersten Ranges. Deutsch-österreichisches Kapital kämpft mit dem englisch-russischen um die Vorherrschaft in Vorderasien. Auf den Schlachtfeldern Frankreichs verbluten sich Riesenheere um der neuen Aufteilung Afrikas willen. Am Isonzo türmen sich die Leichen italienischer Bauern und Arbeiter, um Italien zu einer Balkan- und Orientmacht zu erheben.

Nicht so die an Länderumfang oder an Macht geringeren Staaten. Sie führen weder eine weltpolitische noch überhaupt eine eigentlich selbständige Politik, wie die Großstaaten sie treiben können. Nur in entschiedener Anlehnung an eine der Mächtegruppen vermögen die kleineren Staaten sich Kriegsziele zu setzen, falls ihre Interessen nicht strikte Neutralität nach beiden Seiten gebieten. Wenn ihre Politik auf Ländererwerb ausgeht, so wird dies Streben bestimmend beeinflusst durch das Übergewicht einer der kämpfenden Großmachtgruppen. Schulbeispiel für diese Konjunkturpolitik ist die Politik der Balkanstaaten. Bulgarien hat sich den Zentralmächten angeschlossen, weil diese die größere militärische Macht auf dem Balkan geltend machen konnten. Im entgegengesetzten Fall würde der Staat vielleicht auf Konstantinopel marschiert sein. Rumänien wird seine Heere je nach dem Verlauf des deutsch-russischen Krieges in Siebenbürgen oder in Bessarabien einsetzen. Griechenlands Politik ist gekennzeichnet durch den Gegensatz zwischen der Venizelos-Partei und der Königspartei. Venizelos hielt die Macht des Vierverbandes für die größere und erhoffte von ihr Ländererwerb in Kleinasien. Der König rechnet durch den Sieg der Zentralmächte, das griechische Staatsgebiet um Stücke Mazedoniens und Albaniens zu erweitern. Materielle Interessen, geleitet unter Rücksicht auf die Militärgewalt der Größeren, bestimmen die Politik dieser Balkanstaaten. Die nationalen Ziele, so viel auch immer von ihnen als den vornehmsten geredet wird, können da immer erst in zweiter Linie kommen. Sie dienen mehr der Parole als dem eigentlichen Inhalt des Kampfes. Für diesen muß aber ein der Masse des Volkes deutlich erkennbares erstrebenswertes Ziel vorhanden sein, falls der Krieg populär sein soll. Die Denkschrift der bulgarischen Regierung beweist das aufs klarste.

Etwas anders als auf dem Balkan liegen die Dinge bei den drei nordeuropäischen Kleinstaaten Schweden, Norwegen und Dänemark. Auf dem Balkan wird seit Jahrzehnten von den Völkern um Unabhängigkeit und um das politische und wirtschaftliche Gleichgewicht gekämpft. Verschärft durch die Rivalität der Großmächte war hier die Unruhe zur Regel geworden. Weltwirtschaftliche Interessen kreuzen sich auf der großen Verkehrsstraße, die von Zentraleuropa über Belgrad, Sofia und Konstantinopel nach den alten Kulturstätten Vorderasiens führt. Völker und Regierungen des Balkan sind seit langem gewöhnt, ihr Heil und ihre Größe von der Schärfe des Schwertes zu erwarten. Kein Wunder also, daß jeder politisch Einsichtige nach Ausbruch des Weltkrieges überzeugt war, der Kampf werde auch diesmal wieder den Balkan in Flammen setzen. In Nord-europa dagegen ist das politische und wirtschaftliche Gleichgewicht seit langem fest begründet. Nationalistische Fragen, die den Anlaß zu kriegesischen Verwicklungen geben könnten, spielen hier kaum eine Rolle. Zwar hat Dänemark nationale Interessen in Nordschleswig. So wichtig aber auch das nord-schleswigsche Problem für Dänemark sein mag, eine Lebensfrage für den Staat ist es nicht. Und an den gigantischen Verhältnissen des Krieges mit seinen weltpolitischen Gegensätzen gemessen, verschwindet es nahezu ganz. Norwegen hat überhaupt keine Irredenta. Von diesen beiden Staaten kann es schon jetzt als sicher gelten, daß sie nicht in den Krieg eingreifen werden. Ihre Politik strikter und dauernder Neutralität steht in schroffstem Gegensatz zu der vorsichtig abwartenden, im entscheidenden Augenblick aber fest zupackenden Politik Bulgariens.

Der dritte der Nordstaaten, **Schweden**, nimmt eine ganz eigenartige und überaus interessante Sonderstellung ein, die näher zu untersuchen gerade für die deutsche Arbeiterschaft sehr lehrreich ist. Ob der Staat dauernd neutral bleiben wird, steht noch dahin. Eine kleine starke Partei im Lande arbeitet entschieden auf den Krieg hin und die Diplomatie der Zentralmächte wirkt in derselben Richtung. Die militärische Leitung macht überaus große Anstrengungen, um ein starkes schlagfertiges Heer zu bekommen. Wer jetzt durch Schweden reist, könnte zeitweilig glauben, in

einem der kriegführenden Länder zu sein, Eine Teilmobilisierung folgt auf die andere. Die Kosten für diese bewaffnete Neutralität haben schon eine ganz beträchtliche Höhe erreicht.

Trotzdem würde es verfehlt sein, Schwedens Politik etwa mit der der Balkanstaaten gleichzusetzen. Schweden nimmt vielmehr eine Art Mittelstellung ein zwischen seinen beiden, strikter Neutralität ergebenden Nachbarstaaten und den auf den besten Zeitpunkt zur Intervention wartenden Kleinstaaten Südosteuropas. Es ist das eine Folge der eigenartigen Bedingungen und Interessen, von denen die schwedische Politik jetzt beeinflusst wird.

Eine Vergrößerung seines Territoriums kommt für Schweden kaum in Frage. Weder aus wirtschaftlichen noch aus nationalen Gründen. Selbst wenn die Bevölkerung starken Geburtenüberschuß hätte, so würde das dünnbevölkerte Land diesem noch auf lange Zeit hinaus die Ansiedelung ermöglichen, ganz zu schweigen davon, daß die Ackerbaukultur sich noch bedeutend intensiver gestalten ließe. Es hat sich in Schweden auch schon eine bedeutende Industrie gebildet, die sich rasch entwickelt und Arbeitskräfte aufzunehmen vermag. Zu einer imperialistischen Politik besitzt das Land aber nicht im entferntesten die erforderliche Macht. Auch diese Kriegsursache scheidet also aus. Freilich gibt es auch in Schweden eine Art **Kolonialpolitik**, von der leider viel zu wenig, selbst im eigenen Lande bekannt ist. Sie richtet sich gegen die **Lappen** und bedient sich im allgemeinen ganz ähnlicher Methoden, wie die europäische Kolonialpolitik in Afrika oder in Asien. Aber dieses Kolonialgebiet ist rechtlich dem schwedischen Staat einverleibt und zurzeit nicht bedroht.

Nationale Fragen treiben Schweden ebenfalls nicht zum Kriege. Schweden ist, von Lappland, wo der schwedische Bauer immer weiter vordringt, und von kleineren finnischen Gebieten abgesehen, national sehr einheitlich. Mehr als 99 Prozent seiner Bewohner sind Schweden. Schweden ist also in wirtschaftlicher und nationaler Beziehung einheitlich und geschlossen.

Hiergegen wird jedoch häufig geltend gemacht, daß Schweden in **Finnland** wichtige nationale Interessen habe. **Finnland** sei früher jahrhundertlang schwedischer Besitz gewesen, das Land sei somit altes schwedisches Kulturgebiet und müsse zurücker-

worben werden. Das trifft aber nicht zu. Allerdings wohnen in Finnland etwa 300 000 Schweden. Aber diesen stehen über 2½ Millionen Finnen gegenüber. In Finnland selbst besteht zwischen den beiden Rassen ein scharfer sozialer Gegensatz, der natürlich in der Form des Rassenkampfes zum Ausdruck kommt. Wenn Finnland in Schweden einverleibt wird, so würde dieser Nationalitäten- und Rassengegensatz sich gewaltig steigern und die Entwicklung des Staates hemmen. Tatsächlich denkt weder die schwedische Regierung noch irgendeine der Parteien an eine Rückeroberung Finnlands. Noch kürzlich wies z. B. selbst das „Aftonbladet“, konservative Zeitung und aktivistisches Organ, diesen Gedanken weit zurück. Die liberale Presse macht außerdem geltend, daß die schwedische und die finnische Industrie erbitterte Konkurrenten auf dem russischen Markte seien und auch deswegen nicht in einem Staate vereinigt werden dürften. Ob diese letztere Schlußfolgerung zutrifft, erscheint allerdings fraglich. Sie beeinflußt aber zweifellos weite Kreise nicht nur der liberalen, sondern auch der sozialdemokratischen Partei.

Aber wenn es Schweden auch ablehnt, Finnland wieder zu erwerben, so steht doch die finnische Frage in der politischen Diskussion an erster Stelle. Man wünscht in Schweden einen selbständigen, von Rußland unabhängigen finnischen Staat und um dieses Ziel zu erreichen, predigen die Aktivisten, hinter denen Militärpartei und Konservative stehen, zu passender Zeit das von Deutschland geschwächte Rußland anzugreifen. Die Unabhängigkeit Finnlands erscheint ihnen als hinreichend wichtig, um Schweden in den Krieg hineinzuziehen. Allerdings erhoffen sie dabei auch, wie die Presse zugegeben hat, eine Grenzberichtigung im Norden und die Abtretung der Alandsinseln an Schweden. Diese Inseln, von Schweden bewohnt und nicht allzu weit von den Stockholmer Schären gelegen, sind eine strategisch sehr wichtige Position. Aber ungeachtet dieser letzteren beiden Fragen kann nicht bestritten werden, daß das eigentliche Kriegsziel der schwedischen Militärpartei ist, einen unabhängigen finnischen Staat zu schaffen. Die schwedische Kriegspolitik steht also in ausgesprochenem Gegensatz zu Rußland. Damit ist klar, an welcher Seite Schweden kämpfen wird, falls es in den Krieg eingreifen

sollte. Zugleich ist dadurch auch bedingt, welche Politik die Diplomaten der beiden kämpfenden Staatengruppen in Stockholm führen müssen. Die Zentralmächte sind für **Schwedens Eingreifen**; der Vierverband wünscht **wohlwollende Neutralität**. Für den Vierverband ist diese auch deswegen wichtig, weil Rußland daran stark interessiert ist, durch Schweden hindurch eine dauernde Handelsverbindung mit den Westmächten zu haben. Ueber diese Frage wird schon seit längerer Zeit zwischen England und Schweden verhandelt.

Zur Begründung ihrer aktiven antirussischen Politik macht die schwedische Militärpartei etwa folgendes geltend: Der russische Imperialismus will sich einen Weg zum offenen Ozean bahnen. Sein vornehmstes Ziel ist im Süden über Konstantinopel und die Meerengen hinweg zum Mittelmeer zu gelangen. Er könnte aber auch im Norden über Skandinavien hinüber an die Küsten des Atlantik streben. Einem solchen Angriff auf seine Lebensinteressen muß Schweden vorbeugen, indem es in einem selbständigen Finnland ein Bollwerk schafft gegen Rußland. Finnland als Pufferstaat zwischen dem von Deutschland geschwächten Rußland und dem eigenen Staate zu haben, ist das Ziel der schwedischen Aktivisten.

Es gibt auch noch weitergehende Pläne. Man möchte mitwirken, daß der russische Nationalitätenstaat zertrümmert wird und damit am Finnischen Meerbusen ganz neue Verhältnisse geschaffen werden.

Nicht eigentlich nationale und auch nicht unmittelbare wirtschaftliche Interessen sind es, die den schwedischen Militarismus veranlassen, den Krieg gegen Rußland zu propagieren. Man will einen **Präventivkrieg**, um einer eventuellen künftigen Bedrohung zuvorzukommen. Den Krieg, so sagen die Aktivisten, den wir heute unter günstigen Bedingungen, an der Seite zweier Großmächte gegen Rußland führen können, müssen wir vielleicht in einigen Jahren allein durchkämpfen. Dann ist es ein Verzweifelungskrieg.

Von ihrem Standpunkte aus handelt die Militärpartei ganz folgerichtig. Aber sie hat schon einsehen müssen, daß man mit solchen Gründen wohl Politiker überzeugen kann, aber keine

Kriegsbegeisterung im Volke zu schaffen vermag. Ueberdies wirken dieselben Tatsachen, die beispielsweise in Bulgarien das Eingreifen beschleunigt haben, in Schweden der aktivistischen Politik direkt und unmittelbar entgegen. Es zeigt sich darin wieder, in wie charakteristischer Weise sich die Verhältnisse auf der Balkanhalbinsel von denen in Nordeuropa unterscheiden. Je vernichtender die Niederlagen der zaristischen Armeen waren, um so mehr war Bulgarien, das unmittelbare, greifbare Ziele, die sich mit dem nationalen Begehren des Volkes vereinigen ließen, vor Augen hatte, zum Kampfe an Deutschlands Seite geneigt. Der Marsch der deutschen Armee endlich gegen Serbien war das Signal für Bulgarien, loszuschlagen. Je stärker Deutschland sich zeigte, um so mehr riß es den kleinen Balkanstaat mit sich. Anders in Schweden. Je mehr Rußland durch die deutschen Heere geschwächt wurde, desto geringer wurde die Bedrohung Schwedens, desto schwieriger die Aktion der Aktivisten. Ein Beweis, wie dieselben Tatsachen unter verschiedenen Vorbedingungen ganz entgegengesetzte politische Konsequenzen haben können.

Hätte Schweden in Finnland eine wirkliche Irredenta besessen, wie etwa Bulgarien in Mazedonien, so würde auch hier im Norden vielleicht der deutsche Vormarsch den Krieg veranlaßt haben.

Die Situation würde sich zuspitzen, wenn es vielleicht zu einem deutsch-russischen Separatfrieden käme. In solchem Falle wäre es nicht ausgeschlossen, daß Rußland als Entschädigung für den endgültigen Verzicht auf Konstantinopel in Nordschweden Kompensationen suchen würde. Rußland wird aber nach dem Frieden vor allem der Ruhe bedürfen und sich kaum in neue kriegerische Abenteuer einlassen können.

Der Aktivismus der schwedischen Militärpartei hat also zurzeit weniger Einfluß auf die Oeffentlichkeit, als in der ersten Periode des Krieges. Denn die Masse des Volkes, auf deren Stimmung es doch beim Kriege ankommt, orientiert sich nicht nach dem, was in zehn oder zwanzig Jahren sein könnte, sondern nach ihren unmittelbaren, nächstliegenden Interessen, Eindrücken und Gefühlen. Bezeichnend ist es, daß im „Aftonbladet“

vor wenigen Wochen ein Artikel erschien, der Deutschland nachwies, welches Interesse es an einem neutralen Schweden habe.

Wenn nicht unvorhergesehene Ereignisse eintreten, die einen Stimmungsumschwung herbeiführen können, wie etwa ein umfassender Aufstand in Finnland, oder gar ein russischer Angriff, so wird auch die aktivistische Agitation in Zukunft ihren Zweck kaum erreichen können. Es sei denn, sie treibt mit der Entschlossenheit, wie es die kleinen, aber einflußreichen Kriegsparteien bisher noch in allen den kämpfenden Staaten getan haben, die Dinge einer plötzlichen gewaltsamen Entscheidung zu. Wie man weiß, gibt jede Mobilisation den einflußreichen Militaristen eine große Gewalt in die Hand. Wie sich in einem solchen Falle das schwedische Volk verhalten würde, kann nicht fraglich sein, wenn man an die Erfahrungen in anderen Staaten denkt.

Leicht dürfte es aber der Kriegspartei bei alledem nicht werden, eine solche Entscheidung vorzubereiten, zumal erst in den letzten Wochen noch eine Tatsache bekannt geworden ist, die der aktivistischen Politik entgegenwirkt. Rußland wird die Eisenbahnlinie Petersburg—Alexandrowsk demnächst vollenden und damit an der Küste des Eismeereres einen nahezu ständig eisfreien Hafen auf russischem Boden bekommen. Außerdem stehen den Aktivisten Parteien gegenüber, und diese sind nicht ohne Einfluß, die der Kriegspropaganda entschieden entgegenwirken, die Liberalen und die Sozialdemokraten. Ueber beide Parteien, die letztere ganz besonders, ist viel geschrieben worden. Man hat sich dabei aber in manchen Fällen wohl mehr von Stimmungen leiten lassen, von Gefühlen der Antipathie oder der Sympathie, anstatt daß versucht worden wäre, die Anschauungen und die Taktik der Parteien aus der Lage des Landes, den Interessen des schwedischen Volkes zu erklären.

Die Unternehmer, die Hauptstützen der liberalen Partei, wollen unbedingte Neutralität, weil der Krieg manchen Industriezweigen eine Hochkonjunktur beschert hat. Da der russische Export eine nicht geringe Rolle spielt, neigen große Kreise des Unternehmertums naturgemäß dem Russophilismus zu. Sie fürchten nicht nur durch den Krieg eine unmittelbare Stockung des Geschäfts zu erleiden, sondern darüber hinaus für längere Zeit

den russischen Markt einzubüßen. Rußland kauft jetzt zu Preisen und Bedingungen, die glänzende Gewinne gewährleisten. Es gibt allerdings auch deutschfreundliche Geschäftsleute. Namentlich in Süd- und Westschweden, in Malmö und Göteborg. Aber auch sie sind weit entfernt davon, einen Krieg Schwedens mit Rußland zu wünschen. Auch die Banken machen gute Geschäfte, da die schwedische Valuta außerordentlich hoch ist. Ein Krieg würde das schwedische Papiergeld sicherlich rasch entwerten. Je länger der Krieg dauert, der für die schwedische Industrie manche sonst sehr empfindliche Konkurrenz, in erster Linie die deutsche, ausschaltet, um so mehr befestigen sich diese Tendenzen, um so entschiedener setzen sie sich durch. Freilich legen die Rüstungen und Mobilisierungen dem Lande schwere Lasten auf, aber diese sind doch noch gering im Verhältnis zu den Summen, die ein Krieg verschlingen würde. Gewiß bringt die englische Blockadepolitik manche Schikanen. Aber das Geschäft lohnt sich trotzdem noch ganz gut. Dies etwa die Erwägungen und Interessen, von denen das schwedische Unternehmertum, bewußt oder unbewußt, sich leiten läßt. Ob sie richtig oder falsch sind, gerechtfertigt oder ungerechtfertigt, kann nicht Gegenstand dieser Untersuchung sein. Hier soll nur gezeigt werden, wie man in Schweden denkt, von welchen materiellen Interessen dies Denken bedingt wird.

Noch interessanter, aber auch ungleich schwieriger ist es, sich über Interessen und Stimmungen der **schwedischen Arbeiterschaft**, insbesondere ihrer politischen Organisationen und ihrer Presse zu orientieren.

Die sozialdemokratische Presse Schwedens ist, von einigen Ausnahmen abgesehen, nicht deutschfreundlich. Das Zentralorgan in Stockholm ist sogar ausgesprochen deutschfeindlich. Gewiß mögen hier persönliche Sympathien des leitenden Redakteurs mitsprechen. Aber das allein erklärt die Sache nicht. Dazu ist die antideutsche Stimmung in der schwedischen Arbeiterpresse denn doch zu verbreitet. Aehnlichen Gedankengängen, wie sie im „Sozialdemokraten“ dominieren, begegnet man auch in anderen Parteiblättern nicht selten. Man ist in dieser Presse geneigt, den Krieg mehr im Sinne der Entente anzusehen, als ganz kühl und objektiv

vom Standpunkt des Neutralen aus. Man sieht in Deutschland den eigentlich Schuldigen, anstatt in den kapitalistischen Gegensätzen, die sich zwischen den Großmächten entwickelt haben, die Ursache des Krieges zu erblicken. Vom deutschen Militarismus ist die Rede, ohne daß man sich recht darüber klar zu sein scheint, daß beispielsweise der französische und der russische Militarismus in ihren Grundzügen genau ebenso undemokratisch sind und mit denselben Methoden und Machtmitteln der Disziplin arbeiten. Auch deutsche Greuelgeschichten werden viel häufiger kolportiert, als solche von den Ententemächten. Die deutsche Kolonialpolitik wird kritisiert, als ob das englische, französische oder gar russische Kolonialsystem anders geartet wären. Dabei ist es oft wohl mehr ein unbewußtes Gefühl der Abneigung gegen Deutschland, was diese Stimmungen und Ansichten hervorruft und was die Feder des Redakteurs leitet. Nicht immer bewußte Taktik im Kampfe. Gerade das macht die Sache aber psychologisch um so interessanter. Und noch mehr wird man zum Nachdenken veranlaßt, wenn man bemerkt, daß diese Stimmung sich durchaus nicht auf die Presse beschränkt. Zu sagen, daß hier eben nichts als der Einfluß der Presse zu spüren sei, erscheint uns ganz verfehlt. Die Presse kann gewisse Stimmungen und Gefühlsrichtungen wohl verstärken und beeinflussen; schaffen kann sie sie nicht. Da muß etwas anderes dahinter stecken, das dem Denken der Massen seinen Stempel aufdrückt. Massenstimmungen und Massenpsychosen müssen gesellschaftliche Ursachen haben. Versuchen wir auch hier wieder, wie vorhin beim Unternehmertum, uns die Lage des Landes im Kriege und die besonderen Interessen der Arbeiterklasse zu vergegenwärtigen, ob sich auf diese Weise vielleicht das Problem lösen läßt.

Das unmittelbarste stärkste Interesse gebietet jetzt der schwedischen Arbeiterschaft, dem Lande den Frieden zu erhalten. Lebensinteressen des Staates sind zurzeit nicht gefährdet. Ob in so und so langer Zeit vielleicht ein Angriff droht, vermag die Masse nicht zu beurteilen. Sie will, genau wie die Arbeiterschaft der Großstaaten vor dem Kriege wollte, den Massenmord so lange wie möglich bekämpfen. Verstärkt wird dies Streben, wenn

die Arbeiterschaft sehen muß, welch furchtbare Opfer an Blut und Gut die Völker der kriegführenden Staaten zu bringen haben. Jetzt kommt die aktivistische Agitation und propagiert den Krieg gegen Rußland. Das bedeutet den Kampf an der Seite der Zentralmächte gegen den Vierverband. Die Diplomatie der Staatengruppen beginnt zu arbeiten. Das Interesse der Zentralmächte fordert ein Eingreifen Schwedens in den Krieg, der Vierverband wünscht Neutralität, da er doch keine Möglichkeit sieht, einen Krieg Schwedens gegen Deutschland durchsetzen zu können. Während in Bulgarien nationale Interessen in Frage kamen, die große Teile des Volkes zu den ihrigen gemacht hatten, fehlt es in Schweden an solchen. Die historische Gegnerschaft zu Rußland wirkt auch nicht mehr, da sie schon seit langem aus dem Volksbewußtsein geschwunden ist. Während in Bulgarien erst der Kampf der Großmächte zeigen mußte, auf welche Seite das Land sich zu stellen hatte, war in Schweden von Anfang an Deutschland derjenige Staat, dessen Interessen die Preisgabe der schwedischen Neutralität forderten. Kein Wunder, daß die Sympathien des Volkes sich ganz unbewußt der Entente zuwandten, daß man dagegen Deutschland als eine Gefahr ansah. Mehr oder weniger bewußt richtet sich in solchen Fällen mit dem Gefühl auch der Intellekt gegen dieses Land. Man möchte es gerne mißkreditiert sehen und was man wünscht, daran glaubt man leicht. Zielbewußter und zu einer bestimmten Taktik ausgeprägt übertragen sich diese Gefühle und Gedanken auf die Presse. Je stärker die aktivistische Agitation für Deutschland wurde, um so stärker das Gegengewicht der antideutschen Agitation. Höchst bezeichnend ist doch, daß man in Kreisen schwedischer Kriegsgegner die Verletzung der schwedischen Neutralität durch deutsche Unterseeboote gar nicht so ungerne sieht. Denn damit erhält das deutsche Ansehen stets unweigerlich einen Stoß. Das zeigt uns ganz klar, aus welchen materiellen Ursachen die Stimmungen in der schwedischen Arbeiterschaft zu erklären sind.

Natürlich soll damit nicht gesagt sein, daß alle schwedischen Arbeiter und Arbeiterführer, die den Krieg bekämpfen, von diesen Gedankengängen erfüllt sind. Nur die stark gegen Deutschland gerichtete allgemeine Grundstimmung sollte erklärt werden.

Im einzelnen laufen manche andere Erklärungen und Rechtfertigungen nebenher. Der Kampf gegen den schwedischen Militarismus, als dessen Vorbild man das preußische Militärsystem betrachtete, hatte schon vor dem Kriege dem letzteren in den Reihen namentlich der Jungsozialisten viele erbitterte Gegner geschaffen. Dies um so mehr, als manche Schweden in England und Frankreich immer noch die großen bürgerlichen Demokratien einer schon längst vergangenen Zeit erblickten und sich zu deren Institutionen hingezogen fühlen. Einen modernen Imperialismus großen Stils kennt Schweden nicht. Man vermag daher dessen Triebkräfte noch schwerer zu beurteilen, als es die Arbeiterklasse eines solchen imperialistischen Staates kann. Man versteht nicht, daß der Imperialismus in den Westmächten sich schon lange der demokratischen Institutionen bemächtigt und sie ihres Wesens entkleidet hat.

Ein weiteres betrifft die Stellung der Arbeiterklasse zu Rußland. Hier wirken sicherlich Gedankengänge ähnlicher Art mit, wie wir sie bei dem Unternehmertum vorfanden. Das Interesse des schwedischen Proletariats erheischt die ungehemmte Entwicklung der schwedischen Industrie. Dieser den russischen Markt entziehen heißt also die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiterklasse gefährden. Gedankengänge, wie sie in etwas anderer Form auch von Arbeiterführern der einander bekriegenden Staaten ausgesprochen worden sind.

Die schwedische Politik ist die typische Politik eines kleinen Staates, den nicht große nationale oder unmittelbare wirtschaftliche Interessen an die Seite einer der kriegführenden Großmachtgruppen treiben. Modifiziert wird diese Politik durch das Bestreben einer Partei, die dem Staate durch eine energische militärische Kraftentfaltung in günstiger Zeit einen möglichen späteren Gegner vom Halse schaffen möchte. (m)

Eine eingetroffene Voraussage.

DIESER Weltkrieg hat so viel Prophezeihungen elend zu Wasser werden lassen, daß es nicht ohne Reiz ist, in diesen Zeitläuften auch einmal auf eine Voraussage aufmerksam zu machen, die wirklich eingetroffen ist. Es handelt sich um die Entwicklung der Dinge in **China**, denen man leider bei dem ungeheueren Interesse, das die europäischen Ereignisse zurzeit für sich in Anspruch nehmen, nicht die erforderliche Aufmerksamkeit widmen kann.

Dieser Tage fiel unser Blick in den ersten Band des 26. Jahrganges der „Neuen Zeit“ (1907/1908); in diesem Bande finden sich im 25. und 26. Heft zwei Artikel des Genossen **Parvus** über das neue China, in denen die bedeutungsvolle Entwicklung, die die Dinge im Reiche der Mitte in den nächsten Jahren wirtschaftlich und politisch voraussichtlich nehmen würden, mit großem Scharfblick und merkwürdiger Klarheit angekündigt wurde. Nicht nur, daß China auf dem Wege über die Republik wieder zum Kaiserreich werden würde wird da prophezeit, es wird auch auf Seite 927 des angegebenen Bandes schon vorausgesagt, wer wahrscheinlich der Erneuerer der chinesischen Kaiserwürde sein werde. Wörtlich ist da zu lesen:

„.... Indessen, da das Reformwerk bis dahin mit der größten Energie nicht durch die Zentralregierung, sondern in etlichen einzelnen Provinzen durchgeführt wurde, so erlangen die entsprechenden Provinzgouverneure eine außerordentliche Macht. Das gilt besonders von dem Generalgouverneur der Provinz Chihli, Juan-shi-kai. Er besitzt, und zwar vor den Toren Pekings, eine modern ausgerüstete und gedrillte Armee. Er ist stärker als die Zentralregierung. Dasselbe gilt vom Generalgouverneur Chang-chi-tang und etlichen anderen. Aber trotz ihrer Machtfülle können sie über die Grenzen ihrer Provinzen hinaus nicht viel erreichen, da ihnen der zentrale Apparat fehlt. Die Zentralregierung besitzt keine Armee, aber sie besitzt die Telegraphen, die das Land administrativ zusammenhalten. Darum geht das Bestreben

der mächtigen Provinzgouverneure darauf hinaus, sich der Zentralgewalt zu bemächtigen. Das gelingt ihnen auch, und sie gelangen mit japanischer Unterstützung zur Herrschaft. Sofort gehen sie daran, die Armee einheitlich zu gestalten. Juan-shi-kai unterstellt seinem Oberbefehl, außer den Truppen seiner Provinz auch noch die der Provinz Schantung. Er besetzt einzelne Generalgouverneurposten durch seine Schützlinge. **Seine Macht wird so groß, daß man glaubt, er gehe darauf hinaus, eine eigene Dynastie zu gründen.** Die Truppen aller Provinzen werden einheitlich uniformiert und bewaffnet, ein Kriegsministerium wird geschaffen. Obwohl die Zentralisation der Armee noch nicht vollkommen durchgeführt ist, so besitzt doch die Regierung genügende moderne Truppenmassen, um unter Benutzung des Telegraphennetzes und der bereits gebauten Eisenbahnlinsen einen eventuellen Widerstand einzelner Provinzgouverneure mit Uebermacht zu brechen. **Damit ist die politische Basis gewonnen für eine neue Zentralisation des Staates.**" (m) K. H.

Augenscheinlich ist es Rußland darum zu tun, mit Oesterreich fertig zu werden. Gelingt es ihm, Oesterreich zu einem Angriff zu provozieren — was ihm leicht wird, falls es Bulgarien in seiner Hand hat, denn dann braucht es von dort aus nur in der Herzogovina und in Serbien sein Hetzerhandwerk wieder aufzunehmen — so ist das deutsch-österreichische Bündnis für Oesterreich ohne Wert. Das Bündnis gilt nur, wenn Oesterreich angegriffen wird, wird in einem Kriege zwischen Oesterreich und Rußland ersteres geschlagen, dann ist Rußland Herr auf der Balkanhalbinsel, dann gibt es keine Macht mehr, die ihm dort den Rang streitig machen kann. **Hat aber Rußland dieses Ziel erreicht, dann ist der Augenblick gekommen, wo es mit Deutschland abrechnen kann.** Und für diesen Fall hebt es sich das Bündnis mit Frankreich auf; **Frankreich wird Rußland jede Eroberung im Osten Deutschlands gönnen und umgekehrt wird Rußland bereit sein, Frankreich nicht nur Elsaß-Lothringen, sondern auch das ganze linke Rheinufer und Belgien annektieren zu lassen.**

B e b e l, 1886.

KLARA KELLER:

Auch du sollst ein Kämpfer werden!

ES dämmert heute so früh. In der Ferne ziehen die Nebelschwaden herauf. Blutrot leuchtet die Sonne durch das kahle Gezweig. Die Menschen wandern still und ernst durch den Friedhof, wo unter ihren begrünten Hügeln da und dort im Waldesschatten die Toten schlummern. Wiederum der Tag im Jahre, der den Abgeschiedenen gehört, da alle Gräber geschmückt sind. Aber von den Toten, die still und friedlich so manches Jahr hier schlafen, wallen die Gedanken hinaus zu den Söhnen des Volkes, die draußen in der feindlichen Erde ruhen, gefällt in der Blüte der Jugend, in der Vollkraft des Mannesalters.

Auf der einsamen Ruhebänk zwischen den entblätterten Büschen lehnt so schmerzvoll-müde ein junges Weib in Trauer. Der, den sie liebt, ruht in fernem Heldengrab, irgendwo in fremder Erde. Zerschlagen ihre ganze Welt, in der sie glücklich war.

Ihr Kind, ein lieber dreijähriger Junge, spielt zu ihren Füßen mit Moos und Steinchen. Dichter legt sich der Nebel um Baum und Strauch — wie eine Mauer baut er sich um Mutter und Kind. Dann und wann tauchen Gestalten der Vorübergehenden aus dem Nebel auf, bleiben eine Weile sichtbar und verschwinden wieder. Heiße, schmerzliche Sehnsucht wogt durch den Busen der Trauernden. Sein Bild, wie sie ihn zum letztenmal gesehen, steht ihr heute den ganzen Tag vor der Seele. Alles erlebt sie noch einmal — den heißen, schweren Abschied von Weib und Kind, letzte zärtliche Worte, den Ausmarsch, wie er so stark und sieghaft zwischen den Kameraden schritt...

Da! Darf sie ihren Augen trauen? Aus dem Nebel löst sich eine bekannte, so teure Gestalt... er ist's, der Geliebte, Ersehnte.

Sie kann nicht sprechen vor Erregung, sich nicht von der Stelle rühren. Da geht er auf sie zu. Und sie sieht ihn wieder, wie sie ihn zum letztenmale gesehen, damals beim Abschied — im feldgrauen Rock, Helm und Brust mit Blumen geschmückt. Da ist auch der Bann gelöst. Glückselig fliegt sie in seine Arme, mit tausend Küssen, lachend und weinend liegt sie an seiner Brust. Er aber nimmt voll verhaltener Zärtlichkeit ihre Hand und wandert mit ihr fort durch den Nebel...

Aber sieh, da ist mit einem Male aller Nebel zerstreut. Heller Tag ist es und rauhe, fremde Gegend ringsum. Beschwerlich fällt die Wanderung, bergauf, bergab durch das wellige Gelände... die junge Frau atmet schwer auf. Aber, was ist das! Auf einmal wird sie gewahr, daß sie über Grabhügel schreitet. Und wie sie zurückblickt, wie sie vorwärtsblickt — unermeßlich weit ein Gräberfeld. An den Helmen, die so viele der Hügel schmücken, an den Inschriften auf den roh gezimmerten Kreuzen erkennt sie, daß es Gräber der Gefallenen sind.

Wie sie sich nach ihrem Manne umblickt, ist er nicht mehr an ihrer Seite. Nur sein Grab findet sie unter den vielen. Grau und schwer lastet der Himmel. Todesstille weit und breit — nur die Kreuze reden laut.

Da hebt in den Lüften ein seltsames Lärmen an — Vorboten des Sturmes. Und schon braust es heran und heult über die Stätte des Todes, daß sich die Kreuze ächzend biegen. Schauder packt die Einsame. Aber da führt kein Weg aus der Wirrnis der Hügel, wohin sie sich auch wenden mag, Gräber, immer neue Gräber. Ist Leben in den Lüften? „Wir sind die Saat“, durch das Tosen des Sturmes hört sie es hallen wie Stimmen von Hunderttausenden, daß sie erschüttert niedersinkt und ihr ist, als müßte sie gleichsam im Namen aller Lebenden rufen: Wir wollen bessere Menschen werden...

Leuchtende Namen stehen auf den Kreuzen derer, die hier schlafen, Namen der Edlen, deren Leben dem Kampf für den Völkerfrieden geweiht war, die nun selbst Opfer des unerhörten Ringens geworden sind. Wie Lenzeshoffen klingt es durch die Seele der Einsamen: Vielleicht ist es doch möglich, daß euer Opfer und das Opfer der vielen nicht umsonst gebracht ward.

Seid getrost, aus den Strömen von Blut und Tränen werden neue Kämpfer erstehen, euer Werk zu vollenden, Kämpfer mit den Waffen des Geistes für eine höhere Kultur unter den Menschen.

Die junge Frau fährt in die Höhe. Zärtlich täppische Kinderhändchen streicheln ihre Wange. Dem Bübchen hat die Mutter doch ein wenig zu lange geschlafen. Wie einen Schatz schließt sie das Kind in ihre Arme. Ihr Leben ist doch nicht so leer und trostlos, wie sie in trüben Stunden geglaubt. Sie hat ein Ziel, für das sie leben kann. Leise sagt sie zu ihrem Knaben: Auch du sollst einmal ein Kämpfer werden... für Menschenglück und Menschenwürde. (m)

Ich anerkenne die Gefahr, die von seiten Rußlands kommt, so gut wie irgendeiner, und wenn dieser Krieg kommen sollte, habe ich erklärt, so würde die Sozialdemokratie nach meiner Ueberzeugung nicht die letzte sein, welche in diesem Kampfe mitzieht, sondern ihre ganze Kraft aufwenden, um diese Last, diese unerhörte fortwährende Drohung, welche auf dem Reiche nicht nur sondern auch auf der Partei ruht, von uns hinwegzunehmen.

Wenn wir auch nur vorübergehend unterliegen sollten, ich glaube nicht ausmalen zu müssen, was es heißt, wenn das russische Wesen wie ein Eiswind über Deutschland und die deutsche Sozialdemokratie hinwegginge. Die hat dann doch das meiste zu befürchten. Aber auch wenn ein Sieg kommt, den ich wünsche und erhoffe, was dann? Rußland ist nicht so leicht zu bekämpfen; es hat Menschen und Naturkräfte gerade genug, um auch nach zahlreichen Niederlagen uns trotzen zu können. Die Zeche bei der Geschichte würde Frankreich bezahlen, und man könnte nicht einmal sagen, mit Unrecht; denn daran halte ich fest, daß das Wort von Marx aus der Zeit des Beginns des Krieges von 1870, daß die Hilfe der Kosaken anzurufen oder auch nur zu dulden, jeglicher Sympathien beraube, nicht nur für Deutschland, sondern auch für Frankreich noch heute gilt.

Vollmar, Erfurt 1891.

Büchereinlauf.

Verlag von Albert Langen, München: Lily Braun: „Lebensucher“, Roman. Preis 5 Mk.

Verlag von Gustav Fischer, Jena: Dr. Waldemar Zimmermann: „Der Krieg und die deutsche Arbeiterschaft“, Bekenntnisse und Betrachtungen aus der organisierten Arbeiterwelt. Preis 2 Mk.

Verlag von Georg Reimer, Berlin: Dr. Th. Schiemann: „Ein Verleumder“, Glossen zur Vorgeschichte des Weltkrieges. Preis 1 Mk.

Verlag von Duncker & Humblot, Leipzig: Leopold von Wiese: „Gedanken über Menschlichkeit.“ Preis 3 Mk.

Verlag von Hans Christoph Schöll, Heidelberg: Georg Stammer: „Haus Bühlerberg“. Preis 50 Pfg.

Verlag von C. A. Schwetschke & Sohn: Salomon Dembitzer: „Aus engen Gassen.“ Preis 1.50 Mk. — Salvator: „Die Kriegsverschwörung und die Kriegsverschwörer“. Preis 1 Mk. — Dr. O. H. Hopfen: „Das Land der Balten und der Krieg.“ Preis 1 Mk. — Dr. O. H. Hopfen: „Kriegslehren zur äußeren Politik.“ Preis 1.50 Mk. — Dr. Ludwig Geiger: „Die deutschen Juden und der Krieg.“ Preis 1.20 Mk.

(Besprechung vorbehalten.)

Zuschriften an die Redaktion der Glocke sind zu richten an Konrad Haenisch,
Berlin-Steglitz, Friedrichsruherplatz 4 part.

Adresse des Herausgebers: Dr. A. Helphand, Vodrofsvej 50B, Kopenhagen.

Während des Krieges werden nach Dänemark nur offene Briefe befördert.

Für die Redaktion verantwortlich:

Karl Blasenbrey / für den Verlag: Verlag für Sozialwissenschaft G.m.b.H./
Druck: G. Birk & Co. m.b.H. / sämtl. in München, Altheimereck 19.

DIE GLOCKE

Heft Nr. 11

1. Februar

Jahrg. 1915/16

Nachdruck sämtl. Artikel mit ausführlicher Quellenangabe gestattet.

HEINRICH WETZKER:

Tröstliches von der Opposition.

DIE Parteiopposition, die sich gegenwärtig in der Ablehnung der Kriegskredite zusammengefunden hat, ist durchaus nicht einheitlich. Stadthagen und Ströbel auf dem einen, Bernstein und Edmund Fischer auf dem anderen Ende gehen in den Fragen der allgemeinen Parteitaktik so weit auseinander, daß man zu einem ganz falschen Urteil über die Stärke der gegenwärtigen Parteiopposition und ihrer Wirkung auf die Zukunft der Partei kommen müßte, wenn man diese Unterschiede nicht berücksichtigte. Daher es auch nicht für die Gesamtheit der jetzigen Verweigerer der Kriegskredite gelten kann, wenn ich es unternehme, die inneren Antriebe eines einzelnen von ihnen auf Grund seiner eigenen Äußerungen kritisch zu beleuchten. Daß innerhalb der Gruppe der 43, die jetzt gegen die Bewilligung der Kriegskredite sind, nicht nur eine, sondern mehrere Verschiedenheiten bestehen, zeigt ja schon die Art, wie sie ihre Gegnerschaft bekunden.

Ein Teil begnügt sich damit, seine abweisende Ansicht in der Fraktionssitzung auszusprechen und in der Fraktion gegenzustimmen, verzichtet aber darauf, im Reichstagsplenum gegenzustimmen, sondern bleibt ohne weiteres der Abstimmung fern. Ein Teil — der kleinere — schließt sich durch Unterschrift einer gemeinsamen Bekundung ihrer Gegnerschaft im Reichstagsplenum an. Aber auch von diesen bleibt dann noch ein Teil der Abstimmung fern, so daß schließlich, wie die Sitzungsberichte

übereinstimmend feststellten, im Reichstag nur etwa ein Dutzend formell gegen die Kredite stimmte. Man darf annehmen, daß auch die Motive für das Handeln der 43 so verschieden sein werden wie ihr Handeln selbst. Zu diesen Verschiedenheiten gegenüber dem augenblicklichen Einzelgegenstande, eben der Stellungnahme zu den Kriegskrediten, kommt dann die bekannte Verschiedenheit im Punkte der allgemeinen Parteitaktik. Diese vorgängige Feststellung ist notwendig, um einer unzulässigen Verallgemeinerung der nachfolgenden Betrachtungen vorzubeugen, sie ist aber auch nützlich und zugleich tröstlich für die Beurteilung des Einflusses, den die jetzige Opposition auf die Zukunft der Partei haben kann. Erinnert man sich in diesem Zusammenhange noch der Tatsache, daß es eine „Zimmerwalder Linke“ gibt und daß diese trotz der geringschätzigen Beurteilung durch Ad. Hoffmann und Ledebour (in der Erklärung im „Vorwärts“ Nr. 351 vom 21. Dez. 1915) auch in der deutschen Opposition ihren Anhang hat (vergleiche z. B. die Behandlung Kautskys im „Braunschweiger Volksfreund“ bei Gelegenheit der Besprechung des Aufrufes zur Einigkeit aus dem Parteibureau), dann braucht man die Folgen der getrennten Abstimmung im Reichstagsplenum nicht gerade tragisch zu nehmen. Auch einen wesentlichen Einfluß der Opposition auf die zukünftige Parteitaktik vermute ich bei dieser Sachlage nicht.

Es könnte darnach müßig erscheinen, Motive, die in der Opposition vorhanden sind, besonders zu untersuchen. Was ein einzelner in einer so uneinheitlichen Gruppe denkt, was dessen Handeln beeinflußt, was hätte das für die ganze Gruppe, was hätte es für die Zukunft der Partei zu bedeuten. Dem steht jedoch die Erfahrung entgegen, daß die Ansichten, die im nachfolgenden beurteilt werden sollen, in den Kreisen der Partei, die sich radikal oder revolutionär nennen, schon allzuoft gehört worden sind.

*

In Nr. 12 der „Neuen Zeit“ (17. Dezember 1915) beschäftigt sich Heinrich Ströbel mit den „Ursachen der sozialistischen Krise“. Als solche Ursache wird in dem Artikel unter andern zunächst der berühmte „parlamentarische Kretinis-

mus“ genannt, der darin bestehen soll, daß „aller soziale und politische Fortschritt auf die Parlamentstätigkeit“ zurückgeführt werde und dann heißt es:

„Aber nicht nur das Wachstum der Reichstagsfraktion führt mit unerbittlicher innerer Logik zu einer Abkehr von der alten prinzipiellen Taktik der Partei, sondern auch die immer mehr erstarkende Bureaucratie der Partei begünstigte die Verbreitung opportunistischer Tendenzen.“

Im Anschluß an diesen Satz wird dann auseinandergesetzt, wie diese Parteibureaucratie, die in der Organisationsarbeit und der Kleinagitation aufgehe, dem „Geiste konservativer Nüchternheit“ verfallen sei, der von den Partei- und Arbeitersekretariaten bis hinauf in die „höchsten Spitzen der Parteibureaucratie“ herrsche. Organisation und Instanzen seien zum Inbegriff der Partei geworden, die Theorie begegnete dem Mißtrauen und der Nichtachtung, und Auseinandersetzungen darüber würden als ein die Werbearbeit der Organisation beeinträchtigendes Literatengezänk bewertet.

„Mehr und mehr proklamierte man den Burgfrieden. Die scharfe Scheidung zwischen rechts und links schwand immer mehr. Zwischen den „Extremen“ bildete sich eine starke Mitte, die über die „Heißsporne“ spöttelte, im sicheren Gleichschritt den richtigen Weg zu gehen vermeinte und eines schönen Tages ihr nationalistisch-reformistisches Herz entdeckte. Man hat jetzt endgültig das „Utopische“ der bisherigen Parteitaktik erkannt, erklärt der „pseudo-revolutionären Phrase“ den Krieg und macht „Gegenwartspolitik“ nach Leitsätzen, die die Nationalsozialen schon vor zwanzig Jahren prophetisch entwickelt.

Diese Parteibureaucratie dirigiert das ganze Parteileben. Form und Inhalt der Agitation werden von ihr bestimmt, bestimmte Anschauungen je nachdem von ihr verbreitet oder geächtet. Das Parteibeamtentum beherrscht die Provinzial- und Landesversammlungen, selbst den Parteitag, auf dem es ja gemeinsam mit der Fraktion die Mehrheit bildet. Mit Fraktion und Parteivorstand vertritt es während des Krieges die Partei.“

Dann muß die Gewerkschaftsbureaukratie aufmarschieren, die von dem „alten Geiste der Nichtsalsgewerkschaftlerei“ beherrscht dargestellt wird. Und dann fährt der Verfasser fort:

„Nach all diesen Feststellungen könnte man wohl die Frage aufwerfen: Ja, wenn alles das richtig ist und der Revisionismus derartig feste Stützpunkte in den breitesten Schichten der verschiedensten Partei- und Gewerkschaftsführer gewonnen hat — wie kannst du dir dann noch einbilden, daß der Triumph des Revisionismus und damit der „Neuorientierung“ im Sinne der Umlerner nicht endgültig besiegelt sei?

Diese Frage hat sicher ihren guten Grund und ich würde es in der Tat für nutzlose Zeitvergeudung halten, mich einer in den Verhältnissen so fest begründeten Parteiströmung entgegenzustemmen, wenn nicht zweierlei in Betracht käme. Erstens: die Reaktion der wirtschaftlichen Verhältnisse nach dem Kriege und ihre Einwirkung auf die Massenpsyche. Zweitens: daß die Stimmung der Massen überhaupt keineswegs identisch ist mit der Stimmung der Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre, und daß es sehr wohl möglich ist und möglich sein muß, durch die Schale der Parteibureaukratie hindurch bis zum Kern der Massen vorzudringen und wieder jene innige Verbindung von Wissenschaft und Arbeitern herzustellen, die seit geraumer Zeit leider durch Einschaltung einer Zwischenschicht, eben der allzu selbständig schaltenden Parteibureaukratie, verloren gegangen ist.“

So kennzeichnend die hier wiedergegebenen Ansichten sind, so gleichgültig wären sie für die Beurteilung der Opposition und ihre Wirkungen auf die zukünftige Parteitaktik, wenn sie nur Eigentum des einen wären, der sie ausgesprochen. Das sind sie aber nicht. Zwar sind sie nicht allgemein bestimmend für das Handeln aller der Genossen aus der Reichstagsfraktion, die sich jetzt in der Ablehnung der Kriegskredite zusammengefunden haben, wohl aber sind sie oft genug in der oder jener Formulierung laut geworden aus den Kreisen der Genossen, so sich selbst als Radikale bezeichnen. Es lohnte ja, auch einmal diese Bezeichnung zu analysieren, besonders deswegen, weil die Radikalen zumeist

mit dem Anspruch auftreten, als die besseren und zuverlässigeren Freunde des Proletariats angesehen zu werden. Im Augenblick interessiert mich aber was anderes, und zur Verständigung über den Begriff, der gemeinhin mit dem Worte verbunden wird, gelangen wir am Ende auch im Verlauf der nachfolgenden Betrachtungen.

Innerhalb der Gruppe, die sich in der Opposition gegen die Stellungnahme der Partei zusammengefunden, haben die sogenannten Radikalen die Mehrheit und die Führung, so daß man trotz des Anschlusses einiger von anderen Motiven geleiteter Genossen in dieser Opposition den Geist des „Radikalismus“ sehen darf und nur er kommt für die Fortsetzung der Opposition gegen die Parteitaktik, die im Kriege mit einem Schlage die Herrschaft erlangt hat, auch nach dem Kriege in Frage, wobei ich allerdings die Bemerkung nicht unterdrücken kann, daß die nicht zu den „Radikalen“ zählenden Genossen durch die Ablehnung der Kriegskredite leicht die Möglichkeit der ruhigen planmäßigen Fortführung der von ihnen selbst bisher für einzig ersprießlich gehaltenen Parteipolitik erschweren.

*

Das Hervorstechende an den von Ströbel ausgesprochenen, wenn auch ihm nicht eigentümlichen Ansichten ist die Unterscheidung von Parteibeamten und Masse. Der Begriff Parteibeamte ist ziemlich einfach, der Begriff Masse in der Formulierung Ströbels dagegen arg verschwommen. Da ich aber in den Äußerungen eines anderen stets den vernünftigsten Sinn zu suchen strebe, so glaube ich, daß die Masse der Parteigenossen gemeint ist, nicht die Masse der noch nicht zur Partei gehörenden, aber von ihr zu gewinnenden Volksschichten. Die Parteigenossen also, die nicht in der Verwaltung tätig sind. Anders kann ich mir eine sinnvolle Gegenüberstellung von Parteibeamten und Masse in dem Einflusse auf die Bestimmung der Parteitaktik nicht denken.

Freilich ist auch dann der Begriff noch ziemlich unbestimmt. Man kann darunter verstehen nur die Mitglieder der Parteivereine, man kann aber auch so weit gehen, alle unsere Reichstagswähler

darunter zu verstehen. Dazwischen liegt dann noch die von beiden verschiedene Zahl der Abonnenten unserer Parteizeitungen. Ströbel spricht sich darüber nicht aus, daher bin ich nicht sicher, ob ich ihn richtig verstehe. Vielleicht werde ich seiner Meinung am besten gerecht, wenn ich die engste Fassung, die Beschränkung auf die Mitglieder der Parteivereine, unterstelle. Will er's aber anders gemeint haben, so sei das von vornherein zugegeben, obwohl die Schwankung in der Zahl von etwa einer Million bis zu mehr als vier Millionen nicht unerheblich ist.

Ist der Begriff der Parteibeamten weniger unbestimmt, so ist doch auch hier die Zahl wichtig, ja wichtiger noch als bei der Masse. Aber sie ist sicher nicht jedem gegenwärtig. Genau bekannt ist sie allerdings überhaupt nicht, aber einen einigermaßen sicheren Anhalt bildet die Zahl der Mitglieder unserer Unterstützungsvereinigung. Diese betrug am Schlusse des Geschäftsjahres 1914 im ganzen 3776. Davon sind zwar noch kein Drittel Parteibeamte im engeren Sinne, doch Ströbel meint ja wohl überhaupt Beamte der Arbeiterbewegung. Darum sei die ganze Zahl der Mitglieder der Unterstützungsvereinigung und noch etliche dazu als die wirkliche Zahl, meinestwegen 5000 Mann, angenommen. Mehr gibt es sicher nicht.

Diese 5000 müßten es also allerhöchstens sein, die die Masse der mindestens eine Million Parteimitglieder beherrschen. Doch da stocke ich schon. Ströbel und alle die Wortführer des Radikalismus sind doch auch Parteibeamte in dem Sinne, daß sie zu den 5000 gehören. Und nun nehme man Berlin. Wenn irgendwo die „Zwischenschicht“, die Ströbel als das Grundübel erscheint, einen bestimmenden, kaum zu durchdringenden Einfluß auf das Parteileben ausübt, dann in den acht Wahlkreisen Groß-Berlins mit seiner vielfach gestuften wahrhaft preußisch-bureaukratischen Organisation. In Berlin aber herrscht doch im Augenblick die Richtung Ströbel unbeschränkt. Die Berliner Arbeiterbureaukratie also scheidet schon mal aus den Reihen der wissenschaftsfeindlichen Zwischenschicht aus, und zwar auch mit denen ihrer Elemente, die dennoch Gegner des „Radikalismus“ und der „Wissenschaft“ sind. In Berlin ist ihr Einfluß ausgeschaltet und darüber hinaus spielt er keine Rolle. Das dürfte eine erheb-

liche Anzahl sein. Dazu kommen alle die Mitglieder der Arbeiterbureaukratie außerhalb Berlins, die mit dem „Radikalismus“ gehen, und deren sind auch noch eine ziemliche Anzahl. Es wird also kaum ein ernstlicher Einwand dagegen erhoben werden können, wenn ich die Zahl der wissenschaftsfeindlichen Angestellten im ganzen Reich auf allerhöchstens 3000 schätze. Diese 3000 also wären nach Ströbels Darlegungen instande, der Partei die Taktik vorzuschreiben. Man sage nicht etwa, daß während des Krieges ungewöhnliche Zustände herrschen und daher diese Zahlenschätzungen jetzt nicht gelten könnten. Ströbel redet nicht nur von der augenblicklichen Gegenwart. Nach ihm handelt es sich um ein älteres Uebel, das aus der Parlamentsarbeit allmählich entstanden ist, und wir haben ja, wie gesagt, ähnliche Klagen schon früher oft genug gehört.

Für die Masse der Parteigenossen ist das Zeugnis Ströbels nicht sehr schmeichelhaft. Es ist sonst ein von der Richtung Ströbels besonders eifrig gepflegtes Evangelium, daß die sozialdemokratischen Arbeiter, vor allem aber die Mitglieder unserer Parteiorganisation, klüger und geistig regsamer als alle anderen Menschen sind und Politik, Volkswirtschaft, Geschichte und materialistische Geschichtsauffassung handhaben wie der Schuster die Ahle. Und jetzt müssen wir hören, daß mindestens eine Million solcher Menschen sich von 3000 parlamentarischen Kretins und Organisationstrotteln in den Sumpf des Revisionismus und des nationalistischen Reformismus locken und sich gefallen lassen, daß ihnen von diesen 3000 die reine Wissenschaft des Radikalismus vorenthalten wird. Denn außerhalb des Radikalismus gibt es nach Ströbel keine Wissenschaft.

Wie macht es die Parteibureaukratie möglich, die innige Verbindung zwischen radikaler Wissenschaft und sozialdemokratischen Arbeitern (Mitgliedern der Parteiorganisation) zu verhindern? Ströbel gibt wenig Auskunft, wie er sich das denkt. Sagt nur, daß sie Form und Inhalt der Agitation bestimme, bestimmte Anschauungen verbreite oder ächte und die Parteitage beherrsche. Rücken wir diesen Angaben näher auf den Leib. Außer der „Neuen Zeit“ und der „Gleichheit“ gibt es noch eine nennenswerte Anzahl Parteiblätter, die der Richtung Ströbels zur Pro-

pagierung ihrer Ansichten zur Verfügung stehen und darin auch gar nicht zu wenig leisten. Darunter sind so gut fundierte und weit verbreitete Blätter, wie der „Vorwärts“ und die „Leipziger Volkszeitung“, die so gut wie „Neue Zeit“ und „Gleichheit“ im ganzen Reiche Leser haben. Dürfte es doch kaum eine Kreisorganisation im Reiche geben, in der nicht eine Anzahl besonders „radikaler“ Genossen lebt, die, wenn die lokale Parteizeitung nicht in dieser Richtung geleitet wird, eines der genannten Blätter abonnieren und für Verbreitung der darin vertretenen Ansichten sorgen. Die Annahme, die Ansichten der „radikalen Wissenschaft“ blieben der Mehrheit der Mitglieder der Parteiorganisation verborgen, widerspricht aller Erfahrung. Dagegen kann nicht bewiesen werden, daß die Ansichten der „wissenschaftsfeindlichen Parteibureaucratie“ in der gleichen Einheitlichkeit und Planmäßigkeit allen Parteimitgliedern bekannt würden. Es kommt hinzu, daß sowohl die Parteischule wie die von der Bildungszentrale vermittelten Vortragskurse die Wissenschaft im Sinne Ströbels sehr energisch verbreiten. Zirka 50 000 Teilnehmer hatten im Jahre 1913 allein die von der Bildungszentrale veranstalteten Kurse, die mit wenigen Ausnahmen alle den politischen Wissenschaftsfächern gewidmet waren. Will etwa Ströbel die Lehrer und Redner dieser Veranstaltungen anklagen, daß sie ihre Schüler und Zuhörer mit „parlamentarischem Kretinismus“, „nationalsozialen Utopien“ und „Nichtsalsgewerkschaftlerei“ im Sinne der Parteibureaucratie fütterten? Das wäre gerade für diese Genossen aus solchem Munde kränkend.

Schließlich soll die Parteibureaucratie im Verein mit der Reichstagsfraktion die Parteitage beherrschen. Ob die Behauptung beweisbar ist, bleibe dahingestellt. Es kommt zuguterletzt doch darauf an, welche Politik die Partei bisher getrieben hat. Was die Reichstagsfraktion betrifft, so ist sie abgesehen von der Zustimmung zu den Deckungsvorlagen zur letzten Rüstungsverstärkung doch noch niemals vom Pfade der radikalen Tugend abgewichen. Sie hat vor allen Dingen noch immer alle Heeresausgaben im einzelnen und dann das Gesamtbudget konsequent und einstimmig abgelehnt. Und das spielt für die Stellung der Partei im Reiche, für ihren Einfluß auf die gesamte Reichspolitik

die Hauptrolle. In den Betrachtungen über die Ergebnisse der Parteitage haben zudem die Parteiblätter, so die reine Wissenschaft Ströbels zu verbreiten beflissen sind, noch immer den kläglichen Zusammenbruch ihres Gegenparts, des sogenannten Revisionismus, festgestellt. (Ich sage absichtlich sogenannter Revisionismus, weil mir das Wort als ein ebenso inhaltloses Schlagwort erscheint wie Radikalismus oder das neueste Reformismus.)

Der Fall der Bewilligung der Deckungsvorlagen war freilich ein Sündenfall im Sinne Ströbels, der es in seinem Aufsätze beklagt und als Kennzeichen des Verfalls anzeigt, daß man Ausgaben bewillige unter dem Vorgeben, damit die Lastenverteilung zu beeinflussen. Ich beziehe diese Bemerkung Ströbels auf die Bewilligung der Deckungsvorlagen in der Annahme, daß er Einnahmewilligung gemeint hat, wo er Ausgabebewilligung sagt, denn nur durch Bewilligung von Einnahmen, nicht aber durch Bewilligung von Ausgaben kann man die Lastenverteilung beeinflussen. Aber dieser Sündenfall — ist der auch auf die Verkümmern der Parteibureaucratie in der Kleinagitation, in der Organisationsarbeit und der Instanzenpolitik zurückzuführen? Nein doch! Ströbel sagt selber, daß das Wachstum der Reichstagsfraktion mit unerbittlicher innerer Logik zu dieser Politik führe. Soll man in diesem Worte nicht nur die Anwendung eines schimmernden Klischeewortes, sondern einen wohldurchdachten Satz sehen, dann ist wahrhaftig alles andere in Ströbels Darlegungen überflüssig, solange man nicht darüber einig ist oder wenigstens die Frage in den Mittelpunkt der Diskussion stellt, ob es nicht an der Zeit sei, mit der ganzen Wahlpolitik der Partei zu brechen.

Das ist in der Tat der Kardinalpunkt, und wenn irgendwo, so kann man Ströbel darin zustimmen, daß die Vermehrung der Mandate mit unerbittlicher innerer Logik zu einer bestimmten Politik führt, zu der positiven Politik nämlich, die in der Bewilligung der Deckungsvorlagen zum erstenmal bewußt durchbrach. Die Vermehrung der Mandate aber ist das natürliche Ziel der Wahlpolitik auch dann, wenn man von jedem Wahlkompromiß, der so viel geschmähten Schacherpolitik, absieht, die doch am Ende das Kennzeichen der Politik überhaupt ist.

Bei Ablehnung der Wahlkompromisse wird nur das Resultat der Mandatsvermehrung als Folge der Stimmenvermehrung — theoretisch wenigstens — in eine spätere Zeit verlegt. Praktisch freilich könnte das auch die Folge haben, daß uns in einem mit preußischen Traditionen belasteten Staatswesen die Gewinnung von Mandaten unmöglich gemacht würde — mindestens über eine gewisse Grenze hinaus. Indem man aus Furcht vor der mit einem Male zu erwartenden überwältigenden Vermehrung unserer Mandate das Wahlrecht ändert. Und dann — würden wir mit allen Mitteln um die Wiederherstellung des gleichen Wahlrechts kämpfen, damit wir zur rechten Zeit eine unserer Stimmenzahl entsprechende Zahl von Mandaten erlangten. . . .

Das ist ja der große Widerspruch in unserer Parteipolitik, der allerdings erst mit dem Wachstum unserer Wählerstimmen und unserer Mandate praktische Bedeutung erlangt. Unsere ganze Arbeit ist von jeher aufs Wählen zugeschnitten. Und das ist ganz natürlich, weil wir die Gesetzgebung maßgeblich beeinflussen wollen, weil wir ein starkes Parlament schaffen, ein parlamentarisches Regierungssystem einrichten und selber die Regierung in die Hand nehmen wollen, sobald wir stark genug dazu geworden sind. Und das alles folgt wiederum aus der Tatsache, daß wir eine gesetzliche, die Notwendigkeit der staatlichen Ordnung anerkennende Partei, keine Anarchisten, sondern Demokraten sind (ein Sozialdemokrat bleibt immer noch ein Demokrat). Und nun, da mit unserer zunehmenden Stärke sich die Konsequenzen dieser Politik auch für das parlamentarische Handeln bemerkbar machen, da fehlt vielen der Mut, diese Konsequenzen anzuerkennen. Aber ebenso fehlt der Mut zu der Konsequenz nach der anderen Seite, zu der Forderung, auf die Wahlpolitik, auf die Demokratie, auf die Gesetzlichkeit überhaupt zu verzichten und konsequent die gewaltsame Revolution zu fordern. Nur Rosa Luxemburg und einige ihrer engeren Freunde sind bereit, die Revolution zu vertreten und die Wahlpolitik als alten Plunder über den Haufen zu werfen.

· Weil man sich zu dieser Konsequenz nicht aufschwingen kann — aus Gründen, die anscheinend auf dem Gebiete der Erkenntnis liegen —, deshalb schiebt man den Kardinalpunkt beiseite und

erfindet mit heißem Bemühen Ursachen für die unbehaglich werdende Sachlage, die nicht nachweisbar sind, die aller Erfahrung widersprechen. Mit einer verblüffenden Naivität — vielleicht gerade darum auf unkritische Köpfe wirkend — treten im Gewande des Beweises Behauptungen auf, die ganz willkürlich dem Gefühl ihres Erfinders entsprungen sind und auch der allerersten Prüfung nicht standhalten. Wieso ist die Beschäftigung mit der Organisation und der Kleinagitation die Ursache für die parteitaktischen Ansichten der Parteimehrheit oder meinetwegen auch der Mehrheit der Parteibureaukratie? Mit welchem Rechte nimmt die Minderheit die Wissenschaftspacht für sich in Anspruch? Die Minderheit der Parteibureaukratie, der Reichstagsfraktion, besteht doch aus den gleichen Elementen wie die Mehrheit! Zugegeben, daß die gleichen Umstände und äußeren Einwirkungen nicht auf alle Menschen gleich wirken, so ist es doch gerade bei der Tatsache der verschiedenartigen Wirkung dieser gleichen Umstände auf verschiedene Menschen erst recht notwendig, den Beweis zu führen, daß gerade diese Umstände die Ursache des Denkens einer gewissen Anzahl der Beteiligten sind. Mit einer einfachen Behauptung ist da gar nichts gesagt.

Viel mehr Wahrscheinlichkeit, weil durch tausendfältige Erfahrung über die Natur menschlichen Denkens gestützt, hat eine andere Ueberlegung, ohne daß damit durchschlagende Beweiskraft für sie in Anspruch genommen werden soll.

Die Politik der Minderheit, das ist die Politik, die der seit Jahrzehnten geltenden Parteilehre entspricht. Inzwischen haben sich die äußeren Umstände geändert, die der Partei in ihrem Lebensinteresse eine andere Politik aufnötigen. Von ihren Führern oder ihrer Bureaukratie, die alle die ungefähr gleiche Schule durchgemacht haben und alle in ungefähr gleichen Verhältnissen leben, hat der größere, geistig regsamere Teil die veränderten Umstände erkannt und die daraus folgende Notwendigkeit der veränderten Taktik, sowie die Notwendigkeit, Taktik und Lehre in klare Uebereinstimmung zu bringen, begriffen. Der kleinere Teil ist, dem Gesetz der Trägheit folgend, in den alten Formeln stecken geblieben, und nun er sieht, wie ihm infolgedessen sein Einfluß auf die Partei verloren geht, da klagt er die Mehrheit an,

daß sie ihn daran verhindere, mit seiner Wissenschaft an die „Masse“ unbestimmten Begriffs heranzukommen. Denn nur seine Wissenschaft oder die der Minderheit kann doch Ströbel meinen in dem zitierten Satze. So viel Wissenschaft, wie die Minderheit vertritt, kann wohl die Mehrheit noch immer für sich in Anspruch nehmen.

Wenn man so argumentiert, wie hier geschehen, dann hat man mindestens so viel bewiesen wie Ströbel. Mir kommt es indessen hier gar nicht auf eine solche Ursachenforschung an, sondern auf die Zergliederung der von Ströbel in seinem Artikel zusammengetragenen Behauptungen. Nicht deswegen, weil sie von Ströbel vertreten werden, sondern weil es oft gehörte Behauptungen der Vertreter einer Parteitaktik sind, die dem sicheren Untergange geweiht ist. Ströbels Untersuchungen — wer nach den Ursachen einer Erscheinung forscht, stellt ja wohl formell Untersuchungen an, selbst wenn er materiell nur ein paar Ladenhüter aus einer alten Schlagwortsammlung zusammenträgt — bestärken mich in der Auffassung, daß hier eine Gefühlspolitik hoffnungslos gegen das notwendige Neue streitet, das sich nach Ströbels eigener Erkenntnis mit zwingender innerer Logik aus der veränderten Sachlage ergibt. Ströbel kennzeichnet die neue Sachlage mit dem Worte: Vermehrung der Reichstagsmandate. Doch das ist ganz unzulänglich, ist höchstens ein äußerer Ausdruck der Tatsache, daß wir immer mehr eine Volkspartei werden, die mit der Taktik einer einflußlosen Nichtsalsoppositionsgruppe nicht arbeiten kann. Entweder zurück zur kleinen Oppositionsgruppe mit der Taktik der Abstinenz oder vorwärts auf dem Wege zur Volkspartei, zur herrschenden Partei, mit der positiven, aufbauenden Politik, die das Wesen des Sozialismus ist.

Daß Ströbel nichts ihm Eigentümliches zu sagen hat, daß er nur oft gehörte, eine Richtung kennzeichnende Schlagworte zusammenträgt, das gerade gibt auch die tröstliche Gewißheit, daß diese Richtung es ist, die an den gleichen Erkenntnismängeln und der gleichen Inkonsequenz leidet, und schützt uns vor der Befürchtung, die Minderheitswissenschaft könnte die Entwicklung der Partei in der Richtung, die sie einmal eingeschlagen

hat, verhindern. Weit entfernt von einer mechanischen Auffassung des Einflusses äußerer Umstände auf das Denken und Empfinden der Volksmassen, weit entfernt von einer Geringschätzung geistiger Einflüsse schien es mir gerade wichtig, die Kraft der Argumente zu prüfen, die der „radikalen“ Opposition zur Verfügung stehen, um daraus einen Anhalt für die Beurteilung der Möglichkeiten ihres Einflusses auf die Bestimmung der Parteitaktik zu gewinnen. Soweit eine solche Prüfung an Ströbels Ursachenforschung möglich war, kann sich jeder Freund einer Politik, für die Partei, Grundsätze und Taktik immer nur Mittel zum Zwecke, die wirtschaftliche und geistige Hebung und die staatsbürgerliche Gleichberechtigung der Arbeiterklasse das einzige Ziel sind, der Einsicht getrösten, daß die von dieser Seite ausgehende Beeinflussung der Partei diese nicht von dem Wege abbringen wird, auf den die zwingende innere Logik der Entwicklung sie gedrängt hat. (m)

. . . Wenn Frankreich im Bunde mit Rußland gegen Deutschland und Oesterreich steht, dann kämpft Deutschland einfach um seine Existenz! Siegt es, so findet es nirgends Annexionsstoff vor, im Westen wie im Osten trifft es nur auf fremdsprachige Provinzen, und deren hat es schon mehr als genug. Wird es besiegt, zermalmt zwischen dem französischen Hammer und dem russischen Amboß, so verliert es an Rußland Altpreußen und die polnischen Provinzen, an Dänemark ganz Schleswig, an Frankreich das linke Rheinufer. Selbst wenn Frankreich diese Eroberung zurückwies, Rußland würde sie ihm aufzwingen. Denn Rußland braucht vor allem einen ewigen Zankapfel, einen Grund unaufhörlicher Entzweiung zwischen Frankreich und Deutschland.

Engels.

PAUL UMBREIT:

Die Arbeitslosenversicherung nach dem Kriege.

WENN auch zurzeit das Ende des Krieges noch nicht sicher abzuschätzen ist, so ist es doch keineswegs verfrüht, sich ernsthaft mit den kommenden Friedensproblemen zu beschäftigen. Soweit diese einen wesentlichen Teil der Ueberführung unserer Volkswirtschaft aus dem Kriegs- in den Friedenszustand bilden, wie bei der **Arbeitsvermittlung**, haben die deutschen Gewerkschaften der Gesetzgebung bereits im März v. J. ihre Forderungen unterbreitet und deren Berücksichtigung in der Organisation des Arbeitsnachweises wenigstens grundsätzlich erreicht. Bei der **Arbeitslosenversicherung** handelt es sich zwar zunächst ebenfalls um eine Uebergangsmaßnahme vom Krieg zum Frieden, d. h. es gilt darüber hinaus **Dauerndes** zu schaffen, das seinen Wert erst im kommenden Frieden erreicht. Für den Uebergang würden zur Not die von Reich, Staat und Gemeinden während des Krieges getroffenen öffentlichen Fürsorgeeinrichtungen im Zusammenwirken mit der Arbeitslosenunterstützung der Gewerkschaften ausreichen, allerdings nur unter der Voraussetzung, daß die Gemeinden lückenlos und in **wirksamerem** Maße als seither ihre Pflicht erfüllen. Die gewerkschaftlichen Feststellungen haben ergeben, daß zahlreiche Gemeinden auf diesem Gebiete vollständig versagt haben und selbst Großstadtverwaltungen den beschämenden Vorwurf nicht scheuten, die Arbeitslosen der eigenen Not und der privaten Wohltätigkeit überlassen zu haben. Vor allem aber entzogen sich die kleineren Stadt- und die Landgemeinden ihrer Fürsorgepflicht, und weder die Staats- noch die Reichsunterstützung haben ihr soziales Gewissen geschärft, weil diese Subventionen immerhin gemeindliche Aufwendungen voraussetzen, die sie auch im geringsten Umfange

sparen wollten. Es bedurfte nicht erst der Lebensmittelteuerung, um wahre **Abgründe sozialer Gewissenlosigkeit** zu enthüllen. Auch der Rückstand der Kriegserwerbslosenfürsorge ist bereits zum öffentlichen Skandal geworden!

Die deutsche Arbeiterschaft erwartet aber nach dem Kriege weit mehr als schwächliche Fürsorgemaßnahmen. Sie will ein Vaterland haben, in dem es sich wohnlich leben läßt, und dazu gehört nicht zuletzt die Sicherheit vor dem Verhungern. Die Wunden, die der Krieg geschlagen, werden heilen. Industrie und Handel werden sich neu entfalten und ihre alten Absatzgebiete wiedererobern, vielleicht auch neue dazu. Aber selbst die günstigste Entwicklung kann die Arbeiter nicht vor der Geißel der **Arbeitslosigkeit** verschonen, die schon vor dem Kriege erschreckende Opfer forderte. Die organisierte Arbeiterschaft hat an **Selbsthilfe** das Menschenmögliche geleistet und mustergültige Einrichtungen zur Arbeitslosenunterstützung geschaffen. Ihre Kräfte werden nach dem Kriege infolge des zu erwartenden schlimmen Uebergangsstadiums völlig erschöpft sein und die längst geforderte Staatshilfe wird zur gebieterischen **Pflicht**. Die **englische** Arbeiterschaft erfreute sich schon vor dem Kriege einer gesetzlichen Arbeitslosenversicherung für die Schwerindustrie. Die deutschen Arbeiter dürfen mit Recht verlangen, im Wettbewerb mit der Arbeiterschaft Englands nicht schlechter gerüstet dazustehen!

Aber mit der Streckung der Unterstützungsmittel der Gewerkschaften durch Mittel von Reich, Staat und Gemeinden ist nur ein Teil der öffentlichen Aufgabe gelöst. Eine dauernde Arbeitslosenversicherung kann in Deutschland sich nicht auf die Selbsthilfe, auch mit staatlicher Förderung, beschränken, sondern muß Anschluß suchen an die großen Systeme der **Zwangsversicherung**, auf denen die übrige deutsche Arbeiter- und Angestelltenversicherung beruht. Und es ist schlechterdings nicht einzusehen, weshalb der Versicherungszwang gerade bei der **Arbeitslosenversicherung** nicht durchführbar sein oder dauernd ausgeschaltet werden sollte. Nur die obligatorische Versicherung vermag zwischen den besten und den schlechtesten Risiken auszugleichen und den periodisch von Arbeitslosigkeit Betroffenen wirkliche Hilfe zu gewährleisten. Deshalb beschloß auch der Kopenhagener **Inter-**

nationale sozialistische und Gewerkschaftskongreß 1910 von den Arbeiterorganisationen verwaltete allgemeine „obligatorische Arbeitslosenfürsorge“ und bis zu deren Verwirklichung finanzielle Förderung der gewerkschaftlichen Arbeitslosenunterstützung. Der für die deutschen Gewerkschaften maßgebende **Stuttgarter Kongreßbeschuß 1902**, der sich auf die letztere beschränkt, ist damit zwar nicht aufgehoben, aber als Uebergangsforderung kommentiert.

In der Tat haben sich seit 1902 für die deutschen Gewerkschaften die Verhältnisse derart entscheidend geändert, daß sie in der staatlichen Arbeitslosenversicherung keine Einschränkung oder Benachteiligung mehr zu erblicken brauchen, sobald bei deren Aufbau und Ausgestaltung ihre Interessen berücksichtigt werden. Und sie sind heute die wirtschaftlichen Vertretungen der Arbeiterklasse, die bei der gesetzlichen Regelung dieser Aufgabe nicht mehr ausgeschaltet werden können. Umsomehr ist es notwendig, darüber Klarheit zu schaffen, in welcher Richtung eine gesetzliche Regelung der Zwangsarbeitslosenversicherung mit den gewerkschaftlichen Interessen zu vereinbaren wäre.

Als erste Bedingung wäre zu fordern, daß die gewerkschaftlichen Unterstützungskassen neben den Zwangseinrichtungen so lange als vollgültige Träger der Versicherung anerkannt werden, als sie sich gewissen billigen Anforderungen des öffentlichen Rechts unterordnen. Als solche wären in Betracht zu ziehen: gesonderte Verwaltung der Arbeitslosenversicherung, gewisse Mindestleistungen nach Eintritt, Höhe und Dauer der Unterstützung, Einreichung der Rechnungsergebnisse an eine statistische Zentralstelle und Kontrolle der Kassen- und Buchführung durch eine Reichsanstalt. Unter diesen Voraussetzungen haben die gewerkschaftlichen Arbeitslosigkeitskassen den gleichen Anspruch auf Zuschüsse vom Reich, wie die neu zu errichtenden Zwangskassen. Die Mitgliedschaft zu einer anerkannten Gewerkschaftskasse würde von der Zwangsversicherung befreien. Ueber die gesetzlichen Mindestleistungen hinaus bleibt es den Gewerkschaftskassen unbenommen, ihre Leistungen zu erhöhen. Für die nicht gewerkschaftlich Versicherten sind gesetzliche **Zwangskassen** zu fordern. Der Versicherungszwang muß sich auf alle Arbeiter- und Angestelltenberufe einschließlich der Arbeiterinnen, Heim-

arbeiterinnen, Dienstboten und Landarbeiter erstrecken. Indes ist eine allmähliche Ausdehnung auf gewisse, schwieriger zu erfassende Berufe und Kategorien ins Auge zu fassen. Gegenstand der Versicherung ist nur die **unfreiwillige** Arbeitslosigkeit, sofern sie weder durch Krankheit, Unfall oder Invalidität bedingt noch durch Streik oder Aussperrung herbeigeführt ist. Besteht die Arbeitslosigkeit nach Wegfall dieser Ursachen fort, so ist ein Versicherungsanspruch begründet. Dieser Anspruch besteht im Empfang einer **Geldunterstützung**; er ruht, wenn dem Arbeitslosen eine seinen Kräften und Fähigkeiten entsprechende Arbeit, die ihm billigerweise zugemutet werden kann, nachgewiesen wird. Ledige können zur Annahme von Arbeiten an anderen Orten angehalten werden, Verheiratete nur dann, wenn sie in kürzeren Zwischenräumen zu ihren Familien zurückkehren können oder wenn ihnen die Uebersiedlungskosten für die ganze Familie vergütet werden. Nicht tariflich entlohnte Arbeit kann der Arbeitslose ablehnen, ebenso eine durch Streik erledigte Stelle, ohne seinen Versicherungsanspruch zu verlieren.

Die **Organisation** der Versicherung lehnt sich am besten an die größeren **Berufsgruppen** an. Dies hat den Vorzug für sich, daß die Selbstverwaltung auf eine sichere und nicht zu eng bemessene Grundlage gestellt wird und das Risiko zunächst der eigenen Berufsgruppe verbleibt, die am ehesten alle Möglichkeiten der Entlastung durch Einschränkung der Arbeitslosigkeit erfassen kann. Innerhalb der größeren Industriegruppen ist ein gewisser Ausgleich für besonders gefährdete Berufe und Branchen bereits gewährleistet. Ein Ausgleich zwischen den Berufsgruppen kann durch eine **Reichszentralkasse**, die einen gewissen Anteil aller Versicherungsausgaben als **gemeinsame Last aller Gruppen** übernimmt und den Gruppen ferner die Möglichkeit der **Rückversicherung** bietet, herbeigeführt werden. Die Beiträge zu den beruflichen Zwangskassen sind von Arbeitern und Arbeitgebern zu gleichen Teilen aufzubringen. Das Reich zahlt zu den Versicherungsleistungen einen **Zuschuß**, entsprechend den Zuschüssen beim Genter System. Die gleichen Zuschüsse erhalten die in gewerkschaftlichen Kassen versicherten Arbeiter. Die Staatsregierungen tragen durch Unterhaltung des Arbeitsnachweises, die Gemeinden

durch Gewährung der Bureauräumlichkeiten und freiwillige Zuwendungen (Speisemarken, Wohnungszuschüsse, Reisegelder usw.) zu den Kosten der Arbeitslosigkeit bei. Die Beiträge können nach Lohnklassen abgestuft werden. Risikoklassen sind zu verwerfen.

Für die beruflichen Zwangskassen sind neue Organisationen nach Art von Industrie- und Gewerbe-genossenschaften zu errichten. Die Unfallberufsgenossenschaften sind wegen ihrer einseitigen Zusammensetzung aus Unternehmern dazu nicht geeignet; die neuen Organe müssen vielmehr grundsätzlich **paritätisch** sein. In territorialem Aufbau dagegen können die Berufsgenossenschaften als Vorbild dienen. Die unparteiischen Vorsitzenden stellen die Reichsregierung, die Staatsregierungen und bei den örtlichen Organen die Gemeinden. Die örtlichen Organe sind mit den Arbeitsämtern und öffentlich paritätischen Arbeitsnachweisen möglichst in enge Verbindung zu bringen; sie können die Arbeitsvermittlung auch als paritätische Facharbeitsnachweise selbst übernehmen. Die besoldeten Angestellten der Zwangsversicherungskassen werden von deren paritätischen Organen gewählt. sie unterstehen einer von diesen zu erlassenden Dienstordnung.

Zu den gewerkschaftlichen Versicherungskassen, die von den Gewerkschaften allein verwaltet werden, zahlen die Arbeitgeber keinen Beitrag. Diese Kassen erhalten indessen vom Reich den gleichen Zuschuß wie die Zwangskassen. Vom Zwangsausgleich eines Teiles ihrer Versicherungslast sind sie befreit, doch können sie sich ihrerseits zu gemeinsamer Abdeckung eines Teiles ihrer Risiken zusammenschließen. Sie können auch an der Rückversicherung bei der Reichszentralkasse teilnehmen.

Für die Durchführung der gesetzlichen Zwangsversicherung kommen in erster Linie die Arbeiter der Baugewerbe-, Metall- und Maschinenindustrie, des Bergbaues, Holzgewerbes, Schiffbaues, der Erd-, Stein- und keramischen Gewerbe, sowie der Textil- und Bekleidungsindustrie in Betracht. Die hierbei gemachten Erfahrungen sind zu berücksichtigen, ehe die Ausdehnung auf weitere Gewerbegruppen erfolgt. Nach zwei bis drei Jahren dürften genügend Erfahrungen gewonnen sein, um auch die Papier- und graphischen Gewerbe, Leder- und Lederwarenindustrie, chemische Industrie, Nahrungsmittel-, Leuchtstoffindu-

strie und Reinigungsgewerbe der Zwangsversicherung zu unterstellen. In weiteren Abständen folgen dann die **Angestellten** der **Industriegruppen**, der **Handels-, Verkehrs- und Versicherungsgewerbe**, **Gast- und Schankwirtschaften**, **Theater, Musik usw.** Die **Landwirtschaft** bedarf besonderer Vorbereitung. Die **Gewährung von Reichszuschüssen an gewerkschaftliche Versicherungskassen** wird durch die Einführung der Zwangsversicherung nicht berührt.

Die gesetzliche Regelung der Arbeitslosenversicherung bedingt auch eine Regelung der **Arbeitsvermittlung**. Der **Arbeitsnachweis** ist öffentlich auf **paritätischer Grundlage** zu organisieren. Die **paritätischen Facharbeitsnachweise** sind zu den öffentlichen Nachweisen zuzulassen, **einseitige Unternehmer- oder Arbeiternachweise** dagegen auszuschließen. Die **Unternehmer** werden durch die **Zwangsarbeitslosigkeitskassen** angehalten, sowohl alle **Entlassungen von Arbeitern oder Angestellten**, als auch **offene Stellen und Stellenbesetzungen** dem öffentlichen Arbeitsnachweis oder dem für ihren Beruf bestehenden **paritätischen Facharbeitsnachweis** zu melden. Die **Benutzung des öffentlichen oder paritätischen Facharbeitsnachweises** kann **obligatorisch** gemacht werden, wenn solches von der **Mehrheit der Arbeiter** wie auch der **Unternehmer** beschlossen wird. Auf die **Regelung der Arbeitsvermittlung** finden die **Grundsätze** der vom Reichstag im März 1915 beschlossenen **Anträge sämtlicher Gewerkschaftsgruppen** Anwendung.

Eine solche kurze Skizzierung der **Grundsätze** der gesetzlichen **Regelung der Arbeitslosenversicherung** dürfte fürs erste genügen, um der **Diskussion** eine gewisse **Richtung** zu geben. **Weitere Details** herauszuarbeiten und die **gewerkschaftlichen Interessen** dabei genügend zu wahren, muß **selbstverständlich** der näheren **Formulierung in Leitsätzen** vorbehalten bleiben. Die **Gewerkschaften** müssen bei der **gesetzlichen Regelung** dieser **Materie**, die so tief in ihr **Arbeitsgebiet** einschneidet, daß sie 1892 nur **Arbeitslosenkassen** in **gewerkschaftlicher Selbstverwaltung** zulassen wollten, darauf bedacht sein, ihre **Interessen** zu wahren. Sie können angesichts ihres heutigen **Umfanges und Einflusses** darauf verzichten, der **Zwangsversicherung** **Widerstand** entgegenzusetzen und können sich heute mancher **Befürchtungen** ent schlagen, die damals nicht

von der Hand zu weisen waren. Heute kommt es vor allem darauf an, daß ein entscheidender Schritt zur Organisation der Arbeitslosenversicherung getan wird und auch der Münchener Gewerkschaftskongreß 1914 legte darauf das entscheidende Gewicht. Die Zeit nach dem Kriege ist der günstigste Moment, das Reich zur Erfüllung dieser Ehrenpflicht zu drängen, nachdem der Krieg selbst die Notwendigkeit ausreichender Arbeitslosenfürsorge den weitesten Kreisen zum Bewußtsein gebracht hat.

Man hat die Deutschen als das Volk der **Organisation** in allen Tonarten gepriesen. Sicherlich auf vielen Gebieten mit vollem Recht, nur nicht auf dem der Arbeitslosenfürsorge. Hier war alles **Improvisation** und der Erfolg durchaus unbefriedigend. Nur die **gewerkschaftliche** Organisation war gut vorbereitet. Soll das auch fernerhin so bleiben, bloß weil gewisse Kreise sich von ihrer Feindschaft gegen die Gewerkschaften nicht trennen können? Die Arbeiterschaft, die während des Krieges den anderen Bevölkerungsschichten in der Erfüllung ihrer nationalen Pflicht nicht nachgestanden hat, darf mit Recht verlangen, daß man ihre Organisationen und ihre sozialen Forderungen genau so sachlich würdigt als diejenigen anderer Klassen. Das Reich kann sich der Lösung dieser Aufgabe, die einen wichtigen Teil der Neuorientierung der inneren Politik bildet, nach dem Kriege nicht länger entziehen. (m)

Jede Erweiterung der Machtstellung Rußlands auf der Balkanhalbinsel ist eine schwere Schädigung der Interessen Deutschlands und zugleich eine Gefahr für die gesamte westeuropäische Kulturentwicklung. Es ist eine Hauptaufgabe der deutschen Politik, den Bestrebungen Rußlands nach Machterweiterung auf der Balkanhalbinsel mit allen zu Gebote stehenden Mitteln entgegenzutreten.

B e b e l, 1886.

FRIEDRICH KLEIS:

Die Altersrente.

ZU den am meisten umstrittenen Einrichtungen unserer Sozialversicherung gehört die Altersrente. Bei der Einführung des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes wurde ein großes Gewicht auf die Altersrenten gelegt. Von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion wurde daher auch der Antrag gestellt, die Altersrente statt vom vollendeten 70. schon vom 60. Lebensjahr an beginnen zu lassen. Gleichwohl gab es später eine Zeit, in der nicht nur die sozialdemokratische Partei die Forderung einer Herabsetzung der Altersgrenze nicht vertreten hat, sondern in der sich führende Parteigenossen sogar gegen sie aussprachen. So Genosse Bebel und andere. Da in der Landwirtschaft die alten Leute viel zahlreicher seien als in der Industrie, käme die Herabsetzung vorwiegend der Landwirtschaft zugute. Die landwirtschaftlichen Arbeiter hätten aber den geringsten Vorteil davon, da ihnen die Rente durch Kürzung des Arbeitsverdienstes wieder abgejagt würde. Genosse Molkenbuhr wies einmal darauf hin, daß die Lohnkürzungen auch durch das Reich und die Bundesstaaten vorgenommen würden. Wie weit diese Ansichten innerhalb der sozialdemokratischen Partei verbreitet waren, ergibt sich daraus, daß auf dem Parteitag in Jena 1905 ein Antrag abgelehnt wurde, nach dem die Reichstagsfraktion aufgefordert werden sollte, im Reichstag energisch die Herabsetzung der Altersgrenze zu verlangen.

Inzwischen änderten sich die Meinungen. Alle mit der Arbeiterbewegung im Zusammenhang stehenden Versammlungen, die zur Reichsversicherungsordnung Stellung nahmen, forderten die Herabsetzung der Altersgrenze auf mindestens 65 Jahre. Auch der

Parteitag in Leipzig. Auch in bürgerlichen Kreisen fanden sich Stimmen für eine solche Maßnahme, und so kam es, daß bei der Beratung der Reichsversicherungsordnung im Reichstag neben den Sozialdemokraten auch die Konservativen und die Freikonservativen die Herabsetzung des Lebensalters auf das 65. Jahr beantragten. Als es aber zur Abstimmung kam, traten nur einige wenige Nationalliberale für den Antrag ein. Bei der dritten Beratung des Gesetzes verstieg man sich nur so weit, einen Antrag anzunehmen, nach dem der Bundesrat im Jahre 1915 dem Reichstag die gesetzlichen Vorschriften über die Altersrente zur erneuten Beschlußfassung vorzulegen hat. Inzwischen ist im Versicherungsgesetz für Privatangestellte das vollendete 65. Lebensjahr für den Bezug der Altersrente festgelegt worden. Ruhegeld erhalten die Angestellten ferner schon dann, wenn ihre Arbeitsfähigkeit auf weniger als die Hälfte (statt ein Drittel in der Invalidenversicherung) herabgesetzt ist. Schließlich zahlt jetzt eine Reihe ausländischer Staaten eine Altersrente schon vor dem 70. Lebensjahr, so Belgien, Dänemark, Frankreich, Italien, Rumänien, Ungarn. In Italien haben beispielsweise Arbeiterinnen nach vollendetem 55., Arbeiter nach dem 60. Lebensjahr Altersrente zu beanspruchen.

Die Zahl der bewilligten sowie laufenden Altersrenten ist zurzeit so gering, daß sie in der Arbeiterversicherung keine nennenswerte Rolle mehr spielt. Im Jahre 1891, in dem das Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz in Kraft trat, wurden 132 926 Altersrenten bewilligt. Diese große Zahl ist nur durch die sehr günstigen Uebergangsbestimmungen entstanden. Auch in den Jahren darauf waren die Bewilligungen noch umfangreich. Im Jahre 1894 wurden noch 33 871 Altersrenten bewilligt. Seitdem gestaltete sich das Bild folgendermaßen:

Jahr	Bewilligte	Laufende	Ausgaben
	Altersrenten:		für Altersrenten:
1897	22 320	303 955	27 555 955 Mk.
1903	12 430	168 550	22 113 103 ..
1909	11 003	108 637	15 549 500 ..
1912	12 111	90 071	14 468 300 ..
1914	10 828	84 015	13 737 654 ..

Die Ursachen des Krebsganges sind nicht darin zu suchen, daß die alten Leute immer weniger werden, sondern daß die „Wartezeit“ für die Erlangung der Altersrente immer schwerer zu erfüllen ist, je länger das Gesetz besteht. Wer Altersrente haben will, muß bekanntlich nicht nur das 70. Lebensjahr vollendet haben, sondern muß auch nachweisen, daß er seit Bestehen des Gesetzes bis zur Vollendung des genannten Lebensjahres so viele Beitragsmarken geklebt hat, daß auf jedes der inzwischen verstrichenen Jahre mindestens 40 Marken entfallen. Wer also im Jahre 1915 das 70. Lebensjahr vollendet, muß 960 bis 1000 Beitragsmarken vorzeigen. Wer das nicht kann, muß so lange weiterkleben, bis er die erforderliche Zahl zusammen hat. Es werden daher viele Versicherte beträchtlich älter als 70 Jahre, ehe sie eine Rente erhalten.

Diese Einrichtungen können daher auf keinen Fall aufrecht erhalten werden. Es ist daher zu bedauern, daß die Reichsregierung gesetzgeberische Verbesserungen gegenwärtig ablehnt. Die dem Reichstag im November 1915 in Verfolg des oben erwähnten Reichstagsbeschlusses zugegangene Denkschrift kommt zu dem Ergebnis, daß eine Herabsetzung der Altersgrenze für den Bezug der Altersrente auf das 65. Lebensjahr ohne Erhöhung der Beiträge nicht möglich sei und daß sich überdies seit dem 1. Januar 1914 die Geldverhältnisse der Versicherung wesentlich ungünstiger gestaltet haben. Der Krieg habe neben einer Verminderung der Einnahmen eine große Vermehrung der Ausgaben durch Zunahme der Invaliden- und namentlich der Hinterbliebenenrenten gebracht. Die Auszahlung der Versicherten im Alter von 65 bis 70 Jahren habe ergeben, daß 67 016 die erforderliche Mindestzahl der Beitragswochen für den Anspruch auf Altersrente nachweisen können. Wenn diese alle die Altersrente erhalten würden, so müßten die Beiträge unter allen Umständen erhöht werden. Die Denkschrift enthält sodann auf 70 Seiten eingehende Berechnungen über „Wahrscheinlichkeitsbelastung“ der Versicherungsanstalten und ähnliches.

Die Denkschrift fordert zu vielseitiger Kritik heraus. Welchen Wert zunächst solche „versicherungsmathematische“ Schätzungen haben, geht daraus hervor, daß im Jahre 1898 unter genau solchen

Berechnungen der Reichszuschuß auf 10 Millionen und im Jahre 1907 auf 8,5 Millionen angegeben wurde. Jetzt ist man schon auf 4,5 Millionen herabgekommen. Wir sind überzeugt, daß es das nächste Mal noch weniger wird. Was aber sind 4,5 Millionen Mark jährlich für das Reich? Nach den neuesten Berechnungen würden sich die Ausgaben der Versicherungsträger auf 10 Millionen Mark im Jahre stellen. Was spielen diese für eine Rolle bei der Einnahme der Versicherungsanstalten von rund 280 Millionen Mark im Jahr und einem Vermögen von 2 105 491 550 Mark am Schlusse des Jahres 1913? Sodann läßt die Denkschrift auch wichtige Fragen ganz außer Betracht. Bei der Herabsetzung des Lebensalters für den Bezug der Altersrente würde sich die Zahl der Invalidenrenten-Empfänger bedeutend vermindern, also eine Ersparnis eintreten, da doch doppelte Renten nicht gewährt werden. Von den 608 169 Personen, denen in den fünf Jahren von 1909 bis 1913 Invalidenrenten bewilligt wurden, waren 308 104, also die reichliche Hälfte, über 60 Jahre alt. In den meisten Fällen dürften die Arbeiter, die das 65. Lebensjahr erreicht haben, bereits Halbinvaliden sein. Auch der Hinweis auf den Krieg ist nicht sehr stichhaltig. Die hauptsächlichste Mehrbelastung, die er der Versicherung brachte, besteht in den Waisenrenten. Diese werden aber vielfach nur kurze Zeit gewährt, denn sie kommen ja mit dem 15. Lebensjahr der Waisen in Wegfall. Die Ausgaben für das Witwengeld werden schon wenige Monate nach Beendigung des Krieges auf das normale Maß zurücksinken.

Es kann nicht angenommen werden, daß der Reichstag das Versprechen, das er bei Verabschiedung der Reichsversicherungsordnung gegeben hat, nicht einzulösen versuchen wird. Sollen die Altersrenten nicht nur im Gesetz stehen, sondern auch eine praktische Bedeutung haben, müssen die einschlägigen Vorschriften unter allen Umständen geändert werden. Ist doch auch aus Anlaß des Krieges wieder einmal versprochen worden, nunmehr „erst recht Sozialreform zu treiben“, weil sich immer mehr herausstellt, wie nutzbringend sie dem gesamten Volke ist.

Mittlerweile hat sich der Haushaltsausschuß des Reichstags mit der Angelegenheit beschäftigt. Von den Fraktionen der So-

zialdemokraten, der Fortschrittlichen Volkspartei und der Nationalliberalen waren Anträge eingegangen, die Altersgrenze zur Erlangung der Altersrente auf das 65. Lebensjahr herabzusetzen. Genosse **Molkenbuhr** hielt eine treffliche Rede zur Begründung der Forderung. Er legte insbesondere dar, daß den Berechnungen in der Denkschrift keine allzugroße Bedeutung beizumessen sei. Solche Schätzungen hätten schon oft getäuscht. Der Ausschuß nahm daraufhin die Anträge auf die Herabsetzung der Altersgrenze auf das 65. Lebensjahr **einstimmig** an. Da voraussichtlich der Reichstag selbst den Beschluß wiederholen wird, liegt die Entscheidung in den Händen der Regierung. (m)

Es mag der Sozialdemokratie sehr hart ankommen, eventuell in einem Kampfe für die Integrität des deutschen Bodens gewissermaßen das famose heimische Regierungssystem und ihre Todfeinde mit verteidigen zu müssen: aber diese wird sie nicht durch fremde Eroberer los, sondern allein durch eigene Hilfe, durch Uebertreibung des Systems, das herrscht und schließlich die Massen gegen sich empört. . . . In meiner Rede vom 2. März (1880) ist nicht ein Wort, das unserem Standpunkt etwas vergäbe, denn wir verteidigen in einem Verteidigungskriege nicht unsere Feinde und deren Institutionen, wir verteidigen uns selbst und das Land, dessen Institutionen wir in unserem Sinne umgestalten wollen, das allein den Boden für unsere Tätigkeit bildet.

Bebel, 1880.

Dr. HUGO LINDEMANN:

Die Städte und die Ernährung der Bevölkerung.

ALS der Vorstand des deutschen Städtetages in seiner Eingabe an den Reichskanzler vom Oktober 1912 erklärte, daß es nicht die Aufgabe der deutschen Städte sein könne, in die Preisgestaltung der Lebensmittel dauernd einzugreifen — eine Erklärung, der sich später der Reichsverband deutscher Städte in einer Eingabe an den Reichskanzler anschloß — sah er nicht voraus, welche bedeutsame Folge diese Stellungnahme der deutschen Städte in kommenden Zeiten großer Notstände, wie sie z. B. ein Krieg selbst geringeren Umfanges als der von heute mit sich bringt, unter allen Umständen für die Lebensmittelversorgung ihrer Bevölkerung werde haben müssen. Zu einem vorübergehenden Eingreifen erklärten sich die deutschen Städte und ihre Organisationen damals bereit. Es würde ihnen in jenen Teuerungszeiten auch wenig genützt haben, wenn sie nicht dazu bereit gewesen wären. Dem starken Druck der Regierung und vor allem dem ungestümen Fordern ihrer Bevölkerung hätten sie nicht widerstehen können. Und so haben denn in den Teuerungs-jahren, die in die Zeit kurz vor dem Kriege fielen, die deutschen Städte, einige von ihnen in recht umfangreicher und aner-kennenswerter Weise, den Notstand direkt durch Eingriffe in die Lebensmittelversorgung zu bekämpfen gesucht. Es handelte sich damals um die Versorgung mit Fleisch und Fisch, Kartoffeln und Gemüse. Die Erfolge dieser für die meisten Städte ganz neuen Tätigkeit lagen in zwei Richtungen: Heranschaffung von Vorräten und Herabsetzung der Preise, und waren in beiden sehr befriedigend, wenn auch von Stadt zu Stadt je nach dem

organisatorischen Geschick ihrer Verwaltungen, je auch nach ihrer Energie und ihrem guten Willen, recht verschieden. Die grundsätzliche Ablehnung dauernden organisierten Eingreifens in die Lebensmittelversorgung — und nur durch diese kann die Preisgestaltung beeinflußt werden — mußte aber dazu führen, daß überall die für die Notjahre getroffenen Einrichtungen mit ganz wenig Ausnahmen nach Rückkehr normaler Jahre wieder eingingen. Es ist die gleiche Haltung der Städte, wie bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. In Krisenzeiten müssen sie, ob sie wollen oder nicht, für die arbeitslosen Einwohner Notstandsarbeiten einrichten. Die improvisierten Arbeiten, für die man in ruhigen Zeiten nicht gesorgt hat, trotzdem die regelmäßige Wiederkehr von Krisen nachgerade jedem bekannt sein mußte, werden dann teuer und unlustig durchgeführt und leisten niemals das, was sie leisten könnten, weder für die Arbeitslosen noch für die Städte selbst. So wenig man Notstandsarbeiten improvisieren kann, so wenig und noch viel weniger kann man das bei der Lebensmittelversorgung tun.

Die Stellung der deutschen Städte war falsch, doch haben nur wenige weitsichtige Leiter von Stadtverwaltungen ihre Unrichtigkeit eingesehen und die Notwendigkeit anerkannt, die Lebensmittelversorgung ihrer Gemeinden unter kommunaler Leitung dauernd zu organisieren. Dabei wuchs an dem anderen Pole unter den Produzenten von Jahr zu Jahr mehr eine zielbewußte Organisation heran, die sich die doppelte Aufgabe: Ausschaltung des Zwischenhandels und Steigerung der Preise setzte. Ihr gegenüber erwies sich der unorganisierte zersplitterte städtische Handel als widerstandsunfähig. Es genügt auf die Milchversorgung als Beispiel und Beweis hinzuweisen. Schon diese Gefahr einer auf rücksichtslose Preissteigerung des Produktes ausgehenden agrarischen Organisation für die städtische Lebensmittelversorgung hätte die Stadtverwaltungen zur Einsicht in die Unhaltbarkeit ihrer Stellung bringen müssen. An Warnungen hat es in der Literatur und Presse, namentlich auch in der sozialdemokratischen, nicht gefehlt.

Wie falsch aber die Stellung der Städte war, das hat aufs schlagendste erst der Krieg und seine Notzeit demonstriert. Sie haben den Städten vom ersten Tage ihrer Dauer an die Aufgabe aufge-

zungen, die sie seinerzeit abgewiesen haben: ob gern oder ungern, die Lebensmittelversorgung ihrer Einwohner ist ein, man könnte sagen das Hauptstück kommunaler Kriegstätigkeit geworden, an der sie ihre Verwaltungskunst zu erweisen haben. Und die Aufgaben sind im Laufe des Krieges immer größer geworden. Schon während der Mobilmachung mußten die Gemeinden eingreifen, um die Lebensmittelversorgung ihrer Bevölkerung sicherzustellen. Sie haben zu diesem Zweck vor allem große Ankäufe in Getreide und Mehl, zum Teil auch Vieh usw. gemacht, und um nur in den Besitz der Waren zu gelangen, dabei oft übermäßige Preise bezahlt und so statt zur Erhaltung des normalen Preisniveaus zu seiner Hebung beigetragen. Dieses erste Eingreifen der Mehrzahl der Stadtgemeinden bestand also in einer recht planlos ausgeführten Reihe von Notkäufen, die anfänglich oft zu Verlust, dann mit dem allgemeinen Steigen der Preise auch zu Gewinnen führten, wenn sich die Gemeinden bei dem Verkauf ihrer Waren nur von dem Gedanken leiten ließen, ihre Vorräte möglichst günstig wieder los zu werden. An solchen Beispielen hat es nicht gefehlt.

Dem Chaos der Mobilmachung und der ersten Wochen folgte dann eine Periode der Ruhe, in der sich die bald mit Energie und planmäßig von Handel und Produktion geförderte allgemeine Preistreiberei vorbereitete. Wir können die weitere Entwicklung nicht verfolgen. Nur das eine sei hier gesagt: die neue Ernte 1914 wurde hereingebracht und mit ihr setzten sich die Versäumnisse der Städte fort, die sowohl bei der Mehl- und Kartoffel- wie vor allem bei der Versorgung mit Vieh und Fleisch in gleicher Weise zu beobachten waren. Damals wäre noch eine Vorratsbildung im großen Stile möglich gewesen. Bei dem Ausbleiben von Höchstpreisen — sie kamen erst Ende Oktober 1914 für Getreide, noch später für Kartoffeln und blieben für Vieh und Fleisch ganz aus — war sie das einzige Mittel, um später auf die Gestaltung der Preise wenigstens in gewissem Umfange einzuwirken und zum wenigsten die Versorgung der minderbemittelten Bevölkerung zu erträglichen Preisen sicherzustellen. Nur verhältnismäßig wenige Gemeinden sind frühzeitig genug tätig geworden; die meisten nahmen ihre Vorratsbildung erst

dann auf, als es zu spät war, teils wenn die Preistreiber die Waren schon übermäßig verteuert hatten, teils wenn die Vorratsbildung behördlich vorgeschrieben wurde, wie z. B. für Fleisch durch die Bundesratsverordnung vom 25. Januar 1915. Das gilt auch für die Nahrungsmittelversorgungs-Gesellschaften, die von den Städten teils in Verbindung mit Konsumvereinen und privaten Firmen, teils ohne diese gegründet wurden, um Vorräte aufzukaufen und entweder direkt ohne Dazwischentreten des Kleinhandels oder mit seiner Hilfe der Bevölkerung zuzuführen. Während die Stadt Straßburg i. E. als erste ihre Unternehmung schon im Dezember 1914 einrichtete und mit ihrer Hilfe die Lebensmittelversorgung energisch und planmäßig ausbaute, folgte Stuttgart als zweite Stadt erst im Jahre 1915 und die Einrichtungen der anderen Städte datieren seit den letzten Monaten. Allerdings können sich die Gemeinden nicht ganz ohne Unrecht darauf berufen, daß ihnen die Reichszentralstellen bei der Vorratsbeschaffung keineswegs ausreichende Hilfe gewährt oder ihnen rechtzeitig die Mittel gegeben hätten, deren sie als örtliche Behörden mit einem örtlich begrenzten Gebiete bedurften.

Dafür ist ja gerade die Fleischversorgungsaktion des Frühjahrs 1915 wieder ein trauriges Beispiel. Ueber diese Tragikomödie könnte man mit Recht die Ueberschrift: Irrungen und Wirrungen setzen. Erst am 25. September 1915 kam die Bekanntmachung des Bundesrates, die den Gemeinden auf dem Gebiete der Versorgungsregelung Rechte gibt, die ihnen gleich mit der Mobilmachung ebenso hätten gegeben werden sollen, wie sie der Bundesrat durch das sogenannte Ermächtigungsgesetz vom 4. August 1914 erhielt, und erst durch die Abänderung vom 4. November 1915 wurden ihre Vorschriften auch auf die Erzeuger und Hersteller von Gegenständen des notwendigen Lebensbedarfs ausgedehnt. Soweit der örtliche Bezirk einer Gemeinde in Betracht kommt, kann diese nunmehr entweder für die Erzeuger und Hersteller, sowie für den Handel und das Gewerbe Vorschriften hinsichtlich des Betriebes, insbesondere des Absatzes, des Erwerbes, der Preise und der Buchführung erlassen, oder unter Ausschluß des Handels und Gewerbes die Versorgung selbst übernehmen oder sie gemeinnützigen Einrichtungen oder bestimmten

Handels- und Gewerbetreibenden übertragen. Zur Durchführung der direkten Versorgung können sie von diesen die käufliche Ueberlassung ihrer Vorräte verlangen und sie durch Enteignung zwingen, wenn sie nicht freiwillig zu ihr bereit sind. Damit ist für die Tätigkeit der städtischen Einkaufsgesellschaften erst die Grundlage geschaffen.

Mit der längeren Dauer des Krieges sind den Gemeinden immer neue Aufgaben und Pflichten vom Bundesrat auferlegt worden. Den Beginn machte die Bekanntmachung vom 25. Januar 1915, die die Getreide- und Mehlversorgung des ganzen Reiches mit Hilfe der Kommunalbehörden regelte. Mit ihr ist die Bekanntmachung vom gleichen Datum über die Beschaffung von Vorräten an Fleischdauerwaren ergangen und diesen beiden ist dann eine lange Reihe weiterer Bekanntmachungen gefolgt, die im Laufe der Zeit alle wichtigeren Lebensmittel erfaßten. Namentlich ist auch die Verpflichtung der Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern zur Festsetzung von Höchstpreisen mehr und mehr ausgebaut worden. Sie besteht jetzt z. B. für Buchweizen und Hirse, für Kartoffeln, für Obstmus und Fettersatzstoffe, für Fische und Wild, für Milch, für Schweinefleisch. Außerdem sind dieselben Gemeinden verpflichtet, Preisprüfungsstellen einzurichten, die die örtliche Preisbildung überwachen und die Verwaltungsbehörden bei der Feststellung angemessener Preise, also vor allem bei dem Erlaß von Höchstpreisen unterstützen sollen. So bilden denn die Gemeinden einen wichtigen Faktor in der ganzen, sehr langsam und spät von den Reichsbehörden ausgebauten Höchstpreisorganisation. Ohne sie wäre in der Tat die ganze Einrichtung auf dem Papier stehen geblieben. Auch jetzt noch hängt die Durchführung der Höchstpreise zum guten Teil von der Energie der Gemeindeverwaltungen ab, mit der sie sich die Ueberwachung des Handels zur Aufgabe machen und gegen Verfehlungen rücksichtslos einschreiten. Die Höchstpreise für die oben aufgezählten Lebensmittel gelten nicht nur lokal, sondern sind auf der Grundlage allgemeiner, von der Reichszentrale aufgestellter Höchst- oder Richtpreise für Erzeuger und Großhandel von den Gemeinden zu erlassen. Damit ist die Hauptgefahr, daß die Lebensmittel in den Gebieten mit Höchstpreisen nicht mehr

zum Verkauf gestellt werden, stark eingeschränkt, wenn auch keineswegs vollständig beseitigt. Die Vorgänge bei der Kartoffelversorgung in den Städten des Westens sind für das letztere ein Beweis. Zum anderen Teil handelt es sich bei den Höchstpreisen um solche Waren, für die eine Reichsstelle das Handelsmonopol hat, wie z. B. Buchweizen und Hirse. Hier liegen die Verhältnisse ebenso, wie bei der Getreide- und Mehllieferung, deren Organisation sich durchaus bewährt hat.

Eigene Vorratsbildung und Verteilung der Vorräte auf der einen Seite und Festsetzung von Höchstpreisen auf der anderen Seite sind in der Hauptsache die beiden Mittel gewesen, mit denen die Städte die Lebensmittelnot zu bekämpfen gesucht haben. Beide haben das gemeinsam, daß das Quantum der im Reiche vorhandenen Vorräte dadurch in keiner Weise vermehrt wird, sondern nur eine bessere Verteilung stattfindet, die der städtischen Bevölkerung den Ueberschuß der ländlichen Produktion zuführt. Eine Vermehrung würde indes insoweit stattfinden, als die Städte auch aus dem Auslande Waren einzuführen bestrebt sind. Im allgemeinen haben sie diese Aufgabe wohl dem Handel oder den zentralen Einkaufsstellen überlassen, in Ausnahmefällen sind sie ähnlich wie in den Teuerungsjahren vor dem Kriege selbst als Käufer aufgetreten. Mit welchem Erfolge, würde sich nur durch eine besondere Umfrage feststellen lassen. Bedeutsamer ist die Vorratsvermehrung durch die Ausdehnung der Produktion oder ihre Förderung. Hier haben zahlreiche Städte, wie z. B. Köln, Dortmund u. a., durch die Einrichtung neuer Kleingärten auf brachliegenden Bauplätzen und ihre Verpachtung an die Einwohner, durch Anbauung unausgenützten städtischen Grundbesitzes in eigener Regie, wie z. B. Mannheim und andere Orte, recht ansehnliche Mehrerträge für die Versorgung ihrer Einwohner herausgewirtschaftet. Da sich der Grundbesitz der Städte in den Jahren vor dem Kriege sehr stark vermehrt hatte, stehen nicht unbedeutende Flächen für diese Aufgabe zur Verfügung. Doch sind sie natürlich im Verhältnis zu dem Bedarf beschränkt. Schon unsere Mittelstädte sind auf Zufuhr aus der weiteren Umgebung angewiesen. Da hat nun der Krieg die alten Fragen, die schon in den Teuerungsjahren so lebhaft

diskutiert wurden, wieder aufs Tapet gebracht, und der Zwang der Not hat manche Bedenken überwunden, die in der Friedenszeit die Aktion der Gemeinden gelähmt hatten. Hier handelt es sich vor allem darum, Einfluß auf die landwirtschaftliche Produktion durch Sicherstellung der Abnahme mittels des Abschlusses von Lieferungsverträgen zwischen der Stadt als der Organisation der Verbraucher und den Produzenten durch die Gewährung von Geldmitteln für die Beschaffung von Betriebsmitteln und Betriebs-einrichtungen (wie Kunstdünger, Futtermittel, Ställe, Molkereien usw.) an landwirtschaftliche Produzenten oder Produzentenvereinigungen oder durch die Bereitstellung solcher Einrichtungen für die Benutzung durch diese zu gewinnen. Ist der Bedarf vorhanden und besteht die Gewißheit, daß die zu seiner Befriedigung notwendigen Produkte zu angemessenen Preisen von den Städten sicher abgenommen werden, so wird sich die Produktion ohne besondere Schwierigkeiten dem Erfordernis anpassen, wenn den Produzenten auch die Produktionsmittel zur Verfügung stehen. An Boden wird es vorläufig noch nicht fehlen. Durch intensivere Bearbeitung, Uebergang von der Pflug- zur Spatenkultur, Verwendung von Kunstdünger lassen sich die Erträge noch hinreichend steigern. Für die anderen Betriebsmittel aber muß in Ergänzung der eigenen Kräfte der landwirtschaftlichen Produzenten von den Bedarfs-gemeinschaften gesorgt werden. Nur durch die finanzielle Beteiligung der Städte an der landwirtschaftlichen Produktion können sie sich auch einen Einfluß auf die Lieferungsbedingungen sichern und verhüten, daß die städtische Bevölkerung auf Gnade und Ungnade agrarischen Ringen ausgeliefert ist. Für bestimmte Lebensmittel, vor allem die Milch wird aber die Unabhängigkeit der Stadtbevölkerung noch weiter durch die direkte Produktion der Städte gesichert werden müssen. Eine jede Stadt sollte städtische Kuhställe, die aber, um rationell zu produzieren, nicht als Abmelkwirtschaften im Innern der Städte, sondern auf städtischen Höfen als Teile landwirtschaftlicher Betriebe einzurichten wären, in solchem Umfange anlegen, daß sie aus ihrer Produktion die Milch für die Säuglinge, die städtischen Krankenhäuser und Anstalten, für die Schülerspeisung usw. beschaffen könnte. Das ist eine Aufgabe, die, wie ich in meiner „Städteverwaltung“

schon im Jahre 1901 nachgewiesen habe, von den Städten ohne besondere Schwierigkeiten gelöst werden könnte. In welchem Umfange darüber hinaus eine Zentralisation der Milchversorgung durch die Errichtung städtischer Milchzentralen zu erfolgen hätte, ist eine Frage, die sich nicht schematisch beantworten läßt. Allerdings haben die neuesten Untersuchungen des Vereins für Sozialpolitik wieder einmal gezeigt, wie außerordentlich schlecht und unhygienisch die Milchversorgung der meisten größeren Städte durch einen leistungsunfähigen, kapitallosen und zersplitterten Milchhandel erfolgt und wie notwendig eine durchgreifende Umgestaltung ist. Hier werden die Städte nach dem Kriege noch große und dringende Aufgaben vor sich sehen.

In dem zweiten Kriegsjahre hat auch die Futtermittelnot in verschiedenen Gemeinden zu einem Zusammenarbeiten mit den landwirtschaftlichen Produzenten geführt. Küchenabfälle sind in den Städten gesammelt, zu Futtermitteln verarbeitet und an die Landwirtschaft abgegeben worden, meist unter der Bedingung, daß die Landwirte sich zur Lieferung bestimmter Produktmassen verpflichten mußten. Die Aktion findet natürlich ihre Schranken in dem begrenzten Quantum nutzbarer Abfälle in den Städten. Denn andere Futtermittel stehen diesen zurzeit kaum zur Verfügung. Hier kann nur von den Zentralbehörden aus Ersatz geschaffen werden in der Art, wie es neuerdings die preußische Regierung in großem Maßstabe zu tun beabsichtigt, um dem Mangel an Schweinefleisch und Fett vor allem in den Bezirken mit starker Industriearbeiterschaft zu begegnen. Es sollen landwirtschaftlichen Verbänden ausländische Futtermittel zur Verfügung gestellt werden gegen die Verpflichtung, Fettschweine in entsprechender Zahl abzuliefern. Die Preise der Futtermittel werden so gestellt, daß sie bei Abgabe der Schweine etwas unter dem geltenden Höchstpreis einen mäßigen Mästergewinn gewähren. Die Schweine sind an industrielle Kommunalverbände auf Grund abzuschließender Lieferungsverträge abzugeben. Schlachtung und Verteilung des Fleisches an die Konsumenten ist Sache der Kommunalverwaltungen, die ihre Unkosten aus dem Unterschied zwischen Abnahmepreis und Höchstpreis, etwa eine Mark für den Zentner Lebendgewicht, zu decken haben. Hier

wird endlich der Versuch gemacht, die Fleischversorgung der Industriegegenden zu organisieren, und zwar indem, wie allein erfolgreich, der ganze Prozeß von Anfang bis zu Ende der Regelung unterworfen wird. Man wird abzuwarten haben, wie sich der Versuch als solcher, d. h. also unabhängig von der Preisstellung bewährt, ob die landwirtschaftlichen Vereinigungen imstande sein werden, die Schweine in der vorgeschriebenen Qualität rechtzeitig zu liefern.

Wie dieser Ueberblick über die Grundzüge der kommunalen Tätigkeit auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung zeigt, hat der Krieg den im Jahre 1912 proklamierten Grundsatz der Städteverwaltungen vollständig über den Haufen geworfen. Die Lebensmittelfürsorge ist eine Hauptaufgabe dieser Körperschaften geworden und wird es noch geraume Zeit nach dem Kriege sein. Auch nach seinem Abschluß wird die Teuerung der Lebensmittel und die Schwierigkeit ihrer Beschaffung anhalten. Was also von den Gemeinden jetzt geleistet werden muß, sollte von ihnen zweckmäßigerweise nicht als vorübergehende Notmaßregel, sondern als dauernde Einrichtung konstruiert, bei der Gestaltung der Kriegsmaßregeln stets mit überlegt werden, daß sie später möglichst reibungslos in dauernde Friedensmaßregeln übergeführt werden können. (m)

Die Liebe zur Menschheit kann mich in keinem Augenblick hindern, ein guter Deutscher zu sein, wie sie andere nicht hindern kann, gute Franzosen oder Italiener zu sein. Und so sehr wir die gemeinsamen Kulturinteressen der Völker anerkennen und ihre Verhetzung gegeneinander verdammen und bekämpfen, so wenig können wir an die Utopisterei eines Aufhörens der Nation und ihres Untergangs in einem formlosen Völkerbrei denken. Vollmar.

CARL STOLL:

Die Heimstättenbewegung.

SIT Monaten schon wird in der Presse der verschiedensten Richtungen der Gedanke der Schaffung von **Kriegerheimstätten** erörtert. Es ist bekannt, daß sich ein **Hauptausschuß** für Kriegerheimstätten gebildet hat, dessen Sitz Berlin ist und dem bis heute rund 2000 Organisationen angeschlossen sind. Damit haben sich Millionen zu Trägern einer Idee gemacht, deren wachsende Bedeutung die ernsteste Beachtung der gesamten Oeffentlichkeit verdient.

Die Wohnungsfrage, die ja vor dem Kriege schon eine der wichtigsten sozialen Angelegenheiten war, wird nach dem Kriege zweifellos noch größere Wichtigkeit erlangen, sie wird in Wahrheit eine brennende Frage werden. Ungezählte Millionen wohnen heute, namentlich in den Großstädten, „hinter Mauern und Schlöten“, in Räumen, in die das ganze Jahr kaum ein Sonnenstrahl dringt. Der Jammer des Mietskasernentums erfaßt nicht nur die Proletarier, sondern auch andere soziale Schichten, und bei Tausenden ist das Empfinden gegen die Misere um sie herum schon völlig abgestumpft. Auch bei den Neubauten, die ja oft genug reine Spekulationsbauten sind, wird unendlich viel unter sanfter Duldung der Behörden gesündigt. So wird dem alten Elend neues hinzugefügt, zum Schaden unserer Volksgesundheit. Diesem gewaltigen sozialen Uebel nach Kräften entgegenzuwirken, ist eine Aufgabe, der sich niemand entziehen kann, dem das Wohlergehen, namentlich der „unteren“ Klassen, am Herzen liegt. Wohl mag die erste Pflicht beim Staat ruhen, beim Staat, der jahrzehntelang dem volksschädigenden Treiben gewissenloser Häuser- und Bodenspekulanten tatenlos zuschaute, der so die Monopolstellung des Bodens festigte und in

seinen Schulen die Lehre von der Unantastbarkeit des Privateigentums auch am Heimatboden verkünden ließ. Aber dennoch sind gerade wir als die Partei der Arbeit und der Konsumenten, also auch der Wohnungsverbraucher, verpflichtet, an die Spitze aller derer zu treten, die ernstlich gewillt sind, auf dem sozial, hygienisch und volkswirtschaftlich so wichtigen Gebiete des Wohnwesens erträglichere Zustände zu schaffen. Gewiß, restlos wird sich die Frage nicht lösen lassen, solange der Kapitalismus herrscht, solange es kapitalistische Gruppen gibt, die an dem Bestehen und Fortbestehen der Wohnungsnot ein Interesse haben. Aber diese Erkenntnis kann uns in der Erfassung unserer Pflicht so wenig irre machen wie der schon angedeutete beklagenswerte Umstand, daß es nur allzu viele gibt, die durch jahrelange Gewöhnung die Größe des Wohnungselends gar nicht spüren. Es gilt hier praktischen Sozialismus zu treiben oder zum mindesten doch Verhältnisse zu schaffen, die in Wesen und Wirkung an sozialistische Verhältnisse, wie wir sie erstreben, anklingen.

Das geplante Reichsgesetz für die Schaffung von Kriegerheimstätten sieht Maßnahmen vor, die einen besonders scharfen Zug ins Sozialistische verraten, und die kaum schon zur gesetzlichen Forderung erhoben worden wären, wenn nicht der Weltkrieg über uns hereingebrochen wäre und sich wie auf anderen Gebieten so auch hier als Bahnbrecher erwiesen hätte. Zum ersten Male wird in dieser Vorlage der ernsthafte Versuch unternommen, der ungesunden Entwicklung unserer Boden- und Wohnungspolitik, dem unsäglich schmachvollen Handel mit der Heimateerde, auf der wir geboren sind, ein energisches Halt zu gebieten, denn zum Erwerb des für die Heimstätten benötigten Geländes ist ausdrücklich die Enteignung vorgesehen und wenn die Pläne der Schöpfer des Gesetzes auch nur einigermaßen in Erfüllung gehen, so wird es eine Expropriation großen Stils werden. Die Grundsätze für das Reichsgesetz sind wichtig genug, auch an dieser Stelle Platz zu finden. Sie lauten: 1. Das Reich dankt seinen Verteidigern, indem es jedem deutschen Kriegsteilnehmer oder seiner Witwe die Möglichkeit eröffnet, auf dem vaterländischen Boden ein Familienheim auf eigener Scholle (Kriegerheimstätte) zu erringen. Die Kriegerheimstätten sollen

gemäß den Lehren dieses Läuterungskrieges das deutsche Boden- und Siedelungswesen auf das Ziel hinlenken, einen körperlich und sittlich gesunden Volksnachwuchs zu sichern, die Wehrkraft des Volkes zu erhöhen und die Erträgnisse des heimischen Bodens zu steigern. 2. Jeder deutsche Kriegsteilnehmer hat im Rahmen dieses Gesetzes einen **Anspruch auf eine Heimstätte** im Reiche oder in seinen **Kolonien**. Unter den Bewerbern sollen die ortsangehörigen Kriegsbeschädigten, Witwen und kinderreichen Familien zuerst berücksichtigt werden. 3. Die Kriegerheimstätten sind entweder **Wohnheimstätten** (Kleinhäuser mit Nutzgärten, die allen Kriegsteilnehmern verliehen werden können) oder **Wirtschaftsheimstätten** (gärtnerische oder landwirtschaftliche Anwesen von geeigneter, nach Bodenart und Bodenpreis verschiedener Größe, die nur Bewerbern mit entsprechender Vorbildung und angemessenem Betriebskapital verliehen werden dürfen. Bestehender Besitz kann in Kriegerheimstätten umgewandelt werden). 4. Die Heimstättenversorgung geschieht durch ein Heimstättenamt, das dem Reichsamt des Innern ein- und untergeordnet und in geeigneten Bezirken durch Heimstättenamt-männer vertreten wird. Diese haben in Fühlung mit den zuständigen Behörden (Bezirkskommandos usw.) die Auskunfterteilung und Vermittlung jeder Art bei Begründung, Ausführung und Bewirtschaftung der Heimstätten zu bewirken und jeden Mißbrauch mit ihnen zu verhüten. 5. Das Reich kann die Ausgabe von Heimstätten übertragen an öffentlich-rechtliche Verbände und an sonstige gemeinnützige Vereinigungen. Um Boden zur Errichtung von Kriegerheimstätten zu gewinnen, haben die Heimstättenausgeber ein **Vorkaufsrecht bei jeder Zwangsversteigerung** und bei der **Veräußerung von Grundstücken, die in einem Jahrzehnt zweimal freihändig ihren Besitzer gewechselt haben**. Bei diesen Grundstücken haben sie auch ein **Enteignungsrecht**, und zwar grundsätzlich zu dem Werte, der in Selbsteinschätzung vor dem Kriege zum **Wehrbeitrag** angegeben und angenommen ist. Weigern sich öffentlich-rechtliche Verbände oder sonstige gemeinnützige Vereinigungen, die Ausgabe von Kriegerheimstätten zu bewirken, obwohl sie im Besitze von geeignetem Gelände sind, so ist das Reichsheimstättenamt berechtigt, dies

Gelände zwecks Gründung von Kriegerheimstätten zu enteignen. 6. Die Kriegerheimstätte wird zum Eigentum übertragen gegen eine unkündbare Bodenrente (Weiterbildung des § 1202 Absatz 2 des BGB). Eine Veräußerung der Kriegerheimstätte ist nur mit der Genehmigung der Ehefrau zulässig. 7. Die Rente (§ 6) kann nur gesteigert werden, wenn der Besitzer die Kriegerheimstätte freiwillig aufgibt, sie nicht selbst bewohnt und bewirtschaftet oder wenn nach dem Tode beider Eltern das jüngste Kind großjährig wird. Für die Steigerung ist nicht der für die Heimstätte gebotene Preis allein maßgebend, sondern es muß eine allgemeine Steigerung des Bodenwertes in der betreffenden Gegend nachweisbar sein. Der Heimstättenbesitzer hat Anspruch auf Herabsetzung der Rente, wenn die Bodenwerte eine nicht nur vorübergehende Verminderung erfahren haben. Der Heimstättenausgeber hat bei allen Verkäufen das Vorkaufsrecht. 8. Eine Beleihung von Kriegerheimstätten kann nur in Form von unkündbaren und löschungspflichtigen Tilgungsdarlehen erfolgen. Mindestens 10 Prozent der Baukosten muß der Heimstättenbewerber selbst aufbringen. Das Reich ermöglicht die Beleihung der Kriegerheimstätten bis zu 90 Prozent der reinen Baukosten entweder durch Erweiterung des bereits bestehenden Reichsbürgschaftsfonds oder durch Schaffung einer Reichspfandbriefanstalt, unbeschadet der weitergehenden Fürsorge für die Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen durch Nutzbarmachung des entsprechend verstärkten Reichswohnungsfürsorgefonds. Gemeinnützige Kassen, die für Unbemittelte die fehlenden 10 Prozent der Baukosten aufbringen, ebenso teilweise kapitalisierte Invaliden- und Hinterbliebenenrente erhalten das Recht der hypothekarischen Eintragung. Für alle sonstigen Eintragungen ist das Grundbuch geschlossen. 9. Die Kriegerheimstätte kann durch privatrechtliche Forderung nicht in Zwangsversteigerung gebracht werden. Sie ist unteilbar und durch Erbgang nur auf einen Erben übertragbar. 10. Zur Bestreitung der Kosten und Schaffung eines Reservefonds für etwaige Verluste erhebt das Reich eine Oedlandsteuer von 2 Prozent auf alles Privatland, das seit mehr als fünf Jahren nicht unter dauernder forstwirtschaftlicher, landwirtschaftlicher oder gärtnerischer Kultur gehalten worden ist,

und zwar nach dem Werte, den der Eigentümer selbst angibt, der aber zugleich die Grundlage des Enteignungspreises bildet, wenn das Land für Kriegerheimstätten benötigt wird.

Diese Grundsätze enthalten eine Reihe von Bestimmungen, die das vielgerühmte „freie Spiel der Kräfte“, das oft ein wildes Spiel der Kräfte war, wenigstens auf dem Wohnungsmarkt stark unterbinden. Trotzdem enthält die Vorlage natürlich auch Gedanken, mit denen wir Sozialisten uns nicht befreunden können. So sollte der Name **Kriegerheimstätte** nichts mehr als ein propagandistisches Moment sein, denn grundsätzlich müßte für den Erwerb die Gleichberechtigung aller Staatsbürger festgelegt werden. In praxi wird es ja doch so sein, daß die meisten Nutznießer Kriegsteilnehmer sein werden, eine Konsequenz unseres Wehrgesetzes. Gegen eine Bevorzugung Kriegsbeschädigter ist gewiß nichts einzuwenden, schon weil es eine menschlich schöne Sache ist. Weiter muß darauf hingewirkt werden, daß auch den völlig Unbemittelten — — und das ist die überwiegende Mehrzahl im Lande — — der Erwerb einer Heimstätte ermöglicht wird, denn sonst würde die Wohnungsmisere gerade bei denen fortbestehen, die sie am schlimmsten empfinden. Gewiß wird dieser Punkt erhebliche Schwierigkeiten bieten, aber es muß versucht werden, einen Weg zu finden, der sie überwindet.

Eine radikale Lösung der Wohnungsfrage kann uns das Heimstättengesetz nicht bringen, aber es kann, vernünftig durchgeführt, doch für Millionen die Erlösung aus wirklichem Elend und aus Hauswirstyrannei bedeuten. Das ist der große Gesichtspunkt, unter dem es betrachtet werden will, es ist auch das Moment, an dem sich unsere Stellungnahme orientieren muß. Die wirtschaftliche Möglichkeit muß auf alle Fälle bejaht werden, denn angenommen, es sollte Raum für eine Million Heimstätten mit je 1250 qm Bodenfläche geschaffen werden, so würde die Gesamtfläche erst ein Dreißigstel der Provinz Ostpreußen ausmachen. Gegen den großen Gedanken, der in der Vorlage zum Ausdruck kommt, können kleinliche Bedenken wie die, daß die „Fesselung an die Scholle“ den Arbeiter von der Bewegung seiner Klasse entfremde, nicht aufkommen, eine Hypothese übrigens, die durch die Tatsachen nicht gestützt wird, denn es ist

ein Unterschied, ob mit dem Erwerb eines Häuschens die Abhängigkeit von einem privaten Unternehmer gesteigert wird oder nicht. Nein, umgekehrt: wenn die Organisation hier positiv schaffend vorgeht und nicht alles den andern überläßt, dann werden sich die Heimstättenbesitzer aus unseren Reihen um so inniger mit dieser Organisation verbunden fühlen. Freilich werden wir unsere Erziehungsarbeit auch darauf richten müssen, daß nicht jeder, der nun in den Besitz einer Heimstätte gelangt, die Wohnungsfrage als gelöst ansieht, aber es hieße den Wert unserer Aufklärung doch gar zu gering einschätzen, wenn man annehmen wollte, daß sich das nicht erreichen ließe. So kann grundsätzlicher Widerstand gegen die Idee der Heimstättenbeschaffung wohl aus den Reihen des gewerbsmäßigen Grundbesitzertums kommen, der sich heute schon um manche Zukunftsmöglichkeit betrogen sieht, nicht aber aus der Sozialdemokratie, die nicht in dieser Linie zu stehen wünscht, und die, noch einmal sei es gesagt, nicht zuletzt auch die Partei der Wohnungsverbraucher ist! (m)

Ja, es war mir blutiger Ernst: Ich und meine Freunde wir treten kein Stück deutschen Bodens ans Ausland ab; denn wir wissen genau, daß in dem Augenblick wo Deutschland zerstückelt würde mit Notwendigkeit das ganze geistige und soziale Leben der Nation, solange ein solches Stück Fremdherrschaft dauerte, vernichtet würde, daß alle Aspirationen des Volkes darauf hinausgingen, den Fremden aus dem Lande herauszutreiben. Also das würde eine Entwicklung herbeiführen, die wir gerade von unserm Standpunkt auf das entschiedenste zu bedauern und zu bekämpfen hätten.

Bebel.

KARL MÖSSINGER/AUGSBURG:

Das Arbeitersekretariat in der Kriegszeit.

PRAKTISCHE Arbeit, das scheint mir das Programm zu sein, das sich „Die Glocke“ gestellt hat. Praktische Arbeit, praktische Hilfeleistung, darin besteht auch die umfangreiche Tätigkeit eines Arbeitersekretariates, so war es schon vor dem Kriege und so wurde es im Kriege noch mehr. Es wurde erkannt, daß in der schweren Zeit nicht das Wortedrehseln wirkliche Hilfe bietet, sondern nur die **Tätigkeit, die eingreift und handelt.**

Und hoffentlich hat man das in allen Sekretariaten begriffen. Von meinem Sekretariate kann ich sagen, daß die praktische Kriegshilfsarbeit sein Ansehen in allen Kreisen der Bevölkerung und auch bei den Behörden erheblich gesteigert hat. Und das ist auch ein Erfolg! Wir wollen ja nicht bescheiden im Finstern bleiben, nein, wir wollen und sollen an das Licht der größten Öffentlichkeit treten, um damit zu beweisen, daß wir nicht nur da sind, sondern daß wir auch etwas leisten!

Als nach Kriegsausbruch das Elend des Krieges immer bemerkbarer wurde, da haben sich in bürgerlichen Vereinen, dem Roten Kreuz usw. Auskunftstellen gebildet und diese haben die Suche nach Vermißten und Kriegsgefangenen betrieben, haben den Witwen und den Eltern Gefallener mit Rat und Tat beigestanden und stehen ihnen weiter bei. Anerkennungswerte Leistungen wurden dabei vollbracht. Konnten nun die Arbeitersekretariate nicht die gleichen Leistungen vollbringen, umsomehr als sie die Vertrauensstellen der organisierten Arbeiterschaft bilden? Sicher wird das an manchen Orten schwer gewesen sein und zwar wegen des Mangels an verfügbaren Kräften. Wo aber die Möglichkeit bestand, da mußte die Arbeitskraft bis auf das äußerste angespannt werden, um nicht zurückzustehen in dem Werke prakti-

scher Betätigung und wirklicher Nächstenliebe. Und so habe ich es gemacht. Wenn auch in meinem Bureau zwei Plätze leer blieben und ich allein in den weiten Räumen herrschte, wenn auch der Andrang der Besucher immer stärker und stärker wurde, ich habe durchgehalten und glaube damit der Arbeiterbewegung einen nicht unwesentlichen Dienst geleistet zu haben. Das soll kein Selbstlob für mich bedeuten, denn sicher hat man in anderen Sekretariaten gleiches und noch mehr geleistet, aber gesagt darf das werden, denn so manche Siebenmalweisen nehmen immer noch an, daß auch die Arbeitersekretariate nur so ein Anhängsel der Arbeiterbewegung sind — das man eben mitschleppen müsse.

In meinem Sekretariat erhalten alle Krieger und Kriegerfamilien, ohne Rücksicht ob organisiert oder nicht, kostenlos **Rat** und **Rechtshilfe**. Damit hat das Sekretariat in Kreise Eingang gefunden, die früher von dessen Dasein kaum eine Ahnung hatten. Wie viele Frauen kamen und kommen wegen Fragen der Reichsbeihilfe, der Kriegsfürsorgeunterstützung, der Wochenhilfe und allerlei anderer Unterstützungsfragen. Da gibt man erst Aufklärung, untersucht den Fall, und hilft dann sofort durch Eingaben, Beschwerden usw. an die berufenen Stellen. Sitzt der Sekretär, oder ein verlässiger Bekannter von ihm, in einer der Unterstützungskommissionen, dann erleichtert sich die Durchführung der einzelnen Fälle. Und darum hatten wir ein großes Interesse daran, in all den Wohlfahrtsausschüssen, Prüfungskommissionen für die Erwerbslosenunterstützung und anderen Einrichtungen Sitz und Stimme zu haben. Der Erfolg lohnt die damit verbundene Tätigkeit und das Ansehen unserer Bewegung gewinnt damit.

Nachforschungen nach Vermißten werden auf Grund der Verbindungen mit dem Roten Kreuze und durch eigenes Adressenmaterial und eigene Verbindungen betrieben. Leider sind die Erfolge nicht bedeutend, aber wenn es gelingt, einen Vermißten aufzufinden — es ist vorgekommen nach 14 monatlichem Verschollensein — dann ist die Freude um so größer. Und was das wesentlichste ist, die Anverwandten sehen und erfahren, daß man nicht nur mit dem Wort, sondern mit der Tat bemüht ist, zu helfen, wo es nur möglich ist.

Gesuche um Löhnungsüberweisungen Kriegsgefangener an die Angehörigen werden angefertigt. Anträge auf militärische Versorgung Hinterbliebener und auf Versorgung aus der Invalidenversicherung werden vorbereitet, die nötigen Urkunden beschafft und dann eingereicht. Ebenso die Anträge auf einmalige Zuwendungen. Viel, sehr viel Arbeit wird damit den Hinterbliebenen und auch den Behörden erspart. Ich kann nicht klagen, daß ich mit den Behörden ungünstig gefahren sei, im Gegenteil!

Für Kriegsinvaliden wird gesorgt durch Stellung und Weiterbearbeitung von Anträgen um Bewilligung von Heilverfahren, Nachprüfung der Versorgungsgebühren und eventuelle Beschwerdeerhebung und auch durch Mitarbeit in der Kriegsinvalidenfürsorge und damit für Arbeiterlangung, Ueberführung nach anderen Berufen oder Beschaffung leichter Tätigkeit.

Jetzt höre ich wieder die Weisen sagen: „Das ist ja doch alles für die Katz und nach dem Kriege, da wird alles wieder anders werden. Da kümmert sich das Kapital und der Staat keinen Pfifferling mehr um all die Kriegsverstümmelten.“ Gutgedacht, wenn an diesen Befürchtungen manches Wahre sein sollte — haben wir dann nicht erst recht die Pflicht, jetzt schon vorzuzusorgen, daß es schließlich doch nicht so arg wird? Haben wir nicht die Pflicht dafür einzutreten, daß den Verstümmelten die angemessene Rente gewährt wird, daß sie auch wieder zur Arbeit tauglich gemacht werden; müssen wir nicht weiter dafür sorgen, daß den Leuten nicht die Rente auf den Lohn angerechnet wird, ja daß die Rente sogar erhöht wird, entsprechend den Anträgen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion? Wollten wir nur kritisieren, schimpfen, wehleidig oder haßerfüllt tun — was würden wir denn damit erreichen? Gerade weil wir wissen, daß nach dem Kriege die Lage für viele Verstümmelte schlimmer werden kann und daß das Kapital weniger Rücksicht auf nicht voll leistungsfähige Arbeiter nehmen wird, gerade darum müssen wir uns schon jetzt rühren und nach dem Kriege noch mehr!

Im Arbeitersekretariat, in dem Frauen, Mütter und Witwen ein- und ausgehen, da lernt man all den Jammer, all das bittere Elend kennen, das der Krieg über viele, viele Familien heraufbeschworen hat. Da blickt man hinein in Kummer, Verzweiflung

und Schmerz, da hört man Jammer über Jammer und da braucht man Nerven, um nicht von all dem Elend erdrückt zu werden: Jammernde Witwen, Gattinnen, deren Mann vermißt ist, Eltern, denen der Sohn fiel, sie kommen und gehen und kommen immer neu. Soll man da auch nur mitklagen? Nein, da hilft man, wo nur geholfen werden kann. Und gar mancher Trost wird gespendet durch die praktische Fürsorge, daß die Leute Versorgungsgebühren, Löhnungen usw. erhalten. Und dabei lernt man auch kennen, wo es noch fehlt in der Gesetzgebung und damit gewinnt man Material, das man der Fraktion und anderen maßgebenden Stellen unterbreiten kann.

Aber man lernt auch aus allem dem Jammer noch etwas anderes und das ist folgendes: Wie würde es erst aussehen, wenn der Krieg in den deutschen Fluren gehaust hätte oder wenn Deutschland den Krieg verlieren würde? Wer malt sich den Jammer aus, der dann erst entstehen müßte, wenn Deutschland besiegt wäre und wenn es zu Boden geschlagen, nicht mehr für die Opfer des Krieges sorgen könnte? Es gibt ja Uebergeheite, die da glauben, es sei ziemlich gleichgültig, wie der Weltkrieg ausgeht!

Schließlich möchte ich noch anführen, daß nach meiner Meinung alle Arbeitersekretariate, soweit irgend nur die Möglichkeit dazu besteht, den Kriegerfamilien die gleiche Hilfe gewähren sollen, die in bürgerlichen Institutionen geboten wird. Damit leisten wir nicht nur Arbeit edler Menschlichkeit, sondern wir wirken auch für unsere Zwecke und Ideale. Und das ist oft eine bessere Agitation, als der beste Artikel und die beste Rede.

Natürlich darf die andere Tätigkeit im Sekretariat nicht unter der „Kriegsarbeit“ leiden und schließlich ist auf allen Gebieten des sozialen und bürgerlichen Rechtes auch in der Kriegszeit viele und dankenswerte Hilfe zu leisten.

In meinem kleinen Sekretariat sind im Laufe des Jahres über 4000 Personen erschienen und alle brauchten Rat und Hilfe. (Natürlich zähle ich die Personen nicht, die nur wegen einer Kleinigkeit oder gewerkschaftlicher Fragen oder der Abholung eines Schriftstückes halber kommen oder nochmals kamen, denn sonst könnte ich mit weit größeren Zahlen „prunken“.)

Die praktische Rechtshilfsarbeit umfaßte mehr als 800 Fälle mit beinahe 2000 Schriftsätzen. Und das alles wurde für die Auftraggeber ganz umsonst geleistet. Viele Tränen wurden getrocknet, mancher Jammer gestillt und wenn man auch nicht immer oder nicht vollkommen genug helfen kann, die Leute, die sehen, daß man ernstlich bemüht ist zu helfen, erkennen das auch an. Leider ist in manchen Gebieten der Erfolg nicht zu erzielen, der angesichts der Notlage Betroffener erzielt werden sollte. Da hilft nur die Aenderung der Gesetzgebung und daran zu arbeiten, das ist mehr im Interesse des Volkes gelegen, als in blauem Dunste der Phrasen zu schwelgen. (m)

Im allgemeinen kann ich als das Ergebnis meiner Studien während der 15 Jahre nicht laut und deutlich genug die Ueberzeugung zum Ausdruck bringen, daß in unserem deutschen Arbeiter ein Kern steckt, so gesund, so kräftig und entwicklungsfähig für das Gute, daß man wohl sagen darf: In der deutschen Arbeiterschaft ruht nicht nur ein gut Teil der Kraft der unerhörten Entwicklung unserer deutschen Industrie während der letzten Jahrzehnte, sondern auch der Keim zu neuen Entwicklungen, die sich erst in der Zukunft zeigen werden.

Fabrikdirektor Wilhelm Spiecker, „Lebenserinnerungen“.

Glosse.

Ein Feldgrauer an die Zwanzig.

Im Schützengraben vor L..., 25. Dez. 1915.

IN einer Zeit, in der die Mehrzahl der Parteigenossen ihr Leben in den Schützengräben der ausgedehnten Fronten in die Schanze schlagen, dringt zu uns die Kunde, daß Ihr zur Proklamation des Bruderkrieges innerhalb der deutschen Sozialdemokratie übergegangen seid. Siebzehn Monate stehen wir jetzt im Felde. Und niemand wünscht den Frieden sehnlicher herbei als wir. Unsere Herzen schlugen höher bei dem Gedanken, daß wir an dem bevorstehenden großen Friedenswerk Mitbestimmungsrecht erworben hatten. Und nun wird plötzlich diese Aussicht durch Euer eigensinniges Handeln über den Haufen gerannt. Ihr habt der Partei wahrlich den schlechtesten Dienst erwiesen. Euer Verhalten bringt uns auch nicht um die Breite eines Fingernagels dem Frieden näher. Die Zeiten sind doch wahrlich zu furchtbar ernst, um lediglich zu demonstrieren. Den fundamentalsten Grundsatz der Demokratie habt Ihr umgestoßen. Von diesem Vorgehen wider das organisierte Proletariat sprechen Euch auch alle dialektischen Kunstkniffe Eurer Wortführer nicht frei. Schließlich wißt Ihr doch selbst, daß wir alle unsere Erfolge durch unser einiges und geschlossenes Handeln errungen haben. Die geschlossene Phalanx der Sozialdemokratie hätte auch im Weltkriege der bürgerlichen Welt schließlich ihren Willen aufgezwungen.

Jetzt ist das alles aus. Wir können wieder von vorn anfangen. Ihr habt ungeheure Verwirrung in die Reihen des Proletariats hineingetragen. Ratlos stehen die Genossen im Lande und fragen sich: Wohin gehören wir denn? Und wir an der Front des barbarischen Weltkrieges verstehen Euer hirnver-

branntes Handeln gar nicht. Ihr habt uns niemals den Beweis geführt, daß das Verhalten der Parteimehrheit nicht getragen war von der Liebe zum Volke. Das Eurige gereicht der deutschen Arbeiterschaft sicher nicht zum Wohle. Die Pariser l'Humanité gab Euch schon die Antwort auf Euer Tun.

Die deutsche Sozialdemokratie will den Frieden. Die Mehrheit in gleichem Maße wie die Minderheit. Ungeachtet aller militärischen Erfolge der deutschen Heere hat sie immer von neuem ihrem Friedenswillen gewaltigen Ausdruck verliehen. Sie war auch diesmal in der Internationale voran. Als erste in der Internationale ist sie vor die Regierung getreten und hat gesagt: Das Volk will den Frieden. Wie stellt Ihr Euch dazu?

Und wenn auch des Reichskanzlers Rede nicht viel Neues brachte, wenn wir auch das meiste davon früher schon aus seinem Munde hörten, so hat sie mich — sehr im Gegensatz zu den Äußerungen der Minister in Frankreich und England — immerhin sympathisch berührt.

Es ist der unvergängliche Ruhm und gewaltige Triumph der deutschen Sozialdemokratie, den Willen zum Frieden vor aller Welt bekundet zu haben.

Ihr wollt den Frieden um jeden Preis. Und der französische Genosse Minister Albert Thomas antwortet darauf, indem er neue Tausende von Arbeitern an die Granatendrehbänke stellt. Ihr wollt Versöhnung unter allen Umständen. Und zum besseren Verständnis dessen veranstalten die englischen Gewerkschaften phantastische Werbeumzüge, um neue Tausende unserer Brüder für immer ihren Organisationen zu entreißen.

Hier der Wille zum Frieden und zur Versöhnung. Dort der Wille zum Krieg und zur Vernichtung.

Aber wir wollen uns nicht vernichten lassen. Denn wir haben Verpflichtungen gegenüber der Menschheit zu erfüllen. Wir haben die deutsche Kultur gegen fremde Zertrümmerungsbestrebungen zu schützen. Wir kennen die Mission, die der deutschen Sozialdemokratie in der Internationale zugewiesen ist. Und wir brennen darauf, diese Arbeit wieder aufzunehmen. Dazu ist aber notwendig, daß wir unser Land und damit unsere Organisationen vor Vernichtung schützen.

Ihr wißt ebenso gut wie wir, welch große Aufgaben uns in der Zukunft bevorstehen. Und auch wir an der Front freuten uns bereits darauf, an ihrer Erfüllung mitarbeiten zu können. Wir waren stolz darauf, daß unsere Vertretung zu den Friedensverhandlungen eine gewichtige Stimme in die Wagschale werfen konnte, um für ewige Zeiten eine Wiederholung dieser wahnsinnigen Zerfleischung der Kulturvölker auszuschließen. Und in diesem Augenblick tragt Ihr den Bruderkrieg in die Reihen des Proletariats. Von öffentlicher Reichstagstribüne herab habt Ihr ihn verkündet. Die Einheit der Partei ist durch Eure Schuld gefährdet. Ohnmächtig muß die größte Partei beiseite stehen, wenn über die Zukunft der Völker Europas entschieden wird. Um das, was unserem Volke für die gebrachten Opfer an demokratischen Einrichtungen gegeben werden mußte — wenn wir einig blieben — können wir mit der Reaktion dann wieder Jahrzehnte hindurch ringen. **Grimm und Traurigkeit erfüllt uns über Euer Verhalten.**

Aber es wird die Zeit kommen, wo wir in die Heimat zurückkehren. Und dann haben wir auch noch ein Wort mitzureden. Dann rufen wir Euch beim Betreten der Versammlungslokale als Willkommgruß entgegen: **Verantwortet Euch!** (m)

Zuschriften an die Redaktion der Glocke sind zu richten an Konrad Haensch,
Berlin-Steglitz, Friedrichsruherplatz 4 part.

Adresse des Herausgebers: Dr. A. Helphand, Vedrofsvej 50B, Kopenhagen.

Während des Krieges werden nach Dänemark nur offene Briefe befördert.

Für die Redaktion verantwortlich:

Karl Blasenbrenn / für den Verlag: Verlag für Sozialwissenschaft G.m.b.H. /
Druck: G.Birk & Co. m.b.H. / sämtl. in München, Altheimerack 19.

DIE GLOCKE

Heft Nr. 12

15. Februar

Jahrg. 1915/16

Nachdruck sämtl. Artikel mit ausführlicher Quellenangabe gestattet.

HUGO HEINEMANN:

Mehr Verantwortlichkeitsgefühl!

Als bald nach Kriegsbeginn in der Partei die Unterminierarbeit begann, die jetzt in rasender Schnelligkeit zur Katastrophe hindrängt, erhoben sich sofort warnende Stimmen, die auf das Riesenmaß der Verantwortung hinwiesen, die gerade heute auf der sozialdemokratischen Partei lastet. Versagte sie in Deutschlands Schicksalsstunde, gefährdete sie in dem Augenblick, in dem des Vaterlandes Sein oder Nichtsein auf dem Spiele steht, die Einmütigkeit der Nation und damit unseren Sieg, so mußte dies notwendig Folgen zeitigen, die das Proletariat um die Früchte jahrzehntelanger Arbeit in einem Augenblick bringen, wie er gleich günstig in absehbarer Zeit nie wiederkehren wird. Dies war vollkommen klar. Denn kann, wer die elementarsten Pflichten gegenüber dem Staate verletzt, von diesem wirklich Rechte zu erhalten erwarten? Ja, beansprucht er selbst ernstlich solche, benutzt er nicht vielmehr deren dann selbstverständliche Versagung lediglich dazu, um donnernde Phrasen über die Rechtlosigkeit des Volkes an den Mann bringen zu können und dafür Beifallsalven aufgepeitschter Volksversammlungen einzutauschen? Mit vollstem Rechte waren es daher gerade Sozialdemokraten, die die Entgleisungen vereinzelter unserer Parteigenossen ans Licht zogen und hart verurteilten, obwohl die bürgerliche Presse diese Vorgänge mit dem Mantel der Liebe bedeckte. Denn wir wußten das Schweigen zu deuten und verstanden, daß es nur in der Vermeidung unerfreulicher Fernwirkungen seinen Grund habe, daß aber das jetzt Versäumte um so kräftiger später im Parteikampf

nachgeholt werden wird. Zu glauben, daß uns dann auch nur eine unserer Sünden geschenkt werden wird, dazu sind wir nicht naiv genug. Von diesem Standpunkt aus war es durchaus richtig, wenn die Parteipresse, um nur ein Beispiel anzuführen, nicht leichtfertig darüber hinwegschlüpfte, daß es Liebknechtsche Geisteserzeugnisse waren, die die französische Regierung amtlich unter den französischen Soldaten verbreiten und in das französische Gefangenenlager von Metz einschmuggeln ließ, um unter den Kriegsgefangenen die trügerische Hoffnung zu erwecken, daß die Stunde des deutschen Zusammenbruches bald schlagen müsse, und um dadurch Revolten zu erregen, die ohne die besonnene und humane Haltung der deutschen Regierung für die Rebellierenden die allerersten Folgen hätten haben können.

Wir wissen alle, wie wenig Wirkung jedoch diese verständigen Warnungen der Parteipresse hatten, daß ganz im Gegenteil die unterirdische Hetzarbeit sich ununterbrochen verschärfte in jenen Konventikeln, die ihre geistige Nahrung vorzugsweise aus dem „Vorwärts“, dem eigentlichen Brandstifter in der Partei, holten, daß massenhaft Flugblätter vertrieben wurden, die alle auf den einen Ton gestimmt waren, der Feind stehe nicht draußen, wie man uns glauben machen wolle, sondern im eigenen Lande. Daß die armen unschuldigen Verbreiter derartiger Machwerke für das büßen mußten, was die anonymen Helden verbrachen, störte diese in ihrem lichtscheuen Treiben nicht. Weite Kreise der Partei hielten es daher für eine recht peinliche Unvorsichtigkeit, daß die Genossen Bernstein, Haase und Kautsky in ihrem Aufruf vom 19. Juni v. J. zu einem „entscheidenden Schritt“ für unsere parlamentarische und „außerparlamentarische“ Haltung aufforderten, ohne den Inhalt des aufgestellten Verlangens näher zu erläutern und dadurch zu verhüten, daß insbesondere jugendliche Genossen daraus selbständige Schlüsse zögen, die von den Verfassern gewiß nicht gewollt waren, aber in der jetzigen Zeit zu höchst ernststen Folgen führen können. Dem Wunsche, das Versäumte nachzuholen und möglichst detailliert wenigstens zu sagen, was sie v o n a n d e r e n unter dem Belagerungszustandsgesetz ausgeführt wissen wollen, entsprachen die drei Genossen nicht. Erfreulicherweise hat der Parteivorstand seine Pflichten anders

aufgefaßt und Anfang Oktober v. J. recht gewissenhaft die Genossen, vor allem die in der Jugendbewegung tätigen, vor jedem unüberlegten Tun gewarnt und die Organisationsleiter daran erinnert, daß die Stunde heute kein dringenderes Gebot kenne, als die Ratschläge unverantwortlicher Ratgeber zurückzuweisen.

Die nicht enden wollenden Treibereien haben endlich bewirkt, daß die Feinde Deutschlands ihre letzten Hoffnungen auf die Haltung der Minorität der deutschen Sozialdemokratie setzen. In dem jüngsten Manifest der sozialdemokratischen Partei Frankreichs wird mit unverhohlener Schadenfreude das „hoffnungsvolle Zeichen“ begrüßt, daß sich eine immer größere Kluft zwischen den imperialistischen Sozialisten Deutschlands und der Minorität auftue, und ausdrücklich hieraus die Hoffnung auf den Sieg Frankreichs gefolgert. Dafür aber ist nach einer weiteren Stelle des Manifests Voraussetzung, daß „zwischen Frankreich und Elsaß-Lothringen im Sinne eines Rechts, das die Zeit nicht verjährt hat, das Land wiederhergestellt werde, das im Jahre 1871 die Brutalität der Gewalt zerrissen hatte“. Also Antastung der Integrität Deutschlands, Bereitstellung bequemer Einfallstore ins deutsche Reich und damit unabsehbare Verlängerung des Krieges bilden die Kriegsziele der französischen Sozialdemokratie, deren Verwirklichung man als Folge der Haltung unserer Minorität mit zynischer Offenheit erwartet. Und auf dieses Manifest hat die Minorität, die so redselig ist, wenn es gilt, deutschen Parteigenossen das Verständnis für das proletarische Empfinden abzusprechen, bis heute keine Antwort gefunden. Das ist schmähsch und kann nicht scharf genug gebrandmarkt werden. Mag jemandem auch das Gefühl nationaler Zusammengehörigkeit abgehen und der Begriff Vaterland für ihn ein Wort ohne Inhalt sein — darüber darf man nicht rechten. Niemand kann sich ein Organ geben, das ihm nun einmal fehlt. Aber das Mitleid für das Proletariat, das unter den Leiden des Krieges am stärksten blutet, müßte doch selbst dem von Theorien und Formeln umnebeltesten und verhärtetsten Menschen aus kaltherziger Gleichgültigkeit in die Wirklichkeit zurückführen. Jedoch noch immer warten wir vergeblich darauf, daß die Minorität, zu der der Vorsitzende der deutschen sozialdemokratischen Partei gehört, den Mund auftut, in program-

matischer Form mit den Illusionen der französischen Sozialisten gründlich aufräumt und ihnen bedeutet, daß sie auf Granit beißen, wenn sie ein Aufhören der Geschlossenheit des deutschen Volkes in den Lebensfragen der Nation erwarten.

Den Gipfel des Mangels an Verantwortlichkeitsgefühl aber erreicht die jüngste Erklärung der preußischen Landtagsfraktion. Wenn die Aktion, von der sich ihre Veranstalter eine wunderbare revolutionäre Heilwirkung versprochen hatten, jämmerlich verpufft ist, so hat dies einmal in der erquickenden Deutlichkeit seinen Grund, mit der die preußische Landeskommission die Erklärung abgeschüttelt und sie damit zu einer Privatarbeit ihrer sechs Verfasser degradiert hat, sodann aber auch darin, daß ihr Zustandekommen an einem Faden hing. Dieser eine Faden jedoch ist dünn. Wir kennen den Genossen Hirsch, dessen Umfall allein das Zustandekommen der revolutionären Großtat ermöglicht hat.

Vor einigen Monaten ist das vielbesprochene Buch der Zwanzig erschienen, herausgegeben von dem Bibliothekar des preußischen Herrenhauses Dr. Thimme und dem Genossen Legien. Die Schrift hat vor unseren Radikalen gar keine Gnade gefunden. Denn sie beweist, wie einer von denen, die stets ihre literarische Visitenkarte mit der bescheidenen Geste: „Wir Marxisten“, abzugeben pflegen, der Genosse Hilferding im „Vorwärts“ schrieb, daß der Krieg der opportunistischen Ideologie zu einem ungeahnten Siege verholfen hat, daß die Arbeiterbewegung heute überall innerhalb der Partei unter der Diktatur der Rechten steht, die natürlich die günstige Gelegenheit benutzt, die grundsätzlich revolutionäre Bewegung zur grundsätzlichen Anerkennung der bestehenden Staatsmacht, zur Einordnung auch der Arbeiterklasse in die bestehende gesellschaftliche und staatliche Ordnung zu führen. Darum ist, so ruft Hilferding aus, die Stellung zum Krieg, da es sich eben dabei um eine Entscheidung von welthistorischer Wichtigkeit und Wirkung handelt, „geradezu der Prüfstein für die geistige Widerstandskraft der sozialdemokratischen Ueberzeugung gegenüber der herrschenden Ideologie“. Diese Prüfung hat der vorerwähnte Genosse, der jetzt den Faden bildete, an dem die Majorität der Resolution der preußischen Landtagsfraktion hing, recht schlecht bestanden. Denn er schrieb in dem schreck-

lichen Buch der Zwanzig, daß, wenn die sozialdemokratische Reichstagsfraktion die Kredite bewilligt und so gut wie jede andere Partei an der Verteidigung des Vaterlandes mitgewirkt hat, sie dies im Interesse der deutschen Arbeiter tat, daß auch die Sozialdemokratie bei den Kämpfen um das Wahlrecht ihre Taktik einer Revision wird unterziehen müssen. „Ob Straßendemonstrationen noch ihren Zweck erreichen, ob die Drohung mit einem politischen Massenstreik Eindruck macht, das bedarf sorgfältiger Erwägung.“ Und mit Begeisterung finden wir da Wilhelm v. Humboldts prachtvolles Wort zitiert: „Die Liebe zu Deutschland ist daher auch wirklich eine andere, als die andere Nationen für ihr Vaterland haben. Sie wird vielmehr durch etwas Unsichtbares zusammengehalten und ist freier von Bedürfnis und Gewohnheit. Sie ist nicht sowohl Anhänglichkeit an die Erdscholle, sie ist mehr Sehnsucht nach deutschem Geist und Gefühl, die sich in allen Zonen empfinden und in alle verpflanzen lassen.“

Diese Gedanken macht unser Genosse ganz zu den seinigen. Er schreibt: „Auch die internationale Sozialdemokratie kann diese Worte unterschreiben, denn international ist nicht antinational, und die Liebe zum eigenen Vaterlande schließt eine Betätigung auf internationalem Gebiete nicht aus.“ In diesen Ansichten spricht sich — darüber kann keine Wortklauberei hinwegtäuschen — ein so ganz anderer Geist aus, als er uns in der Erklärung der Landtagsfraktion entgegentritt, daß man wirklich sagen muß, wenn der Pfeiler der Mehrheit nicht tragfähiger ist, so ist mit ihrer Resolution nicht viel Staat zu machen. Das Persönliche an dieser Stelle zu berühren, war unvermeidlich. Denn wie die Dinge liegen, läßt sich hier Persönliches von der Sache leider nicht völlig trennen.

Nun zu dem Inhalt der Erklärung, aus der nur wenige Stellen herausgegriffen werden können. Da werden wir belehrt, daß die Drohung des Reichskanzlers: Je länger und beharrlicher die Feinde den Krieg gegen uns führen, um so mehr würden die von ihnen an die Zentralmächte zu leistenden Garantien wachsen, die Erbitterung unter den Völkern noch vermehren wird. Dringend wird vor der „Fortsetzung dieser imperialistischen Ge-

waltpolitik“ gewarnt. Dies ist wohl das Ungeheuerlichste, das je gesagt ist. Also weil der Reichskanzler die Selbstverständlichkeit ausspricht, für deren schärfste Betonung ihm jeder Deutsche, sofern er den Frieden herbeisehnt, danken wird, daß die Gegner sich recht sorgfältig überlegen möchten, ob sie das Blutbad fortsetzen wollen, da die Verlängerung des Krieges mit Opfern für sie selbst beim Friedensschluß erkaufte werden wird, treibt der Kanzler imperialistische Gewaltpolitik. Den wertvollen Beifall der Mehrheit der winzigen Landtagsfraktion könnte er nur erringen, wenn er hinträte und den Gegnern sagte: Setzt den Krieg nur ruhig fort, wir sichern euch für alles, was ihr tut, von vornherein Immunität zu. Ihr könnt gegen uns sündigen, soviel ihr wollt, kein Fetzen Landes wird euch geraubt und kein Haar bei den Friedensverhandlungen gekrümmt werden. Ein Gewerkschaftsbeamter, der bei einem Streik so handelte, würde als Trottel zu allen Teufeln gejagt werden. Und das mutet man dem höchsten Beamten des Reiches in der Lebensfrage der Nation zu. Dies auszusprechen zeugt von einem solchen Tiefstand politischer Bildung, daß der Satz der Erklärung uns ernststen Schaden bereiten könnte, wenn er nicht zugleich mit dem Fluche der Lächerlichkeit so belastet wäre, daß eine sachliche Diskussion sich darüber erübrigt.

Aber es kommt noch besser. Dem Kanzler wird zum Vorwurf gemacht, daß er kein Wort des Widerspruchs gegen die ungeheuerliche Annexionspolitik mächtiger wirtschaftlicher Verbände und anderer höchst einflußreicher Kreise gefunden habe, als ob der verantwortliche Staatsmann in der heutigen Zeit wirklich nichts anderes zu tun hat, als sich um das seichte Geschwätz derjenigen zu kümmern, die geschmacklos genug sind, während unsere Jugend für sie handelt und blutet, in der bequemen Häuslichkeit den Bierbankpolitikern Konkurrenz zu machen. Gerade wir Sozialdemokraten sollten recht vorsichtig sein, jemanden für die Taten anderer verantwortlich zu machen. Verbittet sich doch ein sehr großer Teil von uns, sogar mit den Worten und Handlungen der eigenen Parteigenossen in irgendeiner Weise in Verbindung gebracht zu werden. Man nehme z. B. den Fall, ein politischer Gegner würde behufs Bekämpfung der preußischen

Wahlrechtsreform aus Liebknechts oder Ströbels duftigen Redebüthen einen Kranz flechten, etwa an den Ausspruch Ströbels im preußischen Landtag erinnern, daß Preußen außer Rußland der verächtlichste und barbarischste Staat sei, so würden wir die Identifizierung des politisch reifen preußischen Volkes, insoweit es sozialdemokratisch gesinnt ist, mit solchen deliranten Wendungen auf das energischste zurückweisen.

Tut insoweit aber wenigstens die Resolution den Tatsachen keine Gewalt an, so sinkt sie zur **offenen Unwahrheit** herab, wenn an einer späteren Stelle der Erklärung mittels eines Tuschenspielerkunststückes aus der Negative, daß die Regierung ausschweifende Annexionspläne nicht entschieden genug zurückweise und sich damit nicht von jeder Annexionspolitik lossage, die positive Behauptung gemacht wird: Wir fordern, daß die deutsche Regierung den Regierungen anderer Länder vorangeht und ihre **Eroberungspläne aufgibt**. Dies steht mit den von der Resolution selbst angeführten Tatsachen in einem so schroffen Widerspruch, daß die Majorität der Landtagsfraktion sich nicht beschweren kann, wenn ihr öffentlich entgegengehalten wird, sie habe in ernstester Stunde in einer amtlichen Erklärung unrichtige Behauptungen aufgestellt, die gar keinen anderen Zweck haben können, als agitatorische Wirkungen auf urteilslose Menschen hervorzurufen. Niemals hat unsere Regierung sich zu Annexionsplänen bekannt. Die sämtlichen Reden des Kanzlers während der Kriegszeit tragen so wenig das Gesicht roher Siebergewalt an sich, weichen in ihrer Wohlabgewogenheit und Vorsicht so vorteilhaft von den Reden der Leiter der feindlichen Staaten ab, daß der Kanzler sich damit einen Ehrenplatz in der Geschichte gesichert hat. Den Glauben hervorzurufen, daß Deutschland heute sich nicht mehr im Zustande der Verteidigung befinde und auf Eroberungen ausgehe, ist demagogisch. Sehr treffend schrieb jüngst das „Hamburger Echo“:

„Ist es kein Verteidigungskrieg mehr, wenn die deutschen Truppen von der schweizerischen Grenze bis zur Nordsee eine eiserne Mauer bilden, um den Durchbruch und Sieg der Feinde zu verhindern, die als eines ihrer Kriegsziele die Losreißung eines Gebietes vom Deutschen Reich verkünden?“

Ist es kein Verteidigungskrieg mehr, wenn, um den durch die Künste des „humanen“ England um Mitteleuropa gelegten Aushungerungsring zu brechen, der Weg nach dem Osten geöffnet wird?“

Daß es bei dieser Sachlage einen Faustschlag ins Gesicht der für uns Kämpfenden bedeutet, den Charakter des Krieges als eines fortdauernden Kampfes für die Erhaltung unserer nationalen, wirtschaftlichen und kulturellen Existenz zu leugnen, sollte man bedenken, auch wenn man sich in den kugelsicheren, warm geheizten Zimmern des Abgeordnetenhauses unter dem doppelt warmen Schutz der Immunität befindet. Es ist beschämend, daß man deutschen Parlamentäriern sagen muß, sie sollten von einem Engländer lernen, was deutsche Würde erheischt, sie sollten sich recht fest Lord Courtneys Worte einprägen:

„Sehen Sie nur einmal, in welcher Lage sich Deutschland bezüglich des Meeres befindet. Deutschlands Handel ist ein großer und nicht unwürdiger Nebenbuhler des unsrigen, aber das Ergebnis des jetzigen Krieges hat uns bestätigt, was die Deutschen immer und immer wieder behauptet haben: Der deutsche Handel existiert auf Duldung, und bloße Duldung ist etwas, was sich eine große und hochsinnige Nation nicht leicht gefallen läßt.“

Daß nach den angeführten Proben, die wohl das unentwegte Bekenntnis zum sozialen Klassenkampf illustrieren sollen, es mit der Demokratie in der preußischen Landtagsfraktion nicht besser bestellt ist, kann nicht weiter wundernehmen. Dem Gen. Haenisch hat man für die ganze Wintertagung den Maulkorb angelegt und von einem Wortführer der Mehrheit wurde diese Maßregelung ausdrücklich mit dem Hinweis auf die „patriotische“ Rede begründet, die Haenisch im vorigen Jahre zum Kultusetat gehalten habe. Ungefähr ebenso sehr wie Haenisch ist Gen. Braun, das Mitglied des Parteivorstandes, mundtot gemacht worden. Die übrigen Mitglieder der an Zahl der Mehrheit fast gleichen Minorität dürfen nur zu Facheats das Wort ergreifen, woselbst man sie wegen ihrer gründlichen Sachkenntnis nicht entbehren kann. Schade nur, daß die Minderheit auf dies Spiel

eingegangen ist und der Mehrheit diesen Schönheitsfehler in der Betätigung echter, vornehmer demokratischer Gesinnung ermöglicht hat.

In unseren Reihen ist heute viel von Parteispaltung die Rede. Die Furcht ist sicher unbegründet. Auch heute gilt noch das Wort Bebels auf dem Parteitag in Magdeburg:

„Wenn wirklich einzelne unter uns so tollkühn sein sollten, diesen Glauben zu hegen und wenn sie ihn in der gegebenen Situation verwirklichen wollten, so wird keiner unter euch diesem Moment so ruhig entgegensehen, wie ich. Ich weiß, die Spaltung kommt nicht. Die Massen machen sie nicht mit. Und wenn ein kleiner Kreis folgen wollte, es dauerte keine paar Monate und wir haben sie wieder in unseren Armen.“

Das Heilmittel dürfte ein sehr viel einfacheres und schmerzloseres sein, als die Zerstörung der Parteieinheit. Es wird genügen, das Handwerk gewisser sogenannter Führer zu legen, die vor lauter geschwollenen Redensarten die Wirklichkeit und die proletarischen Interessen nicht mehr zu erkennen vermögen. Wem diese Herzenssache sind, der kann nicht wünschen, diesen kostbaren Wein in neue Schläuche zu gießen. Nun muß man das Gefäß, in dem die Arbeiterinteressen wohl aufbewahrt sind, an der Stelle ausbessern, wo es morsch und brüchig ist.

*

Zu den vorstehenden Ausführungen des Genossen Heinemann möchte die Redaktion der „Glocke“ eine kurze Bemerkung machen. Der Artikel war in seiner ursprünglichen Fassung **noch wesentlich schärfer** und verurteilte insbesondere das Verhalten des Wortführers der Fraktionsmehrheit in sehr bitteren Worten. Alles das ist auf unser Ersuchen von dem Verfasser **gestrichen** worden. Denn so sehr wir mit unserem verehrten Mitarbeiter in seiner sachlichen Würdigung der preußischen Vorgänge übereinstimmen, so zweifeln wir doch nicht daran, daß insbesondere das auf den ersten Blick allerdings völlig rätselhaft Vorgehen des Fraktionsvorsitzenden seine einfache Erklärung in dem Bestreben dieses Genossen fin-

det, nach außen hin immer noch eine Einheitlichkeit der Fraktion vorzutäuschen, die in Wahrheit längst nicht mehr vorhanden ist. In diesem Bestreben kam der betreffende Genosse der Opposition schließlich so weit entgegen, bis er — ohne es selbst recht zu merken — völlig auf ihrem Boden stand. In dieser Hinsicht ist der Fall des sonst so verdienten preußischen Fraktionsvorsitzenden ein abschreckendes Beispiel für jene Sorte von scheinbar kluger Politik, die dadurch einer unbequemen Richtung den Wind aus den Segeln nehmen zu können glaubt, daß sie — selbst die Politik dieser Richtung treibt. Wohin ein solches Rechnungstragen, das aus an sich durchaus achtungswerten Motiven entspringen kann, unter Umständen führt, das zeigen eben die Vorgänge in unserer kleinen Preußenfraktion. Mögen sie allen, die es angeht, als Warnung und Lehre dienen! K. H. (m)

H. PEUS/DESSAU:

Mehr Macht, mehr wirkliche Macht!

DER Sozialdemokrat kann Stadtverordneter, Landtagsabgeordneter und sogar Reichstagsabgeordneter werden, aber nicht simpler Amtsvorsteher, nicht Amtsrichter, nicht Lehrer, nicht Professor, nicht Leutnant. Aber doch, wir haben ja nun schon Sozialdemokraten als Leutnants; erst dieser Tage ward uns das gemeldet, es ging durch alle Zeitungen, daß ein sozialdemokratischer Redakteur Leutnant geworden. Wir haben jetzt auch schon sozialdemokratische Stadträte und einen Sozialdemokraten als Hochschullehrer.

Aber ist nicht gerade die Tatsache, daß alle diese Dinge auffällig sind, der beste Beweis für unsere Ohnmacht im ganzen?! Wo ist der Sozialdemokrat als General, als Reichsgerichtsrat, als Regierungspräsident? So was kann es gar nicht geben? Ja, dann können wir auch nie mächtig werden. Denn daß wir es nur klar begreifen, wirkliche Macht haben wir erst dann, wenn wir auch alle politischen Funktionen im Staate auszuüben berechtigt sind und berufen werden.

Jetzt während des Krieges ist es vielen besonders stark zum Bewußtsein gekommen, daß die Macht des Parlamentarismus, der nur Stimmzettel hinter sich hat, viel weniger groß ist als manche sich das vorgestellt haben. Gerade auch bürgerliche Leute haben sich von der Macht der sozialdemokratischen Fraktion eine sehr bedeutsame Vorstellung gemacht. Manche haben gar geglaubt, sie hätte den Krieg zu verhindern die Macht gehabt, und sie waren erstaunt, sich darin getäuscht zu sehen.

Diese Enttäuschung über die Bedeutung rein parlamentarischer Macht ist nicht wunderbar. Parlamentarier reden weit hinaus ins Land, ihre Reden werden in der Presse gedruckt, als seien sie vor vielen anderen wichtig. Das schmeichelt ihrem Selbstbewußtsein, das ganze Volk ja hört sie an. Aber gerade darin liegt eine schwere Gefahr. Die Eitelkeit, die sich im Reden gefällt, findet starke Nahrung. Die Parlamentarier, die da reden, um die Gegner oder die Regierung zu überzeugen, sind nicht die Mehrheit. Bei vielen, nur zu vielen kommt es weit mehr darauf an, das Bewußtsein davonzutragen, daß sie geistvoll gesprochen, als daß sie durch ihre Rede einen effektiven Sacherfolg davongetragen haben. Das Schwätzen wird bei nur zu vielen Parlamentariern, besonders solchen, die nur Parlamentarier sind, die Hauptsache. Und der Wille zur Tat, zur wirklichen Macht, erlahmt in demselben Grade, als sich die Eitelkeit in der Schwätzerei gefällt.

Ganz besonders gefährlich kann diese Entartung werden, wenn der Verzicht auf wirkliche Macht geradezu zum Prinzip erhoben ist.

Wir Sozialdemokraten nahmen bisher am Staate und seiner Verwaltung nicht teil, weil wir uns selber von ihm ausschlossen. Wir sagten, der Staat sei ein Klassenstaat und an ihm dürften wir nicht teilnehmen, wenn wir unsere grundsätzliche Auffassung nicht verraten wollten. Hier ist der Punkt, wo wir uns klar werden müssen, ob das so bleiben soll. Der heutige Staat ist Klassenstaat, allerdings, aber er ist nicht nur Klassenstaat, er ist auch ein Staat der Gemeinnützigkeit und er soll es mit jedem Tage mehr werden, gerade durch unsere Arbeit am heutigen Staate, unsere Mitarbeit im heutigen Staate. Wir müssen des-

halb zum Staate eine andere Stellung als bisher einnehmen. Wir dürfen ihn nicht mehr in jeder Beziehung prinzipiell und praktisch verneinen. Tatsächlich haben wir das auch gar nicht mehr getan. Wir haben damit **begonnen**, die parlamentarische Tribüne nur als Hauptagitationstribüne zu benutzen, aber wir sind längst davon abgekommen, wir treiben längst ganz praktische Gegenwarts politik. Wir müssen nur uns konsequent weiter entwickeln. Wir müssen denselben Staat, den wir als einen von der Klasse der Besitzenden beherrschten Staat bekämpfen, dennoch prinzipiell als das Fundament, auf dem wir weiter bauen und umbauen, anerkennen. Jetzt im Kriege haben wir's getan. Wir verteidigen den Klassenstaat, wir lassen ihn nicht untergehen, weil er auch uns wertvoll ist. Wir haben es auch nur zu deutlich erleben müssen, daß die internationale sozialistische Gesellschaft, die wir haben möchten, noch lange nicht kommt. Wir haben es noch auf absehbare Zeit mit den Staaten zu tun, die jetzt miteinander im Kriege leben. Und so müssen wir den eigenen Staat bejahen, nicht um ihn so zu belassen wie er ist, sondern um ihn in unserem Sinne zu ändern. Tun wir das, dann sind unserer Machtentwicklung wenigstens die Hindernisse aus dem Wege geräumt, die wir dem Wachstum unserer Macht in der Verwaltung des Staates selber in den Weg gelegt haben.

Mit so klar gerichteter Politik ist die Sache aber nicht abgetan. Nun gilt es weiter die Erkenntnis zu betätigen, daß **wirtschaftliche Macht das Fundament der politischen ist**. Der erste Schritt zu dieser wirtschaftlichen Macht ist die **gewerkschaftliche Organisation**. Für sie muß durch die Vereinsgesetzgebung volle Freiheit gegeben sein. Die Gewerkschaften haben die Politik der **Tarifgemeinschaft** fortzusetzen. Das Streikrecht fordern sie, nicht um möglichst viel zu streiken, sondern um es als ultima ratio (letzte Waffe) zu verwenden. Das Ziel ist aber, möglichst nicht zu streiken, sondern das Gewünschte durch Unterhandlung von Organisation zu Organisation zu erreichen. Das Ziel ist die möglichst umfassende Ordnung in der Arbeit, wie sie sich heute vollzieht. Je mehr die Arbeiter als gewerkschaftlich organisierte und disziplinierte Masse eine geordnete Vertretung ihrer Interessen haben, um so bedeutungsvoller wird ihre Macht in

Staat und Gesellschaft sein. Nicht wilde Gefühle eines empörten Klassenbewußtseins verleihen Macht, sondern zielbewußte Erziehung des Willens zur Solidarität mit den gleichinteressierten Klassengenossen.

Die Gewerkschaften haben das lebhafteste Interesse daran, daß eine Politik getrieben wird, die das Verhältnis zwischen ihnen und dem Staate nicht **überflüssig** vergiftet. Der Staat ist **auch** Klassenstaat, er soll es aber **nicht bleiben**, er soll aufhören, es zu sein, er soll in Diensten der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter für ihre Interessen eintreten. Das schafft der Arbeiterschaft auch politische Macht. Wenn es mal dahin gekommen ist, daß von 15 Millionen Wählern 10 Millionen gewerkschaftlich organisiert sind, dann haben diese so gewerkschaftlich organisierten Arbeiter natürlich auch eine gewaltige Macht im Stimmzettel.

Gewiß kann dann eines Tages die Gesetzgebung herkommen und die Gewerkschaften in staatlich geordnete Zwangsgewerkschaften umwandeln. Aber wäre das etwa ein Unglück? Will heute jemand die staatlich geordneten Krankenkassen aufheben, die Versicherungsgesetzgebung wieder abschaffen?

Es ist aber noch ein zweiter Weg zur Eroberung der wirtschaftlichen Macht von den Arbeitern zu beschreiten, das ist die **Organisation ihrer Kaufkraft**. Der Unternehmer, der da produzieren läßt, hat seinen Kapitalprofit erst in der Tasche, wenn er die produzierte Ware auch verkauft hat. Und da ist derselbe Arbeiter, dem der Unternehmer als Lohnarbeiter mächtig gegenübersteht, selber ein Mächtiger, wenn er sich als Käufer organisiert. Die Konsumvereine sind zuerst als Dividendenvereine hervorgewachsen. Sie sind es in hohem Grade noch heute. Aber es ist doch auch schon anders geworden. Lange noch nicht das, was werden muß, werden soll. Die Arbeiter haben noch nicht begriffen, daß sie in ihren Konsumgenossenschaften gar nicht zu viel eigenes, den Vereinen gehöriges Kapital haben können. Sie schleppen immer noch am Schlusse des Jahres die Bausteine nach Hause, mit denen sie die kolossalsten Eigenbetriebe schaffen könnten. Sie denken immer noch engherzig individualistisch, statt großzügig sozialistisch. Vielfach tritt sogar hem-

mender Produzentengeist der Entwicklung in den Weg. Einzelne Arbeiterschichten suchen selbstsüchtig ihre Vorteile, ohne ans Ganze zu denken. Jetzt im Kriege haben wir die großen leistungsfähigen Konsumvereine recht sehr vermißt. Nicht daß nicht schon vieles geleistet worden wäre. Aber es blieb hinter dem Bedürfnis zurück. Was sie noch nicht geleistet haben, das mußten die unvorbereiteten Gemeinden zu leisten versuchen. Was die Konsumvereine noch nicht zu leisten imstande waren, das haben sie noch nicht fertig gebracht, weil sie noch zu klein, noch zu wenig entwickelt waren. Die Mitgliedschaften gehen schon in die Zehntausende. Die Berliner Konsumgenossenschaft hat das erste Hunderttausend Mitglieder überschritten, Hamburg, das dreimal kleinere, geht darauf zu, und Leipzig, das sechsmal kleiner ist als Groß-Berlin, zählt über 62 000 organisierte Konsumenten. Das sind gewaltige Ziffern. Noch 1890 zählte der Leipziger Verein nur 3821 Mitglieder, noch 1900 der Berliner nur 1086. Und wenn wir bedenken, daß hinter jedem Mitgliede mehr als vier Köpfe stehen, so erscheinen die heute erreichten Zahlen noch größer. Die Berliner Konsumgenossenschaft hat darnach schon bald eine halbe Million Esser hinter sich. Aber der entsprechende Umsatz ist noch nicht erreicht. Er kommt. Aber die Konsumenten denken noch zu klein. Sie ahnen nicht, wie mächtig sie werden können. Mit der Besetzung der Vorstandsposten lebt man noch in Anschauungen, wie sie angemessen erscheinen konnten, als die Konsumvereine kleine Vereine waren. Man fordert von den einzelnen Vorstandsmitgliedern ein Uebermaß von Vielseitigkeit, das diese selber sich auch mehr als gut ist zutrauen. In keinem kapitalistischen Großbetrieb häuft man die Ansprüche an mannigfaltigster Betätigungsart so, wie in den Konsumgenossenschaften hinsichtlich der Vorstandsmitglieder. Es fehlt an der Organisation von unten auf. Welch ein Unsinn, bei Vereinen von vielen Zehntausenden Mitgliedern den zufällig zusammenlaufenden Generalversammlungen von Hunderten die Entscheidung über die wichtigsten Dinge zu überlassen. Längst hätte eine Reform des Genossenschaftsgesetzes kommen müssen und für Vereine von mehr als tausend Mitgliedern ein Vertretungssystem gesetzlich vorschreiben

müssen, wie es für die politischen Gemeinden in den Stadtverordnetenversammlungen besteht. Auch für die Magistrate der großen Konsumgemeinden wären entsprechende feste Ordnungen zu schaffen. Solange die Gesetzgebung nicht eingreift, müssen die Vereine sich mit selbstgeschaffener systematischer Organisation zu helfen suchen. Schon jetzt während des Krieges, ganz gewiß aber sofort nach Beendigung des Krieges, muß die systematische Versorgung der ganzen verbrauchenden Bevölkerung mit allem, was sie nötig hat, das Ziel der Konsumgenossenschaften sein. Und dann muß es wahr werden, was **Beatrice Webb** in ihrem Buche über die britische Genossenschaftsbewegung sagt, daß die Genossenschaften einerseits und die Gewerkschaften andererseits **zusammen** der Arbeiterklasse die **Herrschaft im Staate** verleihen können.

Mehr Macht, mehr wirkliche Macht, die Macht können die Arbeiter in Staat und Gesellschaft erlangen, wenn sie im engsten Anschluß an die gegebene Entwicklung ihre eigene demokratische und sozialistische Welt durch praktische Tat heute schon aufzubauen beginnen, wenn sie an die Stelle von prinzipienreinen Resolutionen umwälzende Taten setzen. Nicht die Welt fliehen, aus Furcht in ihr seine Grundsatzreinheit zu verlieren, sondern in sie hinein- und hinabsteigen, um sie umzugestalten, wie sie nach unseren Ideen sein soll und nach der Reife ihrer Entwicklung werden kann, das ist unsere Aufgabe. Eine herrliche Aufgabe! Schöpferfreude!

(m)

 JOHANN LEIMPETERS:

Was uns die Politik des 4. August brachte.

WEM es in der Politik mehr auf den Erfolg ankommt als auf Deklamationen, der muß die Politik unserer Reichstagsfraktion vom 4. August 1914 als unbedingt richtig und für die deutschen Arbeiter erfolg- und segensreich gutheißen. Liegen doch die Erfolge dieser Politik heute schon so klar zutage, daß sie kein objektiv Urteilender mehr bestreiten kann; sie

sind von solcher Bedeutung, daß sie von der Arbeiterschaft dankend anerkannt und gewürdigt werden.

Noch ist die Zeit nicht gekommen, wo alle Einzelheiten der Erfolge der Politik des 4. August an die Oeffentlichkeit gebracht werden können, **jedoch was vor aller Augen offen liegt, genügt nicht allein zur glänzenden Rechtfertigung der Fraktion, sondern rechtfertigt auch das Verlangen, an dieser Politik festzuhalten.** Der Augustbeschluß hat nicht nur einen völligen Umschwung in der Bewertung und Behandlung unserer Bewegung gebracht, sondern auch einen großen Schritt vorwärts in unserem Bestreben nach politischer Gleichberechtigung, während die Ablehnung der Kredite und damit die Spaltung der deutschen Nation und der deutschen Arbeiterbewegung Folgen gezeitigt hätte, die gar nicht ausdenken sind. Das empfanden am Tage der Mobilmachung nicht nur diejenigen Genossen, die zurückblieben, sondern auch alle, die marschieren mußten. Ich habe am zweiten Mobilmachungstage Söhne, Freunde und Bekannte, alles gute Parteigenossen, zu ihren Sammelstellen begleitet und alle stellten an mich die bange Frage: „Wie wird unsere Fraktion morgen stimmen? Wenn wir nur wüßten, daß sie die Kredite bewilligte, könnten wir beruhigt hinausfahren, nicht unseretwegen, sondern euertwegen und wegen unseren Frauen und Kindern.“ Man bat mich, befreundete Abgeordnete noch schriftlich zu bitten, ja für die Kredite zu stimmen, und was damals fast einmütig von allen Genossen im ganzen Lande mit Sehnsucht gewünscht wurde, hat die Fraktion getan! Wenn jemals, befand sich damals die Fraktion in völliger Uebereinstimmung mit allen Genossen im Lande, denn sie hat Millionen Angehörigen unter den Fahnen ihr Los erleichtert, hat uns die Türen zu manchen Körperschaften geöffnet, wo wir für unsere Genossen und deren Hinterbliebenen segensreich wirken konnten und auch gewirkt haben. So sind wir allenthalben in allen Zweigen der Kriegsfürsorge vertreten, auch dort, wo wir vor dem Krieg nicht den mindesten Einfluß in der Gemeinde hatten, haben wir in aller Stille fruchtbringende Arbeit geleistet. Wer die Arbeiten auf unseren Arbeitersekretariaten kennt und weiß, wie unzählige Anträge auf Erhöhung der Kriegsunterstützungen gestellt, Beschwerden gegen zu niedrige und unrichtige

Auszahlungen angefertigt, Einsprüche von Kriegsinvaliden wegen zu niedriger Rentenfestsetzung gemacht werden, fragt sich: Konnten wir diese Arbeit auch leisten, wenn unsere Fraktion die Kriegskredite abgelehnt hätte!? Oder sollten wir dann den Frauen unserer im Felde stehenden Kollegen und Genossen sagen: Für uns existiert der Krieg einfach nicht! Sollten wir diesen armen Frauen dann Kautskys Theorien und Geyers Erklärung vorlesen und sagen: Das sind unsere „alten Grundsätze“, füttert damit eure Kinder!?

Wie aber steht es mit den politischen Rechten der Arbeiterklasse?

Für das Ruhrrevier oder richtiger für den industriellen Teil im Bereich des 7. Armeekorps — von Hamm bis Mörs — besteht der verschärfte Kriegs- und Belagerungszustand und damit für alle Personen und Parteien selbstverständlich manche unliebsame Einschränkung der Freiheit, aber gemessen an den politischen Zuständen vor 15—20 Jahren, wo der Genosse Bredenbeck und ich als politische Verbrecher gefesselt durch die Straßen Dortmunds geführt wurden, herrscht unter dem jetzigen verschärften Belagerungszustand goldene Freiheit. Damals war es uns in dem großen Industriebezirk kaum möglich, die kleinste Besprechung abzuhalten; jede Kartellsitzung wurde überwacht. Sollte eine harmlose Knappschafts- oder Belegschaftsversammlung stattfinden, wurde über das Wirtschaftslokal die Schanksperre von mindestens sechs Stunden, oft für den ganzen Tag verhängt. In der Stadt Dortmund war es uns noch 1898 nicht möglich, eine Weihnachtsbescherung des sozialdemokratischen Vereins abzuhalten. In einem Lokal „aufgelöst“ und hinausgeworfen, flüchteten wir „heimlich“ in ein anderes, wo nach zwanzig Minuten die Auflösung und der Hinauswurf erneut folgte. Fand einmal eine Versammlung statt, so wurde nicht selten der Redner bei einer unbedachten Aeußerung von der Bühne sofort verhaftet und abgeführt. Was wir uns damals so an „Preßfreiheit“ etwa herausnahmen, haben unsere Redakteure mit schweren Gefängnis- und hohen Geldstrafen gebüßt. Von alledem heute keine Spur. Unser Vereins- und Versammlungswesen spielt sich fast normal ab. (Hier scheint uns Genosse Leimpeters die Dinge denn doch allzu rosig anzusehen. Daß mancherlei geschehen ist,

was weit über die Kriegsnotwendigkeiten hinausgeht, haben nach unserem Empfinden die jüngsten Reichstagsverhandlungen über Zensur und Belagerungszustand nur allzu deutlich erwiesen. Red. der „Glocke“.) Gewisse Beschränkungen staatsbürgerlicher Freiheiten sind freilich in Kriegszeiten ebenso unvermeidlich, wie etwa sonst bei großen Lohnkämpfen Einzelinteressen und Einzelmeinungen unter dem Zwange der ehernen Notwendigkeit zurücktreten müssen. Daß aber diese Beschränkungen nicht noch weit ärger sind, daß wir im wesentlichen unsere ganze Partei- und Gewerkschaftsarbeit fortsetzen konnten, verdanken wir in erster Linie dem 4. August.

Was die Politik des 4. August den Arbeitern in gewerkschaftlicher Hinsicht gebracht hat, kann erst später ausführlich besprochen werden, nur so viel sei mitgeteilt, daß selbst die unorganisierten Bergleute im Ruhrrevier zugestehen, daß sie der Haltung der Sozialdemokratie und des Verbandsvorstandes eine erhebliche Lohnaufbesserung und vor allem eine bessere Behandlung, Regelung des Ueberschichtenwesens usw. verdanken. Wenn es uns auch nicht möglich war, die Bergwerksbesitzer zur formellen Anerkennung der Organisation zu bewegen, und wenn auch ein Ausgleich der Teuerung nicht erzielt wurde, so liegt das an der sozialpolitischen Rückständigkeit und an der wirtschaftlichen Uebermacht einer Unternehmergruppe, deren Herrenwillen wir auch vor dem Krieg nicht brechen konnten.

Die Bestätigungen von sozialdemokratischen Bürgermeistern, Beigeordneten, Schuldeputierten, die Wahl des Genossen Löbe-Breslau in den Provinziallandtag, die Beförderung von Sozialdemokraten zu Offizieren, sind zweifellos unbestreitbare Fortschritte und recht deutliche Wahrzeichen für die angekündigte Neuorientierung der inneren Politik. Die versprochene Aenderung des preußischen Landtagswahlrechtes wird notwendig eine Aenderung des Kommunalwahlrechtes für Preußen nach sich ziehen und damit unsere Aussichten, in den Gemeinden größeren Einfluß zu gewinnen, erheblich erhöhen. Welchen Vorteil die Besetzung der Rathäuser durch Sozialdemokraten für die Arbeiterschaft, überhaupt für die gesamte werktätige Bevölkerung bietet, braucht nicht näher besprochen zu werden. Ein Zurück kann

es für die Regierung unmöglich mehr geben, sie kann uns in Friedenszeiten nicht aus Stellungen ausschalten und von Aemtern zurückweisen, zu denen sie uns während des Krieges zugelassen hat, und mit banger Sorge verfolgen die Scharfmacher die Wege, auf denen die organisierte Arbeiterschaft zu politischem Einfluß und zur Macht vorwärts schreitet. In welchem Tempo sich diese Fortschritte vollziehen, das hängt von unserer Macht und von unserer politischen Klugheit ab, und da ist vor allen Dingen die Geschlossenheit der Partei und die Einheit im Handeln notwendig. Die Separatisten, die jetzt schon die Einheit im Handeln gestört haben und die Geschlossenheit der Partei zu sprengen drohen, betreiben die Geschäfte der Scharfmacher so vorzüglich, daß sie es auch nicht besser tun könnten, wenn sie im Dienste der Reaktion stünden!

Als unsere Söhne, Brüder und Genossen hinauszogen auf die Schlachtfelder, haben wir ihnen feierlichst versprochen, die Organisationen, Partei und Gewerkschaften in alter Stärke und Geschlossenheit zu erhalten und es ist unsere Pflicht, dieses Versprechen — trotz der Quertreiber, trotz „Vorwärts“, „Neue Zeit“ und Separatisten — einzulösen, und die Arbeiter werden es einlösen — trotz alledem! (m)

A. ELLINGER/HAMBURG:

Der Krieg und die Lebenshaltung der Arbeiterschaft.

DASS die Arbeiterschaft aller Länder in den letzten Jahren ihre ganze Kraft aufbot, um den immer drohender auf uns zukommenden Krieg zu verhindern, hatte nicht nur ideologische, sondern auch sehr starke materielle Gründe. Sie war gegen den Krieg, weil sie wußte, daß er ihr — mochte er ausgehen wie er wolle und mochte er später im Gefolge haben, was er wolle — zunächst außer den unvermeidlichen Blutopfern auch andere materielle Opfer der schwersten Art

bringen werde. Niemand wird bestreiten, daß diese Befürchtungen heute für die Arbeiterschaft aller kriegführenden und selbst der neutralen Länder in erschreckendem Maße Wirklichkeit sind. Noch lassen sich zwar die der Arbeiterschaft aus dem Kriege erwachsenen Schäden nicht in ihrem ganzen Umfange abschätzen, wohl aber lassen sich heute schon **einzelne** dieser Schäden übersehen und zum Teil auch zahlenmäßig nachweisen. Das gilt z. B. von der durch die Kriegsteuerung hervorgerufenen **Verschlechterung ihrer Lebenshaltung** oder was dasselbe ist, für die **Entwertung ihrer Arbeitskraft**. Diese ist für den größten Teil der deutschen Arbeiter so stark, daß durch sie alle in jahrzehntelanger gewerkschaftlicher Arbeit errungenen Erfolge mit einem Schlage vernichtet wurden. Ohne daß die Löhne in erheblichem Umfange herabgesetzt worden, ja, trotzdem sie in einzelnen Berufen während des Krieges beträchtlich erhöht worden sind, ist die Arbeitskraft der deutschen Arbeiter im allgemeinen heute **schlechter bewertet als vor zwanzig Jahren**. In den anderen kriegführenden und selbst in den neutralen Ländern Europas sind die Verhältnisse für die Arbeiter nicht viel besser, in einzelnen vielleicht noch schlechter als bei uns.

Der Wert der Arbeitskraft wird bekanntlich nicht am Nominal- oder Geldlohn, sondern am **Reallohn** gemessen, an der Menge der Lebensmittel, die der Arbeiter für seinen Lohn erstehen kann. Je mehr Lebensmittel — diese im weitesten Sinne des Wortes genommen — er für seinen Lohn bekommt, um so höher bewertet ist seine Arbeitskraft und umgekehrt. Zu ihrem Werte wird die Arbeitskraft dann bezahlt, wenn der Lohn des Arbeiters nicht nur zur ständigen Wiedererzeugung der eigenen verausgabten Arbeitskraft, sondern auch zur Heranbildung einer neuen Generation mit neuer Arbeitskraft ausreicht. Der Arbeiter muß also von seinem Lohn eine Familie ausreichend ernähren, seine Kinder zu gesunden und tüchtigen Menschen erziehen, seine Pflichten gegen Staat und Gemeinde erfüllen und darüber hinaus die für einen normalen Menschen seiner Zeit üblichen geistigen Bedürfnisse befriedigen können. Je mehr sich die Arbeiterschaft eines Landes über das zu ihrer rein physischen Erhaltung Nötige hinaus leisten kann, umso mehr erhebt sie sich über das rein

tierische Triebleben, desto mehr wird der Arbeiter Mensch im höheren Sinne des Wortes, desto höher ist auch die wirkliche Kultur eines Volkes; denn dort, wo alle Errungenschaften der Kultur nur einigen wenigen zugute kommen, herrscht nach unserer Ansicht eben keine Kultur. Daß eine gut ernährte und geistig regsame Arbeiterschaft auch volkswirtschaftlich von größter Bedeutung ist, unterliegt für verständige Menschen keinem Zweifel. Je weniger sich ein Mensch die seinem Kräfteverbrauch entsprechende Lebenshaltung leisten kann, desto schwächer ist seine Arbeitskraft, desto rascher wird er verbraucht, desto schneller geht er zugrunde. Die Steigerung der Leistungsfähigkeit unserer Arbeiterschaft in den letzten Jahrzehnten, die gleichen Schritt hielt mit der Verbesserung ihrer Lebenshaltung, ferner die Verschiedenheit der Lebensdauer bei den begüterten und den ärmeren Klassen sind dafür der beste Beweis. Auf einer gut genährten, gesunden und geistig regsamen Arbeiterschaft beruht in hohem Maße der Reichtum eines Landes und die wirtschaftliche Ueberlegenheit eines Volkes.

Wie hoch müssen nun die Arbeitslöhne sein, oder besser: wieviel Lebensmittel im weitesten Sinne des Wortes müssen sich die Arbeiter kaufen können, wenn die vorstehend skizzierten Bedingungen erfüllt sein sollen?

Ueber diese Frage sind sich die Arbeiter und Unternehmer bis jetzt niemals einig geworden und sie werden darüber wohl auch niemals einig werden. Indessen weiß man trotzdem aus bestimmten Erfahrungen, wie viel man ungefähr zur Erhaltung des menschlichen Lebens und wie viel man zur Erhaltung und Fortpflanzung eines leistungsfähigen Arbeiters braucht. Den Zweck, einen Menschen ohne Schädigung seiner Gesundheit am Leben zu erhalten, verfolgte z. B. der preußische Staat, als er im Jahre 1910 den täglichen Verpflegungssatz für einen Gefangenen von 80 Pfg. auf 1 M. erhöhte. Der Gefangene braucht nun nicht oder doch nicht schwer zu arbeiten, er haust in einer staatlichen Wohnung und von einer Befriedigung besonderer geistiger Bedürfnisse ist bei ihm keine Rede. Sein Verpflegungssatz ist deshalb für freie Arbeiter ungenügend. Den Anforderungen, die an einen arbeitenden und leistungsfähig sein sollenden Men-

schen gestellt werden, trägt ungefähr die **Verpflegungsration des deutschen Marinesoldaten** Rechnung, für den wöchentlich folgende Lebens- und Genußmittel vorgesehen sind:

800	Gramm	Rindfleisch	3000	Gramm	Kartoffeln
750	„	Schweinefleisch	5250	„	Brot
800	„	Hammelfleisch	455	„	Butter
150	„	Reis	340	„	Zucker
300	„	Bohnen	106	„	Salz
300	„	Erbsen	105	„	Kaffee
500	„	Weizenmehl	21	„	Tee
200	„	Backpflaumen	0,11	Liter	Essig.

Das Dreifache dieser Nahrungsmittel bezeichnet man bekanntlich als Familienration, und zwar nimmt man eine Durchschnittsfamilie von Mann, Frau und zwei Kindern an.

Es ist bekannt, daß in Deutschland schon vor dem Kriege der größte Teil der Arbeiter nicht so viel verdiente, daß sie sich für sich und ihre Familien eine Ernährung ähnlich der des Marinesoldaten leisten konnten. Ein großer Teil von ihnen war dauernd unterernährt, und es ist nur ein schwacher Trost für sie, daß die Verhältnisse für die Arbeiter anderer Länder ähnlich oder noch schlechter sind. Wie die Lebenshaltung der deutschen Arbeiter, gemessen an der des Marinesoldaten, vor dem Kriege war und wie sie sich während des Krieges verschlechtert hat, das möchte ich hier an dem Beispiel des deutschen Maurers zeigen. Vorher möchte ich aber mit einigen Worten dartun, wie sich in den letzten zwei Jahrzehnten das Verhältnis des Reallohnes zum Nominallohn bei den Maurern gestaltet hat, mit anderen Worten, wie die Lebenshaltung der deutschen Maurer unter dem Einfluß ihrer Organisation in dieser Zeit geworden ist und wie ihre Arbeitskraft bewertet wurde. Es wird sich dabei zeigen, daß die gewerkschaftliche Tätigkeit keine Sisyphusarbeit ist, daß die Gewerkschaften nicht nur den verelendenden Tendenzen des Kapitalismus entgegenwirken, sondern auch den Anteil ihrer Mitglieder am Arbeitsertrag steigern und damit zugleich einen größeren Anteil an den Segnungen der Kultur erkämpfen.

Im Jahre 1895 belief sich der durchschnittliche Stundenlohn der deutschen Maurer (einschließlich Spezialarbeiter) nach einer in jenem Jahre vom Maurerverband aufgenommenen Lohnstatistik auf 34,8 Pfg. Die Sommerarbeitszeit betrug damals in 346 Lohngebieten zehn Stunden (kürzer als zehn Stunden war sie nirgends), in 80 Lohngebieten zehneinhalb, in 844 elf und in 102 Lohngebieten über elf bis 13 und 14 Stunden. Nehmen wir, da in den Lohngebieten mit zehnstündiger Arbeitszeit verhältnismäßig mehr Maurer beschäftigt waren als in den ländlichen und kleinstädtischen Gebieten mit längerer Arbeitszeit, eine durchschnittliche Arbeitszeit von zehneinhalb Stunden an, so erhalten wir bei 239 für den Maurer durchschnittlich in Frage kommenden Arbeitstagen ein Jahreseinkommen von 873 M. Im Jahre 1914 war der durchschnittliche Stundenlohn der deutschen Maurer, dank der Tätigkeit ihrer Organisation, auf rund 60 Pfg. gestiegen. Die tägliche Arbeitszeit betrug im Höchstfalle zehn, im Durchschnitt etwa neuneinhalb Stunden. Bei 239 Arbeitstagen ergibt das ein Jahreseinkommen von 1362 M. Das Jahreseinkommen der deutschen Maurer war also in rund zwei Jahrzehnten trotz der um 239 Stunden kürzeren Arbeitszeit um 489 M. oder rund 55 Prozent gestiegen.

Nun bedeutet selbstverständlich diese Steigerung des Lohn Einkommens nicht eine gleich starke Verbesserung der Lebenshaltung des Maurers, vielmehr hat die Verteuerung der Lebensmittel das erzielte Mehreinkommen zu einem guten Teil wieder aufgefressen. Immerhin ist der Unterschied zwischen der Steigerung des Lohn Einkommens und der Steigerung der Lebensmittelpreise noch erheblich. Nach den Aufzeichnungen Calwers beliefen sich die wöchentlichen Kosten der Ernährung für eine vierköpfige Familie unter Zugrundelegung der Ration des Marinesoldaten: im Jahre 1896 — die Zahlen von 1895 sind mir augenblicklich nicht zur Hand — auf 19,01 M., im Juli 1914 dagegen auf 25,12 M. Die Steigerung beträgt hier 6,11 M. oder 32,14 Prozent. Es ist also das durchschnittliche Jahreseinkommen des deutschen Maurers, trotz Verkürzung der Arbeitszeit, um fast 23 Prozent mehr gesteigert worden als der Preis der Familienstandardration.

Nun konnte freilich der deutsche Maurer, wie die meisten deutschen Arbeiter, die Calwersche Standardration weder 1896 noch 1914 ganz kaufen, weil sein Einkommen dazu nicht ausreichte. Nimmt man — was nach Haushaltsrechnungen deutscher Maurer ungefähr richtig ist — an, daß der Maurer durchschnittlich seinen halben Sommerwochenlohn für Nahrungsmittel ausgeben kann, während er den Rest seines Lohnes zur Befriedigung seiner anderen Bedürfnisse braucht, so konnte er im Jahre 1896 rund 57,7 Prozent, im Juli 1914 dagegen rund 68 Prozent der Familienstandardration kaufen. Setzt man den Teil der Standardration, den er 1896 für seinen halben Sommerwochenlohn bekam gleich 100, so erhält man für Juli 1914 117,85. **Die durchschnittliche Steigerung des Reallohnes des deutschen Maurers beträgt demnach von 1896 bis 1914 rund 18 Prozent.** Das ist die wirkliche, in Lebensmittel ausgedrückte Verbesserung der Lebenshaltung des Maurers bis zum Krieg. Dazu kommt die **Verkürzung der Arbeitszeit** um 10,5 Prozent, ein Gewinn an freier Zeit, durch den überhaupt erst eine bessere Grundlage zur kulturellen Hebung der deutschen Maurer geschaffen wurde. Würde die Verkürzung der Arbeitszeit nicht berücksichtigt, d. h. würden wir für die Berechnung des Einkommens im Jahre 1914 unter Zugrundelegung des Durchschnittslohnes die ungekürzte Arbeitszeit vom Jahre 1896 nehmen, so ergäbe sich eine Steigerung des Jahreseinkommens um rund 632,70 M. oder 72,4 Prozent gegen eine Steigerung der Lebensmittelpreise um 32,14 Prozent. Für seinen halben Sommerwochenlohn bekäme dann der Maurer — alles andere als gleich vorausgesetzt — rund 75 Prozent der Standardration, was eine Verbesserung seiner Lebenshaltung um 30,4 Prozent bedeutete.

Wie war nun die Lebenshaltung des deutschen Maurers nach vierzehn Monaten Weltkrieg?

Im September 1915 kostete die Familienration nach Calwer 39,93 M.; sie war seit Juli 1914 um 14,81 M. oder 58,95 Prozent und seit 1896 um 20,92 M. oder 110 Prozent gestiegen. Nehmen wir an, daß der Stundenlohn des Maurers infolge vertraglicher Lohnerhöhungen und der hier und da gewährten Teuerungszulage in der gleichen Zeit durchschnittlich um 2 Pfg. oder 3,3 Prozent

gestiegen ist — der Arbeitgeberbund für das Baugewerbe hat die Bewilligung von Teuerungszulagen abgelehnt und seinen Mitgliedern die Zahlung solcher Zulagen unter Androhung von Konventionalstrafen verboten —, so bekam der Maurer nach 14 Monaten Weltkrieg für seinen halben Sommerwochenlohn noch 44,25 Prozent der Standardration gegen 68 Prozent im Juli 1914 und 57,7 Prozent im Jahre 1896. Setzt man die Menge Lebensmittel, die der Maurer 1896 für seinen halben Sommerwochenlohn kaufen konnte, gleich 100, so ergibt sich für Juli 1914 die Summe von 117,85, für September 1915 aber nur noch von 76,69. Das heißt: **Der deutsche Maurer bekam im September 1915 für seinen halben Sommerwochenlohn 41,6 Prozent weniger Lebensmittel als vor dem Krieg und 23,31 Prozent weniger als im Jahre 1896.** Um so viel ist durch den Krieg die Kaufkraft seines Lohnes gesunken, seine Arbeitskraft entwertet und seine Lebenshaltung verschlechtert worden. Und das trotz einer Lohnerhöhung um 3,3 Prozent!

Wer sich diese Zahlen vor Augen führt, der wird begreifen, warum sich die Arbeiterschaft bis zum letzten Augenblick gegen den Krieg gesträubt, der wird auch das Opfer ermessen können, das sie durch die Einstellung ihrer gewerkschaftlichen Kämpfe und durch die Wahrung des Burgfriedens gebracht hat. Die glücklichen Besitzer größerer oder kleinerer Kapitalien, insbesondere die Kapitalisten der Rüstungsindustrie und gewisse Spekulanten, konnten dem Krieg mit ganz anderen Empfindungen entgegensehen als die Arbeiterschaft. Viele von ihnen konnten, ja mußten sogar, wenn sie ihr geschäftliches Interesse rücksichtslos vertreten wollten, den Krieg herbeiwünschen. Selbst die während des Krieges am besten gestellten Arbeiter der Rüstungsindustrie konnten das nicht. Jeder Unbefangene wird auch zugeben, daß die Arbeiterschaft mit der Wahrung des Burgfriedens ein ganz anderes Opfer bringt als ihre wirtschaftlichen Gegner, von denen der Krieg vielen, zum Teil ohne ihr Zutun, allein durch die fast ungehemmte Auswirkung der ökonomischen Gesetze, einen wahren Goldregen in den Schoß wirft, indes die Arbeiter zu gleicher Zeit aufs schwerste geschädigt werden. Man darf nicht vergessen, daß die über die gewöhnlichen Gewinne hinausgehenden

Kriegsgewinne der Kapitalisten und Spekulanten gemacht werden auf Kosten der Arbeiter und der Gesamtheit des Volkes, daß jeder Preisaufschlag auf ihre Produkte für die Arbeiter eine Entwertung ihres Lohnes und eine Verschlechterung ihrer Lebenshaltung bedeutet.

Unter diesen Umständen ist es begreiflich, daß das Unternehmertum den Burgfrieden dauernd aufrecht erhalten möchte. Der Arbeiterschaft ist aber — das wird nach dem Gesagten jeder begreifen — die Aufrechterhaltung des Burgfriedens nach dem Kriege ganz unmöglich. Während des Krieges hat sie, um innere Kämpfe zu vermeiden und nicht das ganze Land aufs schwerste zu schädigen, die gewaltigen Opfer getragen, die der Krieg ihr brachte. Nach dem Kriege wird sie aber auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete ihre ganze Kraft aufbieten müssen, um sich zunächst wieder die Lebenshaltung, die in Lebensmitteln ausgedrückte Bewertung ihrer Arbeitskraft zu erkämpfen, deren sie sich vor dem Kriege erfreut hat. Denn all die Maßnahmen, die während des Krieges zum Schutze der Konsumenten im allgemeinen und zum Schutze der Arbeiter im besonderen getroffen worden sind, konnten die Entwertung der Arbeitskraft nicht verhindern. Und daran, daß die Lebensmittelpreise nach dem Kriege von selbst wieder auf ihren alten Stand hinabsinken werden, ist wohl kaum zu denken, es sei denn, daß durch zoll- und handelspolitische Maßnahmen ein allgemeiner Preisrückgang herbeigeführt wird.

Die Arbeiterschaft kann sich aber auch mit der Lebenshaltung, die sie sich vor dem Kriege erkämpft hatte, auf die Dauer nicht zufrieden geben. Sie erstrebt und muß erstreben einen dauernd größer werdenden Anteil am Arbeitsertrag und an den Gütern der Kultur. Das liegt nicht nur in ihrem eigenen Interesse, sondern auch in dem des Staates, der, wie dieser Krieg aufs neue lehrt, zur Sicherung seines Bestandes auf ein körperlich, geistig und sittlich hochstehendes Volk, auf körperlich, geistig und sittlich hochstehende Arbeitermassen angewiesen ist. Das liegt auch im Interesse der deutschen Volkswirtschaft, die ohne die in den letzten Jahrzehnten ständig wachsende körperliche und geistige Tüchtigkeit der deutschen Arbeiterschaft nie-

mals den gewaltigen Aufschwung hätte nehmen, niemals die Bedeutung hätte erlangen können, die erst der Krieg den Gegnern Deutschlands offenbarte. Das deutsche Volk wird in Zukunft wirtschaftlich und militärisch um so stärker sein, je besser die Lage der breiten Volksmassen, je besser die Lage der deutschen Arbeiter ist. (m)

L. ROSENMANN:

Der Eintritt der polnischen Sozialdemokraten in den Polenklub.

DIE Nachricht vom Eintritt unserer polnischen Genossen in den Polenklub hat auf jeden von uns wie ein Donnerschlag gewirkt, mit diesen Worten leitet Viktor Adler, einer von denen, die mit den Polen „durch fünfundzwanzig Jahre miteinander im Schützengraben“ — wie er sich ausdrückt — gelegen haben, seinen Artikel über diese Frage ein. In der Tat hat auch die erste Meldung von dem geplanten Schritt der polnischen Genossen jeden überrascht; nachdem die ersten Nachrichten darüber die Krakauer polnische Presse gebracht hatte, erschien gegen Mitte Dezember vergangenen Jahres zuerst in der deutsch-bürgerlichen Wiener Presse eine kleine Notiz über die geplante Fusion der polnischen Genossen mit dem Polenklub, später in der „Wiener Arbeiter-Zeitung“. Zwar hat dieser Krieg nicht nur eine Ueberraschung gebracht, man hat sich nachgerade an Ueberraschungen gewöhnt, aber nichtsdestoweniger wirkte doch diese Nachricht wie ein Donnerschlag — zumal man an die fünfundzwanzig Jahre des Liegens in den gemeinsamen „Schützengräben“ und an die leidenschaftlichen Reden Daszynskis gegen die Schlachzizen und Klerikalen zurückdachte; man war gespannt auf die Erklärungen seitens der polnischen Genossen. Die erste dieser Erklärungen, bevor noch die Fusion endgültig beschlossen wurde, gab Gen. Diamand in der „Arbeiter-Zeitung“, um die deutsche Parteiöffentlichkeit mit diesem Plane vertraut zu machen, eine

Erklärung allerdings, die einen wunderbarlich anmutet. „Sehr ernste politische Kreise des Landes sind an uns mit einem solchen Vorschlag herangetreten“ — schreibt Gen. Diamand — „und die sehr schwierige und verwickelte Lage Polens erheischt eine gründliche Erwägung dieses Gedankens, eine strenge Prüfung aller Folgen der Entscheidung der uns gestellten Proposition. Bevor der Entschluß gefaßt wurde, ist es unter den gegebenen Verhältnissen kaum möglich, die für und gegen sprechenden Motive öffentlich zu besprechen, haben aber die hierzu berufenen Organe entschieden, wird der Beschluß, wie immer er ausfällt, einer öffentlichen eingehenden Begründung nicht entraten können. So groß auch das sehr begreifliche Interesse unserer deutschen Parteigenossen an diesem politischen Ereignis sein mag, vor gefallener Entscheidung kann es nicht befriedigt werden.“ Nun ist dieses Ereignis, „das in der sozialistischen Welt Oesterreichs mit Unruhe und Erregung erwartet wurde“, eingetreten. Der Parteivorstand und die Abgeordnetenvereinigung der polnischen Sozialdemokratie hielten am 8. und 9. Januar 1916 in Krakau eine Versammlung ab, in welcher Gen. Daszynski über die Lage Bericht erstattete. Nach einer eingehenden Debatte wurde der Vorschlag betreffend Eintritt der polnischen sozialistischen Abgeordneten in den reichsrätlichen Polenklub genehmigt. Das Wiener Zentralorgan brachte diese Nachricht mit dem kurzen Bemerkten: „Die deutschen Sozialdemokraten können diesen Beschluß nur mit sehr gemischten Gefühlen vernehmen. Wir werden ja hören, wie ihn die polnischen Sozialdemokraten begründen werden.“

Die Begründung erfolgte im Zentralorgan der polnischen sozialdemokratischen Partei, im „Naprzod“. Nach Hervorhebung der Notwendigkeit der Vereinigung und des Zurückstellens der bisherigen Gegensätze heißt es dort wörtlich: „Die Arbeiterpartei, deren Parteivertretung beschlossen hat, die sozialistischen Abgeordneten aufzufordern, **sich den Abgeordneten der besitzenden Klassen anzugliedern**, ist da weder einer noch so feingesponnenen Intrige gefolgt, noch hat sie den Beschluß in einem Augenblick der Schwäche oder des Mißtrauens zu sich und zu der Nation gefaßt. Die Arbeiterpartei hat sich vielmehr des größten Opfers

fähig bewiesen, das darin beruht, daß man allen Momenten, die zur Zeit des Friedens berechtigterweise uns getrennt haben, Stillschweigen auferlegt hat, um für das nationale Ganze die größte, gemeinsame Kraft zu schaffen.“ In der Begründung wird weiter auf den von der galizischen P.P.S. seit jeher propagierten Kampf um die Freiheit des Vaterlandes — Russisch-Polens — und auf die Aufstellung der polnischen Legionen verwiesen, und es heißt dann weiter: „Damit dieses Blut nicht vergeudet werde, damit aus ihm das neue Leben in den polnischen Ländern sprieße, an welches heute jeder Pole denkt, muß die polnische Politik — jene Fortsetzung des Krieges — kräftig sein und muß befähigt sein, die Ernte der furchtbaren Blutsaat vorzubereiten.“

Zur Aufklärung sei nur noch folgendes bemerkt: Oesterreich ist ein Nationalitätenstaat, dessen Reichsvertretung, das Parlament, aus den Abgeordneten der verschiedenen Nationalitäten zusammengesetzt ist. Die verschiedenen Nationalitätenabgeordneten gruppieren sich je nach ihrem Klassencharakter und Programm in Verbände; so bestehen der deutsche Nationalverband, die christlich-soziale Vereinigung, der Klub der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten usw. So wie bei den Deutschen, so auch bei den Tschechen usw., mit einer Ausnahme — den Polen. Was diese betrifft, so waren die bürgerlichen Abgeordneten aller Schattierungen mit Ausnahme einer Bauerngruppe und den polnischen sozialdemokratischen Abgeordneten im Polenklub vereinigt; die polnischen Genossen bildeten einen separaten Verband, der immer im schärfsten Kampf gegen den Polenklub stand. Den Eintritt in diesen reichsrätlichen Polenklub haben die polnischen Genossen beschlossen, trotzdem die erwähnte Bauerngruppe ihm auch heute noch fern bleibt.

Eines der Motive, die die polnischen Genossen zu diesem Schritt veranlaßten, war, daß alle Kräfte zur Befreiung des Vaterlandes vereinigt werden, „damit neues Leben in den polnischen Ländern sprieße, an welches heute jeder Pole denkt“, damit ein selbständiges, unabhängiges Polen aus diesem Kriege erstehe. Aber da wäre vielleicht in erster Reihe die Verständigung und Vereinigung mit den Klassengenossen jenseits der Kampflinie Russisch-Polens und nicht nur mit den polnischen,

sondern auch mit denen der übrigen Russisch-Polen bewohnenden Nationen dringender gewesen. Das Problem des unabhängigen, selbständigen Polens ist noch nicht gelöst, nur die galizische P.P.S. und eine kleine Minderheit der russisch-polnischen Genossen hat diese Forderung in ihrem Programm. „Die alte P.P.S. (Polnische sozialistische Partei) hatte wie bekannt“ — schreibt Semkowski — „an die Spitze ihres Programms die Lösung des unabhängigen Polens gestellt. Aber im Gange der Revolution wird diese Losung in Russisch-Polen selbst (von den galizischen Stimmungen sehen wir hier ab, auf die Arbeiterbewegung Russisch-Polens übten sie nicht den geringsten Einfluß aus) zur Parole unbedeutender Grüppchen der „Revolutionären Fraktion“, die sich von der P.P.S. abgesplittert hatte, Welch letztere bereits auf dem Parteitag des Jahres 1907 die Lösung der „Lostrennung“ durch die Forderung der Autonomie ersetzte, indem sie sie dadurch begründete, daß „die kapitalistische Entwicklung jeden der drei Teile des ehemaligen Polen mit den Ländern und Völkern, mit denen sie sich zusammen in die moderne kapitalistische Gesellschaft umgestaltet hatten, zusammengeschmiedet hat.““

Die polnischen Arbeiter selbst sind sich also über diese Frage noch nicht einig; wäre es da nicht dringender, sich zuerst mit den eigenen Klassengenossen zu verständigen?

Nun noch ein Wort über die Taktik der polnischen Genossen in bezug auf die Lebensfragen Galiziens. Infolge der Ausschaltung des Parlaments und der Landtage war der Polenklub, der, zu Anfang des Krieges desorganisiert, sich einige Monate später reorganisierte, die einzige Körperschaft, mit der die Zentralregierung in Kontakt blieb und mit der sie verhandelte. Nun wird jetzt über wichtige Dinge verhandelt — um nur den Wiederaufbau Galiziens zu erwähnen —, und da wollten unsere polnischen Genossen durch ihren Eintritt in den Polenklub die Gelegenheit erhalten, auch ihrerseits bei diesen so wichtigen Dingen ein Wort mitzusprechen. „Der Polenklub erachtet sich als eine Art galizischer Landtag, und unsere Genossen wollen nicht Abstinenzpolitik treiben“ — schreibt Gen. Viktor Adler in seinem erwähnten Artikel —, „aber unseres Erachtens besteht die Ge-

fahr, daß sie als Glieder und als Minorität des Polenklubs mindestens in den Schein größerer Mitverantwortung für seine Handlungen kommen, als wenn sie die Opposition in einer wirklich parlamentarischen Körperschaft wären.“ Dann aber sagt Adler weiter, „man wandelt nicht ungestraft unter Palmen und das Erlebnis, im Polenklub zu sein, geht nicht spurlos vorüber. Aber kann eine Partei, deren Kampf durch ein Vierteljahrhundert unter der Losung gestanden ist: Nieder mit dem Polenklub! auf das Verständnis und die Zustimmung der Massen rechnen, wenn sie sich mit diesem Polenklub vereinigt, dessen Bekämpfung der Inhalt ihres von der Begeisterung der Massen getragenen erfolgreichen Kampfes war?“ Gen. Adler gibt dann der Befürchtung Ausdruck, die polnische Partei komme in Gefahr, die tüchtigsten und erprobtesten Kämpfer zu verlieren, „indem sie das Vertrauen, das die Massen zu ihnen haben, erschüttern“. Er meint, der Einfluß der polnischen Genossen außerhalb des Polenklubs wäre größer, „als wenn er in seinem Schoße geltend gemacht würde“. — So der Senior der österreichischen Partei, dem wir nichts beizufügen haben.

Der Entschluß unserer polnischen Freunde kann aber noch weitere Folgen nach sich ziehen; man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß es sich um ein Zurüsten zum Kampfe mit den Deutschen in Oesterreich handelt. Aeußerlich erinnert dieser Vorgang nämlich ganz an den Abfall der Tschechoslawen; wie dort, so ist nun auch hier die organisatorische Verbindung mit der österreichischen Gesamtpartei aufgelöst. Und man weiß, wie verbitternd die Lösung dieses Verhältnisses auf die Beziehungen zwischen der tschechischen und der deutschen Arbeiterschaft einwirkte. Sollten sich ähnliche Kämpfe nun wiederholen zwischen dem deutschen Proletariat und der zweiten Gruppe der tschechischen Arbeiterschaft Oesterreichs, eben den Polen? (m)

Eine Gesellschaftsformation geht nie unter, bevor alle Produktionskräfte entwickelt sind, für die sie weit genug ist, und neue höhere Produktionsverhältnisse treten nie an die Stelle, bevor die materiellen Existenzbedingungen derselben im Schoß der alten Gesellschaft selbst ausgebrütet worden sind.

Marx.

LOUIS COHN:

Rudolf Lavant.

IM Dezember 1915 ist er von uns gegangen und nur eine kurze Bemerkung in der Parteipresse erinnerte an den Heimgang eines bedeutenden Dichters, der sein großes Talent während eines halben Jahrhunderts ausschließlich in den Dienst der Arbeiterbewegung stellte.

Das junge Geschlecht weiß wenig von ihm; denn Lavant war in übertriebener Bescheidenheit ängstlich bemüht, im Dunkeln zu bleiben und mit seinem Namen nicht hervorzutreten. Namenlos zu sein und zu bleiben, das war sein Grundsatz von dem ersten Gedichte an, das in der Leipziger Arbeiterpresse erschien, bis zu den ungezählten Beiträgen in der „Neue Welt“, in Parteilkalendern, im „Wahren Jakob“, in der Tagespresse, zu Arbeiterfesten und sonstigen Anlässen.

J. H. W. Dietz in Stuttgart ist es zu danken, daß nicht alles, was Lavant schuf, wie Spreu im Winde zerstob, und wenigstens ein Teil seines dichterischen Schaffens im dritten Band von „Deutsche Arbeiterdichtung“ unter dem Titel „In Reih und Glied“, Gedichte von einem Namenlosen, der Nachwelt erhalten bleibt. Aber hunderte, zum Teil wertvolle Beiträge sind in der Welt verstreut und es bleibt fraglich, ob der Nachlaß, unter dem sich meines Wissens ein umfangreiches Epos befinden muß, jemals zutage kommt. Nichts kennzeichnet den fast übertrieben bescheidenen Charakter Lavants mehr als die Vorrede in der gegen seinen Willen herausgegebenen Dietzschen Sammlung. Dort sagt er:

Ich habe in meinen Gedichten — und zwar seit zweiundzwanzig wohlgezählten inhaltsreichen Jahren — allem Zorn, aller Trauer, allem Jubel Luft gemacht, mit dem mich die wechselnden Phasen des großen Befreiungskampfes des vierten Standes erfüllten, und wenn ich mir den Ueberschwang der Empfindungen, die mir die Brust zu sprengen drohten, vom Herzen geschrieben hatte, war ich zufrieden und der Gedanke,

ob mich die zünftige Literaturgeschichte jemals in irgendeinem ihrer vielen Fächer mit mehr als einer kalten Namensnennung unterbringen werde, hat mir wahrlich nie eine schlaflose Stunde verursacht. Selbst um dieses magere Vergnügen noch möchte ich die Perücken prellen; die Sammlung geht darum ohne Namen in die Welt und der Titel, den ich ihr gebe, möge die Namenlosigkeit auch für den rechtfertigen, der mit mir unter einer Fahne gefochten. Ich habe nie mehr sein wollen, als ein einfacher Soldat der großen Befreiungsarmee; ich habe in Reih und Glied gekämpft und meine Schuldigkeit getan, und die Namen der einfachen Soldaten werden bekanntlich nur in den Verlustlisten genannt.

Diese uns jetzt bedauerlich erscheinende Zurückhaltung könnte einen Anschein von Schwäche oder Entsagungslust erwecken, wenn sie nicht dem innersten Wesen Richard Cramers, so war sein bürgerlicher Name, entsprochen hätte. Um das Wesen eines solchen stillen Vorkämpfers zu verstehen, muß man die Anfänge der Arbeiterbewegung mit erlebt haben, jene Zeit, wo dumpfe Gleichgültigkeit noch über den Massen lagerte; damals waren die Träger der Idee des Sozialismus neben besonders intelligenten und charakterstarken Arbeitern bürgerliche Idealisten meist aus dem Lager der Demokratie. In Leipzig, dem Mittelpunkte der späteren, als Eisenacher bezeichneten Richtung setzten sich diese bürgerlichen Idealisten der 60er und 70er Jahre des vorigen Jahrhunderts aus den Resten der 48er Demokratie zusammen. Es war eine bunt zusammengewürfelte Gesellschaft von Großdeutschen (Professor Wuttke), aus Professoren, Lehrern, Rechtsanwälten (die beiden Freytag) und Kaufleuten bestehend. Bebel hat jene Zeit und ihre Träger in dem ersten Bande seiner Erinnerungen kurz und treffend geschildert und besonders ausführlich dargestellt, wie die Arbeiterbewegung sich hauptsächlich auf das Bildungswesen beschränkte und nur einzelne ihren sozialistischen Kern erfaßt hatten. Auch Cramer war zu dieser Zeit und später ein vortrefflicher Lehrer im Arbeiterbildungsverein für Sprachen und Stenographie. Ein Teil jener sozialistischen Idealisten aus dem Bürgertum fand sich Anfang der 70er Jahre oder auch schon

früher in dem von Robert Blum ins Leben gerufenen „Leipziger Schriftstellerverein“ zusammen. Wilhelm Bloß hat im ersten Band seiner „Denkwürdigkeiten“ einige Originale dieser Zusammenkünfte in einer Blitzlichtaufnahme für die Nachwelt erhalten.

Dort im Schriftsteller-Verein lernte ich Richard Cramer 1872 kennen; wir schlossen bald innige Freundschaft, die sich jahrzehntelang erhielt und erst durch räumliche Trennung gelockert wurde. Richard Cramer, dessen Vater Redakteur der Blumschen „Vaterlandsblätter“ gewesen war, hatte demokratische Anschauungen sozusagen mit der Muttermilch eingesogen. Was war natürlicher, als daß er sein frühzeitig erwachtes poetisches Talent in den Dienst der Demokratie und dann der Sozialdemokratie stellte? Prof. Wuttke, das „Reichswiesel“ des Frankfurter Parlaments, hatte sich seiner literarischen und ästhetischen Ausbildung liebevoll angenommen; so hatte Cramer schon in jungen Jahren die alle Gebiete des Wissens umfassende Bibliothek des Professors verschlungen. Dabei kam ihm ein ganz außergewöhnliches Sprachtalent — ich empfang von ihm öfter sprachlich formvollendete Briefe in vier Sprachen — zugute, das ihn befähigte, seine ausländischen Lieblingsdichter Byron, Tennyson, Béranger, Viktor Hugo und andere im Original zu lesen. Seine Vorbilder im Schaffen waren Herwegh und Freiligrath, von dem er sich sowohl durch den Mangel an Metaphern wie an Kraft unterscheidet, und Byron, dessen Weltschmerz er jedoch nicht in sich aufnahm; denn er war ein Lebensbejaher wie alle Menschen, die die Natur so innig lieben, wie es bei ihm der Fall war. Dagegen klingt bisweilen aus seinen Versen ein leiser Ton von Sentimentalität durch, jedoch nur da, wo er es nicht mit politischen Gegnern zu tun hat, denen er unerschütterlichen Trotz entgegensetzt. Ich erinnere hier nur an sein durch den berühmtesten Puttkamerschen Ausspruch im Reichstag entstandenes Gedicht: „Die Flinte schießt, der Säbel haut“, dessen Abdruck dem alten Tölcke neun Monate Gefängnis eintrug. In der Beherrschung der Form war er Meister, ohne jemals der Gefahr der Verflachung und Gedankenarmut zu verfallen. Er arbeitete mit unglaublicher Leichtigkeit in den von ihm bevorzugten Stanzen und Achtzeilern, so daß für ihn ein paradoxes Wort Max Kegels zutrifft, der

mir einmal sagte, ein wirklicher Dichter könne zu jeder Zeit dichten und brauche nicht erst auf Stimmung zu warten. Etwas Wahres ist wohl daran, wenn auch die besten Sachen wohl nur aus einer Stimmung heraus entstehen. Aber von Richard Cramer konnte man zu jeder Zeit ein formvollendetes und inhaltsreiches Gedicht erhalten, wenn es für die Partei bestimmt war. Bin ich doch selbst Zeuge gewesen, wie ein Arbeiter in dem Bureau der Firma D. & Co., bei der Cramer als Kassierer angestellt war, auf einen Prolog zum Stiftungsfest eines Vereins nicht länger als eine Viertelstunde zu warten brauchte. Ueberhaupt entstanden die meisten Gedichte Cramers am Pulte im Geschäft der Firma D. & Co. Solche Geschäfte, in denen Dichter als Prokuristen fungieren, gibt es heutzutage nicht mehr. Die Firma D. & Co., ein großes Importhaus englischer Garne, gehörte zu jenen „königlichen Kaufleuten“ in Leipzig, die nur zu schnell nach der Reichsgründung den weniger vornehmen, aber mehr energischen Konkurrenten weichen mußten. Cramer war als Lehrling in das vornehme Haus gekommen, das von seiner Tätigkeit und Gesinnung genau unterrichtet war, aber nichts dagegen einzuwenden hatte. Leider war er gezwungen, als das Geschäft sich auflösen mußte, als alter Mann sich eine neue Existenz zu suchen.

Wie jeder wahre Dichter war auch Lavant ein Hellseher, der die Tagesereignisse durchdrang und intuitiv erkannte, wozu der Durchschnittsmensch erst durch Gedankenarbeit gelangt. So ist sein im Jahre 1891, also zu einer Zeit, wo wir damals „Junge“ in der Anbetung der westlichen Kultur Orgien feierten, entstandenes Gedicht: „Die Deutschen-Hetze“ eine wahrhaftige Voraussage des jetzigen Weltkrieges:

Ob ihre Zunge nun von Fusel,
 Ob sie vom Traubenblute schwer —
 Wir sehn vom gleichen blöden Dusel
 Erfast die Völker um uns her.
 Ob sie des Zaren Untertanen,
 Ob eine Republik ihr Ruhm —
 Sie alle hassen den Germanen
 Und fluchen dem Germanentum.

Und ob sie sich Romanen nennen,
 Ob slawisch ihre Mutter sang,
 Ob Länder sie und Ströme trennen —
 Sie schwören uns den Untergang.
 Man liest es klar in ihren Blicken,
 Wenn es die Lippe auch verhehlt,
 Daß sie am dumpfen Haß ersticken,
 Der wider Deutsches sie beseelt.

Rudolf Lavant verdient es seines Talentes wie seines Charakters wegen, von der Mitwelt — besser gekannt zu sein.

EDGAR STEIGER:

Das Rätsel Strindberg.

STRINDBERG erlebt gegenwärtig in Deutschland seine Auferstehung. Aber der Auferstandene ist nicht derselbe wie der Vierzigjährige, der uns Jahr 1890 in Berlin unter uns wandelte. Damals wurde der grausame Wahrheitsfanatiker, dessen unbarmherziges Auge allen Unrat in der menschlichen Seele aufwühlte, von dem jüngsten Deutschland als Bannerträger des Naturalismus auf den Schild gehoben; damals galt der Dichter des „Roten Zimmers“ und der „Schweizer Novellen“ als der furchtbarste Ankläger der heutigen Gesellschaft, dem kein sozialistischer Volksredner an Ueberzeugungsgewalt gleichkam; damals wurde der Weiberhasser, der „Fräulein Julie“ und den „Vater“ geschrieben hatte, von den Nietzscheschwärmern, die mit der Peitsche zum Weibe gingen, als ihr Abgott verehrt; damals konnte der Schöpfer der gigantischen materialistischen Kosmogonie „Am offenen Meere“ den Kurzsichtigen als ein schwedischer Wilhelm Bölsche erscheinen, dem statt der Sonne Mitteleuropas das Nordlicht Stockholms zu seinem Gemälde geleuchtet hatte. Jetzt aber erbauen sich gerade die, denen der Naturalist, Sozialist und Materialist, der Allesbezweifler und Allesverneiner ein Aergernis war, an der inneren Zerknirschung

des bereuenden Sünders und dem Bußpredigerpathos des Bekehrten, der uns in seinen Mysterien „Nach Damaskus“, „Advent“ und „Rausch“ den katholischen und in der „Gespenster-Sonate“ den protestantischen Katechismus mit erschütternder Wahrheit als innerstes Erlebnis vorführt, so daß alle Messen Roms dagegen verblasen und alle Predigten Wittenbergs davor verstummen. Die anderen aber, die ihm früher zujubelten, geben sich alle Mühe, ihn auch jetzt zu bewundern, obwohl sie unterdessen nichts innerlich erlebt haben, was diese Bewunderung rechtfertigen könnte. Oder sind sie etwa mit jenem modernen Paulus nach Damaskus gereist? Bewahre Gott! Ihnen ist die furchtbare Lebenstragödie des schwedischen Bekenners lediglich ein schönes Schauspiel voll verblüffender Ueberraschungen.

„Welch Schauspiel, aber ach, ein Schauspiel nur!“ Und für den, der des Dichters Leben nicht kennt, muß es auch dabei sein Bewenden haben. Darum stehen ja unsere Zeitungsschreiber, die die Tagesmode mitmachen müssen, ob sie wollen oder nicht, vor des Dichters Mysterien, wie die alten Weiber an der Straßenecke einer Großstadt, wenn sie sich über den neuesten Zusammenstoß der Trambahn mit dem Auto des Bürgermeisters unterhalten. Je mehr Scheiben dabei zersplittert und je mehr Arme und Beine dabei gebrochen sind, um so höher wird der Fall gewertet. Wozu dann noch — und das ist eigentlich die Hauptsache — die Schuldfrage kommt: ob der Trambahnführer das Bremsen vergessen oder der Kraftwagenlenker die Biegung zu kurz genommen habe.

Für den Geschichtsschreiber der Jahrhundertwende 1900 gehören Nietzsche und Strindberg zusammen. Hätte Elisabeth Förster die letzten Aufzeichnungen des Wahnsinnigen von Genua nicht verbrannt, so würde vielleicht sogar Hermann Eßwein sein voreiliges Urteil über das philosophische Chamäleon Deutschlands berichtigen. Denn der Philosoph, der am Schlusse seines Lebens unter seine letzten Bekenntnisse die Namen „Dionysos Zagreus“ und „Der Gekreuzigte“ setzte, war in derselben seelischen Verfassung wie der zermürbte Büsser der „Blaubücher“, der schon drei Jahre vor seinem Tod vor aller Welt seinen geistigen Bankrott erklärte. Und der plötzliche Sprung vom „Antichrist“

zum „Gekreuzigten“ ist für den Stimmungsphilosophen, der sich vom Schopenhauerschen Pessimisten zum Optimisten der exakten Wissenschaft und vom dionysischen Wagnerschwärmer zum nüchternen Positivisten umgehäutet hatte, um schließlich ebenso plötzlich, im Aufblick zu „Cesare Borgia“, zum Verherrlicher der blinden Triebe und zum Prediger des Uebermenschen und der ewigen Wiederkunft zu werden, ebenso kennzeichnend, wie die verschiedenen Stationen der großen Passion, die August Strindberg von seiner naturalistischen Sünden Maienblüte bis zur Verherrlichung des „Anderen“ im „Advent“ und des „Dungherrn“ in den „Blaubüchern“ durchzumachen hatte. Beide sind Opfer und Opferpriester ihrer widerspruchsvollen Zeit; beide müssen alle Widersprüche dieses Ueberganges und Niederganges, in dem alte Gesetzestafeln zerbrochen werden, bevor neue geschrieben sind, am eigenen Leibe erleben, dessen Herold ja nach Nietzsche der Geist ist, und beide haben das Gemeinsame, daß diese wechselnden inneren Erlebnisse, die eine fortlaufende Passion darstellen, als ebenso viele Häutungen ihrer Philosophie und Poesie zutage treten. Sind doch beide Fanatiker des Augenblicks und Stimmungsmenschen. Bei jeder Biegung des Weges glauben sie am Ziel der Reise, bei jeder Metamorphose ihrer Insektennatur im Zustande der Vollendung zu sein. Dabei erleben sie immer und immer wieder dieselbe große Enttäuschung, bis sie zuletzt, des ewigen Suchens müde, innerlich gebrochen und geistig gelähmt, wie die Schlange der Ewigkeit sich in den Schwanz beißen, von dem sie ausgegangen sind. Und so ist bei beiden das Ende vom Lied das Kindermärchen.

Strindberg hat manche packende Tragödie geschrieben. Aber keine hat uns so erschüttert wie die, die er uns mit sechzig Jahren vorgelebt hat. Man möchte lachen und muß weinen. Der Spott auf den Lippen wird zum Schmerz, der Hohn zur Bewunderung. Denn der Lear der modernen Literatur ist noch im Wahnsinn „jeder Zoll ein König“. Wir haben ihn mit geheimer Angst näher und näher herankommen sehen — diesen Wahnsinn, der schließlich den widerspruchsvollsten Geist des 20. Jahrhunderts umkrallte. Wir kennen auch seinen Ursprung. In der engen Kinderstube zu Stockholm, wo abwechselnd gebetet und geprügelt

wurde, machte der Sohn der Magd die erste Bekanntschaft mit dem unheimlichen Gesellen, mit dem er zeitlebens auf Tod und Leben ringen mußte, bald siegend, bald unterliegend. Durchblättern wir die widerspruchsvollen Werke des Dichters und Denkers von dem „Roten Zimmer“, wo der literarische und soziale Revolutionär der Gesellschaft seinen höhnischen Fluch entgegenschleudert, bis zu den beiden „Blaubüchern“, in denen der gebrochene Freigeist zum Kinderglauben zurückflüchtet, überall klafft uns derselbe Zwiespalt zwischen Denken und Glauben, wissenschaftlicher Unerbittlichkeit und religiöser Sehnsucht entgegen, an dem dieser philosophisch-poetische Hermaphrodit schließlich zugrunde gehen mußte. Ein Kämpfer, der gegen sich selbst wütet, so steht er vor uns, ein Zweiseelenmensch, aus dessen vulkanischem Innern bald, alles irdische Dunkel fahl beleuchtend, der kalte Blitz der Erkenntnis züngelt, bald die heiße Flamme der Sehnsucht blutrot gegen den Himmel lodert. Ein Zeitgenosse und Jahrhundertmensch, der in seinem Lebenswerk wie im Spiegel alle Geistesschicksale und Irrungen seines Jahrhunderts widerstrahlt und alle Hoffnungen und Leiden, alle Erkenntnisse und allen Wahn unseres verworrenen Uebergangszeitalters als persönliche Erlebnisse auskosten muß. Ein kosmischer Gestalter und Weltschöpfer, der als Künstler aus all diesen Irrungen und Wirrungen reine Kunstwerke schafft, während er als Denker das erlösende Wort nicht findet und demütig seinen Bankrott erklärt. Ein anarchistischer Revolutionär, der in der Jugend der Gesellschaft seinen Fluch ins Gesicht schleudert, um im Alter den Fluch der Gesellschaft als gottgewollte Strafe zu bewundern. Ein empörter Prometheus, der die Ketten seiner Jugend vor den Augen des Zeus zerreißt, um als enttäuschter Mann den stolzen Nacken unter Gottes Fuß zu legen. Fürwahr: eine Tragödie, die an die Burleske streift und eben darum wieder ein bezeichnendes Symbol für das Zeitalter der geistigen Purzelbäume, das halb aus Skepsis, halb aus Künstlerlaune alle Dinge auf den Kopf stellt und in der Froschperspektive eine neue Offenbarung sieht.

Man sehe sich einmal Strindbergs Ahnengalerie etwas genauer an und man findet vielleicht da und dort zerstreut die widerspruchsvollen Züge des Dichters, auf die dann das ausgehende

19. Jahrhundert den Prägestempel gedrückt hat. Der **Urgroßvater** ist Pfarrer, dessen Frau eine **Kapitänstochter**, unter deren Vorfahren einer unter **Gustav Adolf** für den neuen Glauben blutete und geadelt wurde. Der **Großvater**, ein ehrsammer **Kolonialwarenhändler** und **Stadtsoldat**, dichtet in den **Mußestunden** bereits fürs Theater. Der Vater, seines Zeichens **Dampfschiffexpeditor**, ist eine kalte Geschäftsnatur, die Mutter eine **Dienstmagd**, die nur Kinder gebären, beten und prügeln kann. Da haben wir ja **Theologie** und **Kriegerkaste**, **Glauben** und **Todesverachtung**, **Theater** und **Geschäft**, **aristokratische Tradition** und **plebejische Herkunft** hübsch beieinander. Der religiöse **Herrnmensch** mit dem **mißtrauischen Kainszeichen** des **Tschandala** ist fertig, noch bevor er geboren wurde. Dazu eine **freudlose Kindheit** in einer **Mietskaserne**, wo **elf Menschen** in drei **Zimmern** **zusammengepfercht** sind, in einer **pietistischen Atmosphäre**, wo es neben **Gebeten** auch **Hiebe regnet**. Der **Pietismus** mit seinem **weltabgewandten Gesicht** gestaltet sich bei dem **heranwachsenden Menschen** zu jener **wundervollen** und doch so **gefährlichen Verinnerlichung des Lebens** aus, in welcher der **Mensch** auf **Schritt** und **Tritt** sich selbst **belauert**, um sich von allem, was er **tut** und **denkt** und **fühlt**, **Rechenschaft** abzulegen. **Zugleich** gibt er diesem **ganzen Leben** den **christlichen Grundton**, der — **bald als Ober-**, **bald als Unterton** — auch da **mitklingt**, wo der **werdende Freigeist** mit aller **Kraft** die **religiösen Ketten** zu **sprengen** droht. Die **Aermlichkeit** des **Elternhauses** aber, wo **Kindtaufe** und **Begräbnis** sich in **grausamer Eintönigkeit** **jahrein jahraus** ablösen, weckt schon **früh** den **sozialen Empörungsinstitut** und **nährt** im **Knaben** den **Haß** gegen die **Familie**, in der der **Mann** später „**das Heim aller sozialen Laster**, eine **Versorgungsanstalt** aller **bequemen Frauen**, die **Ankerschmiede** des **Familienvaters** und die **Hölle der Kinder**“ erblickt. Dabei hat der **Knabe** einen **unstillbaren Wissenstrieb**, der sich nur **allzubald** an den **landläufigen Vorstellungen** der **Kirchenlehre** **betätigt** und aus dem **Gläubigen** einen **unerbittlichen Zweifler** macht. Er **wirft** sich schon **früh** auf das **Studium der Natur**, um das **religiöse Gespenst**, das ihn **peinigt**, zu **vergessen**; er wird **Materialist** und **Atheist**, um das **Erlösungsbedürfnis**, das ihn

quält, los zu werden. Aber der Denker ist nicht stark genug, die letzten Konsequenzen zu ziehen und Christentum und Materialismus zu überwinden. Der Dichter wiederum ist zu mächtig in ihm, als daß er des religiösen Symbols zur Weiterklärung entraten könnte. So ist er sein ganzes Leben lang Pietist und Rationalist zugleich, scheinbar wie ein Chamäleon ständig die Farbe wechselnd, in Wirklichkeit lediglich — je nach seinem innersten Bedürfnis — bald die eine, bald die andere Seite seiner zwiespältigen Natur schroff herauskehrend und in Krieger- und Schauspielerstellung gleichsam damit protzend. Ich sage absichtlich Krieger- und Schauspielerstellung. Oder mutet es uns nicht wie ein echt Strindbergischer Symbolismus an, wenn wir da lesen, daß der junge Strindberg, nachdem er kurze Zeit Volksschullehrer war, das inbrünstig geliebte Studium der Medizin, das ihm ein jüdischer Arzt und Gönner ermöglichte, eines Tages plötzlich hinwirft, um Schauspieler zu werden? Das heißt in Strindbergs Sprache: ein Bekenner, wie er es zeitlebens geblieben ist, einer, der die einmal erkannte Wahrheit, mag sie dem Hörer angenehm oder unangenehm klingen, so laut wie möglich ins Parterre hinunterschreit, einer, der sich vor den Augen des Publikums oben auf der Bühne nackt auszieht und zur Belustigung der Menge seine Seele prostituiert. Also mit anderen Worten: ein Dichter.

Mediziner und Schauspieler! Und dazu der jähe Sprung von einem zum anderen! Haben wir da nicht das ganze Strindberg-rätsel, an dem sich so mancher Literarhistoriker, Psychologe und Psychiater die Zähne ausgebissen hat, in einem klaren Bilde verdeutlicht? Gleichsam als ob er es selbst gedichtet hätte. Wirklichkeit und Romantik, Sein und Schein, Wissenschaft und Religion, Verstand und Gefühl, Pessimismus und Glaube sind nur verschiedene Namen für die zwei sich ewig befehdenden Seelen, die in jeder Faustnatur, wie Strindberg eine ist, dicht beieinander wohnen. Ein wilder Tatmensch, der sich nur in Worten austoben kann, mit einer zärtlich scheuen, mimosenhaften, ja weiblichen Seele, die vor jeder Berührung von außen zitternd zurückschauert, so steht der Dichter vor uns da. Was Wunder, daß er, in die Kämpfe des Tages hineingeschleudert, zugleich wüten-

der Parteimann und unerbittlicher Selbstkritiker wird? Daß er im Berlin der achtziger Jahre von den Jungen als naturalistischer Bannerträger auf den Schild gehoben wird, um im lebensfrohen Paris bei den Okkultisten und Symbolisten in die Schule zu gehen. Daß er in den „Schwarzen Fahnen“ noch einmal alles Gift und allen Haß, der sich in seiner verbitterten Seele angesammelt hat, von sich spritzt, um in den „Blaubüchern“ zum lallenden Kinde zu werden und mit Gott und den Menschen seinen Frieden zu schließen. Und das alles immer wieder mit dem vollen Bewußtsein, sich nunmehr zur endgültigen Wahrheit durchgerungen zu haben und zum Lehrer eines neuen Geschlechts berufen zu sein. Alle Wandlungen der wissenschaftlichen Erkenntnis und des künstlerischen Geschmacks hat Strindberg mitgemacht, aber nicht etwa als ein geschickter Anempfänger und Zuschauer, sondern als einer, der sie als innerste Erlebnisse durchkosten und auskosten muß, er mag wollen oder nicht. Nur von einem ist dieser Vielgeprüfte glücklicherweise verschont geblieben, von dem kühlen Snobismus derer, die das Evangelium „l'art pour l'art“ predigen. Ihm war Kunst und Leben immer eins; und hätte er nur die Wahl zwischen Kunst und Leben gehabt, er würde verächtlich die Kunst beiseite geschoben haben.

Man kann in Strindbergs Lebenswerk, wie es bis heute vor uns liegt, deutlich drei Entwicklungsstufen oder, wenn man lieber will, Metamorphosen unterscheiden. Die erste, die naturwissenschaftliche und naturalistische, beginnt mit dem sozialen Anklageroman „Das rote Zimmer“, der bezeichnenderweise zwei Jahre nach Ibsens „Gespenstern“ (1879) erschienen ist, und findet ihren klassischen Ausdruck in der tragischen Prosarhapsodie „Am offenen Meer“ (1890), in der der Dichter Strindberg — wie 150 Jahre zuvor Jean Jacques Rousseau — der Entdecker einer neuen künstlerischen Naturbetrachtung wird. Der Held des Romans, Dr. Borg, der konsequente Materialist, ist Strindberg selbst, aber eben nur der halbe Strindberg, ähnlich etwa, wie sich der Staatsminister Goethe im „Tasso“ als Antonio verewigt hat. Aber auch dieser Materialist wird zum Dichter und Phantasten und träumt draußen in den Schären den ganzen Weltentwicklungsraum noch einmal. Die religiöse Sehnsucht klammert sich an die

Natur, um sich selbst zu vergessen, der Atheist träumt sich als Welterschöpfer, um einen Ersatz für Gott zu haben. Aber mit welchem Erfolg? Borg wird wahnsinnig. Der einsame Uebermensch erliegt dem Alltag und der Masse, der Atheist der religiösen Hypnose, der weise Mann dem törichtem Weibchen.

Damit stehen wir bereits mitten in Strindbergs zweiter Schaffensperiode, die man als den erbitterten Kampf des Männchens gegen das Weibchen bezeichnen könnte. „Der Vater“ und „Fräulein Julie“, von den vielen anderen Komödien nicht zu reden, sind die reifsten Früchte dieser Entwicklungsstufe. Bezeichnenderweise sind es lauter Dramen. Man hat so viel über Strindbergs Weiberhaß geschrieben, man hat diesen bald als die kleinliche Rache eines vom Glück Gefoppten denunziert, bald ihn aus den Auswüchsen der nordischen Frauenbewegung erklären wollen. Der Todfeind aller Noras sagt ja im Hinblick auf Ibsens Frauenverehrung ebenso fein wie sarkastisch, es sei schade, daß man über den Fall „Gespenster“ den toten Alving nicht befragen könne. Aber den Kernpunkt der Sache treffen all diese Erklärungen nicht. Auch nicht die Eßweins in seinem geistvollen Strindbergbuch, der Strindberg auch hier als Entdecker und Pfadfinder feiert. Viel näher kommt Strindberg selbst der Sache, wenn er als Sechzigjähriger in seinem Blaubuche sagt: „Wenn ein Mann eine Frau zu lieben anfängt, so wirft er sich in eine Trance, wird Dichter und Künstler. Aus ihrem bildbaren, nicht individualisierten Astralmaterial (!) arbeitet er eine Gedankenform heraus, in die er das Schönste gießt, was er in sich hat. So schafft er sich einen Homunkulus, den er als seinen Doppelgänger adoptiert. **Und mit dem läßt sie den Mann schalten.**“ Natürlich ist da das Ende grausame Enttäuschung und entsetzlicher Katzenjammer. „Er will eine Wolke umarmen, aber es ist ein Körper. Er will sein Gedicht hören, aber es ist das eines anderen. Er will sein Kunstwerk sehen, aber es ist nur ein Modell.“ Mit anderen Worten: Es geht Strindberg mit dem Weibchen wie mit Gott. Seine Sehnsucht kann nicht von ihm lassen; es ist für ihn der Inbegriff alles Glücks und aller Seligkeit; aber sobald er es mit den grausamen Augen der Erkenntnis betrachtet, ist er bitter enttäuscht, und nun wütet er gegen

„das Modell“ wie ein Tobsüchtiger. So heiratet er dreimal und wird dreimal unglücklich. Was Wunder, daß er schließlich, um diesem ewigen Zwiespalt zwischen Begehren und Erkennen zu entgehen, aus dieser Welt der Leiblichkeit in das mystische Dunkel des Okkultismus hinüberflüchtet!

Im „Inferno“, das im lebenslustigen Paris entstand, hat Strindberg sein erstes okkultistisches Bekenntnis abgelegt. In der Dramenreihe „Rausch“, „Totentanz“, „Advent“, „Ostern“ tobt sich der Neubekehrte künstlerisch aus; und da der Okkultismus als künstlerisches Symbol auch dem Ungläubigen geläufig ist, glaubten die meisten Leser, das mystische Getue des wandlungsfähigen Schweden sei lediglich eine künstlerische Marotte. Erst seitdem die „Blaubücher“ bei Georg Müller in München erschienen sind, weiß alle Welt, daß es mit Strindbergs Bekehrung bitterer Ernst war. Er ist den Weg der alten Romantiker gegangen. Nur daß er, nach kurzem Kokettieren mit dem Katholizismus und Spiritismus, schließlich bei seiner ersten Liebe, bei Svedenborg, gestrandet ist. Man kann über diese Dokumente anscheinender geistiger Selbsterniedrigung, in denen doch der geistliche Hochmut des Neubekehrten wahre Orgien feiert, nicht reden, ohne tief traurig zu werden. Neben wundersamen Geistesblitzen, die die verschiedensten Gebiete des Lebens und die dunkelsten Winkel der Welt taghell erleuchten, neben großen ethischen und pädagogischen Wahrheiten, die da gepredigt werden, ein wüstes Chaos von biblischen Sätzen, kabalistischem Unsinn, spitzfindiger Scholastik und grob materialistischen Jenseitsvorstellungen. Und das alles in bunt durcheinander gewürfelten Gesprächen zwischen Lehrer und Schüler — eine Art Gegenstück zu Nietzsches Zarathustra — mit dem ausgesprochenen Zweck, alle positive Wissenschaft zu diskreditieren, allen Glauben, Wahn und Aberglauben zu verherrlichen. Mit einem Wort: eine Bankrotterklärung des Denkers Strindberg. Aber wieder echt Strindbergisch. Wie er „Am offenen Meer“ als Materialist mit einer wahrhaft religiösen Inbrunst Weltmetaphysik trieb, so wird er hier, wo er ganz in Religion schwelgt, plumper Materialist. Sein Glaube ist ein Köhlerglaube. Der Teufel wird wieder auf den Thron gesetzt. Nur heißt er jetzt noch ge-

schmackvoller der Dungherr. Und seine Kinder, die sonst die Kinder der Welt hießen, sind nun Kinder des Dungherrn oder Aefflinge. Alle mittelalterlichen Gottesbeweise der Scholastiker werden wieder aus der Rumpelkammer der Geschichte hervorgeholt und als neueste Weisheit verkündet, die ernste Bibelkritik verspottet und alle Wissenschaften darum bemüht, die Wirklichkeit und Notwendigkeit des Wunders zu erweisen. Die Mathematik ist die unreinste Wissenschaft, die Astronomie eine große Symphonie von Unsinn. Die Erdumdrehung, ohne daß ein alles Lebendige wegfegender Wirbelwind entsteht, und ohne daß die ganze Kugel glühen wird, ein logischer Nonsens, also ein ganz neuer (!) Beweis für das „Credo, quia absurdum est“. Darwin ist der eine Belzebub und Nietzsche der andere. Der Haß gegen Wagner ist der Haß gegen das Böse. Alle Atheisten sind Spitzbuben und umgekehrt. Die heilige Zahl sieben hat in Strindbergs Leben ihre providentielle Bedeutung bewährt, und das Schweißstück der Veronika ist einfach eine Gedankenphotographie.

Das sind nur einige kleine Proben aus dem ungeheuren Wust von Unsinn, der in den beiden dicken Bänden mit der ganzen Inbrunst des Propheten vorgetragen wird. Man schaudert, wenn man es liest und diese emsig aus allen Winkeln zusammengetragenen Bruchstücke falsch angewandter Wissenschaft wie einen babylonischen Turm vor sich aufragen sieht — mit dem einzigen Zweck, die Wissenschaft zu entthronen und den Glauben an ihre Stelle zu setzen. Wer Strindbergs innerste Natur kennt, wird ja diesen jähen Rückschlag gegen seine frühere Anbetung der Materie begreifen. Zeitlebens war er Fanatiker, und so oft er als Bekenner einer neuen Wahrheit auftrat, hat er das Kind mit dem Bade ausgeschüttet.

Aber was hat das alles mit dem Dichter Strindberg zu tun? Diese Frage wird zunächst die meisten verblüffen. Und doch ist sie bei Strindberg nicht nur berechtigt, sondern notwendig; denn so gewiß bei ihm in jedem einzelnen Falle Mensch und Dichter eins sind, so genau müssen wir Außenstehenden den Künstler vom Menschen trennen. Denn mochte der Mensch noch so oft strucheln, mochte der Denker noch so oft irren: dem Künstler und Gestalter wurde, so seltsam es klingt, der tiefste Fall zu einer

Auferstehung und der größte Irrtum zu einer neuen Offenbarung. Nicht nur weil er alle Wandlungen, die der Mensch durchmachte, künstlerisch so rein widerspiegelte, daß aus den wechselnden Zeitdokumenten lauter Ewigkeitswerte wurden, sondern noch mehr, weil der Künstler oft hellseherisch die Rätsel löste, über die der Mensch den Verstand verloren hatte. Zunächst freilich bleibt er noch im Ueberkommenen befangen. So werden im „Advent“ uns die diesseitigen und jenseitigen Schicksale des selbstgerechten ungerechten Richters und seiner gleichartigen Frau gleichsam in einem illustrierten christlichen Katechismus vorgeführt und dabei die Geschichte der Menschenseele als Sünde, Buße und Erlösung vor Augen gestellt, aber nicht als graue Schullehre, sondern in einer Folge greifbarer Bilder, die uns die beiden BÜßer in allen Schrecken des Lebens und des Fegefeuers vorführen, bis schließlich auch ihnen, nachdem sie durch schwere Strafen genug zermürbt sind, der Weihnachtsstern mit der Botschaft künftiger Erlösung leuchtet. Im Grunde genommen, eine religiöse Spukgeschichte, bei der die an der Wand auf und ab gleitenden Sonnenkringeln, das Silberzeug, das nicht weiß werden will, der als Franziskaner verkleidete Teufel, die grotesken Ballgäste im sogenannten Wartesaal, aus der Hand geschlagene Weingläser, klirrende Henkerbeile, gespenstische Doppelgänger usw. ihr unheimliches Wesen treiben, um das Innerste der Menschenseele nach außen zu kehren. Aber was diesem Spuk die überzeugende Gewalt über unsere Herzen gibt, das ist die religiöse Not und die religiöse Inbrunst des schwedischen Selbstpeinigens. Man muß unwillkürlich an Luther zurückdenken, wie er auf der Wartburg, die Bibel übersetzend, dem Teufel das Tintenfaß an den Kopf wirft, so massiv stehen hier prallste Wirklichkeit und überstiegene Jenseitigkeit unmittelbar nebeneinander.

Aber was will diese dramatische Analyse der Sünde, ein Nachhall des radikalen Bösen bei Kant und Schopenhauer, gegenüber der „Gespenster-Sonate“ besagen, in der sich der Dichter über alle konfessionellen Schranken hinaushebt und die von Nietzsche so verspottete Hinterwelt vor unseren Augen aufriegelt? Der Titel sagt hier schon alles. Gespenster gehen um. Aber sie sehen, wie das nun einmal Gespensterart, wie gewöhnliche Men-

schen aus. Der Vorhang, der diese Welt von Raum und Zeit abschließt, hebt sich für einige Stunden und ein Hauch der Ewigkeit weht uns eisig kalt entgegen. Aber wir sehen und hören nicht hinüber ins Unsichtbare. Denn das Drüben ist nicht für unsere Augen und Ohren. Darum muß sich der Dichter, wenn er uns etwas davon mitteilen will, eben der Worte bedienen, in denen die Dinge dieser Welt stecken, und irdischer Bilder und Gestalten, die wir mit unseren Augen sehen und mit unseren Händen betasten können. Eine mühsame Arbeit, ähnlich dem verzweifelten Beginnen jenes Sisyphos, der eine Ewigkeit lang den Stein bergan wälzt, damit er immer wieder in die Tiefe rolle. Denn die Worte, die der Dichter jetzt lallt, sind etwas ganz anderes als gewöhnliche Menschenworte — keine Namen für die sichtbaren und greifbaren Dinge, auf die sie sonst hinweisen, sondern geheimnisvolle Runen und Hieroglyphen, die das Unsagbare, das hinter den Dingen steckt, andeuten wollen. Und die Dinge selbst, die er uns vorführt, ob es nun Menschen oder tote Sachen sind, wollen auch nicht das sein, was sie sonst sind, die wechselnden Erscheinungen eines uns Unbekannten, sondern sie deuten geheimnisvoll hinter sich, auf dieses Unbekannte selbst. Darum zerfließen sie ineinander und gehen durcheinander hindurch, wie eben Gespenster tun, ohne daß eines dem anderen Abbruch täte; denn es sind ja Gestalten, die das Gestaltlose bedeuten. Gerade wie die Worte, mit denen sie bezeichnet werden, gar keine eigentlichen Worte, sondern mehr Töne sind, die nicht die Dinge bezeichnen, sondern nur das dunkle Gefühl, das, wenn ich so sagen darf, wie Luft und Licht um die Dinge zittert. Natürlich ist das wieder ganz falsch ausgedrückt. Denn dieses dunkle Gefühl, in das sich uns schließlich die ganze Welt auflöst, steckt ja nicht draußen in den Dingen, sondern in uns selbst, und nur in ihm leben und weben die Dinge draußen. Darum gibt es auch nur eine Kunst, die das innerste Wesen der Welt — wohlverstanden: der Welt, bevor sie Bewußtsein wird und sich in Innen- und Außenwelt spaltet — unmittelbar und rein wiedergibt, ja im eigentlichsten Sinne des Wortes wiedergibt: die Musik, die ganz dunkler und gestaltloser Wille ist. Die Welt der Töne ist das Jenseits im Diesseits. Und darum

hat auch Strindberg, als er mit den Darstellungsmitteln des Dichters, mit symbolischen Wortbildern das Rätsel des Lebens deuten wollte, sein Mysterium „Gespenster-Sonate“ genannt.

Man könnte in der „Gespenster-Sonate“ zunächst einfach das Bekenntnis des protestantischen Büssers erblicken, etwa wie uns vorher im „Rausch“ der katholische Proselyt Strindberg in Paris entgegentrat. Die ganze Menschheit erscheint hier als eine Verbrechergesellschaft, die durch alte Schuld aneinandergelötet ist. Das verhexte Haus des Obersten ist ein Ort der Qual, wo die seltsamsten Fratzen sich gegenseitig peinigen, bis sie entlarvt werden und im Winkel hinter dem Totenschirm Buße tun, während nebenan die Jugend zur Harfe das Lied der Schuldlosigkeit singt. Haben wir da nicht wieder alle Requisiten des christlichen Katechismus? Ja, wenn nur das Buddhabild nicht wäre, das, ein stummes und doch beredtes Symbol, bei der letzten Auseinandersetzung zwischen den beiden Liebenden steht. Es rührt keinen Finger und deutet doch weit über alle konfessionellen Schranken der positiven Religion hinaus. Und nun verstehen wir auch erst, was der geheimnisvolle Alte bedeuten soll, der in diesem Hexensabbat gewissermaßen den Regisseur spielt. Dieser Urverbrecher, der vor allen Spießgesellen im Hause des Obersten schon da war und mit allem verwandt und verwachsen ist — was ist er anders als das Leben selbst oder, wie Schopenhauer sagen würde, der objektivierte Wille? Er, der das große Verbrechen beging, ins Leben einzutreten, und darum an allem Elend schuld ist. Das Leben als der große Verbrecher und die Entlarvung dieses Verbrechens und die Willensverneinung die einzige Erlösung — das ist der tiefste Sinn dieses Mysteriums. Darum muß auch durch die Schuld des Vaters — erinnern wir uns, daß der Alte, nicht der Oberst der Vater ist! — das unschuldige Fräulein sterben. Sie stirbt einfach am Leben. Die rohe Köchin — eine Verkörperung des animalischen Daseins — hungert sie langsam aus. Der Student aber stirbt nicht; denn er ist nicht von dieser Welt, sondern ein Sonntagskind mit Augen, die das Unsichtbare sehen, ein Jenseitiger, der, mitten unter uns wandelnd, mit den Abgeschiedenen wie mit seinesgleichen verkehrt — mit einem Wort: ein Buddha, ein vollendeter.

Diese Andeutungen mögen genügen. Wie so oft in Strindbergs Leben und Dichten, haben wir auch hier das wundersame Schauspiel: der Dichter wächst über den Menschen hoch hinaus und schafft ein Werk, das alle Gebrechlichkeit des Büßers von sich abgestreift hat. Und darum wird dieser Dichter des ausgehenden 19. Jahrhunderts trotz all seiner menschlichen Schwächen und Irrungen in der Weltliteratur einen Ehrenplatz behaupten, wie der um dreiviertel Jahrhundert ältere Byron — als Opfer und Opferpriester einer Zeit, die ihr Oedipusrätsel weiß, aber dessen Lösung noch nicht gefunden hat. (m)

Aus unserer Sammelmappe.

Rußland ist zu einer Macht gestiegen, die man nicht ahnte; verarmt ist Schweden, Polen verschwunden. Auch die west- und mit-tägliche Seite Europas hat sich nun sehr verändert! Dürfen wir da nicht der Vorsehung danken, daß sie, ehe menschliche Augen dessen Bedürfnis vorhersahen, in aller Stille einen Baum pflanzte, der ein Jahrhundert hin unter gewaltsamen Stürmen wachsen und dann vereint mit Oesterreich (dessen natürlicher Bundesgenosse Brandenburg ist) ein Teil der Mittelmacht werden sollte, die das feste Land aller deutschen Völker sowohl als die nordischen Reiche vor Unterdrückungen fremder Nationen und Sprachen mitbeschützen helfe? Wich diese Zwischenmacht nordwärts, Oesterreich südwärts, wie stünde es um Deutschland, das sodann westwärts die Kaufmannsnationen nie retten werden. Feindselig ist daher die Politik derer, die Oesterreich und Preußen als ewige Nebenbuhler, als nie zu versöhnende Gegner betrachten. Der Zwist, der sie trennte, ist fast erloschen und bald ist die Zeit zu hoffen, da zum gemeinsamen Wohl Europas, zur Auf-rechterhaltung der Deutschen . . . ein dringendes Interesse beide innig verbindet.

Herder, 1802, „Adrastrea“.

Was wir bekämpfen, ist nicht das Vaterland an sich — das gehört dem Proletariat weit mehr als den herrschenden Klassen —, sondern die Zustände, die in diesem Vaterlande im Interesse der herrschenden Klassen vorhanden sind. . . . Das Kulturleben und die Kulturentwick-lung eines Volkes kann sich nur auf dem Boden voller Freiheit und Unabhängigkeit durch das Hilfsmittel der Muttersprache entwickeln. Daher überall das Streben unter Fremdherrschaft stehender Völker nach nationaler Freiheit und Unabhängigkeit.

Bebel.

Ich habe die Paradoxe, die gegen den Begriff des Vaterlandes gerichtet werden, niemals tragisch genommen. Das Vaterland ist keine überlebte Idee, der Vaterlandsgedanke verändert und vertieft sich. Ich bin immer überzeugt gewesen, daß das Proletariat in seinem innersten Wesen keiner Lehre des nationalen Verzichts, der nationalen Knechtschaft zustimmen kann. Sich gegen den Despotismus der Könige, gegen die Tyrannei der Herrenklasse und des Kapitals empören und sich dabei widerstandslos das Joch der Eroberung die Herrschaft eines fremden Militarismus auferlegen lassen: das ist ein so kindisch-kläglicher Widerspruch, daß ihm beim ersten Alarm alle Kräfte des Instinkts und der Vernunft hinwegfegen müssen.

Jaurès.

Das Land, das ganze Nationen in seine Proletarier verwandelt, das mit seinen Riesenarmen die ganze Welt umspannt hält, das mit seinem Gelde schon einmal die Kosten der europäischen Restauration bestritten hat, in dessen eigenem Schoße sich die Klassengegensätze zur ausgeprägtesten, schamlosesten Form fortgetrieben haben — England scheint der Fels, an dem die Revolutionswogen scheitern, das die neue Gesellschaft schon im Mutterschoße aushungert.

Karl Marx, 1. Januar 1849.

Nur wenn die Sozialdemokratie sich auf die doktrinäre Propaganda und das sozialistische Experiment beschränkte, würde sie den nationalpolitischen Fragen gegenüber in rein kritischer Haltung verharren können. . . Im weiteren Verlaufe wird das Nationale so gut sozialistisch sein wie das Municipale. Nennen sich doch schon heute Sozialisten demokratischer Staatswesen gern Nationalisten. . . Ist der Arbeiter auch noch kein Vollbürger, so ist er doch nicht mehr in dem Sinne rechtlos, daß ihm die nationalen Interessen gleichgültig sein können. Und ist die Sozialdemokratie auch noch nicht an der Macht, so nimmt sie doch schon eine Machtstellung ein, die ihr gewisse Verpflichtungen auferlegt. . . Nichts gebietet ihr (der Sozialdemokratie), dem Verzicht auf Wahrung deutscher Interessen der Gegenwart oder Zukunft das Wort zu reden, wenn oder weil englische, französische oder russische Chauvinisten an den entsprechenden Maßnahmen Anstoß nehmen. Wo es sich auf deutscher Seite nicht bloß um Liebhabereien oder Sonderinteressen einzelner Kreise handelt, die für die Volkswirtschaft gleichgültig oder gar nachteilig sind, wo in der Tat wichtige Interessen der Nation in Frage stehen, kann die Internationalität kein Grund schwächerer Nachgiebigkeit gegenüber den Präzensionen ausländischer Interessenten sein.

Eduard Bernstein, 1899.

Die Rede, welche ich jetzt von neuem — ganz unverändert — herausgibt, pflügt von einigen unverbesserlichen Kindsköpfen gegen

mich zitiert zu werden als ein Beweis, daß ich heute ein anderer sei als vor 19 Jahren. Nun — ich bekenne mich ohne weiteres schuldig und gebe zu, daß ich allerdings insofern ein „Rechnungsträger“ bin, als ich mein Handeln nach den Verhältnissen richte. Ich bin sogar der ketzerischen Ansicht, daß jemand, der mit den veränderten Verhältnissen sein Handeln nicht ändert, an der Erfindung des Pulvers unschuldig ist. Die Taktik nicht ändern, wenn die Umstände sich geändert haben, ist nicht Charakterstärke, sondern Geisteschwäche, nicht Konsequenz, sondern Impotenz. Ein General, der seinen Schlachtplan im Laufe der Schlacht nicht zu ändern vermag, taugt nichts; und die glänzendsten Siege sind durch eine während der Schlacht veränderte Taktik gewonnen worden. Mein Ziel ist heute dasselbe wie vor zwanzig und vor vierzig Jahren und mehr — nur etwas klarer und um vieles erweitert —, meine Taktik aber habe ich mehrere Male geändert, und es ist sehr möglich, daß ich sie noch einmal oder gar noch mehrere Male ändern werde. Falls das Terrain wechselt und die Operationsbasis eine andere wird, ist es gewiß.

Wilhelm Liebknecht.

Wir Deutsche krochen, die Franzosen krochen neben uns. Was hat uns das Kriechen genützt? . . . Und was haben wir davon? — Sind wir der Russen etwa sicherer als vorher? Sie spielen einfach mit uns wie die Katze mit der Maus, und wenn wir den Frieden mit Rußland und mit Hilfe Rußlands den Weltfrieden noch so ernstlich wollen, wir können ihn niemals bekommen. Rußland ist eine durch und durch despotische Macht und das zarische Rußland muß seiner ganzen Natur nach ein erobernder Staat sein. Rußland kann in der Gestalt und Verfassung, die es gegenwärtig hat, seine Eroberungspolitik nicht aufgeben; es ist ein Raubstaat, der ohne Länderraub nicht bestehen kann. Also, wenn wir auf ein friedliches Rußland rechnen, so täuschen wir uns. Das heutige Rußland wird stets eine Gefahr des Weltfriedens sein; friedlich kann Rußland nur werden, wenn es gezwungen wird, die Bahnen der europäischen Kultur zu wandeln, und dazu wäre Deutschland in der Lage gewesen.

Wilhelm Liebknecht.

Rußland — eine halbbarbarische Macht, die sich gerade so viel Zivilisation angeeignet hat, um ihre barbarischen Ziele mit dem Raffinement der Kultur verfolgen zu können. Der brutalste Raubstaat, den die Geschichte kennt, der einzige, welcher der langen, ununterbrochenen Reihe von an der Menschheit begangenen Verbrechen keinen der Menschheit erzeugten Dienst mildernd zur Seite stellen kann. . . Dieser räuberischste, grausamste, heuchlerischste aller Raubstaaten darf ungestraft Europa, die Welt, aus einer Panik in die andere stürzen, darf den Handel und die Industrie der zum Aufblühen

unentbehrlichen Ruhe und Sicherheit berauben, darf Verwicklungen schaffen, aus denen jeden Augenblick ein europäischer, ein Weltkrieg empor-schießen kann.

Wilhelm Liebknecht: „Soll Europa kosakisch werden?“

Wir sahen bereits, unter welchem Einfluß Marx noch vor seiner Uebersiedelung nach London zur Ueberzeugung gelangt war, daß England und Rußland de facto Bundesgenossen im Kampfe gegen die Revolution waren. Der Londoner Aufenthalt verstärkte noch seine Ueberzeugung von dem konterrevolutionären Charakter der Politik Palmerstons (des englischen Staatsmannes), den die preußische Kamarilla der damaligen Zeit für einen Agenten der Revolution, die preußischen Liberalen für einen Verfechter des Konstitutionalismus und einen ebensolchen Beschützer der nationalen Idee hielten, wie den dritten Napoleon.

N. Rjasanoff über Marxens Beurteilung Englands und Rußlands.

Die politische Sklaverei, in der sich das kontinentale Europa gegenüber Rußland befand, wurde vervollständigt durch seine wirtschaftliche Abhängigkeit von England. Die Revolution von 1848 zerschellte in nicht geringerem Maße am Widerstand Rußlands, dieses Despoten Europas, als am Widerstand Englands, dieses Despoten des Weltmarktes. Wenn von London alle wirtschaftlichen Fäden ausgingen, die den Weltmarkt umgarnten und die Abhängigkeit des kontinentalen Europas von der Londoner Börse befestigten, so wurden in Petersburg unermüdlich die Ketten geschmiedet, in denen die besiegte Revolution verblutete, und die Ränke und Intrigen der Reaktion, mit denen alle europäischen Fürstnhöfe von Berlin bis Madrid ihre Völker umgarnten.

N. Rjasanoff über Marxens Beurteilung Englands und Rußlands.

Ehrwürdiger Herr! Schlecht kennt Ihr die Geschichte.
Ihr habt ganz recht, es ist Vernunft ihr Inhalt,
Doch ihre Form bleibt ewig die Gewalt.

Lassalle.

Zuschriften an die Redaktion der Glocke sind zu richten an Konrad Haenisch,
Berlin-Steglitz, Friedrichsruherplatz 4 part.

Adresse des Herausgebers: Dr. A. Helphand, Vodrofsvej 50B, Kopenhagen.

Während des Krieges werden nach Dänemark nur offene Briefe befördert.

Für die Redaktion verantwortlich:

Karl Blasenbrei / für den Verlag: Verlag für Sozialwissenschaft G.m.b.H. /
Druck: G.Birk & Co. m.b.H. / sämml. in München, Altheimereck 19.

DIE GLOCKE

Heft Nr. 13

1. März

Jahrg. 1915/16

Nachdruck sämtl. Artikel mit ausführlicher Quellenangabe gestattet.

Franz Mehring zum 70. Geburtstag.

AUS der großen Zeit der deutschen Dichter und Denker, von deren Wesen das deutsche Bürgertum, ganz verstrickt in kapitalistische Erwerbsinteressen, heute kaum mehr einen Hauch verspürt, bekam er den Idealismus überliefert, hielt als Letzter unerschrocken inmitten der Gleichgültigen, Trägen und Abtrünnigen aus, und rettete, seinen sozialistischen Vorgängern folgend, das geistige Erbe der deutschen Revolution in das Lager des Proletariats, wo es neue Gestalt annahm und neue Kraft gewann — bis die eiserne Zeit kam, da im großen Weltringen die Grundfesten der politischen und wirtschaftlichen Klassenherrschaft der Wenigen erschüttert wurden und das deutsche Proletariat, bewaffnet und geistig gerüstet, den Vordergrund der Weltbühne betritt, um ein Reich zusammenzuhämmern, das dem Volke die Wege zum Fortschritt und zum Glück, zur geistigen Macht und zum materiellen Wohlstand freilegen und ebnen wird.

Parvus.

HERMANN MATTUTAT:

Wann kommt der Friede?

SEIT neunzehn Monaten lastet der Krieg wie ein böser Alp auf den europäischen Staaten und immer sehnsüchtiger und dringender hört man im Volke die bange Frage: Wann kommt der Frieden?

Diese Frage wird nicht nur bei uns in Deutschland erhoben, sondern aller gegenteiligen Versicherungen und Phrasen ungeachtet auch bei den übrigen vom Kriege in Mitleidschaft gezogenen Nationen. Das Volk hat genug an den entsetzlichen Greueln und Opfern des Krieges und wünscht nichts sehnlicher, als endlich wieder zu normalen Verhältnissen zurückzukehren und seine gewohnte Friedenstätigkeit aufnehmen zu können. So groß aber auch die allgemeine Friedenssehnsucht, so gering ist die Aussicht auf ihre baldige Befriedigung und eine binnen kurzem erfolgende Beendigung des Krieges. Nach den aus letzter Zeit stammenden Aeußerungen namhafter Vierverbandsvertreter sind wir sogar noch sehr weit vom Frieden entfernt, wenn man auch nach den gemachten Erfahrungen nicht alles als Evangelium betrachten darf, was von jener Seite geredet wird.

Das deutsche Volk wie auch die deutsche Regierung kann für die Fortdauer des Krieges keine Verantwortung treffen. Gelegentlich der sozialdemokratischen Friedensinterpellation hat der Reichskanzler klar und deutlich zum Ausdruck gebracht, daß die deutsche Regierung nicht auf die Unterjochung der mit uns im Kriege stehenden Nationen abzielt und jederzeit bereit ist, ernstlich über den Frieden zu verhandeln, wenn die Gegner der tatsächlichen Kriegslage Rechnung tragen wollen. Diese Erklärung hat leider nicht das von den Friedensfreunden erhoffte Echo des Auslandes hervorgerufen. Unsere Gegner lehnen nach wie vor alle Friedensverhandlungen ab und halten verbissen an der

Absicht fest, den Krieg nicht eher zu beendigen, bis die Niederlage Deutschlands — oder wie sie sagen — die Zerschmetterung des deutschen Militarismus herbeigeführt ist. Nach dem bisherigen Verlauf des Krieges fällt es zwar schwer, den Glauben an die Niederringung Deutschlands und seiner Verbündeten ernst zu nehmen, da für die Verwirklichung der gegnerischen Siegeshoffnungen so ziemlich alle Voraussetzungen fehlen. Wie liegen die Verhältnisse?

In den verflossenen neunzehn Kriegsmonaten hat der Vierverband nennenswerte militärische Erfolge nicht erzielt, wohl aber gewaltige Niederlagen erlitten. Die von Joffre, Kitchener, Cadorna und anderen mit vielem Pathos angekündigten Offensiven sind teils ausgeblieben, teils unter den schwersten Verlusten an der unerschütterlichen Mauer des deutsch-österreichischen Heeres zusammengebrochen. Alle Anstrengungen des Vierverbandes, an irgendeiner Stelle der ungeheuren Front durchzubrechen, blieben trotz ungeheuerlichster Menschenopfer und Munitionsverschwendung umsonst. Nach wie vor halten die Armeen der Mittelmächte nahezu ganz Belgien, einen großen Teil Nordfrankreichs, ferner Polen und neuerdings Serbien und Montenegro besetzt. Sie daraus zu vertreiben, erweist sich immer mehr als militärische Unmöglichkeit. Der angekündigte Einzug der Sikhs und Gurkas in Berlin läßt unter diesen Umständen noch heute auf sich warten. Ebenso sind die Hoffnungen auf das Vordringen der russischen Dampfwalze kläglich zuschanden geworden. Der Beitritt Italiens zum Bunde der Ententemächte änderte nichts an der für die Zentralmächte günstigen Kriegslage. Die opferreichen Sturmangriffe der Italiener gegen die österreichische Front zerschellten, und das Gallipoliabenteuer endete mit einer fürchterlichen Blamage für seine Urheber. Sein Verlauf hat dem Ansehen des Vierverbandes, besonders aber Englands, einen schweren Schlag versetzt. Nicht glücklicher liegen die Verhältnisse für die Engländer in Mesopotamien, und die Landung in Saloniki wird selbst von entente-freundlicher Seite als großer Fehler bezeichnet. Zur See herrscht zwar England auf Grund seiner ungeheuren Flottenübermacht, aber diese Herrschaft kommt ihm sehr teuer zu stehen. Dazu räumt der Unterseebootkrieg trotz aller Ablehnungen doch in sehr unange-

nehmer Weise unter Englands Schiffsbestand auf und es machen sich die erlittenen Verluste bereits wirtschaftlich stark bemerkbar.

Von diesen Tatsachen vermögen alle Phrasen der Entente-Wortführer nichts hinwegzunehmen. Dazu kommt, daß alle ihre Vertröstungen auf die allmähliche Entwicklung der militärischen und wirtschaftlichen Kräfte des Vierverbandes und die daraus folgende Zerschmetterung der Mittelmächte unerfüllt blieben. Die Zeit verstrich! Unter der neutralen Mitwirkung der Vereinigten Staaten häufte der Vierverband zwar ungeheure Munitionsmengen an, die es gestatteten, unsere braven Truppen mit einem wahnsinnigen Höllenfeuer zu überschütten. Die Werbungen Kitcheners und Lord Derbys brachten Millionen Freiwillige unter die Fahnen des Vierverbandes, ganz abgesehen davon, daß alle fünf Erdteile gegen uns aufgehetzt und mobilisiert wurden. Aber weder Trommelfeuer noch die weißen und farbigen Sturmkolonnen der Engländer und Franzosen vermochten unsere Fronten zu erschüttern. Wenn hier und da ein Stück verloren ging, so war es bald wieder in unseren Händen. Nur in den deutschen Kolonien gelang es unseren Gegnern, Erfolge zu erzielen. Das war nicht anders zu erwarten. Unseren verhältnismäßig schwachen Kolonialschutztruppen konnte es auf die Dauer nicht möglich sein, der ihnen entgegertretenden gewaltigen Uebermacht zu widerstehen. Dennoch haben sie es den Franzosen und Engländern nicht leicht gemacht, die deutschen Kolonien zu besetzen. Das ist im wesentlichen alles, was der Vierverband an Erfolgen aufzuweisen hat.

Auch auf dem wirtschaftlichen Gebiete haben sich die Erwartungen des Vierverbandes nicht verwirklicht. Durch die Unterbindung der Einfuhr hoffte man Deutschland binnen kurzem auszuhungern. Dieser liebenswürdige Plan ist nicht gelungen. Wir haben es fertig gebracht, die Lebensmittelversorgung so zu organisieren, daß auch für die Folge alle Aushungerungsabsichten unserer Gegner scheitern müssen. Das gleiche trifft für die Rohstoffversorgung zu. Unsere Industrie hat während des Krieges ein geradezu staunenerregendes Anpassungsvermögen bewiesen; infolgedessen konnte sowohl der private wie der Heeresbedarf voll gedeckt werden. Durch entsprechende Vorkehrungen ist auch die Zukunft berücksichtigt. So erwachsen unseren Gegnern auf

allen Seiten Enttäuschungen über Enttäuschungen! Die Erklärung hierfür ist, daß sie die Widerstandsfähigkeit des Deutschen Reiches und seiner Verbündeten gewaltig unterschätzten und sich über die uns zur Verfügung stehenden Hilfsmittel außerordentlich naiven Illusionen hingaben. Alle Niederlagen und Enttäuschungen haben aber bis jetzt für unsere Gegner keine Ernüchterung zur Folge gehabt, denn noch immer schallen uns bei jeder Gelegenheit die alten Niederschmetterungsphrasen entgegen. Sie betrügen sich damit nur selbst. Auf die Dauer können sie das Volk nicht über die bestehende Sachlage hinwegtäuschen. Die Wahrheit bohrt sich durch und schließlich muß das von der Entente aufgerichtete Lügegebäude elend zusammenbrechen.

Deutschland ist militärisch unüberwindlich. Dieser Tatsache kann man sich selbst im Ententelager nicht mehr völlig verschließen. Anstatt aber den Krieg abzubrechen und die Hand zum Frieden zu bieten, wiegt man sich trotz aller Enttäuschungen immer wieder in neuen Illusionen und klammert sich an die Hoffnung von dem endlichen Sieg. Vor allem rechnet man auf die baldige Erschöpfung des dem Reiche zur Verfügung stehenden Menschenmaterials und schließlich auf den wirtschaftlichen Zusammenbruch. Aber auch diese Hoffnung wird sich als trügerisch erweisen. Gewiß, die deutsche Volkskraft ist nicht unerschöpflich. Wir verfügen nicht über das ungeheure Menschenmaterial wie die Ententemächte. Doch hat schon der seitherige Verlauf des Krieges hinreichend dargetan, daß es nicht allein auf die Zahl ankommt, sondern daß bei den militärischen Entscheidungen auch die Qualität der Truppen eine Rolle spielt. Lediglich durch die überragende Qualität der deutschen Soldaten haben wir es fertig gebracht, uns gegenüber der gewaltigen Uebermacht der Feinde im Westen und Osten nicht nur zu behaupten, sondern ihnen auch vernichtende Schläge beizubringen. Dieser Qualitätsvorteil hat seither keine Verminderung erfahren und solche wird auch später nicht eintreten, solange wir genötigt sind, unser Vaterland und unsere nationale Existenz zu verteidigen. Aber auch darüber hinaus geht die Rechnung unserer Gegner fehl, wenn sie auf die baldige Erschöpfung unserer Wehrkräfte spekulieren. Die Tatsachen beweisen es. Während England

genötigt war, die Wehrpflicht einzuführen und um die erforderlichen Soldaten zu erhalten, dem verhaßten Militarismus eine so weitgehende Konzession machen mußte, Frankreich gezwungen wurde, die bestehende Wehrpflicht erheblich auszudehnen und zum Schaden seiner durch den Krieg geschwächten Volkskraft bereits die Siebzehnjährigen in das Heer einzureihen, vollziehen sich in Deutschland die Einberufungen noch völlig im Rahmen der unverändert gebliebenen Wehrordnung. Die Rekrutierung des jüngsten Jahrganges ist die normale und von den älteren gedienten und ungedienten wehrpflichtigen Mannschaften sind noch eine ganze Anzahl Jahrgänge von der Einberufung frei geblieben, weil der vorhandene Mannschaftsbedarf auch ohne ihre Heranziehung gedeckt werden konnte. Entsteht je die Notwendigkeit hierfür, so ist Deutschland in der Lage, noch Millionen weitere Kämpfer ins Feld zu stellen, um den Feinden das Eindringen in das Reich zu wehren. Die Annahme der englischen Wehrpflichtvorlage kann uns deshalb nicht schrecken; der damit verfolgte Zweck wird nicht erreicht.

So verbleibt nur noch der wirtschaftliche Zusammenbruch Deutschlands! Doch auch damit hat es seine guten Wege. Sicherlich ist die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des deutschen Volkes außerordentlich stark in Anspruch genommen. Die äußerste Anspannung liegt jedoch noch nicht vor. Wohl aber sind beim Vierverband unverkennbare Anzeichen dafür vorhanden, daß man dort vor dem Aeußersten steht, der wirtschaftliche Zusammenbruch bereits an die Türe pocht. Wir können daher in Aussicht nehmen, daß, bevor das Deutsche Reich wirtschaftlich erschöpft ist, mindestens einigen seiner Gegner der Atem ausgeht. Tritt dieser Fall ein, so ist dort auch der militärische Zusammenbruch unausbleiblich. Allzu lange ist es bis dahin nicht mehr. Jeder Tag kostet ungeheueres Opfer an Blut und Geld. Das zwingt dazu, dem grausen Spiel ein Ende zu machen, wenn nicht der unaufhaltsam näher rückende wirtschaftliche Zusammenbruch alles verschlingen soll.

Kurz zusammengefaßt ist also festzustellen: Deutschland hat seine Kräfte noch nicht erschöpft; es kann und wird weiter durchhalten. Seine Gegner werden ihr Ziel, die Niederringung

des Reiches, nicht erreichen. Es besteht für sie nicht einmal die Aussicht, die Räumung der von Deutschland und seinen Verbündeten besetzten Gebiete zu erzwingen, und alle für die Herbeiführung dieses Ziels gebrachten Opfer bleiben nutzlos.

Unter diesen Umständen kennzeichnet sich die weitere Fortsetzung des Krieges durch die Ententemächte als verbrecherischer Wahnsinn. Es ist unmöglich, bei nüchterner Beurteilung zu einem anderen Schlusse zu kommen. Wenn die angestrebten Ziele nicht zu erreichen sind, wozu dann noch weitere Opfer? Doch man fragt vergebens! Der Krieg dauert fort. Das deutsche Volk kann sich trotz seines Friedenswillens den weiteren Kämpfen nicht entziehen. Wir ringen um unsere Existenz! Es ist das Verhängnis aller Kriege, die durch keine schnelle Entscheidung zum Abschluß gebracht werden können: je länger sie dauern, um so schwieriger erweist sich die Herbeiführung des Friedens. Hier wiederholt sich in großem Maßstabe, was wir bei den wirtschaftlichen Kämpfen zwischen Unternehmern und Arbeitern beobachten. Bei annähernd gleichen Kräften und Hilfsmitteln hegt jede der beiden Parteien bis zum letzten Augenblick die Hoffnung, den Gegner doch noch niederzuwerfen oder zu erschöpfen. Solche Kämpfe ziehen sich oft endlos hinaus und nur die bessere Einsicht auf der einen Seite oder das Dazwischentreten Dritter kann sie zur Beendigung bringen, ehe bei beiden Teilen die Erschöpfung zur Einstellung des Kampfes zwingt. Die daraus folgenden Nachteile sind erst in Jahren auszugleichen, während eine rechtzeitige Verständigung jeden Schaden vermieden hätte. So auch hier: Deutschland ist zum Frieden bereit; es kann dies um so rückhaltloser bekunden, als die Mittelmächte militärisch unbestreitbar Sieger sind. Die Vierverbandsmächte, vor allem England, wollen dennoch vom Frieden nichts wissen, weil sie ihre Niederlage nicht eingestehen wollen und immer noch hoffen, deren Folgen entgehen zu können. Trotzdem könnte es zum Frieden kommen, wenn sich der Dritte fände, der zwischen den streitenden Parteien vermittelte und sie, wenn nicht anders, zum Frieden zwingen würde.

Dieser Dritte ist in den neutralen Staaten vorhanden, die unter der langen Dauer des Krieges ebenfalls schwer leiden.

Eine entschiedene Intervention von dieser Seite könnte sicher sehr viel zur Beendigung des Krieges beitragen. Der Wille dazu ist auch vorhanden, nur fehlt es an der Einigkeit. Mit Ausnahme der Vereinigten Staaten handelt es sich um Kleinstaaten, die sich als einzelne der englischen Abhängigkeit und dem von dort aus auf sie ausgeübten Drucke nicht zu entziehen vermögen. Demzufolge verlegen sie sich auf das Abwarten, bis sie ihre Zeit gekommen glauben. Viel zu dieser Resignation trägt die Haltung der Vereinigten Staaten bei. Die von Wilson betriebene Politik ist geradezu ein Hohn auf die von ihm beteuerte Neutralität. Schlimmer kann die Neutralität nicht verletzt werden, als es durch die amerikanischen Waffen- und Munitionslieferungen an den Vierverband geschieht. Ohne diese Lieferungen wäre der Krieg längst zu Ende. Das berührt jedoch die biederen Yankees nicht. Sie haben bei den Waffen- und Munitionslieferungen ein ausgezeichnetes Geschäft gemacht und wollen es weiter machen, mag auch Europa darüber zum Trümmerhaufen werden. Ihnen verschlägt das nichts, bietet ihnen doch die politische und ökonomische Vernichtung der europäischen Staaten neue und bis dahin ungeahnte Gewinnmöglichkeiten. Eine Aenderung der Politik Wilsons und damit eine Förderung der Friedensbestrebungen ist nur von dem fortschreitenden Unabhängigwerden des Vierverbandes von den amerikanischen Waffen- und Munitionslieferungen zu erwarten, weil damit in Amerika andere kapitalistische Kreise in den Vordergrund treten, die an der Herbeiführung des Friedens interessiert sind.

Ein solcher Umschwung bahnt sich an, macht sich aber vorerst noch sehr wenig bemerkbar. Wir haben daher auch vorläufig von der Einwirkung der Neutralen auf die Kriegführenden keinen Frieden zu erhoffen. Der ungeheure Kampf geht weiter und es bleibt uns nur die eigene Kraft, auf die wir uns stützen und vermittels deren wir den Sieg und endlichen Frieden herbeiführen können. So schmerzlich es auch erscheint, es bleibt kein anderer Ausweg! Das eine bietet uns Trost. Wir haben noch die Kraft dazu, die Absichten unserer Gegner zu vereiteln und wir werden und müssen sie anwenden! Wenn dabei weiter ungeheure Opfer fallen, unendliches neues Elend geschaffen wird,

wir tragen keine Schuld daran! Die Verantwortung fällt allein auf diejenigen, die blind gegenüber den sie umgebenden Tatsachen Phantomen nachjagen und den wahnwitzigen Gedanken verfolgen, ein Kulturvolk wie das deutsche auszulöschen! (m)

Dr. LUDWIG QUESSEL:

Das Problem des Friedens.

UNSERE Parteiopposition liebt es, diejenigen Erscheinungen im feindlichen Ausland, die ihre Lehre von der Bereitschaft der Entente zu einem Frieden ohne Annexionen Lügen strafen, als belanglose Ausflüsse der Kriegspsychose abzutun, womit sie die vor dem Kriege von den Gegnern des Pazifismus vertretene Anschauung, daß alle Kundgebungen internationaler Kongresse für den Völkerfrieden nur als Ausbrüche der Friedenspsychose bewertet werden könnten, glücklich auf den Kopf gestellt hat. Es bedarf keiner langen Beweisführung, daß diese sehr einfache Methode, unbequeme Erscheinungen beiseite zu schieben, einer ernsthaften Kritik nicht standhalten kann. Gewiß ist das Denken eines Menschen, der an dem Schicksal seines Volkes leidenschaftlichen Anteil nimmt, im Sturm und Wetter des Krieges ein anderes, als im hellen Sonnenschein des Friedens. Gerade für Kriegszeiten scheint mir das Dichterwort, daß nur derjenige, der Verstand nie besessen, über gewisse Dinge nicht den Verstand verlieren kann, Geltung zu haben. Jene blutleere Objektivität unserer Parteioppositionellen, die für diejenigen, die mit vollem Herzen alle Phasen dieser Weltkatastrophe miterleben, nur ein kaltes Lächeln oder eine überlebte Phrase übrig haben, steht dem Verständnis der neugestaltenden Kräfte dieses Krieges weit ferner als die Leidenschaft des Herzens, mit der wir in dem gewaltigen Erleben unserer Tage Partei ergreifen für unser Volk und seine Zukunft.

Nicht unnütz erscheint es mir daher in diesen Tagen, wo das Unglück frei durch die ganze Erde geht, einen Blick in die Kriegsschriften unserer Feinde zu werfen, deren Verfasser ganz gewiß himmelweit entfernt sind von jener leidenschaftslosen Sach-

lichkeit, die die Presse unserer Parteiopposition als edelste Blüte wahrer Menschlichkeit preist, die aber in Wirklichkeit nur das Unvermögen darstellt, in großer Zeit über „das ganz Gemeine, das ewig Gestrige“ hinauszuwachsen. Wer nun heute, nach anderthalbjähriger Dauer des Krieges, die feindlichen Kriegsschriften mustert, wird gewahr, wie ihr Charakter mit jeder Phase des Krieges sich ändert. Zu Anfang des Krieges beschäftigt sich fast die ganze Kriegsliteratur der Entente mit den Ursachen, die zu dem Weltbrand geführt haben, wobei nach dem bekannten Rezept, daß Verleumdung schärfer schneidet als das Schwert, alle Schuld an dem tragischen Konflikt der europäischen Völker Deutschland zugeschoben wird. Eine neue Serie von Kriegsschriften ruft unsere energische Unterdrückung des belgischen Frantireurkrieges hervor, in denen die „germanische Barbarei“ in den grellsten Farben geschildert und die ganze Menschheit zum Kreuzzuge gegen den „alkoholischen, wahn-sinnigen und verbrecherischen Militarismus“ aufgerufen wird. Der überraschende Erfolg Joffres an der Marne gibt das Signal zur Herausgabe einer dritten Gruppe feindlicher Kriegsschriften, die den Völkern der Entente „den Weg zum Sieg“ in verlockenden Farben schildert und das nahe Ende des „Kaiserismus“ prophetisch ankündigt. Als unsere Offensive an der Yser und die Siege über die Russen die durch einen gelegentlichen Rückschlag nicht zu erschütternde Moral unseres Heeres offenbart, macht eine vierte Reihe von Kriegsschriften der Entente für diese Erscheinung „die Sozialisten des Kaisers“ verantwortlich, die getreu ihrer abscheulichen marxistischen Doktrin, daß „die Gewalt die Geburtshelferin jeder neuen Gesellschaft ist“, ihr „Hunnen-tum“ über ganz Europa ausbreiten möchten.

Eine vollkommene Wendung im Charakter der feindlichen Kriegsschriften bewirkt aber erst unsere siegreiche Frühjahrs-offensive von 1915. Unsere großen Siege über die Millionen-heere der Russen geben den Neuerscheinungen auf dem feindlichen Büchermarkt zunächst allgemein eine größere Nüchternheit und selbst die Beschimpfungen des deutschen Heeres und der deutschen Kultur werden um einige Töne milder. Was aber besondere Beachtung verdient, ist der Umstand, daß das Vordringen unserer

Heere bis zu den Siedelungen der Weiß- und Großrussen „das Problem des Friedens“ zu einem Gegenstand der Erörterung macht, und zwar — was zu beachten ist — eines Friedens, der Deutschland und Oesterreich-Ungarn nicht einfach aus der Reihe der Großstaaten auslöscht, sondern sie als solche, wenn auch mit erheblichem Gebietsverlust, bestehen läßt. Kennzeichnend für diesen Umschwung im Charakter der feindlichen Kriegsschriften ist das in italienischer und französischer Sprache erschienene Büchlein des italienischen Politikers und Gelehrten **Eugenio Rignano** über „Die Faktoren des Krieges und das Problem des Friedens“*), welches uns einen tiefen Einblick in das Fühlen und Denken unserer Gegner gestattet. Fußend auf eine Enquete, die Rignano unter hervorragenden Gelehrten und Politikern der kriegführenden Staaten veranstaltet hat, führt er den Krieg auf drei Ursachen zurück: 1. den deutsch-französischen Gegensatz, 2. den deutsch-englischen Gegensatz und 3. den Gegensatz zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn einerseits und Rußland, Serbien und Montenegro anderseits.

Der deutsch-französische Gegensatz, hervorgerufen durch die Annexion von Elsaß-Lothringen, erscheint Rignano als eine sehr wichtige Ursache des Krieges, die nur durch die Wiedervereinigung der beiden Gebiete mit Frankreich zu beseitigen sei. Daß die Abtrennung der Reichslande von Deutschland im Herzen des deutschen Volkes ein den künftigen Frieden gefährdendes Verlangen nach Revanche zurücklassen könnte, befürchtet Rignano nicht. „Wenn die dornige elsäß-lothringische Frage ein für allemal beseitigt sei, so könnte kein anderes Motiv der Rivalität zwischen den beiden Nationen mehr bestehen bleiben.“ Schwieriger als die Aufhebung des deutsch-französischen scheint Rignano die Beseitigung des deutsch-englischen Gegensatzes, weil dieser zugleich imperialistischer und kommerzieller Natur sei. England und Deutschland suchen die Gebiete der Erde, die völkerrechtlich als *res nullius*, als keinem gehörende Sachen anzusehen seien, sich im Interesse ihrer Exportindustrien für Kapitalanlagen durch Erlangung von Konzessionen zum Bau von Eisenbahnen, zur

*) Eugenio Rignano, „Les facteurs de la guerre et le problème de la paix“. Paris 1915. †

Anlage von Bergwerken, Plantagen usw. zu sichern. Bei diesem Krieg dreht sich der imperialistische Gegensatz zwischen Deutschland und England namentlich um die türkische *res nullius*. Der türkische Zankapfel läßt sich nun nach Rignano nur dadurch beseitigen, daß Deutschland aus der Türkei ebenso definitiv wie aus Marokko hinausgetrieben wird. Der sicherste Weg hierzu sei die Beschlagnahme der Bagdadbahn und die Aufteilung der Türkei unter die Staaten der Entente. Durch die Beseitigung des imperialistischen Gegensatzes in der angegebenen Weise werde sich auch der kommerzielle Gegensatz zwischen Deutschland und England wesentlich mildern. Wenn die deutschen Exportindustrien durch die imperialistischen Maßnahmen der Entente daran gehindert würden, fertige Kapitalgüter auszuführen, so müßten sie sich damit abfinden, England Halbfabrikate zu liefern. Es würde sich in dieser Art eine **Arbeitsteilung** zwischen den beiden großen Industriestaaten anbahnen: das **deutsche Volk** würde die **unqualifizierte** Arbeit der Roh- und Halbfabrikation, das **englische Volk** die **qualifizierte** Arbeit der Fertigfabrikation verrichten. Das deutsche System des „dumping“, d. h. des Verkaufs von gebrauchsfertigen Waren unter den Produktionskosten, sei dann für England nicht mehr zu fürchten. Als Lieferant von Halbfabrikaten für die englische Exportindustrie werde das Verfahren des „dumping“ England wahrscheinlich mehr nützen als schaden. Es sei also zu hoffen, daß die mit imperialistischen Mitteln herbeigeführte Einschränkung des deutschen Exports fertiger Kapitalgüter auch den kommerziellen Gegensatz zwischen Deutschland und England zugunsten der britischen Industrie mildern werde, so daß er keine Gefahr für den Frieden mehr in sich bergen kann.

Was schließlich die Beseitigung des Gegensatzes zwischen den Zentralmächten und der Gruppe Rußland, Serbien und Montenegro anbetrifft, so sieht Rignano diese einmal in der Aufteilung der Türkei, die Rußland in den Besitz der Randländer des Schwarzen Meeres setzt, und zweitens in der Vereinigung von Bosnien und der Herzegowina mit Serbien. Die Annexion dieser beiden Länder im Jahre 1909 durch Oesterreich habe ein „östliches Elsaß-Lothringen“ geschaffen, das eine ständige Gefahr für den europäischen Frieden bilde. Dasselbe könne man auch

von dem „unerlösten“ Italien sagen, weshalb die Entente einen Frieden nur auf der Basis schließen dürfe, daß das Trentino und die österreichischen Randgebiete der Adria an Italien fallen. Für zweifelhaft hält es Rignano, ob der Wunsch Rußlands, ein Großpolen unter russischem Szepter durch Annexion von Posen, Westpreußen, Ostschlesien und Galizien zu errichten, sich in Anbetracht der deutschen Erfolge im Osten noch werde verwirklichen lassen. Die Nichterfüllung dieses russischen Wunsches scheint Rignano für die Sicherung des europäischen Friedens sogar vorteilhafter als seine Verwirklichung zu sein.

Wie Eugenio Rignano, so beschäftigt sich auch das Mitglied des britischen Parlaments R. D. Denman in seinem Schriftchen: „Auf dem Wege zum Frieden“*) mit dem Friedensproblem. Was Denman die Feder in die Hand gedrückt hat, ist die große Sorge, daß die Streitkräfte der Entente ihr Werk vollbracht haben könnten, ehe noch die Herzen seiner Landsleute sich dem Friedensgedanken geöffnet hätten. Deshalb hält er es für weise, seinen Landsleuten zu zeigen, daß die Deutschen keineswegs die Verbrecher seien, als die sie von der Presse der Entente hingestellt werden. Denman ruft die Engländer auf, sich einmal daran zu erinnern, wie sie alle sich die weltpolitische Lage unmittelbar vor Ausbruch des Krieges vorgestellt hätten:

Wir blicken um uns und entdecken die aufstrebende kontinentale Macht. Wir kommen dahin, sie als Rivalen zu betrachten, ihr zu mißtrauen und sie zu fürchten und schließlich, als die praktische Geschäftsnation, die wir sind, ergreifen wir die erste sich uns bietende gute Gelegenheit, ihr einen Schlag auf den Kopf zu geben.

Denman sieht keinen Grund, diese traditionelle britische Politik zu tadeln. Wenn, so meint er, der Krieg mit Deutschland unvermeidlich war, so kann gewiß viel dafür vorgebracht werden, daß die britische Demokratie sich hierzu den passendsten Zeitpunkt auswählte und den Krieg zu einer Zeit begann, wo die Uebermacht gegen den Feind gerade im Begriff war, über-

*) R. D. Denman, „On the road to peace“. Manchester and London 1915.

wältigend zu werden. Er lobt die englische Regierung, die einen vorzüglichen Scharfblick gezeigt habe, als sie am 4. August 1914 Deutschland den Krieg erklärte. Wahrscheinlich hätte Deutschland der britischen Demokratie für einen Sieg nie wieder eine so gute Chance geboten. Dazu kommt, daß die Ausnützung einer günstigen Gelegenheit von den Politikern aller Länder gebilligt und leicht als durchschlagendes Argument für eine Kriegserklärung anerkannt wird. Die britische Demokratie kann also für ihren Entschluß vom 4. August 1914 der Achtung aller Politiker sicher sein, und erst dann geraten ihre Staatsmänner in Gefahr, die allgemeine Achtung zu verlieren, wenn sie anfangen, anmaßendes und unehrliches Zeug über die „Heiligkeit“ ihrer Motive zu reden.

Um nun seinen Landsleuten zu zeigen, daß die Deutschen in diesem Kriege weder Verbrecher sind, noch in bezug auf Belgien eine verbrecherische Methode befolgt haben, bittet er sie, die Dinge nicht bloß vom Standpunkte der britischen Politik, sondern auch einmal vom Richterstuhl der christlichen Moral aus zu betrachten. Im Gegensatz zum englischen Politiker kann ein Christ einen Krieg als gerechtfertigt nur anerkennen, wenn er geführt wird: 1. zur Selbstverteidigung gegen einen feindlichen Angriff, 2. zur Verteidigung einer kleinen Nation gegen den Angriff einer großen, 3. zur Aufrechterhaltung eines wichtigen Prinzips der Zivilisation. In diesen drei Fällen kann ein Krieg dem Christen gerechtfertigt erscheinen, vorausgesetzt, daß das Unrecht, das man dem Feinde zum Vorwurf macht, nicht genau dasselbe ist, was man unter gleichen Umständen auch begangen haben würde. Denman hält es für unmöglich, daß ein aufrichtiger Mensch, der die britischen Dokumente über den Ursprung des Krieges studiert hat, behaupten kann, England habe sich gegen einen deutschen Angriff verteidigen müssen. Selbst wenn die Deutschen in ihrem Zweifrontenkrieg einen schnellen Sieg errungen hätten, wäre es ihnen nie eingefallen, England anzugreifen, ehe sie eine Flotte zur Verfügung hatten, die wenigstens einigermaßen imstande war, sich gegenüber der britischen zu behaupten. Nun könnte man freilich sagen, daß dieser Krieg für England, wenn auch kein Verteidigungs-, so doch ein Präventivkrieg sei. Ganz abgesehen davon, daß die britische Demokratie völlig einig darin war, die ge-

waltige Ueberlegenheit der britischen Flotte gegenüber der deutschen unerschüttert aufrecht zu erhalten, könne ein Christ die Berechtigung von Präventivkriegen nicht anerkennen, weil, wie Bismarck zutreffend sagte, menschliche Erkenntnis niemals voraussehen kann, welche unerwarteten Ereignisse eintreten und die ganze Situation so gründlich verändern können, daß sie den angeblich unvermeidlichen Krieg mit allen seinen Gefahren und Schrecken völlig überflüssig machen.

Denman geht nun dazu über, die Behauptung auf ihre Richtigkeit zu prüfen, daß England in den Krieg eintreten mußte, um eine kleine Nation (Belgien) gegen den Angriff einer großen zu schützen. Wie war die Lage? Am 2. August war die deutsche Regierung im Krieg mit Rußland. Sie wußte, daß dies den Krieg mit Frankreich bedeutet, obwohl sie gewiß keine Neigung hatte, mit Frankreich zu fechten. Sie war sich weiter auch klar darüber, daß ein Krieg mit Frankreich einen Krieg mit England hervorrufen kann. Die Deutschen wußten, daß, wenn das britische Reich in die Wagschale gegen die Mittelmächte geworfen wird, sie nur ganz geringe Aussichten auf einen fruchtbaren Sieg hatten und große Gefahr liefen, sich vollständig zu ruinieren. Sie hatten also alle Ursache, nichts zu unternehmen, was England in den Krieg hineinziehen konnte. Daher ihre Anfrage bei der englischen Regierung, ob sie neutral bleiben werde, wenn Deutschland den Durchzug durch Belgien unterlasse und unter Verzicht auf jede Annexion französischen Gebiets im Falle des Sieges Frankreich nur zwischen Longwy und Belfort angreife. Denman bemerkt nun sehr richtig, daß die Annahme dieses Angebots das einzig wirksame Mittel gewesen wäre, die kleine Nation gegen den Angriff der großen zu schützen. Indem England dieses Angebot ablehnte und angeblich zum Schutze Belgiens in den Krieg eintrat, habe es der kleinen Nation, die um Brot bat, einen Stein gereicht. Scheinbar hatte der deutsche Generalstab am 1. August in bezug auf den belgischen Durchmarsch noch die Freiheit der Wahl; wenn wir jedoch ein Protokoll gegen Deutschland aufnehmen, sagt Denman, so finden wir, daß die feindliche Haltung Englands ihm praktisch gar keine Wahl mehr ließ. Wenn England in einer ähnlichen Lage gewesen wäre, so hätten alle militärischen Autori-

täten der britischen Demokratie erklärt, daß die einzige Rettung darin liege, eine der drei feindlichen Nationen niederzuschlagen, ehe die beiden anderen fähig seien, ihre Millionenheere in Bewegung zu setzen, und dies sich nur durch Verletzung der belgischen Neutralität erreichen lasse. Denman zweifelt nicht daran, daß nach einer solchen Entscheidung der englischen Heeresleitung die Verletzung der belgischen Neutralität von allen Kanzeln der britischen Christenheit als eine heilige Pflicht der Selbstverteidigung gepriesen worden wäre.

Mit kräftigem Spott bedenkt Denman die britische Presse bei der Prüfung der dritten und letzten Frage, ob England den Krieg an Deutschland zur Aufrechterhaltung eines Prinzips der Zivilisation erklären mußte. Hierzu bemerkt er nun, daß, wenn die Entente mit einer gewaltigen zahlenmäßigen Ueberlegenheit gegen den deutschen Militarismus zu Felde zieht, es einigermassen komisch wirke, daß sie sich so sehr auf das Recht beruft, wo doch die größere Macht zu Wasser und zu Lande offenbar gegen Deutschland steht. Die britischen Prediger, die das Bedürfnis fühlen, die Philosophie des Militarismus zu vernichten, ermahnt Denman, ihre Zuhörer bei dem Versuch, die Namen Treitschke und Nietzsche auszusprechen, nicht im beständigen Niesen zu erhalten, sondern aus der Fülle englischer Schriften, deren Verfasser genau so wie jene deutschen Autoren den Krieg und die Gewalt im Völkerleben verherrlichen, sich die entsprechenden Stellen für ihre Predigten auszusuchen.

Es bleibt fraglich, ob Denmans Schrift viel dazu beitragen wird, den flammenden Haß der britischen Demokratie gegen das deutsche Volk zu mildern. Immerhin muß man es als eine tapfere Tat ansehen, wenn er seinen Landsleuten zu beweisen sucht, daß vor dem Richterstuhl der christlichen Moral die deutsche Politik sich nicht zu verbergen braucht. Für die Sozialdemokratie haben seine Ausführungen insofern noch eine besondere Bedeutung, als sie schlagend viele Argumente widerlegen, mit denen unsere Parteiopposition die Ablehnung der Kriegskredite zu stützen sucht. Fast jeder Satz in der Schrift dieses britischen Patrioten ist ein Peitschenhieb für unsere Parteiopposition. (m)

HUGO POETZSCH:

Die Lage der Partei.

DIE Krisis, die gegenwärtig die deutsche Sozialdemokratie durchmacht, ist die schwerste, in der sie sich jemals befunden. Diese Krisis läßt sich nicht abtun mit dem üblichen Hinweis auf das „Literatengezänk“. Es geht diesmal wirklich um die ganze Zukunft der Partei. Die Differenzen sind durch den Krieg hervorgerufen, ihre Ursachen liegen jedoch weiter zurück. Ihre Entstehungsquellen sind die gleichen, die auch alle die Streitigkeiten der letzten zwei Jahrzehnte geschaffen. Es ist der klaffende Spalt zwischen der grauen Theorie und der lebensfrischen Praxis. Es ist das Festhalten an den veralteten Dogmen aus der Zeit des Sektendaseins, das dem Vormarsch der großen Partei je länger, je mehr hinderlich zu werden droht. Nicht daß wir der Theorie entraten könnten, aber die Wissenschaft anerkennt keine feststehenden unumstößlichen Wahrheiten, am allerwenigsten kann das die Gesellschaftswissenschaft, soweit aus ihr die praktische Politik abgeleitet werden soll.

Zwei der dissidentierenden Genossen, **Rühle** und **Liebknecht**, haben die Konsequenzen aus ihrem Verhalten gezogen, sie haben die Gemeinschaft mit der Reichstagsfraktion gelöst. Die übrigen der Zwanzig sind dem nicht gefolgt. Sie sind sich der schweren Verantwortung eines solchen Schrittes bewußt. Sie möchten ihn nicht tun und die Verantwortung für den Bruch den anderen zuschieben. Sie sind, sagen sie, die richtigen Sozialdemokraten, die Disziplin angeblichen Parteibeschlüssen gegenüber haben **die anderen** gebrochen, **diese** müßten also gehen, **sie** bleiben. Der Disziplinbruch ist kein Disziplinbruch, wenn die Minderheit ihn begeht, er wird zur rettenden Tat, wenn das „Heiligste“, die „Ueberzeugung“, in Gefahr ist. So sagt heute **Kautsky**.

Nicht immer hat Kautsky so gedacht. Er kann auch anders. **Kolb** hatte in seiner Broschüre „Die Taktik der badischen Sozialdemokratie und ihre Kritik“ (1910) geschrieben:

„Niemand darf eine Partei den Disziplinbegriff so auf die Spitze treiben, daß dadurch einem großen Teil ihrer Anhänger

das politische Rückgrat gebrochen und ihnen eine bewußte Heuchelei zugemutet wird."

Darauf **Kautsky** („Neue Zeit“, II. Band, Seite 690):

„Danach hört also die Disziplin dort auf, wo sie mit der Ueberzeugung in Widerspruch kommt. Haben unsere Disziplinbrecher (nämlich die badischen Genossen) überlegt, welche Konsequenzen dieser Grundsatz nach sich zöge?“

In der Tat: Haben sich das die Disziplinbrecher von 1915 überlegt?

Nun haben diese die Entschuldigung vorgebracht, daß die **außergewöhnlichen** Umstände sie zur Sonderaktion zwingen. Aber die Badenser konnten und können geltend machen, daß **dauernde**, von den norddeutschen **gänzlich abweichende** Verhältnisse sie nötigten, einen anderen Standpunkt gegenüber ihrer Regierung und den bürgerlichen Parteien einzunehmen. Die einen können mit mindestens dem gleichen Recht sich auf ihre Gründe berufen, wie die anderen. Im Gegenteil, man kann sehr wohl sagen, gerade die **außergewöhnlichen** Umstände erfordern eine um so straffere Disziplin.

Die Stimmen mehren sich denn auch, die vor einer Auseinanderreißung der Partei warnen. Es fängt an, denen vor den Folgen bange zu werden, die die Dinge auf die Spitze getrieben haben. In der Tat lassen sich die ungeheuerlichen Folgen, die eine Parteispaltung für die deutsche Arbeiterklasse haben würde, kaum ausdenken. Die Scheidung würde ja nicht geographisch, etwa zwischen Nord- und Süddeutschland vor sich gehen. Der Riß ginge durch alle Kreise, durch jeden Berliner „Zahlabend“. Anstatt eines, in jedem Bezirk zwei Parteiblätter, die sich gegenseitig auf das heftigste bekämpfen. In den Gewerkschaften derselbe Streit und in den Werkstätten der Bruderzwist, der die politische wie die gewerkschaftliche Aktion lähmt zum Vorteil der Reaktion und des Unternehmertums. Bei den Wahlen könnte man das Schauspiel erleben, daß sich zwei sozialdemokratische Kandidaten gegenüber treten. Diese wenigen Andeutungen dürften genügen um klar zu machen, welch ungeheure Schädigung der

deutschen Arbeiterklasse aus einer Spaltung erwüchse. Jeder wahre Freund des Proletariats muß den Gedanken der Spaltung weit von sich weisen. Nun ist die Gefahr, daß es wegen der Sonderaktion der Zwanzig zu einer förmlichen Spaltung kommen könnte, an sich nicht sehr groß. Die jetzige Opposition wird bei Kriegsende zerfallen, und es wird nicht eine **Spaltung**, höchstens die **Absplitterung** einiger ganz „Unentwegter“ eintreten, deren Auffassung sich mehr und mehr zum Anarchosozialismus hin entwickelte.

Dagegen muß, wie oben schon angedeutet, endlich der klaffende Widerspruch zwischen sozialistischer Taktik und der revolutionären Phrase, hinter der nichts steht, behoben werden. Tausende von Parteigenossen leisten in den Parlamenten, als Stadtverordnete und Gemeindevertreter, in den Armen- und Waisenkommissionen, in der Kranken- und Invalidenfürsorge ungemein wichtige und nützliche Arbeit im Dienste der Allgemeinheit. Gar nicht zu reden von der Tätigkeit in der Bildungsarbeit, der Jugendbewegung, in den Gewerkschaften und Konsumgenossenschaften. Diese ganze Betätigung ist im besten Sinne praktisch sozialistische Politik. Soll sie aufgegeben werden? Niemand wird das befürworten. Auch die sogenannten Radikalen nicht, auch sie erkennen an, daß die sozialen Reformen geeignet sind, die Arbeiterklasse zu heben, sie reif zu machen für weitere, immer höhere Aufgaben.

Aber — und das ist der springende Punkt — neben dieser segensreichen Tätigkeit der sozialdemokratischen Arbeiterschaft auf allen Gebieten innerhalb der Gemeinde und des Staates herrscht noch die **revolutionäre Phrase**. Bewußt oder auch unklar wird noch immer die Vorstellung erweckt und genährt, als ob alle diese Reformen und Verbesserungen auf politischem, sozialem und wirtschaftlichem Gebiete letzten Endes doch nur Palliativmittelchen seien, daß die **wahre soziale Demokratie** nur das eine Ziel ins Auge fassen müsse, die große einmalige revolutionäre Erhebung des Proletariats zum Sturz der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Das wird nicht immer klar ausgesprochen, nicht einmal klar durchdacht, und es gibt in Deutschland nur eine ganz geringe Zahl von Sozialdemokraten, die **bewußt** diese

Auffassung vertreten. Mit den Erfahrungen des Krieges ist die Zahl dieser Genossen noch geringer geworden. Jeder ins Parlament neu eintretende Abgeordnete, jeder Sitz, den wir in der Gemeindevertretung erobern, jede an uns neu verliehene Stadtratswürde verringert die Chancen jenes Revolutionarismus der bloßen Phrase.

Nun wird es in der sozialdemokratischen Partei wie in jeder anderen immer einen radikalen und einen weniger radikalen Flügel geben. Die Forderungen an Staat und Gesellschaft können mit mehr oder weniger Radikalismus vertreten werden. Das wird vielfach eine Frage des Temperaments und des Eifers sein; der eine wird mehr staatsmännische Klugheit für angemessen halten, einen Teilerfolg für wichtiger ansehen als der andere. Das hat nichts zu tun mit jenem großen Zwiespalt, der im Innern unserer Partei noch besteht. Ein „radikales“ Parteiblatt hat es kürzlich ausgesprochen: Fort mit der radikalen Phrase, die in Widerspruch steht mit dem in der Partei herrschenden Geiste. An die Stelle des Phrasenradikalismus die radikale Tat!

Ganz recht! Entweder — oder. Dieser Widerspruch zwischen Tat und Phrase, zwischen „prinzipieller“ Negation und Abstinenz und der politischen Betätigung, dem Eindringen und der Durchdringung aller staatlichen, gemeindlichen und gesellschaftlichen Institutionen mit sozialistischem Geist — diesem alle unsere Aktionen hemmenden Zwiespalt muß ein Ende gemacht werden. **Die Sozialdemokratie hat die Furcht vor der Verantwortung und der Macht aufzugeben**, sie hat Dogmen zu verabschieden, welche den Ansprüchen einer Sekte entsprachen, die die Anfänge des Kapitalismus für dessen letzte Kraftäußerungen ansah und die annahm, diesen durch einen Putsch überrumpeln zu können. Solche Dogmen taugen aber nicht mehr für eine Millionenpartei, die, will sie sich nicht selbst aufgeben, den Staat als den Rahmen ihrer Tätigkeit anerkennen muß, von dem aus sie zu versuchen hat, bei Uebernahme der ihr zukommenden Verantwortlichkeiten Macht und Einfluß zu gewinnen. Vom Boden des nationalen Staates aus wird sie — allerdings, darüber sollte man sich klar sein — in langer Entwicklungsreihe zu dem völkerversöhnenden, international organisierten Sozialismus gelangen.

Findet sich nach dem Kriege eine Mehrheit — und ich zweifle nicht daran —, die unter Ablehnung und Ausschaltung aller anarchosozialistischer, antiparlamentarischer Tendenzen und allen revolutionären Wortschwalls gewillt ist, auch in der Theorie sich zu dem zu bekennen, was sie schon längst durch die Tat geübt, dann ist auch die Quelle der langjährigen Parteidifferenzen verstopft und die Spaltung ist vermieden. (m)

FRIEDRICH KLEEIS:

Bessere Mutterschaftsfürsorge.

DER seit einer Reihe von Jahren auch im Deutschen Reich beobachtete Geburtenrückgang ist durch den Krieg mit seiner Vernichtung von Hunderttausenden junger Männer zum ernstesten Problem geworden. Die Zukunft Deutschlands hängt davon ab, daß die Bevölkerungsziffer sich wieder in aufsteigender Linie bewegt und der jetzt eingetretene Verlust sobald als möglich ausgeglichen wird. So ist es gekommen, daß der Mutterschaftsfürsorge neuerdings eine erhöhte Aufmerksamkeit zugewendet wird. War es seither fast nur die Sozialdemokratie allein, die für Unentgeltlichkeit der Geburtshilfe und ähnliche Forderungen eintrat, so finden sich jetzt auch mehr und mehr bürgerliche Stimmen, die gleiches verlangen. Es sei nur erinnert an die Gründung des Bundes zur Mehrung und Erhaltung der Volkskraft, der sich über das ganze Reich verbreitet, auf die Beschlüsse vieler sozialpolitischer Institutionen usw.

Bis vor Ausbruch des Krieges bestand die ganze Mutterschaftsfürsorge im Deutschen Reich, abgesehen von verschiedenen privaten Einrichtungen, in einigen Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung. Damit war von vornherein die ganze Fürsorge beschränkt auf den Kreis der Personen, der von der Krankenversicherung erfaßt wird. Aber auch die Leistungen selbst waren noch recht bescheiden. Die einzige Pflichtleistung bestand in einem Wochengeld in der Höhe des Krankengeldes auf die Dauer von acht Wochen. An die nicht selbst versicherten

Ehefrauen der männlichen Mitglieder konnte irgendwelche Beihilfe nur auf Grund statutarischer Bestimmungen der Kasse geleistet werden. Für die Mitglieder der Landkrankenkassen, die nicht der Gewerbeordnung unterstehen, konnte die Satzung die Dauer des Wochengeldbezugs bis auf vier Wochen herabsetzen. Allerdings konnten die Kassen noch gewisse freiwillige Mehrleistungen einführen, wie freie Geburtshilfe, Schwangerengeld, Stillgeld usw. Doch ist von diesem Rechte nur ganz spärlich Gebrauch gemacht worden. Durch das Notgesetz vom 4. August 1914 über die Leistungsfähigkeit der Krankenkassen wurden auch zunächst alle diese Mehrleistungen wieder in Wegfall gebracht.

Das Ergebnis der aus den Nöten des Krieges geborenen Bestrebungen auf Ausgestaltung der Mutterschaftsfürsorge waren die Bundesratsverordnungen vom 3. Dezember 1914, 28. Januar und 23. April 1915 über die Wochenhilfe während der Kriegszeit. Sie gewähren den Müttern, auch den unehelichen, wenn der Vater des Kindes Kriegsteilnehmer ist und zu den minderbemittelten Ständen gehört, und den selbstversicherten weiblichen Personen einen einmaligen Beitrag zu den Entbindungskosten in Höhe von 25 Mark, eine Beihilfe bis zur Höhe von 10 Mark für Hebammendienste und ärztliche Behandlung, sofern diese durch Schwangerschaftsbeschwerden notwendig werden, weiter ein Wochengeld von 1 Mark täglich für acht Wochen und ein Stillgeld von 50 Pfg. täglich bis zum Ablauf der zwölften Woche nach der Niederkunft. An Stelle der Barentschädigung für Arzt- und Hebammendienste kann auch die freie Gewährung dieser Dienste und der nötigen Arzneien treten, das heißt die direkte Bezahlung dieser Leistungen an Arzt und Hebamme. Von Ausnahmen abgesehen wird die Fürsorge von den Krankenkassen geleistet. Für die selbstversicherten Wöchnerinnen haben die Kassen die Wochenhilfe aus eigenen Mitteln zu bestreiten, für die nichtversicherten Kriegerfrauen werden ihnen die Aufwendungen vom Reich erstattet.

Das private Versicherungsgewerbe hat sich inzwischen auch der Mutterschaftsversicherung zugewendet. Einige Versicherungsgesellschaften, wie z. B. die Iduna in Halle, haben Versiche-

rungen auf den Geburtsfall eingeführt. Die Versicherungen sind entweder Sammelversicherungen von Vereinen, wenn und solange mindestens die Hälfte der Mitglieder versichert sind, oder Einzelversicherungen. Die Bestrebungen müssen natürlich darauf gerichtet werden, die Fürsorge in der Gestalt einer möglichst allgemeinen staatlich organisierten Zwangsversicherung fortzuführen.

Die Rücksicht auf die Kosten darf nicht mehr in Frage kommen; der Krieg hat gezeigt, daß ungeheuere Summen für die Vernichtung von Leben und Gesundheit aufgebracht werden können, es müssen ebenso die Mittel für deren Erhaltung da sein. Nicht nur im Kriege muß es zu den kulturellen Aufgaben gehören, daß die Gemeinschaft, der das Weib neue Mitglieder schenkt, auch alle Kosten für die Pflege der Mutter und des Säuglings übernimmt. Erfreulicherweise sind schon manche Vorschläge nach dieser Richtung gemacht worden. Es erscheint auch hoffnungsvoll, daß sich gegenwärtig die Erörterung weniger darum dreht, ob die Fürsorge fortgesetzt werden soll, sondern wie das zu geschehen hat. Zunächst erhebt sich die Frage, wer in Zukunft die Träger der ausgestalteten Mutterschaftsfürsorge sein sollen. Es ist schon der Vorschlag gemacht worden, die Fürsorge von der Krankenversicherung zu trennen und neue Institutionen für sie ins Leben zu rufen. Ein Verfechter dieses Gedankens ist insbesondere Prof. Dr. Mayet, der eine neue Reichswochenhilfe-Versicherung einführen will, der jede weibliche Person zwischen 16 und 45 Jahren angehören muß. Sie hat auf eine Personalkarte bei der Post zu entnehmende Marken zu kleben. Nach Mayets Aufstellung würde die Versicherung insgesamt 220 Millionen Mark jährlich erfordern, was auf 14 142 283 weibliche Personen im gebärfähigen Alter verteilt einen Wochenbeitrag von rund dreißig Pfennig erheischt. Einen anderen Vorschlag machte die deutsche Gesellschaft für Säuglingsschutz. Nach diesem soll eine neue zwangsweise Mutterschaftsversicherung nur errichtet werden für jene Frauen, die nicht bereits bei einer Krankenkasse versichert sind. Dabei sollen die Leistungen der Krankenkassen erhöht und auch auf die nichtselbstversicherten Ehefrauen ausgedehnt werden. Die „Gesellschaft für Mutter- und Kindesrecht“ hat ebenfalls in einer Petition an den Bundesrat wegen gesetzlicher

Regelung der Wochenhilfe nach dem Kriege Vorschläge gemacht. Es soll jede reichsdeutsche Wöchnerin die Wochenhilfe erhalten ohne Unterschied. Wenn die Brotkarte auch in der kaiserlichen Hofhaltung für jedes Mitglied des Fürstenhauses zu nehmen sei, so könne auch die Reichswochenhilfe-Personalkarte für jede Fürstin und Prinzessin dienen. In die Karte sei wöchentlich eine Marke im Werte von 20 Pfg. zu kleben. Die Wochenhilfe soll „durch die vom Reich als dafür zuständige anerkannte Kasse des Wohnbezirks der Wöchnerin“ gewährt werden. Neben dieser Reichswochenhilfe soll aber die Wochenhilfe der Krankenkassen beibehalten werden. Sie soll nur anders ausgestaltet und der Reichswochenhilfe angepaßt werden. Gegen die Vorschläge, die Ausgestaltung der Krankenkassenleistungen erstreben, haben sich insbesondere schon die Krankenkassenleute gewendet. Sie werden z. B. in der Zeitschrift „Die Ortskrankenkasse“ (1915 S. 242) „weitere Sozialreform auf Kosten der Minderbemittelten“ genannt. Ohne Zuschüsse vom Reich könnten den Kassen neue Lasten nicht aufgelegt werden.

Wir vertreten die Meinung, daß es eine Zersplitterung der Kräfte wäre, neue Organisationen zur Durchführung der Mutterschaftsfürsorge ins Leben zu rufen. Trotz der durch die Reichsversicherung versuchten Zusammenlegung der sozialen Versicherung herrscht auf diesem Gebiete immer noch eine heillose Verwirrung. Die Mutterschaftsfürsorge muß auch weiter Aufgabe der Krankenkassen sein, die sich aus einer Reihe von Gründen am besten dazu eignen. Nun ist allerdings richtig, daß der Kreis der durch die Krankenversicherung erfaßten Personen noch sehr beschränkt ist. Es läßt sich aber eine Erweiterung dieses Kreises leicht dadurch vornehmen, daß die Leistungen ausgedehnt werden auf die nichtselbstversicherten Familienangehörigen der Mitglieder und durch die Einbeziehung der selbständigen Gewerbetreibenden und Handwerker in den Kreis der versicherungspflichtigen Personen. Der Einwurf, das sei Sozialreform auf Kosten der Minderbemittelten, ist nicht durchschlagend, denn das ist streng genommen alle bisherige Sozialreform überhaupt. Gewiß sollen Staatszuschüsse gefordert werden, aber man soll die Ausgestaltung nicht davon abhängig machen.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat sich bereits mit der Frage beschäftigt. Zunächst hat sie beim Reichstag den Antrag eingebracht, die Wochenhilfe zu erweitern. Es soll das Wochengeld für 12 Wochen in der Höhe von mindestens 1.50 Mark täglich gewährt werden, das Stillgeld ist auf 75 Pfg. täglich zu erhöhen und der Kreis der zum Bezug der Wochenhilfe Berechtigten ist auszudehnen auf alle minderbemittelten Schwangeren und Wöchnerinnen, auch wenn der Vater der Kinder nicht Kriegsteilnehmer ist. Durch die Verlängerung der Bezugsdauer des Wochengeldes soll insbesondere erreicht werden, daß die Schwangere auch schon vor der Entbindung die Arbeit niederlegen und Unterstützung beziehen kann. Die Forderungen sind jedenfalls sehr bescheidene; bürgerliche Sozialpolitiker haben schon viel mehr verlangt. So schlug Prof. Mayet schon die Gewährung des Stillgeldes in der Dauer von 39 Wochen vor. Außerdem verlangte er „erforderlichenfalls“ die Bereitstellung von Hauspflege bis zur Dauer von sechs Wochen, sowie unter Zustimmung der Wöchnerin Unterbringung in einem Schwangeren- oder Wöchnerinnenheim usw.

Durch Eingaben von einigen Körperschaften (z. B. des Verbandes der Textilarbeiter) sind die Forderungen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion unterstützt worden. Zu gegebener Zeit wird die Fraktion auch zweckentsprechende Anträge zur Fortführung der Fürsorge einbringen. (m)

WILHELM HÄUSGEN:

Konsumgenossenschaften, Höchstpreise und Rückgewähr.

DIE Konsumgenossenschaften geben die Bedarfsgegenstände, die sie vermitteln oder herstellen, zu **Tagespreisen** an ihre Mitglieder ab. Die wirtschaftlichen Vorteile, die die nur der Bedarfsdeckung dienenden, den Umweg über den Profit vermeidenden Konsumgenossenschaften gewähren, kommen dabei wesentlich in der **Erübrigung** zum Ausdruck, die alljährlich nach der

Auffüllung notwendiger Bestände als **Rückgewähr nach Maßgabe des Umsatzes** an die einzelnen Mitglieder verteilt wird. Diese geschäftlichen Regeln haben sich in langen Jahren durchaus bewährt. Nun haben es die für eine Reihe wichtiger Nahrungsmittel eingeführten Höchstpreise mit sich gebracht, daß die wirtschaftliche Ueberlegenheit der Konsumgenossenschaften vor dem freien Handel in bestimmtem Umfange gebunden wird, und sich nicht mehr wie vorher voll auswirken kann. Bei den Höchstpreisen sind die Sätze für die verschiedenen bei der Warenerzeugung und -Vermittlung beteiligten Kräfte festgelegt, wobei vielfach geklagt wird, daß zu Unrecht der Kleinhandel gar zu knapp dabei weggekommen, während man den Produzenten und dem Großhandel weit mehr entgegengekommen sei.

An sich ist es erklärlich, daß die Konsumgenossenschaften die Verbraucher leicht von den Vorteilen der genossenschaftlichen Organisation und der Ausmerzung des Profitstrebens bei der Bedarfsvermittlung überzeugen können, wenn hohe Profite gemacht werden. Denn um so höher kann dann auch die von den Konsumgenossenschaften herausgewirtschaftete Ertrübigung sein. Und wie die Dinge leider heute noch bei den deutschen Konsumgenossenschaften mit ihren verhältnismäßig gering — etwa im Vergleich zu England — entwickelten **Eigenbetrieben** liegen, kommt es vor allem darauf an, welche Gewinne beim Kleinhandel gemacht werden und weniger darauf, was die Fabrikanten und die Landwirte sowie die Großhändler in ihre Geldschränke bringen. Durch diese Umstände droht nun aber mit den Höchstpreisen das geschäftliche Ergebnis der Konsumgenossenschaften wesentlich magerer zu werden, was dem Anschein nach zur Folge hat, daß man in manchen Verwaltungen der Konsumgenossenschaften unruhig wird und im Zweifel ist, wie man sich da verhalten soll. Die Menschen wachsen ja allgemein leicht mit den Regeln zusammen; fällt eine Einzelercheinung aus der Regel, so wundert man sich und erstaunt. Aber der einzelne Fall muß dann doch auf sein **Besonderes** und von der Regel **Abweichendes** hin untersucht werden.

Dies geschieht in der „**Konsumgenossenschaftlichen Rundschau**“ Nr. 49 vom 4. Dezember 1915. In einem Artikel: **Wo steuern**

wir hin? führt H. Hammerbacher aus, bei der Betrachtung über die geschäftlichen Ergebnisse der Konsumvereine im ersten Kriegsjahre könne man wohl den Schluß ziehen, daß die Vereine im großen und ganzen zufrieden sein könnten. Wenn das Ergebnis zufriedenstellend gewesen sei, so aus dem Umstande heraus, daß die Mehrzahl der Vereine im verflossenen Geschäftsjahre wohl Vorräte aller Art gehabt, die dazu beigetragen hätten, das Ergebnis zu bessern. Dann heißt es:

„Das zweite Kriegsjahr, in dem wir uns jetzt befinden, läßt aber die Vereine keine Rechnung mehr finden an großen und billigen Vorräten, im Gegenteil: kleine Vorräte zu erschreckend hohen Einstandspreisen bilden die Regel. Wäre es noch möglich, wie früher die notwendigen Lebensmittel, wenn auch zu höheren Preisen, im freien Verkehr zu erstehen, so würde der Konsumverein auf Grund seiner Organisation des Umsatzes und der Kapitalkraft immer noch zurecht kommen. So wie es aber heute steht, wo die wichtigsten Artikel, wie Mehl, Brot, Kartoffeln, Butter, Eier usw. zu festgelegten Preisen von den Kommunalverbänden und den Verkaufszentralen übernommen und zu ebenfalls vorgeschriebenen Preisen abgegeben werden müssen, ist es geradezu ausgeschlossen, daß wir ein nur einigermaßen befriedigendes Geschäftsergebnis für das zweite Kriegsjahr erwarten dürfen. Dazu kommt ein weiteres: Es ist bereits angekündigt, daß noch eine Reihe weiterer Artikel, wie Margarine, Schmalz, Kaffee, Tee usw. zur Kontingentierung vorgesehen sind, so daß die Zahl der Artikel, die im freien Verkehr gehandelt werden, noch geringer wird. Eines aber muß vor allem konstatiert werden: Die Reichsstellen haben bei den Preisfestsetzungen wohl dem Bedürfnisse des Großhandels genügend, in manchen Fällen überreichlich Rechnung getragen, dem Detailhandel aber zugemutet, mit Bruchpfennigen bei der Abgabe von Waren auszukommen. Es steht uns aber schlecht an, höhere Preise zu verlangen. Aber darauf darf doch hingewiesen werden, daß dem Kleinhandel so viel Verdienst gewährt werden sollte, als zum Leben notwendig ist. Es muß doch einmal gesagt werden, daß das Sparen beim Kleinhandel die verkehrte Seite ist, an der angefangen wurde.“

Gewiß muß durchaus verlangt werden, daß bei der Einschränkung der Profitmacherei vor allem dort angefangen wird, wo die **fettesten** Profite gemacht werden und wo aus diesem Grunde keine Gefahr besteht, daß weniger der Profit als vielmehr der Arbeitslohn — dieser spielt natürlich auch beim Handel eine Rolle — getroffen wird. Und wenn erreicht würde, die fetten Profite besser und die Kleinhändler, die doch selbst zum großen Teil arme Teufel sind, weniger schwer zu treffen, **unter der Voraussetzung allerdings, daß die Allgemeinheit der Konsumenten nicht schwerer belastet würde**, dann wäre dies gewiß anzuerkennen. Nach dieser Richtung hin gehen unserer Auffassung nach wohl auch die Ausführungen Hammerbachers.

Hammerbacher erklärt, für die Konsumvereine werde unter den vorliegenden Umständen die Frage aufzuwerfen sein: „Können oder sollen wir auch fernerhin auf Waren, die zu festgesetzten Höchstpreisen abgegeben werden müssen, die bisher üblichen Rückvergütungsmarken abgeben?“ Weiter heißt es: „Geben wir die Marken wie bisher weiter ab, so lassen wir unsere Mitglieder in dem Glauben, am Jahresschlusse die übliche Rückvergütung zu erhalten, die in vielen Fällen gar nicht vorhanden sein dürfte. Geben wir aber auf Waren zu Höchstpreisen keine Marken ab, so rufen wir gewiß Mißstimmung und Unzufriedenheit bei den Mitgliedern hervor und erschweren uns außerdem die Uebersicht und die Kontrollabrechnungen mit unseren Lagerhaltern. Da die Zahl der Artikel, die zu Höchstpreisen abgegeben werden müssen, fortgesetzt steigt und die Preisprüfungsstellen scharf Nachschau halten müssen, um der Bevölkerung zu erschwinglichen Preisen noch Waren zu vermitteln, so muß die Frage aufgeworfen werden: Sollen wir auf die Kriegsdauer nicht überhaupt die Markenabgabe ganz einstellen und die noch freien Artikel entsprechend billiger abgeben?“

Die gleiche Nummer der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau“ enthält auch eine Erklärung zur Sache, die vom Vorstande des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine ausgeht. Er empfiehlt, rechtzeitig geeignete Maßnahmen zu treffen, damit die Mitglieder über den Sachverhalt aufgeklärt werden und um möglicherweise entstehenden Schwierigkeiten entgegenzutreten.

Dem Vorschlag, auf die Ausgabe der Rückvergütungsmarken überhaupt zu verzichten, wird auf das allerentschiedenste wider-raten. Es wird auch nicht empfohlen, nur auf die Höchstpreis-artikel keine Rückvergütungsmarken zu geben, vielmehr wird vor-geschlagen, daß die Vereine die üblichen Rückvergütungsmarken nach wie vor in gleicher Weise herausgeben. Jedoch sollen die Mitglieder in geeigneter Weise darauf hingewiesen werden, daß sie voraussichtlich mit einer gleichen Erübrigung wie im Vorjahre nicht rechnen dürften und daß infolgedessen von vornherein die Möglichkeit ins Auge zu fassen sei, daß die zu verteilende Rück- vergütung erheblich niedriger werde als im Jahre vorher. Bei einem Teil der Genossenschaften wird die Höhe einer festen Rückgewähr schon im voraus festgelegt, meist zu Beginn des Ge- schäftsjahres. Für solche Vereine, die nur oder in der Haupt- sache nur einen festen Rückgewährsatz zu verteilen haben, wird vorgeschlagen, daß sie sich von der Frühjahrsgeneralversamm- lung die Vollmacht geben lassen, gegebenenfalls die Verteilung nach einem geringeren Satz vornehmen zu können.

Diese Vorschläge treffen unseres Erachtens das den Um- ständen nach Richtige, nur fragt sich, ob nicht querköpfige Mitglieder einen juristischen Anspruch auf die höhere, die alte Rückgewähr erheben können bis zu der Zeit, wann durch Mehr- heitsbeschluß ein geringerer Satz festgelegt oder die Verwaltung entsprechend bevollmächtigt wird.

In Nr. 50 kommt die „Konsumgenossenschaftliche Rundschau“ bei einer Auseinandersetzung mit der „Kolonialwaren-Zeitung“ auf den Gegenstand zurück. Wir lesen da:

„Es wird von keiner Seite bestritten, daß für eine Anzahl von Waren es die gültigen Höchstpreise unmöglich machen, die Verkaufsspesen zu decken und außerdem noch eine Rückgewähr zu erübrigen. Es kommt hinzu, daß die Geschäftskosten der Konsumvereine während des Krieges beinahe überall gewachsen sind. Sie können nämlich nicht an den Löhnen der Beschäftigten sparen, haben vielmehr überall die Tariflöhne eingehalten, im Gegensatz zu dem Kleinhändler, der sich in Zeiten wie den jetzigen mit der viel billigeren Mitarbeit der Familienangehörigen behilft und außerdem nicht durch die Mehrleistungen belastet

ist, die deshalb infolge des Krieges für die Konsumvereine entstanden sind, weil sie Unterstützungen an die ins Feld Gezogenen, an die Arbeitslosen und andere Kriegsleistungen übernommen haben, die beim Kleinhandel gar nicht vorkommen können. All das wirkt natürlich auf die Höhe der Geschäftskosten ein und beeinträchtigt das geschäftliche Ergebnis. Trotz alledem halten die Konsumvereine an dem Standpunkt fest, daß von ihnen keine Schritte zu unternehmen sind, um eine Erhöhung der Höchstpreise zu erzielen.“

Das wird noch im einzelnen näher dargelegt. So heißt es: „Als im Juli ein gesetzlicher Höchstpreis für Petroleum von dreißig Mark vorgeschrieben wurde, hatten sich viele Genossenschaften zu Preisen von fünfzig bis sechzig Mark mit Petroleum eingedeckt. Der Vorstand des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine hat dem Reichskanzler in einer Eingabe diese Tatsache dargelegt. Er hat aber nicht verlangt, daß der Petroleumhöchstpreis erhöht werde. Sein Verlangen ging vielmehr dahin, der Reichskanzler möge anordnen, daß auch für Petroleum, über dessen Bezug vor dem 15. Juli Abschlüsse erfolgt sind, das aber erst nach dem 15. Juli zur Ablieferung gelangt, an die Petroleum-Importeure nur der Höchstpreis von dreißig Mark für hundert Kilogramm zu zahlen ist.“

Somit darf auch behauptet werden, daß die Wortführer und die Verwaltungen der Konsumgenossenschaften nicht nur keine Schritte unternehmen, um eine Erhöhung der Höchstpreise zu erzielen, sondern daß sie auch gar nicht wünschen, die Höchstpreise möchten erhöht werden. Denn die Mitglieder der Konsumgenossenschaften sind ja nicht aus Liebhaberei wegen der geschäftlichen Form in der Organisation, sondern aus dem Grunde, um in ihrer Eigenschaft als Verbraucher einen Nutzen zu haben. Die Konsumgenossenschaft ist Mittel, um diesen Zweck zu erreichen. Es wäre ja für die Verbraucher ein schlechter Tausch, wenn sie in der Konsumgenossenschaft wohl die Rückgewähr in der früheren Höhe erhielten, dafür aber weit mehr durch höhere Höchstpreise wieder einbüßten. Wie die Dinge liegen, würde die Erhöhung der Höchstpreise oder eine Freilassung der Preise mit wahrscheinlich noch höheren wirklichen Preisen wohl eher

möglich machen, daß an den alten Gebräuchen bezüglich der Höhe der Rückgewähr festgehalten werden könnte, dafür würden dann aber die Profitmacher — welche ist für die Verbraucher dem Grunde nach gleichgültig — wieder noch weit mehr schlucken, natürlich auf Kosten der Konsumenten, wenn auch nicht auf Kosten ihrer Organisation! Diese Ueberlegung ist, wie wir annehmen, den Verbrauchern und auch den Mitgliedern der Konsumgenossenschaften unter ihnen leicht deutlich zu machen. Kann bei einem durch den Profit bedingten allgemeinen Ueberpreis von beispielsweise 15 Prozent die Konsumgenossenschaft für ihre Mitglieder 5 Prozent abknapsen, dagegen bei einem Ueberpreis von 5 Prozent nur 1 Prozent, so ist bei weit geringerer Rückgewähr durch die Genossenschaft der Nutzen auch der Mitglieder der Konsumgenossenschaften im letzteren Falle doch weit höher. Die Frage darf eben nicht ausschließlich von den geschäftlichen Erwägungen einer Konsumgenossenschaftsverwaltung aus betrachtet werden, sondern von dem Leitsatz ausgehend, daß das Ganze dem Teil und der größere Teil dem kleineren Teil vorgeht.

Wir glauben nicht, daß ein irgendwie erheblicher Teil der Mitglieder der Konsumgenossenschaften so töricht sein würde, mehr Wert auf die alte Höhe der Rückgewähr zu legen, als darauf, die benötigten Gebrauchsgüter mit möglichst geringer Verteuerung durch die Profitbeteiligten zu erhalten. Daß aber die Genossenschaftsleitungen großen Wert darauf legen, ihre geschäftliche Tätigkeit so einzurichten, daß sie den Mitgliedern klar verständlich ist und von ihnen anerkannt wird, ist gewiß zu verstehen. Die Organisation ist zwar nicht Selbstzweck, aber sie muß doch für die Folgezeit ein wirksames und womöglich noch zu verbesserndes Mittel bleiben, als Voraussetzung, daß der gestellte Zweck dauernd und immer mehr erreicht wird. (m)

Wir müssen dem Vertreter des antipatriotischen Gedankens eigentlich dankbar sein, daß er uns Gelegenheit gegeben hat, unsere vollkommene Einmütigkeit darüber zu zeigen, daß Nationalität und Internationalität keine Gegensätze, sondern notwendige Ergänzungen sind.

Branting.

L. ROSENMANN:

Die Ostjudenfrage.

DIE Ostjudenfrage ist während des Krieges aus einer akademischen Frage, die sie in Friedenszeiten war, zu einer der aktuellsten Fragen geworden; bewirkt haben das verschiedene Momente von großer Wichtigkeit. In erster Reihe haben die Judenfrage — genau so wie früher zur Zeit der Blüte der Schwarzen Hundert, zur Zeit der Pogrome, die nach der blutigen Niederringung der Revolution programmäßig stattfanden — die schauerhaften Judenverfolgungen und Judenmassakers aufgerollt. Das Wehgeschrei hunderttausender jüdischer Familien, das Stöhnen und Röcheln der an den Gebetsriemen aufgehängten Juden, der Verzweiflungsjammer vergewaltigter jüdischer Frauen und Mädchen hallte durch ganz Europa und machte alle Kulturmenschen schauern. Trotz des Abstumpfens der Gefühle im Kriege, der so viele Menschenleben verschlingt, bäumte sich doch das menschliche Empfinden gegen diese brutalsten Gewalttaten auf, denen die Juden nicht nur im Feindeslande, im okkupierten Gebiete, in Galizien, sondern auch im eigenen Lande, in Rußland, ausgesetzt waren. Zwar waren die Juden auch in Friedenszeiten nicht auf Rosen gebettet, aber was jetzt vor sich ging, war ein **planvolles und gewolltes Ausrotten der Juden**, wobei man auch solche Mittel nicht scheute, die an die schlimmsten Zeiten der Inquisition erinnern. Was sich die Russen bei der zweiten Invasion nach Ostpreußen, also im Feindesland, leisteten, verblaßt vollkommen gegenüber dem, was die zarischen Horden auf Befehl im eigenen Lande verrichteten. Das war kein Austoben der wilden Instinkte, kein plötzliches Gemetzel, das waren keine spontanen Massakers — sondern zielbewußt und planvoll war all dieses Barbarische von oben, von den höchsten Zentralorganen inszeniert. Und zwar ließ sich die zaristische Regierung von denselben Motiven, wie zur Zeit der Pogrome leiten, von dem Gedanken nämlich, die Wut und Erbitterung der Volksmassen von sich auf die Juden abzuwälzen, indem sie die Juden als Hochverräter und deutsche

Spione hinstellte, die all den ganzen Zusammenbruch verschuldet hätten.

Das Mittel war ja schon längst von den zarischen Knechten erprobt, es hat sich ja so gut in Russisch-Polen durch die Aufhetzung der Nationen gegeneinander bewährt; nun wendete man es zurzeit, wo der Zarismus in allen Fugen krachte, noch einmal an. Jeder Kenner der Verhältnisse der russischen Juden meinte ja, auf all das gefaßt zu sein — und dennoch fühlte sich auch der ärgste Pessimist erschüttert durch dieses alle Barbarei der Vergangenheit überbietende Vorgehen. Man wurde geradezu betäubt durch die den Rahmen aller früheren Pogrome weit überschreitenden Massen-Massakers, man war auch außer sich über das Verhalten von Frankreich und England. Diese Staaten zogen ja angeblich aus, die Freiheit aller Unterdrückten und Geknechteten zu retten, und von ihnen erhoffte man daher auch einen Einfluß auf die zaristische Regierung in bezug auf ihre Stellung gegenüber den Juden. Diese Hoffnung auf Frankreich und England bewirkte auch eine Spaltung zwischen den Juden; die englischen Zionisten z. B. traten in die Schranken für die Ententemächte, indem sie, gestützt auf Frankreich und England, in Rußland eine Kursänderung gegenüber den Juden erhofften. Es wiederholte sich, was man schon früher bemerken konnte, daß nicht Rußland französisch, sondern Frankreich russisch wurde: die antisemitische Welle schlug von Rußland nach Frankreich und England hinüber. Londons Whitechapel wurde zum Gegenstand der täglichen Verhetzung und in Paris feierte der Antisemitismus Orgien wie nie zuvor. Bekannt ist der Erlaß der französischen Regierung gegen die russischen (d. h. meist jüdischen) Flüchtlinge, welcher dieselben entweder zum Eintritt in die Legionen oder zur Rückkehr nach Rußland zwang. Dabei sind die jüdischen Flüchtlinge sehr schlecht gefahren. Das erfahren wir aus einem Artikel in der „Guerre sociale“ von Gustav Hervé unter dem Titel: „Zur Schande des Antisemitismus“.*) Wahrlich, Europa droht kosakisch zu werden. Diese Berichte sollte der englische Ghetto-dichter Zangwill gut lesen!

*) Abgedruckt in „Jüdisches Archiv“, Mitteilungen des Komitees „Jüdisches Kriegsarchiv“, Verlag R. Löwit, Wien, 1915, Hefte 2 u. 3.

Es kam die Erlösung; die Kosakenpferde, die sich im Blut und in den Tränen der jüdischen Bevölkerung tränkten, stampften über die Weichsel weit zurück, die hauptsächlich jüdischen Siedlungsgebiete wurden befreit, nun atmeten die Juden auf, die französische Revolution war erst jetzt mit den deutschen Patrouillen für die Juden Rußlands gekommen. Aber nun wurde die Judenfrage erst recht aktuell, sie harrte ihrer Lösung seitens der deutschen Verwaltung. Die Zustände in Russisch-Polen während des Krieges hat Genosse Seidmann in seinem Artikel in der „Glocke“ dargestellt.*) Die deutsche Verwaltung sah sich einem sehr komplizierten Problem gegenüber, die Verhetzung der polnischen und jüdischen Bevölkerung, die so lange Zeit programmäßig betrieben worden war, wirkte nach und erschwerte die Lösung, wobei auch politische Motive, die man während des Krieges berücksichtigen zu müssen glaubte, mitspielten. Abgesehen von anderen Fragen war es die Schulfrage, die zu Reibungen führte. Bekanntlich stehen die Polen auf dem Standpunkte, daß die Juden „Polen mosaischer Konfession“ sind, nun sollten eben für diese Juden ihrem Dafürhalten nach keine besonderen Schulen gebildet werden. Daß von den Juden Rußlands 96,9 Prozent als ihre Muttersprache „jüdisch“ angeben,**) das wollten und wollen all diese Assimilatoren nicht anerkennen. Die deutsche Verwaltung schuf nun für die Juden separate Schulen mit der deutschen als Unterrichtssprache, trotzdem von den sieben Millionen russischen Juden nur 23 000, meist in den baltischen Provinzen, also nicht in Polen lebende, „deutsch“ als Muttersprache angeben.***) Nun wird gewiß diese Lösung der Frage nicht endgültig sein, da die deutsche Verwaltung sehr gut weiß, daß sie weder die Polen noch die Juden befriedigt. Die Polen sehen darin den Anfang der Germanisierung Polens. Die Juden aber verlangen Schulen mit „jüdisch“ als Unterrichtssprache, da sie eine be-

*) Seidmann: „Die polnisch-jüdischen Beziehungen.“ „Die Glocke“, Nr. 6. — Siehe auch Felix Kon: „Die Juden in Polen.“ „Neue Zeit“, Nr. 6, XXXIV. Jahrgang, I. Bd.

***) Davis Trietsch: „Juden und Deutsche.“ Eine Sprach- und Interessengemeinschaft. Verlag R. Löwit, Wien 1915.

***) Wie oben.

sondere Kultur- und Sprachgemeinschaft bilden. Ich will hier auf die Diskussion, ob „jüdisch“ eine Sprache ist oder nicht, ob die Juden eine Nation bilden oder nicht, nicht eingehen, sondern nur sagen, daß gerade auch vom deutschen Standpunkte aus diese Lösung meiner Meinung nach ihre schweren Bedenken hat. Angenommen, die Juden bilden keine Nation, so assimilieren sie sich entsprechend dem Assimilationsgesetz mit dem Volke, unter dem sie wohnen, in Polen also mit den Polen. Ein solcher Assimilierungsprozeß wäre der deutschen Verwaltung unerwünscht, denn in den Ostjuden hatte das Deutschtum immer einen starken Rückhalt. Aber es dürfte kaum möglich sein, diesem Prozeß der Polonisierung entgegenzuarbeiten durch Germanisierung. Viel wirksamer würde eine Stärkung des jüdisch-nationalen Moments selbst sein.

Von sehr großer Wichtigkeit ist die soziale Lage der Juden in Polen, mit der im engen Zusammenhang die Frage der Einwanderung der jüdischen Massen nach Deutschland und nach Oesterreich-Ungarn nach dem Kriege steht. Eine große Einwanderung in diese Länder ist um so mehr zu befürchten, als die amerikanische Union zu Anfang des Krieges das lange geplante Gesetz erlassen hat, welches sich hauptsächlich gegen die russischen Juden richtet — ein Gesetz, mit welchem man Analphabeten die Einwanderung in die Vereinigten Staaten verbietet; leider kann der größte Prozentsatz dieser Auswanderer, welche sich ja aus den gesellschaftlich niedrigststehenden Massen rekrutieren, das dort vorgeschriebene lateinische ABC nicht, er kann in demselben weder schreiben noch lesen — „jüdisch“ aber können fast alle lesen und schreiben. Nun sind die Ratschläge, die der Kaiserl. Geh. Regierungsrat Georg Fritz*) gegeben hat, ganz verfehlt, weil er den Zionismus nicht als Utopie, sondern als etwas Realisierbares betrachtet und den Strom der Auswanderung in jene Gebiete lenken zu können glaubt, die ihm und manch anderen Utopisten belieben. Gewiß ist die Einwanderung großer jüdischer Massen nach Deutschland insbesondere für das deutsche Proletariat von großem Uebel, und der Stuttgarter Kon-

*) Georg Fritz: „Die Ostjudenfrage, Zionismus und Grenzschluß.“ Verlag Lehmann, München 1915.

groß faßte ja auch einen Beschluß gegen die Masseneinwanderung fremder Arbeiter von niedriger Kultur und Lebenshaltung, was ja bei den jüdischen Massen aus Rußland wohl zutrifft. Es geht aber anderseits nicht an, die Grenzen einfach zu schließen und die Massen derselben Kulturlosigkeit und niedrigen Lebenshaltung wie bisher zu überlassen, ohne sich um sie weiter zu kümmern: ihre soziale Lage zu heben, wird sich als eine dringende Notwendigkeit herausstellen.

Die Judenfrage hat dieser Krieg in ihrer ganzen Größe und Wichtigkeit aufgerollt, man wird sie sehr eingehend **studieren** müssen, um sie ihrer Lösung näher zu bringen.

Es sollte hier nur auf die **Schwierigkeit** aller der auftauchenden Probleme aufmerksam gemacht werden. (m)

KONRAD HAENISCH:

Literarische Rundschau.

IN der Sammlung: „Schriften der Gesellschaft für soziale Reform“ ist als Doppelheft (Heft 54/55) ein gerade für unsere Leser sehr bedeutsames Buch erschienen. Es heißt: „Der Krieg und die deutsche Arbeiterschaft.“ Professor **Waldemar Zimmermann** und einige bekannte Mitarbeiter aus dem Kreise der „Sozialen Praxis“ suchen da auf 230 Seiten ein möglichst vollständiges Bild der Stimmungen und Strömungen zu geben, die sich im Laufe des ersten Kriegsjahres in der Welt der organisierten Arbeiterschaft Deutschlands bemerkbar gemacht haben. Feldpostbriefe organisierter Arbeiter, bemerkenswerte Reden und Artikel der Führer und andere Dokumente werden da zusammengestellt und aus ihnen suchen die Bearbeiter einen Ueberblick zu gewinnen über die Stärke und Richtung der Gegensätze, die sich heute im deutschen Proletariat kreuzen. Ohne Zweifel ist in dem Buche viel wertvolles Material zusammengetragen und die Bearbeiter haben sich große Mühe gegeben, in das Chaos der miteinander ringenden Tendenzen Ordnung und Uebersicht hineinzubringen. Eine langjährige Beschäftigung mit der deut-

sehen Arbeiterbewegung und eine recht gute Kenntnis der in ihrer Leitung wirksamen Persönlichkeiten kam ihnen dabei zustatten. Daß trotzdem hier und da einzelne Schiefheiten bei der Charakterisierung von Strömungen und Personen unterlaufen sind, kann um so weniger wundernehmen, als ja das behandelte Thema noch nicht zur Geschichte erstarrt, sondern immer noch lebendigste Gegenwart ist. Lebendigste Gegenwart, in der jeder Tag neue Gestaltungen und Gruppierungen bringt, in der unter dem mächtigen Einflusse der weltgeschichtlichen Umwälzungen unserer Tage alles noch in ständigem Flusse und Werden begriffen ist. Aber solche Irrtümer im einzelnen beeinträchtigen den Wert des Buches kaum; sie bewirken höchstens, daß seine Bedeutung mehr in der Materialsammlung für den künftigen Geschichtsschreiber, als in der systematischen Verarbeitung des Stoffes liegt.

In einem Anhang ist auch die Stellung der christlich-nationalen und Hirsch-Dunckerschen Arbeiterbewegung zum Weltkrieg behandelt. Das im Verlag von Gustav Fischer in Jena erschienene Buch kostet 2 M.

Zu den Verlegern, die Sammlungen kriegspolitischer Einzelschriften herausgeben, hat sich nun auch C. A. Schwetschke & Sohn gesellt. Bisher liegen uns die ersten vier Hefte dieser Sammlung vor. Im ersten behandelt ein Autor, der sich **Salvator** nennt, das unerschöpfliche Thema von der diplomatischen Vorgeschichte des Krieges. („Die Kriegsverschwörung und die Kriegsverschwörer“.) In der Hauptsache ist es ihm dabei um eine Charakterisierung der Hauptakteure in diesem Vorspiel (Iswolsky, Poincaré, Grey, Delcassé usw.) zu tun. Einen besonders breiten Raum nimmt die Vorgeschichte des italienisch-österreichischen Krieges ein. Die Arbeit enthält zweifellos manche guten Beobachtungen und klugen Bemerkungen, wenn sie auch an einer gewissen Einseitigkeit leidet. Zu einer wirklich objektiven und erschöpfenden Darstellung der Vorgänge, die schließlich zu der Katastrophe vom Hochsommer 1914 führten, fehlen ja heute auch noch alle Vorbedingungen. Und sie werden fehlen, solange in allen beteiligten Hauptstädten noch die Geheimarchive schweigen. Die tieferen weltwirtschaftlichen Verwicklungen, die dem Kriege zu-

grunde liegen, fallen aus dem Rahmen der hier besprochenen Arbeit heraus. Daß ohne ihre Kenntnis ein wirklich klares Bild über die letzten Ursachen des Krieges nicht zu gewinnen ist, versteht sich von selbst.

Im zweiten Heft der Schwetschkeschen Sammlung behandelt Dr. Otto Helmut Hopfen das Thema: „Das Land der Balten und der Krieg“. Bei dem großen Interesse, das die Zukunft der Ostseeprovinzen heute überall erregt, wird seine Schrift gewiß viel Leser finden; besonders soweit die geschichtliche und ethnographische Darstellung der Dinge in Betracht kommt, kann der nicht geschulte Leser manches aus dem Schriftchen lernen. Das leider keineswegs erfreuliche Verhältnis zwischen Letten und Deutschen im Baltenlande und die große Schuld, die das baltische Junkertum an diesem unerfreulichen Verhältnis trifft, erfährt allerdings durchaus keine genügende Beleuchtung. Auch sonst macht die Schrift natürlich keinen Anspruch darauf, das Thema zu erschöpfen.

Im dritten Heft behandelt der gleiche Autor „Kriegslehren zur äußeren Politik“. Der ökonomisch geschulte Sozialdemokrat wird auch hier vieles ganz anders ansehen und beurteilen als Herr Hopfen. Manche seiner Ausführungen, auf deren Einzelheiten einzugehen uns hier leider der Raum fehlt, fordern zum lebhaften Widerspruch geradezu heraus. Doch ist es auch für den Sozialdemokraten und gerade für ihn sehr wichtig, sich eine möglichst genaue Kenntnis der politischen Gedankengänge anderer Kreise zu erwerben. Daran hat es — wenn wir hier eine Bemerkung allgemeiner Natur einfließen lassen dürfen — vor dem Kriege vielfach gefehlt. Wir lebten leider nur allzu ausschließlich in unserer eigenen Gedankenwelt und so konnte die ungeheure Gewalt gewisser politischer Anschauungen und der ihnen entsprechenden Stimmungen beim Beginn des Krieges uns völlig überraschen. Will man einen Gegner wirksam bekämpfen, so genügen dazu durchaus nicht gewisse allgemeine Redensarten und polemische Schlagworte von der Art, wie wir alle — fast ohne Ausnahme — sie früher mehr liebten, als gut und heilsam war. Wir müssen endlich lernen, uns ganz in der Ideenwelt auch unserer Gegner heimisch zu machen und die bedingte geschichtliche

Berechtigung auch ihres Standpunktes anzuerkennen. Die Gegner waren früher vielfach über unsere Anschauungen und über das Wesen unserer Bewegung besser unterrichtet, als umgekehrt wir über sie. Man denke nur an manche Veröffentlichungen der München-Gladbacher Zentrale des Volksvereins für das katholische Deutschland, an Bücher wie das oben besprochene von Professor Zimmermann und an vieles andere! Hier müssen wir schon während des Krieges, noch mehr aber nach dem Kriege es den Gegnern gleichzutun suchen. Wollen wir politisch „aus dem Turm“ heraus, so müssen wir zunächst aus dem geistigen Turm heraus, in den wir uns in dogmatischer Aengstlichkeit vielfach selbst eingesperrt hatten. Und dazu ist es notwendig, daß wir das politische Schrifttum auch der nichtsozialdemokratischen Welt recht aufmerksam verfolgen.

Als viertes Heft der genannten Sammlung hat Professor **Ludwig Geiger** eine Arbeit über: „Die deutschen Juden und der Krieg“ beigeuert.

Gleichfalls in dem Verlage von Schwetschke & Sohn ist aus der Feder **Salamon Dembitz**ers eine Sammlung von Schilderungen erschienen, der er den Titel: „Aus engen Gassen“ gegeben hat. Einige der dort vereinigten Arbeiten sind zuerst in der „Glocke“ erschienen, deren Leser aus ihnen Dembitzer als einen sehr begabten, feinsinnigen und von tiefem sozialen Gefühl beherrschten Dichter kennen lernten. Die ganz eigenartige und so wenig gekannte enge, trübe Welt des Ghettos unserer Tage hat kaum jemals einen so seelisch mit ihr verwachsenen Schilderer gefunden, wie diesen jungen galizischen Dichter. Er ist gleich heimisch im Judenviertel von Antwerpen wie in der Berliner Grenadierstraße und in den kleinen Judenstädten seiner östlichen Heimat. Die vielen Freunde, die sich Dembitzer durch seine Beiträge für die „Glocke“ erworben hat, werden gewiß auch gerne zu diesem Bändchen greifen, das übrigens nicht die erste größere Veröffentlichung Dembitzers ist. Einige Bändchen Lyrik, niedergeschrieben im „jiddischen“ Jargon, sind ihr vorausgegangen und haben bewiesen, daß diese eigenartige Mischsprache auch für das Ohr des Mitteleuropäers nicht nur humoristische Wirkungen zu bieten vermag, sondern daß sie, wenn ein Dich-

ter sie meistert, auch zur Vermittlerin tiefer und echter Stimmungen werden kann.

In der neulich schon hier angezeigten „Sammlung von Schriften zur Zeitgeschichte“ (Verlag von S. Fischer, Berlin) sind eine Reihe neuer Bändchen aus der Feder von Alfred Weber, Karl Scheffler, Artur Holitscher, Paul Schlenther, Emil Ludwig und Thomas Mann erschienen. Indem wir uns vorbehalten, auf die eine oder die andere dieser Veröffentlichungen gelegentlich noch zurückzukommen, möchten wir heute nur unsere Leser auf die höchst eigenartige und durch ihre psychologische Feinkunst sehr bemerkenswerte Arbeit **Thomas Manns** über: „Friedrich und die große Koalition“ hinweisen. Die Arbeit erschien zuerst vor etwa Jahresfrist im „Neuen Merkur“, sie ist jetzt hier mit zwei kleineren Arbeiten desselben Autors zu einem Bande vereinigt. Das Bild, das uns der Dichter der „Buddenbrocks“ da von dem alten Fritz zeichnet, ist so neu und weicht so sehr von allen herkömmlichen Schilderungen ab, daß man zuerst aus einer Verblüffung in die andere fällt. Schließlich aber gewinnt man doch den Eindruck, daß Manns Auffassung zwar gewiß nicht die ganze Wahrheit über Friedrich, aber ohne Zweifel ein recht gutes Stück der Wahrheit über ihn enthält. Mag Manns Auffassung immerhin nicht frei von Karikatur sein: auch die Karikatur ist ein unentbehrliches Hilfsmittel zur Erkenntnis des Menschen. Und indem sie Unwichtiges fortläßt, hebt sie — gerade durch ihre Uebertreibung — das Charakteristische einer Persönlichkeit nur um so schärfer hervor. Es ist sehr kennzeichnend, daß wir dieses ganz neue Bild von Friedrich nicht einem zünftigen Geschichtsforscher, sondern einem Dichter verdanken, der gewohnt ist, aus der Fülle der Erscheinungen immer das Wesentliche herauszuarbeiten.

Unter den zahlreichen Schilderungen der Kriegereignisse nehmen — im Gegensatz zu früheren Kriegen — in diesem Volkskriege eine besonders hervorragende Stellung die **Feldpostbriefe** ein. Eine gut ausgewählte und sorgfältig bearbeitete, auch mit Kartenbeilagen und strategischen Einleitungen versehene Sammlung solcher Feldpostbriefe gibt der Verlag von Georg Müller in München heraus. Bisher liegen uns die vier ersten Bände vor.

Sie behandeln den belgischen Feldzug (Lüttich, Namur, Antwerpen), Hindenburgs erstes Auftreten und die Schlacht bei Tannenberg, die ersten großen Kämpfe zwischen Metz und den Vogesen und den Teil des Feldzuges, der sich um Longwy und Verdun herum bis zum Ende des Jahres 1914 abspielte, den Beginn der berühmten „Argonnenkämpfe“. Aus allen hier vereinigten Schilderungen der Teilnehmer atmet der frische Geist des unmittelbaren Erlebens. Das macht ihre Lektüre so besonders anziehend.

Eine wertvolle Ergänzung dieser Schilderungen von Kriegsteilnehmern bilden die teilweise auch schon gesammelten Arbeiten der berufsmäßigen **Kriegsberichterstatter**. Unter ihnen befinden sich, wie bei den Feinden, so auch auf deutscher Seite, Schriftsteller von Rang und Namen: Professor Georg Wegener, Dr. Max Osborn, Heinrich Kellermann u. a. Für die sozialdemokratische Presse ist vom September 1914 an mit kurzen Unterbrechungen Genosse **Dr. Adolf Köster** an der Westfront tätig gewesen. Eine Auswahl seiner Berichte ist unter dem Titel: „Die stille Schlacht“ im Verlag von Albert Langen in München erschienen. Jeder Seite des Buches merkt man es an, daß hier kein beliebiger Journalist, sondern ein Dichter zu uns spricht, auf dessen Arbeiten das Wort Zolas zutrifft, daß das Dichtwerk ein Stück Welt sei, gesehen durch ein Temperament. Mit anderen Worten: Nicht geschriebene Photographien vom Kriegsschauplatz bietet uns Köster, sondern — um im Bilde zu bleiben — Zeichnungen eines Künstlers, dem stärkste innere Anteilnahme den Stift geführt hat. So wirken seine Schilderungen naturgemäß ganz anders als die Feldpostbriefe der einfachen Soldaten; sie sind aber darum nicht weniger lebenswahr als diese. Die vielen Leser unserer Arbeiterblätter, die Kösters Kriegsbriefe im Laufe der Zeit mit so regem Interesse verfolgt haben, werden sich freuen, sie nun auch in einem geschmackvollen Sammelbande erwerben zu können. (m)

Die Nation ist das Schatzhaus des menschlichen Genies und Fortschritts und es stünde dem Proletariat schlecht an, diese kostbaren Gefäße menschlicher Kultur zu zertrümmern. Jaurès.

SALAMON DEMBITZER:

Erinnerungen.

Fragment (Deutsch von Stephania Goldenring).

VON jeder Stadt, in der man mehrere Jahre verbracht hat, scheidet man schwer, selbst wenn man dort gekämpft und gelitten hat. Denkt man in späteren Jahren an sie zurück, dann vergißt man, was man dort gelitten und erinnert sich nur der wenigen lichten Augenblicke, die man erlebt hat und die aus der Ferne mit einem lieblichen Glanz anheimeln und mit kindlicher Wehmut und Wärme erfüllen.

Aber obgleich ich in der Stadt K. meine ganze Jugend verbracht habe, verließ ich sie so leichten Herzens, daß mein Herz frohlockte, als ich vom Zuge aus das letzte Haus verschwinden sah. Und noch heute, wenn ich nach vielen Jahren mich ihres Himmels, ihrer Gassen, Häuser und Menschen erinnere, wenn ich der schwülen Sommertage gedenke, die meine Seele stückweise zerrissen, und der kalten Winternächte, die mich in finstere Träume hüllten und mir zuflüsterten, daß ich diese Stadt niemals verlassen würde, dann verfluche ich den Tag, an dem mein Fuß ihren Boden betreten hat...

*

Wir mieteten in einer engen Gasse zwei kleine, niedrige Stübchen, bauten uns aus einem langen Kasten einen Tisch, kauften zwei alte eiserne Bettstellen, in denen wir in kalten Dezembertagen, nur mit Mänteln zugedeckt, schliefen. Schnee und Wind schlugen gegen unsere Scheiben. Meine Mutter, die mit meinem kleinen Bruder in dem anderen Bette schlief, stand jede halbe Stunde auf und kam auf mein Bett zu, um mich fest einzuhüllen, damit ich mich nicht erkälte. Sie glaubte, daß ich nicht sähe, wie sie vor Angst zitterte, daß der Wind das Fenster aufreißen könnte, und daß ich ihre stillen Seufzer nicht hörte...

*

Schlechte Zeiten waren gekommen. Wir hatten unser heimisches Städtchen verlassen und uns entschließen müssen, nach Deutschland zu gehen, wo man so viel Geld verdienen konnte. Aus unserem Städtchen waren schon früher viele Frauen ausgewandert — sie schickten alle jede Woche einen Fünfzigkronenschein nach Hause... Ihre Männer gingen im Städtchen herum und zeigten die Briefe, die ihre Frauen ihnen schrieben. Für das Geld schafften sie sich neue Kaftane an, träumten davon, sich einen Hausanteil zu kaufen und lächelten über jene Männer, die ihre Weiber noch zu Hause hielten.

Sara Top schrieb ihrem Mann, er sollte sich nur keine Sorge machen, es sich gut schmecken lassen und ruhig schlafen, denn in Deutschland wäre es ganz anders als in Galizien... Erstens wurde in diesem Lande nicht gefeilscht, die Leute bezahlten, was man verlangte — und dann brauchte man nur zu sagen, daß man einen kranken Mann und gelähmte Kinder hätte... dann kaufte jeder etwas ab... Denn die Deutschen wären nicht sehr schlau... Mit Gottes Hilfe wollte sie in allernächster Zeit viel Geld auf einmal schicken... er sollte sich inzwischen erkundigen, wie viel das Haus des tauben, schwarzen Mailachs kostete...

Wenn die Männer des Städtchens den Inhalt eines solchen Briefes erfahren hatten, glänzten ihre Augen vor Neid und Gram, wenn sie sich vorstellten, daß Lasar Top, der früher mit Milch hausieren ging, plötzlich so glücklich geworden war... derselbe Lasar Top, mit dem man sich früher genierte zu reden... O, könnten ihre Weiber nicht dasselbe tun! Lasar Tops Weib hatte das ganze Städtchen in Aufregung versetzt. Die Männer rannten eilig nach Hause und zankten mit ihren Frauen.

*

Ganz deutlich steht mir jener Winter vor Augen. Wir hatten kein Stück Holz, um unser Stübchen zu heizen, niemand wollte uns etwas borgen. Wir gingen schlafen, ohne zu Abend zu essen, die Mutter wurde immer bleicher und matter. Mein Stiefvater, ein stiller Jude mit einem gelben Bart, kam alle halbe Stunde in die Stube und fragte die Mutter, ob der Geldbriefträger nicht gekommen wäre, obwohl er von nirgends Geld zu erwarten hatte.

Manchmal, wenn ich nachts im Bette lag und nicht einschlafen konnte, hörte ich, wie mein Stiefvater redete:

„Sieh dir doch Lasar Tops Weib an! Ist die etwas Besseres als du? Sie fuhr doch früher mit einem Milchwagen herum und konnte kein Wort deutsch sprechen! Und wer ist ihr Vater und ihre Familie?! Ganz einfaches Gesindel! In der letzten Woche hat sie einen Hundertkronenschein nach Hause geschickt — der Mann will sich ein Häuschen kaufen. Und die Lips, zwei Mädchen, die erst unlängst abgereist sind, haben schon einen halben Tausender heimgeschickt!“

Manchmal antwortete die Mutter kurz und eintönig:

„Ja, aber nicht jeder versteht es...“

Aber meistens seufzte sie nur still: „O, meine Kinder...“

Mein Stiefvater, der kein sehr kluger Mann war, wollte meine Mutter ermutigen und sie anfeuern, er fuhr also auf Umwegen fort, auf sie einzureden:

„Ei, man erzählt ja Wunderdinge von Deutschland: die Bahnen fahren dort über die Dächer fort, und die Deutschen gehen vorüber, ohne sich danach umzusehen! Die Menschen sind dort so gutmütige Tröpfe — sie haben mit jedem Mitleid und glauben jedes Wort... Sara Top schrieb erst vorige Woche darüber...“

Gewöhnlich lag meine Mutter still und erwiderte kein Wort. Schließlich drehte sich mein Vater auf die andere Seite und sagte: „Nun, überlege es dir bis morgen...“

In solcher Nacht konnte ich kein Auge schließen. Durch die Fenster blickte die schwarze Nacht herein. Die Kinder schnarchten, auf dem Tisch brannte ein kleines, trübes Lämpchen. Zuweilen hörte man die Schritte des Nachtwächters, der vor dem Fenster auf und ab ging. Ich aber träumte und malte mir aus, wie ich nach Deutschland kam.

Ich ging zum Rabbiner, trat in ein großes, schönes Wohnzimmer, in welchem der Rabbiner auf mich zukam und freundlich liebevoll zu mir sprach:

„Sie wollen also studieren und Rabbiner werden?... Schön... Ich zahle alles für Sie... Warum denn nicht?... Sie können bei mir wohnen. Gefällt Ihnen dieses große Zimmer hier mit

den Büchern? Das soll für Sie eingerichtet werden... Oder möchten Sie das andere?...“ Dann war ich Rabbiner. Ich wohnte in dem schönsten Hause der Stadt. Alle Zimmer waren voll von Büchern. Im Vorzimmer warteten Leute, die mich sprechen wollten und von mir Gefälligkeiten wünschten... Aber ich hatte keine Zeit, denn ich war zu einem berühmten Reichstagsabgeordneten eingeladen, der meine Meinung über eine wichtige Angelegenheit hören wollte. Ich hatte nicht einmal Zeit, mein Bild der illustrierten Zeitung einzusenden, die mich darum ersucht hatte...

Plötzlich schien es mir, als blinzelte das kleine, matte Lämpchen zu mir herüber: Nein, nicht Rabbiner werden! Als berühmter Dichter sollst du nach dem Heimatstädtchen wiederkommen... Dann werden dir die Mädchen entgegenlaufen, sich nach dir umschauen, stumm und still, nur ihre Augen werden dich bitten: „Wähle dir unter uns eine Braut aus!... Wir haben uns jahrelang nach dir geseht... Jetzt bist du ein berühmter Mann... Schämst du dich unser?..“

Als Antwort blickten meine Augen nur nach dem Eckhaus am Markt, wo Riwkele wohnte.

*

Die Gasse, in der wir die beiden Stübchen gemietet hatten, gehörte zu den elendesten und verkommensten in der Stadt. Wenn wir am Abend nach Hause gingen, riefen uns die Straßensjungen nach: „Jud, hast du Geschäfte gemacht?“

Das Blut wallte in mir auf, erstens, weil sie mein Volk beleidigten, zweitens, weil sie just mich fragten, ob ich Geschäfte gemacht hätte, mich, der im Grunde gar kein Interesse für Geschäfte hatte. Ich schwieg still, da ich fürchtete, ein Wort zu entgegnen in diesem fremden Lande, in dem ich mich so arm, einsam und verlassen, doppelt verlassen als galizischer Jude fühlte.

In unserer Stube konnte man auch am hellen Tage kaum einen Lichtschein sehen. Die Gasse war düster, und die hohen Mauern versperrten das Licht. Tagelang hockten wir auf unseren Betten und überlegten, wie ein Anfang gemacht werden sollte. Meine

Mutter beschloß, mein Brüderchen in die Spielschule zu geben und selbst das Hausierergeschäft zu betreiben; nur mit mir, einem siebzehnjährigen Burschen, wußte man nicht recht, was man anfangen sollte. So jung hausieren — das schickte sich nicht... Doch was konnte ich sonst tun? Die Mutter redete mir gut zu; nach langem Ueberlegen erklärte ich mich einverstanden, in der nächsten Woche damit zu beginnen, wenn die Mutter mit dem Geschäft bereits genügend vertraut wäre, um auch mich einzuführen.

Wenn ich die Augen schließe, sehe ich deutlich den ersten Gang meiner Mutter... Stundenlang hatte sie auf dem Bette gesessen, das Päckchen in der Hand, nachdenklich und sehnsüchtig, unfähig sich auch nur zu rühren... Ich sah, daß sie nicht imstande war, sich aufzurichten, und daß sie auf etwas zu warten schien. Ich erriet alle ihre Sorgen und ihr tiefes Herzweh. Plötzlich quollen Tränen in ihren Augen. Dann fing sie an zu stammeln:

„Mein Vater... wenn er das gewußt hätte... Wenn mir nur das Geringste fehlte, wollte er den Himmel stürmen... Mein guter Vater. Wenn er das wüßte... seine jüngste Tochter, für die er sich geopfert hat...“

Die Tränen strömten immer stärker. Obwohl ich meine Mutter beruhigte und küßte, fühlte meine junge Seele gar zu deutlich die ganze Bitterkeit und Zwecklosigkeit dieses Lebens. Ich bat sie:

„Mamenju... du bist doch nicht gezwungen zu gehen... versuch nur einen Tag, wenn du willst... Magst du nicht, dann bringe ich die Ware wieder zurück... Du mußt ja nicht gehen, es zwingt dich ja niemand... Mamenju... bedenke selbst.“

Eine halbe Stunde später begleitete ich sie zur Elektrischen. Wir trennten uns sehr schwer. Ihre Augen waren noch rot, und sie schämte sich, daß die Menschen es ihr ansehen würden, daß sie geweint hatte... Sie warf mir einen letzten herzzerreißenden Blick zu, den ich noch bis zum heutigen Tage nicht vergessen habe. Im selben Augenblick rollte eine Träne über ihre Wange. Die Träne glänzte. Das Päckchen fest in einer Hand haltend, sah sie mir noch lange nach — —



Wie ein Wahnsinniger lief ich in den Gassen herum.

Es war ein stiller, grauer Wintertag. Die Arbeiter kehrten den Schnee in den Straßen, es schien, als ob graue Menschen in den Gassen umherliefen. Die Dächer der stolzen, großen Häuser waren mit einer weißen Decke überzogen, und der blasse, farblose Himmel blickte mit solcher Gleichgültigkeit herab, als hätte er nicht soeben eine blasse, müde Frau gesehen, eine Mutter elender Kinder, erniedrigt und verzweifelt... Oder hatte er nicht gesehen, wie schweren Herzens sie sich von ihrem ältesten Sohne getrennt hatte, um zum erstenmale diese schwerste Last des Lebens auf sich zu nehmen, sah er nicht die abgehärmte Frau, die einst auch von Glück in dieser Welt geträumt hat?!

Als ich so umherrante, schien es mir, als ob die stolzen Häuser mich verhöhnten und angrinsten: „Du träumtest einst, ein großer, berühmter Mann zu werden — nun? — nächstens wirst auch du hausieren gehen, wie deine Mutter — ja, ein großer Mann wirst du werden! Ha, ha, ha! Dein Leben lang wirst du dein Päckchen schleppen... wirst aus dieser Stadt nie mehr herauskommen! O, wir halten dich fest, wir schließen dich von der übrigen Welt ab... unter uns wirst du deine Träume vergessen, hier wirst du ein Mensch werden...“



Nachdem ich stundenlang umhergeirrt war, bog ich in eine kleine, enge Gasse ein, die Entengasse, und trat in das Geschäft unseres Grossisten, bei dem meine Mutter einen Teil ihrer Ware eingekauft hatte. Hinter dem Tisch des kleinen Ladens stand der Kaufmann und rechnete in einem Geschäftsbuch. Es war ein dürrer, unsympathischer, kleiner Jude, mit gelbem Bart, aus dem einzelne graue Haare hervorschimmerten. Um den Hals trug er einen dicken Schal, hüstelte jeden Augenblick und nahm dazwischen einen Schluck Milch aus einer großen Flasche.

„Na, junger Mann, wie gefällt Ihnen unsere Stadt? Sehen Sie, hier kann man ein Mensch werden. Man muß es nur verstehen! ... Wenn ich so alt wäre, wie Sie... ha, ha, ha! Man nimmt einfach ein Körbchen in die Hand und zieht los... Was?...

die Stadt gefällt Ihnen nicht?... Sie brauchen ja nicht ewig hier zu bleiben... Wozu? Man schafft ein bißchen Moneten, dann kann man nach ein paar Jahren wieder nach Hause fahren, eine Frau heimführen und ein Mensch werden, wie andere Menschen..."

Ich hörte ihm zu. Jedes Wort legte sich bleischwer in meine Seele.

Werde ich also wirklich hier bleiben, hausieren und auf diese Weise ein Mensch werden, wie er meinte?... Also hier werde ich meine Jugendzeit, die schönsten Jahre des Lebens, begraben? Und meine Träume? Ich weiß, das Leben ist einmal so. Ich sah mich in späteren Jahren, bleich und ausgemergelt, mit Weib und Kindern, hausierend... Vielleicht brachte ich es gar so weit, wie dieser Jude, würde als Besitzer eines eigenen Ladens mit verbundenem Halse hinter dem Tisch stehen, im Geschäftsbuch rechnen, jeden Augenblick husten und aus einer Flasche Milch trinken?... Ist denn das Leben daran schuld, wenn es so kommt? Hat es mir etwas anderes versprochen? Habe ich das Recht, etwas anderes von ihm zu verlangen? Was kann es dafür, daß ich von anderen Dingen geträumt habe?

„Wenn Sie wollen, junger Mann, binde ich Ihnen ein Päckchen zusammen..."

Schauen Sie, ich berechne es Ihnen billiger, als irgendein anderer...

Sie können schon morgen anfangen... Schade um jeden Tag!"

„Ich komme ein anderes Mal.“

Ich schlich mich fort. Meine Füße trugen mich heimwärts, in meine kalte, finstere Stube. Mein kleines Brüderchen lag auf der Erde und schlief, ich setzte mich auf das Bett und blickte schweigend auf die hohen Mauern, die unser Fenster verstellten. —

*

Endlich kam meine Mutter zurück. Sie weinte viel an diesem Abend. Mit einigen Spänen einer Kiste machte sie Feuer an. Die Stube war kalt, aber hell, obgleich wir kein Licht brannten. Der niederfallende Schnee, der sich in einer dichten Decke

auf die Mauern lagerte, spendete das Licht. — Auf der leeren Wand bewegte sich der Schatten meiner Mutter. Sie weckte den schlafenden Knaben, zog ihn aus und legte ihn auf das harte eiserne Bett; einige Tücher und Mäntel dienten als Unterlagen und Decken. Als sie den Kleinen gebettet hatte, setzte sie sich neben ihn nieder.

„Mamenju, nun, wie war es?“

Sie erzählte, wie ihr Herz jedesmal laut schlug, wenn sie an eine fremde Tür klopfte, wie sie davonrannte, als sie hörte, daß man die Türe öffnen wollte... Schließlich wagte sie einmal zu warten, bis die Türe geöffnet wurde und man sie hereinließ. Aber die Frau des Hauses rief wütend:

„Das ist ja gar nicht auszuhalten! Schon wieder eine von diesem Hausiererpack!“

Dann suchte sie noch zwei, drei Häuser auf. In einem ließ das Dienstmädchen sie gar nicht herein, an einer anderen Stelle verkaufte sie ein Dutzend Taschentücher...

Wenn meine Mutter nachts im Bette lag, hörte sie mich gern singen. Zuweilen lag sie bis zwei oder drei Uhr und verlangte immer noch mehr. In der Stube war es finster und die Fensterscheiben waren zugefroren. Es schien, als wären wir in einem tiefen Keller eingemauert, aus dem wir nie mehr herauskommen sollten. Ich hüllte mich in meinen Mantel, wärmte meine Hände mit dem Atemhauch und sang stundenlang.

So sind meine schwermütigen Lieder entstanden. Mein junges Herz wühlte sich in die Brust hinein und rief mit tiefster Bitterkeit seinen Schmerz und sein Weh in die stumme Nacht hinein;

Das Kästel trogt er in der Hand
 Un geht vun Stüb zu Stüb,
 Das Ponim (Gesicht) is ihm eingefaln
 Die Oigen senen trüb.
 Ehre, Schönheit und Gefühl
 In sein Herz verloschen,
 Jeden Haus verkoift er wos
 Un zählt sich seine Groschen.
 Un Hitz un Sturm un Wind un Kält

Dos tot er als dertrogen,
 Møg Hitzen brennen, regnen, schneen —
 Er wet darum nit klogen.
 In sein Gedank schwebt Weib un Kind
 Er muß sei doch ernähren,
 Un die Groschen weren ausgemischt
 Mit seine eigne Trären...

Ich fühlte, wie meine Mutter die Tränen hinunterschluckte, hörte, wie sie bat: „Noch, noch...“

*

Der Sommer war gekommen, der erste Sommer in einer fremden, großen Stadt. Am Abend irrte ich in den breiten Straßen umher, blickte auf fremden Glanz und fremdes Glück, sah vornehm gekleidete Frauen und junge Paare Arm in Arm, lachend und sich drängend, durch die Straßen wandeln. In den Gärten lauschten die Menschen, an Tischen sitzend, ernster oder heiterer Musik, deren Klänge auf die Straße drangen. Gymnasiasten in roten Mützen gingen fünfzehnjährigen Backfischen nach, deren Wangen glühten, während sie mit ihren schwarzen oder blauen Augen stolz und glücklich verstohlene Seitenblicke warfen und so taten, als merkten sie nicht, daß ihnen jemand nachging, oder als wüßten sie nicht, daß sie gemeint wären.

„Blumen, kaufen Sie Blumen, mein Herr!“

O fremdes, armes Mädchen! Weißt du denn, was du sprichst? Für wen soll ich Blumen kaufen, für wen?

Mit Bedauern stellte ich fest, daß die Aussicht auf die hochragenden Häuser den Himmel versperrte. Ich war gewöhnt, den weiten Himmel mit Mond und Sternen, in allen Farben schillernd, zu sehen. Obgleich mein Städtchen so klein und arm war, hatte es doch die schönsten Sommerabende der Welt.

Als ich den fremden Sommer in seiner fremden Schönheit wahrnahm, da wurde es in meinem Herzen noch unruhiger; meine Seele sehnte sich noch mehr nach meinem Städtchen, und ich fühlte meine große Einsamkeit. Wo seid ihr geblieben, o galizische Sommernächte mit dem sich weithin erstreckenden, ster-

nenbesäten Himmel, an dem der große, klare Mond dahinzog? Er zog und schaute auf die Menschen herab, die ihre Röcke ausgezogen hatten und auf den Schwellen vor den Häusern saßen oder auf dem Markt umhergingen, um sich nach dem heißen Tag abzukühlen.

Auf dem breiten „Kaiserweg“ lustwandelte die Jugend und erzählte sich die großen Geheimnisse des Lebens; einige reiche, gut gekleidete Studenten, die zu den Ferien nach Hause gekommen waren, schauten den vorübergehenden Mädchen in die Augen. Errötend ließen die Mädchen die Augen sinken und eilten beschämt weiter. Man hörte noch aus der Ferne ihre jungen reinen Herzchen klopfen.

Auf dem Markt liefen Knaben umher, sie schrien und lachten oder spielten Soldaten. Die beiden älteren zankten, jeder wollte Hauptmann sein...

Die Luft war sommerlich und still, aus den umherliegenden Gärten und Feldern wehte ein süßer Duft zum Städtchen herüber. Aus dem Bes-Hemidrasch, der Betschule, ertönten mehrere junge, lautgellende Stimmen. Es waren die Stimmen einiger Talmudjünger, die in der Betschule saßen und lernten und dabei so weich und traurig sangen, daß ihr Gesang jedem zu Herzen ging.

Junge Kinder sehnten sich nach dem großen Weltenherrscher, sehnten sich nach ewiger Schönheit; sie begriffen die Schönheit des Firmaments und der Sterne und fanden das höchste Glück, den höchsten Ruhm in der ewigen Thora...

Als die Einwohner des Städtchens diesen Gesang vernahmen, versanken sie in Gedanken und fühlten sich plötzlich den Sternen und dem Mond so nahe; sie wußten, daß droben Gott wohnte, der zu ihnen herabschaute und der ihr Städtchen beschützte. Das Herz sehnte sich... Wonach? Sie wußten es selbst nicht...

Es schien, als ob die Laternen vor den Häuschen auch sinnend und sehnsuchtsvoll daständen und dasselbe wie die Menschen fühlten. — —

Die Fenster der am Markt gelegenen Häuser standen weit auf. Hier und dort steckte eine Mutter den Kopf heraus und rief den Sohn, der mit den anderen Knaben Soldaten spielte...

Irgendwo ertönte Klavierspiel, dessen Töne sich auf dem Markt mit den anderen Klängen vermischten, bis alles leise und zart verhallte.

Manchmal ging ein vornehmer Christ vorüber. Die Einwohner zogen eifrig die Hüte zum Gruße und freuten sich, daß Gott ihnen einen so guten Mitbewohner geschenkt hatte.

Auf dem Markt wurde es immer stiller; die Einwohner gingen in ihre Häuser, um sich zur Ruhe zu begeben, die Mütter holten ihre Kinder fort. Der soeben noch belebte Marktplatz war verlassen. Nur die sinnenden Laternen blieben vereinsamt zurück und blickten stumm umher...

O wunderbare galizische Sommerabende!

*

Je mehr fremden Reichtum und Glanz ich sah, um so mehr zog es meine Seele in mein Heimatstädtchen. Wenn ich manchmal unwillkürlich in die Augen der Mädchen blickte, so schien es mir, als sagten sie zu mir:

„Du blasser Jüngling, deine Kleider sind zerrissen, deine Augen sind trüb und verloschen, deine Stimme klingt so müde und schwer ... Dein Herz muß wohl gebrochen sein. Weshalb schaust du uns so an? Wir lieben nur das Leben, nicht den Tod, wir lieben Reichtum und Kraft, wir lieben das Feurige, Brausende und das Schöne. Wir können dich nur bedauern, o Fremder! Hast du keine Heimat?“

*

Im selben Jahre kam mein Stiefvater mit den beiden anderen Geschwistern zu uns nach der Stadt K. Das Mädchen, meine kleine Schwester, hielt er auf dem Arm, der kleine Junge schleppte sich hinterher.

Wir hatten daraufhin eine neue Wohnung gemietet, die um eine Stube größer war. Die Mutter hatte bei einem Trödler ein paar Bettstellen, einen Tisch und zwei Stühle gekauft. Sie hatte sich an das Hausieren schon ein wenig gewöhnt und weinte nicht mehr so viel. Als sie die Nachricht erhielt, daß der Vater kommen würde, war sie den ganzen Tag zu Hause geblieben, hatte Apfelsinen und andere Süßigkeiten für die Kinder

eingekauft und ein neues Tischtuch auf den Tisch gelegt. Als der Vater in die Stube trat, staunte er über das schöne Zimmer, aber am allerbesten gefiel ihm das neue Tischchen. Freudestrahlend sagte er: „Siehst du, habe ich dir nicht gesagt, daß man in Deutschland Geld machen kann... Schade, daß du nicht schon zehn Jahre früher ausgewandert bist...“ Dann erzählte er Neuigkeiten aus der Heimat, wer gestorben war, wer sich verheiratet hatte, wer reich geworden und wer verarmt war, wer Bankerott gemacht hatte und welche Frauen nach Deutschland gegangen waren.

Ein warmes Gefühl umschlich mich bei seinem Bericht; er hatte ein Stück des Städtchens mitgebracht, das tief in meinem Herzen eingegraben war.

Ich bestürmte ihn mit Fragen.

„Und was macht Leiser Bibe?“

„Er hat schon längst geheiratet und dreitausend Gulden mitbekommen.“

„Und was macht Dolek?“

„Der ist schon lange Doktor.“

Dann fragte ich zögernd:

„Und wie geht es Riwkeles Mutter?“ ...

Ich fühlte, wie ich bei dieser Frage errötete, doch er erwiderte rasch, daß Riwkele nach Amerika gegangen war.

Nun wandte der Vater sich an die Mutter und fragte sie, womit ich handelte und ob ich schon viel verdiente. Als er hörte, daß ich nur so herumging und zuweilen nur kleine Gedichte schrieb, war er höchst erstaunt, konnte es nicht begreifen und sagte zur Mutter:

„Ich habe ja immer gewußt, daß aus ihm nichts werden wird... Es ist nicht zu glauben, ein Mensch sitzt in Deutschland und tut gar nichts. Zu Hause — das ist etwas anderes, aber in Deutschland!“

Dann wandte er sich zu mir und fragte ironisch:

„Sag mal, wie viel Geld hast du schon gespart? Wahrscheinlich verdienst du eine Menge, du willst es nur nicht sagen, was?“

Dann fuhr er ernster fort:

„Ich meinte, wenn du nach Deutschland kommst, wirst du anfangen zu arbeiten, hausieren gehen, wie jeder Mensch, ein paar Gulden sparen, heiraten und ein Mensch werden, anstatt deine Zeit mit solchen Dummheiten, wie Versemachen, verbringen. Bitte, sag mir, was hast du davon? Schämst du dich als erwachsener Mensch nicht, Verse zu schreiben?“

Ich hörte ihn ruhig an. Wir saßen beisammen bei Tisch, aßen Apfelsinen und tranken Tee. Als wir die Gaslampe ansteckten, wollte der Vater durchaus wissen, welches neumodische Petroleum hierzu gebraucht würde... Nachdem wir mit dem Essen fertig waren, wusch die Mutter das Geschirr ab, dann zog sie den Bruder aus, der mit dem Vater angekommen war und wusch ihn vom Kopf bis zu den Füßen ab.

Der Vater ließ sich bequem auf das Bett nieder und sah sich erfreut in der Stube um.

*

In dieser Nacht schlief ich in der anderen Stube. Zum ersten Male vergaß die Mutter, mich zu bitten, ihr Gedichte vorzusprechen. Ich fühlte, daß von dieser Nacht an alles anders werden würde.

*

In den ersten Tagen sah sich der Vater in der Stadt um. Vor den Schaufenstern blieb er lange stehen und starrte auf die Beleuchtung. Wenn er zurückkam, war er voll von Wunderdingen. Jedesmal, wenn er mich zu Hause antraf, fing er dasselbe Gespräch an, wie am ersten Tage. Um mich zum Hausieren zu ermutigen und anzuspornen, pflegte er zu sagen:

„Siehst du, alle deine Altersgenossen sind schon verheiratet, sind Menschen, wie es sich gehört, haben viel Geld und nehmen angesehenen Stellen im Städtchen ein und machen keine Verse.“

Wenn die Mutter zu Hause war und ihn so sprechen hörte, schützte sie mich manchmal, doch manchmal schwieg sie auch. Der Vater fuhr aber gereizt fort, indem er sich an die Mutter wandte:

„Ich habe dir immer gesagt, daß aus ihm nichts werden wird.“

Obwohl mein Stiefvater ein einfacher Jude war, mit einem kleinen gelben Bart und Katzenaugen, und obgleich er auf der

Straße mit fremden Leuten so leise redete, daß man ihn kaum verstehen konnte, und er sonst vor jedem Menschen großen Respekt hatte... hatte er keine Angst, mir stets dasselbe vorzupredigen.

Allmählich erhob sich im Zimmer ein lauter Schrei. Ich sprach auch mit der Mutter gereizt, weil ich glaubte, daß sie zu ihm hielt.

Das Leben wurde für mich immer schwerer und bitterer. Ich beschloß, irgend etwas zu unternehmen, aber selbstverständlich wollte ich nicht hausieren, sondern einen Teil meiner Jugendträume verwirklichen. Ich ging also zu dem Rabbiner und zu einigen anderen „großen Herren“ der Stadt K. Einige wollten mich nicht empfangen, sie ließen nach meinem Namen fragen und „in welcher Angelegenheit“ ich käme. Aber der Herr Rabbiner empfing mich in seinem schönen großen Salon. Ohne mir einen Stuhl anzubieten, begann er in spöttischer Weise, mir Moral zu predigen.

Noch jetzt steht mir dieser Mann deutlich vor Augen. Ein kleiner Jude mit schwarzem Bart, rabenschwarzen Augen und schwarz von Kopf zu Fuß, mit einer kleinen spitzen Nase, die die ganze Schlechtigkeit dieses Menschen verriet. Er redete spitzfindig und gehässig, beißend und verletzend:

„Sie wollen studieren? Ha, ha, ha! Heutzutage will jeder studieren. Und ich soll Ihnen das Geld dazu geben? Ha, ha, ha! Sie wollen mich also anschnorren, was?... Wir kennen diese Geschichten schon... Sie sagen ja, daß Sie Gedichte schreiben. Bringt Ihnen denn das gar nichts ein? Ha, ha, ha! Es ist zum Kranklachen! Schriftsteller wollen Sie werden? Weshalb gehen Sie denn nicht hausieren, wie Ihre Landsleute? Das ist viel gescheiter! Sehen Sie, ich schreibe ja auch, aber das ist etwas ganz anderes!... Uebrigens ich habe nicht viel Zeit, ich bin zu Dr. von Hoffmann zu einer Partie Karten eingeladen.“

Tief gekränkt und verletzt verließ ich den Rabbiner. Alle meine Hoffnungen und kindlichen Ideale hatte er mit den Füßen zertreten.

„O Gott, alle Leute wollen, daß ich Hausierer werde! Ich glaubte, man denkt nur in Galizien so.“

Als ich weiter ging, fühlte ich mein Herz plötzlich von einer weichen Regung durchströmt, vielleicht, weil ich so erniedrigt worden war. Ich träumte davon, daß der Rabbiner eines Tages diesen Tag bedauern und sich vor sich selbst schämen würde; wenn er nach vielen Jahren erfahren würde, daß ich ein großer und berühmter Mann geworden war.

O, mein Herz war voll kindlicher Träume!

Indem ich mich immer mehr der Gasse näherte, in der wir wohnten, schien es mir plötzlich, als riefen die Häuser mir zu:

„Du glaubst, du kommst von hier heraus? O, dann irrst du dich! Wir halten dich fest! Ganz fest!...“ (m)

Aus unserer Sammelmappe.

Bisher hat es immer geheißten, die Deutschen seien die Landsknechte des Despotismus in ganz Europa gewesen. Wir sind weit entfernt, den schmählichen Anteil der Deutschen an den schmählichen Kriegen gegen die französische Revolution von 1792 bis 1815, an der Unterdrückung Italiens seit 1815 und Polens seit 1792 zu leugnen; wer aber stand hinter den Deutschen, wer benutzte sie als seine Söldner oder seine Avantgarde? England und Rußland.

Marx, 1849.

Mit demselben Recht, mit dem die Franzosen Flandern, Lothringen und Elsaß genommen haben und Belgien früher oder später nehmen werden, mit demselben Recht nimmt Deutschland Schleswig, mit dem Recht der Zivilisation gegen die Barbarei, des Fortschritts gegen die Stabilität. Und selbst wenn die Verträge für Dänemark wären, was noch sehr zweifelhaft ist, dies Recht gilt mehr als alle Verträge, weil es das Recht der geschichtlichen Entwicklung ist.

Marx. (Neue Rheinische Zeitung.)

Zuschriften an die Redaktion der Glocke sind zu richten an Konrad Haensch, Berlin-Steglitz, Friedrichsruherplatz 4 part.

Adresse des Herausgebers: Dr. A. Helphand, Vodrofsvej 50B, Kopenhagen.

Während des Krieges werden nach Dänemark nur offene Briefe befördert.

Für die Redaktion verantwortlich:

Karl Blasenbrey / für den Verlag: Verlag für Sozialwissenschaft G.m.b.H. / Druck: G.Birk & Co. m.b.H. / sämtl. in München, Altheimereck 19.

DIE GLOCKE

Heft Nr. 14

15. März

Jahrg. 1915/16

Nachdruck sämtl. Artikel mit ausführlicher Quellenangabe gestattet.

HERMAN KRANOLD:

Deutsche sozialistische Schriften zum Kriege.

I.

WAHREND in den letzten Jahren vor dem Ausbruch des Krieges sein drohendes Herannahen immer besser sichtbar, immer deutlicher spürbar wurde, während die sozialistische Arbeit, sein Kommen zu verhüten, unter dem Drucke dieser Drohung allmählich lebhafter und umfassender, sachkundiger und realer wurde, so daß sie zu so aussichtsvollen Unternehmungen wie der Baseler Konferenz gedieh, herrschte in der sozialistischen Literatur eine große Leere über diese Gegenstände. Wenn jedes Jahr eine größere Arbeit auswärtig-politischen Inhalts aus dem Kopfe eines deutschen Parteigenossen brachte, so war das viel. Im übrigen beschränkte sich die Beschäftigung mit diesen Fragen auf Parlaments- und Parteitagsdebatten, auf Reden in der kleinen Agitation und auf eine mehr oder minder sachkundige, gelegentliche oder glossierende Beschäftigung mit einzelnen auswärtig-politischen Erscheinungen in der Presse.

Das hat der Krieg anders gemacht. Die Not der Zeit, der Akzent, den die Tatsachen von den Problemen der inneren Politik auf die Weltpolitik verschoben, hat auch die sozialdemokratische Publizistik dazu gebracht, sich mit Problemen der auswärtigen Politik eingehender zu befassen.*)

*) Es ist natürlich nicht möglich, aus einer Besprechung einer Anzahl von selbständig im Buchhandel erschienenen Schriften ein Miniaturbild der geistigen Stellung der sozialdemokratischen Partei zum Kriege zu

Von den Schriften, die unter dieser Literatur Bedeutung über den Kopf des Verfassers hinaus haben, möchte ich zuerst die Sammlung amtlicher Publikationen erwähnen, die Gen. **Eduard Bernstein** im Verlag „Vorwärts“ in Berlin erscheinen läßt: „Dokumente zum Weltkrieg 1914“, bisher etwa ein Dutzend billige Hefte. Man mag der Meinung sein, daß diese Sammlung der offiziellen Expektionen nur sehr wenig Aufschluß geben kann über die Kräfte, die in Wirklichkeit diesen Krieg hervorgebracht haben; man mag es tadeln, daß von den weltwirtschaftlichen Trieben, von den kapitalistischen Profitinteressen, von der Mentalität, die einen inneren Krieg der westeuropäischen Kulturgemeinschaft zugunsten des asiatischen Zarentums überhaupt möglich werden ließ, in diesen Publikationen blutwenig zu spüren sei. Man mag sogar gewisse Bedenken haben, ob es pädagogisch richtig sei, so tendenziöse Machwerke, wie die Farbbücher der verschiedenen Staaten, in billigen Editionen unter den leider noch mangelhaft im weltpolitischen Denken geschulten Massen unserer Parteigenossen zu verbreiten. Man mag fürchten, daß irgendwelche zufällige Voreingenommenheiten gefühlsmäßiger Art bei den Massen dazu führen werden, daß sie aus dem recht zähen Kuchen nur diejenigen Rosinen herausklauben, die ihnen schmecken. Man mag schließlich auch besorgt sein, ob nicht durch eine solche Publikation die Aufmerksamkeit der Masse der Parteigenossen für Vorgänge und Streitfragen eingefangen wird, die, wie z. B. die, ob Herr von Bethmann-Hollweg oder Sir Edward Grey der ehrliche Friedensfreund war oder der Heuchler, ob der Zar ein Ehrenmann ist oder ein meineidiger Schurke, doch nur am

gewinnen. Denn was Zeitschriftenaufsatz oder Zeitungsleitartikel bleibt und sich so jeder Besprechung entzieht, oder was selbständige Publikation wird, das bestimmt sich leider gewöhnlich nicht nach dem Gewicht der Darstellung oder des Gegenstandes, sondern meist nach anderen Gesichtspunkten. Deshalb kann hier nicht ein zusammenfassendes Bild angestrebt, sondern nur ein Führer, ein Ueberblick des Vorhandenen gegeben werden. Bibliographien finden sich: 1. im diesjährigen österreichischen Parteikalender (Wien, Volksbuchhandlung) im Anzeigenteil; 2. im „Kriegsratgeber über Deutsches Schrifttum“, herausgegeben durch Ferd. Avenarius vom Dürerbunde (München, Callwey), letztere mit kurzem kritischem Kommentar.

Rande des wirklich Interessanten, des Schicksalswichtigen für uns liegen; man mag schließlich ängstlich sein, ob so nicht einer Betrachtung der wirklich treibenden Kräfte des Kriegswerdens eher Schwierigkeiten bei der Masse unserer Parteigenossen in den Weg gewälzt werden. Aber man wird doch eine Rechtfertigung für das Unternehmen des Gen. Bernstein in dem Bedürfnis der Parteipublizisten und Parteagitatoren aller Grade nach zuverlässiger Information finden. Man wird den Zug echt deutscher Gründlichkeit schätzen, der in dieser Sammlung selbst in so allem gründlichen Besinnen abgeneigten Zeiten sich manifestiert. Und man wird nicht verkennen, welche Bedeutung dies Material hat für die Entscheidung, ob die Politik des 4. August, wie sie unsere Reichstagsfraktion inaugurierte, improvisierte, berechtigt war oder nicht.

Leider muß man, wie die Dinge sich nun einmal gestaltet haben, auch diese zuletzt genannte Tendenz gelten lassen. Es ist ja wohl nur schwer zu vermeiden, daß grundsätzliche Entscheidungen, die plötzlich, ohne ernstliche Vorbereitung, von einer Fraktion von mehr als hundert Intelligenzen getroffen werden sollen, von einer in sich frakturierten Fraktion, den Charakter eines taktischen Auswegs aus einer Lage erhalten, die augenblickliche Entscheidung verlangte, aber alle emotionellen Saiten erklingen ließ, die eine ruhige, leidenschaftslose Ueberlegung durch ihren Lärm nicht zustande kommen lassen. Alle entscheidenden Schritte erfolgten so blitzartig, der Tod Jaurès' donnerte so gewaltig hinein in die Schwüle der Lage, es war auch eine so gewaltige Masse von technischer gesetzgeberischer Arbeit mit möglicher Schnelligkeit zu leisten, daß für grundsätzliche Erörterungen weder Zeit noch Fassung war. Nun man aber sich taktisch entschieden hatte, vor der Kenntnis der Verletzung der belgischen Neutralität durch Deutschland, unter dem unmittelbaren Eindrucke des deutschen Weißbuches, mußte man, als sich, bei Licht besehen, die taktische Entscheidung als neuer Grundsatz entpuppte, notwendig auch die taktischen Motive einer Nachprüfung unterziehen. Dafür aber ist die Bernsteinsche Publikation der Farbbücher allerdings eine sehr geeignete, vielleicht auch ein wenig entgiftende Maßnahme. Denn wenn in guter Uebersetzung diese

Dokumente so billig und bequem zur Hand sind, wird es sich wesentlich weniger leicht ereignen, daß Richtersprüche ohne Kenntnis des Anklage- und Verteidigungsmaterials gefällt werden, eine Gefahr, die gerade in Dingen der auswärtig-politischen Haltung der sozialdemokratischen Partei, wie der Fall Hildebrand und neuerdings der Fall Steffen-Järte gezeigt haben, außerordentlich nahe zu liegen scheint.

II.

Man hat sich bei uns auf mancher Seite sehr verständlicher-weise laut entrüstet über das Verhalten der Liebknecht, Haase, Bernstein und Genossen. Ihr gar nicht fortzuleugnender Bruch der formalen Disziplin hat manchem, der auf dem anderen Flügel stehend, objektiv und ohne Verärgerung urteilt, harte Urteile auf die Zunge gedrängt. Denn ein solcher Bruch der formalen Disziplin ist in der sozialdemokratischen Partei Deutschlands etwas Ungewohntes. Wir schätzen Parteidisziplin, auch die rein formale, als echte Preußen-Deutsche sehr hoch ein und billigen ihre Durchbrechung höchstens bei schweren Gewissenskonflikten (wie die einen sie den genannten Genossen absprechen, die anderen sie ihnen zubilligen). Auf der anderen Seite erstaunen uns die Brüche der Disziplin, wie sie in der englischen und russischen Arbeiterbewegung, jetzt wie immer, an der Tagesordnung sind, schon lange nicht mehr. Wir haben uns längst gewöhnt, in dieser Beziehung im weiten Abstände unerreicht in der Internationale dazustehen.

Worin liegt das begründet? Doch wohl darin, daß bei uns Intellekt und Wille des Sozialdemokraten in ganz anderem Maße seiner Partei gehören, als etwa in England. Und wenn wir das wieder zu erklären suchen, so finden wir den Grund dafür in der größeren Extensität und Intensität der sozialistischen Propaganda bei uns. Gerade weil die Deutschen in der Zeit, als die proletarische Bewegung aufkam, ein viel weniger politisch gebildetes Volk waren als etwa die Engländer, mußte die sozialdemokratische Bewegung bei uns sich viel mehr auf Aufklärung, Belehrung und Bildung stützen als in England. Sie mußte erst eine Masse formen, die die Elemente politischen Urteilens gelernt hatte. Die Verborgenheit

unserer Propaganda unter dem Sozialistengesetz gewöhnte uns in der gleichen Richtung. Auf der anderen Seite war durch die allgemeine Schulpflicht, im Gegensatz zu Rußland, die äußere Möglichkeit solcher Arbeit gegeben.

Vielleicht ist das alles nur Gunst der geschichtlichen Konstellation, vielleicht auch Glück in der soziologischen Rassenbildung in Deutschland seit der Reformation, vielleicht beides; das bleibe dahingestellt. Jedenfalls besteht die Tatsache, daß für uns die Arbeiterbewegung wesentlich auch Bildungsbewegung ist, daß für uns die „verdammte Bedürfnislosigkeit“ wesentlich auch Bedürfnislosigkeit in geistigen Angelegenheiten darstellt. Diesem charakteristischen Zuge entsprang zum Teil die Bildung der Bernsteinschen Farbbuchsammlung, ihm entspringt wohl auch ein anderes Unternehmen des „Vorwärts“-Verlags: die vom Gen. Dr. **Lensch** veranstaltete Sammlung „Die Mächte des Weltkrieges“. Freilich liegen erst sechs Hefte zu gut etwa drei bis vier Bogen vor. Aber die beiden Hefte über „Das Zarenreich“ und „Oesterreich-Ungarn“ sind dafür auch durchaus solid, das Heft „Serbien und das serbische Volk“ und Lenschs eigener Beitrag über das englische Weltreich sind ausgezeichnet, während freilich in Cunows „Die Türkei und Aegypten“ der Aegypten betreffende Abschnitt mißglückt ist (siehe meine Besprechung in den „Sozialistischen Monatsheften“ 1915, Heft 7, S. 375).

III.

Leider sind mit der Nennung dieser Schriftenfolge die auf Belehrung der Parteigenossen und Substanziierung ihres weltpolitischen Denkens berechneten Unternehmungen schon vollzählig aufgeführt. Freilich bemühen sich in der gleichen Richtung die Tageszeitungen der Partei (vorbildlich die „Münchener Post“, mit reichlicher Durchsetzung durch ihre jeweilige Tendenz die geschickt redigierte „Chemnitzer Volksstimme“ und der hilflos geleitete „Vorwärts“); auch in den sozialistischen Zeitschriften, der „Neuen Zeit“, dem „Kampf“, vor allem den „Sozialistischen Monatsheften“, der Gewerkschaftspresse (besonders sind das „Correspondenzblatt der Generalkommission“ und der „Oesterreichische Metallarbeiter“ zu nennen), ja in lichten Momenten sogar in der

„Arbeiterjugend“ finden sich gelegentlich Artikel, die nicht für weltpolitische Meinungen werben, sondern zu weltpolitischem Urteil erziehen wollen. Vor allem hat die Qualität der Parteipresse selbst durch die unermüdlich Material sammelnde „Internationale Korrespondenz“ eine erhebliche Besserung erfahren, sogar unser sog. Zentralorgan schimpft zwar kräftig auf die IK., druckt sie aber ebenso kräftig nach. Aber all dies ist mehr gelegentlich als systematisch. Es ist, wie viele Arbeiten von Schippel, Quessel etc. und einige von Lensch und Mehring, von beträchtlichem Niveau, was da für Bildungszwecke so nebenher abfällt — aber es sind leider nur Brosamen, die von dem Tische fallen, und wir wissen leider nicht einmal, ob es der Tisch eines Reichen ist.

Dafür ist die zweite Tendenz, die der Bernsteinschen Farb- buchveröffentlichung zugrunde lag: die Nachprüfung der Berechtigung der Haltung unserer Reichstagsfraktion, ein um so mächtigerer Antrieb zur Publikation selbständiger Schriften geworden. Es ist ausgeschlossen, alle Traktate dieser politisch-theologischen Richtung hier im einzelnen zu besprechen. Ich berücksichtige deshalb im folgenden nur diejenigen, deren Dasein entweder bis in das „Wöchentliche Verzeichnis der erschienenen und vorbereiteten Neuigkeiten des deutschen Buchhandels“ von Hinrichs oder bis in den Schrifteneinlauf des „Vorwärts“ geführt hat.

An erster Stelle nenne ich die im Verlag von J. C. B. Mohr in Tübingen erschienene Broschüre **Eduard Bernsteins**: „Die Internationale der Arbeiterklasse und der europäische Krieg“, und zwar deshalb, weil hier die Absicht, über tatsächliche Vorgänge zu informieren, noch durchaus der Träger des Schwergewichts der Darstellung ist. Zunächst hebt Bernstein, wohl in Erinnerung an seine eigene Vergangenheit, hervor, daß diesmal ein Versuch, durch Massenstreiks einen bevorstehenden Krieg noch zu verhüten, ganz aussichtslos gewesen wäre; ja, er geht so weit, zu schreiben: „Man wird doch sagen können und müssen, daß die Idee der Bekämpfung der Kriege durch den Massenstreik in der Form, wie sie auf den internationalen Sozialistenkongressen von Stuttgart, Kopenhagen usw. verfochten wurde, durch die Erfahrungen der ersten Augustwoche 1914 der Unrealisierbarkeit überführt worden ist und daher aus der Diskussion zukünftiger Ar-

beiterkongresse als Programmpunkt wohl ausscheiden wird.“ Die für diese Frage entscheidende Woche ist also nach Bernstein die erste nach Ausbruch des Krieges. Das ist ein sehr charakteristisches Ausweichen vor der Frage, ob in der letzten Woche vor Kriegsausbruch die sozialistischen Parteien mehr hätten tun können, als sie tatsächlich getan haben, nämlich als Versammlungen abzuhalten, in denen entrüstetes Zeitungspapier produziert wurde. Die Frage ist aber die, ob etwas in dem Sinne des in Kopenhagen 1910 bestätigten Beschlusses von Stuttgart 1907 geschehen sei, der so anfängt: „Droht ein Krieg auszubrechen, so haben die Arbeiter... alles aufzubieten, um... den Ausbruch des Krieges zu verhindern... Falls der Krieg dennoch ausbrechen sollte, ist es die Pflicht, für dessen rasche Beendigung einzutreten...“ Es kommt nun darauf an, wie weit man bei uns den Zustand des drohenden Krieges rückwärts erstrecken will; jedenfalls doch wohl bis zu der Tat von Sarajewo. Bernstein aber interessiert sich nur für die Zeit nach dem Erlaß der österreichisch-ungarischen Note an Serbien, und zwar, obwohl er selbst ein mordslanges Zitat aus dem in Gott ruhenden „Daily Citizen“ bringt, in dem es u. a. heißt: „Wir betrachten Oesterreich ganz entschieden als den Angreifer. Sein Streit mit Serbien datiert nicht von gestern, beginnt nicht mit dem Verbrechen von Sarajewo“, also doch ganz gewiß nicht erst mit der überscharfen Strafnote Oesterreichs an Serbien. Auch wenn Gen. Bernstein nicht die Absicht hatte, die Entstehung des Krieges in seiner Schrift aufzuklären, so hätte er doch bei solchen von ihm selbst zitierten Stellen nachdenklich sich fragen müssen, ob seine beiden einleitenden kritischen Abschnitte über die Internationale und den Kriegsausbruch nicht ganz unzulänglich und deshalb entweder zu verbessern oder wegzulassen seien. Im übrigen ist die Bernsteinsche Schrift eine, soweit ich sehe, zuverlässige Kompilation von internationalen sozialistischen Stimmen zum Kriegsausbruch, wengleich z. B. der „Vorwärts“ für die Haltung der deutschen sozialistischen Presse vor dem 1. August durchaus nicht so typisch ist, wie der Leser der Bernsteinschen Zusammenstellung glauben muß. Dem Weiterleben der Internationale wird in dem Schlußteil eine sehr optimistische Prognose gestellt.

Der Information im gleichen Sinne ist auch **Hugo Postzsch**' sehr knappe Auswahl „Der Friede und die Internationale“ (Berlin-Karlshorst, Internationale Korrespondenz) gewidmet; sie erstreckt sich zeitlich weit in den Krieg hinein.

Eine umfangreiche Serie hat der gleiche Verlag begonnen unter dem Titel: „Sozialistische Dokumente des Weltkrieges“, wie er selbst sagt, „eine Darstellung der Haltung der organisierten Arbeiter aller Länder zum Weltkrieg“. Die ersten beiden Hefte, die mir vorliegen (vom Gen. **Max Beer** bearbeitet), versprechen, daß das Werk gut wird. Sie geben zunächst eine theoretische Einleitung, die von vornherein zu nachdenklichem Studium der reproduzierten Dokumente den Leser führen wird.

Dem Bedürfnis nach Information kommen auch zwei Schriften entgegen, die im übrigen schon sehr stark diskutieren, nämlich **Adolf Brauns** „Internationale Verbindung der Gewerkschaften“ (Tübingen, J. C. B. Mohr) und **Luise Zietz**' „Die sozialdemokratischen Frauen und der Krieg“ (Stuttgart, J. H. W. Dietz Nachf.), beide dem kritischen Leser sehr zu empfehlen. Die Schrift der Gen. Zietz ist törichterweise an manchen Orten verboten; dadurch wird recht viel Schaden angerichtet.

IV.

Von hier aus ist der Weg zu den Schriften der Opposition nicht mehr weit. Während die Bernsteinsche Arbeit mit dem eigenen Urteil des Verfassers nur in gelegentlichen Andeutungen hervortritt, sind ausführlichere Äußerungen der Gegner des Standpunktes der Mehrheit der Reichstagsfraktion leider infolge der Zensur und der Unfähigkeit der Autoren, der Zensur die nötige Anzahl von Schnippchen zu schlagen, recht selten. Nur hier und da witscht einem milden Preßwächter mal etwas durch, nur hier und da ist der Zensor tolerant genug, ein freieres Wort der Dissidenten zu dulden. Das ist einmal deshalb zu bedauern, weil so im Ausland die Meinung entstehen konnte, die reichsdeutschen Mitarbeiter und Einbläser der Berner „Tagwacht“ und anderer Organe seien Vertreter einer sehr großen Gruppe sehr radikaler Kriegs- und Kreditbewilligungsgegner in der deutschen

Sozialdemokratie, und weil anderseits eine richtige Diskussion gar nicht in Gang kommen konnte, da die Gegner der Fraktionspolitik die Zensurschwierigkeiten direkt als Schutz gegen unliebsame Fragen oder als Argument für die Richtigkeit ihrer Anschauungen benutzen konnten. Es ist immer verkehrt, Märtyrer zu machen, ebenso wie es immer verkehrt ist, Prestige-Politik zu treiben.

Eine der wenigen Meinungsäußerungen der Dissidenten ist die Schrift der Gen. **Heinrich Laufenberg** und **Fritz Wolffheim**: „Imperialismus und Demokratie. Ein Wort zum Weltkriege“ (Hamburg, Verlag von Dr. Heinrich Laufenberg). Diese Schrift ist, wie so manche andere Produktion von Dissidenten, leider nur eine allgemeine Wiederholung der nachgerade ranzig gewordenen Weisheit, daß etwas, was man irgendwie näher als „Imperialismus“ bezeichnet, die Kraft ist, die die westeuropäische Menschheit in diesen Krieg hineingetrieben hat. Das wird durch eine datenreiche und lebendig geschriebene, aber im Chronistischen steckenbleibende Vor„geschichte“ des Krieges dann im einzelnen dargetan, und schließlich wird wiederum stabilisiert, daß der Sozialismus den Imperialismus totmachen solle, daß er es zwar leider diesmal noch nicht getan habe, daß aber die bald wieder auferstehende Internationale das dann tun werde, wobei sie als verjüngter Engel hingestellt wird, der zu diesem Behufe so aussieht: „In der einen Hand den stählernen Hammer, mit dem sie die internationale Organisation der Welt zusammenschmiedet, in der anderen Hand die Palme des Friedens, die sie der Menschheit an der Wiege der neuen Gesellschaft überreicht.“

Wenn wir dies schöne Bild ausgenossen haben, fragen wir uns wohl, in welcher Welt die Verfasser leben. Sie scheinen aus diesem Kriege gar nicht die Fragwürdigkeit des bisherigen Dogmas gelernt zu haben; sie ahnen nicht, daß der Streit um die Billigung oder Verwerfung geschehenen und für alle Zukunft bestehenden und bindenden Handelns geht. Sie ahnen nicht, daß der Streit um die Bewertung des Imperialismus am Maßstabe des proletarischen Interesses, um die künftige Haltung der Partei in den realpolitischen Fragen geht. Sie repetieren, was sie auf der Parteischule oder in Schriften von Zöglingen dieser famosen Gebetsmühle des Parteidogmatismus gelernt haben, so wie ein Ma-

schinengewehr seine Schüsse repetiert, bis das Band, das die Patronen trägt, zu Ende ist. Nur daß an unseren Hamburger Maschinengewehren kein Schütze sitzt, der von Zeit zu Zeit sich überzeugt, ob da, wohin er schießt, auch noch der Gegner steht.

Bemerkenswert ist, daß diese Protagonisten der Opposition sich in einer ihrer Schriften (die anderen sind mir nicht gegenwärtig) zwar gegen alles andere, aber für die Bewilligung der Kredite am 4. August aussprachen, daß aber dies gegenwärtig brennend interessante „Détail“ im Zusammenhang ihrer Ausführungen ganz der Bedeutung entbehrt.

Als weitere Schriften der Opposition in der Partei nenne ich folgende: Julian Borchardt, „Vor und nach dem 4. August 1914“ (Berlin-Lichterfelde, Verlag der „Lichtstrahlen“) referiert die Gedankengänge, die der Haltung der Fraktion am 3. August zugrunde lagen, charakterisiert in einem interessanten Kapitel die Untätigkeit (relativ gesprochen) der Sozialdemokratie in den letzten Friedenswochen, kommt dann bei der Erörterung der Kriegsursachen zu dem Ergebnis: „Nicht Personen sind am Ausbruch des Krieges schuld, sondern die allgemeinen politischen Zusammenhänge“, findet das Verhalten der deutschen und österreichischen Regierung in den Wochen der Krise gerechtfertigt, verneint aber die Folgerungen, die die Fraktionsmehrheit aus ähnlichen Meinungen gezogen hat. Um dies Urteil zu rechtfertigen, sieht er sich genötigt, „in aller Nüchternheit auf die Grundlagen des Sozialismus einzugehen, trotzdem das vermutlich ein wenig langweilig wird“. Aber ist das nicht übertriebene Bescheidenheit? Mich wenigstens hat es lebhaft interessiert, als Schluß der Beweisführung zu lesen: „Wer die Sicherung der Ausdehnungsmöglichkeiten des Kapitals als im Interesse der Arbeiter selbst liegend bezeichnet, der setzt voraus, daß keine Ausbeutung der Arbeiter stattfindet. Er mag vielleicht recht haben. Aber wenn die Arbeiter nicht ausgebeutet werden, dann brauchen sie auch nicht von der Ausbeutung befreit zu werden. Dann ist der Sozialismus falsch, und die Tätigkeit sozialdemokratischer Parteien ist dann überflüssig.“ Nach diesem „Lichtstrahl“ aus der Nachtwächterlaterne in unser Dunkel haben wir also am 4. August 1914 abgedankt.

Max Adler hat eine Schrift „Prinzip oder Romantik“ im Untertitel „Sozialistische Betrachtungen zum Weltkriege“ genannt (Nürnberg, Fränkische Verlagsanstalt und Buchdruckerei). Er will davor warnen, daß aus dem äußerlichen Burgfrieden, wie ihn die Kriegsnot uns allerdings aufzwingt, auch ein innerlicher Burgfriede, ein Aufgeben des Klassenkampfes, werde. Das scheint nun ein wenig gegen Windmühlen gefochten. Denn selbst die schärfsten „Reformisten“, wie Kolb usw., denken gar nicht daran, dem Arbeiter die Harmonie aller Interessen als neueste sozialistische Glaubenserrungenschaft zu preisen, sondern sie alle wollen Reformisten der Taktik sein, nur um des besseren Fortschreitens der Emanzipation der Arbeiterklasse willen. Weiter ist bemerkenswert folgender Satz, der einen Eckstein (o Fluch des Namens!) der Broschüre bildet: „Zumindest müßte es uns erst bewiesen werden, daß die Wege der kapitalistischen Expansion auch zugleich diejenigen der proletarischen Emanzipation sind. Diejenigen, die dies vorweg und als selbstverständlich annehmen... verraten damit nur ihre bereits bürgerlich gewordene Denkweise.“ Abgesehen von der *petitio principii*, dem grenzenlosen Dogmatismus dieses Ausspruches: um was bemühen sich denn seit Jahren eigentlich die jetzigen Befürworter der Politik der Fraktionsmehrheit, von Schippel über David zu Lensch, als um eben diesen Nachweis von etwas, was sie durchaus nicht für selbstverständlich halten? Dem Sinne nach, und du begreifst genauer: am farbigen Abglanz haben wir das Leben... Im übrigen habe ich vergeblich versucht, eine Stelle zu entdecken, an der Adler diesmal etwas eingefallen ist; es ist bedauerlich, daß er sich auf ein Gebiet begeben hat, wo er so schlimm ausrutschen mußte.

Aus Karl Kautskys Schrift „Die Internationalität und der Krieg“ (Berlin, Buchhandlung „Vorwärts“) hebe ich zweierlei hervor. Der historische Teil der Schrift enthält manche interessanten Zitate aus der Jugendzeit des modernen Sozialismus, aus jener Zeit, da er nach Bernstein im Gegensatz zur heutigen „Partei“ noch „Sekte“ war. Dann aber sei auf den Satz hingewiesen, der das Ergebnis der Betrachtungen Kautskys gibt: „Unsere Aufgabe ist es, inmitten aller der Irrungen und Wirrungen

und Parteiungen und Katastrophen des Krieges dahin zu streben, daß über dem Mittel nicht der Zweck vergessen wird, und darum bei aller Stärke des Interesses für das Gedeihen der Nation die internationale Solidarität stets hoch zu halten und keinen Zweifel darüber aufkommen zu lassen.“ Nun, und die Solidarität innerhalb der Partei? Und ist's nicht trotz des Hochhaltens schon lange, ehe Kautsky sprach, dahin gekommen? Und haben wir wirklich nur diese allereinigste Aufgabe? Aber welchen Zweck hat es, mit K. zu rechten. Weiß man doch vorläufig noch nicht, welches die unwiderruflich letzte Meinung dieses wandlungsfähigen Meisters ist, und bis das feststeht, werden wir wohl die Widerlegung der jeweilig vorletzten Meinung des Verfassers seiner jeweilig letzten überlassen dürfen.

V.

Der Verteidigung der Politik, die die Reichstagsfraktion am 3. August zu improvisieren genötigt war und die sie seither mit beträchtlichem Erfolge zu einem System auszubauen sich bemühte, gilt eine große Anzahl von Arbeiten, von der kleinen Zehnpfennigschrift an bis zum umfangreichen Buche. Ich nenne zunächst vier Schriften von Konrad Haenisch, dem jugendlichen radikalen Abgeordneten zum Dreiklassenhaus für Ober- und Nieder-Barnim, die sich durch flüssige, populäre Diktion und klare Führung der Linien des Beweises vorteilhaft auszeichnen: 1. „Krieg und Sozialdemokratie“, drei Aufsätze aus dem „Hamburger Echo“ (Hamburg, Hamburger Druckerei und Verlagsanstalt Auer & Co.); 2. seine Rede zum Kultusetat „Deutsche Sozialdemokraten — sozialdemokratische Deutsche“ (Chemnitz, Landgraf & Co.), ein erster Versuch, auf Grundlage der neuen Politik der Partei eine Erneuerung der inneren Politik Preußens für ein wichtiges Gebiet zu skizzieren; 3. „Wo steht der Hauptfeind?“ (Berlin-Karlshorst, Verlag der „Internationalen Korrespondenz“); 4. „Der deutsche Arbeiter und sein Vaterland“ (ebenda). Diese vier Schriften sind in ihrer sachlich scharf zugespitzten, persönlich auch gegen hitzige Gegner freundlichen Art Muster innerparteilicher Polemik und nicht verflachender Popularisierung. Sie wollen keine originalen Einfälle produzieren, und

tun's auch nicht. Haenisch selbst betont das energisch zu wiederholten Malen. Er schließt sich an die Autoren der „Sozialistischen Monatshefte“, an Calwers und Hildebrands Arbeiten, an Lenschs und Eduard Davids Schriften an und sucht den dort vertretenen Ideen Freunde unter den sozialdemokratischen Wählern zu werben. Ich möchte deshalb die Schriften nicht eingehend kritisieren, sondern diese Kritik für die beiden anspruchsvolleren Autoren aufheben.*)

Wesentlich dieselben Töne schlagen zwei Schriften des Reichstagsabgeordneten Gen. **Wolfgang Heine** an: 1. „Kultur und Nation“ (Chemnitz, Landgraf & Co.); 2. „Gegen die Quertreiber“ (Dessau, Volksblatt für Anhalt, Heinrich Deist). Sie heben sich von den Heften Haenischs ab und bekommen ihre persönliche Note dadurch, daß sie schärfer in der Tonart sind. Besonders die zweite Schrift ist ja schon in ihrem Titel-Substantiv, selbst im „Avanti“ mit seinen „kwertraibern“, berühmt geworden. Sie legen den Nachdruck besonders auf die logische Wirrnis der verschiedenen Manifeste des Luxemburg-Kautskyschen Kreises, auf krasse Nichtbeachtung von Tatsachen, auf Neigung, aus Zensurschwierigkeiten für Ideenpropaganda Kapital zu schlagen. Diese Schriften sind nicht wissenschaftliche Deduktionen, sondern Reaktionen eines in seiner intellektuellen und moralischen Sauberkeit sich bedroht fühlenden Mannes, der die ethischen Imperative des klaren Denkens und des Wahrheit-Redens in so verworrenen, allem Rationalen abgeneigten Zeiten nachdrücklich auszusprechen sich gedrungen fühlt. Sie sind Dokumente reiner Menschlichkeit, nicht reiner Wissenschaftlichkeit; als solche sollten sie aber auch den Getroffenen selbst schätzbar sein.

Ganz dieselben Eigenschaften sind von dem Beitrag **Heines** zu der Schrift: „Zwei Reden“ (Stuttgart, J. H. W. Dietz Nachfolger), „Die politische Zukunft Deutschlands und die Sozialdemokratie“ zu rühmen; da behandelt er in allgemeinen Linien,

*) Ganz das gleiche gilt von einer neuen Schrift „Zur Lage der Partei“. Hamburg, Auer & Co. Die Sezession vom 21. Dezember wird in sachlicher Schärfe, aber persönlich nobler Weise behandelt. — Die Urteile über die oben genannten Schriften schrieb ich, ehe mir bekannt war, daß Gen. H. die „Glocke“ redigiert.

aber doch in demselben Geiste wie Haenisch in seiner Landtagsrede, die Zukunft. Hier, wo die Ansprache an Sozialdemokraten gerichtet ist, wird aber der parteidogmatischen Seite der Sache eine kurze Zurechtrückung gegeben. Den ersten Teil des Heftes bildet die in der gleichen Stuttgarter Versammlung gehaltene Ansprache des Reichstagsabg. Gen. **Karl Hildenbrand**: „Die Kriegssitzungen des deutschen Reichstags“, die die psychologische und taktische Lage jener Stunden beredt schildert. Dann erst stellt Heine die Frage, ob diese kritische Lage grundsätzlich richtig behandelt worden sei, und baut auf deren Bejahung dann die Forderung eines freien Volkes im freien Lande auf, mehr aprioristisch-ethisch-naturrechtlich deduzierend als soziologisch-induktiv, aber um so eindringlicher und deutlicher, vielleicht auch für bürgerliche Ohren. Er meint, daß durch das Verhalten der Fraktion eine Lage herbeigeführt sei, die eine ethische Beeinflussung der Ideologie weiter bürgerlicher Kreise ermögliche, und lehnt alle pessimistische Ausbeutung materialistisch-historischer Einwände hoffnungsfreudig ab.

Das beliebte Thema für geschickte Zeitungsentrefilets mit „bezeichnenden“ Anführungsstrichen in der Ueberschrift (der „Vorwärts“ ist in dieser Technik ein Meister) behandelt **August Winnig**s geschicktes Heftchen „Der Burgfrieden und die Arbeiterschaft“ (Berlin-Karlshorst, Internationale Korrespondenz). Er hat sich's nicht verdrießen lassen, die Binsenwahrheit, daß man auf die Feuerwehr nicht schießt, wenn sie einem das eigene Haus löschen will, noch einmal auszuführen. (Außer man hat selbst Brand gestiftet, um die Versicherungsgesellschaft übers Ohr zu hauen.) Das scheint ja leider nötig. Einen guten Griff tat er zu diesem Zwecke in Jaurès „Neue Armee“.

Ein Resümee ähnlicher Gedankengänge ist **Eduard Davids** Broschüre „Sozialdemokratie und Vaterlandsverteidigung“ (Bielefeld, Buchhandlung „Volkswacht“, A. Gerisch & Co.), eine eindringliche, kluge Versamlungsrede. Auch der Vortrag des Reichstagsabgeordneten **W. Keil** „Das deutsche Volk im Kriege“ (2. Auflage, Ulm, Ulmer Volksbuchhandlung) gehört zu diesen ganz anspruchslosen apologetischen Schriften. Er ist ein wenig langweilig. Ferner rechne ich auch hierher die sehr geschickt ge-

schriebene, aber miserabel gedruckte Arbeit des Gen. **Friedrich Stampfer** „Sozialdemokratie und Kriegskredite“ (Berlin, Buchhandlung „Vorwärts“ Paul Singer G. m. b. H.), die unter der Hand zu einem Referenten-Leitfaden geworden ist, und **Kurt Eisners** sprühende Flugschrift „Treibende Kräfte“ (Berlin W. 50, Verlag „Neues Vaterland“, L. Jannasch), der in für die Gegenwart sehr wohlthuender Weise an das Gebaren gewisser Rüstungspatrioten vor dem Krieg erinnert. Genannt sei die vom Bezirksvorstand der Provinz Brandenburg herausgegebene recht biedere, aber solide Auseinandersetzung „Sozialdemokratie und Landesverteidigung“ (Berlin, „Vorwärts“-Buchdruckerei und Verlagsanstalt, Paul Singer & Co.).

Die wirtschaftlichen Umordnungen in Deutschland unter dem Drucke des Krieges faßt **Hugo Heinemann**, ähnlich wie Prof. **Dr. Edgar Jaffé** und manche andere Bürgerliche, als Annäherung an die von uns erstrebte Wirtschaftsordnung auf; seine Meinungen, die u. a. auch in den „Sozialistischen Monatsheften“ zum Ausdruck kamen, gibt im Zusammenhange das Heftchen „Die sozialistischen Errungenschaften der Kriegszeit“ (Chemnitz, Landgraf & Co.)*.) Die Kernfrage ist natürlich die, ob wir es mit bleibenden „Errungenschaften“ oder nur mit temporären Anpassungen zu tun haben, ob der Polarfuchs auch im Sommer weiß bleibt oder es nur in diesem Winter des Mißvergnügens ist. Darüber kann man mehr oder weniger hoffnungsvolle Vermutungen haben: induktiv einige Sicherheit im Urteil darüber zu gewinnen, scheint mir nicht möglich; wir können dazu den Block der soziologischen Erscheinungen doch viel zu wenig aufspalten. Und nicht aufspalten, sondern zerfasern muß ihn der, der apodiktisch urteilen will. Man soll daher jedem seinen Glauben lassen. Der Krach, der von sich radikal dünkender Seite gegen Heinemann und Lensch wegen dieses Glaubens angestiftet ist, scheint mir recht überflüssig.

*) Zu dieser Streitfrage vergleiche: 1. Theodor Heuss „Kriegssozialismus“; 2. Robert Liefmann „Bringt uns der Krieg dem Sozialismus näher?“ Beide Hefte bilden einen Bestandteil der von Ernst Jäckh herausgegebenen Sammlung „Der deutsche Krieg“ (Stuttgart und Berlin, Deutsche Verlags-Anstalt).

Statt dessen sollte man die von H. sehr geschickt zusammengestellten Tatsachen lieber genauer zur Kenntnis nehmen.

-Rein der Parteipolemik gegen die „Quertreiber“ dienen zwei nun zu nennende Broschüren aus dem Verlag der „Internationalen Korrespondenz“ (A. Baumeister, Berlin-Karlshorst): 1. „Bilder aus unserer Reichstagsfraktion.“ Von einem alten Parlamentarier. I. „Die Mitte“, ein sehr nachdenkliches Heft, das als Dokument auch noch nach dem Kriege gelesen zu werden verdient. 2. „Unsere Feldgrauen über die Parteiwirren. I.“, eine Zusammenstellung von tadelnden und unmutigen Bemerkungen über eben jene „Quertreiber“.

VI.

Hier sei noch eine Uebersicht über sozialistische Schriften eingeschaltet, die sich mit dem Kriege als politischem Problem befassen, ohne sich in erster Linie mit seiner Bedeutung für das Schicksal der sozialdemokratischen Partei abzumühen.

Diese Schriften sind wenig zahlreich; das ist charakteristisch genug für all das Sektenhafte, für das Danebensein des politischen Lebens der politischen Organisation der Arbeiterklasse neben dem der übrigen Nation. Deshalb ist es nötig, auf einige ältere Schriften zurückzugreifen, wenn man den Faden des Verständnisses zu fassen kriegen will.

Da ist zunächst ein Autor, der, in den Anfängen des wissenschaftlich orientierten Sozialismus, gewohnt war, auswärtig-politische Konstellationen in seiner Einflußnahme auf die Richtung der proletarischen Politik sorgfältig zu berücksichtigen. **Friedrich Engels'** Flugschriften „Po und Rhein“ und „Nizza, Savoyen und der Rhein“, die Eduard Bernstein neu herausgegeben hat (Stuttgart, J. H. W. Dietz Nachf.), sind auch gegenwärtig von hohem politischem Interesse. Sie sollten weniger erhoben und fleißiger gelesen sein. Als Ergänzung dazu ist die interessante Studie „Friedrich Engels als Kriegswissenschaftler“ vom Gen. **Ernst Drahm** zu empfehlen (Gautzsch bei Leipzig, Felix Dietrich).

Wichtiger denn je ist heute Bekanntschaft mit den Theorien **Gerhard Hildebrands**. Seine staatsbürgerliche Flugschrift „Sozialistische Auslandspolitik“ (Jena 1911, Diederichs) ist freilich

weniger gründlich als sein großes verketzertes Buch, aber entschiedener aktuell-politisch gewendet und gerade jetzt sehr geeignet zur Anregung des Denkens.

Unmittelbar vor dem Kriege erschien meine statistische Studie für Sozialisten „Massenernährung, Agrarpolitik, Kolonisation“ (München, Steinicke), in der man die Grundzüge all der Dinge nachlesen kann, die jetzt als zusammenwirkende Bedingungen die Lebensmittelnot zustande gebracht haben. Die Schrift ist stellenweise stark polemisch gehalten.

Auch während des Krieges sind nur wenige Schriften, die sich den Problemen der Politik widmen, von parteigenössischer Seite erschienen. Als ausgezeichnete Einleitung zu ihnen dient **Ludo Moritz Hartmanns** „Der Krieg in der Weltgeschichte“ (Wien, Ed. Hölzel). Wenig so Würdiges ist von unserer Seite während des Krieges veröffentlicht worden.

Meine Schrift „England unser Feind für immer?“ (Tübingen, Kloeres) sucht die Tatsachen herauszuschälen, auf denen sich eine Antwort auf diese Frage aufbauen läßt. Sie warnt vor einer Ueberschätzung der englischen Gefahr nach dem Kriege.

Gen. **Anna Blös** hat eine Flugschrift „Krieg und Schule“ verfaßt (Berlin-Karlshorst, Internationale Korrespondenz), in der sie Anregungen für den Unterricht während des Krieges und für die Schulreform nach dem Kriege gibt. Es ist immer interessant zu sehen, wie auf diesem von unserer Seite so wenig bearbeiteten Gebiete Parteigenossen denken. Mir scheint aber, daß leider die Verfasserin, obwohl sie Mitglied des Ortsschulrates Stuttgart ist, stark dilettantisch verfährt; wie ahnungslos sie über Abgründe tanzt, zeigt folgende Anmerkung: „Der preußische Kultusminister hat verfügt, daß der Geschichtsunterricht an den höheren Schulen Preußens zugunsten der neuesten Geschichte zu verschieben sei. In den unteren Klassen soll der Geschichtsunterricht zu diesem Zwecke um eine Stunde in der Woche vermehrt werden. Dringend ist zu fordern, daß diese Verschiebung auch auf die Volksschulen erweitert wird und daß dabei der rück-schrittliche Geist, der vielfach noch im Geschichtsunterricht gelehrt wird, beseitigt wird.“

Ja, ja: Beseitigung eines Geistes.

Eine wirksame Flugschrift hat **Karl Severing** verfaßt: „Sozialdemokratie und Völkerhaß“ (ebenda) und hat dadurch, daß er Vernunft predigt, sich in diesen überschwenglichen Zeiten ein großes Verdienst erworben.

Ueber „Großindustrie und Kriegswirkungen“ schreibt **Richard Woldt** im gleichen Verlag. Seine Schrift zeichnet sich dadurch aus, daß sie neben der vernichtenden Wirkung, die der Krieg hat, auch die vorwärtsführende Macht, die ihm besonders in einem geschlossenen Handelsstaat innewohnt, hervorhebt. „Der Krieg schwächt die nationale Volkswirtschaft in dem Bestand der Menschen und zwingt zugleich zur möglichst ergiebigen Ausnutzung aller Betriebsfaktoren, zur Rationalisierung der Wirtschaft.“ Im übrigen beschäftigt sich W. mit den sozialen Kriegswirkungen und den sozialpolitischen Aufgaben, die sie der Arbeiterschaft stellen werden.

Meine Schrift „Der deutsch-österreichische Wirtschaftsbund als sozialdemokratische Aufgabe“ (ebenda) behandelt einen anderen Teil unserer politischen Aufgaben nach dem Kriege.

Die lebhafteste Schrift: „Die deutsche Sozialdemokratie in ihrer großen Krisis“ von **Paul Lensch** (Hamburg, Auer & Co.) gehört ebenfalls insofern hierher, als sie nachdrücklich die Frage stellt, in wiefern die Politik des 4. August eine spezifisch sozialistische Politik sei, und diese Frage selbst zu beantworten sucht.

VII.

Von „reformistischer“ Seite liegen drei Schriften vor, die sich bemühen, über eine bloße Augenblickspolemik und bloße Agitation hinauszukommen, die aber nach Temperament und Inhalt sehr verschieden sind. **Erich Rother** hat im Verlag von S. Heimann & Sohn in Berlin ein Heftchen erscheinen lassen, das wohl das Ruhigste ist, was überhaupt in diesen Zeiten von sozialdemokratischer Seite publiziert wurde. Es heißt: „Die Sozialdemokratie am Scheidewege“ und geht von dem Mißverhältnis zwischen Größe und Macht der Sozialdemokratie aus, wie es in Deutschland vor dem Kriege bestand, findet den Grund dafür in der von der Partei bisher behaupteten „radikalen“ Taktik, die nie zur Macht führen könne, und in der Inkonsequenz

im Einhalten dieser Taktik, in dem unbewußten, aber nicht minder tatsächlichen, wenn auch planlosen „Reformismus“ vieler sozialdemokratischer Taten. Dann stellt R. dar, wie die Haltung der Fraktion sich mit jenem „Radikalismus“ nun gar nicht mehr in Einklang bringen lasse, auch durch die kühnsten Konstruktionen nicht. Daran schließt sich dann ein gedrängter glänzender Ueberblick über die internationale Lage, die der Krieg geschaffen hat, und schließlich wird gezeigt, wie gerade der Weg zur einheitlichen Organisierung Europas nur über die Erhaltung und Sicherung Deutschlands mit allen Mitteln geht. Ob nun die Sozialdemokratie in der einzigen inneren Politik, die diese Entwicklung fördern kann, in der des 4. August und 2. Dezember 1914, die sie mit so glücklichem Instinkt ergriffen hat, bewußt beharren will oder nicht, das ist die Aufschrift am Wegweiser des Scheideweges, an dem die Partei jetzt steht.

Wörtlicher nimmt den gleichen Ausdruck, der auch ihm als Titel seiner Broschüre dient, der ungleich temperamentvollere Gen. Wilhelm Kolb (Karlsruhe i. B., Geck & Co.). Seine Schrift ist weniger wegen des Stoffes bemerkenswert, den sie beibringt, als wegen der Folgerungen, die sie zieht. Wenn die Dissidenten diesmal nicht nachgeben, dann muß geschieden sein, dann will er sie hinauswerfen. Er will nicht mehr paktieren, nicht mehr der äußeren Einheit der Partei so große (oder vielleicht gar noch größere) Opfer bringen wie bisher. Es würde zu weit führen, diesen Gedanken hier kritisch zu besprechen; erwähnt sei nur, daß er, wie es scheint, auf dem „reformistischen“ Flügel der Partei keine große Gegenliebe gefunden hat.

Der gewissen Leichterzigkeit, die sich Kolbs Schrift bei all ihren sympathischen Eigenschaften nicht absprechen läßt, meilenfern steht Heinrich Cunows „offenes Wort zum inneren Parteistreit“: „Parteizusammenbruch?“ (Berlin, „Vorwärts“-Verlag). Er ist einer der wenigen Autoren, die das Wort vom Umlernen ganz ernst nehmen. Er untersucht nämlich, ob sich, was 1913 und 1914 und in den Jahren vorher geschehen ist, wirklich nicht mit dem historischen Materialismus und der Marxschen Nationalökonomie in Einklang bringen ließe; und er findet, daß die Phrase vom Abwirtschaften des Kapitalismus, vom notwendigen

totalen Gegensatz von imperialistischer und sozialistischer Entwicklung, von der Unvereinbarkeit von Klassengefühl und Nationalgefühl nur oberflächliche Mißverständnisse dieser Lehren waren, daß sie Gewünschtes als seiend oder werdend setzten und daß es genügt, die Lehren Marx' gründlich durchzudenken, um den durchaus ideologischen Charakter dieser Antithesen zu erkennen und so „umzulernen“, indem man einmal wieder Theorie treibt und nicht Auslegung aus dem Zusammenhang gerissener Sätze des Meisters oder voreilige Verallgemeinerungen von Erfahrungen von sogenannten Praktikern und Realisten.

VIII.

Dieser Forderung Cunows kommen vier Werke entgegen, die ich nunmehr zum Schlusse vor dem Leser Revue passieren lassen mußte. Dabei verweise ich aber, um nicht Unnötiges zu sagen, nur kurz auf die Anzeigen, die die Sammelwerke „Die Arbeiterschaft im neuen Deutschland“ von Friedrich Thimme und Karl Legien (Leipzig, S. Hirzel) und „Arbeiterinteressen und Kriegsergebnis“ von Wilhelm Jansson (Berlin-Karlshorst, Internationale Korrespondenz) schon in dieser Zeitschrift gefunden haben, und wende mich zunächst zu einer Besprechung der politischen Studie Paul Lenschs „Die deutsche Sozialdemokratie und der Weltkrieg“ (Berlin, „Vorwärts“-Verlag). Diese Schrift versucht, eine Darstellung der Bedingungen zu geben, die vereint zu diesem Kriege geführt haben; das Kapitel über England fängt mit der Konstatierung an: „Für Deutschland... ist aus der Frage um die Ausdehnung des Kapitalismus eine Frage um die nationale Existenz geworden“, und zwar nicht erst seit der unmittelbaren Bedrohung deutschen Bodens durch russische und französische Heere, sondern schon in den 15 Jahren, die dem Ausbruch des Krieges vorangingen. Die daran anschließende Analyse des britischen Weltreiches und seiner problematisch gewordenen Existenz ist glänzend, sie ist voll neuer Gedanken, so daß man wirklich etwas zulernt, wenn man sie liest (was man nur von ganz, ganz wenigen der hier angezeigten Schriften sagen kann). Ich hebe hervor: die Beweisskizze, daß die Beteiligung am Weltkrieg für die englische Bourgeoisie nichts anderes war als die Flucht

vor dem Sozialismus; den Beweis, daß unser Kampf gegen Rußland „das Schlußstück bildet auf dem schmerzvollen Entwicklungsgang des deutschen Volkes zur nationalen Einheit“ usw. Dabei wird freilich eine Theorie über die Notwendigkeit der Erhaltung der Einheit Rußlands vom Standpunkte der russischen Arbeiterbewegung vertreten, die mir höchst fraglich erscheint und die auch schon energischen Widerspruch von sehr sachverständiger Seite erfahren hat*). Doch dies Détail tut dem Ganzen nur geringen Eintrag. Ebenso wird Frankreich analysiert. Und das Schlußkapitel zieht dann die bekannten Folgerungen, die L. ja u. a. auch in dieser Zeitschrift dargelegt und gegen gelegentliche Angriffe verteidigt hat.

Den Gipfelpunkt der hier zu besprechenden Literatur bildet Eduard Davids Buch „Die Sozialdemokratie im Weltkriege“ (gleicher Verlag). Sie ist die gründlichste Schrift fast in jeder Hinsicht. Sie ist ein Vademekum des Agitators; sie ist eine Quelle von Erkenntnis für alle Parteigenossen, außer natürlich den Redaktionen des „Vorwärts“ und der „Neuen Zeit“, die es ja nicht mehr nötig haben. Sie ist allseitig: die Haltung der deutschen sozialdemokratischen Reichstagsfraktion wird dargestellt, der Zusammenhang dieser Haltung mit dem, „was wir immer betont haben“, nachgewiesen, die Frage, ob die Sozialdemokratie den Krieg verhindern konnte, in etwas dürftig geratenen Ausführungen verneint, die „Ursachen“ des Krieges und die diplomatische Schuldfrage, säuberlich voneinander geschieden, erörtert, die Größe der Gefahr, die dieser Krieg bedeutet, eindringlich schildert, die ganz gleiche Haltung der überwiegenden Mehrheit der Sozialisten der Weststaaten illustriert (wobei die dort vorgekommenen Ueberschwenglichkeiten und Entgleisungen nicht ausgeschlachtet werden), die Haltung der russischen in- und ausländischen Sozialdemokraten kritisch besprochen, und schließlich das endgültige Fazit zugunsten der Haltung der Fraktion gezogen. Das Material ist sorgfältig gewählt, gewissenhaft benutzt (gegen Angriffe in der „Neuen Zeit“ siegreich verteidigt), die Darstellung entwirrt die kompliziertesten Bedingtheiten zu klassischer

*) Siehe Georg Ruczka: „Die russischen Sozialisten und der gegenwärtige Krieg.“ Wien. C. & L. Schwabe.

Verständlichkeit, der Ton ist freundlich und sachlich. Besonders gelungen scheint mir die Unterscheidung zwischen dem militaristischen Imperialismus Englands, der wesentlich aggressiven Charakter trägt, und dem wirtschaftlichen Imperialismus Deutschlands, der seiner Natur und seiner Haltung nach mehr defensiv auftritt.

Damit sei dieser Ueberblick geschlossen. Er wird hoffentlich dazu beitragen, das Durchfinden im Wust der Schriften zu erleichtern und so dazu zu helfen, daß die kommenden inneren Auseinandersetzungen in den Wahlkreisorganisationen und auf den Parteitagern hier und da stärker als bisher von sachkundigen Genossen besucht werden.

Anhang.

Es würde weder zeitgemäß noch sachlich interessant sein, einen ausführlichen Ueberblick über die bürgerliche Literatur über den Sozialismus, die der Krieg hervorgebracht hat, zu geben. Nur an ein paar Proben sei diese Literatur etwas illustriert.

1. „Sozialdemokratie und Arbeiterpolitik nach dem Kriege“ nennt sich eine charakteristisch gelb geheftete Arbeit von K. Eichhora (Hildesheim und Leipzig, August Lax). Er knüpft seine Erörterungen an einen Leitartikel unseres Kieler Parteiblattes, der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung“, an, in dem auseinandergesetzt wird, daß die Sozialdemokraten, die jetzt eine Million Soldaten stellen usw., erwarten, daß nach dem Krieg die auf die Phraseologie von der Vaterlandslosigkeit der Sozialdemokratie gestützte innere Politik aufhöre, und daß anderseits auch nach dem Kriege die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiterklasse eine Klassenpolitik notwendig machen werden. Daraus folgert E., daß die Sozialdemokratie bleibt, was sie ist, was sie war; das heißt für ihn: keine „wirkliche Arbeiterpartei“. Denn „sie kann ihre revolutionären, sozialistischen, kommunistischen und demokratischen Doktrinen nicht aufgeben“. Die Sozialdemokratie als Partei fördert das Interesse der Arbeiter nur so weit, als ihr Parteiinteresse dadurch gefördert wird. Das Arbeiterinteresse ist ihr nur Mittel, nicht Zweck. Und aus diesen Sätzen, die veraten, daß E. noch immer nicht gelernt hat, was er eigentlich

schon vor dem Kriege hätte lernen können, folgert er: „Der Arbeiterstand hat sich so patriotisch und so politisch reif gezeigt, daß unsere Staatsmänner die Pflicht hätten, den Arbeitern eine geeignetere politische Vertretung zu beschaffen, als die Sozialdemokratie ist, die Pflicht, ihnen die Möglichkeit zu geben, aus der Mesalliance mit der Sozialdemokratie endlich herauszukommen.“ Da nun beim Reichstagswahlrecht die Arbeiter leider auch Sozialdemokraten wählen können, so geschieht folgendes: „Mit Hilfe von etwas Wahlkreisgeometrie erscheint es nicht unmöglich. Man könnte von den 397 Mandaten des Reichstags sagen wir mal fünfzig für die Arbeiter bestimmen.“ „Da die fest reservierten Mandate für die Arbeiterschaft bestimmt sind, sind die Arbeiterwähler gebunden, einen Berufsgenossen zu wählen... Für die staatlich garantierten Arbeitermandate können natürlich staatsfeindliche Kandidaten nicht in Frage kommen. Notorische Vertreter der Sozialdemokratie sind für diese Mandate nicht wählbar, sondern nur Vertreter der Arbeiter.“ Und E. bildet sich ein, daß dies neue Sozialistengesetz „von den großen Massen der Arbeiterschaft freudig begrüßt werden wird“. Das ist kein Faschingsscherz.

2. **Erwin Belger**, früher Generalsekretär des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie, gibt in blasserem Gelb eine Schrift: „Die Sozialdemokratie nach dem Kriege“ von sich (Berlin, „Concordia“, Deutsche Verlagsanstalt G. m. b. H.). Er attestiert der Sozialdemokratie „tadellos ehrenhaftes Verhalten“, gibt zu, daß der Verband, bei dem er angestellt war, „sich manchmal tüchtig verhauen habe“, „daß dem oft genannten Verbands fast niemand nachtrauern wird, und wenn man sich den heldenhaften Entschluß zu einem sang- und klanglosen Harakiri (inzwischen wissen wir ja, daß nur ein leichter Winterschlaf mit eifrigem Saugen an den Pfoten daraus geworden ist) recht bei Licht betrachtet, so kann man fast nur zu der einen Vermutung kommen, daß die Erkenntnis von der Unfruchtbarkeit dieser Art Arbeit... auch in die Geschäftsräume des Reichsverbandes... gedrungen war“. Das heißt also, nach dem Kriege will man es geschickter machen. Dann wird die Praxis des Reichsverbandes zwar mit sinnigen Worten, aber sachlich recht gut kritisiert (diese acht Seiten

von einem, der es wissen muß, wollen wir uns merken); eine solche Praxis sei unangebracht in Anbetracht der Opfer, die uns „fester aneinanderschließen“. Und dann wird gut Wetter der Sozialdemokratie für die Zeit nach dem Kriege versprochen. wenn sie „den bisherigen Internationalismus um jeden Preis“ ablehnt, „Ueberzeugungstreue an den Gegnern achten lernt, einen besseren Ton in ihre Presse bringt (oje oje!), den Klassenhaß nicht mehr züchtet“, nicht mehr „Opposition um jeden Preis“ macht. Dann braucht sie als Partei sich wegen solcher Zugeständnisse „in alle Wege nicht aufzugeben“. Dafür wird für mehr Sozialpolitik plädiert (als wenn es sich nicht um eine bessere handelte), für die Zulassung der Arbeiter zur „konstitutionellen Fabrik“, und damit ist's zu Ende. Wer über so viel Großmut und Verständnis nicht gerührt ist, dem ist nicht zu helfen. (m)

H. PEUS/DESSAU:

Wie wollen wir uns verständigen?

ICH spreche nicht von der Verständigung, die wir innerhalb der Sozialdemokratie heute vermissen, sondern eine ganz andere meine ich, die sprachliche Verständigung unter den verschieden sprechenden Völkern. Das wird nach dem Kriege eine noch größere Schwierigkeit, als es bisher schon war. Vor dem Kriege hatten wir in der Hauptsache drei sogenannte Welt-sprachen, Sprachen, die in der ganzen Welt zu finden sind: **Deutsch, Französisch und Englisch**, und wer diese drei Sprachen zu lesen, zu schreiben oder gar zu sprechen verstand, galt als einer, der sich in der Welt zurechtzufinden wisse. Aber auch das war doch sehr mangelhaft. Im Jahre 1904 fühlte ich mich anlässlich des internationalen Kongresses in Amsterdam auf der Straße trotz meines Englisch und Französisch sehr hilflos. Das Holländische zu lesen ging einigermaßen, aber hörend konnte ich's nicht verstehen. In den skandinavischen Ländern kommt man beim Volke auch nicht mit einer der drei Sprachen durch. Die Italiener und Spanier fühlen sich hinsichtlich ihrer Sprache sicherlich

nicht als kleine Völker. Und mit Recht. Insbesondere wird Spanisch bekanntlich in ganz Mittel- und Südamerika gesprochen.

Während wir aber bis jetzt die Front im wesentlichen nach Westen hatten, weil wir dort die fortschrittliche Kultur sahen, werden wir nach dem Kriege mindestens uns auch nach Osten und Südosten wenden. Die Beziehungen nach Kurland, Litauen, Polen, Galizien und trotz des Krieges auch Rußland werden nach dem Kriege viel lebhafter werden als bisher. Und wenn wir nun gar mit aller Macht nach dem Südosten drängen, auf wie viel Sprachen stoßen wir da! Ungarisch, Rumänisch, Serbisch, Bulgarisch, Griechisch, Türkisch, Persisch, Arabisch. Uns schwindelt, wenn wir daran denken. Was soll da werden? Sollen wir das alles lernen?

Was soll da geschehen? Gar nichts? Alles laufen lassen, wie es läuft? Das würde bedeuten, daß einige wenige Menschen, ein unglaublich winziger Teil der großen Masse, als Dolmetscher zwischen den vielen verschieden sprechenden Menschen fungieren würden, daß aber die Massen all dieser Völker sich dauernd verständnislos gegenüber ständen.

Darüber kann kein Zweifel sein, daß die Vielsprachigkeit in sich selbst ein Widersinn ist. Prof. Schuchardt-Wien hat das mal mit Recht so ausgesprochen: „**Was die Sprache gewollt, haben die Sprachen zerstört.**“ Die Sprache will Gedankenübertragung in der Weise, daß Menschen bei einem bestimmten Gedanken mit dem Munde bestimmte Geräusche machen, und zwar so, daß Sprechender und Hörender sich bei demselben Geräusch (Wort) denselben Gedanken denken. So besteht zwischen den deutsch sprechenden Menschen die Uebereinkunft, **Mann** und **Frau** zu sagen, wenn sie die Vorstellung der beiden Geschlechter der Menschen hervorrufen wollen. Die Franzosen aber sagen **om** und **fam** (geschrieben *homme* und *femme*), die Engländer **men** und **wumen** (geschrieben *man* und *woman*), während die Türken **erok adam** und **kary adam** sagen. Weil die Menschen nur in gewissen, enger umgrenzten Regionen miteinander Sprachgemeinschaft hatten, haben sich diese verschiedenen Sprachen gebildet, die dem Zweck der Sprache, sowie ein Sprachbereich überschritten wird, direkt zuwiderlaufen. Bekanntlich gibt es auf

der Erde allein einige 300 Sprachen, in die die Bibel übersetzt ist. Es ist also sicher ein schwerer Fehler für die sich über die ganze Erde organisierende Menschheit, daß sie für ganz klare unzweideutige Ideen so viele verschiedene Bezeichnungen hat.

Die Sprache besteht nun aber nicht nur aus einem Wortschatz, sondern auch aus den Mitteln, mit denen die Wörter je nach der Beziehung der Begriffe zueinander verbunden werden. **Wortbildung** und **Grammatik** sind neben dem Wortschatz das Zweite und Dritte bei jeder Sprache. Auch diese Beziehungen bringen die Völker sehr verschieden zum Ausdruck. Man vergleiche zum Beispiel, wie die Sprachen das persönliche Fürwort verschieden deklinieren:

Deutsch:	ich	meiner	mir	mich
Französisch:	je	de moi	à moi	me
Englisch:	J	of me	to me	me
Türkisch:	ben	benim	banâ	beni

Die einfachste Manier ist zweifellos die englische. Die künstliche Welthilfssprache Ido hat diese einfache Form ganz konsequent durchgebildet. Es heißt im Ido:

me di me ad me me

Keinerlei Veränderung als Vorsetzung von di (von) und ad (zu) im 2. und 3. Fall. Und diese einfache Form ist auch für alle Hauptwörter durchgeführt, während bekanntlich in den natürlichen Sprachen sehr komplizierte und abweichende Formen verwendet werden. Die Grammatik aller natürlichen Sprachen ist überflüssig kompliziert. Sie weisen für dasselbe auszudrückende logische Verhältnis die verschiedensten Formen auf. Es liegt da ein noch schlimmerer Fehler vor als bei der Schreibweise, die die Völker für ihre Sprachen belieben. Die allein vernünftige Schreibweise wäre die **lautgemäße**. Aber wir schreiben Tier, ihr und dir, schier und wir. Kein Mensch weiß zu sagen, warum nicht tir, ir und schir. Es wird ein ungeheurer Aufwand von Energie nutzlos vertan, daß wir alle die überflüssigen Buchstaben schreiben, setzen, drucken, lesen und unseren Kindern beibringen, daß sie alle diese überflüssigen Buchstaben schreiben müssen. Obendrein

zerschlagen wir dabei ihr logisches Denken. In der grammatisch einfachen englischen Sprache ist das Rechtschreibbeelend bekanntlich noch viel toller. Da schreibt man knowledge und spricht noletsch.

Alle Sprachen sind durch ihre unlogische Schreibweise und ihre überflüssig komplizierte Grammatik weit schwerer, als sie sein müßten. Darum ist es so überaus schwer, mehrere lebende Sprachen zu beherrschen. Nur äußerst wenige Menschen bringen das fertig, meist nur solche, die an Sprachgrenzen wohnen und mehrere Sprachen von Kind auf lernen. Zu der Schwierigkeit der Schreibweise und der Grammatik kommt noch die weitere sehr große Schwierigkeit hinzu, daß die Gedanken in unlogischer Weise ausgedrückt werden, die aber durch den Gebrauch geheiligt wird, daß bildliche Ausdrucksweisen üblich werden, die man nur versteht, wenn man ihren Ursprung kennt oder ihren Sinn durch unablässige Wiederholung aus dem Zusammenhang begreift. Man denke ferner an die Weisen des Satzbaues, die ebenfalls durch Gewohnheit zur Vorschrift werden. Kurz, die natürlichen Sprachen bieten unendliche Schwierigkeiten, die für die allermeisten Menschen einfach unüberwindlich sind. Wie gering ist die Zahl der Menschen, die auch nur die **Schriftsprache** ihrer Muttersprache beherrschen lernen!

Darum ist es auch einfach unmöglich, eine der lebenden Sprachen neben den übrigen Sprachen zur zweiten Sprache für jedermann zu machen. Und welche sollte das sein? Wer wagt es heute, in Deutschland dafür Englisch vorzuschlagen, wer glaubt, daß die Engländer Deutsch annehmen würden? Das ginge auch wirklich nicht. Das hieße dem Volke, dessen Sprache gewählt würde, um als Weltsprache zu dienen, ein ganz ungeheuerliches Uebergewicht zu geben. Gar nicht daran zu denken!

Neuerdings sind einige nationalistisch empfindende Deutsche auf den Gedanken gekommen, ein grammatisch vereinfachtes Deutsch zu schaffen, das dann von allen Völkern, besonders denen in Mitteleuropa, viel leichter gelernt werden könnte. Es sei gestattet, einige Zeilen in diesem vereinfachten Deutsch zu schreiben. „De Geschlecht-Wort sein für all Geschlechten in Einzahl und Mehrzahl **de**, de Mehrzahl von all Worten ende auf **en**, de e

von den Hauptworten auf e wegfalle, also Kass, Schul, Red, de Eigenschaft-Worten bleibe unverändert, de Zeitwort ende in Infinitiv und Aussageform auf e, de Vergangenheit werde immer bildet mit te und de passiv Partizipium mit et (t). All Vorworten regiére de vierte Fall. Es sein gewiß, daß de Erlernung von solch vereinfacht Deutsch würde werde viel leichter als de Erlernung von de heutig hochdeutsch Sprach.“ Aber das ist doch eine furchtbare Illusion zu meinen, daß solch ein vereinfachtes Deutsch darum könnte Weltsprache, von allen übrigen Völkern neben ihren Sprachen akzeptierte zweite Sprache werden. Und ebensowenig ist daran zu denken, daß solch ein vereinfachtes Deutsch für Mitteleuropa geschaffen werden könnte. Wenn es nicht einmal möglich erscheint, die überflüssigen e und h in der Schreibweise los zu werden, wie soll man da erwarten dürfen, demnächst „gehte“ statt „ging“, „lauft“ statt „gelaufen“ sagen zu dürfen! Gerade die stark nationalistisch empfindenden Menschen sind ja in die wunderlichen, unlogischen Formen der Muttersprache am meisten verliebt. Das einzig Gute an solchen Vorschlägen ist, daß sie helfen, den Götzendienst, den man mit den gewordenen Sprachen treibt, abzuschaffen. Es wird allerdings unendlich viel gewonnen sein, wenn wir mal so weit gekommen sind, zu erkennen, daß die Sprache ein Werkzeug ist, das bisher unvollkommen war, aber vollkommen gemacht werden kann. Und diese Betrachtung des Problems hat uns seiner Lösung allerdings näher gebracht. Man kann weder eine natürliche Sprache zur Weltsprache machen, noch eine natürliche Sprache so vereinfachen, daß sie dadurch zur Weltsprache werden könnte, bei aller Vereinfachung der Grammatik bliebe immer noch auch die Unregelmäßigkeit der Wortbildung; man denke an Faulheit, aber Reichtum, Armut (statt Reichheit, Armheit), ferner die Schwierigkeit des Satzbaues und die Eigentümlichkeit der unlogischen, aber gebräuchlichen Redewendungen, sondern man muß allerdings eine künstliche und gerade deshalb vollkommene Sprache schaffen, eine andere Lösung des Problems ist nicht möglich. Man nimmt den Wortwurzelschatz aus allen Sprachen nach dem Grade der Häufigkeit ihres Vorkommens in denselben oder auch nach zweckmäßiger Ergänzung der Worte für verschiedene Begriffsschattie-

rungen. Sodann bildet man die abgeleiteten Wörter nach ihrem Begriffsinhalt ganz regelmäßig, sagt darum statt Reichtum, Armut, Schönheit, Fröhlichkeit, Gerechtigkeit, Größe: rich-**eso**, povr-**eso**, bel-**eso**, gay-**eso**, yust-**eso**, grand-**eso**, immer **eso**, weil immer derselbe Begriff des ruhenden Zustandes ausgedrückt werden soll. Die Grammatik wird so einfach gebaut, wie es das auszudrückende logische Verhältnis zwischen den Begriffen gestattet, und für jedes grammatische Verhältnis wird immer ein und dieselbe regelmäßige Form verwendet. Auch der Satzbau wird aller überflüssigen Kompliziertheit entkleidet, gewohnheitsmäßige Fehler in der Ausdrucksweise werden nicht geduldet, nur die Logik, nicht der Usus gilt, und bildliche Ausdrucksweisen werden auch nur so weit gestattet, als sie in ihrem Sinne unzweideutig klar bleiben.

Die Herstellung dieser Sprache ist Sache der Wissenschaft, Nur sie kann den Wortschatz ausfindig machen, nur sie die logisch scharfe Wortbildung und Grammatik schaffen und das Eindringen unverständlicher Redewendungen verhindern. Nicht ein Welt-sprach-Erfinder, sondern nur gemeinsame, wissenschaftlich kritische Arbeit kann das Problem lösen. Es sei mir gestattet, zum Schlusse eine Probe davon zu geben, wie die Schöpfer des Ido die gestellte Aufgabe bisher gelöst haben:

„La internaciona help-linguo devas esar la verko di la cienco. Ol devas havar gramatiko, qua esas samtempe maxim logikala e maxim simpla. E la vortaro di ca linguo kontenez la vorti maxim difuzita sur la tero. Me parolas ica linguo tote fluante, tote quale mea Germana natro-linguo.“

Wer den von mir hier dargelegten Weg der Lösung des Problems nicht anerkennt, möge sagen, welcher anderen Weg er vorschlagen will. Ich bin ihm für jeden Vorschlag, der sich hören läßt, äußerst dankbar.

Zum Schlusse sei es mir aber auch noch gestattet, eine kleine Erzählung anzufügen: „Ich hatte,“ so erzählte im Jahre 1911 Prof. Wilh. Ostwald in Bern bei Anlaß der Gründung des Verbandes für die Schaffung eines Weltspracheamts, „vor zehn Jahren in Berlin eine Besprechung mit dem inzwischen verstorbenen schwäbischen Großindustriellen Duttenhofer. Als ich er-

schien, nahm er eben von einem kleinen Herrn mit frischer Gesichtsfarbe und weißen, nicht eben reichlichen Haaren mit vielem Händeschütteln Abschied. Wissen Sie, wer das war? fragte er mich, und auf meine Verneinung fuhr er fort: Das ist ja der arme Graf Zeppelin, der sich in die Idee des lenkbaren Luftschiffes verbissen hat. Er ist wieder einmal vollkommen abgebrannt und wollte von mir Unterstützung. Ich habe ihm schon oft ausgeholfen. Diesmal konnte ich mich nicht entschließen, da ich an seine Sache nicht glauben kann. Und so habe ich Nein gesagt. Aber geflennt haben wir alle beide.“ — Solcher Duttenhofer gibt es für die Weltsprachsache noch sehr viele. Und schlimmere!
(m)

PAUL HIRSCH:

Zur Abwehr.

DIE Schriftleitung der „Glocke“ war so loyal, mir Raum zur Erwiderung nicht nur auf die Angriffe, die Hugo Heinemann in der Nummer 12 vom 15. Februar gegen mich erhoben hat, sondern auch auf sonstige Anwürfe zur Verfügung zu stellen, mit denen ich wegen meiner Haltung in der Landtagsfraktion so reichlich von einigen Parteigenossen bedacht bin. Von diesem freundlichen Anerbieten der Schriftleitung kann ich zu meinem Bedauern nur in sehr beschränktem Umfange Gebrauch machen. Auf alle Punkte einzugehen, ist mir aus zwei Gründen nicht möglich: einmal stehen Zensurschwierigkeiten der Erörterung gerade des wichtigsten Punktes im Wege, und zweitens wäre ich gezwungen, genau so wie es ein Teil meiner Widersacher getan hat, auf Privatgespräche (die nebenbei bemerkt noch dazu in entstellter Weise wiedergegeben sind) und auf Vorgänge aus vertraulichen Sitzungen zurückzugreifen. Beides widerstrebt mir, ein Interesse daran hätten doch nur gewisse Sensationsblätter, die, seitdem der Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie seine Tätigkeit eingestellt hat, begierig nach Schätzen aus dem unerquicklichen Gezänk zwischen Parteige-

nossen graben, um ihren Lesern eine gewürzte Kost darzubieten. Einem solchen Treiben Vorschub zu leisten, liegt nicht im Interesse der Partei, ich wenigstens biete meine Hand nicht dazu.

Deshalb nur wenige Bemerkungen:

Richtig ist es, daß ich in einem Punkte im Verlaufe der Zeit meine Ansicht geändert habe. Will man mir daraus einen Strick drehen, so mag man es tun. Warum soll in einer Periode, wo so mancher völlig umgelernt hat, nicht auch ich etwas hinzulernen dürfen? Habe ich mich aber nach schweren Kämpfen zu einer bestimmten Ueberzeugung durchgerungen, so betrachte ich es als selbstverständliche Pflicht, ohne Rücksicht auf meine Person dieser meiner Ueberzeugung auch Ausdruck zu verleihen, vorausgesetzt, daß ich dadurch die Partei und das Vaterland nicht schädige.

Und gegen diese beiden Vorwürfe muß ich mich auf das entschiedenste verwahren. Daß durch die Erklärung der Landtagsfraktion die Interessen unseres Landes geschädigt und die Herbeiführung des Friedens erschwert sind, ist eine leere Behauptung, für die auch nicht der Schatten eines Beweises erbracht ist. Und was die Schädigung der Partei betrifft, so ist eine solche, wenn überhaupt, so nicht von den Verfassern und Befürwortern der Erklärung herbeigeführt.

Daß speziell ich mich bei meinem Vorgehen nur von dem Streben leiten ließ, der Sache zu dienen, das gibt ja auch der Schriftleiter der „Glocke“ in der Bemerkung zu, die er dem Artikel von Heinemann angefügt hat. Aehnlich stellt mir Genosse Hue in der „Essener Arbeiter-Ztg.“ Nr. 31 vom 7. Febr. das „ehrende Zeugnis“ aus, daß ich mich von Kriegsbeginn an bemüht habe, die Partei vor Schaden zu bewahren. Diese Zeugnisse von Kollegen, die mit mir in derselben Fraktion sitzen, die meine ungeheuer schwierige Stellung beurteilen können, wiegen tausendmal schwerer als das Gerede von nicht oder schlecht unterrichteten Genossen, die sich vom äußerlichen Schein blenden lassen, ohne der Sache auf den Grund zu gehen, die an Aeufferlichkeiten kleben und sich berufen fühlen, sich zum Sittenrichter über andere aufzuwerfen. Etwas mehr Duldsamkeit in unseren eigenen Reihen könnte der Partei nur nützlich sein.

Was ich sachlich zu der Erklärung unter den heutigen Zeitumständen sagen kann, das habe ich in der Nummer 26 der „Essener Arbeiter-Zeitung“ vom 1. Februar niedergelegt. Da mein Artikel in seinem wesentlichsten Teil in der Nummer 3 der „Parteikorrespondenz“ vom 12. Februar abgedruckt ist, erübrigt sich eine Wiederholung an dieser Stelle. Nur das eine betone ich nochmals, daß die Erklärung der Landtagsfraktion eine Friedenskundgebung ist und daß sie nichts enthält, was nicht bereits in früheren Kundgebungen anderer Parteiinstanzen zum Ausdruck gebracht ist. Sogar die „Chemnitzer Volksstimme“, die doch wahrlich nicht auf dem Boden der Landtagsmehrheit steht, gibt in ihrer Nummer vom 3. Februar zu, daß ein harmloser bürgerlicher Leser den Unterschied zwischen den Erklärungen der Reichstagsfraktion und der Landtagsfraktion gar nicht gemerkt hätte, und sie fügt hinzu: „Nur weil einmal der Parteistreit so wild geführt wird, wirkte bei den Eingeweihten die Erklärung der Preußenfraktion wie eine Kundgebung gegen die Reichstagsfraktion. Man ist eben in der Partei wieder einmal reichlich nervös.“

Von der Nervosität sind leider auch sonst ruhig und sachlich denkende Genossen befallen, und zwar in einem so hohen Grade, daß sie nicht einmal imstande sind, die Erklärung richtig zu lesen. Wie könnte man sonst der Landtagsfraktion, die es ausdrücklich als selbstverständlich bezeichnet, „daß auch nach sozialdemokratischen Grundsätzen kein Mensch Deutschland einen Frieden zumuten darf, der die politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit und Selbständigkeit des deutschen Volkes antastet“, vorwerfen, sie wolle den Frieden um jeden Preis? Wie könnte man ihr sonst vorwerfen, sie erschwere den Kampf um ein freies Wahlrecht? Wie könnte man ihr sonst vorwerfen, sie wolle nichts als agitatorische Wirkungen auf urteilslose Menschen hervorrufen oder sie zeige Tiefstand politischer Bildung? Vor Tische las man's anders. Hoffentlich kommt bald die Zeit, wo wir alle weniger nervös sind. Dann können wir uns wieder sprechen, und dann wird manch einer unter Berufung auf seine Nervosität die, die er jetzt so schwer und so ungerecht beschuldigt hat, um Verzeihung bitten. (m)

FRANZ DIEDERICH:

Weltkrieg-Romane.

DIE ewige Dauer des Weltkrieges sorgt dafür, daß der Roman noch während dieses Ereignisses sein Amt, den neuen großen Stoff in seiner Weise zu durchschreiten und nachzuleben, beginnen kann. Zwar wird man nicht den Roman erwarten, den hoher dichterischer Wert zu einem belangvollen Element im Aufbau neuer geistiger Kultur werden läßt, denn der braucht zeitlichen Abstand, um groß umfassen und gesammelt ausdrücken zu können. Gute Zeit aber bietet sich dem Tagesroman, der dem Bewegen der Gegenwart schnell entspringt, um noch in seinen Kreisen und Wirbeln wirken zu können. Diese Romanart, die trotz starker Aehnlichkeit in den Wirkungsmitteln durch den Zweck höher steht als der bloße Unterhaltungsroman, ist in ihrer Bedeutung gleich dem Zeitungswesen an die Kurve der politischen Bewegung gebunden. Ein Ereignis wie der Weltkrieg, dessen Erschütterungen nicht in einem ruhvollen Friedenszustand enden können, dürfte dem Tagesroman für längere Zeit die günstigsten Bedingungen schaffen. Er wird notwendig werden wie kaum je zuvor, wird deshalb tüchtigste Kräfte heranreißen und vielleicht eine Blütezeit erfahren.

Der Roman ist älter als die Zeitungen. Von seinem Zweck aus, Spiegler der Kultur seiner Zeit zu sein, läßt sich sagen, er habe einen Teil von dem besorgt, was heute Sache der Zeitungen ist. Als dann das Zeitungswesen sich entfaltetete, ist seine Rolle gewachsen. Da es in gesteigertem Maße eine Existenzbedingung geworden ist, daß der Mensch weiß, wie die Welt um ihn her geartet ist, und da der Roman besondere, sogar mancherlei bessere Mittel hat als die Zeitung, das Leben der Welt bewußt zu machen in Verstand und Gefühl, so ist sein Rang gesichert. Der Zusammenhang mit der Bewegung der Gesellschaft teilt dem Roman ein großes Maß freier Beweglichkeit mit. Je verwickelter der Gesellschaftsbau, um so größer ist das Stofffeld des Romans. Wir kommen aber auch ohne den Roman nicht aus, wenn wir die Gesellschaft kennen lernen wollen

in den Menschen, die von ihren Gesetzen bewegt werden. Es wäre falsch anzunehmen, bloßes Unterhaltungsbedürfnis habe bewirkt, daß das neunzehnte Jahrhundert das Romanlesen zur Massenerscheinung werden ließ. Es ist bekannt, daß auch Karl Marx ein Romanfresser war. Aus der Perspektive der Umwandlungen dieser Zeit wird diese gerade damals recht allgemeine Leidenschaft sehr verständlich, und bei Marx hat sie natürlich auch Wissenschaftliches bedeutet. Man erwäge, daß Marx die große Epoche des englischen sozialen Romans aus der Nähe erlebte, die von den Dickens, Thackeray, Kingsley, Disraeli getragen war. Ein Mittel, Geschichtliches zu verstehen, in die Geschichte einer Epoche, eines Ereignisses einzudringen, ist der Roman aber nicht nur durch die Menschen, die er vergegenwärtigt, durch die Menschenschicksale, die er aus dem Gewirr von Fäden herauspinnst, sondern auch durch die Art, wie der Romanschreiber seine Aufgabe nimmt und richtet. Also sowohl das Was als das Wie ist bedeutsam. Das kann man jetzt wieder erprüfen an den Romanen, die der Krieg verursachte.

Es wäre gewagt, zu behaupten, ein so gewaltiges Ereignis wie ein Krieg, zumal wie dieser Weltkrieg, müsse unbedingt zu einem gewaltigen Roman vom Kriege führen. Die literarischen Wirkungen des siebziger Krieges warnen vor solcher Auffassung. Es kommt darauf an, daß der Krieg in eine gesellschaftliche Bewegung verflochten ist, von der ein Menschenmaterial entwickelt wird, das zu großen seelischen Leistungen fähig ist. Das war damals nicht der Fall: der Pessimismus wurde eine Macht vor dem Kriege und blieb es in Steigerung auch nachher. Der Zusammenbruch des kleinstädtischen alten Deutschland und die schweren Lehrgelder, die das beginnende neue Deutschland wirtschaftlich zu zahlen hatte, sicherten dieser geistigen Strömung das Feld. Seither ist die Kurve entschieden von der Richtung zum Kraftvollen emporgetrieben worden. Die Umbildung der Klassen häuft in dieser Wendung ihre Wirkungen zusammen. Die kapitalistischen Klassen, der neue Mittelstand, die Arbeiterklasse stehen im Daseinskampf in breiten Schichten ohne Gedrücktheit der Stimmung nebeneinander, die einen aus dem Bewußtsein ausgiebig gestützter Macht, die anderen aus dem Ge-

fühl wachsender Bedeutung und Selbstsicherung. Sie sind aktions-tüchtig, jede in besonderer Art. Auf solchem Boden konnte auch der Roman erstarken. Es liegt aber kein Anlaß vor anzunehmen, daß diese Erstarkung nach dem tragischen Zwischenakt dieses Krieges geringer werde. Denn an der Haupttendenz der gesellschaftlichen Entwicklung ändert der Krieg nichts; er dürfte die Folge haben, daß die bisher gedeihenden Klassen das Aeußerste aufbieten werden, seine Wirkungen für sich zu überwinden und auszunutzen. Das aber wird den Charakter der tagfähigen Literatur entscheidend färben. Es geht also nicht an, nach Analogie auf literarische Wirkungen zu schließen, die sich vor vierzig Jahren gezeigt haben. Was das Künstlerische anbetrifft, liegen freilich einstweilen noch keine Taten vor, die solchen Optimismus stützen. Ob wir etwas Großes an Kunst erleben werden, wird ganz davon abhängen, ob nach dem Kriege gesellschaftliche Großtaten erkämpft werden, die den Geistern jenes Gefühl befreiten Aufatmens verschaffen: es sei eine Lust zu leben.

Ob unter solchen besonderen Leistungen ein Roman vom Weltkriege sein wird, wer will heute sagen, daß das dann noch das Wichtigste ausmachen kann? Die jüngste Generation, die in zwei Jahrzehnten die Träger einer neuen Literaturzeit gebildet haben wird, steht heute im Felde; aber was werden die kommenden zwei Jahrzehnte aus ihrem Kriegserlebnis machen? Wie viel das Neugeschichtliche einer Kriegsfolgezeit bedeuten kann, läßt sich ablesen aus der deutschen Dichtung nach den Befreiungskriegen: zu Wucht und Farbe, die aber mit der Begeisterung dieses Ereignisses nichts gemein hatte, stieg sie erst nach 1830 auf, und da trieb Revolutionäres sie empor. Die dichterischen Wirkungen des Krieges, die dies Erlebnis spiegelten, blieben, was das Dauernde anbelangt, auf jene Kriegszeit beschränkt, die man für diesen Zweck in die Jahre der wachsenden Wut gegen die napoleonische Unterjochung zurück erweitern mag.

*

Wir halten uns für so fernentschwundenes Geschehen an dieses Dauernde, denn uns ist es dabei meist weniger um geschichtliche als um menschliche Werte überhaupt zu tun. Aber für die

Erlebenden hat auch das Ephemere Wert, denn es gehört zu ihrem Auseinandersetzen mit dem, was um sie her sich abspielt: mit Dingen und mit Menschen. Wir hören heute laute Zweifel, ob während des Weltkrieges irgendeine Kriegsromanze geschaffen sei, von der sich ernsthaft Aufhebens machen läßt. Wieviel weniger konnte ein Kriegsroman zutage kommen, der viel bedeutet! Aber Kriegsromane sind bereits eine erkleckliche Anzahl geschrieben, und es wäre also falsch, mit Stillschweigen daran vorüberzugehen, weil ihr Wert keine lange Dauer verspricht; denn trotz der Mängel kann ein beachtenswertes Stück Gegenwartsgeschichte darin stecken. Was unter den heutigen Verhältnissen die Zeitungspresse nur gestört sein kann, ein Barometer der Volkstimmungen, das ist dem Roman und seinen kleineren Geschwistern oft viel weniger bestritten. Sie können wenigstens trefflich nachhelfen, die Wirklichkeit zu erkennen. Als Ergänzung der journalistischen Arbeit soll man sie werten.

Das beansprucht geradezu eine Romanarbeit des Berliner Zeitungsschriftstellers Gustaf Kauder, der unter dem Titel „Aufschwung“ einen „Roman vom Tage“ erscheinen ließ (bei Georg Müller in München), für dessen Art er die Bezeichnung „journalistischer Roman“ einführt. Die ist insofern gut verwendbar, als sie eine Abtrennung des Romans, der mit Betonung auf künstlerische Eigenschaften Wert legt, ermöglicht. Der journalistische Roman will dem Tage gehören, der ihn erzeugte. Er braucht den schriftstellerischen Schnellbetrieb der Gegenwart, wenn er sein Ziel, eifrig gesucht zu werden, erreichen will. Was er schildert, muß dem Erleben nach frisch und bedeutsam sein, sonst ist der Zweck der Arbeit verfehlt. Man kann ihm von vornherein keine weite Zukunft, kein langes Leben prophezeien, aber für den Moment der Geschichte, dem er dient, kann sein Inhalt unter Umständen, was mit der Begabung des Autors zusammenhängt, einen photographischen, einen Museums-wert haben. Er konserviert Blasen, die der Tag aufwarf und deren Natur es ist, eine Weile zu schweben und dann zerspringend mit ihren Luftquäntchen im Allgemeinen der Atmosphäre zu verschwinden. Wer die Menschen entlegener Zeiten erfassen will, weiß, daß hier mancherlei Lebensaufschluß stecken kann. Stim-

mungselemente, Gedankenzüge, die sich, wie in dem Roman Kauders, weniger äußern im Ganzen der Handlung, mehr in der Stoffwahl des Autors und in der Art der Durchführung, von der die Hauptgestalten zeugen.

Da die großen Romangestalten immer Symbole der gesellschaftlichen Kultur gewesen sind, in der sie ausgesonnen wurden, liegt es nahe, auch ihre künstlerisch geringeren Brüder auf diese Eigenschaft hin anzuschauen. Etwa unter dem Gesichtspunkt der Frage, inwiefern der Krieg den Anstoß zu einer grundändernden Wandlung der Geister gegeben habe, was doch in der bürgerlichen Welt monatelang laut behauptet wurde. Gerade in Romanen, die sich auf die Anfangszeit des Krieges beziehen, müßte sie doch wohl Gewicht haben. Kauder zum Beispiel drängt mit dem Titel seines Buches die Erwartung auf, daß er derartiges geben werde. Man fordert mehr als das Eingleiten in den großen brausenden Strom kriegerischer Begeisterung. Man fahndet auf Geistiges, das sich als ein Neuerwerb geltend macht, der mutmaßlich den Krieg überdauern und als Gewinn in das soziale Ringen einfließen kann. Aber man geht recht leer aus.

Ueber Kauders vielerlei Menschen, auf die der Krieg in so und so viel Hauptplätzen der Weltkultur und des großen Schlachtens einstürmt, kommt einige Male wie eine neue Ueberzeugung ein Gefühl, dem bisher Geglaubtes als ein schwerer Irrtum erscheint: sie wittern Aufschwung insofern, daß „über dem Kopf die Kraft“ stehe. Was heißen soll, daß robustes Zuschlagen letzten Endes doch mehr wert sei als alles andere. Dies Gefühl drückt hier den Versuch einer bis dahin ethisierenden, ästhetisierenden Lebensbehandlung aus, sich aus dem Zusammenbruch, in den die Kriegswirbel sie stürzten, auf festen Boden zu retten. Man haftet an diesem Ausspruch, wenn man in dem Gedränge von Gesprächen, die Kauder über Zeitfragen führen läßt, nach einer ideellen Mitte ausschaut. In zwölf phantasiestark gezeichneten Bildern der ersten Kriegszeit, zusammengehalten durch die Figuren von fünf Geschwistern, die in den Krieg gerissen werden, taucht London, Paris, Hongkong, Berlin, die Nordsee, der russische Osten, der belgische Westen auf. In jedes dieser Bilder nistet sich eines jener Gespräche ein, die bestimmt sind,

das Deutsche aus vielerlei Gesichtswinkeln her als Weltfrage zu beleuchten, es zu messen, zu vergleichen mit Andersnationalem, politisch, wirtschaftlich, völkerpsychologisch, geschichtlich. Es ist ein weites feuilletonistisch plauderndes Umwandern, Um-tasten der berührten Fragen, kein klärendes Aufschließen, aber in dieser Art gerade für die gezeichneten Kreise charakteristisch.

Ein Merkmal ist auch, daß die Frage, wie sich das Getrennte auf Erden einmal wieder zusammenfinden könnte, keine Rolle spielt. Gegen den Schluß hin spricht aber ein von Entwicklungsideen Beseelter das Wort: „Der Krieg ist nur ein mörderischer Zwischenfall.“ Dieser Satz, gesprochen von einem Kriegsfreiwilligen, der als sozialistischer Arbeiterfreund an den Anfang des Romans gestellt ist und nun gänzlich zum Krüppel geschossen daliegt, hängt inmitten eines pantheistisch-kosmopolitischen Gefühlsausbruchs, dem das Credo entströmt: „Der Weg ist noch immer: Individuum — Volkheit — Menschheit — Allbewußtsein. Wird das Individuum frei, sehnt es sich nach über-individuellem Dasein, sehnt sich nach Volkheit. Die befreiten Völker werden das übernationale Dasein, die Brudermenschen-einheit, die Menschheit ersehnen. Dies ist der Weg der Vergeistigung, Vergöttlichung — Credo! An der Aufgabe hat sich nichts geändert, der Krieg ist nur ein Zwischenfall der Entwicklung. Der Krieg ist Chaos, Wirrnis der Seelen, aber Chaos muß immer neues Licht, neue ewige Sterne gebären. Nichts ist zu Ende — heilige Kontinuität! Vielleicht werden wir nun besser wissen, wo wir stehen — die Entwicklung beschleunigt sich ja im Quadrat der Epochen...“ Ist das nun Sprache, Gefühl, Gedanke einer neuen jungen Generation? Es mutet an wie ein taumelnder Rückfall in kosmopolitische Seligkeiten des achtzehnten Jahrhunderts. Und es wirkt wie ein Versuch, durch Selbstbetäuben über das maßlose Kriegselend Herr zu werden, ist also vor allem kriegspsychologisch zu bewerten. Und dann denkt dieser Verzweiflungsschwärmer sich den Aufwärtsweg der heiligen Kontinuität weiter durchschritten unter Begleitung der „Marschmusik der teutonischen Nation“.

Hier wäre also für jene Frage nach einer schöpferischen Wirkung des Krieges nichts auszuspüren, was Neues im geistigen

Dasein der Gesellschaft verraten könnte. Die Menschen sind, was sie vor dem Kriege waren. Sie setzen ihre Kraft, ihre Art ein, mit aufgepeitschter äußerster Hingabe und seelischer Anpassung an den „mörderischen Zwischenfall“; aber sie gewinnen innerlich nichts hinzu. Es sind bürgerliche Menschen; nur ganz episodisch taucht einmal ein Proletarier als Mitdiskutierender auf, in einem Kriegslazarett. Ein Kriegsroman, der aus der Proletariersphäre geholt ist, existiert noch nicht. Aber man kann ihn sich als Seitenstück neben den Roman Kauders ausdenken. Wie wandeln sich da die Gespräche! Wie vieles schmilzt aus ihnen weg! Wie anders würde der Gegenwartssinn sich festen Boden schaffen! Was den Sozialismus angeht, spukt es in der bürgerlichen Aufschwungswelt immer noch von dem trügerischen Geist vormärzlicher Romantik, dem die Neigung zum Mystischen unlöslich anklebt, so daß die Wirklichkeit, die gesellschaftliche und die geschichtliche, schemenhaft wird und Geist und Kraft in kritischen Zeiten Gegensätze scheinen.

*

Der kulturphilosophische Feuilletonist Alexander von Gleichen-Rußwurm hat einen Roman an das Rätsel des Weltkriegs-Ursprungs gewagt, in dem ein paar dem Mystischen zugewandte Menschen zu Trägern sozialistischer Ideen gemacht sind. Diese Ideen entsprechen ihren Trägern, sind idealistisch, individualistisch, kreisen um die Formel: „Freiheit und Brüderlichkeit ohne Gleichheit“, sind Wegweiser ethischer Selbstzucht und haben natürlich, wenn sie auch für mehr ausgegeben werden, nur rein individuellen Wert. Sie werden in den Lichtkreis der Hochachtung gestellt, die ihr Hauptvertreter persönlich genießt, besonders bei sozialistischen Führern, von denen Jaurès sogar mit Namen und in längeren Gesprächen nahegebracht wird. Sie sind Abkömmlinge der Humanitätsphilosophie, scheinen auf dem Wege, den alten Kosmopolitismus durch gereifte Anschauungen moderner Internationalistik zu ersetzen, halten sich abseits der „Arbeiterinternationale“, deren Führerschaft ihnen nicht genügt und finden sich zu dem Ziele, eine „Internationale der Intellektuellen“ gegen die Geldmacht ins Leben zu rufen. Aber wie alles, was sich gegen

den Kriegsdrang stellt, werden sie überrannt und ihr Führer fällt als ein Märtyrer seines Humanitätsmuts. Wie war diese Niederlage möglich? Für Gleichen-Rußwurm brach mit dem Siege der Kriegsmacht der Traum seiner Lebensarbeit zusammen, und er brauchte eine Abrechnung, um sich über das grausame Erleben hinwegzubringen. Er sagt, in einer „Zeit bitterer Seelenpein“ sei es ihm „unerwarteter Trost“ gewesen, an dem Roman zu arbeiten, dem er den Titel gab: „Die Macher und die Macht“ (Gebrüder Enoch-Verlag, Hamburg), und er hofft, sein Buch möge manchem „in Stunden von Zweifel und Gram ein gutes Wort zu sagen haben“. Diese Hoffnung dürfte sich täuschen. Der Roman bringt es zu keiner befreienden Wirkung. Er schwingt die Geißel über die Gesellschaft der Gegenwart, deren obere Schichten dem Autor gut bekannt sind, und er stellt doch nichts anderes dar, als daß die schlimmsten Elemente und Tendenzen dieser Gesellschaft ihren Willen durchsetzen. Das „Abgeschmackte“ kommt obenauf, die heimliche Grundmelodie lautet: „Unsinn, du siegst, und ich muß untergehen.“

Im Hintergrunde, in verhaltener Unterströmung, schwingt allerdings so etwas wie die Hoffnung, der Bogen des Siegers werde an Ueberspannung zerbrechen. Dieser vage Trost spürt aber gelegentlich, daß die Annahme, im „Tun und Treiben der Menschen“ wurzele die heutige Welttragödie, nicht den letzten Grund entschleierte, und dann setzt jenes Tasten nach den geheimnisvollen Absichten eines Allwillens ein, das mystisch gestimmten Seelen als bester Ausweg erscheint. So heißt es einmal: „vielleicht gehöre die Tragödie zu einer kosmischen Revolution, deren Gegenschlag unsere Gehirnnerven spüren und uns zwingen, blindwütend einander zu berennen.“ Gleichen-Rußwurm kann nur die Kreise der von gestern und vorgestern stammenden, die Welt ästhetisch und mystisch erfassenden Idealisten meinen, wenn er seinem Buche tröstende Kraft zutraut. Er müht sich in ihrem Namen, die Erscheinungen zu begreifen, deren Bewegung die Ursache der Kriegskatastrophe bergen muß. Er kommt bis zu der Forderung: „Gestürzt muß werden das unabsehbare Spiel geheimnisvoller finanzieller Gewalten: die Macher und die Macht.“ Aber die Forderung beruht nicht auf einem Erkennen der

Grundlagen, die die Macher wachsen und zur Macht kommen lassen. Der Fordernde kommt nicht über die Schwelle hinaus. Er bleibt hängen in der Vorstellung, das Entscheidende sei zu verhindern, daß der Reichtum die Macht an sich reißt; der Herkunft und Rolle dieses Reichtums von heute gräbt er nicht nach. Er möchte die Ursache dulden, aber ihren natürlichen und also notwendigen Wirkungen das Recht aufs Dasein bestreiten. Ihm dämmert wohl ein Zusammenhang zwischen all den Zeichen von Verrantheit und Verderbnis in der gegenwärtigen Kulturgesellschaft, die ihm ein Greuel sind, aber er findet sich nicht zurecht in dem Taumel und Wirbel von Snobismus, Hysterie, Verbrechen.

Die Handlung des Romans geht auf die Schichten ein, die sich mit Wollust in den Krieg stürzten, als er ausbrach; er stellt sie als die Kriegsmacher dar und schafft den Eindruck, als sei die Gesellschaft vor dem Hereinbrechen des blutigen Unheils mit Kriegswut geschwängert gewesen. Eine international lauernde und wühlende Schicht von Abenteurern aus der Sphäre der Lebemenschen und Geldgefälligen, allerlei Spione, Schieber, Anzettler sind an der Arbeit, Leute, die irgendwie der Diplomatie angegliedert sind, eine skrupellose Verbrecherbande, die vor allem Geld machen will — „wir vertreten die Moral des Geldes“ — und die nun in enger Verbindung mit jener Sensationskultur aufgezeigt wird, die im Jahrzehnt vor dem Kriege die Farben des gesellschaftlichen Treibens aufsetzte: ein Treiben voll innerster Unwahrheit, ein psychischer Veitstanz, den der Kriegswahnsinn als höchste Vernunft reizt. Das Ziel einer internationalen Verständigung gilt in dieser Welt nicht; die sich als die „Vernünftigen“ fühlen, fordern Machtentscheidung, die anderen sind wieder einmal die „Narren“. Die großen sittlichen Prinzipien sind abgetan, der Geschäftsgeist, der nach dem Augenblick so oder so entscheidet, hat die oberste Gewalt; die „Idee“ ist entthront, die „Intuition“ herrscht — ein Bergson ist nur der Philosoph dieser neuen Kultur, die in der Darstellung des Romans bewußt und gierig zum Kriege trieb. Aber Gleichen-Rußwurm, der Idealist, meistert den Inhalt der Erscheinungen nicht, die ihn erschrecken und abstoßen. Er durchschreitet ihr auf-

rührerisches Gedränge, bleibt ratlos und läßt seine Trostsprecher fallen: durch Selbstmord, Mord, Kriegsbarbarei.

Dieser Inhalt hat insofern einen gewissen Reiz, als er die seit langem gewonnene Einsicht bestätigt, daß der alte philosophische Idealismus, der auch in unseren Tagen noch ein wenig umgeht, nicht berufen ist, mit geschichtlichen und politischen Erscheinungen klar fertig zu werden. Da nun aber der Roman unter den Eindrücken des Krieges geschrieben ist, zeigt er weiter, daß diese an jener ererbten Schwäche nichts geändert haben. Die Schlußwendung des Romans, die der Ausbruch des Krieges bewirkt, besagt sogar, daß die Nebel sich eher noch verdichtet haben, obwohl der Autor in ein Aufatmen übergleitet. Denn da wird auf einmal dem ausbrechenden Kriege das Wunder zugeschrieben, er habe zu der Kraft werden lassen, die das Böse wollte und das Gute schaffte. An Leuten, die da glaubten, der Krieg sei der große Aufräumer und Heilsbringer des Volkes gewesen, hat es in Deutschland in der Tat nicht gefehlt, und nun belehrt Gleichen-Rußwurms Roman uns vielleicht, daß dieser Glaube deshalb so plötzlich groß aufschnellen konnte, weil das drückende Gefühl mächtig geworden war, daß man einer sozialen Katastrophe entgegentreibe, und weil die äußeren Zeichen dieser Gefahr im Kriegsbeginn jäh aus der Blicklinie verschwanden. Es liegt ganz im Bereich idealistischen Empfindens, der utopistischen Illusion ans Herz zu fliegen, die Kultur könne wie auf einen Zauberschlag unvermittelt zu einem neuen Anfang bei A zurückspringen, wo es nur Gutes und noch kein Böses gibt.

*

Welche Hoffnungen für die Zukunft in diesem Phantasiegarten aufgingen, läßt sich aus einem Roman von Richard Voß schließen, der unter dem Titel „Das große Wunder“ (J. Engelhorn's Verlag, Stuttgart) das Thema von der Ueberwindung einer „ganzen Gattung“ deutscher Jugend eben „durch das große Wunder dieses Krieges“ abhandelt. Er meint das „moderne Aesthetentum“, das der Krieg weggeläutert haben soll, und läßt es in Selbstbeichten sich charakterisieren als „junge Kanaille“. Der literarische Epigone, dessen Art sich vor den naturalistischen achtziger Jahren

bildete, redet in diesem Roman. Er hat den Drang seiner Zeit, sich kritisch selbst zu betrachten, weltschmerzlich gequält, aber er ist verfangen in der Schönheitsidealistik einer vergangenen Epoche und stellt deren Forderungen als das Gegenwartsziel hin. Das Neue war ihm Erkrankung, Verirrung. So steht er ohne freien Blick dem neuen Ereignen gegenüber und ist jetzt auch kein Berufener, die Psyche der Kriegswelt aufzuschließen. Er glaubt, der Krieg habe alle Fäden der letzten Jahrzehnte zerrissen, und was in seiner Jugend anfang ins Leere zu flattern, ließe sich nun weiterspinnen. Auch das gibt einen Strich Farbe in das Bild der an den Krieg geknüpften Hoffnungen. Aber von neuem Leben, auf das sich für später zählen ließe, zeugt es nicht.

Von solchem Wachstum ist eben im Roman, der doch eine gute und erste Stätte wäre, wo es sich greifbar zeigen und erklären könnte, nichts zu spüren. Neben dem Wenigen, was ernst beschäftigen kann, macht sich hier viel mehr Bedenkliches breit, das mit schnellem Erobern das weite Feld des Unterhaltungsromans beströmt. Der Liebesroman von gestern wird mit fixer Betriebsamkeit ins Kriegerische umkostümiert. Etwa so wie die Musik- und Tanzkaffees ihre seit Kriegsbeginn verpönten ausländischen Namen kurz entschlossen durch vaterländische ersetzen. Hier ist z. B. die jetzt von den Zeitungen eifrig gerühmte Nanny Lamprecht an der Arbeit, von der man vor dem Kriege wußte, daß sie einmal einen sozialen Roman schrieb, der sich für malthusianische Ideen erwärmte. Jetzt haben ihr die belgischen Vorgänge, die ihr heimatlich nahe lagen, mehrere Romane abgeloct. Der letzte — „Die Fahne der Wallonen“ (Egon Fleischel-Verlag, Berlin) — bestätigt, daß diese Schriftstellerin bewegte Kriegsbegebenheiten mit fieberhaftem Spannen nachzuleben weiß. Sie hat das Zeug, atemlos zu machen wie einst Viktor Hugo, wenn er den Kampf der Vendeer ausmalte. Neben diese Parallele drängt sich aber die andere, daß sie aus ihren Kriegshelden Abenteurer macht, wie wir sie vom Kriegspfade der Indianergeschichten kennen. Die Kämpfe in Belgien mit ihren Schreifarben von Jesuitentaten und Volksaufständen kommen solchen Unterhaltungsgelüsten der Kriegsromantik sehr entgegen. Wie diese ist auch die eingeflochtene Liebesgeschichte alten Datums,

aber feldgrau aufgefärbt. Ein bürgerlicher rheinischer Kraftmeyer, ein wahres Backfischideal, der vom Offizier-Stellvertreter schnell zum Leutnant aufklafert, berückt eine belgische Aristokratin dermaßen, daß sie, um ihr Herz des Volkshasses wegen vor dem Feinde zu retten, sich schleunigst an den ihr seit langem bestimmten wallonischen Adelligen verheiraten läßt, ohne doch bis zur brautnächtlichen Verbindung zu gelangen. National zurechtgeschoben ist dann selbstverständlich auch die „höhere Idee“ des Romans; in dem Sinne nämlich, daß die beiden, der Deutsche und die Belgierin, die sich erst unausgesprochen gehänt, dann in offenem Geständnis lieben, nicht zueinander kommen können, denn „ein Vaterland steht zwischen ihrer Liebe“. Also: Blutsiebe, gehindert von Volkshaß; dennoch zu lieben, wäre Vaterlandsverrat. Hunderte von Romanen werden zu diesem Thema geschrieben werden, und was zunächst diesen Roman anbelangt, der schon einen anderen fortsetzt, so schließt er so, daß ihm ein dritter Teil folgen muß, in dem dann wohl die Liebe aufmarschieren wird als Löserin der belgisch-deutschen Frage.

Schwerlich greift die Vermutung fehl, die hier einen langlebigen Typ des deutschen Weltkrieg-Romans wittert. Er setzt das alte Spiel fort, von keinen Aufschwungsskrupeln behindert. Die Aufnahme, die er findet, wird zu ihrem Teil beweisen, was der große Krieg für die Bemühungen des letzten Jahrzehnts bedeuten wird, den Geschmack des Volkes zum Verlangen nach besserer geistiger Beschäftigung auch in den Mußestunden aufwärts zu treiben.

(m)

SALAMON DEMBITZER:

Im Hilfsverein.

(In jiddischer Mundart.)

Reiche Männer, junge Damen,
 ' is der Vorstand vun Verein,
 Langsam, langsam seht ihr treten
 Zitterdig a Mann arein.

Beigt er, beigt er als sein Rücken,
's scheint, as 's hot die Zeit un Not
Dos Gefühl vun ihm werloschen
Un dem Stolz in ihm getoit.

Er begegnet jene Blicken,
Welche sennen ihm bekannt,
Denn er fohrt arum a Fremder,
Fohrt arum vun Land zu Land.

Hot schoin auch geprüft zu beten
Arbeit un a ruhig Ort,
Doch die Herren vun dem Vorstand
Kennen schoin a solche „Sort“...

Wagen wagt er nit zu reden,
Doch sein Ponim red't far ihm,
Un derzählt die tiefe Leiden.
Wie er walgert sich arum.

Ei, die Herren sennen kluge,
Hoben Menschenkenntnis viel,
Seht, sei lachen mit die Damen,
Un sei reden eppes still...

Jo dos Urteil, wos bekummen
Wet der bleicher Mann vun sei,
Is araus schoin: — 's is a Karte
Far ein Mark un Groschen zwei.

Nit getraut ihm! — Seht a Diener,
Er begleitet ihm zu der Bahn,
Denn verkoifen kenn die Karte
Noch der ormer, bleicher Mann!

Wenn er sitzt in Bahn in Stillkeit,
Werd sein Ponim durchgeweikt.
Thrären kummen, glühend heisse,
Gott er seht dos, un er schweigt.

's fohrt der Zug schoin, un sein Reise
 Werd gemacht als weiter fort. — —
 Ach, du ormer Wanderer müder,
 Wenn gefinnstu schoin a Ort?! — —

Des Hausierers Klage.

(Aus dem Jiddischen übersetzt von Berta Lask.)

Den Kasten trag ich in der Hand
 Durch Fels und Dorf und Stadt.
 In jede Hütte, jedes Haus
 Geh ich hinein und geh hinaus
 Und bitte: „Kauft mir ab!“

Ob auch die Füße schwach vom Gehn,
 Ich schlepp mich weiter hin.
 Ob schwer mein Herz, was kümmert's mich —
 Wenn nur nicht nutzlos Zeit verstrich.
 Denn Zeit, sie bringt Gewinn.

Es wartet schon mein blasses Weib,
 Die Kinder hungerkrank.
 „Der Vater kommt. Nun wartet still.
 Was er euch Schönes bringen will!
 Ihr weint doch nicht zum Dank?!“

Ach jedes Wort zerreißt mein Herz,
 Vergrößert noch mein Weh.
 Und bin ich denn so sündenvoll,
 Daß ich so Bittres leiden soll?
 Herr, sag', daß ich's versteh!

Warum denn sieht das Schicksal mich
 Für keinen Menschen an?
 Warum nur mich nicht? ... Oh, ich weiß,
 Die Träne sagt's mir, bitter, heiß:
 „Verschmachten muß dein Stamm.“

Oh sag, wie lang ich leiden muß
 Und wann das enden soll?
 Wie lang ich ohne Sonnenschein
 Durch Schmach und Elend ganz allein
 Muß wandern kummervoll?

Ich frag die Welt. Doch sie bleibt stumm.
 Mein Herz nach Antwort schreit
 Voll bitterer Flut, die schwillt und steigt.
 Doch Gott, der Große, sieht und schweigt,
 Hat Antwort nicht bereit. —

Und weiter nun den müden Leib
 Schlepp ich von Ort zu Ort.
 „Oh kauft mir ab, mir armem Mann,
 Eine Schere, ein Messer, einen feinen Kamm!“ —
 Und wandre immerfort.

Aus unserer Sammelmappe.

Wo immer es ein Vaterland, das heißt, eine historische Gruppe gibt, die sich ihrer Kontinuität und Einheitlichkeit bewußt ist, da ist jeder Angriff auf die Freiheit und Unabhängigkeit dieses Vaterlandes ein Attentat auf die Gesittung, ein Rückfall in die Barbarei. Die Behauptung, die Proletarier, vom Kapital geknechtet, könnten durch Einfall und Eroberung nicht in schlimmere Knechtschaft geraten, ist kindisch-töricht.

Jaurès.

Die deutschen Sozialisten werden für Deutschland an dem Tage, an dem sie seine Unabhängigkeit werden verteidigen müssen, ebenso wenig ein Faktor der Schwäche sein, wie wir französischen Sozialisten es für Frankreich sein werden.

Jaurès.

Was die Feinde der deutschen Einigung drüben in Frankreich und Rußland fürchten, das ist ein zur Verteidigung des Landes einiges deutsches Volk. Und nach dieser Richtung hin ist von unserer Seite bei einflußreichen französischen Politikern, auch persönlich durch mich, jeder Zweifel, falls einer vorhanden war, beseitigt worden. Greift Frankreich an, dann ist keine Partei in Deutschland, auf die es rechnen kann, und dann ist der letzte Sozialdemokrat in Deutschland verpflichtet und bereit, gegen den Angreifer zu marschieren.

Wilhelm Liebknecht.

Wenn wir ein größeres Deutschland hätten haben wollen, dann mußte dafür gesorgt werden, daß das Arnchtsche Lied Wahrheit geworden wäre. Kein 1866 wäre dann gekommen, kein deutsches Siedlungsland wäre dann in der Gewalt Rußlands geblieben. Welcher Widerspruch: Oesterreich, das Vorland Deutschlands, der Keil, den wir in dem Orient vorgeschoben haben, ans Mittelmeer nach Konstantinopel hin, wird einer un deutschen dynastischen Politik geopfert im Namen Deutschlands und diese Politik wird von Menschen gefeiert, die uns heute noch vorreden, sie schwärmten für die Größe Deutschlands! Was wir vor unseren Türen hatten, das suchen wir in der Ferne, wo nichts zu suchen ist... Am deutschen Volk ist es, zu verlangen, daß unsere Politik unter allen Umständen aus dem russischen Fahrwasser herauskommt.

Aus Wilhelm Liebknechts letzter Rede, Dresden,
Ende Juli 1900.

Was mich persönlich betrifft, so hat niemand einen vernünftigen Grund, mir vorzuwerfen, ich wolle Deutschland nicht groß und stark sehen. Ich habe schon als zwanzigjähriger Jüngling für Deutschlands Freiheit und Größe gekämpft, ich habe mein Leben dafür eingesetzt, aber ich bin meinen Anschauungen und Idealen treu geblieben! Ich habe immer ein einiges und freies Deutschland gewollt — ein Deutschland, welches das gesamte deutsche Volk umfaßt —, nicht ein preußisch-deutsches Rumpfreich. Und darum mußte ich gegen die Politik protestieren, die unsere deutschen Brüder in Oesterreich durch den fluchwürdigen Bruderkrieg von 1866 den Slaven ausgeliefert hat.

Aus Wilhelm Liebknechts letzter Rede, Dresden,
Ende Juli 1900.

Mit unserer Befreiung sind wir noch nicht am Ziele, es bleibt noch eine blutige Arbeit zu verrichten und eine heilige Pflicht zu erfüllen: die Zertrümmerung Rußlands, die Wiederherstellung Polens.

Wilhelm Liebknecht.

Zuschriften an die Redaktion der Glocke sind zu richten an Konrad Haenisch,
Berlin-Steglitz, Dijonstr. 17 / Fernruf: Amt Steglitz Nr. 324.

Adresse des Herausgebers: Dr. A. Helphand, Vodrofsvej 50B, Kopenhagen.

Während des Krieges werden nach Dänemark nur offene Briefe befördert.

Für die Redaktion verantwortlich:

Karl Blasenbrei / für den Verlag: Verlag für Sozialwissenschaft G.m.b.H. /
Druck: G. Birk & Co. m.b.H. / sämtl. in München, Altheimereck 19.

Heft Nr. 14

Jahrgang 1915/16.

DIE
GLOCKE

Sozialistische Halbmonatsschrift
herausgegeben von
PARVUS.

I N H A L T :

Hermann Kranold: Deutsche sozialistische Schriften zum
Kriege / H. Peus-Dessau: Wie wollen wir uns verständigen?
/ Paul Hirsch: Zur Abwehr / Franz Diederich: Weltkrieg-
Romane / Salomon Dembitzer: Im Hilfsverein; Des Hau-
sierers Klage / Aus unserer Sammelmappe.

München, Verlag für Sozialwissenschaft G.m.b.H.

Preis jeder Nummer 25 Pfg.

Ab 1. April d. J. erscheint

DIE GLOCKE

wöchentlich.

Bezugspreise sind bei allen Buchhandlungen und Postanstalten

halbjährlich . . M. 5.—

vierteljährlich . M. 2.50

Bei direkter Zusendung unter Kreuzband

halbjährlich . . M. 6.30

vierteljährlich . M. 3.15

**Verlag für Sozialwissenschaft G.m.b.H.
München / Altheimereck 19**

Die Alleinwerbung

für die Annahme von Anzeigen
für die GLOCKE haben wir Herrn

SIEGFR. EMANUEL
Berlin-Wi, Babelsbergerstr. 5
übergeben.

Verlag für Sozialwissenschaft G. m. b. H.
München / Altheimereck 19

G. BIRK & Co. m. b. H., MÜNCHEN

Neu erschienen:

WILHELM WACHTER: **LALA**

Aus dem Seelenleben einer deutschen Frau und Mutter
in den Kriegsjahren 1914/15.

240 Seiten elegant broschiert Mk. 2.--

Unter der umfangreichen Kriegsliteratur nimmt dieses Buch eine besondere Stellung ein. Der Verfasser schildert darin die Empfindungen der deutschen Frauen und Mütter, die ihr Liebstes für das Vaterland hergeben mußten, mit einer bei Männern seltenen Kenntnis der weiblichen Psyche in vollendeter Form, ohne übertriebene Empfindsamkeit, aber auch ohne patriotischen Ueberschwang. „LALA“ offenbart die stillen Leiden der deutschen Frau und wird ihr zugleich ein tröstender Führer auf dem Wege zur Rückkehr aus den dunklen Tiefen des Schmerzes in lebensbejahende Tätigkeit.

Kriegsprobleme der Arbeiterklasse

Aktuelle populäre 10 Pf.-Brochüren von hervorragenden Vertretern der Arbeiterbewegung.

In der Regel erscheint alle 14 Tage ein Heft. Jedes Heft 10 Pf. Porto 3 Pf. Gegen Einsendung von 1,70 Mk. werden 13 verschiedene Hefte (Halbjahresabonnement) gleich nach Erscheinen zugesandt, gegen Einsendung von 4,50 Mk. 26 Hefte (Jahresabonnement) nebst passender Einbanddecke. Von dieser Serie sind bisher vorbereitet:

- ** Heft 1. Wo steht der Hauptfeind? Von Konrad Haensch, Mgl. des Abg.-Hauses.
- ** Heft 2. Jean Jaurès. Sein Leben und Wirken. Von M. Beer.
Bilder aus unserer Reichstagsfraktion:
- * Heft 3. I. Die Mitte. }
Heft 4. II. Die Linke. } Von einem alten Parlamentarier.
Heft 5. III. Die Rechte. }
- * Heft 6. Unsere Feldgrauen über die Parteiwirren. Einige Mahnungen organisierter Arbeiter aus dem Felde. (I.)
- * Heft 7. Großindustrie und Kriegswirkungen. Von Richard Woldt.
- ** Heft 8. Der deutsche Arbeiter und sein Vaterland. Von Konrad Haensch.
- * Heft 9. Der Friede und die Internationale. Von Hugo Potech.
- Heft 10. Führen wir einen Eroberungskrieg? Von Eduard David, M. d. R.
- * Heft 11. Sozialdemokratie und Völkerverhaß. Von Karl Severing.
- Heft 12. Der Wiederaufbau der Internationale. Von Dr. Paul Leusch, M. d. R.
- Heft 13. Weltkrieg und Arbeiterschaft. Von Emil Dittmer.
- Heft 14. Der Krieg und die Jugend. Von Heinrich Schutz, M. d. R.
- * Heft 15. Die Frauen und der Krieg. Von Wally Zepfer.
- * Heft 16. Der Krieg und die Kinder. Von Klara Bohm-Schuch.
- * Heft 17. Der Krieg und die Schule. Von Anna Bloß.
- * Heft 18. Der deutsch-österreichische Wirtschaftsabund und die Sozialdemokratie. Von Hermann Krauß.
- * Heft 19. Burgfrieden und Arbeiterschaft. Von August Winnig.
- Heft 20. Die Arbeiterinnen und der Krieg. Von Gertrud Hanna.
- Heft 21. Die Sozialdemokratie und die Ernährungsfrage. Von Dr. Max Quarch, M. d. R.
- * Heft 22. Neuorientierung? Von August Winnig.
- Heft 23. Die deutschen Konsumgenossenschaften im Weltkrieg. Von Franz Lautkrötter.

Die mit * bezeichneten Hefte sind schon erschienen. ** 2. Auflage.

Zu beziehen durch jede Buchhandlung oder direkt vom Verlag
Internationale Korrespondenz (A. Baumeister), Berlin-Karlshorst.

8900939270



b890093927